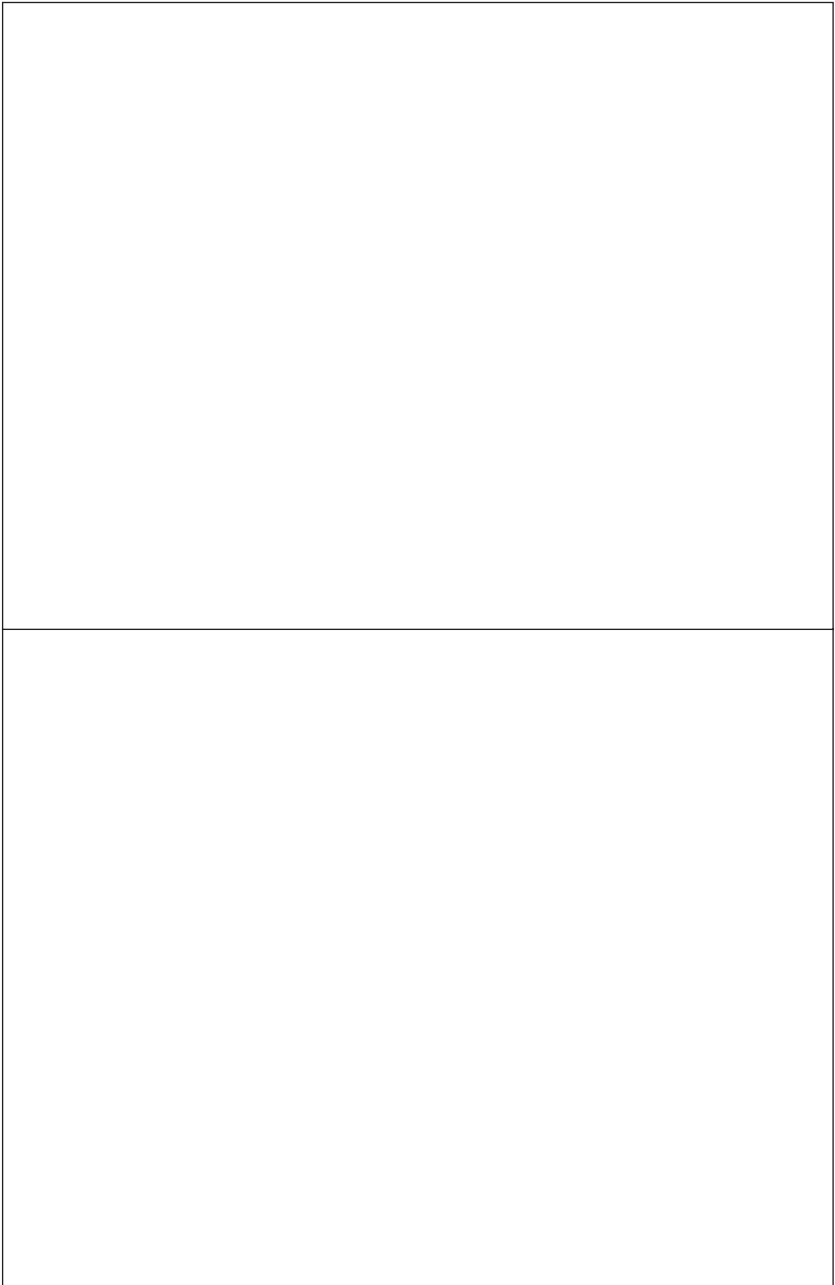


Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hrsg.)

Extremismus & Demokratie

NOMOS



Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.)

Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)

18. Jahrgang 2006



Nomos

Herausgeberschaft und Redaktion: apl. Prof. Dr. Uwe Backes, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, D-01062 Dresden, Tel. (03 51) 46 33 28 02; Prof. Dr. Eckhard Jesse, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (03 71) 53 13 21 79.

Redaktionsassistent: Dr. Ralf Altenhof, Madeleine Petschke.

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Klaus von Beyme, Universität Heidelberg; Prof. em. Dr. Drs. h. c. Karl Dietrich Bracher, Universität Bonn; Prof. Dr. Jürgen W. Falter, Universität Mainz; Prof. Dr. Peter Graf Kielmansegg, Universität Mannheim.

Internet:

http://www.tu-chemnitz.de/phil/politik/jahrbuch_extremismus_&_demokratie.html

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8329-2431-7

Das Jahrbuch erscheint einmal jährlich. Die in ihm enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keinerlei Haftung.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2006. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Editorial	7

Analysen

Uwe Backes, Etymologie des Extremismus-Begriffs	13
Steffen Kailitz, Parlamentarische und präsidentielle Demokratien im Vergleich	34
Peter Graf Kielmansegg, Über direkte Demokratie	57
Hans Jörg Hennecke, Totalitarismus und Extremismus als wirtschaftlicher Kollektivismus	81

Daten, Dokumente, Dossiers

Eckhard Jesse, Wahlen 2005	113
Uwe Backes, Organisationen 2005	128
Eckhard Jesse, Dokumentation 2005	145
Stefan Mayer, Die DVU in Brandenburg	154
Jürgen Lang, Eine neue Linke?	171
Armin Pfahl-Traughber, Gefahrenpotential gewaltorientierter Islamisten	189
Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Udo Voigt	207
Tom Thieme, Länderporträt: Rußland	220
Elmar Vieregge, Zeitschriftenporträt: Deutsche Geschichte	238

Literatur

Literaturbericht:

Mike Schmeitzner, Die Deutschen im Jahr 1945	259

Sammelrezension:

Alexander Straßner, Terrorismus	284

„Kontrovers besprochen“:

Udo Di Fabio, Die Kultur der Freiheit (Karsten Fischer, Burkhard Hirsch, Peter Graf Kielmansegg, Volker Kronenberg, Matthias Rößler)	294

Rezensionsessay:

Matthias N. Lorenz, Judendarstellung bei Walser (Helmuth Kiesel)	310

„Wieder gelesen“:

Arthur Koestler u.a., Ein Gott, der keiner war (Armin Pfahl-Traughber)	315

Literatur aus der „Szene“:

Antonio Negri, The Politics of Subversion (Patrick Moreau)	319

Hauptbesprechungen:

Götz Aly, Hitlers Volksstaat (Ernst Nolte)	324
Bauer/Huber/Sommermann (Hrsg.), Demokratie in Europa (Roland Sturm)	327
Ricardo Bavaj, Von links gegen Weimar (Klaus Schönhoven)	330
Stefan Breuer, Nationalismus und Faschismus (Michael Minkenberg).	334
Giovanni Capoccia, Defending Democracy (Claudia Günther)	338
Chang/Halliday, Mao (Joachim Glaubitz)	342
Lars Flemming, Das NPD-Verbotsverfahren (Wolfgang Rudzio).	347
Thomas L. Friedmann, The world is flat (Brigitte Seebacher)	350
Christof Geisel, Auf der Suche nach einem dritten Weg (Ralf Altenhof)	354
Jarauschk/Geyer, Zerbrochener Spiegel (Ilko-Sascha Kowalczyk).	358
Gerd Koenen, Der Rußland-Komplex (Bernd Bonwetsch).	362
Till Kössler, Abschied von der Revolution (Wolfgang Kraushaar)	366
Andreas Kühn, Stalins Enkel, Maos Söhne (Sebastian Dittrich).	370
Herfried Münkler, Imperien (Wilfried von Bredow)	374
Ernst Piper, Alfred Rosenberg (Bernd Jürgen Wendt)	377
Roginskij/Rudolph/Drauschke/Kaminsky (Hrsg.), „Erschossen in Moskau ...“ (Karl Wilhelm Fricke)	380
Toralf Staud, Moderne Nazis (Manfred Funke).	383
Verfassungsschutzbericht 2004 (Udo Baron).	386

<i>Kurzbesprechungen</i>	390
<i>Kommentierte Bibliographie</i>	443
<i>Zeitschriftenauslese</i>	464
<i>Verzeichnis der besprochenen Bücher</i>	466
Mitteilungen und Hinweise	474
Personenverzeichnis.	478
Autorenverzeichnis	493

Editorial

Der Einfluß des politischen Extremismus steht in einer dynamischen Wechselbeziehung zur Lebenskraft und Leistungsfähigkeit des demokratischen Verfassungsstaates. Wenn Extremismen in Osteuropa florieren, ist dies zum Teil Resultat einer gescheiterten bzw. im „Niemandland“ zwischen Demokratie und Diktatur „steckengebliebenen“ Transition. Nach dem Schlüsseljahr 1989 erlebte eine Vielzahl von Staaten einen liberal-demokratischen Aufbruch. Doch mündeten diese Prozesse zum Teil in hybride Formen mit ungeahnter Stabilität. Zwei *Analysen* des Jahrbuches berühren diesen Fragenkreis. Während Peter Graf Kielmansegg demokratietheoretisch argumentiert, weiß sich Steffen Kailitz der vergleichenden Regierungslehre verpflichtet.

Systematisch arbeitet Kailitz, Politikwissenschaftler in Chemnitz, auf der breiten empirischen Grundlage von nicht weniger als 89 Demokratien strukturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen parlamentarischen, semipräsidentiellen und präsidentiellen Systemen heraus. Er untersucht die Folgen dieser Strukturen der Regierungsform für die Fraktionsdisziplin, die Zahl der (effektiven) Parteien, die Koalitionshäufigkeit, die Mehrheitshäufigkeit, die Regierungstabilität und den – besonders bedeutsamen – Faktor der Demokratiestabilität. Nach dieser *Analyse* hat sich die politische Praxis einer ganzen Reihe von präsidentiellen Demokratien in den letzten Jahrzehnten der Praxis von parlamentarischen Demokratien angenähert. Der „direkten Demokratie“ ist die *Analyse* des Mannheimer Politikwissenschaftlers Graf Kielmansegg gewidmet. Die „Abstimmungsdemokratie“ entscheidet sich von der „Wahldemokratie“ dadurch, daß hier die Bürger eine Entscheidung in der Sache selbst treffen. Kielmansegg macht sechs „kritische Anmerkungen“: zur Klarheit der Begriffe; zu den zwei Arten von Demokratie; zu den Schatten Weimars; zur Vielfalt der Verfahren; zu systematischen Zusammenhängen; zur Einordnung der Bundesrepublik. An einer strikt repräsentativen Demokratie muß keineswegs um jeden Preis festhalten, wer sich vor Augen führt, daß die meisten Extremisten Liebhaber plebiszitärer Mechanismen sind.

Ergebnisse einer Begriffsgeschichte der Extreme präsentiert Uwe Backes in seiner *Analyse*. Sie schlägt einen Bogen von der antiken Mesoteslehre und Mischverfassungstheorie (Platon und Aristoteles) bis zur „neuen Politie“ (Dolf Sternberger) des demokratischen Verfassungsstaates, der sich in dieser Tradition als Mitte und Mischung im Gegensatz zu den auf Depluralisierung und Gewaltenkonzentration zielenden Extremen interpretieren läßt. Die Begriffsgeschichte hält zahlreiche Einsichten für eine Begriffsbestimmung des politischen Extremismus bereit und liefert Kategorien, um dessen spezifische Formenwelt typologisch zu erfassen.

Womit kaum jemand gerechnet hat, trat 2005 ein: die Umbenennung der PDS zur „Linkspartei“ als erster Schritt des Zusammenschlusses der PDS mit der erst 2005 als Partei gegründeten „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG). Wie der Münchner Politikwissenschaftler Jürgen P. Lang in einem *Dossier* plausibel macht,

umfaßt die WASG zwei Flügel: einen gewerkschaftlich dominierten und einen von „Strömungslinken“ beherrschten. Die verbreitete Auffassung, die sich anbahnende Fusion liberalisiere die PDS, vereinfacht zu sehr, wie Konflikte mit trotzkistischen Sektierern bei der WASG belegen. Die vorgezogene Bundestagswahl 2005 hatte den Fusionsprozeß am linken Rand beschleunigt. Auch die (extreme) Rechte ließ Konzentrationsbemühungen erkennen. Die Rubriken „Wahlen 2005“ und „Organisation 2005“ belegen den Erfolg der „Linkspartei.PDS“ und den Mißerfolg der äußersten Rechten.

Das *Biographische Porträt* von Eckhard Jesse ist dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt gewidmet. Unter Voigt hat die Partei eine – 2004 erweiterte – „Dreisäulen“-Strategie eingeschlagen. Sie ist nicht zuletzt wegen der Aktivitäten Voigts eine militante Partei geworden. Der Vorsitzende nimmt kein Blatt vor den Mund, scheut sich nicht, eine offen-verfassungsfeindliche Haltung zu probagieren. Gleiches gilt für Jürgen Gansel, den sächsischen Landtagsabgeordneten und Begründer der 2005 ins Leben gerufenen „Dresdner Schule“. Wie die *Dokumentation* von Eckhard Jesse zeigt, ist diese Schule ein Versuch Gansels und der NPD, mit Hilfe von Signalbegriffen öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Der vollmundig und aggressiv formulierte Text verfolgt eine offenkundig provokatorische Absicht. Zurückhaltender präsentiert sich demgegenüber die „Deutsche Volksunion“ (DVU) Gerhard Freys, die zwar auch im rechtsextremistischen Spektrum angesiedelt ist, jedoch gebetsmühlenartig ihre Verfassungstreue bekundet. Das dürfte u.a. den Erfolg in Brandenburg erklären. Nach 1999 ist die DVU 2004 erneut in den Landtag eingezogen. Der Berliner Politikwissenschaftler Stefan Mayer beschreibt in einem *Dossier* das dortige Erscheinungsbild der Partei. Auch in diesem Land ist sie nicht sozial verankert. Im Vergleich etwa zu Sachsen-Anhalt (1998-2002) erweist sich die Fraktion bisher als stabil. Gleichwohl ist Brandenburg kein rechtsextremistisches Erfolgsmodell. Nicht alle DVU-Abgeordneten billigen die enge Zusammenarbeit mit der NPD. Das *Zeitschriftenporträt* des Kölner Politikwissenschaftlers Elmar Viehregge berücksichtigt mit der „Deutschen Geschichte“ ein bisher weithin unbeachtet gebliebenes Periodikum. Gegründet im Jahre 1990, hat es Wandlungen durchlaufen. Gerd Sudholt, der für den Inhalt Verantwortliche, steuert seit einigen Jahren einen mit den Positionen von NPD und DVU kompatiblen Kurs. Die Umdeutung der Geschichte steht im Vordergrund. Dazu eignet sich besonders das Scharnierjahr 1945. Wie der Dresdner Historiker Mike Schmeitzner in seinem *Literaturbericht* erhellt, weichen die Auffassungen über das Jahr 1945 – 60 Jahre danach – weit voneinander ab (wenngleich neue Fakten kaum zu ermitteln sind). Das hängt von den politischen Haltungen der Autoren ebenso ab wie von der Frage, ob auch die Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone einbezogen ist. Hier trat eine neue Diktatur binnen kurzem an die Stelle der alten. In der Tat ist eine multiperspektivische Interpretation überzeugender als eine auf den (bedeutsamen) Aspekt der „Befreiung“ fixierte.

Wie die *Sammelrezension* des Regensburger Politikwissenschaftlers Alexander Straßner deutlich macht, haben zumal beim emotionsträchtigen Thema Terrorismus wissenschaftlich seriöse, auf einer breiten Quellengrundlage fußende Studien gegenüber kurzatmigen, kolportagehaften den Nachteil, daß sie erst spät auf den Buchmarkt

gelingen – Jahre nach den terroristischen Ereignissen. Das gilt nicht nur für den Anschlag auf die Zwillingtürme des World Trade Center, sondern auch für andere, weniger spektakuläre terroristische Akte und ihre Hintergründe. Zur Vorgeschichte des deutschen Terrorismus liefern zwei Studien von Wolfgang Kraushaar wichtige Erkenntnisse. Apologetische Tendenzen finden sich heute beim Mainstream nicht mehr. Der Kölner Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber geht in einem *Dossier* dem Gefahrenpotential gewaltorientierter Islamisten nach: Zwar ist Deutschland von Terroranschlägen bisher verschont geblieben, aber das muß nicht so bleiben. Für Pfahl-Traughber sind die Anhänger eines transnational ausgerichteten Terrorismus besonders gefährlich.

Das Buch des Bundesverfassungsrichters Udo Di Fabio über „Die Kultur der Freiheit“ hat große Aufmerksamkeit erregt. Die teils positive Würdigung, teils negative Kritik schlägt sich auch in den Rezensionen im Rahmen der Rubrik „*Kontrovers besprochen*“ nieder. Der Autor polarisiert: Während der Berliner Politikwissenschaftler Karsten Fischer und der frühere Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch mit den als „biedermeierlich“ empfundenen Postulaten nichts anfangen können, sehen das Peter Graf Kielmansegg, der Bonner Politikwissenschaftler Volker Kronenberg und der ehemalige sächsische Wissenschaftsminister Matthias Röbber anders. Sie versprechen sich von seiner „Kultur der Freiheit“ Impulse für einen Aufbruch unserer von Bevormundung nicht freien Gesellschaft. Der Rostocker Politikwissenschaftler Hans Jörg Hennecke beklagt in einer *Analyse* die Vernachlässigung wirtschaftlicher Faktoren innerhalb der Extremismus- und Totalitarismusforschung. Individualismus und Kollektivismus spielen als zentrale Kategorien in ideenhistorischer Perspektive eine tragende Rolle. Hennecke läßt die Positionen dreier Autoren, die dem Kollektivismus aus liberaler Richtung den Kampf angesagt haben, Revue passieren: Walter Lippmann, Friedrich August von Hayek und Wilhelm Röpke. Aus kollektivistischen Ordnungsvorstellungen erwächst dem Autor zufolge extremistisches Gefährdungspotential.

Wie das *Länderporträt* des Chemnitzer Politikwissenschaftlers Tom Thieme über Rußland zeigt, ist dort die vergleichende Extremismusforschung nicht sonderlich weit entwickelt. Bei den extremistischen Parteien vermischen sich oft linke und rechte Elemente. So ist die Kommunistische Partei Gennadi Zjuganovs nationalistisch und internationalistisch zugleich. Die meisten extremistischen Kräfte in Rußland zeichnen sich durch dezidierte antiwestliche Leitbilder aus, auch durch unterschiedliche Formen des Antisemitismus. Das Thema des – tatsächlichen oder vermeintlichen – Antisemitismus bewegt in Deutschland angesichts der drückenden Last der Vergangenheit nach wie vor die Gemüter. In einem *Rezensionssessay* wendet sich der Heidelberger Germanist Helmut Kiesel gegen die These von Matthias N. Lorenz, der Schriftsteller Martin Walser hege antisemitische Ressentiments und erliege einer „völkischen Radikalisierung“. Hingegen ist heutzutage die Frage nach der kommunistischen Vergangenheit von Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens weniger wichtig. Das war vor einem halben Jahrhundert anders. Armin Pfahl-Traughber widmet sich in der Rubrik „*Wieder gelesen*“ einem Buch, das bei seinem erstmaligen Erscheinen 1950 Furore ge-

macht hat. Ehemalige bekannte kommunistische Intellektuelle wie Arthur Koestler und Ignazio Silone legten die Beweggründe für ihre Hinwendung zum Kommunismus und ihre Abwendung von ihm dar. Heute, nach seinem Scheitern, ist nur schwer erklärlich, wieso der Kommunismus einst eine derartige Faszinationskraft auszuüben vermochte. Dagegen besitzt die radikale Globalisierungskritik eines Antonio Negri, mit der sich der französische Extremismusforscher Patrick Moreau in der Rubrik *Literatur aus der „Szene“* auseinandersetzt, teilweise Unterstützung bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Dabei bereichert Negri, bezieht man die Schriften „*Empire*“ und „*Multitude*“ ein, das Projekt der Neuformierung der Linken mit einer reformulierten Revolutionstheorie.

Wie immer umfaßt das Jahrbuch „Hauptbesprechungen“, „Kurzbesprechungen“, eine „Kommentierte Bibliographie“, eine „Zeitschriftenauslese“ und ein „Verzeichnis der besprochenen Bücher“. In der Rubrik *Mitteilungen und Hinweise* finden diesmal Aufnahme: das „Hamburger Institut für Sozialforschung“ und das „Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung“.

U.B./E.J.

Analysen

Politischer Extremismus – konzeptionelle Folgerungen aus begriffsgeschichtlichen Erkenntnissen

Von Uwe Backes

1. Einleitende Bemerkungen

Der folgende Beitrag vermittelt in knapper Form Ergebnisse einer begriffsgeschichtlichen Untersuchung des Verfassers.¹ Aus der Begriffsgeschichte lassen sich keine zwingenden Konsequenzen für die Begriffsbestimmung des politischen Extremismus ableiten, sofern man keinem Essentialismus huldigt. Wer „Extremismus“ definieren will, tut dennoch gut daran, sich mit der Begriffsgeschichte zu befassen, lassen sich so doch konzeptionelle Klippen umschiffen und die Fehler eines Nominalismus vermeiden, der in die Gegenwartssprache einfließende Bedeutungstraditionen ignoriert und die Kommunikation auf diese Weise erschwert.

Den Ergebnissen der Begriffsgeschichte folgen Überlegungen zur Begriffsbestimmung, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen: der Antithese zum Verfassungsstaat ebenso wie der gedanklichen Strukturen, die die Abwehrhaltung und Frontstellung begründen. Danach wird der definitorisch umrissene Phänomenbereich typologisch gegliedert, wobei sich zeigt, daß die gängige Rechts-Links-Dichotomie einer Ergänzung bedarf. Der politisch-religiöse Fundamentalismus, so lautet die These, entzieht sich dieser am Egalitätsprinzip ausgerichteten Taxonomie.

2. Begriffsgeschichte

Der Begriff des politischen Extrems wurzelt in der altgriechischen Maßethik.² Das richtige Verhalten besteht darin, in jeder Situation eine Mitte (mesotes) zwischen Zuviel (hyperbole) und Zuwenig (elleipsis), Über- und Untermaß einzuhalten. Ein elaboriertes System begrifflicher Kategorien findet sich bereits in den mittleren und späten Schriften Platons. Hier wird die Maßethik mit der Verfassungslehre verbunden. Platons Staats-

1 Vgl. Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart, Göttingen 2006. Siehe auch bereits: Ders., Politische Extremismen – Begriffshistorische und begriffssystematische Grundlagen, in: Ders./Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 17-40.

2 Vgl. vor allem Hermann Kalchreuter, Die Mesotes bei und vor Aristoteles, Diss. phil., Tübingen 1911; Heinrich von Laue, Maß und Mitte. Eine problemgeschichtliche Untersuchung zur frühen griechischen Philosophie und Ethik, maschinenschriftliche Abhandlung, Universitätsbibliothek Münster, 1960; Walter Müri, Der Maßgedanke bei griechischen Ärzten, in: Gymnasium 57 (1950), S. 183-201; Fritz Wehrli, Ethik und Medizin. Zur Vorgeschichte der aristotelischen Mesonlehre, in: Museum Helveticum 8 (1951), S. 36-62.

formen-Kontinuum erstreckt sich zwischen den Extremen der Despoteia/Tyrannis und der anomischen/gesetzlosen Demokratie (im Sinne der Pöbelherrschaft). Dazwischen liegen Oligarchie, Basileia (Königtum), Aristokratie und gesetzliche Demokratie. Die Mitte (meson), zugleich Maß (metrion) und Tugendhaftigkeit (arete) verbürgend, wird durch eine Mischung (meikte) und den Ausgleich für sich genommener schädlicher (kakon), extremer (akron) Verfassungselemente erreicht. Die ontologisch-phänomenologische Dimension der Staatsformen-Unterscheidung ist auf diese Weise mit der normativ-axiologischen Dimension der Mesoteslehre verbunden.³

Aristoteles löste die platonischen Begriffe aus ihrem theologisch-ontologischen Rahmen, bettete sie in eine umfassende wissenschaftliche Systematik ein und verlieh ihnen einen politisch-realistischen Zuschnitt. In der Nikomachischen Ethik bestimmte er die Tugend oder sittliche Tüchtigkeit (arete) als Mitte (meson) oder Mittleres (mesotes) zwischen einem Zuviel (hyperbole) und einem Zuwenig (elleipsis), die als äußerste Enden, Extreme (akron, eschaton) eines Handlungskontinuums gedacht wurden.⁴ In der „Politik“ verknüpfte er die ethische Mesoteslehre mit dem Konzept der Mischverfassung. Die Interessen der Ober- und Unterschichten sollten in einer von den Mittleren (mesoi) getragenen Gesellschaft ausgeglichen und mittels einer kunstvollen Komposition politisch-institutioneller Gestaltungselemente aus verschiedenen Verfassungsformen zum Ausgleich gebracht werden. Unter der Bedingung des Menschenmöglichen empfahl Aristoteles die aus „oligarchischen“ und „demokratischen“ Elementen gemischte „Politie“ als relativ beste Staatsform, in der die Devise von der Meidung der Extreme in eine Stabilität wie Bürgerfreiheit gleichermaßen gewährleistende Verfassung mündete.⁵

Der Aristotelismus hat mit seiner Verbindung von ethischer Mesoteslehre und politischer Mischverfassungstheorie die Ideengeschichte des Verfassungsstaates geprägt – nicht zuletzt durch die Vermittlung der Scholastik und des Humanismus. Der Republikanismus der norditalienischen Stadtstaaten und später der Vereinigten Staaten von Amerika vermochte daran ebenso anzuknüpfen wie der britische Parlamentarismus.⁶

3 Vgl. vor allem Hans Joachim Krämer, *Arete bei Platon und Aristoteles. Zum Wesen und zur Geschichte der platonischen Ontologie*, Heidelberg 1959.

4 Vgl. Harald Schilling, *Das Ethos der Mesotes. Eine Studie zur Nikomachischen Ethik des Aristoteles*, Tübingen 1939.

5 Vgl. vor allem G. J. D. Aalders, *Die Theorie der gemischten Verfassung im Altertum*, Amsterdam 1968; Hellmut Flashar, *Aristoteles*, in: *Überweg: Antike 3*, Basel 1983, S. 175-437; Alois Riklin, *Aristoteles und die Mischverfassung*, in: *Festschrift Herbert Batliner*, Vaduz 1988, S. 341-351; Dolf Sternberger, *Drei Wurzeln der Politik*, Taschenbuchausgabe, Frankfurt a.M. 1984 (1978).

6 Siehe zur Geschichte des Aristotelismus vor allem: James M. Blythe, *Ideal Government and the Mixed Constitution in the Middle Ages*, Princeton, N.J. 1992; Ingemar Düring, *Von Aristoteles bis Leibniz. Einige Hauptlinien in der Geschichte des Aristotelismus*, Darmstadt 1968; Wilfried Nippel, *Mischverfassungstheorie und Verfassungsrealität in Antike und früher Neuzeit*, Stuttgart 1980; Fritz Wehrli/Georg Wöhrle/Leonid Zhmud, *Der Peripatos bis zum Beginn der römischen Kaiserzeit*, in: Helmut Flashar (Hrsg.), *Die Philosophie der Antike, Band 3: Ältere Akademie – Aristoteles – Peripatos*, 2. durchgesehene und erweiterte Aufl., Basel 2004, S. 493-639.

Extreme waren Träger menschlichen Fehlverhaltens ebenso wie der ihm zugrundeliegenden Maximen und sozialen Kräfte. Als Begriffskategorie waren sie Teil einer Lehre, die Pluralismus und Gewaltenkontrolle der Mitte, Zerstörung des Pluralismus und Gewaltenkonzentration den Extremen zuordnete. Entpluralisierung und Gewaltenentfesselung konnten durch die despotische Willkür eines Einzelnen ebenso bewirkt werden wie durch das anarchische Wüten der Massen. Diese beiden Hauptformen des politisch Extremen hatte bereits Platon seiner Begrifflichkeit zugrundegelegt, Aristoteles an die Unterscheidung in seine Systematik angeknüpft. Nicht zuletzt die Jakobinerherrschaft sollte zwei Jahrtausende später ihre unveränderte Relevanz dokumentieren.

Die ontologisch-axiologische Zweidimensionalität der platonisch-aristotelischen Mesotes- und Mischverfassungslehre bot logische Anknüpfungsmöglichkeiten an die neue politische Taxonomie, die sich im Zuge der Französischen Revolution herausbildete.⁷ Sie behielt die Unterscheidung „extremer“ und „gemäßigter“/„mittlerer“ Formen bei und verband diese mit den neuen, der parlamentarischen Sitzordnung entsprechenden Richtungsbegriffen „rechts“ und „links“. Die beiden traditionellen Extreme erhielten nun gewissermaßen ihren Platz an den Flügeln des politisch-ideologischen Kontinuums. Mit der Ausbreitung der Rechts-Links-Unterscheidung wurden die alten Begriffe weitertransportiert, auch wenn sie sich vom Mischverfassungsdiskurs lösten, der im 19. Jahrhundert vielfach seine Bedeutung als zentrales Medium der Selbstdeutung des Konstitutionalismus verlor. Doch läßt sich noch für das *Juste milieu*-Konzept, wie es französische wie englische und deutsche Liberale in den zwanziger/dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts vertraten, die enge Verflochtenheit der Gegenüberstellung „gemäßigter“/„mittlerer“ und „extremer“ Positionen mit Modellen einer gemischten Verfassung zeigen.⁸

Der „Ismus“ „Extremismus“ fand mehrfach Eingang in die politische Sprache, ohne sich zunächst dauerhaft als eigene begriffliche Kategorie zu etablieren. Er taucht (erstmalig?) in einem Briefwechsel des Calvinisten Ludwig Camerarius (1573-1651), Sohn des mit Melanchthon befreundeten Nürnberger Patriziers, Naturforschers und Arztes Joachim Camerarius, mit seinem Nürnberger Landsmann Lukas Friedrich Behaim auf. Als Extremisten gelten die Jesuiten, die „discipuli des Teufels“, die mit ihrer Unversöhnlichkeit und Hartnäckigkeit die Hauptschuld am Krieg und an der Verwüstung des

7 Vgl. Marcel Gauchet, *La droite et la gauche*, in: Pierre Nora (Hrsg.), *Les lieux de mémoire*, Bd. III: *Les France*. 1. *Conflits et partages*, Paris 1993, S. 395-467; Jean A. Laponce, *Left and Right. The Topography of Political Perceptions*, Toronto 1981; Bernhard Mönch, *Der politische Wortschatz der französischen Restauration in Parlament und Presse*, Diss. phil. masch., Bonn 1960.

8 Vgl. Uwe Backes, *Liberalismus und Demokratie – Antinomie und Synthese. Zum Wechselverhältnis zweier politischer Strömungen im Vormärz*, Düsseldorf 2000; Vincent E. Starzinger, *Middlingness. 'Juste Milieu' Political Theory in France and England, 1815-48*, Charlottesville, Virginia 1965.

9 Die Stelle wird als erster lexikographischer Beleg von „Extremismus“ verzeichnet: *Deutsches Wörterbuch* von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm, Neubearbeitung, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, 8. Bd., Stuttgart 1999, S. 2535.

Reiches trügen.¹⁰ Die Formel verankerte sich in der Folgezeit ebenso wenig in der deutschen politischen Sprache wie in der Zeit des Vormärzes, als der Leipziger Philosoph Wilhelm Traugott Krug die „Extremisten“ als Synonyme für die „Ultraisten“ des „Absolutismus“ wie des „Radikalismus“ einführte.¹¹ In beiden Fällen handelte es sich um Zeiten politischer Polarisierung, in denen die überkommenen Worte und Wendungen nicht auszureichen schienen, um ein als existenzbedrohende Gefahr wahrgenommenes Phänomen zu bezeichnen. Das gilt auch für die Russische Revolution von 1917, mit der sich „Extremismus“ dauernd in der politischen Sprache – zunächst der westlichen Staaten – etablierte. In Frankreich und England wurde „Extremismus“ zum Schlagwort¹², mit dem allerdings zunächst mehr die Angst vor dem drohenden Separatfrieden als die Furcht vor den Folgen der politischen Radikalität der Bolschewiki zum Ausdruck gelangte. „Extremismus“ blieb eine Zeitlang auf die „extreme Linke“ beschränkt, wurde nach dem „Marsch auf Rom“ aber auf die neue Formation der „extremen Rechten“, den Faschismus, ausgedehnt.

Damit gewann der Begriff die vergleichende Perspektive der platonisch-aristotelischen Kategorien zurück. Geistige Isomorphien der Extreme hatten liberale Beobachter wie Madame de Staël und Benjamin Constant schon in den ersten Jahren nach der Französischen Revolution herausgearbeitet.¹³ Im 19. Jahrhundert war es üblich geworden, die Extreme des politischen Spektrums aus der Sicht des Konstitutionalismus zu parallelisieren, neben den unübersehbaren Unterschieden die Analogien und Strukturähnlichkeiten herauszuarbeiten. An der mit dem Extremismusbegriff seit seiner Einführung in die wissenschaftliche Diskussion zu Beginn der 1920er Jahre untrennbar verbundenen komparativen Dimension haben sich immer wieder Kontroversen entzündet.

Wer die Begriffsgeschichte der politischen „Extreme“ und des „Extremismus“ Revue passieren läßt, vermag eine Reihe struktureller Merkmale zu benennen. „Extrem“ und „Extremismus“ bezeichnen ein *Äußerstes*. Über das Extrem hinaus gibt es nichts mehr; Extreme sind nicht steigerbar, verkörpern etwas Unüberbietbares, Unüberschreitbares. Die Aussagen „A ist extremer als B“ oder „C ist der extremste Wert“ widersprechen somit der dem Begriff innewohnenden Logik. Extreme kann man sich räumlich als Enden einer Strecke, ebenso gut aber als Grenzlinie einer kreisförmigen Fläche oder gar als Oberfläche einer Kugel denken. Ob in ein-, zwei- oder dreidimensionaler Be-

10 Vgl. Camerarius an Behaim (Groningen, 18./28. April 1646), in: Ludwig Camerarius und Lukas Friedrich Behaim. Ein politischer Briefwechsel über den Verfall des Reiches 1636-1648, hrsg. von Anton Ernstberger, München 1961, S. 209.

11 Vgl. Wilhelm Traugott Krug, Allgemeines Handwörterbuch, Bd. 5 als Supplement. Erste Abtheilung, Leipzig 1838, S. 394.

12 Vgl. zum Terminus Christian Schottmann, Politische Schlagwörter in Deutschland zwischen 1929 und 1934, Stuttgart 1997, der allerdings weder „Radikalismus“ noch „Extremismus“ im Lexikon der Schlagwörter aufführt.

13 Vgl. nur Madame de Staël-Holstein, De l'influence des passions sur le bonheur des individus et des nations (1796), in: Œuvres complètes, Slatkine Reprints, Genève 1967, Bd. I, S. 143 (Kap. VII: De l'esprit de parti); Benjamin Constant, Des Réactions politiques, An V (1797), S. 89, 95.

trachtung: In allen diesen Fällen läßt sich eine „Mitte“ bestimmen, die von den Extrempunkten gleich weit entfernt ist. Das Prinzip der *Äquidistanz* ist also dem Bild von der Mitte und den Extremen inhärent.

Die Extreme einer Strecke sind die am weitesten voneinander entfernten Punkte. Sowohl das Verhältnis der beiden Extreme zueinander als auch das der Mitte zu den Extremen läßt sich als gegensätzlich denken. Die Extreme bilden dann *Antithesen*; zugleich steht die Mitte zu den beiden Extremen in einem *antithetischen* Verhältnis. Allerdings ist die eine antithetische Beziehung schroffer ausgeprägt als die andere. In der aristotelischen Tradition bildet die Mitte nämlich zugleich einen Punkt des Ausgleiches zwischen dem Zuviel und dem Zuwenig. In ihr kommen Eigenschaften in abgemilderter Form zum Ausdruck, die in den Extremen voll ausgeprägt sind. Die Mitte, oft mit der Gleichgewichts- und Waagemetapher verknüpft, verkörpert das Prinzip der *Mäßigung*. In der Tugendlehre steht die Mitte für ein sittlich angemessenes Verhalten, das weder über- noch untertreibt, weder über das Gebotene hinauschießt, noch weit hinter ihm zurückbleibt. Tugendhaftes Verhalten ist die Bedingung für ein Telos, das der einzelne in und mit der staatlichen Gesellschaft zu erreichen vermag: Maßvolles, tugendhaftes Leben ermöglicht die Eudämonie, die Entfaltung menschlichen Glücks.

In der Politik hat Aristoteles das Bild von der Mitte und den Extremen auf die Staatsformenlehre übertragen. Der Mitte entspricht die „Politie“, die nach aller Erfahrung unter der Bedingung des Menschenmöglichen beste Verfassung. Sie schafft ein solides Fundament für das erfolgreiche Streben nach Tugendhaftigkeit und Glückseligkeit. In ihr sind Grundprinzipien und Bestandteile verschiedener Staatsformen, insbesondere der Oligarchie und der Demokratie, in einer Weise gemischt, daß die mittleren Schichten dominieren, das Miteinander einer Vielheit sozialer Kräfte ermöglicht, der Interessenausgleich institutionell kanalisiert und die Macht wirksam kontrolliert wird.

Mit seiner Beschreibung und Empfehlung der Politie, der Mischverfassung, hat Aristoteles, das Spätwerk seines Lehrers Platon kritisch weiterentwickelnd, maßgeblich zur Begründung der abendländischen Verfassungsstaatstradition beigetragen.¹⁴ Das Bild von der Mitte und den Extremen war über Jahrhunderte eng damit verknüpft. Die Extreme korrespondieren als Inbegriff des unbedingt Abzulehnenden mit pejorativ konnotierten Verfassungsbegriffen wie „Tyrannis“ oder „Despotie“, die eine Abwehrhaltung zum Ausdruck bringen.¹⁵

14 Dolf Sternberger bemerkt gar: „Jegliches Verständnis des Verfassungsstaates, aller ‚Konstitutionalismus‘, wie die Angelsachsen sagen, auch der spätmittelalterliche und der neuzeitliche, ist aus aristotelischer Wurzel erwachsen.“ Ders. (FN 5), S. 105.

15 Im Gegensatz zur Begriffsgeschichte der Extreme ist die der „Tyrannis“ und „Despotie“ gut erforscht. Vgl. nur Hella Mandt, Art. „Tyrannis, Despotie“, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 651-706; dies., *Das klassische Verständnis: Tyrannis und Despotie*, in: Hans Maier (Hrsg.), *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs*, Band III: *Deutungsgeschichte und Theorie*, Paderborn u.a. 2003, S. 29-106; Mario Turchetti, *Tyrannie et tyrannicide de l'Antiquité à nos jours*, Paris 2001.

Negative Verfassungsbegriffe sind zumeist Fremdbezeichnungen, d.h. sie dienen zur Etikettierung von politischen Meinungen, Handlungsformen und Akteuren, von denen man sich scharf abgrenzt. Sie sind daher auch stets Mittel in politischen Auseinandersetzungen, also Kampfvokabeln, die im Rahmen einer Benennungsstrategie („Naming“)¹⁶ der abwertenden Kennzeichnung politischer Kontrahenten dienen. Sie sind Stigmaworte¹⁷, mit denen politische Legitimitätsgrenzen markiert, Unwerturteile ausgesprochen und Gefahren benannt werden. Die Zurschaustellung des Extremen ist Teil von Normalisierungsdiskursen¹⁸, in denen die Mehrheitsgesellschaft ihre Normalität und Mitte definiert. Mit Normalisierungsdiskursen werden oft kulturelle Machtkämpfe ausgetragen, in denen politisch mißliebige Kontrahenten an den Pranger gestellt werden. Dies geschieht nicht immer, weil ein systemnotwendiger politischer Minimalkonsens verletzt erscheint.

Die Verwendung des Stigmaworts „Extremismus“ seitens einer politischen Mehrheitskultur schafft das, was Reinhart Koselleck eine „asymmetrische“ Sprachsituation genannt hat:¹⁹ Die Bezeichneten können die ihnen zugeordnete Etikettierung nicht hinnehmen, distanzieren sich von der Fremdbezeichnung, bezweifeln die Tragfähigkeit ihres Inhalts, streichen ihren denunziatorischen Charakter heraus und bestreiten ihre wissenschaftliche Begründungsfähigkeit. Mitunter werden gar juristische Auseinandersetzungen um die Verwendung politischer Stigmaworte geführt. So hat der französische Front national (FN) des Nationalpopulisten Jean-Marie Le Pen gegen die Einstufung als „extrême droite“ durch die Presse prozessiert, da die Vokabel Gewalttätigkeit suggeriere.²⁰

Anders als im Falle des FN wählen die negativ Etikettierten gelegentlich eine andere Strategie, indem sie den Sinn des Etiketts ins Gegenteil verkehren. Aus einer negativen Fremdbezeichnung wird dann eine positive Selbstbezeichnung. Ein Beispiel aus den Monaten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs: Die Herausgeber einer „gut-französischen extremistischen Wochenzeitung“ („Hebdomadaire extrémiste bien français“) teilten ihren Lesern hochofren mit, der „Extremismus“ sei in Frankreich glücklicherweise mächtiger als im Lande des unglücklichen Liebknecht: „Heureusement que notre

16 Vgl. Max K. Adler, Naming and Addressing. A Sociolinguistic Study, Hamburg 1978, S. 93-166.

17 Vgl. zu diesem Begriff Fritz Hermanns, Brisante Wörter. Zur lexikographischen Bedeutung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache, in: Herbert Ernst Wiegand (Hrsg.), Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie II, Hildesheim 1982, S. 87-108.

18 Vgl. Jürgen Link, Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, 3. Aufl., Göttingen 2006.

19 Vgl. Reinhart Koselleck, Vergangene Zukunft, Frankfurt a.M. 1979, S. 211-259. Siehe auch Melvin Richter, Aristoteles und der klassische griechische Begriff der Despotie, in: Hans Maier u.a. (Hrsg.), Politik, Philosophie, Praxis. Festschrift für Wilhelm Hennis zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1988, S. 21-37, hier S. 24.

20 Vgl. Isabelle Canu, Der Schutz der Demokratie in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich des Umgangs mit politischem Extremismus vor dem Hintergrund der europäischen Integration, Opladen 1997, S. 32.

extrémisme est plus puissant qu'au pays de l'infortuné Liebknecht“.²¹ Eine andere Sprachstrategie der Stigmatisierten besteht darin, den Spieß umzudrehen und die negative Fremdbezeichnung auf die Bezeichnenden anzuwenden. In dieser Weise wird die Wendung vom „Extremismus der Mitte“ gelegentlich gebraucht.²² Die Strategie der Wiederherstellung von Symmetrie in der Sprachsituation hat indes nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Bezeichneten oder Bezeichnenden über gesellschaftliche Definitionsmacht verfügen.

Die Begriffsgeschichte der „Extreme“ und des „Extremismus“ belegt deren Variabilität und Kontextabhängigkeit, die im äußersten Fall so weit führen kann, daß als Ausdruck einer „goldenen Mitte“ gilt, was zuvor als extrem bekämpft worden war. Die an das Bild von der Mitte und den Extremen geknüpften Inhalte waren häufigen Veränderungen unterworfen und umfassen schon deshalb widersprüchliche Ideen und Anschauungen, weil die politischen Kontrahenten den auf sie gemünzten Begriff zuweilen aufgreifen und mit anderen Bedeutungen füllen.

In der für die historische Ausformung des Verfassungsstaates wirkungsmächtigen aristotelischen Tradition drückt das Bild von der Mitte und den Extremen indes keine solche Beliebigkeit aus. Der Inbegriff des Extremen entspringt einem Konsens über das unbedingt Abzulehnende. Der Konsens in der Negation verengt das Spektrum der als legitim geltenden Wahlmöglichkeiten, läßt aber zahlreiche Wege zum als gut erachteten Ziel zu. Der Inhalt des Konsenses über das unbedingt Abzulehnende läßt sich auf vier Punkte bringen: 1. *Pluralismus* statt Monismus: Der Staat vereint eine Vielheit von Menschen und Menschengruppen, deren Interessen und Anschauungen verschieden, jedoch gleichermaßen legitim sind. Er kann weder in seinem institutionellen Aufbau noch in seinen Kommunikations- und Entscheidungsprozessen ausschließlich nach den Maximen eines Einzelnen oder einer Gruppe geformt sein. 2. *Gemeinwohlorientierung* statt egoistischer Interessenwahrnehmung: Eine legitime Ordnung muß der Idee eines „bonum commune“ verpflichtet sein. Unter der Bedingung einer Pluralität Gleichrangiger sind verschiedene Interessen und Anschauungen zu berücksichtigen. Ein so verstandenes „bonum commune“ beinhaltet also kein umfassendes A priori-Gemeinwohl.²³ 3. *Gesetzesstaat* statt Willkürstaat: Eine politische Ordnung muß Regeln vorsehen, die

21 Arcille, Militants, in: Le Titre Enchaîné, Nr. 3 vom 21. Januar 1919, S. 1. Siehe in diesem Kontext auch die wertneutrale Verwendung der Vokabel bei: Jouda Tchernoff, L'extrême-gauche socialiste-révolutionnaire en 1870/71, Paris 1918 (Collection de l'Action Nationale), S. 4 („républicains extrémistes“, „fractions extrémistes“).

22 Allerdings nicht immer. Siehe nur: Wolfgang Kraushaar, Extremismus der Mitte. Zur Logik einer Paradoxie, in: Leonhard Fuest/Jörg Löffler (Hrsg.), Diskurse des Extremen. Über Extremismus und Radikalität in Theorie, Literatur und Medien, Würzburg, 2005, S. 13-22.

23 Vgl. zu der auf die Neopluralismuskonzeption Ernst Fraenkel zurückreichenden Kontroverse vor allem: Joachim Detjen, Pluralismus und klassische politische Philosophie, in: Jahrbuch für Politik 1 (1991), S. 151-189; Bernhard Sutor, Traditionelles Gemeinwohl und liberale politische Theorie, in: Karl Graf Ballestrin/Henning Ottmann (Hrsg.), Theorie und Praxis. Festschrift für Nikolaus Lobkowicz zum 65. Geburtstag, Berlin 1996, S. 155-177.

von allen, auch den jeweils Regierenden, zu beachten sind. Ohne ein System wirksamer Machtkontrollen (Machtteilung, Machtbegrenzung, Kompetenzverteilung) ist dies nicht dauerhaft zu gewährleisten. Und schließlich 4. *Selbstbestimmung* statt Fremdbestimmung: Entscheidungen sind nur dann anerkennungswürdig, wenn zumindest eine faire Chance bestand, sich an deren Zustandekommen zu beteiligen. Das politische System muß Machtbeteiligung ermöglichen, d.h. Verfahren für den kontrollierten Konfliktaustrag und einen unter Pluralitätsbedingungen organisierten Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß nach den sich jeweils ergebenden Mehrheiten vorsehen.

3. Begriffsbestimmung

Wie die Begriffsgeschichte lehrt, muß, wer von „Extremen“ oder „Extremismus“ im Rahmen einer wissenschaftlichen Terminologie sprechen will, die Begriffe bis zu einem gewissen Grad dekontextualisieren, von ihren changierenden historischen Inhalten ablösen – es sei denn, er erkläre die Relativität zum zentralen Inhalt. Dies widerspräche indes ihrer begriffsgeschichtlichen Tradition als Gegenpole einer politischen „Mitte“, die durch „Mischung“ von Verfassungselementen Gewaltenteilung und sozialen Interessenausgleich bewirkt. Die meisten Schlüsselbegriffe der historisch-politischen Sprache sind in unterschiedlichen Kontexten verwendet, von diversen politischen Strömungen vereinnahmt und für politische Auseinandersetzungen instrumentalisiert worden. Doch käme kaum jemand auf die Idee, das Wort „Demokratie“ deshalb preiszugeben, weil es in so vielen begriffshistorischen Bedeutungen schillert. Wenn für alle mißbrauchten Worte neue Wendungen erfunden werden müßten, entstünde eine für Uneingeweihte rätselhafte, artifizielle Sprache, die mehr als Kommunikationsbarriere denn als Kommunikationsmittel diene. So führt kein Weg daran vorbei, Begriffe mit bunt schillernden historisch-politischen Inhalten in einer Weise zu definieren, daß sie dem verbreiteten Verständnis weitestgehend Rechnung tragen und zugleich hohe Trennschärfe gewinnen.

Angeichts der herausragenden Bedeutung des aristotelischen Erbes für die Geschichte des abendländischen Konstitutionalismus liegt es nahe, „Extremismus“ als *Antithese des Verfassungsstaates* zu bestimmen. Eine Dichotomie Extremismus/Verfassungsstaat vermag das Begriffspaar Autokratie/Verfassungsstaat zu ergänzen, das Karl Loewenstein in seiner Verfassungslehre terminologisch entfaltet hat.²⁴ Das zentrale Unterscheidungskriterium bildet die Frage nach der Teilung und Kontrolle der Macht. Extremismus wäre demnach das – willentliche oder unwillentliche – *Streben nach „Autokratie“* (oder „Diktatur“) im Sinne der Konzentration und mangelnden Kontrolle staatlicher Gewalt.

24 Vgl. Karl Loewenstein, Verfassungslehre, 2. Aufl., Tübingen 1969, S. 26-29.

Verfassungsstaat und Extremismus lassen sich nicht nur auf der Ebene des staatlichen Institutionengefüges, sondern auch anhand der Struktur und Organisation des Machtprozesses bestimmen. Die bekannte Minimaldefinition des Verfassungsstaates von Robert A. Dahl bestimmt diesen als „Polyarchie“, als ein System, in dem ein Wettbewerb um Einfluß, Macht und Ämter mit friedlichen Mitteln ausgetragen wird.²⁵ Ein solches System setzt die Existenz mehrerer, miteinander konkurrierender Parteien und Interessengruppen (Pluralismus), die Legitimität politischer Opposition, institutionelle Mechanismen zur Regelung des Wechselspiels von Mehrheiten und Minderheiten (wie Wahlen und Parlamente) und die Geltung einer Reihe fundamentaler Freiheitsverbrieungen der Bürger gegen Übergriffe der Staatsgewalt wie zur Teilhabe (Partizipation) an den politischen Angelegenheiten voraus (wie Meinungs-, Vereinigungs-, Versammlungsfreiheit). Machtkontrolle und Polyarchie/Pluralismus bedingen einander wechselseitig. Ohne ein funktionierendes, gewaltkontrollierendes Institutionengefüge gibt es keinen auf Vielfalt basierenden Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß, kann Konkurrenz nicht friedlich ausgetragen werden. Extremismus zielt demgegenüber auf „Monismus“ und „Monokratie“ im Sinne der Durchsetzung eines gebündelten Machtanspruchs, der Konkurrenz nach Möglichkeit ausschaltet, politische Vielfalt und Opposition nicht duldet, jedenfalls unschädlich zu machen sucht, politischen Wechsel unterbindet, autonomes Engagement von Gruppen und Einzelpersonen zumindest dann behindert und unterdrückt, wenn es den Ambitionen der Machthaber im Wege steht. Der Begriff des Bürgers gehört somit zur Welt der Verfassungsstaaten. Im Wirkungsbeereich politischer Extreme gibt es neben den Mächtigen nur Untertanen.

Extremismus als Antithese des Verfassungsstaates läßt sich über die institutionelle und politisch-prozedurale Ebene hinaus anhand der Struktur des gesellschaftlichen Kommunikationsprozesses näher bestimmen. Während der Verfassungsstaat dem „forum type“ entspricht, wo mithin Staatsfragen als öffentliche Anliegen gelten, die im Austausch verschiedener Meinungen, auf einem „Marktplatz politischer Ideen“, in Debatte und Beratung, argumentativ und diskursiv, transparent, für jeden zugänglich und einsehbar erörtert werden, zielt Extremismus auf den „palace type“²⁶, wo Nichtöffentlichkeit in Staatsangelegenheiten die Regel ist, Mitsprache und Diskussion unerwünscht sind und die Herrschaftsstrategie auf die sorgfältige Bewahrung der „arcana imperii“ angewiesen ist, die hinter den Mauern der Schaltzentralen abhörsicher und nur für kleine, ausgewählte Kreise zugänglich sind.

Der Hang der Extremismen zum „Palast“ wiederum läßt sich auf Gemeinsamkeiten in ihrer gedanklichen Morphologie zurückführen. Der Drang zur Monokratie/Gewaltkonzentration und zum Monismus wird durch einen exklusiven Wahrheits-, Deutungs- und Gestaltungsanspruch hervorgerufen, der sich auf „höhere Einsichten“, „un-

25 Vgl. Robert A. Dahl, *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven/London 1971, S. 5. Siehe dazu auch: Wolfgang Merkel, *Systemtransformation*, Opladen 1999, S. 31-34.

26 So die Unterscheidung von: Samuel E. Finer, *The History of Government. From the Earliest Times, Bd. III: Empires, Monarchies, and the Modern State*, Oxford 1999, S. 1567 f.

anfechtbare Autoritäten“ und/oder die Kenntnis der „Gesetze der Geschichte“ (Historizismus) beruft²⁷, sich gegenüber Kritik immunisiert und daher zum Dogmatismus neigt. Das Erkenntnis- und Deutungsmonopol verbietet die Anerkennung konkurrierender Entwürfe, begründet geistige „Koexistenzunfähigkeit“.²⁸ Die Pluralität der Meinungen, Interessen und Lebensentwürfe verhindert aus dieser Sicht die unbedingt anzustrebende Einheit, Eintracht und Harmonie. Extremistische Ideologien entwickeln ein machtpolitisches Uniformisierungsprogramm. Was dem eigenen politischen Entwurf nicht entspricht, wird hinweginterpretiert, für illegitim erklärt, nötigenfalls ausgemerzt. Extremistische Ideologien entfalten eine bipolare, manichäische Weltsicht, die geistig Abweichendes dem „Reich des Bösen“ zuweist und somit eine klare Freund-Feind-Unterscheidung begründet. Sozialpsychologisch läßt sich ein solches Denken als Folge von Ambiguitätsintoleranz interpretieren²⁹, der Weigerung, die Heterogenität und Vieldeutigkeit der Welt, die Kompliziertheit der Lebensverhältnisse und die Konflikthaftigkeit der Gesellschaft als Tatsachen anzuerkennen und konstruktiv umzusetzen.³⁰

Mit dem Streben nach Gewaltenkonzentration, nach monistischer Vereinheitlichung und Abschließung der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse untergraben Extremismen nicht nur die Bürgerfreiheit: Sie unterminieren auch die Bürgergleichheit im Sinne der altgriechischen *Isonomie* und *Isegorie*, also der Gleichheit vor dem Gesetz, der Gleichberechtigung und dem Recht der freien Rede und Stellungnahme in die Allgemeinheit betreffenden Angelegenheiten.³¹ Extremismus zielt demnach – zumindest in seiner Wirkung (nicht unbedingt in seinen Intentionen) – auf die Hierarchisierung von Regierenden und Regierten, Herrschenden und Beherrschten, politisch „Eingeweihten“ und Unwissenden.

4. Formen des politischen Extremismus

Aus den verschiedenen Aspekten einer die Antithese zum Verfassungsstaat in den Mittelpunkt stellenden Begriffsbestimmung von „Extremismus“ lassen sich Kriterien für eine sinnvolle Gliederung des Definitionsbereiches gewinnen. Eine erste Möglichkeit dieser Art ergibt sich aus der Interpretation des modernen Verfassungsstaates als *regi-*

27 Vgl. Karl Popper, Das Elend des Historizismus, 5. verbesserte Aufl., Tübingen 1979 (1965).

28 Von „ideologiekpolitisch koexistenzunfähigen Geltungsansprüchen“ spricht: Hermann Lübbe, Heilsmysmen nach der Aufklärung. Geschichtsphilosophie als Selbstermächtigungsideologie, in: Jacob Taubes (Hrsg.), Religionstheorie und Politische Theologie, Bd. 3: Theokratie, München u.a. 1987, S. 279-292, hier S. 286.

29 Siehe dazu Jack Reis, Ambiguitätstoleranz. Beiträge zur Entwicklung der Persönlichkeitskonstruktion, Heidelberg 1997.

30 Vgl. auch Kurt Salamun, Demokratische Kultur und anti-demokratisches Denken. Vorbemerkungen zur demokratischen Kultur, in: Ders. (Hrsg.), Geistige Tendenzen der Zeit. Perspektiven der Weltanschauungstheorie und Kulturphilosophie, Frankfurt a.M. u.a. 1996, S. 151-165, hier S. 154.

31 Vgl. Jochen Bleicken, Die athenische Demokratie, 2. Aufl., Paderborn u.a. 1994, S. 289 ff.

men mixtum. Das „extrem-demokratische“, nach totaler Bürgergleichheit, permanenter und unmittelbarer bürgerlicher Machtausübung drängende Element wird durch „monarchische“ und „aristokratische“ *checks and balances* etwa im Interesse rascher Regierungsentscheidung, qualifizierter Beratung in Parlamenten oder richterlichen Schutzes vor Übergriffen des Volkswillens auf elementare Freiheitsrechte begrenzt. Die Mischverfassung schafft insbesondere ein Gleichgewicht zwischen Bürgerfreiheit und Bürgergleichheit.

Die Warnung vor der extremen Demokratie einer von Demagogen aufgewiegelter Volksmenge ist seit Platon und Aristoteles ein fester Topos der Ideengeschichte. Der moderne Verfassungsstaat bedarf der monarchischen und aristokratischen Gegengewichte nicht weniger als der antike. Denn in ihm ist im Gefolge der Revolutionen in Amerika und Frankreich das Prinzip der Gleichheit gegenüber dem älteren Konstitutionalismus stärker zur Geltung gekommen. Die Gruppe der Vollbürger wurde schrittweise auf alle erwachsenen Staatsangehörigen ausgeweitet. Das Ethos fundamentaler Menschengleichheit, aus antiken Quellen (insbesondere der Stoa) entsprungen, von Christentum, Humanismus und Aufklärung kanalisiert, hat die noch für Aristoteles selbstverständliche kategoriale Ungleichbehandlung von Frauen, Sklaven, Fremden allmählich überwunden und den Verfassungsstaat auf eine breite Volksbasis gestellt. Der demokratische Verfassungsstaat bildet eine spannungsreiche Synthese aus monarchischen, aristokratischen und demokratischen Elementen. Er ist daher oft als eine *complexio oppositorum* beschrieben worden.³² Alois Riklin hat – in kritischer Anknüpfung an Dolf Sternberger – die Bedeutung der Mischverfassungstradition für die Entfaltung des abendländischen Konstitutionalismus erneut ins Bewußtsein gerufen.

Die Einsicht in die Mischnatur des Verfassungsstaates ermöglicht es, Formen des politischen Extremismus nach der jeweiligen Hauptstoßrichtung zu unterscheiden. Wird das demokratische Element in einer Weise überdehnt, daß die Bürgerfreiheit in Gefahr gerät? Oder soll die Freiheit bestimmter Bürger zu Lasten der Bürgergleichheit gehen? Nach den Dimensionen Bürgergleichheit und Bürgerfreiheit kann man eine *antidemokratische* von einer *antikonstitutionellen* Stoßrichtung unterscheiden. Die eine unterhöhlt die Bürgergleichheit – etwa in Gestalt des Axioms menschlicher Fundamentalgleichheit, das in Gestalt der Menschenrechtsidee die ethische Grundlage des Verfassungsstaats der Gegenwart bildet. Die andere stellt das machtkontrollierende Regelwerk, das die Bürgerfreiheit sichern soll, in Frage.

32 Vgl. etwa Werner Kägei, Rechtsstaat und Demokratie. Antinomie und Synthese, in: Ulrich Matz (Hrsg.), Grundprobleme der Demokratie, Darmstadt 1973, S. 107-146; Peter Graf Kielmansegg, Die „Quadratur des Zirkels“. Überlegungen zum Charakter der repräsentativen Demokratie, in: Ulrich Matz (Hrsg.), Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie, Köln u.a. 1985, S. 9-41; Heinz Laufer, Die Widersprüche im freiheitlichen demokratischen System oder Die Demokratie als eine *coincidentia oppositorum*, in: Leonhard Reinisch (Hrsg.), Freiheit & Gleichheit oder Die Quadratur des Kreises, München 1974, S. 15-26.

Carl J. Friedrich hat die Entstehung des modernen Verfassungsstaates als einen Prozeß des Zusammenwachsens von Demokratie (im Sinne von Gleichheit und Volkssouveränität) und Konstitutionalismus (Pluralität sicherndes, machtkontrollierendes Institutionengefüge) beschrieben.³³ Für eine Extremismusdefinition erwächst aus dieser analytischen Unterscheidung allerdings ein Problem. Ist die Kombination von Antikonstitutionalismus und Antidemokratismus eine notwendige Bedingung, um von Extremismus zu sprechen? Oder reicht eine der beiden Dimensionen aus? Theoretisch lassen sich die beiden Dimensionen zu drei idealtypischen Formen kombinieren. Zu unterscheiden wäre demnach zwischen *demokratischem Antikonstitutionalismus*, *konstitutionellem Antidemokratismus* und *antikonstitutionellem Antidemokratismus* (bzw. antidemokratischem Antikonstitutionalismus; Typ 4, demokratischer Konstitutionalismus, bildet die Antithese der drei anderen).³⁴ Die erste Form stünde für eine Ideologie/Bewegung, die das Ethos fundamentaler Menschengleichheit bejaht, das gewaltkontrollierende Gefüge des Verfassungsstaates jedoch ablehnt. Dies dürfte auf alle kommunistischen und anarchistischen Doktrinen zutreffen, sofern man ihr radikal-egalitäres Selbstverständnis ernst nimmt. Die zweite Form träfe auf die Politie des Aristoteles zu, ein Verfassungsstaat auf der Grundlage der Sklaverei – ein Muster, das sich noch in vielen nordamerikanischen Republiken der Gründerzeit findet und die innenpolitischen Auseinandersetzungen der USA bis ins 20. Jahrhundert hinein geprägt hat. Für die Gegenwart denkt man an Anhänger einer Apartheid auf konstitutioneller Grundlage (wie im früheren Südafrika). Die dritte Form findet sich in Hitlers Weltanschauung und der anderer führender Nationalsozialisten: die radikale Negation des Ethos fundamentaler Menschengleichheit zugunsten eines völkischen Rassismus, verbunden mit der Propagierung des totalen Führerstaates, der das System bürgerlicher Freiheitssicherung in einem Prozeß der „Gleichschaltung“ beseitigt.³⁵

Wer „Extremismus“ für die Kombination beider Dimensionen reservierte, schlosse Ideologien/Bewegungen aus dem Definitionsbereich aus, die auf die Beseitigung des Verfassungsstaates oder auf Exklusion von Bevölkerungsteilen aus wesentlichen grundrechtlichen Schutzbereichen zielen. Für eine historische Betrachtung zur Herausbildung

33 Vgl. Carl J. Friedrich, *Der Verfassungsstaat der Neuzeit*, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1953, S. 33.

34 Vgl. zu dieser Typologie auch: Uwe Backes, *Liberalismus und Demokratie – Antinomie und Synthese. Zum Wechselverhältnis zweier politischer Strömungen im Vormärz*, Düsseldorf 2000, S. 46 f.

35 Beide Elemente sind zentral, auch wenn die ideologischen Konzepte der NS-Führung weit heterogener und erheblich weniger ausformuliert waren als das Ideengebäude des Marxismus-Leninismus. Siehe vor allem: Josef Ackermann, *Heinrich Himmler als Ideologe*, Göttingen/Zürich/Frankfurt a.M. 1970; Claus-Ekkehard Bärsch, *Die politische Religion des Nationalsozialismus. Die religiöse Dimension der NS-Ideologie in den Schriften von Dietrich Eckart, Joseph Goebbels, Alfred Rosenberg und Adolf Hitler*, München 1998; Ulrich Höver, *Joseph Goebbels. Ein nationaler Sozialist*, Bonn/Berlin 1992; Frank-Lothar Kroll, *Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich*, 2. Aufl., Paderborn u.a. 1999; Enrico Syring, *Hitler. Seine politische Utopie*, Berlin/Frankfurt a.M. 1994; Barbara Zehnppennig, *Hitlers „Mein Kampf“. Eine Interpretation*, München 2000; Rainer Zitelmann, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, 2. überarb. und ergänzte Aufl., Stuttgart 1989.

demokratischer Verfassungsstaaten (den Prozeß der Demokratisierung des konstitutionellen Staates) und ihrer politischen Antipoden ist es höchst bedeutsam, beide Dimensionen zu trennen. Ihre Unterscheidung ist auch für die Gegenwartsanalyse von großer Bedeutung. Aber es widerspräche dem heutigen Verständnis, wollte man „Extremismus“ für die Kombination von Demokratie- und Konstitutionalismusfeindschaft reservieren.

Eine Extremismusdefinition, die nur eine der beiden Dimensionen verlangt, hat ihren Preis. Im strengen Sinne handelt es sich nämlich nicht mehr um ein ausschließlich antithetisches Verhältnis, sobald nur eine der beiden Dimensionen vorliegt, Antidemokratismus also mit konstitutionellen Orientierungen oder – umgekehrt – Antikonstitutionalismus mit demokratischen Werten verknüpft ist. Firmieren solche ideologischen Verbindungen als „Extremismus“, handelt es sich auch nicht mehr um ein Äußerstes, Unüberbietbares. Vielmehr rücken die jeweiligen Überzeugungssysteme auf der „Freiheitsachse“ zwischen einer gedachten Mitte und den Extremen ein Stück in Richtung Mitte. Auf diese Weise entsteht ein politischer Raum, in dem zwischen extremen und „extremeren“ (oder „weicheren“ und „härteren“) Formen zu unterscheiden ist – eigentlich eine *contradictio in adjecto*.

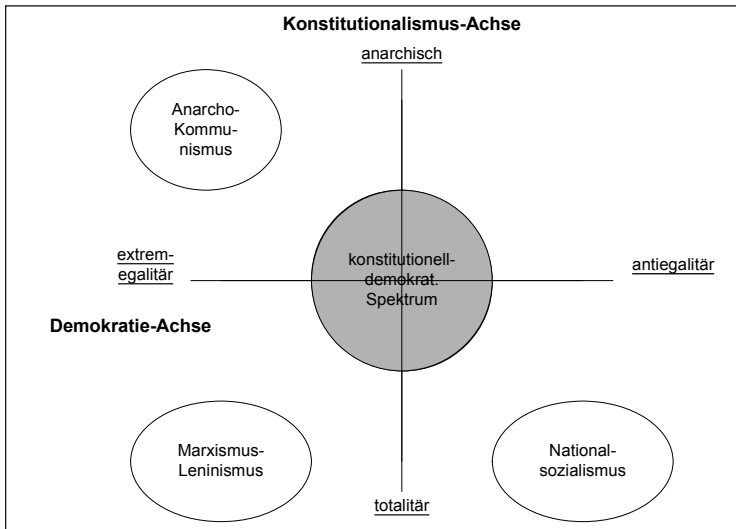
Wer dennoch an der Definition von Extremismus im Sinne des Vorliegens nur einer der beiden Dimensionen festhält, muß sich dieser Problematik bewußt sein und ihr bei der Analyse politischer Ideologien Rechnung tragen. Ohnehin lassen sich die Dimensionen „Antidemokratismus“ und „Antikonstitutionalismus“ nochmals untergliedern. So könnten beim „Antikonstitutionalismus“ weitere Teilbereiche wie Antiparlamentarismus, Antiliberalismus (im Sinne der Beschränkung oder Suspendierung von Freiheitsrechten) oder Antipluralismus (wie Antiparteienaffekte, Interessengruppen-Prüderie) benannt werden. Beim Antidemokratismus wäre etwa zwischen einem Antiegalitarismus mit Blick auf einzelne Freiheitsrechte (z.B. Diskriminierung von Bevölkerungsgruppen) und dem Verhältnis zur Idee der Volkssouveränität zu unterscheiden. Eine Extremismusdefinition sollte in jedem Fall so gefaßt sein, daß die Negation zumindest einer Dimension, ohne die der demokratische Verfassungsstaat seinen Namen nicht verdiente, zur Bedingung gemacht wird. Dazu zählen das Ethos fundamentaler Menschengleichheit als Wertgrundlage ebenso wie der politische Pluralismus von Parteien und Verbänden, die damit verbundene Autonomie bürgerlichen Engagements, die Legitimität politischer Opposition, die Abhaltung periodischer Wahlen (bei denen die üblichen Grundsätze eines demokratischen Wahlrechts gelten) sowie eine Reihe unverzichtbarer Grundrechte (wie Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit) und deren Gewährleistung durch ein gewaltenbalancierendes Institutionengefüge (u.a. Rechtmäßigkeit der Regierung, parlamentarische Kontrolle, Unabhängigkeit der Justiz).

Die Unterscheidung der beiden Dimensionen Antidemokratismus und Antikonstitutionalismus hat viel mit Norberto Bobbios zweidimensionaler Unterteilung des politischen Raumes gemeinsam. Die Unterscheidung zwischen Extremismus/Autokratie und Verfassungsstaat orientiert sich am Prinzip der (individuellen) Freiheit, die zwi-

schen „rechts“ und „links“ am Prinzip der Gleichheit. Beide Dimensionen werden nicht als Parallelen, sondern als sich überkreuzende Achsen gedacht.³⁶ Neben einer gemäßigten, verfassungsstaatlich orientierten Rechten und Linken gibt es demnach auch eine extreme, autokratische Herrschaftsformen begünstigende Rechte und Linke.

Bobbios zweidimensionale Aufteilung des politischen Raumes kann mit den oben eingeführten Dimensionen „Antidemokratismus“ und „Antikonstitutionalismus“ verknüpft werden. Auf diese Weise tritt ein geistig-politischer Traditionszusammenhang zu Tage, erfährt die „Freiheitsachse“ mit einem Katalog von Werten und institutionellen Verfahrensregeln eine Konkretisierung. Wie Abbildung 1 zeigt, läßt sich der politische Raum zweidimensional erfassen, indem man zwischen einer Konstitutionalismus- und einer Demokratieachse unterscheidet. Die Extrem-Pole des Konstitutionalismus werden als „anarchisch“ und „totalitär“ bezeichnet. Der „anarchische“ Antikonstitutionalismus negiert jegliche Form staatlicher Ordnung, der „totalitäre“ entwickelt einen alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringenden, die Trennung zwischen Öffentlichem und Privatem auflösenden staatlichen Allmachtsanspruch. Die Extrem-Pole der Demokratieachse heißen „extrem-egalitär“ und „antiegalitär“. „Demokratie“ erfaßt hier also in erster Linie die Gleichheitsdimension. Folgt man Bobbios plausibler Einordnung auf der Gleichheitsachse, so ist diese mit der herkömmlichen Rechts-Links-Dimension identisch.

Abbildung 1: Formen des politischen Extremismus im zweidimensionalen politischen Raum (Antidemokratismus/Antikonstitutionalismus)



³⁶ Vgl. Norberto Bobbio, Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994, S. 76.

Auf der Konstitutionalismus-Achse geht es um Machtkontrolle und Pluralitätssicherung, also um Bürgerfreiheit, auf der Demokratie-Achse um das Verhältnis zu den Prinzipien der Bürgergleichheit und Volkssouveränität. Die extreme, zu autokratischen Lösungen tendierende Rechte und Linke gleichen sich im Antikonstitutionalismus, unterscheiden sich aber in ihrer Einstufung auf der Demokratie-Achse. Dem Selbstverständnis nach kann man den Marxismus-Leninismus nach diesem Schema als „demokratischen Antikonstitutionalismus“, den Nationalsozialismus als „antidemokratischen Antikonstitutionalismus“ bezeichnen. Allerdings sind dies nur grobe Einordnungen. Die verschiedenen ideologischen Varianten (Leninismus und Stalinismus unterscheiden sich ebenso wie der Nationalsozialismus Hitlers und Rosenbergs) wären im einzelnen genauer zu beschreiben, indem die begrifflichen Cluster „Antidemokratismus“ und „Antikonstitutionalismus“ in der bereits beschriebenen Weise in ihre Einzelbestandteile aufgelöst werden. Der Anarchismus nimmt in dieser Darstellung eine eigene Position ein. Als Anarchokommunismus verbindet er eine „extrem-egalitäre“ mit einer anarchisch-staatsfeindlichen Orientierung. Im übrigen fehlt es nicht an der ideologischen Verbindung von Antiegalitarismus und Anarchismus; nur ist sie praktisch nahezu bedeutungslos geblieben und hat daher auch keine Aufnahme in das Schaubild gefunden.

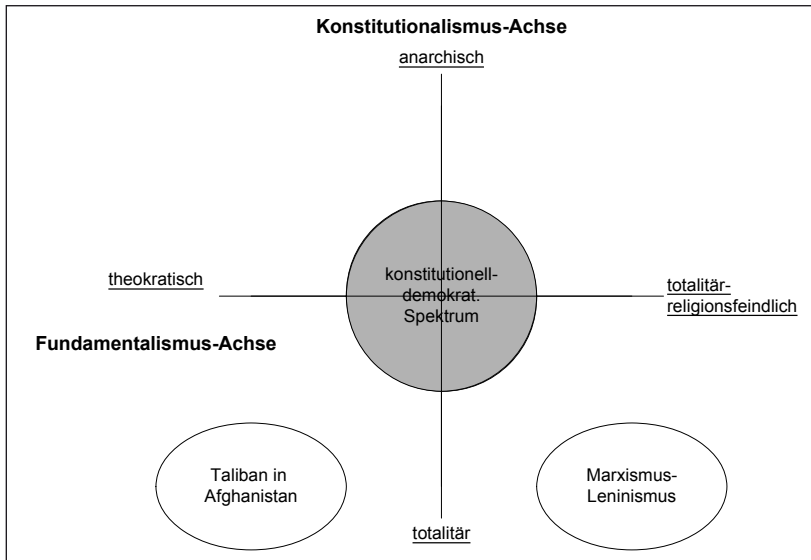
Der politisch-religiöse Fundamentalismus³⁷, der an den Rändern aller Weltreligionen, insbesondere im islamischen Kulturkreis in den letzten Jahrzehnten an politischer Bedeutung gewonnen hat, führt indes vor Augen, daß die beiden Dimensionen Antikonstitutionalismus und Antidemokratismus keineswegs ausreichen, um das Spektrum politischer Extremismen auf der Ebene ihres ideologisch-programmatischen Selbstverständnisses angemessen zu erfassen. Offenkundig ist das Verhältnis zum Egalitätsprinzip und mithin die Einstufung auf der Gleichheits-Achse für diese Formen nicht entscheidend. Wichtiger erscheint eine andere Konfliktlinie, die von der Frage nach dem Verhältnis zwischen Religion und Staat bestimmt ist.³⁸ Um diesen Sachverhalt zu verdeutlichen, kann man sich den politischen Raum wiederum zweidimensional denken, indem die Demokratie-Achse durch eine Religions-Achse ersetzt wird (siehe Abbildung 2).

37 Der Begriff erfaßt nicht die von Martin Riesebrodt benannten Formen eines „Fundamentalismus der Weltflucht“. Vgl. ders., *Fundamentalismus als patriarchalische Protestbewegung. Amerikanische Protestanten und iranische Schiiten im Vergleich*, Tübingen 1990, S. 21.

38 Vgl. zu dieser Frage auch: Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Islamismus – Djihadismus – Totalitarismus – Extremismus. Herausforderungen des demokratischen Verfassungsstaates*, in: Dies. (Hrsg.), *Vergleichende Extremismusforschung*, Baden-Baden 2005, S. 201-214.

Analysen

Abbildung 2: Formen des politischen Extremismus im zweidimensionalen politischen Raum (Konstitutionalismus-/Fundamentalismus-Achse)

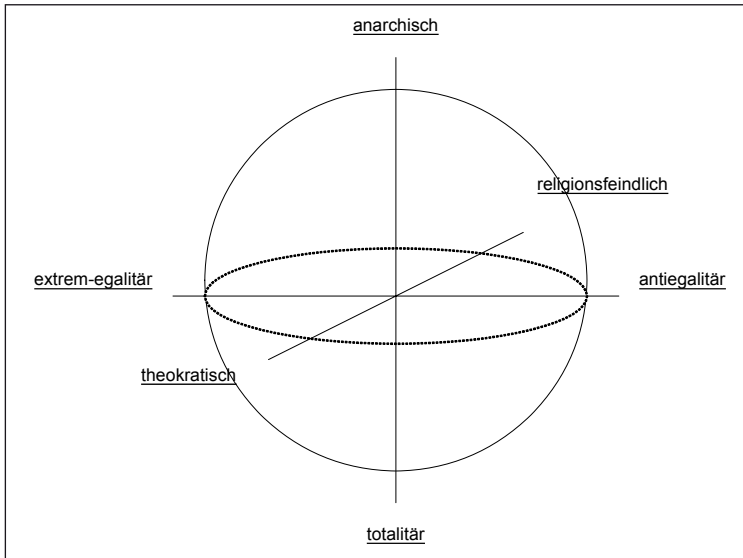


Die Extrempole dieser Achse lassen sich als Religionsfeindschaft und Theokratie bezeichnen. Was die Religionsfeindschaft angeht, wäre an Ideologien zu denken, die jede Form des Jenseitsglaubens als intellektuellen Angriff auf die Vernunft verdammen und seinen Anhängern mit Intoleranz begegnen. Ein Beispiel für die Verbindung von Religionsfeindschaft und totalitärem Antikonstitutionalismus bietet der Kommunismus Lenins und Stalins mit der systematischen Tötung von Priestern, der Zerstörung oder Entweihung von Gotteshäusern, der „Gottlosenbewegung“ und anderen Exzessen. Charakteristischerweise entfließt die Religionsfeindschaft einer Staatsideologie, die wie die Staatsreligion der Theokratie einen Absolutheitsanspruch (auf überlegene Rationalität) erhebt. Auch hier berühren sich die Extreme. Der wesentliche Unterschied liegt in der radikalen Diesseitigkeit der religionsfeindlichen Ideologie, die zur Jenseitigkeit einer politisch-fundamentalistischen Theologie in scharfem Kontrast steht. Herrschaftsstrukturell dürfte sich die Theokratie dem religionsfeindlichen Totalitarismus umso mehr annähern, je wortgetreuer der Anspruch einer Gottesherrschaft auf Erden in die Tat umgesetzt wird. Die Herrschaft der Taliban in Afghanistan kam dieser Verbindung nahe.

Um die Eigenständigkeit der drei Dimensionen politischer Extremismen im geistig-politischen Raum zu verdeutlichen, bietet sich eine dreidimensionale Darstellung mit einer Konstitutionalismus-, einer Demokratie- und einer Fundamentalismus-Achse an (siehe Abbildung 3).

Politischer Extremismus

Abbildung 3: Formen des politischen Extremismus im dreidimensionalen politischen Raum (Konstitutionalismus-/Demokratie-/Fundamentalismus-Achse)



Je bedingungsloser bestimmte Organisationen in ihrem ideologisch-programmatischen Selbstverständnis nach den Extrempolen im geistig-politischen Raum streben, umso ausgeprägter dürfte ihre Neigung sein, die absolut gesetzten, mit exklusivem Wahrheits-, Deutungs- und Gestaltungsanspruch vorgetragenen Ziele unter Aufbietung aller verfügbaren Mittel durchzusetzen. Die Überzeugung von der Überlegenheit der eigenen Erkenntnis- und Prognosefähigkeit mündet in Verbindung mit dem Anspruch, eine Katastrophe abzuwenden, die Welt „wieder ins Lot“ zu bringen und/oder eine neue Welt zu schaffen, in eine intellektuelle Selbstermächtigung zu opferträchtigem Handeln.³⁹ Die hohen, als sakrosankt geltenden Ziele lassen den Einsatz von Gewalt, im Extremfall sogar den Massenmord, legitim erscheinen.

Allerdings wäre es verfehlt, die Anwendung von Gewalt oder illegaler Methoden als Definitionsmerkmal politischer Extremismen anzusehen. Die Frage der Gewaltanwendung und des Normbruchs kann – unabhängig von der jeweiligen ideologisch-programmatischen Orientierung – aus der Perspektive unterschiedlicher strategischer Kalküle

³⁹ Zur Denkweise extremistischer „Täter mit gutem Gewissen“ siehe vor allem: Lothar Fritze, Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus, Köln 1998; ders., Kommunistische und nationalsozialistische Weltanschauung – Strukturelle Parallelen und inhaltliche Unterschiede, in: Totalitarismus und Demokratie 2 (2005), S. 101-152, hier S. 151 f.

verschieden beantwortet werden. Das politische Verhalten der NSDAP zu Beginn der 1930er Jahre zeigt, daß extremistische Ideologie und Gewaltpraxis nicht notwendigerweise Hand in Hand gehen. Die Legalitätstaktik machte sich das verbreitete relativistische Demokratieverständnis des Weimarer Staates zunutze. So konnte Goebbels freimütig ankündigen: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren.“⁴⁰

Die Ausprägung der Ideologie läßt mithin keinen zwingenden Schluß auf das strategische Verhalten zu. Kann demgegenüber in stringenter Weise von der ideologisch-programmatischen Struktur auf den nach einer Machtübernahme zu erwartenden Autokratie-Typ geschlossen werden? Da die Prozesse der Transformation und Autokratie-Etablierung in hohem Maße von den jeweiligen politischen Kräfteverhältnissen, den institutionellen Voraussetzungen und den sozial-ökonomischen wie kulturellen Rahmenbedingungen abhängen, ist Vorsicht angebracht. Gleichwohl lassen sich aus der Ideologie einer politischen Bewegung politische Grundintentionen und Legitimierungsformen ableiten, die der zu erwartenden Regimeausprägung eine Richtung geben. So ist in der Ideologie des Marxismus-Leninismus die kommunistische Erziehungsdiktatur ebenso angelegt wie die charismatische Führerdiktatur in den Doktrinen des Faschismus und Nationalsozialismus. In ähnlicher Weise kann aus dem politisch-religiösen Fundamentalismus auf theokratische Züge einer erfolgreichen Autokratie-Etablierung geschlossen werden.

Lassen sich auch Indizien für eine Beantwortung der Frage nach der „autoritären“ oder „totalitären“ Ausprägung der Autokratie finden? Aus dem Grad der Ausprägung und Konfiguration der Strukturmerkmale extremistischer Ideologien dürften Rückschlüsse auf den Grad der zu erwartenden Entpluralisierung und „Durchherrschaft“ einer Gesellschaft möglich sein. Die Erfahrung der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts legt den Schluß nahe, daß eine utopistische Gläubigkeit die Wahrscheinlichkeit totalitärer Herrschaftspraxis erhöht, da die Utopie eine Rechtfertigungsgrundlage für eine rigorose Transformation, „Gleichschaltung“ und „Säuberung“ der Gesellschaft zu liefern vermag.

40 Joseph Goebbels, Was wollen wir im Reichstag (1928), in: Ders., Der Angriff. Aufsätze aus der Kampfzeit, 2. Aufl., München 1935, S. 71-73, hier S. 71.

5. Ausblick

Eine Definition von Extremismus im Sinne der Ablehnung grundlegender Werte und Spielregeln des demokratischen Verfassungsstaates läuft keineswegs darauf hinaus, Extremismus lediglich als Konsequenz von Negationen und Reaktionen zu sehen. Ein Blick in die Geschichte lehrt, daß Verfassungsstaaten erst mehrere Tausend Jahre nach der Entstehung der ersten Hochkulturen an den Ufern der großen Ströme Euphrat, Tigris und Nil entstanden sind. Ein auf Gewaltenkonzentration, Monismus, Monokratie zielendes Denken kann sich somit auf „ältere Rechte“ berufen und zudem auf die weltweite Dominanz nicht-konstitutioneller Formen der Staatlichkeit über viele Jahrhunderte hinweg verweisen. Daher war es so abwegig nicht, wenn eine der aufwendigsten intellektuellen Unternehmungen im Zeitalter der revolutionären Umbrüche in Amerika und Frankreich dem Nachweis der „Naturwüchsigkeit“ des grundherrlichen Patrimonialismus und der lediglich residualen Bedeutung des Republikanismus galt.⁴¹

Die Autokratien sind älter als die Verfassungsstaaten, haben deren Entwicklung begleitet und sich bis in die Gegenwart im globalen Maßstab – trotz aller Demokratisierungswellen⁴² – behauptet. Dabei sind die Ideokratien oder Weltanschauungsdiktaturen mit ihren totalitären Zügen inzwischen eher eine Ausnahmeerscheinung, während jene Formen, die der aristotelischen Beschreibung der Tyrannis in vielen Punkten entsprechen, bei weitem die Mehrzahl bilden. Unter den Autokratien der Gegenwart befinden sich nicht wenige, die – wie das theokratische System im Iran oder der „Sultanismus“⁴³ – zum Teil archaische Züge tragen. Nachdem die schönsten Blühträume der Transiologie der neunziger Jahre zerstoßen sind, hat die vergleichende Systemforschung sich zudem neuer „hybrider“ Regime angenommen, die typische Merkmale der Autokratie mit denen des Verfassungsstaates verbinden.⁴⁴

Neben lebenskräftigen Autokratien fehlt es nicht an intellektuellen Strömungen, die den Verfassungsstaat delegitimieren und neue, abenteuerliche Wege weisen. So deuten radikale Globalisierungskritiker die Ausbreitung liberaler Demokratie und Marktwirtschaft in Anlehnung an Marx und Lenin imperialismustheoretisch.⁴⁵ Auch dem historisch nicht mit Unterdrückungsregimen belasteten Anarchismus gewinnt man neue At-

41 Gemeint ist Carl Ludwig von Haller, *Restauration der Staats-Wissenschaft*, 6 Bde., 2. Aufl., Winterthur 1820-1825.

42 Siehe Samuel P. Huntington, *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, 2. Aufl., London 1993.

43 Vgl. H.E. Chehabi/Juan J. Linz (Hrsg.), *Sultanistic Regimes*, Baltimore/London 1998.

44 Vgl. etwa Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert W. Rüb (Hrsg.), *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen 2002; Thomas Carothers, *The End of the Transition Paradigm*, in: *Journal of Democracy* 13 (2002), S. 5-21.

45 Vgl. nur Michael Hardt/Antonio Negri, *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt a.M./New York 2003; John Holloway, *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, Münster 2002. Siehe dazu Patrick Moreau/Eva Steinborn, *Die Bewegung der Altermondialisten – Eine Gefahr für die Demokratie?*, in: Backes/Jesse (FN 1), S. 147-177.

traktivität ab.⁴⁶ Vordenker einer sogenannten „Neuen Rechten“ entlarven Faschismus, Kommunismus und Liberalismus als gleichermaßen totalitär.⁴⁷ Und nachdem die in den achtziger Jahren herumgereichte „dritte Universaltheorie“ Muammar Al-Gaddafis gnädig der Vergessenheit anheim gefallen ist, gelten die „Meilensteine“ des ägyptischen Muslimbruders Sayyid Qutb in islamistischen Kreisen als politische Offenbarung.⁴⁸ Der Islamismus behindert in terroristischen wie nicht-terroristischen Varianten freiheitliche Entwicklungen.⁴⁹ Auch in anderen Kulturkreisen hat der Faktor Religion unverhofft die Ausformung politischer Ideologien begünstigt, die auf „ganzheitliche“, jeden anderen Gestaltungsanspruch als illegitim zurückdrängende Herrschaftsweisen zielen.⁵⁰

Es liefe auf eine wenig sinnvolle Einengung des Begriffs hinaus, sähe man Extremismus lediglich als Reaktion auf den Totalitarismus des 20. Jahrhunderts. Eine weltgeschichtliche Betrachtung kann mit guten Gründen zu der Schlußfolgerung gelangen, daß autokratische Systeme und auf deren Etablierung gerichtete extremistische Bestrebungen anthropologisch ebenso fest verankert sind wie jene Denkweisen und Weltbilder, die verfassungsstaatliche Lösungen begünstigen. Die in alten konsolidierten Demokratien (wie in Großbritannien) verbreitete Neigung, Extremismen als marginale Minderheiten zu sehen, mag auf manche skurrile Spezies zutreffen, zeugt insgesamt aber von einer gewissen Überheblichkeit, die rasch verfliegt, sobald man sich die historisch-politische Bedingtheit des „Experimentes der Freiheit“⁵¹ ins Bewußtsein ruft.

Die Herausforderung durch politische Extremismen auch für die Zukunft ernst zu nehmen, heißt indes nicht, einem Alarmismus und Exorzismus das Wort zu reden. Wenn die oft in polemischen Kontexten verwendete Wendung vom „Extremismus der Mitte“ eine gewisse Berechtigung zugesprochen werden kann, so in dem Sinne, daß politische

46 Ein neuer Reader zur Rolle politischer Ideologien enthält mit gutem Grund ein Anarchismus-Kapitel mit einem Beitrag Noam Chomskys: Ders., Powers and Prospects: Reflections on Human Nature and the Social Order, in: Matthew Festenstein/Michael Kenny (Hrsg.), Political Ideologies. A Reader and Guide, Oxford/New York 2005, S. 375-379. Siehe auch: Colin Ward, Anarchism. A Very Short Introduction, Oxford/New York 2004.

47 Vgl. nur Alain de Benoist, Demokratie: Das Problem, Tübingen/Zürich/Paris 1986, S. 32; ders., Communisme et nazisme. 25 réflexions sur le totalitarisme au XXe siècle (1917-1989), Paris 1998, S. 133-140.

48 Vgl. Muammar Al Qathafi, The Green Book, Ottawa 1983; Sayyid Qutb, Milestones (Ma'alim fi al-tariq), translated by S. Badrul Hasan, 2. Aufl., Karachi 1988.

49 Vgl. Gilles Kepel, Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München/Zürich 2002. Dazu kritisch: Bassam Tibi, Vom klassischen Dschihad zum terroristischen Dschihadismus – Der irreguläre Krieg der Islamisten und die neue Weltordnung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 14, Baden-Baden 2002, S. 27-44.

50 Vgl. nur Gerhard Besier/Hermann Lübke (Hrsg.), Politische Religion und Religionspolitik. Zwischen Totalitarismus und Bürgerfreiheit, Göttingen 2005; Leonard Weinberg/Ami Pedahzur (Hrsg.), Religious Fundamentalism and Political Extremism, London/Portland 2004.

51 So lautet die Problemstellung bei: Peter Graf Kielmansegg, Das Experiment der Freiheit. Zur gegenwärtigen Lage des demokratischen Verfassungsstaates, Stuttgart 1988.

Mitte – im Sinne der systemtragenden Strömungen demokratischer Verfassungsstaaten – und Extremismen (sofern sie nicht als „lunatic fringe“ gänzlich marginal sind) zu meist in einer dynamischen Wechselbeziehung zueinander stehen. Sie zählen nach aller Erfahrung in gewisser Weise zum „Normalhaushalt“ offener Gesellschaften. Das Retisieren von Extremismen weist oft auf Schwächen und Versäumnisse der politischen Mehrheitskultur hin. Kritik aus extremistischer Warte mag vielfach überzogen sein, enthält mitunter aber auch einen wahren Kern. Der Extremismus ist – wie das Gefängnis – in mancherlei Hinsicht ein Spiegelbild sozialer Entwicklungen, läßt Rückschlüsse auf den Zustand der Mehrheitsgesellschaft zu. Die Mesoteslehre vermittelt die Einsicht, daß die Mitte etwas von den Extremen enthält, die Prinzipien auf die Spitze treiben, die in temperierter und balancierter Form von Nutzen sind. Vor allem politische Extremismen, die im Rahmen der Legalität agieren, können – wie Gifte, die in geringen Dosen Heilwirkung entfalten – auf diese Weise Anstöße für Kurskorrekturen geben, auf vernachlässigte Problembereiche hinweisen und letztlich – neben ihren desintegrierenden Effekten – auch integrative Wirkungen zeitigen. Die Freunde des Verfassungsstaates sollten sich daher vor einer manichäischen Kreuzzugsideologie hüten, die unter dem Vorsatz schonungsloser Extremismusbekämpfung in die Verhaltensmuster des Antipoden verfiere. Denn eine Mitte, die ihre Prinzipien bis zu letzten Konsequenz treiben will, wird selbst extrem.

Parlamentarische, semipräsidentielle und präsidentielle Demokratien – idealtypische und reale Unterschiede der politischen Strukturen und Prozesse

Von Steffen Kailitz

1. Problemstellung

Die beiden wichtigsten Institutionen sind in Demokratien die Regierung und das Parlament. Die älteste und bedeutendste Unterscheidung der vergleichenden Demokratieforschung ist daher jene zwischen präsidentiellen und parlamentarischen Regierungssystemen. Idealtypisch ist die parlamentarische Regierungsform ein System der wechselseitigen Abhängigkeit von Regierung und Parlament, die präsidentielle Regierungsform dagegen ein System der wechselseitigen Unabhängigkeit von Regierung und Parlament.¹ Bereits 1867 schloß Walter Bagehot sein wegweisendes Werk „The English Constitution“ mit den Worten: „The practical choice of first-rate nations is between the Presidential Government and the Parliamentary; [...] And nothing therefore can be more important than to compare the two, and to decide upon the testimony of experience, and by facts, which of them is the better.”² Bis heute ist die Frage, welche Regierungsform zu bevorzugen ist, ein Streitpunkt in den Verfassungsgebungsprozessen in aller Welt geblieben. Dieser Beitrag betrachtet die klassische Fragestellung auf breiter empirischer Basis neu. Dabei geht es vor allem darum, ob die Antwort auf die Frage nach der Gewaltenteilung in den Regierungsformen fundamental oder nur graduell anders ausgefallen ist. Neben Präsidialismus und Parlamentarismus beziehe ich den zu Lebzeiten Bagehots noch unbekannten Systemtypus des Semipräsidialismus ein.

Die Grundlage ist eine Untersuchung aller gegenwärtigen Demokratien, die seit mehr als zehn Jahren bestehen und mehr als 200.000 Einwohner haben. Als demokratisch sehe ich dabei alle Staaten an, die drei Minimalkriterien erfüllen: 1) freie und kompetitive Parlamentswahlen; 2) eine Bestellung der Regierungsspitze durch Volk oder Parlament; 3) ein Mindestmaß an bürgerlichen und politischen Freiheitsrechten, die einen politischen Wettbewerb ermöglichen. Bei der Untersuchung berücksichtige

1 Vgl. Juan J. Linz, Presidential or Parliamentary Democracy: Does it make a difference?, in: Ders./Arturo Valenzuela (Hrsg.), The Failure of Presidential Democracy, Baltimore/London 1994, S. 64; Juan Linz/Alfred Stepan, Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore 1996, S. 181; Alfred Stepan/Cindy Skach, Presidentialism and Parliamentarism in Comparative Perspective, in: Linz/Valenzuela (FN 1), S. 119-136; Douglas Verney, Parliamentary Government and Presidential Government (1959), in: Arend Lijphart (Hrsg.), Parliamentary versus Presidential Government, Oxford 1992, S. 41.

2 Walter Bagehot, The English Constitution (1867), London 1963, S. 310.

Unterschiede der politischen Strukturen und Prozesse

ich also nicht nur den eher kleinen Kreis der demokratischen Verfassungsstaaten, sondern auch „defekte Demokratien“ wie Kolumbien, Rußland, Sri Lanka und die Türkei. 89 Staaten aus aller Welt erfüllen diese Kriterien.

Neben den Strukturen untersuche ich deren Folgen. Während etwa der Zusammenhang zwischen Wahlsystem und Parteiensystem seit Jahrzehnten umfassend erforscht wird, finden die Auswirkungen der Regierungsform auf die politischen Prozesse erst in jüngster Zeit Aufmerksamkeit. In diesem Beitrag erläutere ich die Folgen der Regierungsform für die Fraktionsdisziplin, die Zahl der (effektiven) Parteien, die Koalitionshäufigkeit, die Mehrheitshäufigkeit und die Regierungsstabilität. Dabei ist zwischen den idealtypischen und den realen Auswirkungen der Regierungsformen deutlich zu unterscheiden. In mancher Hinsicht funktionieren die realen Demokratien einer Regierungsform nämlich nicht (mehr), wie es die Regierungsform erwarten läßt. Besondere Aufmerksamkeit widme ich dem – für die Bewertung der Güte der Regierungsform besonders bedeutsamen – Faktor des Zusammenhangs zwischen der Regierungsform und der Demokratiestabilität.³

2. Abgrenzung parlamentarischer, semipräsidentieller und präsidentieller Demokratien

Die Differenz zwischen parlamentarischen und präsidentiellen Demokratien läßt sich mit Winfried Steffani an einem Kernmerkmal festmachen: „Ist die Regierung vom Parlament absetzbar, so haben wir es mit der Grundform ‚parlamentarisches Regierungssystem‘ zu tun, ist eine derartige Abberufbarkeit verfassungsrechtlich nicht möglich, mit der Grundform ‚präsidentielles Regierungssystem‘.“⁴ Mit Blick auf eine Gruppe von Staaten, insbesondere die V. Republik Frankreichs, wird trotz der Abberufbarkeit des Regierungschefs durch das Parlament bezweifelt, ob es sich um parlamentarische Demokratien handelt. Der französische Politikwissenschaftler Maurice Duverger bezeichnete erstmals politische Systeme wie die V. Republik Frankreichs, die sich vom Parlamentarismus britischen Typs wie vom Präzidentialismus des US-Typs unterscheiden, als Vertreter einer eigenständigen Regierungsform, des Semipräzidentialismus. Kriterien für die Einordnung in diese Kategorie waren für ihn folgende drei Punkte: 1) Das Volk wählt den Präsidenten unabhängig vom Parlament; 2) Der Präsident hat beachtliche exekutive Kompetenzen, vor allem auch bei der Berufung und Abberufung

3 Dieser Beitrag präsentiert einen Teil der Ergebnisse meiner Habilitationsschrift. Auf die Erläuterung der Wege zu den Ergebnissen mußte ich aus Platzgründen verzichten. Siehe dazu Steffen Kailitz, *Demokratische Regierungsformen. Strukturen und Konsequenzen*, Wiesbaden 2007 (i.E.).

4 Winfried Steffani, *Strukturtypen parlamentarischer und präsidentieller Regierungssysteme*, in: Ders., *Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien*, Opladen 1979, S. 39.

der Regierung; 3) Die Regierung ist vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit wie vom Vertrauen des Präsidenten abhängig.⁵ Das erste Kriterium ist problematisch, weil bereits in der als Modellfall des Semipräsidentialismus geltenden V. Republik Frankreichs bis 1962 die Volkswahl des Präsidenten nicht vorgesehen war.⁶

Mir erscheint ein Merkmal ausreichend, um einen Staat als semipräsidentiell einzustufen: Die Regierungsbefugnisse sind auf die Ämter des Premierministers und des Präsidenten verteilt. Demnach sind Staaten, die den Präsidenten nicht direkt wählen, ihn aber mit starken Regierungskompetenzen ausstatten semipräsidentiell.⁷ Staaten, die den Präsidenten direkt wählen, in denen er aber keine Regierungsmacht hat, sind dagegen parlamentarische Demokratien.

Die zweidimensionale Abgrenzung der Grundtypen der drei Regierungsformen aufgrund der beiden Kriterien sieht demnach so aus:

1. Parlamentarische Demokratien: Die Regierungsbefugnisse liegen bei der Regierung mit einem Premierminister an der Spitze. Der Premierminister ist durch eine Parlamentsmehrheit abberufbar.
2. Semipräsidentielle Demokratien: Die Regierung mit einem Premierminister an der Spitze und der Präsident teilen sich die Regierungsbefugnisse. Der Premierminister ist durch eine Parlamentsmehrheit abberufbar, der Präsident nicht.
3. Präsidentielle Demokratien: Die Regierungsbefugnisse konzentrieren sich im Amt des Präsidenten. Er ist nicht durch eine Parlamentsmehrheit abberufbar.

Nahezu alle Demokratien der Welt lassen sich auf dieser Grundlage einer der drei Regierungsformen zuordnen. Der Fall Israel hat von der Verfassungsreform 1992 bis zur Reform der Reform 2001 mit einem vom Volk direkt gewählten Premierminister die vergleichenden Demokratieforscher allerdings in Verwirrung gestürzt. So fanden sich innerhalb kurzer Zeit u.a. folgende Klassifizierungen: „parliadential“,⁸ „premier-parliamentary“,⁹ „presidential parliamentarianism“¹⁰ und „semi-presidential“¹¹. Tatsächlich gehörte Israel, weil das Parlament auch nach der Verfassungsreform 1992 den Regierungschef abberufen konnte, weiterhin zum Grundtyp der parlamentarischen Demokra-

5 Vgl. Maurice Duverger, *Échec au Roi*, Paris 1978; ders., A New Political System Model: Semipresidential Government, in: *European Journal of Political Research* 8 (1980), S. 166.

6 Vgl. Robert Elgie, France, in: Ders. (Hrsg.), *Semi-Presidentialism in Europe*, Oxford 1999, S. 67.

7 So auch Patrick O'Neill, Presidential Power in Post-Communist Europe: The Hungarian Case in Comparative Perspective, in: *Journal of Communist Studies* 9 (1993), S. 177-201.

8 Bernard Susser, Parliadential Politics. A Proposed Constitution for Israel, in: *Parliamentary Affairs* 42 (1989), S. 112-122.

9 Siobhán Daly, The Ladder of Abstraction: A Framework for the Systematic Classification of Democratic Regime Types, in: *Politics* 23 (2003), Nr. 2, S. 102.

10 Reuven Y. Hazan, Presidential Parliamentarianism: Direct Popular Election of the Prime Minister. Israel's New Electoral and Political System, in: *Electoral Studies* 15 (1996), S. 21-37.

11 David H. Rosenbloom/Z. Segal, Presidential Political Systems and Contemporary Administrative Reform: Israel's „Semi-Presidentialism“ as a Natural Experiment, in: *International Journal of Organisation Theory and Behaviour* 1 (1998), S. 437-458.

tie. Botswana und Südafrika sind parlamentarische Demokratien, weil das Parlament den Präsidenten durch ein Mißtrauensvotum abberufen kann. Schwieriger liegt der Fall der Schweiz. Während Steffani die Schweiz zu den präsidentiellen Demokratien rechnet, weil die Regierung durch das Parlament nicht absetzbar ist¹², vertrete ich mit der Mehrheit der vergleichenden Demokratieforscher¹³ die Ansicht, daß die Regierungsform der Schweiz weder parlamentarisch noch präsidentiell ist. Die Schweizer regiert kein vom Volk gewählter Präsident, sondern ein Kollektiv, dessen Zusammensetzung zwischen den stärksten Parteien ausgehandelt wurde.¹⁴

Wer parlamentarische und semipräsidentielle Demokratien abzugrenzen sucht, stößt auf Probleme. So haben in Irland und Österreich die Präsidenten ihre weitreichenden verfassungsmäßigen Rechte nie genutzt. Inzwischen könnten die Präsidenten, auch wenn sie dies wollten, trotz des Verfassungstextes keine Regierungsbefugnisse mehr ausüben.¹⁵ Ohne formalen Akt wurde somit faktisch die Verfassung geändert. Daher zähle ich diese Demokratien zu den parlamentarischen. Eine bislang kaum beachtete Problematik ist die Frage, wie sich präsidentielle und semipräsidentielle Demokratien abgrenzen lassen.¹⁶ Wie es in einer parlamentarischen Demokratie einen Premierminister und einen machtlosen Präsidenten geben kann, so ist es in einer präsidentiellen Demokratie möglich, daß dem Präsidenten ein machtloser Premierminister assistiert (z.B. Argentinien). – Die 89 in diesem Beitrag berücksichtigten Demokratien verteilen sich so auf die drei Regierungsformen wie folgt:

12 Vgl. u.a. Winfried Steffani, Zur Unterscheidung parlamentarischer und präsidentieller Regierungssysteme, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 14 (1983), S. 395.

13 Vgl. Ivo Duchacek, Power Maps: Comparative Politics of Constitutions, Santa Barbara 1973, S. 175; Arend Lijphart, Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, Yale 1999, S. 35; Linz (FN 1), S. 42 f.; Theo Stammen, Regierungssysteme der Gegenwart, Stuttgart 1967, S. 117.

14 Vgl. u.a. Wolf Linder, Schweizerische Demokratie, Bern 1999.

15 Vgl. dazu u.a. Bernhard Küppers, Ein Hindenburg in Österreichs Verfassung, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Oktober 1994; Manfred Welan, Das österreichische Staatsoberhaupt, 3. Aufl., Wien 1997.

16 Diese Frage behandelten zuerst Matthew Shugart/John Carey, Presidents and Assemblies: Constitutional Design and Electoral Dynamics, Cambridge 1992.

Analysen

Tabelle 1: Verteilung der Demokratien auf die Regierungsformen

Parlamentarische Demokratien (42)	Parlamentarische Demokratien (42)	Semipräsidentielle Demokratien (20)	Präsidentielle Demokratien (27)
Albanien (ab 98)	Lettland (ab 91)	Albanien (91-98)	Argentinien (46-56; 58-62; 63-66; 73-76; ab 83)
Australien (ab 01)	Luxemburg (ab 1870)	Armenien (ab 91)	Benin (ab 91)
Bahamas (ab 77)	Malta (ab 64)	Bulgarien (ab 90)	Bolivien (52-64; 79-80; ab 82)
Bangladesch (ab 91)	Mauritius (68-71; ab 76)	Finnland (ab 44)	Brasilien (46-64; ab 85)
Barbados (ab 66)	Nepal (91-2002)	Frankreich (ab 59)	Chile (32-73; ab 89)
Belgien (ab 19)	Neuseeland (ab 07)	Griechenland (74-85)	Costa Rica (ab 49)
Belize (ab 81)	Niederlande (ab 1870)	Kap Verde (ab 92)	Dominikanische Republik (ab 78)
Botswana (ab 65)	Norwegen (ab 1885)	Litauen (ab 91)	Ecuador (48-62; 68-70; ab 79)
Dänemark (ab 01)	Österreich (ab 45)	Madagaskar (ab 93)	El Salvador (ab 84)
Deutschland (ab 49)	Papua-Neuguinea (ab 75)	Mali (ab 92)	Guatemala (46-54; 58-63; 66-82; ab 86)
Estland (ab 91)	Salomonen (ab 78)	Mazedonien (ab 91)	Guyana (ab 92)
Fidschi (70-87; 92-2000; ab 2001)	Schweden (ab 18)	Moldawien (ab 91)	Honduras (54-63; 71-72, ab 81)
Frankreich (ab 1875-1959)	Slowenien (ab 91)	Mongolei (ab 90)	Kolumbien (45-53; ab 58)
Griechenland (45-67; ab 85)	Spanien (ab 77)	Polen (ab 89)	Malawi (ab 94)
Großbritannien (ab 11)	Sri Lanka (48-77)	Portugal (ab 76)	Mexiko (ab 88)
Indien (ab 52)	Südafrika (ab 94)	Rumänien (ab 90)	Namibia (ab 90)
Irland (ab 21)	Südkorea (60-61)	Rußland (ab 91)	Nicaragua (ab 84)
Island (ab 44)	Thailand (89/90, ab 92)	Senegal (78-83; ab 91)	Panama (49-51; 52-68; ab 93)
Israel (ab 48)	Trinidad & Tobago (ab 62)	Slowakei (ab 92)	Paraguay (ab 93)
Italien (ab 46)	Tschechien (ab 92)	Sri Lanka (ab 89)	Peru (56-67; ab 80)
Jamaika (ab 62)	Türkei (50-60; 61-71; 72-80; ab 83)	Taiwan (ab 92)	Philippinen (46-72; ab 86)
Japan (ab 52)	Ungarn (ab 90)	Ukraine (ab 91)	Senegal (83-91)
Kanada (ab 20)			Südkorea (48-50, ab 88)
			Surinam (88-90; ab 91)
			Uruguay (45-73; ab 84)
			USA (ab 1870)
			Venezuela (45-48; ab 58)
			Zypern – griechischer Teil (ab 74)

Erläuterung: Die zweistelligen Zahlen stehen für die jeweiligen Jahreszahlen im 20. Jahrhundert. Eine Schattierung kennzeichnet die gegenwärtige Zuordnung.

3. Grad der wechselseitigen Abhängigkeit von Regierung und Parlament

Wer Idealtypen von Parlamentarismus und Präsidialismus konstruiert, kommt zu folgendem Schluß: Zum Idealtyp der parlamentarischen Demokratie als einem System der wechselseitigen Abhängigkeit von Regierung und Parlament gehören neben dem Primärkriterium der Abberufbarkeit der Regierung durch das Parlament die unterstützenden Merkmale Parlamentsauflösung und Vertrauensfrage. Zu der Anlage gehört zudem, daß die Parlamentswahlen und die Bestellung der Regierung miteinander verflochten sind. In einer idealtypischen präsidentiellen Demokratie ist der Präsident nicht durch das Parlament abberufbar, er kann das Parlament weder auflösen noch eine Vertrauensfrage stellen. Außerdem sind die Parlamentswahlen und die Bestellung des Präsidenten strikt voneinander getrennt. Je nachdem, in welchem Maße die idealtypischen Kriterien der Regierungsformen erfüllt sind, kann eine reale präsidentielle Demokratie unterschiedlich weit von den Idealtypen der parlamentarischen und präsidentiellen Demokratie siedeln. In einer idealtypischen semipräsidentiellen Demokratie sind die Regierung und das Parlament auf gleiche Weise – wie in parlamentarischen Demokratien – wechselseitig voneinander abhängig. Präsident und Parlament sind dagegen idealtypisch – wie in präsidentiellen Demokratien – voneinander unabhängig.

Lassen sich die 89 Demokratien den Idealtypen zuordnen? Da ich das Primärkriterium der Abberufbarkeit der Regierung zur Abgrenzung der Regierungsformen nutze, ist klar, daß in *jeder* parlamentarischen Demokratie und keiner präsidentiellen Demokratie eine Parlamentsmehrheit den Regierungschef aus politischen Gründen abberufen kann. Idealtypisch dürfte in einer präsidentiellen Demokratie das Parlament keine Möglichkeit haben, um die Amtszeit eines Präsidenten vorzeitig zu beenden. Das Amtsenthebungsverfahren in präsidentiellen Demokratien ist demnach – ebenso wie etwa das in präsidentiellen Demokratien verbreitete Wiederwahlverbot – kein Merkmal, daß sich aus der in der Regierungsform angelegten Unabhängigkeit von Regierung und Parlament ergibt. Mit dem Idealtypus der präsidentiellen Demokratie ist ein Amtsenthebungsverfahren vielmehr nur vereinbar, wenn der Präsident ausschließlich durch eine Art Gerichtsverfahren absetzbar ist und das Parlament an diesem Verfahren nicht beteiligt ist. In einem solchen Amtsenthebungsverfahren darf es im Unterschied zum Mißtrauensvotum *nicht* auf das politische Verhältnis von Regierung und Parlamentsmehrheit ankommen.

In den realen präsidentiellen Demokratien spielen die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse aber sehr wohl eine Rolle, da in allen präsidentiellen Demokratien das Parlament am Amtsenthebungsverfahren beteiligt ist. In fast 60 Prozent der präsidentiellen Demokratien fällt sogar das Parlament allein das Urteil über den Präsidenten. In der Praxis verschwimmt vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten sogar zunehmend die idealtypische Unterscheidung zwischen Mißtrauensvotum und Amtsanlage. Präsidentielle Demokratien, in denen der Präsident wie in Zypern lediglich wegen Hochverrats sein Amt verlieren kann, siedeln sehr weit von der für parlamentarische Demokratien typischen Regelung der Möglichkeit eines Mißtrauensvotums aus politischen

Gründen. Präsidentielle Demokratien wie Argentinien und Paraguay, die es ermöglichen, einen Präsidenten wegen einer mangelhaften Amtsführung abzusetzen, siedeln im Vergleich dazu näher am Idealtypus der parlamentarischen Regierungsform. Als wesentlicher Unterschied bleibt in solchen Fällen, daß die in präsidentiellen Demokratien für eine Amtsenthebung notwendige parlamentarische Zwei-Drittel-Mehrheit weit schwerer zu erreichen ist als die in parlamentarischen Demokratien übliche einfache oder absolute Mehrheit. Zudem gibt es in 12 der 27 untersuchten präsidentiellen Demokratien eine starke Zweite Kammer, die gleichberechtigt am Amtsenthebungsverfahren beteiligt wird und in der daher ebenfalls eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich ist.

In einer parlamentarischen Demokratie gehen die Verankerung des Rechts auf ein politisches Mißtrauensvotum durch eine Parlamentsmehrheit und das Parlamentsauflösungsrecht auf Betreiben des Premierministers in aller Regel Hand in Hand. Fehlt das Recht des Premierministers, das Parlament aufzulösen als Gegengewicht zum parlamentarischen Mißtrauensvotum, ist dies eine Abweichung vom Idealtyp der parlamentarischen Demokratie. Diese Anlage führt, wie die politische Entwicklung der IV. Republik Frankreichs zeigte, zu einer politisch instabilen Situation.

Über Jahrzehnte hinweg war in der Politikwissenschaft die Ansicht verbreitet¹⁷, das Recht des Regierungschefs, das Parlament aufzulösen, sei nur in parlamentarischen und semipräsidentiellen Demokratien zu finden, nicht aber in präsidentiellen. Inzwischen kann jedoch in fast einem Viertel der 27 präsidentiellen Demokratien der Präsident unter bestimmten Voraussetzungen das Parlament auflösen. Damit rückten diese Staaten deutlich vom Idealtyp des Präsidialismus ab.

Es ist somit möglich, Blockaden zwischen dem Präsidenten und einer gegnerischen Parlamentsmehrheit aufzulösen. Der Preis erscheint hoch. Die Einführung dieses Elements in eine präsidentielle Demokratie verschiebt die Machtbalance zugunsten des Präsidenten, da das Recht des Parlaments auf ein Mißtrauensvotum als Gegengewicht zum Parlamentsauflösungsrecht des Präsidenten fehlt. Die Regelung ist aber dennoch ein Schritt in die richtige Richtung. Als Kriseninstrument, um Blockaden zu beseitigen, ist es allemal besser als das zuvor verbreitete Vorgehen, daß Parlamentsmehrheit oder Regierung in solchen Situationen das Militär zu Hilfe riefen.

Mit Blick auf die Vertrauensfrage gibt es nahezu keine Abweichung zwischen dem Idealtyp und den beobachteten Demokratien. Die Möglichkeit der Vertrauensfrage gehört in den parlamentarischen Demokratien – mit Ausnahme Lettlands – zur institutionellen Grundausstattung. Allen präsidentiellen Demokratien ist dieses Instrument dagegen fremd. In den semipräsidentiellen Demokratien kann der Premierminister die Vertrauensfrage stellen, nicht der Präsident.

17 Vgl. Werner Kaltefleiter, Parlamentsauflösung in parlamentarischen Demokratien, in: Jahrbuch für Politik 1 (1991), S. 251; Karl Loewenstein, Verfassungslehre, Tübingen 1959, S. 217; Bernhard Schreyer/Manfred Schwarzmeier, Grundkurs Politikwissenschaft: Studium der politischen Systeme, Wiesbaden 2000, S. 161.

Unterschiede der politischen Strukturen und Prozesse

Wer zugleich auf das Parlamentswahlssystem und die Bestellung der Regierungsspitze blickt, erkennt einen weiteren charakteristischen Unterschied der Regierungsformen: Das Parlament ist in parlamentarischen Demokratien die einzige direkt vom Volk legitimierte Institution. In präsidentiellen Demokratien – mit Ausnahme Surinams – und in semipräsidentiellen Demokratien – mit Ausnahme Moldawiens – sind Parlament und Präsident gleichermaßen direkt durch das Volk legitimiert. Erst dadurch können Präsident und Parlamentsmehrheit gegnerischen politischen Lagern angehören. Dieser Punkt ist nach Ansicht von Juan Linz und anderen Präsidialismuskritikern höchst problematisch. Die „duale demokratische Legitimation“¹⁸ durch die Volkswahl von Parlament und Präsident bringe nämlich einen latenten Konflikt zwischen beiden Institutionen mit sich, der ab und an dramatisch eskaliere. Es sei kein Unfall, sondern systembedingt, wenn in solchen Situationen das Militär eingreife.

Das politische Gewicht der Parlamentswahl ist in präsidentiellen und semipräsidentiellen Demokratien geringer als in parlamentarischen Demokratien, weil es eine zweite Volkswahl gibt. Eng damit zusammen hängt der Grad der Verflechtung der Parlamentswahl und der Bestellung der Regierungsspitze. Nachdem in Israel nicht mehr das Volk den Premierminister direkt wählt, bestellen wieder alle parlamentarischen Demokratien die Regierungsspitze aufgrund der parlamentarischen Kräfteverhältnisse. In den 27 präsidentiellen Demokratien sind dagegen beide Wahlen nur in Guyana und Surinam miteinander verflochten. In Surinam wählt das Parlament den Präsidenten. In Guyana muß sich jede Partei, die zu den Parlamentswahlen antritt, auf einen Kandidaten für das Präsidentenamt festlegen. Der Wähler stimmt somit zugleich für eine Parteiliste und deren Anwärter auf das Präsidentenamt. Unter den restlichen 25 präsidentiellen Demokratien überwiegt die Zahl der Staaten mit zeitgleichen Parlaments- und Präsidenschaftswahlen leicht jene der Staaten mit teilweise oder stets zeitungleichen Wahlen. Je stärker Parlaments- und Präsidenschaftswahlen in einer präsidentiellen Demokratie verflochten sind, desto stärker rückt diese in Richtung der parlamentarischen Regierungsform.

4. Gesetzgebungskompetenzen der Regierung

Alle Premierminister in parlamentarischen und semipräsidentiellen Demokratien haben das Recht, Gesetze zu initiieren. In einem bedeutenden Teil der semipräsidentiellen Demokratien kann zudem der Präsident Gesetzesinitiativen starten. Auch Präsidenten in präsidentiellen Demokratien haben entgegen einer in der Politikwissenschaft noch immer verbreiteten Behauptung¹⁹ außer in den USA das Gesetzesinitiativrecht. In allen drei

18 Linz (FN 1), S. 6. So auch Mark P. Jones, *Electoral Laws and the Survival of Presidential Democracies*, Notre Dame 1995, S. 3; Manfred G. Schmidt, *Demokratiethorien. Eine Einführung*, 3. Aufl., Opladen 2006, S. 321.

19 Vgl. u.a. Ernst Fraenkel, *Art. Parlamentarisches Regierungssystem*, in: Ders./Karl Dietrich Bracher (Hrsg.), *Staat und Politik*, Frankfurt a.M. 1964, S. 238-243; Schreyer/Schwarzmeier (FN 17), S. 161;

Regierungsformen agiert somit in der Regel die Regierung im Bereich der Gesetzgebung, das Parlament reagiert. Die Gesetzgebungsprozesse in parlamentarischen und präsidentiellen Demokratien unterscheiden sich weit weniger als in der vergleichenden Demokratieforschung zum Teil unterstellt. Allerdings haben aufgrund der strukturellen Verschränkung von Regierung und Parlamentsmehrheit Premierminister in parlamentarischen Demokratien eine größere Chance, ihre Gesetzesinitiativen erfolgreich durchs Parlament zu bringen als Präsidenten in präsidentiellen Demokratien. Im Präsidentialismus kann sich die in der Regierungsform angelegte Trennung von Regierung und Parlament daher als „Hemmschuh“²⁰ der Gesetzgebung spürbar machen.

Diese Anlage legt nahe, daß es vielleicht ein anderes legislatives Mittel gibt, das diese Schwäche der Regierung in den präsidentiellen Demokratien ausgleicht. Dieses Instrument stellen starke Vetorechte dar. Sie sind ein charakteristisches Merkmal der präsidentiellen Regierungsform. Sie kommen in vier von fünf präsidentiellen Demokratien vor, in parlamentarischen sind sie dagegen unbekannt. Für die Betrachtung der politischen Prozesse erscheint dieser Punkt von großer Bedeutung. Starke Vetorechte des Präsidenten verschärfen die Gefahr von institutionellen Blockaden zwischen Regierung und Parlament beträchtlich. Hat der Präsident ein starkes Vetorecht gegen das ganze Gesetz, das nur zwei Drittel der Parlamentarier überstimmen können, gibt es einen breiten Korridor von parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen, in dem eine Gesetzgebung unmöglich ist. Ein Stillstand droht zwischen einer Unterstützung des Präsidenten von mehr als einem Drittel der Parlamentarier und weniger als der Hälfte. Unausweichlich ist er, wenn mehr als die Hälfte, aber weniger als zwei Drittel der Parlamentarier eine andere Politik verfolgen als der Präsident. Anders als ein starkes Paketvetorecht macht ein partielles Vetorecht institutionelle Blockaden unwahrscheinlicher. Es ist im Unterschied zum Paketveto kein Schwert, das lediglich Gesetzesprojekte zerschlagen kann, sondern es bietet Möglichkeiten, ein Gesetzesprojekt den eigenen politischen Vorstellungen anzunähern, ohne es zu zerstören.²¹

Eine Reihe von Politikwissenschaftlern unterstellt präsidentiellen Demokratien einen fatalen Hang zu umfangreichen Verordnungsrechten.²² Tatsächlich finden diese sich unter semipräsidentiellen Demokratien weit häufiger. Nur in vier von 27 präsidentiellen Demokratien haben die Präsidenten umfangreiche Verordnungsrechte. Peru und Südkorea sind dabei Grenzfälle zwischen semipräsidentieller und präsidentieller Regierungsform. Argentinien und Brasilien haben bei der Verfassungsgebung über einen

Winfried Steffani, Art. Parlamentarisches und präsidentielles Regierungssystem, in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Die westlichen Länder*, München 1992, S. 288-295.

20 Schmidt (FN 18), S. 322.

21 Vgl. George Tsebelis/Eduardo Alemán, *Presidential Conditional Agenda Setting in Latin America* (2004), <http://www.sscnet.ucla.edu/polisci/faculty/tsebelis/condagpaper.pdf> (Stand: 5. Juli 2006).

22 Vgl. u.a. Hans Keman (in Zusammenarbeit mit Malika Ait Mallouk), *Democratic Institutions, Governance and Political Performance*, in: Ders. (Hrsg.), *Comparative Democratic Politics. A Guide to Contemporary Theory and Research*, London 2002, S. 279.

Unterschiede der politischen Strukturen und Prozesse

Wechsel zur semipräsidentiellen Regierungsform nachgedacht. Präsidenten wie etwa in Brasilien José Sarney und Fernando Collor nutzten Verordnungsrechte, um bei Blockaden am Parlament vorbei zu regieren. Präsidenten mit stabilen Parlamentsmehrheiten nutzten dagegen gewöhnlich keine Verordnungsrechte. In parlamentarischen Demokratien sind Regierung und Parlamentsmehrheit idealtypisch eine Einheit. Die Regierung hat es daher nicht nötig, Quasi-Gesetze in Verordnungsform am Parlament vorbei zu erlassen.

5. Parteiensystem

Präsidentialismuskritiker wie Arend Lijphart und Juan Linz behaupten, präsidentielle Demokratien würden zu Zweiparteiensystemen neigen.²³ Dies trifft jedoch nicht zu. Der Anteil von Staaten, die zu einem Zweiparteiensystem tendieren, ist unter den parlamentarischen Demokratien sogar etwas höher als unter den präsidentiellen. Umgekehrt ist der Anteil der Staaten mit einem ausgeprägten oder extremen Vielparteiensystem (37 Prozent) unter den präsidentiellen Demokratien deutlich höher als unter den parlamentarischen (26,1 Prozent). Durchschnittlich sind in den Parlamenten parlamentarischer Demokratien 3,3 effektive Parteien vertreten, in denen der präsidentiellen 3,5.²⁴ Das ist kein nennenswerter Unterschied.

Unterschiede in der effektiven Parteienzahl erwachsen nicht aus der Regierungsform, sondern aus einer Kombination der gesellschaftlichen Konfliktlinien in einem Land und der Form des Parlamentswahlsystems. In allen drei Regierungsformen ist die Zahl der effektiven Parlamentsparteien in Staaten mit Mehrheitswahlsystem deutlich niedriger als in Staaten mit einem Verhältniswahlsystem.

Ein idealtypisches System der wechselseitigen Abhängigkeit von Regierung und Parlament fordert und fördert eine sehr hohe Fraktionsdisziplin. Über einer Regierung, die keine disziplinierte Mehrheit hinter sich weiß, schwebt in einer parlamentarischen Demokratie das Damoklesschwert des Mißtrauensvotums. In einem idealtypischen System der wechselseitigen Unabhängigkeit von Regierung und Parlament entfällt die gegenseitige Abhängigkeit von Regierung und Parlament als Grund, um im Parlament diszipliniert abzustimmen. Das Lehrbuchwissen der Politikwissenschaft über die prä-

23 Vgl. Arend Lijphart, *Electoral Systems and Party Systems: A Study of Twenty-Seven Democracies, 1945-1990*, Oxford 1994, S. 15; Linz (FN 1), S. 62.

24 Bei der Berechnung der Zahl der Parteien in einem Parteiensystem hat es sich als wenig sinnvoll erwiesen, einfach alle Parteien zu zählen. Es ist vielmehr notwendig die Parteien nach ihrer Bedeutung im Parteiensystem zu gewichten. Hierzu entwickelten Markku Laakso und Rein Taagepera eine Formel, um die so genannte effektive Zahl der Partei zu berechnen. In meiner Untersuchung habe ich die auf den Sitzanteil gerichtete Variante der Formel angewendet: Effektive Parteienzahl nach Sitzanteil = $100^2 / \sum (\text{Sitzanteile Parteien in Prozent } a \cdot x^2)$. Vgl. Markku Laakso/Rein Taagepera, *Effective Number of Parties. A Measure with Application to West Europe*, in: *Comparative Political Studies* 12 (1979), S. 3-27.

sidentiellen Demokratien lautet daher, es gebe keine oder eine nur geringe Fraktionsdisziplin.²⁵

Die Betrachtung der parlamentarischen Demokratien bestätigt weitgehend die Erwartungen. Dies liegt in der Grundstruktur dieser Regierungsform begründet. Nur in einer kleinen Minderheit der parlamentarische Demokratien (8,3 Prozent) haben die Parteien eine geringe Fraktionsdisziplin (z.B. in Papua-Neuguinea). Eine mangelnde Fraktionsdisziplin ist dabei in einer parlamentarischen Demokratie als Krisenindikator zu werten. Entgegen der Erwartung variiert dagegen in präsidentiellen Demokratien die Stärke der Fraktionsdisziplin sehr. In einer Reihe von präsidentiellen Demokratien, u.a. Mexiko, Venezuela und Zypern, stimmen die Parlamentsparteien sehr diszipliniert ab.

Tabelle 2: Fraktionsdisziplin in präsidentiellen Demokratien

Sehr hoch	Eher Hoch	Eher gering	Eher gering	Sehr gering
Mexiko	Argentinien	Bolivien	Kolumbien	Ecuador
Venezuela	Chile	Brasilien	Peru	Nicaragua
Zypern	Costa Rica	Dom. Republik	Philippinen	
	Guatemala	El Salvador	Südkorea	
	Uruguay	Honduras	USA	

Die schattierten Einordnungen basieren auf Werten zum Rice-Index.²⁶ Die anderen Einordnungen basieren auf Einschätzungen der Parteiensystemforschung zu den entsprechenden Staaten.

Die Binnenunterschiede sind deutlich von der Stärke der Parteiorganisationen in einem Staat beeinflusst. In Ländern mit starken Parteiorganisationen wie Venezuela sind Parlamentsfraktionen disziplinierter als in Ländern mit eher schwachen Parteiorganisationen wie Ecuador, Nicaragua oder den USA. Im Unterschied zu den parlamentarischen Demokratien ist eine geringe Fraktionsdisziplin in präsidentiellen Demokratien kein Krisenindikator. Gerade mit Blick auf die USA argumentieren Politikwissenschaftler häufig sogar, eine gewisse Disziplinlosigkeit der Parteien beim Abstimmungsverhalten erhöhe die Leistungs- und Überlebensfähigkeit einer präsidentiellen Demokratie. Erst dadurch werde es möglich, einen politischen Stillstand zu vermeiden, wenn der Präsident keine Parlamentsmehrheit hinter sich hat.²⁷

25 Vgl. u.a. Fraenkel (FN 19), S. 224; Schreyer/Schwarzmeier (FN 17), S. 161; George Tsebelis, *Veto Players: How Political Institutions Work*, Princeton 2002, S. 85.

26 Der Grad der Fraktionsdisziplin ergibt sich dabei aus der Differenz der Ja- und Neinstimmen einer Fraktion. Ein Beispiel: Ein Wert von 60 Prozent ergibt sich, wenn eine Mehrheit der Fraktion (80 Prozent) für eine Gesetzesvorlage stimmt, aber eine bedeutsame Minderheit (20 Prozent) dagegen. Genau so hoch ist der Wert, wenn 80 Prozent gegen eine Vorlage stimmen und 20 Prozent dafür. Die Fraktionsdisziplin erreicht den Wert 0, wenn genauso viele Fraktionsmitglieder in einer Abstimmung mit Ja wie mit Nein stimmen.

27 Vgl. Linz (FN 1), S. 7; Fred W. Riggs, *The Survival of Presidentialism in America: Paraconstitutional Practices*, in: *International Political Science Review* 9 (1988), S. 260; Tsebelis (FN 25), S. 85.

Unterschiede der politischen Strukturen und Prozesse

Die Wirkung einer geringen Fraktionsdisziplin ist aber zwiespältig. Einerseits muß der US-Präsident, auch falls seine Partei keine Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses hat, wegen der fehlenden Fraktionsdisziplin nicht damit rechnen, daß die von ihm informell in die Wege geleiteten Gesetzesentwürfe ständig scheitern. Andererseits kann er auch bei einer Parlamentsmehrheit seiner Partei in beiden Kongreßkammern nicht per se davon ausgehen, daß die Gesetzesentwürfe aus seinem Umfeld, das Parlament passieren. Die Faustregel lautet: Je geringer die Parteidisziplin, desto unvorhersehbarer sind die politischen Entscheidungsprozesse. In einer idealtypischen präsidentiellen Demokratie mit Parlamentariern ohne Fraktionsdisziplin wäre nämlich im Grunde jeder Abgeordnete ein Vetospieler.²⁸

Ein Binnenunterschied zwischen der Ausprägung der Fraktionsdisziplin besteht in der Kategorie der semipräsidentiellen Demokratien. Die Staaten, in denen der Premierminister dominiert oder sich die Regierungsbefugnisse von Premierminister und Präsident die Waage halten (z.B. Finnland und Frankreich), weisen durchschnittlich eine höhere Fraktionsdisziplin auf als jene Staaten, in denen der Präsident dominiert (z.B. Rußland und die Ukraine bis 2004).

6. Koalitionshäufigkeit, Mehrheitshäufigkeit und Regierungsstabilität

In der Politikwissenschaft herrscht die Auffassung vor, Koalitionen gebe es in präsidentiellen Demokratien nicht oder sie seien eine absolute Seltenheit.²⁹ Dies wurzelt in der Vorstellung einer idealtypischen präsidentiellen Demokratie, in der es keine Koalitionen geben kann, da der Präsident allein die Regierung verkörpert und in einer Ein-Mann-Institution keine Koalitionen möglich sind. Unter Koalitionen sind dabei aus mindestens zwei Parteien gebildete Regierungen zu verstehen. In der Regel sind somit alle Regierungen mit Mitgliedern aus mehreren Parteien Koalitionsregierungen. Eine Ausnahme von dieser Regel sind nur jene Regierungen, in die Personen einer anderen Partei als jener des Premierministers oder Präsidenten nicht mit dem Ziel in die Regierung berufen wurden, die Partei dieser Person in die Regierung einzubinden. So finden sich beispielsweise in den USA immer wieder Fälle, in denen ein republikanischer Präsident „Demokraten“ oder ein demokratischer Präsident „Republikaner“ ins Kabinett berufen hat. Dies macht die Regierung jedoch nicht zu einer Koalition. Unter den 27 beobachteten präsidentiellen Demokratien waren aber im strengen Sinne nach 1945 40 Prozent der Regierungen Koalitionen. Damit sind Koalitionen zwar deutlich seltener als in parlamentarischen und semipräsidentiellen Demokratien (Anteil jeweils ca. 57

28 Vgl. Tsebelis (FN 25).

29 Vgl. statt vieler Linz (FN 1), S. 19; Teh-fu Huang, Party Systems in Taiwan and South Korea, in: Larry Diamond u.a. (Hrsg.), Consolidating the Third Wave Democracies: Themes and Perspectives, Baltimore 1997, S. 138; Linz/Stepan (FN 1), S. 181; Alfred Stepan/Cindy Skach, Presidentialism and Parliamentarism in Comparative Perspective, in: Linz/Valenzuela (FN 1), S. 119-136.

Prozent), aber sie sind keineswegs eine Seltenheit.³⁰ Die Entdeckung des „Koalitions-präsidentialismus“ stellt einige grundlegende Annahmen über den Präsidentialismus in Frage.³¹

Eine Mehrheitsregierung ist eine Regierung, die eine Mehrheit der Parlamentarier hinter sich hat. Diese Mehrheit kann aus einer Partei oder mehreren Parteien bestehen. Nicht zwangsläufig müssen dabei alle Parteien in der Regierung vertreten sein, die diese im Parlament stützen. Nur wenn eine Regierung eine Mehrheit der Parlamentarier hinter sich hat, kann sie ihr Regierungsprogramm umsetzen. Unabhängig von der Regierungsform scheint es daher gut, wenn eine Regierung eine Mehrheit der Parlamentarier hinter sich hat. Diese Annahme steht allerdings in einem Widerspruch zu den US-amerikanischen Vordenkern der präsidentiellen Regierungsform, die eine klare Trennung der Gewalten von Exekutive und Legislative (*seperation of powers*) anstreben.³² Die Parlamentsmehrheit einer disziplinierten Partei, die zugleich den Präsidenten stellt, macht im Grunde die von den Befürwortern des Präsidentialismus als einen Vorteil angesehene Unabhängigkeit von Regierung und Parlament hinfällig.³³

Mehrheitsregierungen sind in parlamentarischen Demokratien (80 Prozent) deutlich häufiger als in präsidentiellen (55,4 Prozent). Dafür dürften zwei Faktoren verantwortlich sein: Weil die Parlamentsmehrheit in präsidentiellen Demokratien den Regierungschef nicht abberufen kann, hat er einen bedeutenden Anreiz weniger, eine Mehrheit der Parlamentarier hinter sich zu scharen. Zum zweiten sind im Unterschied zu den parlamentarischen Demokratien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in präsidentiellen idealtypisch nicht gekoppelt (reale Ausnahmen: Guyana und Surinam).

In allen drei Regierungsformen kann der Regierung eine parlamentarische Mehrheit fehlen. In parlamentarischen Demokratien ist es aber im Gegensatz zu präsidentiellen Demokratien unmöglich, daß es über längere Zeit eine Parlamentsmehrheit *gegen* die Regierung gibt. In semipräsidentiellen Demokratien ist es wie in präsidentiellen Demokratien möglich, daß eine Mehrheit der Parlamentarier *gegen* den Präsidenten ist. Im Gesetzgebungsprozess ist dieser dann weitgehend ausgeschaltet, weil es des Rückhalts einer parlamentarischen Mehrheit bedarf, um diesen zu beeinflussen. Ein Premierminister kann dagegen in semipräsidentiellen Demokratien ebenso wenig wie in parlamentarischen Demokratien eine Mehrheit der Parlamentarier gegen sich haben. Die *cohabi-*

30 Koalitionshäufigkeit, Mehrheitshäufigkeit und Regierungsstabilität habe ich folgendermaßen kategorisiert: sehr hoch (100-81 Prozent); eher hoch (80-61 Prozent); mittel (60-41 Prozent); eher gering (40-21 Prozent); sehr gering (20-0 Prozent). Eine umfangreiche Erläuterung der verwendeten Operationalisierung der Begriffe Koalition, Mehrheit und Regierungsstabilität findet sich in Kailitz (FN 3).

31 Vgl. dazu u.a. Grace Ivana Deheza, *Gobiernos de coalición en el sistema presidencial: América del sur*, in: Dieter Nohlen/Mario Fernández (Hrsg.), *Presidencialismo renovado. Instituciones y cambio político en América Latina*, Caracas 1998, S. 151-169.

32 Vgl. Alexander Hamilton/James Madison/John Jay, *The Federalist Papers*, hrsg. von Barbara Zehn-pfennig, Darmstadt 1993.

33 Vgl. Scott Mainwaring/Matthew Shugart, *Conclusion: Presidentialism and the Party System*, in: Dies. (Hrsg.), *Presidentialism and Democracy in Latin America*, Cambridge 1997, S. 396.

tation, in der Premierminister und Parlamentsmehrheit gemeinsam auf der einen Seite dem Präsidenten gegenüberstehen, ist typisch für den Semipräsidentalismus.

Der Extremfall der geteilten Regierung (*divided government*)³⁴, bei dem eine Partei den Präsidenten stellt und eine andere die Parlamentsmehrheit hat und damit die Gesetzgebung prägen kann, läßt sich ausschließlich in präsidentiellen Demokratien mit einer Tendenz zu einem Zweiparteiensystem beobachten. Häufig ist diese Konstellation nur in den USA. Unter den parlamentarischen Demokratien findet sich in Staaten mit Mehrheitswahlssystem ein deutlich höherer Anteil mit häufigen Mehrheitsregierungen als in Staaten mit Verhältniswahlssystem. Ein Mehrheitswahlssystem schließt Minderheitsregierungen nicht aus, wie etwa die Fälle Indien und Kanada belegen. Sie entstehen in solchen Staaten, wenn eine Partei keine Mehrheit erreicht und keine Koalition eingehen will.

Ist die Wirkung des Parlamentswahlsystems auf die effektive Parlamentsparteienszahl in allen drei Regierungsformen gleich, zeigt sich in der Frage der Mehrheitshäufigkeit ein pfadabhängiger Einfluß. In den präsidentiellen Demokratien wirken die Parlamentswahlssysteme umgekehrt wie in parlamentarischen. Die auf den ersten Blick merkwürdig anmutende Regel für präsidentielle Demokratien lautet: Je proportionaler das Parlamentswahlssystem ist, desto häufiger sind Mehrheitsregierungen. In idealtypischen präsidentiellen Demokratien begünstigen Mehrheitswahlssysteme im Unterschied zu parlamentarischen die Mehrheitsbildung der Regierung, weil das Volk Parlament und Präsident unabhängig voneinander wählt (Ausnahme: Surinam). In zwei Drittel der präsidentiellen Demokratien mit Verhältniswahlssystemen hat die Regierung häufig eine Mehrheit. Der Grund ist, daß der Präsident in präsidentiellen Demokratien mit einem Vielparteiensystem in Minderheitssituationen häufig eine Koalition bildet. In einem Zweiparteiensystem hat der Präsident dagegen, wenn seine Partei in der Minderheit ist, keine Möglichkeit, eine parlamentarische Mehrheit hinter sich zu scharen. Die Wahlsystemforschung sollte den bedeutsamen Unterschied der Wirkungsweise von relativem Mehrheitswahlssystem und Verhältniswahlssystem in parlamentarischen und präsidentiellen Demokratien künftig berücksichtigen.

Bedeutenden Einfluß auf die Mehrheitshäufigkeit hat der Grad der Verbundenheit von Parlaments- und Präsidentschaftswahl. In den präsidentiellen Demokratien, in denen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stets zeitungleich oder mal zeitgleich, mal zeitungleich stattfinden, sind Mehrheitsregierungen weit seltener als in präsidentiellen Demokratien, die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen miteinander verflochten haben oder sie zumindest zeitgleich abhalten. Der Faktor der Verflechtung der Bestellung von Regierung und Parlament dürfte erklären, warum in parlamentarischen Demokratien die Mehrheitshäufigkeit deutlich höher ist als in präsidentiellen.

34 Vgl. Robert Elgie (Hrsg.), *Divided Government in Comparative Perspective*, Oxford 2001. Zu den konkreten Entstehungsgründen siehe Matthew Shugart, *The Electoral Cycle and Institutional Sources of Divided Presidential Government*, in: *American Political Science Review* 89 (1995), S. 327-343.

Ausgesprochen stark ist der Zusammenhang zwischen der Regierungsform und der Regierungsstabilität. Weniger als ein Zehntel der parlamentarischen Demokratien, aber zwei Drittel der präsidentiellen haben eine sehr hohe Regierungsstabilität. Umgekehrt ist in keiner präsidentiellen Demokratie die Regierungsstabilität gering, jedoch in mehr als einem Viertel der parlamentarischen Demokratien. In immerhin einem Drittel der präsidentiellen Demokratien ist die Regierungsstabilität nicht sehr hoch. Die Länge der Amtszeit ist somit in präsidentiellen Demokratien zwar vorgegeben, aber sie wird keineswegs immer ausgeschöpft.

In parlamentarischen Demokratien ist die Regierungsstabilität zwangsläufig geringer als in präsidentiellen, weil das Parlament die Regierung abberufen und der Regierungschef das Parlament auflösen kann. Besonders gering ist die Regierungsstabilität semipräsidentieller Demokratien. Nur in fünf Prozent der semipräsidentiellen Demokratien – im Vergleich zu 38,1 Prozent in parlamentarischen – ist die Regierungsstabilität hoch. Ein Grund ist, daß in einem bedeutenden Teil der semipräsidentiellen Demokratien Parlamentsmehrheit und Präsident den Premierminister abberufen können. Ein Beispiel für die negativen Folgen einer geringen Regierungsstabilität ist die Weimarer Republik. In einem deutlichen Kontrast zur geringen Regierungsstabilität erwies sich in 90 Prozent der semipräsidentiellen Demokratien die Stabilität im Präsidentenamt als hoch. Weil der Präsident Regierungswechsel überdauert, erscheint eine geringe Regierungsstabilität somit weniger problematisch als in einer parlamentarischen Demokratie.

7. Demokratiestabilität

Von besonderem Interesse ist bei einem Vergleich der Regierungsformen, ob diese unterschiedlich gute Voraussetzungen dafür schaffen, daß eine Demokratie stabil bleibt. Demokratiestabilität operationalisiere ich dabei auf die denkbar einfachste Weise. Eine Demokratie ist stabil, wenn sie von der Einführung der Demokratie bis zur Gegenwart nie einen Demokratiezusammenbruch erlebte. Ich unterscheide zwischen der Demokratiestabilität früher Demokratien, die vor 1945 erstmals ein demokratisches System etablierten, und späten Demokratien, denen dies nach 1945 gelang. Bereits bei den frühen Demokratien brachen präsidentielle und semipräsidentielle Demokratien weit häufiger zusammen als parlamentarische. Nur eine von 14 frühen präsidentiellen Demokratien, die USA, und eine von fünf frühen semipräsidentiellen Demokratien, Finnland, überlebte bis heute. Bei den frühen parlamentarischen Demokratien waren es dagegen zwölf von 19.

Unterschiede der politischen Strukturen und Prozesse

Tabelle 3: Demokratiestabilität vor 1945

Parlamentarische Demokratien (12 von 19)	Semipräsidentielle Demokratien (1 von 5)	Präsidentielle Demokratien (1 von 16)
Australien (ab 1903)	Deutschland (1919-1933)	Argentinien (1912-1930)
Belgien (ab 1918)	Finnland (ab 1919)	Chile (1925-1973)
Dänemark (ab 1901)	Österreich (1918-1933)	Costa Rica (1925-1948)
Estland (1920-1934)	Polen (1918-1926)	Dom. Republik (1924-1930)
Griechenland (1924-1936)	Spanien (1931-36)	Ecuador (1940-1944)
Großbritannien (ab 1911)		El Salvador (1931-1931)
Irland (ab 1921)		Frankreich (1848-1851)
Island (ab 1944)		Guatemala (1944-1954)
Italien (1918-1926)		Honduras (1924-1933)
Kanada (ab 1920)		Kolumbien (1853-1861)
Lettland (1918-1934)		Kuba (1940-1952)
Litauen (1918-1926)		Nicaragua (1928-1932)
Luxemburg (ab 1870)		Panama (1904-1931)
Neuseeland (ab 1907)		Uruguay (1918-1973)
Niederlande (ab 1870)		USA (ab 1870)
Norwegen (ab 1885)		Venezuela (1945-1948)
Portugal (1911-1926)		
Schweden (ab 1918)		
Tschechoslowakei (1918-1938)		

Demokratien, die bis zur Gegenwart stabil blieben, sind schattiert und fett gesetzt. In Klammern steht hinter den Staaten der Zeitpunkt der Demokratieeinführung und gegebenenfalls der Zeitpunkt des Demokratiezusammenbruchs.

Wie bei den frühen Demokratien schnitt die parlamentarische Regierungsform unter den Demokratien, die nach 1945 demokratische Strukturen verankerten, mit großem Abstand am besten ab. Die Hälfte der Staaten, die ihren ersten Demokratieanlauf mit einer parlamentarischen Regierungsform machten, blieb bis zur Gegenwart stabil. Mit einer semipräsidentiellen oder präsidentiellen Regierungsform gelang dies keinem einzigen Staat. Allen Staaten, die bereits vor 1945 Demokratieerfahrungen gesammelt hatten und die nach 1945 einen neuen Anlauf mit einer parlamentarischen oder semipräsidentiellen Regierungsform machten, blieben bis zur Gegenwart demokratisch. Von den präsidentiellen Demokratien schafften dies dagegen nur acht von 13 Staaten.

Tabelle 4: Demokratiestabilität zwischen 1945 und 1989

Parlamentarisch neu (13 von 25)	Parlamentarisch neu	Parlamentarisch erneut (4 von 4)	Präsidentiell neu (0 von 11)	Präsidentiell erneut (8 von 13)
Bahamas (ab 78)	Mauritius (ab 76)	Deutschland (ab 49)	Bangladesch (86-90)	Argentinien (46-51)
Barbados (ab 66)	Myanmar/ Burma (60-61)	Italien (ab 46)	Bolivien (56-64)	Chile (ab 89)
Belize (ab 81)	Nigeria (60-65)	Österreich (ab 45)	Brasilien (45-62)	Costa Rica (ab 49)
Botswana (ab 65)	Pakistan (50-55)	Spanien (ab 75)	Dom. Republik (62-63)	Ecuador (48-62)
Fidschi (70-87)	Papua-Neuguinea (75)	Semipräsidentiell neu (0 von 3)	Dschibuti (77-82)	El Salvador (ab 84)
Ghana (60-66)	Sierra Leone (61-66)	Indonesien (55-56)	Gambia (70-94)	Guatemala (58-62)
Guyana (66-68)	Salomonen (ab 78)	Libanon (47-75)	Peru (56-61)	Honduras (57-62)
Indien (ab 52)	Sudan (56-58)	Somalia (60-69)	Philippinen (46-69)	Kolumbien (ab 58)
Israel (48)	Surinam (75-79)	Semipräs. erneut (1/1)	Südkorea (48-50)	Mexiko (ab 88)
Jamaika (62)	Thailand (75-76)	Portugal ab 76	Uganda (80-84)	Nicaragua (ab 84)
Japan (52)	Trinidad & Tobago (62)		Zypern (60)	Panama (50-67)
Laos (57-59)	Türkei (50-60)			Uruguay (ab 85)
Malta (ab 64)				Venezuela (ab 58)

In Klammern steht hinter den Staaten der Zeitpunkt der Demokratieeinführung. Bei allen zusammengebrochenen Demokratien findet sich in Klammern die Zeitspanne der demokratischen Periode.

In einer Reihe von Fällen – u.a. Brasilien 1964, Ecuador 1972 sowie Chile und Uruguay 1973 – hat in Lateinamerika die präsidentielle Regierungsform zum Demokratiekollaps beigetragen. Konkret begünstigten ihn Blockaden zwischen Parlament und Präsident. Ich möchte dies am Beispiel von Chiles Demokratiezusammenbruch etwas ausführlicher erläutern: Die Krise in Chile hatte sich lange angekündigt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs standen nahezu alle chilenischen Präsidenten einem mehrheitlich von Oppositionsparteien besetzten Kongreß gegenüber.³⁵ Dazu kam ein stark fragmentiertes und vor allem polarisiertes Parteiensystem. Insofern war es nicht der Präsidentialismus per se, der das Problem darstellte, sondern eine spezifische Konstellation, die sich in dieser Form aber ausschließlich unter den Bedingungen des Präsidentialismus entwickeln konnte.

35 Vgl. u.a. Oscar Godoy Arcaya, El regimen parlamentario: una opción politica para Chile, in: Ders. (Hrsg.), Hacia una democracia moderna. La opción parlamentaria, Santiago de Chile 1990, S. 21 f.; Bernhard Thibaut, Präsidentialismus, Parlamentarismus und das Problem der Konsolidierung der Demokratie in Lateinamerika, in: Iberoamerikanisches Archiv 18 (1992), Nr. 1-2, S. 131 f.

Unterschiede der politischen Strukturen und Prozesse

Die Lage spitzte sich zu, als der sozialistische Präsident Salvador Allende, der die Präsidentschaftswahlen mit 36,2 Prozent der Stimmen und bloß zwei Prozent Vorsprung auf den zweitbesten Kandidaten knapp gewonnen hatte, gegen eine oppositionelle Parlamentsmehrheit regieren mußte. Die tiefe ideologische Kluft zwischen dem sozialistischen Präsidenten und der konservativen Parlamentsmehrheit führte zu einer konsequenten wechselseitigen Blockade. Salvador Allende versuchte, die institutionelle Blockade durch verfassungsrechtlich bedenkliche Verordnungen zu durchbrechen. Dies war einer der Hauptfaktoren, die den blutigen Sturz der Regierung Allende begünstigten. Unter den Bedingungen einer parlamentarischen Demokratie wäre Allende vermutlich durch ein parlamentarisches Mißtrauensvotum gestürzt worden. Die Demokratie wäre dann nicht untergegangen und an die Stelle der Regierung Allende eine Mitte-Rechts-Koalition getreten.³⁶

Die bisherigen Arbeiten zum Zusammenhang von Regierungsform und Demokratiestabilität konzentrierten sich auf diesen Punkt. Die Frage ist jedoch, ob die Anlage der Regierungsform oder andere Faktoren wie Unterschiede im Stand der gesellschaftlichen Wohlfahrt oder der Rolle des Militärs für die Unterschiede in der Demokratiestabilität verantwortlich sind. Der Blick auf den Stand der gesellschaftlichen Wohlfahrt enthüllt: je niedriger der Stand der gesellschaftlichen Wohlfahrt, desto geringer die Demokratiestabilität. Dieser Faktor erweist sich aber *nicht* als (mit)verantwortlich für eine geringere Demokratiestabilität präsidentieller Demokratien im Vergleich zu parlamentarischen. Auf dem Feld der Demokratieanläufe zwischen 1945 und 1989 hatten die parlamentarischen Demokratien sogar einen durchschnittlich niedrigeren Stand der gesellschaftlichen Wohlfahrt als die präsidentiellen. Die Regierungsform hatte somit – zumindest nach 1945 – einen größeren Einfluß auf die Demokratiestabilität als der Stand der gesellschaftlichen Wohlfahrt.

Tabelle 5: Stand der Wohlfahrt (gemessen mit dem Human Development Index der Vereinten Nationen) und Demokratiestabilität

Regierungsform Demokratien	Parlamentarisch	Semipräsidentiell	Präsidentiell
Neu (erfolgreich)	68,7 (11)	-----	-----
Neu (gescheitert)	52,9 (8)	52,6 (1)	63,9 (8)
Neu (gesamt)	62,0 (19)	52,6 (1)	63,9 (8)
Erneut (erfolgreich)	85 (4)	79,9 (1)	71,9 (7)
Erneut (gescheitert)	-----	-----	66,4 (5)
Erneut (gesamt)	85 (4)	79,9 (1)	69,6 (12)
Gesamt	66 (23)	66,3 (5)	68,1 (20)

36 Vgl. Arturo Valenzuela, Chile: Origins, Consolidation, and Breakdown of a Democratic Regime, in: Larry Diamond/Juan Linz/Seymour Lipset (Hrsg.), Democracy in Developing Countries, Bd. 4: Latin America, Boulder/London 1989, S. 187.

Für eine Demokratie erscheint es von existentieller Bedeutung, ob das Militär seine Kontrolle durch die zivilen Politiker akzeptiert und sich nicht als eigenständige politische Macht sieht.³⁷ Die Vetomacht des Militärs ist in präsidentiellen Demokratien deutlich verbreiteter als in parlamentarischen.³⁸ Bei den Demokratiezusammenbrüchen in präsidentiellen Demokratien hatte in der Regel das Militär die Hände im Spiel. Dies erfordert es, den Zusammenhang von Regierungsform und Demokratiestabilität neu zu akzentuieren. Nicht die präsidentielle Regierungsform an sich führt zu einer deutlich geringeren Demokratiestabilität im Vergleich zur parlamentarischen Regierungsform. Problematisch ist vielmehr, wenn die präsidentielle Regierungsform und eine Vetomacht des Militärs zusammentreffen. In solchen Fällen kommt das Militär fast zwangsläufig ins Spiel, wenn sich Präsident und Parlament blockieren. Die größere Stabilitätsaussicht von präsidentiellen Demokratien ohne Vetomacht des Militärs zeigt sich an den Beispielen Costa Rica und USA. Insofern ist der Rückgang der Macht des Militärs von großer Bedeutung für die Stabilitätsaussichten der präsidentiellen Demokratien Lateinamerikas.³⁹ Zudem fördert das Abrücken der realen präsidentiellen Demokratien vom Idealtyp der präsidentiellen Regierungsform ihre Stabilitätsaussichten. Die zunehmende Verschränkung von Regierung und Parlament verringert das Risiko von heftigen Blockaden, in denen sich Regierung und Parlamentsmehrheit unversöhnlich gegenüberstehen, deutlich.

8. Ergebnisse

Eine Gegenüberstellung der Idealtypen von Parlamentarismus und Präsidialismus zeigt, daß die institutionelle Lage gravierende Einflüsse auf die politischen Prozesse erwarten läßt: 1. In einer parlamentarischen Demokratie kann der Regierung keine gegenwärtige Parlamentsmehrheit gegenüberstehen; 2. Nur in präsidentiellen und semipräsidentiellen Demokratien kann der Präsident Gesetze einer Parlamentsmehrheit blockieren. Im Unterschied zu den parlamentarischen Demokratien ist die Parlamentsouveränität also stark beschränkt. Erst dadurch sind Situationen möglich, in denen sich kein Gesetz verabschieden läßt; 3. Unklare Mehrheitsverhältnisse, die eine Verabschiedung von Gesetzen erschweren, kann es auch in parlamentarischen Demokratien geben. Selbst wenn es dazu kommt, sind aber der „Rammbock“ Mißtrauensvotum und das Instrument der Parlamentsauflösung bestens geeignet, um die Krise zu überwinden. Mit einem idealtypischen Amtsenthebungsverfahren ist dies dagegen nicht möglich. So lan-

37 Vgl. Juan Linz, *The Breakdown of Democratic Regimes: Crisis, Breakdown and Reequilibration*, Baltimore 1978, S. 58; Schmidt (FN 18), S. 451.

38 Vgl. Brian Loveman/Thomas M. Davies (Hrsg.), *The Politics of Antipolitics: The Military in Latin America*, Wilmington 1997.

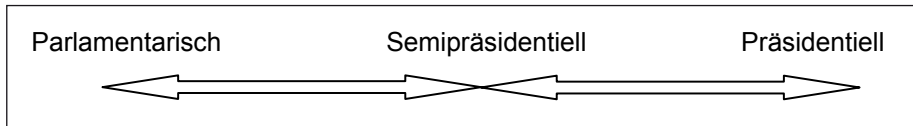
39 Vgl. u.a. Wolfgang S. Heinz, *Neue Demokratien und Militär in Lateinamerika. Die Erfahrungen in Argentinien und Brasilien (1983-1999)*, Frankfurt a.M. 2001.

Unterschiede der politischen Strukturen und Prozesse

ge ein Präsident sich keiner der Gründe für eine Amtsenthebung schuldig macht, läßt sich eine institutionelle Blockade kaum durch ein Amtsenthebungsverfahren bereinigen; 4. Eine Vertrauensfrage dient im Unterschied zum Mißtrauensvotum oder zur Parlamentsauflösung in der Regel nicht, um eine Blockade zu überwinden. Mit ihr will ein Regierungschef vielmehr verhindern, daß eine solche Situation entsteht. Im Vertrauen darauf, daß eine Mehrheit der Parlamentarier sie im Amt halten will, boxt die Regierung Programmpunkte durch, die sonst eine Parlamentsmehrheit blockieren würde.⁴⁰

Es wäre nun falsch, sich ein Bild der realen Varianten der Regierungsformen ein Bild auszumalen, in dem auf einer Linie die semipräsidentielle Regierungsform zwischen der parlamentarischen und präsidentiellen liegt und in dem es somit nur Grenzgebiete zwischen der parlamentarischen und der semipräsidentiellen Regierungsform sowie zwischen der semipräsidentiellen und der präsidentiellen gibt.

Abbildung 1: Linienvorstellung der Regierungsformen

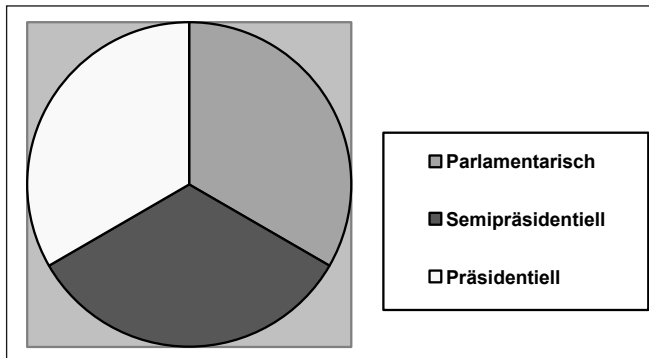


Besser geeignet, um die realen Varianten der Regierungsformen abzubilden, erscheint das Bild eines Kreises, in dem jeweils Grenzgebiete einer Regierungsform zu den beiden anderen Regierungsformen existieren. Unter den präsidentiellen Demokratien siedeln in dieser Hinsicht Guyana und Surinam als Siedler im Grenzgebiet zu den parlamentarischen Demokratien, während die präsidentiellen Demokratien mit stets zeitungeichen Parlamentswahlen wie Ecuador und Peru weit ferner von den parlamentarischen Demokratien zu finden sind.

⁴⁰ Die bedeutende Beeinflussung der politischen Prozesse durch die Existenz der Vertrauensfrage wurde erst in jüngster Zeit herausgearbeitet: Daniel Diermeier/Timothy Feddersen, Cohesion in Legislatures and the Vote of Confidence Procedure, in: American Political Science Review 92 (1998), S. 611-622; John D. Huber, The Vote of Confidence in Parliamentary Democracies, in: American Political Science Review 84 (1990), S. 269-282.

Analysen

Abbildung 2: Kreisvorstellung der realen Varianten der Regierungsformen



Die Staaten der drei Regierungsformen bilden im Gegensatz zu den konstruierten Idealtypen keineswegs einheitliche Blöcke. Vielmehr gibt es gewichtige Unterschiede zwischen den Staaten einer Regierungsform. Dies liegt nicht zuletzt an der Wirkungskraft anderer institutioneller Faktoren. So bestehen bedeutende Differenzen auf dem Feld der parlamentarischen Demokratien zwischen den Ländern mit Verhältniswahlsystem und jenen mit Mehrheitswahlsystem. Um die Funktionsweise einer Demokratie zu verstehen, genügt es nicht, sich auf die Regierungsform zu konzentrieren. Es ist vielmehr das Zusammenspiel aller institutionellen Regelungen zu beachten.

Nähern sich die Regierungsformen nun einander an, oder bewegen sie sich voneinander weg? Die Untersuchung der 89 Demokratien zeigt, daß sich die Praxis der Regierungsformen aufeinander zu bewegt. Demokratien, die den Idealtypen der Regierungsformen entsprechen, werden seltener. In einem entscheidenden Punkt haben die realen präsidentiellen Demokratien im Grund nie dem Idealtyp dieser Regierungsform entsprochen. In präsidentiellen Demokratien ist wie in den anderen beiden Regierungsformen die Regierung der Hauptinitiator von Gesetzesinitiativen. Der Grad der Gewaltenschränkung variiert deutlich in den real existierenden parlamentarischen und präsidentiellen Demokratien. Es handelt sich jedoch eher um einen graduellen als um einen prinzipiellen Unterschied. Einige präsidentielle Demokratien haben zudem für die parlamentarische Regierungsform typische Regelungen übernommen. So finden sich inzwischen in mehr als einem Fünftel der präsidentiellen Demokratien Möglichkeiten, das Parlament aufzulösen. Das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsidenten hat in einigen präsidentiellen Demokratien inzwischen eher den Charakter eines parlamentarischen Mißtrauensvotums mit sehr hoher Mehrheitshürde als den eines Gerichtsverfahrens. Dies kann als eine – begrüßenswerte – vorsichtige Annäherung an die parlamentarische Regierungsform gelten. Die Einführung der Möglichkeit des Präsidenten zur Parlamentsauflösung ohne das Gegengewicht eines Mißtrauensvotums birgt dagegen Gefahr, die präsidentiellen Demokratien in eine Schieflage zugunsten des Präsidenten zu bringen.

Unterschiede der politischen Strukturen und Prozesse

War in der Politikwissenschaft bislang von einer Parlamentarisierung der präsidentiellen Demokratien trotz derart bedeutender Anzeichen nicht die Rede, finden sich zahlreiche Studien über eine „Präsidentialisierung“ parlamentarischer Demokratien. Allerdings verwenden diese Arbeiten die Begriffe „Präsidentialismus“ und „Präsidentialisierung“ anders als sonstige Studien zu den Regierungsformen. Der Begriffsinhalt zielt in der Regel einseitig auf die – unterstellte – Machtfülle des Regierungschefs in präsidentiellen Demokratien.⁴¹

Die präsidentiellen Demokratien sind – mit partieller Ausnahme der USA – keine Systeme der „separation of powers“ (mehr). Dies liegt in den Anforderungen an die moderne Demokratie begründet. Samuel P. Huntington bezeichnete im Rückblick die Vorstellungen der US-Verfassungsgeber über die „separation of powers“ als prämoderne, für eine moderne Massendemokratie ungeeignete Relikte.⁴² In den modernen Massendemokratien sind exekutive und legislative Gewalt in präsidentiellen Demokratien kaum weniger verschränkt als in parlamentarischen Demokratien. Im Grunde geht selbst diese Aussage an der Wirklichkeit in den modernen Demokratien vorbei. Regierung und Parlament erfüllen in modernen Demokratien gemeinsam die Aufgabe der Gesetzgebung. Dagegen exekutieren staatliche Organisationen von Finanzämtern bis zur Polizei die Gesetze und Verordnungen. Im Wortsinne erfüllt die Regierung kaum noch exekutive Aufgaben. Es scheint an der Zeit, das überholte Denken von einer Trennung in Exekutive und Legislative ad acta zu legen, um die aus dieser Vorstellung resultierenden systematischen Mißverständnisse zu vermeiden.

Der entscheidende Grund für die Annäherung der Regierungsformen ist: Auch in den meisten präsidentiellen und semipräsidentiellen Demokratien sind die Parteien die zentralen politischen Akteure. Wenn die Parteien die Institutionen durchdringen, dann sind diese nicht mehr wie in der präsidentiellen Regierungsform idealtypisch angelegt voneinander getrennt, sondern miteinander verflochten. Gehen Parlamentsparteien in präsidentiellen Demokratien eine formale Koalition ein, bedeutet dies stets, daß die Regierung und die sie im Parlament tragenden Parteien sich in eine wechselseitige Abhängigkeit begeben. Während einer dauerhaften Parteienkoalition verschränken sich in diesen präsidentiellen Demokratien Regierung und Parlament auf ähnliche Weise wie in

41 Vgl. Michael Foley, *The Rise of the British Presidency*, Manchester/New York 1993; Stefan Fröhlich, Vom „Prime Ministerial Government“ zur „British Presidency“? Zur Stellung des britischen Regierungschefs im internationalen Vergleich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18/1997, S. 31-38; Herbert Döring, *Präsidentialisierung des parlamentarischen Systems? Westminster und Whitehall in der Ära Thatcher*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/1991, S. 3-13; Thomas Poguntke/Paul Webb (Hrsg.), *The Presidentialization of Politics. A Comparative Study of Modern Democracies*, Oxford 2005.

42 Vgl. Samuel P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, New Haven 1968, Kapitel 2. Huntington wurde widersprochen von Kurt von Mettenheim, *Introduction: Presidential Institutions and Democratic Politics*, in: Ders. (Hrsg.), *Presidential Institutions and Democratic Politics: Comparing Regional and National Contexts*, Baltimore 1997, S. 1.

parlamentarischen Demokratien. Diese präsidentiellen Demokratien funktionieren daher ähnlich wie parlamentarische Demokratien.⁴³ Das Phänomen des „Koalitionspräsidentialismus“ wurde bislang nur mit Blick auf Lateinamerika erörtert, aber es gibt ihn nicht nur dort. In der afrikanischen Präsidialdemokratie Benin regierten bislang ausschließlich Koalitionen, und auf den Philippinen halten sich Einparteienregierungen und Koalitionen die Waage.

Die in der Literatur zu den Regierungsformen stetig wiederholte Auffassung, in parlamentarischen Demokratien lasse sich zwischen einer Regierungsmehrheit und einer Opposition unterscheiden, während diese klare Unterteilung in präsidentiellen Demokratien unmöglich sei⁴⁴, trifft auf die präsidentiellen Demokratien mit häufigen Koalitionsregierungen nicht zu. Das Lehrbuchwissen über die präsidentielle Regierungsform ist in diesem Punkt der Wirklichkeit anzupassen. Die steigende Zahl der Koalitionen in Lateinamerika zeigt eine zunehmende Kompromißbereitschaft der dortigen politischen Akteure. Die Gefahr, daß eine präsidentielle Demokratie mit kompromißbereiten Parteien zusammenbricht, erscheint deutlich geringer als wenn Parteien sich unversöhnlich gegenüberstehen.⁴⁵ Wenn ein Entwicklungsland demokratische Strukturen neu einführt, sollten Berater künftig den Verfassungsschöpfern stärker die bedeutenden Gefahren einer am präsidentiellen Idealtyp orientierten Regierungsform bewußt machen. Unter unwirtschaftlichen Bedingungen hat sich bislang die parlamentarische Regierungsform wie etwa das Beispiel Indien zeigt, als widerstandsfähiger erwiesen als die präsidentielle Regierungsform.

43 Vgl. Joseph Colomer/Gabriel L. Negretto, Can Presidentialism Work Like Parliamentarianism?, in: Government and Opposition 40 (2005), S. 60-89; Detlef Nolte, Presidentialism revisited: Gewaltentrennung und Gewaltenschränkung in den lateinamerikanischen Präsidialdemokratien, in: Lateinamerika Analysen 7 (2004), S. 55-88.

44 Vgl. statt vieler Schreyer/Schwarzmeier (FN 17), S. 164.

45 Vgl. J. Mark Payne u.a., Democracies in Development. Politics and Reform in Latin America, Washington D.C. 2002.

Über direkte Demokratie – sechs Anmerkungen zu einer unbefriedigenden Debatte

Von Peter Graf Kielmansegg

1. Einleitung

Das Thema direkte Demokratie hat in den letzten ein, zwei Jahrzehnten Konjunktur gehabt, in Deutschland und anderswo. Es hat verfassungspolitische Konjunktur und es hat wissenschaftliche Konjunktur gehabt.¹ Daraus hätte ein fruchtbarer Dialog zwischen Verfassungspolitik und Wissenschaft werden können, ein Exempel für das, was die Demokratietheorie inzwischen „deliberative Demokratie“ nennt. Hätte! Daß der Dialog nicht zustandegekommen ist, haben beide Seiten zu vertreten. In der Politik dienten die Expertenanhörungen den widerstreitenden Parteien wie gewöhnlich dazu, sich bestätigen zu lassen, wovon sie ohnehin überzeugt waren. Und auch die Wissenschaft fand, bei allem Fleiß der Empirie, weithin aus einem eher steril-abstrakten Pro und Contra nicht wirklich heraus. Es gelang ihr nicht, sich mit dem, was sie zu sagen gehabt hätte, konsequent auf die Frage auszurichten, um die es bei der Verfassungsentscheidung doch eigentlich ging: Was bedeutet es, ganz bestimmte direktdemokratische Entscheidungsverfahren in einen ganz bestimmten Verfassungskontext einzufügen?

Was Deutschland angeht, so ist das Thema erst einmal von der verfassungspolitischen Agenda genommen worden. In den Ländern sind direktdemokratische Entscheidungsverfahren in reicher Varianz etabliert. Im Bund hat die gescheiterte Verfassungsinitiative der rot-grünen Koalition in Sachen direkte Demokratie in der 14. Legislaturperiode gezeigt, daß es derzeit eine Mehrheit für eine Öffnung des Grundgesetzes für direktdemokratische Komponenten nicht gibt. Bevor sich nicht neue Konstellationen ergeben, wird die Politik deshalb wohl das Thema nicht wieder aufgreifen. Aber ein Thema wird es bleiben. Die von Parteien dominierte repräsentative Demokratie hat in

1 Das Schrifttum, das die Konjunktur des Themas hervorgebracht hat, läßt sich leicht erschließen. In den folgenden Fußnoten werden nur Arbeiten von unmittelbarer Bedeutung für die Argumentation dieses Aufsatzes genannt. Zu neueren Arbeiten, die den Gegenstand direkte Demokratie auf unterschiedliche Weise insgesamt in den Blick nehmen, gehören: David Butler/Austin Ranney (Hrsg.), *Referendums Around the World. The Growing Use of Direct Democracy*, Washington D. C. 1994; Michael Gallagher/Pier Vincenzo Ulevi (Hrsg.), *The Referendum Experience in Europe*, London/New York 1996; Francis Hamon, *Le Référendum. Étude comparative*, Paris 1995; Herrmann K. Heußner/Otmar Jung (Hrsg.), *Mehr direkte Demokratie wagen. Volksbegehren und Völkerentscheid. Geschichte – Praxis – Vorschläge*, München 1999; Maija Setälä, *Referendums and Democratic Governments. Normative Theory and the Analysis of Institutions*, Basingstoke u.a. 1999; Markku Suku, *Bringing in the People. A Comparison of Constitutional Forms and Practices of the Referendum*, Dordrecht u.a. 1993.

den letzten Jahrzehnten in der ganzen westlichen Welt viel an Rückhalt verloren. Es sieht nicht so aus, als sei die Legitimitätsschwäche der repräsentativen Demokratie eine rasch vorübergehende Erscheinung. Die scheinbar schlüssige Antwort auf diese Schwäche „mehr direkte Demokratie wagen“ wird deshalb an Überzeugungskraft nicht verlieren, sondern eher noch gewinnen, zumal in Deutschland, wo sich die Vorstellung in den Köpfen festgesetzt hat, man sei im internationalen Vergleich in dieser Sache ein Nachzügler.

Die Wissenschaft wird auch in Zukunft keine exakten Vorhersagen über die Folgen ganz bestimmter verfassungspolitischer Weichenstellungen machen können. Aber sie vermag, wenn sie sich nicht einfach in die Schlachtreihen der Befürworter und der Gegner einreihet, sondern ihr Material mit der nötigen Offenheit wie der nötigen analytischen Intelligenz befragt, zu Einsichten zu gelangen, die für die verfassungspolitische Diskussion von großer Bedeutung sind. Freilich: Um einen Beitrag zu dieser Diskussion zu leisten, muß die Wissenschaft erst einmal die Schwächen des eigenen Umgangs mit dem Gegenstand in den Blick nehmen.² Sie muß sich fragen, wie sie selbst aus den eingeübten Argumentationsritualen herausfindet. Der folgende Text formuliert sechs kritische Anmerkungen, die versuchen, eben diese Frage zu beantworten.

2. Klarheit der Begriffe

Begriffliche Klarheit ist das erste Gebot. Man muß wissen, wovon man spricht, wenn man „direkte Demokratie“ sagt. Und man muß gute Gründe dafür anführen können, daß man das Objekt so und nicht anders bestimmt. Die Unterscheidung zwischen repräsentativer und direkter Demokratie kann vernünftigerweise nur auf den Unterschied zwischen Wahlen und Abstimmungen gegründet werden.³ Wahlen und Abstimmungen sind zwei grundsätzlich verschiedene Modi der Beteiligung der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten, und zwar unabhängig davon, ob man sie aus der Perspektive des Systems oder der des Bürgers betrachtet. Wahlen sind ein Modus der Begründung von legitimer Entscheidungsautorität, Abstimmungen sind ein Modus der Ausübung von legitimer Entscheidungsautorität. Näherhin: In Wahlen übertragen Wähler auf Zeit Entscheidungsvollmacht an Gewählte. Wähler vertrauen Gewählten ein Amt an. Sie müssen sich ein Urteil über Personen oder Parteien und deren voraussichtliches zukünft-

2 Dazu Sabine Jung, *Die Logik direkter Demokratie*, Wiesbaden 2001, Kap. 2. Jung nennt drei Hauptschwächen der wissenschaftlichen Behandlung des Gegenstandes direkte Demokratie: Direkte Demokratie werde in der Regel als eigenständiger Demokratietypus betrachtet, der sich dem Typus der repräsentativen Demokratie antithetisch gegenüberstellen lasse; direkte Demokratie werde vorwiegend unter dem Vorzeichen der Partizipation diskutiert, nicht der Ausübung von Herrschaftsfunktionen; bei der Behandlung des Phänomens direkte Demokratie fehle es in der Regel an analytischer Differenzierung und begrifflicher Schärfe (S. 15 f.).

3 So auch Stefan Marschall, *Ist das unmittelbare Personenvotum ein „direkt-demokratisches“ Verfahren?*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 7 (1997), S. 845-862.

tiges Handeln bilden. Wahlentscheidungen sind ihrer Natur nach in starkem Maße Voten des Vertrauens in Personen oder Parteien bzw. des Mißtrauens gegen Personen oder Parteien. Natürlich ist mit dem Votum für eine Person oder eine Partei in aller Regel ein Votum über die Politik, für die Personen bzw. Parteien stehen, die Politik, die ihnen zugerechnet wird, verbunden. Und dieser Zusammenhang kann gelegentlich so ausgeprägt, thematisch so fokussiert sein, daß er dramatisch in den Vordergrund tritt. Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990, um ein eindrucksvolles Beispiel aus der jüngsten deutschen Geschichte zu nennen, stand ganz und gar im Zeichen der Frage, wann und wie der Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten vollzogen werden solle. Aber auch solche Wahlen bleiben Wahlen. Sie bleiben Wahlen, weil die einzige verbindliche Entscheidung, die die Wähler treffen, eben die ist, bestimmten Personen bestimmte Ämter zu übertragen. Und weil auch keine andere verlässliche Deutung ihrer Absichten möglich ist als die, daß sie in ihrer Gesamtheit diese und keine andere Verteilung der Mandate gewollt haben bzw. in ihrer Mehrheit eben diesem und keinem anderen Kandidaten ein bestimmtes Amt zu übertragen wünschten.

Alles andere ist Spekulation, so plausibel man gelegentlich auch spekulieren kann. Die Bundestagswahlen von 1983 etwa haben zwar die Wirkung eines Votums über die Nachrüstung gehabt, aber ob die Wähler, die der regierenden Koalition aus Union und FDP ihre Stimme gaben, für oder gegen die Nachrüstung waren, ob sie überhaupt eine entschiedene Meinung in dieser Sache hatten, blieb und bleibt letztlich offen. Und vor allem: Es war bedeutungslos für die Wirkung ihres Votums.

In Abstimmungen auf der anderen Seite entscheiden die Bürger selbst in der Sache. Sie müssen sich ein Urteil in der Sache bilden. Vertrauen in die Urteilsfähigkeit anderer kann dabei hilfreich sein. Aber gefordert ist letztlich die eigene Entscheidung.

So einfach und eindeutig die Unterscheidung zwischen Wahlen und Abstimmungen aber auch ist, die Grenzlinie zwischen repräsentativer und direkter Demokratie wird häufig anders gezogen. Es ist verbreiteter Sprachgebrauch, Wahlen, durch die exekutive Ämter besetzt werden – die Wahl von Staatsoberhäuptern, von Regierungschefs (wie in Israel), von Bürgermeistern oder Landräten durch die Bürger – im Unterschied zur Wahl von Parlamenten durch das Etikett plebiszitär in eine nicht genauer bestimmte Nähe zur direkten Demokratie zu rücken.⁴ Es gibt keinen vernünftigen Grund für diesen Sprachgebrauch. Die Frage, warum bestimmte Wahlen als „plebiszitär“ gelten sollen und andere nicht, bleibt unbeantwortet. Es gibt auch keine Antwort. Wahlen sind Wahlen. Eine analytisch belastbare, eine analytisch fruchtbare Unterscheidung zwischen repräsentativer und direkter Demokratie ist nur dadurch zu erreichen, daß Wahlen

4 Die Beispiele für diesen Sprachgebrauch sind Legion. Meistens ist es der Begriff plebiszitär, der die Grenze zwischen Wahlen und Abstimmungen verwischt. So, um nur einen beliebigen Beleg herauszugreifen, bei Thomas Würtenberger, Repräsentative und plebiszitäre Elemente in der deutschen Verfassungsgeschichte, in: Günther Rüter (Hrsg.), Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternative? Grundlagen, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 1996, S. 96-117.

als der Teilnahmemodus der repräsentativen und Abstimmungen als der Teilnahmemodus der direkten Demokratie verstanden werden.

Verwirrung gestiftet hat im deutschen Sprachraum nicht zuletzt Ernst Fraenkel mit seiner einflußreichen, vielzitierten Abhandlung „Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat“.⁵ Fraenkel stellt in diesem Text nicht repräsentative und direkte Demokratie einander gegenüber, sondern das plebiszitäre und das repräsentative Prinzip. Im repräsentativen System habe die Idee des Gemeinwohls den Primat. Es werde angenommen, daß der wahre Volkswille sich immer auf das Gemeinwohl richte. Dieser hypothetische, wahre Wille des Volkes werde durch Repräsentation zur Geltung gebracht. Im plebiszitären System habe der tatsächliche Volkswille den Primat, er entscheide, was als Gemeinwohl zu gelten habe. Daraus folgt aber, daß alle Verfahren, die dem tatsächlichen Volkswillen in der Politik zur Wirkung verhelfen, „plebiszitär“ genannt werden müssen, auch Wahlen. „Plebiszitär“ wird zum Synonym – darauf hat schon Dolf Sternberger hingewiesen⁶ – für „demokratisch“. Das wiederum bedeutet, daß logisch kein Raum für demokratische Repräsentation bleibt. Sobald Repräsentation auf allgemeine Wahlen gegründet wird, kommt nach der Logik dieser Begrifflichkeit immer das plebiszitäre Prinzip ins Spiel. Die für die repräsentative Demokratie als repräsentativ verfaßte Demokratie konstitutive Annahme, daß Repräsentation nicht in jeder Gestalt, sondern dann und nur dann das Gemeinwohl zur Geltung zu bringen vermag, wenn sie aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, findet in der Fraenkel'schen Gegenüberstellung von repräsentativem und plebiszitärem Prinzip keinen Anknüpfungspunkt.

Die Verwirrung wird im einzelnen sichtbar, wenn Fraenkel bestimmte Wahlen, die amerikanischen Präsidentschaftswahlen etwa und die britischen Unterhauswahlen, weil in ihnen in der Regel faktisch das Amt des Premierministers vergeben wird, dem plebiszitären Prinzip zuschlägt und andere, so die Kongreßwahlen in den USA (obwohl doch gerade die Bindung der Mitglieder von Repräsentantenhaus und Senat an ihre Wähler besonders eng ist), dem repräsentativen. Eine analytisch fruchtbare Unterscheidung zweier Typen von Demokratie – eine Unterscheidung also, die auch die repräsentative Demokratie als Demokratie ernst nimmt – ist so nicht zu erreichen. Die muß, um es noch einmal zu sagen, an die Differenz zwischen Wahlen und Abstimmungen als zwei grundverschiedene Modi der Bürgerbeteiligung anknüpfen. Repräsentative Demokratie ist Wahldemokratie, direkte Demokratie ist Abstimmungsdemokratie, die vormodern Versammlungsdemokratie war und sich modern durch Abstimmungen an der Urne verwirklicht.

5 Vgl. Ernst Fraenkel, Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat, Tübingen 1958. Immer wieder nachgedruckt in den zahlreichen Auflagen des Sammelbandes von Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart u.a.

6 Dolf Sternberger, Nicht alle Gewalt geht vom Volke aus, Stuttgart u.a. 1971, S. 38 f.

Über direkte Demokratie

Daraus folgt dann auch, daß zwischen direkter Demokratie im Sinn von Abstimmungs-demokratie auf der einen und der demokratischen Intensivierung von Wahldemokratie auf der anderen Seite unterschieden werden muß. Vorwahlen, die Abberufung von Abgeordneten durch die Wähler, Volksbegehren auf Auflösung von Parlamenten, wie die Weimarer Republik sie kannte – das alles sind Instrumente partizipativer Intensivierung der Wahldemokratie; direkte Demokratie ist bei präzisiertem, sinnvollem Sprachgebrauch etwas anderes. Es versteht sich von selbst, daß mit dieser begrifflichen Zuordnung nichts über Vernunft oder Unvernunft solcher Intensivierung ausgesagt ist, auch nichts darüber, wo die Grenze überschritten wird, jenseits derer das repräsentativ-demokratische Prinzip des verantworteten Regierens faktisch außer Kraft gesetzt ist.

3. Zwei Arten von Demokratie

Mit der begrifflichen Klärung ist die demokratietheoretische Abgrenzung der beiden Varianten von Demokratie voneinander noch nicht wirklich geleistet, sie ist nur vorbereitet. Die Antwort auf die folgende Frage - Wie verhalten sich die beiden Modi bürger-schaftlicher Entscheidung demokratietheoretisch zueinander? - ist keineswegs nur von wissenschaftlichem Interesse. Sie ist folgenreich auch für die verfassungspolitische Diskussion. Die Auffassung ist weit verbreitet, daß die direkte Demokratie, die Abstimmungs-demokratie, gegenüber der repräsentativen Demokratie, der Wahldemokratie, normativ höherrangig sei. Denn, so das Argument, je mehr der „Souverän“, das Volk selbst, entscheide, desto mehr nähere sich das Gemeinwesen dem Demokratieideal an. Die Begrifflichkeit – direkt/indirekt, unmittelbar/mittelbar – schreibt diese Argumentationslogik fest. Die direkte Demokratie ist, so gesehen, die eigentliche Demokratie, die repräsentative Demokratie ein Surrogat, eine Notlösung, „a sorry substitute for the real thing“, wie es Robert Dahl formuliert,⁷ allenfalls, wenn man es etwas freundlicher ausdrücken will, „die zweitbeste Lösung“. Sie wird notwendig, als „dura necessitas“, als harte Notwendigkeit, um Karl Loewenstein zu zitieren,⁸ weil in Flächenstaaten die Versammlungs-demokratie überhaupt nicht und angesichts des erreichten Komplexitäts-grades moderner Demokratie die Abstimmungs-demokratie jedenfalls nicht mehr konsequent praktikierbar ist. Sind diese Ausgangsannahmen einmal akzeptiert, ist die Argumentationssymmetrie nicht wieder herzustellen.

Die Gegenthese, die den weiteren Überlegungen zugrundeliegt, lautet:⁹ Direkte De-

7 Robert Dahl, Dilemmas of Pluralist Democracy. Autonomy versus Control, New Haven 1982, S. 13.

8 Karl Loewenstein, Volk und Parlament nach der Staatstheorie der französischen Nationalversammlung. Studien zur Dogmatik der unmittelbaren Volksgesetzgebung, Aalen 1964 (Erstveröffentlichung 1922), S. 79.

9 Diese These ist mit Blick auf die repräsentative Demokratie genauer ausgeführt in meinem Aufsatz „Die Quadratur des Zirkels“, in: Ulrich Matz (Hrsg.), Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie, Sonderheft der Zeitschrift für Politik, Köln u.a. 1985, S. 9-41.

mokratie und repräsentative Demokratie stehen nicht im Verhältnis des Mehr und Weniger zueinander, repräsentative Demokratie ist keine Minderform der direkten Demokratie. Es handelt sich vielmehr um zwei unterschiedliche Formen der Selbstregierung von Bürgergemeinschaften, die im Verhältnis zueinander jeweils ein Aliud darstellen. Wie ist das zu verstehen? Wenn Kollektive Entscheidungen treffen, die für alle verbindlich sind, dann ist unausweichlich Fremdbestimmung in hohem Maße auch dann im Spiel, wenn alle Bürger an den Entscheidungen beteiligt sind. Das gilt für die Wahldemokratie wie für die Abstimmungsdemokratie. Selbst wer sich auf die – nicht praktikierbare – Einstimmigkeitsregel zurückzöge, entkäme den Zwängen des Kollektiventscheides nicht. Denn die Einstimmigkeitsregel bedeutet ja – die EU macht es vor: Jeder einzelne hat ein Vetorecht auch gegen alle anderen. Die Einstimmigkeitsregel führt also – paradoxerweise – zu besonders extremen Formen der Fremdbestimmung. Keine Demokratiediskussion kann ernst genommen werden, die der rousseauistischen Versuchung erliegt und meint, das Dilemma auflösen zu können, statt sich ihm zu stellen.

Was direkte und repräsentative Demokratie unterscheidet, ist, daß sie unterschiedlich mit dem *factum brutum* umgeht, daß kollektive Selbstregierung niemals individuelle Selbstbestimmung bedeutet. Die Strategie der direkten Demokratie ist es, Fremdbestimmung tendenziell zu minimieren. Die Strategie der repräsentativen Demokratie ist es, die unvermeidliche Fremdbestimmung als verantwortete Fremdbestimmung zu organisieren. Näherhin heißt das: Die repräsentative Demokratie geht mit der Unvermeidbarkeit von Fremdbestimmung in Kollektiven so um, daß sie alle dem Gemeinwesen anvertraute Befugnis, verbindlich zu entscheiden, in Ämtern institutionalisiert und die Inhaber der Ämter der Kontrolle der Bürger unterwirft. Repräsentative Demokratie ist, auf eine klassische, kurze Formel gebracht, „responsible government“. Niemand entscheidet in der repräsentativen Demokratie in öffentlichen Angelegenheiten aus eigenem Recht. Wem Entscheidungsvollmacht anvertraut ist, der kann, in welchen Verfahren auch immer, zur Rede gestellt und zur Verantwortung gezogen werden. Die repräsentative Demokratie, so kann man es auch formulieren, baut in den demokratischen Prozeß selbst eine Grundstruktur der Gewaltenteilung ein – eine Gewaltenteilung zwischen der bevollmächtigenden und kontrollierenden Bürgergewalt und der Regierungsgewalt der bevollmächtigten Repräsentanten. Die repräsentative Demokratie, um es anders zu sagen, organisiert den demokratischen Prozeß dialogisch; sie gründet sich, indem sie Bürger und Amtsträger einander gegenüberstellt, auf einen Dialog, der als Institutionalisierung des Prinzips verstanden werden muß, daß, wer für das Ganze handelt, allen gegenüber rechenschaftspflichtig ist.

Die direkte Demokratie hingegen hebt, soweit sie greift, das Gegenüber von Bürger und Amtsträger zugunsten der Intensivierung von bürgerschaftlicher Selbstregierung auf. Jeder Bürger soll möglichst viel selbst entscheiden, wofür freilich der Preis des Verzichtes auf das Prinzip des *responsible government* gezahlt werden muß. Die Verantwortlichkeit eines jeden einzelnen mitentscheidenden Bürgers gegenüber allen anderen, über die er mitentscheidet, können wir uns zwar denken, aber sie läßt sich auf kei-

ne Weise institutionalisieren.¹⁰ Zwar erreicht auch der politische Prozeß in der repräsentativen Demokratie unvermeidlich den Punkt, an dem der Bürger einen Letztentscheid fällt, für den er sich nicht zu verantworten braucht, jede Wahl ist ein solches Votum. Aber es ist mehr als ein gradueller, es ist ein prinzipieller Unterschied, ob das Leitprinzip, die Befugnis, für andere verbindlich zu entscheiden, müsse verantwortet werden, so lange, wie das logisch möglich ist, durchgehalten wird, oder ob es überhaupt nicht als Leitprinzip fungiert.

Übrigens läßt sich das demokratietheoretische Grundargument, direkte und repräsentative Demokratie seien nicht zwei unterschiedliche Intensitätsstufen des gleichen Entwurfs bürgerschaftlicher Selbstregierung, sondern zwei verschiedene Entwürfe, durch andere Überlegungen abstützen. Den beiden unterschiedlichen Modellen der Selbstregierung entsprechen Modi des Entscheidens mit je eigenen Charakteristika. Zwei solcher Charakteristika seien hervorgehoben. Zum einen: In der Abstimmungsdemokratie fallen Entscheidungen notwendig disjunkt. Jede Abstimmungsmehrheit trifft als solche eine und nur eine Entscheidung. Als Mehrheit setzt sie diese Entscheidung zu keiner anderen Entscheidung bewußt in Beziehung. Etwas anders formuliert: Es gibt kein Subjekt, das die Verantwortung für ein Entscheidungskontinuum trägt und tragen kann. Die repräsentativ verfaßte Demokratie ist, jedenfalls in ihrer parlamentarischen Form, darauf angelegt, ihren Akteuren Verantwortung für Entscheidungskontinua zuzuweisen und sie dadurch in ihrem Entscheidungshandeln zur Konsistenz im Zeitablauf zu nötigen. Zwar gibt es auch in der repräsentativen Demokratie das Phänomen häufig wechselnder parlamentarischer Mehrheiten, für die präsidentiell verfaßte repräsentative Demokratie amerikanischen Typus ist es geradezu konstitutiv. Aber diese wechselnden Mehrheiten bilden sich innerhalb eines überschaubaren Kreises von Amtsträgern, nämlich Abgeordneten, von denen jeder öffentlich rechenschaftspflichtig ist. So kann die Notwendigkeit, in Entscheidungskontinua zu denken, die für jeden einzelnen Amtsträger/Abgeordneten gegeben ist, in Grenzen auch noch kollektive Wirkung entfalten.

Zum anderen: Deliberation und Entscheidung sind auf je andere Weise miteinander verknüpft. In der Abstimmungsdemokratie muß die Deliberationsphase beim Eintritt in die Entscheidungsphase in dem Sinn abgebrochen werden, daß eine bestimmte Entscheidungsfrage, eine bestimmte Ja-Nein-Option definitiv fixiert wird. Das geschieht verhältnismäßig früh. In der repräsentativen Demokratie bleibt der Entscheidungsprozeß prinzipiell bis zu seinem Abschluß auch ein Deliberationsprozeß, zumindest wenn es sich um Gesetzgebung handelt; bei internationalen Verträgen sieht das etwas anders aus.

10 Sie wird am ehesten in der Versammlungsdemokratie noch sichtbar gemacht, wo die Bürger sich für das Gesetzgebungsgeschäft auf dem Marktplatz versammeln, in einem öffentlichen Raum also, der sie erkennbar zu Trägern eines öffentlichen Amtes macht. Nur noch eine blasse Erinnerung daran ist mit dem Urnengang verbunden. Die Entscheidung mittels Knopfdruck im eigenen Wohnzimmer, in der manche die zukünftige Vollendung der Demokratie erblicken, wäre in Wahrheit die endgültige und vollkommene Privatisierung des Öffentlichen.

Schließlich bestätigt auch das historische Argument, was demokratietheoretische wie entscheidungstypologische Überlegungen deutlich machen: Die repräsentative Demokratie ist nicht die Minderform der direkten Demokratie, die da zum Zuge kommt, wo es nicht mehr anders geht. Abstimmungs- und Wahldemokratie haben nämlich auch ihre je eigene Geschichte. Gewiß, es gibt den historischen Vorgang, daß kommunale Versammlungsdemokratien zu Repräsentativverfassungen übergehen, weil es sich erweist, daß die Zusammenkunft aller Bürger auf dem Marktplatz zum Zweck der Gesetzgebung nicht länger praktikabel ist. Wir begegnen solchen Vorgängen vor allem in der Frühzeit der englischen Siedlungskolonien in Nordamerika, in Neuengland zumal. Aber das war nur ein Nebenpfad. Die moderne repräsentative Demokratie ist so nicht entstanden. Sie ist entstanden, wie vor allem Dolf Sternberger, gestützt auf die reiche Forschung zur Entstehung der Repräsentativverfassung im Europa des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, betont hat,¹¹ in einem Prozeß der – überwiegend allmählichen – Demokratisierung ständischer Repräsentativverfassungen. Sie stellt sich, etwas anders formuliert, der historischen Betrachtung als das Ergebnis des Zusammenwachsens von vordemokratischer Repräsentativverfassung und demokratischem allgemeinem Wahlrecht dar, nicht als repräsentative Metamorphose der Versammlungsdemokratie. Die moderne Variante direktdemokratischer Praxis, die Urnenabstimmung, entsteht dann wiederum erst als Mechanismus der Korrektur der repräsentativen Demokratie. Auch aus historischer Sicht ist es also plausibel, die Eigenständigkeit der beiden Demokratievarianten zu betonen.

4. Der Schatten Weimars

In Deutschland wird die verfassungspolitische (nicht so sehr, soweit sich das unterscheiden läßt, die wissenschaftliche) Debatte über die direkte Demokratie wie so viele andere Debatten noch immer im Schatten der Geschichte geführt. Das tut ihr nicht gut. Natürlich ist die empirisch arbeitende Politikwissenschaft auch auf das Material angewiesen, das ihr die Geschichtswissenschaft anbietet. Und natürlich kann Deutschland noch viel weniger als andere Länder seine Geschichte in öffentlichen Diskursen ignorieren. Aber die Fixierung auf ein Exempel, so suggestiv es sich im Fall der deutschen Geschichte dem Betrachter auch aufdrängen mag, ist für eine auf systematische Erkenntnis zielende Wissenschaft problematisch. „Weimar“, um es konkret zu sagen, darf als Argument nicht überbewertet werden – wobei sich von selbst versteht, daß der Stand historischer Erkenntnis darüber entscheidet, was überhaupt als Argument zählen kann. Das gilt in zwei Richtungen.

11 Arbeiten Sternbergers zur Entstehung der repräsentativen Demokratie sind versammelt in: Sternberger (FN 6).

Wie ist das zu verstehen? Lange Zeit sind im Nachkriegsdeutschland die „Weimarer Erfahrungen“ fast unangefochten gegen die direkte Demokratie ins Feld geführt worden. Nach allgemeiner Überzeugung waren sie es, die den Parlamentarischen Rat in seiner Mehrheitsentscheidung für eine konsequent repräsentative Demokratie bestimmten, so wie sie, die „Weimarer Erfahrungen“, es waren, die in den Jahrzehnten danach zur Verteidigung dieser Entscheidung angeführt wurden, wann immer die Frage aufkam, ob es nicht an der Zeit sei, direktdemokratische Entscheidungsverfahren in das Grundgesetz aufzunehmen. Gedeutet wurden die „Weimarer Erfahrungen“ so: Die direktdemokratischen Elemente der Weimarer Verfassung hätten sich für die Republik destabilisierend ausgewirkt, vor allem deshalb, weil sie von republikfeindlichen Parteien zum Kampf gegen die Republik genutzt worden seien.¹² Fast im Alleingang hat Otmar Jung diesen, so wird man sagen dürfen, bundesrepublikanischen Beinahe-Konsens seit Ende der achtziger Jahre immer wieder hartnäckig herausgefordert. Er ist nicht erfolglos geblieben.¹³ Seine doppelte Gegenthese: Die „Weimarer Erfahrungen“ sind falsch gedeutet. Es hat der Republik nicht geschadet, daß ihre Verfassung der „Volksgesetzgebung“ Raum gab und daß diese Möglichkeiten tatsächlich, obschon nicht häufig, genutzt wurden.¹⁴ Und: Die Entscheidung des Parlamentarischen Rates gegen die direkte Demokratie hat wenig mit den „Weimarer Erfahrungen“, hingegen viel mit dem Ost-West-Konflikt zu tun.¹⁵

Es liegt auf der Hand, daß auch mit diesen Gegenthesen die Debatte weiter im Schatten der Geschichte geführt wird. Was also meint die Aufforderung konkret, aus diesem Schatten hervorzutreten? Um bei der Position Jungs anzusetzen: Selbst wenn er als Historiker mit seinen beiden Hauptthesen ganz und gar Recht hätte, wäre seine Entkräftung eines traditionellen Argumentes gegen direkte Demokratie nicht auch schon ein valides Argument für direkte Demokratie. So aber liest es sich bei Otmar Jung regelmäßig, wenn er seine historische Argumentation ins Verfassungspolitische überführt. Da die „Weimarer Erfahrungen“ anders, positiver zu deuten seien, als die herrschende Meinung es lange Zeit getan habe, und da man inzwischen wisse, daß der Parlamentarische Rat vor allem die schwierige Lage des geteilten Deutschland im Zentrum des Ost-West-Konfliktes im Auge gehabt habe, als er sich gegen die Volksgesetzgebung entschied, sei es jetzt, da die Irrtümer der älteren Bundesrepublik zu Tage lägen, geboten, auch die

12 Die erste gründliche historische Untersuchung zur direktdemokratischen Praxis in der Weimarer Republik war: Reinhard Schiffers, *Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem*, Düsseldorf 1971. Sie hat mit ihren Erkenntnissen die damals vorherrschenden Auffassungen eher gestützt.

13 Ein Versuch, den neueren Stand der Erkenntnis differenziert zusammenzufassen: Reinhard Schiffers, *Weimarer Erfahrungen: Orientierungshilfe für die Aufnahme plebiszitärer Elemente in das Grundgesetz?*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 6 (1996), S. 349-374. Schiffers bezieht sich mit diesem Versuch auf eine Kontroverse zwischen S. Meineke und O. Jung, die in den Bänden 4 und 5 des Jahrbuchs für Politik nachzulesen ist.

14 Otmar Jung, *Direkte Demokratie in der Weimarer Republik*, Frankfurt a.M. 1989.

15 Ders., *Grundgesetz und Volksentscheid. Gründe und Reichweite der Entscheidungen des Parlamentarischen Rates gegen Formen direkter Demokratie*, Opladen 1994.

verfassungspolitische Entscheidung des Parlamentarischen Rates zu korrigieren. Das ist ein logisches *non-sequitur*.

Im übrigen hat Jung nicht „ganz und gar Recht“. Was die Weimarer Republik angeht, so ist es zwar richtig, daß es die späten Wahlen waren und nicht Volksabstimmungen, in denen die Republik ihre entscheidenden Niederlagen gegen ihre Feinde von rechts und links erlitt. Aber das ändert nichts daran, daß das Volksbegehren sich je länger desto mehr als ein Verfahren erwies, dessen sich vorzugsweise extremistische Parteien zu demagogisch-republikfeindlichen Zwecken bedienten. Und für den Parlamentarischen Rat wird man – die Materiallage ist wenig ergiebig – vernünftigerweise unterstellen müssen, daß die Erinnerung an eben diesen Umstand für seine Mitglieder, die ja fast alle ihre politische Prägung in der Weimarer Republik erfahren hatten, sehr wohl bedeutungsvoll war.¹⁶ Andererseits: Wer an der Entscheidung von 1948/1949 angesichts der ganz anderen Entwicklung, die die zweite deutsche Demokratie in ihren bald sechs Jahrzehnten inzwischen durchlaufen hat, angesichts eines globalen Trends zu mehr direkter Demokratie, angesichts auch einer deutschen Debatte, in der die Forderung, Deutschland möge in diesen Trend einscheren, seit geraumer Zeit nachdrücklich immer wieder vorgebracht wird, festhalten will, der muß bessere, gewichtigere Argumente haben als den Hinweis auf „Weimar“. Weimar ist nicht durch die direkte Demokratie ruiniert worden. Und was die „Prämie für den Demagogen“ – Theodor Heuss’ berühmte Formulierung aus dem Parlamentarischen Rat¹⁷ – angeht, so zeigen vor allem die Erfolge der NSDAP in den letzten Jahren der Republik, daß die auch in Wahlen glänzend zu gewinnen ist.

5. Die Vielfalt der Verfahren

Wenn begriffliche Klarheit herrscht, wenn die beiden Modi demokratischen Entscheidens in ihrer Eigenart demokratietheoretisch angemessen bestimmt sind, wenn schließlich auch dem historischen Argument der Platz zugewiesen ist, der ihm zukommt, dann kann die eigentliche Debatte beginnen. Sie wird, zumal in der Öffentlichkeit, aber keineswegs nur dort, häufig so geführt, daß Argumente für „die“ direkte Demokratie und Argumente gegen „die“ direkte Demokratie einander gegenübergestellt werden. Das ist eine wenig sinnvolle Anlage der Auseinandersetzung. Direktdemokratische Mitentscheidungsverfahren gibt es in sehr unterschiedlichen Ausgestaltungen. Viele, nicht alle Argumente beziehen sich auf bestimmte Ausprägungen, auf andere nicht. Man muß, heißt das, spezifisch argumentieren. Und wenn man von „der“ direkten Demokratie im

16 Karlheinz Nießlauß, Der Parlamentarische Rat und die plebiszitären Elemente, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 45/92, S. 3-15.

17 Nachweis bei Jung (FN 15), S. 283.

allgemeinen spricht, muß man geprüft haben, ob diese allgemeine Redeweise gerechtfertigt ist.

Die Wissenschaft hat sich der Aufgabe, Kriterien für eine sinnvolle Binnendifferenzierung des Pauschalbegriffs „direkte Demokratie“ zu entwickeln, durchaus angenommen, hat mit ihren Bemühungen auf die öffentliche, verfassungspolitische Diskussion bisher freilich nur wenig einwirken können. Der am sorgfältigsten durchdachte Vorschlag stammt von Sabine Jung.¹⁸ Er hat den Vorzug, sich konsequent an der institutionellen Ausgestaltung direktdemokratischer Entscheidungsverfahren zu orientieren und sich dabei auf die essentiell wichtigen Gesichtspunkte zu konzentrieren - eine Konzentration, die nicht nur eine bunte Vielfalt überschaubar, diskutierbar vor allem macht, sondern auch die Fragen, auf die es ankommt, gleich mitliefert.

Der Vorschlag arbeitet mit vier Kriterien, die freilich nicht alle gleiches Gewicht haben. Wie praktisch alle einschlägigen Versuche rückt er zwei Fragen ins Zentrum: Wer hat das Recht, einen Volksentscheid auszulösen? So lautet die eine. Und auf wen geht die Abstimmungsvorlage zurück? Dies ist die andere. Beide Fragen dienen der Identifizierung der Akteure, die Verfügungsmacht über das Instrumentarium haben, und der genaueren Bestimmung dieser Verfügungsmacht. Letztlich geht es, bei aller notwendigen Differenzierung im einzelnen, um eine einfache Alternative: Sind es, „die Regierenden“ oder ist es „das Volk“? Damit sollen andere Antworten keineswegs für belanglos erklärt werden: Natürlich ist es bedeutsam, daß sich beim obligatorischen Referendum, wie es in Verfassungsfragen weit verbreitet ist, die Frage nach der Verfügungsmacht nicht eigentlich stellt; sie ist gleichsam neutralisiert. Und es ist auch bedeutsam, wenn eine Verfassung das Initiativrecht weder „den Regierenden“ noch „dem Volk“ zuspricht, sondern einer Minderheit von Parlamentariern, faktisch also, jedenfalls wenn wir die Verhältnisse des parlamentarischen Systems zugrundelegen, der Opposition. Solche Differenzierungen ändern doch nichts daran, daß die Art der Prägung eines demokratischen politischen Systems durch direktdemokratische Ingredienzien zuerst und vor allem durch die Antwort auf die Frage bestimmt wird, ob der Verfassungsgeber die Verfügungsgewalt über das direktdemokratische Instrumentarium „den Regierenden“ oder „dem Volk“ anvertraut hat. Wird das Volk reaktiv tätig, übt es nur Vetomacht aus, so muß das sehr andere Wirkungen haben, als wenn es selbst die Initiative ergreifen kann – das ist so offensichtlich, daß es keiner Begründung bedarf. Vetoverfahren begünstigen selbstverständlich den Status quo und können, das ist nicht so selbstverständlich, einen starken Konsensdruck ausüben. Initiativverfahren erweitern die politische Agenda und eröffnen auch Außenseitern Chancen der politischen Einflußnahme.

Jeder Vorschlag, die Vielfalt der Erscheinungsformen direktdemokratischer Entscheidungsregeln und Entscheidungspraxis mit Hilfe möglichst weniger Kategorien zu ordnen und der Analyse zugänglich zu machen, ist mindestens auch von den konkreten

18 Jung (FN 2), Kap. 3.2.

analytischen Zielsetzungen mitbestimmt, die der Anlaß waren, ihn zu entwickeln. Sabine Jung ging es darum, direkte Demokratie und Demokratietypologie in Beziehung zueinander zu setzen. Hier werden andere Absichten verfolgt. Deshalb sollen im folgenden die grundlegenden Varianzen in der Ausprägung von direkter Demokratie nach einem etwas anderen Schema erfaßt werden – einem Schema, das geeignet ist, geeigneter als andere, die jeweilige architektonische Bedeutung der direktdemokratischen Bauelemente im komplizierten Gesamtgefüge eines bestimmten demokratischen Verfassungsstaates sichtbar zu machen. Die Schlüsselfragen bleiben: Wer hat das Initiativrecht? Und: Von wem kommt die Entscheidungsvorlage – also etwa der Gesetzentwurf –, über die abgestimmt wird? Sie werden ergänzt durch zwei weitere Fragen (auch für dieses Schema ist also der Gesichtspunkt analytischer Ökonomie maßgeblich): Welche Entscheidungsmaterien sind für direktdemokratische Entscheidungsprozesse überhaupt zugänglich? Und: Unterliegen die direktdemokratischen Entscheidungsprozesse verfassungsgerichtlicher Kontrolle? Mit Hilfe dieser vier Fragen lassen sich die beiden Endpunkte eines Kontinuums von Möglichkeiten der Verknüpfung direkter Demokratie mit repräsentativ-demokratischen und verfassungsstaatlichen Grundstrukturen beschreiben, von dem für die moderne Demokratie, die Versammlungsdemokratie nicht mehr sein kann, möglichen Maximum bis zu jenem Minimum, das von der rein repräsentativen Demokratie eben noch zu unterscheiden ist.

Wenn die Bürger selbst, nach welchen Regeln im einzelnen auch immer, über das Recht der Initiative verfügen, sich also, anders formuliert, selbst ins Spiel bringen können; wenn sie in Initiativgruppen selbst die Entscheidungsvorlage formulieren können, über die sie als Gesamtheit abstimmen; wenn sie auf alle Materien zugreifen können; und wenn es keine verfassungsgerichtliche Kontrolle dieses Prozesses gibt, dann hat das direktdemokratische Bauelement in der Gesamtarchitektur das mögliche Bedeutungsmaximum erreicht. Wenn das Recht der Initiative ausschließlich bei den Regierenden liegt; wenn die Entscheidungsvorlagen den Bürgern vorgegeben sind; wenn wesentliche Entscheidungsmaterien – etwa alle ausgabenwirksamen Entscheidungen – direktdemokratischen Verfahren nicht zugänglich sind; und wenn außerdem das, was an direktdemokratischer Entscheidungspraxis bleibt, verfassungsgerichtlicher Kontrolle unterworfen ist, dann ist das direktdemokratische Bauelement im Verhältnis zu den anderen, dem repräsentativ-demokratischen und dem verfassungsstaatlichen von minimaler Bedeutung.

Die einfache Gegenüberstellung jener Mehrheit von Demokratien, in denen in irgendeiner Variante direktdemokratische Entscheidungsverfahren mehr oder minder häufig praktiziert werden, und der Minderheit rein repräsentativ verfasster Demokratien ignoriert die Vielfalt der Architekturen, die großen Unterschiede in der Wertigkeit von direkter Demokratie. Erst wenn auf dem skizzierten Kontinuum sichtbar gemacht wird, wo eine bestimmte Verfassungsarchitektur ihren Platz hat, welches Eigengewicht der direktdemokratischen Komponente von Fall zu Fall zukommt, sind sinnvolle Aussagen möglich.

Ähnlich gilt: Wenn wir die empirische Forschung befragen, was sie über die Praxis

der direkten Demokratie zu berichten hat, ist sehr genau zu unterscheiden zwischen dem, was sie möglicherweise zur Abstimmungsdemokratie im allgemeinen und dem, was sie zu ganz bestimmten Konfigurationen, ganz bestimmten Ausprägungen direktdemokratischer Verfassungselemente zu sagen hat.¹⁹ Es ist vermutlich möglich, eine Reihe von empirischen Aussagen dazu zu machen, ob und wie Abstimmungsverhalten sich von Wahlverhalten unterscheidet.²⁰ Etwa diese: Die Beteiligung an Abstimmungen liegt im Durchschnitt unter der Beteiligung an Wahlen. Das hängt damit zusammen, daß einerseits Abstimmungsentscheidungen jedem Bürger einen viel höheren Informationsaufwand abverlangen als Wahlentscheidungen und Bürger dies auch wissen, während andererseits bei vielen Sachfragen die Wahrnehmung der Betroffenheit viel stärker variiert als bei Wahlen. Die Folge ist, daß das politische Gewicht motivierter, interessierter, betroffener Minderheiten bei Abstimmungen größer ist als bei Wahlen, ein für die Demokratie ambivalenter Effekt. Größer ist bei vielen, nicht allen Entscheidungsfragen wohl auch die Volatilität des abstimmenden Bürgers, wiederum verglichen mit

19 Empirisch untersucht ist vor allem die Praxis in der Schweiz und in den einschlägigen Gliedstaaten der USA, insbesondere Kalifornien. Was wir wissen, sei es über die Abstimmungsdemokratie im allgemeinen, sei es über ihre unterschiedlichen Ausprägungen, wissen wir im wesentlichen aus dem Studium dieser Fälle. Das heißt umgekehrt: Wir wissen viel weniger über direktdemokratische Praxis in anderen Verfassungskontexten, über ihre Auswirkungen beispielsweise auf Parteien in parlamentarisch verfassten Demokratien oder über das Abstimmungsverhalten von Bürgern, die nur sehr selten zu Abstimmungen aufgerufen sind. Die Zahl der Arbeiten, in denen die Befunde der empirischen Forschung gesammelt sind, ist inzwischen groß. Genannt seien für die Schweiz: Leonhard Neidhart, Plebiszit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse der Funktionen des schweizerischen Gesetzesreferendums, Bern 1970; Hans Peter Hertig, Volksabstimmungen, in: Ulrich Klöti (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems der Schweiz, Bd. 2, Bern 1984, S. 247-277; Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (Hrsg.), Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 31 (1991): Direkte Demokratie; Kris Kobach, The Referendum. Direct Democracy in Switzerland, Aldershot u.a. 1993. Für die USA: Th. Cronin, Direct Democracy. The Politics of the Initiative, Referendum and Recall, Cambridge/Ma. 1989; Constanze Stelzenmüller, Direkte Demokratie in den Vereinigten Staaten von Amerika, Baden-Baden 1994; Ulrich Glaser, Direkte Demokratie als politisches Routineverfahren: Volksabstimmungen in den USA und in Kalifornien, Erlangen/Jena 1997; Shaun Dowler/Todd Donovan/Caroline Tolbert (Hrsg.), Citizens as Legislators. Direct Democracy in the United States, Columbus 1998; Joseph F. Zimmerman, The Initiative. Citizen Law-Making, Westport/Ct 1999. Zur Frage, was die Erfahrungen der Schweiz für andere Demokratien besagen: Aymo Brunetti /Thomas Straubhaar, Direkte Demokratie – „bessere“ Demokratie? Was lehrt uns das Schweizer Beispiel?, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 6 (1996); Manfred Schmidt, Lehren der Schweizer Referendumsdemokratie, in: Claus Offe (Hrsg.), Demokratisierung der Demokratie, Frankfurt a. M./New York 2003, S. 111-123.

20 Dazu die in FN 19 genannte Literatur. Neuerdings zeichnen sich Zusammenhänge zwischen direktdemokratischen Entscheidungsverfahren und einer im internationalen Vergleich relativ niedrigen Steuerquote, Staatsquote und Staatsverschuldung ab. Die zugrundeliegenden empirischen Untersuchungen haben wiederum die Schweiz und die USA zum Gegenstand. Ob man hier einer allgemeinen Regelmäßigkeit auf der Spur ist, ist offen. Jedenfalls haben die Befunde zur Folge, daß die Ökonomen die direkte Demokratie für sich entdecken. Bruno Frey, Direct Democracy. Politico-Economic Lessons from Swiss Experience, in: American Economic Review. Papers and Proceedings 84 (1994), S. 338-342; Uwe Wagschal, Direct Democracy and Public Policy Making, in: Journal of Public Policy 17 (1997), S. 223-245.

dem wählenden Bürger. Man kann auch sagen: Er ist abhängiger von den Informationen, die ihn während des Abstimmungskampfes erreichen. Zwar haben Abstimmungskampagnen anscheinend einen positiven Einfluß auf das Informationsniveau der Öffentlichkeit. Aber die größere Unsicherheit des abstimmenden Bürgers bedeutet eben auch: Er ist im Durchschnitt beeinflubarer als der Wähler. Das ist einer der Gründe dafür, daß Finanzkraft in Abstimmungskampagnen einen stärkeren Einfluß auf den Ausgang gewinnen kann als in Wahlkämpfen.²¹ Das sind, wie gesagt, verfahrensunabhängige Annahmen. Überwiegend aber wird, was die empirische Forschung zum Thema ermittelt hat und ermitteln kann, spezifischer Natur sein, bestimmte Ausprägungen, Verfahrensweisen, Verfassungskonfigurationen betreffen und nicht „die“ direkte Demokratie im allgemeinen. Man kann das angesichts des Standes der öffentlichen Diskussion gar nicht nachdrücklich genug sagen.

6. Systemische Zusammenhänge

Ich habe, des Plädoyers im letzten Argumentationsschritt gegen die verbreitete Neigung, in Kategorien eines pauschalen Für und Wider zu diskutieren, ungeachtet, bisher Wahldemokratie und Abstimmungsdemokratie idealtypisch einander gegenübergestellt. In der Welt der real existierenden Demokratien stehen sie sich nicht gegenüber. Zwar gibt es gelegentlich, nicht sehr häufig, die repräsentative Demokratie in reiner Ausprägung. Aber die voll und konsequent ausgebildete direkte Demokratie gibt es in der modernen Welt nicht. Es gibt sie nicht als Versammlungsdemokratie – Athen hat in der Neuzeit keine Nachfolge gefunden. Rousseaus leidenschaftliches Plädoyer (er hatte freilich eher Sparta als Athen vor Augen) ist nicht zum Programm der modernen Demokratie geworden. Und es gibt sie auch nicht als Urnenabstimmungsdemokratie. Ganz am Anfang, in der Französischen Revolution, hat man einmal den Versuch gemacht, eine solche Demokratie für den Flächenstaat zu entwerfen – in der zweiten Verfassungsverfassung, der von 1793 nämlich. Aber diese Verfassung hat bekanntlich nicht einen einzigen Tag wirklich gegolten. Ein plausibles Argument für die Vermutung, daß die Entwicklung auch anders hätte verlaufen können, gibt es nicht.

Als Regelfall begegnet uns in der Welt der modernen Demokratie die Verbindung der beiden Entscheidungsmodi in einer Verfassungsarchitektur, freilich eine in der großen Mehrzahl der Fälle äußerst asymmetrische Verbindung. Wir haben es mit repräsentativen Demokratien mit überwiegend sehr bescheidenen Beimengungen von direkter

21 Zu dieser Frage, die aus auf der Hand liegenden Gründen von besonderem Interesse ist, siehe für die Schweiz: Hans Peter Hertig, Sind Abstimmungserfolge käuflich? Elemente der Meinungsbildung bei eidgenössischen Abstimmungen, in: Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft (Hrsg.), Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 22 (1982), S. 35-57; und für die USA: Betty H. Zisk, Money, Media and the Grass Roots. State Ballot Issues and the Electoral Process, Newbury Park 1987.

Demokratie zu tun. Die Abstimmungsdemokratie, etwas anders formuliert, tritt in der modernen Welt überhaupt nur akzessorisch auf, die Wahldemokratie hingegen ist prinzipiell autark; und sie ist, mit ganz wenigen Ausnahmen, in allen Verbindungen überwältigend dominant.²²

Damit ist aber auch gesagt: Ihrer typologischen, insbesondere normativen Eigenständigkeit ungeachtet lassen sich Wahl- und Abstimmungsdemokratie durchaus miteinander kombinieren – freilich, und das ist der Punkt, um den es im folgenden geht, nicht beliebig. Moderne Demokratien sind, um eine schon mehrfach verwendete Metapher zu nutzen, komplexe Architekturen, zusammengefügt aus verschiedenen Bauelementen, die aufeinander einwirken. Über direktdemokratische Entscheidungsverfahren läßt sich deshalb, was die moderne Demokratie angeht, sinnvoll nur in systemischen Bezügen diskutieren.²³ Sie müssen als Komponenten einer komplexen Gesamtstruktur wahrgenommen und erörtert werden. Die verfassungspolitische Frage, heißt das, muß immer konkret sein: Was bedeutet es, ganz bestimmte direktdemokratische Verfahren in ein ganz bestimmtes Verfassungsensemble einzubauen? Keines der sechs hier formulierten Postulate wird in der öffentlichen Debatte so konsequent ignoriert wie eben dieses. Dabei ist es von erheblicher praktischer Bedeutung.

Es geht zunächst einmal darum, daß die repräsentative Demokratie in unterschiedlichen Erscheinungsformen auftritt, der parlamentarischen und der präsidentiellen Variante, um nur die geläufigste und elementare Unterscheidung zu nennen. Es ist, wie gleich noch genauer darzulegen sein wird, alles andere als belanglos, ob bestimmte direktdemokratische Entscheidungsverfahren (und welche) in eine repräsentative Primärverfassung der einen oder der anderen Art eingebaut werden. Es geht aber auch darum, daß die für die moderne Demokratie konstitutive Verknüpfung des demokratischen mit dem verfassungsstaatlichen Prinzip in sehr unterschiedlichen Ausprägungen begegnet. Auch im Blick auf diese Varianz gilt: Über direktdemokratische Entscheidungsverfahren kann sinnvoll nur in systemischen Bezügen diskutiert werden, und sie müssen als Elemente einer komplexen Gesamtstruktur wahrgenommen werden. Ebenso ist die Dimension Einheitsstaat/Bundesstaat zu bedenken. Auch sie ist Bestandteil jener Gesamt-

22 Fraenkel (FN 5) geht in seiner Gegenüberstellung des repräsentativen und des plebiszitären Prinzips von einer Symmetrie aus. Beide Prinzipien seien für sich nicht lebensfähig und bedürften der Korrektur durch das jeweils andere. Ähnlich N. Bobbio, *The Future of Democracy*, Minneapolis 1987, S. 53. Man kann so nur argumentieren, wenn man demokratische Repräsentation nicht als einen eigenständigen Modus von Repräsentation gelten läßt. – Die Dominanz des repräsentativ-demokratischen Prinzips in der modernen Welt erklärt sich vermutlich historisch wie systematisch. Historisch: Die moderne Demokratie entstand in einem Prozeß der Demokratisierung älterer Repräsentativverfassungen. Systematisch: Wie es Sieyès vorhergesagt hatte, erwies sich auch für die Politik, daß die moderne Welt nur arbeitsteilig organisiert werden konnte.

23 Das geschieht, soweit ich sehe, zum ersten Mal in systematischer Gründlichkeit in der Studie von Jung (FN 2). Eine sorgfältige systemisch argumentierende Analyse des Falles Bundesrepublik Deutschland hat jetzt Frank Decker vorgelegt: Die Systemverträglichkeit der direkten Demokratie. Dargestellt an der Diskussion um die Einführung von plebiszitären Elementen in das Grundgesetz, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 15 (2005), S. 1103-1147.

struktur, in die sich – wie jedes andere Element – eine mögliche direktdemokratische Komponente einfügen hat; auf die sie jedenfalls so oder so einwirkt.

Am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland läßt sich gut illustrieren, was es heißt, verfassungspolitische Fragen in systemischen Bezügen zu diskutieren. Die Bundesrepublik ist eine parlamentarisch verfaßte Demokratie, deren Praxis, wie die aller parlamentarischen Demokratien, vor allem von der Struktur der in diesem Verfassungsrahmen operierenden Parteien bestimmt wird.²⁴ Sie ist eine Demokratie mit einer ungewöhnlich stark entwickelten verfassungsstaatlichen Komponente, die vor allem in einer mächtigen Verfassungsgerichtsbarkeit in Erscheinung tritt. Und sie ist ein Bundesstaat, in dem die beiden Ebenen der Staatlichkeit insbesondere in der Institution des Bundesrates auf sehr ungewöhnliche Art miteinander verknüpft sind. Was folgt daraus im Blick auf denkbare direktdemokratische Komponenten?

In parlamentarischen Demokratien bedarf die Regierung bekanntlich grundsätzlich der Unterstützung durch die parlamentarische Mehrheit. Aus dieser Abhängigkeit ergibt sich zwar nicht zwingend, aber doch regelmäßig die Notwendigkeit einer auf Zeit, möglichst für eine Legislaturperiode, stabilen Mehrheits-Minderheitsstruktur im Parlament. Für das parlamentarische System ist, etwas anders formuliert, im Regelfall eine klare Trennung zwischen Regierungs- und Oppositionsfunktion im Parlament konstitutiv. Den konkurrierenden Parteien fallen unterschiedliche Rollen zu, entweder aufgrund unmittelbarer Zuweisung durch den Wähler oder als Ergebnis von Koalitionsverhandlungen, die sie miteinander führen. Am Ende der Legislaturperiode urteilt der Wähler, orientiert an der Rollenverteilung der abgelaufenen Periode, und gibt die Karten neu aus. Zur Logik dieses Prozesses passen bestimmte Varianten eines direktdemokratischen Interventionsrechtes schlecht. Sie durchkreuzen sie. Gemeint ist näherhin die Initiative, und zwar sowohl in Gestalt der Gesetzesinitiative, einer Initiative also, die autonom eine Entscheidungsvorlage in den politischen Prozeß „von außen her“ einbringt, als auch in Gestalt der Referendumsinitiative, einer Initiative, die darauf zielt, eine bereits getroffene parlamentarische Entscheidung einem bestätigenden oder verwerfenden Votum des Volkes zu unterwerfen. Denn es ist sehr wahrscheinlich, daß solche Interventionen in den Sog des institutionalisierten Mehrheits-Minderheitskonfliktes geraten, der sich aus der Logik der parlamentarischen Regierungsweise ergibt.

Die Opposition wird die direktdemokratischen Interventionsrechte nutzen, um die Regierung zu lähmen und zu delegitimieren so gut sie kann. Dabei spielt es keine Rolle, ob das Recht, eine Intervention auszulösen, wie es in einigen Demokratien der Fall ist, ausdrücklich der parlamentarischen Minderheit zusteht oder den Bürgern. Oppositionelle Parteien können und werden die eine wie die andere Art der Initiative nutzen. Zwar kann die Opposition, von Randparteien, die wenig zu verlieren haben, abgesehen, bei der Nutzung direktdemokratischer Instrumente nicht beliebige Risiken – Risiken

24 Zum Verhältnis parlamentarisches System versus direkte Demokratie: Peter Graf Kielmansegg, Parlamentarisches System und direkte Demokratie, in: Akademie-Journal 2 (1996), S. 2-5.

des Scheiterns – eingehen. Sie kann und wird sorgfältig kalkulieren. Aber sie kann auch bei vorsichtigem Kalkül den Handlungsspielraum der Mehrheit beträchtlich einschränken und die Logik parlamentarischer Mehrheitsregierung empfindlich stören. Eine taktisch kluge Nutzung des Initiativrechtes durch die Opposition kann im Ergebnis bewirken, daß die Mehrheit zugleich verantwortlich und nicht verantwortlich ist für die Politik, die gemacht wird; und daß die Minderheit zugleich Opposition und eine Art von Gegenregierung ist. Für den Wähler ist es kaum noch möglich, mit einer solchen Konstellation rational umzugehen. Besonders starke Effekte der Unverträglichkeit sind dort zu erwarten, wo wir es mit hoch kompetitiven, stark polarisierten oder zumindest dualistisch strukturierten Parteiensystemen zu tun haben. Schwächer werden die Kollisionseffekte vermutlich in Vielparteiensystemen mit variablen Koalitionsmustern sein.²⁵

Wesentlich unproblematischer werden Gesetzes- und Referendumsinitiative aber erst dann, wenn die Systemlogik des parlamentarischen Systems überhaupt nicht mehr greift, also in nichtparlamentarisch verfaßten Demokratien. Wenn die Regierung in ihrer Existenz nicht vom Vertrauen des Parlaments abhängt, entfällt der Zwang zur Ausbildung einer stabilen Mehrheitsstruktur im Parlament. Und das wiederum bedeutet, daß es im Parlament keine Minderheit gibt, der als solcher in einer auf Zeit fixierten Konstellation die Oppositionsrolle zufiele. Mit einer solchen Struktur lassen sich direktdemokratische Interventionsrechte offensichtlich viel spannungsfreier verbinden.

Diesem zunächst einmal logisch entwickelten Argument tritt übrigens die Empirie eindrucksvoll zur Seite. Es sind tatsächlich nichtparlamentarisch verfaßte Demokratien, die das direktdemokratische Instrumentarium am konsequentesten, das heißt bis hin zu von den Regierenden nicht kontrollierbaren Initiativrechten, entwickelt haben: die Schweiz und eine Reihe von Gliedstaaten der USA, Kalifornien an erster Stelle. Die parlamentarischen Demokratien hingegen stehen dem vollen Ausbau der direktdemokratischen Interventionsrechte überwiegend viel zurückhaltender gegenüber.²⁶ Selbst für ein nichtparlamentarisches System wie die Schweiz gilt aber, wie Leonhard Neidhart vor mehr als 30 Jahren eindrucksvoll gezeigt hat,²⁷ daß die politischen Akteure auf die Einführung der Referendumsinitiative mit Konkordanzstrategien geantwortet haben, die bis heute die Funktionsweise der schweizerischen Demokratie vollkommen bestimmen, Strategien, durch die möglichst alle Akteure, die das Instrument des Referendums zur Ausübung von Vetomacht nutzen könnten, in einen auf Konsens zielenden

25 Erst recht ist zu erwarten, daß sich die Kollisionswirkungen in einer parlamentarisch verfaßten Demokratie, die nicht nur ausnahmsweise, sondern gewohnheitsmäßig mit Minderheitsregierungen operiert, abschwächen wird. Die Rollenverteilung zwischen Mehrheit und Minderheit ist in diesem Fall diffus. Deshalb hat Dänemark keine größeren Probleme mit dem Recht parlamentarischer Minderheiten, die Referendumsinitiative zu ergreifen (§ 42 Abs. 1 der dänischen Verfassung).

26 Dem scheint zu widersprechen, daß die Bundesländer, allesamt parlamentarisch verfaßt, sich inzwischen ohne Ausnahme mit einem mehr oder minder – überwiegend mehr – stark ausgebauten direktdemokratischen Instrumentarium versehen haben. Angesichts des politisch nachgeordneten Status der Länder und ihrer sehr begrenzten Gesetzgebungskompetenzen ist das aber kein wirklicher Testfall.

27 Neidhart (FN 19).

Willensbildungsprozeß einbezogen werden. Man darf vermuten, daß die Konkordanzzwänge noch sehr viel größer wären, wenn parlamentarische Demokratien sich auf das ganze Spektrum direktdemokratischer Interventionsrechte einließen.

Was die verfassungsstaatliche Komponente angeht, so lassen sich direktdemokratische Entscheidungsverfahren theoretisch durchaus in einen verfassungsstaatlichen Rahmen einordnen, mit Hilfe der Vorstellung nämlich, daß auch das Volk, wenn es sich einmal eine Verfassung gegeben hat, unter der Herrschaft der Verfassung nur als *pouvoir constitué* tätig wird, als verfaßte, den geltenden Regeln unterworfenen Gewalt. Gleichwohl bleibt die letzte Konsequenz dieses Gedankens, die verfassungsgerichtliche Kontrolle des Volkes selbst, immer heikel. Eine solche Kontrolle ist nicht unmöglich, wenn die verfassungsstaatliche Tradition stark genug ist, wie das amerikanische Beispiel zeigt.²⁸ Auch Italien praktiziert sie recht intensiv. Aber es empfiehlt sich sehr, sie als prophylaktische Kontrolle anzulegen, als Kontrolle der Zulässigkeit von Initiativen also. Hat das Volk einmal entschieden, so ist die gerichtliche Annullierung seines Votums immer eine kritische Belastungsprobe für die Symbiose von Demokratieprinzip und Verfassungsprinzip, die den demokratischen Verfassungsstaat ausmacht.

Selbst mit dieser Einschränkung wäre eine verfassungsgerichtliche Kontrolle des Volkes in Demokratien, die sich primär über die Volkssouveränität definieren, wie die Schweiz, nicht denkbar. Auch Frankreich ist hier zu nennen. Der *Conseil constitutionnel*, das Verfassungsgericht der V. Republik, hat 1962 ausdrücklich festgestellt, daß er zu schweigen habe, wenn der Souverän entschieden hat.²⁹ Damals war er vom Präsidenten des Senats gegen das zweifelsfrei verfassungswidrige Verfahren angerufen worden, dessen de Gaulle sich bedient hatte, um die Direktwahl des Staatspräsidenten in die Verfassung hineinzuschreiben. Aber dieses zweifelsfrei verfassungswidrige Verfahren bestand eben in der unmittelbaren Anrufung des Volkes durch den Staatspräsidenten. Und der *Conseil constitutionnel* weigerte sich, der souveränen Nation die Verfassung entgegenzuhalten.

Schließlich: Auch die Frage Bundes- oder Einheitsstaat ist bedeutsam, wenn eine direktdemokratische Komponente in eine Verfassungsarchitektur eingebaut werden soll. Eher unproblematisch sind die Fälle eines strikt dualistischen Föderalismus, eines Föderalismus ohne Kompetenzüberlappungen oder -verzahnungen also. Aber in aller Regel sehen bundesstaatliche Verfassungen die Mitwirkung der Gliedstaaten an Entscheidungsprozessen auf der Bundesebene vor, im allgemeinen durch direkt gewählte Repräsentanten der „Völker“ der Gliedstaaten, ausnahmsweise – im deutschen Fall – aber auch durch deren Regierungen. Werden diese Entscheidungsprozesse direktdemokratisch organisiert, wird es schwierig, die Mitwirkung nicht nur auf dem Papier, sondern faktisch aufrechtzuerhalten. Zwar kann ein Bundesstaat die Mitwirkung der

28 Dazu Julian N. Eule, *Judicial Review of Direct Democracy*, in: *Yale Law Journal* 99 (1990), S. 1503-1590.

29 Dazu Wolfram Vogel, *Demokratie und Verfassung in der V. Republik. Frankreichs Weg zur Verfassungsstaatlichkeit*, Opladen 2001, S. 198 ff.

Über direkte Demokratie

föderalen Kammer in einem direktdemokratischen Gesetzgebungs- oder Verfassungsgesetzgebungsverfahren in der Weise ersetzen, daß er nach Schweizer Vorbild den Erfolg des Volksentscheides an eine doppelte Mehrheit bindet, d.h. zusätzlich zur Mehrheit der Stimmen ein „Ständemehr“ verlangt, also Stimmenmehrheiten in einer Mehrzahl von Gliedstaaten. Aber es ist natürlich eine Illusion anzunehmen, daß die Bürger, die gleichsam doppelt gefragt sind, bei der Abgabe ihrer einen Stimme zwischen ihren beiden bürgerschaftlichen Rollen unterscheiden oder auch nur unterscheiden könnten. Diese Differenzierungsleistung können nur voneinander unabhängige Institutionen erbringen. Aus einer Entscheidungsinstanz lassen sich durch zwei Weisen, ein und das selbe Votum zu zählen, nicht wirklich zwei machen. So gesehen haben direktdemokratische Entscheidungsverfahren in Bundesstaaten immer den Effekt, daß gliedstaatliche Einflüsse auf Bundesentscheidungen, da wo sie vorgesehen sind, abgeschwächt werden. Die Gewichte verschieben sich.

7. Wo steht Deutschland?

Zu den Erstaunlichkeiten der verfassungspolitischen Diskussion in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten gehört, daß man die Frage, wo die Bundesrepublik im internationalen Vergleich eigentlich steht, nachlässig behandelt, und die Frage, wohin bestimmte Reformen sie befördern würden, gar nicht erst gestellt hat. Sie wird mit ihrem Verzicht auf direktdemokratische Entscheidungsverfahren auf der Bundesebene pauschal als unterentwickelt, zurückgeblieben eingestuft, woraus dann folgt, daß die angeordneten Reformen als verfassungspolitische Normalisierungsprozesse zu verstehen sind, die als solche einer weiteren Rechtfertigung nicht bedürfen. So einfach ist es nicht. Wer unsere Überlegungsschritte 1-5 mitgegangen ist, wird die reale Welt der Demokratien sehr differenziert wahrnehmen und auf die Bestimmung des Ortes der Bundesrepublik in dieser Welt etwas mehr Mühe verwenden.

Arend Lijphart hat in seinem Standardwerk „Patterns of Democracy“ aus dem Jahr 1999 für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts 36 stabile Demokratien gezählt und diesen Bestand zur Grundlage seiner vergleichenden demokratietheoretischen Überlegungen gemacht. Zwar spiegelt diese Zählung nicht den neuesten Stand der weltweiten Demokratieentwicklung wider. Insbesondere in Lateinamerika und Ostmitteleuropa ist inzwischen eine Reihe junger Demokratien auf den Plan getreten, die Chancen haben, einmal zu den stabilen gerechnet zu werden. Aber es gibt gute Gründe dafür, junge Demokratien erst nach einer gewissen Bewährungszeit in demokratievergleichende Untersuchungen einzubeziehen. Es soll deshalb den weiteren Überlegungen die Lijphart'sche Auswahl zugrundegelegt werden.

In einer ersten raschen Charakterisierung läßt sich feststellen:³⁰ In 24 der 36 Fälle sind der repräsentativen Grundstruktur direktdemokratische Elemente beigemischt. Unter den restlichen zwölf Demokratien sind weitere vier, die, obwohl von Verfassungswegen rein repräsentativ verfaßt, konsultative Volksabstimmungen abgehalten haben. Unter den verbleibenden acht Demokratien befinden sich zwei Bundesstaaten, die USA und die Bundesrepublik Deutschland, die zwar auf bundesstaatlicher Ebene rein repräsentativ verfaßt sind, in den Gliedstaaten aber – in den USA extensiv – direktdemokratische Entscheidungsverfahren praktizieren. Die sechs Länder, die schließlich übrigbleiben, sind: Barbados, Costa Rica, Indien, Israel, die Niederlande und Papua Neuguinea.

Damit ist zwar bestätigt, daß die Zahl der strikt repräsentativ verfaßten und agierenden Demokratien im Lijphart'schen 36er-Kreis klein ist. Aber bei genauerem Hinsehen wird sofort deutlich, daß die Varianz, was das Mischungsverhältnis repräsentativdemokratische Grundstruktur – direktdemokratische Zutaten angeht, groß ist. Nur in einem Fall, dem der Schweiz (wenn man von einer Reihe von Gliedstaaten der USA absieht), ist das direktdemokratische Instrumentarium so stark ausgebaut und wird so intensiv genutzt, daß man von einem ungefähren Gleichgewicht zwischen Wahldemokratie und Abstimmungsdemokratie sprechen kann. In allen anderen Fällen ist das repräsentativ-demokratische Prinzip eindeutig dominant, die direktdemokratische Komponente eine Zutat. Freilich variiert das Gewicht der Zutat auch noch einmal ganz erheblich. Die Varianzen lassen sich mit jenem Raster erfassen, das wir im vierten Überlegungsschritt entwickelt haben.

Aus diesem Raster von insgesamt vier Fragen hatten sich die Endpunkte eines Kontinuums ergeben: auf der einen Seite Demokratien, in denen das Volk selbst über das Initiativrecht verfügt; in denen es selbst die Entscheidungsvorlage formulieren kann; in denen es auf alle Materien zugreifen kann; und in denen seine Interventionen keiner verfassungsgerichtlichen Kontrolle unterliegen. In der Schweiz verhält es sich genau so, mit der einen Einschränkung, daß das Recht zur Gesetzesinitiative auf der Bundesebene fehlt. Auf der anderen Seite Demokratien, in denen das Initiativrecht ausschließlich bei den Regierenden liegt; in denen die Entscheidungsvorlagen den abstimmenden Bürgern vorgegeben werden; in denen wesentliche Materien ausschließlich repräsentativ-demokratischer Entscheidung vorbehalten sind; und in denen die direktdemokratischen Interventionen des Volkes verfassungsgerichtlicher Kontrolle unterworfen sind.

Frankreich ist das Beispiel eines Landes, das sich weit auf dieser Seite des Spektrums findet – nur der vom *Conseil constitutionnel* praktizierte Verzicht auf verfassungsgerichtliche Kontrolle von Volksentscheiden fügt sich nicht recht ins Bild. Sonst aber ist die V. Republik geradezu der Prototyp einer extrem asymmetrischen Kombina-

30 Zum folgenden siehe die tabellarische Übersicht bei Jung (FN 2), S. 241-244. Kommentierte, auf Europa beschränkte Überblicke finden sich ferner bei Rainer Grote, Direkte Demokratie in den Staaten der Europäischen Union, in: Staatswissenschaften und Staatspraxis 7 (1996), S. 317-363; Silvano Möckli, Direktdemokratische Einrichtungen und Verfahren in den Mitgliedstaaten des Europarates, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 29 (1998), S. 90-107.

tion: Ausschließlich der Staatspräsident hat das Recht, einen Volksentscheid anzuberaumen. Selbst bei Verfassungsänderungen ist das Referendum nicht obligatorisch, der Staatspräsident setzt es an oder nicht. Er hat es in der Hand, das Volk ins Spiel zu bringen oder es aus dem Spiel zu lassen (Art. 89 Abs. 3 der französischen Verfassung). Auch ist bei allen Volksentscheiden, die die Verfassung der V. Republik kennt, die Entscheidungsvorlage der abstimmenden Bürgerschaft vorgegeben. Ein Volksentscheid ist, drittens, nach dieser Verfassung nur für bestimmte Entscheidungsmaterien zulässig, wenn dieser Zulässigkeitsbereich inzwischen auch relativ weit und unscharf abgesteckt ist (Art. 11 Abs. 1 der Verfassung wurde 1995 erweitert). Freilich: Das Schicksal de Gaulles zeigt, daß selbst die uneingeschränkte Verfügungsmacht der Regierenden über das direktdemokratische Instrumentarium keine Sicherheit vor Überraschungen schafft. Wird das Volk ins Spiel gebracht, so ist der Ausgang immer ungewiß. De Gaulle trat bekanntlich zurück, weil das Volk, das er selbst in einer sekundären Angelegenheit an die Urnen gerufen hatte, gegen ihn votierte.

Die Schweiz und Frankreich als Prototypen: Wer von hier aus die Gesamtheit der Demokratien mit direktdemokratischen Komponenten ins Auge faßt, wird schnell bemerken, daß die meisten viel mehr mit Frankreich gemein haben als mit der Schweiz. Insbesondere die Schlüsselfrage nach dem Initiativrecht macht das deutlich. Ein weitreichendes oder gar uneingeschränktes Initiativrecht der Bürger selbst ist sehr selten. Neben der Schweiz finden sich unter den 36 etablierten Demokratien Lijpharts lediglich drei, die ein voll entwickeltes Volksgesetzgebungsverfahren von der autonomen Initiative bis zum Volksentscheid kennen: Italien, Kolumbien und Venezuela, wobei im italienischen Fall nur die abrogative Initiative zugelassen ist, also eine Initiative, die auf Aufhebung oder Änderung eines Gesetzes zielt, nicht auf Erlass eines neuen. Zudem sind bestimmte Materien, vor allem das Budget und die Steuergesetze, dem Zugriff der Initiative entzogen (Art. 75 Abs. 1 und 2 der italienischen Verfassung). Und in Verfassungsfragen gibt es das Initiativrecht bloß in Gestalt der Referendumsinitiative (Art. 138 Abs. 3 der Verfassung). Man mag in diesem Zusammenhang noch einige Länder nennen, die wenn nicht den Bürgern, so doch parlamentarischen Minderheiten das Recht zugestehen, ein Referendum herbeizuführen (gegen eine vom Parlament beschlossene Verfassungsänderung: Österreich, Schweden, Spanien; bei Gesetzen allgemein: Dänemark). Aber das Gesamtbild ändert sich dadurch nicht wesentlich.

Es ändert sich allerdings, wenn wir die von Lijphart nicht berücksichtigten jungen Demokratien in die Betrachtung einbeziehen, die ihre Bewährungsprobe noch nicht bestanden haben. Sie haben sich sowohl in Ostmitteleuropa als auch in Lateinamerika in ihren Verfassungen direktdemokratischen Entscheidungsverfahren überwiegend sehr viel weiter geöffnet als die älteren Demokratien.³¹ Und bei aller Notwendigkeit, sehr

31 Zu Lateinamerika siehe Bernhard Thibaut, Institutionen direkter Demokratie in Lateinamerika, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 29 (1998), S. 107-127; zu Osteuropa Wolfgang Ismayr, Die politischen Systeme der EU-Beitrittsländer im Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5-6/2004, S. 5-14.

genau hinzusehen, um welche Verfahren es sich denn handelt: Einige jedenfalls der jungen Demokratien stehen auf dem Verfassungspapier – wohlgemerkt: auf dem Papier – hinter der Schweiz nicht mehr zurück. Die Stimmungslage, die diesen Schub vermutlich erklärt, ist uns aus Deutschland wohlvertraut. Sie ist auch in den neuen Bundesländern, als die ihre Verfassungen ausarbeiteten, wirksam gewesen.³² Es mag sein, daß sich hier ein Epochenwechsel in der Demokratiegeschichte ankündigt. Aber bevor davon ernstlich die Rede sein kann und bevor ein Text wie dieser in Teilen neu geschrieben werden muß, bleibt abzuwarten, was aus den jungen Demokratien wird und wie sich im besonderen ihre direktdemokratische Praxis entwickelt - wie das Zusammenspiel zwischen der repräsentativen und der direktdemokratischen Komponente des Verfassungsganzen.

Einstweilen ist im Blick auf jene Initiative zur Verfassungsänderung, die die rot-grüne Koalition in der 14. Legislaturperiode ergriff und die bekanntlich ein voll ausgebautes Volksgesetzgebungsverfahren vorsah, folgendes festzustellen: Eine solche Verfassungsänderung wäre keine Anpassung an die Normalität, kein Schritt heraus aus historisch bedingtem Außenseitertum gewesen, sondern ein avantgardistisches Experiment. In keiner etablierten Demokratie galten (und gelten) Verfassungsregeln, wie Deutschland sie sich damals geben wollte. Man mag gute Gründe für eine avantgardistische Verfassungspolitik zu haben meinen. Aber dann soll man sie auch als Argumente für ein Experiment vorbringen. Ein Gemeinwesen, das sich auf eine solche Politik einläßt, muß wissen, was es tut.

Nehmen wir an, in der nächsten Diskussionsrunde achteten die verfassungspolitischen Kombattanten auf begriffliche Präzision; sie nähmen wahr, daß es nicht um ein Mehr oder Weniger an Demokratie, sondern um zwei unterschiedliche Weisen der Selbstregierung geht; sie hätten es gelernt, die „Weimarer Erfahrungen“ richtig zu gewichten; sie unterschieden sorgfältig zwischen den verschiedenen direktdemokratischen Verfahren; sie nähmen die systemlogischen Zusammenhänge zur Kenntnis; und sie seien willens und in der Lage, ihr Vorhaben im internationalen Vergleich richtig einzuordnen: Zu welchem Ergebnis kämen sie? Diese Frage ist nicht mehr Gegenstand der Überlegungen. Aber so viel ist sicher: Der Vorschlag, der 2002 auf dem Tisch lag, könnte es nicht sein. Für Sabine Jung, die streng systemlogisch argumentiert, kommt für die Bundesrepublik als möglicherweise nützlich nur das obligatorische Verfassungsreferendum in Betracht. Gesetzes- und Referendumsinitiative hingegen würden, so ihre Prognose, weil sie einen starken Konkordanzzwang ausüben, die Schwächen des deutschen Systems noch steigern.³³ Frank Decker argumentiert genau umgekehrt.³⁴ Er plä-

32 Dazu Andreas Klages/Petra Paulus, *Direkte Demokratie. Impulse aus der deutschen Einheit*, Marburg 1996.

33 Jung (FN 2), S. 292 f.

34 Frank Decker, Systemrezeption und institutionelle Innovationen im deutschen Einigungsprozeß, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 14 (2004), S. 31-67. Man könnte dem Argument auch eine leicht zynische Wendung geben: Auf einen Vetospieler mehr komme es im politischen System der Bundesre-

diert für die Referendumsinitiative (nicht die Gesetzesinitiative) eben wegen des Konsensdrucks, den sie erzeugt. Deutschland sei ohnehin nur durch eine große Koalition regierbar, u.a. wegen des Bundesrates, aber auch deshalb, weil das Parteiensystem sich wandle. Da sei es nur schlüssig, den Druck, der in diese Richtung wirkt, zu erhöhen. Man sieht: Die gleichen analytischen Ausgangsannahmen müssen nicht zu den gleichen verfassungspolitischen Schlüssen führen.

Auch das hier entwickelte analytische Tableau zwingt nicht zu bestimmten Schlußfolgerungen, obwohl es sie nahelegt. Deshalb mag man am Ende des Argumentationsganges daran denken, für die verfassungspraktischen Überlegungen einen etwas anderen Ausgangspunkt zu wählen, nämlich zu fragen: Gibt es spezifische Stärken der direkten und spezifische Schwächen der repräsentativen Demokratie, die sich aufeinander beziehen lassen? Wer darauf hinweist, daß die direkte Demokratie über ein Legitimationspotential verfügt, das dem der repräsentativen Demokratie in bestimmten Fällen überlegen ist, wird auf wenig Widerstand stoßen. Genutzt wird dieses Legitimationspotential oft für Verfassungsentscheidungen – das obligatorische Verfassungsreferendum ist das bei weitem häufigste direktdemokratische Entscheidungsverfahren, hat freilich mit dem Problem zu tun, daß es Verfassungsentscheidungen von hoher Technizität gibt. Eher zu denken ist an Konstitutionsentscheidungen in einem weiteren Sinn, Entscheidungen, in denen ein Gemeinwesen sich neu definiert. Der europäische Integrationsprozeß verlangt den beteiligten Staaten solche Entscheidungen ab. Für sie genügen Routineverfahren der Legitimierung noch weniger als für die meisten verfassungsändernden Entscheidungen. Für diese Fälle, anknüpfend etwa an Art. 23 Abs. 1 Satz 3 GG, auf die Legitimationskraft von Volksentscheiden zurückzugreifen, hat beträchtliche Plausibilität.

So wie ihr Legitimationspotential zu den unbestreitbaren Stärken der direkten Demokratie zählt, gehört zu den unbestreitbaren Schwächen der repräsentativen Demokratie, daß sie dazu tendiert, als Parteiendemokratie, die sie in aller Regel ist, eine Selbstbezüglichkeit zu entwickeln, aus der sie anscheinend nicht aus eigener Kraft auszubrechen vermag, eben weil sie im wesentlichen durch Parteien handelt. Der Gedanke liegt nahe, daß es eines externen Akteurs als Kontroll- und Korrekturmacht bedarf. Kann das das Volk, die Bürgerschaft sein? Manche Kritiker des Parteienstaates sind sich an diesem Punkt sehr sicher, vermutlich zu sicher.³⁵ Aber daß die Fähigkeit der Parteiendemokratie zur Selbstkontrolle und Selbstkorrektur, vorsichtig ausgedrückt, begrenzt ist,

publik nicht mehr an. Das ist freilich die Frage. Jedenfalls eignet sich das Argument schlecht zur Begründung einer Verfassungsreform. Zu Deckers Plädoyer für die Große Koalition ist zu sagen: Auch einer Großen Koalition stünden in Deutschland kampagnefähige Oppositionsparteien gegenüber, denen die fakultative Referendumsinitiative ein willkommenes Instrument wäre. Konkret: Könnte die Linkspartei auf die Referendumsinitiative zugreifen, hätte das vermutlich erhebliche Auswirkungen auf eine regierende SPD.

- 35 Ein unermüdlicher, scharfer Kritiker der Parteiendemokratie, der großes Vertrauen in die direkte Demokratie setzt, ist Hans Herbert von Arnim. Zuletzt: Ders., *Das System. Die Machenschaften der Macht*, München 2001.

Analysen

das ist evident. Und folglich ist es auch evident, daß die repräsentativ verfaßte Demokratie auf diese ihre Schwäche in irgendeiner Weise reagieren muß.

Sind die Punkte bezeichnet, an denen verfassungspolitischer Diskussionsbedarf herrscht, dann freilich kommt das analytische Tableau, so wie es hier skizziert wurde, wieder ins Spiel. Wie der wissenschaftliche, so darf auch der verfassungspolitische Diskurs nicht in normativer Engführung hinter das Komplexitätsniveau zurückfallen, das die moderne Demokratie in ihrer tatsächlichen Entwicklung erreicht hat.

Die Angst vor der Offenen Gesellschaft – Totalitarismus und Extremismus als wirtschaftlicher Kollektivismus

Von Hans Jörg Hennecke

1. Die Vernachlässigung der wirtschaftlichen Dimension der Freiheit

In den wissenschaftlichen und politischen Diskussionen um Totalitarismus und Extremismus richtet sich für gewöhnlich das Hauptaugenmerk auf die im engeren Sinne politischen Fragen nach der Herrschaftsstruktur. Sowohl Totalitarismus als auch Extremismus werden in erster Linie als Gegenbegriffe zur parlamentarischen Demokratie gedeutet, während ihre wirtschaftlichen Intentionen, Konsequenzen und Wesensmerkmale zumeist im Hintergrund stehen. Doch da politische Macht nicht zuletzt zur Gestaltung der wirtschaftlichen Ordnung einer Gesellschaft angestrebt und eingesetzt wird, ist die Frage nach den wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen für die Charakterisierung totalitärer Regime und extremistischer Bewegungen und ihrer Abgrenzung von freiheitlich-demokratischen Verhältnissen von ebenso großer Bedeutung wie die Frage nach den Ordnungsvorstellungen für den politischen Entscheidungsprozeß.

Daß die Begriffe Extremismus und Totalitarismus in ihrem üblichen Verständnis stark auf die politische Dimension konzentriert sind, spiegelt eine Eigentümlichkeit des deutschen Grundgesetzes wider. Während die Verfassungsväter bei der Ordnung der politischen Institutionen sehr unmittelbar versuchten, auf das Scheitern der Weimarer Republik und die Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus zu reagieren, fanden sie 1948/49 zu keiner gemeinsamen Vorstellung über die Wirtschafts- und Sozialordnung. Weder aus der Kompromißformel des „sozialen Rechtsstaats“ noch aus dem recht additiven und in sich widersprüchlichen Grundrechtskatalog läßt sich ein solches verbindliches Leitbild herauslesen. Das Leitbild der „Sozialen Marktwirtschaft“, das die Gründungsjahre der Bundesrepublik prägte, war bis weit in die fünfziger Jahre hinein viel zu umstritten, als daß es seinerzeit Verfassungsrang hätte erhalten können. Der allmähliche Verfall dieses Leitbilds seit Mitte der fünfziger Jahre¹ verdeutlichte im übrigen, daß die Verfassung hier keine präzise Orientierung gewährte.

Diese Unwucht findet ihre Entsprechung im Begriff der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, wie er vom Bundesverfassungsgericht seit den Parteiverbotsurteilen der fünfziger Jahre etabliert wurde: als Verfassungskern von acht Prinzipien gelten seither üblicherweise Gewaltenteilung, Chancengleichheit der Parteien, Volkssouveränität, allgemeine, freie Wahlen, Achtung der Menschenwürde, Verantwortung der Regierung,

1 Vgl. Michael von Prollius, Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, Göttingen 2006.

Unabhängigkeit der Gerichte und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.² Es handelt sich, wenn man von dem konkretisierungsbedürftigen Gebot der Achtung der Menschenwürde absieht, um Aspekte, die auf die politische Institutionenordnung und auf partizipatorische Freiheiten zielen. Wenig hingegen sagt dieser Verfassungskern über die negative Freiheit des einzelnen aus, also über die Grenzen der Staatstätigkeit, auch der demokratisch verfaßten Staatstätigkeit, auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet. Die detaillierte Ausgestaltung des Demokratiebegriffs einerseits und die nur schemenhafte Bestimmung des Freiheitsbegriffs innerhalb der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ andererseits haben sich bis heute gehalten und entsprechend auf den Extremismusbegriff ausgestrahlt.

Auch in der Ideengeschichte des Totalitarismusbegriffs gibt es auffällige Beispiele dafür, daß politische Dimension und die wirtschaftliche Dimension moderner Diktaturen in ihrer Bedeutung unterschiedlich gewichtet wurden.³ Viele Autoren, die als Zeitzeugen der modernen Diktaturen wertvolle Beiträge zur Totalitarismusdebatte und zum Verfassungsstaat geleistet haben, verneinten, daß politische und wirtschaftliche Freiheit unteilbar sind. So hielt der italienische Historiker und Philosoph Benedetto Croce politische Freiheit auch dort für möglich, wo wirtschaftliche Freiheit fehlte. Er plädierte daher für eine begriffliche Unterscheidung von „liberalismo“ und „liberismo“, wobei ersterer auf politische Freiheit und letzterer auf wirtschaftliche Freiheit zielte. Aus seiner Sicht stellte wirtschaftlicher Kollektivismus für die politische Freiheit des Menschen keine Gefahr dar, da eine freie politische Ordnung mit einer unfreien Wirtschaftsordnung vereinbar sei.⁴ Auch in Hannah Arendts Freiheitsbegriff, der vor allem auf das politische Tätigsein des einzelnen zielte, ist wirtschaftliche Freiheit kein wesentlicher Bestandteil. Freiheit war für Arendt auf die Sphäre des Politischen, nicht auf die Sphäre des Wirtschaftlichen bezogen. Sie vertrat die Auffassung, daß es auf dem Gebiet der Wirtschaft „um nicht mehr geht als das Arbeiten und Verzehren, also um Tätigkeiten, die offenbar zu den niedrigsten des Menschen gehören und in denen er ohnehin einem, wenn auch nicht politischen Gezwungenwerden untersteht.“⁵ Selbst in der bahnbrechenden Totalitarismustheorie von Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski wird die wirtschaftliche Dimension des Totalitarismus nicht in der gebotenen Schärfe erfaßt. Als bezeichnenderweise letztes von sechs Merkmalen führen die beiden Autoren in dem Band „Totalitäre Diktatur“ zwar die Planwirtschaft an und erläutern die

2 BVerfGE 2, 1 ff.

3 Als Überblick zur Forschungstradition: Eckhard Jesse (Hrsg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, 2. Aufl., Bonn 1996.

4 Zu Croces diesbezüglicher Debatte mit Luigi Einaudi siehe: Carlo Antoni, *Die unteilbare Freiheit*, in: Albert Hunold (Hrsg.), *Die freie Welt im Kalten Krieg*, Erlenbach-Zürich 1955, S. 11-30. Siehe auch den Briefwechsel Croces mit Wilhelm Röpke im Jahre 1943, in: Institut für Wirtschaftspolitik der Universität zu Köln, Nachlaß Wilhelm Röpke.

5 Hannah Arendt, *Die ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus*, München 1958. Vgl. auch dies., *Vita activa oder vom tätigen Leben* (1958), Stuttgart 1960; dies., *Freiheit und Politik*, in: Albert Hunold (Hrsg.), *Erziehung zur Freiheit*, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1959, S. 31-62.

bürokratischen Begleiterscheinungen totalitärer Planwirtschaft.⁶ Aber es bleibt unbefriedigend, wenn Friedrich hier und noch deutlicher an anderen Stellen ausdrücklich für „demokratische Planwirtschaft“ plädiert und diese von totalitärer Planwirtschaft dadurch unterscheidet, daß im Rahmen des demokratischen Prozesses Kritik an jedem Ziel und Zweck jederzeit zulässig sei, während totalitäre Planwirtschaft durch eine monistische Bestimmung der Planungsziele durch den Führer gekennzeichnet sei.⁷ Diese Grenzziehung überzeugt nicht, weil sie die grundsätzlichen Gefährdungen individueller Freiheit durch Planwirtschaft – gleichviel, ob diese auf einen monistischen Willen zurückgeht oder ob deren Ziele durch demokratischen Wettbewerb formuliert werden, nicht zur Sprache bringt. Vielmehr stellt sich hier die Frage, inwieweit nicht die demokratische Planwirtschaft durch beständige Ausdehnung und Intensivierung eine ebenso starke Beschränkung individueller Freiheit hervorbringen muß wie eine auf monistischer Zielfindung beruhende totalitäre Planwirtschaft. Insbesondere die Unfähigkeit von Planwirtschaften, die marktwirtschaftliche Wirtschaftsrechnung mit freien Preisen durch bürokratische Kommandierung zu ersetzen und Planungsversagen zu vermeiden, muß zur Wucherung von Eingriffen und zur fortschreitenden Einschränkung individueller Freiheit führen.⁸ Schließlich stellt sich die Frage, ob überhaupt eine Planwirtschaft mit den für eine Demokratie essentiellen Freiheiten vereinbar sein kann oder ob sie im Bemühen um einheitliche Planung nicht früher oder später das demokratische Ringen um die Planungsziele durch diktatorisch-monistische Entscheidungsverfahren ersetzen muß.

Diese Einwände sollen die Begriffe Extremismus und Totalitarismus nicht grundsätzlich in Frage stellen, sondern vielmehr verdeutlichen, daß sie durch eine Ausweitung ihres Horizonts auf die wirtschaftlich-sozialen Ordnungsfragen an Aussagekraft gewinnen können. Diese Begriffe haben sich ungeachtet aller Anfechtungen und Anfeindungen als heuristische Instrumente bewährt – nicht zuletzt, weil sie dazu zwingen, den Inhalt des jeweiligen Gegenbegriffs positiv zu füllen. Über Totalitarismus und Extremismus zu sprechen heißt immer auch, Gegenbegriffe wie Verfassungsstaat, Freiheit und Demokratie präzise zu bestimmen, denn nur in der Relation zueinander werden die Begriffspaare verständlich und erklärungsfähig. In diesem Sinne gilt es, die wirtschaftliche Dimension von Totalitarismus und Extremismus deutlicher und ausdrücklicher in den Blick zu nehmen. Dazu ist es erforderlich, die Vorstellungen von freiheitlich-demokratischer Grundordnung, von Verfassungsstaat und Demokratie umfassender zu bestimmen – als Verständnis einer „Offenen Gesellschaft“, die politische Freiheit als Recht auf Partizipation an kollektivierten Entscheidungen und wirtschaftliche Freiheit als Recht auf Abwesenheit staatlichen Zwangs und als Verfügungsrecht über Eigentum

6 Carl J. Friedrich/Zbigniew K. Brzezinski, *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart 1958, S. 161-213.

7 Carl J. Friedrich, *Der Verfassungsstaat der Neuzeit* (1951), Berlin u.a. 1953, S. 569-595, S. 572.

8 Ludwig von Mises, *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*, Jena 1922; ders., *Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie der Gegenwart*, Jena 1929.

in einem ausgewogenem und umfassenden Ordnungsverständnis integriert. Für dieses Verständnis eröffnet die Unterscheidung von Individualismus und Kollektivismus als zwei diametralen anthropologischen Kategorien eine wichtige Voraussetzung. Sie wird nicht nur zur Unterscheidung methodologischer und erkenntnistheoretischer Grundpositionen in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften herangezogen⁹ und dient vor allem in der Sozial- und Organisationspsychologie zur idealtypischen Unterscheidung von Einstellungs- und Verhaltensmustern.¹⁰ Die Offene Gesellschaft hat ihren Ausgangspunkt in der Würde und Freiheit des Individuums. Dieser Individualismus wurde prägend für westlich-abendländische Verfassungstradition. Totalitäre, extremistische und neuerdings fundamentalistische Gegner dieser Offenen Gesellschaft zeichnen sich demgegenüber allesamt durch kollektivistische Vorstellungen aus, die sich nicht zufällig auf die wirtschaftlich-sozialen Ordnungsvorstellungen erstrecken. Antidemokratisches, Antiliberalismus, Antikapitalismus oder Globalisierungsfeindlichkeit sind gleichermaßen Ausdruck dieses kollektivistischen Denkens, das Selbstbestimmung und Selbstverantwortung als Zumutungen begreift.

2. Individualismus und Kollektivismus als Gegenpole politischer und wirtschaftlicher Ordnung

Eine idealtypische Gegenüberstellung von individualistischer und kollektivistischer Ordnung läßt die tiefgreifenden Unterschiede beider Haltungen deutlich werden. Eine individualistische Ordnung hat im einzelnen Menschen ihren maßgeblichen Bezugspunkt; daher richtet sie die politische und wirtschaftliche Ordnung auf die Persönlichkeit des einzelnen und seine Menschenwürde aus. Kollektivistische Ordnungen hingegen haben ihren Maßstab immer in den Kollektiven. Nicht die Einzelpersonlichkeit, sondern eine Gruppe bildet den Bezugspunkt politischer und wirtschaftlicher Ordnung, nicht die Menschenwürde, sondern die Würde einer Klasse, Rasse oder Glaubensgemeinschaft bildet ihren Bezugspunkt. Während der Individualist jedem Menschen dieselbe Ausstattung an Würde zumißt, differenziert der Kollektivist nach ethnischen, rassistischen, sozialen oder wirtschaftlichen Unterscheidungsmerkmalen von Gruppen.

Auf der einen Seite steht die Betonung der individuellen Freiheit und der Selbstverantwortung, die Anerkennung einer Vielzahl von Einzelinteressen, auf der anderen Seite findet sich kollektiver Zwang und Paternalismus und die Bestimmung eines alle Ge-

9 James Buchanan/Gordon Tullock, *The Calculus of Consent*; John O'Neill (Hrsg.), *Modes of Individualism and Collectivism*, London 1973; Viktor Vanberg, *Die zwei Soziologien*, Tübingen 1975; Karl Opp, *Individualistische Sozialwissenschaft: Arbeitsweise und Probleme individualistisch und kollektivistisch orientierter Sozialwissenschaften*, Stuttgart 1979.

10 Geert H. Hofstede, *Cultures and Organizations: Software of the Mind*, London 1991; Harry C. Triandis, *Individualism and Collectivism*, Boulder 1995; Uichol Kim, *Individualism and Collectivism: a psychological, cultural and ecological analysis*, Kopenhagen 1999.

sellschaftsmitglieder verpflichtenden Gesamtwillens. Während der Individualist deshalb zu dezentristischer Ordnung von Gesellschaft und Staat neigt und nach dem Subsidiaritätsprinzip eine Grundvermutung zugunsten des Individuums und der von ihm freiwillig gebildeten Gemeinschaften sieht und nur hilfsweise staatliche Macht für lokale, regionale, nationale oder gar supranationale Institutionen anerkennt, ist der Kollektivist in erster Linie ein Zentralist, der die Verwirklichung des einheitlichen Willens und des Gesamtinteresses der jeweiligen Gruppe nicht der Unberechenbarkeit non-zentraler Einheiten überlassen kann, sondern im Zweifelsfalle für Unitarisierung und Harmonisierung plädieren wird. Eine individualistische Ordnung versteht sich als eine Polyarchie mit einer Vielzahl von Machttägern, denen jeweils eigene Verantwortungsbereiche zuerkannt werden, die kollektivistische Ordnung muß hingegen die gesamte Gesellschaft hierarchisch gliedern, damit zentrale Entscheidungen unverfälscht und verbindlich umgesetzt werden können. Steht auf der einen Seite der mündige und selbstverantwortliche Bürger, der über sein Glück selbst zu befinden hat und über eine Fülle von Abwehrrechten verfügt, so findet man auf der Gegenseite den gehorsamen Untertan, dessen Glück durch politische Instanzen festgelegt wird und der dem einheitlichen Gesamtwillen nicht durch das Pochen auf Autonomie im Wege stehen darf.

Erwartet der Individualist vom Staat Gerechtigkeit im Sinne der Gleichbehandlung der Individuen und fordert daher einen Rechtsstaat, der sich auf die Setzung allgemeiner, abstrakter Regeln konzentriert, damit die Individuen innerhalb einer freiheitsschützenden Ordnung ihre je eigenen Pläne und Werte verfolgen können, so verlangt der Kollektivist vom Staat konkrete Befehle und Zuteilungen zur Einflußnahme auf den sozialen Status des einzelnen. Nicht Regeln, sondern Maßnahmen, nicht Ordnung, sondern Intervention erwartet er und setzt an die Stelle von Gerechtigkeit im Sinne der Gleichheit vor dem Recht eine Form der sozialen Gerechtigkeit, deretwillen der Staat die Individuen gezielt ungleich behandelt – sei es in ihren politischen Mitwirkungsrechten, sei es in ihren wirtschaftlichen Rechten, sei es in dem Ausmaß der Besteuerung. Während der Individualismus auch zur Absicherung sozialer Risiken wie Fürsorge in Notlagen, Vorsorge für Alter und Krankheit vorrangig auf Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Individuums und der von ihm freiwillig gebildeten Gemeinschaften, insbesondere der Familie oder genossenschaftlicher Verbände, setzt und den Staat nur subsidiär in der Verantwortung sieht, entfaltet der Kollektivismus eine umfassende Sozialpolitik „von der Wiege bis zur Bahre“, die dem Staat ein schier unbegrenztes Betätigungsfeld erschließt, unersättliche Erwartungen an dessen Leistungskraft nährt und alle nichtstaatlichen Institutionen in sich einzugliedern trachtet. Eine individualistische Ordnung versteht sich als eine Nomokratie oder *rule of law*, der ein insgesamt skeptischer Politikbegriff und eine starke Neigung zur Beschränkung staatlicher Macht zugrunde liegt. Die Teleokratie als Herrschaft bestimmter Zwecke und ein tendenziell optimistischer Politikbegriff, der die staatliche Steuerungsfähigkeit hoch veranschlagt und deshalb die Ausdehnung staatlicher Macht befürwortet, resultieren hingegen aus einem kollektivistischen Ordnungsverständnis.

Der Individualist ist nicht nur machtskeptisch, weil er die Freiheit als sympathisches Attribut für das Individuum empfindet, sondern er ist auch davon überzeugt, daß das Prinzip der Freiheit verstreutes Wissen der Individuen besser als jede andere Ordnungsform zu nutzen und zu koordinieren versteht. Er setzt auf eine spontane, evolutionäre Fortschrittsidee, deren Endziel niemand kennen kann, sondern die nur durch die unplanbare Entfaltung der individuellen Kräfte in unübersehbaren Einzelschritten verwirklicht werden kann. Der Kollektivist mißtraut hingegen solchen Formen evolutionärer Vernunft und glaubt, daß Fortschritt ausschließlich durch Bewußtmachung und Zentralisierung von Wissen gelingen kann. Er setzt auf eine konstruierte Organisation des Fortschritts, bei der die Gesellschaft als bewußt geplante Maschine verstanden wird und die Politiker und Beamten an ihr wie Ingenieure kalkulierte Eingriffe und Veränderungen mit vorhersehbaren Ergebnissen vornehmen können. Da der Kollektivist nach der Fusion von Wissen und Macht strebt, setzt er auf eine umfassende Planung und Steuerung wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten. Privates Unternehmertum und Privateigentum werden daher in kollektivistischen Ordnungen, zumindest soweit es für die Verwirklichung staatlicher Pläne nötig ist, zurückgedrängt, oft sogar die Sozialisierung des Eigentums und die Überwindung freier Preisbildung durch politisch festgesetzte Preise angestrebt. Nicht das Spiel von Angebot und Nachfrage zwischen Unternehmern und Konsumenten bestimmen die Preisbildung, sondern bürokratische Rationierung. Dagegen sind für eine individualistische Ordnung Privateigentum, freies Unternehmertum und freie Preisbildung unersetzliche Institutionen des Wettbewerbs. In der individualistischen Ordnung liegt die Triebkraft des Wettbewerbs im Eigennutz der Individuen, in der kollektivistischen Ordnung setzt man hingegen auf Neid zur Begründung von staatlichen Eingriffen in die individuelle Wirtschaftsfreiheit von Unternehmern. Eine individualistische Ordnung dringt auf eine wirtschaftliche und politische Öffnung, in ihr werden Freihandel und Globalisierung als wettbewerbliche Chancen betrachtet. Die kollektivistische Ordnung wird demgegenüber ihre planwirtschaftlichen Ziele nur durch Ausschaltung unberechenbarer externer Effekte verwirklichen können und deshalb zur Bewältigung wirtschaftlicher Probleme auf Währungszwangswirtschaft, Protektionismus und Autarkie setzen. Verteilungsgerechtigkeit zwischen verschiedenen Gruppen läßt sich nicht plangemäß organisieren, solange Privilegierte und Diskriminierte nicht trennscharf voneinander geschieden sind und die Außengrenzen des Kollektivs nicht vollständig – und dies notfalls durch Mauer und Stacheldraht – kontrolliert wird. Internationale Integration wird hier keinesfalls als Gewährleistung gemeinsamer Wettbewerbsregeln und als Abbau von Handelshemmnissen verstanden, sondern bestenfalls als planwirtschaftliche Blockbildung zur gemeinschaftlichen Abschottung nach außen und zur Durchsetzung einheitlicher Interventionsregimes. Die kollektivistische Ordnung stellt sich idealtypisch als eine Geschlossene Gesellschaft dar, die individualistische Ordnung versinnbildlicht sich in der Idee der Offenen Gesellschaft.

Totalitarismus und Extremismus als wirtschaftlicher Kollektivismus

Individualismus	Kollektivismus
Personalismus	Sozialismus
Humanismus	Rassismus, Klassendenken
Freiheit	Zwang
Selbstverantwortung	Paternalismus
Vielzahl der Einzelinteressen	„volonté générale“
Dezentrismus	Zentralismus
Subsidiarität	Unitarismus
Gemeinschaften	Gesellschaft, Staat
Polyarchie	Hierarchie
Bürger	Untertan
Rechtsstaat	Maßnahmenstaat
Gerechtigkeit	soziale Gerechtigkeit
Skeptischer Politikbegriff	Optimistischer Politikbegriff
Ordnungspolitik	Interventionspolitik
Abstrakte Regeln	konkrete Befehle
Nomokratie	Teleokratie
Machtbeschränkung	Machtausdehnung
Spontane Ordnung	konstruierte Organisation
Evolutionismus	Konstruktivismus
Verstreutes Wissen	zentralisiertes Wissen
Pluralismus der Ziele	Monismus des Ziels
Ungeplante Ergebnisse individuellen Handelns	bewußte Ziele zentraler Planung
Eigentumsfreiheit	Sozialisierung
Markt	Plan
Privates Unternehmertum	Wirtschaftsbürokratie
freie Preise	politisch festgesetzte Preise
Wettbewerb	staatliche Lenkung
Eigennutz	Neid
Konsumfreiheit	Rationierung
Globalisierung	Autarkie
Freihandel	Protektionismus
Offenheit	Geschlossenheit

3. Individualismus und Kollektivismus in ideenhistorischer Perspektive

Diese Unterscheidung von Individualismus und Kollektivismus ist nach dem Verblasen transzendenter Vorstellungen der Rechtfertigung von Herrschaft maßgeblich für die Entwicklung der politischen Theorie der Neuzeit geworden.¹¹ Das politische Denken

¹¹ Dietmar von der Pfordten, Normativer Individualismus versus normativer Kollektivismus in der Politischen Philosophie der Neuzeit, in: Philosophische Vorveröffentlichungsreihe an der Universität Erfurt, Nr. 5/2000.

der Neuzeit war seit Humanismus und Renaissance wesentlich von der Entdeckung des Individuums geprägt und die politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung allmählich individualtheoretisch gerechtfertigt. Dies führte tendenziell zum Aufkommen liberaler Verfassungsstaaten und marktwirtschaftlich-kapitalistischer Ordnungen, rief zugleich aber auch Gegenbewegungen hervor, die das Individuum zugunsten des Kollektivs, sei es Staat, sei es Nation oder sei es Rasse, in Frage stellten. Diese Gegentendenzen gingen mit dem Aufkommen der Massengesellschaft einher, wie sie in Ansätzen in der Französischen Revolution zu beobachten waren und wie sie schließlich kennzeichnend für das 20. Jahrhundert wurden.

Unter den Autoren des frühen 19. Jahrhunderts, die die Folgen des revolutionären Zeitalters in Europa und Nordamerika studierten, besaß Alexis de Tocqueville ein besonderes Gespür für die Wirkungen des Kollektivismus. Die „destruktiven Theorien, die man in unseren Tagen Sozialismus nennt“, sah Tocqueville mit all ihren kollektivistischen Merkmalen bereits im Denken der Aufklärung, namentlich bei den Physiokraten, angelegt: „die Gütergemeinschaft, das Recht auf Arbeit, die unbedingte Gleichheit, die Gleichförmigkeit in allen Dingen, die mechanische Regelmäßigkeit in allen Bewegungen der Individuen, die geregelte Tyrannei und das vollständige Aufgehen der Persönlichkeit der Staatsbürger im Gesellschaftskörper.“¹² Sensibel registrierte er am Beispiel der amerikanischen Demokratie die Neigung zur Gleichheit und Zentralismus, zu einheitlicher Gesetzgebung und gesellschaftlicher Einebnung, durch die der einzelne Bürger kleiner, die Gesellschaft als Ganze hingegen größer erscheine. Während der Bürger als Individuum in der großen Menge Gleicher verschwindet, bleibe nur das Bild des Volkes selbst: „Das gibt natürlich den Menschen der demokratischen Zeitalter eine sehr hohe Meinung von den Vorrechten der Gesellschaft und einen sehr bescheidenen Begriff von den Rechten des einzelnen. Sie nehmen gerne an, das Interesse der Gesellschaft bedeute alles und das des einzelnen nichts. Sie geben recht willig zu, daß die Herrschaft, die die Gesellschaft vertritt, weit mehr Bildung und Weisheit besitzt als irgendeiner der Menschen, aus denen sie sich zusammensetzt, und es sei ihre Pflicht so gut wie ihr Recht, jeden Bürger bei der Hand zu nehmen und ihn zu führen.“¹³

Klassische Deutungen des Kollektivismus finden sich auch bei Jacob Burckhardt, der im Zusammenhang mit der Französischen Revolution von der „Abdikation des Individuums“ sprach. „Despotismus“, „rechtlose Zentralisation“, „unbegrenzte Staatsmacht nach Innen“ sind für ihn Schlüsselbegriffe des Staatsverständnisses des revolutionären Zeitalters.¹⁴ Dieser „Staat im neueren Sinne“ äußert sich nicht zuletzt durch eine neue wirtschaftlich-soziale Qualität: „Von sozialer Seite wird durchweg ein allmächtiger Staat postuliert; denn das die Gesellschaft von sich aus die betreffenden Wünsche verwirklichen werde (wie es eigentlich sein sollte), erwartet und hofft man nicht; daher

12 Alexis de Tocqueville, *Der alte Staat und die Revolution* (1856), München 1978, S. 164 f.

13 Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika. Zweiter Teil* (1840), Zürich 1987, S. 426 f.

14 Jacob Burckhardt, *Weltgeschichtliche Betrachtungen. Über geschichtliches Studium/Historische Fragmente* (1905), Leipzig 1985, S. 480.

schiebt man diese Aufgaben dem Staat zu, welcher die nötigen Zwangsmittel hat oder sie schaffen wird zu Gunsten einer präbendierten Allfürsorge, und also eine unerhörte Machtfülle braucht.“¹⁵

Der Begriff des Kollektivismus wurde nach sporadischen Verwendungen im 18. und frühen 19. Jahrhundert unter Burckhardts Zeitgenossen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer mehr benutzt. Dabei wurde er namentlich von französischsprachigen Autoren in der Nachfolge von Saint-Simon und Comte zur Selbstbeschreibung ihrer sozialistischen oder anarchistischen Ideen genutzt.¹⁶ Es gab nur wenige Gegner, die den Begriff in kritischer Absicht nutzten, unter ihnen am profiliertesten vielleicht der französische Ökonom Paul Leroy-Beaulieu, der 1884 in einem gleichnamigen Buch den wissenschaftlichen Sozialismus eines Karl Marx oder Ferdinand Lassalle als „Kollektivismus“ bezeichnete und ihm attestierte, weder materiellen Fortschritt noch individuelle Freiheit wahren zu können.¹⁷ Im Jahre 1913 arbeitete dann der katholische Schriftsteller Hilaire Belloc mit besonderer Schärfe heraus, wie der Kapitalismus durch zahlreiche Interventionen allmählich in eine kollektivistische Ordnung umschlage und notwendigerweise in einen „Sklavenstaat“ münden müsse.¹⁸

Mehr und mehr verbreitete sich die Auffassung, daß nach der liberalen Epoche, die im 18. und frühen 19. Jahrhundert die Freiheitsrechte des einzelnen gegenüber dem Staat durchgesetzt hatte, und nach der demokratischen Epoche, die von der Mitte des 19. Jahrhunderts an die politische Partizipation auf alle Bürger ausdehnte, nun ein soziales Zeitalter bevorstehe, in welchem es vor allem darauf ankomme, die Leistungsansprüche des einzelnen gegenüber dem Staat und damit dessen wirtschafts- und sozialpolitische Tätigkeit in umfassender Weise auszudehnen. Überall in Europa war die individualistisch-liberale Theorie um 1900 in die Defensive geraten. Alle neu aufkommenden Bewegungen und Parteien vertraten ein kollektivistisches Programm, das sich insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik konkretisierte. Die kollektivistischen Strömungen verstanden sich als eine bewußte Abkehr von Liberalismus und Kapitalismus, wie er sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert in Überwindung altständischer und absolutistischer Ordnungen durchgesetzt hatte. Auch die demokratischen und liberalen Kräfte wurden von diesem Trend zum wirtschaftlichen Kollektivismus erfaßt. Da es in England an revolutionären Erschütterungen und Verwerfungen fehlte, ließ sich dort die allmähliche Zurückdrängung individualistischen und das gleichzeitige Vordringen kollektivistischen Denkens in besonderer Klarheit beobachten.

15 Ebd., S. 495 f.

16 Jules Guesde, *Essai de Catechisme Socialiste*, Brüssel 1878; Alphonse Courtois, *Anarchisme théorique et collectivisme pratique*, Paris 1885; Eugène d'Eichthal, *Socialisme, communisme et collectivisme. Coup d'œil sur l'histoire et les doctrines*, Paris 1892; Franz Nagler, *Der Kollektivistische Staat: Leitsätze und Ziele für deutsche Kollektivist*, Wien 1919.

17 Paul Leroy-Beaulieu, *Le Collectivisme. Examen critique du nouveau socialisme*, Paris 1884.

18 Hilaire Belloc, *Der Sklavenstaat* (1913), Stuttgart 1925.

So überschrieb der Historiker W.H. Greenleaf den ersten Band seines zweibändigen Werks „The British Political Tradition“ bezeichnenderweise mit „The Rise of Collectivism“.¹⁹ Den Kollektivismus, dessen politische Durchsetzungskraft er an Faktoren wie Staatsausgaben, öffentlich organisierter Beschäftigung, Umfang des Verwaltungsapparates und Umfang der Gesetzgebung maß, sah er als Gegenbegriff zur der von ihm als „libertarianism“ bezeichneten klassisch-liberalen Tradition, die sich durch vier Merkmale ausgezeichnet habe: grundlegende Bedeutung des Individuums, Begrenzung der Regierungsmacht, Mißtrauen gegenüber Machtkonzentration und *rule of law*.

Auch in Deutschland gerieten liberale und demokratische Kräfte in den Sog des Kollektivismus. Bekanntlich war es schon vor dem Ersten Weltkrieg Friedrich Naumann, der den Begriff des „nationalen Sozialismus“²⁰ prägte. Der Durchbruch des Kollektivismus wurde schließlich durch den Verlauf des Ersten Weltkriegs maßgeblich vorangetrieben. Die Rüstungsanstrengungen führten in allen Ländern zu einer bis dahin ungekannten Vereinnahmung der Wirtschaft durch den Staat. Dieses Vorbild der Kriegswirtschaft stimulierte viele Zeitgenossen zur Forderung, diese Wirtschaftsform nach dem Krieg in eine Friedensplanwirtschaft zu überführen. Niemand stand dafür mehr als der AEG-Direktor und spätere Außenminister Walter Rathenau, der in seinen Kriegsschriften vor allem die Frontsoldaten für das sozialistische Ideal einer Planwirtschaft begeisterte.²¹

Die Erschütterungen des Ersten Weltkriegs und die umfassende Kollektivierung, wie sie seit 1917 durch die großen totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts erfolgte, erweckte vielerorts begeisterte Zustimmung unter Intellektuellen von links und rechts. In besonders unverfälschter Weise wurde der wirtschaftliche Kollektivismus mit all seinen politischen Konsequenzen von dem Philosophen und Sozialwissenschaftler Otto Neurath ausgesprochen. Als Berater der bayerischen Räteregierung forderte er 1919 eine „autoritäre Organisation“ der Planwirtschaft, hielt Streik als eine „Form des Bürgerkriegs“ mit einer „durchsozialisierten Gesellschaft“ für völlig unvereinbar. Er vertrat die Auffassung, daß vertragliche Lohnfindung durch öffentlich-rechtliche Bestimmungen nach allgemeinen Grundsätzen“ ersetzt werden müsse. Neurath war fest davon überzeugt, daß umfassende statistische Übersichten, durch die alles „durchsichtig und beherrschbar“ werde, den Staatsmann anstelle des einzelnen befähigen würden, „für das Glück aller Bürger zu sorgen“.²² Seine Vorschläge zur Sozialisierung und zur Ersetzung der Geldrechnung durch eine Naturalrechnung gipfelten in dem kollektivistischen

19 W.H. Greenleaf, *The British Political Tradition. I: The Rise of Collectivism*, London 1983. Siehe auch: Samuel H. Beer, *British Politics in the Collectivist Age*, New York 1969.

20 Friedrich Naumann, *Neudeutsche Wirtschaftspolitik*, 3. Aufl., Berlin 1913.

21 Vor allem: Walther Rathenau, *Von den kommenden Dingen*, Berlin 1917.

22 Otto Neurath, *Wesen und Weg der Sozialisierung*. Gesellschaftstechnisches Gutachten vorgetragen in der 8. Vollsitzung des Münchner Arbeiterrates am 25. Januar 1919, in: Ders., *Wissenschaftliche Welt-auffassung, Sozialismus und Logischer Empirismus*. Hrsg. von Rainer Hegselmann, Frankfurt a.M. 1979, S. 242-261, insbes. S. 246-249.

Bekenntnis: „*Sozialisiert muß von oben werden*. Was mit dem Einzelnen zu geschehen hat, ergibt sich aus der Anlage des Ganzen“²³.

In technokratischer Zuspitzung vertrat damit Neurath ein Ideal totaler Erfassung und Mobilmachung der Gesellschaft, wie es ebenso auf der politischen Rechten als große Verheißung gefeiert wurde: „Wenn es auch nicht unsere Absicht ist, so ist es doch unser innerster Wille, unsere Freiheit zum Opfer zu bringen, uns aufzugeben als Einzelne und einzuschmelzen in einen großen Lebenskreis, in dem das Individuum ebenso wenig selbständig ist wie eine Zelle, die bei der Trennung vom Körper sterben muß,“ schrieb ein enthusiastischer Ernst Jünger 1927 und ahnte zugleich den ungeheuren Preis, der hierfür zu entrichten sein würde: „Wir rühmen mit Recht die Macht der Zentralisation, aber wer ist sich darüber klar, wieviel an eigener Macht er dafür hingeben muß? Man kann den Zustand des modernen Individuums unbedenklich als einen Zustand anonymer Sklaverei bezeichnen; er bestätigt den Ausspruch, daß jede Kultur nur durch Sklavenarbeit möglich ist.“²⁴

Die Sowjetunion entwickelte sich in den zwanziger und dreißiger Jahren zum Mutterland des wirtschaftlichen Kollektivismus, das wegen der politischen Konsequenz und Radikalität stilbildend für andere Bewegungen und Diktaturen wirkte. Demgegenüber wirkte das wirtschaftspolitische Programm des Nationalsozialismus von Beginn an halbherziger und inkonsequenter, da stärker von außerökonomischen Ideologien durchsetzt. Immerhin spielte auch dort in den frühen Jahren der sozialistische Parteiflügel eine große Rolle, und schließlich kann nicht übersehen werden, daß der für den Nationalsozialismus so charakteristische Antisemitismus von Beginn an mit vielen antikapitalistischen und antiliberalen Mythen durchsetzt war.

Gegenüber diesen linken und rechten Variationen des Kollektivismus blieben die Mahner, die sich wie José Ortega y Gasset²⁵ oder Karl Jaspers²⁶ eine kritische Sensibilität gegenüber dem Geist der ruhelosen und durchorganisierten Massengesellschaft bewahrt hatten, einsame Rufer ohne großen politischen Einfluß. Es gab einige Beobachter, die bei allen ideologischen Unterschieden schon früh auf den gemeinsamen kollektivistischen Kern von deutschem Nationalsozialismus, italienischem Faschismus und russischem Kommunismus hinwiesen. So legte der spanische Diplomat, Minister und Philosoph Salvador de Madariaga – vor allem mit Blick auf Benito Mussolini – Wert auf die Feststellung, daß alle totalitären Führer ursprünglich von links kamen. Ihr gemeinsames Element könne man deuten als Widerspruch gegen die Schwäche des liberalen und demokratischen Staates und als Parteinahme für den Staat gegenüber dem einzelnen. An die Stelle des liberalen Gleichheitsbegriffs, der auf die Abschaffung von

23 Ebd., S. 252 (Hervorhebung im Original).

24 Ernst Jünger, Fortschritt, Freiheit und Notwendigkeit, in: Ders., Politische Publizistik 1931-1933. Hrsg. von Sven Olaf Berggötz, Stuttgart 2001, S. 327.

25 José Ortega y Gasset, Der Aufstand der Massen (1930), in: Ders., Signale unserer Zeit, Stuttgart u.a. o.J., S.151-304.

26 Karl Jaspers, Die geistige Situation ihrer Zeit (1931), Berlin 1955.

Vorrechten zielt, tritt ein kollektivistischer Gleichheitsbegriff, der als „Trieb zu Nivellierung“ anzusehen ist.²⁷

Unterschiede zwischen dem kommunistischen von dem faschistischen oder nationalsozialistischen Kollektivismus traten insofern zutage, als sich die Herrschaftspraxis des Kommunismus auf eine rational-szientistische Ideologie mit wissenschaftlichem Anspruch stützte. Faschismus und Nationalsozialismus gaben sich in der Begründung ihres Kollektivismus hingegen romantisch und antiintellektualistisch. Ihre Ideologien erhoben keinen wissenschaftlichen Anspruch, sondern wähten sich über rational artikulierte Zweifel erhaben. Während der Kommunismus den Anspruch erhob, sich in den Bahnen ökonomischer Gesetzmäßigkeiten zu bewegen, fehlte es den Faschisten in Italien und mehr noch den Nationalsozialisten in Deutschland bis zuletzt an einem ökonomischen Lehrgebäude, das es an Geschlossenheit und Konsequenz mit dem Kommunismus hätte aufnehmen können. Das nihilistische Hinwegsetzen über das ökonomische Weltbild des 19. Jahrhunderts, dem der Kommunismus ja zumindest als Antithese verpflichtet war, interpretierte Peter F. Drucker im Jahre 1939 in einer von Politikwissenschaftlern und Historikern zu Unrecht vernachlässigten Studie als „The End of Economic Man“.²⁸

Drucker steht für einen Strang der Totalitarismustheorien, die bemerkenswert früh die ökonomische Dimension des Totalitarismus herausstellten, allerdings nach dem Zweiten Weltkrieg wenig beachtet wurden. Im Kontext der politikwissenschaftlichen Diskussion²⁹ über den Begriff wurde unter ihnen noch am ehesten Karl Wittfogel Beachtung geschenkt, der in seinem Band „Oriental Despotism“ die totale Herrschaft aus den Idealtypus der „hydraulic society“ ableitete,³⁰ die aufgrund geographischer Bedingungen frühzeitig Wasserversorgung und Agrarwirtschaft staatlich reglementierte und einen spezifischen Typus der Despotie hervorbrachte. Bezeichnenderweise war der wirtschaftliche Kollektivismus nach 1945 trotz der Niederringung des Nationalsozialismus und des Vordringens des Kommunismus in Mitteleuropa keineswegs diskreditiert, sondern fand selbst in den westlichen Demokratien weiterhin Verbreitung in Gestalt eines „demokratischen Sozialismus“ und mit Lockbegriffen wie „Vollbeschäftigung“, „Globalsteuerung“ und „Wohlfahrtsstaat“. Vielerorts war man davon überzeugt, daß wirtschaftlicher Kollektivismus eine mit demokratischer Ordnung in Einklang zu bringende Notwendigkeit sei. Noch ungefähr bis in die 1970er Jahre hinein hing man dieser Vorstellung an. So war es für einen verdienstvollen Politikwissenschaftler wie Otto Heinrich von der Gablentz völlig unproblematisch, den Begriff der „Gesellschaftsre-

27 Salvador de Madariaga, *Anarchie oder Hierarchie*, Bern/Leipzig 1936, S. 11 und 20. Vgl. dazu: Benito Mussolini, *Die Lehre des Faschismus* (1943), in: Ernst Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Köln/Berlin 1967, S. 205-220.

28 Peter F. Drucker, *The End of Economic Man* (1939), New York 1969.

29 Als umfassenden Überblick siehe: Marc-Pierre Möll, *Gesellschaft und totalitäre Ordnung. Eine theoriegeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus*, Baden-Baden 1998.

30 Karl Wittfogel, *Oriental Despotism. A comparative study of total power*, o.O. 1955.

form“ in der historischen Abfolge zunächst liberalen, dann demokratischen und schließlich sozialistischen Bewegungen zuzuordnen.³¹ Auch nach dem Scheitern des „realen Sozialismus“ im Epochenjahr 1989 ist die Anziehungskraft des wirtschaftlichen Kollektivismus keineswegs erloschen. Auf der Suche nach Antworten auf die Globalisierung finden Argumente wieder Gehör, die in ähnlicher Manier zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegen Freihandel und Kapitalismus vorgetragen wurden.

Um demgegenüber Ansätze zur Totalitarismustheorie in Erinnerung zu rufen, die sich aus ökonomischer Perspektive mit den Diktaturen des 20. Jahrhunderts befaßten und sie im Kern als Herrschaftsmethode des wirtschaftlichen Kollektivismus mit Hilfe politischer Diktatur deuteten, sollen im folgenden drei Autoren vorgestellt werden, deren Theorien zum Kollektivismus zugleich die Selbstgefährdungstendenzen von Marktwirtschaft und Demokratie herausstellten: Walter Lippmann, Friedrich August von Hayek und Wilhelm Röpke.

4. Walter Lippmann: Auf der Suche nach einem Neoliberalismus

Der Journalist und Publizist Walter Lippmann³² (1889-1974) avancierte schon in jungen Jahren zu einem der einflußreichsten Kommentatoren der amerikanischen Außenpolitik und war in der zweiten Wilson-Administration an der Formulierung der berühmten „Vierzehn Punkte“ und an den Versailler Friedensverhandlungen beteiligt. Sein 1922 erschienenes Buch „Public Opinion“ gilt als Durchbruch der modernen Meinungs- und Kommunikationsforschung.³³ Nach dem Zweiten Weltkrieg gewann Lippmann durch seine Zeitungskolumnen großen Einfluß auf die europa- und deutschlandpolitische Debatte in den USA.³⁴ In jungen Jahren sozialistisch geprägt, erwies er sich im Laufe seines Lebens als unabhängiger Liberaler und unterstützte sowohl demokratische als auch republikanische Präsidentschaftskandidaten. In den dreißiger Jahren geriet er zunehmend in Widerspruch zum Programm des „New Deal“, mit dessen Hilfe Präsident Roosevelt mit einer aktiven Kredit- und Beschäftigungspolitik die Folgen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden versuchte. Vor diesem Hintergrund erschien 1937 Lippmanns Buch „An Inquiry into the Principles of the Good Society“³⁵, das sowohl den „New Deal“ als auch Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus als Va-

31 Otto Heinrich von der Gablentz (Hrsg.), *Texte zur Gesellschaftsreform. Zeugnisse aus zwei Jahrhunderten 1750-1950*, Frankfurt u.a. 1972.

32 Zur Biographie: Ronald Steel, *Walter Lippmann and the American Century*, Boston u.a. 1980; Barry D. Riccio, *Walter Lippmann: odyssey of a liberal*, New Brunswick u.a. 1994.

33 Walter Lippmann, *Die öffentliche Meinung* (1922), Bochum 1990.

34 Susanne Schlaack, *Walter Lippmann und Deutschland: realpolitische Betrachtungen im 20. Jahrhundert*, Frankfurt u.a. 2004.

35 Walter Lippmann, *Die Gesellschaft freier Menschen* (1937), Bern 1945. Zur zeitgenössischen Kritik siehe: Frank Knight, *Lippmann's The Good Society*, in: *The Journal of Political Economy* 46 (1938), S. 864-872.

arianten des Kollektivismus deutete – ersteren als gemäßigt-demokratische Spielart, letztere als totalitäre Spielarten. Das Buch war allerdings zugleich eine deutliche Abgrenzung vom strikten Liberalismus des „laissez faire“ und bemühte sich um die Erarbeitung eines „neoliberalen“ Programms mit einer positiven Bestimmung von Staats-tätigkeit und Gesetzgebung. Die historischen Verdienste des „laissez faire“-Denkens im 18. und 19. Jahrhundert stellte Lippmann nicht in Frage, aber er hielt es für ein revolutionär-destruktives Denken, das sich gegen eine übermäßige Staatstätigkeit im Zeitalter des Absolutismus gerichtet habe. Aber es taue nicht als positives Prinzip, weil es an die Stelle des Zerstörten und Zurückgedrängten kein neues Staatsprinzip gesetzt habe.

Den Kollektivismus charakterisierte Lippmann als den herrschenden Zeitgeist, dem nahezu alle politischen Bewegungen der Gegenwart verpflichtet seien. Nach der liberalen Ära habe sich zwischen 1848 und 1870 ein geistiger Klimawandel vollzogen, der allmählich politisch wirksam geworden sei. Der Erste Weltkrieg habe dann einen ersten Vorgeschmack auf den Kollektivismus als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gegeben. Seine Doktrin bestehe in dem Glauben, daß Unordnung und Not nur durch eine zunehmende Zwangsorganisation von Wirtschaft und Gesellschaft überwunden werden könnten. Mit Zwangsmitteln, insbesondere behördlicher Planung und Lenkung der wirtschaftlichen Tätigkeit, solle die Regierung den Lauf der Zivilisation festlegen. Als Waffe setzten die Kollektivistinnen auf eine zwangsweise Lenkung des Lebens und der Arbeit der Menschheit. Ihre Verheißung bestehe in dem Versprechen, daß die Macht des Staates die Menschen glücklicher machen könne. Auch wer als Gemäßigter vor dem Schreckbild eines autoritären Kollektivismus und eines umfassend wie nie herrschenden Despotismus zurückscheue, dem falle keine Alternative zur fortschreitenden Kollektivierung ein. Und auch derjenige, der sich liberal, progressiv oder radikal nenne, tendiere zu totalitären Vorstellungen, wie sie etwa in imperialistischen Großraumvorstellungen zum Ausdruck kämen.

Indem Lippmann den Kollektivismus als „Rebellion gegen die freie Marktwirtschaft“³⁶ charakterisierte, stellte er dessen antiindividualistischen, antikapitalistischen und antiliberalen Zug heraus. Kollektivismus strebe nach der Ausschaltung des Marktes und nach seiner Ersetzung durch einen Plan – sowohl bei der Organisation der Arbeitsteilung als auch bei der Verteilung von Kapital und Arbeit, der Verwendung der Ersparnisse und bei der Wahl der Berufe und des Konsums. Lippmann sah in den kollektivistischen Postulaten einen grundlegenden Widerspruch zu den Postulaten der politischen Theorie des Westens, die im Kampf um die Freiheit über Jahrhunderte hinweg entstanden seien. Die großen zivilisatorischen Errungenschaften – Befreiungsarbeit und Begrenzung der Herrschaft – würden durch den Kollektivismus rückgängig gemacht, um eine Verstärkung und Ausweitung der staatlichen Autorität zu bezwecken. Namentlich

36 Ebd., S. 235.

den „Kult des Wohlfahrtsstaats“ nahm Lippmann mit seiner Kritik als Bruch mit der „ökonomische[n] Tradition der westlichen Welt“ ins Visier.³⁷

Die Entstehung diesen Denkens verortete Lippmann in der industriellen Revolution. Kollektivist*innen seien davon überzeugt, daß die neue Maschinenteknik der staatlichen Kontrolle bedürfe. Sie folgten Platons Vision von der „Vereinigung von Wissen und Macht“, indem sie aus der Vereinigung von Wissenschaft und politischer Führung einen neuen „Vorsehungsstaat“ erwachsen lassen wollen, der organisierte Lenkung und Gleichförmigkeit an die Stelle der Vielfalt der Absichten und Pläne setzen wolle. Diese Verklärung des Staates war für Lippmann eine geistige und politische Hybris, denn, so schrieb er, es sei unmöglich, den Prozeß der sozialen Existenz der Menschen ganzheitlich zu erfassen. Kein menschlicher Geist habe jemals die Gesellschaftsordnung als Ganzes begriffen. Dies sei das „Vorrecht Gottes“³⁸.

Daß eine kollektivistische Gesellschaft nur in einem absoluten Staat existieren könne und daß deshalb die absolutistischen Züge Rußlands, Italiens oder Deutschlands kein Zufall und nicht vorübergehend, sondern das wesentliche Prinzip einer vollerblühten kollektivistischen Ordnung seien, stand für Lippmann außer Zweifel. Gewissermaßen den Prototyp des absolutistischen Kollektivist*innen erblickte er im italienischen „Duce“: Benito Mussolini habe im Laufe seines Lebens alle Arten des Kollektivismus vom Sozialismus bis zum Faschismus nacheinander vertreten. Der autoritäre Kollektivismus zeichnete sich für Lippmann durch einen unersättlichen Hang nach Uniformierung, Monismus und Militarisierung des Lebens und durch Ausschaltung von Meinungsfreiheit, Widerspruch, Wettbewerb, kurzum jeder Art von Vielfalt, aus. So sah Lippmann trotz aller ideologischen Differenzen wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus. Unterschiede machte er insofern fest, als er den Faschismus als „Standrecht“, „als vollständige und intensive Aufrüstung eines Volkes für einen Eroberungskrieg“³⁹ definierte. Alles sei dort auf die „totale Mobilmachung“⁴⁰ ausgerichtet, die Kriegsplanung werde im Faschismus zum Vorbild für eine auf die Aufrüstung ausgerichtete Planwirtschaft, während der Kommunismus die Kollektivierung der Gesellschaft für zivile Zwecke zu organisieren bestrebt ist. Er strebe nach einer „sozialen Harmonie“, die sich freilich am Ende nur als „die absolute Machtstellung der neuen herrschenden Klasse“⁴¹ entpuppe.

Anders als der von vornherein auf eine solche totalitäre Neukonstruktion ausgerichtete Kollektivist wünscht nach Lippmanns Interpretation der gemäßigte Durchschnittskollektivist vom Schlage der „New Dealer“ hingegen nicht, den ganzen Weg zum totalitären Staat zu gehen. Aber auch er, so Lippmann, gebe sich einem Prinzip der gesellschaftlichen Organisation hin, „das gegen das Übel kein anderes Heilmittel als die

37 Ebd., S. 47.

38 Ebd., S. 78.

39 Ebd., S. 113.

40 Ebd., S. 115.

41 Ebd., S. 132.

Verstärkung der Gesamtlenkung durch staatliche Behörden weiß.⁴² Im kollektivistischen Denken gebe es bis zum totalitären Staat keinen Haltepunkt, der neue und gesteigerte Forderungen nach staatlicher Intervention und Bürokratie eindämmen könne. Auch in dem Wunsch, den Kollektivismus demokratischer Kontrolle zu unterwerfen, sah Lippmann keinen wirksamen Schutz vor einer totalitären Machtausdehnung. Der gemäßigte, demokratische Kollektivist setzt zwar nicht auf den Absolutismus eines Diktators, wohl aber auf einen Absolutismus der Mehrheit. Diese Theorie von der Souveränität der Mehrheit könne aber nicht verhindern, daß sich die Mehrheit wie im Falle Napoleons III. oder Hitlers zu einer Ermächtigung eines mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Führers entschieße. Zudem sah Lippmann keine Möglichkeit, die Objekte der Planwirtschaft, die notwendigerweise einen zentralen und einheitlichen Willen voraussetzt, von den Entscheidungen eines schwankenden Mehrheitswillens abhängig zu machen. Planwirtschaft werde undurchführbar, wenn Zielsetzung und Ausführung einer demokratischen Verantwortlichkeit unterworfen werden, und sei daher mit dem Prinzip der Verantwortlichkeit der Regierung letztlich unvereinbar. Lippmann sah sogar eine besondere Dynamik des Kollektivismus unter den Bedingungen des demokratischen Wettbewerbs. Habe man einmal das Prinzip der Staatsintervention zugunsten von Eingriffen in die Einkommens- und Produktionsverteilung akzeptiert, so würden neue Anstöße zur Ausweitung der Staatstätigkeit immer auf die Impulse durch konkurrierende Interessengruppen zurückgehen. Wenn privilegierte Gruppen profitierten, würden auch nichtprivilegierte Gruppen Interventionen zu ihren Gunsten fordern und eine Kettenreaktion der Staatseingriffe auslösen. Dies müsse zu schweren Störungen des Wirtschaftsgeschehens führen und verschärfe letztlich den materiellen Mangel, zu dessen Behebung man die Kollektivierung des Wirtschaftslebens einst gefordert habe. Der Deutschland-Kenner wählte zur Illustration ein plastisches Bild: „Denn das innere Prinzip des gemäßigten Kollektivismus – zugleich sein entscheidender Fehler – liegt darin, dass er nicht die Burgen am Rhein niederreißt und die privilegierten Zollstationen zerstört. Er versucht vergeblich, jede Hütte in eine Burg mit eigener Zollstation zu verwandeln.“⁴³

Ein wichtiger Gesichtspunkt war für Lippmann die Auswirkung des Kollektivismus auf die internationale Politik. Da der Kollektivismus im ökonomischen Sinne danach strebe, die Folgen der liberalen und scheinbar chaotischen Arbeitsteilung zu überwinden, indem Produktion und Konsum zwangsweise verordnet würden, müsse er nicht nur nach der Kontrolle der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft streben, sondern auch die wirtschaftlichen Außenbeziehungen kontrollieren. Kollektivistische Regime tendierten, damit die planwirtschaftliche Lenkung wirksam werde, zu Exklusion, Isolation und Autarkie: „Die ganz echten, realistischen Kollektivistinnen –

42 Ebd., S. 99.

43 Ebd., S. 187.

Stalin, Mussolini, Hitler – sind nationale Kollektivist⁴⁴. An weltwirtschaftlicher Verflechtung, Freihandel oder Globalisierung könnten sie kein Interesse haben, weil ihnen damit die planwirtschaftliche Kontrolle entgleite. Kollektivistische Gesellschaften seien zu einer kalkulierten Konfliktaustragung nicht fähig, sie verfolgten keine objektiven, sichtbaren Ziele, sondern sie führten totale Kriege: „Im totalen Krieg dreht es sich um die absolute Vormacht, um die Macht, jedes Problem durch überlegene Gewaltanwendung zu regeln.“⁴⁵ Darum könnten „totale Kriege auch nie zu einem Ende kommen, es sei denn, dass der Besiegte als eine Macht, die in der Welt mitzureden hat, ausgelöscht wird,“ prophezeite der finstere Realist aus der Warte des Jahres 1937 und warnte in „The Good Society“ die freiheitlich-demokratische Welt hellsehtig vor einem falschen, willenzehrenden Pazifismus. Eine pazifistische Bewegung, die den Unterschied zwischen den begrenzten Kriegen der Vergangenheit und den totalen Kriegen der Gegenwart verleugne, werde „lediglich die Völker, die in Todesgefahr sind, in Verwirrung setzen und desorganisieren und damit die Aggressoren zum Handeln aufmuntern.“⁴⁶

Das streitbare, trotz seines Umfangs eingängige Buch stieß nicht nur in den USA auf große Resonanz, sondern sorgte auch in Europa zumindest unter Intellektuellen für Aufsehen: ein im August 1938 in Paris von Louis Rougier veranstaltetes Kolloquium blieb zwar wegen des baldigen Kriegsausbruchs ohne direkte organisatorische Folgen, gilt aber wegen seines herausragenden Teilnehmerkreises und den nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgenommen Verbindungen gemeinhin als Wiedergeburtstunde des Liberalismus im 20. Jahrhundert. Zu seinen Teilnehmern gehörten auch Friedrich August von Hayek und Wilhelm Röpke, von denen dann nach dem Zweiten Weltkrieg auch die entscheidenden Impulse zur Gründung der „Mont Pèlerin Society“ ausgingen, die ausdrücklich an das Lippmann Kolloquium anknüpfte.

5. Friedrich August von Hayek: der demokratische Kollektivismus als „Weg zur Knechtschaft“

Während der politische Beobachter Lippmann den Kollektivismusbegriff vor allem aus der Anschauung der tagespolitischen Meinungskämpfe gewann, in die er als Journalist und Politikberater verstrickt war, leitete der Nationalökonom Friedrich August von Hayek (1899-1992)⁴⁷ den Begriff des Kollektivismus aus wissenschaftstheoretischen und methodologischen Zusammenhängen ab. Entscheidend geprägt wurde er von der

44 Ebd., S. 199.

45 Ebd., S. 209.

46 Ebd., S. 211.

47 Zur Biographie: Hans Jörg Hennecke, Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit, Düsseldorf 2000; Bruce Caldwell: Hayek's Challenge: an intellectual biography of F.A. Hayek, Chicago u.a. 2003.

durch Carl Menger begründeten Österreichischen Schule der Nationalökonomie, die auf einem strengen methodologischen Subjektivismus aufbaute und sich durch diese Theoriebildung scharf von der im Deutschen Reich dominierenden Historischen Schule mit ihren positivistischen und empirischen Ansätzen unterschied. Hayeks Lehrer Ludwig von Mises formulierte auf dieser Grundlage 1920 die Theorie von der Unmöglichkeit einer sozialistischen, auf freie Preisbildung und Privateigentum verzichtenden und auf zentrale Planung setzenden Wirtschaftsrechnung und stand als strikter Individualist quer zum dominierenden Zeitgeist der kollektivistischen Planwirtschaft, der auch nahezu alle demokratischen Kräfte erfaßt hatte.⁴⁸

Nachdem Hayek während der Weltwirtschaftskrise mit bahnbrechenden Beiträgen zur Konjunktur-, Preis- und Geldtheorie hervorgetreten war, für die er 1974 mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet werden sollte, griff er in den dreißiger Jahren an der Seite von Mises in die Debatte um die sozialistische Wirtschaftsrechnung ein.⁴⁹ Insbesondere bestritt Hayek, daß innerhalb einer Planwirtschaft ohne freies Preissystem ein echter Wettbewerb möglich sei. In mehreren methodologischen Aufsätzen der dreißiger Jahre arbeitete Hayek heraus, daß die Stärke einer freien Wirtschaftsordnung darin liege, daß sie über freie Preise in der Lage sei, dezentrales, verstreutes und unvollständiges Wissen der Individuen auf spontane Weise zu koordinieren, während eine kollektivistische Wirtschaftsorganisation gerade an der mangelnden Zentralisierbarkeit von Wissen scheitern müsse. Hayek betonte damit die Bedeutung einer spontanen, evolutorischen Vernunft, die sich aus der freien und spontanen Koordination der Individuen ergibt, und bezweifelte die Möglichkeit, Wirtschaftsplanung gemäß einer kollektivistisch-planenden Vernunft durchführen zu können.⁵⁰ Aus diesen Überlegungen erwuchs bei Hayek in der Folgezeit eine Theorie der Wissensnutzung und des Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren, die von der prinzipiellen Unmöglichkeit kollektivistischer Planung ausging.⁵¹

Die wissenschaftstheoretische und politische Auseinandersetzung mit dem Geist des Kollektivismus stand für Hayek während der späten dreißiger und frühen vierziger Jahren im Mittelpunkt seines Denkens.⁵² Ideenhistorisch verfolgte Hayek den rationalistischen und konstruktivistischen Kollektivismus beginnend mit Descartes und Newton über den rationalistischen Strang der Aufklärung mit Voltaire, Rousseau und Condorcet

48 Ludwig von Mises, *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*, Jena 1922; Ders., *Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie der Gegenwart*, Jena 1929.

49 Friedrich August von Hayek (Hrsg.), *Collectivist Economic Planning*, London 1935.

50 Ders., *Economics and Knowledge* (1936), in: Ders., *Individualism and Economic Order*, Chicago 1948, S. 33-56.

51 Dazu: Friedrich August von Hayek, *The Use of Knowledge in Society* (1945), in: Ders., *Individualism and Economic Order*, Chicago 1948, S. 33-56; Ders., *Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren*, in: Ders., *Freiburger Studien*, Tübingen 1968, S. 249-265.

52 Hierzu insbesondere der Sammelband: Friedrich August von Hayek, *Mißbrauch und Verfall der Vernunft. Ein Fragment*, Salzburg 1959.

zurück. Die positivistisch und historizistisch begründeten Ordnungsentwürfe eines Saint-Simon oder Comte hätten sich im 19. Jahrhundert mit dem Idealismus Hegel'scher Provenienz verbunden und seien über Leser wie Marx, Engels, Schmoller oder Sombart wirtschaftspolitisch wirksam geworden. Die verbreitete Sympathie für den Sozialismus führte er auf die aus dem 19. Jahrhundert herrührende Begeisterung für Natur- und Ingenieurwissenschaften zurück. Daraus habe sich eine Neigung ergeben, naturwissenschaftliche Methoden in den Geistes- und Sozialwissenschaften anzuwenden. Anstatt, wie er selbst es als die Aufgabe der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften verstand, das wirtschaftliche und soziale Geschehen als eine spontane Ordnung von unbewußtem und ungeplantem Handeln von Individuen mit beschränktem Wissen zu begreifen, neigten die Szientisten dazu, mit Hilfe positivistischer und empirischen Methoden nach übergreifenden Gesetzmäßigkeiten menschlicher Vernunft und menschlicher Geschichte zu suchen. Anstelle einer spontanen, nicht in allen Einzelheiten vorhersehbaren und planbaren Ordnung strebten sie nach einer rationalistischen Konstruktion von Gesellschaft. Dieser ingenieurhafte Konstruktivismus, so Hayeks Kritik, lasse keine Institutionen gelten, die nicht ausdrücklich als vernunftgemäß verstanden werden können, und strebe nach der Fusion von Wissen und Macht. Daher laufe er immer auf eine kollektivistische Zwangsordnung hinaus, in der die Vernunft zum politischen Willen werden muß und daher keinen Raum für individuelle Interessen und Werte lassen kann, die dieser historisch-politischen Vernunft im Wege stehen. Der Weg in eine totalitäre Ordnung, die immer mehr private, individuelle Handlungen dem Zugriff kollektiver Planung unterwirft, sei unausweichlich, wenn der Konstruktivist seine Ziele ernst nehme.

Die Zwangsläufigkeit totalitärer Herrschaft aus dem Streben nach kollektivistischer Wirtschaftsplanung bildete denn auch die zentrale These des wohl bekanntesten und provokativsten Buches von Hayek, das er 1944 „den Sozialisten in allen Parteien“ widmete: „The Road to Serfdom“⁵³. Das Buch geriet in Großbritannien, wo man zu diesem Zeitpunkt antisowjetische Meinungsäußerungen ängstlich mißbilligte, zu einem handfesten Skandal. Denn Hayek zeichnete pointiert nach, wie die allmähliche Öffnung für kollektivistische Ordnungsvorstellungen in Deutschland der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten vorangegangen war und wies mit Blick auf die Sozialpolitik oder Planungen für die Neuordnung Europas in der Nachkriegszeit nach, wie sehr sich auch in Großbritannien kollektivistisches Denken ausgebreitet habe und das Land gleichfalls den „Weg zu Knechtschaft“ eingeschlagen habe. In seiner Kritik unterschied Hayek begrifflich zwischen dem Sozialismus als einem Bündel von Idealen, denen sich viele Menschen verpflichtet fühlen, und dem Kollektivismus als Methode, die notwendigerweise angewendet werden muß, wenn man auf die Beseitigung freien Unternehmertums und Privateigentums zielt oder unter dem Banner der sozialen Gerechtigkeit

53 Ders., Der Weg zur Knechtschaft (1944), München 1994. Siehe zu den Kernthesen auch schon die Broschüre: Ders., Freedom and the Economic System, Chicago 1939.

die Eigentumsverteilung zugunsten bestimmter Gruppen beeinflussen will. Die kollektivistische Methode bedeute eine Planwirtschaft als „zentrale Lenkung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit nach einem einzigen Gesamtplan, der festlegt, wie die volkswirtschaftlichen Produktivkräfte ‚bewußt gelenkt‘ werden sollen, damit die einzelnen Ziele in einer ganz bestimmten Weise erreicht werden.“ Die Streitfrage zwischen Liberalen und Kollektivistinnen bestimmte Hayek dabei folgendermaßen: „Ist es für diesen Zweck [i.e. „die Planung des Alltagslebens“] nicht besser, wenn der Träger der Staatsgewalt sich im allgemeinen darauf beschränkt, die Bedingungen zu schaffen, die dem Wissen und der Initiative der einzelnen den größten Spielraum gewähren, so daß *diese* mit bestem Erfolg selbst planen können? Oder erfordert eine rationale Verwendung unserer Produktivkräfte eine *zentrale* Lenkung und Organisation all unserer Wirtschaftsakte nach einer bewußt ausgeführten ‚Blaupause‘?“⁵⁴

Hayek ließ in seiner liberalen Position den laissez-faire-Standpunkt hinter sich und sprach sich für ein recht breites Spektrum wettbewerbsverträglicher Staatstätigkeit aus. Als konsequenter Individualist sah er den Wesensgehalt des Individuums in der Anerkennung des einzelnen als des obersten Richters über seine Ziele und in der Überzeugung, daß der einzelne, soweit nur irgend möglich, in seinen Handlungen seinen eigenen Anschauungen folgen solle. Gemeinsames Handeln, etwa über demokratische Entscheidungen, sei auf die Gebiete zu beschränken, auf denen die Menschen sich über gemeinsame Ziele einig seien. Um so deutlicher stellte Hayek die Unvereinbarkeit von kollektivistischer Planwirtschaft und Demokratie heraus. Kollektivistische Planwirtschaft setze „das Vorhandensein eines vollständigen Moralkodex voraus, in dem alle die verschiedenen menschlichen Werte den ihnen gebührenden Platz erhalten“⁵⁵. So sei es zwar möglich, daß man sich in der Demokratie über die Methode des Kollektivismus verständige, aber es sei unmöglich, sich auf einen solch umfassenden Moralkodex zu verständigen, aus dem die Zwecke der kollektivistischen Planungsinstrumente ableitbar wären. Planwirtschaft setze mehr Übereinstimmung über Werte und Ziele voraus, als in einer Demokratie gegeben sein könnten. Sie erfordere eine feste Hierarchie der Werte und könne daher nicht demokratischer Kontrolle unterworfen werden, sondern müsse, um die Einheitlichkeit des Plans zu gewährleisten, nach einer „Ermächtigung“ streben, mit deren Hilfe sich die Planenden einer demokratischen Kontrolle entziehen. So müsse wirtschaftlicher Kollektivismus in einen politischen Totalitarismus münden, der die Setzung von Werten und Präferenzen dem einzelnen entzieht und diese Aufgabe staatlicher Macht überträgt. Sozialer Drill, Anbetung der staatlichen Macht, Abschottung nach außen, monotone Propaganda und andere Instrumente moderner Diktatur seien die politischen Folgen.

Die Unvereinbarkeit des wirtschaftlichen Kollektivismus mit der Demokratie als politischer Herrschaftsform ist Hayeks zweite zentrale These neben der älteren, durch die

⁵⁴ Ebd., S. 57 f.

⁵⁵ Ebd., S. 83.

Implosion der sozialistischen Staaten im Jahre 1989 inzwischen eindrucksvoll belegten Aussage, daß wirtschaftlicher Kollektivismus als ökonomische Ordnung unvermeidlich scheitern müsse, weil er das konstitutive Wissensproblem zentraler Planwirtschaft nicht lösen könne. Diesen Warnungen vor einem Abdriften von Demokratien in totalitäre Diktaturen durch das Aufkommen eines wirtschaftlichen Kollektivismus ließ Hayek in seinem Spätwerk Gegenentwürfe zu einer Verfassung der Freiheit folgen, die auch detaillierte Vorschläge zur Demokratiereform umfaßten.⁵⁶ Demokratie als politische Ordnung schien ihm nur sinnvoll als Pendant zu einer Ordnung individueller Freiheit in wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet.

6. Wilhelm Röpke: Kollektivismus als „Ideal der komfortablen Stallfütterung“

Wie der gleichaltrige Hayek deutete auch Wilhelm Röpke (1899-1966)⁵⁷ den Kollektivismus aus der Warte des theoretisch versierten Ökonomen, allerdings zeichnete er sich von Beginn an durch einen umfassenderen Blick aus, indem er die Wirtschaftsordnung immer als einen Bestandteil einer gesellschaftlichen und moralischen Ordnung begriff und ihre Voraussetzungen und Wirkungen „jenseits von Angebot und Nachfrage“⁵⁸ im Blick hatte.

Aus dem Krieg, den er in der Nähe Ernst Jüngers an der Westfront erlebte, kehrte Röpke als Sozialist, Pazifist und Republikaner zurück, profilierte sich allerdings während seines raschen akademischen Aufstiegs bis 1924 zum entschiedenen Freihändler. Für ihn waren der Zerfall der weltwirtschaftlichen Integration nach 1914 und der Übergang in den wirtschaftlichen Nationalismus der Zwischenkriegszeit ein unübersehbares Symptom für die Zurückdrängung liberalen Denkens und für das Aufkommen kollektivistischer Vorstellungen zur Ordnung der Wirtschaft. So wie es der Weimarer Republik an Vertrauen in die demokratische Ordnung mangelte, so fehlte ihr nach Röpkes Wahrnehmung auch das Vertrauen in die kapitalistische Ordnung. Als sich nach der Weltwirtschaftskrise die Forderungen nach endgültiger Zerschlagung und Überwindung der kapitalistischen Ordnung und der weltwirtschaftlichen Verflechtung häuften, gehörte er zu denen, die in der Konjunkturpolitik und in der Reparationspolitik verzweifelt nach Wegen suchten, das verlorene Vertrauen in die wirtschaftliche Ordnung des Kapitalismus wiederherzustellen, ihn von kollektivistischen Verfallserscheinungen wie Kartellbildung, Monopolismus und Protektionismus zu reinigen und dessen Feinden von links und rechts Einhalt zu gebieten. Dem kommunistischen Antikapitalismus trat er daher

56 Ders., Die Verfassung der Freiheit (1960), Tübingen 1971; Ders., Recht, Gesetz und Freiheit. Eine Neufassung der liberalen Grundsätze der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie (1973-1979), Tübingen 2004.

57 Zur Biographie: Hans Jörg Hennecke, Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung, Stuttgart/Zürich 2005.

58 Wilhelm Röpke, Jenseits von Angebot und Nachfrage, Erlenbach u.a. 1958.

ebenso entgegen wie dem nationalsozialistischen und völkisch-konservativen Antikapitalismus, wie er insbesondere in einer polemischen Auseinandersetzung mit dem „Tat“-Kreis um Ferdinand Fried 1931/32 unter Beweis stellte. Unter dem aufreizenden Pseudonym „Ulrich Unfried“ zeichnete er für eine Artikelserie in der Frankfurter Zeitung verantwortlich, die sich in aller Entschiedenheit gegen deren Forderungen nach Agrarprotektionismus, Autarkie, Planwirtschaft, Devisenzwangswirtschaft und staatlichem Außenwirtschaftsmonopol wandte. Er führte deren fundamentale Kapitalismus- und Globalisierungskritik als eine im Kern antiliberalen Bedrohung der westlichen Zivilisation vor. Antikapitalisten von links und rechts, so argumentierte er, begegneten sich in der Vision einer totalen Planwirtschaft, die er als ein Unbehagen an der Kultur des Westens deutete. Noch im Februar 1933 wagte er in diesem Sinne, den Nationalsozialismus in Anspielung auf den berühmten Essay José Ortega y Gasset als „Aufstand der Massen“ gegen die abendländische Zivilisation und als Rückfall in die Barbarei zu geißeln. Der fundamentale Antiliberalismus des Nationalsozialismus äußerte sich für Röpke in einem totalen Staat, der das Individuum degradiert und einen „Termitenstaat“ als neues Ideal propagierte.⁵⁹

Im Istanbuler Exil, in das sich Röpke wegen seiner offen antinationalsozialistischen Haltung bald darauf als einer von ganz wenigen „nichtarischen“ Gelehrten flüchten mußte, analysierte er das Wirtschaftssystem der Diktatur. Insbesondere in dem 1935 erschienen Artikel „Fascist Economics“ charakterisierte er die neue Wirtschaftsform und lieferte damit eine Morphologie des Faschismus, die sich gründlich von den gängigen Faschismustheorien sozialistischer Provenienz unterschied. Obwohl zu diesem Zeitpunkt der „Vierjahresplan“ mit seiner verschärften politischen Kontrolle der Wirtschaft noch nicht in Kraft war, destillierte Röpke aus den vorhandenen Tendenzen bereits das Bild eines wirtschaftspolitischen Kollektivismus mit totalitären Zügen heraus. Dem deutschen Nationalsozialismus und dem italienischen Faschismus attestierte er als erstes Charakteristikum im Unterschied zu dem mit wissenschaftlichem Anspruch auftretenden Marxismus einen ökonomischen Dadaismus, einen Mangel an rationaler Kohäsion und geradezu stolz vorgetragene Intellektuellenfeindlichkeit. Sechs weitere Prinzipien bestimmte er: erstens besitze der Faschismus wie der Marxismus ein illiberales, totalitäres Selbstverständnis, das dem Ideal des Termitenstaats huldige. Zweites strebe der Faschismus im Unterschied zum Kommunismus keinen revolutionären Wechsel der ökonomisch-sozialen Struktur der Gesellschaft an, sondern versuche, einen allgemeinen Totalitarismus mit dem individuellen Charakter der Gesellschaft zu kombinieren. In der Praxis führe dies zu einer monopolistisch-interventionistischen Gesellschaft mit Preis- und Investitionskontrollen. Dabei würden Verluste sozialisiert und der Bankrott als ökonomische Sanktionsinstanz in letzter Konsequenz durch das Konzentrationslager ersetzt. Drittens ergänzten nationalistische Außenhandelspolitik und außenpolitischer Bellizis-

59 Ders., Epochenwende?, in: Ders., Wirnis und Wahrheit. Ausgewählte Aufsätze, Erlenbach u.a. 1962, S. 106-124.

mus, viertens Militarisierung der nationalen Wirtschaft und Planwirtschaft nach militärischen Gesichtspunkten, fünftens der Primat der Politik über die Wirtschaft das Bild. Der korporatistische Staat, den Röpke als sechstes Prinzip benannte, erfüllte mehrere Funktionen: im politischen Sinne die Kontrolle der Wirtschaft, im ökonomischen Sinne die Kartellierung und Investitionskontrolle und im sozialen Sinne die Regulierung der Arbeitsbeziehungen. Dem deutschen Nationalsozialismus schrieb Röpke im Vergleich zum italienischen Faschismus einen stärkeren Romantizismus und eine ausgeprägtere Ideenarmut zu. Der ökonomische Liberalismus werde zwar voller Haß bekämpft, aber als ökonomische Theorie habe der Faschismus selbst nichts Neues zu bieten.⁶⁰

In den Folgejahren betonte Röpke wie Lippmann und später auch Hayek den engen Zusammenhang zwischen sozialistischer Wirtschaftsorganisation und politischer Diktatur und distanzierte sich ausdrücklich von westlichen Intellektuellen wie dem Ehepaar Webb, die offene Bewunderung für die ökonomischen Leistungen des Kommunismus zeigten. In prägnanten Schlagworten brachte er auf den Punkt, was den Totalstaat kommunistischer und nationalsozialistischer Spielart ausmacht: Entpersönlichung der Individuen, langweilige Monotonie, propagandistische Selbstbeweihräucherung, Seelendurchknetung, Insektendasein, geistige Dressur im Stile des sowjetischen Verhaltensforschers Pawlow, seelische Umformung und Gleichrichtung. Daß sich Kommunismus und Nationalsozialismus als Ideologien unversöhnlich gegenüberstehen, deutete er stets als einen „Familienstreit innerhalb des totalitären Sektors der Welt, in dem keine der beiden streitenden Parteien das Recht hat, die Sympathie des freien Weltsektors anzurufen.“⁶¹ Es gebe keine moderne Tyrannei, so heißt es bei Röpke im Jahre 1939, die nicht auf eine Form des Sozialismus hinausgelaufen wäre: „Alle Tyranneien von heute sind sozialistisch, und andererseits ist der Sozialismus bisher noch nirgends, es sei denn in Form der Tyrannei verwirklicht worden.“⁶² Der Sozialismus sei entgegen aller Beteuerungen der Tyrannei wesentlich zugeordnet: „Der Scharfrichter ist in der Tat für dieses Wirtschaftssystem eine ebenso wichtige Figur wie der Gerichtsvollzieher für die Marktwirtschaft.“⁶³

Schon vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sprach Röpke von einem „Weltbürgerkrieg“, der mit den begrenzten Kriegen alten Typs nur noch wenig gemein habe.⁶⁴ Ähnlich wie Lippmann war er darum bemüht, die Grundlinien eines wiederbelebten Liberalismus zu formulieren, der die Versäumnisse und Irrtümer einer bloßen laissez-faire-Haltung vermeidet.⁶⁵ Er war davon überzeugt, daß die westliche Zivilisation gegen die

60 Ders., *Fascist Economics*, in: *Economica* 7 (1935), S. 85-100.

61 Ders., *Sozialismus und politische Diktatur*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 18./19. Januar 1937.

62 Ders., *Das Zeitalter der Tyrannei* (1939), in: Ders., *Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrtenlebens*, gesammelt und hrsg. von Albert Hunold, Erlenbach u.a. 1959, S. 114-136, S. 127.

63 Ebd., S. 132. Siehe auch Ders., *Das Wirtschaftssystem der Scharfrichter*, in: *Wiener Wirtschaftswoche*, Weihnachten 1936.

64 Ders. (FN 62), S. 114-136, S. 118.

65 Ders., *Wirtschaftspolitische Strömungen der Gegenwart*, in: *Wiener Wirtschaftswoche*, 16. Januar 1935.

kollektivistisch-totalitäre Herausforderung nur verteidigt werden könne, wenn ihre inneren Widerstandskräfte gestärkt und sie gegen den Kollektivismus geistig immun gemacht werde. Das schloß für Röpke eine selbstkritische Revision von Liberalismus und Kapitalismus ein: „Die liberale Welt wird mit dem Kollektivismus und dem ihm verbundenen politischen Totalitarismus nur dann fertig werden, wenn sie in ihrer Weise mit den Problemen des Proletariats, des Großindustrialismus, des Monopolismus, der Ausbeutung und der mechanisierenden Wirkungen der kapitalistischen Produktion fertig zu werden weiß.“⁶⁶ Dem Anliegen, eine gesellschaftspolitische Utopie zu entwerfen, die einerseits Fehlentwicklungen des historischen Kapitalismus vermeidet und andererseits eine klare ordnungspolitische Alternative zur kollektivistischen Denkwelt zu bieten hat, widmete sich Röpke während des Weltkrieges in seiner Trilogie „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“, „Civitas humana“ und „Internationale Ordnung“.⁶⁷

In den letzten Kriegswochen zog er aus dieser Trilogie die politischen Konsequenzen für die Zukunft Deutschlands in dem Buch „Die deutsche Frage“⁶⁸. Röpke spürte die Gefahr, daß die meisten Neuordnungskonzepte zur Zukunft Deutschlands und Europas auf kollektivistische Lösungen hinauslaufen würden und präsentierte im Frühsommer 1945 ein deutschland- und europapolitisches Programm, das in jeder Hinsicht als Absage an kollektivistische Vorstellungen zu verstehen war. Da er davon überzeugt war, daß die Sowjetunion keiner Neuordnung Mitteleuropas zustimmen würde, die nicht zu kommunistischen Konditionen erfolgen würde, zog er schweren Herzens und sehenden Auges die Freiheit des Westens einer Einheit um jeden Preis vor. Röpkes einsame Forderungen für den Zusammenschluß der nichtkommunistischen Teile Deutschlands liefen auf einen Dreiklang hinaus, der zu diesem Zeitpunkt kaum abenteuerlicher hätte klingen können: Föderalismus, Westbindung und Marktwirtschaft. Ungeachtet der Unpopularität seiner Forderungen setzte sich Röpke in den folgenden Jahren mit unermüdlicher Vortrags- und Publikationstätigkeit dafür ein, daß es unter Hintanstellung einer Einheit um jeden Preis zu einer Gründung einer westdeutschen Föderation mit einer ordnungspolitischen Grundsatzentscheidung zugunsten der Marktwirtschaft und einer sicherheitspolitischen und moralischen Integration nach Westen kommen werde, und erwarb sich damit mehr als jeder andere den Anspruch auf die „geistige Vaterschaft“⁶⁹ der jungen Bundesrepublik.

Als Ökonom wandte er sich insbesondere gegen die populäre, in allen Parteien grassierende Vorstellung, die richtige Antwort auf den Nationalsozialismus stelle der Übergang in eine demokratische Planwirtschaft dar. Röpke wurde nicht müde, darauf hinzu-

66 Ders., Die wirtschaftliche Zukunft nach dem Krieg, in: Neue Zürcher Zeitung, 4. Dezember 1939.

67 Ders., Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach u.a. 1942; Ders., Civitas humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Erlenbach u.a. 1944; Ders., Internationale Ordnung, Erlenbach u.a. 1945.

68 Ders., Die deutsche Frage, Erlenbach/Zürich 1945.

69 Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, Neuwied/Berlin 1966, S. 393.

weisen, daß der Nationalsozialismus ein kollektivistisches Wirtschaftssystem par excellence gewesen sei, daß dieses Wirtschaftssystem der Rationierungen, der Preiskontrollen und der Devisenzwangswirtschaft über das Ende des Krieges hinaus von den Alliierten fortgeführt worden sei und daß es nun gleichsam im Verwesungszustand zu beobachten sei. Nichts sei törichter als die Hoffnung, die ökonomische und moralische Zerrüttung durch eine noch konsequentere Variante des Kollektivismus, etwa durch noch stärkere Zwangsmaßnahmen der Bewirtschaftung, durch räumliche Ausdehnung der Zwangswirtschaft oder durch Verstaatlichung von Bergbau und Schlüsselindustrien, beheben zu können. Als aussichtslose Ausweichversuche wies Röpke in den Nachkriegsjahren angesichts des offenkundigen Versagens der totalitären Planwirtschaft die vielfältigen Versuche zurück, dem Kollektivismus seine totalitäre Konsequenz durch genossenschaftliche oder korporatistische Formen zu nehmen und ihn als freiheitlichen oder demokratischen Kollektivismus zu etablieren. Insbesondere das Argument, man müsse in den westlichen Ländern dem Kollektivismus Zugeständnisse machen, um ein Bollwerk gegen den Kommunismus zu errichten, ließ Röpke nicht gelten, sondern sah in ihnen Symptome für die geistige Krise des Kollektivismus. Die Auseinandersetzung um die wirtschaftspolitischen Grundsätze in Deutschland, in Europa und im Westen insgesamt sah er als Teil einer geistig-moralischen Auseinandersetzung, in der nach dem Aufstieg und Fall des Nationalsozialismus die Hauptgegnerin mehr denn je das Mutterland des Kollektivismus, die Sowjetunion, war.⁷⁰ Und in aller Schärfe stellte Röpke die gemeinsamen Merkmale der politischen Herrschaftsapparate in totalitären Systemen heraus, von denen wirtschaftlicher Kollektivismus begleitet wird: erstens die Unterordnung unter einen charismatischen Führer, zweitens Gewaltherrschaft nicht als Übergangssituation für Notlagen, sondern als normale, auf Dauer angelegte Staatsform, drittens eine hierarchische, das gesamte politische Leben monopolisierende und sich mit dem Staat identifizierende Partei, viertens marktschreierische Selbstreklame und fünftens das andauernde, ruhelose In-Bewegung-Halten der Massen.⁷¹ Auf dieser Grundlage focht Röpke nicht nur gegen Ansätze des demokratischen Sozialismus, sondern später auch gegen die von Keynes und Galbraith stimulierten Vorstellungen wohlfahrtsstaatlicher Steuerung. An der Seite Ludwig Erhards kämpfte er für die Wirtschafts- und Währungsreform von 1948 und stemmte sich wie dieser gegen den allmählichen ordnungspolitischen Verfall der Sozialen Marktwirtschaft, wie er etwa in der Ausdehnung kollektivierter Zwangsvorsorge zulasten der Eigen- und Gruppenvorsorge bereits unter Adenauer zum Ausdruck kam und sich seither in der Sozialpolitik der großen Umlagesysteme allmählich ausbreitete.⁷²

70 Wilhelm Röpke, *Die Krise des Kollektivismus*, München 1947.

71 Ders., *Die Soziologie des Totalitarismus*, in: *Der Tagesspiegel*, 20. Juli 1947.

72 Ders., *Der Eintopf als Dogma. Der Wohlfahrtsstaat als Ende der Wohlfahrt*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26. Oktober 1957.

7. Der heuristische Nutzen des Kollektivismusbegriffs in der Totalitarismus- und Extremismusforschung

Die Beispiele von Lippmann, Hayek und Röpke illustrieren, daß die Geschichte des 20. Jahrhunderts auch als Geschichte der Auseinandersetzung zwischen individualistischen und kollektivistischen Ordnungsentwürfen in den modernen Massengesellschaften verstanden werden kann und muß. Die großen totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts waren Versuche, Wirtschaft und Gesellschaft unter Zurückdrängung individualistisch-freiheitlicher Prinzipien kollektivistisch und durch Intensivierung staatlichen Zwangs zu ordnen. Diese Ideologien fielen nicht vom Himmel, sondern waren die am meisten übersteigerten Ausdrucksformen einer kollektivistischen Herausforderung, von der nahezu alle westlichen Gesellschaften mehr oder weniger stark erfaßt wurden: die bis weit in die politische Mitte hinein Wurzeln schlagende Hoffnung, mit Hilfe kollektivistischer Planung und Steuerung von Gesellschaften bestimmte Werte zu verwirklichen, ging dem Aufstieg totalitärer Bewegungen stets voraus. Wo totalitäre Herrschaft nicht wie in weiten Teilen Ostmitteleuropas Folge einer militärischen Expansion war, etablierte sie sich durch innere Machtaneignung in Gesellschaften, deren tendenziell freiheitlich-individualistische Ordnungsprinzipien bereits von präkollektivistischen Zuständen abgelöst worden waren.

So war die Politisierung der Wirtschafts- und Sozialordnung eine herausragende Tendenz des 20. Jahrhunderts, die sich mit dem Untergang der großen totalitären Herrschaften keineswegs historisch erledigt hat, sondern die für freiheitlich-demokratische Verfassungsstaaten eine ständige Quelle der Selbstgefährdung bleibt. Marktwirtschaft und Demokratie haben sich immer wieder anfällig gezeigt für kollektivistische Deformation und bedürfen daher einer politischen und wirtschaftlichen Ordnungspolitik, die Demokratie und Freiheit sowohl nach außen als auch nach innen sichern. Dabei hat sich in den letzten Jahrzehnten eine erhebliche Anfälligkeit für wirtschaftlichen Kollektivismus gezeigt, die sich nicht zuletzt als ein großes Einfallstor für politischen Extremismus in seinem Werben um politische Akzeptanz entpuppt.

Das Verständnis der freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaaten und ihrer extremistischen und totalitären Gegenentwürfe bleibt unvollständig, wenn sie nicht die wirtschaftliche Ordnungsfrage als gleichrangig neben der politischen Ordnungsfrage berücksichtigt. Politischer und wirtschaftlicher Kollektivismus sind zwei Seiten einer Medaille und bedingen einander. Sowohl der politische als auch der wirtschaftliche Kollektivist gehen davon aus, daß der Mensch möglichst umfassend staatlichem Zwang unterworfen werden muß und daß ihm kein Recht auf Selbstgestaltung individuellen Glücks zusteht. Nur als anonymer Teil der Gesamtheit, nur als gehorsamer Untertan der staatlichen Gewalt, nur als verfügbares Objekt zentraler Planung findet er seine Bestimmung. Der Kollektivist schürt die Angst vor der Freiheit und untergräbt damit die Grundlagen einer Offenen Gesellschaft, die lediglich auf der Grundlage von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung bestehen kann. Der Begriff des wirtschaftlichen Kollektivismus liefert daher wichtige Impulse für die Debatten um Totalitarismus und Extremismus:

Erstens: Die Dimension des wirtschaftlichen Kollektivismus wirft ein besonderes Licht auf die Frage nach den intellektuellen und soziologischen Ursachen der totalitären Bewegungen und Herrschaftsformen. Die Deutungsansätze zum Kollektivismus lassen erkennbarer werden, daß die totalitären Systeme keine intellektuellen Inseln oder Betriebsunfälle der Geschichte des 20. Jahrhunderts waren, sondern Ausdruck geistiger Umorientierungen, deren Ursprünge in bestimmten Traditionen der Aufklärung und in wissenschaftlichen Neuschöpfungen des 19. Jahrhunderts lagen.

Zweitens: Wirtschaftliche Aspekte des Totalitarismus können mit dem Kollektivismusbegriff als wesentliches Merkmal der Herrschaftsapparate wie der ihnen zugrundeliegenden Ideologien erkannt werden. Totalitäre Herrschaft strebt wirtschaftlichen Kollektivismus entweder als Selbstzweck an oder bedarf seiner wenigstens zur Verwirklichung nichtwirtschaftlicher Ziele. Daß das 20. Jahrhundert etliche Grenzgänger zwischen verfeindeten Ideologien wie Kommunismus, Sozialismus, Faschismus oder Nationalsozialismus hervorgebracht hat und diese Bewegungen sich oft untereinander rekrutierten, verblüfft weniger, wenn man sich den kollektivistischen, antiliberalen Grundkonsens dieser Bewegungen und die daraus abzuleitende Ähnlichkeit der Herrschaftsmethode vor Augen hält.

Drittens: Die stärkere Integration wirtschaftlicher Aspekte in den Totalitarismus-Begriff verleiht diesem mehr Präzision und Deutlichkeit und schafft Raum für notwendige Differenzierungen. Offenbar unterschieden sich Kommunismus und Nationalsozialismus hinsichtlich ihres revolutionären Ehrgeizes zur Kollektivierung der Wirtschaft. Die kommunistische Ideologie beruhte wie all ihre Ableger auf einer ausdifferenzierten und anspruchsvollen Wirtschaftstheorie, für die Politisierung und Militarisierung der Wirtschaft Selbstzwecke waren. Demgegenüber verstand sich weder die nationalsozialistische noch die faschistische Ideologie als eine ökonomische Theorie der Gesellschaft. Insbesondere der deutsche Nationalsozialismus hat keine ernstzunehmende Wirtschaftstheorie hervorgebracht. Der wirtschaftliche Kollektivismus in Deutschland und Italien war nicht zuletzt Folge der Ausrichtung auf expansionistische Ziele in der Außenpolitik. Während der Kommunismus die Auflösung des Privateigentums und die Ausrottung der Eigentümer erstrebte und die Kollektivierung des Eigentums als Voraussetzung für die planvolle Lenkung der Wirtschaft ansah, blieb das Eigentum, von rassistisch motivierter Enteignungspolitik abgesehen, im italienischen Faschismus und im deutschen Nationalsozialismus formell weitgehend erhalten, auch wenn dessen Verfügbarkeit durch politische Interventionen zunehmend beschränkt wurde.

Viertens: Die Unterscheidung zwischen dem rationalistischen und szientistischen Kollektivismus des Kommunismus einerseits und dem romantizistischen und antiintellektualistischen Kollektivismus des Nationalsozialismus setzt sich in aktuellen Kollektivismen des Links- und Rechtsextremismus prinzipiell fort: auch hier findet sich der wirtschaftliche Kollektivismus einerseits als mit wissenschaftlicher Konsequenz systematisierte Weltanschauung und andererseits als aus verschiedenen ideologischen Veratzstücken zusammengezimmerter Parolen von theoretischer Beschränktheit. Auf beiden Seiten knüpfen die Argumente argumentativ an die Spielarten des Antikapitalismus

der zwanziger Jahre an. Deutlich wird dies insbesondere in der Auseinandersetzung mit der Globalisierung: Während Linkskollektivistinnen in ihrer Kapitalismuskritik auf eine Internationalisierung, Europäisierung und Globalisierung von Verteilungspolitik und Beschränkungen wirtschaftlicher Freiheit setzen, mithin einen konstruktivistischen Gegenentwurf zu marktwirtschaftlichen Globalisierung zu formulieren versuchen, setzen Rechtskollektivistinnen wie beispielsweise die NPD auf romantisierende Vorstellungen einer „raumbezogenen Wirtschaft“. Während Linkskollektivistinnen mit universalistischem Anspruch die marktwirtschaftliche Freiheit überwinden möchten, werden bei Rechtskollektivistinnen ethnozentrische Vorstellungen zur Begründung von antikapitalistischen und antifreihändlerischen Forderungen herangezogen. Die politischen Antworten mögen sich in mancher Hinsicht unterscheiden, aber gemeinsam ist ihnen das Plädoyer für kollektivistische Lösungen, bei denen die Freiheit des einzelnen zugunsten der staatlichen Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung eingeschränkt wird. Beiden Varianten dieses kollektivistischen Weltbildes liegt die Vorstellung zugrunde, als könne und müsse der Staat gegenüber den anonymen Mächten der wirtschaftlichen Freiheit durch umfassende Kontrolle und durch weitreichende Eingriffs- oder gar Verstaatlichungsbefugnisse die konkreten Ergebnisse wirtschaftlichen Handelns planvoll herbeiführen. Beide Konzeptionen laufen auf Varianten sozialistischer Wirtschaftsorganisation hinaus und begegnen sich in ihrem Illiberalismus. Nichts ist daher irreführender und zugleich entlarvender als die Bemühungen linker „Antifaschisten“, Rechtsextremismus mit Neoliberalismus in Verbindung zu bringen, um damit einerseits den eigenen Antiliberalismus ideologisch zu legitimieren und andererseits den gemeinsamen kollektivistischen Nenner von Rechts- und Linksextremismus zu verleugnen.

Fünftens: Die Einbeziehung des wirtschaftlichen Kollektivismus wirkt auch einer argumentativen Angreifbarkeit des Extremismusbegriffs entgegen. Dieser geriet bisweilen in Erklärungsnot und unter Ideologieverdacht, wenn er auf Bewegungen oder Parteien angewendet wurde, die sich in formeller Hinsicht zu Demokratie und Menschenrechten bekennen, ja diese sogar mit geradezu „basisdemokratischer“ Konsequenz praktizieren. Berücksichtigt man hingegen den wirtschaftlichen Kollektivismus als Dimension des Extremismus, so wird die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß die Frage nach der Anerkennung und Praktizierung demokratischer Entscheidungsregeln zwar ein unverzichtbares Kriterium für Identifizierung extremistischer Ideologien, Bewegungen und Parteien ist, daß man aber im selben Maße auch deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen im Blick haben muß. Das extremistische Gefährdungspotential für eine freiheitliche und demokratische Ordnung erwächst mindestens im selben Maße aus kollektivistischen Ordnungsvorstellungen für Wirtschaft und Gesellschaft wie aus der Nichtanerkennung demokratischer Entscheidungsregeln.

Sechstens: Insbesondere wird mit Hilfe des Kollektivismusbegriffs verdeutlicht, daß der politische Erfolg extremistischer Gruppierungen (mit dem Fernziel einer totalitären Herrschaft) mit deren populären Forderungen nach wirtschafts- und sozialpolitischer Kollektivierung zusammenhängt. Extremistische Bewegungen und Parteien, die über den harten Kern ideologischer Gefolgschaft hinaus als Wählerparteien reüssieren wol-

len, rücken kollektivistische Forderungen nach Politisierung der Wirtschafts- und Sozialordnung in den Vordergrund, um durch Anbindung von Protestpotential salonfähig zu werden. Extremistische Bewegungen und Parteien reklamieren die Verantwortung für soziale Gerechtigkeit für sich, wobei der Bezugsrahmen der Forderungen teils universalistisch-internationalistisch, teils nationalistisch-ethnozentristisch gesetzt wird. Daß etwa links- oder rechtsextremistische Parteien gerade in Ostdeutschland so großen Zulauf haben, hat damit zu tun, daß dort dezentrale Institutionen und Werte einer Offenen Gesellschaft über Jahrzehnte hinweg zerstört und verkümmert sind, unverändert hohe Erwartungen an staatliche Verantwortung für Wohlstand und Sicherheit bestehen und wirtschaftliche Freiheit vielfach als bedrohlich empfunden wird.

Siebtens: So läßt die Unterscheidung von Individualismus und Kollektivismus auch das erforderliche Selbstverständnis der Offenen Gesellschaft deutlicher hervortreten. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung kann sich nicht in der Definition demokratischer Regeln erschöpfen, sondern muß neben der Frage nach der partizipatorischen Freiheit auch die Frage nach der negativen Freiheit des einzelnen hinreichend beantworten und sich als Ordnung zum Zwecke der Sicherung individueller Freiheit begreifen. Es ist dies die kulturelle Leistung des westlichen Verfassungsstaates, die freilich vor Selbstgefährdungen und äußeren Bedrohungen nicht gefeit ist. Wo eine wirtschaftliche Ordnung bereits kollektivistische Züge angenommen hat und sich die geistige Situation einer Gesellschaft für kollektivistische Ordnungsvorstellungen geöffnet hat, sind die Abwehrkräfte gegen extremistische Bewegungen geschwächt.

Achtens: Der Kollektivismusbegriff vermittelt daher auch der politischen Bildung eine besondere Orientierung: Eine demokratische Gesellschaft ist gefährdet, wenn sie bei der „Erziehung zur Freiheit“⁷³ in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht versagt und eine geistige Stimmung hervorbringt, in der, um mit Salvador de Madariaga zu sprechen, „Angst vor der Freiheit“ vorherrscht und die Individuen dazu neigen, „Spiegel und Schinken ihrer Freiheit vorzuziehen.“⁷⁴ Wo Freiheit und Offenheit als Bedrohung wahrgenommen werden sowie Unsicherheit und Statusängste grassieren, fällt politischer Extremismus mit seinen Verheißungen von kollektivistischer Geborgenheit auf fruchtbaren Boden. Freiheit ist immer auch eine unbequeme Zumutung an die Selbstverantwortung des einzelnen, von der kollektivistische Ideologien, z.B. in Gestalt von Antikapitalismus oder Globalisierungsfeindlichkeit, auf trügerische Weise Entlastung versprechen.

73 Albert Hunold (Hrsg.), *Erziehung zur Freiheit*, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1959.

74 Salvador de Madariaga, *Von der Angst vor der Freiheit. Bekenntnisse eines revolutionären Liberalen*, Bern 1959, S. 15.

Daten, Dokumente, Dossiers

Wahlen 2005

Von Eckhard Jesse

1. Ausgangsposition

Zu Anfang 2005 war nicht annähernd die Bedeutung des Wahljahres absehbar. Und selbst nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein deutete nichts auf eine Sensation hin. Denn durch die Bildung der großen Koalition im Land stand fest, daß die Union auch bei einem nordrhein-westfälischen Wahlsieg im Bundesrat nicht über eine Zweidrittelmehrheit verfügen werde. Doch am 22. Mai 2005, am Tag der nordrhein-westfälischen Landtagswahl, überschlugen sich die Ereignisse. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Parteivorsitzender Franz Müntefering traten die Flucht nach vorn an und machten sich für Neuwahlen im Bund stark. Mit der Niederlage in Nordrhein-Westfalen ging die letzte rot-grüne Koalition zu Ende. Am Wahlabend waren die weitreichenden Konsequenzen für das Parteienspektrum am linken Rand noch nicht erkennbar.

Im Jahr 2004 hatte sich die SPD, trotz des Einbruchs bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, ein wenig erholt. In Sachsen mußte die CDU mit ihr eine Koalition eingehen, nicht zuletzt deshalb, weil die militante Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) in das Landesparlament eingezogen war.¹ Viele Beobachter fragten sich, ob dies der Beginn einer Erfolgsserie der NPD wie in den sechziger Jahren sei. Würde die Partei den Republikanern (REP) den Rang ablaufen? Da die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) 2004 bei allen drei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern klar den zweiten Platz eingenommen hatte, lag die Frage nahe, ob sie in den alten Bundesländern wenigstens teilweise von der Anti-Hartz IV-Stimmung würde profitieren können. Oder sollte mit der zu Beginn des Jahres 2005 als Partei gebildeten Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) eine andere linke Gruppierung davon Vorteile haben? Welche Konsequenzen würden damit für die PDS verbunden sein?²

2. Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 20. Februar 2005 endete mit einem Patt. Weder konnte rot-grün die Mehrheit behaupten noch schwarz-gelb eine solche gewin-

1 Vgl. Eckhard Jesse, Wahlen 2004, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 17, Baden-Baden 2005, S. 95-107.

2 Vgl. dazu den Beitrag von Uwe Backes, Organisationen 2005, in diesem Band.

nen. Schwarz-gelb besaß zwar ein Mandat mehr als rot-grün, doch gaben die zwei Mandate für den Südschleswigschen Wählerverband (SSW) den Ausschlag – so dachte man. Der SSW wollte die bisherige rot-grüne Regierung bei der Wahl von Heide Simonis unterstützen. Allerdings erreichte die Ministerpräsidentin in keinem der vier Wahlgänge die nötige Mehrheit. Es fehlte ihr jeweils eine Stimme. Sie kam wie Peter Harry Carstensen, ihr Konkurrent von der CDU, auf 35 Stimmen. Die verbitterte Heide Simonis trat dann nicht mehr an. Die Folge dieses Patts war eine große Koalition unter der Ägide Carstensens.³

Tabelle 1: Landtagswahl Schleswig Holstein (Stimmen in Prozent)*

CDU	40,2	(+ 5,0)
SPD	38,7	(- 4,4)
Bündnis 90/Grüne	6,2	(0,0)
FDP	6,6	(- 1,0)
SSW	3,6	(- 0,5)
PDS	0,8	(- 0,6)
NPD	1,9	(+ 0,9)
GRAUE	0,5	(+ 0,2)
PBC	0,2	(0,0)
DKP	0,1	(-)
DSP	0,2	(-)
FAMILIE	0,8	(-)
Offensive D	0,1	(-)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl 2000 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

Wahlforschern standen mit Blick auf einen Erfolg von rechtsextremistischen Parteien die historischen Erfahrungen vor Augen. Wie der deutsch-amerikanische Soziologe Rudolf Heberle gezeigt hat⁴, bildete Schleswig-Holstein eine frühe Hochburg der Nationalsozialisten. Die protestantisch geprägte Landbevölkerung lief beizeiten zu ihnen über. Da wahldeterminierende Faktoren wie die Bindung an die Kirche und die Arbeiterschaft in Schleswig-Holstein eine geringere Rolle als in anderen Ländern spielen, ist die Parteiidentifikation hier unterentwickelt, die Wählermobilität größer. Obwohl nach dem Zweiten Weltkrieg Schleswig-Holstein ein „Flüchtlingsland“ war, konnte der parteipolitische Rechtsextremismus wegen der Stärke des Blocks der Heimatvertriebenen

3 Vgl. für Einzelheiten Thomas Saretzki/Ralf Tils, Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 20. Februar 2005: Geheime Stimmverweigerung für Ministerpräsidentin Heide Simonis erzwingt Große Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006), S. 145-163.

4 Vgl. Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932, Stuttgart 1963.

(1950: 23,4 Prozent) und der Deutschen Partei (1950: 9,6 Prozent), die sich vor allem an die Einheimischen gewandt hatte, nicht von den demographischen Umwälzungen profitieren. Im Zuge der Erfolge des parteipolitischen Nationalismus in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zog die NPD 1967 mit 5,8 Prozent in das schleswig-holsteinische Landesparlament ein. Danach fiel die Partei in die Bedeutungslosigkeit, obwohl ein Ergebnis von 1,2 Prozent bei den Wahlen 1988 das zweitbeste der NPD in den achtziger Jahren war. 1992 zog die Deutsche Volksunion (DVU) unter ihrem Spitzenkandidaten Ingo Stawitz mit 6,3 Prozent in das Landesparlament ein, wandte sich allerdings bald von dem Münchner Vorsitzenden Gerhard Frey ab und bildete ab 1993 eine Fraktion der Deutschen Liga für Volk und Heimat. Während diese bei der nächsten Wahl nur auf 0,2 Prozent kam, erhielt die DVU immerhin 4,3 Prozent.

Als einzige Partei aus dem Rechtsaußenspektrum kandidierte 2005 die NPD.⁵ Kein anderes westdeutsches Flächenland wies mit fast 13 Prozent eine so hohe Arbeitslosenquote wie Schleswig-Holstein auf; und auch bei der Pro-Kopf-Verschuldung bildete das Land das Schlußlicht. Angesichts des sensationell guten Abschneidens der NPD in Sachsen (2004) galt daher die besondere Aufmerksamkeit dieser Partei. Regionale Themen spielten für die NPD keine Rolle, wohl aber diejenigen, die in Sachsen so gut verfangen („Quittung für Hartz IV“; „Schnauze voll – jetzt NPD“). Sie setzte auf Sozialpopulismus, weniger auf Ausländerfeindlichkeit. Die polarisierende Auseinandersetzung zwischen rot-grün und schwarz-gelb schwächte die Partei ebenso wie das oppositionelle Wirken der CDU im nördlichsten Bundesland. Außerdem ist ein westdeutsches Bundesland für Erfolge der NPD deutlich weniger anfällig. Die Landespartei besaß aufgrund von Grabenkämpfen keine 150 Mitglieder, bot ein desolates Erscheinungsbild (mit vorbestraften und überforderten Kandidaten auf der Landesliste). Ihr fehlte im hohen Norden ein ansprechbares größeres Milieu. Trotzdem schnitt sie mit 1,9 Prozent der Stimmen besser als im Jahr 2000 ab.⁶ Für damalige Verhältnisse waren die 1,0 Prozent – sie hatte damit die Marke für die Parteienfinanzierung erreicht – ein gutes Ergebnis.

Bei der PDS („Sozial mit aller Kraft“) war es umgekehrt. Hatte sie bei der letzten Landtagswahl mit 1,4 Prozent für ihre Verhältnisse gut abgeschnitten, so kam sie diesmal trotz der sie begünstigenden Stimmung gegen Hartz IV nur auf 0,8 Prozent. Im Wahlkampf äußerte sie sich insbesondere zu Hartz IV („Armselig!“), zur Bildungspolitik („Von der Kita bis zur Uni – beitragsfrei!“) und zum Kampf gegen „rechts“ („Schöner leben ohne Nazis!“). Die PDS stellte vor allem auf das schlechte Abschneiden der SPD ab, das nach Bodo Ramelow, dem Bundeswahlkampfleiter der Partei, ein „klares

5 Gemäß dem „Deutschland-Pakt“ vom 15. Januar 2005 haben NPD und DVU beschlossen, bis zum Jahr 2009 nicht mehr gegeneinander anzutreten.

6 Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik sind weder für die NPD noch die PDS heranzuziehen, da wegen der geringen Prozentsätze die Angaben für die beiden Parteien nicht gesondert ausgewiesen wurden.

Signal gegen die unsoziale Politik des Kanzlers⁷ war, weniger auf das eigene dürftige Ergebnis. Die PDS habe einen „engagierten, aufopferungsvollen Wahlkampf geführt, stand aber unter komplizierten wahlrechtlichen, medialen und personellen Bedingungen vor zu hohen Hürden.“⁸ Für den Landesvorstand der PDS verhinderten die von der Partei landesweit unterstützten Proteste und Plakat- wie Flyer-Aktionen „gegen neofaschistische Aufmärsche“⁹ den Einzug der NPD in den Landtag. Tatsächlich trug ihre Kandidatur zum schlechten Abschneiden der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) bei. Deren Zählkandidatur brachte 0,1 Prozent der Stimmen. Harald Pätzolt, Mitarbeiter im Referat Grundsatzfragen beim Parteivorstand der PDS, sah die Gründe für den Rückgang der PDS-Stimmen selbstkritisch zum einen in hausgemachten Problemen (mangelnde kommunalpolitische Verankerung des Landesverbandes), zum andern in der „ungebrochenen Bindekraft der beiden großen Parteien, wenn sie denn einmal wirklich mit konträren Konzepten in die politische Auseinandersetzung gehen.“¹⁰

3. Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Die Landtagswahl am 22. Mai 2005 im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen warf ihre Schatten voraus. Während für schwarz-gelb das Ende der letzten rot-grünen Koalition als Vorbote des Endes der Koalition im Bunde firmierte, wollten Sozialdemokraten und Grüne eine bundespolitische Trendumkehr einleiten und die letzte rot-grüne Koalition auf Bundesebene bewahren. Einigkeit herrschte weithin in dem folgenden Punkt: Zwar sei der Ausgang dieser Wahl von großer Tragweite für alle politischen Kräfte, doch stünde eine Neuwahl im Bund nicht an. Die Koalition lag nach den Ermittlungen der Meinungsforschung deutlich hinten. Der Verdruss mit der Politik der Bundesregierung war groß, ein Stimmungswechsel zur Umkehr der Wechselstimmung blieb aus. Die negative Wahrnehmung der politischen und wirtschaftlichen Situation wurde der Hauptregierungspartei im Bund und im Land zum Verhängnis. CDU und FDP lösten SPD und Grüne von der Regierung ab.¹¹ Mit Rüttgers übernahm nach 39 Jahren das erste Mal wieder eine Person aus den Reihen der CDU das Amt des Regierungschefs. Doch sprach am Wahlabend von Jürgen Rüttgers kaum einer. Bundeskanzler Schröder hatte ihm mit seiner Neuwahlankündigung die Show gestohlen.

7 Bodo Ramelow, Rot-grün hat keine Mehrheit, schwarz-gelb ist keine Alternative, in: Pressedienst PDS, Nr. 8 v. 28. Februar 2005, S. 1.

8 Ebd.

9 PDS Schleswig-Holstein zum Wahlausgang, in: PDS Pressedienst, Nr. 9 v. 4. März 2005, S. 5.

10 Harald Pätzolt, Nach der Landtagswahl ist vor der Landtagswahl. Eine erste Analyse zum Urmengang in Schleswig-Holstein – und ein Blick voraus, in: Disput, Nr. 3/2005, S. 19.

11 Vgl. Ursula Feist/Hans-Jürgen Hoffmann, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 22. Mai 2005: Schwarz-gelb löst rot-grün ab, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006), S. 163-182.

Wahlen 2005

Tabelle 2: Landtagswahl Nordrhein-Westfalen (Stimmen in Prozent)*

CDU	44,8	(+ 7,9)
SPD	37,1	(- 5,7)
Bündnis 90/Grüne	6,2	(- 0,9)
FDP	6,2	(- 3,7)
NPD	0,9	(+ 0,9)
PDS	0,9	(- 0,2)
REP	0,8	(- 0,3)
GRAUE	0,2	(-)
ödp	0,2	(+ 0,2)
BüSo	0,1	(0,0)
Die Tierschutzpartei	0,1	(0,0)
FAMILIE	0,1	(0,0)
PBC	0,1	(0,0)
UNABH. BÜRGER	0,1	(- 0,2)
AMP	0,0	(-)
BGD	0,0	(0,0)
Die PARTEI	0,0	(-)
LD	0,0	(-)
Offensive D	0,0	(-)
ÖkoLi	0,0	(0,0)
UAP	0,0	(0,0)
UNABH. KANDIDATEN	0,0	(-)
ZENTRUM	0,0	(-)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl 2000 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

Die SPD befürchtete, nicht nur Stimmen an die CDU abgeben zu müssen, sondern auch an die neue WASG am linken Flügel. Die im Januar 2005 als Partei ins Leben gerufene WASG, die 14 Tage vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl ihren ersten Parteitag abgehalten hatte, zog massiv gegen „Neoliberalismus“ zu Felde, befürwortete einen gesetzlichen Mindestlohn und kürzere Arbeitszeiten. Bei der WASG, der es an bekannten Namen fehlte, dominierten von der SPD enttäuschte linke Gewerkschafter. Trotzistische Gruppierungen („Sozialistische Alternative“ und „Linksruck“) suchten mit ihrer Strategie des Entrismus die Partei, die Kommunisten ausdrücklich in ihren Reihen begrüßte, regelrecht zu unterwandern. Hieß es bei der WASG „eine andere Politik ist möglich“, tauschte die PDS „andere“ durch „bessere“ aus. Direkte Bezugnahme auf die linke Konkurrenz vermieden die Postkommunisten. Gelang es der WASG in allen 128 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen, schaffte dies die PDS nur in 116 (notwendig waren dafür 100 Unterstützerunterschriften pro Wahlkreis). Die Teilnahme in

möglichst vielen Wahlkreisen war deshalb wichtig, weil die Wähler in Nordrhein-Westfalen bloß eine Stimme besitzen, die für den Wahlkreisbewerber und seine Partei gleichermaßen zählt. Da die Gruppierungen ihre mangelnde Attraktivität kannten, stellten sie maßgeblich auf „Protest“ ab, vornehmlich gegen die Hartz IV-Gesetzgebung.

Die PDS präsentierte neun Schwerpunkte, wobei die ersten drei deutlich im Vordergrund standen: 1. „Armut bekämpfen – Daseinsvorsorge erhalten“; 2. „Aktive Beschäftigungspolitik“; 3. „Von Arbeit muß man leben können“; 4. „Bildung für alle – eine Schule für alle!“; 5. „Solidarische und nachhaltige Landesentwicklung“; 6. „Kultur ist keine Ware – Teilhabe für alle sichern“; 7. „Umwelt und Verkehr sind Fragen der Lebensqualität“; 8. „Interkultureller Dialog statt Ausgrenzung“; 9. „Für Transparenz und Demokratie“.¹²

Während die WASG immerhin 2,2 Prozent erhielt (vor allem von ehemaligen SPD-Wählern), scheiterten die anderen Parteien an der für die Wahlkampfkostenerstattung wichtigen Hürde von einem Prozent. PDS und NPD erzielten jeweils 0,9 Prozent der Stimmen. Die REP kamen auf 0,8 Prozent. Die repräsentative Wahlstatistik verzeichnete aufschlußreiche Unterschiede und ebenso Parallelen zwischen den Parteien. Bei allen dominierten Männer, wobei die Differenzen bei der NPD besonders kraß waren (Männer: 1,4 Prozent; Frauen: 0,5 Prozent) und bei der WASG am geringsten ausfielen (Männer: 2,2 Prozent; Frauen: 1,9 Prozent).¹³ Daß die Wählerschaft der WASG, die sich zum guten Teil aus SPD-Wählern rekrutierte, weniger vom Durchschnitt abwich, zeigte sich auch bei der Zusammensetzung der Altersstruktur. WASG und NPD stellten erneut die Pole dar. Die NPD erzielte bei den 18- bis 24jährigen 3,1 Prozent (WASG: 1,6 Prozent), bei den 25- bis 34jährigen 1,5 Prozent (WASG: 2,2 Prozent), bei den 35- bis 44-jährigen 0,9 Prozent (WASG: 2,5 Prozent), bei den 45- bis 59jährigen 0,8 Prozent (WASG: 2,7 Prozent) und den ab 60jährigen 0,6 Prozent (WASG: 1,3 Prozent).¹⁴ Die NPD war damit in der jüngsten Altersgruppe doppelt so stark wie die WASG, diese dagegen in der ältesten doppelt so stark wie die NPD. Die Wählerschaft der REP und der PDS ist nicht so jung wie die der NPD, aber deutlich jünger als die der WASG. Die Wählerschaft von PDS und REP ist im Durchschnitt ebenfalls jünger, jedoch bei weitem nicht so jung wie die der NPD.¹⁵

12 Die Schwerpunkte sind abgedruckt in: Disput, Nr. 2/2005, S. 33.

13 Die Angaben für die PDS und die REP (in Klammern) lauten wie folgt: Männer: 1,1 Prozent (1,1 Prozent), Frauen: 0,7 Prozent (0,5 Prozent). Vgl. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Landtagswahl 2005, Heft 5: Ergebnisse nach Alter und Geschlecht in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2005, S. 22. Die Abweichungen der repräsentativen Wahlstatistik zum amtlichen Endergebnis sind nur minimal.

14 Vgl. ebd., S. 22.

15 Die Angaben für die PDS und die REP (in Klammern) lauten wie folgt: 18 bis 24 Jahre: 1,1 Prozent (1,1 Prozent); 25 bis 34 Jahre: 1,1 Prozent (1,3 Prozent); 35 bis 44 Jahre: 1,1 Prozent (1,1 Prozent); 45 bis 59 Jahre: 1,1 Prozent (0,8 Prozent); ab 60 Jahre: 0,6 Prozent (0,5 Prozent).

Die PDS kommentierte weniger ihr mageres Ergebnis als vielmehr das „Desaster“ für die SPD. „Die Sozialabbau-Politik der Bundesregierung, von der Landesregierung aktiv mitgetragen, hat die Wählerinnen und Wähler frustriert und erzürnt.“¹⁶ Das eigene schwache Abschneiden erklärte der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Paul Schäfer mit dem Antreten der WASG: „Für diejenigen, die ein Zeichen des Widerspruchs zur Politik des Sozialabbaus aussenden wollten, erschien die erstmals kandidierende ‚Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit‘ als aussichtsreicher Bewerber.“¹⁷ Die Gründe, warum die WASG als „aussichtsreicher“ galt, kamen nicht zur Sprache. Hingegen hieß es bei Schäfer, die WASG sei weit davon entfernt, „den Einzug in den nächsten Bundestag zu schaffen.“¹⁸ Die PDS zeige sich dialog- und kooperationsbereit.

Auf dem rechten Spektrum traten NPD und REP an. Beide scheiterten, wie erwähnt, an der Marke von einem Prozent. Die rechtsextremistischen Kleinparteien „Bund für Gesamtdeutschland“ und „Unabhängige Arbeiterpartei“ erreichten jeweils 0,0 Prozent der Stimmen. Die NPD lag zwar hauchdünn vor den REP, doch ging ihr Stimmenanteil gegenüber der schleswig-holsteinischen Landtagswahl deutlich zurück. Sie hatte im Wahlkampf Probleme mit den „freien Kameradschaften“, die beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften nach Auffassung der Parteiführung Halbherzigkeit an den Tag gelegt hatten. Daher konnte die NPD, die massiv gegen Hartz IV Stellung bezog und strikt antikapitalistisch wie entschieden nationalistisch auftrat, nur in 109 von 128 Wahlkreisen antreten – im Gegensatz zu den REP. Die Partei präsentierte sich als „die einzige rechte, demokratische Partei“. Sie plädierte für eine Reduktion der Staatsaufgaben und damit für eine Entlastung von Steuern. Auch wenn ihre Slogans kräftig gefärbt waren („Das Boot geht unter!“ – „Krefeld darf nicht Istanbul werden!“), trat sie deutlich gemäßigter als die NPD mit ihrer Totalkritik an der Globalisierung auf.¹⁹ Das Ergebnis war für die Partei eine große Enttäuschung. Den Grund für das schlechte Abschneiden sah der Vorsitzende Rolf Schlierer neben der Polarisierung in massiven Behinderungen durch die Behörden: „Durch die mit krimineller Energie betriebenen Behördenschikanen wurden die Republikaner sowohl beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften als auch im Wahlkampf auf skandalöse und undemokratische Weise benachteiligt.“²⁰ Ungeachtet des schlechten Wahlergebnisses konnte sich die Landesvorsitzende Ursula Winkelsett am 30. Oktober 2005 bei der Wahl erneut durchsetzen und damit Angriffe der Konkurrenten parieren.²¹

16 Paul Schäfer, PDS NRW geht optimistisch in den Bundestagswahlkampf, in: Pressedienst PDS, Nr. 21 vom 27. Mai 2005, S. 3.

17 Ebd.

18 Ebd.

19 Beide Parteien machten sich im Wahlkampf den Slogan „Wahltag ist Zahntag“ zu eigen.

20 Zitiert nach der REP-Pressemitteilung 31 vom 23. Mai 2005.

21 Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2005, Düsseldorf 2006, S. 45.

4. Bundestagswahl

Kurz nach der Ankündigung von Neuwahlen – den dritten nach 1972 und 1983 – ging die SPD zunehmend auf Distanz zu den Grünen und bekundete, ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf zu ziehen. Für viele Wähler galt das „rot-grüne Projekt“ als Auslaufmodell. Die FDP machte im Gegensatz zur Bundestagswahl 2002 diesmal eine klare Koalitionsaussage zugunsten der Union. Die PDS nannte sich am 17. Juli in „Linkspartei.PDS“ (Kurzform: Die Linke) um. Hintergrund dafür war der Entschluß, sich binnen zweier Jahre mit der vor allem im Westen des Landes aktiven WASG zu vereinen. Der Coup von Gerhard Schröder, schnelle Neuwahlen herbeizuführen, schob den Zusammenschluß also nicht hinaus, sondern begünstigte ihn.²² Oskar Lafontaine, Vorsitzender der SPD zwischen 1995 und 1999, hatte die SPD gleich nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2005 verlassen und stellte sich als Spitzenkandidat für die WASG zur Verfügung. Deren Repräsentanten kandidierten wegen des Verbots von Listenverbindungen auf „offenen Listen“ der umbenannten PDS.²³ Gregor Gysi und Oskar Lafontaine waren die Aushängeschilder der Linkspartei und der WASG. Auf den Listen der Linkspartei traten neben Kandidaten der WASG und der DKP Repräsentanten verschiedener trotzkistischer Organisationen an („Sozialistische Alternative“ und „Linksruck“).

Im Vorfeld der Bundestagswahl hatte es lange nach einem klaren Wahlsieg der Opposition ausgesehen. Das Ergebnis am 18. September 2005 fiel überraschend aus: Die SPD lag nur einen Prozentpunkt hinter der Union, die entgegen allen Umfragen ihren Stimmenanteil nicht steigern konnte, sondern 3,2 Punkte einbüßte.²⁴ Zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands hatten fünf Parteien mehr als acht Prozent der Stimmen erreicht. Die Linkspartei.PDS blockierte eine regierungsfähige Mehrheit. So kam nur eine große Koalition in Betracht, da andere Varianten – eine (schwarze) Ampel-Koalition (schwarz-gelb-grün oder rot-gelb-grün) – schwerwiegende Glaubwürdigkeitsprobleme verursacht hätten. Weder wollte die SPD mit der Linkspartei regieren, noch wollte diese das. Diese suchte unter allen Umständen den Fehler bei der Bundestags-

22 Vgl. u.a. Florian Hartleb/Franz Egon Rode, Populismus und Kleinparteien. Das Beispiel der Linkspartei.PDS und der WASG vor dem Hintergrund der Bundestagswahl 2005, in: Uwe Jun/Henry Kreikenbom/Viola Neu (Hrsg.), Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt a.M./New York 2006, S. 161-178. Siehe auch den Beitrag von Jürgen P. Lang in diesem Band.

23 Kritiker bemängelten, es habe sich um eine getarnte Listenverbindung gehandelt. Vgl. u.a. den Beitrag der ehemaligen Richter des Bundesverfassungsgerichts: Karin Graßhof/Hans H. Klein, Die Wahl wäre ungültig. Der Mißbrauch des Wahlrechts durch Linkspartei und WASG, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6. August 2005, S. 10.

24 Vgl. Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen – Ergebnisse – Folgen, Wiesbaden 2006; Richard Hilmer/Rita Müller-Hilmer, Die Bundestagswahl vom 18. September 2005: Votum für Wechsel in Kontinuität, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006), S. 183-218.

Wahlen 2005

wahl 2002 zu vermeiden, als sie vor allem die Union und die FDP kritisiert hatte, weniger die beiden Regierungsparteien.

Tabelle 3: Bundestagswahl 2005 (Stimmen in Prozent)*

CDU/CSU	35,2	(- 3,3)
SPD	34,2	(- 4,3)
FDP	9,8	(+2,5)
Die Linkspartei.PDS	8,7	(+4,7)
Bündnis 90/Grüne	8,1	(- 0,4)
REP	0,6	(0,0)
NPD	1,6	(+1,1)
GRAUE	0,4	(+0,2)
FAMILIE	0,4	(+0,3)
Die Tierschutzpartei	0,2	(- 0,1)
PBC	0,2	(0,0)
BP	0,1	(+0,1)
BüSo	0,1	(0,0)
DIE FRAUEN	0,1	(0,0)
MLPD	0,1	(-)
50Plus	0,0	(-)
AGFG	0,0	(-)
APPD	0,0	(-)
Deutschland	0,0	(-)
Die PARTEI	0,0	(-)
Offensive D	0,0	(- 0,8)
Pro DM	0,0	(-)
PSG	0,0	(-)
ZENTRUM	0,0	(0,0)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Bundestagswahl 2002 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

Die Linkspartei steuerte einen massiven Anti-Hartz IV-Wahlkampf: „Hartz IV steht für Armut und Demütigung per Gesetz. Die Agenda 2010 steht für Wahlbetrug und Entsolidarisierung.“²⁵ Die Linkspartei wollte das Füllhorn sozialer Wohltaten großzügig ausschütten: Neben einem Mindestlohn von nicht weniger als 1.400 Euro²⁶ forderte die

25 Für eine neue soziale Idee. Die Linke.PDS, Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Berlin 2005, S. 5.

26 Auf eine spätere Intervention Oskar Lafontaines hin wurde die Höhe des Mindestlohns gesenkt (1.200 bis 1.250 Euro).

Partei u.a.: „gebührenfreie Kitaplätze für alle Kinder, uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an, keine Anrechnung der Kindergelder bei Beziehern von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, das Kindergeld soll von 154 auf 250 Euro erhöht werden. Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder jeden Alters, damit beide Elternteile, aber auch Alleinstehende, erwerbstätig sein können.“²⁷ Das Programm der Linkspartei war verhältnismäßig moderat formuliert – im Vergleich etwa zum Wahlmanifest der WASG: „Wir sind die Opposition gegen die herrschende, neoliberal bestimmte Politik.“²⁸ Insgesamt aber gab es kaum Unterschiede zur Linkspartei: Alles andere wäre verwunderlich gewesen, trat die WASG doch auf den Listen der Linkspartei an. Das Ergebnis von 8,7 Prozent und drei Direktmandaten durch Gregor Gysi, Gesine Lötzsich und Petra Pau wurde von der Partei mit Recht als großer Sieg gefeiert. Die Partei konnte ihr Resultat mehr als verdoppeln. Im Saarland erhielt die Partei nicht zuletzt dank Lafontaine 18,5 Prozent (2002: 1,4 Prozent), im Westen des Landes insgesamt beachtliche 4,9 Prozent (2002: 1,1 Prozent). Der populistische Wahlkampf insbesondere gegen Hartz IV hatte sich ausgezahlt. Gysi und Lafontaine übernahmen jeweils den Fraktionsvorsitz.

Die DKP beteiligte sich nicht an der Bundestagswahl 2005. Sie rief zur Wahl der Linkspartei auf, kandidierte mit einigen ihrer Mitglieder auf wenig aussichtsreichen Listenplätzen. Hingegen trat die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLDP) flächendeckend an („Verbot aller faschistischen Organisationen!“ – „Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser“), nachdem sie 2002 zu einem „aktiven Wahlboykott“ aufgerufen hatte. Ihr Versuch, PDS und WASG für ein linkes Wahlbündnis zu gewinnen, scheiterte. Vollmundig erklärte die Partei: „Hunderttausende hätten sich ein breites linkes Bündnis zur Bundestagswahl gewünscht. Die MLDP war dazu bereit. Warum wurde dies von den Führungen von WASG und PDS abgelehnt? Ein linkes Bündnis ohne Revolutionäre ist wie eine Fußballmannschaft ohne Mittelstürmer! [...] Also: Keine Halbheiten! Links wählen heißt MLDP wählen.“²⁹

Auf der rechten Seite des politischen Spektrums traten neben der Mini-Partei „Bündnis für Deutschland“ die NPD und die REP an. Die von der DVU gemäß des „Deutschland-Pakts“ vom Januar 2005 unterstützte NPD³⁰, die in allen Bundesländern und mit

27 Für eine neue soziale Idee (FN 25), S. 16.

28 Wahlmanifest der WASG vom 3. Juli 2005, S. 8.

29 Zitiert nach Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2005 (FN 21), S. 107.

30 Auf den Listen der NPD kandidierten 15 Mitglieder der DVU, zum Teil an vorderer Stelle. So stand Gerhard Frey auf Platz 1 der nordrhein-westfälischen Landesliste, Sven Eggers, Redakteur der „National-Zeitung“ auf Platz 1 der baden-württembergischen Landesliste, Sigmar-Peter Schult, parlamentarischer Geschäftsführer der DVU im Lande Brandenburg, ebenso auf Platz 1 der dortigen Landesliste. Bekannte Namen aus dem rechtsextremistischen Milieu kandidierten ebenfalls: Harald Neubauer (Platz 2 der sächsischen Landesliste) und Jürgen Rieger (Platz 1 der Hamburger Landesliste) waren ebenfalls zu finden. Franz Schönhuber trat bei der Nachwahl in Dresden als Wahlkreis kandidat an. Vgl. Uwe Backes, Polarisierung aus dem Osten? Linke und rechte Flügelparteien bei der Bundestags-

295 Wahlkreiskandidaten antrat, präsentierte u.a. folgende Plakate: „Gute Heimreise“ – „Arbeit für Deutsche“ – „Frischer Wind in den Bundestag“ – „'Fremdarbeiter' stoppen“ – „Inländerfreundlich“ – „EU abwählen“ – „Für Deutsche 500 Euro Kindergeld“ – „Schnauze voll – Lügner abstrafen“ – „Alles schon vergessen? – Nein zum Linksbündnis“. Das Plakat mit dem letzten Text zeigte Honecker und Lafontaine. Damit versuchte die NPD auch die antikommunistische Karte zu spielen, weil sie wußte, daß zumal Lafontaine auch im „nationalen Lager“ um Stimmen buhlte. In einer Wahlkampfzeitung zur Bundestagswahl erklärte der Vorsitzende Udo Voigt: „Die einzige Antwort auf das Linksbündnis ist deshalb die Wahl der NPD.“³¹ Er maß der Wahl „historische Bedeutung“ zu und erklärte, daß mit dem Einzug der NPD in den „Deutschen Reichstag“ die Nachkriegszeit zu Ende sei: „Bei den künftigen Feierlichkeiten zum 8. Mai wird man nicht mehr unter sich sein, um den so genannten ‚Befreiern‘ zu huldigen. Die soziale Frage, die Familienpolitik, die Überfremdungsfrage und die Globalisierung werden von uns im Sinne einer nationalen Interessenvertretung des deutschen Volkes angesprochen werden.“³² In der Einleitung zum Aktionsprogramm der NPD hieß es, daß die Fehlentwicklungen die „Folgen der Herrschaft des Kapitals und der Spekulanten“³³ widerspiegeln. Das Programm bestand aus zehn Komplexen, die wiederum in verschiedene Unterpunkte aufgeteilt waren. So umfaßte der sechste Komplex „Außenpolitik“ die folgenden Punkte: „Nationalismus sichert den Frieden“ – „Die ‚neue Weltordnung‘ der US-Ostküste“ – „Der US-Propagandaapparat“ – „Die Erscheinungsformen des US-Imperialismus“ – „Die Welt der tausend Völker“ – „Frieden statt Universalismus“.

Nach dem Abschneiden in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen war der von der Partei zuvor propagierte Gewinn von mindestens fünf Prozent der Stimmen selbst bei Anhängern unglaublich geworden. So strebte sie drei Direktmandate an. Auch dieses Unterfangen war aussichtslos. Das beste Resultat in einem Wahlkreis erzielte der sächsische Landtagsabgeordnete Uwe Leichenring mit 7,8 Prozent. Mit 1,6 Prozent der Stimmen scheiterte die Partei klar an der Fünfprozenthürde, erreichte damit allerdings das beste Zweitstimmenergebnis seit 1969 (4,3 Prozent; 1965: 2,0 Prozent), 1,2 Prozentpunkte mehr als beim letzten Mal. In Sachsen – ihrer Hochburg – kam sie auf 4,8 Prozent. Die Partei machte aus der Wahlniederlage eine Art „Wahlwunder“: „Daß es die NPD trotz Medien-Nichtpräsenz und Diffamierung geschafft hat, fast 800.000 Stimmen auf sich zu vereinigen, kann schon fast als Wunder angesehen wer-

wahl 2005, in: Jesse/Sturm (FN 24), S. 164. Siehe auch das Interview mit Frey und Voigt, dem gewisse Unterschiede zwischen den Positionen zu entnehmen sind: Der Sieg der politischen Vernunft. Dr. Gerhard Frey und Udo Voigt beziehen Stellung zu Brennpunkten nationaler Parteipolitik, in: Deutsche Stimme, Nr. 9/2005, S. 3.

31 Udo Voigt, Abwählen, in: Wahlkampfzeitung zur Bundestagswahl. Sonderveröffentlichung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, S. 1.

32 So Udo Voigt, Glaubwürdige politische Alternative, in: Deutsche Stimme, Nr. 9/2005, S. 2.

33 Aktionsprogramm der NPD, Berlin 2005, S. 4.

den.“³⁴ Parteivorsitzender Udo Voigt sah das Ergebnis realistischer: „Dies ist unter den gegebenen Umständen zwar erfreulich, aber kein Grund, um in Jubel auszubrechen. Mit der Gründung der Linkspartei ist es nämlich erneut gelungen, eine nationale Opposition aus dem Bundestag rauszuhalten.“³⁵ Im Umkehrschluß hieß dies, daß ohne die Gründung der Linkspartei (tatsächlich wurde die PDS umbenannt) der NPD der Einzug in den Bundestag gelungen wäre. Zum Bündnis mit der DVU und den „freien Kräften“ gab es nach Voigt keine angemessene Alternative.

Die Partei der REP kam wie 2002 auf 0,6 Prozent der Stimmen. Sie war nicht zu einer Kooperation mit der NPD (und der DVU) bereit. Die Parteispitze hatte überwiegend die Unterstützung der bröckelnden Basis. Während die NPD der Auflösung des Deutschen Bundestages und Neuwahlen zustimmte, legte die Partei der REP dagegen Klage beim Bundesverfassungsgericht ein.³⁶ Es sei nicht möglich, innerhalb so kurzer Zeit Unterstützungsunterschriften zu sammeln. In sieben Bundesländern konnte sie keine Landesliste zusammenstellen. Im nicht werbeintensiv geführten Wahlkampf stellte die Partei zehn Punkte heraus: „Arbeit für Deutsche“ – „Steuersenkung schafft Arbeitsplätze“ – „Deutschland kann nicht mehr Zahlmeister sein“ – „Schutz durch nationale Selbstbestimmung“ – „Sozialstaat erhalten – weg mit Hartz IV“ – „Multikulti ist gescheitert“ – „Kinder sind unsere Zukunft“ – „Zurück zu traditionellen Werten“ – „Leistung fördern“ – „Selbstbewußtsein statt Schuldkomplex“.³⁷ Ihr Wahlprogramm zeichnete sich im Vergleich zum Aktionsprogramm der NPD durch zurückhaltendere Formulierungen aus. Die Partei wetterte gegen die „Brüsseler Bürokratie“ wie „die Macht der internationalen Konzerne“ und sprach sich für die Wiedereinführung der DM aus. Sie machte sich gegen den Islamismus stark und gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU. Den zehn Punkten war die Forderung nach einem „radikalen Wandel“ auf den folgenden drei Feldern vorangestellt: „für eine konsequente Wahrnehmung nationaler Interessen, für die Bewahrung der deutschen Heimat, für eine geistig-moralische Wende.“³⁸ Der propagierte soziale Wandel fiel damit merkwürdig blaß aus. Im Wahlkampf trat die finanziell darbenende Partei kaum in Erscheinung, mehr durch Plakate als durch Stände. Rolf Schlierer erklärte nach dem Fernsehduell zwischen Angela Merkel und Gerhard Schröder: „Diese langweilige Medieninszenierung hat einmal mehr gezeigt, daß die Berliner Altparteien den Wählern nur die Wahl zwischen Pest und Cholera lassen.“³⁹ Das Wahlergebnis charakterisierte Schlierer folgendermaßen. „Wir haben trotz immens erschwelter Bedingungen unser Ergebnis gehalten, obwohl wir in weniger

34 Andreas Molau, 850.000 für Erneuerung, in: Deutsche Stimme, Nr. 10/ 2005, S. 1.

35 Udo Voigt, Nach der Wahl ist vor der Wahl. Mit Geschlossenheit zum Erfolg, in: Ebd., S. 2.

36 Vgl. Die Republikaner, Bundesgeschäftsstelle, Auflösung des Bundestages: Republikaner erheben Organklage beim Bundesverfassungsgericht, Pressemitteilung v. 21. Juli 2005.

37 Vgl. das Wahlprogramm der Partei vom August 2005, <http://www.rep.de/index> (1. April 2006).

38 Ebd.

39 Zitiert nach der Pressemitteilung v. 5. September 2005.

Bundesländern antreten konnten als vor drei Jahren. [...] Eine rechtsdemokratische, verfassungstreue, konservative Gegenkraft zum linkslastigen Parteienspektrum wird in unserer blockierten Republik dringender denn je gebraucht werden.“⁴⁰ Der Vorsitzende überstand wie 2002 erneut das schlechte Wahlergebnis, das gerade für die Beteiligung an der Wahlkampfkostenerstattung reichte. Nur in drei Bundesländern hatte die Partei knapp die Marke von einem Prozent erreicht.

Wie die repräsentative Wahlstatistik zeigt⁴¹, erzielte die Linkspartei bei den Männern 9,9 Prozent, bei den Frauen 7,6 Prozent. Noch krasser fielen die Unterschiede bei den beiden Rechtsparteien aus. Die Partei der REP bekam 0,7 Prozent bei den Männern und 0,4 Prozent bei den Frauen, die NPD 2,2 Prozent (Männer) und 0,9 Prozent (Frauen). Die PDS wies eine vergleichsweise ausgeglichene Altersstruktur auf (am schlechtesten schnitt sie mit 7,4 Prozent bei den 25- bis 34jährigen ab, am besten bei den 45- bis 59jährigen mit 11,1 Prozent). Die Extremwerte für die REP lagen bei den 18- bis 24jährigen (0,8 Prozent) und bei den über 60jährigen (0,3 Prozent). Noch stärker fiel die altersspezifische Zusammensetzung bei der NPD aus: Je jünger die Wähler waren, umso mehr Stimmen erreichte sie. Bei den 18- bis 24jährigen bekam sie 3,8 Prozent, bei den über 60jährigen 0,7 Prozent. Wer Alter, Geschlecht und alte/neue Bundesländer kombinierte, erhielt folgende Extremwerte: Die Linkspartei erzielte bei den 45- bis 59jährigen Männern in den neuen Bundesländern 30,8 Prozent, bei den über 60jährigen Frauen in den alten Bundesländern 2,3 Prozent. Die NPD erhielt 9,5 Prozent der Stimmen der 18- bis 24jährigen Männern im Osten und 0,4 Prozent der über 60jährigen Frauen im Westen. Die REP, keine Ostpartei wie die NPD, kamen auf 1,2 Prozent bei den 25- bis 34jährigen Männern im Westen und auf 0,1 Prozent bei den über 60jährigen Frauen im Osten. Um die Proportionen gewichten zu können: Nur 8,2 Prozent gehörten zu den 18- bis 24jährigen, dafür aber 33,1 Prozent zu den über 60jährigen.

5. Fazit und Ausblick

Die drei Wahlen des Jahres 2005 brachten der Union drei Wahlsiege. In allen Fällen gelangte sie aus der Opposition in die Regierung. Allerdings mußte sie zweimal die SPD als starken Juniorpartner in Kauf nehmen. Mit der Bildung der großen Koalition änderten sich die gängigen Konstellationen: Die beiden bisherigen großen Kontrahenten stehen in einem Bündnis gegen drei kleinere Oppositionsparteien. Angesichts der nachlassenden Wählerbindung spricht manches für das Ende von Zweierkoalitionen

40 Zitiert nach der Pressemitteilung v. 19. September 2005.

41 Vgl. für die folgenden Angaben: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005. Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppe, Wiesbaden 2006, S. 80 f.

auf Bundesebene.⁴² Das gilt allerdings weder für die Bundesländer im Osten noch im Westen, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen. Im Westen des Landes hat die Linkspartei.PDS es wegen ihres Ost-Images nach wie vor schwer, die Fünfprozenthürde zu überwinden; und im Osten gilt das für Liberale und Grüne. In den neuen Bundesländern hingegen ist die PDS eine von drei großen Parteien. Die Rechtsaußenparteien konnten 2005 nirgendwo reüssieren. Der Wahlerfolg von 2004 – der DVU (in Brandenburg) und der NPD (in Sachsen) – wiederholte sich nicht.

Die große Koalition im Bund führt wahrscheinlich zur Stärkung der Linkspartei. PDS, kann sich doch die SPD als Regierungspartei nicht prononciert „links“ gerieren. Der Erfolg der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 von 4,0 Prozent auf 8,7 Prozent war einer günstigen Konstellation geschuldet. Die SPD hatte mit dem Hartz IV-Konzept einen Teil ihrer Anhänger vergrätzt, und bei der Wahl herrschte die Auffassung vor, die Wahl sei für die SPD ohnehin verloren. Das andere politische Spektrum (Union und FDP) konnte davon nicht profitieren. Hätte die Union 0,5 Prozent weniger Stimmen bekommen und die SPD den gleichen Prozentsatz mehr, so hieße der Kanzler noch heute Gerhard Schröder. Wer die Stimmen für die beiden „Lager“ addiert, kann von einer strukturellen linken Mehrheit reden. 2002 hatte das „linke Lager“ 51,1 Prozent (das konservativ-liberale: 45,9 Prozent), 2005 51,0 Prozent (das konservativ-liberale: 45,0 Prozent).

Zwar wollen NPD und DVU bis zum Jahre 2009 nicht mehr gegeneinander antreten (um unliebsame Konkurrenz zu vermeiden), doch lehnen die gemäßigter ausgerichteten REP, die allerdings in einer desolaten Situation sind, eine solche Kooperation ab. Die Last der Vergangenheit ist nach wie vor so gravierend, daß es für eine Partei rechts von der Union schwer sein dürfte, Salonfähigkeit zu erlangen. Insofern muß die These von den „Kleinen Parteien im Aufwind“⁴³ so pauschal nicht stimmen. Auch eine „Polarisierung aus dem Osten“⁴⁴ ist keineswegs zu befürchten, wiewohl die neuen Bundesländer noch nicht voll demokratisch konsolidiert zu sein scheinen.⁴⁵ Immerhin wählten bei der Bundestagswahl 2005 25,3 Prozent die PDS und 4,2 Prozent die rechtsextremen Parteien, im Westen waren es nur 4,9 und 1,7 Prozent.

Insgesamt steht eine Partei vom linken Rand wie die Linkspartei.PDS weitaus besser da als eine Partei vom rechten Rand wie die NPD.⁴⁶ Das schließt Einbrüche der Linkspartei bei Wahlen ebenso wenig aus wie Durchbrüche der NPD (etwa bei der Land-

42 Vgl. Eckhard Jesse, Parteiensystem im Wandel? Das deutsche Parteiensystem vor und nach der Bundestagswahl 2005, in: Jesse/Sturm (24), S. 21-41.

43 Vgl. Jun/Kreikenbom/Neu (FN 22).

44 Vgl. Backes (FN 30).

45 Vgl. u.a. den Band von Oskar W. Gabriel/Jürgen W. Falter/Hans Rattinger (Hrsg.), Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden 2005.

46 Selbstverständlich soll mit dieser Aussage nicht behauptet werden, die PDS sei so klar antidemokratisch wie die NPD.

tagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern, einem für Rechtsextremismus strukturell auffälligen Bundesland). Das Wählerreservoir, aus dem die Parteien schöpfen, ist im linken Bereich weitaus stabiler als im rechten. Angebots- wie Gelegenheitsstrukturen sprechen nicht für einen Sog zu den Parteien rechtsaußen.⁴⁷ Wer ein Verbot der NPD erwägt, erweist der parlamentarischen Demokratie einen Bärendienst.

47 Vgl. Uwe Backes, Der NPD-Wahlerfolg in Sachsen vom September 2004 und die Erfolgsbedingungen rechtsextremer Parteien in Deutschland, in: Gerhard Besier/Katarzyna Stokklosa (Hrsg.), Lasten diktatorischer Vergangenheit – Herausforderungen demokratischer Gegenwart. Zum Rechtsextremismus heute, Berlin 2006, S. 137-148; Marc Brandtstetter, Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten, Marburg 2006; Lazaros Miliopoulos, Die NPD als Machtfaktor im deutschen Parteiensystem, in: Jun/Kreikenbom/Neu (FN 22), S. 223-245. Hingegen überschätzt der folgende Artikel massiv die Erfolgsaussichten: Roland Bach, Wahlerfolge mit dem Biedermeiergesicht. Die extreme Rechte bei den Bundestagswahlen 2005, in: Rundbrief AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS, Heft 4/2005, S. 2-6.

Organisationen 2005

Von Uwe Backes

1. Ausgangssituation und Rückblick

Im Jahr 2004 waren Anzeichen für eine graduelle Repolarisierung des deutschen Parteiensystems unverkennbar. Am linken Flügel hatte sich die *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS) nach der Bundestagswahl-Niederlage von 2002 unter alt-neuer Führung sichtlich erholt, wenngleich die Szene der radikalen Globalisierungskritiker größere Anziehungskraft auf Teile der Jugend ausübte und mit der im Sommer entstandenen *Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit* (WASG) ein neuer Akteur im politischen Raum links von SPD und Bündnisgrünen hervorgetreten war, der sich möglicherweise zu einer ernsthaften Konkurrenz entwickeln konnte.

Am rechten Flügel hatten die *Deutsche Volksunion* (DVU) und – mehr noch – die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) auf kommunaler und regionaler Ebene beachtliche Stimmengewinne bei Wahlen erzielen können, so daß manche Beobachter bereits die Gefahr einer bundesweiten Etablierung heraufziehen sahen. Die NPD unterhielt zudem eine symbiotische Beziehung zu Teilen der militanten rechtsextremen Subkulturen, deren Personenpotential sich – vor allem in den östlichen Ländern – auf hohem Niveau bewegte. Provokative öffentliche Auftritte der NPD und „Freier Kameradschaften“ von Neonationalsozialisten und fremdenfeindlichen „Skinheads“, von denen ein Großteil der rechtsextremen Gewalttaten ausging, standen in einer dynamischen Wechselbeziehung mit der linksextremen, insbesondere „autonomen Antifa“, der ebenfalls zahlreiche Akte politisch motivierter Kriminalität zuzurechnen waren.

Zu Beginn des Berichtsjahres 2005 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde die WASG weiter an Bedeutung gewinnen und die dominierende Stellung der PDS am linken Flügel des politischen Spektrums gefährden? Oder könnten die von der PDS-Führung ausgesendeten Signale der Kooperationsbereitschaft in eine reguläre Zusammenarbeit münden? Welche Folgen hätte dies für die innerparteilichen Auseinandersetzungen der PDS? Würde die NPD ihre Erfolgsbilanz auf regionaler Ebene fortsetzen und eine unangefochtene Position am rechten Flügel des politischen Spektrums erringen? Oder war – umgekehrt – mit einer herben Enttäuschung im NPD-Lager zu rechnen, die indirekt zu einer weiteren Stärkung der gewaltbereiten „Szenen“ beitrüge? Auch wer diese Bedrohung sehr ernst nahm, mußte angesichts der internationalen Lage (vor allem der Situation im Irak und in den Palästinensergebieten) die potentiell größere Gefährdung der inneren Sicherheit in Deutschland im islamistischen Terrorismus sehen.

2. Linksextremismus

Nur wenige Monate nach der Formierung der WASG als Partei (22. Januar 2005 in Göttingen) stellte deren Führung – gegen beträchtliche Widerstände in einzelnen Landesverbänden – unverhofft die Weichen auf einen Prozeß des Zusammenwachsens mit der PDS. Die Zäsur war in erster Linie eine Konsequenz der wahlpolitischen Agenda. Der Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (22. Mai 2005) schuf Fakten, an denen politisch-strategisch kein Weg vorbeiführte. Die erstmals antretende WASG erzielte mit 2,2 Prozent der Stimmen einen bescheidenen Erfolg, während die PDS trotz eines mit hohem Einsatz geführten Wahlkampfes nur 0,9 Prozent der Stimmen verbuchen konnte.¹ Unmittelbar nach der noch am Wahlabend von Bundeskanzler Schröder und dem SPD-Parteivorsitzenden Müntefering ausgesprochenen Ankündigung, man werde sich um vorgezogene Wahlen bemühen, nahmen PDS und WASG Gespräche auf und verständigten sich bald darauf auf drei Punkte: „1. PDS und WASG wollen innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Prozeß der Vereinigung gestalten und so ein erweitertes Projekt der Linken in Deutschland auf den Weg bringen. 2. Bei vorgezogenen Bundestagswahlen im Jahr 2005 werden beide Parteien nicht gegeneinander antreten. Die PDS wird ihre Listen – wie bisher auch – Parteilos, aber auch Mitgliedern der WASG öffnen. 3. Als ein Zeichen dafür, daß wir etwas Neues beginnen wollen, ist die PDS bereit, ihren Namen zu ändern.“²

Auf einem Bundesparteitag am 3. Juli 2005 in Kassel stimmten 5.230 WASG-Mitglieder in einer Urabstimmung mit 81 Prozent dafür, nicht eigenständig zur Bundestagswahl anzutreten, sondern auf offenen Listen der neu zu bildenden *Linkspartei*.³ Die PDS vollzog anschließend auf einem Sonderparteitag (18. Juli 2005) die Namensänderung in *Die Linkspartei.PDS* (Namenskürzel: *Die Linke.PDS*). Mit der Beibehaltung der alten Parteibezeichnung „PDS“ als Namenszusatz kam die Parteispitze den innerparteilichen Traditionalisten entgegen. Bei der WASG hätten es die meisten lieber gesehen, wäre die Bezeichnung „PDS“ wegen ihrer abschreckenden Wirkung auf westdeutsche Wähler ganz entfallen. Auch nach dem Beschluß zur Wahl-Zusammenarbeit mit der *Linkspartei.PDS* verstummten bei der WASG die Stimmen prinzipieller Kooperationsgegner nicht. Besonders im nordrhein-westfälischen Landesverband regte sich Widerstand. Gegen drei Mitglieder des *Leverkusener Kreises* (angeblich rund 300 Anhänger) wurde im August 2005 ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet.⁴

1 Siehe dazu ausführlich Eckhard Jesse, Wahlen 2005, in diesem Band.

2 Lothar Bisky, Der zweite Aufbruch der Partei des Demokratischen Sozialismus. Rede des Vorsitzenden der PDS auf der Außerordentlichen Tagung des 9. Parteitages, 17. Juli 2005, Berlin, http://sozialisten.de/partei/parteitag/pt09at/view_html?pp=1&n=0&bs=1&zid=28639 (31. Aug. 2005).

3 Vgl. „Urabstimmung befürwortet Linkspartei“, <http://www.w-asg.de/496.98.html> (22. August 2005).

4 Vgl. Björn Hengst, WASG will drei Mitglieder ausschließen, in: Spiegel Online vom 23. August 2005, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,371116,00.html> (5. September 2005).

Einer der entschiedenen Befürworter des Zusammengehens mit dem Linksbündnis war der ehemalige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, der noch als SPD-Mitglied in einer – Wochen vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl erschienenen – Streitschrift „Politik für alle“ seine Partei zu einer klaren Entscheidung aufgefordert hatte. Wenn die SPD den Weg „mit Schröder und seinem neoliberalen Kurs“ fortsetze, müsse „eine neue Partei antreten, um vielen Wählern die Möglichkeit zu bieten, mit ihrer Stimme eine Politik zu unterstützen, die das Ziel hat, die Umverteilung von unten nach oben zu beenden.“⁵ Kurz nach der Landtagswahl, in der die SPD ein Debakel erlitten hatte, erklärte Lafontaine seinen Parteaustritt. Am 18. Juni wählte ihn der Landesparteitag der WASG Nordrhein-Westfalen zum Spitzenkandidaten ihrer Liste für die vorgezogene Bundestagswahl.⁶ Nach der Umbenennung der PDS zog die WASG ihre Bundestagswahl-Kandidatur zurück und Lafontaine, umjubelter Redner auf dem Wahlparteitag der *Linkspartei.PDS*, wurde zu deren Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen.

Die mit Oskar Lafontaine und dem an die Spitze der PDS zurückgekehrten Gregor Gysi markierte populistische Öffnung der *Linkspartei.PDS* war keineswegs mit einem Prozeß der Loslösung von dogmatisch-marxistischen Gruppierungen verbunden. Weder kam es bei der PDS zu einem Exodus der Traditionalisten der *Kommunistischen Plattform* (KPF) oder des *Marxistischen Forums*, noch boten die WASG-Landesverbände in dieser Hinsicht ein einheitliches Bild.⁷ Die Komposition der WASG in den Stadtstaaten stieß selbst bei pragmatischer denkenden PDS-Politikern der Ostverbände auf erhebliche Bedenken. Die Berliner Situation charakterisierte ein genauer Szene-Beobachter als „spezielle Mischung [...] aus Linkssektierern, Trotzkiten, den ‚Ruckis‘ von Linksruck, aus ehemaligen PDS-Mitgliedern, aus alten SEW-Kadern, linken Gewerkschaftern und jener Wutfraktion gegen alle Politik. Nachdem die PDS in den neunziger Jahren ihre eigenen traumatischen Erfahrungen mit der sektiererischen Westlinken gemacht und überwunden hat, befürchtet sie, mit der WASG wieder in die Wirbelstürme am linken Rand zu geraten.“⁸

5 Zitiert nach: „Kurswechsel für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, <http://www.w-asg.de/28+M529ec7ce716.98.html> (5. September 2005).

6 „Lafontaine auf Platz 1 gewählt“, <http://www.wasg-nrw.de/177.98.html>. (15. August 2005).

7 Siehe auch die Lageanalyse bei: Jürgen P. Lang, Die doppelte Linke. Eine Analyse der Kooperation von PDS und WASG, in: Deutschland Archiv 39 (2006), S. 208-216; ders., Eine neue Linke?, in diesem Band.

8 Klaus Hartung, Linke: Kinder der Wut, in: Die Zeit vom 4. August 2005.

Organisationen 2005

Tabelle 1: SED, SED-PDS, PDS, Linkspartei.PDS – Mitgliederentwicklung, 1989-2005

Aug. 1989	2.300.000	Dez. 1997	98.600
Jan. 1990	700.000	Dez. 1998	94.600
Dez. 1990	281.000	Dez. 1999	88.600
Dez. 1991	172.600	Dez. 2000	83.500
Dez. 1992	146.700	Dez. 2001	77.800
Dez. 1993	131.400	Dez. 2002	70.800
Dez. 1994	123.800	Dez. 2003	65.800
Dez. 1995	114.900	Dez. 2004	61.400
Dez. 1996	105.000	Dez. 2005	61.500

Quelle: Gerundete Parteiangaben; Verfassungsschutzbehörden.

Die Bundestagswahlkampagne wurde fast ausschließlich von der *Linkspartei.PDS* geschultert, die im Jahr 2005 nach Jahren stetig sinkender Mitgliederzahlen erstmals wieder einen geringen Mitgliederzuwachs verbuchen konnte. Trotz der notorischen Überalterung der weitgehend noch aus der SED stammenden „Basis“ verfügte die Partei in den östlichen Ländern (Ende 2005 rund 55.300 Mitglieder) über einen arbeitsfähigen Parteiapparat, professionell arbeitende Landtagsfraktionen, öffentlichkeitswirksame Medien und intellektuell versierte „Think Tanks“. Weit ungünstiger war die Situation in den westlichen Ländern, wo die schwache Basis allerdings verbreitert werden konnte; die Mitgliederzahl stieg dort nach Parteiangaben von rund 4.300 Ende 2004 auf gut 6.000 Ende 2005.⁹ Wenn die WASG-Verbände im Westen den Mitgliederstand der PDS auch rasch überflügelten, vermochten sie die organisatorische Schlagkraft des Wahlbündnisses dennoch nicht entscheidend zu verbessern, da sie zum Teil kaum funktionsfähig erschienen (in Schleswig-Holstein etwa zählte die WASG nach eigenen Angaben Mitte September 2005 nur 350 Mitglieder; die in Relation zur Bevölkerungszahl stärksten Landesverbände befanden sich Ende 2005 in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg, in den Flächenstaaten Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie in Oskar Lafontaines Saarland¹⁰) und eine hohe Mitgliederfluktuation aufwiesen (WASG-Gründungsmitglieder kehrten der Partei wegen der Zusammenarbeit mit der Linkspartei den Rücken). Zwar verdoppelte sich die Zahl der WASG-Mitglieder innerhalb weniger Monate (im Dezember wurde ihre Zahl mit rund 11.200 angegeben, PDS-„Doppelmitglieder“ eingeschlossen), doch war der Chor der Neuankömmlinge vielstimmig und disharmonisch.

9 Vgl. Die Linkspartei.PDS/Bundesgeschäftsstelle, Bereich Parteientwicklung, Entwicklung der Mitgliederzahlen, http://sozialisten.de/partei/daten/pdf/entwicklung_mitgliederzahlen_bis2005.pdf (28. Juli 2006).

10 Vgl. WASG-Mitglieder/Bevölkerung, <http://www.w-asg.de/9.html> (28. Juli 2006).

Während die Parteiführungen den Vereinigungsprozeß zielstrebig betrieben, waren die Art und Weise des Zusammengehens und dessen mögliche Folgen Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Der Landesparteitag der WASG Berlin sprach sich am 26./27. November gegen das geplante „Kooperationsabkommen III“ aus. Umstritten blieb das Ziel der „Mitgestaltung“ im Sinne von Regierungsbeteiligungen wie in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin; eine Linkspartei dürfe sich nicht am „Sozialabbau“ beteiligen.¹¹ In der Berliner WASG befürchtete man zudem, die Legalisierung von Doppelmitgliedschaften diene der Vorbereitung einer „feindlichen Übernahme“. Das Vorgehen der Berliner PDS erinnere „fatal an andere Vereinigungsprozesse in der Geschichte der deutschen Linken“.¹² Traditionalisten der *Linkspartei.PDS* wiederum kritisierten die Begrenzung der Doppelmitgliedschaft auf WASG-Mitglieder. Aus der Sicht der KPF wäre die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ebenso einzubeziehen gewesen. Das Abkommen laufe auf eine „Ausgrenzung von Kommunisten aus dem Fusionsprozeß“¹³ hinaus. Sorge bereiteten darüber hinaus „Antikommunisten“ in der WASG, die – wie im Falle des designierten neuen Schatzmeisters der Linkspartei.PDS, Bernhard Walther, der als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS im DDR-Außenhandel tätig gewesen war – eine neue „Stasi-Debatte“ vom Zaun gebrochen hätten.

Ungeachtet solcher Bedenken unterzeichneten am 6. Dezember Karl Ernst und Thomas Händel für die WASG, Lothar Bisky und Bodo Ramelow für die *Linkspartei* das „Kooperationsabkommen III“. Darin wurde „bis spätestens 30. Juni 2007 die freie Vereinigung der gesellschaftlichen Linken in der ersten wirklich gesamtdeutschen Partei“ vereinbart. In der „pluralistischen Partei“, hieß es in einem dem PDS-Grundsatzprogramm entlehnten Formelkompromiß, fänden all jene Menschen einen Platz, „die gegen die gegenwärtigen Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand leisten, sie verändern und schrittweise überwinden wollen“.¹⁴ Das Abkommen sah u.a. die Bildung einer paritätisch besetzten „Steuerungsgruppe“ sowie von „Fachgruppen“ zur Klärung offener organisatorischer und programmatischer Fragen vor. Beide Parteien räumten die Möglichkeit von Doppelmitgliedschaften ein und sollten bis zur endgültigen Vereinigung bei Wahlen nicht gegeneinander antreten. Das Abkommen fand nach schwierigen Abstimmungsprozessen die klare Zustimmung der Delegierten der 3. Tagung des 9. Parteitages in Dresden (10./11. Dezember 2005).

11 Vgl. Geschäftsführender Landesvorstand der WASG Berlin, Bericht vom Landesparteitag der WASG Berlin vom 26./27. November 2005, <http://www.wasg-berlin.de/index.php?id=75> (5. Febr. 2006).

12 „'Feindliche Übernahme' würde Linksbündnis nachhaltig beschädigen“, Pressemitteilung der WASG Berlin vom 1. Dez. 2005.

13 Ellen Brombacher, Doch die Konfliktlinien verlaufen anders – Überlegungen nach dem Dresdner Parteitag, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS vom Januar 2006.

14 Vgl. Anlage zum Parteitagsbeschluß über das Kooperationsabkommen, http://sozialisten.de/partei/parteitag/pt0903/view_html?zid=31184&bs=1&n=27 (12. Jan. 2006).

Tabelle 2: Linksextreme Organisationen, 2003-2005

	2003		2004		2005	
	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten						
Kern- und Neben- organisationen hiervonDKP	49	26.300	49	25.700	43	25.400
MLPD		4.700		4.500		4.500
RH		2.000		2.000		2.300
		4.600		4.600		4.300
Beeinflusste Organis.		19.000		18.000		10.500
Gewaltbereite Linksextremisten	55	5.400	61	5.500	67	5.500

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2004 und 2005.

Im Kalkül der *Linkspartei*-Führung war die DKP ein zweitrangiger und zudem problematischer Partner; doch konnte und wollte man die Partei mit ihren knapp 4.500 Mitgliedern (Ende 2005) schon aus Rücksicht auf Teile der eigenen Basis nicht verprellen. DKP-Kandidaten traten daher auf „offenen“ *Linkspartei*-Listen zur Bundestagswahl an. Der DKP-Bundesvorsitzende Heinz Stehr lobte in einem Interview die verbesserte Zusammenarbeit mit der *Linkspartei* auf kommunaler Ebene und hob zugleich den eigenen revolutionären Anspruch hervor: Die DKP setze „auf die Arbeiterklasse, die im Bündnis mit anderen Klassen und Schichten die Aufgabe hat, den Sozialismus durch einen revolutionären Bruch in den Macht- und Eigentumsverhältnissen des Kapitalismus durchzusetzen. Die DKP definiert sich als Weltanschauungspartei, die auf der Grundlage der Theorien von Marx, Engels und Lenin“¹⁵ ihre Politik entwickle.

In die Wahlkooperation einbezogen waren Aktivisten aus dem globalisierungskritischen Netzwerk *Attac*, was insofern keine Überraschung sein konnte, als sich Gliederungen der PDS seit längerem an *Attac*-Aktivitäten beteiligt hatten und ein Teil der bei der WASG Aktiven auch in den globalisierungskritischen „Sozialforen“ engagiert war. Die Kreise um Oskar Lafontaine bemühten sich ebenfalls, die Protestanliegen der Globalisierungskritiker aufzugreifen und zu kanalisieren. Das galt gleichermaßen für Gruppierungen innerhalb des *Attac*-Netzwerks, die der Verfassungsschutz als linksextremistisch einstufte. So gehörte ein WASG-Bundesvorstandsmitglied, Christine Buchholz (geb. 1971), der Vereinigung *Linksruck* an, einem Ableger des trotzkistischen Dachverbandes *International Socialist Tendency* (IST; London) mit rund 400 Aktiven (Ende 2004). Gleichzeitig engagierte sie sich bei *Attac* und der Gewerkschaft *ver.di*.¹⁶

15 „Die Zusammenarbeit nach der Wahl intensivieren ...“. Heinz Stehr, Parteivorsitzender der DKP, im UZ-Interview, in: uz vom 9. Sept. 2005.

16 Vgl. <http://parteitage.w-asg.de/703.98.html> (31. August 2005). Siehe zu „Linksruck“: VSB 2005, S. 161 f.

Von Kooperationen fern hielt sich die maoistische *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* (MLPD), die der *Linkspartei* im Wahlkampf vorwarf, sich mit Oskar Lafontaine vom Sozialismus verabschiedet zu haben. Entschieden wurde die „Diktatur des Proletariats“ propagiert, die keineswegs über die – manipulierten – Wahlen zum Deutschen Bundestag erreicht werden könne: „Der moderne Antikommunismus suggeriert, daß im Sozialismus eine Diktatur entsteht, die die Massen unterdrückt. Die Diktatur des Proletariats ist jedoch das genaue Gegenteil: die Alleinherrschaft geht von der winzigen Schicht der Monopole auf die Mehrheit der Bevölkerung über. Die Herrschaft des Volkes über eine kleine Schicht von Ausbeutern und Unterdrückern - das ist Sozialismus!“¹⁷ Die Partei, deren Vorsitzender Stefan Engel aus Gelsenkirchen unnachsichtig gegen „Abweichler“ in den eigenen Reihen vorging, vermochte nur eine kleine Bevölkerungsminderheit von ihrer Marschrichtung zu überzeugen (0,1 Prozent der Stimmen bei der Bundestagswahl), konnte die Zahl ihrer Mitglieder aber auf 2.300 Ende 2005 erhöhen.¹⁸

Zu den mitgliederstärkeren Formationen des linksextremen Spektrums zählte darüber hinaus wie schon in den Vorjahren die *Rote Hilfe* (RH; Ende 2005 rund 4.300 Mitglieder), die sich auf die Betreuung von inhaftierten Szeneaktivisten konzentrierte. „Staatliche Repression“ ziele stets darauf, „die Handlungsfähigkeit von Gruppierungen zu beeinträchtigen oder gar zu zerstören, die systemantagonistisch agieren. Gezielte Angriffe gegen Einzelne durch Anklageerhebungen, Haftbefehle, Hausdurchsuchungen usw. sollen dazu dienen, den internen Zusammenhalt zu schwächen und alle linken AktivistInnen zu verunsichern und einzuschüchtern. Das werden wir nicht zulassen!“¹⁹

Von der RH protegierte Gesetzesbrecher hatten mit Stangen auf Rechtsextremisten eingeschlagen oder waren wegen der Beteiligung an Brandanschlägen verurteilt worden. Zahlreiche Taten dieser Art gingen auf das Konto namenloser Gruppen. Davon abweichend bekannte sich eine im Berliner Raum operierende Formation auch im Jahr 2005 unter der Selbstbezeichnung *militante gruppe* (mg) zu Brandanschlägen: auf die Filiale eines Lebensmittel-Discounters in Berlin-Tempelhof/Schöneberg, auf Dienstfahrzeuge des brandenburgischen Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums in Potsdam und auf das Bürogebäude des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin-Steglitz.²⁰ In Diskussionen zur „Militantendebatte“ wurden die Vor- und Nachteile von Anschlägen erörtert, die über bloße Sachbeschädigung hinausgingen.

17 „Sozialistische Alternative im Kommen!“, in: *Rote Fahne* vom 15. Sept. 2005.

18 Vgl. VSB 2005, S. 179.

19 „Staatlicher Repression gegen linke Strukturen in Potsdam den Kampf ansagen!“, in: Presseerklärung des Bundesvorstandes der Roten Hilfe e.V. vom 8. Juli 2005.

20 Vgl. VSB 2005, S. 155 f.

Tabelle 3: Gesetzesverletzungen mit linksextremem Hintergrund, 2003-2005

	2003	2004	2005
Tötungsdelikte	1	0	1
Sprengstoffanschläge	0	0	0
Brandanschläge	36	31	29
Körperverletzungen	192	226	391
Raubüberfälle	5	12	13
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	220	232	408
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	29	19	53
Freiheitsberaubung	0	0	0
Erpressung	0	1	1
Gewalttaten insgesamt	483	521	896

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2004 und 2005.

Die mg und andere Gruppierungen zählten zu den terroristischen Ausläufern der Szene der *Autonomen*, die Ende 2005 mit annähernd 5.000 Aktiven bundesweit verbreitet war und meist dezentral agierte. Wichtigstes verbindendes Element stellten Internet-Plattformen (wie *nadir.org*) und Zeitschriften wie *Interim* und *radikal* dar; das zuletzt genannte Organ erschien nach längerer Pause 2005 erstmals wieder mit einer Nummer. Versuche überregionaler organisatorischer Bündelung scheiterten in der Vergangenheit. Eine der auf diesem Gebiet besonders aktiven Gruppen, die *Göttinger Autonome Antifa (M)*, hatte im April 2004 ihre Auflösung erklärt. Aus ihr gingen drei Vereinigungen hervor: *Antifaschistische Linke International*, *Antifa/Aktion und Kritik* und *Redical M*. Sie traten trotz punktueller Zusammenarbeit überwiegend selbständig in Erscheinung.²¹ Auch ideologisch bildete die Szene – in Göttingen wie in anderen Schwerpunktregionen – keine Einheit; dies zeigten die Militanzdebatten ebenso wie die anhaltenden Auseinandersetzungen um das Verhältnis zur Antikriegsbewegung und zum Nahost-Konflikt (bedingungslos proisraelische „antideutsche“ gegen israelkritische bis -feindliche Positionen).

Von *autonomen* Gruppierungen ging wie schon in den Vorjahren ein Großteil der linksextremistisch motivierten Gewalttaten aus. Einen thematischen Schwerpunkt bildete der militante Antifaschismus, dem rund die Hälfte der Gewaltdelikte zuzurechnen war. Der Anstieg der Gewalttaten des Jahres 2005 im Vergleich zum Vorjahr (um rund 70 Prozent) erklärte sich in erster Linie aus dem „Kampf gegen rechts“ und den damit verbundenen Deliktgruppen „Landfriedensbruch“ und „Körperverletzung“. Ein heraus-

²¹ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2005, Hannover 2006, S. 77.

ragendes Beispiel bot das Agieren anlässlich einer von NPD und „Freien Kräften“ organisierten Demonstration in Göttingen („Sozialabbau, Rentenklau, Korruption – nicht mit uns!“) am 29. Oktober. Dabei verfolgten autonome Gruppen nach Polizeiangaben eine Art Guerillataktik. Tage vor der Demonstration waren rund 1.000 linksextreme Aktivisten in unauffälliger Kleidung in die Stadt „ingesickert“, um den Aufmarsch der Rechtsextremisten zu verhindern. Die *Autonomen* legten erst unmittelbar vor ihrer Aktion die bekannte schwarze Kluft an, setzten Fahrradmelder und Späher ein, mischten sich zwischen friedliche Gegendemonstranten, um aus der Deckung vorstoßen zu können, und errichteten brennende Straßenbarrikaden. Bei den Ausschreitungen wurden etwa 80 Personen, darunter 14 Polizeibeamte, verletzt.²²

3. Rechtsextremismus

Aufgrund ihrer Erfolge bei Landtagswahlen hatten sich DVU und NPD 2004 als aussichtsreichste Parteien des „nationalen Lagers“ erwiesen. Die Parteivorsitzenden bekräftigten den Verzicht auf kräftevergeudende Konkurrenz am 15. Januar 2005 auf dem DVU-Bundesparteitag in München mit der förmlichen Unterzeichnung eines „Deutschland-Paktes“, in dem die Zusammenarbeit beider Parteien bis ins Jahr 2009 geregelt wurde. Für die Bundestagswahl kam man überein, die NPD solle kandidieren, dabei aber 15 DVU-Kandidaten auf ihren Landeslisten zulassen.²³ Daran hielten die Parteien für die vorgezogene Bundestagswahl fest. Innerparteiliche Kritiker des „rechtsreaktionären, national- und sozialdemagogischen“²⁴ Bündnisses, so der Bundesvorsitzende der Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), Stefan Rochow, rief die NPD-Führung zur Ordnung. Auf den offenen NPD-Listen kandidierten DVU-Repräsentanten und bekannte „parteilose Patrioten“²⁵ ebenso wie prominente, mehr oder weniger verkappte Neonationalsozialisten.²⁶

Die NPD blieb auch im Jahr 2005 an nomineller Mitgliederstärke hinter der DVU zurück. Allerdings verringerte sich der Abstand erheblich, da die Partei die Zahl ihrer Mitglieder auf rund 6.000 Ende 2005 steigern konnte und die DVU rund 2.000 Personen einbüßte. Der stärkste Landesverband, Sachsen, zählte etwa 1.000 Mitglieder. Stärker noch als in den Jahren zuvor konzentrierte die Bundesführung ihre Aktivitäten auf Dresden, wo die Landtagsfraktion ein öffentliches Forum für provokative Auftritte (öffentliches Aufsehen erregte u.a. die Deklaration der Bombardierung Dresdens im

22 „Polizei: Guerillataktik der Autonomen bei NPD-Demo“, in: Die Welt vom 1. Nov. 2005.

23 „Deutschland-Pakt von DVU und NPD“, 16. Januar 2005, <http://www.dvu.de> (6. September 2005).

24 „NPD bekennt sich zur Zusammenarbeit mit der Deutschen Volksunion“, http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=114 (6. September 2005).

25 So Udo Voigt, Glaubwürdige politische Alternative, in: Deutsche Stimme 2005, H. 9, <http://www.deutsche-stimme.com/Ausgaben2005/Sites/09-05-Voigt.html> (27. September 2005).

26 Vgl. Eckhard Jesse, Wahlen 2005, in diesem Band.

Februar 1945 als „Bomben-Holocaust“²⁷⁾ und eine Anzahl gut bezahlter Stellen für organisatorisch und publizistisch versierte Personalimporte aus dem Westen bot.²⁸⁾ Hier wurde im April das *Bildungswerk für Heimat und nationale Identität* gegründet. Der Landtagsabgeordnete, ehemalige hessische NPD-Funktionär und *Deutsche Stimme*-Redakteur Jürgen W. Gansel (Historiker, Jahrgang 1974) proklamierte eine „Dresdner Schule“, die ein intellektuelles Gegengewicht zur neomarxistisch geprägten, „volks- wie staatzersetzenden BRD-Nomenklatura“ bilden, die Auseinandersetzung mit dem „Imperium Americanum“ führen und die durch eine „irrwitzige Vergangenheitsbewältigung“ neurotisierten Deutschen von der „Schuld knechtschaft“²⁹⁾ befreien werde. Die Konzentration aus dem Westen stammender NPD-Führungskader in Dresden sorgte im Landesverband für Unmut und war einer der Gründe, die im Dezember 2005 den Austritt dreier Abgeordneter (Klaus Baier, Mirko Schmidt und Jürgen Schön) aus der NPD-Fraktion bewirkten. Neben finanz- und personalpolitischen Fehlentscheidungen wurde der „Hitlerismus“ der NPD-Führung ins Feld geführt.³⁰⁾

Trotz geringerer Mitgliederzahl verfügte die NPD über mehr kampagnefähige Landesverbände als ihre Konkurrenten im „nationalen Lager“ und wies insbesondere im Osten ein ausgesprochen jugendliches Sozialprofil auf.³¹⁾ Sie nutzte zahlreiche öffentliche Demonstrationen (wie anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes am 8. Mai in Berlin), um sich als politischer Motor einer „Volksfront von rechts“ unter Einschluß neonationalsozialistischer Kameradschaften zu präsentieren. Die bei Wahlen kooperationswillige DVU trat „auf der Straße“ demgegenüber kaum in Erscheinung; am 4. Februar bekräftigte sie ihre Haltung „Ja zum Grundgesetz – Knallhart gegen Gewalt – Nein zu Nazismus und Neonazismus“.³²⁾ Das Spannungsverhältnis zwischen dieser Aussage und dem „Volksfront“-Konzept der NPD führte im Jahr 2005 nicht zu ernststen Konflikten zwischen beiden Parteien. Der DVU-Mitgliederschwund deutet allerdings darauf hin, daß die wegen ihrer kostspieligen Wahlkämpfe hoch verschuldete, „in der Fläche“ weithin nicht präsekte Partei einem Erosionsprozeß unterlag.³³⁾

27 Vgl. Rede des NPD-Abgeordneten Jürgen W. Gansel in der 8. Sitzung des Sächsischen Landtages am 21. Januar 2005.

28 Vgl. auch Franziska Brech, Ein halbes Jahr NPD im sächsischen Landtag. Personen – Arbeitsstil – Entwicklungsperspektiven, Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 147, Sankt Augustin, Juli 2005.

29 Jürgen W. Gansel, Frankfurt war gestern, Dresden ist heute – Denk- und Politikschule einer selbstbewußten Nation, http://www.sachsen.npd.de/npd_sa_startseiten/aktuell.html (3. Mai 2005). Siehe dazu Eckhard Jesse, Dokumentation 2005, in diesem Band.

30 Vgl. VSB Sachsen 2005, S. 34 f.

31 Vgl. nur Henrik Steglich, Die sächsische NPD und der Landtagswählerfolg vom 19. September 2004, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 17, Baden-Baden 2005, S. 142-159; ders., Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wählerfolgs 2004, Göttingen 2005.

32 DVU-Pressemitteilung vom 4. Febr. 2005, <http://www.dvu.de> (23. Aug. 2005).

33 Vgl. VSB 2005, S. 99-101.

Tabelle 5: Rechtsextreme Organisationen, 2003-2005

	2003		2004		2005	
	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder
Gewaltbereite	2	10.000	2	10.000	2	10.400
Neonationalsozialisten		3.000	87	3.800	105	4.100
NPD		5.000		5.300		6.000
DVU		11.500		11.000		9.000
Sonstige	69	4.600	76	4.300	73	4.000

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2004 und 2005.

Die Partei der *Republikaner* (REP) hielt an ihrem Abgrenzungskurs gegenüber „der NPD und Neonazis“³⁴ fest. Die Mißerfolge der NPD bei den Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen³⁵ verringerten den innerparteilichen Druck auf die REP-Führung. Zugleich bemühte sie sich um eine Alternative zur NPD-„Volksfront“. Verhandlungen über Wahlsprachen mit kleinen Konkurrenzparteien wie der *Deutschen Partei* (DP) und der *Deutschen Sozialen Union* (DSU) waren nur zum Teil von Erfolg gekrönt. Eine von den Parteigremien nicht autorisierte Vereinbarung mit dem DP-Vorsitzenden Heiner Kappel führte zu dessen Amtsenthebung und zur Paralyse der Minipartei. Am 8. März teilten die REP in einer Pressemitteilung mit, der saarländische Landesvorstand der DP sei wegen des Verhaltens des DP-Bundesvorstands zu den REP übergetreten. Die Mehrzahl der DP-Mitglieder lehne jede Zusammenarbeit mit der NPD entschieden ab.³⁶ Die DSU war auf einem „Sommerkongreß“ der *Republikanischen Jugend* in Mainz-Kostheim (18./19. Juni 2005) vertreten, gemeinsam mit Repräsentanten der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) und des flämisch-regionalistischen *Vlaams Belang*.³⁷

Die REP erschienen organisatorisch geschwächt, verzeichneten auch 2005 ein Absinken ihres Mitgliederpotentials (auf rund 6.500 Ende 2005). Im nördlichen Deutschland gerieten einige Landesverbände an den Rand der Handlungsunfähigkeit. Bezeichnenderweise vermochte die Partei nur in neun Ländern (98 Kandidaten) Listen für die Bundestagswahl aufzustellen. Innerparteiliche Kritiker, die einen Richtungswechsel forderten, blieben aber in der Minderheit. So konnte sich die nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Uschi Winkelsetz gegen die Verfasser einer „Dortmunder Erklärung“

34 Vgl. nur REP-Pressemitteilung vom 8. Februar 2005, <http://www.rep.de/index> (31. August 2005).

35 Vgl. den Beitrag von Eckhard Jesse, Wahlen 2005, in diesem Band.

36 Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern, Verfassungsschutz-Informationen Bayern, 1. Halbjahr 2005, München 2005, S. 30-32.

37 „Sommerkongreß der freiheitlichen Jugend: Republikaner suchen neue Wege“, REP-Pressemitteilung 35 vom 14. Juni 2005.

durchsetzen. Die Delegierten des Landesparteitags in Herne (30. Oktober) wählten sie mit knapp 70 Prozent der Stimmen erneut.³⁸

Tabelle 4: REP-Mitgliederentwicklung, 1989-2005

1989	25.000	1995	16.000	2001	11.500
1990	20.000	1996	15.000	2002	9.000
1991	17.000	1997	15.500	2003	8.000
1992	20.000	1998	15.500	2004	7.500
1993	23.000	1999	14.000	2005	6.500
1994	20.000	2000	13.000		

Quelle: Gerundete Parteiangaben; Verfassungsschutzberichte.

Das Personenpotential der Neonationalsozialisten stieg bis Ende 2005 auf etwa 4.100 Aktivisten, organisiert überwiegend in rund 160 sogenannten „Kameradschaften“. Sie wiesen meist keine differenzierte Gruppenstruktur auf. Wo dies dennoch der Fall war, griffen die Behörden in einigen Fällen auf das Instrument des Vereinigungsverbots zurück. Dies betraf die Kameradschaften *Tor Berlin*, *Berliner Alternative Süd-Ost* (Berlin) sowie *Hauptvolk* und deren Untergliederung *Sturm 27* (Brandenburg).³⁹ Ermittlungen gegen die *Kameradschaft Westerwald* (Rheinland-Pfalz) wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung führten zu Festnahmen und mehreren Verurteilungen durch das Landgericht Koblenz.⁴⁰ Stärker entwickelte Organisationsstrukturen wies die *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.* (HNG; Ende 2005: 600 Mitglieder) auf, die in der „Szene“ eine wichtige integrierende Funktion erfüllte, sich aber im wesentlichen auf die Betreuung mit dem Strafrecht in Konflikt geratener Rechtsextremisten beschränkte.⁴¹

Gegen Mitglieder zweier Gruppierungen wurden 2005 Urteile wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verhängt.⁴² Am 7. März verurteilte das Brandenburgische Oberlandesgericht Mitglieder des *Freikorps Havelland* zu mehrjährigen Jugendstrafen. Mit gezielten Brandschlägen hatten sie ausländische Imbißbuden-Besitzer einschüchtern und zur Geschäftsaufgabe zwingen wollen. Am 5. April und 4. Mai ergingen die Urteile des Bayerischen Obersten Landesgerichts gegen Angehörige des inneren Führungszirkels der Münchener *Kameradschaft Süd*, die einen Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung des geplanten Jüdischen Gemeindezentrums befürwortet und aktiv unterstützt hatten.

38 „Uschi Winkelsett ist und bleibt Landesvorsitzende“, Pressemitteilung der REP Nordrhein-Westfalen, 2. Nov. 2005; VSB Nordrhein-Westfalen 2005, S. 45.

39 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres/Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Lagebild Rechtsextremismus in Berlin, Berlin, Dezember 2005, S. 2; VSB Brandenburg 2005, S. 54;

40 Vgl. VSB Rheinland-Pfalz 2005, S. 24.

41 Vgl. VSB 2005, S. 67.

42 Vgl. ebd., S. 53 f.

Tabelle 6: Gesetzesverletzungen mit rechtsextremem Hintergrund, 2003-2005

	2003	2004	2005
Tötungsdelikte	7	6	2
Sprengstoffanschläge	0	2	3
Brandanschläge	24	37	14
Körperverletzungen	637	640	816
Raubüberfälle	12	9	23
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	73	69	85
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	2	6	9
Freiheitsberaubung	2	2	0
Erpressung	2	5	6
Gewalttaten insgesamt	759	776	958

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2004 und 2005.

Das Gros der rechtsextrem/fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten (insgesamt 958 gegenüber 776 im Jahr 2004) entfiel unverändert auf jugendliche Täter aus der *Skinhead*-Subkultur. Diese handelten zumeist spontan, ohne planerischen Vorlauf, oft unter Alkoholeinfluß. Nur wenige Gruppierungen wiesen festere Organisationsstrukturen auf. Mitglieder der im Jahr 2000 verbotenen Vereinigung *Blood & Honour* unterhielten auf regionaler Ebene weiterhin Kontakte. Die internationale Vereinigung der *Hammerskins* mit rund 100 Mitgliedern trat lediglich mit einigen von ihr organisierten *Skinhead*-Konzerten in Erscheinung. Die Zahl der (oft unter konspirativen Bedingungen organisierten) Musikveranstaltungen stieg gegenüber dem Jahr 2004 nochmals um etwa 40 Prozent.⁴³ Wegen der integrativen Wirkung des gemeinsamen Musikkonsums kam ihnen unverändert hohe Bedeutung für den Szene-Zusammenhalt zu. Rund 50 Prozent der etwa 10.000 gewaltbereiten Rechtsextremisten agierten in den östlichen Bundesländern, wo zudem in Relation zum Bevölkerungsanteil weitaus mehr Gewalttaten registriert wurden als in den westlichen.⁴⁴

4. Politisch-religiöser Fundamentalismus

Im Bereich des politisch-religiösen Fundamentalismus richtete sich die Aufmerksamkeit auch im Jahr 2005 in erster Linie auf die Aktivitäten gewalttätiger islamistischer

⁴³ Vgl. ebd., S. 59.

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 32, 56.

Gruppierungen.⁴⁵ Vor allem die Ereignisse in London führten der breiten Öffentlichkeit die Bedrohung auch der europäischen Staaten schonungslos vor Augen.⁴⁶ Die von vier Selbstmord-Attentätern, in Großbritannien geborenen islamischen Extremisten, in drei U-Bahn-Zügen und einem City-Bus zur Detonation gebrachten Sprengsätze töteten 56 Menschen und verletzten mehr als 700 zum Teil schwer. Zwei Wochen später, am 21. Juli, blieben weitere Opfer nur deshalb aus, weil die von einer anderen Terrorgruppe gelegten Bomben ihre Wirkung verfehlten. Als Verbündeter der USA im „War on Terrorism“ stand das Vereinigte Königreich im Fadenkreuz der „Djihadisten“. Der Irak blieb 2005 Brennpunkt des islamistischen Terrorismus. Die *Al Qaida für den Djihad im Zweistromland* („Tanzim Qaidat al-Jihad fi Bilad al-Rafidayn“) schockierte die internationale Öffentlichkeit mit Geisel-Hinrichtungen vor laufender Kamera und setzte ihre Angriffe gegen die Koalitionsstreitkräfte und die schiitische Bevölkerung des Irak mit unverminderter Intensität fort.⁴⁷ Der Antiterrorkampf der US-Regierung und ihrer Verbündeten führte im Jahr 2005 keineswegs zu einer Verringerung der Bedrohung durch gewalttätige Islamisten. Der engere Kreis der *Al Qaida* um Osama Bin Laden, der in den „Tribal Areas“ des afghanisch-pakistanischen Grenzgebiets oder in schwer kontrollierbaren Städten wie Karatschi vermutet wurde, blieb jedoch auf freiem Fuß.⁴⁸ Professionellen Beobachtern erschien die Handlungsfähigkeit der international lose vernetzten, in zahlreichen Ländern agierenden Zellen nicht wesentlich eingeschränkt.

In Deutschland nutzte die Gruppe um den Statthalter der *Al Qaida im Zweistromland*, Abu Musab az-Zarqawi, eine ungeschützte Website zur Verbreitung ihrer Propaganda. Auf diese Weise wurde eine Ausgabe des Magazins „Thurwar As Sanam“ („der Kamelhöcker“) mit Informationen über die Einschätzung des Kampfes der „Mudjahedin“ im Irak und den letzten Willen eines Selbstmordattentäters öffentlich zugänglich gemacht.⁴⁹ Im Dezember erhob der Generalbundesanwalt Anklage gegen zwei in Deutschland lebende mutmaßliche *Al Qaida*-Mitglieder. Einem der Beschuldigten wurde vorgeworfen, er habe versucht, nukleares Material zu beschaffen oder zu vermitteln. Gemeinsam mit dem anderen Angeklagten habe er überdies eine Betrugsserie zum Nachteil mehrerer Versicherungsunternehmen geplant, um finanzielle Mittel für *Al Qaida* aufzutreiben.⁵⁰

45 Vgl. auch zum Folgenden den Beitrag von Armin Pfahl-Traugher, Gefahrenpotential gewaltorientierter Islamisten, in diesem Band.

46 Vgl. US Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism, Country Reports on Terrorism 2005, Washington D.C. 2005, S. 123.

47 Vgl. VSB 2005, S. 203.

48 Vgl. Ulrich Schneckenberger, Gewaltorientierter Islamismus, Guido Steinberg, Entwicklungstendenzen im militanten Islamismus, beide in: Senatsverwaltung für Inneres/Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Islamismus. Diskussion eines vielschichtigen Phänomens, Berlin 2005, S. 33-43, 44-59.

49 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutz aktuell, Nr. 7, Stuttgart 2005, S. 3.

50 „Generalbundesanwalt erhebt Anklage gegen Mitglieder und Unterstützer der Al Qaeda“, Pressemitteilung des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof Nr. 25 vom 6. Dez. 2005.

Auch wenn sich die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem auf terroristische Formen des Islamismus richtete, rechneten die Verfassungsschutzbehörden das Gros der in Deutschland lebenden Islamisten (Ende 2005: 32.100) gewaltfrei agierenden Vereinigungen zu. Insgesamt handelt es sich um eine kleine Minderheit der Muslime. Das Spektrum der für eine „islamische Ordnung“ – in welcher Form auch immer – gewaltfrei eintretenden Aktivisten war wie in den Vorjahren breit gefächert. Anhänger einer strengen Anwendung des „islamischen Rechts“ in allen Lebensbereichen fanden sich ebenso wie stärker kompromißorientierte, Prozesse sozialer und politischer Akkulturation durchlaufende Formationen.

Unter den gewaltfreien islamistischen Vereinigungen ragte die *Islamische Gemeinschaft Milli Görüş* (IGMG) wegen der großen Zahl ihrer Moscheevereine und einer Vielzahl angegliederter Organisationen im In- und Ausland hervor. In welchem Maße die von Osman Döring geleitete IGMG mit ihren unverändert rund 26.000 Mitgliedern (Ende 2005) auch unter dem Druck der Ereignisse vom 11. September 2001 einen Prozeß der Mäßigung durchlaufen hatte und wie umfangreich das extremistische Potential noch war, wurde unterschiedlich beurteilt. Der Anthropologe Werner Schiffauer, der die Organisation wie kaum ein anderer in ihrer inneren Entwicklung erforscht hat, konstatierte zum einen die Persistenz einer für den „Gottesstaat“ eintretenden Strömung, zum anderen das Eintreten der „Organisationsspitze“ für einen „offenen Islam“.⁵¹ Der Verfassungsschutz ging in seinen Analysen, die sich insbesondere auf eine Auswertung der türkischen, in Deutschland verbreiteten Tageszeitung *Millî Gazete* und deren Herstellungsweise stützen, vom unverändert dominierenden Einfluß des türkischen Politikers Necmettin Erbakan aus und der von diesem verfolgten großtürkisch-islamistischen Ziele.⁵² Ein Einschwenken von Teilen der Organisation auf den gemäßigten Kurs des amtierenden türkischen Ministerpräsidenten Erdogan dürfte für die Zukunft nicht unwahrscheinlich sein.

Tabelle 7: Islamistische Organisationen, 2003-2005

	2003	2004	2005
IGMG	26.500	26.500	26.500
Kalifatsstaat	800	750	750
MB	1.300	1.300	1.300
Hizb Allah	800	850	900
HAMAS	300	300	300
Gesamtmitgliederzahl	30.950	31.800	32.100

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2004 und 2005.

51 Werner Schiffauer, Die „Kaplan“-Gemeinde und die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş“ – Zur inneren Dynamik des Islam in Deutschland, in: Senatsverwaltung für Inneres/Abteilung Verfassungsschutz (FN 45), S. 79-97, hier S. 91.

52 Vgl. VSB 2005, S. 213-219.

Einheitlichkeit im Urteil bestand mit Blick auf die 2001 verbotene Vereinigung *Kalifats-staat*, die für die Wiedererrichtung eines nach den Geboten der „Scharia“ geordneten Kalifats auch mit gewaltsamen Mitteln vorgegangen war. Der Verfassungsschutz bezifferte die Zahl der Anhänger Ende 2005 – gegenüber 2004 unverändert – auf 750.⁵³ Die Polizeibehörden führten 2005 Durchsuchungen und Beschlagnahmungen in zahlreichen Objekten von Kaplan-Anhängern durch.

Die mitgliederstärkste islamistische Gruppierung nach der IGMG bildeten die in Deutschland lebenden Anhänger (*Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.*, IGD) der *Muslimbruderschaft* (MB) mit Zentren in mehreren deutschen Großstädten. Die IGD verurteilte die Londoner Anschläge scharf.⁵⁴

Die 1988 aus der MB hervorgegangene palästinensische *HAMAS* („Islamische Widerstandsbewegung“) war nach Informationen des israelischen Außenministeriums auch im Jahr 2005 – trotz der im Vorfeld der palästinensischen Parlamentswahlen vom Januar 2006 erklärten Waffenruhe – an terroristischen Aktivitäten wie dem Anschlag auf den Busbahnhof in Beer-Sheba (August) und der Entführung und Ermordung des Jerusalemer Geschäftsmannes Sasson Nuriel beteiligt.⁵⁵ Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Anschläge allerdings stark zurück. Die Aktivitäten der unverändert rund 300 in Deutschland lebenden HAMAS-Anhänger beschränkten sich auf die Sammlung von Spendengeldern und die Teilnahme an Kundgebungen zum Nahost-Konflikt. Gegen Spendensammelvereine gingen die Sicherheitsbehörden mit Exekutivmaßnahmen vor.⁵⁶

2005 setzte die vom Iran unterstützte schiitisch-islamistische *Hizb Allah* nach Informationen israelischer Sicherheitsexperten ihre Bemühungen in den palästinensischen Gebieten und in Israel fort – insbesondere mit dem Ziel, die Revitalisierung des diplomatischen Prozesses zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde zu vereiteln.⁵⁷ In Deutschland verhielten sich die rund 900 Anhänger weitgehend passiv.⁵⁸ Gleiches galt für eine Reihe anderer, in der Vergangenheit in Erscheinung getretener Gruppierungen aus Ländern wie Algerien und Jordanien, die angesichts der öffentlichen Sensibilität für islamistische Gefahren in besonderer Weise um Unauffälligkeit bemüht waren.

53 Vgl. ebd., S. 231.

54 Vgl. ebd., S. 221.

55 Vgl. Israel Ministry of Foreign Affairs, Terrorism Review 2005, <http://www.mfa.gov.il/MFA/Terrorism-+Obstacle+to+Peace/Terrorism+and+Islamic+Fundamentalism-/2005+Terrorism+Review.htm> (2. Aug. 2006).

56 Vgl. VSB 2005, S. 219 f.

57 Vgl. Israel Ministry of Foreign Affairs, Hizbullah attacks along Israel's northern border, may 2000 – june 2006, <http://www.mfa.gov.il/MFA/Terrorism-+Obstacle+to+Peace/Terrorism+from+Lebanon-+Hizbullah/Incidents%20along%20Israel-Lebanon%20border%20since%20May%202000> (10. Aug. 2006).

58 Vgl. VSB 2005, S. 215.

5. Vergleich und Ausblick

Islamistische ebenso wie rechts- und linksextreme Gewalttäter bedrohten im Jahr 2005 die innere Sicherheit Deutschlands, stellten im politischen Kräftefeld jedoch nur marginale Größen dar. Hier übten die wahlpolitisch-legalistischen Formationen an beiden Flügeln des politischen Spektrums den weitaus größeren Einfluß aus. Die Ereignisse des Jahres 2005 brachten eine Stärkung des linken Flügels: Eine unter neuer Führung innerparteilich stabilisierte PDS suchte angesichts unzureichender Wahlchancen im Westen die Kooperation mit der als Partei neu konstituierten, vom Protest gegen die Reformpolitik der rot-grünen Regierung profitierenden WASG. Die Befürworter des im Mai eingeleiteten Fusionsprozesses wurden durch den Wahlerfolg bei der vorgezogenen Bundestagswahl bestärkt. Die Heterogenität der beiden Partner, die Unterschiedlichkeit der östlichen und westlichen Milieus und der in beiden Formationen wirksame Konflikt zwischen pragmatisch-kompromißorientierten und ideologisch-dogmatischen Gruppierungen legten aber bereits in den ersten Wochen nach dem Wahlsieg die Voraussetzungen und Grenzen gedeihlichen Zusammenwachsens offen. Am rechten Flügel wurden die 2004 geweckten Erwartungen enttäuscht. Vor allem wegen ihres leistungsfähigen Parteiapparats und des vergleichsweise jugendlichen Profils im Osten konnte die NPD neben der DVU ihre Stellung als aussichtsreichster Akteur behaupten, während die REP weiter an Boden verloren.

Mit Blick auf das Jahr 2005 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde der Fusionsprozeß von *Linkspartei.PDS* und WASG weiterschreiten? Oder war mit einer Eskalation von Konflikten innerhalb beider Formationen zu rechnen? Würde es der NPD auch im Falle weiterer Wahlniederlagen gelingen, die militant-jugendlichen Subkulturen ebenso einzubinden wie die auf Protestwahlverhalten zielende DVU? Welche Auswirkungen waren von der Enttäuschung hochgesteckter Erwartungen auf die gewaltorientierten „Szenen“ zu erwarten? Und schließlich: Würde Deutschland wie andere europäische Staaten zur Zielscheibe des internationalen islamistischen Terrorismus?

Dokumentation 2005

Von Eckhard Jesse

1. Präsentation

Der junge NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel war es, der am 21. Januar 2005 in einer von der eigenen Partei beantragten Aktuellen Stunde („Verhalten der Sächsischen Staatsregierung und des Landtages zu Erinnerungs- und Gedenkveranstaltungen zum 60. Jahrestag der anglo-amerikanischen Terrorangriffe auf die sächsische Landeshauptstadt Dresden“) das Wort vom „Bombenholocaust“ in den Mund genommen und damit einen Eklat ausgelöst hatte.

Jürgen Gansel, geboren 1974 in Opladen, schloß das Studium der Geschichte und der Politikwissenschaft mit dem Magister ab. Er trat 1998 der NPD bei und war von 2001 bis 2004 Redakteur der Parteizeitung „Deutsche Stimme“. Das Mitglied im NPD-Parteivorstand sitzt seit dem Herbst 2004 im Sächsischen Landtag und gehört zu den Hardlinern der NPD. Als drei Abgeordnete die NPD-Fraktion Ende des Jahres 2005 verlassen hatten, sah er die Ursachen in Machenschaften des Verfassungsschutzes. In einer von der NPD beantragten Debatte über „Geheimdienstmachenschaften gegen die Opposition in Sachsen?“ beendete er seine Rede mit den folgenden Sätzen: „Meine Damen und Herren der Blockparteien! Auch die BRD wird noch ihren verdienten November 1989 erhalten. Auf diesen bundesdeutschen Stasi-Staat, der keine Demokratie, sondern deren Karikatur ist, spucke ich.“¹

Am 3. Mai 2005 hatte Gansel vollmundig eine „Dresdner Schule“ als eine Art Gegengewicht zur „Frankfurter Schule“ ins Leben gerufen. Seine Erklärung zu „Wesen und Wollen der Dresdner Schule“, die auch das Wort „Blockparteien“ enthielt, ist gekennzeichnet von aggressiver Polemik wie maßloser Selbstüberschätzung. „Mit der ‚Dresdner Schule‘, deren Entstehungsimpuls der Landtagseinzug der sächsischen Nationaldemokraten im Jahr 2004 war, hat sich diese Front gegen die herrschenden Volks- und Staatsabwickler aufgebaut. Um die Landtagsfraktion der sächsischen Nationaldemokraten herum ist ein Personengeflecht entstanden, das gleichermaßen von jugendlichem Idealismus, sprühendem Geist und fundamentalem politischen Veränderungswillen getragen wird. Dabei strahlt die Denk- und Politikschule schon jetzt weit über das klassische ‚nationale Lager‘ hinaus und erhält geistige Zuarbeit aus denkenden Kreisen, die das Establishment in seiner Realitätsblindheit noch fest an seiner Seite wähnt. Es ist etwas im Entstehen begriffen, dem die geistlos, korrupt und feige gewordenen Nachkommen der Frankfurter Schule nicht gewachsen sind: der organi-

1 Sächsischer Landtag, Plenarprotokoll 4/41 v. 26. Januar 2006, S. 3176.

sierten Intelligenz einer selbstbewußten deutschen Nation!“ Mit der Realität hat das Gerede von der „Denk- und Politikschule“ nichts zu tun. Der Vorwurf der „Realitätsblindheit“ fällt auf den Urheber zurück.

Gansel begründet den aus seiner Sicht notwendigen „grundlegenden weltanschaulichen Paradigmenwechsel“ jeweils mit einem Zitat einer Autorität, die aus unterschiedlichen politischen Lagern stammt (Friedrich Engels, Henning Eichberg, Abraham Lincoln, Hans Zehrer, Arthur Moeller van de Bruck, Henry de Montherlant, Johannes Groß). Der Text ist so angelegt, daß jeweils der Kritik der „Frankfurter Schule“ die Zielrichtung der „Dresdner Schule“ folgt. Gansel versteht seine von Elementen der Verschwörung wahrlich nicht freie Erklärung als Kampfansage an den „Neomarxismus“ wie an den „Liberalkapitalismus“. Die Dresdner Schule strebe die Überwindung des „liberalkapitalistischen Systems“ an, einen „dritten Weg“ zwischen „Kommunismus und Kapitalismus“. Gansel begreift Demokratie im Sinne einer „Identität von Regierten und Regierenden“. Offenkundig schöpft er bei seiner Ablehnung des Liberalismus reichhaltig aus dem marxistischen Ideenarsenal. Die Zahl der bewußt gewählten Schimpfkanonaden Gansels ist Legion: „Frankfurter Giftküche“, „charakterlich und geistig verlumpte Klasse“, „volks- und staatszersetzende BRD-Nomenklatura“, „massive Landnahme durch ultra- und rassefremde Menschen“, „Umvolkungspolitik“, „ethno-kulturelle Kastraten“, „gleichgeschaltete Krämerzivilisation“, „Konsumzombis“, „völkerverschlingender Globalismus“, „Klammergriff der Blockparteien“, „Wohl der Plutokraten“, „Asozialität der Gegenwartsverhältnisse“, „anarchoide Freiheits- und Emanzipationslosungen“, „Zersetzungsarbeit“, „menschliche Sozialatome“, „nihilistische Endzeitgesellschaft“, „Billardkugel-Gesellschaft des Westens“, „Frankenstein-Konzept des ‚nation-building‘“, „vasallitische BRD“, „Globalisierungsraubzüge“, „American Way of Death“, „postnationales Disney-Land mit infantilisierten Konsumidioten“, „identitätskastrierte Gegenwartskrüppel“, „Giftsaat der Frankfurter Geschichtsinquisitoren“. Mit diesen Signalworten will Gansel provozieren und geballte Aufmerksamkeit erzielen. Dies ist ihm teilweise auch gelungen. Immer wieder fallen Medien auf das Getöse von Repräsentanten der NPD herein und überschätzen deren Einfluß.²

In der Tat gehören seit dem Erfolg der Partei bei den Wahlen in Sachsen einige Intellektuelle wie Andreas Molau und Karl Richter zu den Beratern der NPD-Fraktion. Richter, der Leiter des parlamentarischen Beratungsdienstes der NPD und vormaliger Redakteur von „Nation & Europa“, war es dann auch, der klarer als Gansel und weniger polemisch die Absichten der „Dresdner Schule“ zu verdeutlichen suchte. Seine Kritik an der „Frankfurter Schule“ und am „Konsens der Demokraten“ (die Anführungszeichen stammen von Richter) schlug sich in sechs Punkten nieder³: Richter wandte sich erstens gegen das egalitär-behavioristische Welt- und Menschenbild, sprach zwei-

2 Vgl. etwa: <http://www.stern.de/politik/deutschland/5403002.html?nv=cb> (1. Juli 2006).

3 Vgl. http://sachsen.npd.de/npd_sa_info/aktuell/2005/die_dresdner_schule_-_anspru.html. (1. Juli 2006).

tens von einer „Menschenrechts-Lüge“, drittens von einer Absage an „Fun-Gesellschaft“ und „Extrem-Liberalismus“. Viertens votierte er für Abstammungsgemeinschaft (statt einer multikulturellen Gesellschaft), fünftens prangerte er die „Souveränitäts-Lüge“ an, sechstens machte er sich für eine Reform des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik Deutschland stark. Dieser letzte Punkt fiel vor dem Hintergrund der sonstigen versteigerten Positionen geradezu bieder aus.⁴

Die praktische Auswirkung der „Dresdner Schule“ ist kaum spürbar.⁵ Das bereits im April 2005 ins Leben gerufene „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität“, das die Denkansätze der „Dresdner Schule“ popularisieren sollte, machte nicht von sich reden. Von NPD-Hochschulgruppen ist an sächsischen Universitäten nichts bekannt. Der „Kampf um die Köpfe“ erwies sich wieder einmal als Propagandamanöver: Die Dresdner Schule ist „in erster Linie Wortgeklingel“⁶. Dagegen verkaufte die NPD die „Dresdner Schule“ als großen Erfolg.⁷

2. Dokumentation

Erklärung des Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel zu Wesen und Wollen der „Dresdner Schule“:

„Frankfurt war gestern, Dresden ist heute – Denk- und Politikschule einer selbstbewußten Nation“

Das heutige BRD-Establishment in Politik, Medien und Kulturbetrieb ist das geistige Deformationsprodukt der Frankfurter Schule. Diese Schule, deren räumliches Zentrum das Frankfurter Institut für Sozialforschung war, verband in ihrer „Kritischen Theorie“ neomarxistisches und neofreudianisches Gedankengut und zielte auf die radikale Umgestaltung und absichtsvolle Zerstörung des deutschen Gemeinschaftslebens. Verbrämt mit scheinhumanitären Forderungen nach „Demokratisierung“ und „Emanzipation“ führte die Frankfurter Schule einen Generalangriff auf das Volks-, Staats- und Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Die ideologischen Zutaten und Rezepte lagen bereits vor, als die Remigranten Max Horkheimer und Theodor Wiesengrund Adorno die Frankfurter Giftküche 1950 wiedereröffneten, um die deutsche Geisteslandschaft im

4 Zur Kritik der sechs Punkte vgl. Eckhard Jesse, Extremismus in Sachsen. Ist unsere Demokratie in Gefahr?, Dresden 2005, insbes. S. 16-19.

5 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005, Dresden 2006, S. 34.

6 So Annette Rammelsberger, Intellektuelle Glimmstengel. Die „Dresdner Schule“ als Gegenmodell zu Adorno und Marcuse, in: Das Parlament v. 7. November 2005.

7 Vgl. etwa: Roland Bau, „Kampfansage an die liberale Demokratie“. Die Ideenschmiede der NPD-Fraktion sorgt weiter für Unruhe und findet auch in Frankreich Interesse, in: Deutsche Stimme, 1/2005, S. 17. – Der Abdruck der Erklärung ist der Homepage der NPD entnommen. Vgl. http://sachsen.npd.de/npd_sa_info/aktuell/2005/erklarung_des_landtagsabgeordn.html (1. Juli 2006).

Sinne der alliierten Umerzieher gründlichst umzupflügen, d.h. ein für allemal zu entnationalisieren. Die Chefköche brauchten in dem von Unsicherheit, geistiger Leere und Identitätsverlust geprägten Nachkriegsdeutschland nicht einmal zwei Jahrzehnte, um eine ganze Studentengeneration mit ihrem Ideologiefraß zu füttern, ja fast zu mästen. Die Achtundsechziger, und damit die charakterlich und geistig verlumpfte Klasse, welche die Schaltstellen in Politik, Medien und Kulturbetrieb besetzt hat, sind die Ziehsöhne ebendieser Frankfurter Schule. So konnte der Schuld- und Sühnejakobiner Jürgen Habermas („Ich selbst bin ein Produkt der ‚reeducation‘, und ich hoffe, kein allzu negatives.“) zum „Philosophenkönig“ der 68er-Republik und der Linkskriminelle Joschka Fischer („Ich lernte, in der Gewalt zu leben, mit ihr – erfolgreich! – umzugehen und mich psychisch total darauf auszurichten“, zitiert nach „Spiegel“ Nr. 05/2001) zum Polit-Liebling des postnationalen Homo bundesrepublicanus aufsteigen. Wer den politischen Kampf gegen die volks- wie staatzersetzende BRD-Nomenklatura aufnehmen will, muß die Frankfurter Schule als deren Ideengeberin erkennen und eine geistig-politische Gegenfront aufbauen. Mit der „Dresdner Schule“, deren Entstehungsimpuls der Landtagseinzug der sächsischen Nationaldemokraten im Jahr 2004 war, hat sich diese Front gegen die herrschenden Volks- und Staatsabwickler aufgebaut. Um die Landtagsfraktion der sächsischen Nationaldemokraten herum ist ein Personengeflecht entstanden, das gleichermaßen von jugendlichem Idealismus, sprühendem Geist und fundamentalem politischen Veränderungswillen getragen wird. Dabei strahlt die Denk- und Politikschule von Dresden schon jetzt weit über das klassische „nationale Lager“ hinaus und erhält geistige Zuarbeit aus denkenden Kreisen, die das Establishment in seiner Realitätsblindheit noch fest an seiner Seite wähnt. Es ist etwas im Entstehen begriffen, dem die geistlos, korrupt und feige gewordenen Nachkommen der Frankfurter Schule nicht gewachsen sind: der organisierten Intelligenz einer selbstbewußten deutschen Nation!

Die Neubegründung der Deutschen als selbstbewußte Nation verlangt nach grundlegenden weltanschaulichen Paradigmenwechseln:

„Wir wollen aufhören, die Narren der Fremden zu sein und zusammenhalten zu einem einigen, unteilbaren, starken, freien deutschen Volk.“ (Friedrich Engels)

Die „Dresdner Schule“ sagt den Multikulturalisten und Umvolkern den politischen Kampf an. Die durch die Frankfurter Schule injizierte nationale Selbstverachtung ist der Dünger für eine bizarre Ausländertümelei und Fernstenliebe, welche die Fremden letztlich aber nicht ihrer selbst wegen schätzt, sondern nur in ihrer Eigenschaft als Zerstörer Deutschlands und Verdränger der Deutschen. Hier schließt sich der Kreis nationalen Selbsthasses als Resultat der psychologischen Kriegsführung zuerst der alliierten Umerzieher und dann der Frankfurter Schule gegen das deutsche Volk.

Die Ideologen des Multikulturalismus fördern mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die massive Landnahme durch kultur- und rassefremde Menschen, die die Deutschen zu den Indianern des 21. Jahrhunderts machen wird. So prognostiziert der

Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie, der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg, daß die Deutschen in der Altersgruppe der unter 40-Jährigen in den westdeutschen Großstädten schon ab dem Jahr 2010 in der Minderheit sein werden. In Berlin-Kreuzberg gibt es mit der Eberhard-Klein-Oberschule bereits die erste Schule, die kein einziges deutsches Kind mehr besucht. Die Masseneinwanderung zerstört zudem die wirtschaftlichen wie ideellen Voraussetzungen des deutschen Sozialstaates, der ohne eine strikte Begrenzung der Teilnahmeberechtigten und ohne nationale Solidaritätsempfindungen nicht existenzfähig ist. Die Deutschen müssen sich zwischen Sozialstaat und Einwanderungsstaat entscheiden – einen Mittelweg gibt es nicht! Politik, die zu multiethnischen Zuständen führt, ist verbrecherisch, weil sie den Weg in den Ethno-suizid ebnet und den Deutschen ihr Heimatrecht im angestammten Lebensraum abspricht. Die Umvolkungspolitik reißt aber auch die Ausländer aus ihren volklichen Lebensgemeinschaften heraus und entfremdet sie ihrer eigenen Heimat, Herkunft und Identität. Am Ende dieser planvollen Multikulturalisierung steht eine Masse von ethno-kulturellen Kastraten, die zu einer erbärmlichen Existenz als Wanderer zwischen den Welten verdammt sind. Dagegen erhebt die „Dresdner Schule“ mit aller Entschiedenheit das Wort: Deutschland hat das Land der Deutschen zu bleiben und dort, wo dies nicht mehr der Fall ist, wieder zu werden.

*„Wer von den Völkern nicht reden will, soll von den Menschen schweigen.“
(Henning Eichberg)*

Die Frankfurter Schule erkannte zwar die „Dialektik der Aufklärung“, also den Umschlag des universalkapitalistischen Fortschrittsprozesses in die Unfreiheit einer verwalteten Welt. Sie wollte aber nicht das Gefahrenpotential der heraufdämmernden einförmigen Weltzivilisation des Großen Geldes sehen, und zeigte einmal mehr, daß Neomarxismus und Liberalkapitalismus nur zwei Äste vom gleichen Stamm des völker- und staatenverachtenden Universalismus sind. Nirgendwo findet die One-World-Ideologie deshalb fanatischere Anhänger als bei den Tonangebern der 68er-Republik. In diesen Kreisen wird mit Genugtuung registriert, daß der Turbokapitalismus die Völker zerstört und Nationalstaaten unterhöhlt – mit umgekehrten Vorzeichen also die von Karl Marx geforderte „Verschmelzung der Nationen“ durchführt. Die Globalisten wollen das Pluriversum der Volks-, Kultur- und Religionsgemeinschaften durch das Universum einer gleichgeschalteten Krämerzivilisation ersetzen, in der es nur noch entwurzelte und identitätslose Konsumzombis gibt. Sie fördern globale Völkerwanderungen, um die Homogenität der Völker und damit die wunderbare Heterogenität der Welt in einem großen Schmelztiegel zu beseitigen. Der globalistische Entwurzelungs- und Selbstentfremdungsvorgang stellt ein weltgeschichtlich einmaliges Verbrechen am Sozial- und Kulturwesen Mensch dar: Denn wo das Volk stirbt, stirbt die Gemeinschaft; wo die Gemeinschaft stirbt, stirbt die Kultur; und wo die Kultur stirbt, verendet der Mensch. Die „Dresdner Schule“ lehnt jede Spielart des völkerverschlingenden Globalismus entschieden ab, den von „rechts“ und den von „links“, den „von oben“ und den „von unten“. Im Geiste reichen wir allen Menschen die Hand, die namens ihrer ethnischen, kulturellen

und religiösen Identität den Kampf gegen die nivellierende „McWorld“ aufgenommen haben. Völker statt One World!

*„Demokratie ist Herrschaft des Volkes, durch das Volk und für das Volk.“
(Abraham Lincoln)*

Wenngleich die Frankfurter Schule ihrem Gesellschaftsprogramm einen radikaldemokratischen Anstrich gab, widersprach die „Kritische Theorie“ aufgrund ihrer Volks- wie Staatsfeindlichkeit zutiefst dem Wesen der Demokratie. Denn Demokratie ist ihrem Sinn nach Volksherrschaft, das heißt Ethnokratie, und nicht Bevölkerungsherrschaft, also Soziokratie. Die Frankfurter Schule wollte weder ein „Volk“ – erst recht nicht das deutsche! – zur Basis des revolutionierten Gemeinwesens machen, noch überhaupt „Herrschaft“ im klassischen Sinne institutionalisieren. Ohne ein „Volk“ und dessen staatliche „Herrschaft“ gibt es aber keine Volksherrschaft! In dieser antidemokratischen, weil volks- und staatsfeindlichen Tradition stehen auch die Machthaber der 68er-Republik, die das deutsche Gemeinwohl in- und ausländischen Partikularinteressen geopfert haben und den Austausch des deutschen Staatsvolkes durch eine beliebige Mischbevölkerung betreiben. Die „Dresdner Schule“ erstrebt die Überwindung des liberalistischen Systems, in dem Parteien und Interessengruppen den Staat zum Beute- und Schacherobjekt degradiert haben und die Staatlichkeit zwischen den Mühlsteinen des pluralistischen Interessenkampfes zerrieben wird. An die Stelle des liberalen Parteienregimes will die „Dresdner Schule“ eine Volksherrschaft setzen, die diesen Namen auch verdient. Das setzt die Wiederherstellung des deutschen Staatsvolkes und des deutschen Nationalstaates als natürlichem Fundament und Instrument der Selbstregierung der Deutschen voraus. Durch Volksabstimmungen in allen nationalen Lebensfragen muß das Gemeinwesen aus dem Klammergriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen befreit werden. Dann entstünde eine wirkliche Volksherrschaft mit der demokratietheoretisch zwingend gebotenen Identität von Regierten und Regierenden.

„Die Hierarchie des Geldes muß geopfert werden, will man die Hierarchie der Werte wieder aufrichten.“ (Hans Zehrer)

Mit revolutionärem Gestus und antikapitalistischem Soziologenvokabular erweckte die Frankfurter Schule den Eindruck, ihr gehe es vorrangig um sozialere Formen des Wirtschaftens. In Wirklichkeit hatte sie keinerlei konstruktives Aufbauprogramm für eine gerechte Wirtschaftsordnung im Angebot, sondern nur ein destruktives Auflösungsprogramm für Volk, Staat, Kultur und Familie. Weil der Antikapitalismus der Frankfurter Schule keiner war, machten bei der Studentenrevolte der sechziger Jahre auch so viele wohlhabende Bürgerkinder mit, deren Hedonismus die Konsumgesellschaft nur auszu-differenzieren und der Wirtschaft neue Profitchancen zu eröffnen half. Daß Neomarxismus und Liberalkapitalismus eineiige Zwillinge sind, die sich in der Verherrlichung des Homo oeconomicus und in ihrer Staatsfeindschaft gleichen, beweisen die Ziehsöhne der Frankfurter Schule im Globalisierungszeitalter immer aufs neue. Die „Dresdner

Schule“ fordert dagegen entschieden das Primat des Politischen über das Wirtschaftliche und die Revitalisierung des interventionsfähigen National- und Sozialstaates. Das Kapital hat der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk zu dienen – und nicht umgekehrt! Der Verarmungswettbewerb der Globalisierung, in dessen Folge Arbeitsplätze in Billiglohnländer exportiert und im Gegenzug noch Lohndrücker importiert werden, ist kein Naturgesetz, sondern das Werk neoliberaler Politiker. Die „Dresdner Schule“ will zeigen, daß es Alternativen zur Allmacht des Großen Marktes gibt und Finanznomadismus, Vermögenskonzentration bei wenigen, Umwandlung aller Lebensverhältnisse in Warenverhältnisse, Staatsauflösung und Arbeitskräfteverschiebung zum Wohl der Plutokraten nicht das letzte Wort der Wirtschaftsgeschichte sein werden. Eine grundlegende Wirtschaftserneuerung aus nationalem und sozialem Geist – der Dritte Weg also zwischen Kommunismus und Kapitalismus – wird angesichts der Asozialität der Gegenwartsverhältnisse größte Anziehungskraft entwickeln.

„Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde“ (Arthur Moeller van den Bruck)

Die radikale Durchliberalisierung Deutschlands ist der wohl größte Triumph der Frankfurter Schule. Mit ihren anarchoiden Freiheits- und Emanzipationslosungen tarnte sie ihre Zersetzungsarbeit an den Fundamenten des deutschen Gemeinschaftslebens nur notdürftig. Ordnung, Autorität und Bindung wurden als protofaschistisch denunziert, obwohl sie Voraussetzung für eine Freiheit in Würde und nicht deren Fessel sind. Die Propagierung schrankenloser Pluralisierung und Selbstverwirklichung führte zur Zerrüttung des Staates, der Institutionen, der Familie und der Volksgemeinschaft. Zurück läßt diese permissive Gesellschaft eine Masse verstörter, gestörter und zerstörter menschlicher Sozialatome, denen es an jedem Halt, jeder Geborgenheit und höherer Sinnstiftung mangelt. Gegen diese 68er-Gesellschaft, die einer nihilistischen Endzeitgesellschaft gleicht, bezieht die „Dresdner Schule“ eine konsequente Gegenposition. Wir haben die Vereinzelung des Menschen durch Zerstörung aller Gemeinschaftsbande als Herrschaftsinstrument des Liberalismus erkannt, der einen brutalen, aber lautlosen Kampf aller gegen alle fördert. In der Billardkugel-Gesellschaft des Westens, in der sich die einzelnen Kugeln nur noch berühren, um sich sogleich wieder voneinander abzustößen, wird der Mensch auf sich selbst zurückgeworfen und stirbt den sozialen Tod. Zwischen den abstrakten Polen von „Mensch“ und „Menschheit“ wollen wir das Volk als gewachsene Lebens- und Solidargemeinschaft wieder in den Mittelpunkt der identitären Selbstverortung rücken. Die „Dresdner Schule“ arbeitet auf eine neue Gemeinschaftsordnung hin, in der das Freiheitsbedürfnis des Einzelnen mit dem Ordnungsbedürfnis des Ganzen in Einklang gebracht wird und Freiheit in Verantwortung, nicht Freiheit von Verantwortung, sittliche Forderung ist. Ohne ein neues Wir-Gefühl sind die Deutschen weder den drückenden Problemen im eigenen Land noch den heraufziehenden weltpolitischen Konflikten gewachsen.

„Eine Nation, die es als einzige schafft, die Intelligenz, die Sittlichkeit und die Lebensqualität des Menschen fast überall auf der Erde herabzusetzen – das hat es noch nie gegeben. Ich klage die USA an, laufend Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen.“ (Henry de Montherlant)

Das Verhältnis der Frankfurter Schule zu den USA war ein ambivalentes. Einerseits kritisierte man deren Imperialismus unter der Anleitung eines militärisch-industriellen Komplexes, andererseits verehrte man die USA als Führungsmacht der Anti-Hitler-Koalition. Vor allem dankte man ihr das Gesellschaftsmodell einer liberalistischen Einzelwillennation – garniert mit «pursuit of happiness» und Aufklärungspathos –, das 1776 mit der Unabhängigkeitserklärung in die Welt gesetzt worden war. Weil die Machthaber der 68er-Republik die One-World-Utopie teilen und das Frankenstein-Konzept des «nation building» gutheißen, steht die vasallitische BRD selbst bei offenkundigen Globalisierungsraubzügen treu an der Seite der USA. So bejubelte Jürgen Habermas 1999 den Angriffskrieg der US-dirigierten NATO auf Jugoslawien als einen «Sprung auf dem Weg des klassischen Völkerrechts der Staaten zum kosmopolitischen Recht einer Weltbürgergesellschaft». Die «Dresdner Schule» steht dem Imperium Americanum feindlich gegenüber und solidarisiert sich mit allen, die sich gegen den American Way of Death zur Wehr setzen. Wir vergessen nicht, daß Amerika wegen nackter Wirtschaftsinteressen in die beiden Weltkriege eintrat und diese gegen Deutschland entschied. Wir wissen, daß die Amerikaner die ideologischen Schöpfer und gewalttätigen Exekutoren von Multikulturalismus und Globalismus sind. Diese künstliche Einwanderernation will ihre eigene Entstehungsbedingung dem Rest der Welt aufzwingen und stürzt die gewachsenen Völker damit in Chaos und Auflösung, in Krieg und Ausbeutung. Außerdem sehen wir, daß Amerika die ganze Welt in ein postnationales Disney-Land mit infantilisierten Konsumidioten verwandeln will. In Washington und New York – ob hier etwa der Schwanz Israel mit dem Hund USA wedelt oder nicht, sei dahingestellt – sitzen daher die Todfeinde der Völker. Sein und Nichtsein der Deutschen, Europäer und aller anderen Völker hängt davon ab, ob sie den Willen und die Kraft haben, sich zu entamerikanisieren und zu renationalisieren.

„Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen.“ (Johannes Gross)

Ein Hauptanliegen der Frankfurter Schule war es, die Deutschen durch eine irrwitzige Vergangenheitsbewältigung zu neurotisieren und ihres geschichtlichen Erbes zu entfremden. Sie sollten zu identitätskarierten Gegenwartskrüppeln ohne (positive) Vergangenheit und damit auch ohne Zukunft gemacht werden. Durch den Dauereinsatz der Auschwitz-Keule – gipfelnd in dem Ausspruch Adornos, nach Auschwitz sei es barbarisch, ein Gedicht zu schreiben – wurden die Deutschen in eine Schuldknechtschaft gezwungen, die es in- und ausländischen Kreisen bis heute ermöglicht, die Deutschen moralisch zu demütigen, wirtschaftlich auszunehmen und politisch zu bevormunden.

Daß selbst noch Angehörige der dritten Nachkriegsgeneration ihr von nationalem Selbsthaß gespeistes «Deutschland verrecke!» herausbrüllen, zeigt, daß die Giftsaat der Frankfurter Geschichtsinquisitoren aufgegangen ist und die militärischen Sieger des Zweiten Weltkrieges auch noch geschichtspolitisch gewonnen haben. Die «Dresdner Schule» will den Deutschen dagegen klar machen, daß sie sich sechzig Jahre nach Kriegsende endlich des Büßerhemdes und der Narrenkappe als bisheriger Staatsmode der BRD zu entledigen haben. Der Fahrkartenschalter nach Canossa ist unwiderruflich geschlossen! Wir halten es mit Nietzsche, der feststellte: «Die Geschichte gehört (...) dem Bewahrenden und Verehrenden – dem, der mit Treue und Liebe dorthin zurückblickt, woher er kommt, worin er geworden ist; durch diese Pietät trägt er gleichsam den Dank für sein Dasein ab. Indem er das von alters her Bestehende mit behutsamer Hand pflegt, will er die Bedingungen, unter denen er entstanden ist, für solche bewahren, welche nach ihm entstehen sollen – und so dient er dem Leben.» Nur durch ein solches Geschichtsverständnis kann unser schuldkomplex-beladenes Volk seelisch wieder gesunden und werden, was es wieder werden muß: eine selbstbewußte Nation unter selbstbewußten Nationen!

Jürgen Gansel, MdL, 3. Mai 2005

Die DVU in Brandenburg – ein rechtsextremistisches Erfolgsmodell?

Von Stefan Mayer

1. Einleitung

Der rechtsextremistischen „Deutsche Volksunion“ (DVU) gelang seit ihrer Gründung im Jahr 1987 der Einzug in vier deutsche Landtage: in die Bremische Bürgerschaft (1987, 1991, 1999, 2003), in das schleswig-holsteinische (1992) und das sachsen-anhaltinische Landesparlament (1998) sowie zuletzt in den Landtag Brandenburgs (1999, 2004). Die Wahlgeschichte der DVU zeigt, daß der Parteivorsitzende, Gerhard Frey, keineswegs regelmäßig die Auseinandersetzung mit der parteipolitischen Konkurrenz suchte, sondern seine DVU lediglich zu sorgfältig bestimmten Terminen ins (Wahl-) Rennen schickte. Mit dieser ebenso bedächtigen wie ressourcensparenden Strategie galt die DVU bis zu dem überraschenden Erfolg der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) bei der sächsischen Landtagswahl 2004 (9,2 Prozent) als die bei Wahlen erfolgreichste rechtsextremistische Partei der letzten Jahre. Doch sie konnte die Wahlerfolge weder in eine dauerhafte parlamentarische Präsenz noch in zählbare politische Gestaltungserfolge ummünzen.¹ Im Laufe der Legislaturperioden kam es immer wieder zu internen Konflikten und handfesten Skandalen, die bis zum Zerfall der jeweiligen Fraktionen führten.

Gegenwärtig ist die DVU in den Landesparlamenten von Bremen und Brandenburg – in einem westdeutschen Stadtstaat und einem ostdeutschen Flächenstaat – vertreten. Dort präsentiert sie sich auf äußerst unterschiedliche Art und Weise.² Während in Bremen die aggressive ideologische Provokation eines einzelnen DVU-Abgeordneten regiert, zeigt sich die sechsköpfige DVU-Fraktion im Politik-Betrieb Brandenburgs weitgehend angepaßt.³ Der rückwärtsgewandten Agitation in Bremen steht im siebten Jahr in Potsdam ein eher biederer Politikstil gegenüber. Die brandenburgische Fraktion bildet damit eine Ausnahme in der unruhlichen Geschichte der parlamentarischen Präsenz der Partei.

1 Vgl. Jürgen Hoffmann/Norbert Lepszy, Die DVU in den Landesparlamenten: inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren, St. Augustin 1998.

2 Vgl. CDU-Stadtverordnetenfraktion Bremerhaven, 18 Jahre sind zuviel! Die DVU in der Stadtverordnetenversammlung, Positionspapier, Bremerhaven 2005; SPD-Landtagsfraktion Brandenburg, Die „Deutsche Volksunion“ (DVU), Potsdam 2005.

3 Vgl. Stefan Mayer, Provokation und Anpassung, Die DVU in den Parlamenten, in: Das Parlament vom 7. November 2005.

Die DVU in Brandenburg – ein rechtsextremistisches Erfolgsmodell?

Und auch die Wahlergebnisse des brandenburgischen DVU-Landesverbands waren bemerkenswert. Entsandten die Wähler die Frey-Partei im Jahr 1999 noch einigermaßen unerwartet mit dem knappen Ergebnis von 5,3 Prozent in den Landtag, waren ihre Wahlaussichten im Jahr 2004 bereits deutlich gestiegen. Unter den Vorzeichen einer unbeschadet überstandenen Wahlperiode vereinigte die DVU komfortable 6,1 Prozent der Wählerstimmen auf sich. Zwar erreichte sie bei weitem nicht ihr eigenes Spitzenresultat der sachsen-anhaltinischen Landtagswahl von 1998 (12,9 Prozent), dennoch gelang ihr die Wiederwahl in ein Landesparlament. Dieses Kunststück war ihr zuvor nur in Bremen geglückt. Doch damit nicht genug, der Urnengang 2004 brachte gegenüber der Vorwahl sogar einen Zuwachs in der Wählergunst.

Dabei fiel es der DVU zunächst nicht leicht, in Brandenburg überhaupt Fuß zu fassen. Nach der Wiedervereinigung 1990 begann Gerhard Frey auf der Suche nach neuen Einflußsphären, so wie viele andere rechtsextremistische Führungskader auch, mit der Ausdehnung seiner Strukturen gen Osten. Im Jahr 1991 gründete er Landesverbände in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg gelang ihm dies zunächst nicht; das Land Brandenburg wurde in einem gemeinsamen Verband von Berlin aus mitverwaltet. Erst 1993, als letzter DVU-Landesverband in Ostdeutschland, konnte durch die Loslösung von Berlin eine eigenständige Gliederung in Brandenburg aus der Taufe gehoben werden. Doch die Eigenständigkeit währte nur bis ins Jahr 1995. Es folgte die erneute Fusion mit Berlin und 1998 wiederum die Trennung.

Das vergleichsweise moderate öffentliche Auftreten der DVU und der ungewöhnliche Zugewinn an Wählerstimmen lenken den Blick auf die Gegebenheiten im Land Brandenburg. Der DVU scheint es gegenwärtig zu gelingen, das ostdeutsche Bundesland zu einem Schwerpunkt ihrer politisch-ideologischen Agitation auszubauen. Eine Landesstudie über die Frey-Partei in Brandenburg – Fraktion wie Landesverband – soll klären, ob sich dort im Laufe der Jahre ein rechtsextremistisches Erfolgsmodell herausgebildet hat. Welche Indikatoren sprechen für diese Annahme, welche dagegen? Wie ist die DVU dahin gekommen, wo sie heute steht? Unter welchen Bedingungen hat sich die Entwicklung vollzogen? Welches waren die entscheidenden, welches die günstigen und ungünstigen Faktoren? Ist der DVU in Brandenburg der Wandel von der konjunkturabhängigen Protestpartei zum etablierten Bestandteil des Parteienspektrums gelungen?

2. Beurteilungskriterien

Mit der ergebnisorientierten Wahlstrategie ihres Bundesvorsitzenden hat die DVU in Brandenburg ansehnliche Erfolge erzielt. Doch der Erfolg einer Partei läßt sich nicht nur an ihren Wahlergebnissen messen, politische Parteien sehen sich weit umfassenderen Ansprüchen gegenüber. Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, sie haben die Mitwirkung

am politischen Willenbildungsprozeß zur Aufgabe.⁴ Demnach kann der Erfolg – oder Mißerfolg – der Parteien auf zumindest drei Ebenen bestimmt werden: der organisatorischen, der ideologischen und der strategischen Ebene.

Um von einer erfolgreichen Mitwirkung und damit von einem Erfolgsmodell für die DVU sprechen zu können, sind erstens handlungsfähige Strukturen als Voraussetzung einer ebenso effizienten wie kontinuierlichen Parteiarbeit erforderlich. Als Indikatoren für den Erfolg können auf der organisatorischen Ebene die Entwicklung der Mitgliederzahlen, der Zustand der Parteistrukturen und die Verfassung des Führungspersonals der DVU gelten. Es muß zweitens eine politische Programmatik entwickelt und dem Bürger als nachvollziehbare politische Zielvorstellung vermittelt werden. Der ideologische Standort der Partei zeigt sich vor allem in den programmatischen Schriften und den Verlautbarungen ihrer Funktionsträger. Drittens muß die geleistete Arbeit der DVU eine Präsenz in den Parlamenten ermöglichen, in denen politische Entscheidungen gefunden und in Gesetzesform umgesetzt werden. Die Bündnispolitik, die Wahlkämpfe und die Wahlergebnisse sowie die Arbeit in den Parlamenten weisen auf die strategische Ausrichtung der Partei hin. Diese Indikatoren können zwar auch für sich alleine stehen; in der politischen Praxis wirken sie jedoch unmittelbar aufeinander ein und bedingen sich gegenseitig.

3. Organisatorische Verfaßtheit

In organisatorischer Hinsicht bietet die DVU in Brandenburg das gleiche Bild wie in vielen anderen Bundesländern auch: Sie verfügt lediglich über eine geringe Anzahl von Mitgliedern, ist in der Fläche kaum verankert und zählt nur einige wenige Aktivisten. Eine besondere Rolle spielt die enge personelle Verflechtung und das arbeitsteilige Verhältnis zwischen der Fraktion im Potsdamer Landtag und der Landespartei. Unter der Fraktionsvorsitzenden und Stellvertretenden Landesvorsitzenden Liane Hesselbarth und dem Landesvorsitzenden und Parlamentarischen Fraktionsgeschäftsführer Sigmar-Peter Schuldt sind Fraktion und Landesverband untrennbar miteinander verschmolzen. Zugleich hat sich die Fraktion zum eigentlichen Machtzentrum in Brandenburg entwickelt. Auf diese Weise gelingt es der DVU, strukturelle Schwächen teilweise aufzufangen.

Im Jahr 2005 stieg das rechtsextremistische Personenpotential in Brandenburg im Vergleich zum Vorjahr entgegen dem Bundestrend an. Während im Bundesgebiet ein Rückgang von 40.700 auf 39.000 Personen zu verzeichnen war, nahm das Personenpotential in Brandenburg von 1.290 auf 1.385 Personen zu.⁵ Und auch die Entwicklung

⁴ Vgl. Art. 21 Abs. 1 Grundgesetz (GG) i.V.m. § 1 Abs. 1 Parteiengesetz (PartG).

⁵ Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Verfassungsschutzbericht 2005, Potsdam 2006, S. 23.

Die DVU in Brandenburg – ein rechtsextremistisches Erfolgsmodell?

der Mitgliederzahlen der DVU verlief in Brandenburg gegenläufig. Über das Bundesgebiet gerechnet verlor die DVU 2.000 Mitglieder und sackte drastisch von 11.000 Anhängern im Jahr 2004 auf 9.000 im Jahr 2005 ab. Nicht so in Brandenburg, hier konnte die DVU 70 neue Mitglieder gewinnen und ihren Landesverband von 230 auf 300 Personen vergrößern. Und auch bei der NPD vollzog sich ein Zuwachs (2004: 130 Mitglieder, 2005: 190 Mitglieder), ebenso bei den Neonationalsozialisten (2004: 300 Angehörige, 2005: 350 Angehörige). DVU, NPD und Neonationalsozialisten waren zu etwa gleichen Teilen für den Anstieg des rechtsextremistischen Personenpotentials verantwortlich. Rein zahlenmäßig behauptete die DVU seit 1999 ihre Position als stärkste rechtsextremistische Vereinigung im Land.

In Brandenburg gelang ihr eine außergewöhnliche Trendumkehr. Verlor sie im Bund nach dem Zwischenhoch von 1998 kontinuierlich Mitglieder, befand sich der DVU-Landesverband zuletzt sogar im Wachstum (vgl. Abb. 1). Waren von 1995 bis 1997 lediglich 40 Angehörige zu verzeichnen, gewann der Aufschwung in den Jahren 1998 und 1999 auf 200 und 400 Mitglieder an Fahrt. Die Trennung vom Berliner Landesverband 1998 als Vorbereitung auf die Landtagswahl 1999 sowie der fulminante Einzug in den sachsen-anhaltinischen Landtag 1998 wirkten sich positiv auf die Mitgliederentwicklung aus. Nach dem 10-Jahres-Hoch 1999 schloß sich dann wieder ein Mitglieder-rückgang an (2000: 300 Mitglieder, 2001: 270 Mitglieder, 2002: 230 Mitglieder, 2003: 230 Mitglieder). Der Umschwung stellte sich erneut im Zusammenhang mit der Landtagswahl 2004 ein, diesmal allerdings erst im Folgejahr 2005. Offenbar sorgten die Wahlerfolge für einen merklichen Anstieg der Mitgliederzahlen im unmittelbaren Umfeld der Wahltermine.

Abbildung 1: Mitglieder der DVU – Landesverband Brandenburg und Bundesverband (1995-2005)

Jahr	DVU-Landesverband Brandenburg	DVU-Bundesverband
1995	40	15.000
1996	40	15.000
1997	40	15.000
1998	200	18.000
1999	400	17.000
2000	300	17.000
2001	270	15.000
2002	230	13.000
2003	230	11.500
2004	230	11.000
2005	300	9.000

Quelle: Der Bundesminister des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzberichte 1995-2005, Bonn und Berlin 1996-2006; Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Verfassungsschutzbericht 2005, Potsdam 2006, S. 30.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten trat eine Stabilisierung des Landesverbands auf niedrigem Niveau ein. Der brandenburgische Landesverband zählte 2005 immer noch zu den mitgliederschwächsten DVU-Gliederungen, allerdings hatte er alle anderen ostdeutschen Landesverbände hinter sich gelassen. An zweiter Stelle folgte mit deutlichem Abstand die sächsische DVU. Dort hatte die 200 mitgliederstarke Partei allerdings eine umgekehrte Entwicklung zu verzeichnen. Sie mußte im Jahr 2005 Anhänger abgeben (2004: 250 Mitglieder).⁶

Die Mitgliederzahl der DVU gewinnt unter den geographischen Bedingungen Brandenburgs eine praktische Bedeutung. Brandenburg ist hinter Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen das viertgrößte deutsche und das größte ostdeutsche Flächenland (29.478,14 km²).⁷ Mit 2.568.000 Einwohnern verfügt es aber nur über die zehntgrößte Bevölkerungszahl und ist hinter Sachsen das zweitbevölkerungsreichste ostdeutsche Bundesland. Bei 300 DVU-Mitgliedern ergab dies für das Jahr 2005 eine Quote von 8.560 Brandenburgern je DVU-Mitglied. Im gesamten Bundesgebiet lag dieser Wert bei 9.167 (Bevölkerung: 82.501.000, DVU-Mitglieder: 9.000). Beim mitgliederstärksten Landesverband in Nordrhein-Westfalen ergab sich sogar eine Quote von 12.911 Einwohnern je DVU-Mitglied (Bevölkerung: 18.075.000, DVU-Mitglieder: 1.400). Dies bedeutete, daß die DVU zwar im Verhältnis zur Bevölkerung über eine überdurchschnittliche Anzahl von Mitgliedern verfügte, auf Grund der dünnen Besiedelung des großen Landes jedoch eine Versorgungslücke entstand.

Die Entwicklung einer tragfähigen Parteistruktur ist unter diesen Bedingungen unmöglich – und gar nicht gewollt. Die Ausdifferenzierung in Kreis- und Ortsverbände hat in der DVU traditionell einen geringen Stellenwert. Sie ermöglicht die Herausbildung lokaler Machtbereiche und steht dem Allmachts- und Kontrollanspruch des Parteivorsitzenden Gerhard Frey entgegen. Die Unterhaltung von lokalen Parteigliederungen ist auch eine Frage des politischen Personals. Durch den Zwang, für die jeweiligen Untergliederungen eine ausreichende Anzahl von Funktionsträgern zu benennen, würde die brüchige Personaldecke der Partei sichtbar. Statt dessen hat die DVU in Brandenburg die Fraktion und den Landesverband personell miteinander verzahnt. Die Führungspersonen bekleiden jeweils Spitzenämter in beiden Gliederungen (vgl. Abb. 2), an die Stelle der örtlichen Struktur tritt die Fraktion.

⁶ Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Verfassungsschutzbericht 2005, Dresden 2006, S. 12.

⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt, Gebiet und Bevölkerung – Fläche und Bevölkerung, Stand: 24. Mai 2006, <http://www.statistik-portal.de>.

Die DVU in Brandenburg – ein rechtsextremistisches Erfolgsmodell?

Abbildung. 2: Funktionsträger der DVU – Fraktion und Landesverband Brandenburg

Name	DVU-Fraktion	DVU-Landesverband ⁸
Liane Hesselbarth (geb. 1962, Strausberg)	Fraktionsvorsitzende	Stellv. Landesvorsitzende
Sigmar-Peter Schuldt (geb. 1950, Wismar)	Parlamentarischer Fraktions- geschäftsführer	Landesvorsitzender
Birgit Fechner (geb. 1965, Wolfen)	–	Beisitzerin
Michael Claus (geb. 1960, Rüdersdorf)	Stellv. Fraktionsvorsitzender	–
Norbert Schulze (geb. 1950, Klingmühl)	Stellv. Fraktionsvorsitzender	Stellv. Landesvorsitzender
Markus Nonninger (geb. 1971, Berlin)	–	–

Quelle: Landtag Brandenburg, <http://www.landtag.brandenburg.de>; Der Bundeswahlleiter, Parteiunterlagen „Deutsche Volksunion“ (DVU), Stand: 31. März 2006; Internetauftritt der DVU-Fraktion Brandenburg, <http://www.dvu-fraktion-brandenburg.de>, Abruf im Juli 2006.

Bei diesem Konzept spielen die handelnden Personen eine besondere Rolle. Die DVU-Fraktion in Brandenburg ist in den letzten Jahren im wesentlichen zusammengeblieben. Vier Abgeordnete gehören ihr bereits seit 1999 an, ein Mitglied mußte nach dem Tod eines Abgeordneten ersetzt werden, ein Mandatsträger kam aufgrund des Wahlergebnisses von 2004 neu hinzu. Die Sozialstruktur der Fraktionsmitglieder weist keine Besonderheiten auf.⁹ Die Fraktion besteht aus zwei Frauen und vier Männern. Sie hat ein Durchschnittsalter von gut 46 Jahren, der jüngste Abgeordnete ist 35, der älteste 56 Jahre alt. Fünf Abgeordnete sind in den ostdeutschen Bundesländern geboren und sozialisiert, einer stammt aus Berlin. Keiner verfügte bei seiner Wahl über eine einschlägige politische Erfahrung – auch nicht innerhalb der DVU. Ebenso wenig konnte ein Abgeordneter auf eine parlamentarische Vorerfahrung verweisen.

Dennoch hat die brandenburgische DVU ein Instrumentarium entwickelt, um die fehlenden Parteistrukturen zu ersetzen.¹⁰ Durch monatliche „Bürgerstammtische“ sollen regionale Gesprächsforen gebildet und die wenigen aktiven Mitglieder bei der Stange gehalten werden. Zusätzlich sollen die Landtagsabgeordneten „regionale Zuständigkeiten“ in allen 14 Landkreisen und vier kreisfreien Städten übernehmen und so ihren Beitrag zur Grundversorgung der DVU-Mitglieder leisten. Zu diesem Zweck unterhalten die Landtagsabgeordneten insgesamt acht Bürgerbüros, eine brandenburgische Besonderheit im Rahmen des ansonsten virtuellen Organisationskonzepts der DVU.

8 Weitere Beisitzer im Landesvorstand sind Klaus Kuhn, Klaus Mann, Ronny Schröter und Sylvia Zimmermann.

9 Vgl. Internetauftritt der DVU-Landtagsfraktion Brandenburg, <http://www.dvu-fraktion-brandenburg.de>, Abruf im Juli 2006.

10 Vgl. ebd.

Dieses Instrumentarium ermöglicht eine punktuelle örtliche Präsenz auch ohne den aufwendigen Unterhalt beständiger Strukturen. Es kann jedoch weder von einer flächendeckenden Präsenz der DVU noch von einer örtlichen Verankerung gesprochen werden.

4. Ideologischer Standort

Als Gesamtpartei betont die DVU immer wieder ihre Achtung vor dem demokratischen Verfassungsstaat, tatsächlich steht sie jedoch vor allem für Nationalismus. Die Verabsolutierung der – vermeintlichen – deutschen Interessenlagen führt zu einer umfassenden fremdenfeindlichen, antisemitischen und antiamerikanischen Agitation. Die in ihrem Parteiprogramm niedergelegte Positionsbestimmung spielt bei der DVU in der praktischen Parteiarbeit eine untergeordnete Rolle. Ihr ideologischer Standort muß aus den aktuellen Schriften und Verlautbarungen des Vorsitzenden, der Verbände und Funktionäre abgeleitet werden. Die DVU in Brandenburg hat kein eigenständiges inhaltliches Profil entwickelt, dennoch besteht sie erfolgreich den Balanceakt zwischen der ideologischen Erwartungshaltung ihre Anhänger und dem selbstgewählten Anspruch eines seriösen Erscheinungsbildes.

Dem oberflächlich formulierten Parteiprogramm ist der Standort der Partei nicht zu entnehmen. Und das ist so beabsichtigt, denn die politisch-ideologische Richtung wird allwöchentlich von dem Bundesvorsitzenden selbst der Anhängerschaft mitgeteilt. Die Parteilinie ist der überregional erscheinenden „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ) zu entnehmen. Zwar firmiert die NZ nicht als offizielle Parteizeitung, doch kann sie aufgrund der Stellung Gerhard Freys in Personalunion als ihr Herausgeber und Parteivorsitzender als offizielles Sprachrohr und Mitteilungsblatt der DVU gesehen werden. Mit 40.000 Exemplaren¹¹ war sie 2005 trotz erheblicher Einbußen in den vergangenen Jahren die auflagenstärkste rechtsextremistische Zeitung in Deutschland. Die Parteizeitung der NPD kam bei monatlicher Erscheinungsweise lediglich auf eine Auflage von 21.000 Exemplaren.¹²

Einen weiteren Baustein zur ideologischen Verortung der DVU liefern einige wenige Positionspapiere der Partei. Die fünf Papiere tragen die apodiktischen Überschriften: „Grundgesetztag feiern!“, „Mehr Demokratie!“, „Ja zum Grundgesetz!“, „Knallhart gegen Gewalt!“ und „Nein zu Ausländerhaß!“. ¹³ Sie werden von Gerhard Frey und seiner DVU immer wieder ins Feld geführt und haben eine zweifache Funktion. Sie dienen der Anhängerschaft als (Selbst-)Vergewisserung über die Parteilinie in wesentlichen Fragen und sollen die Distanz der DVU zu klassischen rechtsextremistischen Politikfel-

11 Der Bundesminister des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006, S. 93.

12 Ebd., S. 72.

13 Vgl. Internetauftritt der DVU, <http://www.dvu.de>, Abruf im Juli 2006.

dern wie insbesondere Gewalt und Ausländerhaß dokumentieren. Bei näherer Betrachtung geraten diese Versuche allerdings schnell zu bloßen Lippenbekenntnissen.¹⁴

Die DVU-Fraktion in Brandenburg legt nur selten Zeugnis über den eigenen inhaltlichen Standort ab, statt dessen bekennt sie sich vollumfänglich zu den ideologischen Vorgaben der Bundespartei. Auf ihren Internetseiten finden sich unter der Rubrik „Politik“ die Unterseiten „Parteiprogramm“, „Politikfelder“ und „Positionen“. Dort wird freimütig eingeräumt: „Die Politik der Fraktion der Deutschen Volksunion im Landtag Brandenburg orientiert sich am Parteiprogramm der Deutschen Volksunion. Die einzelnen Abschnitte des Parteiprogramms benennen die Politikfelder der Fraktion.“¹⁵ Eine an den besonderen Problemlagen des Landes Brandenburg orientierte Aufgabendefinition ist dem nicht zu entnehmen. Auch die Kategorie „Positionen“ ergibt kein geschlossenes Bild. Sie enthält lediglich sieben Beiträge von unterschiedlicher Herkunft und inhaltlichem Gewicht, darunter auch der Dank an die Wähler anlässlich der Bundestagswahl 2005.

Etwas klarer bot die DVU ihren politisch-ideologischen Standort in ihrem Wahlprogramm 2004 dar. Das Programm wurde – wie das Wahlprogramm von 1999 – durchzogen von fremdenfeindlichen Ressentiments und populistischen Forderungen: „Deutsche zuerst! Gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau“, „Schutz vor Kriminalität“, „Für deutsche Interessen“, „Mehr Freiheit des Bürgers entwickeln“ und „Endlich soziale Gerechtigkeit“.¹⁶ In nationalistischer Manier forderte die DVU eine „deutsche Politik“. Als Ursache aller Mißstände machte sie den Zuzug von Mitbürgern nicht-deutscher Herkunft aus und präsentierte als Lösungsansatz die „Ausländer-Begrenzung“.¹⁷ Ausdruck ihrer fremdenfeindlichen Gesinnung war die fortwährende Negation des Gleichheitsgrundsatzes, der als Menschenrecht und objektive Staatsnorm die Gleichbehandlung aller Menschen verlangt und eine Diskriminierung unter anderem aufgrund von Abstammung, Rasse, Glauben, religiöser oder politischer Anschauungen ausschließt (Art. 3 Abs. 3 GG). Der Verstoß gegen das Differenzierungsverbot zeigt sich unter anderem in der Forderung nach ausschließlicher „Einführung eines Muttergeldes für Deutsche“.¹⁸ Ein manifester Bezug zur Landespolitik war in dem Wahlprogramm kaum zu erkennen.

Zur Agitation der Fraktion gehört mittlerweile auch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit. Seit dem Jahr 2001 gibt die Fraktion regelmäßig eine eigene Publikation heraus. Für die vier Seiten umfassende, inhaltsarme „Informationsschrift“ zeichnet die

14 Vgl. Der Sieg der politischen Vernunft. Dr. Gerhard Frey und Udo Voigt beziehen Stellung zu Brennpunktfragen nationaler Parteipolitik, in: Deutsche Stimme Nr. 9/2005.

15 Politikfelder der DVU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Internetauftritt der DVU-Landtagsfraktion Brandenburg (FN 9), Abruf im Juli 2006.

16 DVU-Wahlprogramm Brandenburg 2004, Internetauftritt des DVU-Landesverbands Brandenburg, <http://www.dvu-brandenburg.de>, Abruf im Juli 2006.

17 Ebd.

18 Ebd.

Fraktionsvorsitzende Hesselbarth verantwortlich. Die Fraktionszeitung wird als Postwurfsendung mit dem Titel „National-Freiheitliche Fraktions-Nachrichten aus dem Landtag Brandenburg“ unter die Bürger gebracht. Darin wird in eigener Sache aus der Partei wie über aktuelle politische Themen mit regionalen und überregionale Bezügen berichtet. Im ersten Halbjahr 2006 machte das Blatt mit Berichten über die – vermeintlich – kostspielige Länderfusion von Berlin und Brandenburg¹⁹, die überhöhten Abgeordnetendiäten²⁰ und die erforderliche Mittelstandsförderung²¹ auf. Es wurden ferner populistische Kommentare abgedruckt, so etwa ein Text über einen gewalttätigen Übergriff in Potsdam mit vermutetem rechtsextremistischem Hintergrund.²² In diesem Artikel wurde die Gewalttat verharmlost; gleichzeitig lehnte er sich mit seiner Überschrift „Knallhart gegen Gewalt“ an das gleichlautend überschriebene Positionspapier der DVU an, in dem ihre Gewaltfreiheit behauptet wird.²³ Zum gleichen Anlaß gab der DVU-Landesverband ein Flugblatt mit dem mehrdeutigen Titel „Es gibt keine rechte Gewalt, denn Gewalt ist immer Unrecht“ heraus. Darin wurde gefordert: „Schluß mit Lügen und Halbwahrheiten durch Politiker und Medien! Endlich Pressefreiheit!“²⁴

Mit dieser Konzeption dient die Fraktionszeitung vor allem der Selbstdarstellung der Fraktionsmitglieder und ihrer Arbeit. Zugleich wird darin mittels argumentativer Umdeutung politischer Sachverhalte der Versuch der Delegitimierung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner Repräsentanten betrieben. Die Autoren setzten sich auch mit Anschuldigungen von „Politikern anderer Parteien, Journalisten und anderen übelwollenden Individuen und Gruppen“²⁵ auseinander. So traten sie dem immer wieder erhobenen Vorhalt entgegen, ihre parlamentarischen Initiativen seien nicht von den brandenburgischen Abgeordneten, sondern in der Münchner Parteizentrale verfaßt worden.²⁶

Des weiteren veröffentlichte der DVU-Landesverband in Brandenburg sogenannte Jahresarbeitspläne. Aus diesen Plänen läßt sich ein inhaltlicher Standort nur insofern bestimmen, als neben Wahlkampfaktivitäten sowie Informations- und Stammtischen die einzigen politischen, außerparlamentarischen Aktivitäten vier alljährliche Kranzniederlegungen sind: zum Gedenken an die „Märtyrer des Volksaufstands am 15. Juni

19 Vgl. Neues Millionengrab, in: National-Freiheitliche Fraktions-Nachrichten aus dem Landtag Brandenburg 1/2006.

20 Vgl. Selbstbedienungsmentalität in Potsdam und Berlin, in: Ebd.

21 Vgl. Mittelstandsförderung. Warum ein DVU-Mittelstandsförderungsgesetz?, in: National-Freiheitliche Fraktions-Nachrichten aus dem Landtag Brandenburg 3/2006.

22 Vgl. Knallhart gegen Gewalt, in: Ebd.

23 Vgl. Knallhart gegen Gewalt!, Internetauftritt der DVU (FN 13), Abruf im Juli 2006.

24 Es gibt keine rechte Gewalt, denn Gewalt ist immer Unrecht, Flugblatt, Internetauftritt des DVU-Landesverbands Brandenburg (FN 16), Abruf im Juli 2006.

25 Kein Einziger und keine Einzige, in: National-Freiheitliche Fraktions-Nachrichten aus dem Landtag Brandenburg 8/2005.

26 Vgl. ebd.; „Wir sind keine Untertanen, wir sind der Souverän“. Interview mit dem brandenburgischen DVU-Landesvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Sigmar-Peter Schuldt, in: National-Zeitung vom 19. September 2004.

Die DVU in Brandenburg – ein rechtsextremistisches Erfolgsmodell?

1953“ (Berlin), an „den Mauerbau und den Schießbefehl an der ehemaligen innerdeutschen Grenze“ (Berlin, in der Nähe des Checkpoint Charlie), an „die in den Kriegen gefallenen Soldaten“ (Berlin, Heldenfriedhof am Volkstrauertag) und – gemeinsam mit der DVU-Fraktion – an die „in einem unsterblichen heldenhaften Kampf gefallenen deutschen Soldaten sowie der auch dorthin umgebetteten Opfer der bolschewistisch-kommunistischen Gewaltherrschaft des NKWD nach 1945“ (Halbe, Soldatenfriedhof).²⁷ Die Auswahl dieser Termine spricht für das innerhalb der DVU vorherrschende, soldatische Traditionsbewußtsein und trägt den Nationalsozialismus verharmlosende Züge. Zu guter Letzt mahnte der Landesvorsitzende: „An der Umsetzung dieses Arbeitsplanes und einem aktiven Parteileben liegt es, das Ansehen unserer Deutschen Volkunion zu stärken.“²⁸

5. Strategische Ausrichtung

Das Land Brandenburg ist ein anschauliches Beispiel für den strategischen Umgang mit einer Partei. Für die DVU spielen die Bündnispolitik im rechtsextremistischen Spektrum, die Charakteristik der Wahlkämpfe im Vorfeld der Wahlgänge sowie die Parlamentsarbeit im Nachgang der Wahltag eine entscheidende Rolle. Die brandenburgische DVU setzte sowohl 1999 als auch 2004 auf die Kooperation mit ihrem direkten Konkurrenten um die Wählergunst. In den Wahlkämpfen spielte sie jeweils die Karte des größtmöglichen Protests; nach der Wahl bei der anschließenden Parlamentsroutine trat sie bis auf wenige Ausnahmen kaum in Erscheinung.

Gerhard Frey war mit seiner DVU lange Zeit im Rahmen seiner Schwerpunktstrategie auf Landesebene vor allem in norddeutschen Klein- oder Stadtstaaten angetreten. Mit dem Wahlantritt in Brandenburg wagte er sich erstmals in ein ostdeutsches Flächenland. Die Euphorie nach dem Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt sowie eine Analyse des Parteienumfelds mögen ihn 1999 dazu bewogen haben. Hier schien das Feld offen, und so suchte und fand die DVU mit der Partei „Die Republikaner“ (REP) einen Kooperationspartner.²⁹ Die Parteivorsitzenden Gerhard Frey und Rolf Schlierer verständigten sich darauf, bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Berlin nicht gegeneinander anzutreten. Diese Absprache war zumindest für eine Seite von Erfolg gekrönt. Während mit der DVU erstmals eine rechtsextremistische Partei in den Landtag Brandenburgs einzog, blieb den REP bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl der Sprung in das Landesparlament der Hauptstadt verwehrt.

27 Vgl. Arbeitsplan 2006 des DVU-Landesverbands Brandenburg, Internetauftritt des DVU-Landesverbands Brandenburg (FN 16), Abruf im Juli 2006.

28 Ebd.

29 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Verfassungsschutzbericht 1999, Potsdam 2000, S. 22.

Den gleichen Ansatz verfolgte die DVU anlässlich der Landtagswahl 2004. Unter der Überschrift „Taten statt Worte“ traf Gerhard Frey am 23. Juni 2004 wiederum eine Wahlabsprache, diesmal mit dem Parteivorsitzenden der NPD, Udo Voigt.³⁰ Beide Seiten erzielten ein befriedigendes Ergebnis und gingen noch am Wahltag einen Schritt weiter. Die NPD proklamierte die „Volksfront“ von rechts und rief zur „Gesambewegung des nationalen Widerstands“ auf.³¹ Das Konzept verfolgte die Beendigung des Gegeneinanders im „nationalen Lager“ und die Zusammenarbeit aller willigen Kräfte („Kampf um den organisierten Willen“) – war allerdings vielmehr ein Spiegel der ohnehin bestehenden Kräfteverhältnisse. Auf der einen Seite kooperierten die rechtsextremistischen Parteien DVU und NPD; auf der anderen Seite bedeutete die „Volksfront“ die Öffnung der Parteien für eine Zusammenarbeit mit den „Freien Kräften“. Mit Leben wurde das Konzept durch die gegenseitige Unterstützung in Wahlkämpfen („Kampf um die Parlamente“) und bei Demonstrationen („Kampf um die Straße“) erfüllt. Die REP blieben dem Bündnis aufgrund ihrer Unvereinbarkeitsbeschlüsse trotz mehrmaliger Avancen und innerparteilicher Richtungsstreitigkeiten fern. Unterdessen konkretisierten Frey und Voigt ihre Zusammenarbeit am 15. Januar 2005 mit dem „Deutschland-Pakt“. Die Absprache präsentierte dem Wähler gleichsam ein vertragliches Abkommen mit einer Geltungsdauer bis ins Jahr 2009 und der langfristigen Aufteilung der Wahlgänge.

Auch wenn Gerhard Frey fortwährend den Erhalt der Eigenständigkeit der DVU betont, bleibt seine kooperative Strategie mit dem Ziel der Erhöhung der eigenen Wahlchancen nicht ohne Risiken für seine Partei. Eine Konfliktlinie verläuft zwischen der DVU und der NPD im Streit um die Führungsansprüche ihrer Parteivorsitzenden, eine andere insbesondere zwischen der DVU und den „Freien Kräften“ in den Fragen der Radikalität der vertretenen ideologischen Positionen sowie des Verhältnisses zum möglichen Begehen von Straf- und Gewalttaten. Dieser Spagat zeigte sich in Brandenburg etwa in der Organisation von gemeinschaftlichen Veranstaltungen durch einen DVU-Funktionär. Klaus Mann, Beisitzer im DVU-Landesvorstand, führte auf seinem Privatgrundstück lange Zeit nicht nur das Sommerfest der brandenburgischen DVU durch, sondern auch sogenannte private „Feiern“ mit Gästen aus dem Kreis der neonationalsozialistischen „Freien Kräfte“, der Kameradschaften und Skinheads. Die Gemengelage zeigte auch die Mitgliedschaft des Sohnes der Fraktionsvorsitzenden Liane Hesselbarth in der vom Innenminister des Landes Brandenburg mit Verfügung vom 14. Juli 2005³²

30 Vgl. u. a. Taten statt Worte. Gemeinsame Erklärung der Parteivorstände von DVU und NPD, in: National-Zeitung vom 25. Juni 2004.

31 Vgl. NPD-Präsidium, Volksfront statt Gruppenegoismus. Erklärung des Parteipräsidiums der NPD, Internetauftritt „Eine Bewegung werden“, <http://www.eine-bewegung-werden.de>, datiert 19. September 2004.

32 Vgl. Erneuter Schlag gegen den organisierten Rechtsextremismus. Schönbohm verbietet Verein ANS-DAPO, Pressemitteilung 140 vom 14. Juli 2005; DVU-Landesverband Brandenburg, Zwischen der Gruppierung „ANS-DAPO“ und der DVU besteht keinerlei Verbindung, Pressemitteilung vom 14. Juli 2005.

Die DVU in Brandenburg – ein rechtsextremistisches Erfolgsmodell?

aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verbotenen Kame-radschaft ANSDAPO.³³

Nachdem die strategischen Absprachen getroffen waren, verliefen die Wahlkämpfe der DVU in Brandenburg stets nach dem gleichen Muster. Von der Münchner Partei-zentrale gelenkt, entfaltet die DVU mit einem unverhältnismäßig hohen Etat eine wahre Materialschlacht. Die Palette der eingesetzten Wahlmittel reicht von den klassischen Wahlplakaten und Flugblättern über Rundfunk- und Fernsehspots bis hin zu Spruch-bändern, die von Flugzeugen übers Land gezogen werden. Flankierende Maßnahmen erfolgen durch eine kontinuierliche Berichterstattung in der NZ sowie auf den Internet-seiten der DVU. Der Wahlkampf wurde als erklärter Propagandawahlkampf mit groß-em Aufwand und reißerischen Methoden geführt.

Die Aufmachung der Propagandamaterialien folgte in Form und Farbe dem Stil der Boulevardpresse. Es wurde vor allem auf „Kraftausdrücke“ in Verbindung mit bild-lichen Darstellungen gesetzt. Sowohl Slogans als auch Karikaturen spielten mit dem Stilmittel der Insinuation. Der Wahlkampf wurde vorzugsweise kurz, intensiv und un-persönlich geführt. In keinem einzigen Wahlkreis stellte sich ein Direktkandidat der DVU dem Wählervotum, und selten sah man die Landtagskandidaten auf der Straße. Zur Erklärung bekundete der DVU-Kreistagsabgeordnete Arnold Graf im Landtags-wahlkampf 2004: „Wir haben keine Zeit für Wahlstände und auch keine Lust, uns von Chaoten bedrohen zu lassen“.³⁴ Mit Gesichtern warb die DVU folglich erst, nachdem die Kandidaten durch ihre Tätigkeit im Parlament der Öffentlichkeit ohnehin bereits bekannt sein konnten. In Brandenburg zierte 2004 das Bild der Fraktionsvorsitzenden und Spitzenkandidatin ein Wahlplakat mit der Botschaft: „Warum nicht mal was ande-res?“

Themen des Landtagswahlkampfes 2004 waren die „Überfremdung“, die „Vernich-tung des Sozialstaats“ und die Delegitimierung des politischen Systems. Mit Slogans wie „Schnauze voll? Diesmal DVU. Die Quittung für die Bonzen.“ betrieb die DVU die Emotionalisierung des Wahlkampfes. Sie versuchte Freund-Feind-Bilder zu erzeu-gen, gerierte sich als Anwalt des „kleinen Mannes“ gegen das übermächtige Kartell der „etablierten“ Parteien. Bei dieser Form des Wahlkampfes ging es um die größtmögliche Aufmerksamkeit und die Polarisierung der Öffentlichkeit – und zwar um jeden Preis. Aus diesem Grund warb die DVU in einem Fernseh- und Radiospot mit der verstor-benen SPD-Politikerin Regine Hildebrandt unter dem Motto: „Regine Hildebrandt ist verraten worden.“ Darin hieß es unter anderem: „Die DVU ist sich sicher. Regine Hil-debrandt würde heute Protest wählen.“ Als Reaktion auf die öffentlichen Auseinander-

33 Die Bezeichnung ANSDAPO steht für „Alternative Nationale Strausberger Dart Piercing und Tattoo Offensive“. Der ungewöhnlich klingende Name verweist nicht auf einen Vereinszweck, sondern ist ein Code und belegt den ideologischen Standpunkt der Mitglieder. In der Abkürzung findet sich der Bezug zur NSDAP.

34 Vgl. Lausitzer Rundschau vom 10. September 2004, zitiert nach: SPD-Landtagsfraktion Brandenburg (FN 2), S. 11.

setzungen um diese Spots hieß es darin später: „Die DVU sagt: Auch Regine Hildebrandt ist schändlich verraten worden.“

Der Erfolg gibt der DVU in Brandenburg recht.³⁵ Mit ihrer Proteststrategie verfügt sie seit der Kommunalwahl 2003 über acht Sitze in sechs Kreistagen (Märkisch-Oderland, Elbe-Ester, Oberspreewald, Lausitz, Oder-Spree, Teltow-Fläming), einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung der kreisfreien Stadt Potsdam und drei Sitze in Gemeindevertretungen (Rüdersdorf, Schauen, Müncheberg). Allerdings stand sie landesweit nur vereinzelt auf dem Wahlzettel und erzielte lediglich 1,03 Prozent der Stimmen. Im Potsdamer Landtag wurde die DVU 1999 von fünf Abgeordneten repräsentiert. Seit 2004 bilden sechs DVU-Abgeordnete die Landtagsfraktion. 1999 umfaßte die Landesliste 16 Kandidaten mit einem Durchschnittsalter von 42 Jahren, 2004 standen 18 Kandidaten im Alter von durchschnittlich 45 Jahren (zwischen 19 und 72) zur Wahl. Mit ihren Listenkandidaten unterschied sich die DVU kaum von den meisten anderen Parteien.³⁶ Mit 6,1 gegenüber 5,3 Prozent der Zweitstimmen zog sie erneut in den Landtag ein. Die Ergebnisverbesserung um 0,8 Prozentpunkte drückte sich auch in absoluten Zahlen aus. 1999 wählten 58.247 Brandenburger die DVU, 2004 71.041. In den kreisfreien Städten erzielte sie durchweg unterdurchschnittliche Resultate. In den drei südlichsten Landkreisen Elbe-Elster (9,5 Prozent), Oberspreewald-Lausitz (9,5 Prozent) und Spree-Neiße (8,1 Prozent) errang sie ihre besten Ergebnisse.

Abbildung 3: DVU-Landtagswahlergebnis Brandenburg 2004 – Zweitstimmen nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter	Männer	Frauen	Gesamt
18-25	17,55	8,58	13,50
25-35	14,81	7,55	11,23
35-45	10,87	5,17	8,02
45-60	7,48	3,67	5,59
60 und älter	3,23	1,72	2,42
Gesamt	8,40	3,97	6,16

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg, Statistische Berichte. Repräsentative Wahlstatistik. Landtagswahl am 19. September 2004, B VII2 – 5/04, <http://www.lids-bb.de>, S. 15 f.

Die repräsentative Wahlstatistik 2004³⁷ bescheinigte der DVU eine charakteristische Wählerstruktur (vgl. Abb. 3). Die DVU belegte in allen Altersgruppen hinter den anderen Parlamentsparteien SPD, PDS und CDU den vierten Rang. Im Vergleich zu den

35 Bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 sowie der Europawahl 2004 trat die DVU nicht an.

36 Vgl. Der Landeswahlleiter Brandenburg, Broschüre der Bewerber zur Landtagswahl 2004, <http://www.wahlen.brandenburg.de>, Abruf im Juli 2006.

37 Vgl. Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg, Statistische Berichte. Repräsentative Wahlstatistik. Landtagswahl am 19. September 2004, B VII2 – 5/04, <http://www.lids-bb.de>, Abruf im Juli 2006.

Die DVU in Brandenburg – ein rechtsextremistisches Erfolgsmodell?

vorhergehenden Wahlen konnte sie ihr Ergebnis mit Ausnahme der über 60jährigen verbessern. Je jünger die Wähler waren, um so größer fiel der Stimmenanteil der DVU aus. Bei der Wählerschaft bis 45 Jahren erzielte sie überdurchschnittliche Werte. In der Gruppe der männlichen Wähler (8,40 Prozent) wurde doppelt so oft die DVU auf dem Stimmzettel angekreuzt wie bei den Frauen (3,97 Prozent). In der Gruppe der männlichen Wähler zwischen 18 und 25 Jahren rangierte die DVU hinter SPD und PDS sogar vor der CDU.

Nach der erfolgreich bestrittenen Landtagswahl 2004 setzte die DVU im Gegensatz zu ihrem Auftreten im Wahlkampf auf einen eher braven Politikstil. Sie verzichtete darauf, dem sächsischen NPD-Vorbild zu folgen und die personellen Ressourcen der Partei um die Landtagsfraktion herum zu bündeln. Dennoch wurde auch hier der Fraktion im Verhältnis zum Landesverband der Vorrang eingeräumt. Der Grund dafür war simpel: Die Fraktion bot im Rahmen der Kosten-Nutzen-Rechnung des Parteivorsitzenden erhebliche Vorteile nicht nur für die öffentliche Wahrnehmung, sondern auch für die finanzielle Lage der Partei. Die parlamentarische Gliederung erwirtschaftet über die Abgeordnetengehälter und die Fraktionsgelder regelmäßige Erträge und sichert im Falle ihrer Wiederwahl die Beteiligung an der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung. Dagegen fallen die finanziellen Erträge der lokalen Parteiarbeit durch Mitgliedsbeiträge bei lediglich 300 Mitgliedern kaum ins Gewicht. Innerhalb der Gesamtpartei wird daher eher die Fraktionsvorsitzende hofiert, ihr Rang hat für den Parteivorsitzenden einen sichtbar höheren Stellenwert als der des Landesvorsitzenden.

Abbildung 4: Parlamentsarbeit der DVU – 3. und 4. Wahlperiode im Landtag Brandenburg

Parlamentsarbeit	3. WP (1999-2004)	4. WP (2004-2009) ³⁸
Gesetzesentwürfe	26	8
Anträge	28	20
Große Anfragen	17	8
Kleine Anfrage	23	k.A.
Aktuelle Stunden	9	2
Redebeiträge	922	287

Quelle: Landtag Brandenburg, Landtagsstatistik, 3. und 4. Wahlperiode, <http://www.landtag.brandenburg.de>; Internetauftritt der DVU-Landtagsfraktion Brandenburg, <http://www.dvu-fraktion-brandenburg.de>.

Die Statistik des Landtags spricht eine deutliche Sprache. Die DVU beteiligte sich formal rege an den parlamentarischen Prozessen und setzte die ihr zur Verfügung stehenden Mittel konsequent ein.³⁹ Sie legte Gesetzesentwürfe vor, in der 4. Wahlperiode

³⁸ Stand: 31. März 2006.

³⁹ Vgl. Landtag Brandenburg, Landtagsstatistik, 3. und 4. Wahlperiode, <http://www.landtag.brandenburg.de>.

(Stand: 31. März 2006) waren es bislang acht (davon sechs abgelehnt und zwei noch nicht behandelt; 3. Wahlperiode: 26 Gesetzentwürfe, davon 24 abgelehnt und 2 zurückgezogen). Sie stellte Anträge und Große Anfragen, beantragte Aktuelle Stunden. Das bevorzugte parlamentarische Instrument der DVU-Abgeordneten war allerdings die Kleine Anfrage. Seit 2004 wurden aus den Reihen der DVU-Fraktion heraus 23 solche Anfragen gestellt. Ebenso umtriebig verhielten sich die Abgeordneten in den Plenarsitzungen. Sie ergriffen dort bereits 287 mal das Wort. Den Spitzenplatz belegte die Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth mit 74 Redebeiträgen. Damit lag sie deutlich vor den Abgeordneten der anderen Parteien, deren häufigste Redner erst mit 26 Wortmeldungen folgten. Das gleiche Bild bot sich in der 3. Wahlperiode. In der Zeit von 1999 bis 2004 trat Liane Hesselbarth 232 mal ans Rednerpult. Der nächste Abgeordnete einer anderen Fraktion verzeichnete lediglich 123 Redebeiträge. Auf diese Bilanz verweist der Parteivorsitzende Gerhard Frey durchaus mit Stolz: „Unsere Abgeordneten im Brandenburger Landtag haben [...] der Vernichtungsstrategie u.a. des Innenministers Schönbohm exzellent widerstanden. Sie ließen sich in keiner Weise dadurch irritieren, daß ihnen eine Einheitsfront von Kommunisten über die SPD bis zur CDU gegenüberstand. Unsere Abgeordneten haben unzählige Initiativen ergriffen und waren die mit Abstand fleißigsten Parlamentarier im Landtag.“⁴⁰

Der parlamentarische Aktionismus blieb jedoch ohne zählbaren Erfolg. Die sechs DVU-Mandatsträger verfügen bei 88 Sitzen im brandenburgischen Landtag über kein parlamentarisches Gewicht. Und so bleibt ihnen nur die Inszenierung auf der öffentlichen Bühne des Parlaments. Mit geringem Aufwand wird die Beteiligung an der Sacharbeit des Landestags fingiert. Das wahre Gesicht der DVU und der instrumentelle Umgang mit dieser Öffentlichkeit zeigen sich nur im Einzelfall. Die DVU setzt nicht wie die NPD-Fraktion in Sachsen auf die größtmögliche Aufmerksamkeit, sondern auf die begrenzte Provokation in und um das Parlament. So erhielten die Mitglieder der DVU-Fraktion anlässlich der Gedenkveranstaltungen zum 27. Januar 2005 im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen Hausverbot, da sie mit einem Kranz an „alle Opfer“, auch an jene nach 1945 erinnern und damit die NS-Gewaltherrschaft relativieren wollten.⁴¹

6. Schlußbetrachtung

Die brandenburgische DVU spielt in der und für die Gesamtpartei eine besondere Rolle, ihr Erscheinungsbild weist eindeutig die Handschrift des Parteivorsitzenden auf. Trotz zuletzt gestiegener Mitgliederzahlen bleibt die DVU auch in Brandenburg – mit

40 Politik und Medien haben die Schraube überdreht. DVU-Vorsitzender Dr. Gerhard Frey über nationale Wahlkampfpolitik, Innenpolitik und den EU-Beitritt der Türkei, in: Deutsche Stimme 9/2004.

41 Vgl. u.a. DVU-Landesverband Brandenburg, Hausverbot für DVU-Fraktion. Zensur für Niemöller, Internetauftritt des DVU-Landesverbands Brandenburg (FN 16), Beitrag vom 27. Januar 2005.

wenigen Ausnahmen – eine Partei ohne Unterbau. Sie verfügt in der Fläche über keine handlungsfähigen Strukturen, weshalb ihr eine lokale Verankerung nach sächsischem Vorbild nicht möglich ist. Die personelle Verflechtung von Fraktion und Landesverband ist ein vielversprechender Ansatz zur Überwindung dieses Defizits. Dabei kommen der DVU die spezifischen Bedürfnisse ihrer Anhänger zugute. Diese bestehen gar nicht erst auf eine örtliche Parteistruktur, sie suchen nicht den permanenten Kontakt zu ihren Funktionären und drängen sich nicht nach der Beteiligung an der Parteiarbeit. Ihnen genügt die politisch-ideologische Grundversorgung durch die wöchentliche Selbstbestätigung in der NZ sowie der gelegentliche Austausch unter Gleichgesinnten an Bürgerstammtischen und in Bürgerbüros. Dem unauffälligen und unerfahrenen Führungspersonal der DVU ist es gelungen, die Partei in Brandenburg zu konsolidieren.

Auch auf der ideologischen Ebene zeigt sich der Einfluß der Münchner Bundeszentrale und insbesondere des Parteivorsitzenden Gerhard Frey. Die brandenburgische DVU lehnt sich gänzlich an die ideologischen Vorgaben der Bundespartei an. Sie frönt in bekannter Manier dem Nationalismus und agitiert fremdenfeindlich. Eine regionale Ausdifferenzierung politischer Positionen ist kaum zu erkennen, die spezifischen Bedürfnisse des Landes Brandenburg finden selten einen Niederschlag in den Verlautbarungen der Partei. Die brandenburgischen DVU-Funktionäre präsentieren inhaltlich und stilistisch die gleiche populistische Propaganda, wie sie auch sonst innerhalb der DVU zu finden ist. Damit kann es der DVU nur in Teilen gelingen, die Stimmungslagen der Bevölkerung zu bedienen, anschußfähige Positionen zu entwickeln und gesellschaftliche Diskurse anzuregen oder gar zu bestimmen.

Dennoch stellte sich die DVU erfolgreich zur Wahl und verzeichnete insbesondere bei den männlichen und jüngeren Wählern beachtliche Ergebnisse. Mit ihrer in Wahlkampfzeiten aggressiven Proteststrategie ist es ihr gelungen, diese Wählerschichten kurzfristig zu mobilisieren. Dabei war der Parteivorsitzende stets bemüht, durch strategische Kooperationen und Absprachen die Wahlchancen seiner DVU zu erhöhen. Dieses Ziel vor Augen, zeigte Frey keinerlei Berührungsängste, sondern entschied sich stets für die erfolversprechende Partner-Variante. Auch hier zeigt sich der dominierende Einfluß des Parteivorsitzenden, der die Bedingungen, Themen und Formen der Wahlkämpfe bestimmt. Der formal angepaßte Kurs und der parlamentarische Aktionismus der DVU beruhen auf den Lehren der skandalträchtigen Vergangenheit und entsprechen weit mehr dem Bemühen um ein seriöses Erscheinungsbild als der Krawall-Parlamentarismus der DVU in Bremen oder der NPD in Sachsen. Dennoch kann das Auftreten der Parlamentarier nicht über das instrumentelle Verhältnis der DVU zu dem Parlament sowie die ideologischen Motivationslagen hinwegtäuschen. So werden keine geschlossenen politischen Visionen verfolgt und auch keine Gestaltungserfolge erzielt.

Damit kann nur in begrenztem Umfang von einem brandenburgischen Erfolgsmodell gesprochen werden. Die spezifische Ausrichtung der DVU hat zu einer gewissen Stabilisierung und Etablierung der Partei im Lande geführt. Sie stößt jedoch in der Person ihres Bundesvorsitzenden an ihre Grenze. Dessen Kontrollbedürfnis ist überall spürbar und hemmt Entwicklungschancen. Er verfängt sich zwischen seinem Geltungs-

und Sendungsbewußtsein einerseits und dem Mißtrauen gegenüber der Eigenständigkeit seiner Funktionäre andererseits. Ebenso verfängt sich die DVU in Brandenburg selbst in ihren widerstrebenden Ansprüchen. Während sie in Wahlkampfzeiten bestrebt ist, sich von den demokratischen Parteien so weit wie möglich zu distanzieren, bemüht sie sich im Verlauf der Legislaturperiode darum, als akzeptierter Bestandteil des Parteienspektrums zu erscheinen. Ohne klares Profil wird jedoch leicht die Anhängerschaft verunsichert und Glaubwürdigkeit verspielt. Unter diesen Bedingungen ist der DVU in Brandenburg der Wandel von der konjunkturabhängigen Protestpartei zum selbstverständlichen Bestandteil des Parteienspektrums noch nicht gelungen.

Die Position der brandenburgischen DVU erscheint ebenso fragil wie die der Gesamtpartei, und so sieht sich Gerhard Frey gezwungen, neue Wege zu beschreiten. Er ist fortwährend bemüht, das wenig dynamische DVU-Projekt von innen heraus zu modernisieren. Zuletzt war dies der Versuch nach dem Vorbild der NPD mit einer eigens zusammengestellten Wahlkampf-CD anläßlich der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt weitere Wählerschichten zu erschließen. Unter dem Titel „Stolz und frei!“ wandte sich die DVU an das jugendliche Publikum und wünschte „viel Spaß beim Ärger antideutscher Spießer“⁴², jedoch enthielt die CD neben „Rechtsrock“ auch „Vaterlandslieder“. Die DVU setzte bei der Nachwuchsrekrutierung auf ein junges Medium und präsentierte alte Inhalte. Damit landete sie erneut in einer Sackgasse, die CD wurde nie verteilt.

Gerhard Frey sucht die Unterstützung von außen. Von dem qualitativ neuartigen Bündnis mit der NPD und den „Freien Kräften“ verspricht er sich eine Bestandsgarantie für seine erodierende DVU. Diese Bündnispolitik führte zwar 2004 zu einem erfolgreichen Wahlausgang, doch hat die NPD im Nachgang der Wahl in Sachsen einen Brückenkopf etabliert, von dem aus sie ihre Einflußsphäre in den ostdeutschen Bundesländern auszubauen trachtet. Sie erweitert auch in Brandenburg gezielt ihre Strukturen. Ihr Einfluß wächst und bedroht die Stellung der DVU im Land. Darüber hinaus bringt die „Volksfront“-Strategie Unruhe ins eigene Haus. Die Öffnung der Partei für das neonationalsozialistische Spektrum und die Zusammenarbeit mit der NPD ist bei der brandenburgischen DVU nicht unumstritten. Sowohl Michael Claus als auch Markus Nonninger sind erklärte Gegner dieser Strategie.⁴³ Somit gefährdet das Bemühen um die Erhöhung der Wahlchancen die wichtigsten Grundlagen des bisherigen Erfolgs: die Geschlossenheit der Brandenburger DVU-Fraktion und ihre Treue zur Bundeszentrale. Daher scheint der Ausgang des „Volksfront“-Experiments offen. Ein tragfähiges Zukunftsmodell für die DVU liegt in weiter Ferne.

42 Vgl. Stolz und frei!, Internetauftritt des DVU-Landesverbands Sachsen-Anhalt, <http://www.dvu-sachsen-anhalt.de>, Abruf im Juli 2006.

43 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (FN 5), S. 37.

Eine neue Linke? – Die Fusionsbestrebungen von PDS und WASG

Von Jürgen P. Lang

1. Problemstellung

Die Geschichte der deutschen Linken ist nicht zuletzt eine Geschichte vielfältiger Fusionen und Spaltungen. Beginnend mit dem Zusammenschluß von SDAP und ADAV zur SPD im Jahre 1875 schichtete sich das Spektrum so weit um, daß schließlich in der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg – mit SPD und KPD als Repräsentanten – zwei zumal in extremismustheoretischer Perspektive unvereinbare ideologische Entwürfe begannen, sich parteipolitisch zu manifestieren. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft beschritten Sozialdemokratie und Kommunismus im geteilten Deutschland denkbar unterschiedliche Wege. Während sich die SPD im Westen schnell zu einer demokratischen Volkspartei (re-)etablierte, wurde sie in der sowjetisch besetzten Zone eliminiert – sowohl organisatorisch durch die erzwungene Vereinigung mit der KPD zur SED als auch ideologisch: „Sozialdemokratismus“ bekämpften die Machthaber der DDR-Diktatur als „Apologie [...] der bürgerlichen Demokratie“.¹ Demgegenüber spielten kommunistische Parteien in der freiheitlichen Bundesrepublik keine bedeutende Rolle. Kurt Schumachers markiges Verdikt – „rotlackierte Faschisten“ – trug dazu bei, daß die Nachkriegs-KPD ihren Widerstands-Bonus nicht in einen nachhaltigen politischen Erfolg ummünzen konnte und die „Erosion der Abgrenzung“² in den späteren Jahrzehnten in Grenzen blieb. Zersplitterung kennzeichnete das linksextremistische Spektrum, das sich von dem moskauhörigen Kommunismus der KPD/DKP abgrenzte und noch mehr als dieser marginalisiert blieb.

Die Situation änderte sich mit der Wiedervereinigung Deutschlands, als mit der *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS) die Nachfolgepartei der SED die politische Bühne betrat – eine Organisation, die einerseits auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zur starken Kraft eines faktischen Dreiparteien-Systems aufstieg,³ andererseits im Westen Deutschlands eine Splitterpartei blieb. Die PDS ist keine kommunistische Partei mehr, wenngleich sie sich noch immer schwer tut, mit diesem Erbe vollständig zu brechen, und unter anderem aus diesem Grund Zweifel an ihrer demokratischen Glaub-

1 Autorenkollektiv, *Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart*, Berlin 1971, S. 187.

2 Wolfgang Rudzio, *Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1988.

3 Zur (Sonder-)Rolle der PDS in Ostdeutschland vgl. Michael Gerth, *Die PDS und die Ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozeß. Wahlerfolge und politisch-kulturelle Kontinuitäten*, Hamburg 2003.

würdigkeit schürt.⁴ Obwohl zumindest dem Anspruch nach außerparlamentarisch orientiert, schloß sie mit den Sozialdemokraten Regierungsbündnisse auf Länderebene, deren Politik wiederum programmatische Grundsätze der PDS konterkarierte und innerhalb der Linken scharf angegriffen wurde. Trotzdem positionierte sich die PDS stets dezidiert links von der SPD, der sie vorwarf, einen „Rechtsschwenk“ vollzogen zu haben und in das ideologische Lager des „Neoliberalismus“ gewechselt zu sein. Diese Sichtweise teilt sie mit der *Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit* (WASG), einer Protestpartei, gegründet während der zweiten Amtszeit Gerhard Schröders als Reflex auf die Sozialpolitik der rot-grünen Bundesregierung. Ohne Zutun der „Ostpartei“ PDS war aus dem sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Milieu der alten Bundesländer heraus eine Kraft entstanden, die sich soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen schrieb und als die „wahre“ SPD verstand. Insofern war die WASG von vornherein der geborene Partner der PDS, nicht nur deshalb, weil ein Bündnis mit ihr eine bessere Verankerung im Westen verhielt: Denn ein Linksruck der Sozialdemokraten war immer schon wichtiges Motiv der gesamtdeutsch ausgerichteten Bündnisstrategie der PDS.

Doch bis beide Parteien begannen zu kooperieren, bedurfte es erst eines Anstoßes von außen: Es war Ende Mai 2005 die überraschende Ankündigung Gerhard Schröders nach der Wahl Niederlage der SPD in Nordrhein-Westfalen, die Abstimmung über den Bundestag um ein Jahr vorziehen zu wollen. Nun kamen PDS und WASG – bis dahin hatten sie einander argwöhnisch beäugt – relativ schnell überein, gemeinsam in die Wahlen zu gehen. Die WASG verzichtete auf eine Kandidatur. Im Gegenzug änderte die PDS den Namen in *Linkspartei*⁵ und öffnete ihre Listen für WASG-Mitglieder. Auf diese Weise erweitert, erzielte sie im Herbst 2005 mit 8,7 Prozent der Stimmen ihr mit Abstand bestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl. Gegenüber dem Desaster des Jahres 2002, als sie deutlich an der Fünfprozenthürde gescheitert war, konnte sie es mehr als verdoppeln.⁶ Sowohl in den neuen als auch den alten Bundesländern erzielte die PDS Rekordwerte; dort baute sie ihren Stimmenanteil mit 4,9 Prozent sogar auf das mehr als Vierfache aus. Das Ost-West-Gefälle blieb dennoch steil. Erstmals gelang es der PDS jedoch, in bislang unerreichte Wählerschichten vorzustoßen, wobei sie vor allem von den Stimmen ehemaliger SPD-Wähler profitierte.⁷ Wahlanalysen zeigen, daß neben dem Wahlkampfthema „soziale Gerechtigkeit“ die Person des WASG-Spitzenkandidaten und ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine entscheidend zum Erfolg beigetragen hat.⁸ So katapultierte Lafontaine die „erweiterte“ PDS im Saarland –

4 Zur extremismustheoretischen Bewertung der PDS vgl. Jürgen P. Lang, *Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung*, Baden-Baden 2003.

5 Aus Gründen der besseren Unterscheidung spreche ich durchgehend von „PDS“. Die Bezeichnung „Linkspartei“, die sich die Partei Mitte 2005 als neuen Namen zulegte, ist in der Vergangenheit oft in anderen Zusammenhängen verwendet worden, zum Beispiel als Synonym für die WASG.

6 Vgl. in diesem Band den Beitrag „Wahlen 2005“ von Eckhard Jesse.

7 Vgl. Harald Schoen/Jürgen W. Falter, *Die Linkspartei und ihre Wähler*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 51-52/2005, S. 33-40, hier S. 35.

8 Vgl. ebd., S. 39.

dort war er einst Ministerpräsident – von kläglichen 1,4 Prozent 2002 auf nun fulminante 18,5 Prozent. Es liegt auf der Hand, daß nicht nur im Saarland ein Gutteil der Bürger, die der Kraft links von der SPD ihre Stimme gaben, nicht „die PDS“ gewählt haben, sondern eine Partei, die es als solche noch gar nicht gibt.

Angetrieben von ihrem Wahlerfolg kamen PDS und WASG überein, den Wahlpakt schneller als ursprünglich geplant mit der Fusion beider Organisationen zu besiegeln. Im Laufe des Jahres 2007, so setzten sie sich zum Ziel, solle eine neue Partei entstehen, die sich dauerhaft als linke Kraft in Deutschland etabliert. Das ist wenig Zeit für einen Zusammenschluß zweier Parteien, die auf den ersten Blick zwar dieselben Themen besetzen und zahlreiche politische Forderungen teilen, beim näheren Hinsehen aber deutliche Unterschiede in ihren Traditionen und Milieus sowie den strategischen und ideologischen Konzepten aufweisen – und darüber auch intern nicht eins sind. Bis sie sich auf ein Grundsatzprogramm einigen konnte, hatte allein die PDS vor nicht allzu langer Zeit einen fünf Jahre währenden erbitterten Ideologie-Streit zwischen „Reformern“ und orthodoxen Kommunisten auszustehen. Die Fusion beider Parteien wäre ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik. Erstmals vollzieht sich außerhalb des Spektrums extremistischer Kleingruppen ein linker Zusammenschluß – und zwar jenseits der Sozialdemokratie, aber diesseits des Kommunismus.

Dieser Beitrag⁹ – er untersucht Vorgeschichte, Verlauf und Perspektiven der Fusionsbestrebungen zweier ungleicher Brüder – steht unter folgenden in die Zukunft gerichteten Leitfragen: Ist in Deutschland tatsächlich eine neue Linke im Entstehen – oder nur eine vergrößerte PDS? Wird sich die PDS als augenscheinlich stärkerer Partner verändern? Inwieweit kann die Fusion aus Sicht der Extremismusforschung zur Demokratisierung der PDS beitragen? Ich möchte zunächst Organisation, Programmatik und Strategie beider Parteien vergleichen und dabei deren Fraktionierung berücksichtigen. Die Analyse der Kooperation selbst soll dann aufzeigen, welche Intentionen PDS und WASG jenseits der reinen Wahlarithmetik verfolgten. Dieser Abschnitt schließt die Darstellung der unterschiedlichen Positionen während des Fusionsprozesses ein. Wie argumentierten Befürworter und Kritiker des Projektes? Ein besonderes Augenmerk erfährt dabei der Sonderfall Berlin. Die dortige WASG versuchte mit allen Mitteln, die Vereinigung der Parteien zu verhindern.

2. PDS und WASG im Vergleich

Für die Annahme, daß die WASG dabei ist, von der PDS schlicht einverleibt zu werden, sprechen die Größenverhältnisse. Der Blick auf die Mitgliederzahlen¹⁰ zeigt eine fast sechsmal stärkere PDS. Im Osten ist die Diskrepanz weitaus ausgeprägter. In den neuen

⁹ Berücksichtigt sind die Entwicklungen bis Mitte Mai 2006.

¹⁰ Die Zahlen spiegeln den ungefähren Stand im Januar 2006 wider.

Ländern zählt die PDS knapp 57.000 Personen. Rechnet man Berlin weg – die rund 800 WASG-Mitglieder in dem Bundesland machen annähernd die Hälfte all ihrer Ost-Mitglieder aus –, kommen im Gebiet der ehemaligen DDR auf ein WASG-Mitglied 60 Parteigänger der PDS. Der WASG dürfte es schwerfallen, in die (noch) relativ stabile Bastion der DDR-sozialisierten PDS-Anhänger in den neuen Ländern einzudringen. Umgekehrt hat der politische Newcomer WASG im Westen bereits rund 10.000 Parteibücher vergeben, während die PDS in 16 Jahren dort nicht einmal halb so viele Mitglieder gewinnen konnte.

Die WASG – zunächst als Verein gegründet¹¹ – hatte zwei Vorläufer-Initiativen. Die eine hieß *Arbeit & soziale Gerechtigkeit* (ASG) und entsprang in Franken einem Zirkel ehemaliger *IG Metall*-Funktionäre mit zum Teil jahrzehntelanger SPD-Mitgliedschaft. Deren Exponent ist der heutige WASG-Vorsitzende Klaus Ernst. Die zweite Initiative namens *Wahlalternative* starteten in Norddeutschland Mitglieder der Zeitschrift *Sozialismus*, der *Memorandum*-Gruppe sowie Teile des Vorstandes der Gewerkschaft *Verdi*. Prominentester Kopf ist in diesem Fall *Sozialismus*-Redakteur Joachim Bischoff, der früher dem PDS-Vorstand angehört und dort – vergeblich – versucht hatte, eine klassisch-linke Bündnispolitik durchzusetzen. Zwar keine reine SPD-Abspaltung, gelang es der WASG dennoch, nicht wenige Sozialdemokraten für sich zu gewinnen. Beispielsweise wechselte Ende Juni 2005 der frühere SPD-Chef in Baden-Württemberg, Ulrich Maurer, zur WASG. Das hat die PDS, obwohl sie es darauf anlegte, in dieser Größenordnung nicht geschafft.

Die Gründungsinitiativen spiegeln die zwei Hauptströmungen in der WASG wider. Während der aus der ASG hervorgegangene Flügel die Vorstellung einer reinen Sozialstaatspartei hegte, vergleichbar etwa mit der SPD während der Ära Willy Brandt, hing das mit der ursprünglichen *Wahlalternative* verknüpfte Spektrum dem Konzept einer Sammlungsbewegung an, die prinzipiell auch Linksextremisten duldete. Diese „Strömungslinien“¹² hatten sich anfangs gegen eine schnelle Parteigründung ausgesprochen, waren dann aber von den Ereignissen überrollt worden. Die organisatorischen Vorstellungen konnten sich in den Ansprüchen der PDS durchaus wiederfinden, die als eine Art Avantgarde der Linken auftritt und sich selbst als die „stärkste Kraft“¹³ in diesem Spektrum sieht: „Keine andere Partei links von der SPD [...] verfügt über einen vergleichbaren Einfluß im parlamentarischen wie im außerparlamentarischen Raum.“¹⁴ Sie beabsichtigt, Mittelpunkt einer breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung zu sein, ohne ihren Parteicharakter zur Disposition zu stellen. Bündnisse mit linksextremisti-

11 Die Parteigründung erfolgte am 22. Januar 2005.

12 Diese Bezeichnung führe ich hier – in Ermangelung einer besseren – eigens ein.

13 PDS-Parteivorstand, Eine starke Bastion für soziale Verantwortung in Deutschland schaffen. Wahlstrategie der PDS für die vorgezogenen Bundestagswahlen 2005, Manuskript, 11. Juni 2005.

14 Lothar Bisky, Millionen für politischen Richtungswechsel, hin zu sozialer Gerechtigkeit, in: PDS-Pressedienst vom 9. April 2004.

schen Gruppierungen, deren Mitglieder sie in den ersten Jahren gleichwohl mit offenen Armen empfangen hat, lehnt sie als strategisch unwirksam ab.

Eine solche ultralinke Kleinorganisation ist jedoch in der Berliner WASG zu erheblichem Einfluß gelangt. Der Landesverband ist ein Beispiel erfolgreicher trotzkistischer Unterwanderung. Aktivisten der *Sozialistischen Alternative – Voran* (SAV)¹⁵ erklommen dort wichtige Positionen. Prominentes Beispiel ist Lucy Redler, die der WASG-Landesparteitag zur Spitzenkandidatin für die Berliner Wahlen im September 2006 kürte. In ihrem 1999 beschlossenen Grundsatzprogramm verpflichtete sich die SAV zum „Aufbau einer revolutionären sozialistischen Massenpartei“.¹⁶ Sie grenzte sich sowohl vom „Stalinismus“ (der SED) als auch „dem reformistischen Sozialismus“ (der PDS) ab. Ihre avantgardistische Rolle in der WASG definiert sie wie folgt: „Der Aufbau der WASG als breiter Partei und der Aufbau der SAV als sozialistischer Organisation und Strömung innerhalb der WASG sind kein Widerspruch. Deshalb rufen wir dazu auf, in die WASG einzutreten, um eine breite Arbeiterpartei aufzubauen, und in die SAV einzutreten, um eine marxistische Organisation aufzubauen, die sozialistische Ideen und Praxis in der Arbeiterklasse verankern kann.“¹⁷ Solche Ideen – von WASG und PDS gleichermaßen entschieden abgelehnt, wenn nicht bekämpft – kommen am ehesten noch denen der „orthodoxen“ *Kommunistischen Plattform* (KPF) in der PDS gleich, die sich ausdrücklich zum leninistischen Parteiprinzip bekennt.¹⁸

Auf programmatischer Ebene eint beide Parteien der Kampf gegen den „Neoliberalismus“. Sowohl PDS als auch WASG verbinden mit diesem Begriff eine marktwirtschaftlich orientierte Politik auf Kosten sozialer Gerechtigkeit, die nicht nur die Unionsparteien und die FDP betrieben, sondern seit der Kanzlerschaft Schröders auch die SPD. Der „Fokus auf neoliberale Politik, der die Ursachen für nahezu alle wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme der Welt zugesprochen werden, ist letztlich in [den] Programmen [beider Parteien] ähnlich.“¹⁹ Während aber die WASG – zumindest ursprünglich – vorhatte, den „Neoliberalismus“ lediglich „im parteipolitischen Raum“²⁰ zurückzudrängen, spricht die PDS von einer „neoliberalen Hegemonie“ in der Gesellschaft, die es zu überwinden gelte. Von der Formulierung solch visionärer Vorgaben ist die WASG weit entfernt. Generell fehlen bei ihr verbindliche Aussagen, die auf eine Art Ideologie hindeuten. Das Gründungsprogramm und das Wahlmanifest be-

15 Die SAV fungiert als deutsche Sektion der trotzkistischen Dachorganisation Committee for a Workers' International (CWI) mit Sitz in London. Nach Angaben der Jahresberichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz schwankte die Mitgliederzahl der 1994 gegründeten Organisation in den letzten Jahren zwischen 300 und 400.

16 Vgl. Grundsatzprogramm der SAV, Manuskript, 31. August 2002.

17 Resolution der SAV-Bundeskonferenz, Manuskript, 27. März 2005.

18 Vgl. Lang (FN 4), S. 128.

19 Horst Dietzel/Jana Hoffmann/Gerry Woop, Studie zum Vergleich der Parteiprogramme von PDS und WASG, Berlin 2005, S. 9.

20 Für eine wahlpolitische Alternative, Manuskript, 15. März 2004.

schränkten sich darauf, politische Nahziele zu formulieren.²¹ Ein Teil der WASG sieht die Partei als reine Protestbewegung. Andere forderten zwar ein prononcierteres linkes Profil, eine Weltanschauungspartei wollte von vornherein jedoch kaum jemand haben.²² Dementsprechend distanzierten sich in der Fusionsdebatte die Wortführer der WASG zumeist von dem zentralen PDS-Ideologem des „demokratischen Sozialismus“. Im Verständnis der PDS handelt es sich dabei um „ein transformatorisches Projekt, das an gegenwärtigen Bedingungen ansetzt und langfristig über die Grenzen des Kapitalismus hinausweist.“²³ Dagegen strebte die WASG einen „Kurswechsel im Rahmen der gegebenen, grundsätzlich kapitalistischen Bedingungen“²⁴ an.

Angetreten ist die „Wahlpartei“ WASG, um gesellschaftlichem Unmut eine Stimme in den Parlamenten zu geben. Für die „Ideologiepartei“ PDS ist dagegen die Präsenz in Volksvertretungen nicht Ziel, sondern zunächst Element einer umfassenden, quasi-revolutionären Strategie, die Widerstand in der Gesellschaft, „Mit- und Umgestaltung“ innerhalb der staatlichen Institutionen sowie die Perspektive eines neuen – allerdings unkonkreten – Gemeinwesens untrennbar miteinander verknüpfen will.²⁵ „Erst dann“, wenn an Stelle des „Neoliberalismus“ die Linke „zum Hegemon der Zivilgesellschaft geworden ist, ist die wichtigste gegenwärtige Aufgabe [...] erfüllt.“²⁶ Anspruch und Wirklichkeit klaffen allerdings weit auseinander. Die PDS hat es trotz aller Bemühungen bislang nicht geschafft, eine Bewegung außerparlamentarischen Protests zu formieren, geschweige denn zu initiieren. Die Demonstrationen der vergangenen Jahre gegen den „Sozialabbau“ konnte sie nicht für ihre Anliegen einspannen. Auch insofern kam der zweiten Säule des „strategischen Dreiecks“ große Bedeutung zu: In den Parlamenten und als Koalitionspartner der SPD in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wollte die PDS beweisen, daß sie als „sozialistische“ Kraft etwas bewirken kann, ohne sich mit gesellschaftlich einflußlosen Radikalpositionen zu diskreditieren.

Aber die PDS-Politik in den rot-roten Regierungsbündnissen steht innerparteilich auf dünnem Eis. Der Parteitag in Gera Ende 2002 hat gezeigt, daß die Basis auf maßgebliches Betreiben der orthodoxen Marxisten hin Wahlniederlagen mit der – zwischenzeitlich wieder revidierten – Festlegung auf eine strikte Oppositionsrolle bestraft.²⁷ Bis

21 Vgl. Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, Gründungsprogramm der ASG, Manuskript, November 2004; Wahlmanifest der WASG, verabschiedet auf dem Parteitag in Kassel, Manuskript, 3. Juli 2005.

22 Vgl. Wolfgang Gehrcke, Eindrücke von der Bundesdelegiertenkonferenz der Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit am 20. und 21. November 2004 in Nürnberg, Manuskript, 24. November 2004.

23 Dieter Klein, Erstes Ziel: Eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, in: Michael Brie (Hrsg.), Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Berlin 2005, S. 37-45, hier S. 40.

24 Tom Strohschneider: Eine Partei für die APO?, in: Neues Deutschland vom 9. März 2004.

25 Vgl. Für eine soziale PDS: Sozial, mit aller Kraft! Beschluß der 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS, in: Disput, 11/2004, S. 49-59, hier S. 51.

26 Michael Brie, Nach der Bundestagswahl: Analyse und Prognose, Manuskript, September 2005, S. 6.

27 Vgl. Bericht des Landesvorstandes der PDS Berlin an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages, in: PDS-Pressedienst vom 19. Dezember 2003.

heute fällt es selbst den „Reformern“ zumal im überschuldeten Berlin schwer, all das, was man den rigiden Sparvorgaben abtrotzen konnte, den Wählern und den eigenen Mitgliedern gegenüber als Element sozialistischer Politik darzustellen.²⁸ Die junge WASG hat diese Probleme nicht. Intern scheint hinsichtlich des Oppositionsverständnisses Konsens zu herrschen. Fürs erste hat sich die WASG offenbar auf eine Oppositionsrolle in einem demokratischen System festgelegt, das zumindest die „Sozialstaatsfraktion“ weitgehend anerkennt. Dagegen steht die PDS in gewisser Weise in Opposition zu eben diesem System, in dem sie aber auch die Regierungsrolle einzunehmen beansprucht.²⁹ Heftig befehdet wurde die Regierungsbeteiligung der PDS vor allem von der KPF und der Berliner WASG. Letztere hatte sich gegen die rot-rote Landesregierung formiert. Einige ihrer Funktionäre – zum Beispiel Michael Prütz und Rouzbeh Taheri – kamen von der Berliner PDS, deren Kurs sie scharf kritisiert hatten. Mit der SAV, die eine Politik der kleinen Schritte ablehnt und auf einen revolutionären Umsturz der Verhältnisse setzt, fanden sie in diesem Punkt treffliche Mitstreiter.

Aber auch in der WASG insgesamt herrscht offensichtlich breite Übereinstimmung, daß es der PDS wegen ihrer Regierungspraxis zumindest an politischer Glaubwürdigkeit mangelt.³⁰ Diese Auffassung hegt insbesondere das Lager der „Strömungslinken“, das sich, obwohl in der PDS „Rückwirkungen neoliberaler Politik nachweisbar“ seien, eindeutig auf die Seite der PDS-„Reformer“ stellte. Schließlich habe infolge der Krise nach der Bundestagswahl 2002 vorübergehend eine „Allianz linker Strömungen in der PDS die Mehrheit gestellt, die nicht durch überzeugende politisch-strategische Optionen eine Erneuerung der PDS zustande brachten.“³¹ Dies kommt einer Absage an kommunistische Formationen wie KPF und SAV gleich. Noch deutlicher äußerte sich die „Sozialstaatsfraktion“ der WASG, die „linken Radikalismus“ als „menschenverachtend und zynisch“ verurteilte, aber im gleichen Atemzug und an die Adresse der PDS gerichtet bekundete, „im Gegensatz zu sozial abgefederten Neoliberalismen“³² zu stehen.

Wer nun meint, die Kommunisten in beiden Parteien knüpften ähnliche Verbindungen, sieht sich getäuscht. Für die SAV ist die PDS „Kind eines gescheiterten Systems“,³³ dem der „Stallgeruch des Stalinismus“³⁴ anhafte. Von einer solchen Kritik,

28 Vgl. Rolf Reißig/Michael Brie, Restriktionen und Optionen linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung. Das Beispiel Berlin, in: standpunkte, 11/2005, S. 1-7; Edeltraut Felfe/Erwin Kischel/Peter Kroh (Hrsg.): Warum? Für wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern an der Regierung, Schkeuditz 2005.

29 Vgl. Horst Dietzel, Abkehr vom Klassenkampf? Die Idee eines neuen Gesellschaftsvertrages in der PDS, in: Utopie kreativ, H. 180/2005, S. 900-908, hier S. 903.

30 Vgl. Joachim Bischoff/Björn Radke, Stolpersteine auf dem linken Weg, Manuskript, 3. Mai 2006.

31 Dies., Eine unstrittige Bilanz?, Manuskript, Dezember 2005.

32 Klaus Ernst/Frank Firsching/Fritz Schmalzbauer, Zum Widerspruch zwischen Parteientwicklung und Linksradikalisierung, Manuskript, Februar 2006.

33 Claus Ludwig, Zwischen Staatspartei, roten Socken und Regierungsbeteiligung, Manuskript, 7. Dezember 2005.

34 Sascha Stanicic, Perspektiven für die WASG und die Neuformierung der Linken, Manuskript, 1. April 2006.

wie sie PDS-Kritiker unter Demokraten kaum schärfer formulieren könnten, fühlten sich vor allem die DDR-Apologeten der KPF getroffen. Sie befürchteten gar eine unfreiwillige Allianz zwischen PDS-„Reformern“ und SAV: Denn die Berliner WASG habe inzwischen auch „für die regierungskritischen Teile der Berliner PDS-Mitgliedschaft nur ein müdes Lächeln übrig [...]“. Statt eines differenzierten Umgangs mit der PDS-Basis pflegen sie die SED-Schelte und merken gar nicht, wie nahe sie in diesem Punkt so manchen PDS-Persönlichkeiten sind, die nichts lieber kappen würden als die Wurzeln ihrer Partei.³⁵ Hier feierten ideologische Grabenkämpfe aus der Zeit der K-Gruppen fröhliche Urständ. Im politischen Spektrum sind WASG und PDS ohne Schwierigkeiten links der SPD zu verorten. Wie aber stehen sie zueinander? Die WASG ist ideologisch derart uneinheitlich, daß sich zwar ihre „Sozialstaatsfraktion“ zwischen SPD und PDS positioniert. Jedoch hat sie auch ein politisches Milieu des äußersten linken Randes an sich gebunden.

3. Geschichte des Fusionsprozesses

3.1. Ignoranz

Die kurze Geschichte der Kooperation zwischen PDS und WASG umfaßt drei deutlich voneinander abgrenzbare Phasen. Die erste war eine Zeit beiderseitiger skeptischer Ignoranz und reichte von der Gründung der WASG bis Ende Mai 2005, also bis zur Verlautbarung Gerhard Schröders, die Wahlen zum Bundestag eher abhalten zu wollen. Damit begann die zweite Phase, in der sich beide Parteien schnell und relativ reibungslos auf ein Wahlabkommen einigten. Den Start der dritten Phase markiert die Bundestagswahl am 18. September 2005. Von da an brachen die zuvor latenten Konflikte offen aus, ging es doch nun darum, ein regelrechtes Parteienbündnis zu schmieden.

Den Protagonisten der PDS war immer bewußt, daß die allein regionale Verankerung der Partei „langfristig keine Überlebenschance [gibt]. Der bundespolitische Einfluß ist minimal und [wird] geringer werden.“ Die PDS brauche die Präsenz im Bundestag „aus existentiellen Gründen.“³⁶ In der Tat konnte die Partei ihrem gesamtdeutschen Anspruch bislang nur über Erfolge bei Bundestagswahlen gerecht werden. Alle (sonstigen) Versuche, die PDS im Westen für andere Milieus als das der alten radikalen Linken zu öffnen, zeitigten kaum Erfolge.³⁷ Ein Teufelskreislauf, denn genau aus diesem Grund waren die Wahlergebnisse in den alten Ländern stets so marginal, daß die

35 Vom Regieren und Opponieren – ein Positionspapier. Beschluß des Berliner Landessprecherrates der Kommunistischen Plattform, in: PDS-Pressedienst vom 10. Februar 2006.

36 Gerry Woop, Chancen und Risiken im neuen Linksprojekt, Manuskript, 2. Juni 2005.

37 Vgl. Meinhard Meuche-Mäker, Die PDS im Westen 1990-2005. Schlußfolgerungen für eine neue Linke, Berlin 2005, S. 76-79.

PDS bei jeder Abstimmung über den Bundestag vor der Fünfprozenthürde zittern mußte. Die Partei blieb im Westen ein Fremdkörper. André Brie, Vordenker und Querkopf in der PDS, beklagte schon frühzeitig die Abschottung seiner Partei gegenüber „linken Diskursen“ und ihre fehlende gesellschaftliche Wirkung über das festgefügte Ost-Milieu hinaus. Dabei gebe es inzwischen ein „spürbar gewachsenes [...] Wählerpotential links von der SPD“, das die PDS „aus geschichtlichen und kulturellen Gründen“³⁸ nicht vollständig erreichen könne. In diese Marktlücke wollte die WASG mit Absicht vorstoßen. Selbstbewußt verkündeten ihre Gründerväter, die Konkurrenz einer PDS nicht zu fürchten, die „für einen Großteil [...] ehemals sozialdemokratischer, grüner oder sonstwie linker WählerInnen und sozial enttäuschter NichtwählerInnen [...] nicht in Frage“³⁹ komme. Lange Zeit war André Brie – sieht man von dem zwischenzeitlich abgehalfterten PDS-Frontmann und Oskar Lafontaines politischen Freund Gregor Gysi ab – der einzige, der sich für eine mehr oder weniger vorbehaltlose Öffnung der PDS gegenüber der WASG stark machte: ein Zeichen dafür, daß die Berührungsängste zwischen beiden Parteien anfangs groß waren. Brie war auch der erste in der PDS, der eine ganz pragmatische Rechnung aufmachte: In Deutschland sei kein „Platz für zwei linke Parteien, die beide die 5-Prozent-Hürde bei Bundestagswahlen überwinden könnten.“⁴⁰ Die Wahl war da noch auf 2006 terminiert.

Zu dieser Zeit herrschte auf beiden Seiten Zurückhaltung. Mit einer gewissen Arroganz erachtete die PDS die als „Westveranstaltung“ mit Politikvorstellungen aus den 70er Jahren abqualifizierte WASG nicht als Bedrohung, wenn auch vereinzelt Warnungen vor einer ernsthaften Konkurrenz aufkamen.⁴¹ Eine Zusammenarbeit wurde auf die Zeit nach einer Bundestagswahl im Jahr 2006 verschoben. Es gab aber – von den orthodoxen Kommunisten einmal abgesehen – auch keine klare Abgrenzung. Nur wenige, wie der aus Westdeutschland stammende PDS-Wahlkampfchef Bodo Ramelow, sagten kategorisch, eine langfristige Kooperation mit der Wahlalternative komme nicht in Frage.⁴² Offiziell vertrat der PDS-Vorstand eine unverbindliche und abwartende Position: „Die PDS ist offen für einen Dialog mit der Wahlalternative. [...] Notwendig wird er vielen Menschen erscheinen, die eine weitere Zersplitterung der Kräfte befürchten.“⁴³ Vorstellbar schien allenfalls eine Zusammenarbeit „in bestimmten Schwerpunk-

38 André Brie, Thesen zur Perspektive der Linkspartei: offene Fragen, Probleme, Herausforderungen, in: Michael Brie (Hrsg.), Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Berlin 2005, S. 59-65, hier S. 59.

39 Für eine wahlpolitische Alternative (FN 20).

40 André Brie, Die Linke hat kein Recht mehr auf Mißerfolg, in: Sozialismus, 4/2005, S. 11-15, hier S. 14.

41 Vgl. Die Leere links von der Mitte, in: Freitag vom 26. März 2004.

42 Vgl. Bodo Ramelow, Genährt aus der Denkwelt westdeutscher Gewerkschaften, in: Neues Deutschland vom 20. August 2004.

43 PDS ist offen für einen Dialog mit der Wahlalternative, in: PDS-Pressedienst vom 26. November 2004.

ten [...], absolut unabhängig von allen Fragen des Regierens und Opponierens.“⁴⁴ Auch die WASG war in ihrer Haltung gegenüber der PDS gespalten. Während etwa Klaus Ernst eine Kooperation nicht grundsätzlich ablehnte, strichen andere die Anti-Parteien-Attitüde der WASG heraus. Diese sei ein „breites Wahlbündnis, das gegen die herrschenden Parteien antreten will.“⁴⁵ Einig war sich die in Aufbruchstimmung befindliche WASG weitgehend darin, in Konkurrenz zur PDS in die Wahlen zu gehen. In grandioser Selbstüberschätzung rechnete etwa Vorstandsmitglied Thomas Händel damit, bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen aus dem Stand heraus in den Landtag einzuziehen und später bei den Bundestagswahlen zehn Prozent einzufahren.⁴⁶

3.2. Kooperation

Die WASG bestand ihre Feuertaufe nur ungenügend. Ganze 2,2 Prozent der Stimmen bekam sie bei den Landtagswahlen, die den Beginn der zweiten Phase einläuteten. Die PDS schnitt in Nordrhein-Westfalen mit 0,9 Prozent noch schlechter ab. Zwar führten die Wahlergebnisse beiden Parteien deutlich vor Augen, daß rein mathematisch gesehen eine Konkurrenz kandidatur wenig Sinn macht. Doch noch Tage nach Schröders Neuwahl-Ankündigung war von Kooperationseifer nichts zu spüren. Das Eis brach erst, als Lafontaine und dann auch Gysi den Hut in den Ring warfen und sich einem Linksbündnis zur Bundestagswahl als Spitzenkandidaten zur Verfügung stellten. In der Folge suchten beide Parteien hektisch nach Möglichkeiten einer Zusammenarbeit. Eine regelrechte Fusion war schon aus zeitlichen Gründen vor der Abstimmung im September nicht machbar. Ansonsten setzte das deutsche Wahlrecht Grenzen. Eine Listenverbindung nach Vorbild des italienischen *Olivenbaum*-Bündnisses, wie sie die WASG favorisierte, ist hierzulande nicht möglich. So blieb nur das Modell offener Listen, das die PDS bereits praktiziert hat. Die WASG-Protagonisten lehnten diese Variante zunächst rundheraus ab, selbst wenn sie eine Fusion grundsätzlich befürworteten. Sie befürchteten, von der PDS vereinnahmt zu werden.⁴⁷ In der Tat hatte die WASG einen großen Vertrauensvorschuß zu leisten; nur sie ging ein Risiko ein. Schließlich kontrollierte die PDS den Prozeß der Listenbesetzung, weshalb Reibereien nicht ausblieben. Sie allein legte auch das Wahlprogramm vor und bezahlte den Wahlkampf. Letztes lieferte jedoch der finanzschwachen WASG zusätzlich ein wesentliches Motiv, die offenen Listen am Ende gutzuheißen.

Doch auch die PDS hatte ihre „Kröte zu schlucken“. Die WASG machte zu Recht geltend, die Wähler in den alten Bundesländern würden vor PDS-Listen zurückschrek-

44 „Wir kämpfen dafür, daß Hartz IV verschwindet“. Interview mit Lothar Bisky, in: Neues Deutschland, 14. August 2004.

45 Axel Troost, zit. in: Junge Welt vom 2. November 2004.

46 Vgl. Aus eigener Kraft zehn Prozent holen. Interview mit Thomas Händel, in: Freitag vom 8. August 2005.

47 Vgl. Joachim Bischoff/Björn Radke, Noch mal: Welche politische Konzeption verfolgt die Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative?, Manuskript, 7. Juni 2005.

ken. Sie stellte deshalb die Bedingung, die PDS solle sich einen anderen Namen geben – auch um die Neuartigkeit des Wahlprojektes zu demonstrieren. Dies wiederum verlangte den „demokratischen Sozialisten“ einiges ab. Nicht nur die Repräsentanten KPF, sondern auch nicht wenige „Reformer“ warnten eindringlich, ein Verzicht auf den alten Parteinamen käme einer Preisgabe der Identität gleich. Dies ließ erahnen, daß in der PDS der Widerstand gegen eine Erosion des sozialistischen Profils notfalls groß sein würde. Mitte Juli 2005 billigte ein Parteitag den Kompromiß, das Kürzel „PDS“ nur noch als Namenszusatz zu verwenden, mit 75 Prozent. Kurz zuvor hatten die WASG-Mitglieder den Wahlpakt in einer Urabstimmung mit 82 Prozent „abgesegnet“. Die große Zustimmung überdeckte, grundsätzliche Bedenken auf beiden Seiten. Bis dahin hatte der Wahlkalender die Schritte der Kooperation diktiert. Über Programmatik wurde in den Verhandlungen zwischen PDS und WASG kaum geredet, jede Differenz dem „höheren Zweck“ des Wahlerfolgs hintangestellt.

3.3. *Konflikt*

In der dritten Phase – also nach dem 18. September 2005 – taten sich erste Gräben auf. Jetzt ging es um Inhalte, um eine gemeinsame Programmatik. Was PDS und WASG trennte, waren vor allem unterschiedliche Vorstellungen zur weiteren Vorgehensweise, auch wenn beide Seiten bekundeten, den Fusionsprozeß ergebnisoffen gestalten zu wollen. Einflußreiche Politiker der PDS waren es jedoch, die zur Eile drängten und die Parole ausgaben: erst den Zusammenschluß, dann die umfassende Klärung programmatischer Fragen. Alles andere führe nur zu einem verheerenden Streit.⁴⁸ Dagegen verwies der WASG-Vorstand auf die eigene Beschlußlage und forderte mehrheitlich, sich zunächst inhaltlich zu verständigen: „Wir wollen die Vereinigung zu einer neuen Partei, allerdings beanspruchen wir Zeit für unumgängliche Klärungsprozesse. Bei einer überhasteten Vereinigung würden ungeklärte politische Probleme unter den Teppich gekehrt“.⁴⁹ Diese Sorge war nicht unberechtigt, schließlich hatte die PDS bereits erste Pflöcke eingeschlagen. Nicht nur Parteichef Lothar Bisky stellte klar, an dem „sozialistischen Transformationskonzept“ der PDS – das zwar „eine Menge Sprengstoff“ berge – inklusive der Möglichkeit von Regierungsbeteiligungen festhalten zu wollen: „Wir gehen als Partei des Demokratischen Sozialismus in den Parteibildungsprozeß und wollen [...] unsere Identität erweitern, nicht [...] preisgeben.“⁵⁰ „Reformer“ Dietmar Bartsch assistierte, das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus „ist für uns unverzicht-

48 Vgl. Stefan Liebich/Halina Wawzyniak/Carsten Schatz/Udo Wolf, Die Diskussion zur Vereinigung von WASG und Linkspartei.PDS – Aus der Sicht des Berliner „Sonderfalls“, Manuskript, September 2005.

49 Bundesvorstand der WASG, Agenda 2010 abgewählt – Schwarz-Gelb hat keine Mehrheit, Manuskript, 20. September 2005.

50 Lothar Bisky, Der Einigungsprozeß dient keinem Selbstzweck, in: PDS-Pressedienst vom 9. Dezember 2005.

bar.“⁵¹ Es sprach wenig dafür, daß die PDS vorhatte, ideologisch-programmatisch klein beizugeben. Die im Dezember 2005 von den Spitzen beider Parteien unterzeichnete und später von den Parteitagen gebilligte „Rahmenvereinbarung“ stellt die Frage des „demokratischen Sozialismus“ und der Regierungsbeteiligungen zwar der weiteren Diskussion anheim, doch folgende Passage kommt einer Vorfestlegung auf die PDS-Ideologie gleich: „Zur Politik der neu gebildeten Partei sollen Widerstand und Protest ebenso zählen wie die Anspruch auf Mit- und Umgestaltung und die Entwicklung über den Kapitalismus hinausweisender gesellschaftlicher Alternativen.“⁵²

Eher als es der PDS lieb sein konnte, begannen die Fusionsbefürworter mit einer Debatte über die Programmatik der künftigen Partei. PDS und WASG übergreifende ideologische Allianzen bildeten sich. Schon Anfang März 2006 legte die „Steuerungsgruppe“ beider Parteien – das Gremium war für die Koordination des Fusionsprozesses zuständig – „Programmatische Eckpunkte“⁵³ vor. Während der frühe Termin einer Konzession an die Bedenken der WASG gleichkommt, trägt das Papier inhaltlich eindeutig die Handschrift der PDS-„Reformer“. Diese hatten die Creme ihrer Ideologen in das Autorenteam berufen. In üblicher PDS-Diktion definieren sie „Eckpunkte“ des demokratischen Sozialismus als „transformatorische[n] Prozeß, der in der heutigen Gesellschaft beginnt und zugleich über diese hinausweist.“ Von einer Politik innerhalb des parlamentarischen Systems – wie sie die „Sozialstaatsfraktion“ der WASG vertritt – ist nicht die Rede, dafür der strategische Ansatz der PDS deutlich erkennbar: „Als linke Partei wollen wir gesellschaftlichen Protest [...] zusammenführen.“ Auch Regierungsbeteiligungen werden in für die „Reformer“ typischer Weise als „Mittel gesellschaftlicher Umgestaltung“ angesehen. Über das Grundsatzprogramm hinaus gehen die „Eckpunkte“ jedoch, indem sie sich entschieden gegen „Privatisierungspolitik“ wenden – ein offensichtlicher Widerspruch zur Politik der rot-roten Koalition in Berlin.

Die Kritik der KPF fiel erstaunlich verhalten aus. Sahra Wagenknecht monierte, die „Eckpunkte“ seien „in vieler Hinsicht zu vage und zu unverbindlich, um die Basis für ein klares linkes Profil der neuen Partei zu bilden.“⁵⁴ Die KPF schloß sich aber dem breiten Lager an, das sich für ein „klares linkes Profil der neuen Partei“ einsetzte. „Die schlechteste aller denkbaren Varianten [...] bestünde in der Kombination eines regierungsorientierten Pragmatismus, entsprechend etwa der dominierenden Strömung der PDS-Berlin, mit dem Verzicht auf programmatischen Antikapitalismus und sozialistisches Ziel, wie von einzelnen Vertretern der WASG gefordert.“⁵⁵ In der angehenden

51 „Das Ziel Sozialismus ist unverzichtbar“. Interview mit Dietmar Bartsch, in: Berliner Zeitung vom 23. Februar 2006.

52 Kooperationsabkommen III. Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozeß zwischen Linkspartei. PDS und WASG, in: PDS-PresseDienst vom 4. November 2005.

53 Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmkommission von Linkspartei.PDS und WASG, in: PDS-PresseDienst vom 3. März 2006.

54 Sahra Wagenknecht, Vage und unverbindlich, in: Neues Deutschland vom 17. März 2006.

55 Für eine antikapitalistische Linke, Manuskript, März 2006. Unter den zahlreichen Autoren sind neben

Programmdiskussion meldete sich auch eine „Emanzipatorische Linke“ zu Wort. Der Kreis um PDS-Vorstandsmitglied Katja Kipping vertritt libertäre Vorstellungen, die weniger in der PDS, sondern mehr bei unabhängigen Linken eine Rolle spielen und in der „Sozialstaatsfraktion“ der WASG um Klaus Ernst auf wenig Gegenliebe stießen.⁵⁶

3.4. Krise

Die entscheidende Konfliktlinie verlief nicht zwischen den beiden Parteien, sondern innerhalb der WASG. PDS-„Reformer“ und die beiden Hauptströmungen der Wahlalternative arbeiteten zielstrebig auf den Zusammenschluß hin. Die KPF war für einen Wahlpakt mit der WASG, deren gewerkschaftlicher Orientierung sie durchaus etwas abgewinnen konnte. Sie lehnte aber ein Zusammengehen beider Parteien anfangs strikt ab, weil sie eine weitere „Sozialdemokratisierung“ der PDS befürchtete.⁵⁷ Später setzte sie den Fusionsplänen jedoch keinen nennenswerten Widerstand mehr entgegen. Dagegen formierte sich in Landesverbänden der WASG – namentlich Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt⁵⁸ – entschiedener Widerstand gegen das Projekt. Lief in den meisten Bundesländern die Kooperation mit der PDS im Großen und Ganzen glatt,⁵⁹ eroberten die Fusionsgegner in den drei Ländern unter zum Teil fragwürdigen Umständen die Macht. Parteitage wurden in internem Streit abgebrochen, Vorstände gaben auf und traten zurück. In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern waren die rot-roten Koalitionen seitens der WASG heftiger Kritik ausgesetzt: Die mitregierende PDS betreibe eine „Politik des sozialen Kahlschlags“.⁶⁰ Die Berliner WASG hatte sich – mit tatkräftiger Unterstützung der SAV – bereits im Juni 2005 dafür ausgesprochen, „eine starke Opposition gegen die neoliberale Politik des SPD/PDS-Senats [...] zu bilden.“⁶¹ Der Landesvorstand fuhr gegenüber der PDS schwere Geschütze auf. Ultimativ verlangte er einen „Konsens auf antineoliberaler Grundlage“⁶² und die Rücknahme von

Sahra Wagenknecht auch nicht der KPF angehörende Abgeordnete der PDS, zwei Bundesvorstände der WASG und die beiden Landessprecher der WASG in Nordrhein-Westfalen.

56 Vgl. Julia Bonk/Kaja Kipping/Caren Lay, Freiheit und Sozialismus – Let's make it real. Emanzipatorische Denkanstöße für die neue linke Partei, Manuskript, April 2006; Katja Kipping, mehr als nur ein Name. Zur Herausforderung Neue Linke aus programmatischer Sicht, Manuskript, April 2006.

57 Vgl. Sahra Wagenknecht, Es war unmöglich, dem einen zuzustimmen, ohne gleichzeitig das andere positiv zu sanktionieren, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, 7/2005, S. 1.

58 Zur Situation in Sachsen-Anhalt vgl. Hendrik Lasch, Austritte beenden Führungsstreit, in: Neues Deutschland vom 16. Mai 2006.

59 In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz war die dort schwächere PDS nach einigem Hin und Her bereit, zugunsten der WASG auf eine Wahlteilnahme zu verzichten. Befürchtungen, die West-PDS werde der Kooperation mit der WASG geopfert, verlagen relativ schnell.

60 Berliner Appell. Für den Aufbau einer neuen politischen Kraft gegen neoliberale Politik, Manuskript, 15. November 2005.

61 Beschluß des 1. Landesparteitages der WASG: Eigenständiger Antritt 2006, in: Landesvorstand der WASG Berlin (Hrsg.), Wie weiter nach den Wahlen? Reader zur Debatte in der WASG Berlin, Berlin 2005, S. 22.

62 Landesvorstand der WASG Berlin, Gemeinsame Kandidatur in Berlin auf antineoliberaler Grundlage

Regierungsbeschlüssen. Der WASG-Verband legte es zudem darauf an, bereits vereinbarte Schritte der Kooperation im nachhinein zu torpedieren und auf Bundesebene erst noch zu treffende Entscheidungen in seinem Sinne vorwegzunehmen. So lehnte ein Landesparteitag die oben erwähnte „Rahmenvereinbarung“ ab, mit der Begründung, damit seien programmatische Positionen der PDS bereits festgeschrieben.⁶³ Vor großen Problemen standen die Fusionsbefürworter, als die WASG-Verbände in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern entgegen der geltenden Beschlußlage entschieden, in Konkurrenz zur PDS zu den Landtagswahlen anzutreten. Von diesem Kurs waren sie weder durch Gesprächsangebote noch durch Drohungen mit Parteiausschlüssen und anderen Sanktionen abzubringen. Auch das schlechte Abschneiden der WASG bei den Wahlen in den West-Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im März 2006⁶⁴ belehrte die Fusionsgegner keines Besseren. Deren Separatismus barg eine Gefahr für die gemeinsame Bundestagsfraktion, dürfen doch laut Geschäftsordnung des Parlaments konkurrierende Parteien keine Fraktionsgemeinschaft bilden.

Natürlich steckten ideologische Motive hinter dieser Renitenz; die Regierungspolitik der PDS – die ja auch bei den übrigen Beteiligten nicht gerade auf Gegenliebe stieß – bot nur einen wohlfeilen Anlaß, die Fusion zu verhindern. Die Vorstände von PDS und WASG waren mit dem Problem sichtlich überfordert. Zunächst hat die „Mehrheit des Bundesvorstandes“ der WASG „monatelang zugeschaut.“⁶⁵ Erst im Februar 2006 kam eine Gegenbewegung in Gang, nämlich die – nicht zuletzt auf Betreiben der PDS zustande gekommene – Initiative für eine Urabstimmung darüber, den Fusionsprozeß nicht mehr wie ursprünglich vereinbart ergebnisoffen, sondern ergebnisorientiert zu führen. Die Berliner WASG reagierte darauf mit dem heuchlerischen Vorwurf, das Verfahren sei undemokratisch und von oben gesteuert. Dem Votum der Basis sprachen sie die Legitimation ab, dem Bundesparteitag der WASG, der im April 2006 für ein Zusammengehen mit der PDS stimmte, das Entscheidungsrecht. Tatsächlich hatten sich die Fusionsgegner selbst wenig um die innerparteiliche Demokratie geschert und ihren Konfrontationskurs ohne Rücksicht auf Verluste und Entscheidungen auf Bundesebene durchgezogen. Sie betrieben eine Politik der vollendeten Tatsachen. Nach dem eindeutigen Ergebnis der Urabstimmung – 78,3 Prozent hatten für den Zusammenschluß votiert – änderte die Berliner WASG nochmals ihre Taktik. Vordergründig hieß es, man

anstreben. Leitantrag zum 3. Landesparteitag der WASG Berlin (Entwurf), Manuskript, o. D.

63 Vgl. Initiativantrag an den 3. Landesparteitag der WASG Berlin: Ablehnung des Kooperationsabkommens III – Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozeß zwischen Linkspartei.PDS und WASG, Manuskript, November 2005.

64 In den beiden Bundesländern kandidierten PDS-Mitglieder auf den WASG-Listen. In Baden-Württemberg erzielte die WASG 3,1 Prozent. Mehr hatte man dort angesichts der 3,6 Prozent bei der Bundestagswahl für die PDS auch nicht erwartet. Ein Desaster war dagegen der Wahlausgang in Rheinland-Pfalz. Dort blieb WASG mit kläglichen 2,5 Prozent weit unter den Erwartungen. 5,6 Prozent waren es für die PDS noch bei der Bundestagswahl gewesen.

65 Volkhard Mosler u. a., Wir haben keine Zeit zu verlieren!, Manuskript, 22. April 2006.

sei ebenfalls für die Vereinigung „der Linken“.⁶⁶ Doch Ziel der Berliner WASG war die Gründung einer linkssozialistischen Klassenkampfpartei. Ihre eigenen Kämpfe aber trug sie bezeichnenderweise hauptsächlich mit der PDS aus, kaum mit anderen Parteien, obwohl die SPD ebenfalls an der „neoliberalen“ Politik in Berlin beteiligt war.

Der separatistische Kurs der Berliner WASG hatte durchaus Auswirkungen auf die gesamte Partei. Nicht daß die Mehrheit der Fusionsbefürworter geschmolzen wäre, doch die Auseinandersetzungen pro und contra Regierungsbeteiligung führten zu einer „zunehmenden Blockbildung“.⁶⁷ Der Länderrat der WASG, das höchste Gremium zwischen den Parteitagten, stimmte Anfang März 2006 nur knapp gegen einen Dringlichkeitsantrag aus Schleswig-Holstein, den eigenständigen Wahlantritt der Berliner zu billigen; und ebenso knapp scheiterte die Verurteilung der Urabstimmung. Überraschend entschied sich dann der Bundesvorstand – in dem kein einziger Fusionsgegner saß – dagegen, die Berliner WASG wieder von der Landtagswahl abzumelden. Namentlich Sabine Lösing, Thies Gleiss und Rainer Spilker positionierten sich gegen Klaus Ernst, Oskar Lafontaine und Ulrich Maurer, denen sie „billige Verschwörungstheorien“ von einer linken Unterwanderung und „Spaltungsszenarien“ vorwarfen.⁶⁸ Im Gegenzug kritisierte Klaus Ernst die Entscheidung scharf und sprach von einer „fatalen Entwicklung“, die die Fusion der Parteien gefährde. Der Bundesvorstand habe sich über die Vereinbarung mit der PDS hinweggesetzt.

Die Spaltung des Bundesvorstandes geht auf die Anfänge der WASG zurück. Die aus der *Wahlalternative* stammenden Funktionäre setzten sich für einen Bewegungskarakter der Partei ein, versuchten die Einheit der WASG zu bewahren und waren deshalb gegen administrative Maßnahmen gegenüber den Berlinern. Demgegenüber setzten Politiker der früheren ASG auf eine starke Führung. Im Fusionsprozeß befürworteten sie ebenso wie die PDS eine „Top-Down-Strategie“ und nahmen als *ultima ratio* die Spaltung der WASG in Kauf. Der Konflikt endete auf dem Ludwigshafener Parteitag Ende April 2006 mit dem Rücktritt der „Strömungslinken“ im Bundesvorstand, unter ihnen Joachim Bischoff und Björn Radke. Die Delegierten hatten deren Antrag abgelehnt, der „politisch-programmatischen Konsolidierung“ der WASG Vorrang vor einem offensiven Vorgehen gegenüber dem Berliner Landesverband einzuräumen.⁶⁹ Statt dessen hatte ein anderer Antrag relativ deutliche Zustimmung gefunden, der den Bundesvorstand ermächtigte, „alle Maßnahmen zu prüfen und gegebenenfalls zu ergreifen, um dem Willen des Bundesparteitages Geltung zu verschaffen.“⁷⁰ Mitte Mai schließlich schritt

66 Vgl. Für radikale Reformen und soziale Opposition. Beschluß des 4. Landesparteitages der Berliner WASG (verabschiedete Fassung), Manuskript, 25. Februar 2006.

67 Joachim Bischoff/Björn Radke, Scheitert der Parteibildungsprozeß?, Manuskript, 6. März 2006.

68 Vgl. WASG-Politiker warnen vor Spaltungsszenarien, in: Neues Deutschland vom 24. April 2006.

69 Vgl. Initiativantrag an den Bundesparteitag der WASG 28./29. April 2006, Manuskript, 20. April 2006; Joachim Bischoff/Björn Radke, Kapitulation vor den Gegnern des Parteibildungsprozesses, Manuskript, 26. April 2006.

70 Initiativantrag zum Parteibildungsprozeß und Konkurrenzkandidaturen, Manuskript, 29. April 2006.

der Bundesvorstand zur Tat und entmachtete die Führungsgremien in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Diese Maßnahme war ganz im Sinne der PDS. Auch sie stand dem Katz-und-Maus-Spiel der Berliner WASG – Mecklenburg-Vorpommern wurde ob der personellen Schwäche der dortigen WASG nicht als Problem angesehen – zunächst ratlos gegenüber. Immer wieder forderte sie die WASG-Führung auf, einzugreifen, die Fusionsdebatte zu beenden und den Berliner Landesverband zum Verzicht auf eine Konkurrenzkandidatur zu zwingen. Von sich aus suchte die PDS auch das Gespräch mit den „Dissidenten“ und unterbreitete ihnen programmatische Angebote – erfolglos. Zusammen mit dem Bundesvorstand der WASG und der *Initiative Rixdorf*, in der sich die Fusionsbefürworter der Berliner WASG zusammenfanden, legte die PDS „Inhaltliche Positionen für einen gemeinsamen Wahlkampf“⁷¹ in Berlin vor. Das Papier, das auf das Problem Regierungsbeteiligung nicht eingeht, werteten selbst die „Strömungslinken“ in der WASG als Zeichen des Veränderungswillens der PDS: „Im Rückblick auf die bisherige Regierungspolitik der SPD und der Linkspartei. PDS enthält diese programmatische Ausrichtung für den Wahlkampf in Berlin eine deutliche Korrektur und Selbstkritik.“⁷² Die Berliner WASG jedoch ließ die „Inhaltlichen Positionen“ ohne viel Federlesens abblitzen.

4. Perspektiven

Egal wie PDS und WASG die „Berlin-Krise“ bewältigen: Die Fusion wird kommen. Ein Scheitern können sich beide Parteien nicht leisten. Weiter auf sich gestellt, wären die Zukunftsaussichten düster. Die PDS müßte ihren zum Lebenselixier erkorenen gesamtdeutschen Anspruch beerdigen, und das Ende der Wahlalternative wäre wohl besiegelt. Zudem hat die gemeinsame Bundestagsfraktion Tatsachen geschaffen, und kann nicht leichtfertig zur Disposition gestellt werden. Paradoxerweise hat der Widerstand der Fusionsgegner den Effekt hervorgerufen, daß die „Sozialstaatsfraktion“ der WASG und die PDS-„Reformer“ den Zusammenschluß umso schneller vorantrieben. Zuletzt ging es nur noch um das Wie, nicht mehr um das Ob. In der WASG blieben die Bedenken der „Strömungslinken“ ohne Konsequenzen. Und die PDS ging entgegen ihrer ursprünglichen Absichten programmatisch in die Offensive, ohne innerhalb der WASG auf großen Widerspruch zu stoßen. Als in jeder Hinsicht stärkerer Partner konnte sie am höchsten pokern, während die WASG von der verständlichen Sorge umgetrieben wurde, in der PDS aufzugehen ohne Spuren zu hinterlassen. Die Fusion wird für die WASG unweigerlich auch eine Spaltung sein. Zwar dürfte das Projekt nicht, wie Joachim Bischoff und Björn Radke befürchten, auf eine reine „Allianz zwischen modernisiertem

71 Inhaltliche Positionen für einen gemeinsamen Wahlkampf in Berlin, in: PDS-Pressedienst vom 14. April 2006.

72 Joachim Bischoff/Murat Cakir/Sabine Lösing/Björn Radke/Ulrike Zerhau, Erklärung von Mitgliedern des Bundesvorstandes, Manuskript, 6. April 2006.

‚Postkommunismus‘ und einer ‚wirklichen Sozialdemokratie‘ der Brandt-Ära hinauslaufen“.⁷³ Doch werden viele derjenigen die WASG verlassen, die sich nicht diesen beiden Lagern zurechnen.

Bleibt die Frage: Was für eine Partei wird entstehen? Die beiden strikt reformorientierten, unideologischen Gruppierungen in der PDS, *Forum Demokratischer Sozialismus* und *Netzwerk Reformlinke*, prophezeien (und begrüßen) eine Entideologisierung der fusionierten Organisation: „Die künftige Linkspartei wird im Unterschied zur PDS keine überwiegend politisch, ideologisch und weltanschaulich geschlossene Partei mehr sein.“⁷⁴ Dies ist richtig, doch praktisch ausgeschlossen scheint ein *merger of equals* zu sein, in dem beide Organisationen gleichberechtigt zu einer neuen Partei mit neuer Programmatik zusammenwachsen, auch wenn ihre Protagonisten vorgeben, genau das anzustreben. Die PDS wird ihre sozialistische Identität, die Grundidee des kategorischen Antikapitalismus und die Vision einer anderen Gesellschaft, die kaum mit den Prinzipien und Werten des demokratischen Verfassungsstaates vereinbar sein dürfte, nicht über Bord werfen.

Wahrscheinlich entsteht eine im Westen um die (verbliebene) WASG vergrößerte PDS, mit allenfalls leicht modifizierter Programmatik. Selbst wenn es gelänge, sich auf ein allseits akzeptables politisches Konzept zu einigen, das die strategischen Pläne der PDS mit den sozialstaatlichen Forderungen der Kern-WASG verbindet, würden die ideologischen Auseinandersetzungen der PDS in der neuen Partei fortgesetzt, wenn nicht potenziert werden. Die Gegnerschaft zum „Neoliberalismus“ allein reicht für einen programmatischen Konsens nicht aus. Neben den Kommunisten und den „Reform“-Sozialisten käme mit der WASG das dritte starke Lager der sozialen Pragmatiker in die Partei, das dort ebenfalls um die ideologische Lufthoheit ränge. Die stillschweigende Hoffnung der PDS-„Reformer“, auf diese Weise den orthodoxen Flügel stützen oder gar aus der Partei drängen zu können, ist trügerisch. Die Hausmacht der zwar zahlenmäßig kleinen KPF ist – gerade wenn Krisenzeiten anbrechen – nicht zu unterschätzen. Die Auseinandersetzung um die Kuba-Resolution des Europaparlamentes haben erneut den großen Einfluß der orthodoxen Kommunisten gezeigt, und auch, wie stark das Freiheitsverständnis der SED nachwirkt. Zudem stünde ein „kultureller“ Ost-West-Konflikt ins Haus, der bislang in der PDS wegen ihrer Schwäche in den alten Bundesländern kaum ausgeprägt war. Die Fusion kann bestenfalls ein Stück weit zur Demokratisierung der PDS beitragen. Großer Optimismus ist dabei jedoch nicht angebracht. Eine Partei, die das Adjektiv „neu“ verdiente, wird wohl kaum entstehen.

Wie stehen die Zukunftschancen der neuen Formation? Mit einer Portion Zweckessimismus sagt André Brie heraus, auch eine fusionierte Linkspartei habe „ganz und gar keine Sicherheit auf eine dauerhafte Perspektive und darauf, die mögliche und notwen-

73 Bischoff/Radke (FN 30).

74 Claudia Gohde/Benjamin Hoff/Elke Breitenbach/Heinrich Eckhoff, Für eine demokratisch-sozialistische Linke. Anforderungen an den künftigen Parteivorstand bzw. die Parteientwicklung aus Sicht der undogmatischen und Reform-Linken, Manuskript, April 2006.

dige parteipolitische Plattform einer modernen, neuen Linken in Deutschland zu werden.“ Sie „wird sich [...] auf keine gefestigten Milieus und nur in der Minderheit auf Stammwähler stützen können.“⁷⁵ Es wäre vermessen, die Etablierung einer relevanten Linkspartei auch in den alten Bundesländern zu prognostizieren; dazu sind trotz des Lafontaine-Effektes die Wahlergebnisse zu dürftig, und die 14.000 Mitglieder im Westen allenfalls ein Achtungserfolg. Damit eine solche Organisation den Quantensprung zu einer nachhaltig erfolgreichen gesamtdeutschen Kraft schafft, ist wohl mehr nötig als die bloße Addition der „Ostpartei“ PDS mit der „Westpartei“ WASG, deren Existenz momentan nur auf einer bestimmten, möglicherweise kurzlebigen, politischen Konjunktur gründet.

75 André Brie, Sechs Thesen zur Perspektive der Linkspartei: offene Fragen, Probleme, Herausforderungen, Manuskript, August 2005.

Das Gefahrenpotential gewaltorientierter Islamisten in Deutschland – eine vergleichende Betrachtung der regional und transnational ausgerichteten Anhänger

Von Armin Pfahl-Traugher

1. Einleitende Bemerkungen

„Terrorbasis Deutschland“ und „Terroralarm“ lauten die Titel zweier Bücher von journalistischen Terrorismus-Experten¹, die darin mit dramatisierendem Unterton vor islamistisch motivierten Anschlägen in Deutschland warnen. Zugleich kritisieren die Autoren ein fehlendes Bewußtsein für die Dimension der damit verbundenen Gefahren in der Bevölkerung, den Medien und der Politik, wiege man sich doch angesichts der Nicht-Teilnahme am Irak-Krieg irrtümlich in Sicherheit. Wie in anderen Extremismusbereichen schwankt die Wahrnehmung der Gefahr des gewaltbereiten Islamismus je nach Betrachter und Situation zwischen Dramatisierung und Ignoranz. Vor diesem Hintergrund soll eine Bestandsaufnahme derartiger Potentiale für den Zeitraum 2000 bis 2006 vorgenommen werden. Dabei geht es zum einen um die Beschreibung der jeweiligen Anhänger (Aktivitäten und Organisationen), zum anderen um die Einschätzung des Gefahrenpotentials gewaltbereiter Islamisten.

Beides setzt ein differenziertes Untersuchungsraaster voraus, womit die gemeinten Personengruppen hinsichtlich politischer Ausrichtung und praktiziertem Handlungsstil eingeordnet und unterschieden werden können. Daher bedarf es zunächst einiger Definitionen, Differenzierungen und Typologisierungen. Erst danach sollen die hiesigen Anhänger des regional und transnational ausgerichteten gewaltorientierten Islamismus dargestellt und eingeschätzt werden. Zuvor finden sich dabei einige kurze Ausführungen zu Aufkommen, Entwicklung und Handlungen der Stammorganisationen in den jeweiligen Herkunftsländern, verstehen sich die in Deutschland lebenden Anhänger doch als deren Vertreter im Ausland. Dieser Zusammenhang veranschaulicht auch die Besonderheiten des Gewaltbezuges der angesprochenen Personengruppen. Darüber hinaus erweist sich die Unterscheidung von regional und transnational ausgerichteten Anhängern bei der Einschätzung des Gefahrenpotentials von zentraler Bedeutung.

Den Anhängern des regional ausgerichteten gewaltorientierten Islamismus in Deutschland geht es primär um grundlegende politische Veränderungen in ihren Heimatländern bzw. -regionen, wobei die Ablösung der säkularen Regierungen und/oder

1 Berndt Georg Thamm, Terrorbasis Deutschland. Die islamistische Gefahr in unserer Mitte, Kreuzlingen-München 2004; Elmar Theveßen, Terroralarm. Deutschland und die islamistische Bedrohung, Berlin 2005.

die Zerschlagung des Staates Israel das Ziel darstellt. Die hiermit gemeinte regionale Orientierung schließt weder Anschläge noch Präsenz außerhalb der jeweiligen Herkunftsgebiete aus. Die Anwendung von Gewalt gilt als legitimes Mittel, das nach den jeweils bestehenden politischen Rahmenbedingungen und Zielobjekten variabel eingesetzt wird. Die Anhänger eines transnational ausgerichteten gewaltorientierten Islamismus gingen dazu über, Gewaltaktionen nicht nur außerhalb ihrer Länder und Regionen, sondern auch gegen westliche Einrichtungen und Personen in diesen Staaten selbst durchzuführen. In der damit verbundenen transnationalen Zielsetzung besteht der qualitative Unterschied zu den anderen Gruppierungen. Hinzu kommen als weitere Besonderheiten dieses „neuen“ Typus von Terrorismus das Fehlen eines lokalen Bezugspunktes und die internationale Zusammensetzung.

Den islamistischen Gruppierungen in Deutschland widmete man vor den Anschlägen vom 11. September 2001 kaum Aufmerksamkeit. Eine kontinuierliche und stringente Beobachtung erfolgte lediglich durch die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden, die in ihren Jahresberichten die jeweilige Entwicklung beschrieben. Auch gegenwärtig hat sich an dieser Informationslage nicht viel geändert: Journalisten und Wissenschaftler gehen zwar weitaus stärker als früher auf die Entwicklung des Islamismus in seinen Herkunftsländern ein, die Situation in Deutschland selbst findet demgegenüber nur anlaßbezogen und sporadisch Aufmerksamkeit. Insofern stützt sich die Abhandlung neben einigen seriösen Medienberichten zu großen Teilen auf die veröffentlichten Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden sowie auf Informationen aus verschiedenen Gerichtsverfahren.

2. Definitionen, Differenzierungen und Typologien

Folgende Arbeitsbegriffe sind die für die Einordnung und das Verständnis der Thematik von besonderer Bedeutung: Islamismus steht für eine Sammelbezeichnung unterschiedlicher Strömungen einer politischen Bewegung², die ihren ideengeschichtlichen Ursprung in inner-islamischen Reformbestrebungen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und ihre politische Wurzel in der 1928 in Ägypten gegründeten „Muslimbruderschaft“³ hat. Allen später entstandenen Strömungen ist die Absicht eigen, den Islam nicht nur zur verbindlichen Leitlinie für das individuelle, sondern auch für das gesellschaftliche Leben zu machen. Dies bedeutet notwendigerweise die Aufhebung einer Trennung von Religion und Staat als Ausdruck der Säkularisierung und die institutio-

2 Vgl. Nazih Ayubi, Politischer Islam. Religion und Politik in der arabischen Welt, Freiburg 2002; Gilles Kepel, Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2002.

3 Hierbei handelt es sich um die „Mutterorganisation“ auch vieler der weiter unten genannten Gruppen, Vgl. Brynjar Lia, The Society of the Muslim Brothers in Egypt. The Rise of an Islamic Mass Movement 1928-1942, Reading 1998; Richard P. Mitchell, The Society of the Muslim Brothers, New York 1993.

nelle Verankerung der religiösen Grundlagen im Sinne eines islamischen Staates. Damit einher geht die Ablehnung der Prinzipien von Individualität, Menschenrechten, Pluralismus, Säkularisierung und Volkssouveränität.⁴

Bei allen darauf bezogenen ideologischen Gemeinsamkeiten lassen sich hinsichtlich der politischen Artikulations- und Handlungsweise Unterschiede ausmachen. Entgegen einem weit verbreiteten Eindruck sind weder alle Islamisten gewalttätig noch terroristisch ausgerichtet. Statt einer solchen Pauschalisierung empfiehlt sich eine Unterscheidung von gewaltbereiten und reformorientierten Varianten⁵, die sich wiederum in zwei weitere Subgruppen differenzieren lassen: Zu dem letztgenannten Typus gehört eine kulturelle Form, die über das Engagement im Alltagsleben Akzeptanz für ihre Auffassungen mobilisieren will, und eine politische Variante, die über Parteipolitik große Unterstützung für sich unter Wählern anstrebt. Die gewaltbereite Form kann danach unterschieden werden, ob ihre Anhänger regional oder transnational ausgerichtet sind. Als Kriterium für die Unterscheidung gilt hierbei der Zielort solcher Aktivitäten, die sich auf das Herkunftsland beschränken oder weit darüber hinausgehen können.⁶

Gewaltbereitschaft meint nicht notwendigerweise die kontinuierliche Anwendung von Gewalt und auch keine terroristische Dimension im engeren Sinne. Dabei geht es lediglich um die definitorische Erfassung von Bestrebungen, die in der Anwendung von Gewalt ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung im Kontext der Situation ihrer Heimatländer sehen. Sie müssen daher nicht in ihrem Aufenthaltsland auch in dieser Form aktiv sein oder ein solches Vorgehen beabsichtigen. Diese Differenzierung wie die Gesamtunterscheidung des Islamismus über den Handlungsstil kann lediglich als idealtypisch angesehen werden: Es lassen sich nicht nur Mischformen ausmachen, mitunter wechselten einzelne islamistische Personengruppen im Laufe ihrer Aktivitäten von der einen in die andere Kategorie. Gleichwohl bedarf es der Einteilung als Analyseraster, lassen sich doch nur so wichtige Unterscheidungen für die Bewertung des Gefahrenpotentials vornehmen.

4 Vgl. u.a. Olaf Farschid, Islam als System: Grundzüge islamistischer Ideologie, in: Senatsverwaltung für Inneres (Hrsg.), Islamismus. Diskussion eines vielschichtigen Phänomens, Berlin 2005, S. 14-26; Herbert Landolin Müller, Islamismus – eine totalitäre Ideologie? Versuch einer Annäherung an ein globales Phänomen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 407-439.

5 Bassam Tibi unterscheidet in diesem Sinne einen „jihadistischen“ und „institutionellen Islamismus“, Vgl. ders., Der neue Totalitarismus. „Heiliger Krieg“ und westliche Sicherheit, Darmstadt 2004, S. 14 f. und 75. Hier wird allerdings auf den „Jihad“-Begriff verzichtet, dient er doch in der medialen Wahrnehmung häufig als Schlagwort. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser Bezeichnung als Typusbegriff würde den Rahmen der vorliegenden Erörterung sprengen.

6 Insofern widerspricht diese Differenzierung auch nicht der Auffassung von Guido Steinberg: Er wies in einer Studie zur Entwicklung islamistischer Terror-Netzwerke zutreffend darauf hin, daß deren transnationaler Charakter nicht die lokalen Bestimmungs- und Zielfaktoren ignorieren dürfe. Vgl. Guido Steinberg, Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus, München 2005, S. 9 f. und 236 f. Bei der hier vorgenommenen Unterscheidung geht es nur um die Orte und Ziele der jeweiligen Anschläge und Gewalthandlungen.

3. Anhänger eines regional ausgerichteten gewaltorientierten Islamismus

3.1. Anhänger der algerischen FIS, GIA und GSPC

Als ein Ableger der „Muslimbruderschaft“ verstand sich die 1989 in Algerien als Partei zugelassene „Front Islamique du Salut“ (FIS) („Islamische Heilsfront“)⁷, die binnen kurzer Zeit durch öffentliche Agitation große Sympathien in der Bevölkerung gegen die als korrupt und unfähig geltende Regierung gewann. Bereits bei den Kommunal- und Regionalwahlen 1990 erhielt die Partei knapp über die Hälfte der abgegebenen Stimmen, besetzte danach bedeutende Ämter in Dörfern und Städten und begann dort mit der Umsetzung ihrer Forderungen nach einer „Islamisierung“ des öffentlichen Lebens. Fortan schürte die FIS durch zunehmend gewalttätiger werdende Demonstrationen und Streiks den Konflikt mit dem Staat, der ihr aber eine Kandidatur zu den Wahlen 1991 gestattete. Da sich bereits nach dem ersten Wahlgang eine Mehrheit für die FIS abzeichnete, setzte die Militärführung den zweiten Wahlgang aus, annullierte das Ergebnis der ersten Abstimmung und ließ die Partei 1992 durch Gerichtsbeschluß verbieten.

Aus deren militantem Umfeld entstand im gleichen Jahr die „Groupe Islamique Arme“ (GIA) („Bewaffnete Islamische Gruppe“), die auf die staatliche Repression mit einer Eskalation der Gewalt antwortete. Teile der Organisation hielten auch nicht-islamistisch ausgerichtete Algerier für „Ungläubige“ und führten im nun folgenden Bürgerkrieg brutale Massaker an der Zivilbevölkerung durch. So verlor die GIA allerdings gesellschaftliche Zustimmung und isolierte sich selbst innerhalb des algerischen Islamismus, was zu einer Reihe von Abspaltungen führte. Dazu gehörte auch eine zwischen 1997 und 1998 entstandene Organisation mit der Bezeichnung „Groupe salafiste pour la Predication et le Combat“ (GSPC) („Salafistische Gruppe für Mission und Kampf“), die das brutale Vorgehen gegen Zivilisten ablehnte, aber weiter Angriffe gegen Sicherheitskräfte durchführte. Gleichzeitig knüpfte man zur logistischen Unterstützung des Vorgehens in Algerien Kontakte zu den Netzwerken um „Al-Qaida“.

Für die Einschätzung und Erörterung des Gefahrenpotentials für Deutschland bedeutsam ist die Internationalisierung der Gewalttaten durch algerische Islamisten.⁸ Dabei lassen sich zwei Formen unterscheiden: Seit 1993 kam es ab und an zu Entführungen und Ermordungen von Franzosen, später auch von anderen Ausländern in Algerien selbst. Als Beispiele dafür seien die Entführung eines Flugzeugs der Air France 1994 und die Ermordung von sieben Mönchen genannt. Von 1995 an erfolgten vereinzelt terroristische Aktionen in anderen Ländern. Für letzteres Vorgehen stehen die beiden Anschläge auf den öffentlichen Personennahverkehr in Paris, wobei 1995 und 1996

7 Vgl. Werner Ruf, Die algerische Tragödie. Vom Zerbersten des Staats in einer zerrissenen Gesellschaft, Münster 1997, S. 101-112; Bernhard Schmid, Algerien. Frontstaat im globalen Krieg. Neoliberalismus, soziale Bewegungen und islamistische Ideologie in einem nordafrikanischen Land, Münster 2005, S. 88-250.

8 Vgl. Steinberg (FN 6), S. 190-192.

insgesamt zehn Personen starben. Da sich die ehemalige Kolonialmacht Frankreich nach dem Staatsstreich auf die Seite von algerischem Militär und Regime gestellt hatte, sollte damit ein bedeutender Unterstützer der verhassten politischen Ordnung getroffen werden.

In Deutschland leben um die 350 Anhänger der drei erwähnten algerischen islamistischen Organisationen, die gewalttätig wie politisch weitgehend inaktiv blieben. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe: Erstens besteht für sie kein direkt erkennbarer Bezug zur politischen Situation in ihrem Heimatland, zweitens sind sich FIS, GIA und GSPC uneinig über die richtige Vorgehensweise gegenüber der algerischen Regierung. Und drittens gibt es keine entwickelte und funktionierende Organisationsstruktur für die in Deutschland lebenden algerischen Islamisten. Zwar existierte von 2002 an ein „Nationales Exekutivbüro der FIS im Ausland“, es wurde aber bereits 2004 im Kontext von Konflikten mit der algerischen FIS-Führung wieder aufgelöst. Darüber hinaus besteht in dieser ein Konflikt um die Frage, inwieweit Einigungen mit der algerischen Regierung angestrebt werden sollen. Diese Auseinandersetzungen führten bei den in Deutschland lebenden Anhängern zu einer abwartenden Haltung.⁹

Die GSPC machte in Deutschland 2003 durch die Entführung von 32 europäischen Touristen, wozu auch 16 Deutsche gehörten, auf sich aufmerksam. Hierbei ging es um die Erpressung von Lösegeld zum Kauf von Sprengstoff und Waffen, welche für den Kampf gegen die algerische Regierung eingesetzt werden sollten.¹⁰ Ein besonderer Bezug zu Deutschland bestand nicht, der hohe Anteil von deutschen Entführungsopfern war offenbar zufällig. Besondere Beachtung verdient demgegenüber für die Einschätzung des Gefahrenpotentials in Deutschland, daß sich einige GIA- und GSPC-Anhänger von Mitte der 1990er Jahre an den terroristischen Netzwerken um „Al-Qaida“ angeschlossen. Hierzu gehörten die Mitglieder der „Meliani-Gruppe“, die 2000 in Frankfurt a.M. einen Anschlag in Straßburg vorbereiteten. Die überwiegende Mehrheit der in Deutschland lebenden Anhänger der drei Organisationen beschränkt sich allerdings darauf, logistische und propagandistische Unterstützung für deren Vorgehen in Algerien zu leisten.¹¹

3.2. Anhänger der palästinensischen „Hamas“

Ebenfalls als regionaler Ableger der „Muslimbruderschaft“ versteht sich die palästinensische Organisation „Harakat al-Muqawama al-islamiya“ (Hamas) („Islamische Widerstandsbewegung“)¹², die auf die 1978 gegründete „al-Mudjamma al-islami“ („Isla-

9 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin 2005, S. 202 f.

10 Vgl. Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2004, Stuttgart 2005, S. 55.

11 Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2005, Düsseldorf 2006, S. 196-200.

12 Vgl. Shaul Msihal/Avraham Sela, The Palestinian Hamas. Vision, Violence, and Coexistence, New York 2000; Andrea Nüsse, Muslim Palestine. The Ideology of Hamas, London 2002.

mischer Zusammenschluß“) zurückgeht und zunächst primär durch soziale Aktivitäten auf sich aufmerksam machte. Erst im Rahmen der ersten „Intifada“ ging die Organisation dazu über, sich auch an gewalttätigen Aktionen gegen die israelische Besatzungsmacht im Gaza-Streifen zu beteiligen. In dieser Phase kam 1988 die Bezeichnung „Hamas“ auf, wobei dieses Akronym für „Eifer“ oder „Engagement“ steht. Gleichzeitig entwickelte die Organisation sich immer stärker zu einem politischen Faktor und nahm dezidiert Stellung zu den Verhandlungen der Palästinenser mit Israel. Hierbei vertrat „Hamas“ häufig eine fanatische und unversöhnliche Auffassung und wandte sich gegen die zeitweise von der säkularen palästinensischen Führung vertretene Kompromißlinie.

Diese Einstellung entspricht der Charta der Organisation. In ihr tritt sie für die Errichtung eines islamistischen Systems und die Zerschlagung des Staates Israel ein. Es handelt sich um die Vermischung selektiver religiöser Anspielungen mit Interpretationen aktueller politischer Ereignisse, geprägt von Dogmatismus und Verschwörungs-ideologien. Innerhalb der Bevölkerung stieg binnen kurzer Zeit das Ansehen der „Hamas“: Dies erklärt sich zum einen dadurch, daß deren Aktivisten im Unterschied zu vielen PLO-Führern nicht als korrupt gelten. Zum anderen engagierte sich die Organisation bereits im sozialen Bereich (mit eigenen Betreuungswerken, Bildungseinrichtungen, Kindergärten oder Krankenhäuser). Derartige Angebote dienen auch der Rekrutierung von Anhängern. Hierzu gehörten u.a. die Selbstmordattentäter, die von der „Hamas“ zu den Anschlägen gegen militärische und zivile Einrichtungen in Israel und den Palästinensergebieten mit zahlreichen Todesopfern angeleitet wurden.

In Deutschland leben um die 300 Anhänger der „Hamas“, die allerdings über keine feste Organisation verfügen. Ein gewisser Teil betätigte sich in dem „Islamischen Bund Palästina“, der bereits 1982 von Angehörigen der „Muslimbruderschaft“ als palästinensische Vertretung gegründet wurde. Er entfaltete aber ebensowenig wie die nicht-organisierten Anhänger größere politische Aktivitäten: Sie beschränkten sich in der Regel auf die Sammlung von Spendengeldern und die Teilnahme an Demonstrationen zum Nahost-Konflikt. Hierzu gehörten etwa 2004 einige spontane Kundgebungen, die in mehreren Städten als Proteste gegen die Tötung des „Hamas“-Begründers Scheich Ahmed Yassin durch israelische Militäreinheiten durchgeführt wurden. Diese Veranstaltungen mobilisierten allerdings nur wenige Teilnehmer und verliefen in allen Fällen friedlich. Bei anderen Gelegenheiten beteiligten sich Anhänger der „Hamas“ an Demonstrationen mit Parolen wie „Freiheit für das palästinensische Volk“ oder „Israel ist ein Apartheitsstaat“.¹³

Zu dem beschriebenen Umfeld gehörte der 1991 gegründete und in Aachen ansässige Verein „Al-Aqsa e.V.“, der sich offiziell als humanitäre Hilfsorganisation gab und um Spenden für zivile Projekte warb. Diese Gelder flossen an „Hamas“-nahe Einrichtungen im Gaza-Streifen und der Westbank und dienten damit zumindest indirekt zur

13 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 9), S. 205 f.

Förderung der von der Organisation ausgehenden Gewalttaten. Aus diesem Grund verbot das Bundesministerium des Innern den Verein im Jahre 2002. Er habe sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung gewandt. Zwar konnte nicht belegt werden, daß die Spendengelder direkt zur Finanzierung von Gewaltaktionen genutzt wurden. Da es sich bei „Hamas“ aber um ein einheitliches Gebilde handle, lasse sich kein Unterschied zwischen gewalttätigen und sozialen Aktivitäten ausmachen. Insofern seien die Ziele des Vereins mit denen der Organisation identisch.¹⁴

Zwar geht die „Hamas“ in ihren regionalen Operationsorten mit Gewalt auch gegen Zivilisten vor, wovon die zahlreichen Selbstmordattentate zeugen. In Deutschland besteht eine solche Gefahr angesichts der bisherigen Aktivitäten nicht, beschränkten sich die Anhänger der Organisation doch auf Agitation und Spendensammlungen. Hinzu kommt als bedeutsamer Faktor, daß die Führung der „Hamas“ immer wieder Gewalttaten außerhalb Israels und der besetzten palästinensischen Gebiete abgelehnt hat. Ihre Aktivitäten konzentrieren sich angesichts ihrer politischen Zielsetzungen auf diesen Raum. Auch wenn Ideologie und Programmatik eine darüber hinaus gehende Perspektive betonen, etwa in Gestalt der pauschalen Verwerfung westlicher Systeme und Werte, kam es bislang nicht zu einer Ausweitung gewalttätiger Aktionen auf andere Länder. Insofern dürften die Anhänger der „Hamas“ in Deutschland zukünftig nicht zur Durchführung von terroristischen Anschlägen übergehen.¹⁵

3.3. Anhänger der libanesischen „Hizb Allah“

Schließlich sei auf die Anhängerschaft einer im Unterschied zu den erwähnten sunnitischen Gruppen schiitisch ausgerichteten Organisation verwiesen: Die hier gemeinte „Hizb Allah“ („Partei Gottes“)¹⁶ entstand 1982 im Libanon, wobei sie finanziell, logistisch und politisch von der iranischen Staatsführung unterstützt wurde. Ihre Gründung und Entwicklung hing eng mit der im gleichen Jahr erfolgten israelischen Invasion zusammen. Danach ging die „Hizb Allah“ mit Anschlägen auf Einrichtungen und Personen gegen die israelischen Truppen vor, was ihr angesichts der Folgen und Länge der Besatzung Anhänger und Sympathie aus der Bevölkerung zutrieb. Den Abzug der israelischen Armee aus dem Südlibanon im Jahre 2000 deutete die Organisation als Konsequenz ihres auch mit Selbstmordattentaten geführten Kampfes. Sie sah darin den ersten Sieg einer islamischen Bewegung gegen den Staat Israel, dessen Existenzrecht bestritten wurde.

14 Vgl. Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) 6 A 10.02 vom 3. Dezember 2004.

15 Bestärkt wird diese Einschätzung durch die im März 2006 erfolgte Regierungsübernahme der „Hamas“, die sie auch um ihres internationalen Rufes willen zur Mäßigung motivieren dürfte.

16 Vgl. Magnus Ranstorp, *Hizb Allah in Lebanon. The Politics of the Western Hostage Crisis*, New York 1997; Amal Saad-Ghorayeb, *Hizbu'llah. Politics and Religion*, London 2002.

Politisch strebte die „Hizb Allah“ zunächst offen die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach iranischem Vorbild im Libanon an. Mittlerweile nimmt sie im Land selbst eine mehr pragmatische Haltung ein, versucht man sich doch in Gesellschaft und Politik zu etablieren. Hierzu soll zum einen der Aufbau sozialer Netzwerke zur Gewinnung und Unterstützung von Anhängern, zum anderen das Engagement auf parteipolitischer Ebene im Parlament dienen. Gegenüber Israel hielt die Organisation an ihrer rigorosen Position fest, wovon die Bereitschaft zu und die Durchführung von Anschlägen zeugen.¹⁷ Hierzu zählten zwei Fälle weit außerhalb der Region, werden doch der „Hizb Allah“ Bombenanschläge in Buenos Aires zugerechnet: 1992 richtete sich eine solche Aktion gegen die dortige israelische Botschaft mit 20 Toten und 200 Verletzten und 1994 gegen zwei jüdische Organisationen mit 96 Toten und 127 Verletzten. Diese Fälle stellen allerdings Ausnahmen von der regionalen Gewaltorientierung dar.

Die Organisation rekrutierte jedoch auch Selbstmordattentäter aus anderen Ländern, wofür ein relativ bekannter Fall aus Deutschland steht: Der dort aufgewachsene Steven Smyrek kam zunächst persönlich mit Muslimen in Kontakt, zeigte sich von religiösen Ausprägungen und sozialer Integration fasziniert und konvertierte 1994 als 23-jähriger zum Islam. Nach dem regelmäßigen Besuchen bestimmter Moscheen entwickelten sich bei Smyrek Fanatismus und Gewaltbereitschaft, die ihn 1996 auf die Angebote von Werbern der „Hizb Allah“ eingehen ließen. Im Südlibanon bildete man Smyrek 1997 im Umgang mit Sprengstoff und Waffen aus, und er erklärte sich anschließend zu einem Selbstmordattentat bereit. Unmittelbar danach flog Smyrek nach Tel Aviv, wo er allerdings von Angehörigen der israelischen Sicherheitsbehörden festgenommen werden konnte. 2003 kam der zu keinem Zeitpunkt Reue zeigende Smyrek im Rahmen eines Gefangenenaustausches wieder frei und wurde nach Deutschland zurückgeschickt.¹⁸

Hier leben um die 900 Anhänger der „Hizb Allah“, die ebenfalls über keine gesonderte Organisationsstruktur verfügen. Man trifft sich lediglich in einzelnen örtlichen Moschee-Trägervereinen oder in dem als zentrale Begegnungsstätte geltenden „Islamischen Zentrum“ in Münster-Hiltrup. Bestrebungen der Beirut-Führung zur Gründung eines Dachverbandes bestehen zwar, konnten aber aufgrund von internen Streitigkeiten nicht umgesetzt werden. Die Anhänger in Deutschland zeigen darüber hinaus nur wenig Interesse an einem intensiveren politischem oder religiösem Engagement, beschränkt sich dieses doch meist auf die Sammlung von Geldern für – angebliche – Sozialprojekte oder die Teilnahme an regelmäßigen Veranstaltungen zu bestimmten Jahrestagen. Dazu zählt der „Tag der Befreiung“, der seit 2000 in Erinnerung an den Abzug der israelischen Armee begangen wird. Mitunter nehmen an diesen Veranstaltungen auch „Hizb Allah“-Abgeordnete des libanesischen Parlaments teil.

17 Im Juli 2006 lösten die Entführung zweier israelischer Soldaten und zahlreiche Raketenangriffe auf Haifa eine Vergeltungsaktion Israels aus, womit sich eine Eskalation des Konfliktes verband. Vgl. Dieter Bednarz u.a., Eine Frage des Preises, in: Der Spiegel vom 17. Juli 2006, S. 94-98.

18 Vgl. „Für Allah in den Tod“. Reportage der ARD vom 14. Januar 2004.

Bei den Anhängern der „Hizb Allah“ gilt: So sehr die Bereitschaft zu Terroranschlägen in der jeweiligen Region gegen israelische Ziele besteht, so gering dürften derartige Gefahren durch Anhänger in Deutschland sein. Führende Funktionäre äußerten daher, Aktivitäten ihrer Organisation richteten sich ausschließlich auf den Nahen Osten, Gewaltaktionen außerhalb der Region seien nicht beabsichtigt. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 forderte man sogar die Anhänger dazu auf, keine öffentliche Freude darüber zu zeigen und sich an die in Deutschland geltenden Gesetze und Regeln zu halten. Darüber hinaus trat man mit öffentlichen Aktivitäten immer weniger in Erscheinung und mäßigte sich verbal bei Demonstrationen.¹⁹ Derartige Entwicklungen dürften hier wie in den anderen Fällen allerdings nicht Ausdruck von politischen Lernprozessen sein, sondern auf taktischen Rücksichtnahmen angesichts einer größeren öffentlichen und staatlichen Sensibilität basieren.²⁰

4. Anhänger eines transnational ausgerichteten gewaltorientierten Islamismus

4.1. Die organisatorische Entwicklung der transnationalen Netzwerke

Die damit angesprochene organisatorische und personelle Entwicklung verdient besondere Aufmerksamkeit, da sich daraus wichtige Kriterien zur Einschätzung des Gefahrenpotentials ableiten lassen. Hierzu bedarf es zunächst einer Unterscheidung der Anhänger der transnational ausgerichteten gewaltorientierten Islamisten, die sich als „Al-Qaida“ im engeren und weiteren Sinne²¹ bzw. als „Al-Qaida“ und „Non-aligned-Mujahedin“²² einteilen lassen. Entscheidend hierbei ist der Grad von Anbindung an die ursprüngliche Kernstruktur der Organisation „Al-Qaida“, die relativ eng mit entsprechenden Abhängigkeiten oder locker mit losen Kontakten sein kann bzw. konnte. Diese idealtypische Differenzierung ist mitunter nicht trennscharf, organisierte sich „Al-Qaida“ selbst doch zu keiner Zeit im Sinne einer entwickelten und starren Struktur. Zudem ist in den letzten Jahren ein Trend zur Autonomie und Dezentralisierung von Zellenstrukturen festzustellen.

Diese Entwicklung soll zunächst problemorientiert zusammengefaßt werden: Am Beginn von „Al-Qaida“ („Die Basis“)²³ stand die Absicht des jordanischen „Mus-

19 Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (FN 11), S. 215-220.

20 Auch nach der Eskalation des Konfliktes mit Israel im Sommer 2006 änderte sich dies nicht. Zwar stieg die Sympathisanten-Szene an, die Gefahr von Anschlägen gilt allerdings als gering. Dies schließt verständlicherweise nicht Verselbständigungsprozesse von Einzelpersonen oder Kleingruppen aus. Vgl. Markus Wehner, Nasrallahs Freunde in Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 6. August 2006, S. 2.

21 Vgl. Steinberg (FN 6), S. 44-59, hier S. 44 f.

22 Vgl. Jan Keller, Netzwerke „Arabischer Mujahedin“ und ihre Bezüge nach Deutschland, in: Uwe Bakes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 15, Baden-Baden 2003, S. 194-208.

23 Vgl. Oliver Schröm, Al Qaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2003; Paul L. Williams, Al Qae-

limbruders“ Abd Allah Azzam und des saudischen Millionärs Usama Bin Laden²⁴, Mitte der 1980er Jahre Einrichtungen zur Rekrutierung und Schulung von Kämpfern gegen die sowjetische Besatzung in Afghanistan zu gründen. Aus vielen Ländern ließen sich Muslime von damit verbundenen Anwerbungen locken und in Lagern in Afghanistan und Pakistan ideologisch und militärisch ausbilden. Den Abzug der „Roten Armee“ 1989 sah man als durch das eigene Vorgehen bedingten großen Sieg an, aber keineswegs allgemein als Grund zur Auflösung der entstandenen Netzwerke: Einige der „Mujahedin“ („Kämpfer für die Sache Allahs“) gingen zwar wieder in ihre Heimatländer zurück, andere verblieben in den Lagern und führten die Ausbildung neuer Anhänger weiter. Im Laufe der Jahre sollen um die 50.000 Personen eine derartige Schulung absolviert haben.

Nicht alle lassen sich pauschal „Al-Qaida“ zurechnen. Eine solche Bezeichnung macht nur für die Führung der losen Struktur um Bin Laden und das engere Umfeld Sinn. Beides bildete zunächst eine Art Kernorganisation, die den weiteren Aufbau der terroristischen Netzwerke auf den unterschiedlichen Ebenen in Afghanistan und im Sudan im Laufe der 1990er Jahre vorantrieb: Hierzu gehörte die Forcierung der Ausbildung von Aktivisten in verschiedenen Lagern, die Intensivierung der Kontakte zu terroristischen Gruppen des ägyptischen Islamismus und der Einsatz von „Mudjahedin“ in verschiedenen regionalen Konflikten (z.B. Bosnien, Tschetschenien). Teilweise als Reaktion auf die Anwesenheit US-amerikanischer Truppen in Saudi Arabien nach dem Golf-Krieg von 1990/1991, teilweise aus bündnispolitischen Entwicklungen innerhalb des Lagers des gewaltorientierten Islamismus ging Bin Laden dann dazu über, bei der Planung von Anschlägen nicht mehr nur die regionalen Regime, sondern auch die USA ins Visier zu nehmen.

Die Folgen artikulierten sich zum einen in einer „Kriegserklärung gegen die Amerikaner“ von 1996 und einer „Erklärung des heiligen Krieges gegen Juden und Kreuzfahrer“ von 1998, zum anderen in den Anschlägen von 1998 gegen die US-Botschaften in Kenia und Tansania mit 225 Toten sowie von 2000 gegen das US-Kriegsschiff „Cole“ in einem Hafen im Jemen mit 17 Toten. Gerade diese Taten markieren den Übergang der „Al-Qaida“ von einer regional zu einer transnational ausgerichteten Terrororganisation. Ihren Höhepunkt fanden sie in den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington, die als Reaktion eine militärische Intervention der USA in Afghanistan auslösten. Die Zerstörung der dortigen Ausbildungslager und Organisationsstruktur löste einen grundlegenden Umbruchprozeß des Gefüges von „Al-Qaida“ aus. Fortan spricht man mehr von einer Ideologie, weniger von einer Organisation.²⁵

da. Brotherhood of Terror, New York 2002.

24 Vgl. Yossef Bodansky, Bin Laden. The Man Who Declared War on America. Roseville 2001; Roland Jacquard, Die Akte Osama Bin Laden. Das geheime Dossier über den meistgesuchten Terroristen der Welt, München 2001.

25 Vgl. Peter Bergen, Heiliger Krieg Inc. Osama bin Ladens Terrornetz, Berlin 2001; Jason Burke, Al-Qaida. Wurzeln, Geschichte, Organisation, Düsseldorf/Zürich 2004.

Das Gefahrenpotential gewaltorientierter Islamisten in Deutschland

Auch wenn die Gegenüberstellung in dieser Form nicht ganz angemessen sein dürfte, weist sie auf die angesprochene Entwicklung zu einem dezentralen Netzwerk mit autonomen Zellen hin. In den unterschiedlichsten Ländern bestehen Kleingruppen gewaltorientierter Islamisten, die sich zwar politisch dem Komplex „Al-Qaida“ zurechnen, aber nicht notwendigerweise organisatorisch in einen solchen Zusammenhang näher eingebunden sein müssen. Sie können demnach Handlungen unterschiedlichster Art eigenständig planen und erhalten von außen mitunter nur logistische Unterstützung. Hinsichtlich des Gefahrenpotentials von terroristischen Anschlägen bedeutet dies zum einen, daß solche je nach Zusammensetzung der Akteure nicht besonders professionell geplant und umgesetzt werden, zum anderen, daß Aktivitäten und Ziele solcher Kleingruppen schwerer berechen- und verhinderbar sind. Eine anleitende Zentrale für alle Handlungen besteht nicht mehr.

4.2. Potentielle Gewalttäter und deren Umfeld

Angehörige und Unterstützer der vorgenannten Bereiche des terroristisch agierenden Islamismus leben auch in Deutschland: Sie sehen Gewalt nicht nur als mögliche Option für Handlungen in ihren Heimatländern, sondern auch als außerhalb dieser anzuwendendes Mittel an. Insofern kann bezogen auf die hiesige Situation von einer Gewaltbereitschaft, nicht nur von einer Gewaltorientierung gesprochen werden. Die Sicherheitsbehörden bezeichnen die damit gemeinten rund 270 Personen als „Gefährder“, gelten sie ihnen doch als potentielle Gewalttäter. Aufgrund ihres ideologischen Fanatismus, der militanten Einstellung und personeller Kontakte besteht durchaus die Möglichkeit, daß sie inner- oder außerhalb des Landes Anschläge selbst durchführen oder logistisch unterstützen. So lange sie aber über einen legalen Aufenthaltsstatus als Asylbewerber, Flüchtlinge oder Staatsbürger verfügen und sich keine strafrechtlich relevanten Handlungen belegen lassen, sind Ausweisungen oder Festnahmen nicht möglich.²⁶

Idealtypisch können die angesprochenen „Gefährder“ bei der Einbettung in das gewaltbereite Milieu und den Handlungen in Deutschland wie folgt unterschieden werden: Zu ihnen zählen Angehörige der ersten Generation der „Al-Qaida“, die bereits am Krieg gegen die „Rote Armee“ in Afghanistan teilnahmen oder schon vor den Anschlägen vom 11. September 2001 enge Kontakte zu dieser Terrorgruppe hatten. Bereits in den 1990er Jahren lebten solche Islamisten ständig oder zeitweilig in Deutschland. Die durchreisenden Personen betätigten sich meist im Sinne einer logistischen Unterstützung, womit insbesondere das Transferieren von Geldern in unterschiedlichster Form

26 Vgl. Thamm (FN 1), S. 85-118; Rolf Tophoven, Islamistische Netzwerkstrukturen in Deutschland, in: Kai Hirschmann/Christian Leggemann (Hrsg.), Der Kampf gegen den Terrorismus. Strategien und Handlungserfordernisse in Deutschland, Berlin 2003, S. 101-114.

verbunden war.²⁷ Bereits längere Zeit im Land lebende Angehörige dieser Gruppe warben in ihrem persönlichen, politischen, religiösen und sozialen Umfeld Anhänger, die längerfristig als Täter oder Unterstützer dienen konnten. Zu letzteren gehörten die früher in Hamburg studierenden „Terrorpiloten“ von New York und Washington.²⁸

Eine weitere Gruppe sind zurückgekehrte Absolventen von Ausbildungslagern in verschiedenen Ländern oder Teilnehmer an unterschiedlichen kriegesischen Konflikten seit 2001. Mittlerweile gibt es eine Reihe von Fällen, wo sich aus Deutschland stammende Personen an militärischen Auseinandersetzungen in Afghanistan, Irak oder Tschetschenien beteiligten. Sie wurden dort festgenommen, kamen ums Leben oder kehrten wieder zurück.²⁹ Zu ihnen gehörten vereinzelt auch Konvertiten, die vom Christentum zum Islam übertraten und einen Krieg im Namen ihres neuen Glaubens führen wollten. Die erwähnten Aktivitäten veranschaulichen ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft bis zur Opferung des eigenen Lebens und mentale und technische Erfahrungswerte beim Einsatz von Sprengstoff und Waffen. Letzteres gilt aktuell insbesondere für die nach Deutschland geschleusten Aktivisten, die sich nach dem Ende des Krieges im Irak an dortigen Anschlägen beteiligten.

Das angesprochene Personenpotential bewegt sich meist im Umfeld von bestimmten Gebetsräumen, Kaffeehäusern, Moscheen, Multikultihäusern und Wohnungen³⁰, wo man Propaganda betreibt wie für die Teilnahme an gewalttätigen Handlungen wirbt.³¹ Da die Aktivisten als Veteranen früherer Kämpfe gelten, stehen sie meist in hohem Ansehen und sprechen insbesondere jüngere Sympathisanten an. Hierbei scheint die Zielgruppe nicht primär in bereits durch familiäre Sozialisation stark religiös geprägten Personen zu bestehen. Vielmehr erhofft man sich wohl stärker Akzeptanz unter ursprünglich mehr weltlich ausgerichteten Jugendlichen. In Phasen der sozialen Desintegration und individueller Orientierungslosigkeit bietet die islamistische Deutung der Religion und die soziale Einbettung in ein Milieu ihnen Orientierung und Perspektive.³² Abgeschottet von der übrigen Gesellschaft kommt es dann zu einer fanatischen Einstellung.

27 Vgl. den Artikel: Schon 1996 Hinweise auf Bin-Laden-Mann, in: Der Tagesspiegel vom 28. Oktober 2001, S. 4.

28 Vgl. Dominik Cziesche u.a., „Als wäret ihr im Krieg“, in: Spiegel-Spezial, Nr. 2/2004: Terror: Der Krieg des 21. Jahrhunderts, S. 24-34, hier S. 27 f.

29 Vgl. Georg Mascolo u.a., „Voll auf dem Gottestrip“, in: Der Spiegel vom 28. Januar 2002, S. 28 f.; Getöteter Dschihad-Krieger war Deutscher, in: Berliner Zeitung vom 8. Dezember 2003, S. 5.

30 Exemplarisch können die „Al Nur Moschee“ in Berlin, die „Abu-Bakr-Moschee“ in Bremen und das „Multikulturhaus“ in Neu-Ulm genannt werden.

31 Vgl. Christian Rath, Beckstein läßt Islamisten-Treff schließen, in: Die Tageszeitung vom 29. Dezember 2005, S. 6.

32 Vgl. Hamed Abdel-Samad, Radikalisierung in der Fremde. Muslime in Deutschland, in: Peter Waldmann (Hrsg.), Determinanten des Terrorismus, Weilerswist 2005, S. 189-240; Friedrich Heckmann, Islamische Milieus: Rekrutierungsfelder für islamistische Organisationen?, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 273-290.

Das Gefahrenpotential gewaltorientierter Islamisten in Deutschland

Eine solche Entwicklung muß noch nicht einmal durch eine persönliche Ansprache aus den erwähnten Gruppen gewaltbereiter Islamisten erfolgen. Mittlerweile dient das Internet in unterschiedlichster Hinsicht als bedeutsames Werbemittel: Durch die Kommunikation in Chatrooms und über E-Mail können einzelne Personen über bestimmte Themen wie den Irak-Konflikt direkt angesprochen werden. Islamistische Organisationen in anderen Ländern stellen im Internet ideologisches Propagandamaterial und Anleitungen zu gewalttätigem Vorgehen ein. Hierzu gehören detaillierte Erläuterungen zum Bau von Sprengmitteln und Tips zum Anbringen an den entsprechenden Orten. Man findet dort Videos, die angebliche und tatsächliche Menschenrechtsverletzungen der US-Truppen im Irak dokumentieren oder mit unterschiedlichen Musikeinlagen für eine persönliche Teilnahme am bewaffneten Kampf werben.³³ All dies ermöglicht relativ eigenständige Zugänge zu Gewalthandlungen.

4.3. Anschlagsplanungen gewaltbereiter Islamisten in Deutschland

Um das Gefahrenpotential der Anhänger des transnational ausgerichteten gewaltorientierten Islamismus in Deutschland besser einschätzen zu können, bietet sich eine genauere Betrachtung der bisherigen Anschlagsplanungen an. Hierzu gehört das im Dezember 2000 aufgedeckte Vorhaben zur Durchführung eines Sprengstoffanschlags in Straßburg, der von einer nach dem Alias-Namen ihres führenden Aktivisten benannten „Meliani-Zelle“ ausgehen sollte. Dabei handelte es sich um eine Gruppe von aus Algerien stammenden Absolventen von afghanischen Ausbildungslagern mit guten Kontakten ins kleinkriminelle Milieu. Ideologisch bestanden Sympathien zur GSPC, Anleitungen zu dem Anschlag konnten allerdings in dem folgenden Gerichtsverfahren nicht nachgewiesen werden.³⁴ Offenbar handelte es sich bei der „Meliani-Zelle“ um eine relativ eigenständig operierende Gruppierung, die dem Bereich der „Al-Qaida“ im weiteren Sinne bzw. den „Non-aligned Mudjahidin“ zugerechnet werden muß.

Die folgenreichste Anschlagsplanung bestand in der Vorbereitung des 11. September, die aber nur zu einem geringeren Teil in Deutschland selbst erfolgte.³⁵ Bei der hier aktiven „Hamburger Zelle“ handelte es sich um eine Gruppe von meist aus Saudi Arabien stammenden Studenten. Sie lebten in der Hansestadt zwar in einem fanatisch islamistisch eingestellten, aber nicht notwendigerweise gewaltgeneigten Umfeld. Der entscheidende Anstoß kam offenbar von einem Absolventen afghanischer Ausbildungslager und Anhänger der „Al-Qaida“, der durch entsprechende Indoktrination die späteren Attentäter für einen gewalttätigen Kampf gewinnen konnte. Erst nach ideologischen und militärischen Ausbildungen in Afghanistan kam es (Ende 1999, Anfang 2000) zur

33 Vgl. Herbert L. Müller, Tradition und Moderne, Identitätsbildung und Weltanschauungen: Das Internet als (Re-)Aktionsfeld islamistischer Bewegungen, in: Ebd., S. 291-315; Theveßen (FN 1), S. 82-104.

34 Vgl. Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt/M. 5-2 StE 9/01-4-6/01 vom 10. März 2003.

35 Vgl. Stefan Aust/Cordt Schnibben (Hrsg.), 11. September. Geschichte eines Terrorangriffs, Stuttgart 2002.

genaueren Planung. Im Verlauf des Jahres 2000 siedelte man nach kurzem Zwischenstopp in Hamburg in die USA über und begann dort mit der Pilotenausbildung zur Anschlagsvorbereitung.³⁶

Darüber hinaus stehen für die Planung von terroristischen Gewaltakten in Deutschland die Aktivitäten einer „Al-Tawhid“-Zelle („Die Einheit Gottes“), dem Ableger eines Netzwerkes aus dem Umfeld von Abu Musab Al-Zarqawi. Der durch die Tötung von Geiseln im Irak bekannt gewordene Terrorist wollte durch solche Gruppen zum einen neue Anhänger für seinen Kampf gewinnen, zum anderen auch Anschläge in Europa durchführen.³⁷ Den 2002 im Ruhrgebiet festgenommenen Angehörigen der „Al-Tawhid“-Zelle wurde u.a. zur Last gelegt, Anschläge in Deutschland insbesondere gegen jüdische Einrichtungen geplant und vorbereitet, darüber hinaus Paßfälschungen vorgenommen und Schleusungen von „Kämpfern“ organisiert zu haben. Abgehörte Telefongespräche ergaben, daß Zarqawi in direktem Kontakt zu der in Deutschland aktiven Zelle stand. Der Prozeß gegen einen Beteiligten wurde 2003, gegen vier weitere Mitglieder 2005 abgeschlossen.³⁸

Als weiteres Beispiel für die mögliche Gründung einer terroristischen Vereinigung in Deutschland kann eine namentlich nicht benennbare Personengruppe um den tunesischen Staatsangehörigen Ihsan Garnaoui gelten. Laut der Anklage des Generalbundesanwalts soll er im ersten Viertel des Jahres 2003 versucht haben, mit einer noch zu bildenden Vereinigung Sprengstoffanschläge auf amerikanische und jüdische Ziele in Deutschland zu verüben.³⁹ Garnaoui sei 2001 in einem Lager in Afghanistan ideologisch und militärisch geschult worden und habe den Auftrag zur Anwerbung Gleichgesinnter sowie zur Durchführung von Sprengstoffanschlägen erhalten. Aus dem Umfeld der Berliner „Al Nur Moschee“ gewann er demnach vier Personen als Unterstützter. Zwar wurde Garnaoui 2005 verurteilt, allerdings nur wegen der Hinterziehung von Steuern und des Verstoßes gegen das Waffengesetz. Das Gericht ließ sich nicht vom Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung überzeugen.⁴⁰

Und schließlich sei noch verwiesen auf Aktivitäten der Organisation „Ansar Al-Islam“⁴¹, die 2001 im Nordirak von islamistischen Kurden gegründet wurde. Sie gingen mit Anschlägen zunächst gegen säkulare kurdische Organisationen, nach dem Beginn des Irak-Krieges auch gegen die US-amerikanischen Truppen vor. Im Laufe der Zeit entstand in Europa ein loses Netzwerk von Mitgliedern, Sympathisanten und Unterstützern, das neben der logistischen Unterstützung mit Geld und Material auch „Kämpfer“ rekrutierte und sie in den Irak schleuste. An solchen Aktivitäten beteiligte sich von

36 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2001, Berlin 2002, S. 203 f.

37 Vgl. Jean-Charles Brisard, Das neue Gesicht der Al-Qaida. Sarkawi und die Eskalation der Gewalt, Berlin 2005, S. 201-211.

38 Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), (FN 11), S. 25.

39 Vgl. Presseerklärung des Generalbundesanwalts 3/2004 vom 16. Januar 2004.

40 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin 2005, S. 129 f.

41 Vgl. Steinberg (FN 6), S. 208-217.

Das Gefahrenpotential gewaltorientierter Islamisten in Deutschland

München aus auch ein Lokman Amin Mohammed. Er kam 2000 als Asylbewerber nach Deutschland, ging 2003 Fahndern der Polizei ins Netz und erhielt 2006 eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren.⁴² Darüber hinaus wird drei Anhängern der „Ansar Al-Islam“ in Deutschland vorgeworfen, einen Anschlag auf den 2004 in Deutschland weilenden irakischen Ministerpräsidenten Iyad Allawi geplant zu haben.⁴³

5. Vergleichende Einschätzung des Gefahrenpotentials

Von den primär auf die Situation in ihren Heimatländern und -regionen bezogenen Gruppen und Personen dürften kaum Gewalttaten in Form von Terroranschlägen ausgehen. Dagegen spricht erstens die Fixierung auf die politische Situation in diesen Gebieten und Staaten ohne bedeutsamere Bezüge zu Deutschland. Zweitens gaben die Mutterorganisationen die Weisung aus, nicht gewalttätig außerhalb ihres eigenen Handlungsbereiches vorzugehen. Drittens würde den Gruppen durch gegenteiliges Verhalten ein bedeutsamer Rückzugs- und Ruheraum verloren gehen. Und viertens bestünde nur ein geringer politischer Nutzen durch solche Gewaltakte. Darüber sind die Anhänger des regional ausgerichteten gewaltorientierten Islamismus relativ eng an die Vorgaben ihrer Mutterorganisationen gebunden sind.

Gleichwohl verdienen die erwähnten Ausnahmen eine nähere Betrachtung, wozu die Anschläge der GIA in Frankreich und der „Hizb Allah“ in Argentinien gehören. Im ersten Fall richtete sich das Vorgehen gegen die aktive Unterstützung der algerischen Regierung durch die französische Regierung, womit der enge Zusammenhang solcher Gewaltanwendungen außerhalb der Regionen mit einem politischen Engagement der jeweiligen Länder in ihnen deutlich wird. Im zweiten Fall geriet der Staat Israel ins Visier der Gewalthandlungen, wobei sie sich zum einen gegen eine offizielle staatliche Einrichtung, zum anderen gegen private jüdische Organisationen richteten. Gerade hier zeigt sich, daß der von Islamisten propagierte Antizionismus mit dem Antisemitismus einhergeht.⁴⁴ Dies veranschaulicht die besondere Gefährdung aller jüdischen Einrichtungen. Beide Anschlagfälle lösten aber keine längeren Gewaltwellen durch Anhänger dieser Gruppen im Ausland aus.

Anders verhält es sich mit den Anhängern eines transnational ausgerichteten gewaltorientierten Islamismus. Diesem geht es auch um eine Bekämpfung des „fernen Feindes“ auf dessen eigenem Territorium, was in den Anschlägen von New York und

42 Vgl. Albert Schäffer, Juristisches Neuland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Januar 2006, S. 3.

43 Vgl. Heide Platen, Terrorprozeß in Stammheim eröffnet, in: Die Tageszeitung vom 21. Juni 2006, S. 5.

44 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Der Ideologiebildungsprozeß beim Judenhaß der Islamisten. Zum ideengeschichtlichen Hintergrund einer Form des „Neuen Antisemitismus“, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. Van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005, Frankfurt a.M. 2005, S. 189-208.

Washington am 11. September 2001 kulminierte. Hinzu kamen die Anschläge von Madrid am 11. März 2004⁴⁵ und London am 7. Juli 2005⁴⁶, die sich gegen die Unterstützung der USA im Irak-Krieg durch Spanien und Großbritannien richteten. In diesen Gewalthandlungen zeigte sich die Tötungsbereitschaft gegen eine hohe Zahl ziviler und zufälliger Opfer, die im Unterschied zu den vorgenannten Gruppen keine politischen Rücksichten kennt und nimmt. Die hierbei deutlich werdenden Merkmale des Fanatismus und der Schrankenlosigkeit gelten als typische Merkmale des religiös motivierten Terrorismus.⁴⁷ Darüber hinaus gingen die Anschläge von den neuen Organisationsstrukturen des islamistischen Terrorismus, also von den erwähnten eigenständigen Zellen aus.

Gerade die damit verbundene Dezentralisierung birgt eine besondere Komponente des Gefahrenpotentials: In vielen Ländern entstanden in den letzten Jahren kleinere Netzwerke von Gruppierungen, die sich aus den erwähnten Personen mit früheren direkten „Al-Qaida“-Bezügen oder aus von diesen angeworbenen Anhängern zusammensetzen. Sie erhalten zwar von außen Ausbildung und Finanzen, Sprengstoff und Waffen, gehen aber bei Anschlagplänen und Tatdurchführungen relativ autonom vor. Die Täter wännen sich als Teilnehmer in einem weltweiten Kampf, zählen sich ideologisch und mental zu „Al-Qaida“, müssen aber nicht notwendigerweise fester in deren Struktur eingebunden sein.⁴⁸ Daraus ergeben sich besondere Gefahren, die mit den Schwierigkeiten einer Bekämpfung durch die Sicherheitsbehörden und die Willkürlichkeit der Handlungsweisen der Täter verbunden sind.⁴⁹ Hinzu kommt noch, daß es sich bei Letzteren zunehmend um in den jeweiligen Ländern selbst aufgewachsene Personen handelt.⁵⁰

Die vergleichenden Betrachtungen veranschaulichen somit eine eher geringe Gefahr der Gewaltanwendung von den Anhängern eines regional ausgerichteten und eine weit- aus größere Gefahr von Anhängern eines transnational ausgerichteten gewaltorientierten Islamismus. Die bisherigen Planungen von Anschlägen in Deutschland, die meist in einem relativ frühen Stadium durch die Sicherheitsbehörden verhindert werden konnten, richteten sich bislang nicht gegen deutsche Einrichtungen und Personen, sondern galten amerikanischen, französischen, irakischen und israelischen Zielen.⁵¹ Auch hier wird der besondere Kontext zum Irak- und Nahost-Konflikt im weitesten Sinne

45 Vgl. Steinberg (FN 6), S. 91-100; Theveßen (FN 1), S. 17-41.

46 Vgl. Matthias Matussek/Ralf Beste/Georg Mascolo, Rekruten des Irrsinns, in: Der Spiegel vom 11. Juli 2005, S. 20-27; Theveßen (FN 1), S. 42-63.

47 Vgl. Bruce Hoffman, Terrorismus. Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, Frankfurt a.M. 1999, S. 112-171.

48 Vgl. Kai Hirschmann, Terrorismus, Hamburg 2003, S. 67-72; Berndt Georg Thamm, Al-Qaida. Das Netzwerk des Terrors, Kreuzlingen/München 2005, S. 114-117, 131-136.

49 Vgl. Dominik Cziesche u.a., „Schwert und Blut“, in: Der Spiegel vom 11. Juli 2005, S. 28-34.

50 Vgl. Ralf Sotscheck, Persilschein für MI5 und Terror aus gutem Hause, in: Die tageszeitung vom 12. Mai 2005, S. 2.

51 Jüdische Einrichtungen rechnen die Islamisten – wie erwähnt – pauschal dem Staat Israel zu.

deutlich. Aufgrund des geringen Engagements Deutschlands in den Auseinandersetzungen dürfte das Land demnach nicht an der Spitze von Anschlagzielen stehen, angesichts einiger Drohungen und hiesiger Potentiale lassen sich damit verbundene Gefahren aber nicht leugnen.⁵²

6. Bilanzierende Einschätzung

Bislang blieb man in Deutschland nicht nur vor Anschlägen verschont, die Gewalttaten von Islamisten bewegen sich darüber hinaus auf einem relativ niedrigen Niveau. Betrachtet man sich die vom Bundeskriminalamt veröffentlichten Zahlen zum gesamten Ausländerextremismus, der auch säkulare Varianten einschließt, so lagen die Werte in den letzten Jahren meist weit unter hundert. Demgegenüber bewegten sich die Gewalttaten von Linksextremisten zwischen vierhundert und sechshundert, die von Rechtsextremisten zwischen siebenhundert und neunhundert Fällen.⁵³ Die Gründe für diese Zurückhaltung dürften in der engen Anbindung potentieller Täter an ihre Organisationen und deren aktuell mäßigende Vorgaben begründet sein. Hinzu kommen die gegenwärtig hohe Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden und die besondere Sensibilität der Öffentlichkeit. Darüber hinaus hätten Gewalthandlungen angesichts der politischen Lage erhebliche Folgen für Organisationen und Täter.

Dies zusammengenommen dürfte die in Deutschland lebenden Anhänger eines regional ausgerichteten gewaltorientierten Islamismus vor derartigen Taten im Land selbst abhalten. Hinzu kommt als bedeutsamer Faktor, daß zumindest die erwähnten Mutterorganisationen in ihren Heimatländern teilweise eine zaghafte Abkehr von gewalttätigem Vorgehen zu erkennen geben. Gegenwärtig läßt sich eine Tendenz unter bedeutenden Teilen der dortigen Islamisten ausmachen, welche auf Machtgewinn durch den institutionellen Weg etwa über Wahlkandidaturen setzt. Die Bemühungen der FIS um eine Einigung mit der algerischen Regierung um die Wiederzulassung als Partei stehen dafür ebenso wie der Erfolg der „ Hamas“ bei den letzten Wahlen im Januar 2006. Ob diese Entwicklungen eine prinzipielle Abkehr von der Gewalt bedeuten werden, läßt sich gegenwärtig nicht sagen.⁵⁴ Sie minimieren allerdings die Gefahren von Anschlägen ihrer Anhänger im Ausland.

Die Einschätzungen sollten nicht im Sinne einer allgemeinen Beruhigung interpretiert werden, verhält es sich doch bei den Anhängern eines transnational ausgerichteten gewaltorientierten Islamismus ganz anders. Da diese in erster Linie auf den terroristischen Weg setzen, müssen sie weder auf politische Gegebenheiten noch auf legitimatorische Probleme achten. Hinzu kommen die Folgen der erwähnten Dezentralisierung,

52 Vgl. Thamm (FN 1), S. 137-176; Theveßen (FN 1), S. 134-158.

53 Veröffentlicht werden die Zahlen u.a. im jährlichen Verfassungsschutzbericht des Bundes. Allerdings erfolgt beim Ausländerextremismus keine gesonderte Aufteilung in Täter.

54 Vgl. Michael Thumann, Vorsicht, islamische Demokratien!, in: Die Zeit vom 2. Februar 2006, S. 3.

die zur Herausbildung autonomer Zellen führte. Sie können nicht nur relativ eigenständig Anschläge logistisch vorbereiten, sondern auch aus willkürlichen Deutungen von Gegebenheiten Motive dafür ableiten.⁵⁵ Und schließlich hat sich die „alte“ „Al-Qaida“-Führung nachweislich um die Beschaffung von atomaren Substanzen bemüht. Ihr wird der Bau einer „schmutzigen Bombe“ zugetraut.⁵⁶ Diese Aspekte sprechen für eine abstrakte Gefährdung, die zu einer konkreten werden könnte.

55 In diesem Zusammenhang wäre auch auf die Gefährdung durch Einzeltäter wie den als „Schuhbomber“ bekannt gewordenen Briten Richard Reid zu verweisen.

56 Vgl. Hans Rühle, In Äußerster Gefahr, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 29. Januar 2006, S. 8; Markus Wehner, Was können die Terroristen?, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 5. Februar 2006, S. 6.

Biographisches Porträt: Udo Voigt

Von Eckhard Jesse

1. Person

Udo Voigt, geboren am 14. April 1952 im rheinländischen Viersen als Einzelkind, trat bereits 1968 in die NPD ein.¹ Sein Vater, ein früheres SA-Mitglied, tat es ihm ein Jahr später gleich. Nach der Volksschule absolvierte er eine dreijährige Lehre als Metallflugzeugbauer. Es folgten der Besuch der Fachoberschule und ein Vorbereitungskurs für die Begabtenprüfung zur Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife. Ein Studium an der Fachhochschule Aachen (Luft- und Raumfahrttechnik) brach das NPD-Mitglied nach zwei Semestern wegen der Einberufung zur Bundeswehr im Jahre 1972 ab. Voigt verpflichtete sich auf 12 Jahre. Während seiner zweijährigen Offiziersausbildung in der Luftwaffe gelangte Voigt nach Texas und nach Griechenland. Er war später Feuerleitoffizier einer Flugabwehrraketeneinheit. 1984 verließ er als Hauptmann die Bundeswehr. Diese hatte sich wegen seines Engagements für die NPD geweigert, ihn als Berufsoffizier zu übernehmen. Das Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht verlor Voigt, der nicht bereit gewesen war, die NPD zu verlassen. Voigt arbeitete fortan als Unternehmer in den Branchen der Textilreinigung und des Wohnmobilverleihs. Noch während seiner Dienstzeit hatte er ein Studium der Politikwissenschaft an der Hochschule für Politik in München begonnen. Nach zehn Semestern legte er im Februar 1987 sein Diplom ab. Das Thema lautete: „Die Deutschlandtheorien der Bundesregierungen nach der Ostvertragspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Souveränitätsproblematik“ (bei Dieter Blumenwitz). In der Arbeit übt Voigt heftige Kritik an der mangelnden Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Thema stellt sein *ceterum censeo* dar.

Der Aufstieg in der NPD erfolgte langsam, wahrscheinlich dadurch bedingt, daß sich Voigt als Bundeswehrangehöriger nicht zu stark politisch profilieren wollte. Die Aussage des NPD-Funktionärs Ulrich Eigenfeld, die Bundeswehrlaufbahn habe ihm „wegen seiner Auslandsaufenthalte kaum Möglichkeit zur aktiven politischen Arbeit“² gelassen, dürfte in weiten Teilen eine Schutzbehauptung gewesen sein. Denn zumeist wirkte Voigt während seiner Bundeswehrzeit im Inland. Er wechselte 1982, noch als Bundeswehrangehöriger, in den bayerischen Landesverband der NPD und gehörte ihm von 1984 bis 1986 als Präsidiumsmitglied an. 1986 folgte die Mitgliedschaft im Bundespar-

1 Die folgenden Informationen sind u.a. der Homepage von Udo Voigt entnommen. Vgl. www.udovoigt.de (1. August 2006).

2 Ulrich Eigenfeld, Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt, in: Holger Apfel (Hrsg.), „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart 1999, S. 253.

teivorstand. 1985 machte es eine Sympathisantin der Partei möglich, daß diese ein Schulungszentrum im oberitalienischen Iseo aufbauen konnte. Voigt war dank seiner Bildung (als Politikwissenschaftler) und seiner Ausbildung (als Hauptmann) für eine solche Aufgabe prädestiniert. Von 1986 bis 1993 leitete er das „Nationaldemokratische Bildungszentrum“, das vor allem dem Nachwuchs der Partei inhaltliche und rhetorische Unterstützung angedeihen ließ. „Die einwöchigen Lehrgänge mit jeweils rund zehn Teilnehmern, die von drei Referenten ausgebildet wurden, waren in den sieben Jahren des Bestehens dieser Einrichtung von rund 250 Personen besucht.“³

Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre geriet die NPD in eine existentielle Krise. Die NPD war 1987 unter Martin Mußnug eine Kooperation mit der DVU Gerhard Freys eingegangen. Die Unterstützung Freys durch die NPD bei der Europawahl 1989 führte ebenso zu keinem Erfolg (DVU: 1,6 Prozent) wie die NPD-Kandidatur bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 (0,4 Prozent). Nachdem Mußnugs Versuch, die NPD in die „Deutsche Allianz“ (späterer Name: „Deutsche Liga für Volk und Heimat“), einem neuen Sammelbecken rechtsextremistischer Bestrebungen, zu überführen, am Votum des Parteivorstandes gescheitert war (auch Voigt stimmte dagegen), trat der langjährige Vorsitzende zurück. Nach dem kommissarischen Vorsitz durch Walter Bachmann setzte sich am 8. Juni 1991 Günter Deckert in einer Kampfabstimmung gegen Jürgen Schützing, den Adlatus von Mußnug, mit einer klaren Mehrheit durch. Voigt, der Stellvertreter, war auf Seiten Deckerts, weil er mit anderen die Auflösung der NPD zu verhindern suchte. Die Anhängerschaft von Mußnug und Schützing verließ daraufhin die Partei.⁴ 1992 trat Voigt die Nachfolge Bachmanns als bayrischer Landesvorsitzender an.

Als der Parteivorstand Günter Deckert im September 1995 wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten seines Amtes enthob, übernahm zunächst Udo Holtmann, von dem später im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren seine Tätigkeit für das Bundesamt für Verfassungsschutz bekannt wurde, vorübergehend das Amt des Vorsitzenden. Die Kampfabstimmung zwischen Udo Voigt, der 1994 Spitzenkandidat der NPD im Europawahlkampf war, und seinem Kontrahenten Günter Deckert, der wegen „revisionistischer“ Aussagen zur Zeit der Kandidatur im Gefängnis saß⁵, endete auf dem Bad Dürkheimer Parteitag am 23./24. März 1996 sehr knapp. Voigt bekam 88 Stimmen, Deckert 83. War Voigt zuvor Stellvertreter Deckerts, wurde dieser nun Stellvertreter Voigts.⁶ Die beiden verband eine tiefe, nicht nur konkurrenz-, sondern auch persönlichkeitsbedingte Abneigung. Voigt übernahm die NPD zu einem Zeitpunkt, als sie ideolo-

3 Ebd., S. 253.

4 Vgl. Peter M. Wagner, Die NPD nach der Spaltung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 157-167.

5 Vgl. Gerhard Hertel, Biographisches Porträt Günter Deckert, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 202-212.

6 Allerdings wurde Deckert bald entmachtet. Er verlor binnen kurzer Zeit das Amt des Stellvertreters.

gisch, finanziell und organisatorisch (3.500 Mitglieder) brachlag.⁷ Voigt hob Abgrenzungsbeschlüsse zu neonationalsozialistischen Gruppierungen auf und suchte DVU wie „Republikaner“ in ein Wahlbündnis einzubeziehen. Das sollte sich ändern.

Zwar enthielt das Parteiprogramm von 1997 „Nationaldemokratische Gedanken für eine lebenswerte Zukunft“ keine gravierenden Änderungen, doch löste das anlässlich einer Tagung des Bundeskampfausschusses der NPD am 11. Oktober 1997 vorgelegte Strategiepapier der Partei⁸, das maßgeblich auf Udo Voigt zurückging, einen gravierenden Wandel aus. Es wurde auf dem Bundesparteitag 1998 in Stavenhagen als verbindlich verabschiedet. In diesem Papier heißt es: „Wenn die NPD ihre Ziele in Deutschland erreichen will, muß sie – im übertragenen Clausewitzschen Sinne gesprochen – drei große Schlachten schlagen: die Schlacht um die Köpfe, die Schlacht um die Straße und die Schlacht um die Wähler.“⁹ Die Erläuterungen zu den drei Begriffen stellen eine beachtliche Weiterentwicklung der bisherigen Strategie dar. So heißt es mit Blick auf die Programmatik recht unorthodox: „Nicht nur die klassischen ‚Rechten‘, sondern auch die vielen desillusionierten Umweltaktivisten und linken Idealisten aus der alten BRD, die heute feststellen müssen, daß ihre bisherigen Vorbeter genauso auf Globalisierungskurs sind wie die angeblichen ‚Liberalen‘, ‚Konservativen‘ und ‚Sozialdemokraten‘, müssen in die Arbeit eingebunden werden. Weiter noch: Auch Marxisten-Leninisten, die auf der DDR-Seite der ehemaligen innerdeutschen Besatzer-Demarkationslinie ihre Erfahrungen gesammelt haben, sind wertvollste Mitkämpfer, wenn sie den Sozialismus als Volksgemeinschaft begreifen.“¹⁰ Voigt propagierte einen antikapitalistischen Kurs und sorgte 1998 für die Aufnahme der Neonationalisten Steffen Hupka und Jens Pühse in den Bundesvorstand. Eine Äußerung wie die folgende löste nicht bei allen Mitgliedern der NPD Wohlgefallen aus: „Wir Nationaldemokraten bekennen uns heute zu einem deutschen Sozialismus.“¹¹

In einem Beitrag für Holger Apfels Festband apostrophierte Udo Voigt die NPD ganz in diesem Sinne als „*sozialrevolutionäre Erneuerungsbewegung*“.¹² Der Antikommunismus geriet als einigendes Band immer mehr ins Hintertreffen. Voigt erläuterte in einem programmatischen Text das Strategiepapier der Partei. Der „Kampf um die Straße“ zeige die „Fähigkeit zur Massenmobilisierung“¹³, der „Kampf um die Köpfe“ müsse in der Gemeinde beginnen. Den „Hetztiraden“ der Medien lasse sich nur begegnen, „wenn wir mit Persönlichkeit ‚Gesicht‘ zeigen, die uns repräsentieren und für den Bür-

7 Vgl. Karl-Heinz Sendbühler, Udo Voigt ist neuer NPD-Vorsitzender!, in: Deutsche Stimme, Nr. 3/4/1996, S. 4.

8 Vgl. Strategiepapier des NPD-Parteivorsitzenden von 1997, in: Apfel (FN 2), S. 356-360.

9 Ebd., S. 359.

10 Ebd.

11 Udo Voigt, Weltanschauung und Parteiaufbau sind vorrangig, in: Deutsche Stimme, Nr. 6/1998, S. 2.

12 Ders., Mit der NPO auf den Weg in das neue Jahrtausend, in: Apfel (FN 2), S. 474 (Hervorhebung im Original).

13 Ebd., S. 469.

ger wählbar sind und seine Identifikation mit uns erlauben.“¹⁴ Beim Kampf um den Wähler werde deutlich, daß die Partei keine „Briefkastenfirma“¹⁵ sei. Voigt verstand die NPD – in Anknüpfung an die linke „Außerparlamentarische Opposition der Studentenbewegung – als „Nationale Außerparlamentarische Opposition“ (NAPO).¹⁶ Solche Begriffe, die Größe und Gefährlichkeit vorspiegeln sollen, hat der Parteivorsitzende in der Folge immer wieder effektiv eingesetzt. In dieser Erklärung nahm Voigt kein Blatt vor den Mund. Er sprach vom „Nationalen Widerstand“ und davon, daß die NPD „eine wirkliche Alternative zum liberalkapitalistischen System der BRD“ sei: „*Die NPD ist nicht eine Partei neben den Bonner Parteien, sondern gegen sie!* Die NPD ist daher schon aus ihrem Selbstverständnis heraus keine ‚Rechtspartei‘ im klassischen Sinn wie etwa REP oder DVU, unterscheiden wir Nationaldemokraten uns deutlich von den vielen ‚Anti-Nationalen‘, die da glauben, die Rechte habe einer ‚schwachen Mitte‘ gegen die ‚linke‘ Hilfestellung zu leisten.“¹⁷ Die PDS galt als eine „systemstabilisierende Kraft“.¹⁸ Die NPD erlebte dank Udo Voigt ihren „zweiten Frühling“.¹⁹

Der Parteivorsitzende sorgte in der Folge weiter für Wirbel – durch provozierende Äußerungen, durch die Einbeziehung von Mitgliedern verbotener Vereinigungen und durch Großdemonstrationen. Nach (tatsächlichen und vermeintlichen) fremdenfeindlichen Anschlägen kam es im Sommer des Jahres 2000 zu einer hektisch geführten Vedtodiskussion²⁰, die bald eine Eigendynamik entfaltete und zu einem Verbotsverfahren führte.²¹ Die drei Anträge der Bundesregierung (vom 29. Januar 2001), des Bundestages (vom 29. März 2001) und des Bundesrates (vom 30. März 2001) riefen jeweils heftige Stellungnahmen der NPD hervor (vom 20. April 2001, vom 31. Mai 2001 und vom 19. Juni 2001). Voigt war es gelungen, den im August 2000 zur NPD übergetretenen Anwalt Horst Mahler, einen früheren Linksterroristen²², als Prozeßbevollmächtigten zu gewinnen. Allerdings waren dessen Stellungnahmen zum Antrag der Bundes-

14 Ebd., S. 470.

15 Ebd.

16 Vgl. ebd., S. 469-475.

17 Ebd., S. 470, S. 471, S. 471 f. (Hervorhebung im Original).

18 Udo Voigt, Sturm auf Berlin, in: Deutsche Stimme, Nr. 8/2001, S. 2.

19 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Der „zweite Frühling“ der NPD zwischen Aktion und Politik, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 11, Baden-Baden 1999, S. 146-166.

20 Vgl. Claus Leggewie/Horst Meier (Hrsg.), Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen leben? Die Positionen, Frankfurt a.M. 2002.

21 Vgl. für Einzelheiten Lars Flemming, Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden 2005; zur Position des Verfassers: Eckhard Jesse, Soll die Nationaldemokratische Partei verboten werden? Der Parteiverbotsantrag war unzumutbar, ein Parteiverbot ist rechtmäßig, in: Politische Vierteljahresschrift 42 (2001), S. 683-697; ders., Der gescheiterte Verbotsantrag gegen die NPD. Die streitbare Demokratie ist beschädigt worden, in: Politische Vierteljahresschrift 44 (2003), S. 292-301.

22 Vgl. Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Horst Mahler, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 183-199.

regierung und des Bundestages so bizarr wie scharf (und klar verfassungsfeindlich!) ausgefallen, daß sich in den Reihen der Partei Kritik an Voigt artikulierte. Auf dem außerordentlichen Bundesparteitag im bayerischen Lichtenhaag am 3./4. März 2001 konnte er sich jedoch behaupten: „Den reaktionären Kräften innerhalb und außerhalb der Partei wurde auf dem Parteitag eine klare Abfuhr erteilt und der bisherige Kurs der Parteiführung bestätigt“. ²³ Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 steigerte Mahler seine Kritik an den USA ins Unermeßliche. Zuerst rechtfertigte er die Gewaltakte, später stellte er sie als Machenschaft der USA dar. Das „Deutsche Kolleg“, dem Mahler angehörte, griff im September 2001 auch die NPD an und plädierte für deren Auflösung. Die Partei unter Voigt lehnte derartige Vorstellungen ab und erklärte, das „Deutsche Kolleg“ gehöre nicht zu ihr. ²⁴ Zur Zeit des Verbotsverfahrens bekam Voigt, der einen zurückhaltenderen Kurs 2001/02 einschlug, Konkurrenz bei der Kandidatur um das Amt des Vorsitzenden. Sein alter Rivale Deckert, der „Intimfeind Voigts“ ²⁵, erhielt im März 2001 auf dem Parteitag in Königslutter 42 von 207 Stimmen, Voigt deren 155. ²⁶ Ende des Jahres 2001 ließ Voigt einen Anflug von Resignation erkennen, der nicht frei von sibyllinischen Wendungen war: „Es bleibt mir unbegreiflich, warum der Zusammenhalt der Partei gerade während des Verbotsverfahrens von gewissen Kräften attackiert wird. – Natürlich gäbe es für ein solches Verhalten eine Erklärung, doch mich schaudert es, diesen Gedanken fortzuführen. Leider mußte ich feststellen, daß meine Versuche, durch zahlreiche Gespräche und immer wieder auf das Neue unternommenen Angebote zur Zusammenarbeit chronischer Störenfriede zur konstruktiven Mitarbeit zu gewinnen, gescheitert sind.“ ²⁷

Das Bekanntwerden der V-Mann-Affäre im Januar 2002 und die Absetzung der Termine für die mündliche Verhandlung verschaffte Voigt etwas Luft. Auf dem Bundesparteitag am 16./17. März 2002 in Königslutter wiedergewählt, votierte Voigt dafür, trotz der publik gewordenen V-Leute nicht die Einstellung des Verfahrens zu beantragen: „Jetzt haben die Verfassungsfeinde und Demokratieverächter in der Regierung die Anträge beim Bundesverfassungsgericht zu verantworten und kriegen kalte Füße, aber wir haben ein Recht auf dessen Entscheidung! Wir entlassen sie nicht aus ihrer stümperhaften Vorgehensweise und werden nicht deren Fluchthelfer spielen.“ ²⁸ Die Strategie war riskant, ging aber auf. Hingegen scheiterte die Partei bei der Bundestagswahl 2002 mit 0,4 Prozent der Stimmen kläglich. Finanziell geriet die NPD dadurch in eine schwierige Situation.

²³ So die Stellungnahme von Udo Voigt, in: Pressemitteilung der NPD vom 5. März 2001.

²⁴ Vgl. Flemming (FN 21), S. 180 f.

²⁵ So Marc Brandstetter, Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten, Marburg 2006, S. 95.

²⁶ Vgl. den Artikel: Voigt als NPD-Vorsitzender wieder gewählt, in: Berliner Zeitung vom 18. März 2002.

²⁷ Udo Voigt, Kraftvoll ins neue Jahr, in: Deutsche Stimme, Nr. 12/2001, S. 2.

²⁸ Ders., Demokratieverachtung, in: Deutsche Stimme, Nr. 3/2002, S. 2.

Im März 2003 gab das Bundesverfassungsgericht die Einstellung des Verfahrens bekannt. Es sah in der V-Mann-Affäre ein nicht behebbares Verfahrenshindernis. Die NPD galt durch die V-Leute in ihren Reihen als eine Art unsicherer Kantonist. „Partei-
chef Voigt hatte alle Mühe, den Verfahrensausgang seiner Anhängerschaft als Erfolg zu verkaufen.“²⁹ Das Scheitern des Verbotsverfahrens führte der Vorsitzende durchaus nicht auf den Unterwanderungsversuch durch etablierte Kräfte mit V-Leuten zurück. Seine Sichtweise irritiert: „Als sich die etablierten Parteien bewußt wurden, daß sich das Bundesverfassungsgericht nicht vor ihren Karren spannen läßt und das Verbotsverfahren nicht in ihrem Sinne erfolgreich durchzuführen ist, zogen sie über die Enttarnung von V-Leuten die Notbremse.“³⁰ Tatsächlich war jedoch die „Enttarnung von V-Leuten“ für die politisch Verantwortlichen höchst peinlich, eine Art „größter anzunehmender Unfall“.

Voigt, der vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in seinen Kolumnen in der „Deutschen Stimme“ ein wenig vorsichtiger aufgetreten war, schlug danach wieder schärfere Töne an, vor allem antiwestliche-antikapitalistische. „Die Sozis haben nun aus der Bundeswehr endgültig eine Söldnertruppe zur Durchsetzung der Interessen des internationalen Großkapitals unter der Führung der USA gemacht. Nun bleibt es den Sozis vorbehalten, den Sozialstaat zu demontieren.“³¹ Solche Aussagen konnten einer linksextremistischen Postille entnommen sein. Bei den Wahlen 2003 kandidierte die Partei nirgendwo. Voigts Versuch, für die Europawahl 2004 mit einer Liste aller „Nationalen Kräfte“ anzutreten³², fruchtete nicht. In der Folge setzte wegen der öffentlichkeitswirksamen Kritik an der Arbeitsmarktreform Hartz IV – die NPD trat dabei besonders aggressiv auf – ein Höhenflug für die Partei ein. Im Saarland kam sie am 5. September 2004 auf 4,0 Prozent, in ihrer Hochburg Sachsen gar auf 9,2 Prozent. Der NPD-Vorsitzende fuhr schweres Geschütz auf. Seinen Kommentar in der Oktoberausgabe der „Deutschen Stimme“ begann er mit den Worten: „Den Etablierten sitzt der Schock tief in den Knochen.“ Und mit den folgenden Sätzen beendete er ihn: „So oder so wird man weder den Untergang des liberalkapitalistischen Systems der BRD aufhalten können, noch eine Bewegung, deren Zeit gekommen ist! Ich pfeife mehr denn je auf das Establishment und die sich ihm andienende ‚Junge Freiheit‘.“³³ Voigt hatte kurz nach der Wahl in einem Interview der „Jungen Freiheit“ Hitler provokativ als einen „großen deutschen Staatsmann“ gewürdigt.³⁴ Noch im sächsischen Wahl-

29 Flemming (FN 21), S. 226.

30 Was mißfällt Ihnen an Hartz IV, Herr Voigt? Interview mit dem Parteivorsitzenden der NPD zum Thema Hartz IV, in: Nationalzeitung vom 25. August 2004.

31 Udo Voigt, Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!, in: Deutsche Stimme, Nr. 7/2003, S. 2.

32 Der „Leipziger Appell“ vom 24. August 2003 ist u.a. abgedruckt in: Deutsche Stimme, Nr. 11/2003.

33 Udo Voigt, Das Zittern der BRD-Patrioten. Nationaler Dammbbruch, in: Deutsche Stimme, Nr. 10/2004, S. 2.

34 „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den „Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems“, in: Junge Freiheit vom 24. September 2004.

kampf war die NPD darum bemüht, solche Anklänge an den Nationalsozialismus zu vermeiden.

Auf dem NPD-Parteitag im thüringischen Leinefelde am 30./31. Oktober 2004 wähnte sich Voigt im Zenit seiner Macht. In einer Grundsatzrede „Arbeit – Familie – Vaterland“ erläuterte Voigt, wieso es im Vorfeld der Verbotsdebatte ratsam schien, zeitweilig Demonstrationen auszusetzen.³⁵ Die Kooperation mit den „Freien Kräften“ fand ebenso Voigts Unterstützung wie die mit Gerhard Freys DVU. Ausgiebig stellte Voigt sein strategisches Konzept vor. Der „Kampf um die Straße“ und der „Kampf um die Parlamente“ seien erfolgreicher als der „Kampf um die Köpfe“. Diese Drei-Säulen-Strategie ergänzte der Vorsitzende um eine vierte Säule, den Kampf um den organisierten Willen. Dabei ging es laut Voigt um „den Versuch der Konzentration möglichst aller nationalen Kräfte“.³⁶ Voigt versuchte eine Art Quadratur des Kreises. Einerseits wollte er die „Nationalen Sozialisten“ in den eigenen Reihen integrieren (mit Thorsten Heise gelangte ein Repräsentant der „Freien Kameradschaften“ in den Vorstand), andererseits mit der betulich nationalistischen DVU kooperieren. Bisher ist dieses risikoreiche Unterfangen leidlich aufgegangen. Voigt wurde in Leinefelde mit 87 Prozent der Stimmen als Parteivorsitzender wiedergewählt. Acht Jahre nach seinem Machtantritt saß er fester im Sattel denn je.

Doch die Bäume wuchsen ihm nicht in den Himmel. Der am 15. Januar 2005 zwischen der DVU und der NPD vereinbarte Deutschland-Pakt hält zwar bis jetzt, aber er erfüllte nicht die hohen Erwartungen. Die beiden Partner verpflichteten sich darin, bis zum Jahr 2009 bei Wahlen nicht gegeneinander anzutreten.³⁷ Die NPD erzielte 2005 und 2006 bis auf Mecklenburg-Vorpommern (7,3 Prozent) in keinem Land mehr als zwei Prozent. (Die DVU kam in ihrer Hochburg Sachsen-Anhalt 2006 auf 3,0 Prozent). Das Ergebnis von 1,6 Prozent bei der Bundestagswahl 2005 fiel für die NPD eher enttäuschend aus, lag aber deutlich über den Resultaten bei früheren Bundestagswahlen. Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17. September 2006 trat Udo Voigt ohne großen Erfolg als Spitzenkandidat seiner Partei an (2,6 Prozent). Allerdings gelangte Voigt in die Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick.

Was die Verbindung mit den „Freien Kameradschaften“ angeht, gibt es zwar immer wieder einmal Konflikte, aber der „große Knall“ ist bis jetzt ausgeblieben. Hingegen dürfte es wohl zum endgültigen Bruch zwischen Deckert und Voigt gekommen sein. Der frühere Vorsitzende Deckert war im Frühling 2005 an die Spitze des baden-württembergischen Landesverbandes gelangt, bald jedoch vom Berliner Parteivorstand aus der NPD ausgeschlossen worden. Den kommissarischen Vorsitz übernahm Jürgen

35 Die „Ansprache des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigts auf dem NPD-Bundesparteitag am 30./31. Oktober 2004 in Leinefelde – Arbeit – Familie – Vaterland –“ ist abgedruckt in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 17, Baden-Baden 2005, S. 126-141.

36 Ebd., S. 134.

37 Vgl. DEUTSCHLAND-PAKT zwischen DVU und NPD, in: http://npd._info/pressemitteilungen/2005/1501-i.html (20. Januar 2005).

Schützinger – ausgerechnet jener Repräsentant der NPD, der wie erwähnt, im Jahre 1991 Deckert beim Kampf um den Parteivorsitz unterlegen war und zwar mit der Rückendeckung Voigts.

In einem Interview erklärte Udo Voigt auf die Frage, ob er sich auf einen erneuten Verbotsantrag freue, daß dieser „kostenlose Werbung“³⁸ für die Partei bedeute. Das ist richtig und falsch zugleich. Zum einen erfährt die Partei dadurch einen größeren Bekanntheitsgrad, zum anderen führt ein solcher Antrag zu einer großen Verunsicherung – der Mitglieder und der Wähler. Der vom sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Peter Struck, unterstützte Vorschlag der SPD Mecklenburg-Vorpommerns vom August 2006, ein neues Verbotungsverfahren gegen die NPD zu prüfen³⁹, schien bereits zu dem Zeitpunkt überholt, als er geäußert wurde. Nach menschlichem Ermessen dürfte Udo Voigt ein zweites Verbotungsverfahren gegen seine Partei erspart bleiben.

2. Würdigung

Voigt, seit über zehn Jahren Vorsitzender der NPD, hat diese Partei weitaus mehr geprägt als Martin Mußnug in fast 20 Jahren. Er ist ein starker Vorsitzender und verdient es, gleich nach Adolf von Thadden, dem bedeutendsten Repräsentanten der „nationalen Rechten“⁴⁰, genannt zu werden. Anders als von Thadden, der ein antinationalsozialistischer Deutschnationaler mit Prinzipien war, auch wenn er zuweilen zwischen einem neutralistischen Kurs und einer Anlehnung an die NATO geschwankt hatte, ist Voigt nicht zuletzt ein Provokateur, dem es an einem klaren Konzept mangelt, ein „pragmatischer Fundamentalist“.⁴¹ Die Hinwendung zu einem „nationalen Sozialismus“ 1997/98 erfolgte abrupt, überraschte selbst die eigene Anhängerschaft. Sie wurde in der Folge nicht prinzipiell aufgegeben, wohl aber abgeschwächt. Wie Adolf von Thadden legt Voigt auf strategische Überlegungen Wert.

Wollte Thadden mit seiner Strategie das „nationale Lager“ einen, so gilt das ebenso für Voigt. Dieser war weiterhin erfolgreich, hatte es freilich aufgrund fehlender Konkurrenz viel einfacher. Sein Versuch, die Partei als Koalitionspartner der Union salonfähig zu machen, scheiterte allerdings auf der ganzen Linie, rief vielmehr Absplittierungstendenzen am rechten Rand hervor. Udo Voigts Bestreben besteht nicht darin, beim politischen Konservatismus Anerkennung zu finden. Im Gegenteil: Ihm ist daran

38 „Ein Verbotungsverfahren wird uns kostenlose Werbung sein.“ NPD-Chef Voigt über Hitler als Vorbild seiner Partei, den Aufmarsch am 8. Mai und über Neonazis als willkommene Mitglieder – Interview, in: Die Welt vom 12. Februar 2005.

39 Vgl. den Artikel: SPD will Verbot der NPD prüfen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. August 2006.

40 Vgl. Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Adolf von Thadden, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 2, Bonn 1990, S. 228-238.

41 So Toralf Stand, Glatze mit Scheitel, in: Die Zeit vom 16. Dezember 2004.

gelegen, das politische Establishment bis aufs Blut zu reizen. Zugleich bemüht er sich, wie erwähnt, um eine systematische Einigung der „Szene“. Unter seiner Ägide gelang der Partei zum ersten Mal nach 36 Jahren der Einzug in ein Landesparlament (bedingt durch die geschickte Fixierung der sächsischen NPD auf das Hartz IV-Thema).

Mit 1,6 Prozent der Stimmen schnitt Voigts Partei bei der Bundestagswahl 2005 fast so gut ab wie die NPD im Jahre 1965 (2,0 Prozent). Allerdings entbehrt die Annahme, sie könnte wie seinerzeit bei der nächsten Bundestagswahl ihren Anteil mehr als verdoppeln (1969: 4,3 Prozent), wohl jeglicher realistischen Substanz. Das Image der Partei ist so diskreditiert, daß ihr kaum ein bundesweiter Wahlerfolg gelingen dürfte. Selbst wer gewisse Gelegenheitsstrukturen in Rechnung stellt (wie die Große Koalition; die PDS als Regierungspartei in einzelnen neuen Bundesländern; dortige soziale Verwerfungen), muß die Angebotsstrukturen als derart dürftig betrachten, daß ein Erfolg unwahrscheinlich ist.⁴² Voigts radikales Propagandagetöse sorgt zwar für Aufmerksamkeit, schwächt aber kontinuierliche Stimmengewinne.

„Die heutige NPD ist nicht mehr die NPD der Gründerphase – kein Versuch mehr, mit einem neuen Namen ein schnelles Abgeordnetenmandat zu erhalten, oder aber nur Mittel zum Zweck. Die heutige NPD repräsentiert einen großen Teil einer sich neubildenden nationalen Jugend in Deutschland, und wir alle wissen, daß es in diesen Jahren wichtiger ist, bewußtseinsverändernd und prägend zu wirken, als Mandaten nachzujagen, die doch *noch* nichts verändern können. Die heutige NPD stellt das liberalkapitalistische System der BRD, welches materialistische Werte über den Wert des einzelnen deutschen Menschen hebt, an sich in Frage und will dieses nicht fortsetzen, sondern auf seinen Trümmern ein neues Deutschland errichten. Die NPD ist mittlerweile eine Partei der Jugend geworden, sie muß gleichzeitig älteren verdienten Mitgliedern ihre politische Heimat bieten und eine Volkspartei werden.“⁴³ Dieser Äußerung aus dem Vorwort zu dem von Holger Apfel herausgegebenen Band „Alles Große steht im Sturm“ kommt programmatische Bedeutung zu. In der Tat ist die NPD heute nicht mehr die NPD der ersten Jahre, nicht zuletzt wegen Voigt. Und es stimmt auch, daß die Partei im Vergleich zu früher „eine Partei der Jugend“ geworden ist. Das gilt weniger für die Mitgliederstruktur, wohl aber für die Wählerstruktur. Die NPD schneidet seit Jahren umso besser ab, je jünger die Wähler sind (freilich auf einem niedrigen Niveau), wie das auch bei den Bundestagswahlen 2005⁴⁴ der Fall war.

Allerdings ist der Preis, den Voigt dafür zu entrichten hat, sehr hoch. Die Partei, die er anführt, ist im intellektuellen und politischen Milieu isoliert. Keiner, der etwas auf

42 Vgl. Lazaros Miliopoulos, Die NPD als Machtfaktor im deutschen Parteiensystem, in: Uwe Jun/Henry Kreikenbohm/Viola Neu (Hrsg.), Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt a.M./New York 2006, S. 223-245.

43 Udo Voigt, Vorwort des NPD-Parteivorsitzenden, in: Apfel (FN 2), S. 12 (Hervorhebung im Original).

44 Vgl. den Beitrag von Eckhard Jesse (Wahlen 2005) in diesem Band.

sich hält und einen guten Ruf zu verlieren hat, will im Zusammenhang mit der NPD genannt werden. Pointiert formuliert: Der Ruf der Partei ist so schlecht, daß sie keine Rufschädigung mehr befürchten muß. Sie zieht politische Desperados an, Sektierer und Personen, die die Provokation lieben. Das Zitat ist vor allem charakteristisch für die offen verfassungsfeindliche Haltung Voigts, die zugleich antikapitalistisch geprägt ist. Die starke Überrepräsentanz der Männer in der Wählerschaft der Partei wundert daher nicht. Eine Konstante in Voigts Denken ist die Kritik am „Werteverfall“. Ihn soll die „Volksgemeinschaft“ anhalten. Der Revolutionär Voigt greift auf alte Tugenden zurück. „Ich bin überzeugt davon, daß diese Hinwendung zu den Werten unserer Väter auch zur Volksgemeinschaft führen wird.“⁴⁵ Diese Form der „Volksgemeinschaft“ liegt in einem krassen Gegensatz zur Globalisierung.⁴⁶ Wer die Kommentare Voigts studiert, gewinnt den Eindruck, daß Antiamerikanismus bei ihm weit stärker ein Fixpunkt ist als Ausländerfeindlichkeit.

Wer Udo Voigt an den Zielen mißt, die in seinem strategischen Drei- bzw. Viersäulenmodell formuliert sind, kommt zu einem differenzierten Ergebnis. Beim „Kampf um die Köpfe“ hat es die NPD zwar nicht geschafft, Intellektuelle in nennenswerter Zahl auf ihre Seite zu ziehen, aber sie steht nicht mehr so katastrophal da wie vor zehn Jahren und die „Deutsche Stimme“ ist anspruchsvoller geworden. Beim „Kampf um die Straße“ zeigt sie zum Teil Präsenz. „Antifaschisten“, die der Partei ihr Recht auf Demonstration unterbinden wollen, betreiben indirekt deren Geschäft. Den „Kampf um die Wähler“ hat Udo Voigt nicht gewinnen können, wenngleich die NPD Ergebnisse wie im Saarland (4,0 Prozent), in Sachsen (9,2 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (7,3 Prozent) über drei Jahrzehnte nicht erreichen konnte. Beim „Kampf um den organisierten Willen“ steht die NPD gegenwärtig am besten da. Sie hat mit der DVU ein bis heute funktionierendes Abkommen getroffen; selbst „Freie Kameradschaften“ haben sich teilweise einbinden lassen. Nur die Parteiführung der „Republikaner“ wehrt sich gegen diese Strategie.

Die Geschichte der NPD ist keine Erfolgsgeschichte, wie Udo Voigt zu suggerieren sucht. Aber er hat den Niedergangsprozeß der Partei zu stoppen vermocht und ihr einen „zweiten Frühling“ (Armin Pfahl-Traughber) beschert. Was die Anhänger von Mußgnug Anfang der neunziger Jahre versucht haben und was bei Voigt auf so viel Ablehnung stieß, hat seine Bündnispolitik auf andere Weise zustandegebracht. Gleichwohl sind die verbreiteten Ängste in der Öffentlichkeit unbegründet. Udo Voigt ist der Vorsitzende einer Partei, die bei den Eliten geächtet ist – in den Universitäten wie in den Kirchen, in den Medien wie beim Militär, bei den Gewerkschaften wie bei den Unter-

45 Udo Voigt, Schluß mit dem Fatalismus. Eine neue Zeit bricht an – und wir sind mittendrin!, in: Deutsche Stimme, Nr. 8/2003, S. 2.

46 Vgl. für Einzelheiten Armin Pfahl-Traughber, Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Analyse zu inhaltlicher Bedeutung und ideologischen Hintergründen, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistischen Rechten in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 30-51.

nehmervverbänden. Zu Voigts Strategie gehört es gleichwohl den Eindruck zu erwecken, daß sich die etablierten Kräfte bei der NPD indirekt durch Übernahme ihrer Parolen „andienen“. „Sie zeigen damit dem Wähler, daß die Forderungen der NPD aus der Mitte des Volkes kommen und berechtigt sind.“⁴⁷ Solche Aussagen eignen sich bestens dafür, Zwietracht unter den demokratischen Parteien hervorzurufen.

Voigt ist ein Hasardeur. Wer an sein Verhalten im Verbotsverfahren gegen die NPD denkt, muß diese Charakterisierung als überaus treffend empfinden. Was hat ihn bewogen, ausgerechnet Horst Mahler als Prozeßbevollmächtigten der Partei zu engagieren? Wollte er vielleicht ein Verbot der Partei, um so als ein Märtyrer in die Geschichte der „Bewegung“ einzugehen? Oder war ihm Mahlers exzessiver Radikalismus nicht bewußt? Was wußte Voigt von den V-Leuten in den eigenen Reihen? Wieso unterließ er es, die V-Mann-Affäre „auszuschlachten“? Vielleicht deshalb, weil er damit rechnen mußte, völlige Transparenz könnte ihn beschädigen. Der NPD-Vorsitzende konnte nie plausibel erklären, wieso das Bundesverfassungsgericht zugunsten der NPD entschieden hat, wenn doch die Bundesrepublik Deutschland in seinen Augen kein Rechtsstaat (mehr) ist. Das Hasadeurhafte bei Voigt zeigt sich auch an seinem ambivalenten Verhalten gegenüber dem Islam. Zuweilen läßt sich Udo Voigt auf Veranstaltungen von Islamisten sehen. Das ist weniger ein Indiz für Voigts Sympathie ihnen gegenüber als vielmehr ein Ausdruck seines effekthascherischen Auftretens. Voigt handelt offenkundig nach dem Motto: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“. Tatsächlich hegt der Katholik, nicht die geringste Sympathie für Islamisten. Nur soll durch ostentative Präsenz bei derartigen Veranstaltungen der Eindruck vermittelt werden, daß die USA mit der von ihnen vorangetriebenen Globalisierung als Hauptfeind zu gelten haben.

Zwar gebricht es dem soldatischen Typ Udo Voigt an Charisma, doch durch seine spektakulären Provokationen versteht er es immer wieder, bei Medien Aufmerksamkeit zu finden, wenngleich ein Mann wie Holger Apfel über einen größeren Bekanntheitsgrad verfügt. Eingängige Formulierungen wie „Volksfront von rechts“ sollen Macht widerspiegeln. Ihm ist bewußt, worauf manche „Alarmisten“ „anspringen“. Sein Versuch, durch krassen Antiamerikanismus und Antikapitalismus auch im „linken Lager“ auf Resonanz zu stoßen, ist allerdings völlig gescheitert.

Voigts Motto scheint zu lauten: „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.“ In seinen Worten: „*Wer nicht mit uns ist, ist unser Gegner! Lernen wir danach zu handeln, denn nur dann werden wir uns auf Dauer durchsetzen können. Die Zeit arbeitet für uns!*“⁴⁸ Mit dieser voluntaristischen Strategie des Alles oder Nichts ist er bisher recht gut gefahren. Er hat interne Kritiker⁴⁹ ebenso erfolgreich abwehren können (seinen Partei-

47 Udo Voigt, Der Trick mit der deutschen Leitkultur. Beckstein auf NPD-Kurs, in: Deutsche Stimme, Nr. 12/2004, S. 2.

48 Voigt (FN 12), S. 473 (Hervorhebung im Original).

49 Günter Deckert war ihm intellektuell wohl überlegen, doch durch seine politische Unkalkulierbarkeit und seinem Geltungsdrang zog er den Kürzeren.

vorsitz macht ihm keiner mehr streitig) wie das Verbotsverfahren (freilich nicht zuletzt durch schwere Fehler des Staates).

Voigt ist in mannigfacher Weise mit dem Instrumentarium der streitbaren Demokratie konfrontiert worden: mit dem Grundsatz der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst, mit dem Parteiverbot und indirekt auch mit Vereinigungsverboten. Dabei fällt das Urteil über die streitbare Demokratie nicht sehr positiv aus. So war ein Verbotsantrag aus der Perspektive des demokratischen Verfassungsstaates unnötig. Die NPD konnte und kann die demokratische Ordnung nicht gefährden. Als die Parteiverbotsdiskussion ausbrach, hätte es besonnener Stimmen in der Politik und in den Sicherheitsbehörden bedurft, um auf die verbreitete Hysterie beruhigend einzuwirken. Schließlich ließ die praktische Umsetzung sehr zu wünschen übrig. Dilettantismus überwog, die NPD konnte den freiheitlichen Staat in gewisser Weise „vorführen“. Allerdings dürfte der Wahlerfolg der Partei weniger auf das Verbotsverfahren zurückzuführen sein als vielmehr auf die umstrittene Arbeitsmarktreform Hartz IV und die Kritik daran. Die Vielzahl der Vereinigungsverbote in der ersten Hälfte der neunziger Jahre nach fremdenfeindlichen Übergriffen war ebensowenig notwendig. Schließlich ging die Gewalt nicht von diesen Vereinigungen aus. So aber gelang es Voigt, Personen aus diesen Gruppierungen für die NPD zu gewinnen. Deren Radikalisierung war damit auch eine Reaktion auf die Vereinigungsverbote – allerdings nicht nur. Schließlich wurde Voigt, polemisch formuliert, ein „Opfer“ der „Berufsverbote“ im öffentlichen Dienst, hatte er sich doch während seiner Bundeswehrzeit nichts zu schulden kommen lassen. Allerdings muß das Instrumentarium der streitbaren Demokratie hier anders beurteilt werden. Das aktive Mitglied der NPD konnte nicht erwarten, daß der demokratische Staat sich gleichsam dumm stellt. Wer die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnt, hat keinen Anspruch auf eine Beschäftigung als Berufssoldat.

Voigts Dilemma besteht in dem folgenden Umstand: Präsentiert er sich mit der NPD nach außen hin als „systemtreu“, so würde er einen großen Teil der „Aktivisten“ vor den Kopf stoßen; läßt Voigt offen verfassungsfeindliche Tendenzen zu, ist die Wählerschaft höchst irritiert. Zwischen dem „Kampf um die Straße“ und dem „Kampf um die Parlamente“ scheint ein kaum überwindbares Spannungsverhältnis zu bestehen. Der „Kampf um die Köpfe“ stellt kein geeignetes Bindeglied dar.

3. Literatur

Über Udo Voigt existiert nur wenig Literatur. Das hängt zum einen damit zusammen, daß der NPD-Parteivorsitzende jede Form des Personenkultes meidet. Die politische Geltungssucht des Parteivorsitzenden steht in einem merkwürdigen Kontrast zu der eher zurückhaltenden Art des verheirateten Privatmanns.⁵⁰ Eine Sammlung seiner Arti-

⁵⁰ Allerdings wird Voigt nicht müde, viele seiner Artikel nicht nur mit dem Namen zu unterzeichnen, sondern diesen auch den Studienabschluß hinzuzufügen: „Dipl.sc.pol.“

kel und Kommentare aus der „Deutschen Stimme“ liegt nicht vor. Zum andern geht der geringe Bekanntheitsgrad Voigts wesentlich auch darauf zurück, daß kaum ein Porträt auf einem Gespräch mit ihm basiert⁵¹ und Interviews eine ausgesprochene Seltenheit sind.⁵² Die Berührungsangst⁵³ mit einem Repräsentanten des parteipolitischen Rechtsextremismus ist so groß wie unbegründet.

Die Gesamtdarstellung von Uwe Hoffmann berücksichtigt genau den Wechsel von Günter Deckert zu Udo Voigt im Amt des Parteivorsitzenden.⁵⁴ Im Rahmen seiner Studie über das NPD-Verbotsverfahren präsentiert Lars Flemming einen Überblick zu den NPD-Vorsitzenden, darunter auch zu Udo Voigt.⁵⁵ Die Homepage des (nicht immer seriösen) „Informationsdienstes gegen Rechtsextremismus“ enthält ein knappes Porträt des Parteivorsitzenden⁵⁶, das sich grundsätzlich von dem Porträt des NPD-Funktionärs Ulrich Eigenfeld unterscheidet.⁵⁷ Die Extremismusforschung hat es bisher versäumt, sich näher mit der Person Voigts und seiner Strategie auseinanderzusetzen. Denn der Wandel der NPD kann ohne das Wirken ihres Vorsitzenden nicht angemessen verstanden werden.

51 Zu den Ausnahmen gehört der Artikel von Staud (FN 41).

52 Zu den Ausnahmen zählt das folgende Interview: „Ein Verbotsverfahren wird uns kostenlose Werbung sein“ (FN 38).

53 So gab es große Aufregung, als Peter Glotz im Fernsehsender N24 mit Voigt diskutierte. Die Sendung wurde nur zeitversetzt ausgestrahlt.

54 Vgl. Uwe Hoffmann, *Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur*, Frankfurt a.M. 1999.

55 Vgl. Flemming (FN 21), S. 52-62, insbes. S. 60 f.

56 http://lexikon.idgr.de/v/v_o/voigt-udo/voigt-udo.php (1. August 2006).

57 Vgl. Eigenfeld (FN 2), S. 253 f.

Länderporträt: Rußland

Von Tom Thieme

1. Darstellung

1.1. Einführung

Da sich die Aufmerksamkeit westlicher Rußlandkenner seit dem Amtsantritt Vladimir Putins größtenteils dessen dominanter Machtpolitik widmet, geriet die Beobachtung des russischen Extremismus ins Hintertreffen. Während in den 1990er Jahren reges Interesse an der Thematik bestand, die Wiedergeburt des russischen Nationalismus¹ ebenso wie die Renaissance des Kommunismus² prophezeit wurde, und mancher Beobachter bereits das Ende der jungen russischen Demokratie für gekommen hielt, lassen sich seit der Jahrtausendwende kaum mehr nennenswerte Veröffentlichungen zu den antideokratischen Kräften in Rußland finden.³ Den russischen Verhältnissen wird das Des-

- 1 Mit dem Auftauchen und den ersten Erfolgen Vladimir Žirinowskis und seiner LDPR in der russischen Politik Anfang/Mitte der 1990er Jahre entstand eine Lawine an wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen zu seiner Person und Partei, siehe unter anderem: Peter Conradi, Schirinowski und der neue russische Nationalismus, Düsseldorf 1995; Wolf Oschlies, Wladimir Schirinowski. Der häßliche Russe und das neue postkommunistische Osteuropa, Weimar/Wien 1995; Gerhard Hirschler/Klaus Lange, Schirinowski und die LDPR – Gefahren für die deutsche und internationale Politik, München 1994; Wolfgang Eichwede (Hrsg.), Der Schirinowski-Effekt. Wohin treibt Rußland?, Hamburg 1994.
- 2 Ähnlich wie bei der Person Žirinowski entstanden, ausgelöst durch die Erfolge der KPRF bei den Wahlen Mitte der 1990er Jahre, in den Jahren bis zur Amtsübernahme Vladimir Putins eine Reihe von Arbeiten, welche sich intensiv mit der Neuprofilierung der russischen Kommunisten um ihren Vorsitzenden Gennadij Sjuganow befassen. Siehe hierzu, Wladimir Ostrogorski, Gennadi Sjuganow. Ein Dossier, Berlin 1996; Heinz Timmermann, Renaissance der KP Rußlands. Programm, Struktur und Perspektiven der Sjuganow-Partei, in: Europäische Rundschau 24 (1996) Heft 2, S. 59-80; Syed Mohsin Hashim, KPRF ideology and its implications for democratization in Russia, in: Communist and Post-Communist Studies 32 (1999), S. 78-89.
- 3 Zu den Ausnahmen gehören die Beiträge von Markus Mathyl und Andreas Umland sowie eine von der Zeitschrift Osteuropa angeregte Debatte zum Rechtsradikalismus in Osteuropa. Vgl. Markus Mathyl, Der „unaufhaltsame Aufstieg“ des Aleksander Dugin. Neo-Nationalbolschewismus und Neue Rechte in Rußland, in: Osteuropa 52 (2002), S. 885-900; Andreas Umland, Kulturhegemoniale Strategien der russischen extremen Rechten. Die Verbindung von faschistischer Ideologie und metapolitischer Taktik im Neoeurasismus des Alexandr Dugin, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (2004), S. 435-452; Rechtsradikalismus in Osteuropa. Eine Debatte, in: Osteuropa 52 (2002) S. 224-335, S. 612-630, S. 885-913, S. 1056-1062; In englischer Sprache sind folgende Beiträge zu erwähnen: Stephen D. Shenfield, Russian Fascism. Traditions, Tendencies, Movements, Armonk 2001; Thomas Parland, The Extreme Nationalist Threat in Russia. The growing influence of western rightist ideas, New York 2002; Luke March, The Communist Party in post-Sovjet Russia, Manchester/New York 2002.

interesse an dem Gegenstand jedoch aus drei Gründen nicht gerecht. Zum einen ist der Anteil der drei antidemokratischen Parteien in der russischen Duma mit zusammenge-rechnet über 30 Prozent erheblich; de facto ist die gesamte Oppositionsbank im Parla-ment von Extremisten besetzt.⁴ Zweitens handelt es sich bei den russischen Extremis-muserscheinungen um Parteien, die nicht wie nach dem allgemeinen Extremismuskon-zept klar dem rechts- oder linksextremistischen Spektrum zuzuordnen sind, sondern Elemente des Rechts- wie des Linksextremismus enthalten. Drittens ist in den vergan-genen Jahren nicht nur der latente gesamtgesellschaftliche Rassismus in Rußland ge-stiegen, sondern auch die Zahl von Gewalttaten gegenüber Ausländern und Minder-heiten.

Der Beitrag versucht daher einerseits einen allgemeinen Überblick zur Struktur, Ide-ologie und Programmatik der extremistischen Parteien und Gruppierungen in Rußland zu geben. Andererseits soll er Eigenheiten herausarbeiten, welche auf einen eventuell eigenen Typus von Extremismus in Rußland hinweisen. Ergeben sich aus den Folgen der über 70 Jahre währenden kommunistischen Herrschaft und der transformationsbe-dingten Ursachen für Extremismus in Osteuropa besondere Formen von Extremismus? Wie sind diese in das rechts-links-vergleichende Extremismuskonzept zu integrieren? Inwieweit lassen sich daraus und aus den Rahmenbedingungen des defekt-demokra-tischen politischen Systems Schlüsse zur Stärke und Schwäche des Extremismus in Rußland ziehen? Welche Folgen ergeben sich aus dem Verhältnis von Extremismus und defekter Demokratie für die russische Zivilgesellschaft und die politische Kultur im Land? Wie läßt sich die weitere Entwicklung des Extremismus in Rußland einschätzen, und welche Gefahren sind damit künftig für die russische Demokratie zu erwarten?

Eingangs wird ein Überblick zu den drei momentan in der Duma vertretenen extre-mistischen Parteien KPRF, LDPR und *Rodina* präsentiert. Dabei sollen zum einen all-gemeine Angaben zur Geschichte, Größe, Struktur und zu den Wahlergebnissen der Parteien gegeben, zum anderen die Parteien mit Hilfe bestimmter Kriterien⁵ im antide-mokratischen Spektrum zwischen Rechts- und Linksextremismus eingeordnet werden. Der nächste Teil setzt sich mit dem außerparlamentarischen Extremismus in Rußland auseinander. Im Mittelpunkt steht neben den beiden nicht in der Duma vertretenen ex-

4 Vgl. Richard Sawka, The 2003-2004 Russian Elections and Prospects for Democracy, in: Europe-Asia-Studies 57 (2005), S. 369-398, hier S. 372.

5 Zu dem Kriterienkatalog, inwieweit eine extremistische Vereinigung ausschließlich dem Rechts- und Linksextremismus zugerechnet werden kann oder ob es sich um Fusionen beider antidemokratischer Richtungen handelt, gehören 1. auf welche historisch-ideologischen Vorbilder sich die Extremisten berufen; 2. wie der Umgang mit der nationalistischen und kommunistischen Vergangenheit bewertet wird; 3. welche Symbolik die Partei benutzt; 4. ob das für Rechts- und Linksextremismus relevante Kriterium des Egalitarismus übernommen oder verworfen wird; 5. inwieweit der aktuellen Program-matik Aussagen und Zielsetzungen entnommen werden können, die nach dem vergleichenden Extre-mismuskonzept dem Rechts- oder Linksextremismus entsprechen: Siehe hierzu in der Vorbereitung: Tom Thieme, Extremismus in Osteuropa. Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Disser-tation an der TU Chemnitz.

tremistischen Parteien NBP und RNE die Person des einflußreichen Moskauer Politikberaters und bekanntesten Antidemokraten Alexandr Dugin. Danach sind die empirischen Erkenntnisse auf Folgen und Auswirkungen für die russische Gesellschaft hin zu überprüfen, um somit das Material für die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung von Extremismus und Demokratie in Rußland fruchtbar zu machen.

1.2. Kommunistische Partei der Russischen Föderation

Die Entstehung der *Kommunistischen Partei Rußlands* (KPRF) am 13./14. Februar 1993 war mehr eine Wieder- als eine Neugründung der Partei. Dazu kam es, weil die *Kommunistische Partei der Sowjetunion* (KPdSU) und ihre mit dem Ende der Sowjetunion gegründete Nachfolgepartei, die *Kommunistische Partei der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik* (KP der RSFSR), wegen ihrer Unterstützung des Augustputsches 1991 verboten wurde. Die Klage von Mitgliedern der Partei und des Zentralkomitees beim Verfassungsgericht bestätigte die Rechtmäßigkeit des Parteiverbotes, gestattete ihnen jedoch, die Strukturen der Partei neu aufzubauen.⁶

Sowohl die Ergebnisse der ersten freien Parlamentswahlen als auch die Mitgliederentwicklung der KPRF deuteten Anfang der 1990er Jahre auf ein schnelles Ende hin. Noch als KPdSU verlor die Partei vom Winter 1989/90 bis Ende 1991 vier Millionen Mitglieder. War die Mitgliedschaft bis dahin ein Muß, um Privilegien zu sichern und Karriere in der Sowjetunion machen zu können, entstanden spätestens nach dem Putsch 1991 mehr Nach- als Vorteile aus dem Besitz des Parteibuchs. Zum Zeitpunkt ihrer Neugründung als KPRF wurden folglich nur noch eine Million registrierte Anhänger gezählt. Diese Zahl hat sich bis heute weiter stark reduziert. Nach Parteiangaben liegt sie etwa bei 550.000 Mitgliedern⁷; die eigentliche Zahl dürfte nochmals deutlich niedriger sein. Zudem ist die Mitgliedschaft stark überaltert. Die Parteibasis wird aufgrund dieses demographischen Faktors in den nächsten Jahren weiter rapide sinken.⁸

Die ersten freien Parlamentswahlen 1993 wurden für Rußlands Kommunisten zum Desaster. Lediglich 12,4 Prozent der Stimmen erhielt die KPRF, was sie nur zur drittstärksten Kraft in der Duma machte. In dem Maße, wie sich die soziale Krise Rußlands im Laufe der 1990er Jahre verschärfte, konnten allerdings die Kommunisten ihre Situation verbessern. Gegenüber dem Vettern-System von Jelzin mit dubiosen Privatisierungen des Staatsvermögens, Korruption, einem wachsenden Wohlstandsgefälle zwischen milliardenschweren Oligarchen und Millionen verarmter Arbeiter, Bauern und Pensionäre etablierte sich die KPRF als egalitäre Alternative.⁹ So gingen die Kommu-

6 Vgl. Galina Luchterhandt, *Politische Parteien in Rußland*, Bremen 2000, S. 58.

7 Vgl. Martina Glass, *Profile der fünf wichtigsten russischen Parteien*, in: *Rußlandanalysen* Nr. 4, 7. Nov. 2003, unter <http://www.dgo-online.org/fileadmin/Russlandanalysen/2003/russlandanalysen04-03.pdf> (2. Juni 2006).

8 Vgl. Eberhard Schneider, *Das politische System der Russischen Föderation. Eine Einführung*, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2001, S. 211 f.

9 Vgl. Heinz Timmermann, *Die Wiederkehr der KP Rußlands. Programm, Struktur und Perspektiven der*

nisten aus den Parlamentswahlen 1995 mit 22,3 Prozent als Sieger hervor – mit besten Optionen, ebenso die machentscheidenden Präsidentschaftswahlen im Sommer 1996 zu gewinnen. Tatsächlich lag ihr Spitzenkandidat, Parteichef Gennadij Sjuganow, im ersten Wahlgang mit nur 3,3 Prozentpunkten hinter Amtsinhaber Boris Jelzin, bevor dieser durch die Unterstützung der russischen Wirtschaft und Medien klar wiedergewählt wurde.¹⁰ Bei den Staatsdumawahlen 1999 konnte die KPRF ihren Stimmenanteil und ihre Stellung als stärkste Partei mit 24,3 Prozent weiter ausbauen, doch die im Frühjahr 2000 folgenden Präsidentschaftswahlen versetzten allen Ambitionen künftiger Macht einen erheblichen Dämpfer. Vladimir Putin wurde bereits im ersten Wahlgang mit über 52,9 Prozent zum neuen Staatsoberhaupt gewählt, während Gennadij Sjuganow nur 29,2 Prozent erreichte.¹¹ In den folgenden vier Jahren gelang es Präsident Putin erfolgreich, sich auf nahezu allen Politikfeldern, die in der Jelzin-Ära von Kommunisten bzw. Nationalisten besetzt waren, zu profilieren: mit einer durchgreifenden Sicherheitspolitik, Kriegserklärungen an die allgegenwärtige Korruption und an die mächtige Oligarchenriege Rußlands. Das führte zu überragenden Zustimmungsraten für seine Politik und erdrutschartigen Verlusten der Kommunisten bei den Duma- und Präsidentschaftswahlen 2003 bzw. 2004. Der Stimmenanteil der KPRF bei den Parlamentswahlen halbierte sich nahezu; ihr Spitzenkandidat für das Präsidialamt, Nikolai Kharitonow, kam auf lediglich 13,7 Prozent.¹²

Das Dilemma, mit dem Rußlands Kommunisten seit Beginn des Transformationsprozesses zu kämpfen haben, besteht darin, sich einerseits von der größtenteils delegiti- mierten kommunistischen Weltanschauung lösen zu müssen, und andererseits den großen Teilen der alternden Basis ideologisch treu zu bleiben. Aus den drei ideolo- gischen Hauptgruppen der Partei – reformorientierten Marxisten, orthodoxen Stali- nisten und linksextremen Nationalisten – gelang es den Nationalisten am besten, einen Mittelweg zu finden.¹³ Der seit 1993 amtierende Parteivorsitzende und KP-Chefideolo- ge Gennadi Sjuganow erkannte frühzeitig, daß die Partei unreformiert genauso zugrun- degehen würde wie bei einer vollständigen Lösung vom Kommunismus. Er versuchte sich erfolgreich in der Umdeutung der kommunistischen Vergangenheit. War im Ge- schichtsverständnis der KP mit dem Sieg der Bolschewiki 1917 das Ende des Nationa- lismus verbunden worden, so interpretiert Sjuganow die Oktoberrevolution nun als Be- freiung der russischen Nation. Daß dabei Unvereinbares zusammengeführt wird, stört Sjuganow nicht, denn die als russischer „Sonderweg“ benannte unnatürliche Symbiose

Sjuganow-Partei, in: BIOst, Nr. 12/1996, S. 3 f.

10 Vgl. Viktor Šejenis, Wie Rußland gewählt hat. Zum Fazit der Parlaments- und Präsidentenwahlen De- zember 1999/März 2000, in: Osteuropa 50 (2000), S. 758-778, hier S. 773.

11 Vgl. Eberhard Schneider, Wahlen in Rußland. Ergebnisse der Staatsdumawahl und der Wahl des Präsi- denten, in: Osteuropa 50 (2000), S. 492-503, hier S. 502.

12 Vgl. Sakwa (FN 4), S. 388.

13 Vgl. Richard Sakwa, The Russian KPRF. The powerlessness of the powerful, in: András Bozóki/John T. Ishiyama (Hrsg.), The communist successor parties of central and eastern Europe, New York/Lon- don 2002, S. 240-265, hier S. 244 f.

von Kommunismus und Nationalismus hat einen gemeinsamen Nenner: die Abwehr des Liberalismus und westlicher Werte.

Die neuen ideologischen Leitlinien der KPRF lassen in Form und Inhalt wenig Zweifel am extremistischen Charakter der Partei. Mittelpunkt der sozialistischen Idee seien Rußland und die Historie der russischen Revolutionen als Motor der Geschichte: „Die Zukunft Rußlands kann nur auf einem Fundament seiner schöpferischen Traditionen und historischen Kontinuität erreicht werden. Eine komplizierte Verflechtung von geopolitischen, nationalen und gesellschaftlichen Faktoren machte Rußland zum Träger einer kulturellen und sittlichen Tradition, deren fundamentale Werte Gemeinschaftlichkeit, Kollektivismus und Patriotismus sind.“¹⁴ Als Hauptziele werden Volksherrschaft, Gerechtigkeit, Gleichheit, Patriotismus, Verantwortung, Sozialismus, die Fortsetzung der materialistischen Dialektik und letztlich als „historische Zukunft der Menschheit“ der Kommunismus betrachtet.¹⁵ Nach wie vor gilt die Abwehr des Kapitalismus als historischer Kampf. Dazu heißt es mit pathetischen Worten, die Menschheit stehe an der Schwelle zum neuen Jahrtausend vor der dramatischsten Entscheidung ihrer Geschichte. Marktwirtschaft wird als Gesellschaftsform betrachtet, von der lediglich die hochentwickelten kapitalistischen Staaten des Westens profitieren würden, die ausschließlich auf die Ausplünderung der Menschen und der Naturressourcen ausgerichtet seien. „Wir rufen unsere Landsleute zur Bildung eines wirksamen Bündnisses der patriotischen Kräfte für die Verteidigung der nationalen Interessen unseres Landes und für den Kampf für den Sozialismus auf.“¹⁶ Die bürgerlich-demokratische Gesellschaft sei ein „bürgerlicher bzw. kleinbürgerlicher Extremismus.“¹⁷ Hier wird zudem eine massive Globalisierungskritik geübt: „Durch Kolonisation und räuberische Ausbeutung [...] wurde der Widerspruch von Kapital und Arbeit über die Grenzen der kapitalistischen Staaten exportiert [...], was dem Kapitalismus seine Stabilität erhält, die sozialen Konflikte daraus jedoch auf zwischenstaatliche erweitert.“¹⁸ Weiter heißt es, die westliche Konsumgesellschaft werde zur negativen Deformation der menschlichen Persönlichkeit führen.¹⁹

Von einer rein rechts- bzw. linksextremistischen Ideologie zu sprechen, ist bei der KPRF unmöglich. Das hat zwei Gründe: Zum einen ist die Spitze der KPRF gar nicht an einer festgelegten Ideologie interessiert, denn zu vielstimmig ist der Chor an Transformationsverlierern und damit an potentiellen Sympathisanten. Zum anderen gelang es

14 Vgl. Programma Kommunisticheskaya Partii Rossiiskoi Federatsii [Programm der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation], Moskau 1997, unter: <http://www.cprf.ru/party/program/> (1. Februar 2006).

15 Vgl. ebd.

16 Ebd.

17 Ebd.

18 Ebd.

19 Vgl. ebd.

maßgeblich ihrem Vorsitzenden Gennadi Sjuganov, nicht nur die Balance zwischen diversen Strömungen zu halten, sondern die essentiellen Elemente der rechts- und links-extremen Ideologien zu verbinden: Ethnozentrismus dient als Legitimation für russische Hegemonialansprüche. Er wird als – angeblich – kommunistisch-internationalistisch orientiert verpackt, strebt als Gegenpol zum kapitalistischen System eine egalitäre, sozialistische Gesellschaft an und entwickelt dabei in seiner Rivalität zum Westen rassistische und xenophobe Vorurteile. Für überzeugte Kommunisten blieb die Partei ebenso Heimat, wie sie zur neuen für all jene wurde, die dem verlorenen Supermachtstatus nachtrauern, ohne der kommunistischen Ideologie nahezustehen. Gleichwohl blieb man damit dem internationalistischen Gedanken verhaftet, ohne ihn hervorzuheben. Dennoch wurde die hegemoniale Stellung Rußlands im kommunistischen Machtblock betont.

Im politischen Alltagsgeschäft zeigt sich die KPRF deutlich pragmatischer und anpassungsfähiger als die strenge Programmatik und die verbliebenen Vorgaben einer zumindest teilweise kommunistisch geprägten Ideologie erlauben dürften. Klassenkampfrhetorik von Marxismus und Internationalismus wird weitgehend vermieden, die Antikapitalismuskeule dann am heftigsten geschwungen, wenn Rußlands Sonderweg legitimiert werden soll und sich damit eine Polarisierung zum Westen erzielen läßt. Die Ablehnung des Kapitalismus ist von einem rigorosen Antiamerikanismus begleitet: „Die Verbreitung von Westlertum und Amerikanismus, von historischem Vandalismus, vom Kult des Profites, der Gewalt und der Perversion, von Egoismus und Individualismus ist zu verhindern.“²⁰ In Verbindung mit den antiwestlichen Verlautbarungen der KPRF-Spitze sind ebenso antisemitische Töne erkennbar: „Rußland läuft Gefahr, seine gerade erst gewonnene Souveränität an den verdammungswürdigen Westen zu verlieren. Wenn man hinter die Kulissen schaut, ist es noch schlimmer – an die superreichen jüdischen Finanzhaie, die im Westen die wahre Macht ausüben.“²¹

Trotz guter Verbindungen zum russischen Rechtsextremismus und zahlreicher rechtsextremer Elemente in Ideologie und Programmatik der KPRF, greift die Einschätzung einer vom Links- zum Rechtsextremismus transformierten Partei, wie sie von den meisten Wissenschaftlern vorgenommen wird, eindeutig zu kurz.²² Nach wie vor tritt die Partei als Wahrerin des egalitären Prinzips auf. Die Abschaffung einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zugunsten kollektivistisch gelenkter Gleichmacherei ist nach wie vor das erklärte Hauptziel der Kommunisten. Daher reicht es trotz aller rechtsextremen Merkmale, wie ethnische Überhöhung und rassistische Vorurteile, unter dem Kriterium

20 Vgl. ebd.

21 Gennadi Sjuganow zitiert nach Ostrogorski (FN 2), S. 84.

22 Die KPRF als ausschließlich rechtsextreme Partei einzuschätzen teilen unter anderem: Andreas Umland, *Toward an Uncivil Society? Contextualizing the Recent Decline of Parties of the Extreme Right Wing in Russia*, in *Demokratizatsiya* 10 (2000), S. 362-391; Boris Kagarlitsky, *Russia under Yeltsin and Putin*, London 2002, S. 220.

des Egalitarismus bzw. Antiegalitarismus nicht aus, die KPRF ausschließlich dem rechten Spektrum zuzuordnen.²³

1.3. Liberaldemokratische Partei Rußlands

Bekannteste extremistische Kraft in der russischen Politik dürfte zweifellos die von ihrem chauvinistischen Vorsitzenden Vladimir Žirinovski geführte *Liberaldemokratische Partei Rußlands* (LDPR) sein. Ging die Partei aus den ersten Dumawahlen 1993 noch als Sieger hervor, folgte bis Ende der 1990er Jahre der kontinuierliche Niedergang. Den Tiefpunkt erreichte sie 1999, als Parteiführer Žirinovski eine Reihe von Führern der russischen Unterwelt auf seiner Parteiliste plazierte, um ihnen damit parlamentarische Immunität zu verschaffen. Die LDPR wurde daraufhin von der Wahlkommission nicht zugelassen. Sie kandidierte als *Block Žirinovski*, erreichte jedoch nur 6,1 Prozent der Stimmen.²⁴ Dagegen übersprang sie bei den Dumawahlen 2003 mit 11,6 Prozent mühelos die Fünfprozenthürde.²⁵ Die Partei hat nach eigenen, unrealistischen Angaben mehr als 500.000 Mitglieder²⁶; in der wissenschaftlichen Literatur ist mehrfach von 200.000 Parteigängern die Rede.²⁷

Der Name *Liberaldemokratische Partei* ist doppelt irreführend, denn die Partei ist weder liberal noch demokratisch. Es handelt sich vielmehr um eine autoritäre, antidemokratische Partei. Die LDPR wird von Vladimir Žirinovski im diktatorischen Stil geführt – nur er hat das Recht, Führungspersonen der Partei zu ernennen und abzulösen. Die inneren autoritären Strukturen entsprechen weitgehend dem Organisationsmodell, welches sich aus der LDPR-Ideologie für den russischen Staat ableitet. Gefordert wird ein starker Staat – nur er könne die konspirativen Mächte von Kommunismus und Kapitalismus abwehren. Wo die Partei ihre politische Heimat im Spektrum Rechts-Mitte-Links sieht, ist unklar. Dem Parteiprogramm sind kaum extremistische Zielsetzungen nachzuweisen; sie ist allenfalls als populistische Law-and-Order-Partei auszumachen,

23 In einer graphischen Darstellung zum politischen Spektrum Rußlands veranlassen die rechtsextremen Elemente der KPRF den Politikwissenschaftler und Experten des russischen Rechtsextremismus, Andreas Umland, sie auf der Seite des antiegalitären Prinzips einzuordnen. Dies mag aus multiethnischer Perspektive zutreffen, läßt allerdings die Absichten, in Rußland eine soziale Gleichheit zu schaffen, welche freien Besitz und individuelle Freiheit einschränken bzw. verbieten würde, außer acht; vgl. Andreas Umland: Versuch einer schematisierten Konzipierung des politischen Systems der Rußländischen Föderation [unveröffentlichte Unterlagen zur Tagung „Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich“ des Hannah-Arendt-Instituts Dresden im September 2004].

24 Vgl. Dieter von Schrötter, Parteien und politische Bewegungen im nachsowjetischen Rußland, in: Ulrich Eith/Gerd Mielke (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 170-184, hier S. 180.

25 Vgl. Sawka (FN 4), S. 372.

26 Vgl. <http://www.ldpr.ru/ldpr/> (22. Mai 2006).

27 Vgl. Gerd Meyer, Parteien, Wahlen und Wählerverhalten, in: Der Bürger im Staat 51 (2001), S. 103-111; Eberhard Schneider, Das politische System der Russischen Föderation. Eine Einführung, 2. aktualisierte und erweiterte Aufl., Wiesbaden 2001, S. 205.

tritt ein für Patriotismus und Ordnung, wendet sich gegen Kommunismus und Nationalismus. Statt an die kommunistischen und vorkommunistischen politischen Traditionen anzuknüpfen, distanziert sie sich offiziell von beiden und preist sich selbst als zukunfts-gewandte moderne Partei.²⁸

Wenn im politischen Weltbild des Chamäleons Žirinovski und in seinen Verlautbarungen eine Konstante zu erkennen ist, dann die der permanenten Widersprüchlichkeit. Einerseits erklärt er sich zum Verfechter von demokratischen Prinzipien und einem pluralistischen Parteienwettbewerb, andererseits werden die demokratischen Parteien ebenso wie die KPRF als Verräter an der russischen Nation bezeichnet. Während seine außenpolitischen Ambitionen laut Parteiprogramm die Unversehrtheit der Grenzen garantieren sollen, fordert der Panslawist Žirinovski in seinem Buch *Političeskja Klassika* (klassische Politik) die Vereinigung aller slawischen Völker unter russischer Hegemonie.²⁹ Erklärt sich die LDPR heute als vorurteilsfreie Partei, gelten im nächsten Moment die politischen Gegner als Faulenzer und Lügner.³⁰ Die Erinnerungen an Schlägereien im Parlament, in die Žirinovski selbst verwickelt war, zeugen für wenig Toleranz. Heißt es im Grundsatzprogramm lammfromm, die Partei sei offen und aufgeschlossen gegenüber Ausländern, Andersgläubigen und -denkenden, sind die Interviews, Reden und Publikationen Žirinovskis gefüllt mit rechtsextremen Inhalten.³¹ Auf ökonomischem Terrain erklärt die LDPR ihren Einsatz für die „Vielfältigkeit an Wirtschaftsformen“. Dennoch wird mit Forderungen nach staatlicher Wirtschaftsplanung für Schwerindustrie sowie die Energiewirtschaft und Begrenzung der Privatisierung eine praktisch linksextreme Wirtschaftsordnung gefordert.³² Die Krönung an Unvereinbarkeiten dürften die scharf antisemitischen Äußerungen Žirinovskis sein, der sich erst vor wenigen Jahren zu seiner halbjudischen Abstammung bekannte.

Die Liste an diffusen Widersprüchen ließe sich beliebig verlängern. Lediglich in einem Punkt nimmt die LDPR eine konsequente Position ein: mit ihrer extrem antiwestlichen und antiamerikanischen Haltung. Die „Westler“ seien die Hauptfeinde des russischen Volkes; klassenkämpferische Propaganda untermauert solche Aussagen: „Der Westen und seine Agenten streben danach, unser Land vollständig als Anhang für Rohstoffe zu erniedrigen, zum Markt für ihre minderwertigen Waren, zur ökologischen Kläranlage und zur Quelle billiger Arbeitskräfte zu machen.“³³

28 Vgl. Programma Liberalno – Demokratitičskoj partii Russii [Programm der Liberal-demokratischen Partei Russlands], unter: <http://www.ldpr.ru/ldpr/programm/> (22. Mai 2006).

29 Vgl. Vladimir Žirinovski, *Političeskja Klassika*, Moskau 1995, S. 72.

30 Vgl. ebd., S. 72.

31 Einen interessanten Überblick zu den Entgleisungen Vladimir Žirinovskis bietet die Arbeit des österreichischen Sprachwissenschaftlers Wolfgang Stadler, *Macht, Sprache, Gewalt. Rechtspopulistische Sprache am Beispiel V. Žirinovskijs vor dem Hintergrund der Wandlungen politischer Sprache in Rußland*, Innsbruck 1997.

32 Vgl. Programma Liberalno – Demokratitičskoj partii Russii (FN 28).

33 Ebd.

In Rußland wird Žirinovski längst mehr als populistischer Politikclown, statt als extremistischer Hardliner wahrgenommen. Tatsächlich hat sich sein Auftreten in Form und Inhalten in den vergangenen zwei Legislaturperioden abgemildert. Seine Unseriosität ist geblieben, hat sich allerdings von Gewalttätigkeit zu Lächerlichkeit gewandelt. So forderte Žirinovski beim Besuch eines Moskauer Frauengefängnisses am 8. März 2006 ernsthaft eine Amnestie für alle Insassinnen. „Frauen gehören in die Küche, nicht ins Gefängnis“, so das Statement Žirinovskis. Die Wählerstimmen für seine LDPR gewinnt er heute nicht mehr mit antidemokratischen Positionen, sondern seinen offenbar beliebten Entertainerqualitäten, die bei den Wählern ankommen und für Unterhaltung im unüberschaubaren russischen Politikbetrieb sorgen, so das Urteil der Zeitung *Pravda*.³⁴ Nicht die antidemokratische Einstellung Žirinovskis scheint die größere Herausforderung an die russische Demokratie zu sein, sondern sein Beitrag zum Glaubwürdigkeitsverlust der russischen Politik.

1.4. Rodina

Die Partei *Rodina* (Heimat) war die große Überraschung der Dumawahlen 2003. Nur sechs Monate nach ihrer Entstehung im Mai erreichte sie 9,0 Prozent der Stimmen. Sie ist dank des Gewinns von acht Direktmandaten noch vor der LPDR drittstärkste Kraft im Parlament.³⁵ Die Gründung und Etablierung *Rodinas* war das Ergebnis des Zusammenschlusses verschiedener national-orientierter Gruppierungen aus unterschiedlichen politischen Lagern. Der Bildung *Rodinas* durch etwa ein Duzend ehemaliger Kommunisten um den früheren KPRF-Abgeordneten, Ökonomen und heutigen Fraktionsvorsitzenden in der Duma, Sergej Glasijev, schlossen sich im August 2003 Dimitrij Rogosin und seine Vertrauten der konservativen *Bevölkerungspartei* (*Narodnaja Partija*) an. Im selben Monat kam es zur Vereinigung mit Mitgliedern der russischen Christdemokraten, welche sich wiederum von der CDPR abgespalten hatten. Die Partei hat nach eigenen Informationen 135.000 Mitglieder.³⁶

Wie die maßgeblichen Strömungen und Protagonisten *Rodinas* unterschiedlichen Richtungen entstammen, ist auch die Partei selbst nicht dem ausschließlich rechts- bzw. linksextremen Lager zuzuordnen. Ihr bis März 2006 amtierender Vorsitzender und Chefideologe Rogosin bezeichnete seine Partei als sozialpatriotisch und linkspatriotisch.³⁷ Dahinter verbirgt sich die ideologische Vorstellung einer nationalen russischen Volksgemeinschaft mit antikapitalistischen, planwirtschaftlichen Elementen. Abgesehen von internen Positionskämpfen profitiert die Partei doppelt von der personellen und inhaltlichen Allianz des rechten und linken Randes. Zwar gab es zwischen Glasijev als

34 Vgl. Sergey Yugov unter <http://pravda.ru/main/2002/04/24/40224.html> (3. Juni 2006).

35 Vgl. Sawka (FN 4), S. 372.

36 Vgl. <http://www.rodina.ru/party/members/> (2. März 2006).

37 Vgl. ebd.

Vertreter des linken Flügels und dem rechtsnationalen Rogosin nach den Parlamentswahlen zahlreiche Querelen. Diese resultierten jedoch nach offiziellen Angaben nicht aus der Unvereinbarkeit ihrer politischen Positionen, sondern seien den jeweils starken Charakteren ihrer ambitionierten Doppelspitze geschuldet.³⁸ Der Vorteil dieser Rechts-Links-Allianz besteht zum einen darin, daß *Rodina* im Gegensatz zu ihren größten Konkurrenten weder mit der sozialistischen Vergangenheit belastet (KPRF) noch auf eine rigorose Antikommunismusposition (LDPR) festgelegt ist. Zweitens ergibt sich daraus nicht nur eine programmatische Vermischung von rechts und links, sondern auch ein vergrößertes Wählerpotential unter national gesinnten wie traditionell kommunistisch eingestellten Gesellschaftsschichten.

Im Vergleich zu KPRF und LDPR sind die Positionen *Rodinas* zwar weniger extremistisch, dennoch antidemokratische Einstellungen und Forderungen unübersehbar. Die Partei versucht soziale Ungerechtigkeit und den Verlust der nationalen Stärke nach dem Untergang des Sowjetimperiums mit populistischen Versprechungen und Statements zu lindern. Die wirtschaftspolitischen Konzeptionen gehen bei *Rodina* in Richtung einer teilweise markt-, teilweise planwirtschaftlichen Ökonomie. *Rodina* tritt für eine Verstaatlichung der Energiebetriebe und eine Nationalisierung der Rohstoffe und Ressourcen ein. Außerdem sollen mit Hilfe staatlicher Intervenierung die Wohlstandsunterschiede von Reich und Arm überwunden werden.³⁹ Die egalitären Zielsetzungen im innerrussischen Diskurs gehen einher mit antiegalitären Erklärungen gegenüber Nichtrussen. Die Ziele wirtschaftlicher Unabhängigkeit Rußlands und Verteidigung von nationalen Interessen verschmelzen mit latenter Fremdenfeindlichkeit gegenüber Minderheiten, ausländischen Investoren, bevorzugt gegenüber Juden. Nach Parteiangaben bietet *Rodina* zwar rechtsextremen Jugendbewegungen und Skinheads keine Heimat, dennoch sind einige Positionen als extremistisch einzuschätzen.⁴⁰ Ein im Winter 2005 an Präsident Putin adressierter und von zwei Duma-Abgeordneten der *Rodina*-Fraktion mitunterzeichneter offener Brief forderte die Einstufung aller jüdischen Vereinigungen Rußlands als extremistisch. Zwar distanzierte sich Parteiführer Rogosin von der Erklärung. Daß offensichtlich extremistische Strömungen in der Partei existieren, ließ sich dadurch aber schwerlich verbergen.

38 Der Autor stützt sich hierbei auf ein zweistündiges Interview mit dem PR-Mitarbeiter Rodinas und Publizisten Michael Bojko am 1. März 2006. In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei den Mitarbeitern des Verbindungsbüros der Hanns-Seidel-Stiftung in Moskau, Herrn Christian Forstner und Frau Anna Klein, bedanken, die mich bei der Erstellung dieses Beitrages mit Kontakten und Informationen hilfreich unterstützten. Ebenso gilt mein Dank den Verantwortlichen der Partei Rodina, welche auch zu unangenehmen Fragen im Zusammenhang mit der Extremismusproblematik offen Rede und Antwort standen.

39 Vgl. Programma Partii Rodina [Parteiprogramm Rodina], unter: <http://www.rodina.ru/programma/show/?id=37> (2. März 2006).

40 Der Autor stützt sich hierbei auf ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Jugendorganisation Rodinas Fjodor Birjukow am 1. März 2006 in Moskau.

Aufsehen im Zusammenhang mit antidemokratischen Tendenzen erregte *Rodina* zuletzt im Wahlkampf zu den Kommunalwahlen im Dezember 2005. Die Partei wurde in fünf der sieben russischen Regionen von der Teilnahme ausgeschlossen. In einem umstrittenen Wahlwerbespot wird eine Gruppe von faulenzenden Arbeitslosen – offensichtlich kaukasischer oder zentralasiatischer Herkunft – dargestellt, die auf dem Bürgersteig sitzt, Melonen ißt und die Schalen zu Boden wirft. Eine junge russische Mutter mit Babywagen kreuzt diesen Weg, stolpert über die Melonenschalen und fällt mit dem Kind, was ihr das höhnische Gelächter der Männer einbringt. Die Szene endet mit dem Kommentar von *Rodina*: „Unsere Straßen müssen endlich wieder sauber werden.“ Nach Protesten der russischen Öffentlichkeit versuchte die Parteiseite den Vorfall herunterzuspielen: Der Werbefilm habe lediglich beabsichtigt, auf das Thema illegale Immigration einzugehen.⁴¹ Für die Präsidialverwaltung war es hingegen Anlaß genug, *Rodina* wegen Ausländerfeindlichkeit zu den Stadtdumawahlen nicht zu zulassen. Daß dieser Werbefilm rassistische und diskriminierende Inhalte zeigt, ist unzweifelhaft. Gleichwohl muß auf die Eigenmächtigkeit der Präsidialverwaltung im Umgang mit dem Instrumentarium des Parteiverbotes bzw. des Ausschlusses von Wahlen hingewiesen werden. Nicht weniger eindeutig antisemitisch sind die Verlautbarungen von KPRF und LDPR. Diese dienen häufig in der Duma als gefügige Mehrheitsbeschaffer für die Putin-Partei *Ejedina* (*Einheit*). *Rodina* befindet sich hingegen mit den demokratischen Parteien *Jabloko* und *Union der Rechten Kräfte* in einer Totalopposition zum Moskauer Machtzentrum. Offensichtlich war nicht in erster Linie das Kriterium der Verfassungsfeindlichkeit entscheidend für den Ausschluß von den Regionalwahlen, sondern vielmehr die Stellung zu den Interessen des Kremls. Die Parteistrategen von *Rodina* rechnen bereits mit neuen Sanktionen bei den Dumawahlen 2007.⁴²

1.5. Außerparlamentarischer Extremismus

Nicht für alle extremistischen Parteien Rußlands ist die Einordnung zwischen Rechts- und Linksextremismus so schwierig. *Die Russisch Nationale Einheit* (RNE) – 1990 gegründet unter dem Vorsitz des ehemaligen Elektrikers und Karatelehrers Alexandr Petrovitsch Barkašov und seit 1993 offiziell als Partei registriert – ist eine extrem nationalistische Organisation. Aufsehen erregte die Partei nicht durch beunruhigende Wahlergebnisse, sondern durch ihre gewaltbereite paramilitärische Organisationsform. Im Auftreten und in der Symbolik imitiert die RNE die faschistischen Bewegungen Europas. Ihre Mitglieder tragen tarnfarbene Kampfuniformen, schwarze Schaftstiefel und eine Armbinde mit einem leicht modifizierten Hakenkreuz. Die Anhänger erhalten eine Schieß- und Nahkampfausbildung – ihr Leben ist von militärischer Disziplin, enthaltener Lebensweise und unbedingtem Gehorsam geprägt. Höhere Parteifunktionäre

41 Bojko (FN 38).

42 Vgl. ebd.

bezeichnen sich selbst als SS-Brigadeführer. Ausländern, Zigeunern, Juden und geistig behinderten Menschen ist die Mitgliedschaft in der RNE untersagt.⁴³

Ideologisch ist die RNE zwar eindeutig rechtsextrem; um welche Spielart es sich handelt, ist allerdings strittig. Ihre Vorsitzender Barkašov bekannte öffentlich: „Ich bin kein Nazi, sondern Faschist.“⁴⁴ Ausdrücken wollte er damit Distanz zum Dritten Reich, denn zu offensichtliche Sympathie wird vom überwiegenden Teil des nationalistischen Lagers Rußlands abgelehnt. Dennoch ist die Neigung zum nationalsozialistischen Gedankengut auffallend. Neben der Symbolik zeigt sich die RNE vom Führerkult, der arischen Rassenlehre und dem Kampf um die Nation inspiriert, was sie mit ihrer zudem radikal antiklerikalen Ausrichtung im russischen Rechtsextremismus weitgehend isoliert hat. Um diesen Umstand zu lindern, versuchte sich ihr Spitzenmann Barkašov mäßig erfolgreich an der Umdeutung der nationalsozialistischen Lehre zu einer speziell russischen Spielart des Faschismus. Seinem Buch „ABC der Russischen Nationalisten“ – zugleich die programmatische Grundlage der RNE – sind unzählige ethnozentrische, rassistische, antidemokratische und antisemitische Aussagen zu entnehmen: „Es ist die historische Pflicht des russischen Volkes, ein mächtiges und gerechtes Rußland zu schaffen.“⁴⁵ Rußland habe dem Grundsatz arischer Staatlichkeit zu gehorchen und Menschenrechte wie internationale Verträge diesem unterzuordnen. Auch dem Kommunismus wird eine deutliche Absage erteilt: „Nicht Internationalismus und universelle Werte, sondern das russische Volk mit seiner Nationalität ist die wichtigste und stabilisierende Kraft im Staat.“⁴⁶ Die Verbrechen des Stalinismus sind nach Barkašovs Interpretation nicht die Folge eines innenpolitischen Kampfes, sondern von jüdischen Verantwortlichen in der KPdSU als antirussischer Vernichtungsfeldzug begangen worden.⁴⁷

Vom russischen Mainstreamdiskurs weitestgehend unbeachtet, dürfte nicht das ideologische Fundament der RNE Anziehungskraft auf potentielle Anhänger ausüben, sondern vielmehr ihr jugend- und gegenkultureller Charakter. Die Schaffung eines paramilitärischen Lebensmilieus mit Trainingslagern und enger Gruppenidentifikation gilt als wichtige Basis für Teile der russischen Skinheadbewegung.⁴⁸ Daß die Kampfsportausbildung nicht nur eine chauvinistische Gebärde ist, sondern tatsächlich als Mittel für

43 Vgl. Eberhard Schneider, Rechtsextremismus in Rußland, in: BIOst Nr. 53/1995, S. 13 f.; siehe hierzu auch Abbildungen unter: <http://www.rne.org/> (9. Februar 2006).

44 Alexandr Petrovitsch Barkašov zitiert nach Walter Laqueur, Faschismus. Gestern – Heute – Morgen, Berlin 1997, S. 255.

45 Alexandr Petrovitsch Barkašov, Azbuka Russkogo Nacionalista, Moskau 1994, S. 27.

46 Ebd., S. 26.

47 Vgl. Boris Orlov, Rechtsextremismus im heutigen Rußland, in: Osteuropa 52 (2002), S. 320-334, hier S. 323.

48 Vgl. Andreas Umland, Neue ideologische Fusionen im russischen Antidemokratismus – Westliche Konzepte, antiwestliche Doktrinen und das postsowjetische politische Spektrum, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 371-406, hier S. 380.

politische Zwecke dient, belegen alarmierende Zahlen. Eine Auflistung von Gewaltverbrechen mit rassistischem Hintergrund benennt von Dezember 2005 bis Sommer 2006 mehr als ein halbes Dutzend Tötungsdelikte an Personen mit afrikanischer Herkunft.⁴⁹ Für Personen aus den südlichen ehemaligen Sowjetrepubliken und asiatische bzw. afrikanische Jugendliche ist es ein Problem, in den Großstadtstraßen jederzeit Opfer fremdenfeindlicher Angriffe werden zu können. Nach Schätzungen des russischen Innenministeriums umfaßt die russische Skinheadbewegung rund 15.000 Angehörige⁵⁰. Die eigentliche Zahl dürfte aufgrund der losen Organisationsstrukturen jener Gruppen und der damit schwer erfaßbaren Daten wesentlich höher sein (mit steigender Tendenz).

Die seit Juni 2005 verbotene *National-Bolschewistische Partei* (NBP) ist hingegen Paradebeispiel für die ungewöhnliche Doppelgestalt rot-brauner Konzeptionen. Die Besonderheit ihrer Ideologie liegt in der Verknüpfung des klassisch-traditionellen Nationalbolschewismus⁵¹ mit seinen europäisch-asiatischen geopolitischen Vorstellungen und dem Entwurf einer Gegenkultur zum Modell des Liberalismus im allgemeinen, zur westlichen bzw. transatlantischen Zivilisation im speziellen. Die Grundlagen dieses sogenannten „Neoeurasismus“ beruhen auf den Arbeiten des Politologen und einstigen NBP-Chefideologen Alexandr Dugin. Er verbindet drei wesentliche Elemente: Im Mittelpunkt steht die Bedeutung der russischen Nation. Ihr Einfluß auf dem europäischen und asiatischen Kontinent wird mit den Fragen nach den Grenzen des russischen Staates und der Ausdehnung einer internationalistischen, russisch dominierten eurasischen Gemeinschaft verknüpft.⁵² Dies wiederum diene dem Schutz kleinerer Völker vor der kolonialistischen Bedrohung Amerikas. Die Allianz von Staaten und Ethnien Europas und Asiens belegt, daß die Ideologie der NBP zwar nicht ethnisch exklusiv ist, wohl aber rassistisch. Denn das wesentliche Motiv für den Schulterschluß mit slawischen, arabischen und germano-romanischen Völkern ist nicht einem universellem Internationalismus geschuldet, sondern in erster Linie dem gemeinsamen Kampf gegen den Klassenfeind. In dessen Zentrum steht einmal mehr das „internationale Judentum“. Die rechts-linksextreme Fusion zeigt sich deutlich am Antisemitismus. Einerseits wird das Judentum als mindere, lebensunwerte Rasse gesehen. Sie würde betrügen, stehlen und

49 Vgl. Walter Meyer/Christian Neef, Rußlands Energie. Rückkehr zur Weltmacht, in: Der Spiegel vom 10. Juli 2006, S. 84.

50 Bericht des Russischen Innenministeriums, zitiert nach Andreas Umland, Der russische Rechtsextremismus nach den Wahlen 2003-2004. Bestandsaufnahme und Perspektiven, in: Rußlandanalysen Nr. 23/2004, S. 1-4, hier S. 2.

51 In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß nicht die sowjetrussische, sondern die deutsche Vorlage des Nationalbolschewismus den größten Einfluß auf die NBP-Ideologie ausübt. Die Oktoberrevolution wird darin nicht als Abschaffung der Nation, sondern als nationale Wiedergeburt verstanden. Deutschland und Rußland sollen nach dieser Konzeption ein gemeinsames Bündnis der proletarischen Nationen gegen den imperialistischen Westen bilden; Vgl. Louis Dupeux, Nationalbolschewismus in Deutschland 1919-1933, München 1985.

52 Siehe hierzu im Einzelnen: Alexandr Dugin, Osnovy geopolitiki. Geopolitičeskoe buduščee Rossij, Moskau 1997.

Krankheiten übertragen, womit sich die NBP-Position kaum von der nationalsozialistischen Rassenlehre unterscheidet. Andererseits betrachten die NBPlers das Judentum als Speerspitze des natürlichen Klassenfeindes, dessen Absicht sei, die russischen Kultur- und Ressourcenreichtümer zu plündern und das Land in eine Kolonie zu verwandeln.⁵³ Die NBP folgt argumentativ dem linkstotalitären Vorbild der Stalinzeit, als hunderttausende Juden als – angebliche – Verräter des Kommunismus in den Gulags ermordet wurden.⁵⁴ Die Wirtschaftsvorstellungen sind ethnisch exklusiv wie linksextrem. Die Kollektivierung der Wirtschaft soll ausschließlich dem russischen Volk dienen, jede Form von Exporten sei einzustellen. Die Rechts-Links-Verbindung wird zudem augenscheinlich in der Symbolik der Partei: Die Mehrzahl ihrer Mitglieder sind Skinheads, welche die rotweiße Armbinde des deutschen Nationalsozialismus tragen, in deren Mitte sich die Sowjetzeichen Hammer und Sichel befinden.

Obwohl Alexandr Dugin Ende der 1990er Jahre auf Distanz zur Nationalbolschewistischen Partei ging, muß aus zweierlei Gründen auf seine Person eingegangen werden. Zum einen gehört er inzwischen zu den einflußreichsten Polittheoretikern der Russischen Föderation und ist Vordenker wie Mitgestalter russischer Realpolitik. Zum anderen gelangte die Ideologie des Neoeurasismus erst durch ihn in den russischen Mainstream- und Elitendiskurs. Das Gedankengut der NBP ist somit nicht mehr nur am Rand der Gesellschaft zu finden, sondern bestimmt mittlerweile in (abgeschwächter) Form die Meinungsbildung aller gesellschaftlichen Milieus. Aus der Lossagung von der NBP einerseits und einer tatsächlich, fortgesetzten Integration des Nationalbolschewismus auf der großen russischen Politikbühne andererseits läßt sich die wohlkalkulierte Doppelstrategie Dugins erkennen. Gegenüber dem politischen Establishment scheint sein Weg moderat im Vergleich zu dem seiner ehemaligen Parteigenossen. Der NBP und ihrem subkulturellen Umfeld bleibt er durch die Vernetzung extremistischer Kreise mit einflußreichen etablierten Zirkeln indirekt erhalten. Außerdem bedeutet die Aufnahme eurasischer bzw. nationalbolschewistischer Ideen in den Mainstreamdiskurs für die NBP nicht nur Gehör und Öffentlichkeit, sondern auch die Verfestigung ihres antidemokratischen Denkens in der Mitte der russischen Gesellschaft. Aus dieser Strategie ergibt sich zwangsläufig auch eine doppelte Gefahr: Nicht nur die Extremisten nähern sich dem politischen und gesellschaftlichen Zentrum an, sondern auch die politische Mitte rückt weiter an die antidemokratischen Ränder. Wie weit der Einfluß von Alexandr Dugin und der Anhänger seiner eurasischen Gesinnung vorgeschritten ist, belegt die Anzahl und die Resonanz seiner Publikationen.⁵⁵ Seit Ende der 1990er Jahre ist er regelmäßiger Gastkommentator der angesehenen Zeitung *Literaturnaja Gaset*a. Sein

53 Vgl. <http://www.nagir.de> (21. Juni 2006).

54 Vgl. Stéphane Courtois u.a. (Hrsg.), *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen, Terror*, München 1998.

55 Einen vollständigen Überblick zum publizistischen Schaffen Alexandr Dugins bietet Umland (FN 2), hier S. 443 f.

1997 verfaßtes und wohl wichtigstes Buch „Grundlagen der Geopolitik“ ist inzwischen Lehrbuch und Standardwerk an vielen russischen Universitäten. Dugin, Sprachrohr der antiwestlichen und antiliberalen Strömungen, gilt mittlerweile als einer der einflußreichsten Politologen Rußlands mit fast täglicher Medienpräsenz. In einem im Winter 2006 unkommentiert abgedruckten Interview mit *Literaturnaja Gaseta* fordert er offen die Bestrafung der „Gegner Rußlands“ und meint damit die „Reformer, Demokraten, Kapitalisten, Menschenrechtler, Liberalen, Andersgläubigen und Ausländer“.⁵⁶ Das Beispiel unterstreicht den weitgediehenen Eingang extremistischen Gedankengutes des sogenannten Neo-Nationalbolschewismus in Zivilgesellschaft, Medien, Politik und Geisteswissenschaften.⁵⁷

2. Würdigung

Trotz der relativen Stärke von extremistischen Parteien im russischen Parlament scheinen deren Aussichten zur Machtergreifung auf institutionellem Weg aus zweierlei Gründen gering. Zum einen besetzt Vladimir Putin und dessen parlamentarische Zweigstelle *Ejedina* (Einheit) genau jene Themen von Renationalisierung und sozialer Gerechtigkeit, mit denen noch während der Ära Jelzin KPRF und LDPR ihre größten Wahlerfolge gefeiert hatten. Der Präsident ist nach wie vor unangefochten beliebtester Politiker im Land, besitzt in der Duma eine Zwei-Drittel-Mehrheit und erreichte bei den Präsidentschaftswahlen 2004 das Rekordergebnis von 71,3 Prozent.⁵⁸ Zum anderen ist es mittlerweile unzweifelhaft, daß der vorgeschriebene Machtwechsel im Kreml und die Neubesetzung der Duma 2007/2008 nicht als das Ergebnis eines fairen Parteienwettstreits enden werden. Politische Partizipation, Meinungs- und Pressefreiheit sowie Zugangsmöglichkeiten zur Öffentlichkeit sind mittlerweile derart eingeschränkt, daß in Rußland allenfalls von einer gelenkten oder defekten Demokratie gesprochen werden kann.

Interessanter, aber auch beunruhigender als der Ausblick auf die nächsten Wahltermine scheint die gegenseitige Annäherung von demokratischen und antidemokratischen Vorstellungen und damit das Vordringen extremistischer Positionen in das politische Establishment. Der Kreml befindet sich mehr und mehr auf einem antiwestlichen, national betonten Kurs. Auch die extremistischen Parteien und ihre Protagonisten neigen zu einem weniger extremen, vielmehr national-populistischem Weg. Daß damit die gewaltbereiten Jugendbewegungen im Sog ihrer politischen Sammelbecken näher an die Mitte der russischen Gesellschaft rücken, ist ein unangenehmer Nebeneffekt.

⁵⁶ Alexandr Dugin, Interview mit *Literaturnaja Gaseta* vom 20. Januar 2006, S. 12.

⁵⁷ Vgl. Phillip Ingold, Patriotisches Krisenmanagement. Thesen und Debatten um den russischen Sonderweg, in: *Neue Züricher Zeitung* vom 24. Februar 2006, S. 7.

⁵⁸ Vgl. Sawka (FN 4), S. 388.

Zwar distanzieren sich die drei extremistischen Parteien im Parlament von extremistischen Skinheadgruppierungen – der gesellschaftliche Nährboden für jene Bewegungen ist gleichwohl äußerst fruchtbar. Kaum ein Russe würde sich als unpatriotisch bezeichnen. Unter dem Deckmantel des Patriotismusbegriffs werden somit unverhüllt extremistische Positionen artikuliert, die weit über das Normalmaß an Nationalstolz hinausgehen. Diese „Patriotismusfalle“ – als antirussisch zu gelten, wenn man solche Positionen nicht teilt – können extremistische Ideologen spielend ausnutzen. Es vereint all jene, die dem verlorenen Großmachtstatus des Sowjetimperiums nachtrauern mit denen, welche die Verantwortung für die Verarmung großer Teile der russischen Bevölkerung im Modell des westlichen Liberalismus sehen und deshalb einen russisch-autoritären Sonderweg wünschen. Besonders auffällig sind die Entwicklungen in der extremistischen Intellektuellenszene. Ähnlich wie bei der parteipolitischen Mixtur aus rechts- und linksextremen Positionen vereint der „neue Patriotismus“ die unterschiedlichsten intellektuellen Milieus. Ob Altstalinisten, Nationalbolschewiken, Slawophile, Nationalisten, bis hin zu Teilen der russischen Orthodoxie – mit bemerkenswerter Einstimmigkeit versammeln sich verschiedenste antiamerikanische, antisemitische, antiliberale, schlicht alle antidemokratischen Kräfte. Somit gewinnen nationalpatriotische Haltungen in Kultur, Publizistik und Geisteswissenschaft zunehmend an Bedeutung, was der ohnehin bedenklichen politischen Kultur Rußlands in Sachen Demokratiefeindschaft und Fremdenfeindlichkeit zusätzlich Auftrieb geben dürfte.

3. Literatur

Eine angemessene wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Problematik von Extremismus und Demokratie in Rußland ist seit dem Ende des Kommunismus nicht erfolgt – es liegt keine Arbeit auf Grundlage des normativen Extremismuskonzepts für das flächengrößte Land der Erde vor. Gleichwohl bedeutet dies nicht, daß antidemokratische Parteien und Bewegungen in Rußland gänzlich unbeachtet geblieben sind. Lediglich bei der Untersuchung rechtsextremer Kräfte wurde bisher mit dem Terminus Extremismus gearbeitet, eine (tendenziell) linksextreme Gruppierung hingegen zumeist im Kontext von Kommunismus- und Transformationsforschung analysiert.

Die Betrachtung der einschlägigen Literatur in Rußland offenbart zwei Auffälligkeiten: Zum einen existiert ein deutliches Übergewicht an Arbeiten zum Rechtsextremismus und russischen Nationalismus⁵⁹ gegenüber linksextremen Erscheinun-

59 Siehe hierzu Oschlies (FN 1); Hirschler/Lange (FN 1); Eichwede (FN 1); Umland (FN 48); Orlov (FN 47); Robert W. Orttung: The Russian Right and the Dilemmas of Party Organisation, in: *Sovjet Studies*, 44 (1992), S. 445-478; Walter Laqueur, *Der Schoß ist fruchtbar noch. Der militante Nationalismus der russischen Rechten*, München 1993; Eberhard Schneider, *Rechtsextremismus in Rußland*, Bericht des BIOst, Köln 1995; Vera Tolz, *The Radical Right in Post-Communist Russian Politics*, in: Peter H. Merk/Leon Weinberg (Hrsg.), *The Revival of Right-Wing Extremism in the Nineties*, Lon-

gen⁶⁰. Zum anderen folgte der Flut an Veröffentlichungen Anfang und Mitte der 1990er Jahre ein regelrechtes Desinteresse am Untersuchungsobjekt Extremismus in den vergangenen zehn Jahren. Es ist ein Paradoxon, daß in dem Maße, wie sich die demokratische Verfaßtheit Rußlands verschlechtert, die Anzahl an Publikationen zu extremistischen Kräften abnimmt. Zu den nennenswerten Ausnahmen in deutscher Sprache zählen die bereits erwähnten Beiträge von Andreas Umland und Markus Mathyl.⁶¹ An neueren englischsprachigen Publikationen sind die Arbeiten von Thomas Parland und Stephen D. Shenfield zu nennen.⁶² Alle Veröffentlichungen konzentrieren sich jedoch auf die rechtsextremen bzw. nationalistischen Aspekte antidemokratischer Kräfte. Linksextreme Erscheinungen werden nur dann betrachtet, wenn aufgrund von rechts- und linksextremen Durchmischungen diese für die Rechtsextremismusforschung relevant werden. Terminologische und typologische Unsauberkeiten sind programmiert.

Unerläßliches Quellenmaterial bei der Bearbeitung des russischen Extremismus sind die Selbstdarstellungen der Parteien und ihrer Protagonisten. Von den Vorsitzenden der LDPR, NBP und RNE liegen Veröffentlichungen vor, in denen sie die ideologischen und programmatischen Leitlinien ihrer Politik wiedergeben.⁶³ Von Alexandr Dugin, dem Chefideologen der Neuen Rechten in Rußland, existiert eine Legion von Büchern und Aufsätzen.⁶⁴

Die Verwendung russischer Literatur ist aus zweierlei Gründen problematisch. Extremismus ist in Rußland weniger eine politische Kategorie zur Überprüfung des Verhältnisses von Demokratie und Extremismus, sondern vielmehr Kampfbegriff für politische Gegner und unliebsame Einstellungen. Es herrscht kein Konsens darüber, was auf Grundlage welcher Kriterien als extremistisch oder nicht zu bezeichnen ist. Weiterhin ist der Extremismusbegriff im defekt-demokratischen System Rußlands mittlerweile zum Instrumentarium der Präsidialverwaltung und dem Kreml nahestehender Medien und Institute geworden, politische Gegner willkürlich vom Parteienwettbewerb aus-

don 1997, S. 177-202; A. James Gregor, Facism and the New Russian Nationalism, in: Communist and Post-Communist Studies, 1/1998, S. 1-15; Mischka Gabowitsch, Der russische „Nationalpatriotismus“ der Gegenwart und sein Verhältnis zum Kommunismus, in: Uwe Backes (Hrsg.), Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln, Weimar, Wien 2003.

60 Einen Überblick zu den linksextremen bzw. kommunistischen Parteien Rußlands bieten: Ostrogorski (FN 2); Timmermann (FN 2); Hashim (FN 2); Geir Flikke, Patriotic Left-Centrism: The Zigzags of the Communist Party of the Russian Federation, in: Europe-Asia Studies, 2/1999, S. 275-298; Richard Sakwa, The Russian KRPf. The powerlessness of the powerful, in: András Bozóki/John T. Ishiyama (Hrsg.), The communist successor parties of central and eastern Europe, New York/London 2002. Luke March, The Communist Party in post-Sovjet Russia, Manchester/New York 2002.

61 Siehe Mathyl (FN 3); Umland (FN 3).

62 Siehe Shenfield (FN 3); Thomas Parland (FN 3).

63 Siehe hierzu Vladimir Žirinovskij: Poslednij broсок na jug [Der letzte Zug nach Süden], Moskau 1993; Eduard Limonov: Ja Eddi [Ich bin Eddi], Moskau 1995; Aleksandr Barkašov, Azbuka Russkogo Nacionalista [ABC der russischen Nationalisten], Moskau 1994.

64 Siehe ausführlich zum Schaffen von Alexandr Dugin: Umland (FN 3).

Länderporträt: Rußland

zuschließen, statt nach dem Maßstab der Verfassungsfeindlichkeit zu urteilen. Die Einschätzungen der einschlägigen russischen Literatur sind daher mit gebotener Vorsicht zu behandeln.⁶⁵

65 Siehe im Einzelnen die relevanten Arbeiten in russischer Sprache: Aleksandr Verchovskij/Anatolij Papp/Vladimir Pribylovskij, *Političeskij ékstreizm v Rossij* [Politischer Extremismus in Rußland], Moskau 1996; Aleksandr Verchovskij/Vladimir Pribylovskij/Ekatarina Michajlovskaja, *Nacionalism i ksenofobija v rossijskom obščestve* [Nationalismus und Xenophobie in der russischen Gesellschaft], Moskau 1998; dies., *Političeskaja ksenofobija. Radikalnye gruppy. Predstavleniya liderov* [Politische Xenophobie. Radikale Gruppen, Vorstellungen der Führer], Moskau 1999.

Zeitschriftenporträt: Deutsche Geschichte

Von Elmar Vieregge

1. Darstellung

Eines der wichtigsten Themengebiete des rechtsextremistischen Publikationswesens ist die Beschäftigung mit der deutschen Geschichte. Dabei gehen Verleger und Autoren in der Regel davon aus, daß die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges die Geschichte, vor allem im Hinblick auf das Dritte Reich, umgedeutet haben, um die geistigen Grundlagen für eine ihnen genehme Nachkriegsordnung zu schaffen. Auf der Überzeugung fußend, daß in der Bundesrepublik Deutschland diese einseitige Betrachtung der nationalen Historie bis heute zur Legitimierung der politischen Verhältnisse weiterbetrieben wird, bemühen sie sich um eine alternative Bewertung der Vergangenheit, um der von ihnen abgelehnten Gegenwart einen Gegenentwurf vorzuhalten. Vor diesem Hintergrund veröffentlichen sie regelmäßig Bücher, die den nationalsozialistischen Staat in einem positiven Licht erscheinen lassen. Darüber hinaus erscheinen Zeitschriften, die historische Betrachtungen mit politischen Anschauungen verknüpfen. Zu diesen gehört die Zeitschrift *Deutsche Geschichte* (DG).

Sie ist ein Erzeugnis des *Druffel & Vowinckel-Verlages*, der zu der in Bayern beheimateten *Verlagsgesellschaft Berg* gehört, einem 1991 entstandenen Zusammenschluß dreier Publikationsstätten, die eine über mehrere Jahrzehnte reichende Existenz vorweisen können. Die bedeutendste ist der 1952 vom ehemaligen stellvertretenden Pressechef der nationalsozialistischen Reichsregierung, Helmut Sündermann, gegründete *Druffel-Verlag*.¹ Nach Sündermanns Tod 1972 trat sein Schwiegersohn Gert Sudholt das publizistische Erbe an und vereinigte den Betrieb mit dem bereits in den zwanziger Jahren entstandenen *Vowinckel-* und dem seit 1949 bestehenden *Türmer-Verlag*.² Das wichtigste Betätigungsfeld der VGB ist bis heute die Veröffentlichung von Büchern über aktuelle politische Entwicklungen oder zeitgeschichtliche Ereignisse. Darüber hinaus bietet sie seit 2001 einmal jährlich sogenannte *Erlebniswochenenden Geschichte* an, auf denen die Autoren des Verlages ihre Arbeiten vorstellen. Dem Unternehmen ist mit der auch als *Scharnhorst-Buchkameradschaft* auftretenden *Versandbuchhandlung Linda Sudholt* ein Vertrieb und mit den *Türmer Kulturreisen Linda Sudholt* ein Reise-

1 Vgl. Helmut Sündermann, *Mut zur Wahrheit. Beiträge zur Geschichte unserer Zeit*, Leoni 1981, Innen-seite des vorderen Umschlagblattes.

2 Vgl. Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*, Opladen 2002, S. 459-461.

veranstalter angegliedert. Im Internet ist es mit einer Seite präsent, über die es seine Produkte verbreitet.³

Die *Deutsche Geschichte*⁴ erschien erstmalig 1990. Das zu Beginn in unregelmäßiger Folge herausgegebene Heft konnte sich auf dem Zeitschriftenmarkt derart gut etablieren, daß es sich zu einer Vierteljahresschrift entwickelte und seit 1995 mit sechs Ausgaben pro Kalenderjahr erscheint. Im Laufe der Zeit modernisierte die *Deutsche Geschichte* ihr Erscheinungsbild zwar in mehreren Schritten, ist jedoch nach anderthalb Jahrzehnten ihrer Existenz noch immer als die Schrift erkennbar, die im Jahr der Wiedervereinigung ins Leben gerufen wurde. Die Publikation erhielt 1997 den Untertitel *Zeitschrift für historisches Wissen*, der sich fünf Jahre später in *Europa und die Welt* änderte. Der Umfang der meisten Ausgaben variierte in den ersten Jahren zwischen 50 und 90 Seiten, pendelte sich 1997 auf 82 ein und beträgt seit Ende 2000 in der Regel 68 Seiten. Die im Format DIN A4 erscheinende *Deutsche Geschichte* erschien fünfzehn Jahre lang mit einem farbigen Titelblatt, das jeweils ein einziges Bild zeigte, während sich die mit Schwarzweißfotos ausgestatteten Texte des Innenteils mit einem nüchternen Layout präsentierten. 2005 erfuhr das Erscheinungsbild stärkere Veränderungen. Seitdem bestehen die meisten Titelblätter aus Collagen, die der Publikation in Verbindung mit den abgedruckten Überschriften einzelner Artikel sowie gelegentlich angebrachten kleineren Fotos das Äußere einer Illustrierten geben. Zum Jahresende frischen die Verantwortlichen das Heftinnere durch eine großzügige Ausstattung mit Bildern sowie eine optische Neugestaltung der Texte auf.

Als Herausgeber und Verantwortlicher für den Inhalt ist Gert Sudholt die für die Entwicklung der Zeitschrift entscheidende Person. Zu seinen engsten Mitarbeitern zählten die verschiedenen, ab Ende 1994 im Impressum genannten Redaktionschefs. Damals trat der Historiker Andreas Molau in die Redaktion ein.⁵ Anfang 1997 übernahm Frank Bauer die Leitung. Im Herbst 2000 hieß der Chefredakteur Jürgen Gansel, den anderthalb Jahre später Hans Meiser ablöste. Seit der zweiten Ausgabe aus 2003 führt das Impressum diese Position nicht mehr auf und beschränkt sich auf die Vorstellung

3 Vgl. www.sudholt.de, eingesehen am 24. Januar 2006. Die auf der Webseite befindliche Rubrik „Zeitschrift DG“ dient lediglich dem Vertrieb und enthält keine Informationen über Werdegänge wichtiger Mitarbeiter oder Auflagenzahlen.

4 Die Heftreihe hat mehrmals die Form ihrer Datierung gewechselt. Bis zur ersten Ausgabe des Jahres 1994 wurde auf der Titelseite jeweils der Jahrgang sowie mit arabischen Ziffern die jeweilige Ausgabe genannt, zum Beispiel: 1/1994. Danach stellte der Herausgeber auf lateinische Ziffern in fortlaufender Reihenfolge um, wobei er zunächst nicht das Erscheinungsjahr angab. In diesen Fällen wird in den Fußnoten die sich aus dem Heftinhalt ergebende ungefähre Veröffentlichungszeit in Klammern genannt. Für das nach der Ausgabe 1/1994 publizierte, insgesamt zwölfte Heft ist dies: XII (Frühjahr 1994). Ab Nummer XXXVI wurden nach der lateinischen Ziffer Datierungen angegeben. Seit dem Heft 50 erhielten die Titelseiten arabische Zahlen; während die Erscheinungszeiten bis zum Frühjahr 2002 im Impressum standen. Von 2004 an findet sich auf dem Titelblatt lediglich der Jahrgang in Kombination mit der Nummer der jeweiligen in diesem Jahr erschienenen Ausgabe, derweilen das Impressum die fortlaufende Ziffer und den Erscheinungsmonat aufführt.

5 DG, Nr. XV (Ende 1994), S. 3.

eines Beirates der Redaktion. Diesem gehörten im Verlauf der Zeit verschiedene Autoren an, darunter Karl Richter.⁶ Obwohl sich über die Jahre eine große Zahl unterschiedlicher Personen engagierte, fielen einige durch ein großes Engagement oder durch einen gewissen Bekanntheitsgrad auf. In den ersten Jahren fanden sich regelmäßig Artikel von Franz Kurowski und Nikolaus von Preradovich. Zu Sudholts Stammautoren zählte auch der 1996 verstorbene Gustav Sichelschmidt, dessen Texte noch nach seinem Ableben abgedruckt wurden.

Der Inhalt der DG besteht bis heute zum größten Teil aus Aufsätzen. Daneben finden sich Würdigungen historischer Jahrestage oder bedeutender Personen sowie Buchbesprechungen. In den ersten Jahren widmeten sich die Hefte jeweils einem zentralen Thema, mehrere mit dem von Rechtsextremisten besonders beachteten NS-Staat. Andererseits behandelten viele das 19. Jahrhundert, insbesondere das 1871 gegründete Kaiserreich. Bei der zuerst genannten Gruppe traten Anzeichen für einen rechtsextremistischen Hintergrund zuweilen bereits auf den Frontseiten hervor, die Überschriften enthielten wie „Oder-Neiße. Verzicht bleibt Verrat!“ und „22. Juni 1941: Hitlers Präventivschlag“.⁷ Die anderen Hefte, etwa über die Insel Helgoland oder die ehemaligen deutschen Kolonien, erweckten hingegen auf den ersten Blick den Eindruck, als beschränkten sie sich auf die Darstellung historischer Ereignisse. Sie enthielten jedoch mehrmals einzelne Artikel oder zumindest Passagen, die über das zentrale Thema hinausgriffen und zum Dritten Reich oder zur Bundesrepublik Deutschland Stellung nahmen. Das geschah etwa in einem Beitrag Gustav Sichelschmidts, den er für die Debütausgabe (Thema: Otto von Bismarck) beisteuerte. In einem Artikel über den Politiker wies er auf die gegenwärtige Gesellschaft hin und sprach von einem „himmelschreiende[n] Nationalmasochismus“ und „Unterwerfungsbedürfnis der Deutschen unserer Tage.“⁸

1994 änderte sich die inhaltliche Konzeption etwa zeitgleich mit der Berufung Andreas Molaus zum Redaktionschef. Bereits in der ersten unter seiner Leitung erschienenen Ausgabe wurden die Aussagen moderater, obwohl sie mit der Biographie Erwin Rommels einen Aspekt des Zweiten Weltkrieges zum Thema hatten. Mit Heften über Südtirol, den bayerischen König Ludwig II. oder den Münchener Komponisten Richard Strauss rückte der süddeutsche Kulturraum in den Blickpunkt. In ihnen trat der rechtsextremistische Hintergrund kaum hervor, was Sudholt in die Lage versetzte, bürgerliche Unternehmen als Werbepartner zu gewinnen. Bis zu diesem Zeitpunkt enthielt die *Deutsche Geschichte* fast ausschließlich Werbebotschaften für Publikationen und Dienstleistungen der *Verlagsgesellschaft Berg*. Sie bewarb deren Bücher mit einzelnen Anzeigen oder durch die Beilage von Prospekten. Darüber hinaus fanden sich regelmäßig Werbebotschaften für die *Türmer Kulturreisen* sowie für die Produkte der *Scharn-*

6 Das Impressum führte Richter vom Juli 2002 bis zum Frühjahr 2003 als Mitglied des Redaktionsbeirates auf.

7 DG, Nr. 3-4/1990; Nr. 1/1991.

8 Vgl. Gustav Sichelschmidt, Bismarck und die Deutschen, in: DG, Nr. 1/1990, S. 51-54, hier: S. 54.

horst Versandbuchhandlung. In der Rommel gewidmeten Ausgabe warben ein Hersteller für Gesundheitsprodukte, ein Gasthof und ein Hotel-Restaurant.⁹ Die folgenden kulturhistorisch orientierten Hefte enthielten eine Vielzahl von Anzeigen aus Bayern, Österreich und Südtirol, die u.a. Gastronomiebetriebe, Autohäuser oder Finanzdienstleister anpriesen.¹⁰ Zudem nutzten mehrere bayerische Kurverwaltungen, also kommunale Einrichtungen, das Periodikum zur Gewinnung von Gästen.¹¹ Doch auch nachdem der Ton moderater geworden war, fanden sich vereinzelt rechtsextremistische Aussagen. Verantwortlich dafür waren Molau und Sichelschmidt mit kleineren Beiträgen, die nicht zu den Leitthemen paßten. So plazierte der Redaktionschef in der Südtirol gewidmeten Nummer einen Beitrag über die Wiedereingliederung des Saargebietes, in dem er den NS-Staat äußerst positiv darstellte, und Sichelschmidt diffamierte die Bundesrepublik Deutschland in einem Themenheft über den Wiener Kongreß von 1815.¹² Darüber hinaus wurde die zeitweilige Umorientierung von einem thematisch gebundenen Heft durchbrochen, das anlässlich des 50. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges erschien und im militärischen Untergang des Dritten Reiches einen „deutsche[n] Heldenkampf“ sah.¹³ Es blieb nicht lange bei der neuen Ausrichtung, denn bereits 1996 erhielt die Zeitschrift ihren alten Charakter zurück. Rechtsextremistische Aussagen traten wieder deutlich hervor, und der Strom der Anzeigen nicht extremistischer Unternehmen versiegte.

Auch nach der Ablösung des Chefredakteurs Molau durch Bauer (1997) waren die einzelnen Ausgaben der DG Aufsatzsammlungen zu einem Leitthema. Fast alle Hefte berücksichtigten bis Ende 2000 entweder die Geschichte Preußens, Ereignisse des 19. Jahrhunderts oder das untergegangene Kaiserreich. Texte über den nationalsozialistischen Staat bildeten im Vergleich zu den Anfangsjahren keinen Schwerpunkt mehr. Statt dessen stellten die Autoren Bauwerke wie das Schloß Sanssouci und die Potsdamer Garnisonskirche¹⁴ oder Gestalten wie Kaiser Wilhelm I. und Theodor Fontane vor¹⁵ und betrachteten anlässlich von Jahrestagen das „Befreiungsjahr 1813“, „180 Jahre Wartburgfest“, das „Revolutionsjahr 1848“ oder das „Schicksalsjahr 1917“.¹⁶ Sudholt konnte sich dabei auf bewährte Verfasser wie Nikolaus von Preradovich oder

9 Vgl. DG, Nr. XV (Ende 1994), S. 59, 64, 66.

10 Vgl. DG, Nr. XVI (Anfang 1995), S. 34, 36, 61, 64 f.; Nr. XIX (Herbst 1995), S. 2, 7, 12, 16, 23 f., 26 f., 30, 34, 37, 44-46, 48-54, 66, 70, 74, 83 f.; Nr. XX (Ende 1995), S. 2, 5, 16, 19, 32, 34, 38, 51, 54, 56, 80 f., 83 f.

11 Vgl. DG, Nr. XIX (Herbst 1995), S. 14, 46, 84; Nr. XX (Ende 1995), S. 2, 56, 80, 83.

12 Vgl. Andreas Molau, Vor 60 Jahren – Die Saar wird wieder deutsch. Rückblick auf ein fast vergessenes Ereignis, in: DG, Nr. XVI (Anfang 1995), S. 58 f.; Gustav Sichelschmidt, Die Demagogieverfolgung. Eine aktuelle, zeithistorische Untersuchung, in: DG, Nr. XXI (Ende 1995), S. 73-77.

13 DG, Nr. XVIII (Mitte 1995), S. 1.

14 Vgl. DG, Nr. XXVIII (1997); Nr. XXXV (1998).

15 Vgl. DG, Nr. XXIX (1997); Nr. XXXVI vom Mai/Juni 1998.

16 Vgl. DG, Nr. XXXVII vom Juli/August 1998; Nr. XXXI (1997); Nr. XXXIV (1998); Nr. XXX (1997).

Günther Kaufmann verlassen. Mit Claus Nordbruch und den für die weitere Entwicklung der Zeitschrift bedeutenden Karl Richter und Olaf Rose gehörten darüber hinaus Personen zum Kreis der Autoren, die in den folgenden Jahren zu festen Größen der rechtsextremistischen Publizistik werden sollten.¹⁷ Auch wenn die meisten der bis zur Jahrtausendwende abgedruckten Artikel keine dezidiert rechtsextremistischen Aussagen enthielten, verbreiteten einzelne Beiträge, die in keinem Zusammenhang mit dem jeweiligen Leitthema standen, derartige Positionen. So gab es in den Ausgaben über das Wartburgfest oder Kaiser Wilhelm I. Texte, die die demokratische Nachkriegsordnung als seelenlose Zeit beschrieben.¹⁸ Andere Nummern enthielten Rechtfertigungen des deutschen Luftangriffs auf die spanische Stadt Guernica (1937) oder begrüßten die Jugendpolitik der Nationalsozialisten.¹⁹ Diese Linie behielten die Hefte zwischen 2000 und 2002 bei. Neben Ausgaben, in denen pauschal Kriegsverbrechen der Wehrmacht geleugnet oder der Angriff auf die UdSSR als Präventivschlag dargestellt wurden,²⁰ hatte ein Heft als Schwerpunkt Kaiser Karl den Großen, gleichwohl hieß es in einem knappen Artikel, die gegen Ende des Zweiten Weltkrieges an der deutschen Minderheit in Jugoslawien verübten Massenmorde seien ein „Holocaust an den Deutschen“.²¹

Im Sommer 2002 kam es zu einer bedeutenden Veränderung, nachdem die *Verlags-gesellschaft Berg* das ebenfalls von ihr herausgegebene politische Magazin *Opposition* einstellte und es in die *Deutsche Geschichte* eingliederte. Laut einer „Hausmitteilung“ wurden „die politische Zeitschrift und die historische vereinigt, um die Kräfte zu bündeln.“²² Auf personeller Ebene führte dies zum Eintritt des Chefredakteurs der *Opposition*, Karl Richter, in den Redaktionsbeirat der DG.²³ In der Folgezeit änderte sich die inhaltliche Ausrichtung. Themen des 19. Jahrhunderts fanden weniger häufig Beachtung, so daß einer der beiden traditionellen Themenschwerpunkte an Bedeutung verlor. Andererseits wurde mit dem Dritten Reich der zweite Schwerpunkt häufiger betrachtet, und mit gelegentlichen Berichten über die aktuellen politischen Entwicklungen in der

17 Vgl. Claus Nordbruch, Internationale Historikerkonferenz anläßlich des 100. Jahrestages des Zweiten Anglo-Burenkrieges (1899-1902) in Südafrika, in: DG, Nr. XXXXVI vom Januar/Februar 2000, S. 74 f.; Karl Richter, Ein Komponist als Revolutionär. Richard Wagner und der Dresdener Aufstand, in: DG, Nr. XXXIV (1998), S. 20-24; Olaf Rose, Freischaren – Freikorps – Freiwillige Jäger. Die preußische Volkserhebung 1813, in: DG, Nr. XXXVII vom Juli/August 1998, S. 56-62.

18 Helmut Camphausen, Preußen – der verbotene Staat, in: DG, Nr. XXXI (Frühjahr 1997), S. 64-69; ohne Autorennennung, Nachruf auf Gustav Sichelschmidt, in: DG, Nr. XXIX (1997), S. 57 f.

19 Vgl. Ohne Autorennennung, Guernica 1937 – Legende und Wirklichkeit, in: DG, Nr. XXX (1997), S. 76-80; Günther Kaufmann, Zwei Reichsjugendführer. ... auf getrennten Wegen in die deutsche Geschichte – Nach Axmanns Tod, in: DG, Nr. XXIX (1997), S. 61-67.

20 Vgl. DG, Nr. 50 vom September/Oktober 2000; Nr. 54 vom Mai/Juni 2001.

21 Ohne Autorennennung, Totgeschwiegener Holocaust an den Deutschen, in: DG, Nr. 51 vom November/Dezember 2000, S. 47.

22 Vgl. Hausmitteilung, in: DG, Nr. 59 vom Juli 2002, S. 5.

23 Vgl. ebd., S. 4.

Bundesrepublik widmete sich die Zeitschrift einem bislang vor allem von der *Opposition* bearbeiteten Gebiet. Die Hefte ab Herbst 2002 zeichneten ein positives Bild des Dritten Reiches, indem sie tatsächliche oder vermeintliche Errungenschaften in den Bereichen Kunst, Wirtschaft und Wissenschaft herausstellten, um das NS-System generell zu begrüßen.²⁴ Bei der selektiven Betrachtung des Zweiten Weltkrieges wurde das den Deutschen durch den Bombenkrieg oder die Internierung von Wehrmachtsangehörigen und Zivilisten zugefügte Leid hervorgehoben.²⁵ Unter den damaligen Autoren zeigten Kurowski und von Preradovich sowie der Redaktionsleiter Hans Meiser ein besonders starkes Engagement. Zudem fielen Claus Nordbruch und Hauke Nanninga durch eine gewisse Verherrlichung des NS-Regimes und eine vehemente Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland auf.

Ab 2005 erfolgte eine weitere Konzentration auf die Zeit von 1933 bis 1945, wobei Beiträge über die anglo-amerikanische Luftkriegsführung sowie die als Verbrecher dargestellten Staatschefs Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill dominierten. Die Autorenschaft prägten Olaf Rose und Hans Meiser, zu denen mit Walter Post ein Zweiter Weltkrieg-Historiker stieß.²⁶

2. Würdigung

Um zu einer angemessenen Bewertung der Zeitschrift zu gelangen, bietet sich eine Untersuchung anhand dreier Aspekte an. Dazu gehört zunächst die Betrachtung der für die Gestaltung der Zeitschrift wichtigen Personen, da sich aus deren biographischen Hintergründen und politischen Aktivitäten Hinweise auf die Ausrichtung der DG ergeben. Mit der Analyse der Textbeiträge kommt einem weiteren Bereich eine zentrale Bedeutung zu. So offenbart sich dadurch die hinter der publizistischen Arbeit stehende Motivation der Verantwortlichen. Aufgrund der Vielzahl der veröffentlichten Texte erfolgt die Analyse anhand von Themen, die für Rechtsextremisten ein besonderes Gewicht besitzen: der NS-Staat, der Zweite Weltkrieg, die USA und die Bundesrepublik Deutschland. Nach der Analyse des Inhalts folgt eine Einordnung des Periodikums.

Zu den maßgeblichen Personen gehören neben dem Herausgeber in erster Linie die Redaktionsleiter und der Redaktionsbeirat. Aus dem Kreis der Verfasser sind vor allem die die Zeitschrift prägenden Stammautoren sowie Verfasser von Bedeutung, die allein durch ihren Namen die Aufmerksamkeit der Leser erzeugen können. Die für die *Deutsche Geschichte* wichtigste Person ist Gert Sudholt, da sich seine Funktion nicht auf die

24 Vgl. DG, Nr. 60 vom August/September 2002; Nr. 61 vom November 2002.

25 Vgl. DG, Nr. 62/63 vom Januar/Februar 2003; Nr. 68 vom Dezember 2003.

26 Vgl. Walter Post, „Wir werden noch eine Million töten“. Dresden 1945, in: DG, Nr. 75 vom Februar 2005 (1/2005), S. 18-28; ders., Die Opfer von Dresden, in: DG, Nr. 77 vom Juni 2005 (3/2005), S. 31-39; ders., Zur Geschichte der deutschen Atombombe, in: Ebd., S. 62; ders., Die deutschen Atomwaffentests 1945 in Thüringen, in: DG, Nr. 78 vom August 2005 (4/2005), S. 20-31.

eines Verlegers beschränkt, der sein publizistisches Projekt in die Hände seiner Mitarbeiter legt, sondern deshalb, weil er zugleich Herausgeber und Verantwortlicher ist und eigene Texte veröffentlicht. Die Ausrichtung des historischen Magazins ist deshalb auch Ausdruck seiner persönlichen Einstellungen. Hinweise auf diese ergaben sich aus einem 2002 der *National-Zeitung* (NZ), dem Organ der *Deutschen Volksunion* (DVU), gegebenen Interview.²⁷ Darin stellte Sudholt ein von ihm herausgegebenes Buch vor, das eine umfangreiche Liste der von den USA gegen Ende des Zweiten Weltkrieges als mutmaßliche Kriegsverbrecher gesuchten Personen enthielt.²⁸ Er vertrat die Ansicht, daß es sich bei den gesuchten Nationalsozialisten zum Großteil um Unschuldige gehandelt habe; die US-amerikanischen Dienststellen verfolgten unrechtmäßig unschuldige Deutsche. Dabei erwähnte er einen Bezug zu seiner Familie. Die Namen seines Vaters, seiner Großmutter und seines Stiefvaters, des bereits erwähnten ehemaligen stellvertretenden Pressechefs des Dritten Reiches, seien in der Fahndungsliste aufgeführt gewesen. Diese Klage rechtfertigt die Annahme, daß Sudholt, im erheblichen Maß durch seine Familiengeschichte geprägt, die USA als eigentlichen Verursacher von Unheil einschätzt, während er die NS-Diktatur nicht für grundsätzlich kritikwürdig hält. Ein weiterer Punkt stützt diese Annahme: Sudholt trat nicht eigenständig in das Publikationswesen ein, sondern übernahm den *Druffel-Verlag* von seinem Gründer Helmut Sündermann – eben jenem auf der Fahndungsliste aufgeführten vormaligen NS-Funktionär. Dieser hatte nach dem Verlust des herausgehobenen Amtes seine publizistische Tätigkeit in der US-amerikanisch geprägten Nachkriegsgesellschaft weitergeführt und in Sudholt einen verlegerischen Erben gefunden, der bis heute gegen die Bundesrepublik agitiert.

Eine ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie wird auch aus den Werdegängen der engsten Mitarbeiter des Verlegers deutlich, denn es zog mehrere zur *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD). Das betraf mit Andreas Molau und Jürgen Gansel zwei der vier im Impressum der DG genannten Redaktionschefs. Gansel gelangte 2004 nach einer erfolgreichen Landtagswahl für die NPD in den Sächsischen Landtag, bemüht sich seitdem um eine Intellektualisierung der Partei²⁹ und trat in die Redaktion des Parteiblattes *Deutsche Stimme* ein.³⁰ Dabei kooperiert er mit Molau, dem stellvertretenden Chefredakteur dieser Zeitung³¹, und mit dem zeitweiligen DG-Redaktionsbeirat Karl Richter, der zum Leiter des Beraterstabs der sächsischen NPD-Fraktion

27 Vgl. Ohne Nennung des Interviewers, Die „Fahndungsliste“ der Sieger. Interview mit Dr. Gert Sudholt – Herausgeber des neuen „WANTED“-I-Buches, in: NZ, Nr. 47 vom 15. November 2002, S. 4.

28 Gert Sudholt (Hrsg.), WANTED! Die Fahndungsliste der US-Amerikaner 1945. Die Deutschen im Visier der Sieger, Stegen 2002.

29 Vgl. www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_startseiten/juergen_gansel.html, eingesehen am 23. Januar 2006. Siehe auch Eckhard Jesse, Dokumentation 2005, in diesem Band.

30 DS, Nr. 3/2006, Impressum, elektronisch veröffentlicht unter: www.deutsche-stimme.de/Sites/Impressum-neu.html, eingesehen am 27. März 2006.

31 Ebd.

avancierte.³² Sie alle brachten ihre unter Sudholts Ägide gemachten publizistischen Erfahrungen in die Parteiarbeit ein.

Unter den Mitgliedern des Redaktionsbeirates fiel Ende 2005 die Herausstellung akademischer Titel im Impressum auf, denn mit Yves Caron, W. Daschitschew und Hansjoachim Koch wurde die Hälfte des Beirates als Professoren ausgewiesen. Sie dienten der Zeitschrift vor allem durch die Reputation ihrer Titel, um die *Deutsche Geschichte* als seriös erscheinen zu lassen. Sichtbarere Aktivitäten entfaltete hingegen die zweite Hälfte des Gremiums mit Hans Meiser sowie Andreas Molau und Olaf Rose. Von diesen stellte nicht nur Molau durch sein gleichzeitiges Engagement einen Bezug zur NPD her, sondern auch Rose, indem er diese im März 2005 durch einen Vortrag auf dem *Freiheitlichen Kongreß des Deutsche Stimme Verlages* unterstützte.³³ Während somit bis heute ein Teil des Beirats vor allem als Aushängeschild dient, verbindet ein anderer die DG mit einer rechtsextremistischen Partei.

Aus dem Kreis der Artikelschreiber stechen die Stammautoren hervor. Daneben sind für die Beurteilung der Ausrichtung des Magazins vor allem jene Verfasser von Interesse, die bekannte Vertreter des deutschen Rechtsextremismus sind. Zu den Stammautoren gehörten Personen, die Bücher bei der *Verlagsgesellschaft Berg* veröffentlichten und in ihren Artikeln hauptsächlich Ereignisse vor 1933 oder den Zweiten Weltkrieg aus einer militärgeschichtlichen Perspektive betrachteten. Zu diesen zählten Franz Kurovski oder Nikolaus von Preradovich, deren Beiträge geeignet sind, demokratisch eingestellte Leser nicht sofort durch die offene Propagierung rechtsextremistischer Positionen abzuschrecken. Neben ihren Artikeln fanden sich auch Arbeiten von Verfassern, die sich durch die Verherrlichung des Dritten Reichs direkt an ein rechtsextremistisches Publikum wandten. Das traf zum Beispiel auf Gustav Sichelschmidt zu. In einem Nachruf manifestierte sich die Sichelschmidt entgegengebrachte Wertschätzung. Zur Charakterisierung des „geistigen Kämpfers“ hieß es: „Er wußte, daß der schlafende Riese, der sich nach 1945 in einen gefügigen Michel verwandelt hatte, nur durch eine mitreißende Sprache und zündende Gedanken aufgeweckt werden könnte. [...] Er empfand den Schmerz über die totale Ver lumpung dieses deutschen Volkes und besonders seiner Elite und trug dennoch tief im Herzen [...] einen naiven Glauben, daß die Pendelschläge der deutschen Geschichte auch einmal wieder zugunsten dieses gebeutelten Volkes ausschlagen würden.“³⁴ Mit diesen Zeilen offenbarte die DG die antidemokratische,

32 Vgl. Ingmar Knop, Nationales Frühlingserwachen. „Deutschland wird leben – Nationaler Aufbruch im 21. Jahrhundert“, in: www.deutsche-stimme.de/Ausgaben2005, eingesehen am 7. März 2006, S. 2. Einen journalistischen Überblick über deren Engagement in der Landtagsfraktion erstellten: Franziska Reich/Dieter Krause, NPD. Bieder, brav und brandgefährlich, erschienen in: Stern, Nr. 5/2005, elektronisch veröffentlicht unter: www.stern.de/politik/535764.html?p=3&nv=pr&pr=1, eingesehen am 23. Januar 2006.

33 Vgl. Ingmar Knop, Nationales Frühlingserwachen. „Deutschland wird leben – Nationaler Aufbruch im 21. Jahrhundert“, in: www.deutsche-stimme.de/Ausgaben2005, eingesehen am 7. März 2006.

34 Ohne Autorennennung, Nachruf auf Gustav Sichelschmidt, in: DG, Nr. XXIX (1997), S. 57 f., hier: S. 57.

vom Nationalsozialismus geprägte Einstellung ihres einstigen Mitarbeiters und machte sich diese durch die Beschreibung seines Wirkens zueigen. Für den Verstorbenen waren die Bemühungen als „geistiger Kämpfer“ lediglich die Fortschreibung seiner vor 1945 ausgeübten Tätigkeit, hatte er sich doch „stark in der Kulturpolitik der NS-Bewegung“ engagiert.³⁵ Eine derartige Kontinuität lag auch bei Günther Kaufmann vor, einem ehemaligen Hitlerjugend-Führer, dessen Erfahrungen in Rechtfertigungen des NS-Regimes einfließen.³⁶ Antidemokratisch ausgerichtet waren ebenso bekannte „Nationaldemokraten“, die sich für die *Deutsche Geschichte* betätigten. Mit Günter Deckert steuerte im Gründungsjahr 1990 ein späterer NPD-Vorsitzender einen Aufsatz bei,³⁷ und mit Adolf von Thadden kam ein ehemaliger Parteichef zu Wort.³⁸ Die DG hat somit seit ihrer Gründungszeit Kontakte zur NPD, die von Gastbeiträgen führender Funktionäre bis zu den Aktivitäten des Redaktionsbeirates Andreas Molau im Rahmen der Intellektualisierungsbemühungen der Partei reichen. Neben den zuletzt genannten haben Jürgen Gansel und Karl Richter im Dienst Gert Sudholts ihre Spuren mit der rechtsextremistischen Interpretation der deutschen Geschichte verdient, um ihre Fähigkeiten später der NPD zur Verfügung zu stellen.

Bei der Auswahl der Themen bilden Artikel mit einem Bezug zum Dritten Reich mittlerweile das wichtigste Gebiet. Der NS-Staat wird im Rahmen einer einseitigen Betrachtung seit jeher positiv gesehen. Ein in den ersten Jahren des Erscheinens der DG abgedruckter Artikel verherrlichte zum Beispiel die Gründer der NSDAP als „nationalgesinnte Männer“, die ihr Land nach dem Ersten Weltkrieg vor den Auswirkungen des Versailler Vertrages und der Bedrohung durch den Kommunismus gerettet hätten, und pries die Entstehung der Partei als „Erfüllung der nationalen Pflicht gegenüber dem Reich und der sozialen Verpflichtung gegenüber dem deutschen Arbeiter.“ Der Verfasser vertrat zudem die Meinung, daß „Hitler [...] ein absolut legitimes Fundament für seine Politik der nationalen Rettung von Volk und Reich hatte.“³⁹ Negative Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft, insbesondere die Verbrechen, verschwieg die *Deutsche Geschichte* in der Regel oder nannte sie nur knapp, um sie in einem weiteren Schritt zu rechtfertigen. Mit dieser Absicht fand der an den europäischen Juden verübte Völkermord keine Beachtung, obwohl es sich dabei um ein zentrales Thema der deutschen Zeitgeschichte handelt. Vom Holocaust war hingegen immer dann die Rede, wenn dieser Begriff auf andere Katastrophen angewandt wurde. So wurden die erfolgte

35 Vgl. ebd., S. 58.

36 Vgl. Günther Kaufmann, Warum wir damals wegschauten ..., in: DG, Nr. XXXXII vom Mai/Juni 1999, S. 70-73, hier: S. 70.

37 Vgl. Günter Deckert, Das Deutschlandbild des „Widerstandes“? Wie „rechtsradikal“ dachten die Verschwörer?, in: DG, Nr. 3/4 1990, S. 52 ff.

38 Vgl. Adolf von Thadden, Ausweitung der Sowjetunion mit Waffengewalt. Stalins Reden im Kreml am 5. Mai 1941, in: DG, Nr. 1/1991, S. 35-42; ders., Hitlers langer Schatten und die deutschen Optionen, in: DG, Nr. XVIII (1995), S. 46-50.

39 Arnulf Neumaier, Wertung und Würdigung. Der 30. Januar 1933 – Eine kritische Zwischenbilanz, in: DG, Nr. 2/1992, S. 49-53, hier: S. 50.

Bombardierung Dresdens als Holocaust⁴⁰ und die von den Kommunisten in der UdSSR verursachten Hungersnöte als „Hungerholocaust“ bezeichnet.⁴¹ Die gleiche Zeitschrift, die die Untaten des NS-Regimes nicht sehen wollte, würdigte andererseits beständig das Dritte Reich, indem sie auf dessen kulturelles Leben⁴² verwies und wirtschafts- sowie sozialpolitische Maßnahmen lobte.⁴³ In diesem Sinn schilderte ein Verfasser die Olympischen Spiele von 1936 als Ausdruck der friedlichen Gesinnung des Ausrichters und griff damit den Tenor der damaligen Propaganda des NS-Regimes auf.⁴⁴ Dieser Artikel war nicht der einzige Fall für die Übernahme von Argumentationsmustern der NS-Propaganda. Ein weiterer Verfasser erklärte das Ereignis, indem er Adolf Hitler als einen Menschen verherrlichte, dessen „Schaffensweise [...] die des echten Künstlers [war], gleichgültig, auf welchem Gebiet er wirken mochte.“⁴⁵ Betrachtet man die zum Dritten Reich erschienenen Texte über einen längeren Zeitraum, offenbart sich eine redaktionelle Linie, die den nationalsozialistischen Staat glorifiziert und für die Gegenwart eine Diffamierung seiner Geschichte behauptet. Ausdrücklich geschah dies etwa durch Andreas Molau, der in einem Artikel beklagte, der Blick auf das nationalsozialistische Deutschland werde heutzutage von „Geschichtsmythen aus der Traumfabrik von Hollywood verdrängt“.⁴⁶ Aufgrund der Nichtberücksichtigung der NS-Verbrechen und der offenen Bewunderung des NS-Staates überrascht es deshalb nicht, daß die Nürnberger Prozesse mehrfach als ungerechtfertigte Willkürmaßnahmen der Sieger zu Lasten der militärisch bezwungenen Gegner galten.⁴⁷

Derartig einseitige Positionen vertraten die Autoren der *Deutschen Geschichte* auch bei der Bewertung des Zweiten Weltkrieges. Wie ein roter Faden zieht sich die vor allem von den Stammautoren getragene Absicht durch die Hefte, die Verantwortung

40 Vgl. Gustav Sichelschmidt, Schicksalsjahr 1945, in: DG, Nr. XVIII (1995), S. 5-9, hier: S. 5.

41 Vgl. Wolfgang Strauss, Sklaverei in der Trudarmija, in: DG, Nr. XVII (1995), S. 23-26, hier: S. 23.

42 Das geschah zum Beispiel bei: Hauke Nanninga, Alltag im Dritten Reich, in: DG, Nr. 60 vom August/September 2002, S. 21-30; Thomas Alstedt, Nicht immer Runen. Wohn- und Lebenskultur im Dritten Reich, in: Ebd., S. 33 f.; ohne Autorennennung, Kunst im Dritten Reich. Verschwiegen und Vergessen, in: Ebd., S. 35 f.; Hauke Nanninga, Leni Riefenstahl. Tänzerin, Regisseurin, Fotografin, in: DG, Nr. 61 vom November 2002, S. 6-10; Werner Bräuninger, Leni Riefenstahls Filmopus über die XI. Olympiade in Berlin 1936, in: Ebd., S. 11-14; ohne Autorennennung, Das Dritte Reich und seine Filme. Ein Werkstattbericht, in: DG, Nr. 66 vom August/September 2003, S. 54-58; Olaf Rose, Leni Live! Ein später Nachruf, in: DG, Nr. 68 vom Dezember 2003, S. 62 ff.

43 Vgl. Heinrich Santen, „Arbeit und Brot“. Autobahnbau als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, in: DG, Nr. 60 vom August/September 2002, S. 40.

44 Vgl. Klaus-R. Woche, Das Sportfest der Völker 1936. Eine Demonstration des Friedens, in: DG, Nr. XXV (1996), S. 27-31.

45 Werner Bräuninger, Für die Jugend der Welt. Leni Riefenstahls Filmopus über die XI. Olympiade in Berlin 1936, in: DG, Nr. XXV (1996), S. 35-39, hier: S. 36.

46 Vgl. Andreas Molau, Vor 60 Jahren – Die Saar wird wieder deutsch. Rückblick auf ein fast vergessenes Ereignis, in: DG, Nr. XVI (Anfang 1995), S. 58 f., hier: S. 58.

47 Dem Thema war die mit „50 Jahre Siegerprozesse“ betitelten Ausgabe XXIII (1996) gewidmet. Ferner: Hans Meiser, Auftakt zum Nürnberger Prozeß, in: DG, Nr. 80 vom Dezember 2005 (6/2005), S. 60 ff.

Deutschlands für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu relativieren.⁴⁸ Mehrere Autoren stellten die Schuld Adolf Hitlers für die Auslösung des Waffenganges in Frage und bewerteten den Angriff auf die Sowjetunion als einen Präventivschlag.⁴⁹ Besondere Bedeutung für die Berichterstattung der *Deutschen Geschichte* hatte die Betrachtung der Rolle der Wehrmacht. Dies drückte sich nicht nur durch den Abdruck vieler Artikel, sondern auch dadurch aus, daß sich mehrere Ausgaben überwiegend diesem Thema widmeten.⁵⁰ Der Tenor blieb stets gleich. Danach habe es sich bei ihr um eine stets ehrenhaft kämpfende Streitmacht gehandelt, die 1945 einem zahlenmäßig überlegenen Gegner in einem „Heldenkampf“⁵¹ bzw. einem „in der Weltgeschichte fast einmaligen Kampf, der in seiner Größe an antike Vorbilder erinnert“,⁵² unterlegen sei und heute pauschal als Verbrecherorganisation gelte. Die Autoren der DG machten sich dabei die in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre vom Hamburger *Institut für Sozialforschung* betriebene Wanderausstellung *Verbrechen der Wehrmacht* zunutze, die der Wehrmacht generell ein kriminelles Verhalten vorgeworfen hatte, aber nach fachlicher Kritik grundlegend überarbeitet werden mußte. Der überzogenen Anklage der Ausstellungsmacher setzten Sudholts Mitarbeiter eine überzogene Generalrechtfertigung der Truppe entgegen.⁵³ Sie stellten deren Besatzungspolitik in Osteuropa pauschal als human dar.⁵⁴ Mit einem gleichen Grundton erfolgte eine Thematisierung deutscher Kriegsverbrechen lediglich, um diese zu leugnen oder zu relativieren, etwa wenn Partisanen als die eigentlich Verantwortlichen für die im Juni 1944 im norditalienischen Ort Marzabotto und im

48 Das geschah zum Beispiel in dem mit der Überschrift „Der Polenfeldzug 1939“ erschienenen Heft Nr. XXXXIV vom September/Oktober 1999.

49 Unter der Überschrift „22. Juni 1941, Hitlers Präventivschlag“ widmete sich mit dem Heft 1/1991 bereits eine der ersten Ausgaben komplett diesem Thema. Dessen fortdauernde Bedeutung manifestierte sich darin, daß sich zehn Jahre nach dem Heft 1/1991 mit der Nr. 54 vom Mai/Juni 2001 ein weiteres Heft ausschließlich mit dem Beginn des Ostfeldzuges beschäftigte. Darüber hinaus tauchten einzelne Artikel auf, in denen eine abgewogene Diskussion über die Ursache des deutschen Angriffs unterblieb. Etwa: Nikolaus von Preradovich, Vom Nichtangriffspakt 1939 zum Präventivschlag 1941, in: DG, Nr. 2/1993, S. 51-56; Wolfgang Strauss, Stalins Fehler ... in seinem Angriffsplan gegen Deutschland im Sommer 1941. Präventivkriegsthese von russischer Seite bestätigt, in: DG, Nr. 75 vom Februar 2005 (1/2005), S. 44 f.

50 Darunter waren die Ausgaben Nr. XXXXIV vom September/Oktober 1999 mit der Überschrift „Der Polenfeldzug 1939“, Nr. XXXXVI vom Januar/Februar 2000 mit „Kriegsende 1945“, Nr. 50 vom September/Oktober 2000 mit „Die Wehrmacht. Deutsche Soldaten waren keine Verbrecher!“ und Nr. 58 vom April 2002 mit „Reemtsma macht weiter“.

51 DG, Nr. XVIII (1995), Titelblatt.

52 Hans Meiser, Mit dem Mut der Verzweiflung, in: DG, Nr. 76 vom April 2005 (2/2005), S. 54 ff., hier: S. 54.

53 Vgl. Roger de Lagardère, Worin bestand das Verbrechen der Wehrmacht? Zur Ausstellung „Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ in Wien, in: DG, Nr. XXII (1996), S. 71 ff.; Olaf Rose, Verleumden, Verleumden, Verleumden. Reemtsma und die Deutsche Wehrmacht, in: DG, Nr. 58 vom April 2002, S. 6-9; Bernhard Walter, Die Wehrmacht-Ausstellung. – Alter Wein in neue Schläuche, in: Ebd., S. 10 ff.

54 Vgl. Olaf Rose, Die Besatzungspolitik der Wehrmacht. Zur Haltung der Soldaten im Ostfeldzug, in: DG, Nr. 58 vom April 2002, S. 19 f.

französischen Oradour begangenen Massentötungen von Zivilisten gelten.⁵⁵ Bei den Beiträgen über den Waffengang fällt zudem eine selektive Wahrnehmung der Kriegsopfer auf, da das Leid der Bevölkerung des Auslandes keine Beachtung fand, aber das den Deutschen durch die Vertreibungen⁵⁶ und den Bombenkrieg zugefügte.⁵⁷

Im Kontrast zur Bewunderung des nationalsozialistischen Staates steht eine grundlegende Diffamierung der USA als „religiös fundamentalistische Weltmacht, die sich den Schein des Demokratischen gibt.“⁵⁸ Gert Sudholt, für den die westlichen Siegermächte auch nach der Wiedervereinigung „Besatzer“⁵⁹ blieben, drückte seine Verachtung in einer Mitteilung an seine Leser aus: Mit den Amerikanern sei eine „Unkultur der Politik [...] gekommen, die den europäischen Nationen langsam das Mark aus den Knochen saugt.“⁶⁰ Nach seiner Auffassung geraten „alle europäischen Nationen [...] zunächst in den kulturellen Strudel des American way of life, der allen Idealismus zugunsten utilitaristischer Wirtschaftsvorstellungen eliminiert“ und sie dann in die politische Abhängigkeit führe.⁶¹ In den letzten Jahren knüpfte die DG an die Politik der Regierung Bush an, um die USA pauschal als zerstörerische Gefahr darzustellen, etwa auf dem 2003 organisierten *Erlebniswochenende Geschichte*, das unter dem Motto „USA – Die maßlose Weltmacht“ stand. Die DG berichtete über die auf der Veranstaltung u.a. von Olaf Rose, Walter Post und dem britischen Historiker Martin Allen gehaltenen Referate, die dazu beitrugen, „das apokalyptische Bild der US-amerikanischen Geschichte deut-

55 Vgl. Lothar Greil, Die Legende von Marzabotto, in: DG, Nr. 60 vom August/September 2002, S. 59 f.; H. M., Die Wahrheit über Oradour, in: DG, Nr. 75 vom Februar 2005 (1/2005), S. 39 ff.; Vincent Reynouard, Eine Stellungnahme des Autors Vincent Reynouard, in: Ebd., S. 42 f.

56 Diese Materie hatte eine derart hohe Bedeutung, daß sich mehrere Hefte schwerpunktmäßig mit ihr beschäftigten. Es waren die Hefte 1/1994 mit dem Titel „Schlesien. Deutsches Land seit 1000 Jahren“; Nr. XVII (Anfang 1995) „Vor 50 Jahren. Aus der Heimat verjagt“; Nr. 56 (Ende 2001) „Landraub und Zwangsarbeiter. Zerstörungspolitik im Herzen Europas.“

57 Über die Jahre erschienen dazu verschiedene Artikel wie: Alfred Keck, Die Feuerhölle von Dresden, in: DG, Nr. XXXVI vom Januar/Februar 2000, S. 53-58; Hans Meiser, Die Entfesselung des Bombenkrieges im Zweiten Weltkrieg, in: DG, Nr. 54 vom Mai/Juni 2001, S. 58-62. Seit 2003 intensiviert sich die Berichterstattung infolge einer in den nicht rechtsextremistischen Medien entstandenen Diskussion, die sich an dem Buch „Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945“ (München 2002) des angesehenen Historikers Jörg Friedrich entzündet hatte. Nachdem sein Werk das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit für das durch die Bombardierungen verursachte Leid geschärft hatte, knüpften Sudholt und seine Mitarbeiter an die Debatte an und machten diesen Aspekt des Zweiten Weltkrieges zum Titelthema der Ausgaben: DG, Nr. 62/63 vom Januar/Februar 2003; Nr. 75 vom Februar 2005 (1/2005); Nr. 79 vom Oktober 2005 (5/2005); Nr. 80 vom Dezember 2005 (6/2005). Auf der anderen Seite entschuldigte die DG die deutschen Luftangriffe in Beiträgen wie: Ohne Autorennennung, Guernica 1937. Legende und Wirklichkeit, in: DG, Nr. 62/63 vom Januar/Februar 2003, S. 18-21; ohne Autorennennung, Warum Warschau und Rotterdam bombardiert wurden, in: Ebd., S. 22.

58 Gert Sudholt, Liebe Leser!, in: DG, Nr. 65 vom Juni/Juli 2003, S. 3. Diesen Tenor hatte auch: Konrad Pingel, „Die missionarischen Grundlagen der US-Außenpolitik“, in: DG, Nr. 79 vom Oktober 2005 (5/2005), S. 12-18.

59 Gert Sudholt, Liebe Leser!, in: DG, Nr. XXII (1996), S. 3.

60 Gert Sudholt, Liebe Leser!, in: DG, Nr. 72 vom August 2004 (4/2004), S. 3.

61 Ebd.

lich“⁶² zu machen. Mit dieser Absicht verwies bei einer anderen Gelegenheit Hauke Nanninga auf das umstrittene Internierungslager Guantanamo und die Folterungen im Gefängnis von Abu Ghuraib, um die Vereinigten Staaten als eine Macht darzustellen, deren Geschichte von militärischer Aggression und exzessiver Folter geprägt sei. Der Grund dafür bestand jedoch nicht in der Sorge um die Rechte der Gefangenen. Vielmehr beklagte der Verfasser die Menschenrechtsverletzungen mit Blick auf das Dritte Reich, da „1945 amerikanische Sieger das Land [besetzten], in dem sie sich unschuldigen Menschen gegenüber nicht besser benahmen als heute im Irak.“⁶³ Seiner Auffassung nach wären die Deutschen „mit dem Phänomen des Dritten Reiches in all seiner Widersprüchlichkeit [...] allein zurechtgekommen.“⁶⁴ Bedenkt man, daß die USA entscheidend an der Niederschlagung des Nationalsozialismus beteiligt waren und daß das gewünschte Zurechtkommen der Deutschen den Fortbestand des NS-Staates bedeutet hätte, ergibt sich daraus die eigentliche Motivation für den von Nanninga und seinen Gesinnungsgenossen verbreiteten Antiamerikanismus: Es ist ein Unmut über die Rolle der USA bei der Beseitigung des „Phänomens Drittes Reich“ und beim Aufbau der demokratischen Nachkriegsgesellschaft im Westen Deutschlands.

Ungeachtet ihres Titels berichtet die Zeitschrift nur vergleichsweise selten über die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. In den jüngeren Ausgaben druckte sie zwar Artikel über aktuelle Fragen ab;⁶⁵ zu einer angemessenen Sichtweise der Zeit nach 1949 kam es jedoch nicht. Stellungnahmen zur Nachkriegsdemokratie erfolgten dennoch im Rahmen von Mitteilungen des Herausgebers oder in Beiträgen, deren Ereignisse weit vor der Gründung der Bundesrepublik lagen. Dabei herrschte die Grundausrichtung vor, positive Leistungen des Staates, etwa den Wiederaufbau oder die Integration der Vertriebenen, nicht zu würdigen und statt dessen einer generellen Verachtung Ausdruck zu verleihen. So bediente sich Gustav Sichelschmidt der Erinnerung an die mißglückte Revolution des Jahres 1848 und die Unterdrückung der Aufständischen, um die Bundesrepublik in einem Vergleich ebenfalls als ein System der Unterdrückung darzustellen. Er sah in ihr einen „in die Dekadenz geratene[n] Staat“, geprägt durch einen „kontinuierlichen Sittenverfall“, eine „ethnische Bastardisierung“, „Jugendkri-

62 R. G., Tagung deutscher Geschichte in Erfurt, in: DG, Nr. 68 vom Dezember 2003, S. 61.

63 Hauke Nanninga, Unamerikanisches Amerikanisches. Die Mittel der demokratischen Umerziehung, in: DG, Nr. 72 vom August 2004 (4/2004), S. 9-13, hier: S. 11.

64 Ebd.

65 Vgl. Andreas Molau, Der Pate des Ruins, in: DG, Nr. 75 vom Februar 2005 (1/2005), S. 9 f.; Johannes Lenz, Recht gegen Rechts, in: DG, Nr. 77 vom Juni 2005 (3/2005), S. 9 f.; Johannes Lenz, Wenn der Kanzler nicht mehr will, in: DG, Nr. 78 vom August 2005 (4/2005), S. 9 f.; Hans Meiser, Geschichtsverdrehung im Bundestag, in: DG, Nr. 79 vom Oktober 2005 (5/2005), S. 9 ff.; Gerhard Steinbrecher, Berlin, wie es singt und lacht. Großer Koalitionsauftakt am 11. 11., in: DG, Nr. 80 vom Dezember 2005 (6/2005), S. 9 f.; G. Steinbrecher, Polen in Champagnerlaune, in: DG, Nr. 81 vom Februar 2006 (1/2006), S. 13 f.

minimalität“ und „Sprachverhunzung“.⁶⁶ Vergleichbare Äußerungen über den – vermeintlichen – Niedergang der gegenwärtigen Gesellschaft machten Autoren wie Andreas Molau, der sie „kulturell auf einer ausgedehnten Talsohle“⁶⁷ sah. Mit Christian Rogler nutzte ein Verfasser sogar einen Artikel über den Untergang der DDR, also über ein Ereignis, das im Vergleich eigentlich die Stabilität der westdeutschen Gesellschaft zeigte, um seine fundamentale Ablehnung der Demokratie auszudrücken. Für ihn verkörperte die westliche Welt ein liberalkapitalistisches System, in dem „Drogen, Gewaltexzesse und bewußt betriebene Zerstörung jeglicher Selbstachtung junger Menschen durch Nationalmasochismus, Sexualisierung bereits im Kindesalter und die Funktionalisierung im Sinne des Menschenbildes der Fernsehwerbung und dekadenter Jugendmagazine das Heranwachsen junger Menschen prägen.“⁶⁸ Mit seiner Klage, daß dieses System außer materiellen Zuwendungen und „der mit ein paar verlogenen Sprüchen am Kochen gehaltenen Chimäre von ‚Freiheit‘, ‚Demokratie‘ und ‚Menschenrechten‘ keine darüber hinaus gehende Existenzgrundlage“ kenne, machte er seine Ablehnung der westlichen Demokratie deutlich.⁶⁹ Derartige Positionen deckten sich mit den wiederholt abgedruckten Stellungnahmen Sudholts. Dieser lehnte die Bundesrepublik etwa als ein bis heute nicht überwundenes „deutsche[s] Interim, das 1945 einsetzte“, ab und bewertete die gesellschaftliche Wahrnehmung der Rolle der Wehrmacht als Ausdruck eines „Verfall[s] des Geistes“, einer „Umerziehung [...] durch die ehemaligen Sieger“ und einer „Würdelosigkeit der Regierenden.“⁷⁰ Diese Haltung begleitet mittlerweile die verschwörungstheoretische Vorstellung, nach denen Finanzmagnaten der „amerikanischen Ostküste“ die Regierungen und Medien der Welt lenken, um eine ihnen genehme Weltordnung zu errichten.⁷¹ Mit Hans Pause erläuterte ein Mitarbeiter Sudholts diese Position in einem antisemitischen Grundsatzartikel. Die eigentlichen Herrscher seien jüdische Bankiers, die bereits die USA kontrollierten und nun eine weltweite Beseitigung der Nationalstaaten anstrebten.⁷² Die in solchen Positionen hervortretende negative Sichtweise der Bundesrepublik Deutschland erfolgt umgekehrt zu der wohlwollenden Sicht auf das Dritte Reich. Der 1949 begründete demokratische Staat ist somit für Sudholt und seine Mitarbeiter das negative Gegenbild zu der NS-Diktatur.

Für Vertreter einer solchen Grundauffassung ist es folgerichtig, sich als Widerstandskämpfer gegen den derzeit bestehenden Staat zu sehen und sich nach der untergegangenen Ordnung zu sehnen. Diese Haltung offenbarte sich in einer Anzeige, mit der die

66 Gustav Sichel Schmidt, Die Demagogenverfolgung. Eine aktuelle, zeithistorische Untersuchung, in: DG, Nr. XXI (Ende 1995), S. 73-77, hier: S. 76 f.

67 Andreas Molau, Liebe Leser!, in: DG, Nr. XXV (1996), S. 4.

68 Christian Rogler, 7.-9. Oktober 1989. Die DDR kippt, in: DG, Nr. XXXV vom November/Dezember 1999, S. 33-36, hier: S. 33 f.

69 Ebd., S. 35.

70 Gert Sudholt, Liebe Leser!, in: DG, Nr. XVIII (1995), S. 3 f., hier: S. 3.

71 Vgl. Gert Sudholt, Liebe Leserinnen und Leser!, in: DG, Nr. 80 vom Dezember 2005 (6/2005), S. 3.

72 Vgl. Hans Pause, Deutschland 60 Jahre nach 1945, in: Ebd., S. 17-46.

DG für sich selber warb. In ihr hieß es: „Die Umerziehung stahl den Deutschen ihre Geschichte und damit ihr Rückgrat. Wir geben sie Ihnen Heft um Heft wieder zurück.“⁷³ Es ist die Vorstellung, nach der das Land permanent Opfer fremder Mächte geworden sei. Damit verbunden ist der Wille, für das Vaterland einzutreten und gegen die als schädlich erachteten Verhältnisse anzugehen. Schließlich wurde in der Anzeige die – angebliche – Wurzel des Übels genannt. Es soll die Umerziehung, die von den westlichen Bezwingern des Dritten Reiches nach 1945 betriebene Demokratisierung Deutschlands sein. Die *Deutsche Geschichte* dient also nicht nur der bloßen Beschäftigung mit der Vergangenheit, sondern auch der Veränderung der Gegenwart. Ein Schritt in diese Richtung ist für die Verantwortlichen die Vermittlung eines alternativen Geschichtsbildes, da sie die Überzeugung vertreten, in einer von „staatlich subventionierten Opportunisten“ geprägten Gesellschaft zu leben, in der diese „die geschichtliche Wahrheit bis zur Unkenntlichkeit malträtieren, um sich in den Spitzenfunktionen in unserem ferngesteuerten Deutschland im Sattel zu halten.“⁷⁴ Sie sehen sich als Unterdrückte einer „Meinungsdiktatur, die am laufenden Band Denkverbote verhängt, um ihren Schutz- und Schirmherren nicht auf die Füße zu treten.“⁷⁵ Diese Auffassung entspricht der Sicht des Verlegers Sudholt: „In einer Zeit, in der unsere Geschichte noch und immer wieder kriminalisiert wird, ist es um so wesentlicher einen klaren Standpunkt zu beziehen.“⁷⁶ Für ihn und seine Mitarbeiter ist der Kampf um eine Veränderung der aktuellen politischen Verhältnisse mit einem Kampf um die Geschichte verbunden.

In der Hoffnung, dem deutschen Volk ein neues Bewußtsein geben zu können, das auf den von ihnen vertretenen Werten ruht, verbreiten die für die DG verantwortlichen Personen ein Geschichtsbild, in dem sie Deutschland als ein allzeit friedliebendes Land beschreiben, das in beiden Weltkriegen Opfer des Auslandes gewesen und unter dem Nationalsozialismus zwischenzeitlich zu neuer Blüte gelangt sei. Die USA hätten nach Kriegsende an die Stelle einer freien und selbstbewußten Nation mit der Bundesrepublik eine seelenlose Demokratie geschaffen, um die Deutschen mittels gelenkter Medien und einer instrumentalisierten, strafrechtlich geschützten Geschichtsschreibung zu einer rückgratlosen, von der Vergangenheit entfremdeten, dekadenten und dadurch leicht zu kontrollierenden Masse zu verwandeln, die ihrem Untergang geweiht sei. Die *Deutsche Geschichte* hat für Sudholt dabei wiederum die Aufgabe einer zentralen Plattform im Kampf um das Bewußtsein des Volkes.

Die Zeitschrift hat diese grundsätzliche Linie, trotz gelegentlicher Veränderungen, seit ihrem Entstehen. Sie verbreitete zudem rassistische Aussagen: Die „US-amerikanischen Soldaten [würden] das Foltern seit eh und je im Blut tragen“⁷⁷, die Russen hät-

73 Anzeige, in: DG, Nr. XXIV (1996), S. 89.

74 Gustav Sichelschmidt, Schicksalsjahr 1945, in: DG, Nr. XVIII (1995), S. 5-9, hier: S. 5.

75 Ebd.

76 Gert Sudholt, Sehr verehrte Leser!, in: DG, Nr. 3+4/1993, S. 2.

77 Gert Sudholt, Liebe Leser!, in: DG, Nr. 72 vom August 2004 (4/2004), S. 3.

ten im Frühjahr 1945 ihre „asiatischen Instinkte“ an deutschen Frauen ausgelebt.⁷⁸ Dennoch gelang es der *Deutschen Geschichte*, ihre rechtsextremistische Ausrichtung nicht immer auf den ersten Blick deutlich werden zu lassen. 1994 erfolgte eine zeitweilige Neujustierung hin zu gemäßigten Inhalten und einer Hinwendung zur Kulturgeschichte des Alpenraums. Deswegen konnten gesellschaftlich geachtete Unternehmen, ja sogar Kurverwaltungen als Werbepartner gewonnen und zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden. Zu diesem Zeitpunkt ergab sich für Sudholt die Alternative, seine Zeitschrift aus dem rechtsextremistischen Lager hinaus in ein demokratisch-konservatives Feld zu führen. Der Preis für diese Entwicklung wäre allerdings der Verlust des rechtsextremistischen Teils der Leserschaft gewesen. Dazu kam es allerdings nicht, denn ab 1996 schwenkte der Herausgeber wieder auf den alten Kurs um. Bei der Themenauswahl erfolgte über die Jahre eine Konzentration auf Aspekte des Dritten Reiches. Daneben fanden einige Zeitabschnitte kaum Beachtung. So hatte die Antike so gut wie keine Bedeutung für die Heftreihe⁷⁹, und lediglich vereinzelte Ausgaben nahmen auf das Mittelalter Bezug.⁸⁰

In der Gesamtschau verfügt Sudholt mit der DG über ein antidemokratisches Magazin, das einerseits das Dritte Reich beschönigt, die USA diffamiert und die Bundesrepublik ablehnt, andererseits jedoch auf den ersten Blick lediglich historische Themen präsentiert und durch sein unauffälliges Erscheinungsbild den Weg auch in die Regale von Zeitschriftenhändlern findet, die ansonsten keine rechtsextremistischen Schriften anbieten. Dadurch erweiterte der Verleger seinen Kundenkreis, der nicht nur aus Angehörigen der rechtsextremistischen Szene besteht, deren klassischer Bezugsweg das Abonnement ist, sondern auch eine historisch interessierte Leserschaft umfaßt. Aus der unternehmerischen Perspektive dient ihm das Heft als Plattform für weitere Erzeugnisse der *Verlagsgesellschaft Berg*, insbesondere den von der angegliederten *Versandbuchhandlung Linda Sudholt* vertriebenen Büchern. Mit dem ebenfalls angegliederten Reiseanbieter *Türmer Kulturreisen* und den von der Zeitschrift mitorganisierten *Erlebniswochenenden Geschichte* verfügt seine Verlagsgesellschaft über weitere Möglichkeiten zur Bindung der Leserschaft.

Aus der *Deutschen Geschichte* ergeben sich kaum Hinweise auf deren Größe oder Zusammensetzung oder die Höhe der Auflage.⁸¹ Allerdings lassen die Mitte der neun-

78 Vgl. Gustav Sichelschmidt, Schicksalsjahr 1945, in: DG, Nr. XVIII (1995), S. 5-9, hier S. 5.

79 Dieser Teil der Geschichte wurde lediglich in vereinzelten Artikeln beachtet wie: Rossen Milev, Der Gotenzug gegen das Römische Reich. Bulgarische Geschichte im europäischen Kontext, in: DG, Nr. 62/63 vom Januar/Februar 2003, S. 66-69; Georg Eldarov, Die altgermanischen Wurzeln Bulgariens, in: DG, Nr. 65 vom Juni/Juli 2003, S. 47 ff.

80 Die Ausgabe Nr. XII (1994) hatte als Schwerpunktthema den Staufer Friedrich II.; Nr. 51 vom November/Dezember 2000 beschäftigte sich mit Karl dem Großen, und die Nr. XXXXVII vom März/April 2000 widmete sich mit dem Bauernkrieg von 1525 dem ausgehenden Mittelalter.

81 Lediglich eine 2002 in der Wochenzeitung Junge Freiheit erschienene Zeitschriftenkritik, die die DG als „informatives Magazin“ bewertete, nannte unter Berufung auf Verlagsangaben eine Auflagenhöhe von 12.500 Exemplaren. Vgl. Thorsten Thaler, Zeitschriftenkritik: Deutsche Geschichte. Im Geiste der

ziger Jahre veröffentlichten Anzeigen Rückschlüsse auf das damalige Zielpublikum zu. Daß seinerzeit vor allem gutbürgerliche Hotels und Restaurants, Kurverwaltungen sowie ein Hersteller von Produkten zur Gesundheitsförderung ihre Botschaften plazierten, weist auf einen hohen Anteil deutlich älterer Leser hin. Auf eine derartige Zusammensetzung deutete auch ein Bericht über das *Erlebniswochenende Geschichte* im September 2005 hin. Dessen Verfasser gab zwar an, die Altersspanne der Teilnehmer habe von 16 bis 90 Jahren gereicht, ein beigegefügt Foto belegte hingegen einen hohen Altersdurchschnitt.⁸² Diesen Eindruck bestätigte im Frühjahr 2006 eine Verlagsmitteilung über die Ergebnisse einer Leserbefragung, nach der der Großteil der Bezieher in der Altersspanne zwischen 40 und 55 Jahren sei und daß dies „eine erfreuliche Verjüngung“ darstelle.⁸³ Unter der Voraussetzung, daß diese Angabe der Wahrheit entspricht, ergibt dies zwar immer noch ein recht hohes Durchschnittsalter der Leserschaft, weist aber andererseits auch auf eine Veränderung ihrer Zusammensetzung hin. Eine solche wiederum geht mit der Modernisierung des Layouts und der Auflockerung der Artikel einher. Die *Deutsche Geschichte* befindet sich offenbar in einem Wandlungsprozeß, der ihrem Herausgeber Chancen zur Gewinnung weiterer Interessenten eröffnet; zugleich jedoch die Gefahr eines Verlustes langjähriger Bezieher birgt.

Für die Einschätzung der *Deutschen Geschichte* ist die Frage ihrer Stellung im rechtsextremistischen Lager von Bedeutung. Auch wenn es sich bei der *Verlagsgesellschaft Berg* um einen unabhängigen Betrieb handelt, manifestierte sich im Werdegang wichtiger DG-Mitarbeiter wie Molau, Gansel und Richter sowie in der Autorenschaft von „Nationaldemokraten“ wie Deckert und von Thadden eine Nähe des Blattes zur NPD. Wie stark dabei die Hinwendung Sudholts zu dieser Partei ist, zeigte ein Grußwort für einen Sammelband, mit dem die NPD 1999 ihr 35jähriges Bestehen feierte. Darin drückte der Verleger die Erwartung „kritische[r] Freunde“ aus, nach der die „NPD die Vorreiterposition im Einigungsprozeß aller nationalen Gruppierungen übernimmt“ und u.a. einen „zeitgemäßen Nationalismus formuliert.“⁸⁴ Daß die Partei seine Hinwendung erwiderte, belegt ein der *Deutschen Stimme* (DS) veröffentlichter Bericht über ein von der DG und ihrem Verlag organisiertes *Erlebniswochenende Geschichte*. Er begrüßte die Veranstaltung nicht nur als „Tagung besonderer Art“, sondern lobte sie auch mit den Worten: „Es ist längst ein neuer Weg beschritten, der abgezweigt ist von den antiquierten Ansichten der Vergangenheit und eine wirklich offene und fördernde Stoßrichtung angenommen hat. Die Polemik ist der Sachlichkeit gewichen, und eine stille Hingabe treibt die Menschen, die die Sorge um ihr Land im Herzen tragen, zu

Opposition, in: Junge Freiheit, Nr. 26 vom 21. Juni 2002, elektronisch veröffentlicht unter: www.jf-archiv.de/archiv02/262yy39.htm, eingesehen am 24. Januar 2006.

82 Vgl. Gernot Steinbrecher, 48 Stunden Zeitgeschichte, in: DG, Nr. 79 vom Oktober 2005 (5/2005), S. 63 f.

83 Vgl. Hausmitteilung, in: DG, Nr. 81 vom Februar 2006 (1/2006), S. 5.

84 Gert Sudholt, Grußwort, in: Holger Apfel (Hrsg.), „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart 1999, S. 28.

täglich neuen Anläufen gegen die Beschwerden der Zeit.“⁸⁵ Sudholt beschränkte sich nicht auf das gute Verhältnis zur NPD, sondern bemühte sich auch um ein Einvernehmen mit Gerhard Frey und damit der DVU. Dem diene eine in der DG anlässlich von Freys 70. Geburtstag abgedruckte Würdigung, in der dieser als „ebenso erfolgreiche[r] Verleger, brillanter Journalist und glänzender Redner“ sowie als „Ehrenmann“ gepriesen wurde.⁸⁶ Bei der Wertschätzung dürfte es sich um eine diplomatische Aktion zur Verbesserung der Beziehungen gehandelt haben. Da Sudholt Ende 2002 in einem Interview in der von Frey herausgegebenen *National-Zeitung* die Möglichkeit zur Selbstdarstellung eingeräumt bekam⁸⁷, scheint in den letzten Jahren ein gutes Verhältnis zwischen den Verlegern zu bestehen. Sudholt verfügt somit über langjährige Verbindungen zur NPD und öffnete sich mit seiner Zeitschrift zugleich der DVU. Auch wenn es sich erst erweisen muß, inwieweit die Kontakte zu dem als schwierig geltenden Frey auf Dauer tragfähig sind, fördert der Verleger mit seinem publizistischen Engagement offenbar den von ihm erhofften Einigungsprozeß und sieht in der NPD die dafür entscheidende Kraft. Seine Zeitschrift kommt dabei dem „Vier-Säulen-Konzept“ der Partei entgegen, das neben dem „Kampf um die Straße“, dem sich um eine Intellektualisierung ihrer Anhängerschaft bemühenden „Kampf um die Köpfe“ und dem „Kampf um die Parlamente“ mittlerweile einen „Kampf um den organisierten Willen“ beinhaltet, mit dem die NPD eine „Konzentration möglichst aller nationalen Kräfte“ anstrebt.⁸⁸ Die Werdegänge Molaus, Gansels und Richters zeigen den Nutzen der *Deutschen Geschichte* für die Partei. Sie führen im Sächsischen Landtag den „Kampf um die Parlamente“, sind vorzeigbare „Köpfe“ und verbinden die NPD mit der *Verlagsgesellschaft Berg* im Sinne des „Kampfes um den organisierten Willen“.

Letztlich stellt sich die Frage nach Sudholts Motivation für die Herausgabe der *Deutschen Geschichte*. Die Antwort liegt vermutlich in einem dem Gründer des *Druffel-Verlages*, Helmut Sündermann, zugeschriebenen Ausspruch. Von diesem soll der mittlerweile in verschiedenen Bereichen der rechtsextremistischen Szene Deutschlands aufgegriffene Satz stammen: „Wir sind nicht die Letzten von Gestern sondern die ersten von Morgen.“⁸⁹ Mit dieser Aussage lud sein Schwiegersohn die Leser der DG 2002 zu einem *Erlebniswochenende Geschichte* ein und erklärte, daß die Aussage „nach wie vor“ gelte.⁹⁰ Damit offenbarte Sudholt ein Verlangen nach einer zukünftigen Alternati-

85 Robert Waldstetter, Geschichte zum Anfassen. Erlebniswochenende Geschichte, erschienen in: DS, Nr. 10 vom Oktober 2005, S. 21.

86 Ohne Autorennennung, Dr. Gerhard Frey zum 70. Geburtstag, in: DG, Nr. 64 vom März 2003, S. 62.

87 Vgl. Ohne Nennung des Interviewers, Die „Fahndungsliste“ der Sieger. Interview mit Dr. Gert Sudholt – Herausgeber des neuen „WANTED“-!-Buches, in: NZ, Nr. 47 vom 15. November 2002, S. 4.

88 Vgl. Udo Voigt, Ansprache des Parteivorsitzenden auf dem NPD-Bundesparteitag 2004 30./31. Oktober in Leinefelde, S. 8 ff. veröffentlicht unter: www.npd.de/npd_info/parteigeschehen/2004/p1004-3.html, eingesehen am 19. März 2006

89 Anzeige, 50 Jahre Druffel-Verlag. 2. Erlebniswochenende Geschichte vom 30. August. bis 1. September 2002 (Schreibweise wie im Original), in: DG, Nr. 58 vom April 2002, S. 2.

90 Ebd.

ve, die ihr Vorbild im Vergangenen hat. Auch wenn der Sinnspruch keine konkreten Angaben zu politischen Zielen enthält, dürften rechtsextremistische Verlagskunden die Botschaft erkennen. Es ist die Absicht, die heutigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse durch eine Ordnung zu ersetzen, die zumindest Anklänge an den Nationalsozialismus aufweist. Die *Deutsche Geschichte* hat vor diesem Hintergrund nicht die Rolle einer Plattform für die Klagen der gemeinhin als „Ewiggestrige“ Bezeichneten, sondern ist ein Mittel im Ringen um das ersehnte „Morgen“.

Die Bedeutung der DG liegt darin, daß es sich bei ihr um eine regelmäßig erscheinende, ökonomisch tragfähige, der rechtsextremistischen Umdeutung der Geschichte dienende Publikation handelt, die sehr gute Beziehungen zur NPD hat, wichtige Interessengebiete von Mitgliedern der verschiedenen Bereiche des deutschen Rechtsextremismus bedient und zugleich wegen ihres vergleichsweise unauffälligen Erscheinungsbildes bei unbefangenen Lesern nicht unmittelbar auf Ablehnung stoßen muß.

3. Literatur

Obwohl sich die *Deutsche Geschichte* auf dem Zeitschriftenmarkt des rechtsextremistischen Lagers etabliert hat und dort in einem der größten unabhängigen Verlage erscheint, war sie bisher kein Gegenstand der Forschung. Lediglich vereinzelte Nennungen tauchen auf, ohne daß es sich um eine substantielle Auseinandersetzung handelt. Dies muß verwundern, da über einschlägige Periodika intensiv berichtet und geforscht wird. Erklärbar ist dies vielleicht mit dem Umstand, daß diese Zeitschrift nicht das Gewicht und den Bekanntheitsgrad eines Organs wie *Nation & Europa* erreicht.

Literatur

Literaturbericht:

Die Deutschen im Jahr 1945 – Interpretationen der Geschichte

Von Mike Schmeitzner

Guido Knopp, Die Befreiung. Kriegsende im Westen, Berlin 2005 (*Ullstein*), 272 S.

Guido Knopp, Der Sturm. Kriegsende im Osten, Berlin 2005 (*Econ*), 272 S.

Hubertus Knabe, Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland, Berlin 2005 (*Propyläen*), 389 S.

Peter Süß (Hrsg.), 1945. Befreiung und Zusammenbruch. Erinnerungen aus sechs Jahrzehnten, München 2005 (*dtrv*), 176 S.

Karlheinz Weißmann (Hrsg.), Die Besiegten. Die Deutschen in der Stunde des Zusammenbruchs 1945. Schnellroda 2005 (*Edition Antaios*), 312 S.

Horst Schneider, „Erinnerungsschlacht“ ohne Ende. Anmerkungen zum Streit um die aktuelle deutsche Gedenkstättenpolitik, Berlin 2005 (*Spotless*), 96 S.

Karl Harms (Hrsg.), Das Ende. Zum 60. Jahrestag des Kriegsendes, Berlin 2005 (*Spotless*), 96 S.

Stefan Doernberg (Hrsg.), Hitlers Ende ohne Mythos. Jelena Rshewskaja erinnert sich an ihren Einsatz im Mai 1945 in Berlin, Berlin 2005 (*Neues Leben*), 128 S.

Wolfgang Benz, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, 4. Auflage, München 2005 (*dtrv*), 272 S.

Bernd-A. Rusinek (Hrsg.), Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen, Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive, Göttingen 2005 (*Wallstein*), 265 S.

Peter Hurrelbrink, Der 8. Mai 1945. Befreiung durch Erinnerung. Ein Gedenktag und seine Bedeutung für das politisch-kulturelle Selbstverständnis in Deutschland, Bonn 2005 (*J.H.W. Dietz*), 411 S.

1. Einleitung

Seit der großen Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker hat die Frage nach der Einordnung des 8. Mai 1945 in das kollektive Gedächtnis der Deutschen neue Impulse erhalten, aber auch neue Debatten über die Interpretation des Kriegsendes ausgelöst. Handelte es sich bei der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht um eine „Niederlage“, ein bloßes „Kriegsende“, einen „Untergang“ oder eben auch um eine „Befreiung“? Der heftig geführte Streit zum 50. Jahrestag des 8. Mai im Jahr 1995 hat zehn Jahre später keine Neuauflage gefunden, jedoch die unterschiedlichen Sichtweisen erneut hervortreten lassen. Der Streit um die Einordnung des Kriegsendes hat nach der deutschen Wiedervereinigung eine weitere Komponente erhalten: Die Sicht auf den 8. Mai ruft bei den Westdeutschen eine andere Erinnerung hervor als bei vielen Ostdeutschen, die den sowjetischen Einmarsch anders erlebten als die Westdeutschen den Einzug der Westalliierten, und ab 1945 unter eine erneute, diesmal kommunistische Diktatur gezwungen wurden. Welche Auswirkungen solche parallelen Erinnerungswelten haben können, demonstrierte die im Frühjahr 2006 kurz aufgeflamnte Debatte um die Befreiung des KZ Sachsenhausen.

Der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU), der am 23. April 2006 den erkrankten SPD-Ministerpräsidenten auf der Feierstunde zum 61. Jahrestag der Befreiung des KZ Sachsenhausen vertreten hatte, äußerte dort nach einem ehrenden Gedenken an die Opfer der NS-Diktatur: „Es wäre Unrecht, hier in Sachsenhausen aber nicht auch der Menschen zu gedenken, die nach 1945 hier eingesperrt waren, ebenso rechtlos wie die KZ-Opfer. Auch nach 1945 wurde hier weiter gefoltert und getötet, starben Menschen an den furchtbaren Verhältnissen.“¹ Noch während der Feierstunde erhob sich Protest, und nach wenigen Stunden „hagelte es Kritik in Teilen der Politik und der Medien, daß Schönbohm an jenem Tag und Ort an das Leiden und Sterben Tausender politisch Mißliebiger und völlig willkürlich Verhafteter aus der Nachkriegszeit zu erinnern wagte“.² Daß Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) nur ein Jahr zuvor auf der Gedenkstunde zur Befreiung des KZ Buchenwald *auch* an das im Anschluß eingerichtete sowjetische Speziallager feierlich erinnert hatte („...eine Geschichte des Stalinismus, die nicht vergessen werden darf“), nahm im Frühjahr 2006 niemand mehr so richtig zur Kenntnis.³

Die Debatte vom Frühjahr 2006 hatte indes ein Nachspiel: Denn der zwischenzeitlich zum Kronzeugen der Medien avancierte 66-jährige Generalsekretär des Internationalen Sachsenhausen-Komitees (ISK), Hans Rentmeister, brachte eine weitere historische Verflechtung zum Vorschein. Rentmeister hatte sich darüber ereifert, daß Schönbohm wohl „der Mörder, Peiniger und Quäler unserer Kameraden“⁴ gedenken wolle, was nun selbst im Falle des kantigen Panzergenerals a.D. eine grobe Unterstellung gewesen sein dürfte, hatte doch Schönbohm keinesfalls die auch im Lager inhaftierten NS-Funktionäre im Auge gehabt, sondern vielmehr die rechtlosen Verhältnisse in Stalins GULag insgesamt. Offensichtlich ging es Rentmeister darum, die Deutungshoheit des SED-„Antifaschismus“ zu bewahren. Nur wenige Tage später schien sich diese Annahme zu erhärten, als bekannt wurde, daß Rentmeister jahrelang als Stasi-Offizier gearbeitet und an der MfS-eigenen Hochschule in Potsdam-Eiche den Abschluß eines „Diplom-Juristen“ erworben hatte.⁵ Sehr rasch war damit wieder einmal deutlich geworden, daß deutsche Geschichte und deutsches Erinnern nach der Wiedervereinigung komplizierteren Zusammenhängen folgt als in der alten Bundesrepublik. Diese Gemengelage spiegelt sich zumindest teilweise auch bei den Veröffentlichungen des Jahres 2005 wider.

1 Zitiert nach Sven Felix Kellerhoff/Uwe Müller, Kritiker von Jörg Schönbohm war lange Stasi-Offizier. KZ-Opfer-Vertreter Hans Rentmeister überführt, in: Die Welt vom 10. Mai 2006.

2 FAZ-NET vom 8. Mai 2006 („Potsdam-Eiche“).

3 Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf der Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Befreiung der nationalsozialistischen Lager am 10. April 2005 in Weimar, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 27-1 vom 10. April 2005.

4 NGZONLINE vom 23. April 2006.

5 Vgl. Kellerhoff/Müller (FN 1).

2. Befreiung im Westen, Kriegsende im Osten: Die Sicht des Guido Knopp

Im Zeitalter der umfassenden Medienpräsenz erscheint es fast schon folgerichtig, daß historische „Events“ gleich doppelt vermarktet werden – als populär gestaltete Dokumentation im Fernsehen und als „Begleitbuch“. Sie bestimmen zusehends den Markt und erreichen ein Publikum, das für viele Historiker verschlossen bleibt. Das war auch 2004/05 nicht viel anders, als sich die Zeitgeschichtsredaktion des ZDF unter Leitung Guido Knopps dem Finale des Zweiten Weltkriegs widmete. Pünktlich zum 60. Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie (2004) und zum Kriegsende im Osten (2005) sendete die öffentlich-rechtliche Anstalt zwei Dokumentationen unter den Titeln „Die Befreiung“ und „Der Sturm“. Marktgerecht lieferte das Team um Knopp das dazugehörige Begleitbuch.⁶ Als Hauptautor der Bände firmiert zwar Knopp selbst, doch sicherte er sich mit einer ganzen Reihe von Co-Autoren wie dem Mainzer Professor Sönke Neitzel den nötigen fachlichen Beistand.

Aus der Verbindung von Medienwelt und Fachdisziplin sind zwei gut lesbare und ereignisgeschichtlich dominierte Darstellungen hervorgegangen, die sich an das breite Publikum wenden. Beide populärwissenschaftlichen Bände basieren zum einen auf Standardwerken und Einzelstudien zum Kriegsverlauf 1944/45 (so auf Zeidlers „Kriegsende im Osten“), zum anderen auf einer Fülle von Zeitzeugeninterviews, die das Team um Knopp für ihre Fernsehdokumentationen aufbereitete. Daneben wurden bekannte Tagebücher und Erinnerungen ausgeschlachtet, wie etwa die berühmte Darstellung des ostpreußischen Arztes Hans Graf Lehndorf oder auch die Memoiren des Grafen Dohna-Schlobitten und des Königsberger „Geltungsjuden“ Michael Wieck.

Der zeitliche Rahmen des Befreiungsbandes setzt mit der Landung der Westalliierten in der Normandie ein (6. Juni 1944) und endet mit der Zerschlagung des Ruhrkessels Mitte April 1945. In fünf Kapiteln werden neben der Eröffnung der zweiten Front in Frankreich der Kampf um Paris, die Schlacht um Monte Cassino, die Ardennenoffensive und das Ende an der Ruhr geschildert. Handelt es sich hier in erster Linie um (west)europäische Schlaglichter des Kriegsfinales, hinterläßt der Band, der sich mit dem Osten beschäftigt, aufgrund der alleinigen Thematisierung der deutschen Ostfront (also ohne Balkan- und Ungarnfront) einen in sich geschlosseneren Eindruck. Hier präsentiert das Team um Knopp den sowjetischen Sturm auf Hitlers Reich, der im Oktober 1944 mit ersten Kämpfen um Ostpreußen begann und im April/Mai 1945 in der Schlacht um Berlin kulminierte. Beide Darstellungen sind ausgewogen in der Beurteilung der militärischen Ereignisse und des alltäglichen Elends, was auch auf die Fülle der zitierten deutschen, sowjetischen, britischen oder amerikanischen Zeitzeugen zurückzuführen ist. Die Schilderung des militärischen Verlaufs wird immer wieder mit Einzelschicksalen verbunden, die Betroffenheit auslösen sollen – so etwa, wenn die

6 Unmittelbar vor dem historischen Jubiläum des 8. Mai 2006 veröffentlichte der Ullstein-Verlag beide Werke noch einmal verkaufsträchtig als Taschenbuch.

Fluchtvorbereitungen der gräflichen Familie Dohna geschildert werden oder der Überlebenskampf Michael Wiecks im eingeschlossenen Königsberg zur Sprache kommt. Die teils beeindruckenden Abbildungen von Elend und Zerstörung machen individuelles Leid allgegenwärtig und emotional erfahrbar. Mit diesem Rezept dürfte es Knopp erneut gelingen, ein breiteres Publikum zu erreichen.

Daß unkritische oder unkommentierte Auslassungen von Zeitzeugen ihre Tücken haben können, belegt freilich ein Zitat eines britischen Offiziers, der das westalliierte militärische Fiasko im niederländischen Arnheim Ende September 1944 als „Deutschlands größte Niederlage“ (Knopp, *Die Befreiung*, S. 182) deutet. Vermutlich hat der Brite recht, wenn er äußert, daß bei einem erfolgreichen Durchbruch der Westalliierten der Krieg zu Weihnachten 1944 hätte beendet werden können und eine Million deutscher Soldaten überlebt hätte. Doch seine weitere Aussage, daß nämlich dann die Sowjetunion „vielleicht niemals in der Lage“ gewesen wäre, „ihre Herrschaft in Ostdeutschland zu etablieren“ und es daher „vielleicht [...] auch keine Berliner Mauer gegeben“ (ebd.) hätte, ist schlicht falsch. Denn zu diesem Zeitpunkt (September 1944) hatten sich die späteren Siegermächte bereits über eine Zonenaufteilung Deutschlands verständigt. An der territorialen Gestalt des Deutschen Reiches und der späteren politischen Entwicklung hätte sich mit größter Wahrscheinlichkeit also auch bei einem schnelleren westalliierten Durchbruch nichts Wesentliches geändert.

Solche Kleinigkeiten mindern keineswegs die Qualität der beiden Bände. Es sind die bereits im Titel markierten Unterschiede, die besonders auffällig sind und Interesse beanspruchen dürfen: Das Kriegsende im Westen überschreibt Knopp als „Befreiung“, dasjenige im Osten hingegen nur als „Sturm“. Wer hofft, daß Knopp in seinen Einleitungen oder im jeweiligen Schlußkapitel diese markante Unterscheidung erklären würde, sieht sich enttäuscht; die unterschiedliche Titelwahl bleibt unkommentiert. Im Band „Kriegsende im Westen“ geht Knopp immerhin in der Einleitung und im Schlußkapitel auf die Bezeichnung „Befreiung“ ein. Er sieht sie – was leicht nachzuvollziehen ist – als Befreiung Westeuropas von der (Militär-)Diktatur des Dritten Reiches und mit Blick auf die Deutschen als Befreiung „wider Willen“ (Knopp, *Befreiung*, S. 11). Zustimmung zitiert er eingangs und noch einmal am Ende des Bandes aus der bekannten Weizsäcker-Rede, wonach der 8. Mai 1945 „ein Tag der Befreiung“ gewesen sei. Diese „weithin akzeptierte Formel“ läßt Knopp allerdings nicht losgelöst vom weiteren Inhalt dieser Rede stehen. So wird deutlich, daß es um die Befreiung von der „nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ ging und daß „niemand“ die „schweren Leiden“ jener vergessen wolle, die erst nach dem 8. Mai begannen. Man dürfe eben nicht „im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit“ (S. 12) sehen, sondern im 30. Januar 1933.

Im Band „Der Sturm“ vermeidet Knopp dagegen jeden Bezug zur These von der „Befreiung“. So gewinnt man den Eindruck, daß für ihn die in der Tat sehr ausdeutbare Weizsäcker-Formel nur für den deutschen Westen und selbstredend für Westeuropa Gültigkeit hat. Indirekt bestätigen dies Knopp und seine Autoren tatsächlich immer wieder im Text selbst. Zum Beispiel dann, wenn etwa Knopp im Vorwort erklärt, daß

am Todestag Hitlers die kommunistische „Gruppe Ulbricht“ bei Küstrin landete – und zwar als „Schlangenei des späteren DDR-Regimes“ (S. 10). Der Hinweis auf die Errichtung der zweiten deutschen Diktatur läßt zumindest auf die eine Überlegung schließen: daß nämlich die kommunistische Diktaturdurchsetzung im Osten – unter Anleitung und Kontrolle der sowjetischen Besatzungsmacht – der Demokratiegründung im Westen diametral gegenüberstand, die wiederum ihren stärksten Rückhalt in den anglo-amerikanischen Besatzungsmächten fand. Das demokratische Argument scheint mitentscheidend dafür gewesen zu sein, daß Knopps Team von der Befreiungsformel Abstand genommen hat.

Ein zweiter und vermutlich schwerer wiegender Grund dürfte für ihn im sowjetischen „Sturm“ selbst gelegen haben: Was sich zwischen Oktober 1944 und Mai 1945 als Kriegsende in Ost- und Mitteldeutschland abgespielt hat, wird von Knopp durchaus zutreffend nicht nur als eine Abfolge von militärischen Siegen der Roten Armee, sondern auch als eine permanente Kette von Vergewaltigungen, Deportationen, Vertreibungen, Erschießungen und Verwüstungen markiert. Die Zeitzeugen, die Knopp gerade für diese Exzesse aufbietet, sprechen wohl eine zu deutliche Sprache, als daß er die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten als „Befreiung“ deklarieren mochte. Welche interpretatorischen Zweifel Knopp beschlichen haben müssen, wird bei der Schilderung des weiteren Schicksals von Michael Wieck überdeutlich: Der deutsche Junge jüdischer Herkunft wollte nach Jahren der Angst und Demütigung tatsächlich „befreit“ werden. Doch nach der Eroberung Königsbergs erlebte er stattdessen dieselbe Welle der sowjetischen Gewalt, die sich gegen die christlichen Deutschen richtete. Er kam in ein Lager und überstand „Terror und Hunger“ nur „durch ein Wunder“ (S. 114).

Derartige Schicksale mögen Knopp dazu bewogen haben, den erbitterten Widerstand der Wehrmacht an der Ostfront nicht als ebenso sinnlos wie den an der Westfront zu charakterisieren. So verwundert es nicht, wenn er einen der späten Gegenangriffe des deutschen Ostheeres als „eine letzte Rettungstat“ (S. 205) bezeichnet: Der Vorstoß der 12. Armee Walther Wencks von Ende April 1945 galt tatsächlich bereits eingeschlossenen Einheiten der 9. Armee, des weiteren Tausenden Flüchtlingen und Verwundeten, die erst durch diese Aktion hinter die amerikanischen Linien gelangten. Im Ganzen betrachtet haftet Knopps Werken in der Frage der Interpretation des Kriegsendes etwas Unentschiedenes an. Auch wenn er es so deutlich nicht sagt: Er nähert sich der These Andreas Hillgrubers, wonach das „deutsche Ostheer [...] in einem ganz elementaren Sinne die Menschen in eben diesen preußisch-ostdeutschen Provinzen“ schützte, „denen im Falle einer Überflutung ihrer Heimat durch die Rote Armee [...] ein grauenvolles Schicksal drohte“. ⁷ Immerhin läßt es Knopp mit dieser Sicht nicht einfach be-

7 Andreas Hillgruber, Der Zusammenbruch im Osten 1944/45 als Problem der deutschen Nationalgeschichte und der europäischen Geschichte, in: Ders., Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Berlin 1986, S. 65.

wenden. Die tiefe Tragik der Situation in Ostdeutschland wird deutlich bei der Beschreibung, wie noch Anfang 1945 das Morden im KZ Stutthof (in der Nähe Danzigs) weiterging. Das deutsche Ostheer schützte eben nicht nur „im elementaren Sinne“ deutsche Menschen vor der Rache der Roten Armee, sondern auch das mörderische KZ-System des Dritten Reiches.⁸

3. Befreiung im Osten? Die Abrechnung von Hubertus Knabe

Von Unentschiedenheit ist bei Knabe hingegen nichts zu spüren. Der wissenschaftliche Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der ähnlich wie Knopp ein feines Gespür für Jubiläen hat⁹, präsentierte seine Sicht auf „Das Kriegsende in Ostdeutschland“ im März 2005 – wenige Wochen vor dem 60. Jubiläum des 8. Mai. Sein Buch möchte falsche Perspektiven und Interpretationen korrigieren. Dazu gehört für ihn in erster Linie die Bewertung des 8. Mai als „Tag der Befreiung“. Und so wendet er sich mit geradezu missionarischem Eifer gegen Weizsäckers Definition. Als Hauptargument bemüht er das Kriegsende in Ostdeutschland und die Errichtung der zweiten deutschen Diktatur. Knabe kann sich dabei auf Defizite des politischen Diskurses stützen, die er deutlich beim Namen nennt. Völlig zu Recht weist er darauf hin, daß sich im Osten Deutschlands das Kriegsende anders ausnahm als im Westen des Landes und daß die Geschichte nicht „auf den gemeinsamen Kampf der Alliierten“ (S.10) gegen das Dritte Reich „verkürzt“ werden darf. Daher ist der Hinweis richtig, die Sowjetunion sei nicht nur ein „Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges“ (S. 11) gewesen, sondern „selber eine blutige Diktatur“, die in den „ersten beiden Kriegsjahren sogar im Bündnis mit Deutschland gestanden hatte“. Es ist darüber hinaus eine Tatsache, daß der sowjetische Diktator Stalin ein „grausamer Tyrann“ und „kein Freiheitskämpfer“ war, der seinen „Sieg über Hitler nur dazu nutzte, halb Europa seinem eigenen Terrorregime zu unterwerfen“ (S. 10). Richtig, ja notwendig erscheint zudem der Hinweis, daß „Freiheit und Demokratie damals nur im Westen Einzug hielten“ (S. 11), im Osten hingegen eine neue Diktatur.

Diese Tatsachen, die in der gesamtdeutschen Publizistik mitunter etwas zu kurz kommen, nutzt Knabe als eine Art Leitfaden für sein Werk: In drei großen Themenkreisen widmet er sich den „Schrecken der Eroberung“, der „Säuberung der Ostgebiete“

8 Von Tragik spricht in seinem Aufsatz auch Hillgruber und nennt in diesem Zusammenhang das KZ Stutthof, das „bis zuletzt als Symbol für den Wesenskern des nationalsozialistischen Regimes erhalten blieb“ (ebd., S. 39). Auf der anderen Seite, und das war die zentrale Aussage Hillgrubers, bleibe für den Historiker „nur eine Position“: „Er muß sich mit dem konkreten Schicksal der deutschen Bevölkerung im Osten und mit den verzweifelten und opferreichen Anstrengungen des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine im Ostseebereich identifizieren“ (ebd., S. 24).

9 Pünktlich zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 erschien sein Buch: Hubertus Knabe, 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, Berlin 2003.

und dem „Weg in die SED-Diktatur“. Dabei berichtet er fortlaufend von den „Plünderungen und Zerstörungen“, den „Massenvergewaltigungen“, den „Liquidierungen“, dem „Los der Kriegsgefangenen“, den „Massenverhaftungen von Königsberg bis Breslau“, den „Verschleppungen in die Sowjetunion“ und vom „Terror gegen Andersdenkende“. Die Welle der Gewalt, die Knabe über Ostdeutschland zusammenschlagen sieht, konnte selbstredend nichts anderes bedeuten als eine Eroberung. Um Terror und Willkür emotional erfahrbar zu machen, entfaltet er immer wieder Zeitzeugenberichte, die zumeist das frühere Bundesministerium für Vertriebene und die Maschke-Kommission für deutsche Kriegsgefangene zusammengetragen haben. So ergibt sich schließlich das Bild des roten Terrors, das weit über die Darstellung Knopps hinausgeht. Nach Knabe „kennzeichneten“ demnach nicht „individuelle Racheakte“, sondern vielmehr „Völkerhaß und Klassenhaß [...] die Übergriffe beim Vormarsch der Roten Armee nach Deutschland“ (S. 71). So nimmt es nicht wunder, daß er „Züge eines Genozids“ (S. 70) zu erkennen glaubt.

Einer derart undifferenzierten Bewertung stehen – erstaunlicherweise – äußerst schwache Belege gegenüber. Knabe operiert mit Zahlen und Hochrechnungen, die er entweder nicht nachweisen will oder kann. So berichtet er gleich an zwei Stellen seines Buches über die „schätzungsweise zwei Millionen Frauen und Mädchen“ (S. 9 und 56), die beim sowjetischen Vormarsch nach Deutschland vergewaltigt worden sind, ohne Belege zu liefern. Auch bei den von ihm genannten „Hochrechnungen“ über die „mindestens“ 100.000 vergewaltigten Frauen und Mädchen in Berlin (S. 84) erfährt der Leser nicht, woher der Autor diese Zahlen hat. Ähnlich sieht es mit den „vermutlich 75.000 bis 100.000“ (S. 57) umgebrachten Deutschen im Gebiet zwischen Oder und Neiße aus. Wer sich über das Kriegsende im Osten zuverlässiger informieren will, sollte zu den Standardwerken des amerikanischen Historikers Norman M. Naimark¹⁰ und seines deutschen Kollegen Manfred Zeidler¹¹ greifen. Ist es merkwürdig oder bezeichnend, daß Zeidlers Werk über das „Kriegsende im Osten“, das auf einer Fülle von deutschen Archivquellen und sowjetischen Dokumenten beruht, bei Knabe weder zitiert noch bibliographisch ausgewiesen wird?

Unter den Neuerscheinungen stellt Bernd-A. Rusineks Sammelband über das Kriegsende 1945 eine Alternative zur Knabe-Veröffentlichung dar. Vor allem Heinrich Schwendemanns kenntnisreicher Beitrag über den deutschen Zusammenbruch im Osten 1944/45 bietet einen ausgezeichneten Überblick über die militärische Situation und das bittere Schicksal der ostdeutschen Bevölkerung. Auch er konstatiert, daß „die bis dahin durch brutale Disziplin zusammengehaltene Rote Armee sich im Januar 1945 in einen Rausch der Gewalt hineinsteigerte, manche Verbände bald marodierenden Haufen glichen und oft infolge von Alkoholexzessen Gebäude, Dörfer und Städte mut-

10 Vgl. Norman M. Naimark, Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997.

11 Vgl. Manfred Zeidler, Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996.

willing niederbrannten“ (S. 136). Im Gegensatz zu Knabe macht er jedoch nicht den Versuch, „Völkerhaß und Klassenhaß“ als Ursachen der sowjetischen Übergriffe zu bemühen und das Vorgehen der Roten Armee gar als tendenziellen Genozid zu überhöhen. Anders als Knabe, der das Bild einer „streng geführten“ (S. 63) Roten Armee vermittelt, in der „Vergewaltigungen und Plünderungen nach einigen Wochen verboten wurden – demnach also vorher erlaubt waren“ (S. 72), stimmen Schwendemann und Zeidler¹² darin überein, daß es lange vor Kriegsende sowjetische Disziplinierungsbefehle gegeben hat, die von der äußerst heterogenen und demoralisierten Truppe kaum befolgt worden sind.

Keht man noch einmal zu Knabes Ausgangspunkt zurück – zum „Tag der Befreiung“ –, den er so heftig bestürmt, dann wird dem Leser augenscheinlich, gegen wen sich sein Zorn eigentlich richtet. Es sind nicht so sehr Stalin und die Rote Armee – sie bilden nur das faktologische Gerüst für die schon eingangs entwickelte These. Es ist vielmehr Richard von Weizsäcker, der in seiner staatstragenden Rolle 1985 den 8. Mai völlig zu Unrecht zum gesamtdeutschen „Tag der Befreiung“ ausgerufen habe und deshalb von Knabe an den Pranger gestellt wird. Weizsäcker habe in seiner Rede ein „ziemlich verschwommenes Bild der Geschichte“ gezeichnet – „so unklar, daß man manche Passagen mehrmals lesen muß, um zu verstehen, was gemeint ist“. Mit „blumigen Formulierungen“ habe er vor allem „überdeckt“, daß es „östlich der Elbe 1945 eine wirkliche Befreiung nicht gegeben hatte“ (S. 30). Wer Weizsäckers Rede genauer liest, kann diesen Vorwurf so nicht stehen lassen. Der frühere Bundespräsident redete keineswegs abstrakt von einem „Tag der Befreiung“, wie eine Vielzahl schwadronierender Zeitgenossen nach ihm.

Für Weizsäcker geriet der 8. Mai erst in historisch-politischer Perspektive und besonders vor dem Hintergrund der freiheitlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu einem „Tag der Befreiung“, der „uns alle befreit [hat] von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“.¹³ Weizsäcker ist durchaus bewußt, daß dieser Tag im Jahr 1945 von der Mehrzahl der Deutschen nicht als Befreiung empfunden worden ist, und auch nicht empfunden werden konnte – schließlich kamen die alliierten Gegner nicht als Befreier, sondern als Sieger. Daß die Deutschen im Osten weniger an Befreiung gedacht haben mögen als diejenigen im Westen, kommt ebenfalls zur Sprache, wenn er davon spricht, daß gerade den Heimatvertriebenen „noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren“¹⁴ ist. Knabes Vorwurf an Weizsäcker, dieser habe den Freiheitsbegriff vom Befreiungsbegriff gelöst, geht ebenfalls fehl, konstatierte doch gerade der Bundespräsident im Jahre 1985, daß – im Gegensatz zur Bundesrepublik – „vielen Millionen

12 Vgl. ebd., S. 155 ff.

13 Bundespräsident Richard von Weizsäcker: Ansprache in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages am 8. Mai 1985, in: Berichte und Dokumentationen der Bundesregierung, Bonn 1986, S. 18.

14 Ebd., S. 27.

Landsleuten“ in der DDR die „kostbare Chance der Freiheit [...] bis heute versagt“¹⁵ geblieben sei. Überdies wollte Weizsäcker den 8. Mai nicht nur als „Tag der Befreiung“ gelten lassen, sondern auch als „Tag der Erinnerung“, als „Tag des Nachdenkens“ und selbstverständlich als Tag der „bedingungslosen militärischen Kapitulation“,¹⁶ der er ja im Jahr 1945 im ganz handgreiflichen Sinne gewesen ist.

Die Spitze des Vorwurfs markiert Knabe aber mit seinem Satz: „Die friedliche Revolution vom Herbst 1989 war in dieser [Weizsäckers] Perspektive nicht vorgesehen“ (S. 30). Spätestens an dieser Stelle ist zu bezweifeln, ob der Berliner Historiker Weizsäckers Rede im vollen Wortlaut kennt. Denn sonst wäre ihm vermutlich aufgefallen, daß in der Rede des damaligen Bundespräsidenten über die Bemerkungen zur fehlenden Freiheit in der DDR hinaus auch die Teilung Deutschlands und des deutschen Volkes offen angesprochen und beklagt wurde. Demonstrativ bezog Weizsäcker Stellung, als er erklärte: „Wir Deutschen sind ein Volk und eine Nation. Wir fühlen uns zusammengehörig, weil wir dieselbe Geschichte durchlebt haben [...] Die Menschen in Deutschland wollen gemeinsam einen Frieden, der Gerechtigkeit und Menschenrecht für alle Völker einschließt, auch für das unsrige. Nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nimmt. Gerade daran mahnt uns das Ende des Zweiten Weltkrieges.“¹⁷ Dann folgt der Satz, der Knabes Vorwurf geradezu konterkariert: „Wir haben die Zuversicht, daß der 8. Mai nicht das letzte Datum unserer Geschichte bleibt, das für alle Deutschen verbindlich ist.“¹⁸

4. Besiegt, befreit, geschlagen: Die Zeitzeugen und ihre Erinnerungen

Jubiläen wie der 8. Mai 1945 befördern in der Regel nicht nur Zeitgeschichtskonjunkturen nach dem Vorbild Knopps oder Knabes, sondern ganze Schübe von Erinnerungswerken und Zeitzeugenanthologien. Schon 1995, zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, kamen mehrere solcher Bände auf den Markt, die zumeist Erinnerungen von bekannten Persönlichkeiten enthielten. Zehn Jahre später sahen sich mehrere Verlage wiederum veranlaßt, Zeitzeugenanthologien zu veröffentlichen, die mindestens teilweise auf älteren Publikationen beruhen. Die Auswahl der Zeitzeugen erfolgte in der Regel nicht willkürlich oder nach dem Zufallsprinzip; der Herausgeber eines solchen Bandes wählte Beiträge nach einem bestimmten – nämlich *seinem* – Vorverständnis aus, so daß auch hier von einer „objektiven“ Gesamtschau oder einem multiperspektivistischem Überblick nicht die Rede sein kann. Anders sieht es bei einem reinen „Augenzeugenbericht“ aus, der selbstverständlich nur eine einzige Meinung wiedergibt. Bei den in Rede stehenden Bänden kommen diese Aspekte mehr oder weniger zum Tragen.

¹⁵ Ebd., S. 26.

¹⁶ Ebd., S. 17 ff.

¹⁷ Ebd., S. 33 f.

¹⁸ Ebd., S. 34.

Für den von Peter Süß, einem Berliner Publizisten, herausgegebenen Band über „Erinnerungen aus sechs Jahrzehnten“ treffen gleich mehrere dieser Aspekte zu. Seine Anthologie umfaßt 22 Beiträge, die er nach folgenden Kriterien ausgewählt haben will: „Relevanz des Erlebten, Vielschichtigkeit und genaue Beobachtungsgabe bei der Erzählung, Eindringlichkeit ohne falsches Pathos, Emotion und Reflexion, Reichtum an Schattierungen“ (S. 14). Diese Kriterien führt Süß auf den Anspruch Heinrich Bölls zurück, Emotion und Aufklärung miteinander zu verbinden und im Einzelschicksal zu verdichten – und zwar so, wie es die erfolgreiche Fernsehserie „Holocaust“ verwirklicht habe. Der Titel des Bandes verweist auf den Umstand, daß die frühesten Texte bereits im Mai 1945 entstanden, andere in den Jahren unmittelbar danach, und einige wenige erst 2004. Bei der Mehrzahl der hier Versammelten handelt es sich um berühmte oder zumindest um bekannte Personen, die – wie Hannah Arendt, Erich Kästner, Karl Jaspers oder Hildegard Hamm-Brücher – einem breiten Publikum geläufig sind.

In seinem Vorwort weist Süß zu Recht darauf hin, daß der 8. Mai 1945 für die meisten Deutschen ein totaler „Zusammenbruch“ war und nur für eine Minderheit – die rassistisch und politisch Verfolgten – ein „Tag der Befreiung“ (S. 7 f.). Dieser Feststellung des Herausgebers stehen jedoch 22 Texte gegenüber, die 15 politisch und rassistisch Verfolgte, aber bloß sechs Mitläufer und lediglich einen damaligen Nationalsozialisten vereinen. Trotz der Diskrepanz spiegeln diese Texte immer noch ein hohes Maß an singulären Erfahrungen und Schicksalen wider. Die Spannweite wird besonders deutlich an den Lebenswegen des späteren Historikers Günther van Norden und der deutschen Jüdin Eva Ebner. Der „fromme Hitlerjunge“ Norden glaubt als Christ und HJ-Aktivist bis zum bitteren Ende an den „Endsieg“ und spielt sogar noch in dieser Phase mit dem Gedanken, Angehörige der eigenen Familie wegen NS-kritischer Äußerungen zu denunzieren. Erst einige Tage nach Kriegsende in Celle zerbricht seine jugendliche Gläubigkeit, als er mit Tausenden ausgemergelten Häftlingen des nahen Konzentrationslagers Bergen-Belsen konfrontiert wird, von denen ein Teil buchstäblich vor seinen Augen zusammenbricht und stirbt.

Für Ebner gerät dagegen der „Tag der Befreiung“ in Danzig zum Martyrium. Die damals 23jährige Tochter einer jüdischen Deutschen, die nur knapp den NS-Verfolgungen entgangen ist, wird Ende März 1945 Opfer der einmarschierenden Roten Armee. Sie, die – anders als Norden – befreit werden wollte, wird brutal mißhandelt und mehrfach vergewaltigt. Dann geschieht ein „Wunder“, das so nur wenige Vergewaltigungsoffer erlebt haben dürften: Nach wenigen Tagen wird Ebner als Zeugin der Anklage bestellt – und zwar von einem sowjetischen Militärtribunal, das die eigenen Vergewaltigten verurteilen will. Doch Ebner weigert sich, ihre Peiniger wiederzuerkennen, da sie trotz der Angst und der „vielen Wunden und Schmerzen“ an ihrer „menschlichen Würde nichts verloren hatte und daß es sich nicht lohnte, daß wegen dieser Vergewaltigungen auch nur ein einziger Mensch stirbt“ (S. 170). Ein solches Maß an Altruismus war allerdings untypisch für das Empfinden der allermeisten Deutschen, wie die Texte Hannah Arendts, Erich Kästners, Jürgen Kuczynskis und Hans Sahls belegen: Nach

Bombenkrieg, Vertreibung und Vergewaltigungen dominierte 1945 das Gefühl des eigenen Leidens und der eigenen Opferhaltung sowie der Versuch der Aufrechnung von Leid und Opfern.

Sieht man einmal von den Texten Ebners und Nordens ab, die als einzige Originalbeiträge besonderes Interesse beanspruchen dürfen, ist Kritik angebracht. Ärgerlich erscheint vor allem, daß der Herausgeber allein in acht Fällen auf Beiträge zurückgegriffen hat, die bereits in früheren Anthologien abgedruckt wurden, davon die Mehrzahl in Bänden zum 50. Jahrestag des 8. Mai. Ist Süß diesen Weg gegangen, weil er der einfachste war, um einen Teil der Beiträge rasch zu beschaffen? Der Eindruck einer schnellen Drucklegung verfestigt sich jedenfalls, wenn man sich die fehlende Systematik der Beiträge vergegenwärtigt. Was, um nur ein Beispiel zu nennen, hat eigentlich den Herausgeber veranlaßt, den auf höherem Niveau reflektierenden Beitrag Hannah Arendts aus dem Jahre 1950 zwischen Tagebuchnotizen Ruth Andreas-Friedrichs und Erich Kästners aus den Mai-Tagen 1945 einzuordnen?

Immerhin ist Süß zugutezuhalten, daß er in die einzelnen Texte mit einleitenden biographischen Bemerkungen einführt. Unbedingt zuzustimmen ist ihm auch in dem Grundsatz, manch „widersprüchliche Debatten“ um Daniel J. Goldhagen, Norman G. Finkelstein oder Jörg Friedrich einfach auszuhalten, und sie als „erfreuliche Pluralität und Unabhängigkeit der Diskussionen in der Bundesrepublik“ zu betrachten, die dazu beigetragen haben, „Vielfarbigkeit und Tiefenschärfe zu mehren“. Man dürfe es nicht „beklagen“, daß das „Pendel mal in die eine, mal in die andere Richtung ausschlägt – Geschichtsinterpretation ist immer auch Revision, und jede Generation von Forschern hat andere Erkenntnisinteressen und schafft eigene Deutungen“ (S. 11 f.).

So viel Gelassenheit im Umgang mit der eigenen Geschichte mag der Historiker Karlheinz Weißmann nicht aufbringen. In seinem Buch geht es ihm darum, die Deutschen als „die Besiegten [...] in der Stunde des Zusammenbruchs“ darzustellen. Der Leiter des nationalkonservativen „Instituts für Staatspolitik“ (IfS), der in der Vergangenheit mit Werken über das Dritte Reich und den nationalen Sozialismus in Deutschland hervorgetreten ist, hat dazu eine Fülle an Zeitzeugenberichten vereint, die durchaus beeindruckt. Die auf 312 Seiten ausgebreiteten Dokumente sind einzig Zeugnisse des Besiegteins und der Niederlage. Liegt bei Peter Süß der Schwerpunkt eher auf der Perspektive der Befreiung, womit er nicht die deutsche Mehrheitsperspektive 1945 kennzeichnet, dreht sie Weißmann nicht nur einfach um, sondern blendet sie gänzlich aus. Schon die Kapitelüberschriften sprechen eine deutliche Sprache: Nach Weißmanns Einleitung erscheint als eigenes Kapitel der „Abschiedsbrief eines Besiegten“, danach folgen „Endkampf“, „Besetzung“, „Kriegsgefangene“, „Internierung“, Vertreibung“, „Verschleppung“, „Interregnum“ und „Siegermacht“. Jedem der Kapitel hat Weißmann einen thematischen „Überblick“ vorgeblendet und in Alfred de Zayas, dem früheren Sekretär des UNO-Menschenrechtsausschusses, einen Völkerrechtsexperten gefunden, der ihm ein Vorwort beigegeben hat.

In seiner 20-seitigen Einleitung erläutert der Historiker den Zweck seiner Zeitzeugenanthologie. Er möchte mit dem „Rückgriff auf die Quellen“ eine „wirklichkeitsnä-

here Vorstellung der damaligen Ereignisse“ geben, um das mittlerweile „beschnittene, verzeichnete und verzerrte“ Bild zu „korrigieren“ (S. 31). Von de Zayas unterstützt, gibt er zwar vor, kein „Gegen-Bild“ (S. 31) zur Befreiungsthese entwerfen zu wollen, tut dies aber tendenziell doch. Anders als Knabe nutzt er allerdings die Quellen nicht in erster Linie als pure Munition, um mit dem „Mythos“ der Befreiung abzurechnen. Ihm geht es mehr um eine quellengesättigte Abwehr der – angeblichen – „Zivilreligion“ Befreiung, die als „Totalisierung einer Interpretation“ (S. 31) den Tatsachen (S. 22) kaum standhalten könne. An die Adresse der zahlreichen Verfechter einer Befreiungsthese gewandt, erklärt er ironisch: „da die Befreier ausdrücklich nicht als Befreier kamen, die Befreiung nirgends die Kennzeichen einer Befreiung aufwies und die Befreiten sich nicht als Befreite fühlten, muß es hinter dem Schleier der Tatsachen eine andere Realität geben“ (S. 16 f.).

Weißmanns Hinweise, daß sich die Rote Armee plündernd und vergewaltigend im deutschen Osten Bahn brach und sich auch die Westalliierten als Sieger und Besatzer gerierten, denen nicht nur an der Ausschaltung des mörderischen NS-Regimes, sondern auch des Deutschen Reiches als „konkurrenzfähiger Großmacht“ (S. 20) gelegen habe¹⁹, und sich überdies nur eine Minderheit der Deutschen, nämlich die politisch und rassisch Verfolgten tatsächlich befreit gefühlt hätten, entsprechen durchaus den Tatsachen. Unerwähnt bleibt jedoch, daß die Alliierten schon im Sommer 1945 im Potsdamer Abkommen von einer Demokratisierung Deutschlands sprachen, die freilich nur in den Westzonen Gestalt annehmen konnte. Dies und die plumpe Formel vom „Tag der Befreiung“, wie sie oftmals die politische Publizistik durchzieht, scheinen Weißmann den Blick auf den Prozeßcharakter zu verstellen, den Weizsäcker im Sinn gehabt hatte, als er davon sprach, daß erst nach jahrzehntelanger demokratischer und freiheitlicher Entwicklung der Bundesrepublik die Mehrzahl der Westdeutschen erkannte, daß ihre zwangsweise Befreiung vom NS-Gewaltregime am 8. Mai 1945 den Grundstein für eine positive Entwicklung bildete – und nicht den Beginn für eine vielleicht zuerst befürchtete Versklavung.

In seiner Auseinandersetzung mit dem „Tag der Befreiung“ als einer Staatsideologie der SED gelangen Weißmann dagegen wichtige Einwürfe, die geeignet sind, vor einer tagespolitischen Simplifizierung abzurücken. Schon die frühe begriffliche Prägung durch die KPD/SED deutete den „Sieg der Roten Armee als nachgeholte Revolution der Arbeiterklasse“ (S. 15) um. In dieser Sicht erschien das nationalsozialistische Gewaltregime als „eine Art Fremdherrschaft, die von der Bevölkerung nur mit Zähneknirschen geduldet wurde“. Die „systematische Ersetzung des Begriffs ‚deutsch‘ durch ‚faschistisch‘“ habe dieser Sicht entsprochen; überdies sei mit der Schuldigsprechung einer „sozial genau abgrenzbaren Minderheit“ („faschistische Clique“, „Reaktion“) die

19 Hier zitiert Weißmann Ekkehart Krippendorf, Moralische versus realpolitische Beurteilungen zum 8. Mai, in: Ulrich Albrecht/Elmar Altwater/Ekkehart Krippendorf (Hrsg.), Zusammenbruch oder Befreiung? Zur Aktualität des 8. Mai 1945, Berlin 1986, S. 26-31, hier S. 29 f.

Verantwortung der breiten Masse des Volkes überhaupt nicht berührt worden. Wenn Weißmann in diesem Kontext von einer „Exkulpation des Volkes“ spricht, die den „Begriff der ‚Befreiung‘ in Westdeutschland eigentlich verdächtig [hätte] machen müssen“ (S. 15 f.), ist ihm im Sinne einer stärkeren Sensibilisierung nur zuzustimmen.

Was seine Quellenauswahl betrifft, so vermittelt sie – trotz aller interessengeleiteten Absicht – ein durchaus zutreffendes Bild von der breiten Masse der Deutschen, die sich als Ausgebombte, Vertriebene, Kriegsgefangene, Internierte oder einfach nur als Überlebende einer existentiellen Herausforderung gegenüberstehen. Neben einer ganzen Reihe eindrucksvoller Dokumente findet sich der Bericht einer englischen Journalistin, die vom alltäglichen amerikanischen Rassismus erzählt, der betroffene Deutsche und die von den weißen Amerikanern gleichfalls diskriminierten „Neger-Soldaten“ zusammenrücken ließ. Eindrucksvoll – wenn auch verblendet ideologisch – erscheint zudem der „Abschiedsbrief eines Besiegten“, der in Weißmanns Buch durch Abdruck des Faksimiles und einer Abschrift den Rang eines eigenständigen Kapitels erhält. Der Besiegte, um den es hier geht, ist freilich kein deutscher Landsr, der bis zuletzt die Festung Breslau gegen die heranstürmende Rote Armee verteidigte, sondern ein 16jähriger Kindersoldat, der Ende Februar 1945 als ausgebildeter „Werwolf“ hinter den amerikanischen Linien abgesetzt und wenig später gefangengenommen wurde. Kurz vor seiner Exekution im Juni 1945 durfte er seinen Eltern einen Brief zukommen lassen, aus dem die pure nationale Leidenschaft spricht. Was er tat, habe er nicht für eine Regierung getan, „die uns verraten und betrogen hat“, sondern „in der gläubigen Hoffnung, meinem geliebten deutschen Vaterland und meinem Volke zu dienen“ (S. 37). Sieht man einmal davon ab, daß diese Zeilen Wochen nach dem Abgang der NS-Führungselite geschrieben wurden und damit nichts über die vermutliche Führergläubigkeit des Verurteilten bis April 1945 aussagen, so stellt sich doch die Frage, welche Intention der Herausgeber mit der Auswahl eines solchen Dokumentes verfolgt. Will er einen verhetzten Kindersoldaten, den letztlich das NS-Regime auf dem Gewissen hat, als jugendlichen Heroen präsentieren? Säge so sein Leitbild vom deutschen „Besiegten“ des Jahres 1945 aus, wäre dies peinlich.

Nicht verwunderlich, denn symptomatisch für den Band, ist das Fehlen eines Kapitels über den deutschen Neuanfang, der in den vier Besatzungszonen von Anfang an verschiedene Formen annahm. Zwar verbreitet sich Weißmann in der Einführung seines letzten Kapitels „Siegermacht“ über deutsche Helfershelfer (Adenauer) oder Kollaborateure (Ulbricht) der Alliierten, doch spart er den Übergang vom gleichgeschalteten NS-Staat zum System der Militärregierungen mit Anfängen demokratischer Selbstverwaltung wohlweislich aus. Spontan entstandene deutsche Ausschüsse, Parteigründungen oder erste programmatische Entwürfe spielen keine Rolle. Der Auftritt von „Befreiten“ hätte wohl nur das Gesamtbild der „Besiegten“ gestört. Das ist zumindest punktuell erstaunlich, läßt Weißmann doch in seiner Einleitung mit Kurt Schumacher einen Kronzeugen gegen die „Kollektivschuldthese“ auftreten, der bereits am 6. Mai 1945 in Hannover den ersten deutschen Nachkriegsortsverein der SPD begründete und dort auch erstmals sein granitenes Programm vorstellte – übrigens ohne Zutun der Alliierten.

Redet Weißmann einer nationalkonservativen Grundierung der deutschen Geschichte das Wort, nähert sich der Spotless-Verlag aus radikaler linker Sicht den Ereignissen. Im Jubiläumsjahr 2005 legte der Verlagschef Klaus Huhn, ein früherer Sportjournalist der DDR, mehrere Veröffentlichungen vor. So erhielt der 1990 abgewickelte Sektionsdirektor für Marxismus-Leninismus an der PH Dresden, Horst Schneider, die Möglichkeit, mit „denunziatorischem“²⁰ Eifer ostdeutsche Gedenkstätten zu diskreditieren, die sich seit mehreren Jahren u.a. den früheren sowjetischen Lagern in Bautzen und Berlin-Hohenschönhausen widmen.²¹ Die Auffassung, daß in der DDR 1989/90 die „Konterrevolution“ (S. 4) siegreich gewesen sei, vertritt jedoch nicht nur der „Historiker im Rang eines Professors“, der „auch bei politisch Andersdenkenden Ansehen“²² genieße; Karl Harms, der Herausgeber des schmalen Bändchens „Das Ende“, dürfte in ebensolchen Kategorien denken, wie die Lektüre dieser „imponierenden Sammlung an Dokumenten und Meinungen“ (so der Klappentext) nahelegt.

Harms' Zeitzeugenanthologie möchte vor allem eines: den gebührenden Anteil der Roten Armee am Sieg der Anti-Hitler-Koalition herausstreichen und der falschen „Tragik“ von Hitler und Goebbels im Film „Der Untergang“ „entgegenwirken“ (S. 7). Er entledigt sich seiner selbstgestellten Aufgabe mit einer Fülle an Zitaten aus Erinnerungswerken früherer sowjetischer Generäle, Publizisten und Schriftsteller, die auch schon vor 1989 im Geschichtsunterricht der DDR ihren „gebührenden“ Platz einnahmen. Vereinzelte Zitate der Brüder Mann, von Bertolt Brecht und Hildegard Knef sollen im Gesamtkontext wohl so etwas wie einen pluralistischen Anstrich vermitteln. Daß in diesem Bild die – natürlich – völlig uneigennützig agierenden „antifaschistisch-demokratischen Kräfte“ der „Gruppe der Beauftragten des ZK der KPD“ (S. 70, so übrigens auch die Sprachregelung vor 1989!) nicht fehlen dürfen, versteht sich von selbst. Sieht man einmal von verzeihlichen Fehlern ab wie dem, daß nicht Paul, sondern Ernst Tillich nach 1945 in der „Westberliner Politszene eine wichtige Rolle“ (S. 73) spielte, so darf vermutlich nur das Kapitel „Der Unterschied“ eine gewisse Originalität beanspruchen: In diesem Abschnitt stellt Harms die deutschen Pläne für eine Liquidierung Leningrads 1941 den sowjetischen Entscheidungen für das ernährungspolitische Überleben Berlins 1945 gegenüber.

Das geistige Profil des Herausgebers wird vollends deutlich, wenn er sich im letzten Kapitel „Standorte der Geisteshaltung“ zum Massenphänomen der Vergewaltigungen äußert. Da er im Hauptteil seines Bandes einen „Unsystematischen Kalender der Schlacht um Berlin“ erstellt hat, kann er dieses heikle Thema nicht rundweg aussparen. So greift er zum Mittel der Vorwärtsverteidigung und wirft „den Medien“ und „einigen Historikern“ vor, immer wieder mit „altbekannten Thesen“ das „Schock-Thema aufzufrischen“ (S. 88), um so vom eigentlichen Sujet, dem sowjetischen Sieg, abzulenken.

20 So Karl-Wilhelm Fricke, Geschichtsrevisionismus aus MfS-Perspektive. Ehemalige Stasi-Kader wollen ihre Geschichte umdeuten, in: Deutschland-Archiv 39 (2006), S. 494.

21 Vgl. auch Horst Schneider, Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari), Berlin 2005.

22 So unfreiwillig komisch Verlagschef Klaus Huhn in seinem Vorwort zu Schneider (FN 21), S. 3.

Harms greift nicht nur das anonym veröffentlichte Buch „Eine Frau in Berlin“ als „antikommunistisches Kreuzfahrtschiff“ an, das er mit dem Hinweis auf die mögliche Verfasserin („eine Journalistin aus dem Goebbels-Korps“, S. 89) abtut. Er geht noch einen Schritt weiter und identifiziert sich mit einem Artikel Rudolf Herrnstadts, der am 19. November 1948 im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ erschien. Der Artikel, den Harms fast vollständig wiedergibt, hat ein Thema: den sowjetischen Einmarsch und die fast ausnahmslose Mitläuferrolle der deutschen Arbeiterschaft bis 1945.

Herrnstadts Ausgangspunkt, das Rumoren an der Genossenbasis infolge des Auftretens der Roten Armee, wird mit dem Beispiel eines deutschen kommunistischen Sympathisanten umschrieben, dem beim Einzug „eines über den Schädel“ gezogen und das Fahrrad genommen wurde. Nicht nur, daß der Roten Armee für ihr Vorgehen Absolution erteilt wird („woran sollte ihm die Sowjetarmee“ den „fortschrittlichen Menschen ansehen? Am Schlips?“, S. 91). Gegen die „deutsche Arbeiterklasse“ wird gleich der Generalvorwurf erhoben, nicht gekämpft zu haben, auch dann nicht, als der „überlegene Bundesgenosse“ (gemeint ist die Rote Armee) schon in Berlin stand. Auch der deutsche kommunistische Sympathisant habe nicht gekämpft – deshalb habe er in den „Vorgängen, die er sah“, eine „Niederlage“ gesehen, und keinen „welthistorischen Sieg der Arbeiterklasse“, um den es sich „in Wahrheit“ handelte. Die Armee, die er sah, war ihm „unheimlich“, weil sie von dorthier kam, „woher er nicht kam, nämlich aus dem Klassenkampf in seiner erbittertsten, wildesten Form, aus dem Freiheitskampf eines überfallenen Volkes“ (S. 93). Die zentrale Frage allerdings, die weder Herrnstadt noch Harms beantworten wollen, ist am Ende doch die, ob – neben kleinen Kopfblessuren und Fahrraddiebstählen, die (selbst) KPD-Anhänger erlitten – auch Massenvergewaltigungen Ausfluß eines „Klassenkampfes in seiner erbittertsten, wildesten Form“ gewesen sein mögen? Wenn ja, müßte Harms „den Geist des Fortschritts und der Menschenwürde“ (S. 94) neu definieren.

Interessant ist an Harms' Buch etwas völlig anderes – der Verzicht auf das eher linke Signalwort „Befreiung“. Sowohl im Titel als auch im Text spricht der Herausgeber lieber vom „Ende“, vom „Finale des Zweiten Weltkrieges“ oder in zustimmender Weise vom „welthistorischen Sieg der Arbeiterklasse“, der durch den Vorstoß der Roten Armee nach Deutschland errungen worden sei. Wollte Harms damit zum Ausdruck bringen, daß es zwar Befreier in Gestalt der Sowjets gegeben habe, aber keine ernstzunehmende Zahl an Deutschen, die sich befreien lassen wollten? Die Antwort, die ein bißchen an Weißmanns Argumentation erinnert, liegt auf der Hand, wenn man sich noch einmal das „Herrnstadt-Kapitel“ in Erinnerung ruft: Es gab in der Tat keinen größeren Teil des deutschen Volkes (nicht einmal *die* Arbeiterklasse!), der die Rote Armee mit offenen Armen empfing. Insofern ist Harms' Entscheidung konsequent und bricht zumindest im nachhinein mit der kanonisierten Deutung der DDR.

Ähnlich wie Harms möchten Stefan Doernberg und Jelena Rshewskaja „Hitlers Ende ohne Mythos“ beschreiben. Auch hier wird das Argument bemüht, daß der Film „Der Untergang“ dem „berüchtigten Mythos von der Alleinschuld Hitlers merklich Vor-schub“ geleistet habe und „keine Antwort auf die zentrale Frage biete[t], warum die

nationale Katastrophe ein solches Ausmaß annehmen mußte“ (S. 9). Um es vorwegzunehmen: Diese „zentrale Frage“ kann dieses Buch nicht beantworten; aber es ist zumindest der ernstzunehmende Versuch, die letzten Kriegstage in Berlin und den Tod Hitlers aus der Sicht eines Zeitzeugen zu rekonstruieren. Die Zeitzeugin, Jelena Rshewskaja, war im April 1945 als Leutnant der 3. sowjetischen Stoßarmee am Sturm auf Berlin beteiligt. Die damals 26jährige hatte Philologie und Philosophie studiert und eine Kriegsdolmetscherausbildung absolviert. Als Dolmetscherin gehörte sie zu einer „speziellen Gruppe der Spionageabwehr, die den Auftrag hatte, Hitler zu finden – tot oder lebendig“ (S. 6). Zudem sollte sie die Todesumstände des deutschen Diktators untersuchen helfen. Stefan Doernberg, der sich entschloß, den Zeitzeugenbericht herauszubringen und mit einer Einleitung zu versehen, war ebenfalls als Dolmetscher auf sowjetischer Seite dabei. Er dolmetschte ab 30. April 1945 die Kapitulationsverhandlungen zwischen Roter Armee und Berliner Garnison. In seiner Einleitung würdigt der spätere Historiker und DDR-Diplomat den Zeitzeugenbericht als eine „echte Primärquelle mit besonderer Bedeutung“ (S. 17).

In der Tat ist Rshewskajas Schrift mehr als nur ein trockener Bericht über ihre Erlebnisse zwischen dem 29. April und dem 10. Mai 1945. Man merkt es ihr an, daß sie später schriftstellerisch tätig wurde, denn der Text hat literarische Qualität: Mit ihrem temporeichen Stil und vielen geistreichen Zwischentönen nimmt sie den Leser mit auf eine einwöchige Suche nach Adolf Hitler, den sie letztlich nur in seinen Überresten aufspüren kann. Es war Stalin selbst, der diese Suche in Auftrag gab, um eine Flucht oder Unkenntlichmachung seines größten Gegenspielers auszuschließen. Wie die Gruppe um Rshewskaja eine „heiße“ Spur nach der anderen verfolgt, mit gefangengenommenen Adjutanten, Fahrern und Ärzten spricht, Hitlers Zähne im Garten der Reichskanzlei entdeckt und diese in aufwendigen Verfahren mit den ehemals behandelnden Ärzten und deren Unterlagen abgleichen kann, weist stellenweise Züge eines Politthrillers auf. Letztlich gelingt es der Gruppe doch, die Identität des deutschen Diktators nachzuweisen und die Selbstmorddiagnose (Gift) zu stellen. Damit liegt jetzt neben den einschlägigen Moskauer Dokumenten zu Hitlers Tod ein Tatsachenbericht vor, der eindringlich beschreibt, wie es sich zugetragen hat.

5. Der Neubeginn im Vier-Zonen-Deutschland

Hitlers Tod und die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht eröffneten den Deutschen einen Neuanfang, auch wenn das, was sich da vor vieler Augen als Besetzung des eigenen Landes, als Trümmerstätten, Vertreibung, Schändung oder Hunger ausnahm, häufig nur mit „Zusammenbruch“ in Beziehung gebracht werden konnte. Wolfgang Benz, dem langjährigen Leiter des Antisemitismuszentrums an der TU Berlin, gebührt das Verdienst, mit seinem Band „Potsdam 1945“ einen Klassiker über „Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland“ geschrieben zu haben, der nach der Erstveröffentlichung 1986 nun schon in einer vierten aktualisierten Neu-

ausgabe vorliegt. An der Struktur des Buches hat sich nichts geändert: Nach einer von Benz besorgten Einführung ins Thema werden in einem ersten Teil verschiedene Schicksale entlang der Zäsur von 1945 geschildert, in einem zweiten zentralen Teil die alliierte Besatzungsherrschaft und der Neuaufbau des deutschen Institutionengefüges. Im Dokumententeil nimmt – wie der Titel des Bandes schon vorgibt – das Protokoll des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 einen hervorragenden Platz ein; gefolgt von Dokumenten zur Vertreibung und zur Neuausrichtung der evangelischen Kirchen sowie von Protokollen des Alliierten Kontrollrates und des süddeutschen Länderrates der US-Zone. Vervollständigt wird der Band durch kleinere Kapitel zu „Forschungsstand und Literatur“ und zur „Quellenlage“ sowie durch eine die Jahre 1939 bis 1949 abbildende Zeittafel.

Das Buch hat also eher den Charakter eines Nachschlagewerkes, vor allem für Schüler und Studenten wie überhaupt für verschiedene Multiplikatorengruppen. Das kommt nicht zuletzt durch den ersten Teil zum Ausdruck, in dem Benz anhand dreier Einzelschicksale verschiedene Wege aus dem Dritten Reich ins Vier-Zonen-Deutschland plastisch nachzuvollziehen versucht. So z.B., wenn das Schicksal einer aus Nürnberg stammenden Studentin der Prager Karls-Universität am Kriegsende beschrieben wird, die – als mehr oder weniger Unpolitische – schließlich zu Fuß [!] und unter erbärmlichen Strapazen in die Heimat zurückfinden muß. Oder im Falle eines präzise beschriebenen „Nationalsozialisten im Kriege“, der als Jugendlicher den ersten Schliff in der HJ erhielt, später in einer SS-Division schwerverwundet wurde und nach 1945 über die Station eines britischen Internierungslagers sich nur schwer in die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft integrieren ließ. Am dritten Beispiel, der „Entnazifizierung eines Landgerichtsdirektors“, gelingt es Benz vorzüglich, den Karriereweg eines Spitzenbeamten nachzuzeichnen, der als Mitläufer noch 1940 NSDAP-Mitglied wurde und nach 1945 alle Mühen hatte, seine Entlassung aus dem Staatsdienst wieder rückgängig zu machen. Da dieser Weg nur über ein Spruchkammerverfahren führte, mußte er bis zu seiner Entlastung im Sommer 1947 warten. Den Ausschlag hatten die berühmten-berüchtigten „Persilscheine“ gegeben, die ihm schließlich die Karriere retteten.

Den zeitgeschichtlich orientierten zweiten Teil gruppiert Benz folgerichtig um die zweiwöchige Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945: Die Vorgeschichte eröffnet er mit einer Darstellung der alliierten Kriegsziele, die Fragen der territorialen und politischen Zukunft Deutschlands und das Problem der bedingungslosen Kapitulation des Hitler-Reiches betrafen. Nach dem Kapitel über den Zusammenbruch des Dritten Reiches und der bedingungslosen Kapitulation widmet er sich dem Aufbau der Besatzungsherrschaft, die ab Juni 1945 in Form eines gemeinsamen, aber nicht sehr kompetenzstarken Alliierten Kontrollrates in Berlin und von vier Militärregierungen die unterschiedlichen Besatzungszonen beherrschte. Der Schilderung der Potsdamer Konferenz folgt die Beschreibung des Neuaufbaus der deutschen Verwaltungen, der Parteien und Gewerkschaften, der Entnazifizierungspolitik der Alliierten und der Erziehung zur Demokratie durch so verschiedene Instrumente wie dem Bildungswesen und der Presse. Dabei wird deutlich, daß in fast allen diesen zentralen Fragen in der Sowjetischen Be-

satzungszone schon sehr bald andere politische Maßgaben und Überlegungen zu Buche schlugen als in den Zonen, die die drei westlichen Mächte kontrollierten und regierten.

Auch wenn Benz vor diesem Hintergrund die Konferenz „eher als Mißerfolg“ (S. 117) betrachtet, stellt doch für ihn das „Potsdamer Protokoll [...] die Magna Charta der Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland“ (S. 118) dar. Wenn man die hehren Ansprüche im Protokoll zum Maßstab macht, der Festschreibung der Demokratisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung und Demilitarisierung einen Eigenwert beimißt, mag dies so sein. Nur war schon den Zeitgenossen bewußt, daß unter der Formel der Demokratisierung der sowjetische Diktator wohl etwas anderes verstand als der amerikanische Präsident und die praktischen Konsequenzen unterschiedlich ausfallen würden. Eine ganz elementare Bedeutung erlangte die Konferenz jedoch für die Millionen Deutschen, die von der Zerstückelungspolitik der Alliierten direkt betroffen waren. Der in Potsdam formalisierten Vertreibung der Deutschen aus den deutschen Ostgebieten wie fast aus ganz Ostmitteleuropa widmet denn auch Benz einen Großteil seines Potsdam-Kapitels. Ausführlich und engagiert beschreibt er die Verhandlungen der großen Drei – UdSSR, USA und Großbritannien – über die polnische Westgrenze, die erst wenige Tage vor Konferenzende von den Angloamerikanern im Gegenzug zu einer Teilung des Reparationsgebietes auf der Ebene der Besatzungszonen akzeptiert wurde. Die verheerenden Auswirkungen dieser „abenteuerlichen Beschlüsse“ (S. 113) – letztlich die Teilung Deutschlands und die Vertreibung Millionen Deutscher – nennt Benz ungeschminkt beim Namen, ebenso die Versuche der angloamerikanischen Staatsmänner, im nachhinein durch „Verharmlosung“ des Potsdamer „Kompromisses“ eine „Beschwichtigung des [eigenen] Unbehagens“ (S. 113) zu bewirken.

Benz' Buch über die Potsdamer Konferenz sowie über ihre Vor- und Nachgeschichte macht deutlich, was für Konsequenzen eine falsch verstandene Appeasementpolitik hat, die vor den Zumutungen eines totalitären Regimes zurückweicht und dafür die Teilung Europas in Kauf zu nehmen bereit ist. Nach den Erfahrungen mit Hitlers Expansionspolitik der dreißiger Jahre hätten Großbritannien und die USA diesmal frühzeitig die nötige Härte demonstrieren müssen, um ihre – in der Atlantik-Charta 1941 niedergelegten – Ideale der Demokratie und Freiheit auch denen zugänglich zu machen, die nach Hitlers Totentanz die eigene nationale Unabhängigkeit zurückgewinnen wollten. Dies wäre auch ohne neuerlichen Krieg möglich gewesen, verfügten doch die USA im Sommer 1945 über strategische Möglichkeiten und eine Waffe, die sie in den Rang der ersten Supermacht katapultierte.

Was den Band von Benz betrifft, so bleibt als kritische Nachlese der Hinweis auf die zeitlich etwas „hinterherhinkenden“ Kapitel „Forschungsstand und Literatur“ und „Quellenlage“. Während die kommentierte Bibliographie den Stand der Erstauflage 1986 widerspiegelt (bis auf die letzten drei Literaturangaben), beschreibt die Quellenlage den Stand der Zweitaufgabe aus dem Jahr 1992. Eine – wünschenswerte – fünfte Auflage sollte mit einer aktuellen Kommentierung aufwarten können.

6. Der 8. Mai 1945 als Rezeptionsgeschichte

Mit dem Kriegsende im allgemeinen und dem Datum des 8. Mai 1945 im besonderen beschäftigen sich aus rezeptionsgeschichtlicher Sicht Bernd-A. Rusineks Sammelband und Peter Hurrelbrinks voluminöse Studie. Christoph Kleßmanns Aufsatz „Kriegsende – Dimensionen, Erinnerungen, Verdrängungen“, der in Rusineks Band den dritten thematischen Schwerpunkt eröffnet, widmet sich vor allem den „Gewalt- und Entwurzelungserfahrungen als Kontrast zur offiziösen Befreiungsrhetorik“ (S. 212) in Ostmitteleuropa. Der bekannte Zeithistoriker definiert dabei den Zeitraum des Kriegsendes aus der sozialgeschichtlichen Perspektive des zweiten „Bayernprojektes“ mit der Phase zwischen Stalingrad (1943) und Währungsreform (1948), was für die alte Bundesrepublik stimmig erscheint. Einleitend erklärt er, daß der „Epochenbruch von 1989/90 [...] mit dem Ende des Kommunismus in Europa zu einer deutlichen Verschiebung der Sichtachsen auf die Kriegs- und Nachkriegszeit und auch zu einer gewissen Relativierung der anderen Epochenzäsur von 1945 geführt“ (S. 211) habe.

Kleßmanns Hauptanliegen bilden die in Volkspolen und mehr noch in der DDR errichteten „Tabuzonen der öffentlichen Erinnerung“ in bezug auf die Gewalterfahrung durch die Rote Armee. Die kommunistische „Befreiungsrhetorik“ habe „zentrale Aspekte“ der polnischen Geschichte wie die Ausblutung und Niederschlagung des bürgerlichen Widerstandes ebenso ausgeklammert wie „brisante Fragen nach Antisemitismus, punktueller Kollaboration und ethnischen Konflikten“ (S. 212). Ähnliches konstatiert der Autor mit Blick auf das von der SED „befohlene Schweigen“ (S. 214) bei den millionenfachen Vertreibungs- und Vergewaltigungserfahrungen von Deutschen, die mit der „ausschließlichen Rhetorik der Befreiung“ zusammenprallten. Vor diesem Erfahrungshintergrund plädiert Kleßmann mit Bezugnahme auf Weizsäckers Rede dafür, den 8. Mai 1945 multiperspektivisch zu deuten – nämlich „auch“ als Tag der „Befreiung“ (S. 214).

Karola Fings Beitrag „Kriegsenden, Kriegslegenden. Bewältigungsstrategien in einer deutschen Großstadt“ nähert sich der Frage des frühen Umgangs mit der Zäsur von 1945 auf kommunaler Kölner Ebene. Für die Mehrzahl der Kölner verband sich das Kriegsende vom April 1945 nicht mit einem „politischen Gefühl der Befreiung“, sondern mit „Erleichterung“ (S. 222) und „beinahe schlagartig“ einsetzenden „Abgrenzungsstrategien“, welche die „Selbstdarstellung der Erlebnissgeneration auf Jahrzehnte prägen sollte“ (S. 224). Angesichts der eigenen 20.000 Luftkriegsopfer und der weiteren 20.000 Kölner Wehrmachtsgefallenen habe sich noch 1945 eine Haltung herausgebildet, die dem „Unrecht“ des Dritten Reiches eigenes Leiden und schon vollbrachte Sühne gegenüberstelle. Die „Renaissance des kölsch-katholischen Milieus“ (S. 227) unter Federführung des Ersten Oberbürgermeisters Konrad Adenauer und des Kölner Erzbischofs Joseph Frings habe weiterhin die Integration „aller Kölnerinnen und Kölner“ und die „Umdeutung der NS-Vergangenheit“ befördert, die auf dem „Boden des kölschen Lokalpatriotismus eine spezifische Kölner Widerstandslegende hervorbrachte“ (S. 228). Gemeint ist die These von der „widerständigen Gegenkultur“ des Kölsch-

Katholischen, die – unter Ausblendung des lokal-spezifisch Antisemitischen bis 1945 – die besonders starke Abwehrhaltung gegenüber dem Nationalsozialismus herauszustellen versuchte. Konkrete Verbrechen vor 1945 wurden so zu „Tabuzonen der Erinnerung“, ja mehr noch: „Täterschaft“, wie sie der Kölner Gauleiter Josef Grohe mit der Versorgung der Kölner Bombenopfer aus Raubgut der deportierten Kölner Juden verwirklichte, wurde auch Jahrzehnte später als „Hilfsbereitschaft“ wahrgenommen. In einem solchen Meinungsklima schien es folgerichtig, daß Grohe bis 1987 seinen „ruhigen“ Kölner Lebensabend genießen konnte.

Konzentriert sich Fings mit ihrer Kölner Rezeptionsgeschichte fast völlig auf die unmittelbare Nachkriegsgeschichte, so versucht Klaus Naumann mit seiner „Agenda 1945“ dem „Jahr des Kriegsendes im aktuellen Geschichtsdiskurs“ nachzuspüren. Als Aufhänger wählt er den 2004 in die Kinos gekommenen Film „Das Wunder von Bern“, der den Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 1954 durch die deutsche Nationalmannschaft über eine mit Kriegsende und Kriegsgefangenschaft verbundene Familiengeschichte erzählt. Anders als Millionen deutscher Zuschauer erscheint Naumann der Film und die ihm innewohnende Tendenz als verdächtig, ja anrüchig. Steht nicht die glattgezogene Story („mit viel Gefühl und Pathos, Patina und Kitsch“) für die Fußball-Erlösung einer vordem „gedemütigten Nation“ (S. 242)? Reiht sie sich nicht „nahtlos“ ein in den „laufenden Geschichtsdiskurs“, der von Günter Grass, Jörg Friedrich oder dem geplanten Vertriebenenzentrum bestimmt wird? Warum bloß hat der Regisseur des Films auf jene „zeitgeschichtlich bezeichnende Episode des Endspiels“ verzichtet, in der die deutsche Mannschaft, „alter Gewohnheit folgend, auf dem Berner Rasen die erste anstelle der dritten Strophe des Deutschlandliedes“ (S. 242) anstimmte? Vielleicht – so möchte man Naumann antworten – weil die Mannschaft gar nicht die erste Strophe intonierte, sondern ein Teil der deutschen Zuschauer.²³ Auch wenn sich der Autor am Schluß seines Beitrages doch nicht mehr so sicher ist, ob die „anschwellende Thematisierung deutscher Kriessopfer“ wirklich eine Bedrohung der „etablierten Erinnerungskultur“ (S. 249) bedeute, so hätte dem Beitrag etwas mehr Gelassenheit im Umgang mit der künstlerischen Gestaltung der Nachkriegsgeschichte besser getan.

Anders als die drei Autoren des Rusinek-Bandes, die sich der Erinnerungsthematik nur streiflichtartig nähern können, legt Peter Hurrelbrink mit seiner demokratietheoretischen Arbeit zur Rezeptionsgeschichte des 8. Mai eine komplexe Studie vor, die nicht nur den Blick auf beinahe 60 Jahre erinnerungspolitisches Geschehen richtet, sondern auch noch beide deutschen Staaten in die Untersuchung einbezieht. Hurrelbrink be-greift seine „Deutungsgeschichte“ des 8. Mai als „politisch-moralischen Diskurs“ (S. 14), in dem „Erinnerungsbereitschaft, Schuld- und Verantwortungsbewußtsein und Demokratiefähigkeit“ unmittelbar zusammengehören. Daher lautet seine zentrale

23 Vgl. Dirk Bitzer/Bernd Wilting, Stürmen für Deutschland. Die Geschichte des deutschen Fußballs von 1933 bis 1954, Frankfurt a.M. 2003, S. 230.

These, daß dem „politischen System eines nachdiktatorischen Staates und seiner Gesellschaft“ deshalb eine „demokratische politische Kultur dauerhaft nur in dem Maße“ zuwachse, „in dem kritischen Erinnerungen an die schuldhaftige Vergangenheit ebenso dauerhaft Raum gegeben wird“ (S. 33). Mit dieser These grenzt sich Hurrelbrink folgerichtig von Hermann Lübbes Plädoyer ab, wonach die „Nicht-Thematisierung der Vergangenheit zur Integration in das neue System“ (S. 31) der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich beigetragen habe.

Zwar ist Hurrelbrinks Werk nicht die erste Studie zum 8. Mai im deutschen Erinnerungsdiskurs, doch beeindruckt sie durch die Fülle an einschlägigen Quellen und Literatur. Zudem macht sie ernst mit ihrer Ankündigung, den gesamten Zeitraum abzudecken, und nicht – wie Jan-Holger Kirschs Buch – den Versuch, die Jahrzehnte vor dem 8. Mai 1985 als bloße Vorgeschichte abzuhandeln.²⁴ Basierend auf einem demokratietheoretischen Kapitel schlägt der Autor den Bogen von Erinnerungsbildern – der „biographischen Relevanz des 8. Mai 1945“ – zu den 1940er „formativen Jahren“ über die 1960er und 1970er Jahre bis zum 40. Jahrestag in der Bundesrepublik, den späten DDR-Entwicklungen und dem gesamtdeutschen Diskurs bis 2003. Daß in dieser chronologischen Darstellung die DDR-Diskurse randständig erscheinen, ist dem Autor nur zum geringen Teil anzulasten: Er ist sich bewußt, daß durch die Nicht-Existenz eines öffentlichen Diskurses in der DDR und der kommunistischen Kanonisierung des 8. Mai als Tag der Befreiung durch die „siegreiche“ Rote Armee eine „darstellerische Asymmetrie zugunsten der Bundesrepublik“ (S. 16) eintreten muß.

Hurrelbrinks Studie verdeutlicht, daß in der alten Bundesrepublik bis in die 1960er Jahre hinein der 8. Mai mehr als Niederlage und Zusammenbruch gedeutet worden ist, was der Gefühlslage von großen Teilen der betroffenen Generation entsprach. Für die frühen Jahre kommt er damit zu ähnlichen Ergebnissen wie Karola Fings auf lokaler Kölner Ebene, die Schuldabwehr und eigene Leiderfahrung als dominant beschrieb. Eine gewisse Sonderrolle billigt Hurrelbrink mit Theodor Heuss dem ersten Bundespräsidenten zu, der sich mehrfach zur Thematik äußerte. Als Mitglied des Parlamentarischen Rates sprach Heuss am 8. Mai 1949 erstmals von der „Paradoxie der Geschichte für jeden von uns“, „weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind“ (S. 69). Sechs Jahre später präzierte er dann die „Ambivalenz“ des historischen Tages, als er nunmehr von „militärischer Zertrümmerung“ und dem „Gefühl des Befreit-Seins“ ausging. Mit seinem Hinweis, daß die Deutschen befreit worden sind von der „Lüge, der Willkür, der Gewalt, als dem für legitim erklärten und praktizierten Instrumentarium des staatlichen Lebens“ (S. 93) des NS-Regimes, gab er die Richtung vor, die zwar in den 1960er Jahren mit Heinrich Lübke wieder in den Hintergrund rückte, 1985 aber erneut von einem seiner Nachfolger (Weizsäcker) aufgenommen werden sollte.

24 Vgl. Jan-Holger Kirsch, „Wir haben aus der Geschichte gelernt“: Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland, Köln 1999.

Während in der DDR ab 1950 der 8. Mai als „Tag der Befreiung“ rituell begangen und von der SED-Führung als eine ihrer Legitimationsgrundlagen angesehen wurde (von 1950 bis 1967 war er auch Feiertag!), begann sich in den 1970er Jahren in der alten Bundesrepublik das Verständnis des Tages grundsätzlich zu wandeln. Ausgehend von dem Kniefall Willy Brandts in Warschau (1970), der am Mahnmal für die jüdischen Opfer die „symbolische Anerkennung der deutschen Schuld durch einen Bundeskanzler“ (S. 135) dokumentierte, wurde nunmehr immer stärker die eigene Schuld und die eigene Verantwortung beleuchtet, und es wurden dem 8. Mai 1945 positive Züge abgewonnen. Die damals vom FDP-Generalsekretär Karl-Hermann Flach vertretene Forderung, jeder Deutscher müsse diesen Tag „auch als Tag der Befreiung“ empfinden, da er sich sonst zu Hitler und Auschwitz bekenne, weist Hurrelbrink allerdings zu Recht als „apodiktisch“, „autoritär“ und „verengend“ (S. 145) zurück. Weizsäckers große und differenzierende Rede zum 40. Jahrestag bewertet der Autor dagegen erwartungsgemäß als Zäsur im Erinnerungsdiskurs. Weizsäcker habe den Begriff der Befreiung „nicht nur als Ausdruck einer politisch-systemischen Wende zur Demokratie“ verwendet, sondern ihn auch als „innere Befreiung zur ‚Wahrheit‘“ (S. 218) verstanden. In der Tat hat die Rede des damaligen Bundespräsidenten im Bewußtsein der Deutschen den nachhaltigsten Eindruck hinterlassen.

In der DDR war es im Kontext des 40. Jahrestages nun ebenfalls zu „alternativen Lesarten“ gekommen, die ganz überwiegend aus evangelischen Kreisen stammten. Während der thüringische Bischof Werner Leich mit der Erinnerung an das sowjetische Lager Buchenwald (1945-1950) einen Tabubruch beging und dabei vom sächsischen Bischof Johannes Hempel sekundiert wurde, der auch sowjetische Gewaltakte von 1945 ansprach, brachte der Ostberliner Altbischof Albrecht Schönherr Erinnerung und Demokratisierung auf die Formel: Wirklich Neues könne nur geschaffen werden, wenn die „innere Befreiung gelinge“, was wiederum voraussetze, daß „wir Deutschen uns wieder auf das besinnen, was das nationalsozialistische Regime vergiftet hat: die Wahrheit zu sagen, statt zu lügen, das Recht zu achten, Unrecht Unrecht nennen“ (S. 238). Noch einen Schritt weiter gingen Markus Meckel und Martin Gutzeit, für die die Bewältigung der NS-Vergangenheit die „Verpflichtung“ enthalte, in der heutigen Gesellschaft „gegen das System von Angst und Bedrohung [...] einzutreten“ (S. 242).

Nicht zuletzt diese Beispiele belegen eindrücklich, daß sich Hurrelbrinks demokratietheoretische These vom Zusammenhang zwischen kritischer Erinnerung und Wachsen einer demokratischen politischen Kultur auch und gerade in der DDR als stichhaltig erwiesen hat. Den gesamtdeutschen Diskursen widmet der Autor in seinen letzten beiden Kapiteln noch einmal breiten Raum, wobei er im besonderen auf die Diskussionen zum 50. Jahrestag abstellt und den retardierenden Entwicklungen nachgeht. Wenn er dabei warnend konstatiert, daß mit der Herausstellung der Zäsur von 1989/90 die „transitorische Zäsur“ (S. 363) von 1945 an Bedeutung zu verlieren drohe, muß dem entgegengehalten werden, daß gerade dieses Datum für den Zusammenklang von Freiheit und Befreiung bedeutsam ist: Anders als den Westdeutschen war es den Ostdeutschen nach 1945 nicht vergönnt, die Befreiung vom NS-Regime mit einem demokratischen

Neuanfang zu verbinden. Mit dem nachholenden Akt von 1989/90 haben sich die Ostdeutschen nicht nur gleichsam selbst befreit, sondern auch ein aktives und erfolgreiches freiheitlich-demokratisches Element in den gesamtdeutschen Erinnerungsdiskurs eingebracht.

7. Resümee

Wer eine Bilanz der Neuerscheinungen zum 60. Jahrestag des Kriegsendes in Europa zieht, erkennt das hohe Maß an multiperspektivischen Darstellungen. Die Festschreibung eines bestimmten Geschichtsbildes ist nicht zu beobachten. Daß der 8. Mai 1945 *auch* ein „Tag der Befreiung“ gewesen war, und zwar aufgrund des disparaten Geschehens in Ost-, Mittel- und Westdeutschland, hat Christoph Kleßmann wohlbegründet. Mit den Werten einer freiheitlichen Demokratie wäre es auch unvereinbar, eine ganze Bevölkerung auf bestimmte Definitionen festlegen zu wollen. Das Scheitern der DDR – auch und gerade in dieser Frage – sollte eine Warnung sein. Die teilweise heftig geübte Kritik an dem Inhalt der Weizsäcker-Rede von 1985 verfehlt allerdings genauso ihr Ziel, war es doch gerade der damalige Bundespräsident, der sich dem disparaten Geschehen von 1945 mit großem Einfühlungsvermögen, einem hohem Maß an Differenzierung und pluralistischem Verständnis genähert hat. Vernachlässigt man einmal den ideologischen Aspekt und fragt nach dem Erkenntnisgewinn der vorgestellten Literatur, dann fällt die Bilanz wohl eher dürrig aus: Neue interessante Details zur Kriegs- und Nachkriegsgeschichte sind eher Mangelware. Die Masse der Veröffentlichungen bewegt sich auch im Jubiläumsjahr zwischen populärwissenschaftlichen Nacherzählungen, ideologisch gewendeten Aufgüssen älterer Publikationen und Zeitzeugenanthologien, die in ähnlicher oder gar derselben Art und Weise schon zehn Jahre zuvor das Licht des Marktes erblickten. Ein Gewinn ist lediglich die demokratietheoretisch geleitete Studie Peter Hurrelbrinks, die mit der These vom notwendigen Zusammenklang von (kritischer) Erinnerungsarbeit und demokratischer politischer Kultur einen neuen Aspekt in die Diskussion einführt.

Gerade weil jedoch derart elaborierte Thesen sehr selten einen breiten Kreis der Öffentlichkeit erreichen, sollen an dieser Stelle einige Überlegungen zum Kriegsende stehen, die sich auf manche definitorische Kurzschlüsse und ideologische Simplifizierungen beziehen. Diejenigen, die oftmals leichtfüßig mit dem Begriff der „Befreiung“ jonglieren, wissen oft nicht, in welches komplexe Geschehen sie sich eigentlich begeben. Wenn Karlheinz Weißmann und Hubertus Knabe behaupten, daß die Deutschen nicht „befreit“, sondern besiegt worden seien, so ist das – in der Wahrnehmung vom Frühjahr 1945 – durchaus richtig. Die Mehrheit der Deutschen deutete damals das Kriegsende als Niederlage und Katastrophe. Erst nach und nach ist der Mehrheit des deutschen Volkes klar geworden, mit der Vernichtung des nationalsozialistischen Terrorregimes auch eine Erlösung und Befreiung von der Diktatur erlebt zu haben. Für 1945 gilt hingegen der Hinweis Knabes, daß damals Europa und die Welt *von* den Deut-

schen befreit werden mußten.²⁵ Die Alliierten hatten tatsächlich keinen Grund, *die* Deutschen zu befreien; sie mußten vielmehr alle Kräfte darauf konzentrieren, das mörderische *deutsche* Regime zu zerschlagen, hinter dem auch noch im Frühjahr 1945 offenkundig eine Mehrheit der Deutschen stand. Eine Befreiung Deutschlands war deshalb nicht vorgesehen; in der berühmten Direktive JCS 1067 der Vereinigten Stabschefs der US-amerikanischen Armee (Mai 1945) heißt es lapidar: „Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat.“ Zeitgleich wurde jedoch gesagt, daß die USA Deutschland nicht unterdrücken und nach entsprechenden Entnazifizierungsmaßnahmen mit den „Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage“²⁶ beginnen wollten. Es ist dieser historisch ambivalente Hintergrund, der im Auge behalten werden sollte, wenn von „Befreiung“ die Rede ist. Wer die nüchterne Realität des Jahres 1945 nicht zur Kenntnis nimmt oder schnell mit einer verkürzten Formel der „Befreiung“ umschmücken will, muß sich fragen lassen, inwieweit er einer Selbsttäuschung und Selbstentlastung Vorschub leistet.

Zu guter Letzt ist darauf hinzuweisen, daß der Begriff der „Befreiung“ nicht nur unter dem Blickwinkel betrachtet werden darf, *wovon* die Deutschen befreit worden sind, sondern *wozu*. Wurde den Deutschen nach dem 8. Mai 1945 die Möglichkeit zu einem freiheitlichen und demokratischen Neubeginn gegeben oder nicht? Zweifellos kamen die Westdeutschen nach 1945 in den Genuß von westlicher Demokratie und Freiheitsrechten, so daß sie im nachhinein und unter Mehrung der größer werdenden Erfolge immer weniger Anlaß sahen, die Zäsur von 1945 als Niederlage zu empfinden. Im Rückblick verbanden viele mit dem 8. Mai die Chance des demokratischen Neuanfangs und eines ökonomisch erfolgreichen Aufbruchs. Die spätere Rede Richard von Weizsäckers dokumentiert diese westdeutsche Erfahrung in elementarer Weise. Für die Ostdeutschen gilt diese Feststellung allerdings nicht: Für sie hatte das Kriegsende „zwar die Naziherrschaft beendet, aber es war eine Befreiung ohne Freiheit“, ²⁷ wie der Theologe und SPD-Politiker Richard Schröder treffend in Erinnerung ruft. Statt der Demokratiegründung im Westen vollzog sich hier eine kommunistische Diktaturdurchsetzung, die eine zweite totalitäre Zwangsherrschaft etablierte. Erst die friedliche Revolution von 1989 und der 3. Oktober 1990 „hat uns“, so Schröder, eine „Befreiung mit Einigkeit und Recht und Freiheit gebracht“.²⁸ Diese ostdeutsche Erfahrung sollte im Gesamtkontext des Befreiungsbegriffes immer mitbedacht werden, da erst so eine gesamtdeutsche Sicht entsteht. Ein differenzierter Befreiungsbegriff muß infolgedessen die notwendige militärische Überwindung des nationalsozialistischen Terror-Regimes *und* die historische Realität der damaligen Deutschen, vor allem der Opfer von Vertrei-

25 Vgl. Hubertus Knabe, Das Erbe des 8. Mai, in: Rheinischer Merkur vom 5. Mai 2005.

26 Zitiert nach Wolfgang Benz, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 2005, S. 39.

27 Richard Schröder, Befreiung ohne Freiheit, in: Der Tagesspiegel vom 24. April 2005.

28 Ebd.

Die Deutschen im Jahr 1945 – Interpretationen der Geschichte

bung und Heimatverlust, im Auge behalten, zudem die besondere Entwicklung in Ostdeutschland und Osteuropa berücksichtigen, da die Völker dort zwar vom NS-Regime befreit, aber von einer anderen totalitären Diktatur erneut in Unfreiheit gehalten wurden.²⁹ Er muß schließlich die kritische Erinnerung an die Zeit des NS-Regimes wachhalten, um demokratisches Denken und Handeln weiterzubefördern.

29 Das betrifft auch die Auseinandersetzung mit der verordneten Befreiungsformel in der DDR.

Sammelrezension:

Terrorismus zwischen Einebnung und Instrumentalisierung

Von Alexander Straßner

Joschka Fischer, Die Rückkehr der Geschichte. Die Welt nach dem 11. September und die Erneuerung des Westens, Köln 2005 (*Kiepenheuer & Witsch*), 304 S.

Sihem Bensedrine/Omar Mestiri, Despoten vor Europas Haustür. Warum der Sicherheitswahn den Extremismus schürt, München 2005 (*Verlag Antje Kunstmann*), 222 S.

Sven Eggers, Schurkenstaat USA. Von der Indianerausrottung bis zu den Untaten im Irak, München 2005 (*FZ-Verlag*), 157 S.

Christoph Holthusen, Der Nordirlandkonflikt. Geschichte, zentrale Aspekte und Lösungsmodelle unter völkerrechtlicher Betrachtung, Frankfurt a.M. 2005 (*Peter Lang Verlag*), 378 S.

Geert Mak, Der Mord an Theo van Gogh. Geschichte einer moralischen Panik, Frankfurt a.M. (*Suhrkamp*), 106 S.

Wolfgang Kraushaar, Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF, Hamburg 2005 (*Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft*), 143 S.

Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005 (*Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft*), 300 S.

1. Einleitende Bemerkungen

Seit dem 11. September 2001 hat sich die öffentliche Wahrnehmung auf das Phänomen des (vermeintlich) religiös motivierten Terrorismus islamistischer Herkunft konzentriert. Demgegenüber sind sozialrevolutionäre Organisationen (Rote Armee Fraktion, Action Directe, Rote Brigaden) und ethnisch-separatistische Gruppierungen (Irish-Republikanische Armee [IRA], Euskadi ta Askatasuna [ETA]) weitgehend ins Hintertreffen geraten.¹ Während die meisten sozialrevolutionären terroristischen Vereinigungen ohnehin spätestens mit dem Zusammenbruch der von ihnen zumindest zum Teil favorisierten Systemalternative Sozialismus im Gefolge der Revolutionsjahre 1989/90 ins argumentative Abseits drifteten, konnten sich zumindest die ethnisch-nationalistischen Gruppen noch eine Zeit lang durch vermehrten Aktionismus das öffentliche Rampenlicht sichern.

Mit dem Einschlag entführter Flugzeuge in die Zwillingstürme des World Trade Center hat sich die öffentliche Meinung mit Blick auf den Terrorismus allerdings verdichtet. Auf globaler Ebene konnten solche Motivlagen wie der „Kampf gegen den Terrorismus“ als Argumentationsgrundlage benutzt werden, um zutiefst voneinander verschiedene Gruppierungen zu bekämpfen und dafür internationale Solidarität zu be-

1 Zur Systematik siehe die noch immer wegweisende Darstellung von Peter Waldmann, *Terrorismus. Provokation der Macht*, München 1998, S. 75-97.

ansprechen. Auf diese Weise war eine zumindest im westlichen Kulturkreis zu beobachtende Tendenz zur Radikalisierung der Terrorismusbekämpfung nicht zu leugnen. Rußlands Abwehr des tschetschenischen Separatismus, Israels Kampf gegen den palästinensischen Terrorismus und die Kriege der USA in Afghanistan und im Irak schienen plötzlich einheitliche oder zumindest eng miteinander verwandte Motive zugrunde zu liegen. Daß angesichts der Einebnung der Komplexität des Terrorismusbegriffes auch eine Reduktion von tatsächlicher Komplexität vorgenommen worden ist, kann kaum verwundern. Mit dem 11. September 2001 ist daher nicht nur in der Geschichte des Terrorismus ein Epochenbruch beschrieben. Zwar sind bestimmte Mechanismen gleich geblieben: Da Terroristen noch immer zahlenmäßig so schwach sind, daß sie keine anderweitigen Strategien verfolgen können, sind sie weiterhin auf ihre symbiotische Beziehung zu den Medien angewiesen. Auch am Beispiel der Anschläge in New York und Washington konnte dies exemplarisch nachvollzogen werden.² Daß sich die terroristische Methodik und Organisation selbst verändert hat, ist vor diesem Hintergrund meist wenig berücksichtigt worden.³

Auch was die Literatur zum Thema betrifft, kommt die Zäsur einem Quantensprung gleich. Seit vier Jahren haben sich zahlreiche Experten und Terrorismusforscher zu Wort gemeldet, um über Bedrohungsszenarien auf mehr oder minder sachlichem Wege zu informieren.⁴ Nicht von ungefähr hat die qualitativ uneinheitliche Berichterstattung und wissenschaftliche Aufarbeitung der Thematik das Phänomen verzerrt dargestellt und apokalyptische Szenarien entworfen, die einer tiefergehenden Analyse kaum standzuhalten vermögen.⁵ Darüber hinaus ist einmal mehr deutlich geworden, daß sich das Thema Terrorismus durch seine emotionale Aufladung zur Instrumentalisierung eignet. Nicht von ungefähr sind daher auch Publikationen zu verzeichnen gewesen, welche der traditionell links- wie rechtsextremistischen Variante des Antiamerikanismus Rechnung tragen sollten. Offensichtlich aber scheint gerade in der Literatur zum Terrorismus ein neues Bewußtsein über die Komplexität des Themas eingekehrt zu sein. Die sachliche Aufarbeitung des Phänomens beginnt sich mit der arbeitstechnisch notwendigen Zeitverzögerung in den qualitativ hochwertigeren Publikationen niederschlagen. Insofern

2 Vgl. Herfried Münkler, Terrorismus als Kommunikationsstrategie. Die Botschaft des 11. September, in: Internationale Politik, Nr. 12/2001, S. 11-18.

3 Siehe dazu etwa Kai Hirschmann, Das Phänomen „Terrorismus“: Entwicklungen und neue Herausforderungen, in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.), Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, Hamburg 2001, S. 460.

4 Die Ungenauigkeit der Darstellungen wird nicht selten bereits an der begrifflichen Unschärfe deutlich. Als Beispiele seien stellvertretend genannt: Peter Scholl-Latour, Kampf dem Terror – Kampf dem Islam? Chronik eines unbegrenzten Krieges, Berlin 2004 und Elmar Theveßen, Terroralarm. Deutschland und die islamistische Bedrohung, Berlin 2005.

5 Als Beispiel mag nur die Prognose dienen, daß Terroristen islamistischer Provenienz in absehbarer Zukunft über Massenvernichtungswaffen verfügen könnten. Zum wissenschaftlich seriösen Umgang mit der Hypothese siehe Götz Neuneck, Terrorismus und Massenvernichtungswaffen. Eine neue Symbiose?, in: Kai Hirschmann/Peter Gerhard (Hrsg.), Terrorismus als weltweites Phänomen, Berlin 2000, S. 129-178.

sind in den entsprechenden Veröffentlichungen des Jahres 2005 bewußt verzerrende und vereinfachende Darstellungen wie wissenschaftlich systematische und zuverlässige Studien zu finden.

2. Gesamtdarstellung(en)

Gesamtdarstellungen zum allgemeinen Phänomen des Terrorismus, wie sie in den vorangegangenen Jahren vorgelegt wurden⁶, suchte man im Jahr 2005 vergeblich. Stattdessen haben sich Politikwissenschaftler, Soziologen, Rechts- und Religionswissenschaftler auf das Phänomen des religiös motivierten Terrorismus versteift und Einzelaspekte berücksichtigt.⁷ Noch am nächsten an einer Gesamtdarstellung ist die Beurteilung der weltpolitischen Lage durch den ehemaligen Außenminister Joseph („Joschka“) Fischer. In Anlehnung an die Hypothese des amerikanischen Sozialwissenschaftlers Francis Fukuyama, der den Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa als Fanal des liberal-kapitalistischen Siegeszuges ansah⁸, proklamiert Fischer die Situation nach dem 11. September nicht nur als „neue Unübersichtlichkeit“⁹ im Habermasschen Sinne, sondern darüber hinaus auch als Handlungsanstoß zur kulturellen, institutionellen und normativen Erneuerung des Westens insgesamt. Fischer schließt sich mit Vorbehalt der These Yehuda Bauers an, derzufolge der islamistisch motivierte Terrorismus ein „dritter Totalitarismus“¹⁰ nach dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus sei.

Da die beiden letzteren langfristige negative Auswüchse der europäischen Aufklärung waren, der Konflikt zwischen beiden mithin die Klärung eines intrakulturellen Gegensatzes war, avanciert die Herausforderung des islamistischen Terrorismus zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei unterschiedlichen Kulturräumen. Fischer aber begreift die Herausforderung durch den modernen Terrorismus nicht als kulturelle Dichotomie, sondern vielmehr als Chance für den Westen, ein neuerliches „Zeitalter der Extreme“¹¹ zu verhindern. Denn die aggressive Herausforderung durch den militanten Islamismus kann auch als Korrektiv verstanden werden, um angesichts einer radikalen Verwestlichung durch die Globalisierung die Wichtigkeit globaler sozialer Gerechtig-

6 Vgl. Bruce Hoffman, Terrorismus. Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, Frankfurt a.M. 1999; Walter Laqueur, Krieg dem Westen. Terrorismus im 21. Jahrhundert, München 2003; Kai Hirschmann, Terrorismus, Hamburg 2003; Wolfgang Schluchter (Hrsg.), Fundamentalismus, Terrorismus, Krieg, Weilerswist 2003; Peter Waldmann, Terrorismus und Bürgerkrieg. Der Staat in Bedrängnis, München 2003.

7 Siehe dazu besonders Mark Juergensmeyer, Terror im Namen Gottes. Ein Blick hinter die Kulissen des gewalttätigen Fundamentalismus, Freiburg im Breisgau 2004.

8 Vgl. Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.

9 Vgl. Jürgen Habermas, Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt a.M. 1985.

10 Vgl. Yehuda Bauer, Der dritte Totalitarismus, in: Die Zeit, Nr. 32/2003, S. 7.

11 Vgl. Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995.

keit und die Notwendigkeit institutioneller Reformen im Bereich der UNO voranzutreiben und den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts optimal begegnen zu können. Der ehemalige Außenminister entwirft auf der Basis der Entstehung westlicher Staatenmodelle einen vorsichtigen Handlungsleitfaden für die Herstellung globaler Stabilität und Rechtsstaatlichkeit.

Gerade im Angesicht einer (vermeintlich abrupten) Rückkehr der US-amerikanischen Außenpolitik zum interventionistischen Unilateralismus bewegt sich Fischer auf einem schmalen Grat: Als Repräsentant eines westlichen Staates versucht er Handlungsempfehlungen auf andere Kulturräume zu übertragen, ohne dabei den Eindruck zu erwecken, die Globalisierung im nur leicht modifizierten Gewand eines intellektuellen Kulturimperialismus daherkommen zu lassen. Von entscheidender Bedeutung ist Fischer zufolge deshalb auch die Vorgehensweise des Westens insgesamt, im speziellen das transatlantische Verhältnis, die Innovationsfähigkeit der NATO und wirtschaftliches Gewicht wie militärische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union.

Die grundsätzliche Schwäche von Fischers Buch liegt dabei auf der Hand und ergibt sich aus der Textsorte und den perzipierten Adressaten. Es handelt sich nachgerade um das Vermächtnis eines Politikers und seine Weltsicht, die prägend für die deutsche Außenpolitik der späten neunziger Jahre wurde. Sein ausladender Bezugsrahmen macht ihn daher auch angreifbar, vereinzelt werden seine Darstellungen der historischen Entwicklungspfade und der geopolitischen Konstellation unterkomplex und dünnwandig. Insofern ist Fischers Buch eine nur grob gegliederte Aneinanderreihung von Sachverhalten und gewiß sehr intelligenten und auf breiter empirischer Basis und Erfahrung beruhenden Meinungsbekundungen. Gerade das Fehlen einer systematischen Zusammenfassung und Bündelung der eigenen Argumente aber macht deutlich, daß die differenzierte Analyse sein Anliegen nicht ist und angesichts der Textsorte auch nicht sein muß.

3. Einzeldarstellungen

Der Vorwurf der Übergeneralisierung an die Überblicksstudien wird durch die Einzelfalldarstellungen teilweise kompensiert. Einzelne Aspekte werden hier wieder aufgegriffen, auch wenn mitunter der Informationsgehalt gering und die beabsichtigte Wirkung erst bei genauerem Hinsehen deutlich wird. Die tunesischen Oppositionellen Sihem Bensedrine und Omar Mestiri setzen an der kulturellen Bruchlinie an und unterziehen die Sicherheitspolitik der USA sowie der EU einer Analyse hinsichtlich ihrer Fähigkeit, den Extremismus in den Anrainerstaaten des Mittelmeeres einzudämmen, speziell im Maghreb. Kernaussage ihrer Arbeit ist, daß die USA die arabische Welt zu einer Demokratisierung zwingen wollen, die EU demgegenüber das Selbstbestimmungsrecht der Völker gleichsam als Monstranz nur vor sich herträgt, hinter den öffentlichen Bekundungen aber eine die Interessen der USA unterstützende Politik betreibt. In dieser Argumentationslinie befinden sich weitere Vorwürfe der Autoren: Das

westliche Wertesystem sei uneinheitlich und so weit wandel- und aussetzbar, wie es den eigenen Interessen entspreche. So ist den Autoren zufolge Saudi-Arabien vom Paria zum wichtigen wirtschaftlichen Verbündeten aufgestiegen, und im Irak habe man sich aus Gründen der Sicherung von Erdölressourcen engagiert. So werde auch der libysche Staats- und Regierungschef Muammar al Ghaddafi vom Westen hofiert, um sich Erdöllieferungen zu sichern.

Anhand der Entwicklung in den nordafrikanischen Staaten Algerien, Marokko und Tunesien versuchen die Verfasser zu zeigen, daß die westeuropäische und amerikanische Sicherheitspolitik den Extremismus dort nicht bekämpft, sondern sogar noch fördert. Durch die mangelnde Unterstützung von Demokratisierungsbewegungen wachse die Frustration besonders der jungen Generation und produziere erst die generelle Unzufriedenheit, die anfällig für extremistisches Gedankengut mache. Unter diesen Bedingungen entstehe ein geeigneter Nährboden für den Terrorismus. Darüber hinaus würden Wanderungsbewegungen initiiert, die den Immigrationsdruck auf die EU immens steigern. Folglich lautet der Vorwurf an die westlichen Staaten, aus Gründen der Stabilität die diktatorischen Regime im Maghreb zu unterstützen, um kurzfristig islamistischen Terrorismus zu unterdrücken; langfristig aber würde man genau die Mechanismen produzieren, die den Terrorismus erst hervorbringen.

Die intrinsische Motivation ist den Autoren deutlich anzumerken. Insofern nimmt es wenig wunder, daß trotz aller partiellen Berechtigung die Kritik mitunter sehr radikal und im Stile eines argumentativen Rundumschlages daherkommt. Wenn also argumentiert wird, daß die „bequeme Rede [der EU] von der nationalen Souveränität“ in Nordafrika auch dazu diene, „die Demokraten zum Schweigen zu bringen“ (S. 194), so widerspricht dies einer differenzierten Analyse und allen politischen Grundsätzen der EU-Politik gegenüber Nordafrika. Das Generalargument, die EU würde mit „gespaltenen Zunge“ sprechen, ist nichts weiter als ein Mechanismus der Immunisierung. Die Argumentation, die Abgabe von Souveränität im Staatenverbund werde durch eine gesteigerte Souveränität in internationalen Zusammenhängen kompensiert, übersieht die Schwierigkeiten des Souveränitätstransfers innerhalb der EU und kann die Integrationsprobleme nicht erklären, was aber nur als ein Folgeeffekt einer mangelhaften Differenzierungsleistung zu interpretieren ist.

Das Phänomen der Instrumentalisierung der perzipierten kulturellen Bruchlinie wird auch in rechtsextremistischen Veröffentlichungen deutlich. Eine im (durch den DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey finanzierten) FZ-Verlag erschienene schmale Monographie widmet sich daher einmal mehr der „Gegendarstellung“, daß die USA als „Weltpolitist“ ungeeignet sei. Als Argumentationsgrundlage dient die abstruse Hypothese, daß in der Geschichte der USA selbst schwerwiegende Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden seien: die Ausrottung der indigenen indianischen Bevölkerung, Sklavenhandel, die Folter im Irak und (analog zur rechtsextremistischen Strategie des neuen deutschen Selbstmitleids) die Folter einzelner US-Offiziere an inhaftierten Soldaten der Waffen-SS in den Nachkriegsjahren. Entgegen der Beteuerung, es handle sich nicht um ein „Anti-Amerika-Buch“ (S. 5), quillt die Idiosynkrasie der völlig unbrauchbaren,

naiv-unterkomplexen und in allen Einzelheiten tendenziösen Darstellung doch aus allen Poren. Klassisch erscheinen die monokausalen Argumentationsketten, die Intervention der USA im Ersten Weltkrieg habe einen europäischen Kompromißfrieden verhindert, der so zur „Schande von Versailles“ geführt habe, was seinerseits die Quelle für den Nationalsozialismus und mithin Flucht und Vertreibung im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg gewesen sei. Der absolute Wahrheitsanspruch der fragwürdigen Publikation („Worum es wirklich ging“, S. 38) fügt sich ebenso nahtlos in die Argumentationslogik des politischen Extremismus ein.

Zu den substantielleren Darstellungen von Einzelfällen gehört die Analyse des Nordirlandkonflikts von Christoph Holthusen. Nachdem die seit dem Karfreitagsabkommen von 1998 eingetretenen Veränderungen, nicht zuletzt die jüngsten Ereignisse¹² eine Neubetrachtung der nordirischen Verhältnisse notwendig machten, ist Holthusens Buch die erste wissenschaftliche Analyse, welche die Entwicklung dem *Good Friday's Agreement* in einen systematischen und wissenschaftlichen Gesamtzusammenhang einbettet.¹³ Holthusen nähert sich in seiner Dissertation als Jurist der Thematik und stellt das Problem des nordirischen Terrorismus in einen völkerrechtlichen Kontext. Auch wenn nach seiner Überzeugung die „nordirische Bevölkerung mittlerweile als Volk im Sinne des Selbstbestimmungsrechts anzuerkennen ist“ (S. 167), wirft er dennoch die Frage auf, ob dieses Recht die Möglichkeit der Sezession mit beinhaltet, zumal die konfessionelle Teilung eine eindeutige Zuordnung trotz protestantischer Mehrheit erschwert.

Jenseits der juristisch fundierten Untersuchung ist es der Ehrgeiz, der Holthusens Monographie bemerkenswert macht. Er sucht nicht nur den Vergleich mit anderen regionalen separatistischen Bewegungen (Zypern, Palästina, Baskenland), sondern scheut sich nicht davor, Alternativen und Lösungsmöglichkeiten zur Befriedung der konfessionellen Konfliktlinie in Nordirland aufzuzeigen. Wenngleich seine juristisch-theoretischen Lösungsansätze differenziert sind, stoßen sie mitunter an die Grenze der Realisierung – eine Tatsache, welcher er anhand jedes einzelnen Ansatzes gekonnt Rechnung trägt.

Demgegenüber fallen einige Monita ins Gewicht, wie die im nicht-juristischen Teil dünne Literaturbasis. So stützt sich Holthusen in seinen historischen Ausführungen vor allen Dingen auf Zeitungsartikel. Er vernachlässigt darüber hinaus die Entwicklung in den letzten beiden Jahren. Von einer Monographie, die Mitte 2005 erschienen ist, dürfte man schon eine Berücksichtigung der Ereignisse im Jahr 2004 erwarten, zumal die

12 Im Jahr 2005 hat die IRA nicht nur die eigene Delegitimierung im Zuge der Ermordung des Katholiken McCartney untermauert, sondern auch selbst ihre Entwaffnung vorangetrieben. So erklärte die IRA nach 35 Jahren ihren Gewaltverzicht. Siehe dazu „IRA erklärt Verzicht auf bewaffneten Kampf“, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. Juli 2005; Der Spiegel, Nr. 35/2005, S. 122-124.

13 Weitere Überblicksdarstellungen zum Nordirlandkonflikt haben demgegenüber nur den Charakter einer wenn auch sehr gelungenen Einführung in die Problematik. Siehe dazu Frank Otto, Der Nordirlandkonflikt. Ursprung, Verlauf, Perspektiven, München 2005.

wichtigste englisch- wie deutschsprachige Sekundärliteratur¹⁴ zur Thematik ebenso fehlt. Außerdem fallen diverse gliederungstechnische Ungereimtheiten ins Auge. Die Analyse mit einem sehr langen historischen „Vorbau“ zu beginnen, mag allein schon unelegant sein. Die theoretischen Vorgaben zum Thema Terrorismus sollten sich dann aber doch weitaus mehr im Vordergrund bewegen, gemessen an der Wichtigkeit der Thematik für den Nordirlandkonflikt überhaupt. Insgesamt aber gehört Holthusens Dissertation zu der raren Spezies der differenzierteren und gelungenen Darstellungen.

4. Sonstige Ahhandlungen

Geert Mak, niederländischer Publizist, versucht sich an einer Darstellung der niederländischen Gesellschaft nach dem Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh. Anknüpfungspunkt für Mak ist die Herausforderung der niederländischen Gesellschaft durch die kulturelle Fragmentierung und das systematische Nicht-Bewältigen subkutaner Ausgrenzungsprozesse. Am 2. November 2004 war der radikale Filmemacher van Gogh durch Mohammed B., einem militanten Islamisten, auf offener Straße ermordet worden. Provoziert hatte van Gogh die Aversionen gegen ihn zu einem guten Teil selbst. Auf der einen Seite erwies er sich in seinen Filmen als sensibel für interkulturelle Zusammenhänge, andererseits ergoß er sich in plakativen Vorurteilen. So war er bei der Beschreibung anderer kultureller Zusammenhänge nicht selten in einen vulgären Verbalradikalismus abgedriftet (beispielsweise bei der Klassifizierung von Moslems als „Ziegenficker“ [S. 10]). Die unter der Oberfläche bereits vorhandenen kulturellen Brüche in der niederländischen Gesellschaft, die nicht zuletzt im spezifisch niederländischen Effekt des „verzuiling“ („Versäulung“) zumindest in den ersten Nachkriegsjahrzehnten ihren Niederschlag fanden, brachen teilweise auf und entluden sich in mitunter öffentlich ausgetragenen Hetztiraden, auch und besonders von gemäßigter Seite.

Ebenso war Mak zufolge eine öffentliche Panik zu beobachten: Der niederländische Teil der Gesellschaft vermutete konspirative Zirkel an Islamisten, welche das öffentliche Leben erschüttern wollten, der Großteil der gemäßigten Muslime (vornehmlich Marokkaner und Türken) im Land befürchtete die eigene Ausweisung. Am Beispiel van Goghs und der Situation nach seiner Ermordung wird die öffentliche Sensibilisierung hinsichtlich des islamistischen Fundamentalismus deutlich. Auch wenn Mohammed B. kein Terrorist war und keine terroristische Organisation ins Leben gerufen hatte, wurden die Erfahrungen mit dem Terrorismus der vergangenen Jahre und der Mord an van Gogh in einen monokausalen Zusammenhang gestellt, was ein weiterer Hinweis auf die Gefahr der begrifflichen und inhaltlichen Einebnung in der öffentlichen Wahrnehmung

14 Vgl. Tim Pat Coogan, *The IRA*, 2. Aufl., London 2000; Jochen Bittner/Christian Ludwig Knoll, *Ein unperfekter Frieden. Die IRA auf dem Weg vom Mythos zur Mafia*, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 2001; Ed Moloney, *A Secret History of the IRA*, London 2002.

ist. Mak weist insofern nicht zu Unrecht auf die tatsächliche Herausforderung der nächsten Jahre hin, die über das von ihm beschriebene „holländische Paradox“ (S. 101) hinausgeht: Vor dem Hintergrund der Terrorismus- und Extremismusbekämpfung dürfen die westlichen Staaten nicht die eigene Existenzgrundlage in Frage stellen, die Selbstbestimmung des Individuums und die grundlegende Toleranz gegenüber anderen kulturellen Zusammenhängen. Nicht nur der Bedrohung durch den militanten Islamismus gilt es zu begegnen, sondern auch den Versuchen der kulturellen Simplifikation und den Mechanismen der selektiven Ausgrenzung.

Anders als die Publikationen, welche die aktuelle Auseinandersetzung zwischen Islam und westlicher Demokratie behandeln, sind vereinzelt Veröffentlichungen erschienen, die sich auf lange zurückliegende Ereignisse beziehen. Auch sieben Jahre nach der Selbstauflösung ist das künstlerische und publizistische Interesse an der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) ungebrochen. Zu Beginn des Jahres 2005 sorgte eine Kunstaussstellung „Zur Vorstellung des Terrors“ für eine Verstärkung dieser ohnehin ungebrochenen Tendenz, den Linksterrorismus in der Bundesrepublik einer (weiteren) Betrachtung zu unterziehen. In Wolfgang Kraushaars Betrachtung (und zwei ergänzenden Essays von Karin Wieland und Jan Philipp Reemtsma) geht es um eine Überprüfung der These, inwieweit Rudi Dutschke als Vorläufer des RAF-Terrorismus oder vielmehr als Anwalt revolutionären Widerstandes zu interpretieren sei, ohne terroristische Aktivitäten zu entfalten. Kraushaars Anliegen ist es, Dutschke nachzuweisen, daß er bereits im Februar 1966 ein Konzept Stadtguerilla¹⁵ entwarf und dem „bewaffneten Kampf“ somit näherstand als allgemein angenommen. Dafür spräche seiner Meinung nach auch, daß Dutschke gemeinsam mit einem Schah-Kritiker Pläne zu einem Anschlag auf amerikanische Sendemasten ausgearbeitet hatte, die allein an der vorzeitigen Enttarnung scheiterten.

Karin Wieland beschreibt den exzessiven Narzißmus eines Andreas Baader, dessen Macht über die Frauen der RAF neben seinen verbalradikalen Ergüssen daraus resultierte, daß „er deren phallische Wünsche ernst nahm“ (S. 93). Jan Philipp Reemtsma hingegen widmet sich der Frage, inwieweit es möglich ist, die Geschichte der RAF zu verstehen und rekurriert dabei auf diverse Publikationen des Sozialpsychologen Horst Eberhard Richter.¹⁶ Richter hatte sich in einer in weiten Teilen unkritischen Analyse der Vita von Birgit Hogefeld¹⁷ zu der Ansicht verstiegen, daß die Primärmotivation der terroristischen Organisation doch stets der Kampf für eine gerechtere Welt gewesen sei.

15 Das Konzept Stadtguerilla von Ulrike Meinhof lieferte 1971 die Blaupause für den folgenden RAF-Terrorismus und seine intellektuelle und sozialrevolutionäre Legitimation. Siehe dazu „Das Konzept Stadtguerilla“, in: ID-Verlag (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 27-48.

16 Vgl. Horst Eberhard Richter, Birgit Hogefelds Versuch, die eigene Geschichte und diejenige der RAF zu begreifen, in: Edition psychosozial (Hrsg.), Versuche, die Geschichte der RAF zu verstehen. Das Beispiel Birgit Hogefeld, 3. Aufl., Gießen 1997, S. 15-18.

17 Siehe zur Vita Alexander Straßner, Biographisches Portrait: Birgit Hogefeld, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 15, Baden-Baden 2003, S. 209-222.

Reemtsma widmet sich in seinem Beitrag in erster Linie der RAF als „attraktiver Lebensform“, insular und abgeschottet von der zu bekämpfenden geordneten Welt und geeignet für verabredete selektive Wahrnehmung zwischen den Gruppenmitgliedern. Andreas Baader gefiel sich selbst in der Rolle des Rebellen, weshalb die Kommandostruktur der RAF für ihn sicher eine „attraktive Lebensform“ gewesen sein mag. Demgegenüber gab es auch zahlreiche Mitglieder (Ulrike Meinhof, Wolfgang Grams), deren Motivation zum Eintritt in die Gruppe vornehmlich aus politischen Motiven und persönlichen Überzeugungen heraus entsprang.

In die Früh- bzw. Entstehungsphase des deutschen Linksterrorismus der siebziger Jahre geht abermals Wolfgang Kraushaar zurück. Sein Anliegen ist dabei das Nachzeichnen eines bis dahin ungeklärten, versuchten Verbrechens. Ein unbekanntes Mitglied der Gruppe „Tupamaros Westberlin“ hatte am 9. November 1969 ein Paket Plastiksprengstoff im Rahmen einer Gedenkveranstaltung zur „Reichskristallnacht“ in einem jüdischen Gemeindehaus in Berlin deponiert. Da der Zünder fehlerhaft war, detonierte der Sprengsatz nicht. In seltsamem Gegensatz zur Motivation der Studentenbewegung, wider die Verkrustung der bundesrepublikanischen Gesellschaft und das kollektive Verdrängen nationalsozialistischer Verbrechen aufzubegehren, hatte sich Ende der sechziger Jahre ein vermehrter, auch ideologisch motivierter Antisemitismus Bahn gebrochen. Von diesem Vorwurf hatte sich die gesamte außerparlamentarische Linke niemals gänzlich reinigen können, und Kraushaar zeichnet den latenten „linken Schuldabwehrantisemitismus“ (S. 282) der subversiven Gruppen und ideologisch motivierten Einsprengsel der Berliner Szene nach. Eine Schlüsselrolle wurde bis zuletzt einer Schlüsselfigur der Szene, Dieter Kunzelmann¹⁸, zugeschrieben. Wie Kraushaar durch Eifer und substantielle wissenschaftliche Arbeit herausgefunden hat, wurde die Bombe von Albert Fichter gelegt, der neben Kunzelmann und anderen (Ina Siepmann, Georg von Rauch, Lena Conrath etc.) ebenso zur Führungsriege der Tupamaros zählte.

Kraushaars Erkenntnisse fußen dabei auf der systematischen Auswertung von Protokollen des Staatssicherheitsdienstes der DDR sowie auf Aussagen von Annetrin Bruhn und Michael „Bommi“ Baumann.¹⁹ Einsichtig ist Kraushaars Darstellung, wie auf Seiten der Linksextremisten nachträglich Attentatsversuche als Ausdruck spätpubertärer Romantik umzudeuten versucht wurden. Der Unterscheidung in einen politisch motivierten und kriminellen Handlungssektor und einem „künstlerisch-avantgardistischen“ Selbstverständnis der durchführenden Personen einen argumentativen Riegel

18 Siehe zur Vita Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Dieter Kunzelmann, in: Uwe Backes/ders. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 11, Baden-Baden 2000, S. 200-214.

19 Baumann hatte sich bereits in einer autobiographischen Skizze zur Entstehungsgeschichte des Linksterrorismus und zu meist ideologisch begründeten Verwerfungen innerhalb der verästelten Landschaft linksextremistischer Gruppierungen geäußert. Vgl. dazu Michael „Bommi“ Baumann, *Wie alles anfing*, München 1975. Siehe zur Vita Uwe Backes, Biographisches Portrait: Michael („Bommi“) Baumann, in: Ders./Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus und Demokratie*, Bd. 1, Bonn 1989, S. 196-204.

vorgeschoben zu haben, ist eines der wichtigsten Verdienste Kraushaars. In der Tat kann kein kulturell-intellektueller Anspruch eine kriminelle Handlung aufwiegen. Die gegen Kraushaars Monographie in der Presse vorgebrachten Einwände, können die Positiva schwerlich erschüttern. Daß er einige wenige Kernthesen zu einer Monographie ausgearbeitet hat, ist keinesfalls unredlich, sondern sichert vielmehr die Aufmerksamkeit, die dem ohnehin seltenen (auch und besonders kriminologischen!) Mehrwert seiner wissenschaftlichen Arbeit entspricht. Der Einwand, die mögliche Rolle des Verfassungsschutzes bei der Herstellung der Bombe nicht systematisch untersucht zu haben, geht seltsamerweise einher mit dem Vorwurf der effekthascherischen Darstellung und marktrelevanten Plazierung. Im Gegensatz zu zahlreichen semiwissenschaftlichen Abhandlungen zum Linksextremismus in der Bundesrepublik auf diesen Zug nicht aufgesprungen zu sein, kann Kraushaar nicht hoch genug angerechnet werden.

5. Fazit

Das Jahr 2005 zeigt sehr deutlich, daß angesichts weitreichender Veränderungen in der Landschaft extremistischer und terroristischer Organisationen wissenschaftliche Publikationen einen strukturellen Nachteil aufzuwiegen haben. Dadurch, daß solche Untersuchungen auf einer breiten Quellenbasis fußen, nimmt ihre Vorbereitung, Durchführung und nicht zuletzt Publikation mehr Zeit in Anspruch als effektheischende publizistische Schnellschüsse. Nicht von ungefähr haben rasch publizierte, in Duktus und Inhalt meist journalistisch gehaltene Darstellungen gerade zum Phänomen Al Qaida die Meinungsführerschaft in der Öffentlichkeit an sich gerissen. Der Wissenschaft bleibt meist nur die Rolle, mit erheblicher Verspätung monographisch auf Entwicklungen rekurren zu können. Insofern wird die fallbeispielübergreifende Gesamtdarstellung des Phänomens Terrorismus, seiner qualitativen Wandlungen und seiner Spielarten einer Neuauflage bedürfen, auch und besonders um mittlerweile verbreitete Vorurteile wieder geradezurücken und über die nötige Komplexität aufzuklären. Es bleibt insofern nur zu hoffen, daß die verlässliche Literatur sich langfristig behaupten möge, während kurzfristig ökonomisch orientierte oder gar extremistische Publikationen sukzessive wieder von der Bildfläche verschwinden.

„Kontrovers besprochen“:

Kultur der Bürgerlichkeit?

Von Karsten Fischer (1)

Udo Di Fabio, Die Kultur der Freiheit, München 2005 (C.H. Beck), 295 S.

Das Abendland ist wieder einmal in Gefahr. Und damit keines der gewohnten Stereotype zu kurz kommt, lautet der Vorwurf der kulturkritischen Philippika von Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio, der Okzident betreibe Selbstzerstörung durch Dekadenz. Als deren quantifizierbare Hauptindizien werden demographische Entwicklung und sozialstaatliche Überdehnung genannt. Dies ist ebenso richtig wie hinlänglich bekannt. Entsprechend wohlfeil sind Di Fabios Reformvorschläge wie die aus allen Parteiprogrammen bekannte Kombinierbarkeit von Kindern und Karriere. Aber drängt sich hier nicht die Nachfrage auf, ob diese Forderung zumeist nur die Minimierung von Karriereanteilen meint, und nicht etwa die Maximierung von Kinderbedürfnissen? Zeitgemäß und sympathisch ist Di Fabios Eintreten für eine durch persönliche Leistung, Eigentum und Kinder gekennzeichnete „neue Bürgerlichkeit“ (S. 137 f.). Um so bedauerlicher ist es, daß dieses Anliegen in fragwürdiger Weise vorgebracht wird.

Dies gilt zunächst für die Oberflächlichkeit der sozialpolitischen Überlegungen. So zeigt Frankreich, daß eine stärkere sozialstaatliche Vollkasko mentalität mit einer zukunftsfähigeren demographischen Entwicklung einhergehen kann. Bevor einfache Rezepte feilgeboten werden, sollte man soziologisch genau hinsehen. Das ist aber nicht die Sache des promovierten Sozialwissenschaftlers Di Fabio. Regelmäßig beruft er sich auf Niklas Luhmanns Systemtheorie, doch wer eine „gänzlich nach autopoietischen Funktionssystemen verstanden[e]“ soziale Welt für „halbiert“ (S. 289) erklärt, hat mit Systemtheorie ernstlich nichts im Sinn. Zu solcher Oberflächlichkeit paßt die Flapsigkeit, mit der Di Fabio die „NS-Herrschaft“ als „großen Kladderadatsch“ (S. 202) bezeichnet. Dies mag man noch für eine Stilfrage halten; schwerer aber wiegt, daß die qualitative Seite von Di Fabios regressiver Kulturkritik die im Buchtitel reklamierte Freiheit als rhetorischen Vorwand enttarnt.

Deutlich wird dieser unverständliche Flirt mit fatalen Gesinnungen, wenn Di Fabio „dem ‚Westen‘“ pauschal vorwirft, „heute für eine relative und artifizielle Seinsdeutung“ zu stehen, „die ernsthafte kulturelle Kontexte eher ausblendet“ (S. 3). Also werden die Ideale von 1789 hinterfragt, mit dem zustimmungspflichtigen, wenig originellen Ergebnis, daß falsch verstandenes Gleichheitsstreben und verpflichtende Brüderlichkeit freiheitsgefährdend sind. Dagegen sollen Gleichheit und Brüderlichkeit unter den Vorrang jener Freiheit gestellt werden, die wiederum auf der Rechtsgleichheit ruhe „und durch den brüderlichen Zusammenhalt einer Gemeinschaft und die Prägestkraft ih-

rer Kultur Grenze und Identität“ (S. 110) finde. Die Zirkularität dieses Bedingungsverhältnisses zeigt, daß es Di Fabio gar nicht um Freiheit in ihrem Verhältnis zu Gleichheit und Brüderlichkeit geht, sondern um „Kultur“ und „Identität“. Hierunter versteht er nicht nur eine transzendente Bedingung von Freiheit, sondern auch eine konkrete Lebensform, und zwar „die gelungene Verbindung von persönlichem Glück und gesellschaftlicher Ordnung in einem Zeichen- und Wertesystem, das die insofern richtige lebenspraktische Orientierung gibt.“ Gewollt ist keine freiheitliche Pluralität gleichermaßen legitimer Lebensformen (Habermas), sondern ein kultureller „Einheitsbegriff“, der „Logos und Eros der Gesellschaft“ (S. 18) zusammenführt. Hierdurch soll die Identitätsstiftung einer „offenen Gemeinschaft“ (S. 183) garantiert werden, die durch einen einseitig an Freiheit und Gleichheit orientierten, nachmetaphysischen, posttraditionellen, intellektualistischen Diskurs gefährdet werde.

Gegen „das Modernisierungsprogramm des ewigen Traditionsbruchs“ (S. 11) ruft Di Fabio eine Orientierung an Werten aus, da diese „die Entzauberung und Rationalisierung der modernen Welt nicht mitgemacht hätten“ (S. 64). Von hier ist es nicht weit zur offenen Proklamierung von Irrationalismus. So soll es legitimerweise „Bedingungen für die Plausibilität von Begründungen“ geben, „die nicht rational rekonstruierbar sind: Lebensgefühl, Voreingenommenheit, Werte, Glaube, Begierden“ (S. 254). Damit rehabilitiert Di Fabio alle sinistren Kräfte, deren Verbannung aus öffentlichen Diskursen ein Hauptanliegen von Aufklärung bildet, und er scheut sich nicht, bei der Konkretisierung dessen im Trüben zu fischen. So soll die legalistische Selbstbeschränkung des individuellen Abwehrrechte gegen sich selber einräumenden, liberalen Verfassungsstaates ergänzt werden durch die Selbstermächtigung der Gesellschaft, „einfache soziale Normen im Alltag durchzusetzen.“ Auf diese Weise soll es, entgegen einer „Kultur der selektiven Toleranz“, möglich sein, „Menschen, die bei der Wahl ihrer Kleidung, in der Art, wie sie speisen oder wie sie reden, inzwischen wieder dem Niveau vorkultureller Zeit zuzustreben scheinen“ (S. 9), öffentlich zu kritisieren. Welche Form und Konsequenzen diese Kritik annehmen soll, läßt Di Fabio wohlweislich im Dunkeln. Um so deutlicher bekennt er sich zu George W. Bushs Ideologem eines „compassionate conservatism“, und zwar mit der Klage, hierzulande gewähre „die staatliche Gemeinschaft“ dem „Verhungerten oder Erfrierenden Schutz und Hilfe [...] nicht aus christlicher Nächstenliebe oder humanistischer Brüderlichkeit, sondern weil moralische Ansprüche des Hilfebedürftigen auf gesellschaftliche Ressourcen bestehen“ (S. 112). Luhmanns soziologische Aufklärung hätte Di Fabio auch hier helfen können zu erkennen, daß die – vermeintlich – verwerfliche europäische Entwicklung von Wohlfahrtsstaatlichkeit eine Konsequenz sozialer Differenzierung ist, durch die eine lebensweltliche Motivation des Helfens durch die Institutionalisierung von Solidarität ersetzt wird.

Stets kreist Di Fabio um sein Hauptmotiv, den Verfall der okzidentalen Kultur und Werte. Hierzu prätendiert er einen Blick von außen auf den Zustand des Abendlandes. Anstatt das Feindbild „des Westens“ selbstbewußt zu bekämpfen, spielt Di Fabio dem „Okzidentalismus“ (Buruma/Margalit) in die Hände, indem er orakelt, unzureichende Selbstkorrektur führe zur Infragestellung durch andere Kulturkreise, und der Westen

müsse prüfen, ob er seine auswärtige Ablehnung selbst verschuldet habe, weil er „seine bis dahin bürgerlichen kulturellen Prinzipien der Moralität nach dem Lustprinzip und antiintegrativ gegen alle traditionellen kollektiven Ordnungen umformuliert“ habe und so als „Weltkultur [...] auch der Geschmack- und Schamlosigkeit“ (S. 32) wahrnehmbar geworden sei. Mit seinem Unbehagen an den „neuen Hallen der Flughäfen“ als „Kathedralen der Gegenwart“ (S. 37), an „überall gleicher Fast-Food-Ernährung, musikalischer Standardware und Hollywood-Filmen“, dem „unabhängig-lässigen Lebensstil der Großstadtbewohner“ sowie den „Unterscheidungsverboten zwischen Männern und Frauen“ (S. 4) nähert sich Di Fabio dekadenzkritischen Stereotypen islamischer Fundamentalisten wie Sayyid Qutb, bei dem es heißt, der gewöhnliche Europäer kenne als Religion nur die Anbetung materiellen Fortschritts, mit Fabriken, Kinos, Laboratorien und Tanzhallen als ihren Tempeln sowie Ingenieuren, Filmstars, Industrieführern und „Helden der Luftfahrt“ als ihren Priestern.¹ Di Fabio bekennt sich sogar offen zur Sympathie für einen traditionalistischen Islam, der „biologische und gesellschaftliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern“ aus „Gründen der religiös hergeleiteten sittlichen Ordnung“ (S. 180) betont. So wünscht er sich, daß das bislang „verpaßte Rendezvous zwischen islamischem und christlichem Traditionalismus“ (S. 180) nachgeholt werde. Angesichts seiner Hoffnung auf das Horrorszenario solch einer unheiligen Allianz überrascht dann nicht einmal mehr Di Fabios Reprise sakrifizieller Ideologie in Gestalt der Andeutung, „seit den Tagen der Christenverfolgung“ sterbe der Märtyrer „für die freie Gemeinschaft“ (S. 25), wofür die dekadente westliche Ordnung, „die den Wert der einzelnen Existenz zum Höchstwert erklärt“ (S. 27), kein Verständnis mehr aufbringen könne. Fürwahr nicht, und glücklicherweise zieht die große Mehrheit auch der Muslime Dekadenz dem Dschihad vor. Der Untergang des Abendlandes wird also ein weiteres Mal ausfallen. Daß das vormals hohe Niveau gegenwartsdiagnostischer Publizistik aus Karlsruhe so dramatisch gesunken und auf Abwege geraten ist, erscheint schon eher als Krisensymptom.

Von Burkhard Hirsch (2)

Es ist ein bemerkenswertes Buch. Schon wegen seines Autors wird es zur gutbürgerlichen Geschenkliteratur gehören. Man ahnt anhand des Klappentextes, daß man nie dazu kommen wird, es wirklich zu lesen und stellt es beruhigt in den Bücherschrank. Der Verfasser ist Richter am Bundesverfassungsgericht. Er genießt hohes Ansehen und uneingeschränkten Respekt – als untadelig, kenntnisreich, gebildet und von bemerkenswerter Lebensleistung. Sein Buch erinnert mich an den guten Rat meiner Großmutter, daß man auch bei einem guten Koch nicht in die Küche sehen sollte, gerade nicht bei

1 Vgl. William E. Shepard, Sayyid Qutb and Islamic Activism. A Translation and Critical Analysis of Social Justice in Islam, Leiden u.a. 1996, S. 294.

ihm, um unbeschwert das Ergebnis seiner Kochkunst genießen zu können. Ein Verfassungsrichter sollte durch seine Urteile oder juristischen Erkenntnisse sprechen. Offenbart er die Küche, aus der seine Urteile kommen, dann erscheinen sie in einem Licht, das ihnen möglicherweise nicht gerecht wird. Um im Bild zu bleiben: Wem die Küche nicht gefällt, der möchte am liebsten das Lokal wechseln.

Der Leser wird gewarnt. Das äußerst akkurate, den Gedankengang akribisch skizzierende Inhaltsverzeichnis, der imponierende und sorgfältig bearbeitete Anmerkungsapparat, der eine umfangreiche Beachtung der einschlägigen und sonstigen Literatur offenbart, entsprechen dem hohen Abstraktionsgrad der Sprache. Man muß Satz für Satz durcharbeiten, will man nicht am Rest der Seite abrutschen wie an einer glatten Fassade. Gelegentlich werden unliebsam erinnerte Personen anonymisiert als der „vor sich her getragene Führer aus asiatischen Diktaturen“ oder als „eigener Anführer mit heiser-fanatistisch agitierender Stimme“ (S. 218) – Ho Chi Minh und Rudi Dutschke. Man könnte es einfacher haben. Der Rezensent erinnert sich sehnsüchtig an die Fähigkeit angelsächsischer Autoren, auch komplizierte Gedankengänge mit schlichten Worten so zu schildern, daß man sie versteht. Für sie verbergen unklare Worte unklare Gedanken. Es ist übertriebene Koketterie, wenn der Autor sich im Vorwort entschuldigt, das Buch sei halt „im Alltagsleben einer Familie entstanden, also im Lärmen, Streiten, Lachen“ (S. VII).

Der Verfasser zeigt seinen Kopf und sein Herz. Er ist ein Bürger im Biedermeier des 19. Jahrhunderts, der die Emotionen kaum bändigen kann, wenn er immer wieder sein Glück der lebenslangen ehelichen Bindung preist, wenn ihn „die Erschöpfung wie nach einer durchtanzten Nacht, die er sorgenvoll über das Kinderbett gebeugt durchwachte“ erfüllt oder wenn ihn die Sicherheit des Fortlebens in der Erinnerung seiner Familie bewegt, die ihm das Sterben leicht macht. Das ist für ihn nicht reine Privatsache, die uns Mitbürger schlechterdings und gottlob nichts angeht. Für Di Fabio ist es des Glückes Unterpfand der ganzen Nation, die wahre Freiheit, in diese Welt zurückzukehren mit der Anerkennung der angestammten Autoritäten, der gespeicherten Weisheit der Institutionen und Kirchen, der Alltagsweisheit des bürgerlichen Lebens, die sich offenbart in langbekannten Spruchweisheiten, wie „Jeder ist seines Glückes Schmied“, „Ohne Fleiß kein Preis“ und so fort (S. 41, 35 f., 105).

Es kommt dem Autor darauf an, die Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aus den üblichen „Spezialdiskursen“ (S. VII) zu lösen und sie einzupassen in „beste bürgerliche Ziele und Werte“, die heute verschüttet und an den Rand gedrängt seien: „Die Suche nach Liebe und Intimität, die Geborgenheit einer Familie, die Erkenntnis, daß nur Kinder Zukunft bedeuten, das Verliebtsein in den Erfolg, Streben nach Anerkennung, die Entscheidung etwas zu leisten und auch dann weiterzukämpfen, wenn der Erfolg einmal ausbleibt, die Achtung vor dem anderen, die Bereitschaft zu helfen, wo Not herrscht, der Sinn für das religiöse Bekenntnis, selbst wenn man es nicht teilt.“ Individuelle Freiheit stehe im Zusammenhang mit „unentbehrlichen Gemeinschaften wie Familien, Nationen, Religionsgemeinschaften“, denen eine Alltagsvernunft eingepflanzt sei, ohne die sie nicht bestehen können und die dem Menschen „Richtung und Horizont“ (S. VI f.) seien.

Den Autor mag es schmerzen, aber mehr als das Vorwort braucht man nicht zu lesen. Ein Teil seiner Leserschaft wird ihm zustimmen und meinen, daß das endlich mal wieder gesagt werden mußte: „Der Verzicht auf Kinder, gerade auch in der breiten leistungsfixierten Mittelschicht, das Erlahmen von Erziehungsleistungen durch die Eltern, die Ignoranz gegenüber sinnstiftenden Institutionen und Traditionen ist kein gutes Signal für die praktische Möglichkeit, die moralischen Voraussetzungen auch und gerade für die Menschenrechtsidee in Zukunft lebendig zu halten“ (S. 262). Man denkt bei Di Fabios Rüge der Lebensart heutiger Jugend an die klassische Klage des Sokrates, daß der Staat schlecht regiert werde und daß die Jugend schlechte Manieren habe, die Autoritäten verachte, den Eltern widerspreche und die Lehrer tyrannisiere. Der andere Teil der Leserschaft stöhnt bei solchen Formeln auf und denkt bei Di Fabios Klage über den nicht endenwollenden Fortschrittswahn der Moderne an den klassischen Vorwurf ausgerechnet Robespierres gegen die Liberalen, es seien immer die Girondisten gewesen, die den Wagen bis zum Abgrund und darüber hinaus geschoben hätten. Da fragt man sich, ob das Biedermeier denn nie aufhören will und ob man wirklich alles wiederholen muß, was Heinrich Heine und Ferdinand Lassalle, Karl Marx und Friedrich Engels, David Hansemann, Karl Theodor Welcker, Gustav von Struve und Friedrich Hecker, Kurt Tucholsky und Karl Popper – um nur wenige zu nennen – gesagt und geschrieben haben zur obrigkeitstaatlichen Reaktion und zu dem Hohn über Liberale, Sozialisten und Demokraten, die für die Untertanen nie ins recht verstandene Vaterland gehörten, zum herablassenden Antisemitismus der deutschtümelnden Romantik und über demokratische Gesinnung. Offenbar muß man das.

Di Fabio beschreibt in teilweise nur mit Mühe zu verstehenden Formulierungen, aber mit unverkennbarer innerer Bewegung, daß die Ideale „des Westens“ – zu dem er merkwürdigerweise gelegentlich auch Japan, Taiwan und Südkorea, nicht aber das heutige Rußland und die westlichen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion zählt – vorherrschend geworden seien, weil sie sich von ihrem kulturellen Grund gelöst hätten. Sie seien zu universellen individualistischen und ökonomischen Instrumenten der Genußmaximierung und der Loslösung von den Pflichten des Einzelnen gegenüber der historischen und kulturellen Schicksalsgemeinschaft geworden. Wenn er die Rückkehr zur Achtung vor Autoritäten, zur Alltagsweisheit und zu den Lebensweisheiten der Institutionen und Kirchen anmahnt (S. 50, 60, 67, 153 ff., 162 ff.), dann fragt man sich freilich, wer denn darüber entscheidet, was jeweils eine Alltagsweisheit war oder eine Alltagsdummheit ist, die es dann ja auch geben muß. Man fragt sich, ob dem Autor Lebenswege wie des Staatssekretärs Otto Meißner bekannt sind, der als Chef des Reichspräsidentenamtes unter Ebert, Hindenburg und Hitler in gleicher beamtenrechtlicher Hingabe den Lebensweisheiten der Institution diente, bis zu deren und seinem bitteren Ende.

Di Fabio schreibt, daß im „Kern der Nationalkultur [...] ganze Schätze für den Entwurf der Zukunft zu heben“ (S. 220) seien und daß die bürgerliche Gesinnung des „belächelten romantischen Biedermeier“ sich „nach 1945 in Adenauers rheinischer Republik wieder auf das Beste entfaltet“ (S. 221) habe. Natürlich wird auf dieser Basis die Wie-

derbelebung der „deutschen Sekundärtugenden Fleiß, Treue, Zuverlässigkeit, auch der Bescheidenheit“ – wieso eigentlich deutsch? – und der „deutschen Nationalkultur als Kultur der Freiheit“ (S. 222, 227) gefordert und vor den „fernen, universellen, unübersteigbaren Zielen der Fortschrittsapologeten“ (S. 232) gewarnt. Der Leser ist versucht, den Autor zu bitten, doch einmal die nach seiner Meinung zehn wichtigsten Repräsentanten der „deutschen Nationalkultur“ zu benennen und ihn an den Entwurf einer „Allgemeinen Erklärung der Menschenpflichten des InterAction Council“ unter Helmut Schmidt zu erinnern, den man, bei aller denkbaren Kritik, kaum mit dem Biedermeier und schon gar nicht mit unhistorischer Vergangenheitsverklärung verbinden mag.

„Man fragt“, bemerkt der Autor schließlich zutreffend, „am Ende nach Schlußfolgerungen“ (S. 268). Richtig ist sein Gedanke, daß Freiheit, Menschenrechte und Demokratie nicht für alle Zeiten und für alle Kulturkreise von vornherein denselben Inhalt haben müssen. Bedenkenswert ist seine Folgerung, daß diese Differenzierung einem absoluten politischen Universalitätsanspruch widerspricht, wobei der Autor die prägende Kraft der schon seit Jahrzehnten bestehenden und unstreitigen internationalen Pakte über grundlegende Menschenrechte und soziale, politische und kulturelle Rechte der Bürger offenbar unterschätzt. Problematisch erscheint seine Vorstellung, daß die nationalstaatlichen Strukturen Europas auf Dauer bestehen bleiben müßten.

Nicht akzeptabel, befremdend und ärgerlich ist die Lokalisierung seiner Freiheitsvorstellung. Die Privatheit des Autors geht in einer offenen Gesellschaft und im Staat des Grundgesetzes niemanden etwas an und vor allem, sie braucht auch niemanden zu interessieren. Der Autor meint, zur eigenen Identität und zur „Kultur der Freiheit“ der Nation gehöre zwingend „die Wiederaneignung eines sinnvollen Alltags“ und neben den unverzichtbaren „anthropologischen Konstanten des Menschseins“ auch „die entschiedene Abkehr von einer in der Geschichte wohl einmaligen Ignoranz für die Freude an eigenen Kindern, ihren alles überragenden Lebenswert und die aus der Kindererziehung folgende grassierende Zukunftsvergessenheit. Generationen von Menschen haben davon geträumt – viele im Schatten der glitzernden Fassaden tun dies immer noch –, mit unserem Fundus an Wohlstand, Gesundheit und Freiheit Familien gründen zu können, ihre Kinder unter solchen Bedingungen wachsen zu sehen.“ Wir seien auf eine „abschüssige Bahn“ geraten, klagt der Autor, „wenn wir dieses zentrale Erlebnis eines erfüllten Lebens mit leichter Hand in der bunten Welt von Oberflächlichkeiten aufgeben oder in der Rangliste des Vordringlichen immer weiter nach hinten schieben“ (S. 278).

Man kann Ziel, Stil und Inhalt des Buches nicht besser beschreiben. Es wird, der Umschlag dezent in schwarz-rot-goldener Schrift gehalten, in manchen bürgerlichen Arbeitszimmern die Zierde des Bücherschranks sein. Aber die Kultur der Freiheit, die es predigt, ist zugleich eine Kultur der Geringschätzung anderer Lebensentwürfe derjenigen Staatsbürger, die die privaten Vorstellungen des Richters Di Fabio nicht teilen. Niemand hat das Recht, sie aus unserem Staat hinauszudenken. Daß sie zu uns gehören

mit demselben Recht wie die Vorstellungen des Autors, genau das macht unsere Freiheit aus. Sie haben dasselbe verfassungsmäßige Recht auf Verwirklichung ihrer Privatheit wie der Richter, dessen Amt es ist, die Freiheit der Andersdenkenden zu wahren, zu achten und zu schützen. Um unserer Freiheit willen.

Von Peter Graf Kielmansegg (3)

Zeitdiagnosen erweisen sich bei näherem Hinsehen oft als Augenblicksdiagnosen. Sie werden in aller Regel schnell zu Papier gebracht, sind in starkem Maße von den Strömungen des Tages beeinflusst, und sie übertreiben gern, um Aufmerksamkeit zu erregen. Aus der Flut zeitdiagnostischer Bücher sind die meisten nach ein paar Jahren vollkommen vergessen. Blickt man auf die letzten beiden Jahrzehnte zurück, so fallen einem nicht viele Titel ein, die länger als ein, zwei Jahre in den öffentlichen Diskursen präsent waren: Huntingtons „Clash of Civilisations“ an erster Stelle, ein Buch, das, so umstritten es im einzelnen auch ist, eine Jahrhundertfrage aufgeworfen hat. Fukuyamas „End of History“, das für einen Augenblick Sensation machte, ist schon fast wieder vergessen. Unter den Zeitdiagnosen aus deutscher Feder hat im letzten Jahr das Buch „Die Kultur der Freiheit“ von Udo Di Fabio, als einflußreicher Richter am Bundesverfassungsgericht wohlbekannt, von sich reden gemacht. Es tritt mit dem Anspruch an, eine tiefgreifende, bewußtseinsverändernde Diskussion anstoßen zu wollen. Was wird man in zehn Jahren von ihm sagen?

Seine Kernthese wird schon im Titel verkündet: Freiheit braucht ein kulturelles Fundament. „Freiheit ist dem Grunde nach kulturgebunden, wer Freiheit will, muß auch die tragende Kultur wollen“ – dieser Leitgedanke durchzieht das Buch. Der Westen, dies ist der zweite Leitgedanke, hat eine höchst ambivalente Kultur entwickelt, eine Kultur der Freiheit, die zugleich die kulturellen Voraussetzungen der Freiheit zerstört. Der Prozeß der Selbsterstörung der Kultur der Freiheit ist in den verschiedenen westlichen Gesellschaften unterschiedlich weit fortgeschritten, aber im Gang ist er überall.

Warum braucht Freiheit ein kulturelles Fundament? Was sind konkret die kulturellen Voraussetzungen freiheitlicher Lebensweise? Und warum werden sie durch die westliche Kultur, die doch eine Kultur der Freiheit ist, gefährdet? Die Antwort auf die erste Frage lautet in ihrer kürzesten Fassung: Weil Freiheit Freiheitskompetenz verlangt und weil Freiheitskompetenz den Menschen nur durch eine Kultur vermittelt werden kann, die sie mit all denen verbindet, mit denen sie zusammenleben. Die Antwort auf die dritte Frage lautet: Der westliche Individualismus, der westliche Rationalismus und der westliche Universalismus sind einerseits die freiheitsbegründenden und freiheitsermöglichenden Fundamentalwerte der westlichen Kultur, es sind zugleich aber die Prinzipien, unter deren unablässigem Druck die kulturellen Voraussetzungen der Freiheit erodieren. Ob dieses Dilemmas ergibt sich als Antwort auf die zweite Frage: Der Individualismus muß aufgefangen, ausgeglichen werden durch die Bewahrung, die Pflege des Willens und der Fähigkeit zur verantwortlichen Zugehörigkeit zu kleineren und

größeren Lebensgemeinschaften. Der, wie Di Fabio gelegentlich formuliert, „halbierte Rationalismus“ des rasonierenden Verstandes muß ausbalanciert werden durch die erfahrungsgespeiste Alltagsvernunft, ein anderer Schlüsselbegriff des Textes; durch ein Vernunftwissen, das in Traditionen gespeichert ist – ein ganz Burkescher Gedanke.¹ Der Universalismus, drittens schließlich, des westlichen Selbstverständnisses muß verknüpft werden mit dem Willen, auch eine partikulare Identität zu bewahren, Offenheit und Abgrenzung komplementär zu verbinden. Es ist unschwer zu erkennen, daß dieses Programm kommunitaristische Bezüge aufweist. Erstaunlicherweise stellt Di Fabio den Zusammenhang nirgendwo her.

Das Buch entwickelt sein Argument in drei Schritten. Im ersten wird „die kulturelle Selbstgefährdung des Westens“ analysiert, eben die paradoxe Tendenz der westlichen Freiheitswerte, die kulturellen Grundlagen der Freiheit zu zerstören. Im zweiten wird das westliche Wertesystem in seiner Ambivalenz genauer unter die Lupe genommen, Freiheit und Gleichheit, und die Norm, die Di Fabio hinter Freiheit und Gleichheit ausfindig macht, die Norm der Gegenseitigkeit. Im dritten schließlich nimmt Di Fabio die Gemeinschaften in den Blick, die nach seiner Überzeugung konstitutiv sind für die Erzeugung, die Bewahrung, die Tradierung einer Kultur der Freiheit: die Familie, die religiösen Gemeinschaften, die Nation. Das Stichwort Nation lenkt den Blick in den Schlußkapiteln auf ergänzende Fragen: Können, sollen die Deutschen angesichts ihrer Geschichte an einer nationalen Identität festhalten? Was ist mit Europa? Ist es nicht jedenfalls in Europa ein Anachronismus, die Nation als kulturelles Fundament der Freiheit zu verstehen? Und schließlich: Wie ist mit dem Spannungsverhältnis zwischen dem universalistischen Geltungsanspruch der westlichen Werte – der Menschenrechte im westlichen Verständnis, der Demokratie – hier und dem widerständigen Selbstbewußtsein anderer Kulturen dort umzugehen? Oder auch: Wie sieht eine vernünftige Balance zwischen der staatlichen Souveränität, die nach wie vor ihren guten Sinn hat, und einer Völkerrechtsordnung aus, die elementaren zivilisatorischen Normen weltweit Respekt verschaffen will?

Von all diesen Themen hat eines bei Di Fabio einen besonderen Rang: die Familie. Sie steht buchstäblich am Anfang und am Ende des Buches, sie ist in fast allen Gedankengängen gegenwärtig. Das Plädoyer für eine Kultur der Freiheit ist bei Di Fabio im Kern ein Plädoyer für die Familie. Familie ist eine auf Kinder ausgerichtete Lebensgemeinschaft. Die in vielen westlichen Gesellschaften dramatisch fortschreitende Tendenz zur Kinderlosigkeit – Deutschland hat hier einen Spitzenplatz – ist mithin das Thema, um das es eigentlich geht. Dabei tritt das selbstzerstörerische Potential des westlichen Individualismus für Di Fabio am krassesten in Erscheinung. Freiwillige

1 Wer sich das veranschaulichen möchte, mag beispielsweise daran denken, daß das Erziehungswissen aller Verwissenschaftlichung zum Trotz da, wo es vor allem gebraucht wird, nämlich in den Familien, allmählich verlorengeht.

Kinderlosigkeit setzt elementare „Konstanten des Menschseins“ außer Kraft: die Ausrichtung des Lebens auf eigene Kinder, die Freude an ihnen als der Mitte des Lebens. Wenn in immer mehr Lebensentwürfen und Lebensverläufen eigene Kinder nicht mehr vorkommen, wird der Gesellschaft die Zukunft verlorengehen, erst gedanklich und bald darauf ganz praktisch. Aus eben diesem Zusammenhang ergibt sich die Bedeutung des Kindes für die Kultur der Freiheit: „Die Kultur der Freiheit [...] braucht als schlechthin unverzichtbare Voraussetzung Menschen, die [...] ihre Kultur mit dem eigenen Lebensentwurf in die Zukunft hineintragen.“ Es gibt, so könnte man es abstrakter formulieren, einen anthropologisch begründeten Zusammenhang zwischen dem bewußten Vater- und Mutter-Sein, dem Aufwachsen eines Kindes in der Familie und der Freiheitskompetenz des Menschen.

Und was gilt für die Nation, für die Religion? Wie begründet sich ihre Bedeutung für die Kultur der Freiheit? Ein freiheitliches Gemeinwesen, so die These, hat zur Voraussetzung, daß die, die es tragen, ein Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, ein Wille zur Gemeinsamkeit verbindet. Ein freiheitliches Gemeinwesen, heißt das, muß in einer lebendigen kollektiven Identität verwurzelt sein. Die Nation ist die Form politisch-kultureller kollektiver Identität, die das neuzeitliche Europa entwickelt hat. Es sieht nicht so aus, als seien Alternativen dazu rasch und leicht verfügbar. Die Verneinung der Nation, wie sie vor allem Deutschland seit 1945 für geboten gehalten hat, bringt neue Formen bejahter und gelebter kollektiver Identität jedenfalls nicht hervor. Sie beschädigt vielmehr eine der Voraussetzungen, die erfolgreiche Verfassungen der Freiheit in der Moderne überhaupt möglich gemacht haben. Daß die Nation eine Schlüsselrolle auch in einer ganz anderen Geschichte gespielt hat, liegt freilich auf der Hand. Di Fabio weist denn auch sehr nachdrücklich darauf hin, daß er in seiner Konfiguration der Gemeinschaften, in denen eine Kultur der Freiheit sich entwickeln kann, den offenen Nationalstaat im Blick hat, der die Zusammenarbeit mit anderen Staaten sucht und sich bereitwillig in eine Völkerrechtsordnung einfügt. Gerade offene Nationalstaaten aber, offene Gesellschaften, das ist eine wiederkehrende Kernidee, müssen sich selbst bejahen, sich selbst wollen, um offen sein zu können. Das gilt in besonderer Weise für Einwanderungsländer, wie es viele Länder des westlichen Kulturkreises inzwischen sind. Ohne Selbstbewußtsein gibt es jene Integrationsstärke nicht, die Einwanderungsgesellschaften brauchen, um eine gemeinsame Kultur der Freiheit aufrechterhalten zu können.

Damit ist die Religion angesprochen. Ist der Islam eine Religion, die in eine Kultur der Freiheit wirklich integrierbar ist? Di Fabio hat da, jedenfalls für die Gegenwart, seine Zweifel. Und doch müssen die europäischen Einwanderungsgesellschaften es versuchen. Daß die eigene tradierte Religiosität weithin schwach und blaß geworden ist, ist nach Di Fabios Überzeugung kein Vorteil. Zum einen, weil diese Asymmetrie der Überzeugung des Islam, daß er stark genug sei, die Bedingungen seiner Einwurzelung im europäischen Kulturraum selbst zu bestimmen, immer wieder bekräftigen muß. Zum andern, weil die Kultur der Freiheit eben auch auf eine starke, lebendige, ihr gemäß Tradition der Religiosität angewiesen ist. Das kann im europäischen Kulturraum nur die christliche sein. Eine Konstellation, die nicht unbedingt hoffnungsvoll stimmt. Aber

Pessimismus erlaubt sich der Autor nicht. Im Gegenteil: Er hat, und dies ganz sicher sehr bewußt, ein *optimistisches*, ein *leidenschaftliches*, ein *mutiges* Buch geschrieben. Stärken und Schwächen des Textes haben mit diesem „Temperament“ zu tun.

Mut: Deutschland ist nicht Amerika. Aber auch hierzulande steht sehr genau fest, was man besser nicht sagt, wenn man sich davor fürchtet – um nur eines von vielen einschlägigen Stichworten zu nennen –, etwa der Fremdenfeindlichkeit bezichtigt zu werden. Di Fabio attackiert die negative wie die positive Tabuisierung bestimmter Themen, die für die Diskussionskultur vieler freier Gesellschaften inzwischen charakteristisch ist. Und er hat keinerlei Scheu, sich selbst mit seinen Ansichten zu exponieren. Für die Familie kann man wieder plädieren, ohne Anstoß zu erregen, auch wenn Di Fabios Familienbild ganz gewiß nach wie vor viele provoziert. Aber (um nur ein Beispiel zu geben) wer die Frage stellt, ob wir uns nicht auch in Kulturen hineinendenken sollten, die die Geschlechterrollen anders definieren als wir, der begibt sich geradewegs in vermintes Gelände.

Leidenschaft: Das Buch ist ein Appell. Leidenschaft steht einem Appell gut an. Aber sie kostet auch ihren Preis. Einem Appell geht es nicht so sehr um argumentative Entfaltung und Unterfütterung seiner These oder gar – wo das möglich ist – ihre empirische Absicherung. Es geht ihm zuerst darum, der Botschaft die größte Eindringlichkeit zu geben. Di Fabios Buch will in der Tat vor allem eindringlich sein. Es kreist gleichsam in immer neuen Formulierungsvariationen – von z.T. großer Prägnanz und Intensität – um sein Thema, es schreitet nicht diskursiv voran, ein Eindruck der sich übrigens dadurch verstärkt, daß der Text außerordentlich kleinteilig gegliedert ist. Wer sich die Botschaft spontan zu eigen macht, wird mit dem appellativen Stil gut leben können – und mag darauf verweisen, daß die Wirkung von Büchern ohnehin häufig an einem einzigen Gedankengang, einer einzigen These, ja einem einzigen Begriff hängt. Wer Argumente hören möchte, tut sich schwerer.

Optimismus: Man kann ein solches Buch nicht schreiben, wenn man nicht glaubt, daß möglich sei, was man für notwendig hält. Der skeptische Leser mag dem entgegensetzen, daß es hier um nicht weniger als die Umkehrung einiger der Haupttendenzen unserer Zivilisation geht. Die Frage, ob das denkbar sei, drängt sich auf. Aber vor dieser Frage steht erst einmal die These des Buches – eine starke und eine eminent wichtige These: Wir zerstören durch den Gebrauch, den wir von unserer Freiheit machen, die Kultur der Freiheit, ohne die eine Ordnung der Freiheit nicht überleben kann. Kein noch so eloquentes Buch vermag eine Gesellschaft zu zwingen, sich dieser These zu stellen. Aber Di Fabios Buch macht es seinen Lesern schwer, sie wieder zu vergessen. Das ist schon viel. Man muß ihm Wirkung über den Tag hinaus wünschen.

Über eines zumindest besteht wohl kein Zweifel: Das Buch trifft den Nerv der Zeit. Tatsächlich läßt sich nur so die Vielzahl der Reaktionen erklären, mit denen das von Udo Di Fabio, Staatsrechtslehrer an der Universität Bonn und Richter am Bundesverfassungsgericht, vorgelegte Manifest einer neuen Bürgerlichkeit in der Öffentlichkeit aufgenommen wurde. Di Fabio hat den Nerv offenbar nicht nur getroffen, sondern diesen auch geradezu blank gelegt, denn kaum anders ist die Heftigkeit zu erklären, mit dem das Feuilleton – lagerübergreifend – auf „Die Kultur der Freiheit“ reagiert. Rücken die einen das Buch in den Dunstkreis der „Jungen Freiheit“¹, erkennen die anderen darin das „aliberale Manifest eines demokratischen Nationalkonservatismus – mit teilweise gefährlichen Implikationen“², dritte wiederum kaum mehr als ein vom „Peter Hahne der Rechtsintellektuellen“ verfaßtes „Plädoyer für die Rückkehr der Heuchelei“³. Selbst der Rezensent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ meint, in dem Text ein „Programm des ‚reflexiven‘ Pétainismus“⁴ erkennen zu müssen.

Nun steht nicht zu vermuten, daß der Autor sich über diese Reaktionen wirklich grämt, denn schließlich wollte er mit seinem Buch – wie Aufbau, vergleichsweise Kürze des Textes, die Pointiertheit der Aussagen und seine „Kritik an der Kulturkritik“ (S. 29 ff.) der „68er“ zeigen – eine politisch-wissenschaftliche „Streitschrift“, womöglich sogar einen „Appell“ (Jörg Lau) an die deutsche Nation verfassen. Wie auch immer, ob Streitschrift oder Appell: Das Buch kommt zur rechten Zeit. Dabei ist sein Thema nicht die Suche nach einem remobilisierten Konservativismus, denn viel zu deutlich schimmert des Autors systemtheoretische Sozialisierung im Luhmannschen Sinne durch, die letztlich mit jeder konservativen Gefühligkeit fremdeln muß. Di Fabio will, bei aller Sympathie für die Aufbruchstimmung der deutschen Nachkriegszeit, keineswegs in die Adenauer-Republik der fünfziger Jahre zurück, plädiert auch nicht, bei aller Anerkennung der Nation als wesentlicher Größe im politischen Mehrebenensystem, für die Verabsolutierung derselben auf Kosten der europäischen Integration. Ebenso wenig steht die Frage nach dem „Warum“ des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte im Zentrum seines Erkenntnisinteresses, auch wenn der Autor diese Frage tatsächlich – zugegebenermaßen stellenweise kursorisch und im Stile einer verdrießlichen Guido Knopp-Rhetorik – abhandelt.

Worum es Di Fabio geht, ist die Neujustierung der politisch-gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch die Stimulierung einer freiheitlich-bürgerlichen Kultur. Und zwar einer Kultur, die sich ihrer Wurzeln, ihrer Schwä-

1 Vgl. Heribert Prantl, Furor und Gesetz, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. Juli 2005.

2 Micha Brumlik, Das Konservative Manifest, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 50 (2005), S. 1059-1070.

3 Cordt Schnibben, Das bürgerliche Dilemma, in: Der Spiegel vom 2. Januar 2006.

4 Patrick Bahners, Seid fruchtbar und belehret euch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Juli 2005.

chen, aber auch ihrer signifikanten Stärken bewußt ist und daher „Lebensfreude und Leistungswille“ (S. 273) der Bürger in weit höherem Maße zu stimulieren in der Lage ist, als es das erschöpfte kulturelle Paradigma der Gegenwart vermag. Wenn Di Fabio deswegen die Bedeutung eines intakten „Wertesystems“ (S. 63) bzw. die Bedeutung der Familie als „unverzichtbarer Substanz einer freien Gesellschaft“ (S. 135) akzentuiert, so wäre es ein groteskes Mißverständnis, darin den Plan eines großen politischen, sozialen oder kulturellen „Rollback“ erkennen zu wollen. Di Fabio leistet nicht mehr, aber auch nicht weniger, als das sozio-moralische Fundament unserer Republik freizulegen, dessen Statik zu prüfen und erneut ins Bewußtsein zu rufen, wie sehr und warum unser Gemeinwesen auf Voraussetzungen beruht, die staatliches Handeln schlichtweg nicht zu garantieren vermag. Stichwort „demographische Krise“: Das klassische Böckenförde-Paradoxon vor Augen läßt Di Fabio keinen Zweifel an der Gültigkeit der Tatsache, „daß die ursprünglichste soziale Kulturgemeinschaft mit ernsthaft universellem Anspruch die Familie ist, jene auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von Frau und Mann, die durch Kinder ihr Glück vollendet. Eine Erosion der familiären Lebensform kann durch den Staat nicht vollständig kompensiert werden, und jede staatliche Ersatzleistung kostet ein kleines Stück gesellschaftlicher Freiheit. Die kulturellen Voraussetzungen freiheitlicher Ordnungen werden weit mehr in den Familien geschaffen, als in den Welten der Politik, des Rechts und der Verwaltung“ (S. 135). Was aber, wenn die Erosion alleine deshalb fortschreitet, weil nicht mehr in ausreichendem Maße Kinder in Deutschland geboren werden und damit das Geburtendefizit immer größer wird? Was, wenn allen sporadisch geführten familienpolitischen Debatten zum Trotz und ungeachtet verbesserter finanzieller und sozialpolitischer Rahmenbedingungen die jüngere Generation sich dennoch nicht auf das „Abenteuer“ Kinder einlassen und sich statt dessen in den Grenzenlosigkeit hedonistischer Bastelexistenzen gefallen will, oder sich, im Sinne faustischer Ichlinge, in zukunftsängstlichen Selbstzweifeln erschöpft? Vermag dann nicht, so wäre der Einwand anzuführen, gerade die substituierende Integration von Einwanderern eine verlockende Perspektive zu sein? Di Fabio beantwortet diese Frage mit einer provokanten Gegenfrage, die weit über das demographische Strukturdefizit oder die tagtäglichen integrationspolitischen Herausforderungen von Migration hinaus in das Zentrum unseres gegenwärtigen Problemamalgams reicht: „Warum um Gottes willen soll sich der Angehörige einer anderen vitalen Weltkultur in die westliche Kultur integrieren, wenn diese Kultur ohne ausreichenden Nachwuchs und unter Verlust einer transzendentalen Idee – zumindest aus seiner Sicht – ohnehin ihrem historischen Ende entgegengeht?“ (S. 50).

Kein Wunder, daß die Nerven mancher Wächter des bundesrepublikanischen *juste milieu* stark gereizt sind – ob der Frage, ob der Tonlage, ob der Biographie, ob des einflußreichen Amtes, das der Fragende bekleidet. Denn Di Fabio, Enkelsohn eines nach Deutschland eingewanderten italienischen „Gastarbeiters“ und derzeit einer der einflußreichsten Repräsentanten der Berliner Republik in Karlsruhe, schert sich nicht um vermeintlich opportune Diskurs-Regeln in einer politischen Kultur, die er für sich und für uns alle als wenig zukunftsfruchtig, in manchen Bereichen gar als freiheitsgefähr-

dend, in jedem Falle als überflüssig erkennt. Er vertraut auf die Freiheit des souveränen Bürgers – ganz der republikanischen Idee verpflichtet –, will sie intellektuell wie praktisch stimulieren und sucht seine Landsleute für einen Aufbruch zu mobilisieren. Nicht im Gestus eines abstrakten „Du bist Deutschland“, aber selbstverständlich im patriotischen Geiste, der nun tatsächlich auf allen Seiten, eben auch in der politischen Mitte wie auf der Linken⁵, zu wehen beginnt.⁶

Obzwar noch eher ein laues Lüftchen denn eine starke Böe, beginnt er doch ganz allmählich den Horizont zu weiten für eine erneuerte, patriotische Bürgergesellschaft, die sich ihrer subsidiären Stärken und staatsnotwendigen Grenzen ebenso bewußt ist, wie ihren „vopolitischen Grundlagen“. In diesem Zusammenhang dürfte es kein Zufall sein, daß Jürgen Habermas unlängst gerade diese „vopolitischen Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates“ akzentuierte und angesichts der drohenden Gefahr einer „entgleisenden Modernisierung der Gesellschaft im Ganzen“ zu einem schonenden Umgang „mit allen kulturellen Quellen [...], aus denen sich das Normbewußtsein und die Solidarität von Bürgern speist“⁷, aufrief.

Ohne eine allzu große Nähe zwischen Di Fabio und Habermas zu konstruieren, die es in zentralen Fragen nicht gibt, so wird doch zunehmend erkennbar, daß sich die kultur- und geschichtspolitischen Kampflinien, wie sie noch vor zwei Jahrzehnten im „Historikerstreit“ zu beobachten waren, signifikant abgeschwächt, wenn nicht sogar in das Gegenteil eines Miteinander-Nachdenkens über deutsche Bürgerlichkeit verkehrt haben. Der Horizont weitet sich. Nicht zuletzt dank der frischen Brise aus Karlsruhe.

Von Matthias Rößler (5)

Brauchen wir eine neue „Kultur der Freiheit“, die Udo Di Fabio uns verheißt? Sind wir nicht wegen Freiheit und Demokratie in unserer friedlichen Revolution von 1989 auf die Straßen gegangen? Otto Schily meinte schon damals, daß die Osis nur die Banane lockte, die er verächtlich hochhielt. Und jetzt haben sie den Konsum der westlichen Wohlstandsgesellschaft oder wenigstens Hartz IV bekommen. Soll es das wirklich gewesen sein? Die deutsche Gesellschaft befindet sich in keinem guten Zustand. Ihr Wertefundament ist durch die eigene satte Trägheit und die unermüdliche Tätigkeit großer Teile der eigenen politischen und intellektuellen Eliten teilweise zerstört, die Bürgergesellschaft geschwächt und durch einen übermächtigen Staat zurückgedrängt.

5 Vgl. den Themenschwerpunkt Patriotismus von links, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 52 (2005), Heft 3.

6 Vgl. Volker Kronenberg, Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation, Wiesbaden 2005.

7 Jürgen Habermas, Vopolitische Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates?, in: Ders., Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophie Aufsätze, Frankfurt a.M. 2005, S. 106-118, S. 111 f.

Im Osten vertrieben die Kommunisten nach dem von den Nationalsozialisten angezettelten Zweiten Weltkrieg knapp ein Viertel der Bevölkerung. Mit den bürgerlichen Mittelschichten, den vor der Zwangskollektivierung flüchtenden Bauern und den nach Freiheit suchenden akademischen Eliten ging der innovative Teil der Bevölkerung. Aber dieses Ausbluten setzt sich nach dem gewaltigen revolutionären Aufbruch von 1989 ununterbrochen fort. Hunderttausende junger Leistungsträger verlassen eine Region, die nach der Übertragung der in Besitzständen verkrusteten westdeutschen Sozial- und Rechtsordnung keinen selbsttragenden Aufschwung erleben konnte. Der Osten erfuhr eine historisch einmalige „Entbürgerlichung“ (Richard Schröder). Diese Elitenauszehrung setzt sich fort, bis ganze Landstriche in einer auf Dauer von Transfers abhängigen Unterschichtgesellschaft versinken, umgetrieben von rechts- und linkspopulistischen Demagogen. Ohne mündige Bürger ist eben kein demokratischer Staat zu machen, kein kommunales Gemeinwesen und schon gar keine funktionierende Bürgergesellschaft.

Wie steht es im Westen, im größeren Teil Deutschlands? Wie die „Zeit“ am 22. Februar 2001 berichtete, glaubte nur die Hälfte des Volkes nach einer Allensbach-Umfrage, mit der Demokratie ließen sich Deutschlands Probleme lösen. Nur jeder vierte setzte auf den Streit der Parteien; jeder zweite hielt Politiker für Lügner, und lediglich zehn Prozent fänden es gut, wenn ihr Sohn Politiker würde. Was Föderalismus ist, wußten fast sechzig Prozent nicht. An diesem Befund dürfte sich, wenn man sich die mühselige Reformpolitik der von Angela Merkel geführten großen Koalition auf dem kleinsten politischen Nenner anschaut, heute nichts geändert haben. Die Volksparteien haben es schwer mit den Veränderungen verkrusteter Strukturen und dem Abbau von Gebirgen von Besitzständen. In unserer Republik ist eine Mehrheit für große Reformen – leider nur nicht bei sich selbst oder der eigenen Klientel.

In diesem Land ist die Demokratie nicht akut gefährdet, schon gar nicht durch Extremisten von links und rechts. Sollte sie in Zukunft gefährdet werden, dann durch Frust und Lethargie, durch einen jede Initiative in dieser Gesellschaft erstickenden Parteienstaat und durch das Wahlvolk selbst, das mit seinen demokratischen Rechten nichts anfangen kann oder will. Und eines sagt uns ja auch Udo Di Fabio ganz ungeschminkt: Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft sind nicht alternativlos das Ende der Geschichte. Auch die westliche Kultur kann, wenn die Bindungskraft ihrer Werte und ihre Dynamik nachlassen, untergehen wie andere Hochkulturen vor ihr im Kampf mit stabileren und robusteren Kulturen. Oder sie kollabieren einfach, wenn die kulturelle Substanz ihrer Gesellschaft aufgezehrt ist. Konkurrierende Gesellschaftsentwürfe existieren nach dem Untergang des Kommunismus zumindest im totalitären islamistischen Gottesstaat und in der autoritär-nationalistischen Entwicklungsdiktatur in China. Dort definiert man die eigenen Wertvorstellungen durchaus gegen den oftmals verhaßten Westen.

Die Kultur des Westens baut nach Udo Di Fabio auf die Gemeinschaft mündiger Bürger, die ihre Stabilität aus Familie, Kultur Religion, Nation und ihre Dynamik aus Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft gewinnt. Globalisierung und neoliberale

Wirtschaftsorientierung können die Substanz unserer freien westlichen Gesellschaft verzehren, die dann ihre Stabilität und Dynamik – schlicht ihre Bürgerlichkeit – verliert. Dazu kommt ein rasanter demographischer Wandel, der, verbunden mit Bevölkerungsrückgang und Alterung, die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit beeinträchtigt. In dieser Situation muß unsere freie Gesellschaft ihre überlegene Gestaltungsfähigkeit in den Augen der eigenen Bürger und der sich dynamisch entwickelnden Weltbevölkerung immer wieder beweisen und ihre westlichen Werte offensiv verteidigen. Das wird uns gelingen, wenn wir uns auf unsere Stärken und Wurzeln, auf unsere Werte von globaler Anziehungskraft und Dynamik besinnen. Für die notwendige Stabilität unserer Gemeinschaften in den Kommunen, den Ländern, im Nationalstaat und im vereinigten Europa ist eine Renaissance der Bürgergesellschaft vonnöten, die wir im Westen Deutschlands und Europas stärken und im Osten wieder schaffen müssen.

Dazu beginnt Udo Di Fabio mit der notwendigen Selbstvergewisserung über unsere kulturellen Wurzeln. Er spricht unverblümt von der westlichen Leitkultur. Die kulturelle Selbstgefährdung des Westens sieht er in den weit verbreiteten Selbstzweifeln und einer gewissen Ermüdung der großartigen, historisch und kulturell gewachsenen Antriebskräfte. Obwohl mir diese Selbstzweifel fremd sind, widerspreche ich ihm gerade mit Blick auf die tonangebenden Eliten besonders in Deutschland nicht. Mehr Selbstbewußtsein zeigt, wie nicht zuletzt die Fußballweltmeisterschaft beweist, die Masse der sogenannten einfachen Menschen. Sie haben die Visionen verdient, die Udo Di Fabio entwirft. Sein Menschenbild der Freiheit, eingebettet in ein neu justiertes westliches Wertesystem mit ausbalanciertem Verhältnis von Freiheit und Gleichheit, entspricht weder den Vorurteilen von Globalisierungsgegnern noch den Erwartungen von Neoliberalen. Seine Freiheit ist nicht entgrenzt, verbindet sich immer mit Stabilität und findet ihr Fundament in der Neubestimmung von Gemeinschaften. Ganz ins Zentrum setzt er dabei die Familie, die sogar für Friedrich Engels die Keimzelle der Gesellschaft war. Das sollte man gerade bürgerlichen Volksparteien ins Stammbuch oder noch besser ins Programm schreiben, denen diese schlichte Erkenntnis des Marxfreundes heute nicht mehr so selbstverständlich ist. Familie ist eben nicht überall, wo Kinder sind. Eine Familie besteht aus Mann und Frau und, für die Väter und Mütter des Grundgesetzes ganz selbstverständlich, aus Kindern. Deshalb stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates. Ohne diese Familien hat die westliche Gesellschaft und ihre Kultur keine Zukunft.

Udo Di Fabio wagt sich aber noch weiter vor, wenn es um die religiösen Gemeinschaften geht. Daß die Renaissance der Religionen eine globale Realität ist, bestreiten wenige. Zu deutlich wird dies gerade durch den selbstbewußten und manchmal militanten Aufbruch in der islamistischen Welt. Wer in den Zeiten der Globalisierung akzeptierter Partner bleiben oder werden will, muß über eine eigene kulturelle Identität verfügen. Diese Identität ist in den westlichen Gesellschaften untrennbar mit dem Christentum assoziiert. Diesem Erbe sind wir genauso verbunden wie der Aufklärung. Der Westen wird in den Augen der anderen immer christlich bleiben, ob er will oder nicht. Deshalb sollte er wollen.

Kultur der Bürgerlichkeit?

Patriotismus ist für unsere Nachbarn in Ost und West eine Selbstverständlichkeit. Er wurzelt tief in der eigenen Sprache und Kultur, verbindet die Menschen mit der eigenen Heimat und Geschichte. Gewiß haben die Deutschen ein schwieriges Vaterland. Aber sie stellen sich ihrer gesamten tausendjährigen Geschichte, nicht nur der verbrecherischen Zeit des Nationalsozialismus oder der kommunistischen Diktatur. Die großartigen Leistungen unseres Landes in Kultur und Wissenschaft, die Europa und die Welt bereichert haben, können uns Selbstvertrauen geben. In Europa, in dem die historische und kulturelle Schicksalsgemeinschaft der Nation unverzichtbar ist, entstand dieser Patriotismus mit dem Kampf der Völker für Freiheit und Demokratie. Was den Franzosen mit dem Sturm auf die Bastille bereits 1789 gelang, schafften die Ostdeutschen mit ihrer friedlichen Revolution 1989 für unsere ganze Nation. Was wir bei der Fußballweltmeisterschaft erlebten, mußte man nicht herbeireden oder verordnen.

Unsere Gemeinschaft braucht Visionen und mehr Zusammenhalt. In den Zeiten der Globalisierung, der terroristischen Bedrohung und des demographischen Wandels in den alternden westlichen Wohlstandsgesellschaften muß unser Gemeinwesen fest zusammenstehen, damit es nicht in egoistische Interessengruppen zerfällt, die Zukunft für unsere Kinder und Enkel gewinnt. Wenn der Einzelne auf den Schutz und seine Rechte in der Solidargemeinschaft der Nation rechnen will, hat er auch Pflichten. Nicht die Lust am eigenen Untergang und Passivität darf unser Dasein bestimmen, sondern mutiges Handeln wird durch die tiefe Überzeugung von der Richtigkeit und Universalität unseres westlichen Wertesystems notwendig. Dazu macht uns Udo Di Fabio mit seiner „Kultur der Freiheit“ Mut. Der Weg von Freiheit, Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft, den wir mit unserer friedlichen Revolution von 1989 eingeschlagen haben, ist nicht der richtige. Er enttäuscht manche, weil er ihnen zu mühselig und lang erscheint. Man darf sich nicht darauf beschränken, daß jeder seines Glückes Schmied ist. Die Starken müssen die Schwächeren stützen und notfalls tragen. Die Schwächeren dürfen die Starken nicht überfordern und haben möglichst große Strecken selbst zurückzulegen. So verstehe ich Udo Di Fabios Suche nach dem richtigen Verhältnis von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Deshalb brauchen wir seine Kultur der Freiheit.

Rezensionsessay:

Martin Walser – ein Fall für den Verfassungsschutz?

Von Helmuth Kiesel

Matthias N. Lorenz, „Auschwitz drängt uns auf einen Fleck“: Judendarstellung und Auschwitzdiskurs bei Martin Walser, Stuttgart/Weimar 2005 (*Metzler Verlag*), 560 S.

Die Arbeit beginnt mit Hinweisen auf Walsers literarische wie politische Entwicklung und die daraus resultierenden Probleme der Walser-Forschung, in der umstritten ist, in welchem Maß sich Walser gewandelt hat. Wichtig daran ist, daß für Lorenz jetzt – nach dem Erscheinen des autobiographischen Romans *Der springende Brunnen* (1998), nach der Friedenspreis-Rede (1998) und nach dem Erscheinen des Romans *Tod eines Kritikers* (2002) – der Zeitpunkt gekommen ist, an dem eine „Revision oder Neubewertung Walsers möglich scheint“ (S. 31). Die drei Texte sind für Lorenz „Schlüsseltexte“, die nicht nur Auskunft über Walsers Selbstverständnis und Anliegen geben, sondern auch manches, was im Frühwerk verdeckt zur Sprache kam, in einem schärferen Licht erscheinen lassen. Die Ausführungen zur Methode widmen sich zunächst der Frage, in welchem Maß es berechtigt ist, Äußerungen von Figuren des literarischen Werks („Figurenreden“) „mit dem Autor selbst in Beziehung zu setzen“ (S. 39), also als Indikatoren für die Meinung des realen Autors zu betrachten. Die Antwort läuft darauf hinaus, daß unter gegebenen Umständen – und Lorenz sieht sie bei Walser als gegeben – sehr wohl eine starke Ähnlichkeit oder annäherungsweise Identität zwischen Figurenreden und der andernorts unmittelbar geäußerten Autorenmeinung konstatiert werden kann. Für die Bestimmung dessen, was „literarischer Antisemitismus“ ist, zieht Lorenz einschlägige literaturwissenschaftliche Studien heran und entwickelt aus ihnen eine Reihe von Kriterien, die stichwortartig genannt seien: Verwendung antisemitischer Stereotypen; Lächerlichmachen einer Figur durch „Jiddeln“; Betonung der Andersartigkeit; Kontrastierung von „bösen“ Juden und „guten“ Nicht-Juden; herabsetzende Erzählerkommentare; herabsetzende oder gar dehumanisierende Metaphern und Epitheta für Juden. Entscheidend ist nicht das Auftauchen des einen oder andern Moments, sondern die „Ensemblewirkung“ (S. 77, Manfred Richter).

Nach dieser theoretisch und methodologisch orientierten Einleitung folgt ein Kapitel, das die Debatte um den *Tod eines Kritikers* rekapituliert und eine Analyse des Romans unter dem Aspekt des Antisemitismus unternimmt. Lorenz' Befund ist eindeutig: „Die Summe [oder Ensemblewirkung] problematisch erscheinender Figuren- und Handlungskonstellationen klassifiziert den Text klar als ein Beispiel für literarischen Antisemitismus“ (S. 212); mit dem *Tod eines Kritikers* hat Walser „ein geradezu archetypisch antisemitisches Stück Literatur geschrieben“ (S. 210). Nach dieser Indizie-

rung des *Kritiker*-Romans als zweifelsfrei und massiv antisemitisch wird Walsers früheres Schaffen gemustert, zunächst seine Auseinandersetzung mit deutschen Juden (Marcel Reich-Ranicki, Ignaz Bubis, Jurek Becker, Ruth Klüger, Victor Klemperer, Heinrich Heine). Der Befund lautet: „Statt eines gleichberechtigten Mit- oder Nebeneinanders [von Juden und Deutschen oder jüdischen und nicht-jüdischen Deutschen] propagiert Walser eine Art Nationalkultur, die an die Forderung nach der ‚Kulturnation‘ vor der Reichgründung 1871 erinnert“ (S. 255) und von den Juden die „Auflösung in der Masse“ (S. 256) verlangt. Dem folgt ein langer Teil über die „fiktionale Bearbeitung der jüdisch-deutschen Thematik in Walsers dramatischen und epischen Werken“ (S. 257-393) wie in den Aufsätzen und Reden (S. 394-482). Es zeigt sich, so Lorenz, daß Walsers Werk von Anfang an durchsetzt ist mit jüdischen Figuren, die in klischeehafter Weise als jüdisch und negativ gezeigt werden, also antisemitisch intendiert sind.

Ziel dieser Judendarstellung sei es, die Deutschen zu entlasten und ihnen eine Opferrolle zuzuschreiben. Mit dem letzten Satz seiner Dissertation artikuliert Lorenz Verwunderung darüber, daß „die literaturwissenschaftliche Forschung diese problematischen Signale [von Antisemitismus und Nationalismus] bislang mit einiger Konsequenz ignoriert hat“ (S. 494). Das wäre, wenn die Befunde von Lorenz zutreffend wären, in der Tat erstaunlich. Aber vielleicht kann man anderer Meinung sein. Schließlich gab es *nach* der Indizierung von *Tod eines Kritikers* in- und ausländische Literaturkritiker und Literaturwissenschaftler, die weder dieses noch ein anderes Werk von Walser als antisemitisch und nationalistisch einschätzten. Freilich, solche Literaturwissenschaftler – der Autor dieser Rezension gehört dazu – werden als „konservativ“ eingestuft: Sie haben „Scheuklappen angelegt, die [ihnen] einen unbefangenen Umgang mit problematischen Texten erlauben“ (S. 129). Nun, sehen wir einmal, mit welchen Methoden eine vermutlich „progressiv“ sich dünkende Literaturwissenschaft arbeitet.

Der Begriff des Antisemitismus wird von Lorenz extrem weit gefaßt, flexibilisiert und subjektiviert. Er wird von seiner biologistischen oder rassistischen Begründung (über deren Verfehltheit man kein Wort mehr zu verlieren braucht) getrennt und in einem elargierten Sinn verwendet: als „pauschalisierende[s] Synonym für jegliche Form der Judenfeindschaft“ (S. 44). Dies entspricht wohl dem neueren Sprachgebrauch, bedeutet aber eine außerordentlich problematische Entdifferenzierung. Denn sie erlaubt es, jede kritische Äußerung über jüdische Personen oder jede pointierte Darstellung von Juden als antisemitisch zu indizieren, und sie aktiviert automatisch den Vorwurf des Rassismus, auch wenn von Rassismus im betreffenden Fall gar keine Rede sein kann. So kommt es zu solch paradoxen Feststellungen, daß bei Walser Antisemitismus ohne Judenhaß zu beobachten sei.

Die problematische Ausdehnung und Flexibilisierung des Antisemitismusbegriffs wird ergänzt durch seine Subjektivierung. Dies ist ein generelles Problem der Antisemitismusforschung. So weist Lorenz selbst darauf hin, daß bei den Erhebungen, die der Vermessung der antisemitischen Einstellung der Bevölkerung dienen, viel von der Auswahl der zu Befragenden, von den Fragestellungen und von der Interpretation der Ant-

worten durch die auswertenden Bearbeiter abhängen, also von deren Einschätzung. Ebendies konzediert Lorenz im Hinblick auf den „literarischen Antisemitismus“: „Es gibt keine trennscharfen Kriterien für literarischen Antisemitismus, nicht nur aufgrund des ambivalenten Charakters der Literatur, sondern auch wegen des Fehlens einer allgemein gültigen Definition, ‚wo‘ der Antisemitismus beginnt. Diese Grenze zieht jeder Mensch anders, geprägt von seiner kulturellen Prägung, seinem historischen Wissen, seinen politischen Einstellungen, seiner moralischen Toleranz und seinen geschmacklichen Vorlieben“ (S. 75). Dies provoziert zwei Fragen: zum einen, welche Verbindlichkeit ein derart subjektiver Begriff von Antisemitismus beanspruchen darf; zum andern, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, einen trennscharfen Begriff von Antisemitismus zu etablieren. Einen solchen Begriff gibt es. Er bezeichnet jene in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufkommende und ursprünglich mit dem Wort „Antisemitismus“ belegte Meinung, daß die Juden eine eigene „Rasse“ bilden und aufgrund ihrer biologischen Erbschaft auf bestimmte Verhaltensweisen und Leistungen (meist negativer Art) festgelegt sind. Antisemit ist, wer über Juden sagt, daß sie sich so oder so verhielten, *weil* sie Juden seien und *weil* ihre jüdische Herkunft oder Erbschaft ein anderes Verhalten nicht erlaube.

Davon kann bei Walser keine Rede sein. Ich kenne keine Stelle, die darauf hindeutet, und auch Lorenz führt keine an. In Walsers Werk finden sich Figuren, die als Juden zu identifizieren – wie manche als deutsch, fränkisch oder schwäbisch zu identifizierende Figuren – und mit Merkmalen ausgestattet sind, die als Klischees oder Stereotype gelten. Im Fall der jüdischen Figuren führt Lorenz alle diese Merkmale auf und setzt sie mit dezidiert antisemitischen Prätexten in Verbindung, um sie solchermaßen als antisemitisch zu indizieren. Es kommt dabei eine Liste von – angeblich – antisemitischen Figurationen zusammen, die man nicht ohne Irritation liest. Aber sobald man sich die Beispiele genauer anschaut, entstehen Zweifel an der Triftigkeit von Lorenz' Analysen und Zuordnungen.

Über die Sprache des Kritikers Ehrl-König hat es gleich nach dem Erscheinen des *Kritiker*-Romans eine Kontroverse gegeben. Dem Vorwurf, hier werde Jiddisch gesprochen (und damit an den Antisemitismus appelliert), wurde entgegengehalten, die Sprache Ehrl-Königs sei doch der Sprechweise Reich-Ranickis nachgebildet, die nun nicht durchs Jiddische, sondern durchs Polnische geprägt sei und darüber hinaus eben ihren ganz persönlichen Ton habe. Aber auch das rettet Walser nicht vor dem Vorwurf des sprachlichen Antisemitismus: Denn jedes vom hochsprachlichen Deutsch abweichende Sprechen einer jüdischen Figur ist, so erfahren wir, ein Indiz für literarischen Antisemitismus, und endlich erfahren wir auch, daß die Aussprache des Wortes „Prozent“ als „Perozent“, die naheliegt, wenn man Reich-Ranickis Sprechweise wiedergeben oder karikieren will, dezidiert antisemitisch ist, weil sie die „literaturjiddische“ Verballhornung des Wortes „Prozente“ als „Perzente“, „Persente“ oder „Purzente“ fortschreibt. Diese keinesfalls breitenwirksam aufrufbare „literaturjiddische“ Tradition muß man erst einmal kennen, um sich antisemitisch angesprochen zu fühlen; und dann ist zwischen dem „literaturjiddischen“ „Perzente“ oder „Purzente“ und dem polonisierenden

„Perozente“ von Ehrl-König immer noch ein Unterschied, der in einer solch heiklen Angelegenheit nicht eingeebnet werden darf.

In Walsers Roman *Halbzeit* von 1960 entdeckt Lorenz z.B. eine Figur namens Susanne Schmolka, eine zum katholischen Glauben konvertierte Jüdin, deren immerzu schnuppernde Nase folgendermaßen beschrieben ist: „Sie hob sich hinaus vor das Gesicht und wäre wahrscheinlich zu weit hinausgeraten, wenn sie draußen spitz aufgehört hätte, deshalb bog sie sich rechtzeitig nach unten, nur eine winzige Kurve abwärts, und hörte auch gleich auf“ (zit. nach Lorenz, S. 267). Auch hat diese Susanne „Mandelkern-Augen“, spricht ein altmodisches Deutsch und beherrscht mehrere Fremdsprachen. Kurz, sie hat neben einer – angeblich – jüdischen Nase und – angeblichen – jüdischen Augen noch mehrere Eigenschaften, die zum Klischee der mehr oder minder schönen Jüdin gehören – und ist damit für Lorenz eine Repräsentantin der antisemitischen Judenbilder in der Literatur. Hier schließen sich zwei Fragen an: Zum einen, ob es nicht möglich ist, daß diese Darstellung einer Jüdin aus einer Wirklichkeitserfahrung resultiert, die eben diese Darstellung rechtfertigt, auch wenn sie klischeehaft *wirkt*. Zum andern die Frage, ob Klischees oder Stereotype prinzipiell falsch und also für die Darstellung und Reflexion von Wirklichkeit unbrauchbar und unzulässig sind. Der Arbeit von Lorenz scheint diese Annahme zugrunde zu liegen, und deswegen ist in diesem Buch alles, was nach Klischee oder Stereotyp klingt, von vornherein schon antisemitisch. Es ist aber darauf zu beharren, daß Klischees oder Stereotype durchaus einen begrenzten Wahrheitsgehalt haben können, wiewohl er in einer Vielzahl von Fällen nicht verifizierbar ist. Wir wissen durch Erfahrung, wie der typische „US-Amerikaner“ oder „Südfranzose“ aussieht, auch wenn wir uns oft genug täuschen, und wir werden im Ausland aufgrund bestimmter Habitusmerkmale als Deutsche angesprochen, noch bevor wir selber den Mund aufgemacht oder den Personalausweis gezeigt haben. Der große jüdische Kunsthistoriker Ernst H. Gombrich stellt in seinem Essay *Jüdische Identität und jüdisches Schicksal* einmal fest, daß der Maler Max Liebermann „unleugbar jüdisch“ ausgesehen habe, „genau wie seine wunderbaren Selbstporträts“. Wie hätte Gombrich dies sagen können, wenn es nicht einen Habitus gäbe, den man aufgrund langer Sozialerfahrung als jüdisch – oder in anderen Fällen als deutsch oder schwäbisch usw. – identifizieren könnte? Ebenso sagt der in Polen geborene jüdisch-amerikanische Erzähler Louis Begley in seinem von Marcel Reich-Ranicki und Ruth Klüger gerühmten Roman *Lügen in Zeiten des Krieges*, daß die deutschen Judenhäsher in Polen auf die Hilfe der Polen angewiesen waren, weil nur diese in der Lage waren, „jene mit Worten nicht zu beschreibenden jüdischen Elemente einer Physiognomie“ zu erkennen, seien es nun die Ohren, die „eine Spur zu groß oder zu ausgeprägt waren oder die Augenlider“, die „ein wenig schwerer“ waren, „als es einem reinrassigen Slawen anstand“. Sollte sich Begley da eines antisemitischen wie eines antipolnischen Klischees bedienen haben, oder schildert er etwas, was zu seiner Wirklichkeitserfahrung gehört und eben nicht als Klischee abgetan werden kann? Über das schwierige Problem des Erfahrungs- oder Wahrheitsgehalts von Stereotypen und Klischees muß nach der Arbeit von Lorenz, die hier völlig unterkomplex ist, jedenfalls neu nachgedacht werden.

Literatur

Die Liste solcher Beobachtungen und Fragen ließe sich fortsetzen, aber es dürfte reichen, um zu sehen, was es mit Walsers „literarischem Antisemitismus“ auf sich hat: Es ist ein von Lorenz konstruierter Antisemitismus, den dieser dem Werk Martin Walsers mit den fragwürdigen Mitteln einer inquisitorisch arbeitenden Verdächtigungsphilologie „abpressen“ mußte – so eine von Lorenz selbst in methodologischer Absicht gebrauchte Vokabel (S. 322), die sein Verfahren zutreffend benennt. Das Buch ist ein Zeugnis einer hemmungslosen Verdächtigungs- und Inkriminierungsabsicht, in der ein unbedarftes gutes Gewissen zum Praeceptor Germaniae sich aufspreizt und einen Autor, der zur Entwicklung der sozialliberalen politischen Kultur der Bundesrepublik Wesentliches beigetragen hat, in einer Weise der „nationalistischen“ und gar „völkischen“ „Radikalisierung“ zeiht, daß man meinen möchte, man habe es mit einem Fall für den Verfassungsschutz zu tun. Ein Buch ohne jedes Augenmaß!

„Wieder gelesen“:

Renegaten-Berichte

Von Armin Pfahl-Traugher

Ein Gott, der keiner war. Arthur Koestler, Ignazio Silone, Andre Gide, Louis Fischer, Richard Wright, Stephen Spender schildern ihren Weg zum Kommunismus und ihre Abkehr. Mit einer Einführung von Wolfgang Leonhard und einem Vorwort von Richard Crossman, Zürich 2005 (*Europa-Verlag*), 286 S.

Die Bezeichnung „Renegat“ diente den kommunistischen Parteien und Systemen als abwertender Terminus für ehemalige Genossen, die mit Ideologie und Organisation gebrochen hatten.¹ Im Jahr 1950 erschien erstmals ein jetzt wieder neu veröffentlichter Sammelband mit Stellungnahmen solcher Personen unter dem Titel „Ein Gott, der keiner war. Arthur Koestler, Ignazio Silone, Andre Gide, Louis Fischer, Richard Wright, Stephen Spender schildern ihren Weg zum Kommunismus und ihre Abkehr“. Nach den Angaben im Vorwort von Richard Crossman, damals Parlamentsabgeordneter der Labour-Partei in Großbritannien, ging die Idee zu dem Buch auf ein Streitgespräch mit Arthur Koestler zurück. Der Ex-Kommunist hatte sich durch sein literarisches und politisches Engagement gegen den Stalinismus einen Namen gemacht. Mit dem Buchprojekt sollte erklärt werden, „warum der und der Kommunist geworden sei und warum er aus der Partei ausgetreten sei oder nicht“ (S. 7).

Durch autobiographische Statements ehemaliger Kommunisten und Sympathisanten, so Crossman im Vorwort, wollte man keinen Beitrag zur antikomunistischen Propaganda und keine Gelegenheit für persönliche Verteidigungsschriften schaffen. „Unser Augenmerk war darauf gerichtet, den Geisteszustand der bekehrten Kommunisten zu untersuchen sowie die Atmosphäre des Zeitraums von 1917-1939, in dem die Bekehrung so üblich war“ (S. 8). Bei aller Kritik am Kommunismus sollten die Mängel der westlichen Demokratien und Wirtschaftsformen nicht ignoriert werden, denn: „Die Anziehungskraft des Marxismus auf die Intellektuellen bestand darin, daß er die liberalen Irrtümer vernichtete – die in Wirklichkeit auch Irrtümer waren“ (S. 11). Als Hauptmotive für die Bekehrung zum Kommunismus nannte Crossman Einsamkeit, Gewissenskonflikte und Verzweiflung, die mit der rassistischen Diskriminierung und sozialen Ungerechtigkeit verbunden waren.

Die erste Stellungnahme des Bandes stammt von Koestler², der zwischen 1931 und

1 Vgl. Michael Rohrwasser, *Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten*, Stuttgart 1991, S. 26 f.

2 Vgl. als neuere Biographie: Christian Buckard, *Arthur Koestler. Ein extremes Leben 1905-1983*, München 2004. Die informative und materialreiche Studie konzentriert sich leider allzu stark auf die jüdische Identität Koestlers und vernachlässigt sein antikomunistisches Engagement.

1938 der KPD angehörte und sie als Reaktion auf die „Schauprozesse“ und Verhaftungen in der Sowjetunion verließ. Sein Beitrag enthält eine Reihe beachtenswerter Aussagen über das Innenleben der damaligen kommunistischen Organisationen, bezogen auf Dialektik-Mißbrauch und „Geheimnistuerei“, Kritik-Unterdrückung und „Zellen-Arbeit“. Zu Beginn stehen allerdings einige verunglückte psychologische Deutungen zum Parteieintritt, den er als neurotische Fehlanpassung im Spannungsfeld der Revolte gegen die Gesellschaft und der Hingabe an eine Utopie ansah. Gleichwohl enthält der Text interessante Begründungen für den langen Verbleib in der kommunistischen Partei, wobei etwa die Akzeptanz von Dogmatismus und Unterdrückung, Fehlern und Widersprüchen aus dem „Zustand der Gnade des absoluten Glaubens“ (S. 68) abgeleitet wird.

Der italienische Schriftsteller Ignazio Silone, Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens und in den 1920er Jahren führender Funktionär, berichtet danach von seinem politischen Weg. Am Beginn stand der Unmut über das soziale Elend im Land, das ihn zu seinem Engagement motivierte. Über die Bedeutung der Hinwendung zum organisierten Kommunismus bemerkte Silone: „Der Eintritt in die Partei der proletarischen Revolution bedeutete für mich nicht lediglich, sich bei irgendeiner beliebigen politischen Partei einzuschreiben – er kam einer Bekehrung, einer grenzenlosen Hingabe gleich“ (S. 103). Bereits die erste direkte Erfahrung von Dogmatismus und Intoleranz bei Lenin und Trotzki im bolschewistischen Rußland ließen in ihm Zweifel aufkommen, welche später aufgrund des autoritären Umgangs in der Kommunistischen Internationale zum Bruch führten. Auch nach der Trennung verstand sich Silone weiter als Sozialist.³

Der heute kaum noch bekannte Richard Wright trat als Schwarzer in den USA der dortigen Kommunistischen Partei bei. Die Gründe ergaben sich aus seiner ethnischen Herkunft und der damit verbundenen Erfahrung von Diskriminierung. Insbesondere der internationale Charakter der kommunistischen Bewegung habe ihn fasziniert: „Es schien mir, daß hier endlich, in diesem revolutionären Ausdrucksbereich, die Erfahrungen der Neger einen Platz finden, einen praktischen Wert haben und eine Rolle spielen könnten“ (S. 124). Diese Hoffnung ließen Wright zeitweilig viele Fehler und Widersprüche akzeptieren, wozu die ablehnende Haltung gegenüber den Intellektuellen und die wirklichkeitsfremde Wahrnehmung der Interessen der Massen gehörten. Auch in diesem Beitrag verdienen die Ausführungen zum Innenleben und der Taktik kommunistischer Organisationen Aufmerksamkeit, wie etwa zu den Versuchen der Manipulation parteifreier politischer Vereinigungen.

Während die ersten drei Texte des Bandes von langjährigen Parteimitgliedern stammen, waren die folgenden drei Autoren lediglich Sympathisanten des Kommunismus. Der französische Schriftsteller Andre Gide, der nur kurze Zeit der Kommunistischen Partei angehörte, hatte lange der Sowjetunion publizistisch gehuldigt. Er sah dort zeit-

3 Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Bedürfnis nach Brüderlichkeit. Ignazio Silones Abwendung vom Kommunismus, in: Mut, Nr. 5/2 2000, S. 16-28.

weilig die Umsetzung sozialer Ideale des Christentums verwirklicht, mußte nach einer Reise jedoch sein Urteil korrigieren: „Todunglücklich aber machte mich die Erkenntnis, daß es dort alles gab, was mich daheim abgestoßen hatte: das ganze Unwesen der Klassenvorrechte, das ich für immer abgeschafft wähnte“ (S. 187). Die schon so lange angekündigte Diktatur des Proletariats sei noch immer nicht Wirklichkeit geworden. „Statt ihrer herrscht die Diktatur der sowjetischen Bürokratie“ (S. 192). Die europäischen Kommunisten kritisierte er aufgrund ihrer aus politischen Motiven propagierten Lügen über die Zustände in der Sowjetunion.

Auch der aus den USA stammende, hauptsächlich in Europa arbeitende Journalist Louis Fischer gehörte lange zu den publizistischen Verteidigern des stalinistischen Systems. In der selbstkritischen Rückschau hob er seine Ignoranz gegenüber den gesellschaftlichen Realitäten hervor: „Genau so wie eine religiöse Überzeugung einem logischen Argument gegenüber unzugänglich ist und ja auch tatsächlich nicht aus logischen Vorgängen resultiert, genau so wie eine nationalistische Hingabe oder eine persönliche Zuneigung einem Berg von Gegenbeweisen trotz, so erreichte meine pro-sowjetische Haltung bald eine völlige Unabhängigkeit vom Tagesgeschehen“ (S. 212). Die propagandistischen Verheißungen nach der Revolution hätten ihn begeistert und an die Verwirklichung eines Wunschtraumes der Menschheit glauben lassen. Erst die stalinistischen „Säuberungen“ und der Hitler-Stalin-Pakt öffneten ihm die Augen, habe das Regime doch seine Schöpfer und Ursprünge verraten.

Schließlich findet sich noch ein Text von Stephen Spender, einem britischen Lyriker und Publizisten, der durch eine kritische Schrift zum Liberalismus bekannt wurde und nur wenige Wochen der Kommunistischen Partei angehörte. Insbesondere die Folgen der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre und die soziale Not der unteren sozialen Schichten ließen ihn zu einem heftigen Kritiker des Kapitalismus und zeitweiligen Verehrer des Kommunismus werden. Sein Bruch mit diesem vollzog sich insbesondere durch die Auseinandersetzung mit dem Vorgehen von deren kommunistischen Anhängern, das von einem mystischen Glauben und von machtfixierten Taktiken bei der Bündnispolitik geprägt gewesen sei. Bilanzierend bemerkte Spender: „Der Kommunismus ist der Glaube daran, daß sich die Gesellschaft verändern läßt, indem man Menschen in Maschinen verwandelt, um die Gesellschaft zu verändern“ (S. 284). Diese Auffassung ging allerdings nicht mit der Akzeptanz des weiterhin abgelehnten Kapitalismus einher.

Auch heute noch verdienen die referierten Texte Aufmerksamkeit, veranschaulichen sie doch die Motive von Intellektuellen für die Hinwendung zum und die Abkehr vom Kommunismus. Nicht immer erläutern die Autoren diese beiden Prozesse auf nachvollziehbare Weise, was mit dem stark autobiographischen Charakter und der damit verbundenen Selbstlegitimation zusammenhängen dürfte. Nahezu alle Beiträge nutzten religiös geprägte Begriffe, um die Faszination des Kommunismus zu erklären: Es ist häufig von Bekehrung und Erleuchtung, Erlösung und Glauben, Hingabe und Opferung die Rede. In der Tat waren und sind der Ideologie des Kommunismus religionsähnliche Dimensionen eigen, welche sowohl die Faszination der Inhalte wie die Ignoranz gegen-

über der Realität erklären können. Darüber hinaus verdient Interesse, daß die Autoren sich zwar scharf vom Kommunismus abwandten, aber zu großen Teilen Kapitalismuskritiker wie Spender und Sozialisten wie Silone blieben.

Dem Europa-Verlag kommt das Verdienst zu, dieses einflußreiche und weit verbreitete Buch wieder zugänglich gemacht zu haben. Die Neuausgabe enthält eine Einführung Wolfgang Leonhards, der über seine Eindrücke bei der ersten Lektüre, die öffentliche Wirkung und die einzelnen Autoren informiert. Für die sowjetische Führung sei „Ein Gott, der keiner war“ so gefährlich gewesen, weil sich die Autoren nach dem Bruch „nicht auf die rechte Seite schlugen, sondern [...] im Gegenteil einen eigenen, unabhängigen linken Standpunkt zum Ausdruck“ (S. V f.) brachten. So interessant dieses Vorwort sein mag, so kann es nicht über die mangelnde Betreuung der Neuedition durch den Verlag hinwegtäuschen. Ohne Angabe von Gründen wurde etwa das Nachwort zur deutschen Ausgabe von Franz Borkenau sowie der Anhang mit den Kurzbiographien der Mitarbeiter nicht mehr abgedruckt.

Noch kritikwürdiger ist allerdings, daß in einem eigentlich notwendigen Nachwort zur Neuausgabe nicht auf die Vorwürfe gegen das Buch von Frances Stonor Saunders eingegangen wird. In seiner – umstrittenen – Studie „Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg“ wies der Autor auf die Unterstützung der nicht-kommunistischen Linken durch den US-amerikanischen Geheimdienst während des Kalten Krieges hin. In diesem Kontext bemerkte Saunders: „Der CIA spielte bereits eine Weile mit dem Gedanken, daß wohl kaum jemand die Kommunisten besser bekämpfen konnte als ehemalige Kommunisten. Im Gespräch mit Koestler begann diese Idee nun Gestalt anzunehmen. Der kommunistische Mythos ließ sich seiner Meinung nach nur zerstören, wenn man nicht-kommunistische Vertreter der Linken für eine Überzeugungskampagne mobilisierte“. Und weiter: „Und so war *Ein Gott, der keiner war* gleichermaßen ein Produkt des Geheimdienstes wie der Intelligenz.“⁴

Selbst wenn das zutreffend sein sollte, entwertet dieser Hintergrund die Texte nicht. Freilich wäre zu fragen, ob außer Koestler noch andere Autoren davon Kenntnis hatten. Und schließlich hätte der CIA seinerzeit zur Verbreitung von politischen Auffassungen beigetragen, welche im USA der McCarthy-Ära überaus verdächtig erschienen wären. Spender bemerkte etwa: „Beim Schreiben dieses Aufsatzes bin ich mir immer darüber klar gewesen, daß keine Kritik an den Kommunisten die Argumente beseitigt, die gegen den Kapitalismus sprechen.“ Und weiter: „Gleichzeitig scheint der Kapitalismus, wie wir es heute im größten kapitalistischen Lande, in Amerika, sehen, keine Alternative für den Krieg, für die Ausbeutung und die Zerstörung der Hilfsquellen der Welt zu bieten“ (S. 277 f.). Bei den Autoren handelte es sich um antikommunistische Linke, nicht um publizistische Agenten eines Geheimdienstes. Von einer geistigen Steuerung läßt sich nicht sprechen.

4 Frances Stonor Saunders, *Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg*, Berlin 2001, S. 68-70 (Hervorhebung im Original).

Literatur aus „Szene“:

Radikale Globalisierungskritik von links

Von Patrick Moreau

Antonio Negri, *The Politics of Subversion. A Manifesto for the Twenty-First Century*, Malde 2005 (*Polity Press*), 232 S.

Dieser Band versammelt 14 Texte, die zwischen 1973 und 1989¹ erschienen sind. Gälte der Verfasser heute nicht als eine der zentralen intellektuellen Repräsentanten der altermondialistischen Bewegung, wären diese Texte von rein „archäologischem“ Interesse – die Ansichten eines linken Theoretikers, der sich nostalgisch an die linksextremistische Welt seiner Jugend erinnert und dabei einen Einblick in die bleiernen Jahre Italiens gibt.

In seiner Einführung von 2005 erklärt Antonio Negri, weshalb er diese Beiträge neu herausgibt. Er begründet sein Vorgehen mit dem offensichtlichen Gegensatz zwischen der Zahl der 1989 verkauften Exemplare – rund eintausend – und seiner theoretischen Fortentwicklung *Empire*², deren Auflage die Millionengrenze überschritten hat (S. XI). In aller Bescheidenheit erklärt Negri, er könne dies nicht verstehen, denn sein Werk sei ein „great book“ (S. X), es habe bereits Mitte der 80er Jahre die aktuelle Entwicklung des Kapitalismus prognostiziert und den Rahmen des künftigen revolutionären Kampfes beschrieben.

-
- 1 Die Struktur des Buches: Danksagungen, Vorwort zur Neuauflage, Einführung von Yann Moulier. Teil 1: 1) Paris 1968, 26 November-10 December; 2) The end of the century; 3) From the mass worker to the socialized worker and beyond; 4) From the factory to the ecological machine; 5) The world economy of the socialized worker; 6) Expropriation in mature capitalism; 7) The antagonistic production of subjectivity; 8) Autonomy, from clandestinity to the party. Teil 2: 9) Letter to 'Félix Guattari' on 'social practice' (Original: 'Lettre à Félix Guattari', in: Marie Blanche Tahon und André Corten, *L'Italie: le philosophe et le gendarme. Actes du Colloque de Montréal*, Montréal 1986, S. 95-109). 10) Journeys through civil society (In memory of Peter Brückner) (Original: 'Itinerari nella società civile. In memoria di Peter Brückner', in: Gianni Puglisi/Aurelio Angelini, *Eclipse della società civile*, Palermo 1986, S. 129-34); 11) State and class in the phase of real subsumption (Original: 'Stato e classe nella fase della sussunzione reale', in: Laura Fiocco, *Per una teoria dello Stato. Contributi all'analisi del potere nella prospettiva della transizione*, Rom 1986, S. 169-84); 12) Some notes concerning the concept of the 'nuclear state' (Original: 'Qualche nota sul concetto di "Stato nucleare"', in: Alberto Toniolo u.a., *Società nucleare o società civile?*, Palermo 1986, S. 57-68); 13) Postmodern (Original: 'Postmoderno', in: José Tono Martínez, *La polémica de la postmodernidad*, Madrid 1986, S. 125-36); 14) Towards new values? (Original: 'Vers de nouvelles valeurs?', in: *Terminal*, no. 26, December-January, Paris 1986, S. 3-7). Anhang, Index.
- 2 Antonio Negri/Michael Hardt, *d'Empire, Exils*, Paris 2000.

Diese These ist einer genaueren Überprüfung wert. Sie kann allerdings nur unter Einbeziehung der beiden Hauptwerke Negri und Hardts erfolgen: *Empire* und *Multitude*.³ Der Autor selbst rechtfertigt diese Vorgehensweise in der Zusammenfassung: „The difficulty with theoretical work is not defining the tendency as a solution to power relations, but defining that tendency as the active component that is open to the adventure of knowledge and the risk of struggle. Indeed the active element in struggles is always the force that changes the world, whether it is victorious or defeated. This is the fundamental argument asserted in ‚The Politics of Subversion‘, and resumed and reinforced in *Empire* and *Multitude*. This last ontological premise is in fact the basis for re-launching the theory of revolutionary organization.“

Um die Werke Negris zu verstehen, muß man seine politische Karriere und seinen intellektuellen Weg berücksichtigen.⁴ Negri kam am 1. August 1933 in Padua zur Welt. Sehr früh wurde er Mitglied in der katholischen Studentenorganisation *Gioventù Italiana di Azione Cattolica*. 1956 trat er in die Sozialistische Partei (PSI) ein, deren Mitglied er bis 1963 blieb. Gleichzeitig wurde er zum regelmäßigen Gast marxistischer Organisationen und beteiligte sich in den 60er Jahren an der Ausarbeitung des Konzepts der „Autonomie der Werktätigen“ (Operaismus). Es handelt sich dabei um eine marxistische, auf Fabrikarbeiter fixierte Strömung, die sich 1961 um die Zeitschrift *Quaderni Rossi* und ab 1963 um *Classe Operaia* entwickelte. 1969 spaltete sich die operaistische Strömung in zwei rivalisierende Organisationen: *Potere Operaio* und *Lotta Continua*. Negri gehörte zu den Gründern der Gruppe *Potere Operaio*⁵, die sich 1973 selbst auflöste.

Ausgangspunkt des Operaismus ist die Idee der Arbeiterklasse als Motor der kapitalistischen Entwicklung. Der Sozialismus gilt als neue Form des Kapitalismus. Die Operaisten propagieren die Arbeitsverweigerung, um den Kapitalismus zu bekämpfen und den Kommunismus zu erreichen. Ab 1972 engagierten sich die Operaisten in der Bewegung Arbeiterautonomie (*Autonomia Operaia*), und Negri beteiligte sich daran über die politischen Arbeiterkollektive und die Zeitschrift *Rosso*. Diese Bewegung bezog sich weiter auf das Konzept der Autonomie der Arbeiter. Dessen Feinde waren der Kapitalismus und der italienische Staat sowie Parteien – auch die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei Italiens (PCI). Die autonome Bewegung trat durch ihre Gewaltanwendung (bei Krawallen oder im klandestinen bewaffneten Kampf) und durch eine Reihe von radikalen sozialen Praktiken wie z.B. Hausbesetzungen, Zerstörungen oder Diebstahl hervor.

Negri war zunächst ein akademischer Philosoph: Er lehrte und veröffentlichte zahlreiche theoretische Werke. Zu seinen Arbeiten gehören Übersetzungen der rechtsphilosophischen Schriften von Hegel, Studien über Descartes, Kant, Spinoza, Leopardi und Marx. Diese Philosophen bilden auch häufig den Referenzrahmen in *Empire* und *Mul-*

3 Dies., *Multitude: guerre et démocratie à l'époque de l'Empire*, Paris 2004.

4 Siehe zu Negris Biographie: http://multitudes.samizdat.net/_Negri-Toni_.html.

5 Aldo Grandi, *Insurrezione armata*, Bologna 2005.

titude.⁶ Gemeinsam mit seinem wichtigsten Co-Autor Michael Hardt, Professor für Literatur und „Cultural studies“ an der amerikanischen Duke-Universität, inspirierte Negri in den 90er Jahren in Paris, wohin er 1983 geflüchtet war, die Zeitschrift *Futur Antérieur*. Negris Exil war die Folge seiner Anklage wegen Komplizenschaft bei der Ermordung Aldo Moros.

Nach viereinhalb Jahren Untersuchungshaft ließ er sich 1983 zum Abgeordneten der italienischen *Radikalen Partei* (Partito Radicale) wählen. Dank der parlamentarischen Immunität konnte er das Gefängnis verlassen und nach Frankreich fliehen. Seither erreichte er mehrere Freisprüche bezüglich seiner Verbindungen zu den Roten Brigaden und seiner Mitschuld beim Moro-Attentat. Trotzdem trugen ihm seine Verbindungen zu subversiven Gruppen eine Verurteilung zu 30 Jahren Gefängnis ein. 1997 kehrte Antonio Negri nach Italien zurück, um dort seine auf 17 Jahre reduzierte Freiheitsstrafe anzutreten. Nach einer Zeit im offenen Vollzug kam er 2003 auf Bewährung frei.⁷

The Politics of Subversion zeigt, daß Negri die Lehren aus dem politischen Scheitern der extremen Linken in den 80er Jahren gezogen hat. Er versucht, den grundlegenden geopolitischen, politischen, ökonomischen und kulturellen Wandel der 90er Jahre – das Ende des Sowjetkommunismus, die neoliberale Globalisierung und den gegen sie gerichteten Widerstand – zu integrieren. In den aus den 70er und 80er Jahren stammenden Kapiteln 3-7 des Buches findet sich bereits die Analyse Negris, wie sie in *Empire* und *Multitude* enthalten ist.

Empire versucht, die durch die Globalisierung bewirkten Veränderungen zu analysieren und dem politischen Widerstand einen theoretischen Unterbau zu geben. Negri benutzt die Autoren, für die er Spezialist ist, als Ausgangsbasis für sein Projekt, bereichert diese Analysen aber mit Texten von Deleuze⁸ und Foucault.⁹ Sein Buch sei ein „allgemeiner theoretischer Rahmen und eine konzeptionelle Werkzeugkiste, um theoretisch und praktisch sowohl im als auch gegen das Empire zu handeln.“¹⁰ Die Kernbotschaft lautet: Die Globalisierung sei weder eine Fortführung des Imperialismus im leni-

6 Er lehrte an der Universität Padua, an der École normale supérieure, an den Universitäten Paris VII und VIII, am Collège international de philosophie und an der Université européenne de philosophie. Zu seinen Werken gehören: *La classe ouvrière contre l'Etat*, Paris 1978; *Marx au delà de Marx*, Paris 1978 und 1996; (mit Félix Guattari) *Les nouveaux espaces de liberté*, Paris 1985; *L'anomalie sauvage*, Paris 1983; *Italie rouge et noire*. Zeitschrift (Februar 1983-November 1983), Vorwort von Bernard-Henri Lévy, Paris 1985; *Le pouvoir constituant*, Paris 1997; *Spinoza subversif*, Paris 1994; *Exil*, Paris 1998; *Job: La force de l'esclave*, Paris 2000; *Alma, Venus, Multitude*, Paris 2001; *Du retour - Abécédaire biopolitique*, Paris 2002; *Art et Multitude. Neuf lettres sur l'art*, Paris 2005; *Lent genêt. Essai sur l'ontologie de Giacomo Leopardi*, Paris 2006.

7 Siehe <http://multitudes.samizdat.net>.

8 Siehe z.B.: Gilles Deleuze, *Spinoza - Philosophie pratique*, Paris 1981; *Deux régimes de fous. Textes et entretiens 1975-1995*, Paris 2003.

9 Siehe etwa Michel Foucault, *Il faut défendre la société*, Paris 1996 (deutsch: In Verteidigung der Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1999); *Dits et Ecrits*, Paris 1994, 4 Bde. (deutsch: Schriften, Frankfurt a. M. 2001 ff., 4 Bde.).

10 Hardt/Negri (FN 2), S. 21.

nistischen Sinne noch ein Ausfluß der Forderung „alle Macht den Märkten“, sondern eine neue politische Herrschaft. Erforderlich sei daher eine neue Form des politischen Widerstandes. *Empire* endet mit der Beschwörung der „unbezwinglichen Klarheit und der unbezwinglichen Freude, Kommunist zu sein“.¹¹ Den möglicherweise von der Mischung aus Klassikern wie Spinoza, französischer post-strukturalistischer Philosophie und Marxismus desorientierten Lesern bietet Negri ein komplexes Raster zur Dechiffrierung der Geschichte des Kapitalismus und seiner aktuellen Wandlungen.

Hardt und Negri zufolge hat das Empire nichts mit dem klassischen imperialen Modell zu tun, das auf Stärke und Aggression angelegt war. Die Transnationalisierung habe den Imperialismus und seine Konflikte bereits überwunden und durch ein System ersetzt, wo der Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie, welcher bei Lenin die Natur der imperialistischen Systeme definiert, „überholt“ sei. Hardt und Negri lehnen die Vorstellung ab, das Empire werde Ausbeutung und Unterdrückung beenden. Die repressive Gesellschaft des 19./20. Jahrhunderts sei durch eine „kontrollierende Gesellschaft“ ersetzt worden. An die Stelle spezieller „erziehender“ Einrichtungen wie Schulen oder Fabriken diszipliniere die Gesellschaft die Individuen. Parallel dazu hätten die neuen Informationstechnologien die Arbeit „immateriell“ gemacht.

Das gegenwärtige Empire ist demnach ein Machtmechanismus neuen Typs, ein dezentralisierter und deterritorialisierter Regierungsapparat, der sich ständig ausdehnt und zunehmend die ganze Welt innerhalb seiner offenen Grenzen integriert. Das Empire schafft „hybride Identitäten, flexible Hierarchien und pluralen Austausch“¹² und neue Herrschaftsmechanismen und Machtzentren. Die Autoren versuchen zu beweisen, daß außerhalb des Empires nichts mehr „in Raum und Zeit“ existiert.

Aber die aktuelle imperiale Ordnung sei fragil und eröffne reelle Chancen zum Umsturz. Hier erscheint das Konzept Spinozas von der Menge. Michael Hardt und Antonio Negri zufolge ist die politische Regulierung des Weltmarktes zwar ein effizientes Zwangssystem, aber es sei gleichzeitig noch nie so schwach gewesen. Unerwartete und substantielle Widerstände gegen die imperialen Formen brächen sich Bahn. Sie besäßen „revolutionäres Potential“.¹³ Die „Opfer der Ausbeutung“ entwickelten auf allen Ebenen des Systems und in der ganzen Welt eine „neue“ soziale Kritik und Praxis des Widerstands.

Genau genommen handelt es sich bei Hardts und Negris Konzept der *Multitude* nur um eine neue Spielart der alten autonomen Strategie, deren Ziel die Befreiung von den bestehenden Herrschaftsstrukturen ist. Bei seinem Versuch, diese Strategie während seiner Haft in Italien zu retheoretisieren, hatte Negri die Unterscheidung Spinozas zwischen *Potentia* und *Potestas* entdeckt. Laut Spinoza konstituiert die Allmacht Gottes sein Wesen (Potentia im Sinne von Schöpferkraft und schöpferischem Handeln). Potes-

11 Ebd., S. 496.

12 Ebd., S. 188.

13 Ebd., S. 55.

tas dagegen ist das, was seine Herrschaft auszeichnet (Autorität, Befehlsgewalt, Hoheit). Für Negri ist die *Potentia* das produktive Wesen der *Multitude*, sie steht über der Souveränität und der Autorität. Negri beharrt auf der konzeptionellen Unterscheidung dieser beiden Pole. *Multitude* kann niemals auf eine Form von Autorität oder festgelegter Ordnung reduziert werden. Vielmehr ist sie eine heterogene Masse, aber nicht im Sinne der heterogenen Massen der antifaschistischen Politik Dimitroffs.¹⁴

Widerstand ist „überall“ Bestandteil dieser *Multitude*. Sie ist ihrer Natur nach global und fließend in ihren Formen und Wurzeln. *Multitude* wird definiert als „Gesamtheit der produktiven und kreativen Subjektivitäten“. Sie ersetzt das veraltete strategische Konzept des Klassenkampfes des Marxismus-Leninismus. Diese *Multitude* wird jenseits aller verschiedenen kulturellen oder geographischen Kontexte von einer gemeinsamen Überzeugung getragen: Es handelt sich dabei um die Ablehnung der Herrschaft und der Ausbeutung durch das kapitalistische Imperium. Wie Subcommandante Marcos im Namen des Zapatismus formuliert hat, kommen diese Rebellionen, Revolten, Versuche der Wiederaneignung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Macht von unterschiedlichen Gruppen, meist aber von Arbeitern. Sie sind die wahren Feinde des Empires. Damit bleibt das Konzept der *Multitude* in der Theorie von Hardt und Negri an eine Klasse gebunden, auch wenn es viel umfassender ist als das der Arbeiterklasse. Das Empire hat trotz der Macht seiner verfaßten Ordnung Schwierigkeiten, auf diese subversiven, polymorphen Praktiken zu reagieren, denn deren Methoden und Akteure ändern und wandeln sich ständig.

Nach Hardt und Negri zeigt die Niederlage des „Nationalismus“ und „Kommunismus“, die zu einem globalisierten Liberalismus führten, daß das System nur von innen, innerhalb seiner Logik korrigiert bzw. zerstört werden könne. Es handele sich um einen Prozeß der Subversion (ohne Zusammenhang mit dem kulturellen Modell Gramscis). Beide Autoren sind davon überzeugt, daß die Menschheit an einem Wendepunkt der Geschichte angelangt ist, wo nicht mehr Klassen, Nationen und Völker, sondern Individuen die Subjekte der Geschichte sind. Die subversive Masse als Summe der Individuen ist weder eine spezifische Klasse mit einer historischen Mission noch eine Masse noch ein Volk, sondern eine Art Meta-Netzwerk in permanenter Erneuerung.

Es stellt sich die Frage, worauf die Theorie der Subversion des Empires durch die *Multitude* hinausläuft. Die Autoren geben hierauf eine praktische Antwort: „Beitragen zur Auferstehung, zur Reform, oder genauer: zur Wiedererfindung der Linken durch die Benennung einer Organisationsform und eines politischen Projekts.“ Negri – wie schon in den 70er und 80er Jahren – und Hardt schlagen ihren Lesern die „Revolution“ vor, die der Marxismus-Leninismus nicht verwirklichen konnte. Dies geschieht in einer Terminologie, die den extremistischen Flügel der altermondialistischen Bewegung intellektuell verlocken mag.

14 Vgl. Georgi Dimitroff, *The Fascist Offensive and the Tasks of the Communist International*, in: *The United Front: The Struggle against Fascism and War*, New York 1938, S. 9-93.

Hauptbesprechungen

Eindeutigkeit oder Vielfalt?

Von Ernst Nolte

Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a.M. 2005 (S. Fischer), 445 S.

Wer von dem Berliner Historiker Götz Aly nur weiß, daß er jedenfalls *kein* „Revisionist“ ist, dürfte sich bei der Lektüre des ersten Kapitels dieses Buches verwundert die Augen reiben: Im Jahre 1933 kam in Deutschland eine „Jugenddiktatur“ zur Macht, in der die führenden Männer von Stolz auf die gemeinsame Aufgabe erfüllt waren – eine ganze Generation, die Freiheit und Abenteuer suchte, aber vor allem „lang erwünschte Reformgesetze“ verwirklichte, Arbeitsfreude und nicht selten vorausseilendes Mitdenken an die Stelle des erstarrten „Dienstes nach Vorschrift“ setzte, den Deutschen einen ersten Vorgeschmack auf die Motorisierung gab und die „Rassenlehre“ nicht, wie es heute üblich ist, als „Anleitung zu Haß, Mord und Totschlag“ verstand, sondern darin in erster Linie das „völkische Gleichheitsversprechen“ sah. Und die von dieser Generation, für die Hitler „der große Integrator“ war, geschaffenen Grundlagen wirkten sich weit in die Zukunft hinein aus, und zwar nicht bloß in die nationale Zukunft: „Die Grundlagen der EU-Agrarordnung, das Ehegattensplitting, die Straßenverkehrsordnung, die obligatorische Haftpflichtversicherung für Autos, das Kindergeld, die Steuerklassen oder auch die Grundlagen des Naturschutzes stammen aus dieser Zeit“ (S. 20). Im Jahr 1936 gab es weitaus weniger Mitglieder der Geheimpolizei und Spitzel als in der späteren DDR, die Anzahl der KZ-Häftlinge betrug ganze 4761 „einschließlich der Alkoholkranken und der Kriminellen“, und mit sehr positivem Akzent erwähnt Aly seinen Großvater, einen Professor der Klassischen Philologie an der Universität Freiburg, dessen Erfahrungen als Offizier im Ersten Weltkrieg symptomatisch für die ganze Generation waren. (1933 spielte er bei Heideggers „Verstrickung“ eine Rolle, auf die der Enkel nicht näher eingeht.)

Im ganzen ist freilich „Raub“ das meistgebrauchte Wort in dem Hauptteil des Buches, und gleich am Anfang wird die Zielsetzung formuliert, die „Symbiose von Volksstaat und Verbrechen“ (S. 11) sichtbar zu machen. Diese scheinbar mit so viel Verständnis und Sympathie geschilderte Generation und über sie hinaus „die Deutschen“ machten sich im Kriege „beispielloser Massenverbrechen schuldig“, ja sie führten diesen Krieg von Anfang an als „Raubkrieg“, der die unterworfenen europäischen Nationen ausplünderte und insbesondere den großen „Raubmord an den Juden“ ins Werk setzte.

Zur Kennzeichnung der ausführlichen Schilderung dieser Beraubung der unterworfenen Nationen von Frankreich bis Griechenland genügt eine einzige Kapitelüber-

schrift: „Hitlers zufriedene Räuber“, und damit ist die Tatsache gemeint, daß deutsche Soldaten „die Länder Europas buchstäblich leerkauften“ (S. 114 f.). Der qualitative Unterschied zur „Enteignung der Juden“, der im dritten Teil das Hauptthema ist, wird nicht sehr stark hervorgehoben, wie ja auch „Raub“ und „Raubmord“ unter den Begriff der „gewaltsamen Aneignung“ gebracht werden können. Neuartig ist bei Aly die Herausarbeitung des generellen „Raub“charakters dieses Krieges – von den Käufen der deutschen Soldaten über die ausnehmend gute Versorgung der Kriegerfrauen bis zu den finanziellen Manipulationen der deutschen Behörden, welche die Mittel der Unterworfenen in die deutsche Kriegskasse leiteten, ohne daß explizite Enteignungsmaßnahmen wie im Falle der Juden erforderlich gewesen wären.

So läßt sich die Intention von Alys Buch sehr leicht charakterisieren: Es erweitert die Schuld- und Feindschaftserklärung des Marxismus von „den Kapitalisten“ auf „das deutsche Volk“ und ist damit ein hervorstechendes Beispiel des „negativen Nationalismus“, der die eigenen Landsleute von allem Positiven ebenso ausnimmt, wie der positive Nationalismus ihnen alle guten Eigenschaften und möglichst viele überragende Leistungen zuschreibt. Die Isolierung „der Deutschen“ als „die Räuber“ gelingt aber nur deshalb, weil die Betrachtung auf die deutsche Geschichte beschränkt bleibt, so daß keine Unterscheidung zwischen einer „allgemeinmenschlichen“ Aneignungs- bzw. Besitzgier und spezifischen Eigentümlichkeiten des Zweiten Weltkrieges getroffen wird: wenn Aly den Blick auch auf die „carpetbaggers“ der Zeit nach dem amerikanischen Sezessionskrieg oder auf die ausländischen Dollarbesitzer während der deutschen Inflation des Jahres 1923 gerichtet hätte, würde ihm viel von der angeblich „deutschen“ Raubgier unter den Fingern zerronnen sein. Und allenfalls in einer gelegentlichen und abschätzigen Nebenbemerkung kommen die Argumente des Gegners zum Vorschein, die jeder Historiker ohne allzu starke Verkürzung einbeziehen müßte, bevor er seine ablehnende Stellungnahme artikuliert: Deutschland bringe in einem europäischen Verteidigungskampf gegen eine übermächtige Bedrohung fast allein ungeheure Blutopfer und die übrigen Europäer müßten durch materielle Verzicht ihre Teil beitragen.

Und was die „andere Dimension“ angeht, nämlich die Enteignung und Tötung der europäischen Juden, verwendet Aly zwar hin und wieder statt des Begriffs „Raub“ die Begriffe „Enteignung“ und „Sozialisierung“, aber er verdrängt offenbar die einfache Tatsache, daß längst vor der Enteignung der Juden eine viel umfassendere Enteignung der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums in einem großen Lande Europas stattgefunden hatte, die in einem gewiß unterschiedlichen Verfahren ihrerseits mehrere Millionen von Todesopfern nach sich gezogen hatte. Unter Aussparung des vorhergehenden „großen Lösungsversuchs“ die Aufmerksamkeit ausschließlich auf den „kleinen Lösungsversuch“ zu konzentrieren, ist zwar aus einsichtigen Gründen – nicht zuletzt wegen der am Ende gleichwohl vorliegenden qualitativen Differenz – nachvollziehbar, aber sie kann sich nicht auf ein „moralisches Empfinden“ berufen, das einen allgemeinen und nicht einen partikularen Charakter haben muß, das also die Opfer des „Gulag“ und diejenigen von „Auschwitz“ mit gleicher Intensität beklagen sollte.

Gleichwohl würde Aly Unrecht geschehen, wer seine Auffassungen vollständig auf den „negativen Nationalismus“ reduziert. Aly hat ein umfangreiches und vielfältiges, möglicherweise widerspruchreiches Werk zur Geschichte der Gegenwart vorgelegt, in dem die Bücher über die „Vordenker der Vernichtung“¹ und die „Endlösung“² besonders hervorstechen. Auch in den kleineren Schriften Alys finden sich einige für den „politisch korrekten“ Leser befremdlich anmutende Anmerkungen: die rühmende Hervorhebung der konservativen und zumal katholischen Ethik³; die Herausstellung der weltverbesserischen Intentionen der Mediziner-Täter⁴; die (tendenziell ausdehnbare) Behauptung, das Ziel der nationalsozialistischen Euthanasie sei die „schmerzlose Tötung der Kranken“⁵ (d.h. die „Einschläferung“) gewesen. Daher dürfte der Leser, der sich nicht auf die Lektüre dieses Buches allein beschränkt, den Wunsch verspüren, daß Götz Aly im nächsten Schritt sich einer Analyse seines umfangreichen Werkes in dessen Schwanen zwischen schroffer Eindeutigkeit und oftmals erhellender Vielfalt der Ansätze und Gedankengänge zuwenden möge.

1 Vgl. Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Hamburg 1991.

2 Vgl. ders., „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a.M. 1995.

3 Vgl. ders., *Macht, Geist, Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens*, Berlin 1997, S. 117.

4 Vgl. ders., *Der saubere und der schmutzige Fortschritt*, in: *Reform und Gewissen. „Euthanasie“ im Dienst des Fortschritts*, Berlin 1985, S. 72.

5 Ders. u.a., *Aussortierung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren*, Berlin 1987, S. 21.

Demokratie in Europa

Von Roland Sturm

Hartmut Bauer/Peter M. Huber/Karl-Peter Sommermann (Hrsg.), Demokratie in Europa, Tübingen 2005 (*Mohr Siebeck*), 514 S.

Die Frage nach dem Kern dessen, was Demokratie ausmacht, ist zeitlos. Sie stellt sich aber immer wieder neu. Im heutigen Kontext ist Demokratie vor allem deshalb ein problematisch zu fassender Begriff, weil die im 18. und 19. Jahrhundert sich allenthalben zumindest intellektuell durchsetzende Identität von Nationalstaat und demokratischem Raum (mit der Implikation der uneingeschränkten Handlungsfreiheit des Nationalstaats) fragwürdig geworden ist. Globalisierung und Europäisierung entgrenzen den Nationalstaat. Die Hierarchien staatlicher Entscheidungsketten bröckeln und werden innerstaatlich ersetzt zum einen durch den gesellschaftlichen Dialog auf Augenhöhe mit dem Staat und zum anderen durch unterschiedliche Varianten der Auslagerung staatlicher Leistungserbringung.

Man kann sich diesem Sachverhalt sehr kritisch nähern und vor allem hinsichtlich des Mehr-Ebenen-Entscheidungssystems der EU ein bislang unheilbares demokratisches Defizit sehen. Wo ist das europäische Staatsvolk, so fragen Kritiker, das die immer konkreter werdende EU-Staatlichkeit rechtfertigt? Hartmut Bauer gibt demgegenüber für diesen Band ein differenzierteres Leitmotiv in seiner „Einführenden Problemskizze“ vor, wenn er feststellt, es „fehlt im europäischen Rahmen gegenwärtig ein stringentes Demokratiekonzept“ (S. 9). Die folgenden Beiträge stammen von Juristen und wenigen Politikwissenschaftlern. Konzeptionell wird durchgängig die juristische Handschrift deutlich, insbesondere deshalb, weil das Bemühen um demokratische „Legitimationsketten“, die beim Nationalstaat beginnen, bei der Betrachtung neuer Formen demokratischer Wirklichkeit immer im Hintergrund steht.

Der erste Teil des Buches untersucht Demokratie in europäischen Ländern, nach einem knappen Überblick (sechs Thesen) zu den Ergebnissen der vergleichenden Demokratieforschung, die Manfred G. Schmidt schon an anderen Stellen veröffentlicht hat. Die untersuchten Länder sind Frankreich (Luc Heuschling), Großbritannien (Gordon Smith), Polen (Stanislaw Biernat), Schweiz (Giovanni Biaggini) und Spanien (Pedro Cruz Villalón). Die Beiträge von Luc Heuschling und Giovanni Biaggini sind eindrucksvoll und informieren auf dem neuesten Stand über das Demokratieverständnis in Frankreich und der Schweiz. Warum die wenig aussagekräftigen Mini-Texte von Gordon Smith (zudem mit überholten Informationen) und Pedro Cruz Villalón Aufnahme fanden, ist inhaltlich nicht zu begründen.

Martin Nettesheim versucht sich am Ende des ersten Teils des Buches an der Frage der Demokratiequalität der EU und verbindet diese Frage quasi dialektisch mit der wei-

teren Frage, ob die normative Kraft des Faktischen im Falle der EU neue Demokratievorstellungen erzwingt bzw. alternative Demokratiekonzeptionen, wie die komplexe, die deliberative oder die assoziative Demokratie, plausibler werden läßt. In seinem leistungswerten Beitrag kommt er zu dem resignierenden Schluß: „Das Verfassungssystem der EU treibt, von eher phantasieloser Hand getrieben, langsam in die Richtung einer parlamentarischen Demokratie“ (S. 188). Im Zusammenhang mit diesem Beitrag ist derjenige von Karl-Peter Sommermann zu lesen, der Demokratiekonzepte vergleicht. Dieser solide Vergleich europäischer Länder mündet bei seinen Schlußfolgerungen zur Übertragbarkeit von Modellen nationaler Demokratie auf die europäische Ebene ebenfalls in die Forderung nach größerer Innovationskraft von Politik und Wissenschaft. Es zeige sich, „daß zur Erreichung eines dem jeweiligen politischen Gemeinwesen adäquaten institutionellen Rahmens ein gewisser Erfindungsreichtum gefragt ist“ (S. 221).

Der zweite Teil des Buches soll mehr Klarheit hinsichtlich der Ausgestaltung einer demokratischen Ordnung in Mehrebenensystemen schaffen. Hat man die Argumente von Martin Nettesheim noch parat, ist allerdings ein intellektueller Durchbruch nicht zu erwarten. Armin von Bogdandy widmet sich der Zukunft des Völkerrechts in den Zeiten der Globalisierung. Deutlich wird, daß in Deutschland die Debatte um die Auswirkungen der Globalisierung auf demokratische Prinzipien noch am Anfang steht. Von Bogdandy nennt „Fluchtpunkte“ (S. 241) für die Fortentwicklung völkerrechtlichen Denkens, wie das weiterhin auf dem Prinzip staatlicher Souveränität beharrende Koordinationsvölkerrecht, das dem Prinzip des „offenen Staates“ verpflichtete Kooperationsvölkerrecht oder (allerdings nur fragmenthaft dargestellt) das Völkerrecht nach dem Ende des Primats des Politischen.

Arthur Benz faßt aus seiner Sicht die politikwissenschaftliche Debatte zum Regieren in der EU zusammen. Es überrascht, daß der Autor die institutionellen Ausprägungen der EU als alternativlos betrachtet und Anpassungsbedarf vor allem bei der Demokratietheorie sieht, deren Aufgabe es nach seiner Meinung ist, die vorfindbare Realität zu rechtfertigen. „Am Ende wird es Aufgabe der Theoretiker und der Analytiker sein, herauszufinden, wie das demokratische System funktioniert“ (S. 280). Eine solche affirmative Position schließt das demokratische Scheitern der EU von vornherein aus. Wie soll auch ein Mangel an Demokratie je konstatiert werden, wenn der Autor feststellt: „Eine der komplexen Gesellschaft angemessene Demokratie setzt voraus, anzuerkennen, daß eine Selbstregierung durch das Volk nicht möglich ist“ (S. 277). Daß die institutionellen Realitäten der EU nicht alternativlos sind und daß deren Veränderung durchaus ein Mittel zum Abbau des demokratischen Defizits der EU sein kann, macht der Beitrag von Christian Calliess deutlich. Er diskutiert Entscheidungsverfahren (Gesetzgebung, Haushalt), die Rolle der Kommission, die Repräsentation im Europäischen Parlament, die Rolle der nationalen Parlamente, die Fragen der europäischen Öffentlichkeit und der Stärkung der Bürgerrechte. Auch wenn er skeptisch bleibt, ob das demokratische Defizit der EU jemals beseitigt werden kann, sieht er in einzelnen Reformschritten Elemente, die „Stück für Stück die Demokratisierung der EU voranbringen“ (S. 317). Martin Ruffert setzt sich, auch anläßlich des Governance-Weißbuches der EU

aus dem Jahr 2001, mit dem Governance-Konzept als Ausdruck des Bemühens um demokratisches Regieren auseinander. Daß sich der Begriff „governance“ (Regieren) nicht ins Deutsche übertragen läßt, wie der Autor meint, ist ebenso unzutreffend wie seine diskriminierende Bemerkung über die „Methodenunsicherheiten in den Sozialwissenschaften“ (S. 322). Der von ihm zunächst konstruierte Gegensatz von „governance“ und Legitimation ist künstlich und wird am Ende des Beitrags überzeugend relativiert.

Für den dritten Teil des Buches fiel es schwer, eine gemeinsame Überschrift zu finden. Hier werden viele weitere Aspekte des Demokratieproblems diskutiert, ein „Restekapitel“ also, aber ein durchaus lesenswertes. Das Kapitel beginnt mit der Darstellung der Demokratiedebatte in der deutschen Verfassungsrechtslehre durch Martin Kotzur. Dieser historische Überblick ist insbesondere für Nichtjuristen sehr informativ und hilfreich. Am Schluß fordert der Autor das zu tun, was schon die Intention des ersten Teils des Buches ist: „die unterschiedlichen Demokratiekonzepte der Mitgliedstaaten einander vergleichend gegenüberstellen“ (S. 387). Die weiteren Beiträge beschäftigen sich mit verschiedenen Aspekten der neuen Wahrnehmung von Staatsaufgaben im Hinblick auf eventuell mit dieser Verantwortungsverlagerung verbundene Demokratieprobleme: Gibt es noch eine Legitimationskette? Markus Möstl diskutiert das „New Public Management“ bzw. das „Neue Steuerungsmodell“; Stefan Storr untersucht die „Steuerungsknicke“ (S. 412) bei der Wahl privatrechtlicher Organisationsformen zur Erledigung von Staatsaufgaben; Lothar Michael beschäftigt sich mit dem Setzen öffentlicher Standards durch Private. Ein Beispiel wäre der Einfluß des International Accounting Standards Committee auf nationale Gesetzgebung. Georg Hermes untersucht die Legitimationsprobleme unabhängiger Behörden. Wichtig sind hier die Regulierungsbehörden, die mit der Liberalisierung von weiten Teilen der Daseinsvorsorge entstanden, beispielsweise die Bundesnetzagentur in Bonn. Alle diese Beiträge machen deutlich, daß man eventuell gut beraten ist, neue Formen der Wahrnehmung von Staatsaufgaben, die dem demokratischen Entscheidungsprozeß ja zunächst entstammen, nicht in jeder Facette ihres Handelns formal rückbinden zu wollen. Solange diese Art der Wahrnehmung von Staatsaufgaben im demokratischen Prozeß rückgängig gemacht werden kann, stellt sich das Demokratieproblem nicht unmittelbar.

Den Band schließt ein resümierender Aufsatz von Peter M. Huber ab. Der gute Gesamteindruck des Buches wird durch editorische Mängel etwas getrübt. Es hätte möglich sein müssen, den Beitrag zu Polen so zu aktualisieren, daß nicht mehr über die „Vorbereitung Polens auf den EU-Beitritt“ (S. 90) als aktuellem Stand diskutiert wird. Ärgerlich ist auch, daß eine Publikation von 2003 als „im Erscheinen“ (S. 257) zitiert wird und daß Fehler im Text (z.T. samt Korrekturbemerkungen) stehen blieben (S. 240, 247 und 379). Ein weiterer Fauxpas ist, das britische Demokratiemodell als „Manchester-Modell“ (S. 383), statt „Westminster-Modell“ zu bezeichnen. Als Fazit bleibt aber: Die Herausgeber haben einen in weiten Teilen lesenswerten und interessanten Band vorgelegt, der uns zu Recht daran erinnert, daß Demokratiefragen fruchtbarer bei verbesserter interdisziplinärer und internationaler Zusammenarbeit beantwortet werden können.

Linke Parlamentarismuskritik in der Weimarer Republik

Von Klaus Schönhoven

Riccardo Bavaj, Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik, Bonn 2005 (*Verlag J.H.W. Dietz Nachf.*), 534 S.

Mehr als vierzig Jahre nach dem Klassiker der historischen Extremismusforschung von Kurt Sontheimer, der sich auf das antidemokratische Denken der nationalen Rechten in der Weimarer Republik konzentrierte¹, präsentiert Riccardo Bavaj seine Bonner Dissertation (bei Klaus Hildebrand) „als das ergänzende Gegenstück zu Sontheimers Darstellung“ (S. 7). Im Mittelpunkt steht die extremistische Herausforderung des parlamentarischen Pluralismus der Weimarer Republik von links, also durch die verschiedenen parteipolitischen Spielarten des Kommunismus, des Anarcho-Syndikalismus und des Linkssozialismus. Ferner bezieht der Autor den Antiparlamentarismus im Weimarer Kulturleben in seine Analyse ein, wobei sein Spektrum von den Berliner Dadaisten und dem Malik-Kreis bis zur „Weltbühne“ reicht, die als vielgelesene Zeitschrift der parteipolitisch heimatlosen Linksinтеллектуellen einen Mitarbeiterkreis mit klangvollen Namen um sich sammelte.

Entsprechend lang und prominent ist auch die Liste der Politiker, Philosophen, Publizisten, Schriftsteller und Künstler, die in dieser breit angelegten Untersuchung in das Lager der antiparlamentarischen Linken eingereiht werden. Sie reicht von den KPD-Gründern Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bis zum letzten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann, der als Marionette Moskaus die Stalinisierung des deutschen Kommunismus in den späten zwanziger Jahren vollendete. Auf ihr tauchen marxistische Intellektuelle wie Karl Korsch oder Georg Lukács auf, gefolgt von den Wortführern der Bremer und Hamburger Linksradikalen und den Repräsentanten von rätekommunistischen und syndikalistischen Splittergruppen. Zudem finden sich geistige Mentoren des Linkssozialismus, die politisch und ideologisch in der USPD oder am linken Rand der SPD beheimatet waren. Zunächst wird hier der österreichische Austromarxist Max Adler vorgestellt, der die deutschen Jungsozialisten mit seinen machstrategischen Überlegungen zu den grundlegenden Unterschieden zwischen politischer und sozialer Demokratie programmatisch inspirierte. Schlaglichter fallen auf Paul Levi, den Sprecher der sozialdemokratischen Linksopposition, sowie auf die SAP-Gründer Max Seydewitz, Kurt Rosenfeld und Heinrich Ströbel. Als letzte Splittergruppe der linkssozialistischen Parteienlandschaft wird der Internationale Sozialistische Kampfbund aufgeführt, an

1 Vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, 4. Aufl., München 1994.

dessen Spitze der Neukantianer Leonard Nelson stand, der das Prinzip der Führerschaft verfocht und seine Anhänger als eine „proletarische Auslese“ (S. 252) erziehen wollte.

Der Kreis der Prominenten aus dem Weimarer Kulturleben, die der Autor einer prinzipiell antiparlamentarisch eingestellten Gruppe von einflußreichen und wirkungsmächtigen Linksintellektuellen zurechnet, ist ähnlich umfassend. Zu den dadaistischen Republikgegnern gehörten demnach George Grosz, John Heartfield und Franz Jung. Antirepublikaner sind aus der Sicht des Autors ferner Schriftsteller wie Erich Weinert und Johannes R. Becher, Anarchisten aus dem Münchener Bohème-Milieu wie Gustav Landauer, Erich Mühsam oder B. Traven. Abgeschlossen wird das Who's Who der linken Prominenz durch Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky und Kurt Hiller, die sich als scharfzüngige Journalisten bei der „Weltbühne“ einen Namen machten, oder – wie Ernst Toller – als Verfechter der Räterepublik und als Dramatiker in die Geschichte der politischen Kultur Weimars eingegangen sind.

Ziel der Arbeit ist es, „das breite Spektrum des linken antiparlamentarischen Denkens während der Weimarer Republik in möglichst vielen seiner Facetten und Schattierungen darzustellen“ und „das neuronale Netzwerk des linksextremistischen Diskurses in möglichst vielen seiner Stränge und Synapsen transparent zu machen“ (S. 33). Dem Autor ist dabei durchaus bewußt, daß das von ihm abgesteckte Forschungsfeld sehr groß ist, weil es sich vom linkssozialistischen Rand der Sozialdemokratie bis zu den Kadertruppen des Kommunismus erstreckt und weil sich auf ihm ein sehr buntscheckiger Personenkreis von Literaten, Journalisten und Künstlern tummelt, dessen politische Ambitionen und dessen konkreter Einfluß unterschiedlich weit reichten. Dennoch kommt Bavaj zu einem apodiktischen Fazit, wenn er in den letzten Sätzen seiner Studie postuliert, es erscheine „äußerst zweifelhaft, ja unwahrscheinlich, daß Hitler auch ohne die nicht intendierte Schützenhilfe der extremen Linken an die Macht gelangt wäre“ (S. 497).

Diesem Urteil kann sich nur anschließen, wer jede kritische Distanzierung vom sozialdemokratischen Republikanismus und Pragmatismus sofort als linksextremistische Herausforderung der parlamentarischen Ordnung und als intellektuelle Abweichung von den Prinzipien der Aufklärung interpretiert. So bricht der Autor über alle Spielarten von linker Demokratiekritik seinen Richterstab, ohne hinreichend zu verdeutlichen, daß zwischen dem revolutionären Credo der Kommunisten, in dessen Namen sie immer wieder Gewalt als Mittel der Politik einsetzten und in der Endphase Weimars gemeinsam mit dem Nationalsozialismus einen gezielten Frontalangriff auf das demokratische Bollwerk Preußen starteten, und den philosophischen Erwägungen der Neukantianer oder den pazifistischen Orientierungen von Schriftstellern und Journalisten eine unüberbrückbare intellektuelle und politische Kluft bestand. Was der Autor unter dem sehr weit gefaßten Oberbegriff „Antiparlamentarismus“ subsumiert, reicht von räterepublikanischen Vorstellungen, die während der revolutionären Umbruchzeit 1918/19 entstanden sind, über elitäre Konzepte, die auf eine platonische Vernunft Herrschaft hofften, bis hin zur Forderung nach einer Diktatur des Proletariats, wie sie die Apparatschiks des Kommunismus verfochten.

Literatur

Die Bereitschaft Bavajs, ideologische Binnendifferenzen im linksintellektuellen Milieu und zwischen den parteipolitischen Kleingruppen differenziert zu gewichten, ist nicht besonders groß. Immer wieder neigt er dazu, die Parlaments- und Parteienkritik von links pauschal unter dem Oberbegriff Extremismus einzuordnen. So wird jede Abweichung von einem idealtypisch konstruierten liberal-demokratischen Mittelweg als staatsgefährdend oder staatsfeindlich klassifiziert, auch dann, wenn Linksintellektuelle die Kompromißstrukturen und Koalitionsverhältnisse der Weimarer Republik nicht prinzipiell ablehnten, sondern bei konkreten Anlässen kritisierten, wenn sie die Interessenverflechtung von Politik und Ökonomie problematisierten oder wenn in ihren Schriften und Artikeln vom Primat der Ökonomie und der Fortexistenz einer Klassengesellschaft die Rede war. Die Binsenweisheit, daß nicht jede Kritik an der demokratischen Alltagspolitik ein Beleg für eine fundamentale Demokratiefeindschaft ist, beherrzt der Autor jedenfalls nicht hinreichend. In manchen Passagen seines Buches wird geradezu ein Popanz des linken Antiparlamentarismus aufgebaut, obwohl es sich, sieht man genauer hin, um nicht besonders einflußreiche Randgruppen und Randfiguren handelt, die hier als Kronzeugen herhalten müssen.

Auch der methodische Hinweis, die Studie sei „weniger der klassischen Ideengeschichtsschreibung verpflichtet, als einer diskursgeschichtlich ausgerichteten politischen Kulturforschung zuzuordnen“ (S. 33), vermag nicht recht zu überzeugen. Zwar sind die Quellen des Autors immer wieder Artikel in Zeitungen und Periodika sowie Flugblätter, Pamphlete, Proklamationen und Zeichnungen, doch steht in seiner Analyse nicht der alltagsgeschichtliche, sondern der akademische und literarische Diskurs im Mittelpunkt. In den einzelnen Abschnitten dominieren nämlich neben parteiengeschichtlich und biographisch ausgerichteten Passagen immer wieder ideengeschichtliche Überlegungen. Wie groß die politische Reichweite der ausgewerteten Publikationen war und welche Resonanz sie bei möglichen Rezipienten fanden, bleibt zumeist unklar. Der Anhang der kommunistischen und linkssozialistischen Kleinparteien und Sekten und ihr politischer Einfluß waren jedenfalls nicht besonders groß. Und auch die intellektuelle Gefolgschaft der Philosophen und Pädagogen, Agitprop-Künstler und Literaten hielt sich in Grenzen. Die pure Existenz von linken Pamphleten und Polemiken sagt noch nichts über ihre politische Wirkungsmacht aus, die Bavaj jedoch besonders hoch veranschlagt und zu einem weit vernetzten antiparlamentarischen Diskurs stilisiert.

Unbestreitbar ist, daß die Weimarer Republik in ihrer Endphase dem totalitären Zangengriff von Kommunismus und Nationalsozialismus ausgeliefert war; unbestreitbar ist auch, daß sich linke und rechte Radikalisierungsprozesse aus antipluralistischen, antiliberalen und antidemokratischen Denkmustern speisten, deren philosophische Wurzeln bis zur identitären Volkssouveränitätslehre Rousseaus und bis zur revolutionären Demokratietheorie von Marx zurückreichten; unbestreitbar ist schließlich, daß viele linke Demokratieideale wirklichkeitsfremd und in lebensideologischen Geisteshaltungen eingebettet waren, die ihre Hochkonjunktur in den politischen und gesellschaftlichen Krisenjahren nach dem Ersten Weltkrieg erlebten. Das Verdienst der Dissertation von Ba-

Linke Parlamentarismuskritik in der Weimarer Republik

vaj ist es zwar, die Vielfalt und Vielgestaltigkeit der linken Parlamentarismuskritik ausgeleuchtet zu haben. Ob man die in seiner Studie aneinandergereihten heterogenen Vorstellungen „als kohärentes Phänomen“ (S. 488) oder gar als „notwendige Prämisse“ (S. 497) für das Scheitern Weimars charakterisieren kann, ist jedoch mehr als fraglich. Die antidemokratische Fronde, die von rechts die Republik attackierte, war jedenfalls politisch mächtiger, skrupelloser und zielstrebig. Und sie hatte in der Bevölkerung einen viel größeren Rückhalt als die organisatorisch und ideologisch stark zersplitterte antiparlamentarische Linke.

Nationalismus und Faschismus – ein Vergleich

Von Michael Minkenberg

Stefan Breuer, Nationalismus und Faschismus. Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich, Darmstadt 2005 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 202 S.

Das Buch verfolgt ein grundsätzliches Anliegen. Es will nicht nur die Strömungen und Unterströmungen von Nationalismus und Faschismus in Frankreich, Italien und Deutschland historisch-vergleichend untersuchen, sondern dem gegenwärtigen Mainstream der Faschismusstudien, der dem Verfasser zufolge dem Phänomen über die Ideologie zuleibe rückt (z.B. bei Eatwell, Griffin, Nolte, Payne, Sternhell u.a.), eine Alternative zur Seite stellen. Breuer kritisiert insbesondere „die verbreitete Ineinssetzung von Faschismus und Nationalismus“ (S. 10) und die Ableitung des Faschismus aus dem Nationalismus. Stattdessen will er nicht nur die Beziehungen zwischen beiden Größen herausarbeiten, sondern mit Hilfe einer typologischen Diskussion auch darlegen, daß Nationalismus und Faschismus auf unterschiedlichen Ebenen liegen: „Der eine hat seinen Schwerpunkt, um mit Bourdieu zu reden, im intellektuellen Feld und strebt danach, sich von hier aus möglichst bruchlos ins politische Feld zu übersetzen [...] – eine ideologische Politik, die in diesem formalen Sinne durchaus mit dem Sozialismus und Kommunismus vergleichbar ist. Der andere dagegen kann als eine Erscheinung beschrieben werden, die wohl in einzelnen Elementen im intellektuellen Feld wurzelt, ihren Schwerpunkt aber im politischen Feld als einem Bereich hat, in dem es niemals allein um Ideen und Doktrinen geht, sondern stets auch um Emotionen, Affekte, strategische Ziele. Vor allem anderen nutzt der Faschismus die Logik des politischen Feldes [...] als Selektionskriterium sowohl für Interessen als auch für Ideen“ (S. 10). Diese längere Passage verdient es, vorgestellt zu werden, denn sie umreißt in knappen Worten Anspruch und Programm des Buches.

In mehrfacher Hinsicht orientiert sich Breuer im Zugriff auf seinen Gegenstand an Max Weber. Zunächst geht es ihm darum, mit Idealtypen von Nationalismus und Faschismus zu arbeiten. Das führt Breuer dazu, den Nationalismus vom Selbstverständnis der Nationalisten her zu fassen, und zwar derjenigen, die dem Begriff einen gewichtigen Platz in der politischen Auseinandersetzung zuwiesen. Anders als die Nationalismusforschung, die den Aufstieg des Nationalismus im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert festmacht (so z.B. bei Alter, Anderson, Gellner, Hobsbawm) gelangt Breuer somit auf die Zeit des Übergangs vom 19. zum 20. Jahrhundert als die Geburtsstunde eines sich selbst bewußten Nationalismus, und seine nationalistischen Zeitzeugen hierfür sind Maurice Barrès, Charles Maurras, Luigi Valli, aber auch Max Weber und Arthur Moeller van den Bruck. So gesehen ist der Nationalismus das Ergebnis der Nationsbildung, nicht dessen Voraussetzung oder Urheber. Er stellt eine Steigerung der na-

tionalen Idee und des Nationsbewußtseins in dem Sinne dar, daß die Nation nicht nur als vopolitische Größe aufgefaßt wird, die ihre optimale Form in der politischen Verfaßtheit als Nationalstaat erreicht, sondern auch gegenüber ihren Mitgliedern eine „Höchstrelevanz“ beansprucht, die alle anderen Relevanzen und Prioritäten übertrifft. Welche anderen Prioritäten damit gemeint sein könnten, wird nicht weiter erläutert, aber man mag beim Lesen dieser Passage unwillkürlich an konkurrierende „Relevanzen“ wie Religion und Familie, aber auch soziale Klasse oder liberale Grundrechte denken. Indem Breuer den Begriff des Nationalismus derart einschränkt, kann er ihn nicht nur sinnvoll abgrenzen von anderen Schlüsselbegriffen wie Nation, Volk, ethnischer Gruppe und Nationalbewußtsein, sondern als den einen der beiden Extrempunkte – mit dem „Kosmopolitismus“ als Gegenpol – einer Skala auffassen, die „durch einseitige Steigerung ‚universalistischer‘ bzw. ‚partikularistischer‘ Orientierungen charakterisiert“ (S. 25) ist. Mit dieser Operation gelangt Breuer dann zu einer Unterscheidung von drei „Grundtypen des Nationalismus: Liberalnationalismus, Linksnationalismus, Rechtsnationalismus“ (S. 26) und weiteren Abstufungen (liberaler vs. demokratischer Nationalismus, nationaler Sozialismus vs. sozialer Nationalismus, alter und neuer Nationalismus, völkischer Nationalismus). Diese Differenzierung versetzt Breuer in die Lage, mit den in der Nationalismusforschung vorherrschenden Dichotomien (westlicher vs. östlicher, romantischer vs. aufgeklärter Nationalismus) aufzuräumen und damit auch mit der gängigen These, der Nationalismus sei im Laufe der Zeit konservativer geworden: „Tatsächlich wird er nicht konservativer, sondern nur komplexer, indem dem Liberal- und Linksnationalismus nunmehr auch ein Rechtsnationalismus an die Seite tritt“ (S. 39).

Wer an dieser Stelle des Buches meint, Breuer sei durch seine begrifflichen Operationen am Ende doch bei der These vom Faschismus als Extremvariante des Nationalismus angekommen, wird schnell eines Besseren belehrt. Dies allerdings mit einem analytischen Sprung, indem er den Faschismus nicht als Ideologie, sondern als einen bestimmten Typ von Partei faßt. Auch hier kommen wieder die Protagonisten (Mussolini, Hitler) zu Wort, aber eher in einem negativen Sinne. Denn deren Charakterisierung des Faschismus als „Bewegung“ weist Breuer entschieden zurück. Stattdessen verortet er ihn als Partei, und zwar gemäß Webers Parteienbegriff mit den analytischen Dimensionen Mittel – Organisationsstruktur – Ziele. Auf diesem Wege arbeitet Breuer „das faschistische Minimum“ heraus, das in der Kombination aus Gewaltsamkeitsorganisation, einer charismatischen Struktur und der Patronage besteht. Was in dieser Begriffsbestimmung fehlt, ist die Ideologie – das ist konsequent, denn Breuer ordnet den Faschismus dem Weberschen Typus der Patronagepartei in Abgrenzung zu demjenigen der Weltanschauungspartei zu.

In den folgenden drei Kapiteln unternimmt Breuer dann eine Tour de force durch die Spektren der jeweiligen Nationalismen in Frankreich, Italien und Deutschland. Für Frankreich zeigt er, daß es hybride (Barrès, Maurras), modernisierte (Valois), nicht einzuordnende (Sorel) und soziale (Doriot, Déat) Nationalismen gab, aber keine Gruppierung, die dem faschistischen Minimum entsprach. D.h. „Frankreich [...] besaß einen

organisierten Rechtsnationalismus von beachtlicher Stärke. [...] Aber insgesamt war hier der Staat so stabil, die Wirtschafts- und Sozialordnung so bürgerlich geprägt und das intellektuelle Feld so stark strukturiert, daß für eine faschistische Bewegung [*sic!*] schlechterdings kein Raum war“ (S. 93 f.). Anders bekanntlich in Italien und Deutschland. Im Falle Italiens führt uns der Autor durch die Verästelungen der faschistischen Vorläufer, den revolutionären Syndikalismus, die Ästhetisierung der Politik im Futurismus, insbesondere „die Transformation der Massenpolitik in ein Spektakel“ (S. 114) sowie den spezifischen „Zustrom“ des italienischen Rechtsnationalismus. Am Ende steht dann nicht die Kulmination des italienischen Nationalismus im Faschismus, sondern der durch diesen eingeleitete „Anfang vom Ende des Nationsmythos in Italien“ (S. 144). Im deutschen Fall findet eine ebenso akribische Aufarbeitung der verschiedenen Strömungen statt, die in den Nationalsozialismus geflossen sind, wobei Breuer versucht, das Völkische als das gerade *nicht* Typische für die deutsche Variante des Faschismus herauszuarbeiten, weil es auch in anderen Strömungen des Nationalismus anzutreffen war. Dennoch stellt es neben dem „neuen Nationalismus“ und dem „Rassenaristokratismus“ die dritte in der NSDAP vertretene ideologische Richtung dar. In einem kurzen Schlußkapitel kommt Breuer auf seine Ausgangsthese zurück: „Der Faschismus ist eben keine Ideologie, sondern ein Aggregat von Ideologien, das durch Faktoren nicht primär ideologisch-weltanschaulicher Art zusammengehalten wird [Affekte, Emotionen, Inszenierung, Propaganda, u.ä.]. [...] Faschistische Parteien aggregieren unterschiedliche Strömungen der Rechten, und sie tun dies mittels charismatischer Vergemeinschaftung“ (S. 196).

Im Ergebnis haben wir es mit einer sehr systematischen, an Informationen und Einsichten sehr reichhaltigen und von daher lohnenden Studie zu tun. Es findet eine detaillierte und produktive Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand sowohl zu den Schlüsselkonzepten als auch zu den drei Ländern statt. Auch die vielen Fußnoten (insgesamt 768) sind es wert, aufmerksam gelesen zu werden, finden sich doch in ihnen zahlreiche kritische Auseinandersetzungen mit anderen Autoren und Konzepten sowie viele interessante Literaturhinweise. Schließlich ist zu begrüßen, daß der Verfasser eine echte Vergleichsstudie vorgelegt hat, die nicht nur drei Länder durch eine Gegenüberstellung „vergleicht“ (und damit wie so oft nur drei Narrative abliefern), sondern ein über die drei Länder hinweg konsistentes Abfragen der Kriterien von Nationalismus und Faschismus vornimmt. Das Ergebnis des Vergleichs, nämlich daß es in Frankreich keinen Faschismus gab, ist stimmig und plausibel, aber wenig überraschend. Es war aufgrund der zugrunde gelegten analytischen Kategorien und Kriterien voraussehbar.

Das oben zitierte grundsätzliche Anliegen der Studie kann allerdings mit dem vorgestellten Befund nicht hinreichend abgesichert werden. Dem stehen einige Probleme im Wege. Erstens enthält die Studie für ihr Anliegen zuwenig Fälle. Im empirischen Teil wird gezeigt, daß die Aussage über das Typische des Faschismus nur für die italienischen Faschisten und die deutschen Nationalsozialisten gilt. Außer Frankreich werden aber keine weiteren möglichen Anwendungsfälle diskutiert. Diese Beschränkung paßt nicht zur beanspruchten Reichweite des Faschismusbegriffs. Hier wären einige

Ausführungen zu anderen Fällen wie Großbritannien (die British Union of Fascists), Spanien (die Falange) oder Ungarn (die Pfeilkreuzler) angebracht gewesen. Zweitens ist viel von der Rechten, der radikalen Rechten, dem Rechtsnationalismus bzw. vom „idealtypischen Raum der Rechten“ (z.B. S. 131) die Rede, aber es bleibt unklar, was hier eigentlich „rechts“ im Gegensatz zu „links“ bedeutet. Wenn es sich, wie die Literatur dazu nahelegt (z.B. Bobbio, Heitmeyer, Laponce) um den Gedanken der Gleichheit bzw. Ungleichheit handelt, werfen die Kategorisierungen wie Links- oder Liberalnationalismus angesichts des Nationalismus-Kriteriums der „Höchstrelevanz“ der Nation Probleme auf. Auch hätte man, drittens, angesichts der für die gesamte Studie zentralen Unterscheidung von ideologischem und politischem Feld gern mehr darüber erfahren, was eine Ideologie ist bzw. wo sie aufhört und die Politik anfängt. Weder kann der Faschismus beanspruchen, als einzige politische Kraft in der Ära der Fundamentalpolitisierung verschiedene ideologische Strömungen zu aggregieren, noch, als einzige mit Affekten, Propaganda und Inszenierungen zu operieren. Viertens finden sich ermüdend viele -ismen in der Untersuchung. Neben den bereits genannten werden, oft ohne begriffliche Klärung, weitere Fälle eingeführt, z.B. radikaler Modernismus (S. 114), Expansionismus (S. 127), nationalreligiöser Fundamentalismus (S. 132) Populismus (S. 148), soldatischer Nationalismus (S. 164), Radikalantisemitismus (S. 168), bürgerlicher Nationalismus (S. 169). Dazu gesellen sich dann auch Rechtsradikale (S. 166) und extreme Rechte (S. 197). Man erhält den Eindruck, daß fast jede Strömung ihren eigenen -ismus erhält. Das erhöht nicht die Plausibilität der Argumentation, sondern disaggregiert das ideologische Feld bis zur Unkenntlichkeit, und es wirft die Frage auf, ob dann nicht jede Strömung oder Parteienfamilie, also auch Liberalismus, Sozialismus, Christdemokratie u.a. eine Aggregation von Ideologien darstellt, die sich – mit Ausnahme des Kommunismus – leicht disaggregieren läßt. Hier tritt ein weiteres, fünftes Problem hervor: die Abwesenheit der vergleichenden Parteienforschung in der Diskussion. Wenn Faschismus über den Parteientyp – und nicht über die Ideologie – definiert wird, dann müßte eine Darlegung dieses Typs und eine Abgrenzung zu anderen Typen erfolgen. Dies geschieht nur am Rande und bleibt letztlich bei Max Weber und seiner Unterscheidung von Patronage- und Weltanschauungsparteien stehen. Diese ist aber in der Parteienforschung seit langem ins Wanken geraten. Zudem: Wenn man eine so rigide Definition von Weltanschauungspartei wählt wie Breuer, dann fallen wohl alle Parteien außer den Kommunisten aus dieser Kategorie heraus. Und seit Siegfried Neumann gilt in der Parteienforschung der Common sense, daß diktatorische Organisationen kaum noch als „Partei“ im Weberschen oder sonstigen Sinne (außer bei den Protagonisten selbst) zu bezeichnen sind.

Somit hinterläßt die Studie einen recht zwiespältigen Eindruck: der Reichhaltigkeit der Diskussion von Literatur, Schlüsselbegriffen und Länderfällen stehen einige konzeptionelle Probleme gegenüber, die erst noch zu lösen wären, um den analytischen Sprung, den Breuer vornimmt, zu rechtfertigen.

Demokratienschutz gestern und heute

Von Claudia Günther

Giovanni Capoccia, *Defending Democracy: Reactions to Extremism in Interwar Europe*, Baltimore/London 2005 (*The Johns Hopkins University Press*), 352 S.

Es gibt keinen Idealweg, politischen Extremismus erfolgreich im Rahmen demokratischer Gesetze, Normen und Werte zu bekämpfen. Keine politische Strategie ist einer anderen klar überlegen. Zu sehr unterscheiden sich dafür im gegenwärtigen Europa und der Welt die demokratischen Traditionen, die Formen des politischen Extremismus, deren gesellschaftliche Wahrnehmung und die staatlichen Demokratienschutz-Strategien. Giovanni Capoccia, an der Universität Oxford lehrender Wissenschaftler, geht vor diesem Hintergrund der Frage nach, welche politischen Entscheidungen der demokratischen Elite das Überleben der Demokratie sichern und demnach ihr Scheitern maßgeblich verhindern können. Mit diesem Ansatz setzt er sich bewußt von anderen akteursbezogenen Studien ab, die sich (geprägt vom Standardwerk „The breakdown of democratic regimes“ der amerikanischen Politikwissenschaftler Juan J. Linz und Alfred Stepan) ausschließlich auf die Auswirkungen des Elitenverhaltens beim demokratischen Untergang richten.

Im theoretischen Teil seiner Arbeit erörtert Capoccia, welche Personengruppen auf Seiten des Staates entscheidend auf das Sichern der demokratischen Stabilität einwirken. Das zweite Kapitel klärt, welche Merkmale politischer Parteien des extremistischen Lagers diese nicht nur als systemfeindliche, sondern als systemgefährdende Organisationen kennzeichnen. Daran anschließend werden die der staatlichen Elite zur Verfügung stehenden Maßnahmen präsentiert. Der folgende empirische Abschnitt beinhaltet drei Fallstudien. In vergleichender Analyse von Akteuren und Strategien stellt er den drei Staaten, die die Demokratie intern erfolgreich verteidigten, die beiden in diesem Bemühen gescheiterten Länder Deutschland und Italien gegenüber. Abschließend behandelt Capoccia die Anwendungsmöglichkeiten seines Forschungsansatzes. Er weist auf offen gebliebene Fragen hin.

Als Hauptakteure der im ersten Kapitel behandelten Prozesse sieht Capoccia zum einen die Führungsebene politischer Parteien, zum anderen die nationale Regierung sowie den Staatspräsidenten. Letzterer trifft seine Entscheidungen unabhängiger, als es die Regierung vermag. Diese ist stark abhängig vom politischen Verhalten der sogenannten Randparteien („border parties“), die Capoccia besonders ins Blickfeld nimmt. Speziell diese Parteien erscheinen dem Autor als entscheidende Akteure, da sie aufgrund ihrer ideologischen Nähe zu den antidemokratischen Kräften im Parteiensystem zwischen der Regierung, der sie angehören oder die sie unterstützen können, und den extremistischen Polen stehen. Das Gefährdungspotential für die Demokratie besteht

darin, daß die Randparteien zu wenig von der Regierungsbeteiligung profitieren und mehr und mehr Wähler an die demokratiefeindlichen Parteien zu verlieren drohen. Ein Verlassen der Regierung oder das Aufgeben ihrer Unterstützung ist ein möglicher Weg aus diesem Dilemma. Doch gefährden die Randparteien zugleich den Bestand des politischen Systems und der Demokratie, wenn sie sich aus der demokratischen Mitte in Richtung der Außenbereiche des politischen Spektrums bewegen. Stabilisierende Effekte treten hingegen ein, halten die Randparteien an der Kooperation mit der demokratischen Führungselite fest. Diese politischen Handlungsoptionen und ihre Beeinflussung durch Regierung und Staatspräsident sieht Capoccia als richtungsentscheidend für den Erhalt der Demokratie an.

Die Strategien nationaler Akteure sind auf extremistische Parteien bezogen, die auf legalem Weg Einfluß auf die Willens- und Entscheidungsbildung nehmen. Diese Herausforderer befinden sich bereits im politischen System und spielen nach dessen Regeln. Besitzen diese Parteien einen gewissen Einfluß in den Kerninstitutionen des politischen Systems, können sie die Demokratie akut bedrohen. Antisystemparteien, die sich „strong and aggressive“ (S. 27) gegenüber dem demokratischen Staat verhalten, verfügen laut Capoccia über zwei Merkmale: Durch ihre Antisystem-Stellung stören sie auf der einen Seite das parlamentarische Zusammenspiel der demokratischen Parteien, auch in ihrem Versuch, Strategien zur Bekämpfung der Antisystemparteien aufzubauen („Relational Anti-systemness“). Das demokratische System in der Gesamtheit seiner Normen und Werte wird auf der anderen Seite durch diese Parteien in Frage gestellt („Ideological Anti-systemness“). Capoccia analysiert nur diejenigen Instrumente der staatlichen Akteure, die kurzfristige Wirkungen auf die demokratischen Herausforderer entfalten. Dazu zählt er solche „formal provisions or political strategies“ (S. 47), die erstens repressiv die politischen Rechte der extremistischen Akteure be- und einschränken („Militancy“), und zweitens diejenigen Methoden, die Teile der Mitgliedschaft extremistischer Organisationen wieder in das politische System integrieren wollen („Incorporation“). Gesetzliche Mittel des „Militancy“-Bereiches, zum Beispiel Rede-, Versammlungs- und Parteiverbote, erschweren es Extremisten, die demokratischen Spielregeln für ihre gegen die Demokratie gerichteten Zwecke zu nutzen. Strategien der demokratischen Elite auf dem Gebiet der „Incorporation“ versuchen, die extremistischen Parteien auf andere Weise zu schwächen. Das Unterbreiten politischer Zugeständnisse sowie Inhalte erfolgt, um gezielt Teile der extremistischen Anhängerschaft anzusprechen und für demokratische Organisations- und Beteiligungsformen zu gewinnen.

Capoccia dokumentiert und analysiert diese Strategien anhand von drei Staaten im Europa der Zwischenkriegszeit. Unter den europäischen Staaten, die von antidemokratischen Akteuren bedroht wurden, fällt eine Gruppe heraus, die diesen Bedrohungen innenpolitisch standhielt. Zu ihnen zählen Belgien, Finnland, Frankreich (mit Ausnahme des Vichy-Regimes) und die Tschechoslowakei. Die Länder ohne Einschränkung des demokratischen Überlebens werden in gesonderten Kapiteln Fallstudien unterzogen. In allen drei Ländern stand der Regierung eine starke Gruppe extremistischer Kräfte gegenüber. Anschaulich verdeutlicht der Autor, welchen starken Einfluß den

Randparteien zukam, die eine oder andere Seite zu unterstützen bzw. zu schwächen. Die Tschechoslowakei siegte im existenzgefährdenden, internen Konflikt mit der parteipolitischen Vertretung der deutschen Minderheit, verlor jedoch den von außen einwirkenden und in der Annexion durch Hitler-Deutschland endenden Kampf. In Belgien erreichten die demokratiefeindlichen Parteien Mitte der 1930er Jahre einen das politische System erschütternden Parlamentseinzug, allen voran die Rexistische Partei. Allein das Festhalten an der Zusammenarbeit mit den Regierungsparteien, gegen internen sowie externen Widerstand von der Führung der Katholischen Partei durchgesetzt, war ein entscheidender Faktor bei der Überwindung der Krise. Die Situation Finnlands läßt sich eher mit der in der Tschechoslowakei vergleichen als mit der belgischen. Aufgrund einer in den beiden erstgenannten Fällen äußerst starken extremistischen Bedrohung untermauerten die staatlichen Führungen ihre Politik mit einem deutlich ausgeweiteten repressiven Maßnahmenkatalog. Die Herausforderung für die finnische Demokratie entstand zunächst in den 1920er Jahren durch die Finnische Kommunistische Partei (SKP). Die staatlichen Gegenmaßnahmen fußten jedoch erst Anfang der 1930er Jahre auf einer Anti-Extremismus-Gesetzgebung und legalisierten nachträglich das zuvor besiegelte Ende aller Aktivitäten der SKP. Nach dem Niedergang der Kommunisten bedrohte fortan die rechtsextreme Lapua-Bewegung das demokratische System, die maßgeblich das repressive Regierungsverhalten gegen die SKP bestimmt hatte. Wie in der Tschechoslowakei überschattete ein externer Konflikt, hier der Krieg Ende der dreißiger Jahre mit Rußland, die internen Auseinandersetzungen.

Wie Capoccia im Schlußkapitel zeigt, ähnelten sich die Verlaufsformen von überlebenden und gescheiterten Demokratien. Es bestand jeweils ein durch hohe Fragmentierung sowie Polarisierung gekennzeichnetes Parteiensystem. Die aufgrund von Unruhen gefährdete innere Sicherheit erleichterte den in Wahlen bestätigten Aufstieg antidemokratischer Akteure, die diesen inländischen Zustand oft mit neuer Gewalt nährten. Die nun in den Parlamenten vertretenen Extremisten erschwerten die Koalitionsbildung innerhalb der demokratischen „Front“. Vor diesem Hintergrund waren Teile der Demokraten bereit, „to exploit the dynamism and popularity of extremists for their own political ends. This is the point in the process at which the survival and breakdown cases begin to diverge“ (S. 193). Einen entscheidenden Einfluß auf den Fortgang der Demokratie besaßen die Staatspräsidenten. Ihr direktes Eintreten und Intervenieren konnte die demokratische „Front“ zusammenhalten, ihre Tatenlosigkeit oder Unterstützung der mit den Extremisten kooperierenden Parlamentsmitglieder sie hingegen als Grundlage einer stabilen Demokratie zerstören. Daneben blieb es unerlässlich, daß die demokratischen Parteien selbst den Schutz der Demokratie vor der extremistischen Gefahr als vereinendes Hauptziel über ihre programmatischen Unterschiede stellten. Drei Schritte begründen nach Capoccia ein erfolgreiches Vorgehen der Demokratie gegen ihre Widersacher: 1. das Erkennen der extremistischen Gefahr, 2. das Verhindern des Auseinanderfallens der demokratischen „Front“ sowie die Isolation extremistischer Parteien, 3. das Anwenden kurzfristiger Maßnahmen der Demokratieverteidigung, bestehend aus „Militancy“- und „Incorporation“-Elementen.

Capoccia liefert mit seiner historisch präzise recherchierten Studie einen wichtigen Baustein für die Erforschung gegenwärtiger politischer Reaktionen staatlicher Akteure auf destabilisierende Extremismen. Die in Europa existierenden unterschiedlichen Wege der politischen Auseinandersetzung basieren nicht zuletzt auf den demokratischen Erfahrungswerten und Traditionen der einzelnen Staaten. Capoccia erweitert das in unzähligen Publikationen erforschte Beziehungspaar Demokratie und Extremismus um die Dimension historischer Ausprägungsformen und Bedingungsgefüge. Die durch ihn gewonnenen Ergebnisse sind unerlässlich für die aktuell und zukünftig immer wieder neu zu beantwortende Frage der demokratischen Balance zwischen Toleranz und Intoleranz gegenüber politischem Extremismus. An den drei Länderstudien ist gut zu beobachten, wie historische Formen des Umgangs mit politischem Extremismus prägen. Belgien beispielsweise ist bis heute von einer wenig repressiven Gesetzgebung gekennzeichnet. Das belgische Recht umfaßt kein Parteiverbot. In Tschechien und Finnland hingegen hat die Praxis der repressiven Maßnahmen gegen extremistische Organisationen weiterhin Bestand. Capoccia übersieht nicht, daß es inzwischen schwieriger geworden ist, Extremisten von Demokraten zu unterscheiden. Doch bei allen Unterschieden der heutigen Situation zum Europa der Zwischenkriegszeit: Staatlichen Akteuren kommt eine Schlüsselposition zu, wenn es darum geht, die verschiedenen Varianten des politischen Extremismus demokratisch zu bekämpfen.

Die Zerstörung des Mao-Mythos

Von Joachim Glaubitz

Jung Chang/John Halliday, Mao. Das Leben eines Mannes, das Schicksal eines Volkes, München 2005 (*Karl Blessing Verlag*), 975 S.

„Die Wahrheit in den Tatsachen suchen“ – dieses Mao Zedong zugeschriebene Wort könnte den Verfassern der jüngsten Biographie des chinesischen Politikers als Leitmotiv gedient haben, als sie die Lebens- und Wirkungsgeschichte Maos nachzeichneten. Jung Chang, weltbekannt durch ihre faszinierende Familiengeschichte „Wilde Schwäne“, und ihr Mann, John Halliday, britischer Historiker und Publizist, haben eine auf akribischer Auswertung ungezählter schriftlicher und mündlicher Quellen beruhende Arbeit vorgelegt, die dem bisher schon entzauberten Mao-Bild den letzten Rest an Erklärung nimmt.

Die dominierenden Elemente in Maos Leben sind Machtgier, Machtbesessenheit und panische Furcht vor Machtverlust. Diese drei Triebkräfte, gekoppelt mit einer hemmungslosen Gewaltbereitschaft leiten sein Handeln. Kommunistische Ideologie oder revolutionäre Befreiungsimpulse sind bei Mao bestenfalls phrasenhaft verwendete Rechtfertigungsinstrumente, aber nie grundsätzliche, seine Entscheidungen bestimmende Faktoren. Das Ergebnis ist verheerend: An der Spitze der Kommunistischen Partei Chinas und schließlich des bevölkerungsreichsten Landes stand jahrzehntelang ein Massenmörder, der Stalin und Hitler in nichts nachsteht, ja sie in mancher Hinsicht an Scheußlichkeit noch übertrifft. Mao ist vom Beginn seines politischen Wirkens an tief beeindruckt von Gewalt. Er erlebt sie Mitte der 1920er Jahre bei einer Reise durch seine Heimatprovinz Hunan, wo die von sowjetischen Agenten geförderten Vereinigungen armer Bauern Gewaltaktionen gegen Grundbesitzer unternehmen. Die Führer der „Bauernvereinigungen“ waren meistens brutale Schlägertypen. Mao wird Zeuge dieser Übergriffe und ist vom Terror fasziniert. In seinem Bericht vom März 1927 über die Lage der Bauern in Hunan schreibt er über die Brutalität, die er beobachtet hatte, er empfinde „eine nie erlebte Ekstase“ (S. 64). „Es ist notwendig, eine [...] Schreckensherrschaft in jedem Bezirk zu errichten“ (S. 65), heißt es in dem Bericht des Hunan-Komitees der KP Chinas. Die Bauernführer der Provinz handelten entsprechend. Nicht die Theorie Lenins brachte Mao zur Gewalt. Der geradezu sadistische Genuß von Gewalt entsprang seinem Charakter und sollte seinen Herrschaftsstil prägen.

Da Lüge ein strukturelles Merkmal diktatorischer Herrschaft ist, nimmt es nicht wunder, daß auch die chinesischen Kommunisten über Jahrzehnte bis in die Gegenwart ihre Mythen vom heldenhaften Kampf für die Vervollkommenheit der Gesellschaft pflegen. Der Lange Marsch der kommunistischen Streitkräfte 1934/35 liefert ausreichend Stoff für Glorifizierungen, die nun als Propagandalügen entlarvt werden. So war die –

angeblich – in heldenhaften Kämpfen erzwungene Überquerung des Dadu-Flusses in Wirklichkeit völlig problemlos; die „Schlacht an der Dadu-Brücke“ fand nie statt. Die nationalchinesische Armee unter Chiang Kai-shek hatte den Übergang für die Rote Armee aus strategischen Gründen freigehalten! Mao hatte gegenüber dem amerikanischen Journalisten Edgar Snow, seinem ersten Biographen, den dramatischen Kampf an besagter Brücke in den grellsten Farben geschildert. Und was Maos strapaziöse Teilnahme am Langen Marsch betrifft: Der legendäre Volksführer wurde über weite Strecken in einer Sänfte getragen. Der Kampf der Kommunisten gegen die japanischen Invasoren ist eine weitere Legende, die der Überprüfung der historischen Fakten nicht standhält. Die im April 1932 nach Angriffen der Japaner auf Schanghai von den Kommunisten veröffentlichte „Kriegserklärung an Japan“ bleibt reine Propaganda, denn es sollten noch fünf Jahre vergehen, „bis die Rote Armee einen Schuß gegen die Japaner abfeuerte“ (S. 155). Die Verfasser nennen den Krieg der Roten Armee gegen Japan einen der längsten „Scheinkriege“ (S. 155) der Geschichte. Die Gründe dafür sind komplex. Maos Hauptziel war die Ausweitung des kommunistischen Einflusses in China – und das bedeutete, daß er in erster Linie an der Schwächung der nationalchinesischen Regierung interessiert war. Zugleich sah Stalin in Japan die größte Bedrohung seines Landes. Ihm lag vor allem daran, daß Japan sich so intensiv wie möglich in China engagierte und damit seine Kräfte auf diesem Schauplatz gebunden blieben. Als 1937 der offene Krieg zwischen Japan und China ausbricht, ist Stalin hochzufrieden. Er weist die chinesische Rote Armee an, sich aktiv in die Kämpfe gegen die Japaner einzuschalten. Die Befehlshaber der Roten Armee und ihre Soldaten brannten darauf, die japanischen Invasoren zu bekämpfen. Doch dies galt nicht für Mao; er sah den Kampf gegen die Japaner nicht als eine gemeinsame nationale Aufgabe aller Chinesen. Seinem engsten Führungskreis erklärt er später, er habe den Krieg als einen Drei-Parteien-Konflikt empfunden: „Chiang, Japan und wir – drei Königreiche“ (S. 269). Mit anderen Worten: Für Mao war der Krieg eine Gelegenheit zur Vernichtung Chiangs, die die Japaner für ihn übernehmen sollten.

Von besonderem Interesse ist die Zeit von Maos Herrschaft, die mit der Gründung der Volksrepublik am 1. Oktober 1949 nach dem Sieg über die Nationalchinesen einsetzt. Ein Jahr nach der Machteroberung beginnt Mao eine landesweite „Kampagne zur Unterdrückung von Konterrevolutionären“. Ihr Ziel war die Beseitigung aller Relikte des nationalchinesischen Regimes, der „Klassenfeinde“. Darunter fallen alle, die mit den Nationalisten zusammengearbeitet haben. Allerdings bleiben die höheren Ränge verschont; sie sollten Landsleute im Ausland zur Rückkehr nach China bewegen; die niedrigeren Ränge hingegen werden unterschiedslos liquidiert. „Wir bringen nicht einen einzigen der großen Chiang Kai-sheks um, aber wir bringen die kleinen Chiang Kai-sheks um“ (S. 424), wird Mao zitiert. Und er mahnt die Kader in den Provinzen zu „Verhaftungen in großem Rahmen, Tötungen in großem Rahmen“ (S. 424). Nach Angaben der Verfasser starben in dieser Kampagne etwa drei Millionen Chinesen durch Hinrichtungen, durch Gewalt der „Massen“ oder durch Selbstmord. Mao ließ die Hinrichtungen öffentlich vollziehen. Ende März 1951 ordnet er an: „Viele Orte [...] wagen

es nicht, Konterrevolutionäre in großer Zahl mit öffentlichem Aufsehen zu töten. Das muß anders werden“ (S. 425). Mao will, daß der Großteil der Bewohner direkt Zeuge von Gewalttaten und Morden wird. Sein Ziel ist die Einschüchterung und Brutalisierung der Bevölkerung. Er behauptet, die Hinrichtungen seien „unbedingt nötig [...]“. Nur wenn das richtig erledigt wird, ist unsere Macht sicher“ (S. 427). Man kann den Verfassern in ihrem Urteil nur zustimmen, daß Mao hierin weiter ging als Stalin und Hitler, die ihre schlimmsten Verbrechen geheim zu halten versuchten. Mit der Kampagne gegen „Klassenfeinde“ und „Konterrevolutionäre“ wird ein landesweites System von Blockwarten und Ordnungskomitees eingerichtet, die die Helfer in einem gigantischen Unterdrückungssystem abgeben – ein Organisationsmerkmal, das ausnahmslos alle „sozialistischen“ Länder kennzeichnet.

In den Außenbeziehungen existiert für die Volksrepublik China zunächst nur ein Partner – die Sowjetunion. Es war Stalin, dessen gewaltiger materieller Hilfe die chinesischen Kommunisten schließlich ihren Sieg verdankten. So gilt Moskau die erste Auslandsreise Maos. Sowjetische Hilfe für den Aufbau einer modernen Rüstung ist sein größter Wunsch, denn es ist sein Ziel, aus China so schnell wie möglich eine Weltmacht zu machen. Um Stalins Hilfe zu erhalten, habe Mao, so seine Biographen, den sowjetischen Diktator mit demonstrativen Loyalitätsbekundungen überhäuft. Er habe ihm sogar das Angebot unterbreitet, China könnte sämtliche Verbindungen zum Westen kappen. „Wir wären froh, wenn sämtliche Botschaften der kapitalistischen Länder China für immer verlassen würden“ (S. 451), wird Mao zitiert. Die Verfasser versuchen diese Haltung auch mit innenpolitischen Motiven zu begründen: Mao hätte auf diesem Weg negative westliche Einflüsse in der chinesischen Gesellschaft eliminieren können. Hier regen sich beim Leser Zweifel, daß Mao ernsthaft so weit gehen wollte, China auf Dauer zu isolieren und einseitig von der Sowjetunion abhängig zu machen. Gerade der Taktiker Mao wußte, wie man eine Macht gegen eine andere zum eigenen Nutzen auszuspielen hat. Kein anderes Land als China versteht es besser, die Außenwelt mit Hilfe faszinierender Selbstdarstellungen zu täuschen – bis in die Gegenwart.

Ein wichtiger Verhandlungsgegenstand zwischen Mao und Stalin war ein neuer Freundschaftsvertrag. Noch 1945 hatte Stalin mit Chiang Kai-shek einen Bündnisvertrag geschlossen, in dem die chinesische Seite der Sowjetunion erhebliche territoriale Zugeständnisse gemacht hatte. Mao war darum an einem neuen Vertrag interessiert – im Gegensatz zu Stalin. Nach Darstellung der Verfasser hat Mao sofort eingelenkt und Stalin sogar „voller Enthusiasmus“ (S. 457) angeboten, es bei dem bestehenden Zustand zu belassen. Für dieses geradezu devote Entgegenkommen Maos bleiben die Autoren den Beleg schuldig. In Dieter Heinzigs minutiöser Darstellung der Gespräche zwischen Mao und Stalin findet sich kein Hinweis auf einen solchen Sinneswandel Maos.¹ Nachgiebigkeit der chinesischen Seite in einer so grundsätzlichen Frage paßt

1 Vgl. Dieter Heinzig, *Die Sowjetunion und das kommunistische China 1945-1950. Der beschwerliche Weg zum Bündnis*, Baden-Baden 1998, S. 459 f.

nicht zum Bild des macht- und prestigebewußten Mao, der China endlich von seinen „ungleichen Verträgen“ mit fremden Mächten – und der Vertrag mit Chiang Kai-shek war ein solcher – frei machen wollte. Mao brauchte den Vertrag zur Festigung seines Ansehens.

Der Korea-Krieg liefert den Verfassern einen Beweis für Maos Bereitschaft zum bewaffneten Kampf ohne Rücksicht auf das eigene Volk. Obwohl alle Mitglieder des Politbüros der KP Chinas sich gegen einen Einmarsch in Korea aussprechen, hält Mao an seiner Absicht fest, „Freiwillige“ zu entsenden. Er rechnet mit einem Verlust von 300.000 Mann. Tatsächlich starben 400.000 (S. 494). Eine überraschende Neuigkeit in der Koreafage ist die von Chang/Halliday vertretene Auffassung, Jakov Malik, der sowjetische UN-Vertreter, sei von Stalin ausdrücklich angewiesen worden, der entscheidenden Sitzung des Sicherheitsrats fernzubleiben, auf der die Entsendung von UN-Streitkräften nach Korea erörtert werden sollte. Das bedeutet, daß Stalin, der mit einem sowjetischen Veto das Eingreifen der Vereinten Nationen in Korea hätte verhindern können, den Krieg, d.h. das Engagement der USA, ausdrücklich wünschte. Allerdings geben die Verfasser für ihre Version als einzige Quelle den ehemaligen US-Außenminister Dean Rusk an. Dies ist für eine so grundlegende Neuinterpretation kein ausreichender Beleg. Jung Chang sollte vor allem russische Quellen beibringen können.

Maos unheilvolles Regiment fordert Millionen weiterer Opfer in allen Teilen der Bevölkerung, vor allem unter den Bauern, deren Schicksal ihm völlig gleichgültig ist. Ab Herbst 1953 werden in einer Beschlagnahmeaktion der Bevölkerung Nahrungsmittel abgepreßt. Die Lage wurde so katastrophal, daß hochrangige Funktionäre in Eingaben an das Gewissen zu appellieren wagten, um Mao zum Einlenken zu bewegen. Seine Antwort: „Es wäre besser, wenn ihr weniger Gewissensbisse hättet. Einige unserer Genossen haben zu viel Erbarmen und nicht genug Brutalität, und das bedeutet, daß sie keine richtigen Marxisten sind. [...] In dieser Frage haben wir tatsächlich kein Gewissen! Der Marxismus ist so brutal“ (S. 514 f.). Der „Große Sprung vorwärts“ und die Schaffung von „Volkskommunen“ 1958 stürzen das chinesische Volk in die größte Hungersnot seiner neueren Geschichte. Allein im Jahr 1960 starben 22 Millionen Menschen an Unterernährung als Folge dieses großenwahnsinnigen sozialistischen Experiments. Der vorsichtige Widerstand, der sich in der Umgebung Maos gegen diese Politik der offenkundigen Selbstzerstörung wendet, erzwingt zwar schließlich eine vorübergehende Revision maoistischer Politik, doch die Kritiker sollten dafür büßen. Mit der Kulturrevolution entfesselt Mao ab 1966 einen gnadenlosen Rachefeldzug gegen seine Kritiker des Großen Sprungs, in besonders brutaler Weise gegen Staatspräsident Liu Shaoqi. Die Schilderung seiner psychischen Zerstörung und seiner physischen Qualen gehört zu den erschütterndsten Kapiteln des Buches. Die von Mao untersagte Krebsoperation bei Zhou Enlai ist ein weiteres Beispiel kaum überbietbarer menschlicher Niedertracht. Die Beispiele für die Vernichtung alter Weggenossen durch Mao aus kleinlicher Rachsucht oder krankhaftem Mißtrauen sind zahllos. Natürlich wissen wir, daß die führenden Funktionäre der KP Chinas keine Vorbilder menschlicher Tugend-

haftigkeit waren; sie hatten ausnahmslos Blut an den Händen; aber Maos Verhalten stellte sie alle in den Schatten.

Am Ende fragt man sich, wie es möglich war, daß dieser Mann über Jahrzehnte wie ein Gott verehrt wurde. In Deutschland war es kein geringerer als Ernst Bloch, der zu diesen Schwärmern gehörte; noch 1973 – also bereits nach der mörderischen Kulturrevolution – ließ Bloch sich in seinem Tübinger Exil mit der Feststellung vernehmen, China unter Mao sei die Zukunft des Sozialismus und aller Menschheitsträume! Aber nicht nur die internationale Linke betrieb diesen Götzendienst. Anfang der 1970er Jahre gab es keinen konservativen Politiker von Rang, der nicht einen Empfang beim „Vorsitzenden Mao“ als Krönung seiner Peking-Reise betrachtete. Auch wenn jene Repräsentanten der „freien Welt“ im China Mao Zedongs kein erstrebenswertes Gesellschaftsmodell sahen, so ignorierten sie geflissentlich die katastrophale Mißachtung der Menschenrechte im Reich der Mitte. Siebzig Millionen Tote sind die Bilanz der Herrschaft Mao Zedongs. So ist der Schluß berechtigt, daß linker Totalitarismus mit seiner menschenverachtenden und den Weltfrieden gefährdenden Praxis dem rechten Totalitarismus in keiner Weise nachsteht. Die Unterschiede sind formaler, nicht substantieller Natur. Selbst wenn man mit der Bewertung der internationalen Wirkung Mao Zedongs durch die Verfasser nicht immer übereinstimmt, gebührt ihnen das Verdienst, das bislang detailreichste und treffendste Charakterbild dieses chinesischen Führers gezeichnet zu haben. Eine bewundernswerte Leistung!

Aufstand der Unfähigen

Von Wolfgang Rudzio

Lars Flemming, Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden 2005 (*Nomos Verlagsgesellschaft*), 267 S.

Das Buch von Lars Flemming, eine politikwissenschaftliche Dissertation an der TU Chemnitz aus dem Jahr 2004, behandelt jenes Verbotsverfahren, das nach fremdenfeindlichen bzw. antisemitischen Vorgängen im Jahr 2000 mit Verbotsanträgen gegen die NPD begann, dann aber 2003 vom Bundesverfassungsgericht abgebrochen wurde, bevor es sein entscheidendes Stadium erreicht hatte. Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat, die drei Antragsteller für ein Verbot, scheiterten, die NPD überlebte als legale Partei. Flemmings Untersuchung geht es nicht etwa darum, nun die Verfassungsfeindlichkeit der NPD zu untersuchen oder die prinzipielle Legitimität von Parteienverboten zu prüfen. Vielmehr steht im Mittelpunkt die Leitfrage: „Waren die Verbotsanträge gegen die NPD politisch zweckmäßig?“ (S. 11).

Unter diesem eingrenzenden Gesichtspunkt referiert die Arbeit zunächst die ältere Verbotspraxis und -diskussion mit dem Ergebnis, daß seit den sechziger Jahren das Opportunitätsprinzip dominiert habe. Dem folgt eine lesenswerte Skizze der Geschichte der NPD, mit ihren vorübergehenden Wahlerfolgen in den sechziger Jahren, vor allem aber auch mit ihren Jahrzehnten des Mißerfolgs und der Bedeutungslosigkeit. Ideologisch erlebte die Partei einige Akzentverschiebungen, die Flemming mit den verschiedenen Parteivorsitzenden verbindet, so unter dem gegenwärtigen Vorsitzenden Udo Voigt auf einen „nationalen Sozialismus“ (S. 67). Ob nicht der Zusammenhang mit jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen und Wählertendenzen mehr Erklärungswert enthält, ließe sich hier fragen – wichtig für die Arbeit ist das nicht.

Dann aber, in der Darstellung der Verbotsdiskussion, der Verbotsanträge und deren Scheiterns, entfaltet die Leitfrage ihre kritische Brisanz. Deutlich wird, daß eine Reihe von Anschlägen, teils mit erwiesenem, teils vermutetem fremdenfeindlichen Hintergrund, Schlagzeilen machte, während der Rechtsextremismus (mit Ausnahme der gewaltbereiten Skinheadszone in den neuen Bundesländern) dem Verfassungsschutz und dem Bundesinnenminister nicht bedrohlich erschien. Zwei der „medialen Spitzenereignisse“, der Synagogenanschlag in Düsseldorf und der Tod eines Jungen in Sebnitz, entspukten sich ohne Zusammenhang mit deutschem Rechtsextremismus. Ungeachtet dessen, so Flemming, entwickelte die öffentliche Debatte eine „Eigendynamik“ (S. 102), die dem Ruf zunächst einzelner Politiker nach einem Verbot der NPD bald Unwiderstehlichkeit verlieh. In dieser Atmosphäre wechselten auch Politiker, die zuvor ein Verbot nicht für sinnvoll gehalten hatten, ihre Position – man suchte einander im „Wettbewerb um die rigorosesten Maßnahmen gegen ‚rechts‘“ zu übertrumpfen (S. 242). Nur

wenige stemmten sich gegen den Strom, der rasch zu den drei Verbotsanträgen führte: „Hektik, Aktionismus und Symbolik prägten die gesamte Verbotsdiskussion“ (S. 141), resümiert Flemming überzeugend.

Entsprechend wiesen die Verbotsanträge, obwohl die Beweislast gegen die NPD „erdrückend“ war, einige Mängel auf. Bei der Zitierung von Äußerungen war versäumt worden, deren Repräsentativität für die NPD nachzuweisen, und wie selbstverständlich stützte man sich in beachtlichem Umfang auch auf „heikle Beweismittel“ (S. 173) in Gestalt nachrichtendienstlicher Informationen. Als dann häppchenweise ruchbar wurde, daß Zuträger des Verfassungsschutzes sogar Positionen innerhalb der Bundes- und Landesvorstände der NPD innehatten, in beachtlichem Umfang auch deren Äußerungen zur Begründung der Verbotsanträge zitiert waren und das Bundesverfassungsgericht vergeblich eine abschließende Liste der hochrangigen Zuträger forderte, kam es zum Desaster. Drei der sieben Mitglieder des zuständigen Senats des Verfassungsgerichts sahen in diesen Quellenverwischungen ein entscheidendes Verfahrenshindernis, und so stellte das Gericht am 18. März 2003 das Verfahren ein.

Flemming stellt all dieses in klarer, stets konkreter und auf den Punkt kommender Weise dar. Resümees, die jeweils die einzelnen Kapitel abschließen, formulieren seine Ergebnisse übersichtlich. Auf der Grundlage von Prozeßakten, der einschlägigen Literatur, führenden Presseorganen sowie NPD-Äußerungen in Literatur, Internet und dem NPD-Blatt „Deutsche Stimme“ liefert er eine gut fundierte Darstellung.

Seine Ergebnisse bestehen zum einen in der Feststellung, daß die Verbotsanträge gegen die NPD „politisch nicht zweckmäßig“ gewesen seien. Es wäre unverhältnismäßig gewesen, eine einflußlose, isolierte Kleinstpartei wie die NPD mit einem Parteiverbot auszuschalten, zumal ihr keine Verwicklung mit den die Verbotsdiskussion auslösenden fremdenfeindlichen Gewalttaten nachgewiesen wurde; ihr Verbot konnte auch nicht zu deren Beendigung beitragen. Demgegenüber hätte eine Illegalisierung der Partei zu weiterer Radikalisierung ihrer Anhänger, Provozierung von Gewalt und einem scheinbaren Persilschein für andere rechtsextreme Parteien beitragen können. Ein in der Sicht des Renzensenten wichtigerer Nachteil wird zwar auch von Flemming gesehen, hätte aber stärker herausgestellt werden können: Daß ein Verbot die Ebene der argumentativen Auseinandersetzung mit dem Extremismus verlassen hätte, wie sie der Demokratie eigentlich angemessen ist. Ihr freiheitlicher Charme wäre reduziert worden, ein Verbot hätte daher sehr gewichtige Gründe für sich ins Feld führen müssen.

Zum anderen sieht der Autor die streitbare Demokratie als „Verlierer“ der Verbotskampagne. Er weist auf den (verletzten) ultima ratio-Charakter des Parteiverbots in ihrem Rahmen hin, scheint aber ihre Schädigung primär als Folge des Scheiterns, der „Stümperei der Verfassungsschützer“ und Politiker, zu sehen (S. 244 f.). Wie man auch immer gewichtet – die Schädigung ist unbestreitbar. Die Lehren, die Flemming für den Demokratieschutz ableitet, erscheinen dann einsichtig und konsequent: 1. Verbote von isolierten Kleinstparteien verböten sich aus Gründen der Zweckmäßigkeit, gegen eine vom Staat bis in die Führungsebene stark unterwanderte Partei aus Gründen der Rechtmäßigkeit; 2. der Verfassungsschutz müsse hinsichtlich Aufgabenstellungen und Orga-

nisation reformiert werden; 3. die Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen sei mehr auf die politische Ebene zu verlagern. Der Autor hält aber umstandslos am Prinzip der streitbaren Demokratie fest. Das ist angesichts der von ihm dargestellten Vorgänge, der Neigung zu forschem administrativ-juristischen Vorgehen und zur Einäugigkeit gegen „rechts“, nicht ganz selbstverständlich. Nimmt man noch hinzu, daß der Volksverhetzungssparagraph den Demokratieschutz gegenüber dem Wert der Meinungsfreiheit heute recht stark betont, könnte man schon ins Zweifeln kommen und vielleicht auch andere, etwa angelsächsische Formen des Umgangs mit Extremismen diskutieren.

Als drittes Ergebnis der Untersuchung bleibt ein gewisses Versagen der Politik. Sie hat mit den Verbotsanträgen nicht nur die falsche Entscheidung getroffen, sondern auch keine sachliche Abwägung von Vor- und Nachteilen eines Verbots vorgenommen. Für ihre Hektik macht Flemming zu Recht die verzerrende Medienberichterstattung mitverantwortlich, welche die Verbotsdiskussion „angeheizt“ habe, obwohl die untersuchten Presseorgane einem Parteiverbot eher skeptisch gegenüberstanden. Das erinnert an Demagogen der Athener Agora-Demokratie, die hier ihre Entsprechung in der modernen Mediendemokratie zu finden scheint. Immerhin, so läßt sich festhalten, hat das politische System als Ganzes nicht versagt, da infolge der sperrigen Haltung der drei Richter das Verbotsverfahren nicht in weitere Kalamitäten führte und sich das Nichtverbot als bessere Entscheidung doch durchsetzte.

Alles in allem liefert Lars Flemming nicht nur eine interessante und irritierende Fallgeschichte zur Praxis des deutschen Demokratieschutzes, sondern auch zur politischen Kultur der Bundesrepublik. Wenn er darauf hinweist, daß 2003, als das Verbotsverfahren eingestellt wurde, das öffentliche Interesse längst woanders, nämlich auf den Irak, konzentriert gewesen sei, spricht dies für den Sinn seines Buches, einen solchen wichtigen Vorgang zusammenhängend darzustellen und dem schnellen Vergessen zu entreißen. Nur so kann aus ihm gelernt werden. Der Fundiertheit, zugleich Frische und Klarheit seiner Ausführungen ist nichts hinzuzufügen – außer einzelnen Ergänzungen eher grundsätzlicher Art.

The World is Flat

Von Brigitte Seebacher

Thomas L. Friedman, *The World is Flat. A Brief History of the Twenty-First Century*, New York 2005 (*Farrar, Straus and Giroux*), 488 S.

Amerika, Du hast es besser. Dort gibt es Journalisten, die einem sogar die Welt erklären können. Einer von ihnen ist Thomas Friedman, Kenner des Nahen Ostens, New York Times-Kolumnist, Träger des Pulitzer-Preises und des National Book Award. Sein Buch „The World is Flat“ handelt von der Welt, in der wir leben. Geschrieben ist es in einer seltenen Mischung aus analytischer Kraft und darstellerischem Schwung. Die Begeisterung an Thema und These teilt sich dem Leser mit, gerade wegen des Ernstes, mit dem auch die Einwände aufgenommen werden. Das Buch hat die amerikanische Bestsellerliste lange angeführt.

Thomas Friedman teilt die Globalisierung in drei Epochen ein. Die erste reicht von 1492 und dem Beginn des Handels zwischen Alter und Neuer Welt bis 1800; sie wird geprägt von Muskel- und Pferdekraft und – Staaten. Die zweite Epoche endet 2000; ihre Kennzeichen sind die stürmische Entwicklung der Hardware, von der Eisenbahn bis zu Computern, sinkende Kosten erst für Transport, dann für Telekommunikation und – Firmen. Den Höhe- und Schlußpunkt dieser Ära, das Jahrzehnt nach dem Mauerfall, hat Friedman bereits 1999 gewürdigt und auf eine Formel gebracht: „The Lexus and the Olive Tree“.¹ Mit dem Lexus, einer Toyota-Marke, beschreibt er die Kräfte der globalen Integration und mit dem Olivenbaum die der lokalen Identität. Nach dem 11. September erkennt er in der arabischen Welt den Nährboden, den Faschismus und Bolschewismus einst in Europa genutzt haben. Doch darüber geraten die Triebkräfte jener anderen Welt nicht ins Stocken. 2004 besucht Friedman Bangalore und lernt, daß die Globalisierung marschiert. Kolumbus glaubte sich in Indien, als er Amerika entdeckte. Friedman hält sich in Indien auf, fühlt sich aber wie unter lauter Amerikanern. Kolumbus berichtete seinem König und seiner Königin: Die Welt ist rund. Friedman offenbart sich seiner Frau: „I think the world is flat“ (S. 5). Er macht zehn Faktoren aus, die die Welt flach machen, zehn „Flatteners“.

Der 9. November 1989 hat dem Kalten Krieg ein Ende gesetzt und zugleich die der Informationstechnologie innewohnenden Kräfte freigesetzt. Der Weg in die neue, die dritte Epoche der Globalisierung ist geebnet. Die Software tritt ihren Siegeszug an und mit ihr das Individuum. Der 9. November ist der erste der zehn „Flatteners“. Nur sechs

1 Vgl. Thomas L. Friedman, *The Lexus and the Olive Tree. Understanding Globalization*, Newly Updated and Expanded Edition, New York 2000.

Monate später kommt Windows 3.0 auf den Markt. Es öffnen sich die Fenster zur Welt. Denn mit der einen Mauer in Berlin sind viele Mauern gefallen. Hinter ihnen kommen Polen, Inder und Chinesen zum Vorschein und betreten, hungrig wie sie sind, den neuen globalen Markt. Unsere Kinder sollen ihre Teller leer essen, weil in Indien Kinder hungern? Sie sollen ihre Hausaufgaben machen, weil in Indien Kinder hinter unseren Jobs her sind!

Friedman benutzt das Bild der Mauern, auch: Schutzmauern, um das untergegangene System des Kalten Krieges zu illustrieren und deutlich zu machen, wie fundamental sich das System heutiger Globalisierung davon abhebt. Warum aus der runden die flache Welt geworden ist? Überall brechen Hierarchien auf, und aus vertikalen werden horizontale Strukturen, die Zusammenarbeit möglich machen. Immer schon hat die Geschichte technologische Umbrüche gekannt, nicht nur die von Gutenberg. Aber nie zuvor haben sie sich mit einer solchen Geschwindigkeit und unter solchen Risiken vollzogen wie heute. Unternehmen oder auch Staaten, die sich nicht rasch genug anpassen wollen oder können, werden an den Rand gedrängt; dabei büßen sie massiv Wohlstand ein. Mit dem Hinweis auf die neuen Technologien, deren Vorläufer in den achtziger Jahren die Fundamente der Mauern untergraben haben, erinnert Friedman an die unerledigte Aufgabe, die Geschichte hinter der Geschichte des 9. November zu schreiben.

Browser-Technologie, Internet und Daten-Autobahnen stellen den zweiten Flachmacher dar. Digitalisierte Arbeit, dienstleistend und wissensbasiert, wird in Niedriglohnländer verlegt. Jeder kann mit jedem zusammenwirken. Plötzlich liegt Bangalore vor den Toren von Boston oder eben auch von Berlin. Daraus entwickelt sich, und das ist der dritte Einebner, die Interaktion von verschiedenen Software-Programmen. Sie bedeuten für die Dienstleistungsindustrie, was Henry Ford für das Produzierende Gewerbe bedeutet hat. Virtuelle globale Büros entstehen und durchlöchern nicht nur die Grenzen des eigenen Unternehmens, sondern auch des eigenen Landes. Es wird nicht bloß global kommuniziert, Dienstleistungen werden global erarbeitet und gehandelt, immer öfter, immer schneller, immer enger. Die Faktoren, die die Welt weiter zusammenwachsen lassen, sind viertens das Open-Sourcing, jener grenzenlose, auch hierarchiefreie und kostensenkende Zugang zu Hilfsmitteln aller Art, und fünftens das Out-Sourcing, mit dem einzelne Arbeitsabläufe unter Ausnutzung der Zeitdifferenz verlagert werden. Im Off-Shoring, der Verlagerung ganzer Fabriken, gipfelt sechstens der Wettlauf um die günstigsten Bedingungen. China ist – seiner Größe halber – fast ein eigener Flachmacher: „Either you get flat or you’ll be flattened by China“ (S. 125).

Das Supply-Chaining ist siebte eine Methode der großen Supermarkt-Ketten, zwischen Lieferanten, Händlern und Kunden eine horizontale Form des Zusammenwirkens zu schaffen. Mit dem In-Sourcing wird achtens das Verkäufer-Kunden-Verhältnis aufgebrochen; ein Unternehmen läßt durch einen Dritten Reparatur und Wartung der eigenen Produkte erledigen. Der ultimative Gleichmacher ist neuntens das In-Forming, auch bekannt als Google, Yahoo!, MSN Websearch. Suchmaschinen machen die Welt durchsichtig und zugänglich – für jeden an jedem Ort: „Google is like God. God is wireless, God is everywhere, and God sees everything. Any questions in the world, you

ask Google“ (S. 159). Das Sahnehäubchen auf dem Kuchen ist zehntens die Drahtlosigkeit. Jeder wird all das mit sich führen, was digitalisiert, virtualisiert, personalisiert ist, und an jedem beliebigen Ort damit umgehen und arbeiten können.

Rund um das Jahr 2000 überlagern sich die zehn Faktoren. Ein „global playing field“ entsteht, ein globaler Marktplatz. Mit neuen Regeln, Gewohnheiten, Fertigkeiten, Werkzeugen und eben auch neuen Teilnehmern. Ökonomische und soziale Stabilität, die in Westeuropa hochgehalten wird, ist gerade kein Kennzeichen dieses nie zuvor bekannten Wettbewerbs. Die neuen Technologien haben ihren Ursprung in Amerika – mit samt Firmen und Arbeitsplätzen. Friedman räumt mit einem groben Mißverständnis auf: „The Indians and Chinese are not racing us to the bottom. They are racing us to the top – and that is a good thing!“ (S. 233). Muß man sich diesem Wettbewerb und seiner „creative destruction“ stellen? Nein, man muß nicht. Gesellschaften, die alte Mauern neu hochziehen, zahlen einen hohen Preis. Friedman zitiert den früheren mexikanischen Präsidenten Zedillo, der unter Schmerzen sein Land in die NAFTA geführt hat: Handel bringt Wohlstand mit sich, Generationen, die sich ausklinken, „will end up in crumbs“ (S. 296). Ihnen bleiben die Krümel des Kuchens, den andere unter sich aufteilen.

Thomas Friedman ist kein Träumer und kein Ideologe. Er nennt sich, was die neuen Technologien angeht, einen Deterministen. Der aber will er im Hinblick auf die Geschichte gerade nicht sein. Die Technologien haben die Welt umgestürzt und zu dem gemacht, was sie ist – flat. „But in the end, technology alone cannot keep us safe“ (S. 447). Hitler, Stalin, Pol Pot, sie alle brauchten einen Staat, um die Welt ins Verderben zu stürzen. Heute genügen ein paar Individuen. Ein Fluch? Die Flat World ist nicht die ganze Welt, ihre Wirkungsmacht aber „the single most important trend in the world today“ (S. 375). Dieser Trend überrollt Hunderte von Millionen Menschen oder erfaßt sie gar nicht erst. Einige von ihnen entlehnen der Flat World die Mittel, um sie damit zu zerstören. Es ist die „suicide“ oder „Bin Laden supply chain“ (S. 431, 445).

Friedman erwähnt in seinem beispielgesättigten Buch einen arabischen Freund, der ihm beschämt zuflüstert, sein zwölfjähriger Sohn hänge Bilder von Bin Laden auf. Die muslimischen Länder und die „Islamso-Leninisten“ werden ausgeleuchtet: „Humiliation is the key“ (S. 400). Man ist so fromm und doch so arm, so hoffnungslos rückständig gegenüber dem Westen! Ein Schicksal, das den muslimischen Ländern vorbestimmt ist? Nein, nichts ist vorbestimmt. Über die Wirkung der Technologien entscheidet das kulturelle Umfeld. Und darauf läßt sich einwirken. Im zweitgrößten muslimischen Land der Welt, Indien, können auch 150 Millionen Glaubensbrüder Nutzen aus der Globalisierung ziehen, dank einer Kultur der Toleranz. Leichten Spott gießt Friedman über jene Globalisierungsgegner, die meinen, die Armen dieser Welt müßten den Reichen ihr Geld nehmen. Tatsächlich wollen die Armen selbst eine Perspektive haben, das Gefühl, daß Aufstieg möglich sei. Diese Hoffnung gilt es zu nähren und zu erfüllen, mit den Möglichkeiten eines „compassionate capitalism“. In seinem Buch „The Lexus and the Olive Tree“ hat Friedman die berühmte Formel geprägt, daß Leute, die McDonalds im Land haben und sich den Burger leisten können, keinen Krieg mehr führen wollen. Er kommt darauf zurück: McDonalds steht für steigenden Lebensstandard und ökonomische Stabilität.

mische Verflechtung. „Hope“ und „Imagination“ sind die Schlüsselworte. Sind sie nicht immer der Inbegriff Amerikas gewesen?

Am Ende dieses grandiosen Buches, das nur ein Amerikaner hat schreiben können, werden der 9. November 1989 und der 11. September 2001 gegenübergestellt. 11/9 und 9/11. Schöpferische gegen zerstörerische Phantasie. Friedman hält Präsident Bush vor, aus dem 9/11 einen neuen – negativen – Gründungsmythos gemacht zu haben. Unter seiner Führung habe Amerika die feine Grenze zwischen Vorsicht und Verfolgungswahn verwischt und in der Welt Furcht verbreitet. Der 11. September wird nie ein Tag wie jeder andere sein. Aber doch auch nie der Tag, von dem Amerika sich leiten lassen dürfte. „We’re about the Fourth of July. We’re about 11/9“ (S. 452). Bezugspunkt bleibt jener Unabhängigkeitstag, von dem die Menschenrechte ausgegangen sind, und bleibt jener Mauerfall, der die Flat World ermöglicht hat.

Der dritte Weg der DDR-Opposition

Von Ralf Altenhof

Christof Geisel, Auf der Suche nach einem dritten Weg. Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition in den 80er Jahren, Berlin 2005 (*Ch. Links Verlag*), 330 S.

„Was Gruppen wie *Neues Forum*, *Demokratie jetzt*, *Demokratischer Aufbruch*, *Initiative Frieden und Menschenrechte* und *Vereinigte Linke* im so gern gepriesenen, bezüglich seines konkreten Verlaufs aber ziemlich in Vergessenheit geratenen ‚Revolutionsherbst‘ ursprünglich angestrebt hatten, läßt sich mit dessen geschichtlichen Resultaten kaum vereinbaren. [...] Möglicherweise liegt hier ein Grund dafür, warum in der längst unüberschaubar gewordenen Flut von Veröffentlichungen über DDR-Opposition und ‚Wende‘ [...] nur wenig Hinweise auf die Wert- und Zielvorstellungen, die Absichten, Konzepte und Utopien zu finden sind, welche die Dissidenten im Lauf der achtziger Jahre bewegt hatten und so den finalen Herbst der DDR zwar nicht gestalteten, immerhin aber doch maßgeblich mit herbeiführten“ (S. 42). So lautet der Ausgangspunkt von Christof Geisels Untersuchung, die das Selbstverständnis der Opposition in der DDR unter die Lupe nimmt.

Geisel verortet das politische Denken der DDR-Opposition in der Tradition eines „dritten Weges“, gleichsam als Synthese beider Systeme in Ost und West – im Gegensatz zur dezidiert prowestlichen Haltung polnischer, tschechischer oder ungarischer Oppositioneller. „Die Zielvorstellung einer ‚gesamtgesellschaftlichen Selbstverwaltung‘ – ‚vorbei an der Scylla der privatkapitalistischen Anarchie und der Charybdis der politbürokratischen Despotie‘ [...] –, welche die ‚Arbeitsgruppe Weltwirtschaft‘ 1988 skizzierte, dürfte die oppositionelle Stimmung der Vorwendezeit ziemlich präzise getroffen haben“ (S. 121). Dabei kam vieles über vage Willensbekundungen nicht hinaus. Konzeptionelle Überlegungen, etwa zum Institutionengefüge, unterblieben. Auch die deutsche Frage spielte für die Opposition keine große Rolle. Geisel führt dies nicht auf eine deutschlandpolitische Ignoranz der Opposition zurück, sondern auf deren Skepsis gegenüber dem westlichen Nachbarland. Wenig euphorisch fiel daher die Reaktion – z.B. des Neuen Forums – auf die Öffnung der Mauer aus. Und frostig war schon zuvor das Verhältnis der Oppositionellen zu den „Ausreisern“, welche die Bundesrepublik ganz anders wahrnahmen und deshalb als „Schlaraffenlandbewegung“ bzw. „Ausreißer“ titulierte wurden. Das Grenzregime der DDR, die Mauer, konstatiert Geisel, lag nicht im Zentrum des oppositionellen Interesses und schlug sich folglich im oppositionellen Schrifttum kaum nieder.

Der Autor argumentiert, die Opposition habe den Sozialismus reformieren wollen, deshalb habe sie auch weder die Wiedervereinigung noch die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion befürwortet, weder für die Marktwirtschaft noch für die parlamentarische Demokratie Partei ergriffen. Zu groß seien die Aversionen gegen das politische

System der Bundesrepublik gewesen, mit einer Ausnahme. Die große Mehrheit der Oppositionellen habe der grün-alternativen Bewegung positiv gegenübergestanden. Es erscheine „kaum übertrieben, die späte DDR-Opposition als eine Art Außenstelle der West-Grünen zu besehen“ (S. 177). Man vertrat die Vision von einer gerechteren Welt, plädierte für einen echten, verbesserten, demokratischen Sozialismus in der DDR als antikapitalistische Alternative zur „BRD“. Der Verfasser verweist auf „die Kluft, welche die alternativ-subkulturellen Milieus von der Normalbevölkerung trennte“ (S. 176). Während man dort Konsumverzicht predigte, wollte man hier angesichts der realsozialistischen Mängelversorgung zunächst einmal Konsumerfahrungen sammeln. „Offensichtlich war, um den berühmten Gründungsauftrag des *Neuen Forums* zu variieren, nicht nur die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft, sondern auch die zwischen Opposition und Volk gestört“ (S. 179 f.).

Daß sich Geisel mit seiner über weite Strecken treffenden Analyse keine Freunde macht, liegt nicht zuletzt an Äußerungen wie der folgenden: „In der offiziellen Rückschau wird der Umstand, daß sie [die DDR-Opposition] bis 1989/90 nichts weniger als eine Übernahme des bundesdeutschen Systems angestrebt, sie dieses mitunter sogar heftiger kritisiert hatte als das realsozialistische, meist ebenso übergangen wie die kühle Herablassung, mit der Bonner ‚Vernunftethiker‘ die Aktivitäten der ‚Ökopaxe‘ zu quittieren pflegten. Wobei das Beschweigen der jeweiligen Irrtümer und Versäumnisse im beiderseitigen Interesse liegt“ (S. 217).

So sehr Geisel dafür zu loben ist, daß er die sozialistische Ausrichtung vieler Oppositioneller beim Namen nennt, so sehr ist Kritik angebracht beim Versuch, seine These zu überdehnen. Die Bedeutung der Staatssicherheit für die Opposition werde weithin überschätzt, konstatiert er. Zwar begegnete manche Oppositionsgruppe in der Tat „ihren“ Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) mehr und mehr mit einer gewissen Ironie. Aber das geschah erstens doch nur gegenüber jenen Mitarbeitern der Staatssicherheit, die als solche schon auf den ersten Blick deutlich erkennbar waren (einheitlicher Lodenmantel und stets pünktliches Erscheinen). Zweitens erfolgte es, bevor das ganze Ausmaß der Bespitzelung offenkundig wurde. Einige Oppositionsgruppen waren geradezu durchsetzt mit IM, und zwar solchen, von denen man das in der Regel nicht erwartet hatte. Geisel verkennt völlig die Bedeutung der Bürgerbewegung für die Auflösung der Staatssicherheit – bei allen Fehlern, die dabei im einzelnen begangen wurden.

„Für die Oppositionsgruppen“, heißt es geradezu verschwörungstheoretisch, „lag es nahe, sich angesichts sinkender Popularität und nachlassenden Medieninteresses neu zu profilieren, indem sie die eskalierende Empörung gegen ‚Stasi und Nasi‘ aufgriffen“ (S. 104). Der Satz dürfte vielen – zu Recht – die Zornesröte ins Gesicht treiben. Als sei die Staatssicherheit nicht aus leidvoller Erfahrung, sondern aus Mangel an (öffentlichkeitswirksamen) Alternativen auf die Tagesordnung gekommen. Belege für diese abstruse These sucht der Leser vergebens. Man muß das MfS keineswegs „als Verkörperung und Minenhund des Honeckerschen Dogmatismus [...] betrachten“ (S. 106), aber ein Hort der Reformer, wie Geisel impliziert, dürfte es ebensowenig gewesen sein. Die häufig – so auch hier – kolportierte Ansicht, mit Stasi-Offizieren habe man noch reden können,

verkennt eben die Tatsache, daß es sich um in Psychologie und Gesprächsführung ausgebildete Geheimdienstmitarbeiter handelte, die nichts dem Zufall überließen. Deren „verständnisvolle“ Äußerungen zum Nennwert zu nehmen, statt als Ausfluß einer erfolgversprechenden Strategie, mutet reichlich naiv an. So erscheint die Charakterisierung der Staatssicherheit als „Schutz und Schild der Partei“ (S. 102) – richtig müßte es heißen: „Schild und Schwert [!] der Partei“ – geradezu symptomatisch.

Geisel zufolge überschätzten viele die Bereitschaft der DDR, „etwaigen Widerstand massiv zu unterdrücken“ (S. 33). Das läßt sich im Rückblick aus dem Jahr 2005 leicht sagen. In den achtziger Jahren, als die SED-Diktatur noch existierte, sah es womöglich anders aus. Indirekt bestätigt der Autor das sogar, weil die Loyalitätsbeteuerungen der Opposition zur DDR „aus heutiger Sicht [!] peinlich wirken“ (S. 110). Im übrigen widerspricht Geisels Einschätzung, man hätte mehr riskieren können, da die DDR zuletzt eher einer „chaotischen Bananenrepublik als einem totalitären Staat“ (S. 22) ähnelte, seiner Betonung des Mutes der DDR-Opposition. Wenn den Oppositionellen von der Staatsmacht ohnehin kaum Gefahr drohte, weshalb sollte deren Mut dann überhaupt hervorgehoben werden? Insofern ist die „staatspolitische Vereinnahmung der DDR-Dissidenz“ (S. 60), ihr „Eingang in das freiheitlich-demokratische Pantheon der Bundesrepublik Deutschland“ (S. 43) zur Würdigung des Endes der SED-Diktatur (!) – trotz reformsozialistischer Ambitionen – durchaus konsequent. Es bedürfte freilich einer Anerkennung der vielen namenlosen „Ausreiser“ und „Rufer“ nach der deutschen Einheit, um deren Anteil an der Wiedervereinigung zu würdigen. Geisel gesteht indes jenen lediglich ein „individuelle[s] Bestreben“ zu, „außerhalb der DDR ein besseres Leben zu finden“ (S. 17), und verunglimpft diese (wohl nicht zufällig) als „nationaldemokratisch“ (S. 75, 79), um sie in die Nähe von Rechtsextremisten zu rücken.

Auch Geisels Verweis auf Gemeinsamkeiten zwischen Positionen der DDR-Opposition und der SED-Nachfolgepartei ist – selbst wenn er dies als „Ideenklau“ (S. 121) bezeichnet – mit einem Fragezeichen zu versehen. Der Autor vertritt die Überzeugung, wonach „die PDS schon während der ersten Hälfte der neunziger Jahre die einzige Partei im neuvereinten Deutschland war, in deren (wie auch immer motivierter) Programmatik die Wünsche und Utopien der einstigen DDR-Opposition noch einen Niederschlag fanden“ (S. 121). Inhaltliche Verbindungen bestanden jedoch allenfalls in einem auf beiden Seiten vertretenen diffusen Sozialismusbegriff, für den man ebenso Verfechter bei den westdeutschen Grünen oder beim linken Flügel der SPD hätte finden können. Die Differenzen zwischen der PDS und der DDR-Opposition waren größer, als es Geisel wahrhaben möchte – man denke beispielsweise an die divergierenden Einschätzungen zur Aufarbeitung der Vergangenheit, zur Charakterisierung der DDR als Unrechtsstaat oder zur Gewaltfrage –, abgesehen davon, daß zeitverschiedene Vergleiche – jedenfalls wenn eine Epochenzäsur dazwischenliegt – wenig aussagekräftig sein mögen.

Ist dem Verfasser einerseits das Bemühen, seinem Forschungsgegenstand gerecht zu werden, schwerlich abzusprechen, kann ihm andererseits der Vorwurf nicht erspart bleiben, sein Ergebnis in gewisser Weise präjudiziert zu haben. Bei den Gesprächspartnern

Der dritte Weg der DDR-Opposition

springt eine Konzentration auf Oppositionelle ins Auge, die dezidiert linke Positionen vertreten: von Frank Ebert über Wolfgang Rüdtenklau bis zu Klaus Wolfram. Geisel kann zwar für seine schriftliche Befragung – er hatte 350 Akteure angeschrieben, von denen 142 antworteten – eine Rücklaufquote von 40,57 Prozent¹ in Anspruch nehmen, an *wen* aber der Fragebogen verschickt wurde und *wer* antwortete, bleibt ungewiß. Eine Liste der befragten Personen wäre allein aus Gründen der Transparenz angezeigt gewesen, ohne Aufschluß darüber geben zu müssen, wer welche Frage wie beantwortet hat. *Last but not least* spricht der Autor u.a. den „Ausreisern“ jegliche Zugehörigkeit zur Opposition ab, wiewohl sie entscheidend zur Implosion des SED-Regimes beigetragen haben. So entsteht statt einer konturenreichen Zeichnung bisweilen ein Schwarz-Weiß-Bild.

1 In der Tat wurden schon Fragebögen mit geringeren Rücklaufquoten ausgewertet, ob allerdings die Angaben als „halbwegs repräsentativ“ (S. 8) zu bezeichnen sind, dürfte methodisch fraglich sein.

Abschied von den Meistererzählungen

Von Ilko-Sascha Kowalczuk

Konrad H. Jarausch/Michael Geyer, Zerbrochener Spiegel. Deutsche Geschichten im 20. Jahrhundert, München 2005 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 493 S.

Das 20. Jahrhundert, von Eric Hobsbawm 1994 als „Zeitalter der Extreme“ charakterisiert, vermittelte Erfahrungen, die in den Jahrhunderten zuvor keineswegs selbstverständlich waren. Zeitzeugen konnten glauben, zeitlich genau einzuordnende Epochenumbrüche, Systembrüche mit direkten Folgen für die eigene Kultur erlebt und erfahren zu haben. Die beiden Weltkriege, Diktaturen und deren Überwindung mit all ihren Begleiterscheinungen zählen dazu ebenso wie etwa die antikolonialen Unabhängigkeitsbewegungen. Immer nahmen relativ schnell und relativ viele Menschen als aktiv oder passiv Betroffene an, Zeugen und Objekte einer Epochenwende gewesen zu sein. Diese Wahrnehmung hing nicht nur mit rasant veränderten Gesellschaftsstrukturen und tiefgreifenden kulturellen Wandlungen jenseits politikhistorischer Zäsuren zusammen, sondern auch mit unmittelbar erfahrbaren Interdependenzen, die die Lokalität des eigenen begrenzten sozialen Raumes ganz selbstverständlich in übergeordneten Räumen aufgehen ließen. Die modernen Massenmedien spielen dabei eine zentrale Rolle, allein verantwortlich dafür sind sie aber nicht.

Deutschland, das mit seiner Kolonialgeschichte (der häufige Hinweis auf den „late comer“-Status ist ebenso irreführend wie die zeitliche Kürze als Kolonialmacht), der nationalsozialistischen Diktatur und der schließlich oktroyierten kommunistischen Herrschaft in einem Teilgebiet als historisches Sinnbild des „Zeitalters der Extreme“ steht, stand im 20. Jahrhundert mehrfach im Zentrum vermeintlicher Epochenumbrüche, die sich mit den Jahren 1914/18, 1933, 1945 und 1989/90 verbinden. Kulturwissenschaftler haben anders als die meisten Historiker schon länger bezweifelt, daß politikgeschichtliche Zäsuren tatsächlich geeignet wären, gesellschaftliche Entwicklungen zu erfassen. Die beiden Historiker Konrad H. Jarausch und Michael Geyer setzen sich denn auch in ihrem Buch „Zerbrochener Spiegel“ mit der Frage nach Zäsuren auseinander und kommen zu dem Ergebnis, daß nicht Ereignisse Zäsuren setzen, sondern die Perspektive des Betrachters, des Fragenden letztlich Zäsuren setzt. Diese fallen dann meist, je nach wissenschaftlicher Fragestellung oder Erinnerung des Zeitzeugen, höchst unterschiedlich aus, sie fallen zumeist sogar auseinander, stehen konträr zu anderen Zäsurannahmen, ohne daß die eine oder andere ihre einer spezifischen Perspektive verpflichtete Plausibilität verlieren würde.

Dieser Befund ist weder neu noch überraschend. Auch wenn Jarausch und Geyer erst ganz am Ende ihres Buches auf die Frage von Zäsuren ausführlich eingehen, so verfolgen sie doch das erkenntnistheoretische Ziel, die neben- und teilweise gegenein-

ander stehenden Zäsurannahmen in ihrer Erklärungskraft ernst zu nehmen. Anders als etwa Heinrich August Winkler („Der lange Weg nach Westen“), Hans-Ulrich Wehler („Deutsche Gesellschaftsgeschichte“), Peter Graf Kielmansegg („Nach der Katastrophe“) oder Edgar Wolfrum („Die geglückte Demokratie“), die in jeweils beeindruckenden Synthesen in den letzten Jahren versuchten, den deutschen Weg in Staat und Gesellschaft mit den Fixpunkten NS-Diktatur, Bonner Republik und Wiedervereinigung nachzuzeichnen und zu analysieren, verzichteten Jarausch und Geyer auf das Bestreben, eine neue, womöglich noch nationale Meistererzählung vorzulegen. Sie tragen komplexen historischen Gesellschaften insofern Rechnung, als sie sich von der Möglichkeit verabschieden, das historische Gewordensein mit einem Paradigma und einer kausalen Sinnhaftigkeit erklären zu wollen. Dieser theoretische Ansatz ist innovativ und fruchtbar und wird in künftigen Syntheseversuchen Spuren hinterlassen müssen. Das Interessante an Jarauschs und Geyers Buch ist nicht zuletzt der Versuch, die seit Jahren andauernden theoretischen und methodischen Debatten um die Synthesemöglichkeiten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert nicht nur fortzuführen, sondern auch mit empirischen, gleichwohl exemplarischen Studien anzureichern.

Das Buch gliedert sich – nebst einer längeren Einführung – in drei Teile. Im ersten Teil, „Der Niedergang der Meistererzählungen“, erläutern die Autoren ausführlich den Gang der akademischen Geschichtsdebatten um Deutschlands Weg und Ort seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Im zweiten Kapitel, „Rekonstruktionen deutscher Geschichtsbilder“, analysieren sie anhand von sieben Themenfeldern die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Dabei geht es sowohl um politikhistorische, aber auch um kultur- und mentalitätsgeschichtliche Fragestellungen. Neben dem Holocaust, den totalitären Versuchungen, Weltkriegs- und Vertreibungserfahrungen oder dem Wandel deutscher Ansprüche in der Außenpolitik, behandeln sie ebenso ausführlich Konstruktionsversuche nationaler Identität, Mobilität und Migration, die Geschlechterverhältnisse sowie Konsum- und Massenkultur. Im abschließenden Abschnitt fragen die Autoren nach verschiedenen Erinnerungsmöglichkeiten, untersuchen Erinnerungsformen und gehen schließlich auf die Frage ein, ob es *eine* sinnvolle Struktur der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert geben könne, die sie – ihr Ansatz legt das bereits nahe – verneinen.

Jarauschs und Geyers Buch ist vom theoretischen und methodischen Anspruch ebenso anregend wie die Grundthesen zu überzeugen verstehen. Besonders gelungen ist das Kapitel „Streben nach Glück: Konsum, Massenkultur und Konsumdenken“. Darin können die Autoren vor einem breitgefächerten Hintergrund deutlich machen, wie einschneidend sich die deutsche Gesellschaft im Laufe des Jahrhunderts veränderte, wie stark die verschiedenen politischen Systeme gezwungen waren, sich aufeinander zu beziehen, und sei es in kulturell überzogener Abgrenzung, und wie wenig hilfreich politikhistorische Zäsuren bei der Erklärung massenkultureller Phänomene sind. Sie weisen in ihrer Synthese einmal mehr nach, daß die Vorgeschichte einzelner Entwicklungen oftmals die eigentliche Geschichte darstellt und so bestimmte Chiffren, wie etwa „1968“, historisch zwar nicht ihre Bedeutung verlieren, in einer wissenschaftlichen Perspektive aber erheblich relativiert werden müssen.

Gleichwohl, das Buch erzeugt bei all seinen Vorzügen und Denkanstößen durchaus Irritationen, so daß eine eindeutige Gesamtwürdigung schwerfällt. Die Autoren haben sich aufgemacht, wie sie einleitend betonen, die „historische Wahrheit“ (S. 7) zu suchen, ohne ihre Leserschaft in diesem jahrhundertealten Diskurs aufzuklären, was sie denn nun unter „historischer Wahrheit“ verstehen, ob es diese überhaupt geben kann. Sie nehmen als Bürger, die auf beiden Seiten des Atlantiks zu Hause sind, für sich in Anspruch, „aufmüpfiger“ zu sein als „viele Einheimische“ (S. 7). Ihr Ziel, eine Neukonzipierung deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert zu wagen, begründen sie auch mit folgender, in ihrer erkenntnistheoretischen Konsequenz geradezu erstaunlichen Einsicht: „Vielleicht trifft es zu, daß es erst am Anfang des neuen Millenniums möglich geworden ist, die Vergangenheit des 20. Jahrhunderts wirklich zu erzählen, um dadurch die Gestalt und Struktur dieser extremen Epoche verstehen zu lernen“ (S. 52). Leider unterlassen sie es, die Umkehrung dieser „Erkenntnis“ zu diskutieren, also die für Historiker völlig neue Aufgabe, die vergangene Geschichte der Zukunft zu erforschen. Oder wie anders ließe sich die Aussage interpretieren, erst am Ende des Jahrhunderts könne die Geschichte dieses Jahrhunderts erzählt werden?

Die Ausführungen leiden zudem daran, stellenweise Banalitäten seitenlang aneinanderzureihen, um einen geradezu atemberaubendem Klimax anzustreben, der sich dann zum Beispiel so liest: „Ohne Umschweife gesagt: Die Deutschen haben sich selbst in eine mörderische Vergangenheit hineingebracht und wieder herausgebracht, letzteres nicht ohne fremde Hilfe, aber auch durch eigenes Denken und Handeln“ (S. 28). Am meisten irritiert freilich, daß die Ausführungen über weite Strecken nicht einer selbstreferentiellen Darstellung gleichkommen, sondern daß die Autoren streckenweise nur schwer erträgliche normative Denk- und Sprachmuster bedienen. Sie führen ihre Begrifflichkeiten weder ein, noch erklären sie, was sie eigentlich meinen, wenn sie ständig von „kritischen Historikern“ oder „kritischen Wissenschaftlern“ sprechen, wenn permanent etwas als „progressiv“ oder „fortschrittlich“ bezeichnet wird. Und es wimmelt nur so von „linken“ und „rechten“ Dingen, Ideologien und Personen, ohne daß auch nur ansatzweise der Versuch unternommen wird zu erklären, was damit gemeint ist.

Schließlich ist nicht nur vieles „häßlich“ (S. 200) oder „heiß“ (S. 197), wie die beiden meinen, erstaunlich sind auch manche Wertungen und Einschätzungen, so wenn sie die kommunistische Propaganda reproduzieren und behaupten, der sächsische Volksentscheid von 1946 hätte sich gegen „Faschisten und ihre Kollaborateure“ (S. 212) gerichtet. Daß sie die Legende vom guten Anfang – ob nun bewußt oder unbewußt – in der SBZ weiterspinnen, mag da kaum noch überraschen. Sie glauben jedenfalls „durchgreifende Schritte zur Schaffung eines besseren Deutschland“ (S. 268) nach 1945 in der SBZ konstatieren zu können. Das tun sie, wie das Buch immer dann zeigt, wenn sie auf Theorie und Ideologie des Marxismus-Leninismus zu sprechen kommen, weil sie prinzipiell die antifreiheitliche Basis der marxistischen Gleichheitsvorstellungen ausblenden. In ihrer Lesart versuchten die Kommunisten, „aufrichtiger“ als die Nationalsozialisten sozial „den Unterdrückten zu helfen“ (S. 189). Kaum erwähnenswert ist dann noch, daß sie die Rede vom „Konsens in der Diktatur“ (S. 194), von der „Konsensdik-

Abschied von den Meistererzählungen

tatur“ aufgreifen, ohne endlich einmal zu erklären, wozu eine Diktatur auf Konsens angewiesen sei bzw. wenn sie diesen erreicht hat, warum dann nicht der Diktaturcharakter des Staates verloren geht.

Ein eindeutiges Fazit zu ziehen, fällt deshalb schwer. Der Ansatz von Jarausch und Geyer ist innovativ und inspirierend. Die Struktur des Buches überzeugt. Die meisten Grundthesen sind gut begründet. Einer positiven Gesamtwürdigung aber stehen eine diffuse Ideologisierung theoretischer Vorannahmen, ein fast lächerlich normativer (Denk-)Stil und partiell weder nachvollziehbare noch belegbare Behauptungen entgegen. Das Buch eröffnet weite Horizonte, die es leider selbst negiert.

Der Rußland-Komplex

Von Bernd Bonwetsch

Gerd Koenen, Der Rußland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945, München 2005 (*C.H. Beck*), 528 S.

Gerd Koenen, einem größeren Publikum wohl eher als Autor zum „Baader-Meinhof“- als zum „Rußland-Komplex“ bekannt, hat sich bereits des längeren mit der Frage des Verhältnisses der Deutschen zu Rußland befaßt. So war er in den neunziger Jahren Mitarbeiter Lew Kopelews am „Wuppertaler Projekt“ der „West-Östlichen Spiegelungen“ und hat den Band „Deutschland und die Russische Revolution 1917-1924“ mitherausgegeben und selbst einige der Beiträge verfaßt. Dabei hat er mit Erfolg versucht, hinter all den Brüchen, die durch den Weltkrieg und die Revolutionen in Rußland und Deutschland hervorgerufen wurden, Kontinuitäten des Rußland-Bildes sichtbar zu machen – sei es bei einem konservativen Historiker, Kreuzzeitungs-Leitartikler und DNVP-Reichstagsabgeordneten wie Otto Hoetzsch, einem über den Dingen schwebenden „Unpolitischen“ wie Thomas Mann oder einem intellektuellen Wirtschaftsführer und Politiker wie Walther Rathenau.

Ein wesentliches Argument Ernst Noltes im „Historikerstreit“ aufgreifend, will Koenen im „Rußland-Komplex“ zeigen, daß das deutsche Verhältnis zur Sowjetunion in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts keineswegs von durchgängigen, nach 1917 antibolschewistisch aufgeladenen Phobien geprägt war. Diese falsche Ansicht diagnostiziert er gleichsam im Vorbeigehen als die „im großen und ganzen wohl [...] herrschende Auffassung der bundesdeutschen Historiographie“, die in ihrer Mehrheit insofern auf „derselben schiefen Ebene“ (S. 10 f.) gestanden habe wie Nolte, selbst wenn sie seine Schlußfolgerungen vom Nexus zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus ablehnte. Man könnte zu diesen und anderen, offenbar unumgänglichen „Nettigkeiten“ an die Adresse der Fachhistoriker einiges sagen, doch sollte man sich lieber dem widmen, was uns Koenen wirklich zu sagen hat.

Zu sagen hat er uns, daß die Deutschen vor allem ein widersprüchliches Verhältnis zu Rußland hatten, das durch die Revolution inhaltlich nur partiell verändert wurde und weiterhin zwischen vielen Extremen schwankte: Liebe und Haß, Bewunderung und Verachtung, Überlegenheitsdünkel und Furchtgefühl, Herablassung und Heilserwartung – für viele derartige Gegensatzpaare war auf der Projektionsfläche Rußland offenkundig Platz. Sie kehren häufig genug in den Äußerungen ein- und derselben Protagonisten wieder – im übrigen in doppeltem Sinne auf beiden Seiten: auf der politisch Rechten wie der Linken, und zwar in Deutschland wie in Rußland. Kronzeuge dieser Verwirrung ist etwa der selbst etwas wirre Publizist Eduard Stadtler, Gründer und Leiter der „Antibolschewistischen Liga“, dem seine industriellen Förderer die Mittel entzogen, weil er den Rätegedanken propagiere, statt ihn zu bekämpfen.

Der Rußland-Komplex

Über die Unterstützung der Bolschewiki durch die kaiserliche deutsche Regierung und die höchst unbefangene Bereitschaft konservativer, antikommunistischer Politiker und Militärs der Weimar Republik, mit den Bolschewiki zusammenzuarbeiten, sind allerdings schon zahlreiche Bücher geschrieben worden, ebenso über die „konservativen Revolutionäre“ in Deutschland, die den bolschewistischen Methoden gar nicht unbedingt fernstanden, über die nationalbolschewistischen Verirrungen und ideologischen Verrenkungen der Bolschewiki, die es fertigbrachten, Deutschland nach Versailles zu den unterdrückten Nationen zu rechnen und den im „Ruhrkampf“ erschossenen, ehemaligen Baltikumskämpfer Leo Schlageter der NSDAP-Propaganda als Helden streitig zu machen. Auch die Widersprüchlichkeit des deutschen Rußlandbildes ist nicht unbekannt. So hat Walter Laqueur in einer mittlerweile 40 Jahre alten, auch ins Deutsche übersetzten Schrift zwar ein „Jahrhundert des Konflikts“ zwischen Deutschland und Rußland beschrieben, aber nichtsdestoweniger die Ambivalenz des gegenseitigen Verhältnisses sichtbar gemacht. Selbst auf das verblüffend positive frühe Urteil eines Josef Goebbels über das Sowjetregime hat er hingewiesen.

Neu ist als eigentliche Leistung die Dichte, in der Koenen überwiegend aus publizistischen Quellen ein farbiges Mosaik dieser Rußland-Bilder für die Zeit von der Jahrhundertwende bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten zusammensetzt. Überraschend blaß bleibt dagegen die Zeit 1933-1945. Das hat weniger damit zu tun, daß Hans-Erich Volkmann das Terrain mit seinem „Rußlandbild im Dritten Reich“ schon besetzt hält, denn davon hält Koenen wenig. Es hat vor allem damit zu tun, daß die Publizisten, die ihm bis 1933 so viel Stoff zum Zitieren und Dekouvrieren liefern, im Dritten Reich, das sie zumindest zu einem Teil mit heraufbeschworen, nicht mehr gefragt waren und weitgehend verstummen. Mit einem „Künstler-Staatsmann“ (S. 245), zu dem Eduard Stadtler sich berufen fühlte, konnte man schlechterdings nichts anfangen, mit selbständigem Denken ebenfalls nichts. So bleibt im wesentlichen Koenens Analyse Hitlerscher Erwägungen, die mit manchem Argument zu belegen sucht, daß dieser in seinem Antisemitismus keineswegs absolut und ausschließlich antibolschewistisch festgelegt war, sondern durchaus wechselnde Optionen verfolgte. Leider setzt sich Koenen nur mit Nolte, nicht aber mit dem ernster zu nehmenden Andreas Hillgruber auseinander.

Der Schlüssel, mit dessen Hilfe Koenen das Gedanken- und Vorstellungsgebäude des deutschen „Rußland-Komplexes“ aufschließt, ist die publizistisch-politische Biographie von Alfons Paquet. Den Nachlaß dieses zwischen den politischen Fronten mändrierenden, ambitösen und rußlandsüchtigen Publizisten hat er systematisch ausgewertet und zitiert. Ebenso zitiert Koenen, nicht zuletzt aufgrund von Anregungen aus Paquets Tagebüchern und Schriften, zahllose andere Publizisten und Literaten. Eigentliche Politiker kommen kaum zu Wort. Selbst der vielfach zitierte Kurt Riezler, der es immerhin bis ins Vorzimmer der Macht gebracht und im Historikerstreit der sechziger Jahre um die Schuld am Ersten Weltkrieg eine prominente Rolle gespielt hat, war kaum ein wirklicher Politiker oder politischer Denker, wie Koenen anhand eines wunderschön-bissigen Zitats von Harry Graf Kessler verdeutlicht. Schon gar nicht waren es

politische Pläneschmiede wie der Scharlausche „Freibeuter der Revolution“ Parvus-Helphand oder der sich als „Napoleon des Sozialismus“ (S. 202) gebärdende Radek.

Gleichwohl sind diese in zahllosen Varianten präsentierten Rußland-Bilder geistesgeschichtlich interessant, weil sie offenbar verbreitete Gefühlslagen deutscher Bildungsgesellschaft wiedergaben. Dabei macht Koenen in eindringlichen Zitaten sichtbar, daß der „Osten“ für viele gebildete Deutsche weit mehr war als nur die Großmacht Rußland. Der „Osten“ war die Metapher für Seele, Gefühl, Reinheit, Ursprünglichkeit, Kraft, Zukunft – Werte, die man für Deutschland und für sich als Deutschen in Anspruch nahm. Zugleich kam in den zuweilen schwärmerischen, ja überspannten Bekenntnissen zur Idee des „Ostens“ das Unbehagen am „Westen“ als Metapher für Seelenkälte, Rationalität, Demokratie, Zivilisation und vieles andere mehr zum Ausdruck.

Der „deutschen Dostojewtschina“, der Rußlandswärmerei der zwanziger Jahre, sind besonders lebendige Passagen gewidmet. Sie bieten Proben hanebüchenster, überspanntester Deutungen und Seelenergüsse. Für Rußlandbesucher wie den Journalisten Alfons Goldschmidt gab es vieles, was sie „mit verliebtem Blick“ (S. 303) sahen und vieles, was sie nicht wahrnehmen wollten. Es gab keinerlei Hemmungen bei der Begriffswahl, kaum Anstoß an der brutalen Wirklichkeit. Thomas Mann hatte in den „Betrachtungen eines Unpolitischen“ schon während des Krieges den Zusammenschluß Rußlands und Deutschlands gegen alles Westliche propagiert, und auch nach der Revolution beschwor er die deutsch-russische Seelenverwandtschaft und wollte beide Länder „Hand in Hand in die Zukunft gehen“ (S. 353) lassen; Alfons Paquet erkannte in der russischen Revolution das Walten von Solowjows „Gottmenschentum“ und machte in einem von Erwin Piscator aufgeführten Theaterstück („Sturmflut“) aus Lenin posthum einen Übermenschen; Oswald Spengler sah im „Untergang des Abendlandes“ in den angeblich antikapitalistischen Russen die neuen Germanen heranwachsen, zu denen er die Deutschen nicht mehr zählte; Johannes R. Becher begrüßte 1919 die Sowjetrepublik als Rächerin der deutschen Niederlage und erhoffte von ihr die Zertrümmerung der westlichen Demokratien; Ernst Bloch sah im sowjetischen Rußland das „Reich des Dritten Evangeliums“ Gestalt annehmen und zunächst in Lenin Christus und später in Stalin den „Retter“ (S. 361 f.).

Diese häufig grotesken Zuschreibungen und „artifizialen Verrätselungen“ Rußlands und der „russischen Seele“ (S. 141) ließen sich fast endlos zitieren. Sie zeigen, daß der „Osten“, daß Rußland sich in vielen deutschen Köpfen und Herzen für die mannigfachsten Sehnsüchte, versponnensten Phantasien und großartigsten Visionen hergab. Allerdings fragt sich der Leser angesichts all dieser Texte und Textanalysen, von welchen Deutschen hier die Rede ist und welchen Einfluß sie gehabt haben. Für wen und wofür etwa stehen der pazifistisch-sozialistische Schriftsteller Arthur Holitscher, der den Tscheka-Chef Felix Dzierżyński zum Heiligen Franziskus verklärte? Für wen steht Koenens „Held“ Paquet, der, tief in die Geschichte greifend, einige Revolutionsführer nicht-russischer Abstammung zu den „neuen Warägern“ Rußlands erklärte (S. 165 f.)?

Nun wird man von Koenen keine soziologische Aufschlüsselung seines „samples“ verlangen. Aber offenkundig ist, daß er auf deutscher Seite vornehmlich unabhängige

Der Rußland-Komplex

Intellektuelle im Blick hat, die eher dem rechtsbürgerlichen Lager zuzuordnen sind, und die es sich, wie Thomas Mann, mit den Jahren zum Teil auch anders überlegten und zu „Vernunftrepublikanern“ wurden. Eine Mitte kommt fast nicht vor: kaum ein Sozialdemokrat, Gewerkschaftler, Liberaler. Man hat den Eindruck, ganz Deutschland sei antiwestlicher Rußlandsucht verfallen gewesen. Dabei fällt aber auf, daß immer wieder dieselben Autoren zitiert werden, allen voran Paquet, dann seine Bekannten und Gesprächspartner Radek, Parvus-Helphand, Riezler und Stadtler. Sie bilden den Zeugenstamm und die wesentliche Zitatequelle Koenens. Das macht die Sache nicht unwichtig und schon gar nicht uninteressant. Aber von *den* Deutschen und dem Osten kann man doch nur sehr bedingt reden. Und Ernst Nolte läßt sich vielleicht anders widerlegen.

Kommunismus in Westdeutschland

Von Wolfgang Kraushaar

Till Kössler, Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945-1968, Düsseldorf 2005 (*Droste Verlag*), 500 S.

Jeder neue Beitrag zur historischen Kommunismusforschung ist seit dem Epochenwechsel von 1989/90, dem rasch aufeinanderfolgenden Ende von SED und DDR, den kommunistischen Regimen Osteuropas und insbesondere der Sowjetunion, einer grundsätzlichen Ambivalenz ausgesetzt. Einerseits sind durch die sukzessive Öffnung von Archiven die Voraussetzungen für eine Historisierung besser als je zuvor, andererseits geht die Präzisierung von Erkenntnissen mit einem so gut wie vollständigen Verlust an tagespolitischer Relevanz einher. Wäre ein derartiger Beitrag früher vermutlich auf seine Möglichkeiten hin gelesen worden, ihn auch als einen indirekten politischen Kommentar verwenden zu können, so kann es heute um eine solch subkutane Aufladung nicht mehr gehen. Diese Freimachung historischen Erkenntnisgewinns von politischer Funktionalisierung ist von unschätzbarem Vorteil; sie suspendiert jedoch nicht zugleich die Frage nach dem Erkenntnisinteresse einer Forschungsarbeit, die sich dezidiert mit einem parteipolitischen Phänomen befaßt, das zwar als ein relevantes des letzten Jahrhunderts angesehen werden muß, dem aber in der Gegenwart nicht mehr als eine marginale, beinahe zu vernachlässigende Bedeutung zukommt. Zugespitzt formuliert: Unter Aktualitätsvorzeichen geht es um ein historisches Phänomen, das inzwischen politisch zu weitestgehender Bedeutungslosigkeit verdammt ist.

Der Historiker Till Kössler hat zeitweilig an einem DFG-Projekt zur Parteiengeschichte der Bundesrepublik mitgearbeitet. Parallel dazu ist eine, von Klaus Tenfelde und Norbert Frei betreute Dissertation an der Ruhr-Universität Bochum entstanden. Sie ist im Jahr 2003 mit dem „Preis für Studierende“ der Bochumer Universität ausgezeichnet worden. Der Autor will damit den „Prozeß der Demokratisierung und inneren Stabilisierung der Bundesrepublik“ auf lokaler und regionaler Ebene verfolgen und die Geschichte des Kommunismus in Westdeutschland „als Teil einer umfassenderen Gesellschaftsgeschichte des Kalten Krieges“ (S. 11) begreifen. Es geht ihm dabei weniger um den Kommunismus als einem der wirkungsmächtigsten politischen Kraftfelder des letzten Jahrhunderts, sondern eher indirekt um dessen Rolle als die herausragende „negative Referenzgröße“ für die Entwicklung der frühen Bundesrepublik. Im Gegensatz zum verbreiteten Bild einer extremen parteipolitischen Polarisierung will Kössler durch die Rekonstruktion von unterhalb der weltanschaulichen Konfrontation (etwa im politischen Alltag von Betrieben) praktizierten Kooperationsformen nachweisen, daß sich hier eine Entradikalisierung, Eindämmung und Integrierung von ursprünglich in einer grundsätzlichen Gegnerschaft zum System der parlamentarischen

Demokratie befindlichen Kommunisten vollzogen und auf diese Weise nicht unerheblich zur Stabilisierung der anfangs in vielerlei Hinsicht gefährdeten Republik beigetragen habe.

Als Stichwortgeber für die von Kössler eingeschlagene Perspektive fungiert Ralf Dahrendorf mit seiner bereits 1965 aufgeworfenen „Frage nach der ‚Demokratie‘ in Deutschland“.¹ Diese häufiger und in unterschiedlichen Variationen behandelte Problemstellung, wie eigentlich das vermeintliche „Wunder“ zu erklären ist, daß sich aus einer „nationalsozialistisch durchherrschten Gesellschaft“ eine stabile parlamentarische Demokratie mitsamt einem pluralistisch verfaßten Parteienstaat entwickeln konnte, hat der Autor nun im Hinblick auf die seinerzeitige Herausforderung durch den Kommunismus untersucht.² Denn ähnlich wie die Eingliederung von Millionen von Vertriebenen, Flüchtlingen und Heimkehrern als eine der großen Integrationsleistungen der Bundesrepublik zu erklären war, so ist es im nachhinein als ein nicht minder überraschender Erfolg zu betrachten, daß es angesichts einer schier übermächtigen antikomunistischen Ideologie und einer allseits verbreiteten Rhetorik des Kalten Krieges möglich gewesen ist, Zehntausende kommunistischer Parteimitglieder und Hunderttausende ihrer Angehörigen zu integrieren.

In seiner sozialhistorischen Untersuchung konzentriert sich Kössler auf das Kerngebiet der westdeutschen Industriearbeiterschaft, das Ruhrgebiet, dem die KPD damals rund ein Drittel ihrer Mitglieder verdankte, und darin wiederum auf drei besonders aussagekräftige Kommunen – auf Bottrop, Dortmund und Essen. Er knüpft dabei an die Ergebnisse eines bereits zu Beginn der 1980er Jahre abgeschlossenen Forschungsprojektes an, in dem unter dem Titel „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960“ der in seiner Konzentration auf das Privatleben als „Normalisierung“ begriffene Wandel innerhalb der montanindustriellen Arbeiterschaft untersucht worden war.³ Außerdem schließt der Verfasser an eine Studie Patrick Majors an, der die Nachkriegsentwicklung der KPD minutiös untersucht und für deren Scheitern im wesentlichen drei Faktoren verantwortlich gemacht hat: den sozioökonomischen Erfolg des sogenannten bundesdeutschen Wirtschaftswunders, die Restriktionen einer von den westlichen Besatzungsmächten zusammen mit der Bundesregierung betriebenen Eindämmungspolitik gegenüber der Partei und ihren Gliederungen sowie die Subordination ihrer Führungsspitze unter die innen- wie außenpolitischen Interessen der DDR und der Sowjetunion.⁴

Kössler versucht Parteigeschichte als Sozialgeschichte zu verstehen. Die KPD war für ihn zugleich eine revolutionär orientierte Traditionspartei, eine in das Netzwerk der

1 Vgl. Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965.

2 Er knüpft damit explizit an Überlegungen von Jürgen Kocka, Matthias Frese und Michael Prinz an.

3 Vgl. Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hrsg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten“. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Bonn 1985.

4 Vgl. Patrick Major, *Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West-Germany*, London 1997.

SED einbezogene Kaderpartei und eine zeitweilig mobilisierungsstarke Bewegungspartei. Begrifflich bedient er sich in Abgrenzung vom soziologischen Konzept der „Subkultur“ bzw. „Teilkultur“ ebenso wie dem innerhalb der Totalitarismustheorie gebräuchlichen Terminus der „politischen Religion“ bei dem 1966 von M. Rainer Lepsius eingeführten Konzept der „sozial-moralischen Milieus“, mit dem die Aufmerksamkeit der Sozialwissenschaften einerseits auf Lebenslagen und Wertorientierungen und andererseits auf die vielfältigen Interaktionen zwischen Milieus und Parteien gelenkt worden ist. In diesem Sinne nähert sich Kössler dem Kommunismus der Nachkriegszeit an – aus der Perspektive eines Ansatzes, für den „Parteimilieu“ als „überörtliche Weltanschauungsgemeinschaft mit eigenem Lebensstil und Traditionen“ (S. 20) verstanden wird. Dabei setzt er seine auf diesem Weg gewonnenen Ergebnisse immer wieder gegenüber denen konventionell ideologie- und organisationsgeschichtlich akzentuierter Verfahrensweisen in Kontrast.

Es sind vier Schwerpunkte, auf die sich Kössler konzentriert: den „inneren Wandel der kommunistischen Bewegung“, den „administrativen Antikommunismus“, die „Wechselbeziehungen zwischen kommunistischer Bewegung und den lokalen Gesellschaften“ sowie die „kommunistische Bewegung in den Betrieben und Gewerkschaften“ (S. 21 f.). Bei seinen Quellen stützt er sich in maßgeblicher Hinsicht auf den von KPD und SED verfügbaren Bestand in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO-BA); darüber hinaus auf Unterlagen der britischen Besatzungsmacht, der Exekutive auf Bundes- wie auf Länderebene, auf Dokumente verschiedener Stadtverwaltungen, der Gewerkschaften und der SPD sowie diverser Staatsanwaltschaften und Gerichte.

Herausgekommen ist eine ebenso differenziert argumentierende wie quellengesättigte Untersuchung, in der die beiden Termini Desintegration und Entradikalisierung die grundlegende begriffliche Klammer bilden. Unter den Rahmenbedingungen des Kalten Krieges sind in der KPD, wie bis ins Detail nachgezeichnet wird, politische Überzeugungen und praktikierbare politische Optionen immer weiter auseinandergedriftet. Kössler arbeitet drei Reaktionsweisen heraus: erstens eine Radikalisierung, die insbesondere Vertreter der „FDJ-Generation“ in die Hände der SED trieb, zweitens der Ausweg Parteiaustritt als Eingeständnis des politischen Scheiterns und drittens der insbesondere von Altkommunisten gewählte Rückzug in eine „Art parteiinterner Emigration“, in der die Überzeugung immer mehr zu einer Privatsache wurde.

Was ein Dortmunder Altkommunist 1955 in Worte faßte, charakterisiert stärker als viele Untersuchungen den Doppelcharakter von zunehmender Entradikalisierung und gleichzeitiger Aufrechterhaltung der politischen Grundauffassungen, von gesellschaftspolitischer Integration und sich parallel vollziehender parteipolitischer Abkapselung und damit das lebensgeschichtliche Dilemma, in dem sich die Mehrzahl der älteren Parteimitglieder kurz vor der Verhängung des KPD-Verbotes offenbar befand: „Ich bin seit vielen Jahren in der Partei und habe immer meine Pflicht getan. Ich saß auch während der Nazizeit wegen meiner Auffassung im Zuchthaus, doch heute bin ich 64 Jahre alt. Meine Meinung hat sich nicht geändert, aber wenn ich heute im Betrieb was sage,

wirft man mich raus, und was soll ich im Alter dann anfangen? Und das kann wohl niemand verlangen, auch die Partei nicht“ (S. 392).

Es ist das Verdienst von Kössler, mit seiner sozialhistorischen Untersuchung die Nachkriegsgeschichte der KPD durch eine strikte Soziologisierung seines begrifflichen Instrumentariums von ideologischen Überfrachtungen freizuhalten und so dem Blick auf die spezifischen Dynamiken innerhalb des westdeutschen Kommunismus eine neue Optik zu geben. An diesem Urteil gibt es nur folgende Einschränkungen – im Hinblick auf die Interpunktion, die Brauchbarkeit des Registers sowie die avisierte Zeitspanne. Der für die Untersuchung angegebene Zeitraum von 1945 bis 1968 ist in einer Hinsicht irreführend. Im Zentrum stehen zwei Phasen der frühen Nachkriegszeit – die Zeitspanne von 1945 bis 1950 und die von 1950 bis 1953. Der Zeitraum von 1953 bis 1968, dem der dritte Teil der Monographie gewidmet ist, bleibt demgegenüber weitgehend unterbelichtet. Wer sich nähere Aufschlüsse über die Inkubationszeit erhofft, die zur Gründung der DKP im September 1968 geführt hat, der wird enttäuscht. Gemessen an der Gestaltung des tabellarischen Anhangs sowie der Quellen- und Literaturangaben bleibt das Register – Begriffs- wie Orts- und Personenregister in einem – unbefriedigend. Lediglich ein Bruchteil der im Text aufgeführten Personen wird nachgewiesen.

Totalitäre Lebenswelt

Von Sebastian Dittrich

Andreas Kühn, Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt a.M. 2005 (*Campus Verlag*), 358 S.

Die Herausbildung der maoistischen „K-Gruppen“ gehört zu den erstaunlichsten Phänomenen in der Geschichte der „Neuen Linken“ der Bundesrepublik. Zu Beginn der 1970er Jahre wechselten binnen kurzer Zeit viele tausend Vertreter der sich zuvor „antiautoritär“ gerierenden Studentenrevolte in ein bald kaum noch überschaubares Gestrüpp zentralistisch-kommunistischer Kaderorganisationen. Für sie waren es statt der Vordenker der „Kritischen Theorie“ nunmehr Lenin, Stalin und Mao Tse-tung, die die Welt erklären und den Weg zu einer vermeintlich besseren Gesellschaft aufzeigen sollten. Statt der „marginalisierten Randgruppen“ sollte einmal mehr die organisierte Arbeiterklasse die Revolution herbeiführen, die verhaßte „bürgerliche Demokratie“ zerschlagen und dem Kapitalismus ein Ende bereiten. Anders als die Rückschau heute zuweilen vermuten läßt, waren diese Organisationen zunächst keineswegs belanglose Randerscheinungen. Im Gegenteil: Sie und ihr Umfeld repräsentierten in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die dominierende Strömung der bundesdeutschen „Neuen Linken“. Zwar lag die Gesamtzahl der den Kernorganisationen angehörenden Mitglieder stets unter 10.000, doch muß durch zahlreiche Vorfeldorganisationen und ein weitaus größeres Sympathisantenumfeld von insgesamt 100.000 bis 150.000 Szene-„Durchläufern“ ausgegangen werden. In der Geschichte der Bundesrepublik stellten die „K-Gruppen“ den erfolgreichsten Versuch dar, eine kommunistische Strömung jenseits der Moskauer Linie zu etablieren.

So muß es verwundern, daß die Forschung das Phänomen des westdeutschen Maoismus lange Zeit eher stiefmütterlich behandelt hat. Der 1986 von Gerd Langguth im Rahmen seines Standardwerkes über die Protestbewegung vorgelegte Überblick ist in seiner detaillierten Breite bis heute unübertroffen geblieben. Erst in den letzten Jahren zeichnet sich mit Arbeiten wie jenen von Gerd Koenen und Michael Steffen eine Ergänzung des Forschungsstandes ab. Ein weiterer wichtiger Beitrag ist die Dissertation des Historikers Andreas Kühn.

Im Unterschied zu vielen seiner Vorgänger gilt das spezielle Interesse Kühns nicht der Politikgeschichte der Strömung oder der einzelnen Zusammenhänge, sondern der Erschließung der „K-Gruppen“-Szenerie als „kulturellem Feld“, in dem „Faktoren wie Imagination und Historisierung, gleichsam die Verweigerung des Realen“ (S. 11) die zentrale Rolle spielen. Die Anhänger der verschiedenen Organisationen hätten sich eine eigene Welt geschaffen, einen „hermetischen Mikrokosmos“, in dem eine „eigentümliche Psychomotorik“ (S. 19) gedieh. Kühn setzt sich die möglichst vollständige Re-

konstruktion dieser „Lebenswelt der K-Gruppen“ zum Ziel und greift deshalb auf eine Vielzahl von Zeitzeugengesprächen, auf autobiographisch-literarische Texte und nicht zuletzt auf die „Zentralorgane“ der drei im Zentrum seiner Arbeit stehenden Organisationen zurück. Mit der neuen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD), der „Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML) und dem „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ (KBW) handelt es sich dabei um die neben dem „Kommunistischen Bund“ (KB) bedeutendsten Vertreter der Strömung.

Die schiere Menge der so für den Untersuchungszeitraum der Jahre 1970 bis 1980 zutage geförderten Informationen verlangt Strukturierung: Der inhaltliche Teil der Arbeit gliedert sich in nicht weniger als elf zum Teil fein verästelte Kapitel. Die Gründungszusammenhänge und organisatorischen Strukturen werden darin ebenso dargestellt wie das Alltagsleben der Mitglieder, die Ideologie und Agitation der verschiedenen Organisationen, ihr Verhältnis zu Gewalt und Terror sowie ihre Beziehungen zu den konkurrierenden kommunistischen Strömungen. Weitere Kapitel behandeln Sozial- und Kulturpolitik, Wahlteilnahmen und das Geschichtsbild der Gruppierungen, bevor zuletzt die Auflösung der Szene in und neben den „Neuen Sozialen Bewegungen“ nachgezeichnet sowie die spätere Karriere der pragmatisch gewendeten Ehemaligen und auch das Schicksal der letzten verbliebenen Anhänger der marxistisch-leninistischen Lehre beleuchtet werden. Kühn läßt kaum etwas aus. Ein zentrales Verdienst der Untersuchung liegt somit vor allem darin, die „Rundumsicht“ auf das Phänomen zu ermöglichen und Zugänge zu vielen bislang allenfalls ansatzweise erschlossenen Aspekten zu schaffen.

Hervorzuheben ist dabei das dem „Leben in der Partei“ gewidmete und insgesamt umfangreichste Kapitel. Hier stellt der Autor das herrschaftssichernde und zugleich identitätsstiftende System des „Demokratischen Zentralismus“ dar. Er geht der Rekrutierungspraxis der Gruppierungen, den Zumutungen des „Kandidatenstatus“ und der Absicherung gegen überall gewitterte Verschwörungen und „Agenten“ nach. Besonders die atemberaubende finanzielle Ausbeutung der Mitglieder und der ungezügelter Zugriff auf intimste Bereiche ihrer Lebensführung lassen eine Charakterisierung der „K-Gruppen“ als „Politsekten“ nachvollziehbar erscheinen. Die Strukturen der Gruppierungen und die Herrschaftstechniken der Führungen zielten erklärtermaßen auf die Zerstörung jeglichen Individualismus und hatten bedingungslose Gefolgschaft ebenso wie zunehmende Absonderung von der gesellschaftlichen Realität zur Folge.

Weitere Abschnitte befassen sich mit dem durch „Bürokraten-Symbolik“ als Versatzstück „kommunistischer Apparatschik-Traditionen“ (S. 62) und popkultureller Orientierung an rotchinesischen Vorbildern geprägten Habitus der Organisationen, der vor allem bei der KPD/ML erstaunlich ausgeprägten Konspirationswut, der mit dem Kult um den fleißigen Arbeiter gepaarten Abneigung gegen „lumpenproletarische Elemente“ und der asketisch anmutenden, vollständigen Hingabe der Kader an die politische Arbeit. Treffend weist Kühn darauf hin, daß sich die Aktivisten häufig in der „Pose links-extremer Savonarolas“ (S. 76) gefielen und dem Hedonismus der „kleinbürgerlichen“ Linken die Entsagungsbereitschaft und Selbstzucht der „revolutionären Avantgarde“

entgegenstellten. Aufschlußreich sind die Ausführungen über das Verhältnis der haupt- und nebenberuflichen Revolutionsaktivisten zu den gewöhnlichen Dingen der „bürgerlichen“ oder „proletarischen“ Existenz. Quer durch die Themengebiete – Kühn befaßt sich mit Fragen des Wohnens und der Ernährung ebenso wie dem Verhältnis zu Sexualität und Brauchtum – zeigt sich vor allem eines: die Durchdringung sämtlicher Lebensbereiche durch die „marxistisch-leninistische“ Lehre und ihre Formung nach vermeintlich „proletarischen“ Mustern. Selbst die Kindererziehung hatte sich nach dem zu richten, was man für die Standards der Arbeiterklasse hielt oder aus China und Albanien übernahm.

Kritikpunkte sind vor allem dort anzubringen, wo Kühn sich mit „Ideologie und Indoktrination“ der K-Gruppen auseinandersetzt. So wird der gegenüber der Sowjetunion erhobene Sozialimperialismusvorwurf als abgehobenes, „allzu abstrakt anmutende[s] Konstrukt“ (S. 106) charakterisiert. Dabei kommt der eigentliche Kern des Vorwurfs zu kurz – nämlich die Einschätzung, daß die Sowjetunion zwar sozialistisch-völkerfreundschaftliche Losungen im Munde führe, in Wahrheit aber die Staaten Osteuropas ausbeute wie die klassischen Imperialismen ihre Kolonien. Die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ wurde daher als imperialistische Disziplinierung aufmüpfiger Vasallen verstanden, während die sowjetischen Truppenverbände in der DDR folgerichtig als bewaffneter Arm einer quasi-kolonialen Unterdrückung der dortigen Bevölkerung interpretiert wurden. Zumindest in diesem Punkt waren einige der „K-Gruppen“ wohl näher an der Realität als das übrige, in Bezug auf die Sowjetunion eher „kritisch-solidarische“ oder gänzlich unkritische linksextreme Spektrum.

Kühn beleuchtet auch den „Nationalbolschewismus“ der „K-Gruppen“. Vor allem die neue KPD und KPD/ML überraschten mit radikal nationaler Rhetorik. Der von ihnen propagierte Kampf um die nationale Befreiung richtete sich gleichermaßen gegen die Sowjetunion und die USA. Er gipfelte in der Forderung nach einem „unabhängigen, vereinten und sozialistischen Deutschland“ und in Losungen wie „Deutschland dem deutschen Volk“. Die verbale Nähe zu nationalrevolutionären Rechtsextremisten springt ins Auge. Dennoch verwundert es, wenn Kühn zwar einerseits die Wurzeln solcher Positionen in der kommunistischen Politik der Weimarer Republik und der unmittelbaren Nachkriegszeit aufzeigt, den „K-Gruppen“ aber andererseits eine durchgehende Anlehnung an „Denker der ‚Konservativen Revolution‘ wie Ernst Niekisch“ (S. 126) nachsagt. Bei allen Gemeinsamkeiten dürfen die Unterschiede nicht aus den Augen verloren werden. Die nationale Agitation der neuen KPD und der KPD/ML war kaum mehr als einer von vielen Hebeln, um die „Massen“ für das eigentliche Ziel der „proletarischen Revolution“ heranzuführen, während für den Niekisch der späten 1920er und frühen 1930er Jahre die nationalen Ziele der eigentliche Dreh- und Angelpunkt waren.

Hervorzuheben ist das den öffentlichen Aktivitäten der Organisationen gewidmete Kapitel des Buches. Der Autor geht akribisch den in den verschiedenen Feldern des sozialen und kulturellen Lebens entwickelten Positionen nach und stößt auf manches Beispiel für die in den „K-Gruppen“ verbreitete Realitätsferne. So werden körperliche Behinderungen zum fast ausschließlich vom kapitalistischen Staat verursachten Pro-

blem erklärt, und harmlose Trickfilme mutieren unversehens zum „Propagandacoup der Bourgeoise“ (S. 211).

Sein Ziel – die Rekonstruktion der Lebenswelt der „K-Gruppen“ – hat Andreas Kühn mit dieser Arbeit allemal erreicht. Ihm gelingt es, dem Leser die durch und durch von weltfremder Ideologie, Sektierertum und beklemmenden, den ganzen Menschen in Beschlag nehmenden Organisationsverhältnissen geprägte Realität der „K-Gruppen“-Aktivisten in all ihren gräßlichen Farben und Formen zugänglich zu machen. Den nachfolgenden Forschern dürften damit viele Wege erschlossen sein.

Luzider Weltordnungs-Diskurs

Von Wilfried von Bredow

Herfried Münkler, Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005 (Rowohlt Berlin Verlag), 331 S.

Es kann gut sein, daß in einer aus größerem historischem Abstand geschriebenen Geschichte des außenpolitischen Denkens in der Bundesrepublik Deutschland diesem Buch von Herfried Münkler bescheinigt werden wird, eine allerdings schon lange überfällige Wende herbeigeführt zu haben.

Außenpolitisches Denken stand in Deutschland nach 1945 aus guten Gründen zunächst ganz im Zeichen der Überwindung von Prägungen des Nationalsozialismus. Als dann der Kalte Krieg, die gefährlichste Phase des Ost-West-Konflikts, die doppelte Westintegration der Bundesrepublik unumgänglich machte und gleichermaßen ihrer demokratischen Verfassung wie ihrer wirtschaftlichen Prosperität zugutekam, reduzierte sich deutsche Außen- und Sicherheitspolitik im wesentlichen auf die Ausbalancierung von Widersprüchen zwischen der „amerikanischen“ und der „europäischen“ Ebene der Westintegration. In der Phase der Ost-West-Entspannung mußte darüber hinaus nur eine hartnäckig-behutsame Umakzentuierung der Ost- und Deutschlandpolitik durchgesetzt werden (was übrigens seinerzeit ein ziemlicher Kraftakt war). Erst mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der dadurch ermöglichten Vereinigung Deutschlands öffneten sich unvermittelt die außen- und sicherheitspolitischen Horizonte Deutschlands. Auf die Veränderungen der Struktur des internationalen Systems und auf die neue Rolle Deutschlands in der sich herausbildenden „turbulenten Weltordnung“ waren die Deutschen so gut wie nicht vorbereitet. Zwar gibt es seit 1990 einen langsam ansteigenden Strom von politischen, politik- und geschichtswissenschaftlichen sowie journalistischen Beiträgen zur deutschen Außenpolitik im gegenwärtigen und künftigen internationalen System. Das meiste davon bleibt aber fixiert auf den Strukturumbruch 1989/90.

Herfried Münkler hat sich von dieser Fixierung gelöst und präsentiert eine durch vielfältige historische Querverweise dichter und tragfähiger gewordene Reflexion über die Logik von Weltordnung und Weltherrschaft in Gegenwart und Zukunft. Damit ist ihm, wie ein zu Recht begeisterter Rezensent in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ meinte, ein erhellendes Buch über Amerikas Weltpolitik gelungen. Zugleich hat er eine ganze Reihe von Barrieren und Blockierungen im außen- und sicherheitspolitischen Diskurs dieses Landes überwunden. Deutschland, eines der drei Führungsstaaten in der Europäischen Union, braucht fundierte und aufgeklärte weltpolitische Reflexionen nicht etwa, um einen erneuten deutschen „Griff nach der Weltmacht“ vorzubereiten – wer das vorhat, ist ähnlich blind wie die, die solches als ernsthafte Option befürchten

–, sondern deshalb, um die europäische Außenpolitik und die transatlantischen Beziehungen angemessen gestalten zu können.

Der Imperiums-Begriff, der im Mittelpunkt von Münklers Überlegungen steht, bleibt im übrigen relativ unscharf. Alles andere wäre allerdings auch eine Überraschung, denn wie bei vielen Begriffen in den Geistes- und Sozialwissenschaften handelt es sich um ein konzeptionelles Palimpsest, in das sich viele unterschiedliche Wahrnehmungen, Erfahrungen und Bewertungen eingeschrieben haben. Insbesondere die verschiedenen Imperialismus-Theorien (wenn man sie denn Theorien nennen kann) seit dem Ende des 19. Jahrhunderts haben Imperien als Anachronismen hingestellt. Münkler weist diese Vorstellung mit geschickten Argumenten zurück. Imperien, schreibt er, sind mehr als große Staaten. Sie stellen sich gewissermaßen über die Staatenwelt und verstehen sich als Schöpfer und Garanten einer Ordnung, die letztlich von ihnen abhängt und die sie gegen Bedrohungen verteidigen müssen. Ein Imperium ist etwas anderes als ein Flächenstaat, weil dessen Grenzen scharf und markant festgeschrieben sind, wohingegen imperiale Grenzen ein Einflußgefälle und einen Statusunterschied anzeigen, keine Linien bilden, sondern Räume. Man kann es vielleicht pointiert so ausdrücken: Ein funktionierendes Imperium kontrolliert das internationale System, dessen Mittelpunkt es bildet. Es verfolgt dabei materielle und ideelle Herrschaftsinteressen, von denen im Idealfall nicht nur die imperiale Gesellschaft selbst, sondern auch alle anderen – abgestuft – profitieren.

In der Vergangenheit hat es bei ihrer räumlichen Ausdehnung sehr unterschiedliche internationale Systeme gegeben. Kontinentale politische Welten unterschieden sich von solchen, für die Meere und Ozeane besondere Bedeutung erlangten. Die Ressourcen und Instrumente der Macht von Imperien variierten beträchtlich im Verlauf der Geschichte. Gleichviel, ob man an die griechische Inselwelt um Athen und Sparta, an das *Imperium Romanum*, die chinesischen Kaiserdynastien, die Steppenimperien der Mongolen, das Osmanische Reich oder das britische Weltreich denkt, ihre „Erfolge und Mißerfolge“ und die Sequenzen ihres Aufstiegs und Niedergangs lassen sich in vergleichender Perspektive so studieren, daß sich zahlreiche Einsichten in und Erkenntnisse über die gegenwärtige Machtkonstellation im internationalen System ergeben. Es ist die große Stärke von Münklers Analyse, daß er dabei nie einem Vergleichs-Schematismus erliegt, sondern die jeweiligen historischen Umstände voll zu ihrem Recht kommen läßt.

Eines der Ziele der Untersuchung ist es, eine angemessene Erklärung für die amerikanische Politik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu finden. Dies gelingt ihm sehr viel besser als den zahlreichen Autoren, die die amerikanische Weltführungspolitik entweder umstandslos preisen oder ebenso umstandslos verdammen. Die imperialen USA stehen in einem Dilemma, weil sie sich nicht auf die rechtsförmige und sicherheitspolitische Konsolidierung eines Kernraums Amerika/Europa/Ostasien konzentrieren und die Peripherie vernachlässigen können. Die globale Ausdehnung des internationalen Systems und das große Gewicht der „westlichen Werte“ (von den Menschenrechten über die Demokratie bis zur Wirtschaftsordnung) verhindern heute den

imperialen Rückzug, der, wenn er geordnet verlief, dem jeweiligen Imperium noch eine längere Zeit der Prosperität ermöglichte.

Dieses amerikanische Dilemma deutet Münkler auch als imperiale Herausforderung Europas. Die Europäer müssen sich zu den militärisch übermächtigen USA ins Verhältnis setzen und darauf achten, daß sie von der Weltführungsmacht nicht marginalisiert und damit zur Peripherie werden. Zugleich müssen sie sich um ihre eigene instabile Peripherie im Osten und Südosten kümmern, ohne in eine Spirale der Gewalt hineingezogen zu werden. Dies, schreibt Münkler leicht pessimistisch, haben die Europäer bislang nicht als doppelte Herausforderung begriffen. Europa – und Deutschland als eine seiner führenden Kräfte – werde in Zukunft um Anleihen beim imperialen Ordnungsmodell nicht herumkommen.

Mit dieser Prognose oder diesem Ratschlag schließt das Buch. Derlei ist in der außenpolitischen Debatte hierzulande bisher gar nicht oder nur äußerst defensiv formuliert worden, etwa vom vorigen Verteidigungsminister Peter Struck, auf den der etwas kryptische Satz zurückgeht, Deutschlands Sicherheit müsse auch am Hindukusch verteidigt werden. Freilich kann man darüber streiten, ob Münklers Prognose zutrifft oder zutreffen soll. Vielleicht gibt es ja in der Tat über einen funktionierenden Multilateralismus hinaus andere, nämlich zwischenstaatliche und in Verbindung damit zivilgesellschaftliche Ordnungsmodelle, die für die europäische Politik, vielleicht sogar für die der USA, in längerer Perspektive attraktiver sind und besser funktionieren. Aber wer das vorschlägt, wird künftig nicht vermeiden können, sich mit den zahlreichen Einsichten Münklers in die Logik der Weltpolitik auseinanderzusetzen. Insofern ist die Lektüre des Buches nicht nur für diejenigen, die Münklers Analyse in ihren wesentlichen Punkten zustimmen, von großem Gewinn, sondern gerade auch für alle Kritiker der Realpolitik und besonders für diejenigen unter ihnen, die immer noch darauf bauen, daß Deutschland im Windschatten der Weltpolitik liegt.

Rosenberg – Hitlers Chefideologe

Von Bernd Jürgen Wendt

Ernst Piper, Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005 (*Karl Blessing Verlag*), 831 S.

Schon unter seinen Zeitgenossen und dann nach 1945 scheiden sich die Geister in der Einschätzung Alfred Rosenbergs und seiner Bedeutung im „Dritten Reich“. Hitler feierte ihn zu seinem 50. Geburtstag 1943 als „ersten geistigen Mitgestalter der Partei“. Dies sollte ihn jedoch, glauben wir Albert Speer, nicht davon abgehalten haben, sich mit ätzender Schärfe über den „Mythus des 20. Jahrhunderts“ als „Rückschritt in mittelalterliche Vorstellungen“ zu mokieren, paßte doch Rosenbergs Kirchenfeindlichkeit nicht in sein taktisches Konzept. Demgegenüber soll Goebbels mit dem „Reichsphilosophen“ – wieder nach Speer – unter dem Beifall Hitlers gesellschaftlich oft seinen Spott getrieben haben. Nachhaltige Wirkung scheint dann Rosenbergs – vergebliches – Bemühen in Nürnberg 1946 gezeigt zu haben, seine Rolle zu verharmlosen. Denn Joachim Fest porträtiert ihn in seinem Buch „Das Gesicht des Dritten Reiches“ als „vergessenen Gefolgsmann: kaum noch ernst genommen, mutwillig übersehen und herumgestoßen, ein Requisit aus der ideologisch gestimmten Frühzeit, der Werbephase der Partei“.¹

Diese widerstreitenden Deutungen hat Ernst Piper in seiner Potsdamer Habilitationsschrift als Herausforderung genommen, den Lebensweg des Schriftstellers, ideologischen Vordenkers der Partei, Politikers und seine vielen Tätigkeitsfelder etwas detailversessen zu durchforschen und seine „Wirkungsmächtigkeit“ im sprichwörtlichen Dschungel konkurrierender Ämter und Zuständigkeiten genau auszuloten. Damit möchte er zugleich Fests offenbar nachhaltig meinungsbildendes „völlig irreales Bild“ korrigieren. Rosenbergs blasse Persönlichkeit und seine Zurückhaltung gegenüber allem Privaten in seinen Aufzeichnungen ließen den Autor mit Recht auf eine Biographie in herkömmlicher Form verzichten. Es „menschelt“ in der Darstellung glücklicherweise nicht. Bisweilen hält sich Piper seinen „negativen Helden“ bewußt auf ironische Distanz. Rosenberg war zögerlich, konfliktscheu, seiner weltanschaulichen Mission inbrünstig zugewandt. Er soll um Verbindlichkeit bemüht, nicht herrsch- und prunksüchtig wie Göring, eher schlicht gewesen sein und persönlich durchaus gewinnend auf seine engere Umgebung gewirkt haben. Sein steifes öffentliches Auftreten geriet wohl auch rhetorisch häufig zu einer Katastrophe.

Rosenberg war im komplizierten Kräfteparallelogramm des Regimes seinen robusten Rivalen wie Göring, Himmler, Goebbels und später in der Sowjetunion auch Speer hilflos unterlegen, wenn es um die massive Durchsetzung politischer und persönlicher Ambitionen und um Entscheidungen im aktuellen tagespolitischen Geschäft ging. Er war ein

1 Joachim C. Fest, *Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft*, München 1963, S. 225.

Mann des Schreibtisches. Von ihm aus überschwemmte er seine Umgebung bis hinauf zu Hitler, dem er bedingungslos ergeben war, mit einer Flut von Denkschriften, Memoranden und Briefen, um im politischen Spiel zu bleiben. „Es gelang Rosenberg nicht, seine neue Machtposition (als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete) in reale Macht umzumünzen. Er war ein Denker und Planer, aber kein Exekutor“ (S. 554). „Goebbels war ein Pragmatiker der Macht, Rosenberg ein Gefangener der Dogmatik“ (S. 382). „Der Vordenker gehörte zwar zur Avantgarde der Bewegung, war aber letztlich nur Denker“ (S. 328). Freilich wehrt sich Piper überzeugend gegen alle nachträglichen Versuche, Rosenberg als harmlosen Spinner beiseite zu schieben. Der Autor schreibt der Ideologie und mithin deren „Vordenker“ Rosenberg als geistigem Motor nationalsozialistischen Handelns einen hohen Stellenwert zu, erteilt damit allen Versuchen eine Absage, dieses Handeln auf ein primär herrschafts- und machtpolitisches Kalkül zu reduzieren.

Der Autor hebt immer wieder den großen Einfluß des „Weltanschauungschefs“ (Robert Kempner) auf das rassistische Weltbild Hitlers mit seiner spezifischen Verbindung von Antisemitismus und Antibolschewismus insbesondere auf dessen zwanghafte Bedrohungsvorstellungen von der „jüdisch-bolschewistischen Weltrevolution“ hervor. Rosenberg wurde nicht müde, in Anlehnung an die verhaßten Weimarer Reichsfarben in einer aberwitzigen Konstruktion die drei Zentren dieser Bedrohung durch das „Weltjudentum“ zueinander in Beziehung zu setzen: Rom als Hort der schwarzen, Moskau als Brutstätte der roten und New York als Sitz der goldenen jüdischen Internationale. Über die schon sehr früh das gesamte Denken Rosenbergs prägenden biographischen Wurzeln dieser Zwangsvorstellungen im Baltikum ist sich die Forschung längst einig: Der „rassistisch grundierte Antibolschewismus“ der Kämpfe im Baltikum 1919 war als Urerlebnis für den jungen Baltendeutschen mit „der Nährboden für die Entwicklung des ungleich radikaleren nationalsozialistischen Antisemitismus aus dem traditionellen Antisemitismus, eine Entwicklung, an der Alfred Rosenberg entscheidenden Anteil hatte. Die Verschränkung zwischen dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und der Ermordung des europäischen Judentums ist ein Echo der rassistisch-ideologischen Frontstellung jener Jahre“ (S. 28). Rosenberg gelang es nach Piper, sich schon in den zwanziger Jahren in der Entourage Hitlers „bis zum Untergang des Dritten Reiches eine bedeutende Position zu erhalten, die fast immer auch mit Macht und Einfluß verbunden war“ (S. 125), aber nie wieder jene persönliche Nähe zu Hitler wie vor dessen Haftzeit 1924. Hitler hielt allen Intrigen zum Trotz stets die schützende Hand über seinen Protegé, wenngleich er oft beklagte, daß dieser ihn immer wieder mit Quisquilien belästigte, anstatt die ihm von seinem „Führer“ verliehenen Vollmachten selbständig umzusetzen.

Unbestritten ist, daß Rosenberg seinen Auftrag, „die geistig-seelische Umschmelzung“ (S. 324) des Volkes nach der „staatspolitischen Revolution“ 1933 zu vollenden und im Kriege mit Hilfe von besonders ausgebildeten Schulungsleitern „die Führung des Seelen- und Charakterkrieges“ (S. 446) zu sichern, ernstnahm. Streiten läßt sich eher darüber, wie weit sich die deutschen „Seelen und Charaktere“ von Rosenberg haben beeinflussen lassen. Piper setzt die „Wirkungsmacht“ der Schriften Rosenbergs recht hoch an, gerade auch ihren Einfluß auf die Kämpfer im Vernichtungskrieg im

Osten, höher als die Forschung bisher. Die vom Verfasser aufgeworfene Frage nach den „Furchen [...], die der ‚Mythus des 20. Jahrhunderts‘ im Gefühlsleben des deutschen Volkes hinterließ“ (S. 200), man könnte allgemeiner formulieren: die Frage nach der Wirkung der Rosenbergschen Schriften generell auf Schule und Erziehung dürfte empirisch nur schwer eindeutig zu beantworten sein. Pipers Belege sind jedenfalls kaum verallgemeinerungsfähig.

Seine auf einer sehr brüchigen Machtbasis kumulierte Ämterfülle hat Rosenberg in Konflikt mit fast allen Mächtigen gebracht. Dabei lastete es schwer auf ihm, daß sein „Führer“ ihn bis 1941 nur mit Parteiämtern, nicht aber mit Ministerehren betraute und er sich nur mit dem Parteititel „Reichsleiter“ schmücken durfte. Erst mit der Ernennung zum „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ 1941 – im Volksmund bald als „Omi“ verspottet – erlangte er staatliche Hoheitsgewalt für ein Territorium freilich, dessen Umfang vom Kriegsglück abhing. „Rosenberg, jetzt ist Ihre große Stunde gekommen!“ (S. 509) – mit diesen Worten kommentierte Hitler seine Ernennung.

Als Leiter des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ ab 1928 geriet er mit Goebbels Reichskulturkammer in Konflikt. Die Betrauung mit dem „Außenpolitischen Amt der NSDAP“ am 1. April 1933 verschaffte ihm als eine Art „Gegen-Außenminister“ (Martin Broszat) nicht den erhofften Handlungsspielraum gegenüber dem Auswärtigen Amt und Ribbentrop, erst recht nicht nach seinem desaströsen Auftritt in London im Mai 1933. Als „Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“ ab 1934 stieß er auf ständiges Mißtrauen bei Goebbels und Ley. Der 1940 gegründete „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ (ERR) wetteiferte mit Göring um die Ausplünderung der europäischen Museen und Bibliotheken. Als Reichsminister endlich konnte er sich in der Besatzungspolitik im Osten kaum gegen Himmler und die machtsversessenen Reichskommissare Erich Koch (Ukraine) und Hinrich Lohse (Ostland) durchsetzen.

Der bisweilen vertretenen These, Rosenberg sei mit seiner „Dekompositionstheorie“ (Auflösung des russischen Reiches) in seiner Ostpolitik „weicher“ als andere gewesen, weil er als Baltendeutscher in Anknüpfung an die Randstaatenpolitik im Ersten Weltkrieg für eine Instrumentalisierung und Mobilisierung der nationalen Selbstständigkeitsbestrebungen im Baltikum, in Weißrußland und vor allem in der Ukraine gegen den „moskowitischen Kern“ der Sowjetunion plädiert habe, ohne jedoch bei Hitler auf Gehör zu stoßen, widerspricht Piper in Übereinstimmung mit Kershaw zu Recht. Eine geschickte taktische und pragmatische Flexibilität in der Kriegsführung dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß Rosenberg als Vertreter der „Herrenrasse“ rücksichtslos für den Vorschlag seines Freundes Arno Schickedanz eingetreten sei, „das moskowitische Rußland als Abschubgebiet für unerwünschte Bevölkerungselemente in größerem Ausmaße zu benutzen“ (S. 511) und auch ohne Zögern die „Endlösung“ im Osten befürwortet hat.

Rosenbergs berüchtigter „Papierausstoß“ ist eine Sache, ob der Historiker jeder ideologischen Gehirnwindung Rosenbergs auch auf die Gefahr von häufigen Wiederholungen nachspüren sollte, eine andere. Hier hätte ein wohlmeinender, aber strenger Lektor einer „Verschlankung“ dieses voluminösen Buches gut getan.

Zum Tode verurteilt „im Namen der UdSSR“

Von Karl Wilhelm Fricke

Arsenij Roginskij/Jörg Rudolph/Frank Drauschke/Anne Kaminsky (Hrsg.), „Erschossen in Moskau...“. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950-1953, Berlin 2005 (*Metropol*). 399 S.

Selten hat ein Buch den Rezensenten so betroffen gemacht wie dieses Totenbuch. In ihm sind 927 deutsche Schicksale verzeichnet, Lebensläufe von Männern, Frauen und Jugendlichen aus der DDR, die eine fatale Gemeinsamkeit verbindet: Sie wurden sämtlich von sowjetischen Militärtribunalen in den Jahren 1950 bis 1953 zum Tode verurteilt und bis auf vier, die vor der Exekution starben, in Moskau erschossen. In jahrelanger Archivrecherche wurde ihre Verfolgungsgeschichte akribisch rekonstruiert. Ihre Schicksale konnten so erstmals genau und vorbildlich nachgezeichnet werden – dank enger Kooperation zwischen der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial International Moskau, dem privaten Historischen Forschungsinstitut Facts & Files Berlin und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Es handelt sich um eine äußerst verdienstvolle Edition.

Mit Bestürzung nimmt, wer das Buch liest, Schicksal für Schicksal zur Kenntnis und findet in jedem Fall den Rechtsbruch manifestiert, der in den Hoch-Zeiten des Stalinismus den Verurteilten gegenüber begangen wurde. In die Problematik führen drei fundierte Beiträge ein, die der Opferdokumentation vorangestellt sind. Der Hamburger Historiker Andreas Hilger und der Geheimpolizei-Experte Nikita Petrow aus Moskau setzen sich in einem Artikel mit der Strafjustiz der sowjetischen Militärtribunale in der SBZ/DDR 1945 bis 1955 auseinander, die ihren Recherchen zufolge 2.943 Todesurteile fällten. 2.223 von ihnen wurden vollstreckt. Nur eine Minderheit der Opfer wurde beschuldigt, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor dem 8. Mai 1945 begangen zu haben. In der großen Mehrzahl stand die Verfolgung im Zusammenhang mit dem tiefgreifenden Umbruch in der SBZ/DDR, der realsozialistischen „Revolution von oben“, und sie basierte juristisch auf dem berüchtigten Artikel 58 des Strafkodeks der RSFSR vom 26. November 1926, in dem „konterrevolutionäre Delikte“ unter Strafe gestellt waren. Bezeichnenderweise ergingen die Urteile der Militärtribunale nicht „Im Namen des Volkes“, sondern „Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“.

Die Todesurteile erfolgten in aller Regel durch Erschießen und immer geheim. „Während 1945 bis 1947 die Hinrichtungen mehrheitlich in Deutschland durchgeführt worden waren, wurden ab 1950 die in Deutschland zum Tode Verurteilten in geheimen Transporten zur Hinrichtung nach Moskau verbracht; eine Ausnahme stellen nur die unmittelbar am 17. und 18. Juni 1953 Hingerichteten dar. In Moskau wurden die Verurteilten im Butyrka-Gefängnis erschossen, ihre Leichen verbrannt“ (S. 32). Vernehmungsprotokolle, Gerichtsakten, Erschießungs- und Einäscherungsprotokolle sind die

Zeugnisse sowjetischer Unrechtspraxis, die in den Archiven der früheren Geheimpolizei verblieben. „Heute ist Donskoje nachweislich Grabstätte für 927 Deutsche, die nach einem Todesurteil des SMT Nr. 48240 bzw. der Moskauer Militärgerichte und des Militärkollegiums in Moskau hingerichtet wurden“ (S. 32). Die Dokumentation in dem Totenbuch, zu der einige Faksimiles und mehrere hundert Photos der Opfer gehören, beschränkt sich auf den Zeitraum von 1950 bis 1953. Zwischen dem 26. Mai 1947 und dem 12. Januar 1950 war die Todesstrafe in der Sowjetunion abgeschafft, so daß Deutsche aus der DDR erst nach diesem Zeitpunkt wieder von sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt und exekutiert wurden.

Im zweiten, ausführlicheren Beitrag befaßt sich der Redakteur Arsenij Roginskij, Vorstandsmitglied von Memorial Moskau und von 1981 bis 1985 selbst politischer Häftling in der UdSSR, detailliert mit dem Vollzug der Todesurteile. „Um unverzügliche Vollstreckung des Urteils wird ersucht“ – lautete die kaltherzig-bürokratische Formel, mit der ein(e) Delinquent(in) der Exekution überantwortet wurde. Im dritten Aufsatz behandelt der Historiker Jörg Rudolph von Facts & Files die jahrzehntelange Verschleierungstaktik der Sowjetbehörden: Unsäglich lange Zeit blieben die Hinterbliebenen über das Schicksal ihrer zum Tode verurteilten Angehörigen im ungewissen, sie durften nichts von der Hinrichtung wissen, bis sie nach vielen Jahren manchmal eine Mitteilung in verschleiender Form erreichte („Verstorben auf dem Territorium der UdSSR“). Auch die DDR-Justizbehörden, obwohl zumindest partiell informiert, hüllten sich in Schweigen. Das wahre Schicksal der Opfer erfuhren die Hinterbliebenen erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Die meisten Urteile der Erschossenen, deren Asche auf dem Donskoje-Friedhof bestatet wurde, datieren aus den Jahren 1951 und 1952. Zu rund 95 Prozent beruhten sie auf besagtem Artikel 58, und zwar auf Abschnitt 6 (Spionage), wobei seine Anwendung in den wenigsten Fällen den Tatbestand wirklicher Spionage erfaßt hat. Oft genügten keineswegs geheim zu haltende Nachrichten aus dem Alltag der DDR für eine Zeitung oder einen Rundfunksender in West-Berlin zu einem Spionageschuldspruch. Insgesamt fällten sowjetische Militärtribunale in den Jahren 1950 bis 1953 rund elfhundert Todesurteile gegen Deutsche aus der DDR, darunter etwa hundert Frauen. „Über 80 Prozent der verhängten Todesurteile wurden vollstreckt. Erst der Tod Stalins löste 1953 eine Begnadigungs- und Revisionswelle aus“ (S. 30).

Die jüngsten Opfer waren neunzehn, zwanzig Jahre alt, als sie vom MGB liquidiert wurden, die ältesten weit über siebzig. Sie kamen aus allen Berufsgruppen und sozialen Schichten. Auffällig viele Arbeiter waren unter ihnen, Bergarbeiter, Eisenbahner, Handwerker, Ingenieure, Verwaltungsangestellte, ehemalige Volkspolizisten, die in West-Berlin über die Remilitarisierung in der DDR berichteten, Lehrer, unverhältnismäßig zahlreich auch Studenten, ehemalige Sozialdemokraten mit Kontakten zum Ostbüro der SPD sowie politisch engagierte Demokraten, die als Mitglieder der Ost-CDU oder der Liberal-Demokratischen Partei am Aufbau einer parlamentarischen Demokratie in der DDR mitwirken wollten und wegen ihrer Opposition zur SED denunziert und in Haft genommen wurden. Zum Beispiel: Erwin Köhler, Mitbegründer der CDU in Potsdam

und im Dezember 1946 dort zum Bürgermeister gewählt, war am 2. März 1950 unter massivem politischen Druck zum Rücktritt von seinem Amt genötigt worden. Am 28. März 1950 wurde er gemeinsam mit seiner Ehefrau Charlotte vom MGB festgenommen, nach acht Monaten Untersuchungshaft zu unmenschlichen Bedingungen am 2. Dezember 1950 vom Militärtribunal Nr. 48240 in Potsdam wegen „Spionage und konterrevolutionärer Agitation und Propaganda“ (S. 230) zum Tode verurteilt und nach Moskau verbracht. Nach Ablehnung eines Gnadengesuchs durch das Präsidium des Obersten Sowjets wurde Erwin Köhler, im 50. Lebensjahr stehend, am 20. Februar 1951 in Moskau erschossen, seine Frau Charlotte mußte 44-jährig am 10. April 1951 sterben. Beide wurden am 20. Mai 1992 durch die Moskauer Hauptmilitärstaatsanwaltschaft posthum rehabilitiert – wie alle unschuldig Hingerichteten.

Die Verantwortung für die Unrechtsurteile, die die Erschießungen in Moskau rechtfertigen sollten, tragen in der Hauptsache Stalins Geheimpolizei MGB und die sowjetische Militärstrafjustiz. Genauso zweifelsfrei steht allerdings die Mitverantwortung und Mitschuld der Politbürokratie der SED und ihres Staatssicherheitsdienstes fest. Es bestanden enge Kooperationsbeziehungen. „Bereits das MfS, als Ermittlungsorgan der Staatsanwaltschaft handelnd, fertigte umfangreiche Verhörprotokolle an – in eiligen Fällen sofort in russischer Sprache –, sicherte sogenannte Beweise, fügte Personenkreise zusammen und berichtete dem MGB über die ‚hochverräterischen‘ Handlungen der Inhaftierten. Der sowjetische Geheimdienst war spätestens bei oder kurz nach jeder Verhaftung über den Stand der MfS-Ermittlungen in Kenntnis gesetzt“ (S. 70). Die Entscheidungen der jeweiligen MGB-Untersuchungsführer, ob die Verhafteten einem Strafverfahren nach sowjetischem Recht unterzogen oder an das MfS und damit an ein DDR-Gericht überstellt werden sollten, dürften höchst willkürlich getroffen worden sein.

Resümierend bleibt zu zitieren, was die Co-Autoren Hilger und Petrow so formulieren: „Die politische Instrumentalisierung und hohe Ideologisierung der Justiz fanden in den Todesurteilen gegen Deutsche ihren grausamsten Ausdruck. Dabei belegt die Häufigkeit von Todesurteilen ab 1950 und die letztlich gnadenlose Vollstreckungspraxis die besondere Bedeutung Ostdeutschlands für die UdSSR. Ihre Analyse verweist zudem auf die systemimmanente Aufgabe der Justiz, unabhängig von konkreten Tatvorwürfen an der terroristischen Einschüchterung der Gesellschaft mitzuwirken“ (S. 28). Der Rezensent schließt sich diesem Fazit uneingeschränkt an. Hinzu kam ein politisch-ideologisches Moment: „Die weitgehende Aufsichts- und Instruktionstätigkeit sowie die Kaderpolitik des MGB stellten sicher, daß das MfS nach sowjetisch-tschechistischen Vorbildern ausgerichtet wurde“ (S. 25). Das MfS übernahm nicht nur die Untersuchungsmethoden der sowjetischen Tschechisten, sondern auch deren Feindbilder. Unter diesem Aspekt ist es von geradezu makaberer Symbolik, daß die mutmaßlich letzte Erschießung, am 15. Dezember 1953 in Moskau, ein Opfer traf, das Stasi-Agenten durch Menschenraub in West-Berlin in ihre Gewalt gebracht hatten. Sein Name: Dr. Walter Linse.

Separierung Hitlers vom deutschen Nationalismus

Von Manfred Funke

Toralf Staud, *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2005 (Kiepenheuer & Witsch), 232 S.*

Die 1964 als Gesinnungsgemeinschaft gegründete NPD dümpelte nach Anfangserfolgen auf Länderebene lange unauffällig im Wellengang der Republik. Aufmerksamkeit fanden die „Nationalen“ vor allem beim Verfassungsschutz. Dann trugen zwei Ereignisse die Partei wieder ins Rampenlicht. Das eine war der Fehlschlag des ab 2000 betriebenen Verbots der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht. Noch heute ist Gerhard Schröders Forderung einer solchen Maßnahme als demokratischer „Hygiene“ von recht eigentümlichem Geschmack. Dann setzte sich die NPD selbst ein Fanal, als sie 2004 mit zwölf Abgeordneten in den Sächsischen Landtag einzog. Der von der Parteiführung verheißene „Dammbruch“ blieb jedoch aus. Heute mäandriert die Partei eher durch den parlamentarischen Alltag. Gleichwohl verstärkt die NPD ihre Basisarbeit und Eigenwerbung – dies nicht zuletzt ermöglicht durch beachtliche Staatsalimentierung. Immerhin kassiert die kleine Gruppe der Mandatsträger monatlich 118.650 Euro an Sachbeihilfen, und zwar fünf Jahre lang. Udo Voigt als Bundesvorsitzender und Holger Apfel als Dresdener Fraktionschef finanzieren damit direkt und indirekt ein neues Image anstelle von Polit-Glatzen und Rabaukentum. Das Patchwork-Design aus fetziger Szenemusik, Jugendkult, offenen oder getarnten Logos auf schnittigen Klamotten und einer durchgebohrten Geschichtspolitik fürs Wut- und Protestgemüt kommt an. Die NPD ist „die älteste rechtsextremistische Partei Deutschlands, aber sie ist auch die modernste“.

Zu dieser These findet Toralf Staud, Jahrgang 1972, nach eingehender Analyse der NPD-Programmatik, ihres politischen Personals und ihrer Agitationstechniken. Der Autor, früherer „Zeit“-Redakteur, observierte jahrelang die „rechte Szene“ und darin besonders die NPD. Mit ihren Spitzenfunktionären führte Staud zahlreiche Interviews. Aus Hintergrundgesprächen, Wahlbeobachtungen, Biographienauswertungen und intimer Kenntnis der rechtsextremen Aktions-Topographie kommt Staud zu dem Schluß, daß die NPD, auf Bundesebene wohl chancenlos, zunehmend an einer „Faschisierung der ostdeutschen Provinzen arbeitet.“ Obgleich nur 5.300 Mitglieder zählend, habe die Partei dort deshalb größere Chancen, weil „dreißig Prozent“ (Staud) der Bevölkerung ähnliche Wertvorstellungen wie die NPD hegten. Deren Ködertaktik wird auf dem Frontcover des Büchleins pointiert. Es zeigt ein Bonbon, das appetitlich eingewickelt ist in rot-weißes Schmuckpapier mit der Aufschrift „Wir Nationalen“. Dieses „Wir“ soll im völkischen Interesse das Selbstwert- und Sicherheitsgefühl stabilisieren gegen soziale Depossedierung (u.a. durch Hartz IV), gegen Überfremdung, Globalisierung als Angriff auf die Nationalkulturen, jüdisch-amerikanische Bevormundung, gegen die EU

als „Brüsseler Monster“. Die Last der Geschichte bekommt mit dem Dresdener „Bombenholocaust“, mit „Vertreibungsleid“ oder „Asylbetrug“ Kontergewichte im Propagandaklamauk.

Treue zum Grundgesetz wird von der NPD nicht abgelehnt. Ist dies nur taktisch bedingtes Wohlverhalten? Jedenfalls werden Hitler-Sentenzen wie jene, wonach der „Führer“ zwar ohne Parlament, aber nicht ohne „Volk“ regieren könne, nicht von der NPD-Spitze kopiert. „Die Neue Rechte“, so Staud, „versucht nicht mehr, Hitler von seinen Verbrechen, sondern vom deutschen Nationalismus zu trennen.“ NPD-Mandarine seien „deshalb geradezu besessen davon, die dunkelsten Stellen der deutschen Geschichte aufhellen zu müssen.“ Etagen tiefer betreibt die NPD unter den „kleinen Leuten“ Sympathiewerbung, indem man sich ihrer Probleme vor Ort annimmt, etwa beim Straßenbau oder bei drohenden Schulschließungen. Daher behauptete Voigt 1998 „daß wir Nationalisten die faktische Nachfolge der Kommunisten in der Vertretung sozialer Lebensinteressen des deutschen Volkes angetreten haben.“ Für Voigt war die DDR „das deutschere Land“. Solche Mystik kleidet Voigt in Nebelparolen: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat.“ Damals reüssierte die PDS mit ihrer Anwaltschaft für Einigungsverlierer und sozial Schwache bei Mietproblemen, Rentenfragen, Kindergartenplätzen. Doch läßt Staud das Bild nicht zu vom Hufeisen-Charakter des Parteienspektrums mit der Nahstellung von Rechts- und Linksextremismus. „Wer die PDS“, so Staud, „mit der NPD auf eine Stufe stellt, verharmlost die Rechtsextremisten. Die Postkommunisten sind längst eine staatstragende Partei geworden, die NPD aber will diesen Staat stürzen.“

Solche Urteilsgewißheit frappt auch bei anderen Sujets. So wird Ernst Noltes These des „Prius“ von Bolschewismus gegenüber Faschismus als rechtslastig indiziert. François Furet oder Eric Hobsbawm bleiben unbenannte Zeugen. Offenbar gilt es für Staud als generell undemokratische Forderung der NPD, daß die Lehrerschaft ein geachteter Stand sein soll. Und trotz Stauds Feststellung, das Braune sei vom Bunten geschluckt, muß der Titel „Moderne Nazis“ auf ein Fragezeichen verzichten – ohne dafür eine Begründung im Maßstab unserer Verfassung oder des historischen Erscheinungsbildes alter Nationalsozialisten hinzuzuliefern. Bekanntlich hieß für Bormann das NS-Programm Adolf Hitler. Die Gebrüder Straßer propagierten als linke Leute von rechts ein Versöhnungssyndikat. Goebbels sah im deutschen Kommunisten den wahren Volksaristokraten. Die Masse hoffte nach der Elendphase am Ende Weimars auf eine Grundausstattung sozialer Würde. Mochten auch Notnagel und Sargnagel dicht beieinander stehen. Die Verantwortung für Entrechtung und Verfolgung der Juden suchte man dem Regime zuzuschieben, ohne ihm in den Arm zu fallen.

Damit sei lediglich angedeutet, daß die von Staud ermittelten Pixel schwerlich zum Steckbrief „Neue Nazis“ reichen. Doch ist Stauds Spekulation durchaus ernste Warnung: „Mit völkischen Sozialismus-Konzepten und einer ethnopluralistischen Begründung von Ausländerfeindlichkeit kann sie [die NPD] über ihre alte Klientel hinaus attraktiv sein.“ Sie könnte zum Fluchtpunkt werden für eine Mitte, deren Sorgen von der politischen Klasse ignoriert, von Populismuskritikern verkannt und von Intellektuellen

bespöttelt werden, die ihre mokante Distanz zur Mehrheitsdemokratie als moralische Anstrengung für die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgeben. Auch Staud neigt dazu, die Wortnot, das Dumpfe und Vermurrt der „dreißig Prozent“ (wohl ohnehin nur eine Signalgröße) wenig sensibel abzutun. Wo es doch zu verstehen gilt, ohne einverstanden zu sein. Ist Angst vor Entwurzelung aus tradierten Gefühlslandschaften, vor Ersatzheimat auf Rädern und vor Arbeit in Wanderfirmen nicht hinreichend Grund genug für Diskussionen über unmittelbare Wechselbeziehungen zwischen sozialer Destabilisierung und rechtsextremistischer Infektion? Zumal deren Protagonisten zur Protestkonditionierung ein breites Sortiment von Abhilfe anbieten?

Besonders die NPD lebt vom Nein gegen die Zumutungen moderner Lebenswelt, nicht von schlüssigen Programmen oder abgreifbarer Doktrin. Sie sagt vor allem, wogegen sie ist. Dabei wird die Frage nach der Praxisfähigkeit ihrer gebündelten Forderungen im rhetorischen Pathos erstickt. Gerade Stauds sorgfältige Teilchensammlung für ein tiefenscharfes NPD-Bild mit NS-Rückbindung bezeugt unter den Kapuzen völkisch zentrierter Slogans weit mehr kompensatorische Aggressivität als ideologische Konsistenz. NPD-Funktionäre sind deshalb, wie Staud aus dem Innenleben der NPD berichtet, sorgfältig darauf bedacht, die Basis nicht zu vergrätzen. Von dort kommt nicht selten via Internet-Forum heftige Kritik. Etwa Abmahnungen der Führung, „nicht mit Autos rumzukurven, die sich ein normaler deutscher Arbeiter nie und nimmer leisten kann.“ Dieser gehört weit mehr ins Sozialprofil der NPD als der REP oder DVU. Mit ihnen ist die Nadelstreifenrechte eher assoziierbar.

Im Kapitel über Verbindungen zwischen den Rechtsorganisationen weist Staud nach, daß selbst vor Wahlen Aktionsgemeinschaften infolge taktischer Reservationen und unterschiedlicher Präsenzdichte vor Ort keine kumulierten Stoßwellen auslösen. Die NPD will aus Rudelbildung, aus vielerlei Treibholz Plattformen für ihren Kampf errichten, doch fehlt dafür die Verkeilung durch Führerautorität und Messianismus. Was die Partei zum Sammelbecken macht, sind individuelle Erfahrung und die Vermutung, daß die eigene Fähigkeit zur Gewalt als einziger Vertrauensgrund verbleibt für das sozial zutiefst lädierte Selbstwertgefühl. Es armiert sich zur Zitadelle im Kesseltreiben der anonymen Marktwirtschaft, ohne diese als persönliche Herausforderung zur Überprüfung geronnener Gewohnheiten existenziell zuzulassen. Stattdessen erhofft man sich einen satten Anteil an einer privilegierten Stellung Deutschlands in Europa. Dieses wird begriffen als Turnierfeld der Vaterländer im Kampf um Macht als Rüstzeug der Zukunft. Es muß deshalb eine Kontaminierung verhindert werden von Antiliberalismus, Deprivation und Deprivation. Hilfreich wäre eine neue „Nachbarschaftspolitik“ zwischen oben und unten. Dann hätten „die netten Nazis von nebenan“ (Staud) weniger Chancen.

Extremismus in Daten und Trends

Von Udo Baron

Verfassungsschutzbericht 2004, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2005 (Bezugsadresse: <http://www.verfassungsschutz.de>), 368 S.

Seit Jahren scheinen die Fronten zwischen Befürwortern und Kritikern des Bundesamtes für Verfassungsschutz festgefügt zu sein. Sehen die einen in dieser Einrichtung ein „wesentliches Instrument der wehrhaften Demokratie“ (S. 4), so kommen die anderen zu dem Schluß, daß der Verfassungsschutz noch kein einziges Problem der inneren Sicherheit jemals rechtzeitig erkannt oder gar gelöst hätte.¹ Nicht verwunderlich ist, daß die Verfassungsschutzberichte für die einen eine Art „Frühwarnsystem“ der streitbaren Demokratie darstellen, während sie für die anderen nichts weiter sind als der „rituelle Existenzbeweis“ einer überflüssigen Behörde.² Unbeirrt von diesen ritualisierten Auseinandersetzungen gab es auch für das Jahr 2004 wieder einen Verfassungsschutzbericht, wie dies auch künftig der Fall sein dürfte. Seine Gliederung folgt wieder der Aufteilung in rechts- und linksextremistische Bestrebungen, gefolgt von den Komplexen Ausländerextremismus, Spionage-Aktivitäten, Geheim- und Sabotageschutz und dem seit 1997 hinzugekommenen Kapitel zur Scientology-Organisation. Ergänzend werden erneut Strukturdaten sowie Gesetzestexte und Erläuterungen hinzugefügt.

Wie in den Vorjahren hat 2004 die Anzahl rechtsextremistischer Organisationen und Mitglieder abgenommen. Die Zahl der rechtsextremistischen Organisationen und Personenzusammenschlüsse sank leicht gegenüber dem Jahr 2003 von 169 auf 168. Im selben Zeitraum nahm die Zahl ihrer Mitglieder sowie der nichtorganisierten Rechtsextremisten um 1,7 Prozent ab. Im Vergleich zu den Vorjahren läßt sich ein kontinuierlicher Rückgang von 64.500 Personen im Jahr 1993 über 50.900 im Jahr 2000 auf nun 40.700 Mitglieder ermitteln. Betrachtet man dagegen die Zahl der Neonationalsozialisten, so ergibt sich ein anderes Bild. Sie ist von 3.000 auf 3.800 gestiegen. Zugleich hat die Zahl der Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund von 10.792 (2003) auf 12.051 (2004) deutlich zugenommen, darunter 640 Fälle von Körperverletzungen, 37 Brandstiftungen und sechs versuchte Tötungsdelikte. Die meisten Gewalttaten in absoluten Zahlen ereigneten sich mit 116 registrierten Delikten wie schon im Vorjahr in Nordrhein-Westfalen. Bezogen auf die Einwohnerzahl steht erneut das Bun-

1 Vgl. Claus Leggewie/Horst Maier, *Republikschutz. Maßstäbe für die Verteidigung der Demokratie*, Reinbek 1995.

2 Vgl. die Rezension von Claus Leggewie und Horst Meier über den Verfassungsschutzbericht 1997, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 11, Baden-Baden 1999, S. 371-375, S. 371.

desland Brandenburg mit 105 Vorfällen an der Spitze. Auffällig ist das gehäufte Auftreten rechtsextremistischer Gewalttaten in den östlichen Ländern.

Ausführlich beschäftigt sich der Verfassungsschutzbericht wieder mit den drei auffälligsten rechtsextremistischen Parteien, der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), der Deutschen Volksunion (DVU) und den Republikanern (REP). Während DVU und REP weiter an Zulauf verloren haben, konnte die NPD im Zuge ihres Wahlerfolges bei den Landtagswahlen in Sachsen vom 19. September 2004 ihre Mitgliederzahl um 300 auf 5.300 steigern. Ihr wird eine „zunehmend aggressive Agitation“ attestiert, die „unverhohlen auf die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und des demokratischen Rechtsstaats“ (S. 62) ausgerichtet sei. Die jahrelangen Versuche, auf nationaler und internationaler Ebene eine stabile rechtsextremistische Dachorganisation aufzubauen, scheinen dagegen bislang an den ideologischen Differenzen zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen gescheitert zu sein. Ansätze für einen seit langem befürchteten Aufbau einer „Braunen Armee Fraktion“ sind dem Bericht zufolge nicht zu erkennen.

Auch den Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus, denen ein eigenes Kapitel gewidmet ist, scheint bisher kein Erfolg beschieden zu sein. Der Bericht macht dafür vor allem die Unfähigkeit der einstigen „68er“-Ideologen in den Reihen der Rechtsextremisten verantwortlich, Horst Mahler und Reinhold Oberlercher, denen es nicht gelungen sei, ihre „verworrenen Gedankenbilder einer breiten Anhängerschaft“ (S. 99) zu vermitteln. Besondere Aufmerksamkeit wird den Instrumentarien zur Vermittlung rechtsextremistischen Gedankenguts beigemessen, vor allem dem Internet. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß der deutsche Rechtsextremismus seine Präsenz „in allen Bereichen dieses Mediums“ ausbauen konnte. So werden – anonym über das Ausland – Texte und Lieder mit strafbarem oder indiziertem Inhalt ins Netz gestellt, Diskussionsforen eingerichtet und die E-Mail zur Individual- und Gruppenkommunikation bzw. zum Versenden von Spam-Mails mit dem Ziel genutzt, eine „Gegenöffentlichkeit“ (S. 118) zu schaffen.

Beim Linksextremismus hat die Zahl der Organisationen und sonstigen Personenzusammenschlüsse von 31.300 (2003) auf 30.800 abgenommen. In diesen Zahlen sind zwar die ca. 1.000 Anhänger der „Kommunistischen Plattform der PDS“ (KPF) enthalten, nicht aber diejenigen, die ansonsten der PDS oder anderen linksextremistisch beeinflussten Organisationen angehören. Generell sind seit dem Untergang des realen Sozialismus die Mitgliederzahlen des Linksextremismus – mit Ausnahme des Jahres 2000, in dem ein Anstieg auf 35.500 verzeichnet wurde – kontinuierlich zurückgegangen. Am stärksten hiervon betroffen war der westdeutsche Interventionsapparat der SED, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Ihre Mitgliederzahl liegt heute bei geschätzten 4.500 im Gegensatz zu den über 40.000 aus dem Jahr 1978.

Das Spektrum der gewaltbereiten Linksextremisten hat leicht um 100 auf rund 5.500 Personen zugenommen, darunter allein etwa 5.000 Autonome. Während die Straftaten stagnierten – 1.440 gegenüber 1.459 in 2003 –, sind die Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund von 483 (2003) auf 521 gestiegen. Wie schon in den Vorjahren

bleibt Berlin mit 155 Gewalttaten die „Hauptstadt“ linksextremistischer Gewalt, sowohl nach der Gesamtzahl als auch bezogen auf die Einwohnerzahl. Im Zentrum des gewaltbereiten Linksextremismus stehen die Autonomen. Beinahe alle Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund gehen auf ihr Konto. Der autonomen Szene fehlen einheitliche Führungsstrukturen oder Hierarchien; sie verfügen nicht über ein einheitliches ideologisches Konzept, weshalb Versuche der Vernetzung und Koordinierung von Aktionen bislang nicht zum erwünschten Erfolg führten. Auch wenn der Bericht feststellt, daß einzelne „autonome Zusammenhänge“ mit ihren Anschlägen durchaus die Grenze zu terroristischen Handlungen überschreiten, sind „gefestigte terroristische Strukturen, wie sie früher die ‚Rote Armee Fraktion‘ (RAF) und die ‚Revolutionären Zellen‘ (RZ) verkörperten“ (S. 131), nicht zu erkennen.

Problematisch gestaltet sich noch immer die Auseinandersetzung mit der PDS. Mit ihren 65.753 Mitgliedern stellt diese Partei das größte Mitgliederpotenzial. Da sie aber nicht in ihrer Gesamtheit als extremistisch eingestuft wird, dürfen nur Teile der Partei im Bericht erwähnt werden. Hierzu zählen neben der KPF das „Marxistische Forum der PDS“ (MF), die aus dem „Bund Westdeutscher Kommunisten“ hervorgegangenen Organisationen des „Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften“ und die „Arbeitsgemeinschaft Junger GenossInnen in und bei der PDS“ (AGJG). Neu hinzugekommen ist der seit Februar 2003 existierende „Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog“ (GD/SD). Dieser Zusammenschluß linker Dogmatiker in der PDS entwickelt sich nach Einschätzung des Verfassungsschutzes „zunehmend als ein Sammelbecken der extremistischen Kräfte in der PDS“ (S. 149).

Zu Recht weist der Bericht auf die nach wie vor existierenden Versuche vor allem trotzkistischer Gruppierungen wie der Sozialistischen Alternative (SAV) hin, „ihre Mitglieder auf die Beteiligung an der Neuformierung einer Partei links von der SPD“ (S. 162) zu orientieren. Diese der Entrismus-Strategie folgende Vorgehensweise muß man vor allem vor dem Hintergrund der Entwicklung der im Jahr 2005 gegründeten Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) und ihrer Absicht betrachten, mit der PDS zu einer einheitlichen Linkspartei zu fusionieren. Man darf gespannt sein, zu welchen Schlüssen der Verfassungsschutzbericht 2005 im Hinblick auf die Versuche der SAV kommen wird, die WASG-Landesverbände Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zu unterwandern.

Die größte Bedrohung der inneren Sicherheit stellt nach wie vor der „islamistische Extremismus und Terrorismus“ (S. 3) dar, auf den sich der damalige Bundesinnenminister Otto Schily in seinem Vorwort zum Verfassungsschutzbericht 2004 konzentriert. Verwunderlich ist nur, daß sich diese Einschätzung wieder nicht in der Struktur des von seiner Behörde herausgegebenen Verfassungsschutzberichtes widerspiegelt. Statt an vorderster Stelle wird dieser Bereich weit hinten im Kapitel „Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern“ behandelt. Dort wird festgehalten, daß die Anzahl aktiver islamistischer Organisationen seit 2003 bei 24 stagniert, wobei auch die Anzahl der Anhänger türkischer islamistischer Organisationen, die nach wie vor das größte Potential bilden, mit 27.250 gegenüber 27.300 (2003) nahezu gleichge-

blieben ist. Beachtlich gestiegen dagegen ist die Anhängerzahl sonstiger islamistischer Ausländerorganisationen (2003: 300; 2004: 1.250), was darauf zurückzuführen ist, daß eine pakistanische und eine tschetschenische Extremistenorganisation erstmals berücksichtigt wurden.

Im Gegensatz zu den Berichten der achtziger Jahre wird 2004 der Ausländerextremismus nur nach extremistischen Bestrebungen in einzelnen Volksgruppen wie Arabern, Türken, Kurden, Iranern, Pakistaner und Tschetschenen und nicht mehr nach islamistischen, linksextremistischen und extrem nationalistischen Gruppierungen unterschieden. Auch wenn dadurch eine genaue Ausdifferenzierung der Gewalttaten nicht möglich ist, so wird anhand der nackten Zahlen zwar deutlich, daß die Straftaten 2004 insgesamt erfreulicherweise von 1.473 auf 461 zurückgegangen, zugleich aber die Tötungsdelikte von null auf vier gestiegen sind.

Wer erwartet, daß ein Verfassungsschutzbericht nach den Kriterien der empirischen Sozialwissenschaft verfaßt werden könnte, geht von falschen Voraussetzungen aus. Es liegt in der Logik der Sache, daß mit nachrichtendienstlichen Mitteln erworbene Informationen vielfach nur vage bleiben können. Wenn man dieses berücksichtigt, dann liefert der Verfassungsschutzbericht 2004 ebenso wie seine Vorläufer einen analytisch fundierten Überblick über Entwicklungen und Trends an den extremistischen Rändern in Deutschland, auf die eine immer wieder von extremistischen Kräften bedrohte offene Gesellschaft nicht verzichten kann.

Kurzbesprechungen

Roland Baader, *Das Kapital am Pranger*. Ein Kompaß durch den politischen Begriffsnebel, Gräfelting 2005 (*Resch Verlag*), 302 S.

Die Dinge kommen stets anders, als man denkt. Nach dem Untergang des Sowjetkommunismus wurde vielfach ein „Ende der Geschichte“ beschworen, das mit dem Sieg des Kapitalismus unauflösbar verbunden sei. Trotzdem ist der „Kapitalismus“ wieder zum Schmähbegriff geworden – als wäre nichts geschehen. Che Guevara feiert auf T-Shirts sein Comeback, und Warnungen vor dem „Neoliberalismus“ füllen die Feuilletons. Der Soft-Sozialismus ist in Deutschland unter der „Großen Koalition“ auf dem Vormarsch. In anderen Teilen der Welt – man denke an Bolivien und Venezuela – ist es sogar schon wieder der harte Sozialismus alter Prägung. Der Wirtschaftspublizist Roland Baader kämpft in seinen Büchern seit Jahren mit Vehemenz gegen die kulturelle Hegemonie der Anti-Liberalen, die in letzter Zeit an Schärfe zugenommen hat. Sein Buch „Das Kapital am Pranger“ ist so etwas wie ein Manifest zur Rundum-Verteidigung des Kapitalismus. Im Gegensatz zu den Gegnern der kapitalistischen Ordnung stellt Baader erst einmal klar, was denn genau Kapitalismus sei. Kapitalismus ist bei ihm mehr oder weniger mit der marktwirtschaftlichen Ordnung identisch. Nur in einer solchen Ordnung kann Kapital gebildet werden und sinnvolle Kapitalallokation stattfinden. Dies ermögliche Gewinne, die nicht etwa des Teufels seien, sondern die Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und damit für allgemeinen Wohlstand. Der vielgeschmähte „Profit“ sei also der Motor des Fortschritts.

Damit grenzt Baader den Kapitalismusbegriff zugleich von der staatlich-subsidionsgeschwängerten Mischform ab, die die meisten Ökonomien Westeuropas definiere. Leider, so stellt Baader fest, seien selbst unter Unternehmern und Managern wenige echte Kapitalisten zu finden, sondern viele „Scheinkapitalisten“. Sie trügen in der Öffentlichkeit nicht wenig zur Diskreditierung des Kapitalismus bei, der nur als Wahrnehmung von Unternehmerinteressen empfunden werde. Daß Unternehmerinteressen in einer freien Wettbewerbswirtschaft etwas Anderes (und Besseres) seien, als in einer staatlichen Korporativ- und Privilegienwirtschaft, wird gerne übersehen. So wagt Baader es, das heute kaum noch Verteidigbare zu verteidigen. (Der Profit als einziges Mittel, Arbeit zu schaffen; der freie Unternehmer als Motor der Wirtschaft; das Kapital als eigentliche Dienerin des Gemeinwohls und – last but not least – die Globalisierung als Segen für die Menschen in aller Welt.) Demgegenüber stehen die Gefährdungen, die im Grunde jedermann bekannt sind, aber gerne verdrängt werden. Dies wäre etwa die grundsätzlich auf Kurzfristigkeit angelegte Logik des staatlichen Handelns und die sich daraus ergebenden Probleme – etwa die Staatsverschuldung, die sich bald zu einer Zeitbombe für die Wirtschaftsordnung entwickeln könnte. Genüßlich seziert Baader den ideologischen Unterbau des herrschenden wohlfahrtsetatistischen Systems, etwa die

Kurzbesprechungen

Überstrapazierung des recht sinnleeren Begriffs „soziale Gerechtigkeit“. Nebenbei stößt man dabei immer wieder auf die Namen großer Denker, die vor dem Ausbau des Staates zu Lasten des Marktes gewarnt haben, wie Friedrich August von Hayek, Wilhelm Röpke oder Walter Eucken. Das alles wird in leicht eingängiger, bisweilen polemischer Prosa dargelegt, die dem Laien den Einstieg in die komplexe Materie der Wirtschaftspolitik erleichtert. Wer die früheren Bücher Roland Baaders gelesen hat, wird viele Gedanken aus dem Buch kennen. Sie in dieser konzisen Form als „Gesamtargument“ für den geschmähten Kapitalismus zusammengestellt zu sehen, schadet nichts. Gegen Vorurteile kann man gar nicht oft genug anrennen.

Detmar Doering

Karen F. Balkin, *Extremist Groups*, Farmington Hills 2005 (*Thomson Gale*), 202 S.

Dennis C. Canterbury, *Neoliberal Democratization and New Authoritarianism*, Hanst 2005 (*Ashgate*), 210 S.

Catherine Eschle/Bice Maiguashca, *Critical Theories, International Relations and "the Anti-Globalisation Movement"*. The Politics of Global Resistance, London/New York 2005 (*Routledge*), 264 S.

Diese drei Veröffentlichungen ergänzen sich und tragen zum besseren Verständnis der Natur der globalisierungskritischen Bewegung bei – ihrer Akteure, Strategien, Ideologie und Dynamik. Die analytische Qualität der Bände ist sehr unterschiedlich. Das Buch von Karen F. Balkin besteht aus vier Kapiteln: „Are Some Religious Groups Harmful?“, „Do Some Liberal Groups Benefit Society?“, „Do White Supremacist Groups Promote Hate and Violence?“, „What Extremist Groups Pose a Threat Worldwide?“. Grundsätzlich ist die Vorgehensweise intellektuell interessant: Mittels der kurzen Beschreibung einer Gruppe, z.B. der Radical Environmentalists oder der Jewish Defense League, wird das Für und Wider ihres Handelns analysiert. Diese Konstruktion führt jedoch zu einer Schieflage: Al Qaida etwa wird sehr treffend als gefährliche Organisation beschrieben, aber es fehlt ein Vertreter der Terrorgruppe, der ihr Vorgehen erläutert. Yassir Arafat erklärt für die Palästinenser, die PLO lehne Gewalt und Terrorismus ab, ohne daß dieser Aussage widersprochen wird. So vermag das Buch die Natur der Extremismen nur ausschnittshaft zu beleuchten.

Canterburies Analyse ist von höherer Qualität. Brillant und originell charakterisiert er das Verhältnis zwischen der Globalisierung, dem Prozeß der neoliberalen Demokratisierung und dem neuen Autoritarismus, der im wesentlichen (aber nicht ausschließlich) in Ländern der Dritten Welt auftaucht oder sich wieder verstärkt. In neun sehr dichten Kapiteln beschreibt er den „Kreuzzug“ des Kapitalismus, der Afrika und Asien sowie den vormals kommunistischen Ländern ein Demokratisierungsmodell anbietet, das schwerwiegende ökonomische, soziale, kulturelle und mentale Folgen für die Bevölkerung nach sich ziehe. In der Dritten Welt führt dieses Angebot zu perversen Ergebnissen: Das Auftreten von oder Festhalten an autoritären Strukturen begünstigt die neoliberale Wirtschaft, fördert aber gravierende Probleme, Unruhen oder regionale Kriege. In den reichen Ländern sind die Kosten der neoliberalen Hegemonie ebenfalls

so erheblich, daß sie vor allem in der Arbeiterschaft zu einer autoritären Versuchung führen. Unter dem Mantel der Demokratisierung der Welt verbirgt sich nach Ansicht des Verfassers eine Krise der Demokratie.

Das von Catherine Eschle und Bice Maiguashca gemeinsam verfaßte Werk ist eine Fundgrube solider theoretischer Analysen und geographischer oder organisatorischer Fallbeispiele. In dem Kapitel „Constructing ‚the anti globalisation movement‘“ beweist Eschle klar und präzise, weshalb wir es mit einer neuen transnationalen sozialen Bewegung zu tun haben. Ihre Argumentation stützt sich auf zehn komplementäre Beiträge. So sind Mozambique, Mexiko (mit dem Phänomen Marcos) und Bolivien Fallstudien gewidmet. Ein etwas kurz ausgefallenes Kapitel berücksichtigt den globalisierungskritischen Diskurs in Asien. Weitere Beiträge behandeln den „Neoimperialismus“ (auf der Grundlage von Antonio Negris Empire-Buch), ATTAC und seine Intellektuellen, die Strategie des gewaltsamen Bruchs mit dem Kapitalismus usw. Auch die Frage des Feminismus wird im Zusammenhang mit den Konflikten an der Grenze zwischen den USA und Mexiko aufgegriffen. Eschles und Maiguashcas Sympathien für globalisierungskritische Bewegungen wie ATTAC kommen offen zum Ausdruck. Die Verfasser glauben an Gramscis Modell der Subversion durch organische Intellektuelle und machen aus Subkommandante Marcos eine Art Prophet der kommenden neuen Zeit. Vermutlich wird die Zukunft sie widerlegen.

Patrick Moreau

Dan Bar-On, Die Last des Schweigens. Gespräche mit Kindern von NS-Tätern, Hamburg 2004 (*edition Körber-Stiftung*), 340 S.

Katrin Himmler, Die Brüder Himmler. Eine deutsche Familiengeschichte, Mit einem Nachwort von Michael Wildt, Frankfurt a.M. 2005 (*S. Fischer*), 329 S.

Richard von Schirach, Der Schatten meines Vaters, München/Wien 2005 (*Carl Hanser Verlag*), 381 S.

Alles spielt auf der Mikroebene. Es scheint keine Makroanalyse des Nationalsozialismus zu geben. Drei Geschichten sind es: eine Geschichte der einstigen NS-Größen Baldur von Schirach (1907-1974), der Brüder Himmler, Gebhard (1898-1982), Heinrich (1900-1945) und Ernst (1905-1945), eine „ganz normaler“ deutscher Familien und eine aus Sicht der Kinder von Tätern. Katrin Himmler, geboren 1967, ist Tochter eines Sohnes von Ernst Himmler, Heinrich Himmler ist ihr Großonkel; Richard von Schirach, geboren 1942, ist Sohn des Reichsjugendführers und Gauleiters in Wien, Baldur von Schirach. Eine abstraktere Perspektive wählt der israelische Psychologe Dan Bar-On, indem er nach Mustern in Interviews mit Kindern von NS-Tätern sucht. Schatten und Schweigen sind Kernvokabeln, Bar-On faßt dies als „die dunkle Seite der Seele und die Suche nach Hoffnung“ (S. 303). Themen sind die Last der Vergangenheit, das Schweigen der Familien und das Verschweigen in der politischen Kultur. Dan Bar-On stellt Interviews mit Täter-Kindern vor – darunter ein Sohn Reinhard Heydrichs, ein Rabbiner in Jerusalem, ein gläubiger Katholik – und umschreibt einige Forschungslinien. Er

führt dies in ein Projekt „To Reflect and Trust – Nachdenken und Vertrauen“ über. Die TRT-Gruppen bestehen aus Kindern deutscher NS-Täter und von Holocaust-Überlebenden. Ziel ist es, den „psychologischen Abgrund“ beider Parteien zu „überbrücken“, um individuell wie kollektiv „Wege zur Versöhnung und Verständigung“ (S. 323 f.) einzuleiten. Eine andere Einordnung gibt Michael Wildt im Nachwort zur Familiengeschichte Himmler. Wildt betont gegenüber der politischen Strukturgeschichte im Licht von 1968 den Wert dieser Aufarbeitung aus der dritten Generation. Sie beleuchten „das Netz der Verbrechen“ (S. 301), beenden die „Deutungshoheit“ der Historiker und erhellen die Verantwortung der Täter. Richard von Schirach und Katrin Himmler setzen dabei einen „Kontrapunkt“ zu der besonders im Neonationalsozialismus verankerten Sichtweise, sich an Großvätern zu orientieren und diese Generation zu entschuldigen.

Katrin Himmler beginnt 1997 ihre „deutsche Familiengeschichte“, angeregt durch den Vater; Richard von Schirach blickt auf seine „ganz normale Familie“ (S. 355) und den Vater mit langen Pausen zurück, nachdem er ab 1953 den Vater in Spandau besucht hatte. Für die Kinder oder Enkel und für den Sohn immigrierter deutsch-jüdischer Eltern handelt es sich um beklemmende Arbeiten. Ziel ist die „Kraft des Erzählens“ (Bar-On, S. 308), um die subjektiven Wege zum Nationalsozialismus zu begreifen und selbst wegzukommen vom Eindruck des „anständigen Antisemiten“ (Schirach, S. 356), von selbstgerechter Larmoyanz bis zum Wunsch nach dem Abwurf einer Atombombe zur Beendigung der „Quälerei“ oder von einem Bild Heinrich Himmlers, der eigentlich „anständig“ für eine „ideale neue Gesellschaft“ einsteht und dafür die „Drecksarbeit“ tut (Himmler, S. 256, 283 f., 290 f.; Bar-On, S. 294 ff.). Diese Durcharbeitung betrifft bereits drei Generationen. Katrin Himmlers eigene deutsch-israelische Geschichte zeigt, die vierte Generation wird eingeschlossen. Es ist eine bedrückende, wichtige Lektüre.

Eike Hennig

Werner Bergengruen, Schriftstellerexistenz in der Diktatur. Aufzeichnungen und Reflexionen zu Politik, Geschichte und Kultur 1940-1963, hrsg. von Frank-Lothar Kroll, N. Luise Hackelsberger und Sylvia Taschka, München 2005 (*Oldenbourg Verlag*), 298 S.

Elena Agazzi, Erinnernte und rekonstruierte Geschichte. Drei Generationen deutscher Schriftsteller und die Fragen der Vergangenheit, Göttingen 2005 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 175 S.

Zusammen mit Reinhold Schneider und Ernst Wiechert gehört der deutsch-baltische Schriftsteller Werner Bergengruen zu den wichtigsten Repräsentanten der sogenannten „inneren Emigration.“ Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte haben Frank-Lothar Kroll, N. Luise Hackelsberger und Sylvia Taschka das Tagebuch und die Aufzeichnungen Werner Bergengruens in den Jahren 1940 bis 1963 herausgegeben. Bergengruen war ein scharfsinniger Gegner der Nationalsozialisten wie der Kommunisten. Man spürt, daß seine Einsichten nicht der politisch korrekten Position wegen eingenommen werden, sondern dem täglichen Erleben abgerungen sind.

Anhand der Eintragungen aus der Zeit des Nationalsozialismus kann der Leser ersehen, wie bedürftig nach Sinn und nach Menschlichkeit Bergengruen dieses Leben in einem totalitären Staat gemacht hatte. Bei seinem Ausschluß aus der Reichsschrifttumskammer im Jahr 1937 war dem Literaten von den neuen Machthabern bestätigt worden, er sei nicht geeignet, am Aufbau der deutschen Kultur mitzuwirken. Bergengruen, der das Terrorsystem als „eine Mischung von Publizität und Heimlichkeit“ entlarvte, entläßt keinen seiner Mitbürger aus der Verantwortung, wenn er schreibt: „Niemand darf sagen, er habe von den Greueln nichts gewußt. Diese Ausrede soll keinem hingehen. Was in den Konzentrationslagern geschah, das wußte jeder, wenn er nicht Gehör und Gesicht gewaltsam verschloß, um sich eine behagliche Unzerrissenheit der Seelenverfassung zu erhalten, wie sie in solchen Zeiten niemandem gestattet ist“ (S. 82).

Allein dieses Eintrags wegen ist die Veröffentlichung der vorliegenden Texte zu loben. Wer nach der Lektüre Bergengruens zu Elena Agazzis Studie greift, ist irritiert. Zu auffällig ist der Kontrast zwischen der analytischen Schärfe, der geschliffenen Sprache und dem politischen Unterscheidungsvermögen Bergengruens und den plumpen Geschichten der deutschen Schriftsteller dritter Generation. Gemeint sind die um 1960 Geborenen. Augenfällig ist die mutwillige Rekonstruktion, das Selbstmitleid und eine Naivität, die nicht zu entschuldigen ist.

Ich vermag Agazzis Befund nicht zuzustimmen, nach dem für diese dritte Generation deutscher Schriftsteller „der Grundsatz gilt, daß sie die Vergangenheit zwar schon gerne vergessen möchte, aber weiß, daß sie es nicht darf. Deshalb ist für sie die Fortführung des Diskurses über die Vergangenheit eine Aufgabe, die es souverän zu erfüllen gilt, ohne die Gesten der Selbstanklage zu wiederholen“ (S. 21). Eher drängt sich einem der Eindruck auf, daß es sich um ein Ausweichen in eine andere Zeit handelt, in der vermeintlich etwas los war. Daß indes das Leben im Nationalsozialismus eine Art äußerster Verknappung des Menschseins bedeutete, kann man bei Werner Bergengruen nachlesen.

Karin Wieland

Dirk Blasius, Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930-1933, Göttingen 2005 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 188 S.

Leitlinie der Studie von Blasius sind der Bürgerkrieg (einschließlich der Angst davor) und der Staat, der zur Rettung der bürgerlichen Ordnung die „nationale“ Bürgerkriegspartei unter seine Vormundschaft nehmen wollte. Aber zur Verhinderung eines Bürgerkriegs lieferte der Staat die Macht an eine Partei aus, die gewillt war, einen Bürgerkrieg in Permanenz zu führen, deren Führer keinen Zweifel aufkommen ließ, daß er entschlossen war, seine völkischen Visionen mit Gewalt zu verwirklichen. Die kumulierenden Fehlentscheidungen in der Destabilisierungsphase der Kabinette Brüning, Papen und Schleicher werden in acht Kapiteln analysiert. Der Autor hat gedruckte wie

ungedruckte Quellen herangezogen und die meinungsbildenden Presseorgane ausgewertet.

Nach dem blutigen 1. Mai 1929 verfügte das Land Preußen die Auflösung des Roten Frontkämpferbundes, der paramilitärischen Organisation der extremen Linken. (Als bald wurden dafür Ersatzorganisationen gebildet.) Im Streit darüber, wo der Hauptfeind zu verorten sei, zogen die anderen Länder nicht nach. Die eigentliche Staatsgefährdung wurde auf Seiten der Linken ausgemacht, das rechte Spektrum betrachtete man gelassener. Die Bildung der Harzburger Front und die Zunahme politisch motivierter und bewaffneter Straßengewalt führte zu einer Neubewertung der Extreme. Während Brüning, dem die Massendemokratie fremd blieb, die Krise zur Verwirklichung seiner restaurativen Zielsetzungen zu nutzen suchte, setzte Reichswehr- und Innenminister Groener in den Wochen der beiden Wahlgänge zum Reichspräsidenten im April 1932 die Auflösung der paramilitärischen SA durch. Der mit den Stimmen der Sozialdemokraten wiedergewählte Hindenburg wollte zur Demonstration seiner Überparteilichkeit die Maßnahme gegen die NSDAP unverzüglich durch eine ebensolche gegen den Reichsbanner kompensieren. Diese Durchlöcherung des SA-Verbots und die wenig später erfolgte Aufhebung der Verordnung nahmen der NSDAP das Odium einer Bürgerkriegspartei, gab der SA ihre Braunhemden zurück und ließ sie den Bürgerkrieg weiter führen, wie Blasius zeigt.

Warnungen gab es viele, aber die Regierung Papen glaubte auf dem Weg der Anpassung mit der offenen Unterstützung Hitlers, diesen zum Verbündeten ihrer Politik der „nationalen Konzentration“ gewinnen zu können. Das Kabinett Papen unterstellte der nur noch geschäftsführend amtierenden preußischen Regierung Unwillen, der Bürgerkriegsgefahr entschieden entgegenzutreten und leitete mit dem Preußen-Schlag die entscheidende Machtverschiebung ein. Die Argumente, die der Reichskanzler Papen zur Amtsenthebung der preußischen Landesregierung anführte, faßt Blasius pointiert zusammen: Sie „beruhen auf der Dichotomie zwischen einer Parteigemeinschaft für den Bürgerkrieg (Sozialdemokraten und Kommunisten) und einer Kampfgemeinschaft gegen den Bürgerkrieg (Regierung und Nationalsozialisten). Die Realität des Bürgerkriegs freilich desavouierte seine politische Inanspruchnahme“ (S. 69). Beim Preußen-Schlag intervenierte die Reichswehr noch einmal im Innern – danach nicht mehr! Für die Extremismusforschung bestätigt sich mehr: Der Staatsschutz der Weimarer Republik hat versagt, weil er wertneutral war.

Dieser Relativismus verpflichtete den Staatsschützer nicht auf unberührbare Verfassungswerte, er stellte ausschließlich auf die tatsächlichen Machtverhältnisse ab, ohne Rücksicht auf die Rechtmäßigkeit der Machtausübung. So konnte Hitler legal an die Macht kommen. Deshalb lehnt das Grundgesetz einen politischen Relativismus ab und bekennt sich mit den Menschenrechten und der Ewigkeitsklausel unübersehbar zu einer wertgebundenen Demokratie.

Rainer Erb

Literatur

Micha Brumlik, Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen, Berlin 2005 (*Aufbau Verlag*), 300 S.

Helga Hirsch, Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebensthema, Hamburg 2005 (*edition Körber-Stiftung*), 257 S.

Micha Brumliks Essay zielt auf das „Zentrum gegen Vertreibungen“. Der Autor ging, als „heimliches Motiv bei vielen (nicht allen) Betreibern der Zentrumsidee“ eine „Konkurrenz mit dem Gedanken an die Opfer der Shoah“ (S. 117) vermutend, auf Distanz: Erika Steinbach, die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, wolle sich „nicht wirklich [...] von ihrem nationalkonservativen und völkischen Umfeld lösen“ (S. 135). Jüdische Unterstützer seien „von Steinbach letztlich dupiert worden“ (S. 125). Brumlik zerpfückt Inhalt und Personal der „Charta der Vertriebenen“ (1950) und beleuchtet die um schuldhaftes Wegsehen und erlittenes Grauen kreisende Kriegsliteratur. Es folgen Begriffserwägungen zu Genozid und Klassenmord sowie Reflexionen über „Schuld und Versöhnung in der Geschichte“. Nach einem „revisionistischen“ Abriß der Vertreibung der Palästinenser wirbt er für ein realpolitisch chancenloses Lösungskonzept des Palästina-Konflikts. Das Plädoyer gegen „halbiertes nationales Gedenken“ mündet in die realitätsferne, universal-ethisch angelegte Idee „einer auf den Menschenrechten gegründeten, auf die globale Geschichte bezogenen Dokumentationsstätte“ (S. 289) in Lausanne.

Brumlik benennt die Opferzahlen: „Rein quantitativ stellt die nach dem Zweiten Weltkrieg exekutierte Vertreibung von etwa 11,5 Millionen – 2,25 Millionen starben dabei – ethnischen Deutschen [...] das größte Verbrechen *dieser* Art dar“ (S. 189, Hervorhebung im Original). Kritik verdienen Fehler und Ungereimtheiten: Mustafa Kemal als Chef der „nationalistischen Regierung“ rechnet er offenbar nicht zu den für den Armenier-Mord verantwortlichen Jungtürken (S. 188). Er datiert den Brand von Smyrna (1922) auf 1919 (S. 187), spricht schon für 1919 von einem „blutigen Bevölkerungsaustausch“ (S. 247), hält den Lausanner Vertrag (*nicht* „Verträge“) 1923 – „Modell“ für die Vertreibung der Deutschen – für „einen jener Pariser Vorortverträge“, wo er die Revision des Vertrags von Sèvres (1920, *nicht* 1919) meint (S. 187 f.). Er verwechselt die polnische Ostgrenze (Frieden von Riga 1921) mit der „in den Pariser Vorortverträgen verabredeten“ (S. 33) Curzon-Linie sowie Oberschlesien mit Niederschlesien (S. 39). Die Vertreibungen werden historisch verkürzt aus der NS-Praxis abgeleitet. Dazu kommen Fehlurteile: Peter Glotz habe die Geschichte „letztlich doch [aus] deutsch-völkischem Blickwinkel“ (S. 53) gesehen. Die Beneš-Dekrete seien aufgrund ihrer „politische[n] Notwendigkeit“ als vertretbar zu sehen. Vom Ansatz verfehlt ist die These, Beneš sei gegenüber den Herders „Herkunftsnation“ anhängenden Sudetendeutschen Vorkämpfer der „Willens- und Zukunftsnation“ (S. 54) gewesen – das Wartburgfest inspirierte einst die „Jungtschechen“.

Helga Hirsch, Vorkämpferin des „Zentrums“, bekannte sich erst spät zu ihrer Familiengeschichte, als sie – das Schweigen ihres Vaters über Heimatverlust und Demütigungen als „Flüchtling“ ergründend – die Vertreibung als unbewältigtes deutsches Thema entdeckte. Ihr Sammelband präsentiert Erinnerungen von durch Krieg und Vertreibung Entwurzelten. Sie erhellen Phänomene wie über die nächste Generation fort-

Kurzbesprechungen

wirkende Traumatisierung, Anpassungszwang, Identitätsfragen. Bedrückend anschaulich wird die Thematik im wechselseitigen Unverständnis zweier Brüder, von denen der eine als Deutscher, der andere als Pole „sozialisiert“ wurde.

Herbert Ammon

Stephan Burgdorff/Klaus Wiegrefe (Hrsg.), *Der Zweite Weltkrieg. Wendepunkt der deutschen Geschichte*, München 2005 (*Deutsche Verlagsanstalt*), 380 S.

Sänke Neitzel, *Abgehört. Deutsche Generäle in britischer Kriegsgefangenschaft 1942-1945*, Berlin 2005 (*Propyläen Verlag*), 638 S.

Einundsechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, eines barbarischen Konfliktes, dessen Folgen bis in die Gegenwart hineinreichen, ist die Zahl der Veröffentlichungen über Ursachen, Verlauf und Ende desselben unübersehbar. Aber Gesamtwürdigungen, in denen das Phänomen des totalen Krieges unter Berücksichtigung der mannigfachen Wechselwirkungen von Politik-, Militär-, Sozial-, Technik- und Wirtschaftsgeschichte auf der Grundlage relevanter internationaler Literatur angemessen aufgearbeitet worden ist, haben Seltenheitswert. Daher ist es erfreulich, wenn Sachkenner sich weiterhin bemühen, diese Lücken zu füllen – entweder durch Handbücher, Überblicke in begrüßenswerter Kurzfassung oder durch Publikationen mit bisher unbekanntem Quellenmaterial. Aus der vor dem Berichtsjahr erschienenen Literatur ist auf zwei Werke gesondert zu verweisen: In der berühmten Gebhardt-Reihe zur Deutschen Geschichte hat Rolf Dieter Müller, ehemals Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt, einen vorzüglichen Band über die Kriegsjahre von 1939-1945 veröffentlicht. Während dieses Standardwerk mehr unter einem nationalstaatlichen Betrachtungsprinzip verfaßt worden ist, arbeitete Gerhard Schreiber in seiner 2002 vorgelegten Studie über den Zweiten Weltkrieg stärker die globale Dimension heraus, und zwar in bemerkenswerter Weise.

Einen ganz anderen Ansatz zur Analyse des „Wendepunktes“ in der deutschen Geschichte haben Redakteure und Mitarbeiter des „Spiegel“ in Zusammenarbeit mit mehreren renommierten Wissenschaftlern gewählt. In einem Sammelband (mit 38 Autoren) beleuchten sie nicht streng chronologisch selektierte Kapitel des Krieges, die in mancher Beziehung Ergänzungen der oben genannten Bücher darstellen. Denn hier werden ausgewählte Probleme erörtert, welche in den Gesamtdarstellungen meist entweder zu kurz kommen oder gar nicht auftauchen. Ausgehend vom Schicksalsjahr 1945 im Teil „Griff nach der Weltmacht“ haben sie u.a. die Kinder-Krieger im Warschauer Aufstand 1944 und den „Mythos“ von der Neutralität Schwedens untersucht, desgleichen im Teil über das Unternehmen Barbarossa den freundlichen Empfang deutscher Truppen im Kaukasus oder im Zusammenhang mit der „Raubgemeinschaft“ die jüngst in der Wissenschaft in ihrer de-facto-Bedeutung umstrittene These von der NS-Sozialpolitik („das Volk bei Laune zu halten“), die den Zusammenhalt der Volksgemeinschaft und das Durchhalten im Kriege hätte gewährleisten sollen. In diesen Beiträgen steht Bekanntes

Literatur

neben Unbekanntem, häufig im „Spiegel“-Jargon formuliert und nicht immer auf der Höhe unserer historischen Erkenntnisse. Aber dennoch sind die Texte gut geeignet für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Teilen unserer so belasteten Zeitgeschichte.

Einen außergewöhnlich interessanten und aufschlußreichen Quellenband, in dem die Einstellung deutscher Offiziere zur NS-Kriegführung belegt wird, verdanken wir Sönke Neitzel, Historiker an der Universität in Mainz. Es handelt sich um sogenannte Abhörprotokolle in britischer Gefangenschaft. Vorzüglich eingeführt und kommentiert, enthüllen diese, was die dortigen Generäle und Stabsoffiziere von 1942 bis zum Kriegsende erlebt und wahrgenommen, zudem wie sie dies verarbeitet haben. In vielerlei Hinsicht lassen die Gespräche untereinander erkennen, in welchem Maß soldatische Erziehung und Indoktrination ihr Tun und Lassen mitbestimmt und welches z.T. abstruse Weltbild sie besessen haben. Neitzels Veröffentlichung ist ein vorzüglicher Beitrag zur Typologie des deutschen Offizierkorps (vom fanatisierten Vorgesetzten bis zum einfachen Soldaten) – wahrlich kein Ruhmesblatt der deutschen Wehrmacht.

Hans-Adolf Jacobsen

Elisabeth Carter, *The extreme right in Western Europe. Success or failure?*, Manchester/New York 2005 (*Manchester University Press*), 271 S.

Warum sind in einigen europäischen Demokratien Rechtsaußenparteien erfolgreich, während sie in anderen kaum eine politische Rolle spielen? Die an der Keele University lehrende Politikwissenschaftlerin konzentriert sich bei der Suche nach einer Antwort auf diese Frage im Gegensatz zu vielen anderen komparativen Studien auf die Angebotsseite, also auf die Leistungen der jeweiligen politischen Akteure und ihre Handlungsbedingungen in den unterschiedlichen politischen Systemen Europas.

Zunächst behandelt Elisabeth Carter das ideologisch-programmatische Angebot. Nach einer sorgfältigen Klärung der terminologischen Grundlagen entwickelt sie eine originelle, von allen bisher unterbreiteten Vorschlägen abweichende Typologie der Rechtsaußenparteien, je nachdem ob sie 1) die Immigrationsfrage in den Mittelpunkt stellen, 2) rassistisch sind und/oder 3) Demokratie, Parlamentarismus und Pluralismus entschieden bekämpfen. So gelangt sie zu fünf Typen: „Neo-Nazi parties“ erfüllen alle drei Kriterien; „Neo-fascist parties“ lehnen Demokratie, Parlamentarismus und Pluralismus ab, sind aber weder xenophob noch rassistisch; „Authoritarian xenophobic parties“ sind stark xenophob, kulturalistisch (ethnopluralistisch) und schwächer antidemokratisch; „Neo-liberal xenophobic parties“ dagegen stark xenophob und kulturalistisch, aber nicht antidemokratisch; „Neo-liberal populist parties“ schließlich erscheinen weder xenophob noch rassistisch noch antidemokratisch/antipluralistisch. In dieses Raster werden dann die Rechtsaußenparteien Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs, Griechenlands, Großbritanniens, Italiens, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Portugals, Schwedens, der Schweiz und Spaniens eingeordnet. Hier steckt der

Teufel im Detail, da die Autorin angesichts der Vielzahl der Fälle auf die in ihren Einordnungen schwankende Literatur angewiesen ist und Veränderungen im ideologisch-programmatischen Profil (wie bei der NPD der neunziger Jahre) nicht immer ausreichend Rechnung trägt. Dennoch überzeugt das Ergebnis ihrer statistischen Regressionsanalyse, zumal die „winning formulas“ anderer Komparatisten (wie Piero Ignazis, Herbert Kitschelt oder Jens Rydgrens) tendenziell bestätigt werden: Am größten sind die Erfolgchancen jener Formationen, die sich vom ideologisch-programmatischen Profil der historischen „Modelle“ des Nationalsozialismus und Faschismus entfernen.

Elisabeth Carter weiß, daß dies keine hinreichende Erfolgsbedingung ist. Sie prüft daher eine Reihe weiterer Erfolgsfaktoren in quantitativen Analysen. Untersucht werden „Party organization und leadership“, „Party competition“ und „The institutional environment“. Die Ergebnisse lauten, kurz zusammengefaßt: Streng organisierte und charismatisch geführte Parteien sind erfolgreicher. Innerparteiliche Zerstrittenheit mindert den Erfolg nicht. Rückt die gemäßigte Rechte zur Mitte, und/oder kommt es zu einer Depolarisierung des Parteiensystems, verbessern sich die Wettbewerbsbedingungen von Rechtsaußenformationen. Die Disproportionalität von Wahlsystemen mindert die Erfolgchancen von Rechtsaußenparteien wider Erwarten nicht. Staatliche Parteienfinanzierung und Medienzugang in Wahlkämpfen stellen wichtige Wettbewerbsfaktoren dar. Am Schluß testet die Autorin die Wechselwirkung der von ihr eruierten Erklärungsfaktoren in zwei statistischen Modellen. Hier zeigt sich die Schlüsselfunktion effektiver Parteioorganisation und charismatischer Führung für die Erklärung des Wahlerfolgs von Rechtsaußenparteien. Auch wenn bei der Zuordnung und Beurteilung einzelner Parteien die Schwächen quantitativen methodischen Designs deutlich werden, handelt es sich doch um eine imponierende Forschungsleistung, die mit ihrer begrifflichen Prägnanz, ihrer konzeptionellen Konsistenz und methodischen Stringenz Maßstäbe setzt.

Uwe Backes

Christian von Coelln, Zur Medienöffentlichkeit der Dritten Gewalt. Rechtliche Aspekte des Zugangs der Medien zur Rechtsprechung im Verfassungsstaat des Grundgesetzes, Tübingen 2005 (*Mohr Siebeck*), 277 S.

Axel Beater/Stefan Habermeyer (Hrsg.), Verletzungen von Persönlichkeiten durch die Medien, Tübingen 2005 (*Mohr Siebeck*), 215 S.

Zu den grundlegenden Institutionen des Rechtsstaates gehört als Errungenschaft der Aufklärung die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlung. Sie stellt ein wesentliches Element der Erzeugung von Legitimation im Verfahren der Rechtsdurchsetzung dar. Daß der Schutz durch die Öffentlichkeit in einer nicht auflösbaren Antinomie zum Anspruch der Gerichtsparteien auf Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte steht, ist weniger problematisch als der sich verschärfende Umstand, daß Öffentlichkeit als „Träger der öffentlichen Meinung“ als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft fungiert – unter den Bedingungen massenmedialen Anspruchs. Das Bundesverfassungsgericht und die

Rechtsprechung haben folgerichtig das allgemeine Persönlichkeitsrecht zum deliktsrechtlich sanktionierten Recht auf Achtung der individuellen Persönlichkeit ausgebaut. In diesem Kontext fragt die Habilitationsschrift des Passauer Juristen Christian von Coelln nach den Rechtsregelungen des Zugangs der Medien zur Dritten Gewalt, deren Klärung für den Verfasser eine Frage des Rechts ist. Die Ausführungen zu „Gerichtsöffentlichkeit und Demokratieprinzip“ sowie zum Rechtsstaatsprinzip stoßen auf besonderes Interesse. Der Autor kommt zu dem Fazit, daß die rechtsstaatliche Ableitung des Öffentlichkeitsgrundsatzes dem Verfahrenszweck der Wahrheitsfindung nicht widersprechen darf. Überzeugend legt die von Herbert Bethge betreute Arbeit dar, daß die „Saalöffentlichkeit“ dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip weiterhin nicht genügen. Zu fordern sei die grundsätzliche Medienöffentlichkeit der dritten Gewalt als Beitrag unter anderem auch zur rechtsstaatlich geforderten Publizistik. Will man an diesem als Standardwerk zu bezeichnenden Buch überhaupt etwas kritisieren, so vielleicht die historische Herleitung des Prinzips der Saalöffentlichkeit, welche mit der Volksgerichtsbarkeit einsetzt, obwohl die Gerichtsöffentlichkeit – wie eingangs angedeutet – Ergebnis der Aufklärung ist und keine überzeugende Verbindung zur Volksgerichtsbarkeit germanischen Ursprungs hat.

Der von den Juristen Axel Beater und Stefan Habermeier herausgegebene Band stellt die Beiträge eines internationalen Symposions an der Universität Greifswald vor. Er vermittelt eine interessante Übersicht der Diskussionen um die Verletzung von Persönlichkeitsrechten durch die (neuen) Medien in Frankreich, England, Deutschland, Schweden sowie in Norwegen. Das Verdienst dieser Sammlung liegt in der Feststellung, daß die nationalen Rechtssysteme sich in höchst unterschiedlicher Rechtsform Persönlichkeitsverletzungen durch die Medien annehmen. Zu Recht konstatiert Stefan Söder, daß Personen in herausgehobenen gesellschaftlichen Positionen einerseits dazu neigen, ihr Privatleben in den Medien extensiv auszubreiten, um einen möglichst hohen Grad an Aufmerksamkeit zu erzielen, andererseits „allergisch“ reagieren, wenn über ihr Privates extensiv im Sinne einer Unterhaltungsöffentlichkeit berichtet wird. Besonders lesenswert ist Beaters Beitrag zur Frage nach dem Ertrag des Deliktsrechts als Erkenntnisquelle für das Medienrecht – ausgehend von der Einsicht, daß deliktische Entscheidungen Medienrecht erzeugen können. Die sogenannte Caroline-Rechtsprechung ist ein einschlägiges Beispiel dafür. Der Sammelband ist vor allem in der Lehre mit Gewinn einzusetzen.

Raban Graf von Westphalen

Christian Delacampagne, Die Geschichte des Rassismus, Düsseldorf/Zürich 2005 (*Artemis & Winkler*), 318 S.

Der an der John Hopkins Universität in Baltimore Philosophie lehrende französische Autor ist deutschen Lesern schon durch seine „Geschichte der Sklaverei“ bekannt. Seine kompakte „Geschichte des Rassismus“ entwickelt eine Präzisierung des Begriffs

„Rassismus“, unterscheidet zwischen Formen des Fremdenhasses und dem – selteneren Phänomen – des Genozids, skizziert eine Geschichte der Ablehnung und des Kampfes gegen den/die „Anderen“, von der klassischen Antike bis in die Gegenwart. Ohne sich von großen Namen einschüchtern zu lassen, geht er auch der Fremdenfeindlichkeit eines Aristoteles und des großen Scholastikers Thomas von Aquin auf den Grund. Ausgegrenzte Minderheiten wie die Juden in hellenistischer Zeit, im Mittelalter und in der Neuzeit werden aufgrund der jeweiligen zeitgenössischen Dokumente vorgestellt. Informativ, doch weniger bekannt, ist das Kapitel über Eroberung, Unterdrückung und Vernichtung der Indianer in Süd- und Nordamerika. Dabei wird bei aller Grausamkeit das Sterben der Mehrheit der „Rothäute“ nicht als Genozid diagnostiziert, da die hierzu notwendige Intention offensichtlich fehlte. Überarbeitung, Ansteckung mit Infektionskrankheiten, gegen die die Indianer nicht immun waren, und Alkoholismus haben zu deren Schicksal beigetragen. Aufschlußreich sind auch die Hinweise auf die Versklavung der Ureinwohner Südamerikas, denen die spanischen und portugiesischen Eroberer – formell – auf spanisch oder portugiesisch die Taufe anboten (ohne sich allerdings um ausreichende Verständigung zu bemühen) und bei Weigerung die Sklaverei androhten.

Das Kapitel über den Sklavenhandel mit Afrikanern, die – im Gegensatz zu den Indianern – keinen christlichen Fürsprecher fanden, stellt christlichen, wie muslimischen Händlern ein schlechtes Zeugnis aus. Auch wenn das Christentum die Abstammung aller Menschen von einem Paar und damit im Grunde die Gleichheit deklarierte, tolerierten die Theologen des Mittelalters die Institution der Sklaverei, wie die der Hörigkeit, und forderten lediglich von den Herren, diese milde zu behandeln. Die Aufklärung kennt zwar einen neuen Begriff der Gleichheit, entwickelt aber mit der Entstehung biologischen Denkens auch ein – angeblich – wissenschaftliches Konzept der angeborenen (nicht durch Konversion aufhebbarer) Merkmale der Verschiedenheit. Auf dieser Basis entsteht der Mythos der Herrenrasse, zu dessen Entfaltung u.a. französische wie deutsche Autoren beitragen. Wertvoll ist der ausführliche Exkurs über den „Völkermord an den Armeniern“, an dem sowohl die deutschen Verbündeten der Türkei (und der Generalstab) als auch die nur leise protestierenden Westmächte mitschuldig sind. An der Entwicklung des Rassismus (und namentlich des Antisemitismus) zwischen den Weltkriegen waren die „Protokolle der Weisen von Zion“ einflußreich, die im Dienste der zaristischen Regierung vor 1914 gefälscht worden waren und noch heute in arabischen Ländern als „Dokument“ zirkulieren. In einem Kapitel wird über den Völkermord an den Juden, auch über den an den Sinti und Roma, präzise und auf knappem Raum berichtet. Für deutsche Leser vermutlich neu und informativ sind die Ausführungen über Antisemitismus und Rassismus in Frankreich nach 1945. In einem Nachwort zur deutschen Ausgabe modifiziert der Verfasser seinen ursprünglichen Optimismus mit Blick auf das allmähliche Verschwinden von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Das mit nüchterner Gelassenheit verfaßte Buch über grauenhafte historische Geschehnisse und die größten Verbrechen der Menschheit, die erst nach 1945 vor allem in UNO-Dokumenten definiert und wenigstens im Prinzip unter Strafe gestellt worden sind, eignet

sich vorzüglich zur Einführung in diese Probleme und klärt umfassend über die „Ablehnung des Anderen“ auf, die in Rassenhaß und Fremdenfeindlichkeit ihren Ausdruck findet und letztlich immer auf imaginäre Angst zurückgeht.

Iring Fetscher

Torsten Diedrich/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.), Staatsgründung auf Raten? Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR, Berlin 2005 (*Ch. Links Verlag*), 435 S.

Die Metapher von der „inneren Staatsgründung“ der DDR, die wahlweise nach dem 17. Juni oder nach dem 13. August stattgefunden habe, veranlaßte das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Potsdam und die Birkhler-Behörde zu einer Tagung, die in diesem Band dokumentiert wird. Im abschließenden Beitrag betont Kowalczyk mit Recht, daß es eigentlich zunächst einmal um eine klare Bestimmung dessen gehen müsse, was damit gemeint sei – zumal hinzukommt, daß in der Forschung ja immer deutlicher wird, daß wesentliche Weichenstellungen sogar bereits vor Vereinigung von KPD und SPD innerhalb der KPD getroffen worden waren. So ist der Band noch mehr als sonst Tagungsbände dieser Art ein Diskussionsbeitrag, der manchmal resümierend, manchmal forschend die Auswirkungen von Volksaufstand und Mauerbau auf innere Strukturen der DDR untersucht und dabei des öfteren auch auf die internationale Lage zu sprechen kommt. Neues wird nicht immer geboten, so ist die Feststellung keine Überraschung, daß das Regime nach dem Juniaufstand im Vergleich mit dem vorherigen psychopathischen Wüten weniger hart oder besser kalkuliert zugriff, daß der Mauerbau zu einer Art Stabilisierung der DDR beigetragen hat und daß Staatssicherheit und politische Justiz mehr auf Überwachung und Verhinderung setzten als auf nackte Repression. Aber um präzise zu fragen, ob erst 1953 oder gar erst 1961 die DDR sozusagen wirklich gegründet worden ist, wird noch viel getan werden müssen, insbesondere muß man sich über die Relevanz dieser Frage klarwerden sowie darüber, welches denn die Charakteristika einer eigentlichen DDR sein sollen.

Vielleicht hängt es damit zusammen, daß so gut wie alle Beiträge eher keinen scharfen Einschnitt nach dem 17. Juni 1953 und dem 13. August 1961 konstatieren. Entweder wird in dem betreffenden Text gar nicht auf diese Ereignisse abgestellt, sondern vielmehr in einem Kontinuum erzählt, oder es wird ausdrücklich festgestellt, daß die Einschnitte weniger tief waren als man annehmen könnte. So etwa lesen sich die Aufsätze über die schrittweise Durchsetzung des SED-Führungsanspruchs (Heike Amos), über die Herrschaftsstruktur innerhalb der SED (Andreas Malycha) und über die Staatssicherheit (Roger Engelmann), die jeweils eher eine Art unablässiger Veränderungen diagnostizieren. Für die Rolle der Sowjetarmee (Kurt Arlt) wird festgestellt, daß sie sich nach dem 17. Juni in der Öffentlichkeit zurückhielt und daß der Mauerbau lediglich die Bedingungen für Entwicklungen verbesserte, die ohnehin seit längerem stattfanden. Manche Artikel befinden sich auf einem hohen Abstraktionsniveau, das in

Kurzbesprechungen

dem Bemühen gewählt wurde, vom rein Faktischen wegzukommen. Demgegenüber erfreut die temperamentvolle Sprache Stefan Wolles in dessen Beitrag über die Stimmung in der Bevölkerung nach Volksaufstand und Mauerbau. Der Einband zeigt sehr eindrucksvoll das Brandenburger Tor am 17. Juni 1953, nach dem 13. August 1961 und nach dem 9. November 1989 – soll man etwa annehmen, so richtig sei die DDR überhaupt nie gegründet gewesen? Es wäre keine Verniedlichung, wenn man das von einem Staat sagen würde, der nach brutalsten Anstrengungen schließlich doch zusammenklappte.

Wolfgang Schuller

Henrik Eberle/Matthias Uhl (Hrsg.), *Das Buch Hitler. Geheimdossier des NKWD für Josef W. Stalin*, Bergisch Gladbach 2005 (*Lübbe*), 672 S.

Henrik Eberle und Matthias Uhl schreiben die Geschichte des Dritten Reiches nicht neu; die Person Hitler wie auch das Funktionieren des „Führerstaates“ sind umfassend erforscht. Die Historiker legen mit dem „Buch Hitler“ dennoch ein ungewöhnliches Dokument vor: Sie stießen im Russischen Staatsarchiv für Zeitgeschichte auf Material, das der sowjetische Geheimdienst nach sorgfältigen Recherchen von 1948 bis 1949 verfaßt hatte und das zunächst nur für einen einzigen Leser bestimmt war: Josef W. Stalin. Der Diktator gab das detaillierte Porträt seines besieigten Widersachers in Auftrag, weil er der Nachricht über Hitlers Selbstmord zunächst keinen Glauben schenkte. Hochrangige Offiziere des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) rekonstruierten im Zuge der „Operation Mythos“ die letzten Wochen im Führerbunker, nicht zuletzt, um Klarheit über Hitlers Tod zu gewinnen. Systematisch fahndete das NKWD nach Personen aus dem unmittelbaren Arbeits- und Lebenskreis Hitlers. Ein Coup gelang mit der Verhaftung des persönlichen Adjutanten Otto Günsche und des Kammerdieners Heinz Linge: Beide lieferten detaillierte Informationen aus dem Umfeld des „Führers“. In zahllosen Verhören gaben die „Kronzeugen“ Äußerungen Hitlers über die Generalität, alte Weggefährten, Gäste und Ereignisse wieder. Beide SS-Offiziere informierten über das Verhältnis zu Eva Braun, über Hitlers Krankheitsgeschichten und das Alltagsleben im Führerbunker. Sie nahmen an Lagebesprechungen teil und erlebten Hitlers Verzweiflung angesichts der aussichtslosen militärischen Lage in den letzten Kriegsmonaten. Ihre glaubwürdigen Berichte bestätigten Stalin den Freitod seines einstigen Gegners. Ende Dezember 1949 nahm der Kreml-Chef „eine Art Abschlußbericht von 413 Schreibmaschinenseiten“ (S. 24) entgegen und ließ das „Buch Hitler“, von dem nur ein Exemplar existierte, in seinem persönlichen Archiv ablegen.

Jahrzehnte später – erst 1991 erhielten ausländische Historiker zum Parteiarchiv der KPdSU Zugang – entdeckte Matthias Uhl die Akte Nr. 462a und förderte damit ein Zeitdokument zutage, das kein wissenschaftliches Werk darstellt, sondern eine authentische Quellensammlung über das alltägliche Funktionieren der Hitler-Diktatur. Die

Herausgeber verweisen auf „blinde Flecken“: Unerwähnt bleiben der Holocaust, der Hitler-Stalin-Pakt und die Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie. Im Mittelpunkt steht die Person Hitler, die als „Führer“, Feldherr, Gastgeber, Vorgesetzter und Privatmann beschrieben wird. Das Dossier läßt die Analyse vermissen; es zeigt – dem Motiv des Auftraggebers und der Verfasser Rechnung tragend – nur bruchstückhaft Weg und Versagen des deutschen Diktators. Der Geschichtswissenschaft vermittelt der „Archivfund“ faktisch nichts Neues. Gleichwohl ist die Publikation wichtig: Zum einen begehen dem Leser unveröffentlichte Dokumente, die den bisherigen Kenntnisstand bestätigen oder ergänzen. Zum anderen stellt das Dossier eine wertvolle Quelle dar, die den Antagonismus zwischen den beiden Diktatoren unterstreicht. Die Historiker verdanken der Neugier Stalins weitere Informationen über den politischen und privaten Alltag Hitlers. Beflissen korrigieren Eberle und Uhl manche Unkorrektheit in den Verhörprotokollen, fügen ein umfängliches Nachwort an. Kurzbiographien ergänzen das Werk; nur die nahezu 600 Fußnoten wirken übertrieben. „Das Buch Hitler“ leistet einen Beitrag gegen die Mystifizierung des „Phänomens“ Hitler.

Dorit Seichter

Edinger, Michael/Andreas Hallermann, Politische Kultur in Ostdeutschland. Die Unterstützung des politischen Systems am Beispiel Thüringens, Frankfurt a.M. u.a. 2005 (*Peter Lang Verlag*), 209 S.

Die politische Kultur in den neuen Ländern sei nicht demokratisch konsolidiert. Sie zeichne sich durch eine stärkere Affinität zu links- und rechtsextremen Denkmustern aus, zum einen verursacht durch die wenig weltoffene DDR-Gesellschaft, zum anderen durch den sich schwierig gestaltenden Transformationsprozeß seit 1990. Diese Auffassung, die durch Wahlergebnisse gestützt wird, ist verbreitet, die empirische Grundlage oft dünn. Insofern verdient das Unterfangen von Edinger und Hallermann Aufmerksamkeit. Die Autoren wollen den Ursachen für die geringere Systemunterstützung im Osten auf die Spur kommen, beschränken sich dabei – am Beispiel von Thüringen – überwiegend auf den Rechtsextremismus. Nach theoretischen Anknüpfungspunkten, die auf sozialisations- wie situationsbedingte Faktoren eingehen, wird die Frage der Einstellungen zum politischen System untersucht, etwa mit Blick auf das Demokratieverständnis und die Demokratiebewertung. Das Demokratieverständnis ist stark egalitär geprägt, die Idee des Sozialismus überwiegend akzeptiert. Das Institutionenvertrauen, angesiedelt zwischen der Demokratie als Staatsidee und der Demokratiezufriedenheit, ist unterschiedlich stark entwickelt (es liegt für die „politikferne“ Polizei bei 63 Prozent, für die Parteien nur bei neun Prozent). Beim Ausmaß der Demokratieunterstützung bedarf es der Unterscheidung zwischen der Idee der Demokratie und der praktizierten Demokratie. Die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis ist seit Beginn des Jahrzehnts deutlich zurückgegangen. Was die Quellen der Systemunterstützung betrifft, kommen die Autoren zu dem Schluß, daß sozialstrukturelle Faktoren wenig

aussagekräftig sind, wohl aber sozioökonomische Merkmale und politische Einstellungen. Die Konsequenzen mangelnder Systemunterstützung zeigen sich mit Albert O. Hirschmann in der „exit-Option“ (Rückzug aus dem politischen Leben) und der „voice“-Option (Widerspruch gegen das „System“).

Einen besonderen Schwerpunkt legen die Autoren auf den Rechtsextremismus. Aufgefächert wird zwischen „Ausländerfeindlichkeit“, „Sozialdarwinismus“, „Nationalsozialismus“, „Antisemitismus“ und „rechte Diktatur“. Die empirische Studie kommt zu dem Ergebnis, daß zwar ein hermetisch geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild nur bei ganz wenigen Thüringern besteht, wohl aber über 20 Prozent rechtsextremistisch eingestellt sind, was eine Zunahme gegenüber den letzten Jahren bedeutet. Diese hohe Zahl hängt wesentlich von der gewählten Skalenbildung ab. Zu Recht verweisen die Autoren auf eine gewisse Willkür bei der Abgrenzung hin. Die jüngsten Alterskohorten weisen die geringste Neigung zu rechtsextremen Tendenzen auf, die ältesten die größte. Wie die repräsentative Wahlstatistik allerdings zeigt, ist dies bei den Stimmen für rechtsextreme Parteien gerade andersherum. Edinger und Hallermann teilen nicht die Behauptung, daß eine Verbesserung der Wirtschaftslage automatisch zu einem Rückgang rechtsextremer Einstellungen führt.

Für die Autoren ist die Wertordnung der Demokratie im Osten Deutschlands akzeptiert, weniger jedoch die reale Demokratie. Allerdings nahmen rechtsextreme Einstellungen ebenso zu wie positive Bewertungen der DDR. Was die künftige Perspektive betrifft, sehen Edinger und Hallermann in Deutschland einen Trend zur Konvergenz. Schon jetzt deutet sich „in manchen Bereichen wie der Wahlbeteiligung, der elektoralen Volatilität und der Entwicklung der Parteimitgliederzahlen an, daß die Zukunft des vereinigten Deutschlands in den neuen Ländern vorgezeichnet, wenn nicht gar vorweggenommen wird“ (S. 192 f.).

Eckhard Jesse

Leonhard Fuest/Jörg Löffler (Hrsg.), Diskurse des Extremen. Über Extremismus und Radikalität in Theorie, Literatur und Medien, Würzburg 2005 (Verlag Königshausen & Neumann), 211 S.

Der Sammelband ist das Resultat einer Tagung im Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen vom Mai 2002. Er ist ein interdisziplinärer Versuch, das „Extreme“ aus dem Blickwinkel der Theorie, der Literatur und der Medien zu untersuchen – dies allerdings nicht in einer systematisierten Form, sondern „mit diskursiven Schlaglichtern“ (S. 12). Das Ergebnis ist ein recht heterogener Band mit einigen interessanten Artikeln, dem aber der rote Faden fehlt. Der aus sozialwissenschaftlicher Sicht relevanteste Artikel – aus der Feder von Wolfgang Kraushaar über den „Extremismus der Mitte“ – zeichnet sich leider durch Einseitigkeit aus; in seinem Bestreben, Lipsets ebenso alte wie umstrittene These am Leben zu halten, rekurriert er auf betagter Literatur und ignoriert neuere Forschungsergebnisse, die dieser widersprechen könnten (etwa Jürgen Falter

Analyse über Hitlers Wähler). In der Folge finden sich philosophische Beiträge – zum Liberalismus von Angela Kallhoff, zum Naturalismus von Christian Suhm, zur Radikalität als Denkfigur (Frauke Annegret Kurbacher) und als Sprachspiel (Stefan Willer) sowie ein Text von Susanne Brauer zur Frage, ob Werte durch Konversion entstehen. Als nächstes kommen literaturwissenschaftliche Analysen: Jan Phillipp Reemtsma beschreibt das Ehepaar Macbeth als Beispiel für den „Extremismus exklusiver Zweierbeziehungen“ (S. 83), Wolfgang Lange nimmt Georg Büchners Woyzeck als Beispiel für Literatur im Extrem, Leonhard Fuest analysiert Herman Melvilles Figur Bartleby als Exponenten eines „Extremismus des Nicht(s)“ (S. 133), und Jörg Löffler setzt sich mit Botho Strauß anhand der Erzählung „Theorie der Drohung“ auseinander. Die letzten vier Beiträge sind thematisch noch weiter ausgebreitet: Detlev Kremers Artikel über „Extreme Bilder“ sowie Jürgen Gunia über „Extreme Diskurse“ behandeln jeweils Einzelfälle; Hans-Joachim Jakob analysiert extreme Gewaltdarstellung in amerikanischen Filmen von 1965 bis 1980, und Karin Wendt beschreibt Aktivitäten einer Londoner Internet-Künstlergruppe namens „Mongrel“.

Der Band dürfte alles in allem eher ratlose Leser hinterlassen, insbesondere solche von politik- und sozialwissenschaftlicher Provenienz. Leider fehlen sämtliche Hinweise auf die Autoren sowie jegliche Register. Unklar ist auch der unmittelbare Anlaß (von der erwähnten Tagung abgesehen) für die Entstehung des Buches – warum gibt es diese Zusammenstellung von Autoren zu diesem Zeitpunkt? Einzelne Beiträge sind durchaus lesenswert und im Prinzip in der Lage, die eine oder andere neue und interessante Perspektive für die weitere Beschäftigung mit dem „Extremen“ zu eröffnen. Allerdings wird dies nicht systematisiert und für die künftige Behandlung des Themas Extremismus und Extreme operationalisiert – in welchen Fachgebieten auch immer. Man würde gerne erfahren, wie etwa die tiefeschürfende Analyse eines Macbeth oder Büchner unter dem Banner der Interdisziplinarität die weitere Erforschung des Extremen in anderen Feldern weiterbringt. Insgesamt handelt es sich um einen mutigen Band, der aber kein Beitrag für die sozialwissenschaftliche Extremismusforschung ist.

Gerhard Hirscher

John Lewis Gaddis, *The Cold War. A New History*, New York 2005 (*Penguin Press*), 333 S.

Die angelsächsische Presse hat über das Buch hymnisches Lob ausgeschüttet; nach vielen Einzelstudien sei dem Professor aus Yale nun das zusammenfassende Meisterwerk gelungen. Gaddis selbst wollte zunächst seine Studenten und die interessierten Nachgeborenen über den Kalten Krieg belehren, dann aber auch die Fachwelt beeindrucken. Zugegeben, das Buch ist mit leichter Hand geschrieben und soll hohen Ansprüchen genügen. Doch was nutzen all die literarischen Anleihen, wenn darüber der Stoff zerfasert? Daß die zeitlichen Abläufe neu miteinander verschränkt werden und manche Akteure, heißen sie nun Kennedy, Nixon oder Mao, immer wieder aufmarschieren, möchte

hingehen, wenn der Darstellung eine tragende Idee zu Grunde läge oder sie aus einem Blickwinkel verfaßt wäre. Das ist aber nicht der Fall. Die Beendigung des Korea- wie des Vietnam-Krieges erfährt eine ausführliche Würdigung, auch unter chinesischem Vorzeichen. Bei allem Respekt, eine Hauptrolle im Stück vom Kalten Krieg hat Mao allenfalls in einzelnen Akten gespielt. Der deutsche Schauplatz wird, wenn überhaupt, in einen Nebenschauplatz verwandelt, und das in allen Phasen des Kalten Krieges. Gewiß, die deutsche Leserschaft kann nur lernen, wenn sie der Nabelschau entwöhnt und an die Globalität des Konflikts erinnert wird. Aber die Gewichtung, die Gaddis Ereignissen wie Einflüssen angedeihen läßt, ist auch aus Sicht der Vereinigten Staaten falsch. Haben die Amerikaner nicht zuerst in Berlin, 1948, der Sowjetunion signalisiert: bis hierher und nicht weiter? Der Marshall-Plan wird zu Recht gerühmt und als Inbegriff jener Hoffnung gewürdigt, die Demokratie und Kapitalismus verbreiteten. Neben dieser Anziehungskraft macht Gaddis die jeweiligen neuen atomaren Waffen und deren tatsächlichen oder vermeintlichen Besitz als bestimmenden Faktor im Verlauf des Kalten Krieges aus. Zum Besten des Buches gehört, wie er die Zeitbedingtheit der wechselnden Doktrinen hervorscheinen läßt - von der „massiven Vergeltung“ über die „flexible Response“ und die „Mutual Assured Destruction“ bis hin zu Reagans Unverwundbarkeitsphantasien, die sich nicht realisieren ließen und doch schon auf den amerikanischen Sieg hindeuteten.

Gelegentlich und ohne jede Systematik wird die kranke Sowjetwirtschaft erwähnt. Die Folgen für den Zusammenhalt des Imperiums und die Kraft der Ideologie bleiben unerörtert. Sonst hätte Gaddis nicht mit so dickem Pinselstrich die Figuren ausmalen können, die zu Beginn der achtziger Jahre die Bühne betraten und das Ende der Entspannung, „the collapse of détente“ (S. 197), personifizierten – Johannes Paul II., Walesa, Thatcher, Reagan. Gaddis reduziert die Entspannungspolitik auf den Versuch einer atomaren Rüstungskontrolle und weiß von ihrem Niederschlag in Europa, zumal im geteilten Deutschland, nichts. Gedankliche Stringenz gehört nicht zu des Autors starken Seiten. Denn wie fügen sich die eingestreuten Bemerkungen, daß das Tor schon halb offen gestanden habe und Reagan nur noch hineingetreten sei, in das Bild von dem abruptem Umschlag 1980 und den starken Persönlichkeiten, die nun endlich Tacheles geredet hätten?

Kein Wunder, daß das Ende des Kalten Krieges vor den Küsten von Malta schwimmt; hier hatten sich im Dezember 1989 Bush und Gorbatschow getroffen. Auf den letzten Seiten ist man amüsiert, daß der Bundeskanzler zur unerheblichen Randfigur herabsinkt; ach ja, da war noch die deutsche Einheit abzuhaken, die Kohl sich von den Ostdeutschen aufnötigen ließ. Verärgerung macht sich breit, wenn Krenz und Modrow beim Namen genannt werden und der eine zum Nachfolger des anderen aufsteigt. Das Buch ist tatsächlich eine „neue“ Geschichte des Kalten Krieges – eine, die neue Verwirrung stiftet.

Brigitte Seebacher

Literatur

Terri E. Givens, *Voting Radical Right in Western Europe*, New York 2005 (*Cambridge University Press*), 178 S.
Pippa Norris, *Radical Right. Voters and Parties in the Electoral Market*, New York 2005 (*Cambridge University Press*), 349 S.

Beide Studien widmen sich in vergleichender Perspektive der Frage, Terri Givens konzentriert sich auf vier westeuropäische Staaten: Frankreich, Österreich, Deutschland und Dänemark. Sie stellt in diesen Ländern ein ähnlich großes Potential für Rechtsaußenparteien fest. Die Nachfrageseite sei fast gleich strukturiert, die Wählerbasis der extremen Rechten habe sich angeglichen. Doch während in Österreich und Dänemark entsprechende Parteien auf nationaler Ebene eine parlamentarische Vertretung haben, muß der französische Front National (FN) trotz guter Wahlergebnisse auf eine solche verzichten, und in der Bundesrepublik bleiben REP oder NPD marginal. Die Ursache hierfür sei in den von den jeweiligen Wahlsystemen ausgehenden Anreizen zu suchen. Wo diese Effekte strategisches Handeln von Wählern und/oder Parteien hervorrufen, werde die extreme Rechte benachteiligt. In Frankreich habe der strategische Umgang der etablierten Parteien mit dem Mehrheitswahlssystem den Einzug des FN in die Nationalversammlung verhindert, in Deutschland hätten die taktischen Überlegungen der Wähler den Ausschlag gegeben. Deren Stimmabgabe sei stark von Koalitionsstrukturen abhängig, was der extremen Rechten schade.

Solchen psychologisch (mittelbar) wie mechanisch (unmittelbar) wirkenden Effekten von Wahlsystemen wird in der Untersuchung von Pippa Norris gleichfalls eine hohe Bedeutung zugemessen. Dabei vermeidet die Autorin in ihrer sehr breit angelegten Studie die Beschränkung auf Westeuropa. Daten aus 39 Staaten gehen in die Analyse ein. Das Erklärungsmodell von Norris beruht auf der Idee rationalen Verhaltens von Wählern und Gewählten. Die Wahlberechtigten neigen zur Stimmabgabe für Gruppierungen, die ihnen im politischen Raum am nächsten stehen, die Parteien bemühen sich um Stimmenmaximierung. Auf diese Weise entsteht ein Markt, auf dem Angebot und Nachfrage interagieren. Norris variiert dieses bekannte Modell allerdings, indem sie für unterschiedliche institutionelle Kontexte verschiedene Mechanismen des Zusammenspiels der marktrelevanten Faktoren identifiziert.

Beide Studien bestätigen Befunde über Rechtsaußenparteien und entwickeln sie weiter. Die Nachfrageseite bzw. das Profil der Wähler von Rechtsaußenparteien gleiche sich an. Im Detail sind die Argumente von Norris oft überzeugender. Während Givens z.B. versucht, einen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, Ausländeranteil und der Stärke von Rechtsaußenparteien auf nationaler bzw. regionaler Ebene herzustellen, betont Norris, die Daten ließen eine solche Verknüpfung nur für die individuelle Ebene zu. Arbeitslose und Menschen mit fremdenfeindlichen Einstellungen wählen überdurchschnittlich häufig Parteien der extremen Rechten; erhöhte Arbeitslosigkeit oder Fremdenfeindlichkeit in einem Land oder einer Region lassen nicht unbedingt auf verbesserte Chancen für Gruppierungen vom rechten Rand des politischen Spektrums schließen. Bei allen Einzelerkenntnissen dürfte der größte Wert der Studien für die Weiterentwicklung unseres Verständnisses von Erfolg und Mißerfolg der extremen Rechten in der Zusammenführung der Ebenen Nachfrage, Angebot und Rahmenbedingungen

liegen. Mit ihren Ergebnissen stützen sie die Einsicht, daß Erfolg oder Mißerfolg von Rechtsaußenparteien nicht unmittelbar auf bestimmte Rahmenbedingungen zurückführbar sind. Vielmehr könnten die Reaktionen und Strategien der extremen Rechten wie der etablierten Parteien auf die von ihnen vorgefundenen Strukturen ausschlaggebend sein.

Henrik Steglich

Hermann Groß/Peter Schmidt (Hrsg.), Innen- und Außensicht(en) der Polizei. Empirische Polizeiforschung, Frankfurt a.M. 2005 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), 249 S.

Henning van den Brink, Kommunale Kriminalprävention. Mehr Sicherheit in der Stadt? Eine qualitative Studie über kommunale Präventionsgremien, Frankfurt a.M. 2005 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), 132 S.

Der Frankfurter Verlag für Polizeiwissenschaft um den engagierten Polizeiforscher Clemens Lorei entwickelt sich immer mehr zu einem publizistischen Zentrum der Polizeiforschung in Deutschland. Innerhalb weniger Jahre sind bemerkenswerte Monographien bzw. Schriftenreihen sowie eine Zeitschrift („Polizei & Wissenschaft“) erschienen. Hier wird Sozialwissenschaft für die Polizei wie über die Polizei betrieben, Autoren sind sowohl Angehörige der Polizei und ihrer Bildungseinrichtungen sowie Wissenschaftler aus dem universitären Bereich. Zu vermelden sind die Bände zwei und drei der Schriften zur empirischen Polizeiforschung. Im Mittelpunkt des von Groß und Schmidt herausgegebenen Tagungsbandes steht die Polizei als Organisation. Hervorgegangen sind die Beiträge aus einer Tagung des Arbeitskreises „Empirische Polizeiforschung“. Im Zentrum der meisten Aufsätze stehen Fragen wie das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei, Fragen des Betriebsklimas und des Selbstverständnisses von Polizeibeamten in der Gesellschaft sowie ihr Verhältnis zu ethnischen Minderheiten. Das Leitbild einer bürgernahen Polizei ist Gegenstand der Forschungsinteressen der Polizeiforschung. Dazu gehört zum Beispiel das Instrument der Bürgerbefragungen durch die Polizei mit der Absicht, Erkenntnisse über Bürgerzufriedenheit und Sicherheitsempfinden zu erhalten und dadurch die Qualität polizeilicher Arbeit zu verbessern. Ein Abschnitt ist der Frage gewidmet, wie Medien die Polizei darstellen und wie die jüngere Generation Polizisten wahrnimmt. Der Beitrag des hessischen Landespolizeipräsidenten Nedela über die Erwartungen der Polizei an die empirische Polizeiforschung belegt, daß heute das Verhältnis zwischen Polizei und Sozialforschung wesentlich entspannter ist als in den siebziger und achtziger Jahren.

Straftaten verhindern ist besser als Straftaten verfolgen – diesem Motto folgt die kommunale Kriminalprävention, die seit etwa 1990 in Deutschland rasche Verbreitung gefunden hat. Grundidee ist die Kooperation und Vernetzung verschiedener lokaler Akteure: Polizei, Kommune, Schulen, Sozialarbeit, Kirchen und andere teilen das Interesse an Kriminalitätsverhütung und stellen jeweils eigene Ressourcen und Kompetenzen zur Verfügung. Abgestimmte Vorgehensweisen und Projekte können dazu beitragen, Kriminalitätsfurcht zu reduzieren und Straftaten zu verhindern. Van den Brink gibt ei-

nen Überblick über Theorien der kommunalen Kriminalprävention, ihre Chancen und Begrenzungen. Im empirischen Teil werden mittels problemzentrierter Interviews Meinungsbilder der Akteure rekonstruiert. Lokale Präventionsgremien haben einen geringen Formalisierungs- und Organisationsgrad und wegen rechtlicher, finanzieller und kriminalistischer Gegebenheiten einen engen Aktionsradius. Die Akteure müssen und können voneinander lernen, die Polizei öffnet ihre institutionelle Struktur. Kontrovers ist die Frage der Privatisierung von lokaler Sicherheit und dem damit verbundenen Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung. Ebenfalls strittig ist die Frage der Bürgerbeteiligung an der Arbeit der Gremien, und schließlich verweist van den Brink auf die Notwendigkeit der unabhängigen Evaluation. Alles in allem: eine lesenswerte Einführung in die Thematik lokaler Kriminalprävention.

Hans-Gerd Jaschke

Arne Hoffmann, Warum Hohmann geht und Friedman bleibt. Antisemitismusdebatten in Deutschland von Möllemann bis Walser, Schnellroda 2005 (*Edition Antaios*), 302 S.

Moshe Zimmermann, Deutsch-jüdische Vergangenheit: Der Judenhaß als Herausforderung. Paderborn u.a. 2005 (*Ferdinand Schöningh*), 308 S.

Die im Klappentext von Arne Hoffmanns Anthologie abgedruckte Äußerung „In jedem von uns stecken gewisse rassistische Vorurteile“ dürfte prägend für diese Textzusammenstellung sein. Der plakative Titel führt dabei vollständig in die Irre, da Michel Friedman lediglich auf sieben Seiten abgehandelt wird. Jürgen Möllemanns Fehltritten werden hingegen über vierzig Seiten eingeräumt. Doch zentraler Punkt ist der Fall Martin Hohmann, der am Beispiel zahlloser anderer Antisemitismusfälle eingeordnet wird und dabei eine eher verharmlosende Note erhält. Schuld an diesen ganzen Antisemitismusdebatten hat nach Arne Hoffmann, der mit einem gewissen pseudo-liberalen Anspruch seine Auffassungen vertritt, der beherrschende Medieneinfluß einer „meinungsprägenden und -machenden Schicht, die sich selbst als moralische Instanz aufspielt und implizit oder explizit Menschen mit anderer Auffassung als unmoralisch diskreditiert“ (S. 8). Aber auch (Fehl-)Urteile wie z.B. das „neue Medium Internet läßt unzensurierte Veröffentlichung zu und umschiffte die Möglichkeiten der Meinungsunterdrückung“ belegen die abstrusen Vorstellungen, die in diesem Buch vorherrschen, das für eine seriöse Behandlung der Thematik unbrauchbar ist.

Der israelische Historiker Moshe Zimmermann indes versteht den Judenhaß als eine Herausforderung, der mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden müsse. Seine überarbeitete und aktualisierte Aufsatzsammlung zeichnet konsequent vom frühen 19. Jahrhundert her eine Chronologie der deutschsprachigen Judenfeindschaft auf, welche die diversen Protagonisten und Epochen in Zimmermanns typisch schnoddrig-zy-nischem Stil abhandelt. Allerdings bleibt dabei die Phase „Jenseits der Katastrophe“ (S. 287-301) viel zu kurz und völlig oberflächlich, da gerade die gesellschaftliche Kontinuität und der politische Stellenwert des fortbestehenden Antisemitismus in Deutsch-

land nach 1945 angesichts der Möllemanns, Hohmanns und Walsers einer analytischen Betrachtung bedurft hätte. Der Abdruck von Hannah Arendts Zionismuskritik (S. 273-286) erscheint hingegen eher wie ein editorischer „Auffüllversuch“, denn dieser Aufsatz paßt weder thematisch noch regional in den selbst vorgegebenen thematischen Rahmen. Bedauerlich ist auch (der jüngste Erstabdruck stammt aus dem Jahr 2002), daß Zimmermann in den zurückliegenden drei Jahren keine aktuelle (Zwischen-)Bilanz gezogen hat, welche die Entwicklung im vereinigten Deutschland seit 1990 in den Vordergrund gerückt hätte. Zwar erwähnt er im Vorwort die entsprechenden Fälle, doch bleibt er entgegen seiner eigenen Aussage („Der Historiker ist keineswegs der Vergangenheit zugewandt“, S. 8) in der Historie verhaftet und beteiligt sich nicht am zeithistorischen Diskurs. Letztlich bleibt dadurch der Erkenntnisgewinn dieser Aufsatzsammlung sehr eingeschränkt, da hier nur seit Jahren schon bekannte Urteile und Interpretationen Moshe Zimmermanns präsentiert werden.

Lothar Mertens

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Die Kultur als Machtfrage. Die Neue Rechte in Deutschland, Düsseldorf 2005 (*Abteilung Verfassungsschutz/Referat für Öffentlichkeitsarbeit*), 156 S.

Dieter Stein, Phantom „Neue Rechte“. Die Geschichte eines politischen Begriffs und sein Mißbrauch durch den Verfassungsschutz, Berlin 2005 (*Junge Freiheit Verlag*), 185 S.

Stefan Winckler, Die demokratische Rechte, Frankfurt a.M. 2005 (*Peter Lang Verlag*), 188 S.

Das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen hatte von 1994 an die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ in ihren Verfassungsschutzberichten erwähnt. Die Zeitung sah darin einen Verstoß gegen die Meinungs- und Pressefreiheit. In einem langjährigen Rechtsstreit entschied das Bundesverfassungsgericht im Jahre 2005, die Inkriminierung des Periodikums durch den Verfassungsschutz sei so nicht rechtens. Es müsse u.a. dargelegt werden, daß Positionen externer Autoren der „Jungen Freiheit“ zuzurechnen sind. Das Verfahren wurde an das Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückverwiesen. Doch verzichteten die Streitparteien im Juni 2006 auf eine Klärung. Es sei nicht sinnvoll, über zehn Jahre alte Ausführungen des Verfassungsschutzes daraufhin prüfen zu lassen, ob sie mit den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts übereinstimmen. Die „Junge Freiheit“ taucht in den Verfassungsschutzberichten des Landes nicht mehr auf. Die beiden folgenden Titel, noch vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts publiziert, beziehen sich u.a. auf die Kontroverse.

Thomas Pfeifer, der Autor der Broschüre des Innenministeriums, gibt einen fakten-gesättigten Überblick zum Denken und zu den Strategien der „Neuen Rechten“, ihrer „historischen „Vorlage“, zu „Einflüssen von Intellektuellen des europäischen Faschismus“ sowie zu den Gruppen und Organisationen wie zu den organisationsunabhängigen Periodika. Auch die „Junge Freiheit“ taucht auf. Dabei spricht er zwar von „verbaler Mäßigung“ (S. 91), leugnet aber einen Wandel. Weswegen „Criticon“ erwähnt wird, ist schleierhaft. Die These des Autors, bei der „Neuen Rechten“ handle es sich um eine „unterschätzte Gefahr“ (S. 137), kann Pfeifer nicht hinreichend belegen. Die Schrift

von Dieter Stein, dem Chefredakteur der „Jungen Freiheit“, wendet sich scharf gegen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz und gegen die Plausibilität des Begriffs der „Neuen Rechten“. Die Schrift hätte bei einer selbstkritischeren Rezeption der „Jungen Freiheit“ ihre Glaubwürdigkeit erhöht. Im Anhang findet sich ein aufschlußreiches Interview mit Alain de Benoist über die „Nouvelle Droite“ und die „Neue Rechte“. Seine Kritik an dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz schießt weit übers Ziel hinaus, wenn er diesem Methoden vorwirft, „die nicht weit von jenen entfernt sind, die im Dritten Reich gegen die Juden angewandt wurden. Die ‚Entnazifizierung‘ ist hier anscheinend nicht zu Ende geführt worden“ (S. 178).

Der Publizist Stefan Winckler befaßt sich mit der „demokratischen Rechten“. Der politisch besetzte Begriff der „Neuen Rechten“ vermenge unterschiedliche Phänomene. Kann man ihm darin folgen, so muß Kritik an seiner Aufbereitung des Stoffes ansetzen. Der Autor rechnet zur „demokratischen Rechten“, zu der er sich offenkundig selber zählt, vor allem Ernst Nolte, Klaus Rainer Röhl, Ulrich Schacht, Heimo Schwillk, Karlheinz Weißmann, Rainer Zitelmann. Er spricht von einem „Zusammenwirken von Nonkonformisten“. Eine Schwäche besteht darin, daß die Heterogenität dieser Personen, die intellektuell von ganz unterschiedlichem Kaliber sind, zu wenig betont wird. Tatsächlich erfaßt Winckler nur einen kleinen Kreis, nicht die konservative Intelligenz. Der Autor, dessen Text in weiten Passagen bei der Entwicklung Mitte der neunziger Jahren verharret, referiert, verzichtet weitgehend auf Kritik. Zum Schluß findet sich allerdings ein – problematischer, stark apologetischer – Beitrag über das Institut für Staatspolitik mit seinem 2001 ins Leben gerufene Periodikum „Sezession“.

Eckhard Jesse

Tareq X. Ismael, *The Communist Movement in the Arab World*, London/New York 2005 (*RoutledgeCurzon*), 208 S.

Peter Thompson, *The Crisis of the German Left. The PDS, Stalinism and the Global Economy*, New York/Oxford 2005 (*Berghahn Books*), 136 S.

Die Publikation von Tareq X. Ismael besteht aus zwei fast gleich langen Teilen: Der erste bietet eine Annäherung an den Kommunismus in der arabischen Welt seit der Oktoberrevolution in Rußland, der zweite besteht aus einer Reihe unkommentierter Übersetzungen programmatischer Dokumente, die von hohem politikwissenschaftlichen Interesse sind. Die etwa 120 Seiten starke, spannende Analyse eröffnet eine auch den meisten Kommunismusexperten praktisch unbekannte Sphäre. Der Autor beleuchtet die Aufnahme der Oktoberrevolution und die Entstehung der UdSSR in der arabischen Welt und zeichnet die Genese der ersten Generation von Kommunisten nach. Unter der Ägide der Komintern verfolgten die kommunistischen Parteien Ägyptens (gegründet 1921), des Libanon und Syriens (1924), des Maghreb (1919) und des Irak (1934) eine Politik der ideologischen Unterwerfung unter die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und der Verteidigung des „Vaterlandes“ des Sozialismus.

Jenseits der Vielfalt der nationalen politischen Erfahrungen und der gesellschaftlichen Bedingungen der arabischen Staaten war ab 1971 eine allmähliche Anpassung an die wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Verhältnisse in der orientalischen Welt festzustellen. Der Autor zeigt die Natur des von ihm so genannten „arabischen Kommunismus“ auf. Dieser entwickelte sich regional verschieden, wurde zudem von dem ökonomischen und sozialen Wandel der arabischen Welt (Säkularisierung, Industrialisierung usw.) geprägt. Die kommunistischen Parteien waren zwar Organisationen der „Avantgarde“ mit wenigen Anhängern und Mitgliedern, spielten jedoch eine politische Rolle, die ihr organisatorisches Gewicht bei weitem überstieg.

Auch Peter Thompson befaßt sich mit dem Phänomen der politischen Anpassung einer Partei, der SED, an die politische, wirtschaftliche und soziale Umwelt nach der deutschen Vereinigung. Die PDS untersucht Thompson unter drei Hauptaspekten: das Verhältnis zur Geschichte der DDR, die Art der erzwungenen oder gewollten Transformation und die Ausprägung der Wirtschaftslehre. Thompson schließt mit einer Abhandlung über die Bedingungen für das langfristige politische Überleben. Er bettet seine Analyse in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein, die er in drei Perioden unterteilt: die Zeit der marxistischen Kritik (1850 – 1920), des monumentalen Marxismus (1920 – 1950), der im Gefolge des Stalinismus zum hegemonialen Anspruch wurde, und schließlich des vergreisenden Marxismus.

Diese letzte Phase sei geprägt von der Entpolitisierung des kommunistischen Systems und dem Vorrang der Stabilität sowie von der Hinwendung der Arbeiterklasse zum Konservatismus. Im Kapitel „On the Uses and Disadvantages of History for the PDS“ zeigt Thompson die Wurzeln der verschiedenen Strömungen innerhalb der PDS in diesen drei Formen des Marxismus. Damit ergibt sich eine vielschichtige politische Identität der PDS.

Die zentrale Frage, ob die Partei „Marxens Baby“ oder „Stalins Badewasser“ sei, betrifft die Frage nach den politischen Chancen der Partei. Reformen wie Brie hätten sehr wohl erkannt, die Partei habe sich ideologisch „marktkonform“ zu verhalten. Die PDS, teilweise zurückgekehrt zum „marxschen Original“ und damit zum jungen Marx, kann auf dieser Grundlage verschiedene Formen des politischen Protests gegen den politischen „Mainstream“ in Deutschland artikulieren. Thompson erkennt die Schwächen der SPD und des deutschen politischen Systems, das unter Druck von rechts außen stehe.

Die Verwurzelung der PDS im Osten und ihre Chancen, auf mittlere Sicht zu überleben, werden genau beschrieben. Leider entstand das Buch zu einem Zeitpunkt, als die Bundestagswahl 2005 nicht absehbar und das Bündnis von WASG und PDS noch nicht entstanden war.

Patrick Moreau

Siegfried Jacobsohn, Gesammelte Schriften 1900-1926, hrsg. von Gunther Nickel und Alexander Weigel, 5 Bde., Göttingen 2005 (*Wallstein Verlag*), 2.668 S.

Siegfried Jacobsohns Lebenswerk war die 1905 von ihm gegründete „Schaubühne“, die – 1918 in „Weltbühne“ umbenannt – einen anhaltend hohen publizistischen wie literarischen Rang besitzt. Blickte Jacobsohn auf die ziegelroten Hefte seines „Blättchens“, sprach er von seinem „geronnenen Herzblut“. Jacobsohns frühe Leidenschaft für das Theater prägte die ersten acht Jahrgänge. Lion Feuchtwanger bezeichnete ihn später einmal als das „feinste Barometer“ der Theaterkritik. Davon legen die ersten drei Bände der „Gesammelten Schriften“ eindrucksvoll Zeugnis ab. Die mehr als 1.500 Seiten versammeln 430 Texte aus den Jahren 1900 bis 1926, die im vierten Band vorbildlich kommentiert werden. Der fünfte Band stellt neben einer Zeittafel und ausgiebigen Literaturverzeichnissen verschiedene Register zur leichteren Erschließung des – übrigens schön bebilderten – Gesamtwerks bereit. Die Schriften weisen Jacobsohn als ebenso brillanten wie scharfsinnigen, leidenschaftlichen wie unbestechlichen Beobachter der damaligen Bühnenwelt aus, der in den Worten seines Lieblingsmitarbeiters Alfred Polgar „fähig des bitteren Ernstes und der süßen Heiterkeit“ war. Vor allem aber mied er jeden Dogmatismus. Ergriff er einst Partei für Max Reinhardts Inszenierungen eines Hofmannsthal oder Wedekind am Kleinen Theater, so übte er später scharf Kritik am Massenspektakel des „Zirkus Reinhardt“. Die von Nickel und Weigel edierten Aufsätze relativieren zudem das Urteil Kurt Hillers, des engen und kritischen Mitarbeiters Jacobsohns, er sei ein „Unpolitiker“ gewesen. Der Titel des dritten Bandes über die Jahre 1915 bis 1926 „Theater – und Revolution?“ deutet bereits die Hinwendung Jacobsohns zu politischen Fragen an, die teilweise einer gewissen „Theatermüdigkeit“ entsprang.

Ein Widerspruch zwischen Theaterkritik und Zeitdiagnose bestand für Jacobsohn indes nie. Stets glaubte er, daß der „Geist eines Volkes und einer bestimmten Zeit eindringlicher als in der übrigen Literatur im Drama zum Ausdruck kommt“ und daß „der Schaubühne ein Strom geistiger Neuwerte entquellte“. Unter seiner Ägide vollzog sich der Wandel der „Schaubühne“ von der „Wochenschrift für die gesamten Interessen des Theaters“ zu einer „für Politik, Kunst und Wirtschaft“. Jacobsohn begründete diesen Schritt 1913 in einer „Antwort“ an seine Leser: „Wenn hier neun Jahre das Theater und nur das Theater betrachtet worden ist, so habe ich damit noch nicht das Recht verwirkt, einmal andre Dinge betrachten zu lassen und zu betrachten. [...] Denn schließlich sitzt im Theater, dessen Bühne wir seit neun Jahren zu säubern versuchen, auch ein Publikum, von dem hier noch zu wenig gesagt worden ist. Jetzt also wollen wir öfters das Fenster des Arbeitszimmers öffnen, ein wenig hinausblicken und Ihnen dann berichten, was es draußen gibt.“ In der Tat dürften Jacobsohns Schriften nicht nur für Theaterkritiker von Nutzen sein, sondern auch für jeden, der diesen geschärften Blick aus Jacobsohns Arbeitszimmer nachvollziehen will: auf Gesellschaft und Politik in einer Zeit, die mit Weltkrieg, Ende des Kaiserreichs und Anfang der Weimarer Republik voller Umbrüche und Zäsuren war.

Alexander Gallus

Kurzbesprechungen

Norbert Kunz, Die Krim unter deutscher Herrschaft 1941-1944. Germanisierungsutopie und Besatzungsrealität, Darmstadt 2005 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 448 S.

Ahlrich Meyer, Täter im Verhör. Die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich 1940-1944, Darmstadt 2005 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 470 S.

Seit die ehemals sowjetischen Archive für die westliche Forschung zugänglicher geworden sind, ist eine ganze Reihe von Regionalstudien zur deutschen Besatzungsherrschaft während des Zweiten Weltkriegs erschienen. Neben einer differenzierteren Sicht auf die Wirklichkeit des massenmörderischen nationalsozialistischen „Weltanschauungskrieges“ im Osten, wie sie etwa in Andrej Angricks Untersuchung zur Einsatzgruppe D im Süden der Sowjetunion erfolgte, gewannen mit diesen Arbeiten vor allem die kriegswirtschaftlichen Aspekte der Okkupation klare Konturen. So hat beispielsweise Christian Gerlach in seiner Weißrußland-Studie die Wallensteinsche Devise „Der Krieg ernährt den Krieg“ als zentrales deutsches Interesse herausgearbeitet: Ohne jede Rücksicht auf die einheimische Bevölkerung sollte sich, jedenfalls der Theorie nach, zumindest die in jenem Gebiet stehende deutsche Heeresgruppe Mitte so weit wie möglich aus dem Lande selbst ernähren. Daß dadurch hunderttausende russische Zivilisten dem Hungertod preisgegeben würden, nahm man in Kauf. „Kalkulierte Morde“ lautete denn auch der Titel von Gerlachs Buch.

Norbert Kunz hat sich in seiner Mainzer Dissertation mit der deutsch besetzten Krim beschäftigt. Sein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Zeitraum bis zur vollständigen Eroberung der Halbinsel durch die 11. deutsche Armee im Sommer 1942. Die Abschnitte zu den sich daran anschließenden zwei Jahren der Besatzungsherrschaft bilden eher skizzenhafte Ausblicke. War der „Gotengau“ von nationalsozialistischen Rassefanatikern als Region zur zukünftigen züchterischen „Aufnordung“ des deutschen Volkes von den Rändern seines Machtbereichs her vorgesehen, blieb die Halbinsel infolge ihrer fortwährenden Nähe zur Front in der Realität ununterbrochen unter Militärverwaltung. Und diese regierten die „Kriegsnotwendigkeiten“ – ganz im von Gerlach für seinen Bereich beschriebenen Sinne. Zwar war sich das Oberkommando der 11. Armee unter Feldmarschall von Manstein durchaus bewußt, daß die unkontrollierte Ausbreitung sogenannter „Kahlfraßzonen“ die Kollaborationswilligkeit der Bevölkerung unterminieren und sich mittelfristig in mehrfacher Hinsicht gegen die eigene Truppe wenden würde. Doch in der Praxis behielten – wider dieses Wissen – stets die kurzfristigen deutschen Interessen die Oberhand. Da die wenigen Zugänge zur Krim vergleichsweise leicht zu kontrollieren waren, wurden die einheimischen Juden zudem fast restlos ermordet.

Mit der Organisation der „Endlösung der Judenfrage“ im deutsch besetzten Frankreich in den Jahren 1940 bis 1944 hat sich der Oldenburger Politikwissenschaftler Ahlrich Meyer befaßt. Als Grundlage dienten ihm dabei Verhörprotokolle im Vorfeld von Gerichtsverfahren aus den sechziger und siebziger Jahren. Anders als im Osten gab es bis zur Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 keine Massenmorde an Juden auf französischem Boden. Vielmehr wurden diese „nach Osten“ deportiert, in die Vernichtungslager im deutsch besetzten Polen transportiert. Der von deutschen Widerstandskämpfern durchgesetzte Stab des deutschen Militärbefehlshabers in Frankreich

Literatur

war in dieses Geschehen involviert. Die französische Polizei leistete Handlangerdienste. Und nachgeordnete deutsche Dienststellen besaßen vor Ort erhebliche Handlungsspielräume, die sie zu nutzen wußten.

Enrico Syring

Winfried Kurzka, Im Paragraphenrausch. Überregulierung in Deutschland. Fakten, Ursachen, Auswege, Gräfel-fing 2005 (*Resch Verlag*), 300 S.

Fritz Roth, Die wankende Demokratie, Berlin 2005 (*Berliner Wissenschaftsverlag*), 200 S.

Axel Kappatsch, Union der Narren. Wie „Europa“ die Deutschen ruiniert, Coburg 2005 (*Nation Europa Verlag*), 160 S.

Der Erlaß von Rechtsnormen durch den Bundestag, die 16 Landtage und die Europäische Union hat einen außerordentlichen Umfang angenommen. Winfried Kurzka nennt diese Überregulierung drastisch eine gesetzgeberische Inkontinenz. Im ersten Teil seiner Schrift gibt er eine eindringliche Beschreibung des Paragraphenrausches und zeigt, daß die Quantität der Vorschriften Pfusch bei der Erarbeitung und Schlamperei und Ungerechtigkeit bei der Anwendung unausweichlich mache. Das könne zu einer Delegitimierung des Rechts führen. Sodann blickt er, allzu lang, auf die Geschichte der Gesetzgebung in Europa seit der Antike. Im dritten Teil denkt er darüber nach, wie der Regulierungswut beizukommen sei. Er fordert dazu auf, die Popularideologie von der Allzuständigkeit des Staates aufzugeben und die Bereitschaft zur Selbstverantwortung zu fördern. Zudem unterstreicht er, daß ein Werte-Grundkonsens auf christlicher Basis nötig sei, und der wiederum bedinge eine einigermaßen homogene Gesellschaft. Der Autor dürfte sich keine Illusionen darüber machen, daß ein derart tiefgreifendes Umdenken nicht zu erwarten ist.

Den starken Einfluß der Bürokratie auf den Gang der Gesetzgebung untersucht Fritz Roth in seinem Essay. Er kommt zu dem Schluß, daß die Abgeordneten bei der Gesetzgebung versagten, da sie den entscheidenden Anteil daran der Bürokratie und deren Zusammenwirken mit der Lobby überließen und überdies die zunehmende Verlagerung an sich parlamentarischer Tätigkeiten auf extraparlamentarische Gremien hinnähmen. Er räumt ein, daß es in einem Parlament, in dem überwiegend brave Parteisoldaten saßen, kaum anders aussehen könne. Die Abgeordneten der Regierungspartei oder der regierenden Koalition verstünden sich nur noch als Mehrheitsbeschaffer. Die Staatsführung liege in den Händen der Parteienoligarchie. Da sei die demokratische Legitimation fragwürdig. Roth meint, daß die Demokratie gefährlich wanke. Für die dringend nötige Stabilisierung macht er konkrete Vorschläge. Die Politiker müßten das freie Mandat gemäß Art. 38 GG wieder ernst nehmen, der Sacharbeit den Vorrang vor Parteinitzen geben und durch ihr geändertes Verhalten der Legislative wieder den entscheidenden Platz bei der Gesetzgebung verschaffen. Wahlrechtsänderungen, hin zu mehr Persönlichkeitswahlen, die Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre, die Zusammenlegung der Landtagswahlen auf wenige Termine, die Verringerung der Zahl der Länder und ein entschlossener Abbau der Bürokratie wären für die Neuorientierung förderlich.

Kurzbesprechungen

Die dritte Schrift befaßt sich mit der Normenflut, der Qualität der legislativen Arbeit, dem Verhältnis von Regierung und Parlament und der Stellung der Regierten gegenüber der Regierung. Dabei bezieht der Autor sich vornehmlich auf Deutschland und Frankreich. Er spricht auch die Zuwanderung nach Europa, die Integration der Immigranten und die Entwicklungspolitik an. Lebhaft beklagt er, daß der eigentliche Souverän, das Volk, nur noch Erziehungsobjekt sei und nicht mehr wirklich gehört werde; er konstatiert, daß zwischen den Parteien nur noch ein Scheinwettbewerb herrsche und sieht den politischen Pluralismus durch die Mediengewaltigen und die Rechtsprechung beschränkt. Überall sieht er einen Niedergang. So vollzieht sich in Europa seines Erachtens eine gefährliche Fehlentwicklung. Trotz einiger Indizien für ein beginnendes Umdenken hält er es für zweifelhaft, ob die Katastrophe noch aufzuhalten sei. Hier schreibt jemand mit Eifer.

Hans Fenske

Uwe Lehmann-Brauns, Die verschmähte Nation. Berliner Begegnungen. Mit einem Vorwort von Wolf Biermann, Stuttgart/Leipzig 2005 (*Verlag Hohenheim*), 238 S.

Das Buch ist ein wertvolles zeitgeschichtliches Dokument, doch bevor darauf eingegangen wird, muß eine notwendige Kritik vorgebracht werden. Neben anderen Sorglosigkeiten springen nicht wenige falsche Schreibungen, insbesondere die von ausländischen Eigennamen ins Auge. Ohnehin sollte man bei Namen, die ja immerhin einen Teil der Persönlichkeit ausmachen, so akkurat wie möglich sein, aber in einem Buch, das deutsche Politik auch und gerade Osteuropa gegenüber zum Gegenstand hat, darf man sich solche durchgängigen Unaufmerksamkeiten einfach nicht leisten. Das Buch ist eine Art politischer Autobiographie eines Mannes, der jahrzehntelang in der West-Berliner, dann der Berliner Politik tätig war und immer noch ist. Charakteristisch an seiner Haltung erscheint, daß sie über die ganze Zeit hinweg eine spezifische Form der Gegnerschaft zur DDR verkörperte, nämlich eine Gegnerschaft, die aus genauer Kenntnis der Verhältnisse in der DDR entstanden ist. Es handelt sich also nicht um diese häufig anzutreffende apriorische Opposition, die nicht Bescheid weiß und die deshalb, wenn sie zu praktischer Politik führen soll, bis heute Fehler über Fehler macht. Ebenso wenig war der Autor der Gefahr ausgesetzt, durch seinen Blick von innen heraus in seiner Beurteilung der DDR großzügig zu sein und inhaltliche Kompromisse zu machen, die sich genauso verheerend auswirkten. Kein Wunder daher, daß dem Verfasser sowohl von links als auch von rechts Schwierigkeiten gemacht wurden.

Diesen Standpunkt verdankte Lehmann-Brauns seinem Nationalgefühl – daher der Titel des Buches – sowie vor allem seinem durch keine ideologischen Vorverständnisse verdunkelten Blick auf die Wirklichkeit, der ihn unverrückbar zwischen Freiheit und Unfreiheit unterscheiden ließ, der ihn aber auch befähigte, Lebenssachverhalte wahrzunehmen, die es jenseits dieser Dichotomie gab. Zu beidem verhalfen ihm seine häufigen Besuche in der DDR, die zu engen persönlichen Bindungen führten und die ihn

die Lebensverhältnisse sozusagen mit den Augen des DDR-Bürgers sehen ließen – nicht freilich mit den Augen derjenigen, welche – angeblich – typische DDR-Biographien repräsentierten, die darin bestanden, sich den Trägern der Diktatur auszuliefern. Das Buch enthält zahlreiche treffende Beobachtungen, die wegen ihrer Klarheit zu prägnanten Formulierungen führen. Beispiele: Von Gesprächen mit sogenannten 68ern heißt es: „’Das darfst du nicht so eng sehen. Die DDR ist nicht unser Problem.’ Da sie meins war, kamen wir nicht zusammen.“ Oder: „Das pragmatische Verhältnis der 68er gegenüber dem Status quo war umkehrt proportional zu ihrem militanten Eifer gegenüber der Demokratie im Westen.“ Oder: „Ich glaube nicht, daß das Klischee von dem unterwürfigen DDR-Bürger stimmt. Für die Frauen hatte es offensichtlich keine Geltung, im Gegenteil.“ Manches wird mitgeteilt, was nie vergessen werden sollte, etwa Stellungnahmen gegen die Wiedervereinigung des CDU-Bürgermeister-Kandidaten von 2006 Pflüger und des zeitweiligen SPD-Bürgermeisters Momper. Zu groß ist die Begeisterung des Autors für eine politisch-kulturelle Annäherung von Deutschland und Rußland, und zwar deshalb, weil das immerhin benachbarte und zwischen den beiden Ländern liegende Polen in diesem Zusammenhang so gut wie keine Berücksichtigung findet. Und schließlich zeugt es zwar von Ehrlichkeit, aber denn doch von mangelndem Realitätssinn, daß ein so guter Kenner wie Lehmann-Brauns von der „Wende“ (besser „Revolution“) sagt, daß „wir sie nicht erwarteten, nicht einmal ahnten“ und daß „keiner von uns an ein schnelles Ende der DDR glaubte“. Das war bei anderen anders.

Wolfgang Schuller

Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2005 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 448 S.

„Was bleibt von der bis heute verbreiteten These von der systematischen und weitgehenden Verfolgung von NS-Verbrechen? Nicht viel“, so resümiert der Verfasser mit Blick auf die Vergangenheitspolitik der DDR gegenüber NS-Tätern apodiktisch und, wie man meinen könnte, resigniert. Nachdem inzwischen der DDR-„Antifaschismus“ mehrfach auf den Prüfstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung gehoben wurde, hat Henry Leide, Mitarbeiter der BIRTHLER-Behörde, ein besonders trübes Kapitel der DDR materialreich und mit abgewogenem Urteil beleuchtet. „Alle Aktivitäten zur Aufarbeitung und Ahndung nationalsozialistischer Verbrechen hatten sich strikt an den aktuellen Interessenlagen der DDR auszurichten.“ Das MfS wurde dank der Verfügung über Akten und Materialien zum einflußreichen Akteur, der sein Wissensmonopol im Interesse von Partei und Staat weidlich ausnutzte. Es wurde dabei zum geheimen Helfershelfer. Drei Themenblöcke bilden den Kern der Untersuchung: zum ersten Strafverfolgungen, Internierung und Verurteilungen durch alliierte Instanzen bis hin zu den Waldheimer Prozessen, in denen „in einigen Fällen NS-Täter mangels einer ernstlichen Beweisaufnahme wegen der üblichen pauschalierten Tatbestände verurteilt wurden, nicht jedoch wegen ihrer tatsächlichen Verbrechen“. Das und das offiziell verkündete Ende der Ent-

Kurzbesprechungen

nazifizierung zwangen das MfS auf ein neues Feld. Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Tätern blieb marginal; man wandte sich verstärkt der Anwerbung NS-Belasteter, auch Amnestierter und aus der Haft Entlassener zu. Deren Spitzeldienste schienen der Stasi unerlässlich, vor allem deshalb, um den tatsächlichen oder vermeintlichen Hintermännern und Drahtziehern in der Bundesrepublik auf die Schliche zu kommen. Die publizistisch wirksam inszenierten „Enthüllungen“ gegenüber Bundesbürgern fallen ebenso in diese Rubrik wie weitgehende Verweigerung von Rechtshilfe-Ersuchen von westdeutschen Behörden im Falle von NS-Tätern.

Der zweite, kürzeste Themenblock untersucht Schwerpunkte und Etappen der Aktensammlungen des MfS zu NS-Problemen. Den Ausgangspunkt bilden Restakten des Polizeipräsidiums Berlin, die die KPD/SED 1945 auf zum Teil „eigenartigen“ Wegen in ihren Besitz brachte, die Akten der Personalpolitischen Abteilung bei Zentral- und Landesvorständen der SED sowie der politischen Polizei (K 5), einer der Vorläufer des MfS. Dazu kamen später von der Sowjetunion zurückgegebene Bestände, unter anderem Kirchenakten sowie aus anderen Archiven und Institutionen und Firmen „übernommene“ Bestände. Hier suchte die Stasi nicht nur nach belastendem Material, sondern eignete sich auch beträchtliche Wertgegenstände an. Man hatte schon Ende der fünfziger Jahre aus den „Bruderländern“ und der UdSSR Kopien und Mikrofilme erhalten. Interessanterweise prüfte das MfS deren Akten zuerst, um Material gegen Bundesbürger zu erhalten, sowjetische Bestände sichteten Stasi-Mitarbeiter vor der Übergabe der Kopien an die westdeutsche Zentralstelle in Ludwigsburg. Der dritte – umfangreichste – Teil, die Fallstudien, gerät zur beklemmenden Lektüre. Die Stasi warb eine Vielzahl NS-Belasteter aller Art, bis hin zu Gestapo-Beamten und SS-Tätern, als Agenten an und setzte einige von ihnen im Westen ein. In der DDR lebende Euthanasie-Ärzte blieben unbehelligt, dagegen gerieten Opfer des NS-Regimes ins Fadenkreuz der Stasi. Die Denunziation der Bundesrepublik blieb daneben immer das Hauptziel. Gegen den konservativen Publizisten Gerhard Löwenthal ermittelte das MfS ebenso wie gegen den oft als „Nazi-Jäger“ apostrophierten Simon Wiesenthal oder Exponenten der Sozialdemokratie wie Fritz Erler. Leides Werk gehört zum Pflicht-Kanon aller, die sich mit der Geschichte des MfS oder der NS-Vergangenheit befassen.

Werner Müller

Jerzy Maćków, Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation, Baden-Baden 2005 (Nomos-Verlag), 168 S.

Die Ausgangsüberlegungen Maćkóws zeigen, auf welch interessantem Terrain sich der Autor bewegt: Das Erbe der NS-Diktatur und der kommunistischen Diktaturen wird Europa und die europäische Integration noch über Jahrzehnte prägen. Er sieht das aber nicht als Belastung. Insbesondere die osteuropäischen Beitrittsländer würden Voraussetzungen mitbringen, „die sie zu den Verfechtern der europäischen Idee machen könnten“ (S. 154). Warum das so ist, sucht Maćków in seiner Studie zu ergründen, die

er als Beitrag sowohl zur Kommunismus- und Totalitarismusforschung als auch zur Transformationsforschung sieht. „Totalitarismus...“ – „...und danach“, so sind die zwei Teile betitelt, in die sich das Buch gliedert, von denen die Ausführungen zum „danach“ eindeutig die stärkeren sind. In zwölf Kurzkapiteln macht Maćków zum Teil anregende, zum Teil grobflächige Beobachtungen zur Systemtransformation in den osteuropäischen Ländern. Elitentransformation, die Ausbildung eines neuen Parteiensystems, ein dezidiertes Plädoyer für den Rechtsstaat als die eigentlich entscheidende Achse für die Demokratiebildung, aber auch „Nationalismus und Europäismus“ sind Schwerpunkte der Überlegungen, die insgesamt einen mehr zusammenfassenden, bisweilen essayistischen Charakter haben. Zwei Beispiele sollen das belegen: Sein Plädoyer für die Rechtsstaatlichkeit als Voraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie ist gewiß zu befürworten, die Differenzierung zwischen dem „Design“ und der normativen Geltung einer Verfassung wird analytisch allerdings nicht weiter fruchtbar gemacht. Die Beobachtungen zur Entwicklung des Parteiensystems sind interessant, gehen aber darüber nicht hinaus. Der Hinweis, daß gerade in Litauen und Polen als den „Hauptzerstörern des Kommunismus“ (S. 123) demokratische Wahlen kommunistische Parteien an die Macht gebracht haben, bleibt folgenlos, wenn er nicht weiter interpretiert wird.

Schwerwiegender fällt die Kritik zum ersten Teil des Buches aus: In seinen terminologischen und konzeptionellen Ausführungen zur Erforschung und Deutung der kommunistischen Diktaturen erklärt Maćków „das Totalitarismus-Konzept“ zum „intellektuellen Gewinner“ des Kalten Krieges. Aus den Ausführungen des Autors erschließt sich dieses Urteil allerdings nicht: Weder expliziert er seinen Begriff des Totalitarismus, noch setzt er sich mit Gegenargumenten auseinander. Daß das „Name-dropping“ nicht seine Sache sei, rechnet sich Maćków als Verdienst an. Gelegentlich wünscht man sich aber schon zu erfahren, gegen wen sich die zum Teil weitgehenden Angriffe und Abgrenzungen richten und wie er zu den eigenen Schlußfolgerungen gelangt. An plakativen Sichtweisen läßt dieses Buch nichts zu wünschen übrig, in „vierundzwanzig Thesen“ faßt der Autor seine Standpunkte abschließend noch einmal zusammen. Was hingegen fehlt, ist ein diskursiver Stil, der in Auseinandersetzung mit anderen Interpretationen und empirischen Darstellungen Erkenntnisfortschritt bringen könnte. Eine „Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation“, so der Untertitel des Buches, ist die Studie nicht, allenfalls eine streitbare, zum Teil auch launige Positionsmarkierung ihres Autors.

Thomas Großbölting

Sebastian Mahner, Vom rechten Rand in die politische Mitte? Die Alleanza Nazionale zehn Jahre nach ihrer Gründung im europäischen Vergleich, Münster 2005 (*Lit Verlag*), 270 S.

Die 1995 aus dem neofaschistischen Movimento Sociale Italiano (MSI) hervorgegangene Alleanza Nazionale (AN) ist seit gut zehn Jahren ein zentraler Akteur der italienischen Politik. Bei den Parlamentswahlen von 2001 wurde sie mit 12 Prozent der

Wählerstimmen zur viertstärksten Partei des Landes und mit 150 Parlamentariern drittstärkste parlamentarische Kraft. Von 2001 bis 2006 beteiligte sie sich mit fünf Ministern an der zweiten Mitte-Rechtsregierung Berlusconi und stellte mit ihrem Vorsitzenden, Gianfranco Fini, den Vizepremier, ab 2004 auch den Außenminister. Seit ihrer Gründung verhält sie sich verfassungskonform und kooperierte als Regierungspartei konstruktiv mit ihren Koalitionspartnern. Dennoch stellt sich die Frage, um was für eine Partei es sich handelt. Ist sie eine nationale Rechtspartei, wie sie von sich behauptet, oder eine neofaschistische Tarnorganisation, wie einige ihrer Gegner noch immer meinen? Sebastian Mahner möchte in seiner Analyse auf diese Frage eine umfassende Antwort geben. Er untersucht deshalb nicht nur die Entstehungsgeschichte der AN aus dem MSI unter dem Gesichtspunkt von Kontinuität und Wandel, sondern vergleicht auch die AN mit der spanischen Partido Popular (PP) und der französischen Union pour un Mouvement Populaire (UMP) auf den Gebieten der Ideologie und Programmatik, der Intentionen und Ziele, der Organisation, Mitglieder und Wähler, des Policy-seeking und des Policy-making. Dabei bedient er sich verschiedener Ansätze der Parteienforschung, ohne sich jedoch methodisch festzulegen. Das Ergebnis ist eine Arbeit, die stark in die Breite, aber wenig in die Tiefe geht und mehr Fragen stellt als beantwortet.

Der Teil über die Entstehungsgeschichte der AN stützt sich auf bekannte Untersuchungen und bringt wenig Neues. Er zeigt, in welch hohem Maß das Verhalten des MSI in den Jahren 1993/95 vom Handlungskontext, insbesondere der Transformation des italienischen Parteiensystems, abhängig war. Die Diskreditierung der etablierten Parteien, vor allem der von 1946 an mit wechselnden Bündnispartnern regierenden Democrazia Cristiana (DC) durch Korruption und Klientelismus, erweiterte erheblich seinen Handlungsraum, der bis dahin infolge seiner Antisystemopposition eng begrenzt war. Als einzige nicht in Korruptionsaffären verwickelte Altpartei konnte er sich als Alternative zu den etablierten Parteien präsentieren und so einen Teil ihrer Wählerschaft gewinnen. Sein Handlungsraum wurde 1993 zusätzlich erweitert durch den Zerfall der DC. Er nutzte die sich ihm bietende Chance, indem er seine systemoppositionelle Haltung aufgab, sich in Alleanza Nazionale umbenannte, sich bei den Parlamentswahlen von 1994 mit der wirtschaftsliberalen Forza Italia verbündete und anschließend der ersten Mitte-Rechtsregierung Berlusconi beitrug. Der Positionswandel von 1993/95 führte zunächst nicht zu einer grundlegenden Revision von Ideologie und Programmatik. Erst in den folgenden Jahren erfolgte eine schrittweise inhaltliche Anpassung an die demokratische Ordnung. Mahner untersucht diesen Transformationsprozeß nicht näher, sondern vergleicht statt dessen die Entwicklung, Programmatik und operative Politik, die Organisationsstruktur, Zielsetzung und Durchsetzungsfähigkeit von AN, PP und UMP. Angesichts der gravierenden Unterschiede der kulturellen Wurzeln und der politisch-sozialen Handlungsbedingungen der drei Parteien ist dies ein problematisches Unterfangen. Die Idee ist jedoch heuristisch fruchtbar und sollte weiterverfolgt werden.

Roland Höhne

Geert Mak, In Europa. Eine Reise durch das 20. Jahrhundert, München 2005 (*Siedler Verlag*), 943 S.

Europa – was aber ist es? Eine einfache Frage, die seit Jahrzehnten heftig umstritten, vielfach beantwortet und doch bislang nicht geklärt ist. Es gibt in Europa, wie der niederländische Publizist Geert Mak in seinem wundervollen und bedeutsamen Buch festhält, „nur sehr wenig geteilte historische Erfahrungen“ (S. 897). Gerade in der Vielgestaltigkeit sieht Mak die große Stärke Europas, die „europäische Einigung als Friedensprozeß ist ein eklatanter Erfolg“ (S. 905). Das europäische Projekt sei zum Scheitern verurteilt, so der Europäer Mak, wenn „kein gemeinsamer kultureller, politischer und vor allem demokratischer Raum entsteht“ (S. 905). Dieses Buch ist ein Schritt hin zur Schaffung solcher Räume, konkret für gemeinsame Erinnerungsräume. Geert Mak fuhr 1999 kreuz und quer durch Europa, las sich in Bibliotheken fest, forschte in Archiven, besuchte repräsentative Plätze und Bauten, stieg in die Unterwelt ebenso ab wie er Dörfer und Hinterhöfe aufsuchte, und vor allem sprach er allerorten mit unzähligen Menschen über ihre Erfahrungen. Herausgekommen ist nicht weniger als ein europäisches Geschichtsbuch, ein Sittengemälde, das uns die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert als eigene Geschichte nahebringt, nacherleben läßt. Es ist nicht nur brillant geschrieben, der Autor hat es auch grandios strukturiert. Vermeintlich „große“ Geschichte steht neben der erzählten Geschichte eines Einzelnen, die Gegenwart der Geschichte wird ebenso deutlich wie die Vergangenheit unserer Gegenwart.

Mit einer atemberaubenden Belesenheit und Gelehrsamkeit schreibt Mak als Schriftsteller von Rang ebenso einfühlsam wie klarsichtig über den Beginn des Jahrhunderts, den Ersten Weltkrieg, den Zweiten Weltkrieg und den kommunistischen Untergang, was in ihrer Bündelung, ihren mörderischen Konsequenzen, den Beginn des neuen, nunmehr anderen Europas wenn schon nicht logisch, so doch nachvollziehbar werden läßt. Die vielen Geschichten Ost- und West-, Nord- und Südeuropas, die Mak erzählt und analysiert, ergeben keine Geschichte Europas, sehr wohl aber eine europäische Geschichte, die den gemeinsamen, kulturell vielgliedrigen Erinnerungshorizont der Europäer umreißt. An einer Stelle seines Buches schreibt Geert Mak: „Jedes Land und jede politische Bewegung entwirft am liebsten ein ansprechendes Bild von der eigenen Geschichte, ein Selbstporträt in sanften Pastelltönen, eine Geschichte, die das Selbstbild nicht beschädigt. Die Verlierer können meistens nichts mehr erzählen. Sie verschwinden einfach, und mit ihnen wird auch ihre Geschichte ausgelöscht“ (S. 217). Daß dem nicht so sein muß, weder auf regionaler noch nationaler oder europäischer Bühne, dafür hat Geert Mak mit seinem Buchdenkmal nachhaltig Zeugnis abgelegt. Gerade weil er durch die enge Verzahnung von Politikgeschichte und subjektiv erfahrener Geschichte zeigen kann, daß die Vergangenheit und Erinnerung von Portugiesen und Schweden, Briten und Russen, Italienern und Polen zuweilen mehr Gemeinsames aufweist als die von Nachbarn in einer Dorfstraße, ist dieses Buch zugleich als Manifest für ein friedliches und einiges Europa offener Gesellschaften zu lesen. Das neue Europa hat mit Geert Mak seinen ersten modernen Historiker gefunden.

Ilko-Sascha Kowalczuk

Kurzbesprechungen

Manfred Messerschmidt, Die Wehrmachtsjustiz 1933-1945, Paderborn u.a. 2005 (*Schöningh*), 511 S.

Florian Schmaltz, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie, Göttingen 2005 (*Wallstein Verlag*), 676 S.

Andreas Schwegel, Der Polizeibegriff im NS-Staat. Polizeirecht, juristische Publizistik und Judikative 1931-1944, Tübingen 2005 (*Mohr Siebeck*), 419 S.

Totalitäre Weltanschauungsdiktaturen zeichnen sich dadurch aus, daß Justiz, Militär, Militärforschung und Polizei in das Herrschaftssystem nahtlos integriert werden. Das zeigt Manfred Messerschmidt in der ersten umfassenden Darstellung der Wehrmachtsjustiz im Dritten Reich in beeindruckender Weise. Die Militärrichter verschrieben sich dem Ziel der Entmenslichung der Soldaten, um sie so zu rücksichtslosen politischen Kämpfern zu machen. Dabei wandten sie Zwang und Terror an, um die Freiheit des Einzelnen in Gehorsam zu verwandeln. Alle Beamten und Soldaten hatten den Befehlen des „Führers“ blind zu gehorchen, und ein „Führerbefehl“ sollte sie aller strafrechtlichen Verantwortung entbinden. Die NS-Militärgerichtsbarkeit ist bisher kaum analysiert worden, was wohl daran liegt, daß Wehrmachtrichter in der Bundesrepublik hohe Positionen in Justiz, Verwaltung und im Verteidigungsministerium bekleideten. So sind noch heute Bereiche der Zusammenarbeit der Wehrmachtsgerichtsbarkeit mit dem NS-Unterdrückungsapparat ungeklärt, wie das Einweisen von Verurteilten in das Lagersystem.

Florian Schmaltz untersucht mit der Verbindung der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ als größter deutscher Forschungseinrichtung zur Erforschung von chemischen Waffen bzw. Gasschutzmitteln unter dem Nationalsozialismus einen anderen Bereich totaler Herrschaft. Dabei weist er enge Beziehungen zwischen Wissenschaft, Militär, Industrie und NS-Staat nach, die zu erheblichen „Fortschritten“ bei der Möglichkeit der Herstellung mörderischer Kampfgase führten. Daß diese letztlich nicht eingesetzt worden sind, lag nicht an moralischen Bedenken der Wissenschaftler, sondern an der alliierten Luftüberlegenheit, der Unsicherheit der Wehrmachtführung über den Forschungsstand ihrer Gegner und die mangelnde Möglichkeit, für die eigenen Truppen und für die Zivilbevölkerung ausreichende Schutzmittel zur Verfügung zu stellen. Die Wissenschaftler der „Kaiser-Wilhelm-Institute“ arbeiteten skrupellos mit dem Regime zusammen und sicherten diesem einen „technologischen Vorsprung“ gegenüber den Alliierten.

Funktion und Aufgabenverständnis der Polizei lassen sich grundsätzlich nicht von Fragen des formalen Polizeirechtes lösen, das am Schnittpunkt von herrschendem Staatsverständnis und exekutivem Handeln steht. Während in der Weimarer Republik die Gefahrenabwehr im Mittelpunkt stand, war die Polizei im Nationalsozialismus immer weniger an die überlieferten Gesetze und statt dessen an die „höheren Interesse der Volksgemeinschaft“ gebunden. Die Geheime Staatspolizei entwickelte sich zum entscheidenden institutionellen Faktor. Ziel dieser Entwicklung war eine Sphäre unbegrenzter Polizeigewalt, die typisch für Diktaturen ist. Auch die Geheimpolizei der SED strebte dies an, um eine normen- und justizfreie Zone schrankenloser Polizeigewalt zur Bekämpfung des „Feindes“ zu erlangen. Allerdings radikalisierte sich diese Entwicklung im Dritten Reich immer mehr, während in der DDR der offene geheimpolizeiliche

Literatur

Terror ihrer Frühzeit durch den „stillen Terror“ der späten Jahre abgelöst wurde. Hier sind in beiden deutschen Diktaturen neben Gemeinsamkeiten gegenläufige Tendenzen auszumachen.

Rainer Eckert

Helmut Moll, Martyrium und Wahrheit. Zeugen Christi im 20. Jahrhundert, Weilheim 2005 (*Gustav-Siewerth-Akademie*), 238 S.

Gerade angesichts der oft verschwommenen Vorstellungen von dem Gebiet der Hagio-graphie („Wolken von Zeugen“) ist es verdienstvoll, daß der Verfasser in der Einführung eine prägnante theologische Einführung in das thematische Begriffspaar bietet, die im Neuen Testament wurzelt und in klarer Sprache zu Verfolgung und Martyrium im 20. Jahrhundert hinführt. Zwar steht das vom Autor im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz herausgegebene Deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts im Zentrum der Ausführungen, dennoch spannt sich die hochinteressante Forschungsbilanz vom ersten einschlägigen französischen Aufsatz (1996) über die Arbeiten von Ch. Molette zu den französischen Märtyrern in Deutschland bis nach Amerika, Afrika und Ozeanien. Moll schließt den einleitenden Teil „Verfolgung und Martyrium im 20. Jahrhundert“ mit neueren Beispielen „beglaubigter Vorbilder“, d.h. Skizzen neuerer Heilig- und Seligsprechungsverfahren sowie von Märtyrer-Lebensläufen im Spiegel der Heiligen Schrift.

Der zweite Teil ist in systematisch-geographischer Untergliederung den Märtyrern aus der Zeit des Nationalsozialismus gewidmet. Er beginnt am Beispiel des KZ Dachau mit der beachtenswerten Martyriumstypologie im Umkreis der Todesmärsche, stellt sodann Diözesanpriester und Ordensleute als „Speerspitze der Verfolgung“ vor und arbeitet plastisch die „Gottesmutter Maria als Zeichen der Hoffnung“ nicht nur in marianischen Gemeinschaften, sondern auch bei Laien (z.B. dem vormaligen Zentrumsabgeordneten O. Gerig) „in den Haftstätten“ heraus. Für vier Regionen (Thüringen, Euskirchen, Köln und Krefeld) stellt der Verfasser insgesamt 39 Persönlichkeitsprofile von Märtyrern vor und schließt diesen beeindruckenden Teil mit den beispielhaften Biogrammen zweier „neu entdeckter“ Märtyrer (O. Weiß/Mülheim, K. Kamphausen/Krefeld). Daß für diese Aufnahmen ins katholisch-deutsche Martyrologium drei strenge Kriterien (Gewaltsamer Tod, Glaubens-/Kirchen-Haß bei den Tätern, Annahme des Todes als Willen Gottes) angewandt wurden, wird gerade im dritten Teil zu den Dimensionen des „Reinheitsmartyriums“ vom Autor deutlich gemacht – bei den sieben allgemeinen Beispielen aus dem Zeitraum 1905 bis 1969 wie bei dem ausführlich dargestellten Schicksal der pommerschen Schülerin Birgitta Irrgang, die 1954 gestorben ist. Was für die alte Kirchengeschichte als selbstverständlich angesehen wurde, der Zusammenhang von „Mission und Martyrium“, dem spürt der Verfasser im vierten Teil zunächst in päpstlich-kirchlichen Dokumenten des 20. Jahrhunderts nach, um es am Beispiel des niederbayerischen Mill-Hill-Missionars Friedrich Stoiber im einzelnen darzulegen, der

Kurzbesprechungen

1942 auf den Philippinen von Partisanen erschossen wurde, „weil er katholischer Priester“ war.

Das Quellen- und Literaturverzeichnis ist auf die häufig benutzten Titel beschränkt, höchst aktuell und übersichtlich. Die 669 Anmerkungen sind gerade für die einzelnen Märtyrer und theologischen Ausführungen wahre Fundgruben. Hilfreich sind im Register neben den Personen und Orten die ausgewiesenen Regionen und Bistümer. Der Verfasser hat auf dem Gebiet der „zeitgeschichtlichen Hagiographie“ eine theologisch und historisch fundierte Forschungsbilanz vorgelegt, welche für den „Standort der deutschen theologischen Wissenschaft“ als Gewinn anzusehen ist.

Reimund Haas

Christoph Möllers, Gewaltengliederung. Legitimation und Dogmatik im nationalen und internationalen Vergleich, Tübingen 2005 (*Mohr Siebeck*), 515 S.

Der Verfasser verfolgt mit seinem Werk ein ambitioniertes Vorhaben, eine – wie er im Vorwort erklärt – „systematische Konzeption“, welche die „häufig vieldeutige, mitunter gar widersprüchliche Verwendung“ des Begriffes der Gewaltenteilung „aufhebt und in einen rechtsdogmatischen und rechtsvergleichenden Rahmen setzt“. Begründet wird diese „legitimationstheoretisch: Rechtsordnungen, die individuelle Freiheit und demokratische Selbstbestimmung gleichberechtigt zur Geltung bringen, bedürfen zur Koordination beider Anforderungen eines übergreifenden Organisationsprinzips dreieggliederter Herrschaft, einer legitimen Gewaltengliederung“. Nach einem mit „Einleitung“ überschriebenen – für juristische Arbeiten eher ungewöhnlich anspruchsvollen – methodischen Vorspann präsentiert Möllers das Herzstück seiner Botschaft in einem Dreischritt: Auf die Selbstbestimmung in Rechtsform und Kriterien individueller und demokratischer Legitimation folgt sein Neuansatz einer „Gewaltengliederung in Selbstbestimmung“, systematisch eher versteckt als „Bestand und Neuentwurf“.

Unter der Überschrift des ersten Teils „Gewaltengliederung im nationalen Rechtsvergleich“ schließt sich eine umfassende Betrachtung der drei klassischen Elemente staatlicher Gewalt, Judikative, Legislative und Exekutive an – basierend auf dem vom Autor entwickelten Ansatz und bezogen auf die Verfassungsordnungen Deutschlands und der USA. Mit der Kategorie der „Mehrebenen-Rechtsordnungen“ transzendiert der Verfasser die nationalstaatlichen Organisationen, integriert also über die nationalstaatliche, föderale Organisation hinaus die supra- (EU) oder internationale Ordnung (ILO, WTO) in sein Konzept, wobei die Auswahl dieser Referenzordnungen, wie zuvor schon die der USA, überzeugend begründet ist. Am Ende präsentiert er die Synthesen seiner Betrachtung. Der Ausweitung der traditionell nationalstaatlich orientierten Gewaltenteilungsperspektive steht indessen eine nicht zu unterschätzende Einengung gegenüber: nämlich die auf eine „Gewaltengliederung in Selbstbestimmung“ (S. 15), die ihrerseits grundrechtlich, vor allem aber demokratisch fundiert ist. Während die Expansion jedoch lediglich die Funktion hat, die universelle Reichweite des Konzepts des Verfassers

Literatur

zu belegen, mithin in Teilen jedenfalls theoretisch verzichtbar, zumindest aber austauschbar wäre, kommt der Restriktion fundamentale Bedeutung zu. Sie bietet nicht nur erst die Legitimationsgrundlage für das gesamte Theoriegebäude des Verfassers, sondern läßt die Betrachtung auch „arg systemisch“ geraten und verliert damit zunehmend aus dem Blick, daß eine formale demokratische Legitimation allein noch keine individuelle Selbstbestimmung, also Freiheit, garantiert – zumal dann, wenn die Existenz von naturrechtlich begründeten Menschenrechten in Abrede gestellt wird. In ihrer systematischen Durchdringung erfüllt die Arbeit gewiß die Anforderungen an eine Habilitationsschrift; unangenehm fällt indessen auf, andere Ansätze zum Verständnis des Gewaltenteilungsmodells zu denunzieren, als würden sie „über das Kaiserreich schreiben“ (S. 411).

Hans-Jörg Bücking

Möllers, Martin H.W./van Ooyen, Robert Chr. van (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005, Frankfurt a.M. 2006 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), 552 S.

Weber, Hermann u.a. (Hrsg.), Historische Kommunismusforschung 2005, Berlin 2005 (*Aufbau-Verlag*), 464 S.

Zuckermann, Moshe (Hrsg.), Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 2005, Göttingen 2005 (*Wallstein Verlag*), 442 S.

Das Jahrbuch Öffentliche Sicherheit erschien 2005 zum zweiten Mal (es kommt alle zwei Jahre heraus), das Jahrbuch Historische Kommunismusforschung zum zwölften Mal (2000/01 gelangte ein Doppelband an die Öffentlichkeit), das Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte zum dreiunddreißigsten Mal. Alle Jahrbücher haben ihre Verdienste und ihre Eigenheiten. Das Jahrbuch Öffentliche Sicherheit hat neben einem prominenten Gastbeitrag vier „Kernbereiche“ (Extremismus, öffentliche Sicherheit in Deutschland, europäische Sicherheitsstruktur, internationale Sicherheit), die zuweilen durch andere erweitert werden. Diesmal sind es „Menschenwürde und Sicherheit“ (wegen der Folterdebatte) und „Herausforderungen globaler Sicherheit“. Das zuvor im Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung bei Hermann Weber angesiedelte und seit 2004 im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur herausgegebene Jahrbuch widmet sich, wie der Titel unschwer erkennen läßt, der nicht auf Deutschland beschränkten Kommunismusforschung. Im Anhang findet sich jeweils der „International Newsletter of Communist Studies“, der von größtem bibliographischem Interesse ist. Das Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte wird vom dortigen Minerva Institut für deutsche Geschichte herausgegeben und steht jeweils unter einem bestimmten Schwerpunktthema, ist damit breiter als die beiden anderen Editionen angelegt. Alle Jahrbücher sind auf ihre Weise unentbehrlich.

Das Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung hat, neben der Rubrik „Forum“ (mit einem aufschlußreichen Beitrag über Ulrike Meinhofs marginale Kontakte als Terroristin zur Staatssicherheit) diesmal einen Schwerpunkt bei der Vergangenheitsbewältigung der Sowjetunion (ferner: Südosteuropa). Wie die Analysen von Bernd

Kurzbesprechungen

Bonwetsch, Jan Foitzik und Andreas Langenohl bei allen Fortschritten belegen, ist die Sowjetunion von einer kritischen Aufarbeitung ihrer Geschichte noch weit entfernt. Bonwetschs Beitrag über den in Russland positiv besetzten „Großen Vaterländischen Krieg“ verdient besondere Hervorhebung. Im neuesten Jahrbuch Öffentliche Sicherheit hätte man sich bei der Erörterung der „Folterdebatte“ eine eingehende Diskussion des Falles von Wolfgang Daschner gewünscht. Der Frankfurter Vizepräsident der dortigen Polizei hatte mit Folter gedroht, um das Leben eines entführten Kindes retten zu können. Weiterführend ist die nüchterne Bestandsaufnahme von Frank Decker und Lazaros Miliopoulos über Rechtstextremismus und Rechtspopulismus in der Bundesrepublik. Sie enthält Hinweise auf Erklärungsansätze wie Gegenmittel und Perspektiven. Die zwei Beiträge von Wolfgang Benz (Antisemitismus in Europa) und Armin Pfahl-Traugher (zum ideengeschichtlichen Hintergrund des „Neuen Antisemitismus“) könnten auch im Tel Aviver Jahrbuch stehen. Das – heikle – Schwerpunktthema der auf deutsch oder englisch verfaßten Beiträge lautet diesmal nämlich: „Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik“. Das Spektrum ist breit gespannt. Der herkömmliche rechtsextremistische Antisemitismus steht nicht im Vordergrund, geht es doch mehr um den – tatsächlichen oder vermeintlichen – islamistischen Antisemitismus wie um den – tatsächlichen oder vermeintlichen – antisemitischen Antizionismus. Nach Gerhard Hanloser war für die „antiimperialistische Linke“ Palästina eine Projektionsfläche, für die „antideutsche Linke“ hingegen Israel. Die Abrechnung mit beiden Positionen ist überzeugend. Dieser Beitrag wird gut durch die Analyse von Volker Weiß über den Antizionismus des deutschen Terrorismus ergänzt.

Eckhard Jesse

Richard Overy, Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Rußland, München 2005 (*DVA*), 1200 S.

Simon Sebag Montefiore, Stalin. Am Hof des Roten Zaren, 3. Aufl., Frankfurt a.M. 2005 (*S. Fischer*), 874 S.

Entgegen Postulaten der politischen Korrektheit, die Gemeinsamkeiten beider staatsterroristischer Herrschaftssysteme übergehen, legt der in England Neue Geschichte lehrende Richard Overy einen systematischen Vergleich zweier Diktaturen vor. Abgesehen von Reden und Schriften Hitlers und Stalins stützt er sich primär auf einschlägige wissenschaftliche Sekundärliteratur. In seiner Sicht ist die historische Forschung heute angesichts der in den letzten zehn bis zwölf Jahren gewonnenen Detailkenntnisse über beide Regimes nicht mehr auf ein die Unterschiede ignorierendes „grobes politikwissenschaftliches Modell des Totalitarismus angewiesen“ (S. 16). Er will durch seinen Vergleich Gemeinsamkeiten, wie wesentliche Unterschiede zwischen den Systemen aufzeigen. Seine Darlegungen verbindet er jeweils mit der Frage, wie die Diktatur funktionierte und wie sie die Anhänger dazu brachte, Morde in so ungeheurem Ausmaß zu begehen. Seine spezifische vergleichende Sicht auf wesentliche Systemelemente (z.B. Machtgewinn, Machterhalt, Personenkult, Terror, „das moralische Universum“, kulturelle, wirtschaftliche, militärische Bedingungen, Krieg, internationale Politik) fördert

eine überragende Fülle von Gemeinsamkeiten der Herrschaftspraxis zutage. Die vom Autor besonders avisierten Unterschiede (biologischer versus politischer Rassismus, Umweltbedingungen, Zielsetzungen) erweisen sich dagegen eher von marginaler Bedeutung.

Der englische Historiker Montefiore konzentriert sich in seiner umfangreichen Studie im wesentlichen auf menschliche Dimensionen der politischen Entwicklung von einer Oligarchie zur Alleindiktatur eines charakterlich höchst zwiespältigen Stalin. Er rekonstruiert ein anschauliches Bild von einem schrecklichen, angstvollen, aber teils auch heiteren Alltag am „Hofe“ Stalins. Zusammen mit dessen Angehörigen sowie alten politischen Freunden und Feinden, die ihn vom Anfang der dreißiger Jahre mitunter bis zu seinem Tod umgaben, bildete dieses Umfeld eine große „Familie“. Unverkennbar ragt der bolschewistische Impetus in das Private ebenso unheilvoll hinein, wie die überragende Schuld Stalins an den bolschewistischen Verbrechen kaum zu leugnen ist. Der Autor wendet sich gegen die Fiktion einer Alleinverantwortung Stalins. Er verschweigt keineswegs die Opfer und Leiden seiner nahen Helfer. Doch er enthüllt auch ihre Intrigen, Rivalitäten, Laster und Privilegien, und wie sie sich in ihrer ebenfalls monströsen Unmenschlichkeit an dem Morden beteiligten, auch und gerade durch eigenes Zutun. Die vielen Beispiele, die von aufschlußreichen Anekdoten bis zur hintergründigen Deutung von Spitznamen reichen, könnten als Klatsch denunziert werden. Sie erweisen sich aber als sehr hilfreich, weil sie ein erschütterndes Porträt dieser – trotz Stalins Macht – einflußreichen Führungskräfte vermitteln. So haben wir es mit einer bedeutenden, umfassend dokumentierten, wissenschaftlichen Untersuchung zu tun, der ein ungewöhnlich hoher Arbeitsaufwand (z.B. Interviews Beteiligten, Zeitzeugen, Memoiren, Briefe, Tagebücher, Reisen an die Orte des Geschehens, neue Archivbestände) zugrundeliegt.

Hannelore Horn

Thomas Petersen/Tilman Mayer, Der Wert der Freiheit. Deutschland vor einem neuen Wertewandel?, Freiburg im Breisgau 2005 (*Herder-Verlag*), 152 S.

Jürgen Gottschlich/Dilek Zaptcioglu, Das Kreuz mit den Werten. Über deutsche und türkische Leitkulturen, Hamburg 2005 (*Edition Körber-Stiftung*), 263 S.

Die Debatten um die Werte und ihre Vermittlung werden in Deutschland seit Jahren öffentlich und in den einschlägigen Fachdisziplinen kontrovers diskutiert. Die beiden Autoren, der erste Projektleiter am Institut für Demoskopie Allensbach, der zweite Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn, greifen diese Auseinandersetzungen auf, um sie vor dem Hintergrund von Allensbacher Umfrageergebnissen aus dem Jahre 2003 zu erörtern. Im Zentrum ihrer Analyse steht die Frage, was die Deutschen unter Freiheit verstehen. Dabei geht es um den Stellenwert der Freiheit, um die Folgen persönlicher Freiheit und die Grenzen der Freiheit. In jedem dieser Kapitel präsentieren die Autoren eine Vielzahl empirischer Befunde und ihre behutsame Interpre-

tation. In beiden Fällen finden sich gelegentlich überraschende Einsichten und Bot-schaften, etwa jene, daß die unter 30jährigen in den neuen Bundesländern sich als ak-tiver, selbständiger und freiheitsorientierter erweisen als ihre Altersgenossen im Westen der Republik. Gerade in den neuen Bundesländern, so die abschließende Prognose, dürfte der Wert der Freiheit in den nächsten Jahrzehnten erheblich an Bedeutung ge-winnen.

An die Wertedebatten der letzten Jahre knüpfen die beiden Journalisten Gottschlich und Zapcioglu auf eigene Art und Weise an, nämlich mit Blick auf den Alltag und ein-zelne Biographien. Ihr Ausgangspunkt ist die These, daß mit Türken und Deutschen zwei sehr unterschiedliche Kulturen und Mentalitäten aufeinander stoßen, die zwar im Wandel begriffen sind, aber deren Verhältnis sich keineswegs konfliktfrei gestaltet. Vor diesem Hintergrund konfrontieren sie ihre Leser mit gängigen und überraschenden Vor-urteilen und Stereotypen auf beiden Seiten. Zugleich liefern ihre Reportagen und Fea-tures journalistisch aufbereitete neue Einblicke in die Facetten einer Wertedebatte, wel-che die Türkei und Deutschland noch lange beschäftigen wird. Die Probleme etwa in Sachen Emanzipation, Erziehung, Religion oder Zivilgesellschaft werden ebenso offen angesprochen wie die Fragen, ob der Beitritt der Türkei zur EU politisch notwendig und sinnvoll ist und welche Folgeprobleme er womöglich haben könnte. Die Autoren entdecken und schildern auch überraschende Gemeinsamkeiten, ohne den Spannungsbogen von Integrationsdruck und bewußter Abschottung klein zu reden. Die Tatsache, daß sie als deutsch-türkisches Paar privat und beruflich im Spannungsfeld der Werte beider Länder leben und arbeiten, verleiht ihren Geschichten eine besondere Sensibili-tät im Umgang mit der jeweils anderen Kultur und ermöglicht dem Leser eine instruk-tive Lektüre, ohne mit abschließenden Urteilen konfrontiert zu werden.

Peter Dudek

Ingo Pies/Martin Leschke (Hrsg.), Karl Marx' kommunistischer Individualismus, Tübingen 2005 (*Mohr Siebeck*), 232 S.

Der Sammelband bietet 16 Beiträge. Fast alle stammen von einer interdisziplinären Ta-gung, an der Theologen, Philosophen, Politologen, Volkswirte, Soziologen u.a. teilnah-men. Ingo Pies, der Mitherausgeber, zeichnet für die umfangreiche Einleitung verant-wortlich und vertritt eingehender als andere die provozierende These, wonach die gän-gige Ansicht, Marx sei ein illiberaler Kollektivist gewesen, nicht den Tatsachen entspre-che. „Dieses bis in den Kanon der Schulbildung hineinreichende Urteil erweist sich jedoch bei genauer Textlektüre als krasses Fehl-Urteil“ (S. 2). Marx war demnach ein kommunistischer Individualist. Da diese Behauptung zugleich den Buchtitel bildet und sich wie ein roter Faden durch mehrere Beiträge hindurchzieht, soll geprüft wer-den, ob nun die Marx-Biographien umgeschrieben werden müssen. Zwar wird einge-räumt, Marx habe den zeitgenössischen Liberalismus abgelehnt, aber dies sei nur des-halb geschehen, weil darin die Freiheit des Einzelnen als Freiheit *von* der Gesellschaft

gedacht worden sei. Stimmt das? Man denke nur an die politischen Forderungen von 1848 nach Partizipation. Die Diskrepanz zwischen den historischen Liberalen und dem „Individualisten“ Marx wird nirgendwo verdeutlicht. Pies preist den Wert fundierter Kenntnisse des Werkes von Marx, „zumal Marx ja bekanntlich Wert darauf legte, selbst kein Marxist zu sein“ (S. 2). Wer sich trotz des „bekanntlich“, das jede Nachprüfung eigentlich überflüssig macht, der Mühe unterzieht, die Fundstelle zu prüfen, erfährt, daß Marx nur auf Distanz zu den französischen sogenannten „Marxisten“ ging, wie dies Engels, die Quelle, ausdrücklich betont.

Wer hofft, die „fundierte[n] Kenntnisse“, von denen eben die Rede war, würden dem Leser vor Augen geführt, damit er anhand des originären Marx erfährt, wie ihm die Harmonisierung von Kommunismus und Individualismus, die Quadratur des Kreises, gelingt, sucht vergebens. Einer der wenigen Texte, die in diesem Zusammenhang immer wieder zitiert werden, findet sich im kommunistischen Manifest, das den Kommunismus kennzeichnet als „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Das ist eine wohlklingende Behauptung, aber kein Beweis, nicht einmal der Versuch, das Unmögliche plausibel zu machen. Wie üblich, wird alles ausgeblendet, was die späteren Verbrechen der Marxisten erahnen läßt, so jene unheilswangere Stelle aus dem Manifest: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“ Im Sachregister – für den ganzen Band – suchen wir die Stichworte vergebens, die dem Individualismus zuwider sind. Wir finden weder „Autorität“ noch „Gewalt“ noch „Menschenkehrich“ noch „Planwirtschaft“ noch „Rache“ noch „Terror“ noch „Vernichtung“. Die Vorgabe des Buchtitels ist also auch weiterhin zu verneinen. In seinem Epilog läßt Hans Nutzinger das Werk von Marx im Spiegel der einzelnen Beiträge Revue passieren, eine „Quelle von intellektuellen Anregungen“, aber auch Anlaß zu Verärgerungen, „ein komplexes Kunstwerk, mit dem jeder Betrachter auf unterschiedliche Weise kommuniziert“ (S. 203). Analogien zur Bibel werden aufgezeigt, und schließlich wird Joan Robinson beifällig zitiert: „The waters are dark and it may be that whoever peers into them sees his own face“ (S. 206).

Konrad Löw

Michael Richter, Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90, Göttingen 2005 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 1183 S.

Michael Richter hat eine imposante Studie zur Bildung des Freistaates Sachsen vorgelegt. Auf über 1.000 Seiten analysiert der Historiker den sächsischen Länderbildungsprozeß, der am 3. Oktober 1990 mit der Konstituierung des Freistaates als einem Land der Bundesrepublik Deutschland die Phase der sächsischen Nichtstaatlichkeit während der vergangenen beiden deutschen Diktaturen beendete.

Bislang waren die Vorgänge der Länderbildung im Rahmen des Transformationsprozesses zur deutschen Einheit nur in Teilaspekten bekannt. Der quellennahe Band widmet sich drei großen Abschnitten. Den Anfang bildet die revolutionäre Phase vom Herbst 1989 bis zur ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990; der zweite Abschnitt umfaßt den Transformationsprozeß der demokratisierten DDR zur deutschen Einheit; der letzte Teil berücksichtigt den Beginn Sachsens als Bundesland. Damit bestimmt die historische Entwicklung den Aufbau. Zwei große Fragenkomplexe weisen den Weg: Warum kam es im Umbruchsprozeß 1989/90 zur Länderbildung? Wer waren die maßgeblichen politischen Akteure und warum?

Der Autor holt weit aus. Informationen zur sächsischen Stammesgeschichte folgen wichtige Ereignisse der Landesgeschichte Sachsens vom Frühmittelalter an bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, ehe nach 1945 die Entwicklung unter der kommunistischen Herrschaft beleuchtet wird. Die von November 1989 an vorgetragene Forderung nach Länderbildung entsprach einer revolutionären Zielvorstellung, stand sie doch jeglichen diktatorisch-zentralistischen Ansätzen entgegen. In dieser ersten Phase trieb die revoltierende Bevölkerung die Länderbildung an. Es war schließlich der Staatsapparat in Gestalt der Räte der Bezirke, der vor dem Hintergrund des steten Machtverfalls der SED den Länderbildungsprozeß zu dominieren suchte. Baden-württembergische und bayerische Landespolitiker sollten helfen, die Verwaltungsstrukturen den bundesdeutschen Gegebenheiten anzupassen. Die neuen politischen Gruppen traten diesem Ansinnen energisch entgegen. Über den „Koordinierungsausschuß“ und mit ihrem umstrittenen Eintritt in die CDU hatten exponierte Vertreter der Dresdner Bürgerbewegung (u.a. Arnold Vaatz und Herbert Wagner) begonnen, den Prozeß der Landesbildung maßgeblich zu bestimmen. Die Niederlage der PDS und der neuen politischen Gruppen bei der Volkskammerwahl führte zu einer Verlagerung der politischen Hauptkonfliktlinie in die CDU selbst. Dieser interne Kampf um die Macht (zwischen der Gruppe um Arnold Vaatz und den Alt-Funktionären der Blockpartei) war der tatsächliche Kampf um die Erneuerung des Landes Sachsen. Unter Einfluß des CDU-Bundesvorstandes und mit Hilfe westdeutscher Verwaltungsexperten gelang es den „neuen Kräften“, sich durchzusetzen. Im Ergebnis wurde nicht Klaus Reichenbach, der ehemalige Bezirksvorsitzende der CDU von Karl-Marx-Stadt, sondern Kurt Biedenkopf erster sächsischer Ministerpräsident. Unter seiner Ägide gelang die schnelle politische Konsolidierung des sächsischen Freistaates.

Der Band besticht durch eine saubere Recherche und das Bemühen, sämtliche politische Entwicklungen, Handlungsabläufe und Konfliktlinien der sächsischen Landesbildung aufzuzeigen. Zahlreiche Zeitzeugenbefragungen und eine breite Quellengrundlage vermitteln ein authentisches Bild des Transformationsprozesses. Der Detailreichtum, der den Leser auf besondere Art am Geschehenen teilhaben läßt, zeigt die Akribie, mit der Michael Richter diese beispielhafte Studie erstellt hat. Für andere neue Länder fehlt eine vergleichbare Arbeit.

Jörg Pfeifer

Literatur

Richard Saage, Demokratietheorien. Eine Einführung, Wiesbaden 2005 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 325 S.

Anja Röcke, Losverfahren und Demokratie, Münster 2005 (*Lit Verlag*), 151 S.

Man kann sich über die Herangehensweisen an das Thema „Demokratietheorien“ streiten. Soll man eher einen historischen oder eher einen konzeptionell-systematischen Zugang wählen? Richard Saage ist in seinem Lehrbuch eine glückliche Verknüpfung gelungen. Er präsentiert die wichtigsten Demokratietheorien, beginnt in der Antike, übergeht das Mittelalter (z.B. Augustinus, Thomas von Aquin) und zieht den Faden über die Partizipationsmodelle der frühen Neuzeit, die demokratietheoretischen Einlassungen aus der Zeit der französischen Revolution bis zur politischen Theorie im 20. Jahrhundert. Dabei bindet der Autor die ideengeschichtliche Entwicklung immer in den politischen und sozialen Kontext ein. Gerade diese Kontextualität trägt im aktuellen Diskurs dazu bei, die westliche Illusion zu zerstreuen, daß Demokratie überall auf der Welt möglicherweise durch eine Art Entwicklungshilfe oder sogar durch Druck von außen eingeführt werden könnte. Was in den Gliederungspunkten nicht erscheint, aus den Texten erschlossen und ergründet werden kann, ist der Zusammenhang zwischen der politischen Ideengeschichte und den epochalen Paradigmen wie „Aufklärung“, „Moderne“ oder „Postmoderne“. Obwohl Saages Lehrbuch zu attestieren ist, daß es jeden Seminarapparat zum Thema „Demokratietheorien“ sinnvoll ergänzen kann, ist es dennoch die Aufgabe des Rezensenten, auf einige Defizite hinzuweisen: Erstens hätte die Auseinandersetzung mit der politischen Theorie der Gegenwart, insbesondere den zeitgenössischen Ansätzen, der deliberativen, kommunikativen, responsiven, kommunitären Demokratie, ihrer aktuellen Bedeutung entsprechend einer ausführlicheren Behandlung bedurft. Zweitens wird das Genderproblem in der Demokratietheorie (z.B. Iris Marion Young) überhaupt nicht berücksichtigt. Und drittens: Für das Verständnis des grundgesetzlichen Demokratie Modells hätten die demokratietheoretischen Aspekte der Verfassungsentwicklung von Weimar nach Bonn stärker Berücksichtigung finden müssen. Man vermißt vor allem die Darstellung der Ursprünge der modernen Pluralismustheorie. Schließlich wäre es angemessen gewesen, die demokratietheoretische Entwicklung mit dem Wandel von der wertneutralen zur wertgebundenen Demokratie zu verknüpfen.

In ihrem Bändchen „Losverfahren und Demokratie“ beschäftigt sich die Nachwuchswissenschaftlerin Anja Röcke mit einem im demokratietheoretischen Diskurs vernachlässigten Thema. Das Losverfahren setzt im Gegensatz zur Wahl sämtliche Kriterien einer Entscheidung außer Kraft. Es folgt insofern einem egalitären Impetus. Die historisch angelegte Betrachtung erbringt jedoch den Nachweis, daß mit dem Entstehen des Repräsentationsprinzips und dessen elitetheoretischen Konnotationen das Losverfahren aus dem Bereich des Politischen verschwindet. Dies hat zu tun mit der zunehmenden Komplexität politischer Fragestellungen, deren adäquate Bearbeitung mit fortschreitender Entwicklung immer mehr an minimale Qualifikationsvoraussetzungen gebunden sind. Die Erörterung des Losverfahrens richtet den Blick auf die Frage, wer denn über-

haupt in der Demokratie entscheiden soll. Letztlich liest sich die Studie als Legitimation der repräsentativen Demokratie aus der Perspektive der demokratietheoretischen Implikationen eines Verfahrens, das zunächst egalitär und deshalb demokratisch erscheint.

Armin Scherb

Ferdinand Schlingensiepen, Dietrich Bonhoeffer, 1906-1945. Eine Biographie, München 2005 (*C.H. Beck*), 432 S.

Die Bonhoeffer-Biographie von Ferdinand Schlingensiepen ist ein Glücksfall. Die Berücksichtigung neuer Quellen ergänzt und verändert einiges, was das bisherige Standardwerk von Bonhoeffers Freund, Eberhard Bethge, aus dem Jahr 1967 nicht bieten konnte. Schlingensiepen ist es mit seinem über weite Strecken spannend zu lesenden Werk gelungen, die facettenreiche Gestalt Dietrich Bonhoeffers als authentische Person darzustellen. Bonhoeffers Frömmigkeit und rationales Weltverständnis, sein Gerechtigkeitsempfinden und das Beharren auf Recht, Friedensethik und Widerstandskampf, sein Kampf gegen die Euthanasie und seine Befürwortung des Attentats auf Hitler bilden eine Einheit. Schlingensiepen verdeutlicht dies, weil er die Rekonstruktion der historischen Abläufe und die darauf folgenden Entscheidungen Bonhoeffers mit dessen theologischen Schriften verknüpft. Als Hitler mit seinem Blitzkrieg 1940 Frankreich niederwarf, waren Volk und Wehrmacht durch den Erfolg geblendet. Der Widerstand mußte einmal mehr befürchten, daß ein Putsch gegen Hitler eine neue Dolchstoßlegende hervorbringen würde. Bonhoeffer warnte daraufhin in seiner Ethik vor der „Vergötzung des Erfolges“. Die Menschen würden „blind für Recht und Unrecht, Wahrheit und Lüge, Anstand und Niedertracht“ (S. 264).

Der Leser liest das Buch im Wissen um Bonhoeffers frühes Ende. Die Anordnung Hitlers exekutierte ein „gewissenhaft“ gewissensloser deutscher Richter angesichts der heranrückenden amerikanischen Armee. Schlingensiepen zeigt das mit ganzem Ernst und tiefem Trost gelebte Christentum eines Menschen, der zur Tat drängte und darin auch mit dem Tod leben konnte. Der Schlüssel zum Verständnis Bonhoeffers ist danach das verantwortungsvolle Leben im Vorletzten in der Erwartung des Letzten, der Gehorsam gegen Gott, der zur Freiheit der Entscheidung führt. Bonhoeffer mochte weder ein auf soziale Fragen verkürztes Christentum, noch eine in Konventionen verharrende und darin schuldig werdende Kirche. Er, das erzählt das Buch fast beiläufig, gehörte zu den Eliten, die die Nationalsozialisten und später die Kommunisten gehaßt haben, weil sie kein manipulierbares Material waren und im Kopf klar und kritisch blieben, keiner Selbstvernechtung um irgendwelcher übergeschichtlicher Sendungen willen verfielen. Bonhoeffer kam aus dem geistigen Zentrum der bürgerlichen Kultur. Er fand Zugang zu den wichtigen Gestalten in Politik, Bildung und Kultur, Militär und Kirche, auch im Ausland. Seine Lehrer hatten klangvolle Namen: Adolf von Harnack, Reinhold Seeberg, Karl Barth, Martin Niemöller, Otto Dibelius und viele mehr. Er erkundete und

bereiste den europäischen und amerikanischen Kontinent. Seine Sorge galt einer Zivilisation, die durch den ersten Weltkrieg gefährdet war und mit dem Aufstieg und der mörderischen Energie der Nationalsozialisten in eine tiefe Krise gestürzt wurde. Bonhoeffer erkannte dies schon vor Hitlers Machtergreifung.

Es wird nun viel schwerer werden, Gestalt und Werk Bonhoeffers verkürzend darzustellen. In der DDR hat die durch die SED lizenzierte Theologie Bonhoeffers dafür erhalten müssen, die nötige geistliche, geistige, kulturelle und kirchenpolitische Auseinandersetzung zu umgehen, statt diese unter Berufung auf seine Widerstandethik auszutragen. Dabei wurde Bonhoeffer gleichsam zum Anwalt des Kommunismus gegen das Christentum umgedeutet. In der Opposition Polens und teilweise in der DDR gab es indes eine Bonhoeffer-Rezeption, die diesen Namen verdient.

Ehrhart Neubert

Josef Schmid/Udo Zolleis (Hrsg.), *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*, Wiesbaden 2005 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 298 S.

Der Sammelband von Schmid und Zolleis ist Ausdruck einer verstärkten Hinwendung der Parteienforschung zum Thema Parteien als Organisationen, was angesichts der Forschungsdefizite – Schmidts detaillierte Organisationsanalyse der CDU ist bereits 15 Jahre alt – dringend notwendig ist. Der Band weist – neben leichten Schwächen – eine Reihe von Stärken auf: Er bietet kein Sammelsurium von mehr oder minder zum Thema passenden Beiträgen, sondern ist in seinem Aufbau systematisch an dem im Einleitungskapitel entwickelten theoretischen Rahmen ausgerichtet; er schaut in Form von international vergleichenden Analysen über den deutschen Tellerrand; er umfaßt parteientheoretische Überblicksdarstellungen und Fallbeispiele einzelner Parteien; schließlich vereint er Beiträge von Politikwissenschaftlern, Kollegen angrenzender Fachgebiete und Praktikern mit wissenschaftlichem Hintergrund. In der Einleitung analysieren Schmid und Zolleis in prägnanter Weise die Möglichkeiten und Grenzen erfolgreicher Funktionserfüllung von (Groß-)Parteien, die sich als relativ homogene strategische Akteure im Wählermarkt behaupten müssen. Sie kommen zu dem Schluß, daß sich der Erfolg von Parteiorganisationen anhand ihres Agierens in den folgenden Bereichen analysieren läßt: Einbindung gesellschaftlicher Gruppen, Moderation des innerparteilichen Willensbildungsprozesses, Nachwuchsrekrutierung, Kampagnenfähigkeit und Finanzierung. Ärgerlich an diesem Kapitel ist, daß fast ein Fünftel der im Text verarbeiteten Literatur im Literaturverzeichnis nicht auftaucht. Die theoretisch ausgerichteten Kapitel sollen die Analyse in den genannten Bereichen vertiefen, was nicht immer gelingt: Die Beiträge von Thomas Lemke zur Bedeutung von ideellen Grundüberzeugungen und Themen für den Erfolg von Parteiorganisationen und von Volker Schmidt zur strategischen Planung können eine umfassende Analyse der Kampagnenfähigkeit von Parteien nicht ersetzen. Der Aufsatz von Hilke Rebenstorf bietet zwar einen guten Über-

blick über die Rollen und Aufgaben von Parteiliten, geht jedoch viel zu wenig auf die elitenbezogenen Fragestellungen des Bandes ein.

Wie die politische Steuerungsfähigkeit von Parteien durch eine Selbsttransformation mit Hilfe eines durch Charisma, Inspiration, geistige Anregung und individuelle Beachtung geprägten transformationalen Führungshandelns der Parteiliten erhalten werden kann, verdeutlichen Jürgen Deegs und Jürgen Weiblers theoretische Überlegungen, deren Beachtung Gerhard Schröder und Angela Merkel wahrscheinlich einige Probleme erspart hätte. Thomas Poguntke zeigt international vergleichend die Bedeutung organisatorisch vermittelter Linkages für die Stabilisierung des wahlpolitischen Umfeldes von Parteien. Seine Analyse erlaubt Rückschlüsse auf die momentanen und zukünftigen Schwierigkeiten der beiden deutschen Großparteien. Klaus Detterbeck verdeutlicht argumentationsstark die strategische Bedeutung von Mitgliedern für Parteien, wobei er die deutsche Literatur zu diesem Thema zu wenig einbezieht. Martin Florack, Timo Grunden und Karl-Rudolf Korte analysieren die Strategien und Instrumente der Mitgliederrekrutierung und bewerten ihre Erfolgsaussichten systematisch anhand der verschiedenen Motive parteipolitischer Partizipation, während sich Hubert Sickinger in einer international vergleichenden Betrachtung der Parteienfinanzierung widmet. Die theoretischen Beiträge werden ergänzt durch Fallstudien erfolgreicher Großparteien, die alle fünf aufgeführten Bereiche aus der Perspektive der jeweiligen Parteien beleuchten sollen. Dies gelingt – neben den Beiträgen über die SPD (Ulrich von Alemann) und die CDU (Frank Bösch) – am besten bei Frank Fallends Analyse der ÖVP, während sich Anthony Painters Beitrag über New Labour der Vorgabe weitgehend entzieht.

Oskar Niedermayer

Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen 2005 (*V&R unipress*), 155 S.

Die Überraschung im September 2004 war groß. Ein Jahr nach dem gescheiterten Verbotsverfahren gelang der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands mit einem Stimmenanteil von 9,2 Prozent bei den sächsischen Landtagswahlen nach über 35 Jahren erstmals wieder der Einzug in ein Landesparlament. Inzwischen hat sich die Auffregung um die parlamentarische Präsenz der NPD etwas gelegt, auch deshalb, weil die Partei bei den folgenden Landtagswahlen wie bei der Bundestagswahl 2005 nicht annähernd an das sächsische Ergebnis anknüpfen konnte, sondern deutlich an der Fünfprozenthürde scheiterte. Umstritten ist die Beurteilung des NPD-Erfolgs, der Raum für Spekulationen groß: War das NPD-Ergebnis ein singulärer Achtungserfolg? War es der Auftakt zur bundesweiten Renaissance der NPD auf Wahlebene? Entwickelt sich Sachsen zur Plattform des parteipolitischen Rechtsextremismus? Henrik Steglich untersucht in seiner Studie die längerfristigen Ursachen des NPD-Erfolgs. Wie der Dresdner Politikwissenschaftler überzeugend nachweist, fiel das Ergebnis der Nationaldemokraten bei den

sächsischen Landtagswahlen allenfalls in seiner Höhe überraschend aus. Der NPD ist es in jahrelanger mühsamer kommunaler Aufbauarbeit und unter Konzentration ihrer Kräfte gelungen, in Sachsen eine Art Hochburg aufzubauen. Zwar verfügt die Partei in Sachsen über keine „charismatische Führungspersönlichkeit“, wohl aber über „regionale Zugpferde“ (S. 137), die – Bürgernähe und Seriosität gebärdend – wesentlich zur Etablierung der NPD beigetragen haben. Darüber hinaus profitierte sie von der Schwäche der anderen Rechtsaußenparteien DVU und Republikaner, die in Sachsen keine Rolle spielen.

Dennoch kommt eine Erklärung des Phänomens „NPD in Sachsen“ nicht daran vorbei, die Rolle der etablierten demokratischen Parteien stärker zu berücksichtigen. Allen voran CDU und SPD, in Dresden Partner einer Großen Koalition der Verlierer, haben es nicht vermocht oder versäumt, der kommunalen Etablierung der NPD – vor allem in den grenznahen Regionen Ostsachsens – ausreichend Paroli zu bieten. Gleichwohl: „Bei aller Bedeutung, welche die Partei erlangt hat, ist sie von einer dauerhaften Verankerung im politischen System aber noch ein ganzes Stück entfernt“, so Steglichs differenziertes wie fundiertes Urteil, könnte jedoch „für die nächsten Jahre ein fester, wenn auch wenig bewirkender Bestandteil des politischen Gefüges bleiben“ (S. 138). Es ist die Stärke des Bandes, daß er die Ursachenbreite des Erfolgs der sächsischen NPD mit Sachlichkeit, frei von ideologischen (Vor-)Urteilen und Hysterie analysiert. Eben diese Nüchternheit lassen Politik und Wissenschaft in der Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus oftmals vermissen. Es bleibt zu hoffen, daß Steglichs Fazit – weder Ignorieren noch „Kleinreden“ und „Beschimpfen“ (S. 139) seien bei der Bekämpfung des politischen Extremismus hilfreich – in der öffentlichen Meinung an Zustimmung gewinnt. Denn parlamentarisch ist die NPD keine Gefahr für das politische System der Bundesrepublik, zumal die Partei innerparteilich keinesfalls so geschlossen ist, wie es bisher den Anschein hatte.

Lars Flemming

Bernhard Sutor, Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden? Stationen und Chancen eines geschichtlichen Lernprozesses, Schwalbach/Ts. 2005 (*Wochenschau Verlag*), 206 S.

Jan-Andres Schulze, Der Irak-Krieg 2003 im Lichte der Wiederkehr des gerechten Krieges, Berlin 2005 (*Dunker & Humblot*), 210 S.

Zwei Bücher – derselbe Inhalt? Nur auf den ersten Blick, handelt es sich doch um zwei Werke, die sich des Themas „gerechter Krieg“ aus unterschiedlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen Zielsetzungen annehmen. Während Jan-Andres Schulze – der Textgattung Dissertation gemäß – eine tiefgreifende, theoriegeleitete Untersuchung vorlegt, steht bei Bernhard Sutor, dem Altmeister der politischen Bildung, der Überblick in weitgehend chronologischer Vorgehensweise im Vordergrund. Souverän schlägt Sutor eine Schneise durch 2500 Jahre politik- und rechtsphilosophischer Beschäftigung mit dem Thema „gerechter Krieg“. Die Auswahl seiner „Stationen“ ist umfassend ge-

nug, um sich als Leser rundum informiert zu fühlen, und begrenzt genug, um nicht von einer Informationsflut überspült zu werden. In der griechisch-römischen Antike seinen Ausgangspunkt nehmend, zieht sich der rote Faden durch das Mittelalter (Thomas von Aquin, Francisco de Vitoria) über Kant zum Völkerbund und zu den Vereinten Nationen. Breiten Raum nimmt die Diskussion nach dem Ende des Kalten Krieges ein: Humanitäre Intervention wird ebenso berücksichtigt wie die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Entwicklung und Frieden. Im letzten Abschnitt „Alternativen einer Weltfriedensordnung“ erörtert Sutor anhand aktueller Ereignisse (Irak-Krieg 2003, Internationaler Terrorismus) alternative Modelle einer Weltfriedensordnung. Sutor hält eine „Weltföderation [für] schwer erreichbar, aber nicht [für] unmöglich“ (S. 187). Ein umfangreiches Literaturverzeichnis rundet das gelungene Überblickswerk ab.

Einen anderen Anspruch verfolgt Schulze in seiner zitaten- und von einem umfassenden Anmerkungsapparat begleiteten Abhandlung. Sein politiktheoretischer Bezugspunkt ist die Lehre Francisco de Vitorias. In zwei größeren thematischen Blöcken („*ius ad bellum*“ – das Recht zum Krieg“ und „*ius in bello*“) analysiert der Autor eingehend die Lehre des spanischen Spätscholastikers, der als Begründer des Völkerrechts gilt. Durch den Vergleich von Kriegsbegründung und -führung einerseits im „spanischen Zeitalter“ sowie in der modernen Staatenwelt „soll [...] der enge Zusammenhang zwischen einer theoretischen Aufschlüsselung des jeweiligen Kriegsbegriffes zweier völkerrechtlicher Epochen und der jeweiligen Staatenpraxis herausgearbeitet werden“ (S. 13). Dabei ergeben sich durchaus Parallelen: Die „Wiederkehr des theologischen Jargons“ (S. 170), sowie Handelskompanien früher Global Players sind nur zwei davon. Der Autor sieht in der Theorie des gerechten Krieges „als auch [in der] Orientierung des Soldaten an einem soldatischen Ehrbegriff ein wirksames Korrektiv“ (S. 180) zum Kriegsbegriff, der sich am „Kreuzzug“ orientiert. Präzise Argumentationsführung und strukturierte Gedankengänge zeichnen das Buch aus, in dem auch Fachleute den einen oder anderen Ansatzpunkt für weiteres Nachdenken finden.

Manfred Schwarze

Günter Verheugen, Europa in der Krise. Für eine Neubegründung der europäischen Idee, Köln 2005 (*Kiepenheuer & Witsch*), 231 S.

Bei diesem Buch handelt es sich nicht etwa, wie der Titel vermuten läßt, um eine Analyse der Krise, in der sich die Europäische Union (nicht erst seit den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden) befindet. Verheugen befaßt sich nur kurz mit den Ursachen für den Vertrauensverlust in die europäischen Institutionen, den er eher in den Gründerstaaten als in den Beitrittsländern ausmacht: In den Augen der EU-Bürger handele es sich bei der europäischen Einigung um einen Aspekt der weltweiten Globalisierungsvorgänge, die vielfach als die eigene Existenz gefährdend angesehen und daher abgelehnt würden. Europa drohe mithin zum „Opfer seines eigenen Erfolgs“

(S. 8) zu werden. Verheugen liefert vielmehr über lange Strecken einen ausführlichen, informativen und weithin kurzweilig geschriebenen, aber keineswegs schöngefärbten Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit als EU-Kommissar für die Erweiterungsverhandlungen (1999-2004).

Er schildert eindrucksvoll, welche enormen Hürden zu überwinden waren, bis am 1. Mai 2004 in Dublin die Beitrittszeremonie für die zehn neuen Mitgliedsstaaten stattfinden konnte. Voller Stolz zieht er Bilanz: „Der EU ist etwas Einmaliges gelungen. Sie hat den riesigen Raum zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer politisch befriedet und wirtschaftlich stabilisiert. Es wurde dabei kein einziger Schuß abgegeben. Mehr kann man nicht verlangen“ (S. 103). Das Buch reicht weit über einen Rechenschaftsbericht hinaus. Es stellt ein leidenschaftliches Bekenntnis seines Verfassers zur europäischen Idee dar, die zwar keine neue Begründung erfährt, wie der Buchtitel verspricht, aber doch überzeugend und engagiert vorgetragen wird. Für Verheugen ist die europäische Integration ein unverzichtbares Friedens-, Wohlstands- und Fortschrittsprojekt; Stillstand in der Integration bedeute „Rückfall in überwundene nationale Verhaltensweisen“ (S. 229). Zwei Projekte bezeichnet er als vordringlich: eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die auch wirklich von allen Staaten getragen werde, und die energische Förderung von Wachstum und Beschäftigung, die auf drei Ziele gerichtet sein müsse: „Wettbewerbsfähigkeit – Exzellenz – Innovation“ (S. 151). Verheugens Argumentation ist insgesamt wohlbegründet, und kein vernünftiger Mensch wird ihm widersprechen wollen. Aber genau darin dürfte das Problem liegen: Will man die Bürger für die europäische Idee begeistern, reichen noch so überzeugend vorgetragene rationale Argumente allein nicht aus. Europa muß zu einer Herzensangelegenheit der Menschen werden. Die Verfechter des Europagedankens haben bislang zu wenig Mühe darauf verwendet, uns Europa auch emotional näher zu bringen. Dafür ist Verheugens Buch ein gutes Beispiel.

Richard Stöss

Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, 2., vollständig überarbeitete Ausgabe, Hamburg 2005 (*Murmann Verlag*), 294 S.

Peter Waldmann (Hrsg.), Determinanten des Terrorismus, Weilerswist 2005 (*Velbrück Wissenschaft*), 241 S.

Mit einem blauen Balken und der Aufschrift „Das Standardwerk“ bewirbt der Verlag die zweite, wesentlich erweiterte und aktualisierte, Auflage des Terrorismus-Buches aus der Feder des Augsburger Soziologen Peter Waldmann. Was dem uninformatierten Leser unbescheiden klingen mag, hat hier seine uneingeschränkte Berechtigung. Wer sich nicht mit oberflächlichen, oft sensationsheischend präsentierten Informationen über das Phänomen Terrorismus – auf nationaler wie internationaler Ebene – begnügen, vielmehr die Funktionsmechanismen politisch motivierter Gewalt durchschauen will, kann bei Waldmann mehr als in den meisten anderen Büchern zum Terrorismus lernen. Der Autor, der mit vielbeachteten Studien zum „Ethnischen Radikalismus“ und zur Lo-

Kurzbesprechungen

gik des Bürgerkriegs, hervorgetreten ist, dechiffriert die „Kommunikationsstrategie“, „sozialrevolutionärer“, „ethisch-nationalistischer“, „rechtsradikaler“ wie religiöser Terroristen. Die zuletzt genannte Gattung wurde auch schon in der ersten Auflage ausführlich behandelt, was zeigt, daß ein Terrorismusexperte wie Waldmann des 11. September nicht bedurfte, um die insbesondere von Islamisten ausgehende Bedrohung durch religiös motivierte Gewalt wahrzunehmen. In den Band neu aufgenommen wurden u.a. ein Exkurs zum „transnationalen Terrorismus“ von Al Quaida und ein Abschnitt über „Selbstmordattentäter“, der neueste Forschungsergebnisse ausbreitet und der oft verbreiteten Annahme entgegentritt, es handele sich zumeist um manipulierte Individuen. Diese Anschlagform wird nämlich keineswegs nur von religiösen Terroristen praktiziert und ist, wie Waldmann überzeugend darlegt, nicht selten der „Höhepunkt und das bewußte Ende einer ‚militärischen Karriere‘ [...], die durch wachsenden Haß auf den Feind und einen sich steigenden Rachedurst gekennzeichnet ist.“

Die Beiträge des zweiten Bandes stellen eine ausgezeichnete Ergänzung dar. Sie gehen auf eine Studie zurück, die unter der Leitung Waldmanns für das „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ erstellt wurde. Die Ausgangsfrage lautete, inwieweit Armut, soziale Ungleichheit und Analphabetismus in den Ländern der Dritten Welt den politisch-religiös motivierten Terrorismus begünstigen. Über solche allgemeinen Rahmenbedingungen hinausgehend, wenden sich die Studien des Bandes jedoch sogleich spezifischen Entstehungsbedingungen zu. So behandelt Heinrich-W. Krumwiede unterschiedliche historisch-politische Konstellationen und Triebkräfte (Guerilla, Bürgerkrieg, Revolution, Religion), die Terrorismus begünstigen. Stefan Malthaner beleuchtet verschiedene Formen des Terrorismus aus der Akteursperspektive und befaßt sich mit den Interaktionen zwischen Terroristen und ihren Bezugsgruppen. Peter Waldmann lotet die temporale Dimension des Terrorismus aus, die Auslösung von Anschlagsserien durch Schlüsselereignisse, Mobilisierungsschübe, Strategien der Verzögerung oder Beschleunigung, das Zeitverständnis mit Blick etwa auf revolutionäre Ziele, die Lebensdauer terroristischer Organisationen und deren Rolle in Konfliktverläufen. Den Abschluß des Bandes bildet eine Studie von Hamed Abdel-Samad zum „Radikalismus in der Fremde“. Auf der Grundlage von Interviews mit in Deutschland lebenden muslimischen Immigranten wird der Frage nachgegangen, welche Faktoren extremistische und terroristische „Karrieren“ begünstigen.

Uwe Backes

Judith Wiczorek, Unrechtmäßige Kombattanten und humanitäres Völkerrecht, Berlin 2005 (*Duncker & Humblot*), 397 S.

Die von der Universität zu Kiel als Dissertation angenommene Arbeit ist einem Problem gewidmet, das nach dem 11. September 2001 und den darauf folgenden Reaktionen der USA und ihrer Verbündeten besondere Relevanz erhielt. Es geht um die recht-

liche Stellung von Personen, die während der US-amerikanischen Interventionen im „Kampf gegen den Terror“ gefangen genommen wurden und von denen die USA behaupten, es handle sich um „unlawful combatants“. Den ersten Teil ihrer überaus soliden Arbeit widmet die Autorin dem Begriff des unrechtmäßigen Kombattanten im bewaffneten Konflikt. Das juristische Problem ergibt sich daraus, dass das kodifizierte Recht nur den Status von Kombattanten (Personen, die berechtigt sind, Kampfhandlungen vorzunehmen, und denen eine privilegierte Behandlung als Kriegsgefangenen zusteht) und Zivilisten kennt, gleichzeitig aber in Literatur und Rechtsprechung die, an bestimmte Begriffsmerkmale gebundene, Bezeichnung von Personen als „unrechtmäßige Kombattanten“ auftritt. Daraus ergibt sich die Frage, ob mit diesem Begriff nur ein Sachverhalt bezeichnet werden soll oder es sich dabei um eine rechtlich eigenständige Kategorie handelt. Der praktische Hintergrund dieser Begriffsbildung ist die Tatsache, dass mitunter Personen, die den Kombattantenstatus nicht erfüllen (etwa Guerilleros oder „Terroristen“), sich an Feindseligkeiten beteiligen, obwohl sie durch das humanitäre Völkerrecht zu einer solchen Teilnahme nicht berechtigt sind.

Nach Auffassung der Autorin handelt es sich bei der Bezeichnung einer Person als „unrechtmäßiger Kombattant“ nur um die Beschreibung eines Sachverhalts, nämlich die direkte Beteiligung an Feindseligkeiten ohne entsprechende Berechtigung. Auf die Zugehörigkeit zu einer dritten, ungeschriebenen rechtlichen Kategorie von Personen sei also nicht zu schließen. Damit bleibt die Frage: Wie soll man mit ihnen im Falle ihrer Gefangennahme verfahren? Da der besondere Status des Kriegsgefangenen nur Kombattanten zustehen könne, bestehe keine völkerrechtliche Verpflichtung, „unrechtmäßigen Kombattanten“ einen solchen Status einzuräumen. Allerdings müsse in der Praxis mit Zweifelsfällen gerechnet werden. Läßt sich eine Person nicht eindeutig der Kategorie des Kombattanten oder der des Zivilisten zuordnen, sehe das Völkerrecht eine gerichtliche Klärung durch ein „competent tribunal“ vor, wobei die Beweislast die Partei trage, die die Person gefangen genommen hat. Die Notwendigkeit der Regelung von Zweifelsfällen ergibt sich aus der Bedeutung, die die Feststellung eines Rechts zur Vornahme von Kampfhandlungen für den Einzelnen hat (etwa bei der Bewertung von Tötungsdelikten). Dabei könne ein Staat, so Judith Wiecek, nicht ohne Weiteres entscheiden, daß für eine ganze Gruppe von Gefangenen von vornherein keine Zweifel bestehen. Vielmehr bestünden gerade bei „unrechtmäßigen Kombattanten“ regelmäßig Unklarheiten, so daß es eine Pflicht der Staaten sei, über den Status der Person eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Die Autorin macht deutlich, daß selbst Personen, denen Kriegsverbrechen vorgeworfen werden, nicht in einen rechtlosen Raum gestellt sind.

Im zweiten Teil werden die gewonnenen Ergebnisse auf einen aktuellen Fall, nämlich den des „Krieges gegen den Terror“ angewendet. Bei diesem „Krieg“ handle es sich um eine Vielzahl von Maßnahmen, für die einzeln ermittelt werden müsse, welches Recht (menschenrechtliche Bestimmungen oder das Recht des bewaffneten Konflikts) anzuwenden ist. Bezüglich der in Afghanistan gefangen genommenen und überwiegend in Guantanamo Bay ohne Anklage oder Verfahren inhaftierten Taliban- bzw.

Kurzbesprechungen

Al-Qaida-Kämpfern, gelangt Wieczorek zu der Auffassung, daß, da an deren Kombattantenstatus zumindest zu zweifeln sei, eine Vermutung für deren Kriegsgefangenenstatus solange bestehe, bis ein zuständiges Gericht darüber entschieden hat. Die USA jedoch seien einer diesbezüglichen Verpflichtung, die sie bestritten, da der Status der inhaftierten Personen als „unlawful combatants“ klar sei, nicht nachgekommen. Abgesehen davon würden, wie die Autorin ausführlich nachweist, den in Guantanamo Inhaftierten (Mindest-)Rechte verweigert, die ihnen auch als „unrechtmäßige Kombattanten“ zustehen.

Lothar Fritze

Klaus F. Zimmermann (Hrsg.), *Deutschland – was nun? Reformen für Wirtschaft und Gesellschaft*, München 2005 (drv), 369 S.

Die 18 Beiträge des von Klaus F. Zimmermann herausgegebenen Bandes – allesamt von namhaften Wirtschaftswissenschaftlern verfaßt – verstehen sich als eine Art „Deutschland-Agenda“. Von der Staatsreform über die Sozialversicherungssysteme und Arbeitsmarktpolitik bis hin zu den diversen Feldern der Infrastruktur werden sämtliche Bereiche der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik behandelt, die über die Zukunft unseres Landes tatsächlich oder vermeintlich entscheiden. Die Zustandsbeschreibungen und daraus abgeleiteten Empfehlungen sind durchweg gut fundiert und halten auch dort bedenkenswerte Argumente bereit, wo man selbst zu anderen Schlußfolgerungen kommen würde. Dennoch hinterläßt das Buch einen eher zwiespältigen Eindruck.

Die Autoren verbindet ein offenbar unerschütterlicher Reformoptimismus, dessen voluntaristische Kategorien auf den Politologen befremdlich wirken. Zwar sei die Bevölkerung für die komplexen und bitteren Wahrheiten der Deutschland-Agenda nicht „reif“ (S. 24), doch könne eine Koalition der Willigen die Reformnotwendigkeiten schultern, wenn sie nur den Mut dazu aufbringe und die Rezepte beherzige. Das Problem dieser Sichtweise liegt erstens in der unzureichenden Reflexion ihrer Ziele. Statt zu fragen, welche Konsequenzen es hat, wenn wir in Zukunft mit dauerhaft niedrigeren Wachstumsraten auskommen müssen, wenn die Bevölkerung schrumpft und gleichzeitig älter wird, wenn der Klimawandel zu einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur führt etc., frönt sie einem linearen Fortschrittsdenken, das von solchen Szenarien nichts wissen will. Zweitens widersprechen sich die Reformziele und -vorschläge auch untereinander. Wie soll sich der Staat bei Steuern, Sozialabgaben und Schulden zurücknehmen, wenn ihm in der Bildungs-, Familien- und Infrastrukturpolitik zugleich neue Aufgaben aufgebürdet werden, die ohne Mehreinnahmen nicht zu finanzieren sind? Welchen Sinn macht die „aus ordnungspolitischer Sicht überfällige“ (S. 263) Privatisierung deutscher Flughäfen, wenn es umweltpolitisch geboten ist, den Flugverkehr durch Einführung einer Kerosinsteuer zu verteuern und damit einzuschränken? Die Liste solcher Fragen wäre noch eindrucksvoller, würde man die gesellschaftlichen Neben-

wirkungen der ökonomischen Reformkonzepte einbeziehen. Daß die Ökonomen dazu neigen, diese auszublenden, ist verständlich. Allerdings verwundert es, wie leichtfertig z.B. in dem Aufsatz zur Migrationspolitik über die schwierigen Probleme der Integration und des multikulturellen Zusammenlebens hinweggegangen wird, die durch das neue Zuwanderungsgesetz mitnichten gelöst sind. Drittens richten die Autoren ihre Reformforderungen ausnahmslos an die Adresse der Politik, was angesichts des von ihnen angemahnten Abbaus des „Steuer- und Subventionsstaates“ paradox anmutet. Natürlich muß auch eine Politik der bewußten Staatsentlastung vom Staat ins Werk gesetzt werden. Zugleich stellt sich die Frage nach der gesellschaftlichen Eigenverantwortung. Damit sind nicht dümmliche „Du bist Deutschland“-Kampagnen gemeint. Die Rede ist vielmehr von jenem weitgehend tabuisierten intermediären Bereich zwischen Individuum und Staat, der für das Funktionieren der Wirtschaft ähnlich große Bedeutung gewinnt wie der von der Politik bereitgestellte Ordnungsrahmen. Von der Unternehmensbürokratie über das Bankensystem bis hin zum korporatistischen Verbändewesen haben sich in Deutschland Strukturen am Leben erhalten, die in Zeiten des globalen Wettbewerbs zunehmend anachronistisch anmuten. Ein Buch über die Reformprobleme des Landes hätte die Chance geboten, hierüber kritisch nachzudenken. Herausgeber und Autoren haben sie leider verpaßt.

Frank Decker

Kommentierte Bibliographie

- Abele, Robert P.**, A User's Guide to the USA Patriot Act and Beyond, Lanham 2005 (*University Press of America*), 122 S. – Vor dem Hintergrund der amerikanischen Freiheitstradition weist der Autor die Bestimmungen des USA Patriot Act als unzulässige Eingriffe in die Bürgerrechte aus.
- Ackermann, Anton**, Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten, hrsg. von Frank Schumann, Berlin 2005 (*Das Neue Berlin*), 288 S. – Das stark apologetisch aufgelegte Buch über den später abgehalfterten Kommunisten besteht aus drei Teilen: Biographisches, Selbstzeugnisse, Zeugnisse Dritter.
- Adeney, Katharine/Lawrence Sáez** (Hrsg.), Coalition Politics and Hindu Nationalism, Abington/New York (*Routledge*), 294 S. – Die Autoren des Bandes untersuchen die Erfolgsbedingungen der hindunationalistisch geführten Koalitionsregierung Indiens in den Jahren 1999-2004.
- Afoaku, Osita G.**, Explaining the Failure of Democracy in the Democratic Republic of Congo. Autocracy and Dissent in an Ambivalent World, Lewiston/Queenston/Lampeter 2005 (*The Edwin Mellen Press*), 222 S. – Der Autor verfolgt die politische Entwicklung des kolonialen und postkolonialen Kongo im 20. Jahrhundert und erörtert die Probleme und Chancen einer dauerhaften Demokratisierung.
- Ahmed, Akbar/Brian Forst** (Hrsg.), After Terror: Promoting Dialogue among Civilizations, Cambridge 2005 (*Polity*), 196 S. – Eine Theorie des unausweichlichen Zusammenpralls der Zivilisationen lehnen die Autoren ab. Sie plädieren stattdessen für den Dialog mit dem Islam, um den Terrorismus an der Wurzel zu bekämpfen. Zu literarisch im Stil, ist dieses Werk schwach in der Analyse der Gründe für die islamistisch fundamentalistische Radikalisierung.
- Akbarzadeh, Shahram**, Uzbekistan and the United States. Authoritarianism, Islamism and Washington's Security Agenda, London/New York 2005 (*Zed Books*), 166 S. – Der Autor beleuchtet kritisch die Annäherung der USA an das autoritäre System in Usbekistan nach dem 11. September im Zeichen der Terrorismusbekämpfung. Die These des Buches lautet: Die USA haben mit ihrer Politik zur Stabilisierung des Karimow-Regimes beigegeben.
- Alavi, Nasrin**, Wir sind der Iran. Aufstand gegen die Mullahs. Die junge persische Weblog-Szene, Köln 2005 (*Kiepenheuer & Witsch*), 386 S. – Nasrin Alavi zeigt uns ein anderes Bild des Iran als das des fundamentalistischen Mullah-Regimes: die oppositionellen Stimmen aus dem wichtigsten öffentlichen Forum des Landes, dem Internet. Sie veröffentlicht eine Auswahl der Positionen junger Iraner und kombiniert sie mit Texten zur historischen, politischen und kulturellen Entwicklung, nicht zuletzt zur „Iranischen Revolution“.
- Anděl, Michal/Detlef Brandes/Alfons Labisch/Jiří Pešek/Thomas Ruzicka** (Hrsg.), Propaganda, (Selbst-)Zensur, Sensation. Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland und Tschechien seit 1871, Essen 2005 (*Klartext*), 309 S. – Die Autoren des Sammelbandes zeichnen in drei Themenblöcken, „Zensur und Selbstzensur“, „Zensur, Propaganda und ihre Wirkung“ sowie „Herausforderungen an die Medizin und ihre öffentliche Wahrnehmung“, ein facettenreiches Bild. Der interdisziplinäre Zugang vermittelt einen umfassenden Einblick in die Epochen des Deutschen Kaiserreiches, der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und des Kommunismus.
- Arendes, Cord**, Politikwissenschaft in Deutschland. Standorte, Studiengänge und Professorenschaft 1949-1999, Wiesbaden 2005 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 271 S. – Die Studie stellt eine „Kollektivbiographie“ dar. Das empirische Vorgehen überzeugt. Leider kommen demokratietheoretisch aufschlußreiche Kontroversen in der Politikwissenschaft nicht vor.
- Backes Uwe/Eckhard Jesse**, Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005 (*Nomos Verlag*), 413 S. – Die Beiträge des Bandes vermitteln einen Querschnitt der Arbeiten der beiden Extremismusforscher. Sich am Leitbild des demokratischen Verfassungsstaates orientierend, beleuchten die Autoren folgende Komplexe: Einführung in die vergleichende Extremismusforschung – Theorien – Historische Grundlagen – Empirische Bestandsaufnahmen. Stets geht es dabei um Vergleiche zwischen rechts- und linksextremistischen Phänomenen sowie um die Auseinandersetzung mit ihnen.
- Barany, Zoltan/Robert G. Moser** (Hrsg.), Ethnic Politics after Communism, Ithaca/London 2005 (*Cornell University Press*), 282 S. – Die Beiträge des Bandes beleuchten verschiedene Aspekte der Ethnizität im postkommunistischen Europa: ethnische Identität und Kultur, Mobilisierung, Parteien und Wähler, Minderheitenkonflikte sowie ethnische Migration.

Literatur

- Barth, Reinhard**, Diktaturen in Europa, Berlin 2005 (*vorwärts buch*), 183 S. – Der Autor erzählt die Geschichte der europäischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts auf fesselnde Weise. Das Buch richtet sich an ein breites Publikum, wartet aber nicht mit neuen Ergebnissen auf.
- Bauerkämper, Arnd/Konrad H. Jarausch/Marcus M. Payk** (Hrsg.), Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970, Göttingen 2005 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 335 S. – Der Sammelband stellt u.a. einzelne Autoren vor (wie Ernst Fraenkel und Dolf Sternberger), die Deutschland dem Westen öffnen wollten. Dabei war auch eine gewisse Idealisierung Amerikas im Spiel.
- Bavaj, Riccardo/Florentine Fritzen** (Hrsg.), Deutschland – ein Land ohne revolutionäre Traditionen? Revolutionen im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts im Lichte neuerer geistes- und kulturgeschichtlicher Erkenntnisse, Frankfurt a.M. u.a. 2005 (*Peter Lang Verlag*), 197 S. – Die Autoren stellen die Behauptung in Frage, daß Deutschland ohne revolutionäre Tradition sei. Die Zeitleiste reicht von 1848 bis 1989. Auch gescheiterte Revolutionen könnten von Tragweite sein.
- Beekman, Scott**, William Dudley Pelley. A Life in Right-Wing Extremism and the Occult, Syracuse, NY 2005 (*Syracuse University Press*), 269 S. – Der Kurzgeschichtenerzähler und Drehbuchautor William Dudley Pelley erwarb sich in den zwanziger, dreißiger und vierziger Jahren in der amerikanischen Öffentlichkeit mit Forderungen wie der nach einer Ghettoisierung der Juden und seinen Sympathien für den deutschen Nationalsozialismus einen Ruf als politischer Extremist. In seiner intellektuellen Biographie ordnet der Autor Pelley in die Schnittzone zwischen politischem Antisemitismus und okkulten Esoterik ein.
- Berbig, Roland** (Hrsg.), Stille Post. Inoffizielle Schriftstellerkontakte zwischen West und Ost. Von Christa Wolf über Günter Grass bis Wolf Biermann, Berlin 2005 (*Ch. Links Verlag*), 403 S. – Der Band zeichnet anhand von Beispielen die vielfältigen Kontakte zwischen den Schriftstellern der DDR und der Bundesrepublik Deutschland nach. Die etwas unklare Struktur der Gespräche, Briefe und Aufsätze darf nicht über die Authentizität der Informationen hinwegtäuschen.
- Berendse, Gerrit-Jan**, Schreiben im Terrordrom. Gewaltcodierung, kulturelle Erinnerung und das Bedingungsverhältnis zwischen Literatur und RAF-Terrorismus, München 2005 (*edition text & kritik*), 272 S. – Im Zentrum der Studie steht „einerseits die literaturwissenschaftliche Analyse der Codierung von politisch motivierter Gewalt in zeitgenössischer deutschsprachiger Literatur, andererseits der Versuch, das provozierende, kulturhistorisch sowohl spektakuläre als auch problematische Spannungsverhältnis zwischen Ästhetik und Terrorismus zu diskutieren.“
- Berkowitz, Peter** (Hrsg.), Terrorism, the Laws of War, and the Constitution. Debating the Enemy Combatant Cases, Stanford 2005 (*Hoover Institution Press*), 196 S. – Anhand von drei Fällen „feindlicher Kombattanten“ untersuchen die Autoren die rechtlichen Probleme des „War on Terrorism“ im Spannungsfeld zwischen Sicherheitserfordernissen und verfassungsrechtlich geschützten Bürgerrechten.
- Biehl, Heiko**, Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation, Wiesbaden 2005 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 265 S. – Wie diese Studie zeigt, hat sich die Mitgliederstruktur bei den Parteien gewandelt. Der empirisch gesättigte Band ist theorie- und methodenbewußt.
- Biermann, Werner/Arno Klönne**, Kapital-Verbrechen. Zur Kriminalgeschichte des Kapitalismus, Köln 2005 (*PapyRossa Verlag*), 207 S. – Der Band prangert „den“ Kapitalismus an, zudem er eine Vielzahl an Beispielen anführt, die zeigen sollen, daß der „Neoliberalismus“ keine positive Würdigung verdient.
- Birdnow, Brian E.**, Communism, Anti-Communism, and the Federal Courts in Missouri 1952-1958. The Trial of the St. Louis Five, Lewiston u.a. 2005 (*The Edwin Mellen Press*), 227 S. – Der in St. Louis lehrende Historiker beleuchtet die Hintergründe des Prozesses gegen Mitglieder der Kommunistischen Partei der USA und ordnet ihn in die Geschichte der amerikanischen Auseinandersetzung mit totalitären Bewegungen ein.
- Björge, Tore** (Hrsg.), Root Causes of Terrorism. Myths, Reality and Ways Forward, London/New York 2005 (*Routledge*), 269 S. – Neues findet man in diesem Werk kaum, aber die Fallstudien, etwa über die Tamilen, sind informativ.
- Black, Jeremy** (Hrsg.), 70 große Schlachten der Weltgeschichte. Von Marathon bis Bagdad, Leipzig 2005 (*Koehler & Amelang*), 304 S. – In diesem Band analysieren internationale Militärgeschichtler 70 große Schlachten der Weltgeschichte – von Marathon im fünften Jahrhundert bis Bagdad 2003. Anhand von alten Stichen, Gemälden, Fotos oder von neuesten dreidimensionalen Rekonstruktionen der Schlachtplätze werden die Strategien der großen Feldherren, wie Themistokles, Hannibal oder Napoleon, detailliert nachgezeichnet.
- Bleek, Wilhelm/Hans J. Lietzmann** (Hrsg.), Klassiker der Politikwissenschaft. Von Aristoteles bis David Easton, München 2005 (*Verlag C.H. Beck*), 320 S. – Dieser Band enthält für das Thema des Jahrbuches wichtige Beiträge u.a. über Aristoteles (Wolfgang Leidhold), Niccolò Machiavelli (Herfried Münkler), Alexis de Tocque-

Kommentierte Bibliographie

- ville (Manfred G. Schmidt), Ernst Fraenkel (Hubertus Buchstein/Gerhard Göhler), Carl Joachim Friedrich (Hans J. Lietzmann), Hannah Arendt (Antonia Grunenberg).
- Blumenwitz, Dieter/Gilbert H. Gornig/Dietrich Murswiek** (Hrsg.), Die Europäische Union als Wertegemeinschaft, Berlin 2005 (*Duncker & Humblot*), 312 S. – Vor dem Hintergrund des EU-Beitritts der post-kommunistischen Staaten und einer möglichen Aufnahme des „islamisch geprägten Großstaates Türkei“ sorgen sich die Verfasser um das vom Christentum geprägte europäische Wertesystem.
- Bobb, Arturo Rodríguez**, El otro aspecto de la violencia en Colombia. Laureano Gómez y Luis López de Mesa: Entre la teoría racialista y la identidad nacional. Efectos simultáneos de la razón equivocista, Berlin 2005 (*Wissenschaftlicher Verlag Berlin*), 171 S. – Der Autor sucht die These zu begründen, daß sich die Sozialwissenschaften in Kolumbien, Lateinamerika und der Karibik gegenüber den Afroamerikanern eines rassistischen Diskurses befleißigen.
- Brandt, Hartwig/Ewald Grothe** (Hrsg.), Quellen zur Alltagsgeschichte der Deutschen 1815-1870, Darmstadt 2005 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 234 S. – Der Band präsentiert eine Fülle verschiedenartiger Quellen: Briefe, Tagebucheintragen, Reiseberichte, Expertisen, Publizistisches u.a. So entsteht ein „Alltagsspiegel“ der sozialen Schichten: eng verbunden mit Sozialgeschichte, an konkrete Personen und Geschehnisse angelehnt, mit großer Erlebnisqualität. Die 15 Themenbereiche veranschaulichen deutsches Leben im 19. Jahrhundert, gestatten den Blick auf Familie und Wohnen, Religiosität, Bildung und vieles mehr.
- Brasch, Walter M.**, America's Unpatriotic Acts. The Federal Government's Violation of Constitutional and Civil Rights, New York u.a. 2005 (*Peter Lang Verlag*), 233 S. – Der Gewerkschaftskolumnist und bekannte Buchautor zeigt – in alarmistischem Ton – die Wirkungen des US Patriot Act auf und dokumentiert „unzählige Bürgerrechtsverletzungen“ im eigenen Land wie in den vom „War on Terrorism“ betroffenen Staaten.
- Broder, Henryk M.**, Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Berlin 2005 (*Berliner Taschenbuch Verlag*), 320 S. – Das heftig diskutierte Pamphlet aus den achtziger Jahren, das auch den Antizionismus der Linken aufs Korn nimmt, ist um ein aktuelles Vorwort und viele neue Beispiele ergänzt.
- Bronner, Stephen Eric**, Blood in the Sand. Imperial Fantasies, Right-Wing Ambitions, and the Erosion of American Democracy, Lexington, Kentucky 2005 (*The University Press of Kentucky*), 207 S. – Der Politikwissenschaftler und Friedensaktivist setzt sich kritisch mit dem Hang der Bush-Administration zu unilateralen militärischen Interventionen auseinander, die er als Verrat an den viel beschworenen amerikanischen Freiheitsidealen entlarvt.
- Bruce, Tammy**, The New American Revolution. Using Power of the Individual to Save Our Nation from Extremists, New York 2005 (*HarperCollins Publishers*), 291 S. – Kampfschrift einer Bush-Anhängerin gegen die „sozialistischen“ Ideen der Clintons und anderer „Linker“, die Defätismus verbreiteten und eine kraftvolle Bekämpfung des politischen Extremismus behinderten.
- Brück, Brigitte**, Frauen und Rechtsradikalismus in Europa. Eine Studie zu Frauen in Führungspositionen rechtsradikaler Parteien in Deutschland, Frankreich und Italien, Wiesbaden 2005 (*V/S Verlag für Sozialwissenschaften*), 164 S. – Die Studie basiert im Wesentlichen auf neun Interviews mit Politikerinnen rechtsextremistischer Parteien. Die Autorin macht ein konservatives Familienbild aus.
- Brumberg, Daniel**, Democratization versus Liberalization in the Arab World: Dilemmas and Challenges for U.S. Foreign Policy, Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle, PA 2005 (*Bezugsadresse: <http://www.carlisle.army.mil/ssi>*), 18 S. – Die Liberalisierung der Autokratien der arabischen Welt könnte nach Meinung des Autors einer Demokratisierung vorzuziehen sein, da die Demokratisierung eine Stärkung des Islamismus bewirken dürfte.
- Buchstab, Günter/Philipp Gassert/Peter T. Lang** (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger. Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg 2005 (*Herder*), 568 S. – Die Biographie des „vergessenen Kanzlers“ der großen Koalition (1966-1969), der CDU-Parteivorsitzender, drei Jahre Kanzler, acht Jahre Ministerpräsident von Baden-Württemberg und fast 20 Jahre MdB war.
- Bundesamt für Verfassungsschutz** (Hrsg.), Argumentationsmuster im rechtsextremistischen Antisemitismus. Aktuelle Entwicklungen, Köln 2005 (*Bezugsadresse: <http://www.verfassungsschutz.de>*), 24 S. – „Antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen bleiben Konstanten rechtsextremistischer Gesinnung.“
- Bundeskriminalamt** (Hrsg.), Netzwerke des Terrors – Netzwerke gegen den Terror. Vorträge anläßlich der Herbsttagung des Bundeskriminalamtes vom 2. bis 4. November 2004, München 2005 (*Luchterhand*), 154 S. – Im Zentrum der Beiträge steht der weltweit operierende islamistische Terrorismus. Das Themenspektrum umfaßt wissenschaftliche Analyse ebenso wie Terrorbekämpfung und -prävention.
- Bunker, Robert J.** (Hrsg.), Networks, Terrorism and Global Insurgency, London/New York 2005 (*Routledge*), 211 S. – Ein sehr nützliches Werk, das neben einem exzellenten Kapitel über Al Qaida weniger bekannte As-

Literatur

- pekte vorstellt, etwa das Verhältnis zwischen Privatarmeen und Terrorismus oder das wachsende Gewicht der NGOs bezüglich der Rahmenbedingungen der internationalen antiterroristischen Gesetzgebung.
- Buras, Piotr/Henning Tewes**, Polens Weg. Von der Wende bis zum EU-Beitritt, Stuttgart/Leipzig 2005 (*Hohenheim Verlag*), 279 S. – In dem Band, der sich an ein breites Publikum wendet, beleuchten die beiden Landeskenner ausführlich die Entwicklung des überaus heterogenen polnischen Parteiensystems mit seinen Triebkräften und Akteuren – Postkommunismus und Bauernprotest ebenso wie Nationalkatholizismus und Rechtspopulismus.
- Burns, Vincent/Kate Dempsey Peterson**, Terrorism. A Documentary and Reference Guide, foreword by James K. Kallstrom, Westport/London 2005 (*Greenwood Press*), 293 S. – Der Band befriedigt das Wissensbedürfnis einer breiten Öffentlichkeit auf solide und didaktisch vorbildliche Weise.
- Burrin, Philippe**, Nazi Anti-Semitism. From Prejudice to the Holocaust, New York/London 2005 (*The New Press*), 154 S. – Der in Genf lehrende NS-Forscher legt in einer subtilen Analyse die mentalen, intellektuellen, sozialen und politischen Bedingungsfaktoren offen, die in Deutschland den Holocaust ermöglichten.
- Byman, Daniel**, Deadly Connections. States that Sponsor Terrorism, Cambridge/New York 2005 (*Cambridge University Press*), 369 S. – In strenger Systematik analysiert der Autor passive wie aktive Sponsoren des Terrorismus. Schwerpunkte bilden der Iran und die Hisbollah, Syrien und radikale Palästinensergruppen, Pakistan und Kashmir sowie Afghanistan unter den Taliban.
- Caramani, Daniele/Yves Mény** (Hrsg.), Challenges to Consensual Politics. Democracy, Identity, and Populist Protest in the Alpine Region, Brüssel 2005 (*P.I.E.-Peter Lang*), 257 S. – Ist der „Alpen-Populismus“ eine Folge der Konkordanzdemokratie? Die Autoren des Bandes gehen dieser Frage anhand „typischer“ (FPÖ, Lega Nord, SVP, Südtiroler Volkspartei) und „abweichender“ Fälle (CSU) nach.
- Christen, Ursula**, Das Verbot des islamischen Kopftuches an europäischen Schulen. Bollwerk gegen den Fundamentalismus oder rassistischer Akt?, Bern 2005 (*Edition Soziothek*), 67 S. – Das Kopftuchverbot für Lehrerinnen (aber nicht für Schülerinnen) hält die Autorin in ihrer Diplomarbeit, die auf die Situation der Schweiz, Österreichs, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs eingeht, für gerechtfertigt.
- Circione, Joseph/Jon B. Wolfsthal/Miriam Rajkumar**, Deadly Arsenals. Nuclear, Biological, and Chemical Threats, second edition, revised and expanded, Washington, D.C. 2005 (*Carnegie Endowment for International Peace*), 491 S. – Das Handbuch zur Nonproliferation nuklearer, biologischer und chemischer Waffen vermittelt ein weltweites Lagebild auf breiter Faktengrundlage.
- Clarke, Richard A. u.a.**, Gegen die Krieger des Dschihad. Der Aktionsplan, Hamburg 2005 (*Hoffmann und Campe*), 234 S. – Eine Gruppe von Sicherheitsexperten, die die US-Regierung lange vor den Anschlägen vom 11. September 2001 in Sachen Terrorabwehr beriet, zeigt alternative Strategien im Kampf gegen den Terrorismus auf.
- Claussen, Detlev**, Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, Frankfurt a.M. 2005 (*Fischer Taschenbuch Verlag*), 265 S. – Die Neuausgabe des 1987 erschienenen Werkes ist um ein Vorwort und ein Kapitel zum Antisemitismus nach Auschwitz erweitert.
- Connelly, John/Michael Grüttner** (Hrsg.), Universities under Dictatorship, University Park, PA 2005 (*The Pennsylvania State University Press*), 305 S. – Die Beiträge des Bandes vermitteln ein differenziertes Bild der Situation der Universitäten in den europäischen Diktaturen.
- Conte, Alex**, Security in the 21st Century. The United Nations, Afghanistan and Iraq, Aldershot/Burlington 2005 (*Ashgate*), 320 S. – Der neuseeländische Sicherheitsexperte analysiert die Militärinterventionen in Afghanistan und im Irak, erörtert die damit verbundene völkerrechtliche Problematik und beleuchtet die Rolle der Vereinten Nationen.
- Cook, David**, Understanding Jihad, Berkeley u.a. 2005 (*University of California Press*), 259 S. – Der Religionswissenschaftler zeichnet die politische Bedeutungsgeschichte des „Jihad“ von den heiligen Schriften des Islam bis zu zeitgenössischen Interpretationen nach.
- Cordova, Ferdinando**, Verso lo stato totalitario. Sindacati, società e fascismo, Soveria Mannelli 2005 (*Rubbettino Editore*), 320 S. – Auf der Grundlage bislang unausgewerteter Archivalien analysiert der Autor die totalitäre Dynamik des italienischen Korporativsystems.
- Cragin, Kim/Scott Gerwehr**, Dissuading Terror. Strategic Influence and the Struggle Against Terrorism, Santa Monica, Cal. 2005 (*RAND Corporation*), 116 S. – Anhand der Entnazifizierung in Deutschland, der psychologischen Kriegsführung im Vietnam-Krieg und der antikommunistischen Unterstützungskampagnen in Polen während des Kalten Krieges erörtern die Autoren Möglichkeiten und Grenzen der Einflußnahme auf bestimmte Gruppen der Bevölkerung als Bestandteil einer Antiterror-Strategie.

Kommentierte Bibliographie

- Crotty, William** (Hrsg.), *Democratic Development and Political Terrorism. The Global Perspective*, Boston 2005 (*Northeastern University Press*), 561 S. – Anhand von Lageanalysen aus allen Kontinenten gehen die Autoren des Bandes der Frage nach, welche Rahmenbedingungen Terrorismus begünstigen und wie Terrorismus am effektivsten eingedämmt werden kann.
- Dachs, Gisela** (Hrsg.), *Jüdischer Almanach. Die Jeckes*, Frankfurt a.M. 2005 (*Jüdischer Verlag*), 188 S. – Zwischen 1933 und 1939 wanderten ca. 60.000 deutsche Juden nach Palästina aus. Zionismus steckte selten dahinter, vielmehr zwang sie der NS-Staat in die Fremde. Der Almanach erzählt Geschichten der Jeckes, die wegen ihrer typisch deutschen Tugenden oft als Außenseiter belächelt wurden, obgleich sie die Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft Israels zu prägen vermochten. Sie suchten ihren Platz in der neuen Heimat und rangen zugleich um die Bewahrung ihres deutschen Kulturerbes.
- D'Agostino, Peter R.**, *Rome in America. Transnational Catholic Ideology from the Risorgimento to Fascism*, Chapel Hill/London 2004 (*The University of North Carolina Press*), 393 S. – Mit Hilfe von bislang nicht ausgewerteten Material aus italienischen Staatsarchiven und dem Vatikan weist der Verfasser die bisher vertretene These von einem „Amerikanischen Katholizismus“ für die Zeit zwischen 1848 und 1929 zurück und zeigt, daß die amerikanischen Katholiken in diesem Zeitraum dezidiert die päpstlichen Ansprüche in Europa unterstützten und sich gegen liberale, protestantische und jüdische Kritiker dieses Kurses wandten.
- Dahlby, Tracy**, *Allah's Torch. A Report from behind the Scenes in Asia's War on Terror*, New York 2005 (*Harper-Collins Publishers*), 307 S. – Der frühere „Washington Post“- und „Newsweek“-Korrespondent würzt seine nicht immer tiefeschürfenden Reportagen von der „Radical Mystery Tour“ in asiatischen Ländern mit einer gehörigen Portion Sex & Crime.
- Das Urteil von Nürnberg**. Mit einem Vorwort von Jörg Friedrich, München 2005 (*dtr*), 309 S. – Der Dokumentenband zu den Nürnberger Prozessen legt Zeugnis ab von den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes. Jörg Friedrichs Vorwort beleuchtet treffend und kritisch die völkerrechtlichen und politischen Aspekte des Verfahrens.
- Davenport, Christian/Hank Johnston/Carol Mueller** (Hrsg.), *Repression and Mobilization*, Minneapolis/London 2005 (*University of Minnesota Press*), 258 S. – Fallanalysen von den USA bis Japan, von China bis Guatemala zeigen die Formen der Mobilisierung von Protest, die Zyklen und Formen von staatlichen Reaktionen von „weicher“ Repression bis zum Massaker. Das Urteil lautet ohne Einschränkung: bereichernd und wissenschaftlich weiterführend!
- Day, Richard J.F.**, *Gramsci is Dead. Anarchist Currents in the Newest Social Movements*, London/Ann Arbor/Toronto 2005 (*Pluto Press*), 254 S. – Interessante Darstellung der Stellung des Anarchismus in den „neuen sozialen Bewegungen“ und im Kampf gegen die neoliberale Globalisierung durch einen sympathisierenden Autor.
- Dehousse, Franklin** (Hrsg.), *L'Europe face aux nouveaux défis du terrorisme*, Brüssel 2005 (*IRRI – KIIB*), 158 S. – Eine sehr nützliche Synthese, die sich mit dem Aufbau Europas angesichts der terroristischen Bedrohung befaßt. Die Autoren machen die aktuellen Stärken und Schwächen und die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten deutlich.
- Detjen, Marion**, *Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961-1989*, München 2005 (*Siedler Verlag*), 477 S. – Die erste auf archivarischer Grundlage erarbeitete Studie zur Fluchthilfe erfüllt höchste Ansprüche.
- Dijk, Teun A. van**, *Racism and Discourse in Spain and Latin America*, Amsterdam/Philadelphia 2005 (*John Benjamins Publishing Company*), 197 S. – Der Autor untersucht den weit verbreiteten Rassismus in den Elite-Diskursen Spaniens und Lateinamerikas.
- Dolan, Chris J.**, *In War We Trust. The Bush Doctrine and the Pursuit of Just War*, Aldershot/Burlington 2005 (*Ashgate*), 229 S. – Der Autor beleuchtet die ethische Problematik des als „gerecht“ geltenden „War on Terrorism“.
- Döring, Jörg/Clemens Knobloch/Rolf Seubert** (Hrsg.), *Antisemitismus in der Medienkommunikation*, Frankfurt a.M. 2005 (*Verlag der Gesellschaft zur Förderung arbeitsorientierter Forschung und Bildung*), 217 S. – Namhafte Autoren setzen sich mit Mediendebatten auseinander, wie sie von der Jenneringer-Rede, dem Streit zwischen Walser und Bubis, der Auseinandersetzung um das Berliner „Holocaust-Mahnmal“, dem Fall Möllemann, der Hohmann-Rede und dem Streit um die Flick-Collection ausgegangen sind.
- Dowdy, Joanne Kilgour/Joan T. Wynne** (Hrsg.), *Racism, Research, & Educational Reform. Voices from the City*, preface by Asa Hilliard III, New York u.a. 2005 (*Peter Lang Verlag*), 134 S. – Die Autoren des Bandes zeigen, wie der „Elefant im Klassenzimmer“ wütet, wenn Rassismus durch die Strukturen des Bildungs- und Erziehungswesens begünstigt wird.

Literatur

- Dudaš, Boris**, Anti-Terrorismuspolitik: Eine Analyse der Konzepte von Ernst-Otto Czempiel und Herfried Münkler, Tönning/Lübeck/Marburg 2005 (*Der Andere Verlag*), 107 S. – Der Autor zieht einen gedankenreichen Vergleich zwischen dem „idealistischen“ Antiterrorkonzept Czempiels und der „realistischen“ Terroranalyse Münklers.
- Eden, Paul/Thérèse O'Donnell** (Hrsg.), September 11, 2001. A Turning Point in International and Domestic Law? Aredsley, NY 2005 (*Transnational Publishers*), 856 S. – Eine Juristenkonferenz an der University of Sussex behandelte im März 2003 die vielfältigen völker- und kriegsrechtlichen Probleme des „War on Terrorism“.
- Ehlers, Kai**, Rußland: Aufbruch oder Umbruch? Zwischen alter Macht und neuer Ordnung. Gespräche und Impressionen, Dornach 2005 (*Pforte Verlag*), 94 S. – Auf der Grundlage persönlicher Eindrücke und Gespräche zeichnet der Autor ein widerspruchsvolles Lagebild – mit einer eher optimistischen Reformperspektive für Putins Regime.
- Einig, Mark**, Modelle antirassistischer Erziehung. Möglichkeiten und Grenzen mit Pädagogik ein gesellschaftliches Problem zu bekämpfen, Nordhausen 2005 (*Verlag Traugott Bautz*), 547 S. – Auf der Grundlage einer theoretischen Auseinandersetzung mit Rassismus entwickelt der Autor pädagogische Konzepte des Antirassismus. Er plädiert für mehr Partizipation und ein „selbstbestimmteres Lernen“.
- Ein Leben für Deutschland**. Gedenkschrift für Wolfgang Venohr 1925-2005, Berlin 2005 (*Junge Freiheit Verlag*), 607 S. – Der Publizist Venohr war ein Nationalneutralist. Stets propagierte er die Einheit Deutschlands. In der Gedenkschrift kommen seine Anhänger zu Wort: Sigmar Faust, Günther Kießling, Detlef Kühn, Wolfgang Seiffert, Rolf Stolz u.a.
- Engelmann, Roger/Ilko-Sascha Kowalczyk** (Hrsg.), Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, Göttingen 2005 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 478 S. – Die beiden Herausgeber, durch eine Reihe einschlägiger Studien ausgewiesen, legen einen facettenreichen Band vor, der den Forschungsstand auf vielen Gebieten gut erfaßt.
- Eriksson, Hans/Björn Hagströmer**, Chad – Toward Democratisation or Petro-Dictatorship?, Uppsala 2005 (*Nordiska Afrikainstitutet*), 81 S. – Die Autoren beleuchten die Rolle der Ölindustrie im politischen Gefüge des „pseudo-demokratischen“, „semi-autoritären“ Regimes im Tschad.
- Estes, Steve**, I am a Man. Race, Manhood, and the Civil Rights Movement, Chapel Hill/London 2005 (*The University of North Carolina Press*), 239 S. – Der Autor beleuchtet die Rolle von Männlichkeit, Geschlecht und Sexualität in der African American Civil Rights-Bewegung.
- Etzenmüller, Thomas**, 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden, Konstanz 2005 (*UVK Verlagsgesellschaft*), 269 S. – Für den Autor sind die kulturrevolutionären Umbrüche im Westen Deutschlands und in Schweden wesentlich ein Reflex auf wirtschaftliche Prosperität.
- Evard, Jean-Luc**, Signes et insignes de la catastrophe. De la swastika à la shoah, Paris/Tel Aviv 2005 (*Éditions de l'Éclat*), 231 S. – Der Autor erhellt ein Stück der geistigen Vorgeschichte des Holocaust in der Form eines eliminatorischen Antisemitismus.
- Falter, Jürgen W./Oscar W. Gabriel/Bernhard Weßels** (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden 2005 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 620 S. – Der bewährte „blaue Band“ zu den Bundestagswahlen erscheint erstmals unter der Ägide eines anderen Herausgebergespanns. An der Konzeption hat sich nichts geändert. Wichtig für das Themengebiet des Jahrbuches ist der Beitrag von Kai Arzheimer und Jürgen W. Falter über „Goodbye Lenin?“.
- Falter, Jürgen W./Harald Schoen** (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 826 S. – Dieses Standardwerk der Wahlforschung enthält auch ein Kapitel „Die Wahl extremistischer Parteien“ (Begriffe und Konzepte, Erklärungsansätze, empirische Befunde für die Bundesrepublik Deutschland).
- Farnen, Russel F./Henk Dekker/Christ'l De Landtsheer/Heinz Sünker/Daniel B. German** (Hrsg.), Democratization, Europeanization, and Globalization Trends. Cross-National Analysis of Authoritarianism, Socialization, Communications, Youth, and Social Policy, Frankfurt a.M./Berlin 2005 (*Peter Lang GmbH Europäischer Verlag der Wissenschaften*), 495 S. – Der Band bietet ein Sammelurium thematisch und qualitativ höchst unterschiedlicher Beiträge. Das Themenspektrum reicht von der europäischen Integration bis zum neuen Antisemitismus, von „multiplen Identitäten“ Jugendlicher bis zur Transformation des russischen politischen Systems.

Kommentierte Bibliographie

- Feigelson, Kristian** (Hrsg.), *Caméra politique. Cinéma et stalinisme*, Paris 2005 (*Presses Sorbonne Nouvelle*), 320 S. – Die Autoren des Bandes beleuchten die Entfaltung des „sozialistischen Realismus“ in der Kinematographie der Stalinzeit und ihre Nachwirkungen im post-stalinistischen wie post-sowjetischen Rußland.
- Fenske, Wolfgang**, *Wie Jesus zum „Arier“ wurde. Auswirkungen der Entjudaisierung Christi im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, Darmstadt 2005 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 288 S. – Der nicht sehr systematisch angelegte Band befaßt sich mit Versuchen von Theologen, Kulturwissenschaftlern und völkischen Ideologen, die „arische“ Herkunft Jesu aufzuzeigen bzw. nachzuweisen. Es fehlen eine Kontextualisierung und ein Eruiern der Motive der behandelten Verfasser.
- Ferguson, Charles D./William C. Potter**, *The Four Faces of Nuclear Terrorism*, New York/London 2005 (*Routledge*), 376 S. – Die Autoren analysieren differenziert die technischen Möglichkeiten eines nuklearen Terrorismus und geben praktische Empfehlungen zur Prävention und Abwehr.
- Feuerstein, Andreas**, *Human Rights and the War on Terrorism. The Bush Administration's Treatment of Alleged Enemy Combatants and the United States Judiciary's Reaction thereupon*, Stuttgart 2005 (*ibidem-Verlag*), 159 S. – Anhand der Fälle Rumsfeld vs. Padilla, Hamdi vs. Rumsfeld und Rasul vs. Bush untersucht der Autor die Rechtsprechung US-amerikanischer Gerichte in der Frage des Umgangs mit „feindlichen Kombattanten“.
- Finger, Stefan**, *Franz Josef Strauß. Ein politisches Leben*, München 2005 (*Olzog Verlag*), 555 S. – Diese wissenschaftliche Biographie zeigt viel Sympathie für den deutschen Politiker, der wie kein Zweiter polarisiert hat.
- Foertsch, Volker/Klaus Lange** (Hrsg.), *Islamistischer Terrorismus. Bestandsaufnahme und Bekämpfungsmöglichkeiten*, München 2005 (*Hanns Seidel Stiftung/Akademie für Politik und Zeitgeschichte*), 198 S. – Die Beiträge des Bandes behandeln den islamischen Terrorismus als Herausforderung für die Nachrichtendienste und werfen Licht auf dessen finanzielle Grundlagen.
- Föllmer, Moritz/Rüdiger Graf** (Hrsg.), *Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt a.M./ New York 2005 (*Campus Verlag*), 367 S. – Der immer verwendete Begriff der „Krise“ für die Geschichte der Weimarer Republik soll näher entfaltet werden – am Beispiel der Krisenerfahrungen und der Krisendiskurse.
- Fong, I.W./Kenneth Alibek** (Hrsg.), *Bioterrorism and Infectious Agents: A New Dilemma for the 21st Century*, New York 2005 (*Springer Science + Business Media*), 273 S. – Ausgewiesene Experten erörtern die verschiedenen Möglichkeiten des terroristischen Einsatzes von Mikroorganismen ebenso wie Fragen der Gegenwehr und Prävention.
- Forkmann, Daniela/Michael Schlieben** (Hrsg.), *Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005*, Wiesbaden 2005 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 401 S. – Übersicht zu den Parteivorsitzenden, die aber nicht an die im gleichen Verlag erschienene Übersicht zu den Bundesministern heranreicht.
- Frackowiak, Johannes**, *Die Verfassungsdiskussion in Sachsen nach 1918 und 1945*, Köln 2005 (*Böhlau Verlag*), 367 S. – Der Autor arbeitet Parallelen zwischen beiden Verfassungen heraus, erwähnt aber zu wenig die anderen Rahmenbedingungen nach 1945. Der Vergleich zu Hessen führt nicht sonderlich weiter.
- Franke, Volker C.** (Hrsg.), *Terrorism and Peacekeeping. New Security Challenges*, Westport, Conn./London 2005 (*Praeger Publishers*), 294 S. – „Peacekeeping“, „The War against Terrorism“ und „Emerging Security Needs“ im Irak, in Kolumbien, Afghanistan, Rußland und den USA bilden die thematischen Schwerpunkte des Bandes.
- Freedom House** (Hrsg.), *Annual Report 2004*, New York 2005 (*Bezugsadresse: <http://www.freedomhouse.org>*), 40 S. – Zusammenfassung der Ergebnisse zur Situation der Bürgerrechte weltweit. Die Bände von Freedom House sind für die Forschung unentbehrlich.
- Frost, Linda**, *Never One Nation. Freaks, Savages, and Whiteness in U.S. Popular Culture, 1850-1877*, Minneapolis/London 2005 (*University of Minnesota Press*), 241 S. – Die Literaturwissenschaftlerin macht deutlich, daß in dem von ihr behandelten Zeitraum die Konstruktion amerikanischer Identität nicht nur auf nationaler, sondern auch auf lokaler Ebene stattfand. In Abgrenzung zu jeweils stark vertretenen anderen Bevölkerungsgruppen wie Chinesen im Westen, Iren in New York oder Afroamerikanern im Süden wurde die angloamerikanische, „weiße“ Identität als nordamerikanische Leitkultur herausgestellt.
- Fuhr, Eckhard**, *Wo wir uns finden. Die Berliner Republik als Vaterland*, Berlin 2005 (*Berlin Verlag*), 1575 S. – Der frühere Ressortleiter Innenpolitik bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und heutige Feuilletonchef der „Welt“ sieht die Akzeptanz des Vaterlands bei vielen politischen Richtungen als gegeben an.
- Furnish, Timothy R.**, *Holiest Wars: Islamic Mahdis, their Jihads, and Osama bin Laden*, Westport/London 2005 (*Praeger Publishers*), 181 S. – Der Autor ordnet die Aktivitäten von Al Qaida in die Geschichte des Mahdismus ein.

Literatur

- Gabel, Paul**, And God Created Lenin. Marxism vs. Religion in Russia, 1917-1929, Amherst, NY 2005 (*Prometheus Books*), 627 S. – Auf breiter Quellengrundlage stellt der Autor den bolschewistischen Feldzug gegen Kirchen und Religion dar. Sowohl von den Bolschewiki als auch von ihren Gegenspielern wird ein differenziertes Bild gezeichnet.
- Gallei, Luca**, Le origini del Fascismo di Ezra Pound, Mailand 2005 (*Edizioni Ares*), 307 S. – Der Autor zeichnet den intellektuellen Weg des amerikanischen Lyrikers nach und beleuchtet die geistigen Quellen seiner Affinität zum italienischen Faschismus.
- Galtung, Johan**, Pax Pacifica. Terrorism, the Pacific Hemisphere, Globalisation and Peace Studies, London/Boulder 2005 (*Pluto Press/Paradigm Publishers*), 170 S. – Die Autoren sehen sich als „Auge“ und „Herz der Welt“. Ihr Blick auf die Welt als pazifistische „Bürger“ ist wenig überzeugend.
- Gardner, Hall**, American Global Strategy and the „War on Terrorism“, Aldershot/Burlington 2005 (*Ashgate*), 231 S. – Der Autor analysiert detailliert die Schwächen und Fehlleistungen der amerikanischen Antiterror-Strategie und plädiert für eine Rückkehr zum Multikulturalismus unter verstärkter Einbeziehung der UN.
- Gemein, Gisbert/Hartmut Redmer**, Islamischer Fundamentalismus, Münster 2005 (*Aschendorff Verlag*), 320 S. – Die Autoren vermitteln einen Überblick zur Entwicklung und Ausprägung des Islamismus weltweit. Die Darstellung wird durch einen Abschnitt ergänzt, der u.a. Dokumente über programmatische Stellungnahmen islamistischer Organisationen enthält.
- Getoş, Anna-Maria**, Präventive Terrorismusbekämpfung in Übergangsgesellschaften. Eine Studie zu Entstehungsgründen, begünstigenden Faktoren und Entwicklungsmodalitäten des internationalen Terrorismus, Stuttgart 2005 (*ibidem-Verlag*), 181 S. – Anhand der Minderheitenproblematik in Südosteuropa untersucht die Autorin insbesondere die gruppendynamischen Aspekte der Entstehung terroristischer Gewalt und entwickelt auf dieser Grundlage präventive Strategien.
- Ginger, Ann Fagan**, Challenging U.S. Human Rights Violations since 9/11, Amherst, NY 2005 (*Prometheus Books*), 574 S. – Die Rechtsanwältin und Direktorin des Meiklejohn Civil Liberties Institute legt ihrer – in Teilen verdienstvollen – Bilanz der von der Regierung zu verantwortenden Bürgerrechtsverletzungen einen sehr weiten Begriff zugrunde. So gilt auch die Erhöhung der Armutsrate als Bürgerrechtsverletzung.
- Giroux, Henry**, Against the New Authoritarianism. Politics after Abu Ghraib, Winnipeg 2005 (*Arbeiter Ring Publishing*), 214 S. – Auf der Suche nach Erklärungen für die Übergriffe von US-Militärangehörigen im irakischen Gefängnis Abu Ghraib entwirft der Autor ein umfassendes Szenario des neuen amerikanischen „Autoritarismus“, der im „Marktfundamentalismus“, in religiösem Eiferertum, in einer wachsenden Militarisierung des Alltagslebens und in einer subtilen Lenkung der Medien zum Ausdruck komme.
- Glaeßner, Gert-Joachim/Astrid Lorenz** (Hrsg.), Europäisierung der inneren Sicherheit. Eine vergleichende Untersuchung am Beispiel von organisierter Kriminalität und Terrorismus, Wiesbaden 2005 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 303 S. – Eine bemerkenswerte kollektive Synthese, die zum besseren Verständnis der Probleme beiträgt, die bei der Europäisierung des Kampfes gegen die organisierte Kriminalität und den Terrorismus in der nationalen Darstellung auftreten.
- Glees, Anthony/Chris Pope**, When Students Turn to Terror. Terrorist and Extremist Activity on British Campuses, London 2005 (*The Social Affairs Unit*), 79 S. – Der größte Teil der Dokumentation ist den Aktivitäten diverser islamistischer Gruppierungen sowie der rechtsextremen „British National Party“ an britischen Universitäten gewidmet.
- Gloe, Markus**, Planung für die deutsche Einheit. Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands 1952-1975, Wiesbaden 2005 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 375 S. – Die Arbeit dieses Forschungsbeirates, der für den Fall einer Wiedervereinigung ein Handlungsprogramm vorlegen sollte, wird eingehend gewürdigt. Hätte es einen solchen Forschungsbeirat noch Ende der achtziger Jahre gegeben, wären manche Probleme bei der Schaffung der (inneren) Einheit nicht aufgetreten.
- Goldstein, Philip**, Post-Marxist Theory. An Introduction, Albany 2005 (*State University of New York Press*), 145 S. – Dichte und sehr nützliche Abhandlung über das Erbe von Marx (Althusser, Foucault, Lacan), die indirekt die aktuelle Globalisierungskritik von links beleuchtet, insbesondere im Bereich der Kultur.
- González, Antonio Serrano**, Ein Tag im Leben eines Gerichtspräsidenten. Kultur und Recht in Franco-Spanien, Frankfurt a.M. 2005 (*Vittorio Klostermann*), 233 S. – Das Buch handelt von einem der einflussreichsten Juristen Spaniens: José Castán Tobeñas (1889–1969). Die Studie stützt sich auf Archivmaterial, das neben juristischen Quellen Film und Tagespresse einschließt. Sie enthüllt eine Persönlichkeit, die nicht zu dem überlieferten Bild des reinen Zivilrechtlers paßt.

Kommentierte Bibliographie

- Gottfried, Paul Edward**, *The Strange Death of Marxism. The European Left in the New Millennium*, Columbia/London 2005 (*University of Missouri Press*), 154 S. – Der Autor beschreibt den intellektuellen Wandel der (extremen) Linken Europas. Die Hauptkennzeichen der „postmarxistischen“ Linken sieht er in der Betonung des Antifaschismus und der vergleichsweise milden Beurteilung der Verbrechen kommunistischer Tyrannei.
- Grövingholt, Jörn**, *Pseudodemokratie in Rußland. Der Fall Baschkortostan*, Bonn 2005 (*Deutsches Institut für Entwicklungspolitik*), 262 S. – In einer Fallstudie analysiert der Autor am Beispiel der Teilrepublik Baschkortostan die Entstehung eines autoritären Regionalregimes inmitten einer formal-demokratischen Umgebung.
- Gregor, A. James**, *Mussolini's Intellectuals. Fascist Social and Political Thought*, Princeton/Oxford 2005 (*Princeton University Press*), 282 S. – Einer der besten Kenner zeichnet ein nuancenreiches Porträt des intellektuellen Faschismus, indem er das soziale und politische Denken von Protagonisten wie Enrico Corradini, Alfredo Rocco, Sergio Panunzio, Ugo Spirito, Camillo Pellizzi, Carlo Costamagna und Julius Evola in seinen Spannungslinien und Widersprüchen nachzeichnet. Der Autor leugnet dezidiert die Sinnhaftigkeit eines „generischen“ Faschismus.
- Guery, Michael**, *Biologischer Terrorismus in Bezug auf die Schweiz*. Unter besonderer Berücksichtigung rechtlicher Aspekte, hrsg. von Andreas Wenger, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich, 2. unveränderte Aufl., Zürich 2005 (*Bezugsadresse: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, Seilergraben 45-49, ETH Zentrum SEI, CH-8092 Zürich*), 208 S. – Der Autor beschreibt den Vorbereitungsstand der Schweiz auf bioterroristische Akte und gibt Empfehlungen zur Verbesserung des B-Schutzes.
- Gyseke, Gernot**, *Entscheidungsschlachten der deutschen Geschichte*, München 2005 (*DSZ*), 288 S. – Der Autor schildert Vorspiel, Verlauf und Folgen der seiner Meinung nach entscheidenden Schlachten der deutschen Geschichte – vom Teutoburger Wald über die Türken Schlacht bis zu den Gefechten in den zwei Weltkriegen des 20. Jahrhunderts.
- Haller, Dieter/Cris Shore** (Hrsg.), *Corruption. Anthropological Perspectives*, London/Ann Arbor 2005 (*Pluto Press*), 255 S. – Mit einem anthropologischen Zugang zeigen die Autoren, wie Korruption in die Alltagswelt der Menschen eingebettet ist. Die analysierten Beispiele umfassen die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Rumänien ebenso wie die USA und die sizilianische Mafia.
- Hamilton, F.E. Ian/Kaliopa Dimitrovska Andrews/Nataša Pichler-Milanović** (Hrsg.), *Transformation of Cities in Central and Eastern Europe: Towards Globalization*, Tokio u.a. 2005 (*United Nations University Press*), 519 S. – Die Autoren des Bandes analysieren den Städtewandel in Mittel- und Osteuropa nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus“.
- Haqqani, Husain**, *Pakistan. Between Mosque and Military*, Washington, D.C. 2005 (*Carnegie Endowment for International Peace*), 397 S. – Der Autor, ehemaliger Berater mehrerer pakistanischer Premierminister, analysiert die verwickelten Beziehungen zwischen islamistischen Gruppierungen und Militär in seinem Land.
- Harvey, Paul**, *Freedom's Coming. Religious Culture and the Shaping of the South from the Civil War through the Civil Rights Era*, Chapel Hill/London 2005 (*The University of North Carolina Press*), 338 S. – Harvey zeigt in seiner breit angelegten Studie, daß seit 1900 der Austausch zwischen Christen weißer und schwarzer Hautfarbe die Religion des Südens veränderte und der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre den Weg bereitete.
- Haughton, Tim**, *Constraints and Opportunities of Leadership in Post-Communist Europe*, Aldershot/Burlington 2005 (*Ashgate*), 176 S. – Diese lehrreiche Reflexion über die Funktion der Führung (Leadership) in den postkommunistischen Gesellschaften geht aus von der Karriere Vladimir Meciar, der die Entstehung der Slowakei geprägt hat.
- Hayoz, Nicolas/Andrej N. Lushnycky** (Hrsg.), *Ukraine at a Crossroads*, Bern 2005 (*Peter Lang Verlag*), 269 S. – Die Beiträge des Bandes, die auf Konferenzen der Jahre 2001 und 2002 an der Universität Fribourg zurückgehen, beleuchten u.a. Aspekte der Vorgeschichte der „Orangen Revolution“.
- Heinisch, Heiko**, *Hitlers Geiseln. Hegemonialpläne und der Holocaust*, Wien 2005 (*Passagen Verlag*), 266 S. – Der Autor räumt der Ideologie der NS-Führung und Hitlers eine zentrale Rolle im Verfolgungs- und Vernichtungsprozeß ein. Dabei wird der Zusammenhang zwischen Außenpolitik und Judenpolitik näher analysiert.
- Hennicke, Peter/Michael Müller**, *Weltmacht Energie*, Stuttgart 2005 (*Hirzel*), 279 S. – Die Autoren legen ein Manifest vor, um die Dramatik zukünftiger Energiepolitik zu verdeutlichen. Mit Hilfe von Karten, Graphiken und eines Glossars legen sie ihre Argumentation verständlich und praxisnah dar. Sie appellieren an Politik und Zivilgesellschaft gleichermaßen, Handlungsfähigkeit und Gestaltungskraft für eine Nutzung vielfältiger Energietechniken unter maximaler Energieeffizienz zu gewinnen.

Literatur

- Hensel, Howard M.** (Hrsg.), *The Law of Armed Conflict. Constraints on the Contemporary Use of Military Force*, Aldershot/Burlington 2005 (*Ashgate*), 266 S. – Die Autoren setzen sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der Kriegsführung als Mittel zur Terrorismusbekämpfung auseinander.
- Herzog, Dagmar** (Hrsg.), *Sexuality and German Fascism*, New York/Oxford 2005 (*Berghahn Books*), 352 S. – Die Beiträge des Bandes behandeln Themen wie die „Rassenschande“-Prozesse, die Verfolgung der Homosexualität, die Darstellung der weiblichen Geschlechtlichkeit im Film, Prostitution oder sexuelle Beziehungen zwischen Deutschen und Zwangsarbeitern.
- Hewitt, Christopher**, *Political Violence and Terrorism in Modern America. A Chronology*, Westport/London 2005 (*Praeger Security International*), 201 S. – Nach einer kurzen Einführung listet der Autor die terroristischen Ereignisse in den USA vom 1. März 1954 bis zum 15. Juni 2004 auf.
- Hewitt, Roger**, *White Backlash and the Politics of Multiculturalism*, Cambridge/New York (*Cambridge University Press*), 171 S. – Der Autor erklärt das hohe Ausmaß rassistischer Gewalt mit dem „backlash“, den die Idee des Multikulturalismus in Staaten wie den USA, Australien, Kanada und Großbritannien während der 1990er Jahre erfahren habe.
- Hoffmann, Dieter/Michael Schwartz** (Hrsg.), *Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49-1989*, München 2005 (*R. Oldenbourg Verlag*), 194 S. – Die DDR habe sich sozialpolitisch übernommen. Die Leistungen der Wirtschaft bleiben hinter den Kosten der Sozialpolitik zurück.
- Horgan, John**, *The Psychology of Terrorism*, London/New York 2005 (*Routledge*), 199 S. – Der Terrorist ist ein kaum bekannter Akteur. Eine Grundvoraussetzung zur Bekämpfung dieses Phänomens ist die Kenntnis der Persönlichkeiten, der Wege der Radikalisierung und des Übergangs zur Aktion. Dies zeigt der Autor in aller Deutlichkeit.
- Horn, Astrid**, *Glanzlichter deutscher Geschichte*, München 2005 (*DSZ*), 224 S. – Anhand von 500 Bildern, z.T. ganzseitige Farbdrucke, präsentiert die Kunsthistorikerin Astrid Horn aus ihrer Sicht die „Glanzlichter deutscher Geschichte“. Der mit knappen Texten kommentierte Bildband beginnt bei den germanischen Wurzeln und endet in der heutigen Zeit.
- Hughes, Matthew/Gaynor Johnson** (Hrsg.), *Fanatism and Conflict in the Modern Age*, London/New York 2005 (*Frank Cass*), 196 S. – Ein sehr guter Ansatz von Militärgeschichtlern zur Behandlung des Phänomens des Fanatismus anhand von exemplarischen Fällen wie der japanischen Kamikaze, der SS, der IRA/PIRA und der Hamas.
- Hummer, Waldemar** (Hrsg.), *Sicherheit und Terrorismus. Rechtsfragen aus universeller und regionaler europäischer Sicht*, Frankfurt/Berlin u.a. 2005 (*Peter Lang GmbH Europäischer Verlag der Wissenschaften*), 354 S. – Ein systematischer juristischer Ansatz zum Vergleich der komplexen Beziehungen zwischen dem Prozeß der europäischen Einigung und der Schaffung einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur.
- Icke, David**, *Alice im Wunderland und das World Trade Center Desaster. Warum die offizielle Geschichte des 11. September eine monumentale Lüge ist*, Potsdam 2005 (*Mosquito Verlag*), 677 S. – Auf die seltsame Idee, Bin Laden sei der Drahtzieher der Anschläge des 11. September 2001 gewesen, kann nur kommen, wer nichts vom finsternen Treiben der Freimaurer-Familien weiß.
- Ivie, Robert L.**, *Democracy and America's War on Terror*, Tuscaloosa 2005 (*The University of Alabama Press*), 251 S. – Vorherrschende Konstruktionsmechanismen der amerikanischen Demokratie begründen nach Auffassung des Kommunikationswissenschaftlers eine „republic of fear“, in der eine robuste Debatte um emotionalisierte Streitfragen nicht möglich ist.
- Jackson, James H.**, *The Counter-terrorist Handbook. The Essential Guide to Self-Protection in the 21st Century*, London 2005 (*Michael O'Mara Books*), 192 S. – Eine kleine gegenterroristische Handlungsanleitung, deren Lektüre erst nach dem Studium ernsthafter Werke in Angriff genommen werden sollte.
- Jackson, Richard**, *Writing the War on Terrorism. Language, politics and counter-terrorism*, Manchester/New York 2005 (*Manchester University Press*), 232 S. – Der Autor analysiert die Modi des Einsatzes der Sprache als Mittel im „War on Terrorism“.
- Jacobi, Claus**, *Der Verleger Axel Springer. Eine Biographie aus der Nähe*, München 2005 (*F.A. Herbig*), 352 S. – Springer war der Buhmann der Studentenbewegung („Enteignet Springer!“). In der leicht apologetischen Biographie stehen politische Gesichtspunkte weniger im Vordergrund.
- Jenkins, Brian** (Hrsg.), *France in the Era of Fascism. Essays on the French Authoritarian Right*, New York/Oxford 2005 (*Berghahn Books*), 232 S. – Prominente Vertreter der These vom „französischen Faschismus“ setzen sich in differenzierter Form mit der von René Rémond vertretenen „Immunitätsthese“ auseinander.

Kommentierte Bibliographie

- Jensen, Geoffrey**, Franco. Soldier, Commander, Dictator, Washington, D.C. 2005 (*Potomac Books*), 137 S. – Der Militärhistoriker erklärt die autoritären Mechanismen der Franco-Diktatur mit der militärischen Prägung des Generalissimus.
- Johnson, Julit/Marietta Stepanians/Benjamin Forest** (Hrsg.), Religion and Identity in Modern Russia. The Revival of Orthodoxy and Islam, Aldershot/Burlington 2005 (*Ashgate*), 149 S. – Die Autoren des Bandes behandeln die historische wie aktuelle Rolle der beiden Hauptreligionen Rußlands, der Orthodoxie und des Islam, bei der Identitätsbildung.
- Josephson, Paul R.**, Totalitarian Science and Technology, 2. Aufl., New York 2005 (*Humanity Books*), 181 S. – In die zweite Auflage seines Buches über die Rolle von Physikern, Biologen und Ingenieuren unter Hitler und Stalin hat der Autor Informationen über Nordkorea, die Volksrepublik China und Kuba eingearbeitet.
- Kamm, Oliver**, Anti-Totalitarianism. The Left-Wing Case for a Neoconservative Foreign Policy, London 2005 (*The Social Affairs Unit*), 127 S. – Der Autor setzt sich mit verbreiteter linker Kritik an dem von Bush und Blair gemeinsam verfolgten „War on Terrorism“ auseinander. Er verteidigt einen als „neokonservativ“ verschrien anti-totalitären Interventionismus u.a. mit dem Hinweis auf dessen partielle Übereinstimmung mit dem linken internationalistischen Ideal des Kampfes gegen „Faschismus“ und „klerikale Reaktion“.
- Kaplan, Eran**, The Jewish Radical Right. Revisionist Zionism and its Ideological Legacy, Madison, Wisconsin 2005 (*The University of Wisconsin Press*), 234 S. – Der Autor, Assistenzprofessor für Judaic Studies an der University of Cincinnati, begibt sich auf die Suche nach den kulturellen und intellektuellen Wurzeln der zionistischen/israelischen Rechten. Die zionistischen „Revisionisten“ unter der Führung Ze'ev Jabotinskys werden als Anhänger eines „monistischen“, „integralen Nationalismus“ eingestuft.
- Kappel, Rolf/Hans Werner Tobler/Peter Waldmann** (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit im Zeitalter der Globalisierung, Freiburg im Brsg. 2005 (*Rombach Druck- und Verlagshaus*), 561 S. – Die Beiträge des Bandes spannen einen Themenbogen von der historischen Herausbildung der Rechtsstaatlichkeit über die Rolle rechtsstaatlicher Normen in Transformations- und Transformationsländern, die Infragestellung des Rechtsstaates durch Krieg und Terrorismus bis zu den Problemen der Implementierung von Rechtsstaat und Rechtsstaatsformen.
- Kastner, Klaus**, Die Völker klagen an. Der Nürnberger Prozess 1945-1946, Darmstadt 2005 (*Primus-Verlag*), 166 S. – Eingebettet in die großen Prozesse der europäischen Geschichte und durch zahlreiche Hintergrundinformationen wie durch seltene Fotodokumente bereichert, dokumentiert der Band das Verfahren von der Vorbereitung bis zur wissenschaftlichen Beurteilung.
- Katz, Samuel M.**, Global Counterstrike. International Counterterrorism, Minneapolis, MN 2005 (*Lerner Publications Company*), 72 S. – Mit reicher Bebilderung porträtiert der Band in knapper Form die Antiterrorereinheiten Frankreichs, Deutschlands, Großbritanniens, Italiens, Spaniens, Ägyptens, Israels und Jordaniens.
- Kepplinger, Hans Mathias/Marcus Maurer**, Abschied vom rationalen Wähler. Warum Wahlen im Fernsehen entschieden werden, Freiburg/München 2005 (*Verlag Karl Alber*), 195 S. – Es ist die These der Autoren, daß sich künftig solche Spitzenpolitiker durchsetzen werden, die bessere Voraussetzungen für den Machtgewinn als für die Machtausübung mitbringen.
- Khosrokhavar, Farhad**, Suicide Bombers. Allah's New Martyrs, London/Ann Arbor 2005 (*Pluto Press*), 258 S. – Der Autor lehrt an der Pariser École des Hautes Études en Sciences Sociales und beleuchtet die Funktion des Märtyrers im fundamentalistischen Islam, die er als Erklärungsschlüssel für die Rekrutierung islamistischer Selbstmord-Terroristen ansieht.
- Kinner, Klaus/Elke Reuter**, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 2: Gegen den Faschismus und Krieg (1933 bis 1939), Berlin 2005 (*Karl Dietz Verlag*), 320 S. – Betraf der erste Band die Zeit der Weimarer Republik, so erörtert dieser die Zeit von 1933 bis 1939. Der Band übt trotz des kommunistischen Antifaschismus durchaus Kritik am Verhalten des deutschen Kommunismus.
- Klein, Dennis B./Richard Libowitz/Marcia Sachs Littell/Sharon Steeley** (Hrsg.), The Genocidal Mind. Selected Papers from the 32nd Annual Scholars' Conference on the Holocaust and the Churches, St. Paul 2005 (*Paragon House*), 324 S. – Das thematische Spektrum des Bandes ist breiter, als der Titel nahelegt. Es reicht vom „genozidalen Denken“ führender Nationalsozialisten bis zur Auschwitz-Leugner-Szene unserer Tage.
- Knigge, Volkhard/Ulrich Mähler** (Hrsg.), Der Kommunismus im Museum. Formen der Auseinandersetzung in Deutschland und Ostmitteleuropa, Köln u.a. 2005 (*Böhlau Verlag*), 311 S. – Der Band vereint informative Beiträge einer Konferenz der Stiftung Ettersberg und der Stiftung Aufarbeitung, auf der Vertreter von Museen zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturvergangenheit aus verschiedenen ostmitteleuropäischen Ländern ihre erinnerungskulturellen und historischen Konzepte präsentierten.
- Knop, Katharina/Heinrich Neisser/Martin van Creveld** (Hrsg.), Countering Modern Terrorism. History, Current Issues and Future Threats. Proceedings of the Second International Security Conference, Berlin 15-17

Literatur

- December 2004, Bielefeld 2005 (*W. Bertelsmann Verlag*), 504 S. – Die Beiträge des Bandes vermitteln ein facettenreiches Lagebild – von der Bedrohungsanalyse bis zur Erörterung der Möglichkeiten präventiver wie repressiver Gegenstrategien.
- Koch, Egmont R.**, Atomwaffen für Al Qaida. „Dr. No“ und das Netzwerk des Terrors, Berlin 2005 (*Aufbau-Verlag*), 348 S. – Der Investigativ-Journalist geht Anhaltspunkten nach, die die Annahme stützen könnten, Al Qaida verfüge über nukleares Material.
- Koch, Wolfgang**, Geschichte der Gegenwart. Das Unglück des 20. Jahrhunderts. Essays, Klagenfurt 2005 (*Wiesener Verlag*), 350 S. – Die Essays sind in unterschiedliche Themen gruppiert, die sich nicht zu einem Ganzen fügen. Auch die Relevanz der Extreme wird analysiert.
- Koczanowicz, Leszek/Beth J. Singer** (Hrsg.), Democracy and the Post-Totalitarian Experience, Amsterdam/New York 2005 (*Editions Rodopi B.V.*), 224 S. – Polnische und amerikanische Philosophen reflektieren über mannigfache Aspekte der demokratischen Transition in Polen.
- Kohl, Helmut**, Erinnerungen 1982-1990, München 2005 (*Droemer Verlag*), 1134 S. – Dieser (zweite) Band reicht von der Kanzlerschaft bis zur Wiedervereinigung. Kohl betont insbesondere sein Festhalten an der Wiedervereinigung. Der politische Extremismus spielt nur eine untergeordnete Rolle, wie überhaupt die Innenpolitik keineswegs dominiert.
- Kohlmann, Jan**, Der Marsch zu den Gräbern von Karl und Rosa. Geschichte eines Gedenktages, Frankfurt a.M. 2005 (*Peter Lang Verlag*), 274 S. – Der Band geht weit über die „Geschichte eines Gedenktages“ hinaus. Allerdings wäre weniger mehr gewesen. Der Autor gehört, worauf der Titel nicht hindeutet, keineswegs zu den Anhängern von Liebknecht und Luxemburg.
- Kolakowski, Leszek**, Main Currents of Marxism. The Founders – The Golden Age – The Breakdown, translated from the Polish by P. S. Falla, with a new preface and epilogue by the author, New York/London 2005 (*W. W. Norton & Company*), 1284 S. – Der Verlag hat den erstmals 1976 in polnischer Sprache erschienenen, ursprünglich dreibändigen, vergriffenen Klassiker dankenswerterweise in einer einbändigen Edition wieder auf den Markt gebracht.
- Konitzer, Andrew**, Voting for Russia's Governors. Regional Elections and Accountability under Yeltsin and Putin, Washington, D.C./Baltimore 2005 (*Woodrow Wilson Center Press/The Johns Hopkins University Press*), 258 S. – Anhand einer Fallstudie zum Uljanowskaja-Oblast und einer systematischen Analyse der subnationalen Exekutiven in den Jahren 1996-2001 zeigt der Autor die oft unterschätzte Bedeutung regionaler Demokratisierungsprozesse Rußlands auf.
- Kopeček, Lubomír** (Hrsg.), Trajectories of the Left. Social Democratic and (Ex-)Communist Parties in Contemporary Europe: Between Past and Future, Brünn 2005 (*Democracy and Culture Studies Centre*), 179 S. – Die Länderstudien betreffen Österreich, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Polen, Tschechien, die Slowakei und Slowenien. Der Herausgeber erörtert in einem vergleichenden Beitrag die unterschiedlichen Erfolgsbedingungen gemäßiger wie extremer linker Parteien in Ostmitteleuropa.
- Kopper, Christopher**, Bankiers unterm Hakenkreuz, München 2005 (*Hanser Verlag*), 287 S. – Kopper legt eine vergleichende Analyse über die Rolle deutscher Bankiers im Nationalsozialismus vor. Er beschreibt das politisch und moralisch zweifelhafte Engagement großer Banken bei der „Arisierung“ jüdischer Unternehmen wie in der Rüstungsfinanzierung, wo sie eine – häufig initiierte – Vermittlerrolle spielten, dabei gewaltige Gewinne erzielten. Einige Bankiers bewahrten ihre Integrität, während andere im Dienste des NS-Staates zu Mitläfern avancierten.
- Korte, Guido** (Hrsg.), Aspekte der nachrichtendienstlichen Sicherheitsarchitektur, Brühl/Rheinland 2005 (*Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung*), 344 S. – Die Position der deutschen Behörden bezüglich der notwendigen Sicherheitsmechanismen zum Schutz des Rechtsstaates mit einer vorsichtigen Kritik an der „Überalterung des theoretischen Rahmens“ der Verfassungsschutzbehörden.
- Krämer, Raimund** (Hrsg.), Autoritäre Systeme im Vergleich, Potsdam 2005 (*Universitätsverlag*), 216 S. – Außer einem profunden Beitrag von Juan Linz enthält der Band kaum Vergleiche, wohl aber fundierte Länderstudien, u.a. zu den Regimen auf Kuba, in Venezuela, Peru, Nigeria, Turkmenistan, Belarus, Rußland und im Iran.
- Kroh, Ferdinand**, Wendemanöver. Die geheimen Wege zur Wiedervereinigung, München/Wien 2005 (*Carl Hanser Verlag*), 343 S. – Der Autor ist ein Verschwörungsstratege. Der Mauerfall sei Folge eines geheimdienstlich unterstützten Manövers von Ost und West, der Mord an Alfred Herrhausen und Karsten Rohwedder nicht der RAF zuzurechnen.
- Kroll, Frank-Lothar** (Hrsg.), Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945, Berlin 2005 (*Duncker & Humblot*), 347 S. – Der Sammelband geht Strömungen nach, die lange vernachlässigt wurden. Wie der Band deutlich macht, ist Konservatismus kein Rechtsextremismus.

Kommentierte Bibliographie

- Kronenberg, Volker**, Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation, Wiesbaden 2005 (*VS Verlag für Sozialwissenschaften*), 418 S. – Umfassend angelegte Studie, die nahezu alle einschlägigen Aspekte einbezieht – bis hin zur Kommunitarismusdebatte.
- Kühn, Florian**, Außer Balance: Militärische und politische Strategien zur Terrorismusbekämpfung in Afghanistan, Schriftenreihe zur Internationalen Politik, München 2005 (*Bezugsadresse: Institut für Internationale Politik, Sicherheitspolitik, Wehr- und Völkerrecht, Universität der Bundeswehr München, 85577 Neubiberg*), 60 S. – Der Autor stellt Effektivität und Effizienz des Antiterror-Krieges in Afghanistan auf den Prüfstand.
- Kurlansky, Mark**, 1968. Das Jahr, das die Welt veränderte, Köln 2005 (*Kiepenheuer & Witsch*), 461 S. – Die Kernthese lautet: „Es hat nie ein Jahr wie 1968 gegeben, und es ist unwahrscheinlich, daß es je wieder so ein Jahr geben wird.“
- Labussière, Jean**, Nationalisme allemand et christianisme (1890-1940), Paris 2005 (*Éditions Connaissances et Savoirs*), 291 S. – Das Themenfeld des Autors ist so umfassend (von der theologischen Kritik am Christentum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zu dessen deutsch-völkischer Umdeutung in der Zeit des Nationalsozialismus), daß nicht mehr als ein grober Überblick möglich ist.
- Lachauer, Chloé**, Die dunkle Seite Europas. Rechtsextreme auf dem Weg zum politischen Akteur? Netzwerkbildung der Rechten in der Europäischen Union, Marburg 2005 (*Tectum Verlag*), 139 S. – Die Autorin stellt den parteipolitischen Rechtsextremismus in 15 europäischen Staaten dar. Der Arbeit mangelt es an einer theoretischen Durchdringung der Materie, jedoch nicht an geballtem Antifaschismus.
- Lackmann, Thomas**, Das Glück der Mendelssohns. Geschichte einer deutschen Familie, Berlin 2005 (*Aufbau-Verlag*), 576 S. – Der Autor erzählt informativ und unterhaltsam zugleich die Geschichte einer außergewöhnlichen deutschen Familie. Er begleitet die Nachfahren des Philosophen Moses Mendelssohn über fünf Generationen, schildert einfühlsam deren Weg zwischen religiöser Tradition und Aufbruch, Glück und Unglück, Prestigestreben und Idealismus. Erstmals veröffentlichte Dokumente bereichern die fulminante Familienbiographie ebenso wie die detailliert gezeichneten Porträts herausragender Familienmitglieder – eingebettet in zweihundert Jahre deutscher Geschichte.
- Landsman, Mark**, Dictatorship and Demand. The Politics of Consumerism in East Germany, Cambridge/London 2005 (*Harvard University Press*), 296 S. – Auf breiter Quellengrundlage zeichnet der Autor die Entwicklung der Konsumpolitik im östlichen Deutschland in der Zeit zwischen Berlin-Blockade und Mauerbau nach.
- Lang, Susanne**, Die „illegitimen Anderen“. Befunde über Selbst- und Fremdwahrnehmungen Jugendlicher, Schwalbach/Ts. 2005 (*Wochenschau Verlag*), 298 S. – Die Autorin hat die Selbst- und Fremdwahrnehmungen von Auszubildenden nach Beendigung eines Anti-Rassismus-Projekts und die Dynamik der sich daran anknüpfenden Ein- und Ausschluss-handlungen untersucht.
- Lee, Jo-Anne/John Lutz** (Hrsg.), Situating „Race“ and Racisms in Space, Time, and Theory. Critical Essays for Activists and Scholars, Montreal u.a. 2005 (*McGill-Queen's University Press*), 216 S. – Die Beiträge des Bandes ergründen die Stärken und Schwächen „postmoderner“ Sozialtheorie im Kampf gegen den Rassismus.
- Leisner, Walter**, Das Volk. Maler oder fiktiver Souverän?, Berlin 2005 (*Duncker & Humblot*), 269 S. – Auch diese Studie des Staatslehrers ist ohne eine Fußnote verfaßt worden. Der Autor verhehlt nicht seine Skepsis gegenüber der als absolut gesetzten Volkssouveränität.
- Lequenne, Michel**, Le trotskisme. Une histoire sans fard, Paris 2005 (*Éditions Syllepse*), 353 S. – Der Autor, ehemaliges Mitglied der trotzkistischen „Ligue communiste révolutionnaire“, zeichnet die Geschichte des Trotzkismus nicht ohne kritische Distanz, aber mit sympathisierendem Tenor nach.
- Lia, Brynjar**, Globalisation and the Future of Terrorism. Patterns and Predictions, London/New York 2005 (*Routledge*), 259 S. – Der Autor identifiziert klar und systematisch die Gründe für den aktuellen Terrorismus. Er führt neue Rahmenbedingungen ein, etwa demographische Ungleichgewichte und Immigration, und legt so mögliche künftige Linien terroristischer Aktion offen.
- Lieven, Anatol**, America Right or Wrong. An Anatomy of American Nationalism, London/New York/Toronto/Sydney 2005 (*Harper Perennial*), 274 S. – Der ehemalige Auslandskorrespondent analysiert die US-amerikanischen Reaktionen auf die Anschläge vom 11. September als Ausfluß einer besonderen Form des amerikanischen Nationalempfindens, das zwischen Messianismus und religiös grundiertem Pessimismus oszilliert.
- Lim, Merlyna**, Islamic Radicalism and Anti-Americanism in Indonesia: the Role of the Internet, Washington, D.C. 2005 (*East-West Center Washington*), 63 S. – Die Autorin untersucht die neuen technischen Möglichkeiten des Internets und ihren Einfluß auf politische und kulturelle Auseinandersetzungen in Indonesien.
- Litvin, Alter/John Keep**, Stalinism. Russian and Western views at the turn of the millennium, London/New York 2005 (*Routledge*), 248 S. – Die beiden Autoren ziehen – jeweils getrennt – eine umfassende Bilanz der russischen wie der westlichen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Stalin-Zeit.

Literatur

- Loewy, Hanno** (Hrsg.), Gerüchte über die Juden. Antisemitismus, Philosemitismus und aktuelle Verschwörungstheorien, Essen 2005 (*Klartext Verlag*), 368 S. – Die Autoren setzen sich mit antisemitischen Stereotypen auseinander, die im Zeichen von Globalisierung, Einwanderung und neuer Identitätssuche in Europa wie in der arabischen Welt neue Aktualität gewonnen haben.
- Lory, Bernard**, Les Balkans: de la transition post-ottomane à la transition post-communiste, Istanbul 2005 (*Les Éditions Isis*), 435 S. – Der Band vereint Beiträge des Orientologen und Balkanforschers, die in den letzten beiden Jahrzehnten an verstreuten Stellen erschienen sind.
- Lynch, Allen C.**, How Russia is not Ruled. Reflections on Russian Political Development, Cambridge/New York 2005 (*Cambridge University Press*), 276 S. – Der Autor erklärt die „neopatrimonialen“ Tendenzen des Putin-Systems u.a. aus den geographischen, klimatischen und geopolitischen Besonderheiten Rußlands.
- Maegerle, Anton**, Globalisierung aus Sicht der extremen Rechten. Materialien der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Ost, Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt, Braunschweig 2005 (*Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN*), 201 S. – Es handelt sich um eine Art Antifa-Sicherheitsbericht, der sich auf die Frage der Kritik der neoliberalen Globalisierung konzentriert. Neue Informationen und theoretische Analysen fehlen.
- Majumdar, Margaret A./Mohammed Saad** (Hrsg.), Transition & Development in Algeria. Economic, Social and Cultural Challenges, Bristol/Portland 2005 (*Intellect Books*), 193 S. – Für die Extremismusforschung besonders interessant ist der Beitrag von Naaman Kessous über „Frantz Fanon and Algeria: Alienation and Violence“.
- Malzahn, Claus Christian**, Deutschland, Deutschland. Kurze Geschichte einer geteilten Nation, München 2005 (*dtv*), 219 S. – Das gutgeschriebene Buch gibt anhand zahlreicher Beispiele einen Überblick zur deutsch-deutschen Geschichte von 1945 bis 1990.
- Mann, Michael**, The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing, Cambridge/New York 2005 (*Cambridge University Press*), 580 S. – Der Titel ist mißverständlich: Der Autor zeigt anhand der schlimmsten Fälle ethnischer „Säuberung“ (u.a. Armenien, Nazideutschland, Cambodscha, Jugoslawien, Ruanda), daß diese dort stattfindet, wo „demos“ und „ethnos“ in eins gesetzt werden.
- Marcus, Judith/Zoltán Tarr** (Hrsg.), Werner J. Cahnman. Deutsche Juden. Ihre Geschichte und Soziologie, Münster 2005 (*Verlag Westfälisches Dampfboot*), 286 S. – Zu lesen sind Cahnmans Lebenslauf sowie 20 Schriften des Soziologen, der als Augenzeuge, Emigrant und Überlebender Verantwortung trug: gegen das Vergessen. Die Aufsätze des Wissenschaftlers leisten einen wichtigen Beitrag zum Verständnis deutsch-jüdischer Geistestradition und verdeutlichen zugleich, welche Verluste die deutsche Soziologie durch die nationalsozialistische Politik erlitt.
- Mazzacane, Aldo/Alessandro Somma/Michael Stolleis** (Hrsg.), Korporatismus in den südeuropäischen Diktaturen/Il corporativismo nelle dittature sudeuropee, Frankfurt a.M. 2005 (*Vittorio Klostermann*), 421 S. – Der Band geht auf eine im Oktober 2002 vom Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte veranstaltete Konferenz zurück, die dem Korporatismus in Italien, Spanien, Portugal und Frankreich gewidmet war. Nach theoretischen und historischen Einführungsbeiträgen beleuchten ausgewiesene Experten die verfassungsrechtlichen, bürgerlich-rechtlichen und agrarrechtlichen Aspekte des Phänomens.
- McGhee, Derek**, Intolerant Britain? Hate, citizenship and difference, Maidenhead/New York 2005 (*Open University Press*), 233 S. – Der an der University of Southampton lehrende Soziologe beleuchtet in der Bevölkerung verbreitete rassistische, islamophobe und homophobe Haltungen und analysiert, in welcher Weise Staat und Gesellschaft damit umgehen.
- Meggle, Georg** (Hrsg.), Ethics of Terrorism & Counter-terrorism, Frankfurt a.M./Paris u.a. 2005 (*Ontos Verlag*), 345 S. – Nach einer vorausgehenden Darstellung der Natur des Terrorismus befaßt sich dieses Buch mit Fragen der Ethik: Ist der Terrorismus das absolut Böse und die Reaktion der Staaten das wahre Gute? Es gibt feinsinnige und differenzierte Antworten.
- Mejides, Miguel/Juan Carlos Rodriguez/Marta Rojas u.a.**, Narben in der Erinnerung. Erzählungen über vier Jahrzehnte Terrorismus gegen Kuba, Nachwort von Leonard Weinglass, Bremen 2005 (*Atlantik Verlags- und Mediengesellschaft*), 218 S. – Mitläufer und Sympathisanten des Castro-Regimes klagen die Menschenrechtsverletzungen der USA und der Exilkubaner an.
- Meyer, Hajo G.**, Das Ende des Judentums. Persönliche Betrachtungen über Judentum, Holocaust und Israel, Neu Isenburg 2005 (*Melzer Verlag*), 334 S. – Der in den Niederlanden lebende Auschwitz-Überlebende legt hohe moralische Maßstäbe an die Politik Israels an und vergleicht die Situation der dort lebenden Araber mit derjenigen der Juden im NS-Staat vor 1938.

Kommentierte Bibliographie

- Michel, Quentin** (Hrsg.), *Terrorisme. Regards croisés*, Bern u.a. 2005 (*P.I.E.-Peter Lang*), 210 S. – Es wird schwierig, etwas Neues über den Terrorismus zu schreiben. Dieses Handbuch faßt den aktuellen Wissensstand zusammen.
- Miller, Susanne**, „So würde ich noch einmal leben.“ Erinnerungen, aufgezeichnet und eingeleitet von Antje Dertinger, Bonn 2005 (*Verlag J.H.W. Dietz*), 216 S. – Die 1915 geborene Susanne Miller berichtet anschaulich über ihr wechselvolles Leben.
- Mills, Greg**, *The Security Intersection. The Paradox of Power in an Age of Terror*, Johannesburg 2005 (*Wits University Press*), 321 S. – Neben einer klassischen Analyse des Phänomens des Terrorismus und seiner weltweiten Bekämpfung erläutert der Autor die afrikanische Problematik – eine Reise, die sowohl politisch als auch unter dem Aspekt der Analyse von regionalen Kriegen interessant ist.
- Milton-Edward, Beverly**, *Islamic Fundamentalism since 1945*, London/New York 2005 (*Routledge*), 158 S. – Die in Belfast lehrende Politikwissenschaftlerin beleuchtet die Entstehungsvoraussetzungen und Entfaltungsbedingungen des islamischen Fundamentalismus in den Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.
- Min, Pyong Gap** (Hrsg.), *Encyclopedia of Racism in the United States*, 3 Bde., Westport/London 2005 (*Greenwood Press*), 795 S. – Unter der Ägide des am Queens College und an der City University of New York lehrenden Soziologen ist ein umfassendes, gut dokumentiertes Handbuch zum Rassismus in der Geschichte der USA entstanden.
- Moallem, Minoo**, *Between Warrior Brother and Veiled Sister. Islamic Fundamentalism and the Politics of Patriarchy in Iran*, Berkeley/Los Angeles/London 2005 (*University of California Press*), 269 S. – Die Autorin greift auf die Rollenbezeichnungen „Bruder“ und „Schwester“ zurück, um die Einführung der „Umma“ als einer modernen Brudergemeinschaft zu verstehen.
- Modood, Tariq**, *Multicultural Politics. Racism, Ethnicity, and Muslims in Britain*, Minneapolis 2005 (*University of Minnesota Press*), 241 S. – Der Autor analysiert die Einflüsse eines kulturellen Rassismus und der Islamophobie auf die überkommene Konfliktlinie zwischen „Weiß“ und „Schwarz“.
- Mohler, Armin/Karlheinz Weißmann**, *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch*, sechste, völlig überarbeitete und erweiterte Aufl., München 2005 (*Ares Verlag*), 643 S. – Der „Klassiker“ von Mohler (erste Auflage 1950) wurde von Weißmann fortgeschrieben. Stark wird nun der Gegensatz zwischen den „konservativen Revolutionären“ und den Nationalsozialisten herausgestrichen.
- Mohr, Reinhard**, *Das Deutschlandgefühl. Eine Heimatkunde*, Reinbeck bei Hamburg 2005 (*Rowohlt Verlag*), 223 S. – Dieses Buch gehört zum Genre von Titeln, die aus eher linker Sicht Deutschland als „normal“ ansehen.
- Molina, Esteban**, *Le défi du politique. Totalitarisme et démocratie chez Claude Lefort*, Paris 2005 (*L'Harmattan*), 300 S. – Der Autor zeichnet den intellektuellen Weg Claude Leforts vom Trotzismus zum Antitotalitarismus nach und unterzieht dessen totalitarismus- und demokratiethoretische Beiträge einer systematischen Analyse.
- Morgan, Kevin/Gidon Cohen/Andrew Flinn** (Hrsg.), *Agents of the Revolution. New Biographical approaches to the History of International Communism in the Age of Lenin and Stalin*, Bern 2005 (*Peter Lang AG European Academic Publishers*), 319 S. – Ein wichtiges Buch für die Kenntnis der kommunistischen „Missionare der Revolution“ unter Lenin und Stalin.
- Motzkahn, Robert**, *Der Kampf um das Öl. Weltvorräte, Ölmultis und wir*, Tübingen 2005 (*Hohenrain*), 175 S. – Dieses Buch schildert die historischen, politischen und wirtschaftlichen Hintergründe und Zusammenhänge des „schwarzen Goldes“. Der Autor plädiert mit Blick auf mögliche Verteilungskriege für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem begehrten Rohstoff.
- Musallam, Adnan A.**, *From Secularism to Jihad. Sayyid Qutb and the Foundations of Radical Islamism*, Westport, Conn./London 2005 (*Praeger Publishers*), 263 S. – Der in Bethlehem lehrende Historiker und Politologe zeichnet mit Empathie und zugleich nicht ohne kritische Distanz den intellektuellen Radikalisierungsprozeß des islamistischen Chefideologen bis zu dessen Hinrichtung im Ägypten Nassers (1966) nach.
- Nairn, Tom/Paul James**, *Global Matrix. Nationalism, Globalism and State-Terrorism*, London/Ann Arbor 2005 (*Pluto Press*), 304 S. – Eine exzellente Analyse der komplexen Beziehungen zwischen Globalisierung und Nationalismus, dessen unterschiedliches Wiederauftreten die Verfasser als eines der wichtigsten Phänomene am Beginn des neuen Jahrtausends charakterisieren.
- Napoleoni, Loretta**, *Insurgent Iraq. Al Zarqawi and the New Generation*, New York 2005 (*Seven Stories Press*), 283 S. – Die Autorin zeichnet den Lebensweg und die terroristische Karriere des im Juni 2006 bei einem US-Angriff im Irak getöteten Al Qaida-Terroristen detailliert nach.

Literatur

- Neubert, Ehrhart/Thomas Auerbach**, „Es kann anders werden“. Opposition und Widerstand in Thüringen 1945-1989, Köln u.a. 2005 (*Böhlau Verlag*), 296 S. – Die Studie vermittelt ein überzeugendes Bild von den (im weitesten Sinne) oppositionellen Aktivitäten in Thüringen. Was die Stärke dieser Bestrebungen betrifft, so liegt Thüringen hinter Sachsen; aber klar vor Mecklenburg-Vorpommern.
- Neuhaus, Helmut** (Hrsg.), Fundamentalismus. Erscheinungsformen in Vergangenheit und Gegenwart. Atzelsberger Gespräche 2004, Erlangen 2005 (*Universitätsbund Erlangen-Nürnberg*), 131 S. – Der Band dokumentiert vier Referate zum christlichen, jüdischen und islamischen Fundamentalismus.
- Oberndörfer, Dieter**, Deutschland in der Arbeitsfalle. Politische Kultur in Zeiten der Globalisierung, Freiburg u. a. 2005 (*Herder Verlag*), 189 S. – Nicht zum ersten Mal beklagt Oberndörfer, daß die deutsche Politik das Thema Migration vernachlässigt hat. Er verwirft jede Form einer „nationalen Leitkultur“.
- O'Brien, Paul**, Mussolini in the First World War. The Journalist, the Soldier, the Fascist, Oxford/New York 2005 (*Berg*), 212 S. – Insbesondere auf der Grundlage von Mussolinis Artikeln in „Il Popolo d'Italia“ und auf der Basis seiner Tagebücher sucht der Autor zu zeigen, daß Mussolini bereits zu Beginn des Kriegs antisozialistisch und antidemokratisch war und sich sein Nationalismus in den Kriegsjahren voll entwickelte.
- Oepke, Maren**, Rechtsextremismus unter ost- und westdeutschen Jugendlichen. Einflüsse von gesellschaftlichem Wandel, Familie, Freunden und Schule, Olden 2005 (*Verlag Barbara Budrich*), 535 S. – Die Dissertation vergleicht rechtsextremistische Einstellungen bei Jugendlichen in Ost und West. Die empirische Arbeit betont den familiären und schulischen Einfluß.
- Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung** (Hrsg.), Der Krieg der Armen? Der internationale Terrorismus in der Neuen Weltordnung. Friedensbericht 2005. Ergebnisse der State-of-Peace-Konferenz 2005, Münster 2005 (*agenda Verlag*), 259 S. – Friedensforscher setzen sich mit den Ursachen und Folgen des internationalen Terrorismus auseinander und suchen nach Alternativen zum „War on Terrorism“.
- Onno, Jérôme**, L'extrême droite et la V^e République, Paris 2005 (*Connaissances et Savoirs*), 737 S. – Ein grundlegendes Werk für die Kenntnis des Phänomens im Frankreich der Fünften Republik, und zwar organisatorisch wie bezüglich der Wählerzustimmung. Die vielfältigen Strategien dieser politischen Bewegung seit 1958 und das politische Phänomen Le Pen sind ausgezeichnet beschrieben.
- Organization for Economic Co-Operation and Development (OECD)** (Hrsg.), Terrorism Risk Insurance in OECD Countries, No. 9, Paris 2005 (Bezugsadresse: <http://www.oecd.org>), 289 S. – Der Band leistet eine umfassende Analyse zum Finanzmanagement von Terrorismus-Risiken.
- Ortiz, Paul**, Emancipation Betrayed. The Hidden History of Black Organizing and White Violence in Florida from Reconstruction to the Bloody Election of 1920, Berkeley/Los Angeles/London 2005 (*University of California Press*), 382 S. – Der Autor zeichnet den Kampf der Schwarzen in Florida um die Gründung der ersten Bürgerrechtsbewegung in der Zeit zwischen dem Ende des Bürgerkriegs und den Wahlen von 1920 nach.
- Overbeck, Georg**, Die Präsidentschaft von Lucio Gutiérrez. Zum Stand der Demokratie in Ecuador, Marburg 2005 (*Tectum Verlag*), 127 S. – U.a. auf der Grundlage von Interviews mit zahlreichen politischen Akteuren zeichnet der Autor ein Bild von der Herrschaftsrealität Ecuadors – im Niemandsland zwischen Autoritarismus und konsolidierter Demokratie.
- Panella, Carlo**, Il „complotto ebraico“. L'antisemitismo islamico da Maometto a Bin Laden, Turin 2005 (*Lindau*), 287 S. – Der Autor zeichnet die Entwicklung des Antisemitismus in der islamischen Welt nach und untersucht dessen Verbreitung und Ausprägungen in der Gegenwart.
- Parland, Thomas**, The Extreme Nationalist Threat in Russia. The growing influence of Western Rightist ideas, London/New York 2005 (*RoutledgeCurzon*), 240 S. – Der 2004 verstorbene finnische Politikwissenschaftler und Rußlandkenner beleuchtet in seinem Buch den Einfluß des westlichen intellektuellen Rechtsextremismus auf die russische „Szene“.
- Passarini, Luisa** (Hrsg.), Memory & Totalitarianism, with a new introduction by Richard Crownshaw and Selma Leydesdorff, New Brunswick/London (*Transaction Publishers*), 177 S. – Der Band erschien erstmals 1992. Seine Autoren entschlüsseln die Konstruktion der Erinnerung an individuelle totalitäre Erfahrungen.
- Pastouna, James**, Guantanamo Bay. Gefangen im rechtsfreien Raum, Hamburg 2005 (*EVA*), 166 S. – Eine Reportage über das umstrittene Gefängnis und seine Insassen, wird durch Grundsatzbeiträge aus historischer, juristischer und theologischer Warte ergänzt.
- Paye, Jean-Claude**, Das Ende des Rechtsstaats. Demokratie im Ausnahmezustand, Zürich 2005 (*Rotpunktverlag*), 276 S. – Der Autor liebt es, das Ende von Rechtsstaaten zu verkünden. 2000 war dieser in Belgien am Ende, 2002 in den USA. Mittlerweile gibt es ihn auch in Europa kaum noch. Ginge es nicht ein bißchen differenzierter?

Kommentierte Bibliographie

- Pekelder, Jacco/Frits Boterman** (Hrsg.), *Politiek Geweld in Duitsland. Denkbeelden en Debatten*, Amsterdam 2005 (*Duitsland Instituut/Mets & Schilt*), 387 S. – Die Beiträge zur politischen Gewalt in Deutschland spannen einen weiten Bogen – vom Ersten Weltkrieg über die beiden Diktaturen bis zum Linksterrorismus der „Roten Armee Fraktion“.
- Penslar, Derek J./Michael R. Marrus/Janice Gross Stein** (Hrsg.), *Contemporary Antisemitism. Canada and the World*, Toronto/Buffalo/London 2005 (*University of Toronto Press*), 122 S. – Neben der kanadischen Situation findet auch der Antisemitismus in Westeuropa und in der arabischen Welt Beachtung. Die Autoren vermeiden Bagatellisierung ebenso wie Dramatisierung.
- Pereira, Anthony W.**, *Political (In)Justice. Authoritarianism and the Rule of Law in Brazil, Chile, and Argentina*, Pittsburgh, Pa. 2005 (*University of Pittsburgh Press*), 262 S. – Das Verhältnis zwischen militärischen und juristischen Eliten stellt nach den Ergebnissen des Autors einen Schlüssel für das Verständnis des Funktionierens politischer Justiz in den Militärsystemen Brasiliens (1964-1985), Chiles (1973-1990) und Argentiniens (1976-1983) dar.
- Peters, Michael A.** (Hrsg.), *Education, Globalization, and the State in the Age of Terrorism. Reihe Interventions: Education, Philosophy & Culture*, Boulder, London 2005 (*Paradigm Publishers*), 275 S. – Gute Darstellung der Rolle der Erziehung im Kampf gegen den Terrorismus.
- Pevhouse, Jon C.**, *Democracy from Above. Regional Organizations and Democratization*, Cambridge/New York 2005 (*Cambridge University Press*), 248 S. – Auf der Grundlage einer quantitativen Analyse und von Fallstudien über Ungarn, Peru, Griechenland, Paraguay, Guatemala und die Türkei sucht der Autor die These zu untermauern, daß eine dauerhafte Transformation zur Demokratie wesentlich von der Unterstützung durch regionale Organisationen (wie der EU) abhängt.
- Plenzdorf, Ulrich/Rüdiger Dammann** (Hrsg.), *Ein Land, genannt die DDR*, Frankfurt a.M. 2005 (*S. Fischer Verlag*), 204 S. – Ein spannender Grenzfall zwischen literarischem Essay und politischer Analyse. Die Autoren weisen nach, daß die DDR „immer noch lebendig“ ist. Sie berufen sich dabei auf das Phänomen der Ost-Identität.
- Politkovskaja, Anna**, *In Putins Rußland*, Köln 2005 (*DuMont Literatur und Kunst Verlag*), 314 S. – Die bekannte russische Journalistin vermittelt in ihren biographischen Porträts und Erlebnisberichten ein schonungsloses Bild der autoritären Strukturen in Putins Rußland.
- Posener, Richard A.**, *Preventing Surprise Attacks. Intelligence Reform in the Wake of 9/11*, Stanford/Landham 2005 (*Hoover Institution/Rowman & Littlefield*), 214 S. – Der Autor setzt sich kritisch mit den Veränderungen der US-Nachrichtendienste nach den Anschlägen vom 11. September auseinander und gibt Empfehlungen für eine effizientere Reorganisation.
- Postone, Moishe**, *Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen*, hrsg. von der initiative kritische geschichtspolitik: Barbara Fried, Olaf Kleist, Steffen Küßner, Sebastian Wehrhahn, Gerhard Wolf, Freiburg im Brsg. 2005 (*ça ira-Verlag*), 215 S. – Die Herausgeber begründen ihre Edition von Texten des heute in Chicago lehrenden Geisteswissenschaftlers mit der Notwendigkeit, „die kritische Reflexion über Normalität und Anormalität Deutschlands und seiner Vergangenheit wieder aufzunehmen. Moishe Postones Texte zeichnen sich dadurch aus, daß sie konsequent auf der Zentralität des Nationalsozialismus für die emanzipatorische Kritik der Gesellschaft beharren“.
- Prothero, Iorwerth**, *Religion and Radicalism in July Monarchy France. The French Catholic Church of the Abbé Chatel*, Lewiston u.a. 2005 (*The Edwin Mellen Press*), 362 S. – Die Geschichte der kleinen, kurzlebigen, liberal-demokratisch orientierten Gemeinschaft des Abbé Chatel, die sich zu Beginn der 1830er Jahre von der Katholischen Kirche abgespaltete, erhellt insbesondere die Staat-Kirche-Beziehungen in der Zeit der Julimonarchie.
- Purohit, Preeti**, *Perspektivenwechsel auf Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Zivilcourage. Eine qualitative Analyse verschiedener Sichtweisen zur Klärung der Konzepte*, Tönning/Lübeck/Marburg 2005 (*Der Andere Verlag*), 204 S. – Auf der Grundlage von Gruppendiskussionen entwickelt der Autor in seiner Heidelberger kulturwissenschaftlichen Dissertation recht banale Thesen über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Zivilcourage.
- Rauschnig, Hermann**, *Gespräche mit Hitler. Mit einer Einführung von Marcus Pyka. Mit dem Schlusskapitel „Hitler privat“*, Zürich 2005 (*Europa Verlag*), 281 S. – Diese „Gespräche mit Hitler“ sind nicht authentisch. Marcus Pyka geht der Rezeption des Werkes in der Forschung nach.
- Reemtsma, Jan Philipp**, *Folter im Rechtsstaat?*, Hamburg 2005 (*Hamburger Edition*), 153 S. – Das Thema „Folter“ sorgte durch eine Reihe von Fällen für Furore. Der Autor argumentiert sachlich und vermeidet jede Aufgeregtheit bei seinem Plädoyer gegen Folter im Rechtsstaat.

Literatur

- Rehman, Javaid**, Islamic State Practices, International Law and the Threat from Terrorism. A Critique of the „Clash of Civilisations“ in the New World Order, Oxford/Portland 2005 (*Hart Publishing*), 256 S. – Der Autor beleuchtet kenntnisreich die Bedeutung des islamischen Rechts bei der Entwicklung internationaler Normen zum Schutz gegen Terrorismus und Menschenrechtsverletzungen.
- Reinares, Fernando**, Terrorismus Global. Aktionsfeld Europa, aus dem Spanischen übersetzt von Sabine Giersberg, mit einem aktuellen Kapitel für die deutsche Ausgabe und einem Nachwort für die deutsche Ausgabe von Hans Leyendecker, Hamburg 2005 (*EVA*), 120 S. – Einer der besten spanischen Terrorismuskenner beleuchtet die Aktivitäten des international operierenden Terrorismus in Europa und die Hintergründe des Anschlags von Madrid.
- Rhodes, Jacqueline**, Radical Feminism, Writing, and Critical Agency. From Manifesto to Modem, Albany 2005 (*State University of New York Press*), 130 S. – Eine systematische Bestandsaufnahme des Feminismus, die auch weniger bekannte Texte und Positionen aufgreift. Das Buch trägt zum Verständnis der Rolle bei, die dieses Phänomen in der aktuellen politischen Auseinandersetzung spielt oder spielen könnte.
- Rudolf, Katrin**, Hilfe beim Sprung ins Nichts. Franz Kaufmann und die Rettung von Juden und „nichtarischen“ Christen, Berlin 2005 (*Metropol Verlag*), 248 S. – Die Theologin hat die Struktur eines Retternetzes um Franz Kaufmann und Helene Jacobs minuziös rekonstruiert, das in den Kriegsjahren „Illegalen“ falsche Papiere und Lebensmittelkarten besorgte.
- Salewski, Michael**, Deutschland und der Zweite Weltkrieg, Paderborn u.a. 2005 (*Ferdinand Schöningh Verlag*), 442 S. – Der bedeutende Historiker legt ein Werk vor, das besticht: durch die detaillierte Erfassung des militärischen Geschehens wie durch die subtile Porträtierung Hitlers.
- Santaolalla, Isabel** (Hrsg.), Los „Otros“. Etnicidad y „raza“ en el cine español contemporáneo, Zaragoza 2005 (*Prensas Universitarias de Zaragoza*), 284 S. – „Die Anderen“ in den untersuchten Filmen sind „die Zigeuner“, „die Afrikaner“, „die Asiaten“, „die Lateinamerikaner“. Ein historischer Rückblick erfasst Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Gegenwart im Vergleich zur Franco-Diktatur.
- Sarat, Austin** (Hrsg.), Dissent in Dangerous Times, Ann Arbor 2005 (*The University of Michigan Press*), 188 S. – Im Mittelpunkt steht die Kritik am „New Mccarthyism“ im „War on Terrorism“.
- Schäfer, Julia**, Vermessen – gezeichnet – verlacht. Judenbilder in populären Zeitschriften 1918–1933, Frankfurt a.M./New York 2005 (*Campus Verlag*), 435 S. – Der antisemitische Zeitgeist der Epoche spiegelt sich unterschiedlich bis offen jüdenfeindlich und beleidigend wider. Stereotypen – die Grenzen zwischen vermeintlichem Humor und beißendem Spott verfließen – werden später von den Nationalsozialisten für die politische Propaganda instrumentalisiert. Bedrückend: Die Autorin fand solche latent antijüdischen Karikaturen auch im „Wahren Jakob“, der deutschen sozialdemokratischen Zeitung, wie im „Kikeriki“, dem christlich-sozialen Blatt Österreichs.
- Schimmelpfennig, Monika**, Re-Islamisierung und Islamismus. Hintergründe und sozialpolitische Ursachen am Beispiel Ägyptens, Marburg 2005 (*Tectum Verlag*), 96 S. – Die Verfasserin nimmt eine kategoriale Differenzierung zwischen Re-Islamisierung und Islamismus vor und geht den Ursachen der Entstehung islamistischer Gruppierungen nach.
- Schmitz, Heinz-Gerd**, Die dunkle Seite der Politik. Philosophische Theorien des Despotismus, der Diktatur und des Totalitarismus, Berlin 2005 (*Duncker & Humblot*), 180 S. – Der Autor untersucht in einer gelehrten, ideengeschichtlich angelegten Studie die despotischen Züge der Politik.
- Scholl-Latour, Peter**, Koloß auf tönernen Füßen. Amerikas Spagat zwischen Nordkorea und Irak, Berlin 2005 (*Propyläen*), 352 S. – Der über 80jährige Journalist ist unermüdlich im Einsatz. Er kristallisiert die Überdehnung der amerikanischen Macht heraus.
- Scholz, Roswitha**, Differenzen der Krise – Krise der Differenzen. Die neue Gesellschaftskritik im globalen Zeitalter und der Zusammenhang zwischen „Rasse“, Klasse, Geschlecht und postmoderner Individualisierung, Bad Honnef 2005 (*Horlemann Verlag*), 278 S. – Die Diplom-Sozialpädagogin gründet ihre radikale Globalisierungskritik auf die Theorie der Wert-Abspaltung, wonach sich in der Moderne „eine Abspaltung des Weiblichen, der Hausarbeit“ und bestimmter psychischer bzw. reproduktiver Haltungen vom Wert und von der abstrakten Arbeit“ vollzogen hat.
- Schönherr-Mann, Hans Martin**, Sartre. Philosophie als Lebensform, München 2005 (*C.H. Beck*), 174 S. – Vermag Jean-Paul Sartres Existentialismus im Zeitalter der Globalisierung und Individualisierung zur Lösung aktueller Probleme beizutragen? Der Autor läßt sich von dieser Frage leiten und zeichnet differenziert Leben und Werk Sartres nach. Sein Resümee: Philosophie als Lebensform könnte dem modernen Menschen Halt geben.

Kommentierte Bibliographie

- Schönhuber, Franz**, Die Volksverdummer. Persönliche Erfahrungen mit deutschen Medienleuten, Coburg 2005 (*Nation Europa Verlag*), 213 S. – Als eine politische Kampfansage versteht sich das Buch des jüngst verstorbenen Rechtsextremisten. Seine Erinnerungen und Anmerkungen geben aus der Sicht des Autors unverhohlene Einblicke in den bundesdeutschen Medienbetrieb und beleuchten die Herkunft und Motivation prominenter Medienmacher.
- Schröm, Oliver**, Al Qaida. Akteure, Strukturen, Attentate, Berlin 2005 (*Aufbau-Verlag*), 213 S. – Der Journalist, Fernseh- und Buchautor beschreibt die Aktivitäten des Terror-Netzwerks von der Entstehung bis zur Verhaftung von Khalid Scheich Mohammed, des „Gehirns“, im März 2003.
- Schubert, Claudia**, Verbotene Worte? Versuch einer Neubestimmung im Umgang mit rassistischen Äußerungen jenseits des Strafrechts, Frankfurt a.M. 2005 (*Peter Lang Verlag*), 372 S. – Die Autorin leistet eine umfassende Kritik an der strafrechtlichen Erfassung von Rassenhetze und zeigt auf, wie rassistische Äußerungen wirkungsvoller auf zivilgesellschaftlicher Grundlage als mit den Mitteln des Strafrechts bekämpft werden können.
- Schwarz, Hans-Peter**, Republik ohne Kompromiß. Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik, Berlin 2005 (*Propyläen*), 352 S. – Die Studie des führenden deutschen Zeithistorikers stellt zahlreiche Herausforderungen der deutschen Außenpolitik dar – bestimmt, und doch maßvoll.
- Schwieger, Christopher**, Volksgesetzgebung in Deutschland. Der wissenschaftliche Umgang mit plebiszitärer Gesetzgebung auf Reichs- und Bundesebene in Weimarer Republik, Drittem Reich und Bundesrepublik Deutschland (1919-2002), Berlin 2005 (*Duncker & Humblot*), 422 S. – Der Autor untermauert den wissenschaftlichen Umgang mit den Elementen der Volksgesetzgebung. Das wichtige Thema wird jedoch durch mangelnde Systematisierung nicht tieferschöpfend genug behandelt.
- Sefa Dei, George J./Gurpreet Singh Johal** (Hrsg.), Anti-Racist Research Methodologies, New York u.a. 2005 (*Peter Lang Verlag*), 300 S. – Anhand einer breiten Palette von Fallbeispielen zeigen die Autoren methodische und methodologische Probleme der Anti-Rassismus-Forschung auf.
- Selby, Nick**, Poetics of Loss. In The Cantos of Ezra Pound. From Modernism to Fascism, Lewiston/Queenston/Lampeter 2005 (*The Edwin Mellen Press*), 271 S. – Der Autor zeichnet die geistige Entwicklung des Schriftstellers auf der Grundlage seiner literarischen Werke nach.
- Shay, Shaul**, The Axis of Evil. Iran, Hizballah, and the Palestinian Terror, New Brunswick/London 2005 (*Transaction Publishers*), 262 S. – Der Autor forscht am International Policy Institute for Counter-Terrorism/Interdisciplinary Center, Herzliya/Israel. Auf breiter Quellengrundlage wird gezeigt, in welcher Weise sich die Islamische Republik Iran in den 25 Jahren nach ihrer Gründung 1979 des Terrorismus (insbesondere der Hisbollah) als eines Mittels der Außenpolitik mit dem Ziel des Revolutionsexports bediente.
- Sheehan, Sean**, Face the Facts: Genocide, Chicago Ill. 2005 (*Raintree*), 56 S. – Das schmale Hochglanz-Bändchen bietet mehr Bilder als Fakten, mehr Sinneseindrücke als Erklärungen.
- Shlapentokh, Vladimir/Joshua Woods/Eric Shiraev** (Hrsg.), America. Sovereign Defender or Cowboy Nation?, Aldershot/Burlington 2005 (*Aldershot*), 208 S. – Der reißerische Titel täuscht über den seriösen Inhalt des Bandes hinweg, dessen Beiträge sich vor allem mit den Reaktionen des Auslandes auf das Verhalten der USA nach dem 11. September auseinandersetzen.
- Sieberer, Hannes/Herbert Kierstein**, Verheizt und vergessen. Ein US-Agent und die DDR-Spionageabwehr, Berlin 2005 (*edition ost*), 224 S. – Der ehemalige US-Spion und der ehemalige MfS-Oberstleutnant sind sich einig, daß die DDR sich legitimerweise und mit auch im Westen üblichen Methoden gegen Spionage zur Wehr gesetzt habe. Beide kritisieren die Informationspolitik der Gedenkstätten Bautzen und Hohenschönhausen als Horrifizierung der einstigen Realität. – So soll Vergangenheitsbewältigung nicht aussehen!
- SPD-Landtagsfraktion Brandenburg** (Hrsg.), Die Deutsche Volkunion (DVU), Potsdam 2005 (*Bezugsadresse: <http://www.spd-brandenburg.de>*), 47 S. – Die Broschüre setzt sich nicht nur mit der DVU-Landtagsfraktion auseinander, sondern zeichnet auch ein umfassendes Bild der rechtsextremen Partei.
- Speit, Andreas**, Mythos Kameradschaft. Gruppeninterne Gewalt im neonazistischen Spektrum, Braunschweig 2005 (*Bezugsadresse: Bildungsverein ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Ost, Arbeitsstelle „Rechtsextremismus und Gewalt“, Bohlweg 55, 38100 Braunschweig*), 72 S. – Der antifaschistisch orientierte Autor beschreibt ausgewählte Fälle gruppeninterner Gewalt in rechtsextremen „Kameradschaften“.
- Stenner, Karen**, The Authoritarian Dynamic, Cambridge/New York 2005 (*Cambridge University Press*), 370 S. – Als Hauptursachen politischer Intoleranz identifiziert die Autorin psychologische Prädispositionen sowie wechselnde Bedingungen sozialer Bedrohung.

Literatur

- Strohmeier, Gerd**, Vetospieler – Garanten des Gemeinwohls und Ursachen des Reformstaus. Eine theoretische und empirische Analyse mit Fallstudien zu Deutschland und Großbritannien, Baden-Baden 2005 (*Nomos Verlag*), 242 S. – Diese politikwissenschaftliche Passauer Habilitationsschrift befaßt sich mit der Vetospielertheorie von George Tsebelis. Der Autor erörtert gut die zahlreichen Entscheidungsblockaden in Deutschland. Das britische System wird vergleichend herangezogen – auch mit Blick auf die Theorie der „Adversary Politics“ (Samuel E. Finer).
- Taler, Conrad**, Der braune Faden. Zur verdrängten Geschichte der Bundesrepublik, Köln 2005 (*PapyRossa Verlag*), 239 S. – Der Autor wird nicht müde, vor dem Rechtsextremismus zu warnen. Demokratische Parteien müssen sich sagen lassen, zu wenig gegen den Rechtsextremismus getan zu haben. Vieles hat man bereits anderswo beim Autor gelesen.
- Tertrais, Bruno**, War without End. The View from Abroad, New York/London 2005 (*The New Press*), 148 S. – Sachkundige, kritische Auseinandersetzung mit der Anti-Terror-Strategie der Bush-Regierung aus französischer Perspektive.
- Tessitore, Giovanni**, Carcere e fascizzazione. Analisi di un modello totalizzante, Mailand 2005 (*FrancoAngeli*), 262 S. – Die Rechtssoziologin untersucht die Auswirkungen der Faschisierung auf das italienische Gefängniswesen.
- Thomas, Sven**, Die informelle Koalition. Richard von Weizsäcker und die Berliner CDU-Regierung (1981-1983). Mit einem Nachwort von Eberhard Diepgen, Wiesbaden 2005 (*Deutscher Universitäts-Verlag*), 122 S. – Zwischen 1981 und 1983 gab es in Berlin keine „reguläre“ Koalition zwischen der CDU und der FDP, sondern eine bloße Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien. Diese Minderheitsregierung war stabiler als manche „Mehrheitsregierung“.
- Townshend, Charles**, Terrorismus, Stuttgart 2005 (*Philipp Reclam jun.*), 207 S. – Vorzügliche Einführungs- und Überblicksdarstellung zur Geschichte und Gegenwart des (internationalen) Terrorismus.
- Trenin, Dmitri**, Rußland. Die gestrandete Weltmacht, Neue Strategien und die Wende zum Westen, Hamburg 2005 (*Murmann*), 351 S. – Der russische Sicherheits- und Auslandsexperte Trenin analysiert Rußlands künftigen Platz in der internationalen Politik. Um nicht zwischen den drei Fronten – vereinigtes Europa im Westen, an Selbstbewußtsein gewinnendes Asien im Osten sowie politischer Instabilität im Süden – zerrieben zu werden, plädiert der Verfasser für eine in die Zukunft gerichtete, partnerschaftliche Angliederung Rußlands an Europa und den Westen. Freilich bedarf es hierzu einer intellektuellen und politischen Erneuerung, womit in unmittelbarer Zukunft nicht zu rechnen ist.
- U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism** (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2004, Washington D.C. 2005 (*Bezugsadresse: <http://www.state.gov>*), 129 S. – Der Bericht liefert ein weltweites Lagebild des internationalen Terrorismus und der Terrorismusabwehr aus der Perspektive der US-Administration.
- Veszelits, Thomas**, Die Neckermanns. Licht und Schatten einer deutschen Unternehmerfamilie, Frankfurt a.M. 2005 (*Campus Verlag*), 245 S. – Die gut recherchierte Biographie erzählt vom spektakulären Aufstieg und Fall von Josef Neckermanns Versandhaus. Dabei werden neben bislang unbekannten Details der Familiengeschichte vor allem die Verstrickungen des Versandhauskönigs in das NS-Regime schonungslos offengelegt.
- Victor, Barbara**, Beten im Oval Office. Christlicher Fundamentalismus in den USA und die internationale Politik, München/Zürich 2005 (*Pendo Verlag*), 342 S. – Die Journalistin und Expertin für den Nahen Osten porträtiert die Religiöse Rechte der USA und beleuchtet ihr Verhältnis zum Staat Israel.
- Vignali, Mariano Alberto**, Terrorismi. Una mappa delle organizzazioni eversive internazionali. La storia, le strutture, le attività, Sesto Fiorentino 2005 (*Editoriale Olimpia*), 142 S. – Der Autor vermittelt einen breiten Überblick zu den aktuellen Formen des Terrorismus weltweit.
- Visser, Judith**, Markierte Sprachliche Zeichen. Wortbildung als Mittel der Persuasion in Texten der französischen Extrême Droite, Frankfurt a.M. u.a. 2005 (*Peter Lang Verlag*), 615 S. – In ihrer Bonner romanistischen Dissertation wertet die Autorin die rechtsextreme französische Presse aus und zeigt in einer formalen, semantischen, funktionalen und strategischen Analyse die Instrumentalisierung von Wortbildung im Rahmen persuasiver Strategien auf.
- Vorländer, Hans** (Hrsg.), Politische Reform in der Demokratie, Baden-Baden 2005 (*Nomos Verlag*), 159 S. – Die Publikation der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft befaßt sich mit einem vernachlässigten Thema. Die Beiträge von Hans-Peter Schwarz über „Demokratische Reformer“ und Manfred G. Schmidt über „Politische Reformen und Demokratie“ ragen heraus.

Kommentierte Bibliographie

- Wagner, Helmut** (Hrsg.), Europa und Deutschland – Deutschland und Europa. Liber amicorum für Heiner Timmermann zum 65. Geburtstag, Münster 2005 (*Lit Verlag*), 592 S. – Diese Festschrift versammelt 36 Beiträge vornehmlich von Historikern und Politikwissenschaftlern. Für das Thema des Jahrbuches sind besonders aufschlußreich die Beiträge im vierten Kapitel („Interdisziplinäre DDR-Forschung“). Timmermann hat sich durch die von ihm organisierten DDR-Forschertagungen in der Europäischen Akademie Otzenhausen Verdienste erworben. Der gute Gesamteindruck wird durch viele Druckfehler etwas getrübt.
- Weill, Francis**, *Lettres sur l'antisémitisme. Autopsie des mythes de la haine*, Lyon 2005 (*Editions du Cosmogone*), 121 S. – Der Autor sieht den Antisemitismus in erster Linie in religiösen Stereotypen begründet.
- Weinberg, Leonard**, *Global Terrorism. A Beginner's Guide*, Oxford 2005 (*Oneworld Publications*), 182 S. – Der in Reno/University of Nevada lehrende Politikwissenschaftler informiert knapp, aber umfassend über die Definitionsmerkmale terroristischer Gruppierungen, deren Funktionsweise, Formen und historische Entwicklung sowie über Möglichkeiten der Gegenwehr.
- Weyr, Thomas**, *The Setting of the Pearl. Vienna under Hitler*, Oxford/New York 2005 (*Oxford University Press*), 352 S. – Der Autor hat einen Teil seiner Kindheit in „Hitlers Wien“ verbracht und zeigt in seinem Buch, wie die Nationalsozialisten nach dem „Anschluß“ das kulturelle Leben der Stadt zum Erliegen brachten.
- Wieviorka, Michel**, *La tentation antisémite. Haine des Juifs dans la France d'aujourd'hui*, Paris 2005 (*Robert Laffont*), 452 S. – Der Band behandelt die diversen Formen antisemitischer Tendenzen in verschiedenen Bereichen der französischen Gesellschaft, u.a. bei den Muslimen, auf der extremen Rechten und Linken, an den Universitäten und Schulen.
- Willis, Alan Scot**, *All According to God's Plan. Southern Baptist Missions and Race, 1945-1970*, Lexington, Ky. 2005 (*The University Press of Kentucky*), 260 S. – Da der Rassismus des amerikanischen Südens die evangelistischen Bemühungen der Southern Baptists behinderte, bezeichneten die in dieser Kirche für die Mission Verantwortlichen ihn als unchristlich, was zu Konflikten mit den gesellschaftlichen Eliten und der öffentlichen Meinung führte.
- Wilson, Charles E., Jr.**, *Race and Racism in Literature*, Westport, Conn./London 2005 (*Greenwood Press*), 155 S. – Der Autor entlarvt den Rassismus in literarischen Werken des ausgehenden 19. und 20. Jahrhunderts, beginnend mit Mark Twains „Die Abenteuer des Huckleberry Finn“.
- Wippermann, Wolfgang**, *Rassenwahn und Teufelsglaube*, Berlin 2005 (*Frank & Timme GmbH, Verlag für wissenschaftliche Literatur*), 155 S. – Der Autor sieht die Ursprünge von Antisemitismus, Antiziganismus und Kolonialrassismus im Teufelsglauben.
- Woolf, Alex**, *Why are people terrorists?*, Chicago, Ill. 2005 (*Raintree*), 48 S. – Zahlreiche Bilder ermöglichen es auch dem Analphabeten zu verstehen, warum böse Menschen Terroristen werden.
- Zehetmair, Hans** (Hrsg.), *Der Islam. Im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog*, Wiesbaden 2005 (*VS Verlag für Sozialwissenschaft*), 409 S. – Die Beiträge befassen sich erstens mit „Konfliktpotentialen, Institutionen und Realitäten“, zweitens mit „Chancen und Problemen der Modernisierung islamischer Gesellschaften“ anhand von Fallbeispielen, drittens mit „Perspektiven und Lösungsstrategien“. Der Tenor der meisten Beiträge ist islamismuskritisch.
- Zimmermann, Joshua D.** (Hrsg.), *Jews in Italy under Fascist and Nazi Rule, 1922-1945*, Cambridge/New York 2005 (*Cambridge University Press*), 374 S. – Im Zentrum der Beiträge, die von renommierten Experten verfaßt sind, stehen Entrechtung, Verfolgung und Deportation der Juden in Italien – vor und nach der deutschen Okkupation. Die These, der italienische Faschismus sei nicht antisemitisch gewesen, erweist sich als unhaltbar.
- Zimmermann, Moshe/Yotam Hotam** (Hrsg.), *Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost*, Frankfurt a.M. 2005 (*Beerenverlag*), 381 S. – Das deutsche Traditionserbe der Jeckes wie ihr Einfluß auf die israelische Kultur ist Gegenstand der 48 Beiträge von Publizisten, Schriftstellern, Wissenschaftlern und Zeitzeugen. Sie verdeutlichen die fast tragisch anmutende Besonderheit der deutsch-jüdischen Einwanderer in Erez Israel: Daheim einst „deutscher als die Deutschen“, stießen sie in Nahost ob der beharrlichen Bewahrung von deutscher Kultur und Tradition auf Skepsis. Großartige Wirtschafts- und Wissenschaftskarrieren offenbaren den Beitrag der deutschen Migranten beim Aufbau Israels.
- Zureik, Elia/Mark B. Salter** (Hrsg.), *Global Surveillance and Policing. Borders, security, identity*, Cullompton, Devon 2005 (*Willan Publishing*), 259 S. – Die Experten des Bandes analysieren die Probleme der Grenzkontrollen im Schengen-Raum im Spannungsfeld zwischen Sicherheitserfordernissen und Bürgerfreiheit.

Zeitschriftenauslese

Baron, Udo, „Gruppe Ralf Forster“. Die geheime Militärorganisation von DKP und SED in der Bundesrepublik, in: Deutschland Archiv 38 (2005), H. 2, S. 1009-1015. – Kurz nach der Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei entstand eine geheime Militärorganisation (MO), die in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit als „Gruppe Ralf Forster“ firmierte. Hinter diesem Namen verbarg sich Harry Schmidt, ein „Moskauer Kader“, der bei KPD und DKP aus Motiven der Tarnung im Hintergrund blieb. Die konspirative Absicherung wurde durch das Ministerium für Staatssicherheit vorgenommen, die Ausbildung und Bewaffnung der DKP-Kader durch die Nationale Volksarmee (zunächst in Ungarn und der ČSSR, ab 1972 in der DDR). Die DKP-Kader sollten gemäß den Plänen zu „Spezialisten für besondere Überfall- und Hinterhaltmethoden“ qualifiziert werden. 200 Kader machten davon Gebrauch. Ein gewaltsamer Einsatz blieb jedoch höchstwahrscheinlich aus. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre setzte ein Zerfall der DKP-Kampfgruppen ein. Im Frühjahr 1989 löste der DKP-Vorsitzende Herbert Mies die MO auf. Nachdem bereits Anfang 1990 Medien erste Einzelheiten über diese Militärorganisation von SED und DKP mitteilen konnten, gelang es der Außenstelle der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Zirndorf, die einschlägigen Materialien der Staatssicherheit zu rekonstruieren. Ob die DKP-Kampfgruppen singulär waren oder auch in anderen westlichen Ländern Kooperationen zwischen den Ländern des „realen Sozialismus“ und den dortigen kommunistischen Parteien bestanden, ist unklar.

Decker, Oliver/Elmar Brähler, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/2005, S. 8-17. – Die Autoren ermitteln hohe Zustimmungswerte für ausländerfeindliche und chauvinistische, in geringerem Maße (ca. 10 Prozent) für antisemitische Aussagen. „Die Zustimmungswerte sind nicht in allen Bevölkerungsteilen gleichermaßen hoch. Auf der Ebene der einzelnen Aussagen lassen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost und West, Geschlecht, Bildungsgrad und sozialer Lage ausmachen. [...] Der Westen zeigt sich chauvinistischer und antisemitischer als der Osten, auch in der Ausländerfeindlichkeit hat der Westen den Osten eingeholt. [...] Generell scheint der Osten nicht rechtsextremer eingestellt zu sein als Westdeutschland, wenn auch Differenzen in den einzelnen Aussagen zu erkennen sind. [...] Menschen mit höherem Schulabschluß stimmen rechtsextremen Aussagen seltener zu [...]. Die These, daß höhere Zustimmungswerte bei so genannten Modernisierungsverlierern anzutreffen sind, kann durch die Befragung gestützt werden.“

Fritze, Lothar, Kommunistische und nationalsozialistische Weltanschauung – Strukturelle Parallelen und inhaltliche Unterschiede, in: Totalitarismus und Demokratie 2 (2005), H. 2, S. 101-152. – Ungeachtet ihrer bedeutenden inhaltlichen Differenzen dienten die kommunistische wie die nationalsozialistische Ideologie als Grundlage totalitärer Ideologien. Beide Ideologien erwiesen sich gleichermaßen geeignet, ein politisch opferreiches Handeln zu legitimieren. Im Mittelpunkt des Beitrags steht das Rechtfertigungspotential beider Ideologien, das auf gemeinsamen Strukturmerkmalen beruht. Als solche werden u.a. benannt: Katastrophendenken, Geschichts-determinismus, Postulierung höchster Ziele, Propagierung historischer Missionen, Beanspruchung von Kritik-immunität, Dogmatismus und Anspruch auf Revisionsresistenz, Unfehlbarkeitsmythen und Begründung unbeschränkter Führerschaft, moralische Verpflichtung zum Rettungshandeln, Forderung und Entfaltung von Opferbereitschaft, Definition objektiver Feinde, Haß auf den politischen Gegner, utilitaristische Opferkalkulationen sowie Rechtfertigung durch Erfolg.

Holz, Klaus, Neuer Antisemitismus? Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, in: Mittelweg 36 14 (2005), H. 2, S. 3-23. – Vielfach herrscht die Auffassung vor, daß sich ein neuartiger Antisemitismus entfaltet: Der islamistische Antisemitismus stelle ebenso eine neue Form dar wie der antizionistische geprägte. Tatsächlich existiert jedoch kein neuartiger Typus des Antisemitismus. Dessen hergebrachte Strukturen werden lediglich an die veränderte weltgeschichtliche Lage angepaßt. Das Ende der bipolaren Weltordnung stellt hergebrachte Freund- und Feindbilder in Frage. „Im Zuge dieses Umbruchs wurde der Antisemitismus neu justiert. Das gilt generell für den Antisemitismus in Europa, sowohl für muslimische Einwanderer als auch für die Mehrheitsgesellschaft. Ein fundamentaler Umbau des Antisemitismus aber war und ist nicht notwendig, damit er seine zentrale weltanschauliche Funktion in der seit 1989 und seit dem 11. September veränderten Welt erfüllen kann. Neu ist vielmehr, daß sich die unterschiedlichsten antisemitischen Gruppen in ihrer Weltanschauung angleichen“ (S. 5 f.). Das gilt für den islamisierten Antisemitismus wie für den antizionistischen Antisemitismus. Zum Teil haben neu arrangierte antisemitische Positionen die Mitte der Gesellschaft erreicht (Martin Walser, Jürgen W. Möllemann).

Literatur

- Jesse, Eckhard**, Die NPD – eine rechtsextreme Partei nach dem gescheiterten Verbotsantrag im Höhenflug?, in: Politische Studien 56 (2005), H. 1, S. 69-81. – Die Geschichte der NPD ist mehr oder weniger die Geschichte eines Mißerfolgs, auch wenn sie in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in sieben Landesparlamente eingelegen war und sie – im Gefolge der Kritik an Hartz IV – mit 9,2 Prozent im sächsischen Landtag sitzt (seit 2004). Dieser Wahltriumph erklärt sich nicht mit dem im Jahr zuvor gescheiterten Verbotungsverfahren gegen sie. Zwar ist der Bekanntheitsgrad der Partei gestiegen, aber die NPD hat aus dem Verfahren keineswegs die Lehre gezogen, zurückhaltender zu operieren. Der Frust vieler Ostdeutscher über Hartz IV förderte den kurzfristigen Höhenflug der Partei in ihrer Hochburg. Profitiert hat davon nicht zuletzt die PDS, die sich als Wahrer des Antifaschismus profilieren konnte.
- Pohlmann, Friedrich**, Stätten des Terrors im Kommunismus und Nationalsozialismus – Archipel Gulag und Konzentrationslager, in: Zeitschrift für Politik 52 (2005), H. 3, S. 297-317. – „Sowjetkommunismus und Nationalsozialismus werden als historisch aufeinander bezogene Ausformungen des totalitären Diktaturtypus verstanden, der eine 'Erfindung' des 20. Jahrhunderts ist. Dessen Grundmerkmal war eine spezifische Verbindung von Ideologie und Terror. Alle wichtigen Terrorformen beider Regime finden sich komprimiert in ihren Konzentrationslagersystemen. Diese werden in ihrer geschichtlichen Entstehung, ihren Funktionen und ihrer inneren Struktur miteinander verglichen. Es wird aufgezeigt, daß ihre internen Herrschaftsmechanismen auf ganz ähnlichen Grundmustern beruhen.“ Das gilt für die Gruppe der im Lagersystem Herrschenden, die Häftlingselite, die allumfassende Mangelsituation, den Lagerterror, die Überlebensstrategien und -chancen der Opfer. Hingegen fehlte das Etikettierungssystem der Häftlinge im Gulag.
- Rydgren, Jens**, Is extreme right-wing populism contagious? Explaining the emergence of a new party family, in: European Journal of Political Research 44 (2005), H. 3, S. 413-437. – Der in Stockholm lehrende Sozialwissenschaftler sucht nach einer Erklärung für die Entstehung einer neuen „Parteienfamilie“ in Westeuropa, die er als „extreme right-wing populist parties“ bezeichnet. Wo solche Parteien erfolgreich waren, spielten politisch-institutionelle und politisch-prozedurale Rahmenbedingungen keine zentrale Rolle. Die entscheidende Erfolgsbedingung stellt die Entstehung eines neuen „master frame“ dar, der auf der Doktrin des Ethnopluralismus beruhende ethnonationalistische Xenophobie mit einem „anti-political-establishment populism“ verbindet. Dieses neuartige politische Angebot ist 1984 erstmals vom französischen „Front national“ erprobt worden und hat seither andere Formationen in Europa beeinflusst.
- Schoen, Harald/Jürgen W. Falter**, Die Linkspartei und ihre Wähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/2005, S. 33-40. – Die Linkspartei/PDS wurde in den östlichen Ländern drittstärkste Partei (fast gleichauf mit der CDU), in den westlichen überwand sie beinahe die Fünfprozenthürde. Sie konnte in Regionen und Wählergruppen Stimmengewinne erzielen, die der PDS verschlossen geblieben waren. „Ihr ist es gelungen, für Menschen mit formal niedriger Bildung, für Arbeiter und – noch stärker als früher – Arbeitslose attraktiv zu werden und auf diese Weise vor allem der SPD Wählerinnen und Wähler abzujagen. Wesentlich zu ihrem Erfolg dürften ihr als attraktiv empfundenes Personalangebot und die ihr zugeschriebene Kompetenz, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, beigetragen haben. Diese Erklärung legt den Schluß nahe, daß die Linkspartei bei der nächsten Wahl nicht selbstverständlich mit einer Wiederholung ihres Erfolges rechnen kann.“

U.B./E.J.

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Abele, A User's Guide to the USA Patriot Act and Beyond – 443
Ackermann, Der deutsche Weg zum Sozialismus – 443
Adeney/Sáez (Hrsg.), Coalition Politics and Hindu Nationalism – 443
Afoaku, Explaining the Failure of Democracy in the Democratic Republic of Congo – 443
Agazzi, erinnerte und rekonstruierte Geschichte – 393
Ahmed/Forst (Hrsg.), After Terror: Promoting Dialogue among Civilizations – 443
Akbarzadeh, Uzbekistan and the United States – 443
Alavi, Wir sind der Iran – 443
Aly, Hitlers Volksstaat – 324
Andil/Brandes/Labisch/Pešek/Ruzicka (Hrsg.), Propaganda, (Selbst-)Zensur, Sensation – 443
Arendes, Politikwissenschaft in Deutschland – 443
- Baader, Das Kapital am Pranger – 390
Backes/Jesse, Vergleichende Extremismusforschung – 443
Balkin, Extremist Groups – 391
Barany/Moser (Hrsg.), Ethnic Politics after Communism – 443
Bar-On, Die Last des Schweigens – 392
Barth, Diktaturen in Europa – 444
Bauer/Huber/Sommermann (Hrsg.), Demokratie in Europa – 327
Bauerkämper/Jarusch/Payk (Hrsg.), Demokratiewunder – 444
Bavaj, Von links gegen Weimar – 330
Bavaj/Fritzen (Hrsg.), Deutschland – ein Land ohne revolutionäre Traditionen? – 444
Beater/Habermeier (Hrsg.), Verletzungen von Persönlichkeiten durch die Medien – 399
Beekman, William Dudley Pelley – 444
Bensderine/Mestiri, Despoten vor Europas Haustür – 284
Benz, Potsdam 1945 – 259
Berbig (Hrsg.), Stille Post – 444
Berendse, Schreiben im Terrordrom – 444
Bergengruen, Schriftstellerexistenz in der Diktatur – 393
Berkowitz (Hrsg.), Terrorism, the Laws of War, and the Constitution – 444
Biehl, Parteimitglieder im Wandel – 444
Biermann/Klönne, Kapital-Verbrechen – 444
Birdnow, Communism, Anti-Communism, and the Federal Courts in Missouri 1952-1958 – 444
Bjørge (Hrsg.), Root Causes of Terrorism – 444
Black (Hrsg.), 70 große Schlachten der Weltgeschichte – 444
Blasius, Weimars Ende – 394
Bleek/Lietzmann (Hrsg.), Klassiker der Politikwissenschaft – 444
Blumenwitz/Gornig/Murswiek (Hrsg.), Die Europäische Union als Wertegemeinschaft – 445
Bobb, El otro aspecto de la violencia en Colombia – 445
Brandt/Grothe (Hrsg.), Quellen zur Alltagsgeschichte der Deutschen 1815-1870 – 445
Brasch, America's Unpatriotic Acts – 445
Breuer, Nationalismus und Faschismus – 334
Brink, Kommunale Kriminalprävention – 409
Broder, Der ewige Antisemit – 445
Bronner, Blood in the Sand – 445
Bruce, The New American Revolution – 445
Brück, Frauen und Rechtsradikalismus in Europa – 445
Brumberg, Democratization versus Liberalization in the Arab World – 445
Brumlik, Wer Sturm sät – 396

Literatur

- Buchstab/Gassert/Lang (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger – 445
Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Argumentationsmuster im rechtsextremistischen Antisemitismus – 445
Bundeskriminalamt (Hrsg.), Netzwerke des Terrors – Netzwerke gegen den Terror – 445
Bunker (Hrsg.), Networks, Terrorism and Global Insurgency – 445
Buras/Tewes, Polens Weg – 446
Burgdorf/Wiegrefe (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg – 397
Burns/Dempsey Peterson, Terrorism – 446
Burrin, Nazi Anti-Semitism – 446
Byman, Deadly Connections – 446
- Canterbury, Neoliberal Democratization and New Authoritarianism – 391
Capoccia, Defending Democracy – 338
Caramani/Mény (Hrsg.), Challenges to Consensual Politics – 446
Carter, The extreme right in Western Europe – 398
Carter, The extreme right in Western Europe – 398
Chang/Halliday, Mao – 342
Christen, Das Verbot des islamischen Kopftuches an europäischen Schulen – 446
Cirincione/Wolfsthal/Rajkumar, Deadly Arsenals – 446
Clarke, Gegen die Krieger des Dschihad – 446
Claussen, Grenzen der Aufklärung – 446
Coelln, Zur Medienöffentlichkeit der Dritten Gewalt – 399
Connelly/Grüttner (Hrsg.), Universities under Dictatorship – 446
Conte, Security in the 21st Century – 446
Cook, Understanding Jihad – 446
Cordova, Verso lo stato totalitario – 446
Cragin/Gerwehr, Dissuading Terror – 446
Crotty (Hrsg.), Democratic Development and Political Terrorism – 447
- D'Agostino, Rome in America – 447
Dachs (Hrsg.), Jüdischer Almanach – 447
Dahlby, Allah's Torch – 447
Das Urteil von Nürnberg. Mit einem Vorwort von Jörg Friedrich – 447
Davenport/Johnston/Mueller (Hrsg.), Repression and Mobilization – 447
Day, Gramsci is Dead – 447
Dehoussé (Hrsg.), L'Europe face aux nouveaux défis du terrorisme – 447
Delacampagne, Die Geschichte des Rassismus – 400
Detjen, Ein Loch in der Mauer – 447
Di Fabio, Die Kultur der Freiheit – 294
Diedrich/Kowalczyk (Hrsg.), Staatsgründung auf Raten? – 402
Dijk, Racism and Discourse in Spain and Latin America – 447
Doernberg (Hrsg.), Hitlers Ende ohne Mythos – 259
Dolan, In War We Trust – 447
Döring/Knobloch/Seubert (Hrsg.), Antisemitismus in der Medienkommunikation – 447
Dowdy/Wynne (Hrsg.), Racism, Research, & Educational Reform – 448
Dudaš, Anti-Terrorismuspolitik – 448
- Eberle/Uhl (Hrsg.), Das Buch Hitler – 403
Eden/O'Donnell (Hrsg.), September 11, 2001 – 448
Edinger/Hallermann, Politische Kultur in Ostdeutschland – 404
Eggers, Schurkenstaat USA – 284
Ehlers, Rußland: Aufbruch oder Umbruch? – 448
Ein Gott der keiner war – 315
Ein Leben für Deutschland. Gedenkschrift für Wolfgang Venohr 1925-2005 – 448
Einig, Modelle antirassistischer Erziehung – 448

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Engelmann/Kowalczuk (Hrsg.), Volkserhebung gegen den SED-Staat – 448
Eriksson/Hagströmer, Chad – Toward Democratisation or Petro-Dictatorship? – 448
Eschle/Maiguashca, Critical Theories – 391
Estes, I am a Man – 448
Etzenmüller, 1968 – Ein Riss in der Geschichte? – 448
Evard, Signes et insignes de la catastrophe – 448
- Falter/Gabriel/Wessels (Hrsg.), Wahlen und Wähler – 448
Falter/Schoen (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung – 448
Farnen/Dekker/Landtsheer/Sünker/German (Hrsg.), Democratization, Europeanization, and Globalization Trends – 448
Feigelson (Hrsg.), Caméra politique – 449
Fenske, Wie Jesus zum „Arier“ wurde – 449
Ferguson/Potter, The Four Faces of Nuclear Terrorism – 449
Feuerstein, Human Rights and the War on Terrorism – 449
Finger, Franz Josef Strauß – 449
Fischer, Die Rückkehr der Geschichte – 284
Flemming, Das NPD-Verbotsverfahren – 347
Foertsch/Lange (Hrsg.), Islamistischer Terrorismus – 449
Föllmer/Graf (Hrsg.), Die „Krise“ der Weimarer Republik – 449
Fong/Alibek (Hrsg.), Bioterrorism and Infectious Agents: A New Dilemma for the 21st Century – 449
Forkmann/Schlieben (Hrsg.), Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005 – 449
Frackowiak, Die Verfassungsdiskussion in Sachsen nach 1918 und 1945 – 449
Franke (Hrsg.), Terrorism and Peacekeeping – 449
Freedom House (Hrsg.), Annual Report 2004 – 449
Friedmann, The World is flat – 350
Frost, Never One Nation – 449
Fuest/Löffler, Diskurse der Extreme – 405
Fuhr, Wo wir uns finden – 449
Furnish, Holiest Wars: Islamic Mahdis, their Jihads, and Osama bin Laden – 450
- Gabel, A God Created Lenin – 450
Gaddis, The Cold War – 406
Galesi, Le origini del Fascismo di Ezra Pound – 450
Galtung, Pax Pacifica – 450
Gardner, American Global Strategy and the “War on Terrorism” – 450
Geisel, Auf der Suche nach einem dritten Weg – 354
Gemein/Redmer, Islamischer Fundamentalismus – 450
Getoß, Präventive Terrorismusbekämpfung in Übergangsgesellschaften – 450
Ginger, Challenging U.S. Human Rights Violations since 9/11 – 450
Giroux, Against the New Authoritarianism – 450
Givens, Voting Radical Right in Western Europe – 408
Glaebner/Lorenz (Hrsg.), Europäisierung der inneren Sicherheit – 450
Glees/Pope, When Students Turn to Terror – 450
Gloe, Planung für die deutsche Einheit – 450
Goldstein, Post-Marxist Theory – 450
González, Ein Tag im Leben eines Gerichtspräsidenten – 450
Gottfried, The Strange Death of Marxism – 451
Gottschlich/Zaptcioglu, Das Kreuz mit den Werten – 428
Grävnholt, Pseudodemokratie in Rußland – 451
Gregor, Mussolini’s Intellectuals – 451
Groß/Schmidt (Hrsg.), Innen- und Außenansicht(en) der Polizei – 409
Guery, Biologischer Terrorismus in Bezug auf die Schweiz – 451
Gyseye, Entscheidungsschlachten der deutschen Geschichte – 451

Literatur

- Haller/Shore (Hrsg.), Corruption. Anthropological Perspectives – 451
 Hamilton/Andrews/Pichler-Milanović (Hrsg.), Transformation of Cities in Central and Eastern Europe – 451
 Haqqani, Pakistan – 451
 Harms (Hrsg.), Das Ende – 259
 Harvey, Freedom's Coming – 451
 Haughton, Constraints and Opportunities of Leadership in Post-Communist Europe – 451
 Hayoz/Lushnycky (Hrsg.), Ukraine at a Crossroads – 451
 Heinisch, Hitlers Geiseln – 451
 Hennicke/Müller, Weltmacht Energie – 451
 Hensel (Hrsg.), The Law of Armed Conflict – 452
 Herzog (Hrsg.), Sexuality and German Fascism – 452
 Hewitt, Political Violence and Terrorism in Modern America – 452
 Hewitt, White Backlash and the Politics of Multiculturalism – 452
 Himmler, Die Brüder Himmler – 392
 Hirsch, Schweres Gepäck – 396
 Hoffman, Warum Hohmann geht und Friedmann bleibt – 410
 Hoffmann/Schwartz (Hrsg.), Sozialstaatlichkeit in der DDR – 452
 Holthusen, Der Nordirlandkonflikt – 284
 Horgan, The Psychology of Terrorism – 452
 Horn, Glanzlichter deutscher Geschichte – 452
 Hughes/Johnson (Hrsg.), Fanaticism and Conflict in the Modern Age – 452
 Hummer (Hrsg.), Sicherheit und Terrorismus – 452
 Hurrelbrink, Der 8. Mai 1945 – 259
- Icke, Alice im Wunderland und das World Trade Center Disaster – 452
 Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Die Kultur als Machtfrage – 411
 Ismael, The Communist Movement in the Arab World – 412
 Ivie, Democracy and America's War on Terror – 452
- Jackson, The Counter-terrorist Handbook – 452
 Jackson, Writing the War on Terrorism – 452
 Jacobi, Der Verleger Axel Springer – 452
 Jacobsohn, Gesammelte Schriften 1900-1926 – 414
 Jarausch/Geyer, Zerbrochener Spiegel – 358
 Jenkins (Hrsg.), France in the Era of Fascism – 452
 Jensen, Franco – 453
 Johnson/Stepaniants/Forest (Hrsg.), Religion and Identity in Modern Russia – 453
 Josephson, Totalitarian Science and Technology – 453
- Kamm, Anti-Totalitarianism – 453
 Kaplan, The Jewish Radical Right – 453
 Kappatsch, Union der Narren – 416
 Kappel/Tobler/Waldmann (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit im Zeitalter der Globalisierung – 453
 Kastner, Die Völker klagen an – 453
 Katz, Global Counterstrike – 453
 Kepplinger/Maurer, Abschied vom rationalen Wähler – 453
 Khosrokhavar, Suicide Bombers – 453
 Kinner/Reuter, Der deutsche Kommunismus – 453
 Klein/Libowitz/Sachs Littell/Steeley (Hrsg.), The Genocidal Mind – 453
 Knabe, Tag der Befreiung? – 259
 Knigge/Mählert (Hrsg.), Der Kommunismus im Museum – 453
 Knop/Neisser/van Creveld (Hrsg.), Countering Modern Terrorism – 453
 Knopp, Der Sturm – 259
 Knopp, Die Befreiung – 259
 Koch, Atomwaffen für Al Qaida – 454

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Koch, Geschichte der Gegenwart – 454
Koczanowicz/Singer (Hrsg.), Democracy and the Post-Totalitarian Experience – 454
Koenen, Der Rußland-Komplex – 362
Kohl, Erinnerungen 1982-1990 – 454
Kohlmann, Der Marsch zu den Gräbern von Karl und Rosa – 454
Kolakowski, Main Currents of Marxism – 454
Konitzer, Voting for Russia's Governors – 454
Kopeček (Hrsg.), Trajectories of the Left – 454
Kopper, Bankiers unterm Hakenkreuz – 454
Korte (Hrsg.), Aspekte der nachrichtendienstlichen Sicherheitsarchitektur – 454
Kössler, Abschied von der Revolution – 366
Krämer (Hrsg.), Autoritäre Systeme im Vergleich – 454
Kraushaar, Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus – 284
Kraushaar, Rudi Dutschke – 284
Kroh, Wendemanöver – 454
Kroll (Hrsg.), Die kupierte Alternative – 454
Kronenberg, Patriotismus in Deutschland – 455
Kühn, Außer Balance: Militärische und politische Strategien zur Terrorismusbekämpfung in Afghanistan – 455
Kühn, Stalins Enkel, Maos Söhne – 370
Kunz, Die Krim unter deutscher Herrschaft 1941-1944 – 415
Kurlansky, 1968 – 455
Kurzka, Im Paragrafenrausch – 416
- Labussière, Nationalisme allemand et christianisme (1890-1940) – 455
Lachauer, Die dunkle Seite Europas – 455
Lackmann, Das Glück der Mendelssohns – 455
Landsman, Dictatorship and Demand – 455
Lang, Die „illegitimen Anderen“ – 455
Lee/Lutz (Hrsg.), Situating „Race“ and Racisms in Space, Time, and Theory – 455
Lehmann-Brauns, Die verschmähte Nation – 417
Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit – 418
Leisner, Das Volk – 455
Lequenne, Le trotskisme – 455
Lia, Globalisation and the Future of Terrorism – 455
Lieven, America Right or Wrong – 455
Lim, Islamic Radicalism and Anti-Americanism in Indonesia: the Role of the Internet – 455
Litvin/Keep, Stalinism – 455
Loewy (Hrsg.), Gerüchte über die Juden – 456
Lorenz, „Auschwitz drängt uns auf einen Fleck“ – 310
Lory, Les Balkans: de la transition post-ottomane à la transition post-communiste – 456
Lynch, How Russia is not Ruled – 456
- Maćków, Totalitarismus und danach – 419
Maegerle, Globalisierung aus Sicht der extremen Rechten – 456
Mahner, Vom rechten Rand in die politische Mitte? – 420
Majumdar/ Saad (Hrsg.), Transition & Development in Algeria – 456
Mak, Der Mord an Theo van Gogh – 284
Mak, In Europa – 422
Malzahn, Deutschland, Deutschland – 456
Mann, The Dark Side of Democracy – 456
Marcus/Tarr (Hrsg.), Werner J. Cahnman – 456
Mazzacane/Somma/Stolleis (Hrsg.), Korporatismus in den südeuropäischen Diktaturen – 456
McGhee, Intolerant Britain? – 456
Meggle (Hrsg.), Ethics of Terrorism & Counter-Terrorism – 456
Mejides/Rodriguez/Rojas u.a., Narben in der Erinnerung – 456

Literatur

- Messerschmidt, Die Wehrmachtsjustiz 1933-1945 – 423
Meyer, Das Ende des Judentums – 456
Meyer, Täter im Verhör – 415
Michel (Hrsg.), Terrorismus – 457
Miller, „So würde ich noch einmal leben.“ – 457
Mills, The Security Intersection – 457
Milton-Edward, Islamic Fundamentalism since 1945 – 457
Min (Hrsg.), Encyclopedia of Racism in the United States – 457
Moallem, Between Warrior Brother and Veiled Sister – 457
Modood, Multicultural Politics – 457
Mohler/Weißmann, Die konservative Revolution 1918-1932 – 457
Mohr, Das Deutschlandgefühl – 457
Molina, Le défi du politique – 457
Moll, Martyrium und Wahrheit – 424
Möllers, Gewaltengliederung – 425
Möllers/Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005 – 426
Morgan/Cohen/Flinn (Hrsg.), Agents of the Revolution – 457
Motzkuhn, Der Kampf um das Öl – 457
Münkler, Imperien – 374
Musallam, From Secularism to Jihad – 457
- Naim/James, Global Matrix – 457
Napoleoni, Insurgent Iraq – 457
Negri, The Politics of Subversion – 319
Neitzel, Abgehört – 397
Neubert/Auerbach, „Es kann anders werden“ – 458
Neuhaus (Hrsg.), Fundamentalismus – 458
Norris, Radical Right – 408
- O'Brien, Mussolini in the First World War – 458
Oberndörfer, Deutschland in der Arbeitsfalle – 458
Oepke, Rechtsextremismus unter ost- und westdeutschen Jugendlichen – 458
Onno, L'extrême droite et la V^e République – 458
Organization for Economic Co-Operation and Development (OECD) (Hrsg.), Terrorism Risk Insurance in OECD Countries, No. 9 – 458
Ortiz, Emancipation Betrayed – 458
Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Der Krieg der Armen? – 458
Overbeck, Die Präsidentschaft von Lucio Gutiérrez – 458
Overy, Die Diktatoren – 427
- Panella, Il „complotto ebraico“ – 458
Parland, The Extreme Nationalist Threat in Russia – 458
Passarini (Hrsg.), Memory & Totalitarianism – 458
Pastouna, Guantanamo Bay – 458
Paye, Das Ende des Rechtsstaats – 458
Pekelder/Boterman (Hrsg.), Politik Geweld in Duitsland – 459
Penslar/Marrus/Gross Stein (Hrsg.), Contemporary Antisemitism – 459
Pereira, Political (In)Justice – 459
Peters (Hrsg.), Education, Globalization, and the State in the Age of Terrorism – 459
Petersen/Mayer, Der Wert der Freiheit – 428
Pevehouse, Democracy from Above – 459
Pies/Leschke, Karl Marx' kommunistischer Individualismus – 429
Piper, Alfred Rosenberg – 377
Plenzdorf/Dammann (Hrsg.), Ein Land, genannt die DDR – 459
Politkovskaja, In Putins Rußland – 459

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Posener, Preventing Surprise Attacks – 459
Postone, Deutschland, die Linke und der Holocaust – 459
Prothero, Religion and Radicalism in July Monarchy France – 459
Purohit, Perspektivenwechsel auf Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Zivilcourage – 459
- Rauschnig, Gespräche mit Hitler – 459
Reemtsma, Folter im Rechtsstaat? – 460
Rehman, Islamic State Practices, International Law and the Threat from Terrorism – 460
Reinares, Terrorismus Global – 460
Rhodes, Radical Feminism, Writing, and Critical Agency – 460
Richter, Die Bildung des Freistaates Sachsen – 430
Röcke, Losverfahren und Demokratie – 432
Roginskij/Rudolph/Drauschke/Kaminsky (Hrsg.), „Erschossen in Moskau...“ – 380
Roth, Die wankende Demokratie – 416
Rudolf, Hilfe beim Sprung ins Nichts – 460
Rusinek (Hrsg.), Kriegsende 1945 – 259
- Saage, Demokratietheorien – 432
Salewski, Deutschland und der Zweite Weltkrieg – 460
Santolalla (Hrsg.), Los „Otros“ – 460
Sarat (Hrsg.), Dissent in Dangerous Times – 460
Schäfer, Vermessen – gezeichnet – verlacht – 460
Schimmelpfennig, Re-Islamisierung und Islamismus – 460
Schirach, Die Schatten meines Vaters – 392
Schlingensiefen, Dietrich Bonhoeffer – 433
Schmaltz, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus – 423
Schmid/Zolleis, Zwischen Anarchie und Strategie – 434
Schmitz, Die dunkle Seite der Politik – 460
Schneider, „Erinnerungsschlacht“ ohne Ende – 259
Scholl-Latour, Koloß auf tönernen Füßen – 460
Scholz, Differenzen der Krise – Krise der Differenzen – 460
Schönherr-Mann, Sartre – 460
Schönhuber, Die Volksverdummer – 461
Schröm, Al Qaida – 461
Schubert, Verbotene Worte? – 461
Schulze, Der Irak-Krieg 2003 im Lichte der Wiederkehr des gerechten Krieges – 436
Schwarz, Republik ohne Kompromiß – 461
Schwegel, Der Polizeibegriff im NS-Staat – 423
Schwieger, Volksgesetzgebung in Deutschland – 461
Sebag Montefiore, Stalin – 427
Sefa Dei/Jahal (Hrsg.), Anti-Racist Research Methodologies – 461
Selby, Poetics of Loss – 461
Shay, The Axis of Evil – 461
Sheehan, Face the Facts: Genocide – 461
Shlapentokh/Woods/Shirayev (Hrsg.), America – 461
Sieberer/Kierstein, Verheizt und vergessen – 461
SPD-Landtagsfraktion Brandenburg (Hrsg.), Die Deutsche Volksunion (DVU) – 461
Speit, Mythos Kameradschaft – 461
Staud, Moderne Nazis – 383
Steglich, Die NPD in Sachsen – 435
Stein, Phantom „Neue Rechte“ – 411
Stenner, The Authoritarian Dynamic – 462
Strohmeier, Vetospieler – Garanten des Gemeinwohls und Ursachen des Reformstaus – 462
Süß, 1945. Befreiung und Zusammenbruch – 259
Sutor, Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden – 436

Literatur

Taler, Der braune Faden – 462
Tertrais, War without End – 462
Tessitore, Carcere e fascistizzazione – 462
Thomas, Die informelle Koalition – 462
Thompson, The Crisis of the German Left – 412
Townshend, Terrorismus – 462
Trenin, Rußland – 462

U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2004 – 462

Verfassungsschutzbericht 2004 – 386
Verheugen, Europa in der Krise – 437
Veszelits, Die Neckermanns – 462
Victor, Beten im Oval Office – 462
Vignali, Terrorismi – 462
Visser, Markierte Sprachliche Zeichen – 462
Vorländer (Hrsg.), Politische Reform in der Demokratie – 462

Wagner (Hrsg.), Europa und Deutschland – Deutschland und Europa – 463
Waldmann (Hrsg.), Determinanten des Terrorismus – 438
Waldmann, Terrorismus – 438
Weber u.a. (Hrsg.), Historische Kommunismusforschung 2005 – 426
Weill, Lettres sur l'antisémitisme – 463
Weinberg, Global Terrorism – 463
Weißmann (Hrsg.), Die Besiegten – 259
Weyr, The Setting of the Pearl – 463
Wieczorek, Unrechtmäßige Kombattanten und humanitäres Völkerrecht – 439
Wieviorka, La tentation antisémite – 463
Willis, All According to God's Plan – 463
Wilson, Race and Racism in Literature – 463
Winckler, Die demokratische Rechte – 411
Wippermann, Rassenwahn und Teufels Glaube – 463
Woolf, Why are people terrorists? – 463

Zehetmair (Hrsg.), Der Islam – 463
Zimmermann (Hrsg.), Jews in Italy under Fascist and Nazi Rule, 1922-1945 – 463
Zimmermann, Deutsch-jüdische Vergangenheit – 410
Zimmermann, Deutschland – was nun? – 441
Zimmermann/Hotam (Hrsg.), Zweimal Heimat – 463
Zuckermann (Hrsg.), Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 2005 – 426
Zureik/Salter (Hrsg.), Global Surveillance and Policing – 463

Mitteilungen und Hinweise

Das Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS)

Die Themen und Arbeitsbereiche des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS) sind Ergebnis seiner Geschichte und nicht einer vorgegebenen inhaltlichen Programmatik. Vorgegeben sind der Arbeit des Instituts drei regulative Maximen: das Ziel der Empirie ist die Theorie; die Theorie erprobt sich in empirischen Forschungen; der Stachel der Aktualität muß spürbar sein.

Ohne theoretische Zielrichtung wird die Forschungsarbeit leicht langweilig und beliebig. Aber ohne empirischen Bezug wird die theoretische Arbeit ebenso leicht farblos. Beides – theoretische Arbeit wie empirische Forschung – braucht schließlich einen ausgeprägten und empfindlichen Sinn für soziale und politische Probleme und die Modi ihrer Aktualität. Nicht jede einzelne Forschungstätigkeit des Hauses hat sich an diesen drei Maximen zu orientieren, aber die Arbeit des Instituts insgesamt sollte so wahrgenommen werden können.

Im Institut arbeiten Vertreter unterschiedlicher akademischer Fächer zusammen. Dennoch steht das Wort „interdisziplinär“ nicht im Vordergrund. Im Falle des Hamburger Instituts für Sozialforschung – der Begriff „Sozialforschung“ signalisiert, daß keine Festlegung auf eine Fachrichtung stattfindet – läßt sich von Multidisziplinarität sprechen: Mehrere Fachrichtungen arbeiten unter einem Dach, und damit ist neben der jeweils eigenen Disziplin das fachübergreifende Gespräch die Arbeitsgrundlage. Welche Fächer sich auf diese Weise zusammenfinden, ist nicht von vornherein ausgemacht, sondern Ergebnis der Forschungsplanung. Die Geschichte des Instituts hat gezeigt, daß zwei Fachrichtungen im Vordergrund stehen: Soziologie und Historiographie. Damit wird signalisiert, daß genetische wie systematische Fragestellungen die Forschungstätigkeit des Hauses bestimmen. Andere Disziplinen ordnen sich dieser Doppelperspektive zu. Ein Institut für Sozialforschung soll ein interessanter Ort sein. Dafür muß es zweierlei gewährleisten. Einmal hat es in einigen Themenfeldern verlässliche Kompetenz zu bieten. Das heißt, es widmet sich bestimmten Fragestellungen langfristig und mit einer gewissen Beharrlichkeit. Andererseits ist ein Institut nur dann interessant, wenn es auch immer wieder überraschen kann. Es soll in der Lage sein, sich neuen Themen zu widmen und sich die Lust am Experiment bewahren. Die langfristige Arbeit des Instituts muß also von Kontinuität und Diskontinuität geprägt sein. Es ist Aufgabe der Forschungsplanung und der Personalpolitik, hier eine gute Balance zu finden.

Gern wird die Frage gestellt, für wen ein Institut seine Forschungen betreibe: Gibt es so etwas wie eine Zielgruppe? Einer solchen Frage liegt oft eine falsche Vorstellung von wissenschaftlicher Kommunikation zugrunde. Weder die Kommunikation innerhalb einer Fach-Öffentlichkeit noch die mit einer Nicht-Fach-Öffentlichkeit sollte man nach einem Sender-Empfänger-Modell zu verstehen (gar zu gestalten) suchen. Erfolg-

reiche wissenschaftliche Arbeit bedeutet, das Reden über ein bestimmtes Thema auf Grund neuen Wissens und/oder neuer Betrachtungsart nachhaltig zu verändern. Solche Veränderung zielt (jedenfalls in den Sozialwissenschaften) immer über die Fach-Öffentlichkeit hinaus, kann aber niemals nachhaltig sein, wenn nicht die Akzeptanz innerhalb der Fach-Öffentlichkeit gewährleistet ist. Ob ein Institut einen über die Fach-Öffentlichkeit hinausreichenden Resonanzverstärker in Form einer Öffentlichkeitsarbeit braucht, hängt nicht an der Frage des so oder so beschaffenen Adressaten, sondern daran, ob in seiner Themenwahl das Moment der Aktualität eine Rolle spielt oder nicht. Ist das der Fall, braucht es für die Sichtbarmachung dieses Moments Instrumente zur Installierung kurzer Kommunikationswege – d.h. man wartet nicht auf den naturwüchsigen Weg des Durchsickerns des Neuen, sondern stellt es vor:

Es lohnt sich zuweilen über die für ein wissenschaftliches Institut üblichen kommunikativen Wege – Bücher, Aufsätze, Vorträge, Tagungen, Diskussionen – hinaus auch auf anderes zurückzugreifen. Das Hamburger Institut für Sozialforschung hat sich des Mediums Ausstellung bedient – darunter zwei Ausstellungen über Verbrechen der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, mit denen es wegen der jahrelangen, weitreichenden und kontroversen öffentlichen Resonanz zuweilen identifiziert und auf die seine Tätigkeit reduziert wird. Derlei wird immer die Ausnahme bleiben. Forschungen können, Forschungsvermittlung kann politische Effekte haben. Wie sehr versteht sich das Institut selber als politisch? Das Institut ist ein politisches Institut gewesen und wird dies weiter sein, wenn man darunter ein Institut versteht, in dem auch politische Fragen eine wichtige Rolle spielen – als Gegenstand wissenschaftlicher Bearbeitung. Das Institut hat immer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehabt, die sich politisch und politisch-publizistisch zu Worte gemeldet haben. Sie haben das auf eigene Verantwortung aber durchaus als Mitglieder des Instituts getan. Das Institut „als solches“ hat nie politische Stellungnahmen abgegeben und wird das auch künftig nicht tun. Denn das Institut wird nicht durch politische Konsensbildungen zusammengehalten, sondern durch wechselseitige Unterstellung von akademischer Kompetenz. Aus den Arbeiten des Instituts können politische Empfehlungen folgen. Diese sind dann dem Forschungsprojekt und seinen Mitarbeitern zuzuordnen.

Das Zentrum des Instituts bildet seine Forschungsarbeit. Sie wird durch die Arbeit zahlreicher Bereiche im Haus wie z.B. des Archivs, der Bibliothek oder der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Auch wenn die Zuarbeit für die Institutsforschung vorrangig ist, gibt es ein großes Service-Angebot nach außen. Das Institut soll *insgesamt* auch als eine Service-Einrichtung verstanden werden. Es ist ein Ort, von dem aus nicht nur etwas an die Öffentlichkeit – akademische und die außerakademische – gebracht wird, sondern an dem es auch verlässlich etwas zu holen gibt. Vortragsreihen, Tagungen, eine Zeitschrift (Mittelweg 36), das Programm eines Verlags (Hamburger Edition) schließlich eine Bibliothek und ein Archiv, die der Öffentlichkeit zugänglich sind.

Aktuelle Informationen über alle Forschungsprojekte, Veranstaltungen und Veröffentlichungen unter www.his-online.de oder Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg, Tel. 040-414097-0, Fax. 040-414097-11.

Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (JHK)

Das Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (JHK) wurde 1993 von Hermann Weber an der Universität Mannheim gegründet. 2004 hat die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die Trägerschaft des JHK übernommen. Das Jahrbuch, das im Aufbau-Verlag erscheint, widmet sich der Erforschung des Kommunismus als europäisches und globales Phänomen und informiert in Aufsätzen, Forschungsberichten, Dokumentationen und Rezensionen über neue Ergebnisse der internationalen Kommunismusforschung. Als Herausgeber sind im Auftrag der Stiftung Aufarbeitung Hermann Weber, Ulrich Mähler, Bernhard H. Bayerlein, Horst Dähn, Bernd Faulenbach, Jan Foitzik, Ehrhart Neubert und Manfred Wilke tätig.

Unter dem Schwerpunkt „Fünfzig Jahre XX. Parteitag, Polnische Krise und Ungarische Revolution“ widmet sich das JHK 2006 dem Jahr 1956 und seiner Bedeutung für die internationale kommunistische Bewegung. In seinem Einführungsbeitrag stellt der Berliner Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk die widersprüchlichen internationalen Prozesse des Jahres 1956 in den Mittelpunkt. Zwei Zeitzeugen, Ralph Giordano und Wolfgang Leonhard, erinnern sich in einem Interview an die Erwartungen und Enttäuschungen damaliger kritischer Kommunisten. Erstmals hat das Jahrbuch für diese Ausgabe Protokolle der Sitzungen des KPdSU-Präsidiums von Anfang Februar 1956 ins Deutsche übersetzen lassen. Auf diesen Sitzungen wurde die Geheimrede über den „Personenkult“ vorbesprochen. Der 50. Jahrestag der ungarischen Revolution ist dem Direktor des 1956er Instituts in Budapest, János M. Rainer, Anlaß für einen Rückblick auf die sowjetisch dominierte Epoche Ungarns. Árpád von Klimó untersucht, welche Rolle die Rezeption der Niederschlagung des Volksaufstandes 1956 für die Durchsetzung von Demokratie und Meinungsfreiheit in Ungarn 1989 spielte. Den Schwerpunkt zu 1956 runden zwei Beiträge aus Polen von Małgorzata Ruchniewicz und Łukasz Kamiński ab, die sich mit der Rückkehr von 5.700 Polen aus sowjetischer Haft nach Polen 1955 und den Auswirkungen des XX. Parteitags, des Posener Aufstands und der polnischen Herbstkrise in Niederschlesien befassen. Für den zweiten Schwerpunkt des JHK 2006 konnten die Herausgeber namhafte Forscher aus dem In- und Ausland gewinnen, in einem Essay anläßlich des 70. Jahrestages des Beginns der Moskauer Schauprozesse 1936 den Stalinschen Terror gegen Partei und Gesellschaft zu analysieren. Der Reiz der Beiträge von Nikolas Werth aus Frankreich, Robert V. Daniels und Fridrikh Firsov aus den USA sowie Leonid Luks aus Deutschland liegt für den Leser im Vergleich der unterschiedlichen Begriffe, Schwerpunkte und Positionen der Autoren zum selben Thema. Die Rubriken „Abhandlungen“, „Dokumentation“ und „Biographische Skizzen“ bieten wie jedes Jahr Raum für neue Forschungsergebnisse der historischen Kommunismusforschung. Hermann Weber beschreibt die Biographie von Harry Schmitt alias „Ralf Forster“, Leiter der militärischen Sabotageorganisation der DKP in der Bundesrepublik (1970 bis 1989). Helmut Müller-Enbergs zeichnet den Fall des Leiters der Nachrichtendienstschule der DDR Bruno Haid nach. Das Jahrbuch enthält zudem die Rubrik „Sammelrezensionen“ und den *International Newsletter of Communist*

Mitteilungen und Hinweise

Studies XII (2006), no 19, der von Bernhard H. Bayerlein herausgegeben und redaktionell betreut wird.

Kontakt zur Redaktion: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Heiko Hänsel, Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Otto-Braun-Straße 70-72, 10178 Berlin, Tel: (0 30) 23 24 72 09, E-Mail: h.haensel@stiftung-aufarbeitung.de, Homepage: <http://www.stiftung-aufarbeitung.de/publikationen/jahrbuch.php> – Die JHK-Jahrgänge 2000/01, 2002 und 2003 können zu einem herabgesetzten Preis von 49,00 € je Exemplar über den Buchhandel bezogen werden.

Personenverzeichnis

- Aalders, G. J. D. 14
 Abdel-Samad, Hamed 200, 439
 Abele, Robert P. 443
 Ackermann, Anton 443
 Ackermann, Josef 24
 Adenauer, Konrad 271, 298, 304
 Adeney, Katharine 443
 Adler, Max K. 18, 330
 Adorno, Theodor W. 147, 152
 Afoaku, Osita G. 443
 Agazzi, Elena 393, 394
 Akbarzadeh, Shahram 443
 Alavi, Nasrin 443
 Albrecht, Ulrich 270
 Alemán, Eduardo 42
 Alemann, Ulrich von 435
 Al-Gaddafi, Muammar 32, 288
 Alibek, Kenneth 449
 Allawi, Iyad 203
 Allen, Martin 249
 Allende, Salvador 51
 Alstedt, Thomas 247
 Altenhof, Ralf 354
 Alter, Peter 334
 Altvater, Elmar 270
 Aly, Götz 324-326
 Al-Zarquawi, Abu Musab 202, 457
 Ammon, Herbert 397
 Amos, Heike 402
 Anděl, Michal 443
 Andreas-Friedrich, Ruth 269
 Andrews, Kaliopa Dimitrovska 451
 Angricks, Andrej 415
 Antoni, Carlo 82
 Apfel, Holger 207, 209, 215, 217, 383
 Aquin, Thomas von 401, 432, 437
 Arafat, Yassir 391
 Arcaya, Ocsar Godoy 50
 Arendes, Cord 443
 Arendt, Hannah 82, 268 f., 411
 Aristoteles 7, 13-15, 17 f., 23 f., 401
 Arlt, Kurt 402
 Arnim, Hans Herbert von 79
 Auerbach, Thomas 458
 Augustinus 432
 Aust, Stefan 201
 Axmann, Arthur 242
 Ayubi, Nazih 190
 Azzam, Abd Allah 198
 Az-Zarqawi, Abu Musab 141
 Baader, Andreas 292, 390
 Baader, Roland 391
 Bach, Roland 127
 Bachmann, Walter 208
 Backes, Uwe 7, 13, 15, 24, 27, 31 f., 113, 122,
 126-128, 137, 191, 197, 208, 210, 213 f., 231, 236,
 291 f., 386, 399, 439, 443
 Bagehot, Walter 34
 Bahnners, Patrick 304
 Baier, Klaus 137
 Balkin, Karen F. 391
 Ballestrem, Karl Graf 19
 Barany, Zoltan 443
 Barkašov, Alexandr Petrovitsch 230 f., 236
 Bar-On, Dan 392, 393
 Baron, Udo 386, 464
 Barrès, Maurice 334 f.
 Bärtsch, Claus-Ekkehard 24
 Barth, Karl 433
 Barth, Reinhard 444
 Bartsch, Dietmar 181 f.
 Batliner, Herbert 14
 Bau, Roland 147
 Bauer, Frank 239, 241
 Bauer, Hartmut 327
 Bauer, Yehuda 286
 Bauerkämper, Arnd 444
 Baumann, Michael 292
 Bavaj, Riccardo 330-332, 444
 Bayerlein, Bernhard H. 474 f.
 Beater, Axel 399 f.
 Becher, Johannes R. 331, 364
 Becker, Jurek 311
 Beckstein, Günther 200, 217
 Bednarz, Dieter 196
 Beekman, Scott 444
 Beer, Samuel H. 90
 Begley, Louis 313
 Behaim, Lukas Friedrich 15 f.
 Belloc, Hilaire 89
 Bendel, Petra 31
 Beneš, Edvard 396
 Benoist, Alain de 32, 412
 Bensedrine, Sihem 284, 287
 Benz, Wolfgang 259, 274-276, 282, 427
 Berbig, Roland 444
 Berendse, Gerrit-Jan 444
 Bergen, Peter 198
 Bergengruen, Werner 393 f.
 Berggötz, Sven Olaf 91
 Berkowitz, Peter 444

Personenverzeichnis

- Besier, Gerhard 32, 127
 Bethge, Eberhard 433
 Bethge, Herbert 400
 Biaggini, Giovanni 327
 Biedenkopf, Kurt 431
 Biehl, Heiko 444
 Biermann, Werner 444
 Biernat, Stanislaw 327
 Bin Laden, Usama 141, 198, 352
 Birdnow, Brian E. 444
 Birg, Herwig 149
 Birjukow, Fjodor 229
 Bischoff, Joachim 174, 177, 180, 185-187
 Bisky, Lothar 129, 132, 174, 180 f.
 Bismarck, Otto von 240
 Bittner, Jochen 290
 Bitzer, Dirk 278
 Bjørge, Tore 444
 Black, Jeremy 444
 Blasius, Dirk 394 f.
 Bleek, Wilhelm 444
 Bleicken, Jochen 22
 Bloch, Ernst 346, 364
 Blumenwitz, Dieter 207, 445
 Blythe, James M. 14
 Bobb, Arturo Rodriguez 445
 Bobbio, Norberto 25 f., 71, 337
 Bodansky, Yossef 198
 Bogdandy, Armin von 328
 Bojko, Michael 229 f.
 Böll, Heinrich 268
 Bonhoeffer, Dietrich 433 f.
 Bonk, Julia 183
 Bonwetsch, Bernd 362, 427
 Borkenau, Franz 318
 Bösch, Frank 435
 Boterman, Frits 459
 Bozóki, András 223, 236
 Bracher, Karl Dietrich 41
 Brähler, Elmar 464
 Brandes, Detlef 443
 Brandt, Hartwig 445
 Brandt, Willy 174, 187, 280
 Brandstetter, Marc 127, 211
 Brasch, Walter M. 445
 Brauer, Susanne 406
 Braun, Eva 403
 Bräuninger, Werner 247
 Brech, Franziska 137
 Brecht, Bertolt 272
 Bredow, Wilfried von 374
 Breitenbach, Elke 187
 Breuer, Stefan 334-337
 Brie, André 179, 187 f., 413
 Brie, Michael 176 f., 179
 Brink, Henning van den 409 f.
 Brisard, Jean-Charles 202
 Broder, Henryk M. 445
 Brombacher, Ellen 132
 Bronner, Stephen Eric 445
 Broszat, Martin 379
 Bruce, Tammy 445
 Brück, Brigitte 445
 Bruhn, Annekatrin 292
 Brumberg, Daniel 445
 Brumlik, Micha 304, 396
 Brunetti, Aymo 69
 Brüning, Heinrich 394 f.
 Brunner, Otto 17
 Brzezinski, Zbigniew 82 f.
 Bubis, Ignaz 311
 Buchanan, James 84
 Buchholz, Christine 133
 Büchner, Georg 406
 Buchstab, Günter 445
 Buckard, Christian 315
 Bücking, Hans-Jörg 426
 Bunker, Robert J. 445
 Buras, Piotr 446
 Burckhardt, Jacob 88
 Burgdorf, Stephan 397
 Burke, Jason 198
 Burns, Vincent 446
 Burrin, Philippe 446
 Bush, George, Jr. 249, 295, 353
 Bush, George, Sen. 407
 Butler, David 57
 Byman, Daniel 446
 Cakir, Murat 186
 Caldwell, Bruce 97
 Calliess, Christian 328
 Camerarius, Joachim 15
 Camerarius, Ludwig 15 f.
 Camphausen, Helmut 242
 Canterbury, Dennis C. 391
 Canu, Isabelle 18
 Capoccia, Giovanni 338-341
 Caramani, Daniele 446
 Carey, John 37
 Caron, Yves 245
 Carothers, Thomas 31
 Carstensen, Peter Harry 114
 Carter, Elisabeth 398 f.
 Chang, Jung 342, 345
 Chehabi, H.E. 31
 Chiang Kai-shek 343-345
 Chomsky, Noam 32
 Christen, Ursula 446
 Churchill, Winston 243

Personenverzeichnis

- Cirincione, Joseph 446
 Clarke, Richard A. 446
 Claus, Michael 159, 170
 Claussen, Detlev 446
 Coelln, Christian von 399 f.
 Cohen, Gidon 457
 Collor, Fernando 43
 Colomer, Joseph 56
 Comte, Auguste 89, 99
 Condorcet, Caritat 98
 Connelly, John 446
 Conradi, Peter 220
 Conradt, Lena 292
 Constant, Benjamin 16
 Conte, Alex 446
 Conze, Werner 17
 Coogan, Tim Pat 290
 Cook, David 446
 Cordova, Ferdinando 446
 Courtois, Alphonse 89
 Courtois, Stéphane 233
 Cragin, Kim 446
 Creveld, Martin van 453
 Croce, Benedetto 82
 Croissant, Aurel 31
 Cronin, Th. 69
 Crossman, Richard 315
 Crotty, William 447
 Czesche, Dominik 200

 D'Agostino, Peter R. 447
 D'Eichtal, Eugène 89
 Dachs, Gisela 447
 Dahl, Robert A. 21, 61
 Dahlby, Tracy 447
 Dähn, Horst 474
 Dahrendorf, Ralf 367
 Daly, Siobhán 36
 Dammann, Rüdiger 459
 Daniels, Robert V. 474
 Daschitschew, Wjatscheslaw 245
 Davenport, Christian 447
 Davies, Thomas M. 52
 Day, Richard J.F. 447
 De Gaulle, Charles 77
 Déat, Marcel 335
 Decker, Frank 71, 78 f., 427, 442
 Decker, Oliver 464
 Deckert, Günther 208, 211, 213, 217, 219, 246, 254
 Deeg, Jürgen 435
 Deheza, Grace Ivana 46
 Dehousse, Franklin 447
 Dekker, Henk 448
 Delacampagne, Christian 400
 Deleuze, Gilles 321

 Dempsey Peterson, Kate 446
 Descartes, René 98, 320
 Detjen, Joachim 19
 Detjen, Marion 447
 Deterbeck, Klaus 435
 Di Fabio, Udo 9, 294-309
 Diamond, Larry 45, 51
 Dibelius, Otto 433
 Diedrich, Torsten 402
 Diermeier, Daniel 53
 Dietrich, Eckart 24
 Dietzel, Horst 175, 177
 Dijk, Teun A. 447
 Dimitroff, Georgi 323
 Dittrich, Sebastian 370
 Doering, Detmar 391
 Doernberg, Stefan 259, 273 f.,
 Dohna-Schlobitten, Heinrich Graf zu 261
 Dolan, Chris J. 447
 Donovan, Todd 69
 Döring, Herbert 55
 Döring, Jörg 447
 Döring, Osman 142
 Doriot, Jacques 335
 Dowdy, Joanne Kilgour 447
 Dowler, Shaun 69
 Drauschke, Frank 380
 Drucker, Peter F. 92
 Duchachek, Ivo 37
 Dudaš, Boris 448
 Dudek, Peter 429
 Dugin, Alexandr 220, 222, 232-234, 236
 Dupeux, Louis 232
 Düring, Ingemar 14
 Dutschke, Rudi 291, 297
 Duverger, Maurice 35 f.
 Dzierżyński, Felix 364

 Eatwell, Roger 334
 Eberle, Henrik 403 f.
 Ebert, Frank 357
 Ebert, Friedrich 298
 Ebner, Eva 268 f.
 Eckert, Rainer 424
 Eckhoff, Heinrich 187
 Eden, Paul 448
 Edinger, Michael 404 f.
 Eggers, Sven 122, 284
 Ehlers, Kai 448
 Ehrhardt, Ludwig 105
 Ehrl-König, André 312 f.
 Eichberg, Henning 146, 149
 Eichwede, Wolfgang 220, 235
 Eigenfeld, Ulrich 207, 219
 Einaudi, Luigi 82

Personenverzeichnis

- Einig, Mark 448
 Eith, Ulrich 226
 Eldarov, Georg 253
 Elgie, Robert 36, 47
 Engel, Stefan 134
 Engelmann, Roger 402, 448
 Engels, Friedrich 99, 133, 146, 148, 298, 308
 Erb, Rainer 395
 Erbakan, Necmettin 142
 Erdogan, Recep Tyyip 142
 Eriksson, Hans 448
 Erler, Fritz 419
 Ernst, Karl 132
 Ernst, Klaus 174, 177, 180, 183, 185
 Ernstberger, Anton 16
 Eschle, Catherine 391 f.
 Estes, Steve 448
 Etzenmüller, Thomas 448
 Eucken, Walter 391
 Eule, Julian N. 74
 Evard, Jean-Luc 448
- Fallend, Frank 435
 Falter, Jürgen W. 126, 172, 405, 448, 465
 Farnen, Russel 448
 Farschid, Olaf 191
 Faulenbach, Bernd 474
 Faust, Sigmar 448
 Fechner, Birgit 159
 Feddersen, Timothy 53
 Feigelson, Kristian 449
 Feist, Ursula 116
 Felfe, Edeltraut 177
 Fenske, Hans 417
 Fenske, Wolfgang 449
 Ferguson, Charles D. 449
 Fernández, Mario 46
 Fest, Joachim 377
 Festenstein, Matthew 32
 Fetscher, Iring 402
 Feuchtwanger, Lion 414
 Feuerstein, Andreas 449
 Fichter, Albert 292
 Finer, Samuel E. 21, 462
 Finger, Stefan 449
 Fings, Karola 277, 279
 Fini, Gianfranco 421
 Finkelstein, Norman G. 269
 Firsching, Frank 177
 Firsov, Fridrikh 474
 Fischer, Joschka 284, 286 f.
 Fischer, Karsten 9, 294
 Fischer, Louis 315, 317
 Flach, Karl-Hermann 280
 Flashar, Hellmut 14
- Flemming, Lars 210-212, 219, 347-349, 436
 Flikke, Geir 236
 Flinn, Andrew 457
 Florack, Martin 435
 Foertsch, Volker 449
 Foitzik, Jan 427, 474
 Foley, Michael 55
 Föllmer, Daniela 449
 Fong, I.W. 449
 Fontane, Theodor 241
 Ford, Henry 351
 Forest, Benjamin 453
 Forkmann, Daniela 449
 Forst, Brian 443
 Forstner, Christian 229
 Foucault, Michel 321
 Frackowiak, Johannes 449
 Fraenkel, Ernst 41, 44, 60, 71
 Franke, Volker C. 449
 Frei, Norbert 366
 Frese, Matthias 367
 Frey, Bruno 69
 Frey, Gerhard 8, 115, 122 f., 154 f., 158, 160 f.,
 163 f., 168-170, 208, 213, 255, 288
 Fricke, Karl Wilhelm 272, 380
 Fried, Ferdinand 102
 Friedman, Michel 410
 Friedman, Thomas L. 350-353
 Friedrich II. 253
 Friedrich, Carl J. 24, 82 f.
 Friedrich, Jörg 249, 269, 278
 Frings, Joseph 277
 Fritze, Lothar 29, 441, 464
 Fritzen, Florentine 444
 Frost, Linda 449
 Fuest, Leonhard 19, 405 f.
 Fuhr, Eckhard 449
 Fukuyama, Francis 286, 300
 Funke, Manfred 383
 Furet, François 384
 Furnish, Timothy R. 450
- Gabel, Paul 450
 Gablentz, Otto Heinrich von der 92 f.
 Gabowitsch, Mischa 236
 Gabriel, Oskar W. 126, 448
 Gaddis, John Lewis 406 f.
 Galbraith, John Kenneth 105
 Gallagher, Michael 57
 Gallesi, Lucas 450
 Gallus, Alexander 414
 Galtung, Johan 450
 Gansel, Jürgen 8, 137, 145-147, 153, 239, 244, 246,
 254 f.
 Gardner, Hall 450

Personenverzeichnis

- Garnaoui, Ihsan 202
 Gassert, Philipp 445
 Gasset, José Ortega y 91, 102
 Gauchet, Marcel 15
 Gehrke, Wolfgang 176
 Geisel, Christopher 354-357
 Gellner, Ernest 334
 Gemein, Gisbert 450
 Gerhard, Peter 285
 Gerig, Otto 424
 Gerlach, Christian 415
 German, Daniel B. 448
 Gerth, Michael 171
 Gerwehr, Scott 446
 Getoš, Anna-Maria 450
 Geyer, Michael 358 f., 361
 Gide, Andre 315 f.
 Ginger, Ann Fagan 450
 Giordano, Ralph 474
 Giroux, Henry 450
 Givens, Terri S. 408
 Glæßner, Gert-Joachim 450
 Glaser, Ulrich 69
 Glass, Martina 222
 Glaubitz, Joachim 342
 Glees, Anthony 450
 Gleiss, Thies 185
 Gloe, Markus 450
 Glotz, Peter 219, 396
 Goebbels, Joseph 24, 30, 272, 363, 377-379
 Gogh, Theo van 290
 Gohde, Claudia 187
 Goldhagen, Daniel J. 269
 Goldschmidt, Alfons 364
 Goldstein, Philip 450
 Gombrich, Ernst H. 313
 González, Antonio Serrano 450
 Gorbatschow, Michail 407
 Göring, Hermann 377
 Gornig, Gilbert H. 445
 Gottfried, Paul Edward 451
 Gottschlich, Jürgen 428, 429
 Graf, Arnold 165
 Graf, Rüdiger 449
 Grail, Lothar 249
 Grams, Wolfgang 292
 Gramsci, Antonio 323
 Grandi, Aldo 320
 Grass, Günther 278
 Graßhof, Karin 120
 Grävingholt, Jörn 451
 Greenleaf, W.H. 90
 Gregor, A. James 236, 451
 Greven, Thomas 216
 Griffin, Roger 334
 Grimm, Jacob 15
 Grimm, Wilhelm 15
 Groener, Wilhelm 395
 Grohe, Josef 278
 Groß, Hermann 409
 Groß, Johannes 146, 152
 Großbölting, Thomas 420
 Grosz, George 331
 Grote, Rainer 76
 Grothe, Ewald 445
 Grumke, Thomas 216, 238
 Grunden, Timo 435
 Grüttner, Michael 446
 Guery, Michael 451
 Guesde, Jules 89
 Guevara, Ernesto "Che" 390
 Günsche, Otto 403
 Günther, Claudia 338
 Gutenberg, Johannes 351
 Gutzeit, Martin 280
 Gyseke, Gernot 451
 Gysi, Gregor 120, 122, 130, 179 f.
 Haas, Reimund 425
 Habermas, Jürgen 152, 286, 295, 306
 Habermeier, Stefan 399 f.
 Hackelsberger, Luise 393
 Hagströmer, Björn 448
 Haid, Bruno 474
 Haller, Carl Ludwig von 31
 Haller, Dietrich 451
 Hallermann, Andreas 404 f.
 Halliday, John 342, 345
 Hamilton, Alexander 46
 Hamilton, F.E. Ian 451
 Hamm-Brücher, Hildegard 268
 Hamon, Francis 57
 Händel, Thomas 132, 180
 Hanloser, Gerhard 427
 Hänsel, Heiko 475
 Hanseemann, David 298
 Haqqani, Husain 451
 Hardt, Michael 31, 319-323
 Harms, Karl 259, 272 f.
 Harnack, Adolf von 433
 Hartleb, Florian 120
 Hartung, Klaus 130
 Harvey, Paul 451
 Hashim, Syed Mohsin 220, 236
 Haughton, Tim 451
 Hayek, Friedrich August von 9, 93, 97-101, 103, 106, 391
 Hayoz, Nicolas 451
 Hazan, Reuven Y. 36
 Heartfield, John 331

Personenverzeichnis

- Heberle, Rudolf 114
 Hecker, Friedrich 298
 Heckmann, Friedrich 200
 Hegel, Georg Friedrich Wilhelm 99, 320
 Hegselmann, Rainer 90
 Heim, Susanne 326
 Heine, Heinrich 298, 311
 Heinisch, Heiko 451
 Heinz, Wolfgang S. 52
 Heinzig, Dieter 344
 Heise, Thorsten 213
 Heitmeyer, Wilhelm 337
 Helphand, Alexander (Parvus) 364 f.
 Hempel, Johannes 280
 Hengst, Björn 129
 Hennecke, Hans Jörg 9, 81, 97, 101
 Hennicke, Peter 451
 Hennig, Eike 393
 Hensel, Howard M. 452
 Hermes, Georg 329
 Herrnstadt, Rudolf 273
 Hertel, Gerhard 208
 Hertig, Hans Peter 69, 70
 Herzog, Dagmar 452
 Hesselbarth, Liane 156, 159, 164, 168
 Heuschling, Luc 327
 Heuss, Theodor 66, 279
 Hewitt, Christopher 452
 Hewitt, Roger 452
 Heydrich, Reinhard 392
 Hildebrand, Klaus 330
 Hildebrandt, Regine 165 f.
 Hilger, Andreas 380, 382
 Hiller, Kurt 331, 414
 Hillgruber, Andreas 263 f., 363
 Hilmer, Richard 120
 Himmmler, Ernst 392
 Himmmler, Gebhard 392
 Himmmler, Heinrich 24, 377, 379, 392 f.
 Himmmler, Katrin 392 f.
 Hindenburg, Paul von 298, 395
 Hirsch, Burkhard 9, 296
 Hirsch, Helga 396
 Hirscher, Gerhard 406
 Hirschler, Gerhard 220, 235
 Hirschmann, Albert O. 405
 Hirschmann, Kai 199, 204, 285 f.
 Hitler, Adolf 24, 27, 96 f., 212, 214, 240, 246-248, 259, 261, 263 f., 272-274, 276, 298, 324 f., 331, 335, 340, 342, 352, 377-379, 383, 384, 395, 403 f., 406, 427, 433 f.
 Hobsbawm, Eric 286, 334, 358, 384
 Ho Chi Minh 297
 Hoetzsche, Otto 362
 Hoff, Benjamin 187
 Hoffmann, Arne 410
 Hoffmann, Bruce 204, 286
 Hoffmann, Dieter 452
 Hoffmann, Hans-Jürgen 116
 Hoffmann, Jana 175
 Hoffmann, Jürgen 154
 Hoffmann, Uwe 219
 Hofstede, Geert H. 84
 Hogevelde, Birgit 291
 Hohmann, Martin 410 f.
 Höhne, Roland 421
 Holitscher, Arthur 364
 Holloway, John 31
 Holthusen, Christoph 284, 289 f.
 Holtmann, Udo 208
 Holz, Klaus 464
 Honecker, Erich 123
 Horgan, John 452
 Horkheimer, Max 147
 Horn, Astrid 452
 Horn, Hannelore 428
 Hotam, Yotam 463
 Huang, The-fu 45
 Huber, John D. 53
 Huber, Peter M. 327, 329
 Hughes, Matthew 452
 Huhn, Klaus 272
 Hummer, Waldemar 452
 Hunold, Albert 82, 103, 109
 Huntington, Samuel P. 31, 55, 300
 Hupka, Steffen 208
 Hurrelbrink, Peter 259, 277-281
 Icke, David 452
 Ignazi, Piero 399
 Ingold, Phillip 234
 Irrgang, Birgitta 424
 Ishiyama, John T. 223, 236
 Ismael, Tareq X. 412
 Ismayr, Wolfgang 77
 Ivie, Robert L. 452
 Jackson, Richard 452
 Jacobi, Claus 452
 Jacobsen, Hans-Adolf 398
 Jacobsohn, Siegfried 414
 Jacquard, Roland 198
 Jakob, Hans-Joachim 406
 James, Paul 457
 Jarausch, Konrad H. 358 f., 361, 444
 Jaschke, Hans-Gerd 410
 Jaspers, Karl 91, 268
 Jay, John 46
 Jelzin, Boris 222, 225, 234
 Jenkins, Brian 452

Personenverzeichnis

- Jensen, Geoffrey 453
 Jesse, Eckhard 8, 13, 27, 31 f., 82, 113, 120, 123, 126,
 136-138, 145, 147, 172, 191, 197, 207 f., 210, 213-
 215, 231, 244, 291 f., 386, 405, 412, 427, 443, 465
 Jihal, Gurpreet, Singh 461
 Johannes Paul II. 407
 Johnson, Gaynor 452
 Johnson, Julit 453
 Johnston, Hank 447
 Jones, Mark P. 41
 Josephson, Paul R. 453
 Jürgensmeyer, Mark 286
 Jun, Uwe 120, 126 f., 215
 Jung, Franz 331
 Jung, Ottmar 65 f., 76
 Jung, Sabine 58, 67 f., 75, 78
 Jünger, Ernst 91, 101
- Kagarlitsky, Boris 225
 Kägi, Werner 23
 Kailitz, Steffen 7, 34 f., 46
 Kalchreuter, Hermann 13
 Kallhof, Angela 406
 Kaltefleiter, Werner 40
 Kamiński, Łukasz 474
 Kaminsky, Anne 380
 Kamm, Oliver 453
 Kamphausen, K. 424
 Kant, Immanuel 437
 Kaplan, Eran 453
 Kappatsch, Axel 416
 Kappel, Heiner 138
 Kappel, Rolf 453
 Kästner, Erich 268 f.,
 Kastner, Klaus 453
 Katz, Samuel M. 453
 Kaufmann, Günther 242, 246
 Keck, Alfred 249
 Keep, John 455
 Keller, Jan 197
 Kellerhof, Sven Felix 250
 Kemal, Mustafa 396
 Keman, Hans 42
 Kempner, Robert 378
 Kennedy, John F. 406
 Kenny, Michael 32
 Kepel, Gilles 32, 190
 Kepplinger, Hans Mathias 453
 Kershaw, Ian 379
 Kessler, Harry Graf 363
 Keynes, John Maynard 105
 Kharitonov, Nikolai 223
 Khosrokhavar, Farhad 453
 Kielmansegg, Peter Graf 7, 9, 23, 32, 57, 72, 300,
 359
- Kierstein, Herbert 461
 Kiesel, Helmuth 5, 9, 310
 Kießling, Günther 448
 Kim, Uichol 84
 Kinner, Klaus 453
 Kipping, Katja 183
 Kirsch, Jan-Holger 279
 Kischel, Erwin 177
 Kitschelt, Herbert 399
 Klages, Andreas 78
 Klein, Anna 229
 Klein, Dennis B. 453
 Klein, Dieter 176
 Klein, Hans H. 120
 Klemperer, Victor 311
 Kleßmann, Christoph 277, 281
 Klimó, Árpád von 474
 Klönne, Arno 444
 Klöti, Ulrich 69
 Klüger, Ruth 311, 313
 Knabe, Hubertus 259, 264-267, 270, 272, 281 f.
 Knef, Hildegard 272
 Knigge, Volkhard 453
 Knight, Frank 93
 Knobloch, Clemens 447
 Knoll, Christian Ludwig 290
 Knop, Ingmar 245
 Knop, Katharina 453
 Knopp, Guido 259, 261-265, 267, 304
 Kobach, Kris 69
 Koch, Egmont R. 454
 Koch, Erich 379
 Koch, Wolfgang 454
 Kocka, Jürgen 367
 Koczanowicz, Leszek 454
 Koenen, Gerd 362-365, 370
 Koestler, Arthur 10, 315, 318
 Kohl, Helmut 407, 454
 Köhler, Charlotte 381
 Köhler, Erwin 381 f.
 Kohlmann, Jan 454
 Kolakowski, Leszek 454
 Kopeček, Lubomír 454
 Kopelew, Lew 362
 Kopper, Christopher 454
 Korsch, Karl 330
 Korte, Guido 454
 Korte, Karl-Rudolf 435
 Koselleck, Reinhart 17, 18
 Kössler, Till 366-369
 Kotzur, Martin 329
 Kowalczyk, Ilko-Sascha 358, 402, 422, 448, 474
 Krähmer, Hans Joachim 14
 Krämer, Raimund 454
 Krause, Dieter 245

Personenverzeichnis

- Kraushaar, Wolfgang 9, 19, 284, 291-293, 366, 405
 Kreikenbohm, Henry 120, 126 f., 215
 Krenz, Egon 407
 Krippendorff, Ekkehart 270
 Kroh, Ferdinand 454
 Kroh, Peter 177
 Kroll, Frank-Lothar 24, 393, 454
 Kronenberg, Volker 9, 304, 306, 455
 Kruh, Wilhelm Traugott 16
 Krumwiede, Heinrich-W. 439
 Kühn, Andreas 370-373
 Kühn, Detlef 448
 Kühn, Florian 455
 Kuhn, Klaus 159
 Kunz, Norbert 415
 Kunzelmann, Dieter 292
 Küppers, Bernhard 37
 Kurbacher, Frauke Annegret 406
 Kurlansky, Mark 455
 Kurowski, Franz 240, 243, 245
 Kurzka, Winfried 416
 Kuszynski, Jürgen 268
- Laasko, Markku 43
 Labisch, Alfons 443
 Labussière, Jean 455
 Lachauer, Chloé 455
 Lackmann, Thomas 455
 Lafontaine, Oskar 120-123, 130 f., 133 f., 172, 179 f., 185
 Lagardère, Roger de 248
 Landauer, Gustav 331
 Landsmann, Mark 455
 Landtsheer, Christ'l De 448
 Lang, Jürgen P. 8, 120, 130, 171 f., 174
 Lang, Peter T. 445
 Lang, Susanne 455
 Lange, Klaus 220, 235, 449
 Lange, Wolfgang 406
 Langenohl, Andreas 427
 Langguth, Gerd 370
 Laponce, Jean A. 15, 337
 Laqueur, Walter 231, 235, 286, 363
 Lasch, Hendrik 183
 Lassalle, Ferdinand 89, 298
 Lau, Jörg 304
 Laue, Heinrich von 13
 Laufer, Heinz 23
 Lay, Caren 183
 Le Pen, Jean-Marie 18
 Lee, Jo-Anne 455
 Leggemann, Christian 199
 Leggewie, Claus 210, 386
 Lehmann-Brauns, Uwe 417 f.
 Lehdorf, Hans Graf 261
- Leibermann, Max 313
 Leibniz, Gottfried Wilhelm 14
 Leichsenring, Uwe 123
 Leide, Henry 418
 Leisner, Walter 455
 Lemke, Thomas 434
 Lenin, Wladimir Iljitsch 31, 133, 316, 322, 342, 364, 370
 Lenz, Johannes 250
 Leonhard, Wolfgang 315, 318, 474
 Leopardi, Giacomo 320
 Lepsius, Rainer M. 368
 Lepszy, Norbert 154
 Lequenne, Michel 455
 Leroy-Beaulieu, Paul 89
 Leschke, Martin 429
 Levi, Paul 330
 Ley, Robert 379
 Lia, Brynjar 190, 455
 Libowitz, Richard 453
 Liebich, Stefan 181
 Liebknecht, Karl 330
 Lietzmann, Hans J. 444
 Lieven, Anatol 455
 Lijphart, Arendt 34, 37, 43, 75-77
 Lim, Merlyna 455
 Limonov, Eduard 236
 Lincoln, Abraham 146, 150
 Linder, Wolf 37
 Linge, Heinz 403
 Link, Jürgen 18
 Linse, Walter 382
 Linz, Juan J. 31, 34, 37, 41, 43-45, 51 f., 338
 Lippmann, Walter 9, 93-97, 103, 106
 Lipset, Seymour M. 51, 405
 Littel, Marcia Sachs 453
 Litvin, Alter 455
 Lobkowitz, Nikolaus 19
 Loewenstein, Karl 20, 40, 61
 Loewy, Hanno 456
 Löffler, Jörg 19, 405 f.
 Lohse, Hinrich 379
 Lorei, Clemens 409
 Lorenz, Astrid 450
 Lorenz, N. Matthias 9, 310-314
 Lory, Bernard 456
 Lösing, Sabine 185 f.
 Löttsch, Gesine 122
 Loveman, Brian 52
 Löw, Konrad 430
 Löwenthal, Gerhard 419
 Lübke, Hermann 22, 32, 279
 Lübke, Heinrich 279
 Luchterhandt, Galina 222
 Ludwig II. 240

Personenverzeichnis

- Ludwig, Claus 177
Luhmann, Niklas 294 f.
Lukács, Georg 330
Luks, Leonid 474
Lushnycky, Andrej N. 451
Lutz, John 455
Luxemburg, Rosa 330
Lynch, Allen 456
- Maćków, Jerzy 419 f.
Madariaga, Salvador de 91 f., 109
Madison, John 46
Maegerle, Anton 456
Mahler, Horst 210 f., 217, 387
Mähler, Ulrich 453, 474
Mahnner, Sebastian 420 f.
Maier, Hans 17 f.
Maiguashca, Bice 391 f.
Mainwaring, Scott 46
Major, Patrick 367
Majumdar, Margaret A. 456
Mak, Geert 284, 290 f., 422
Malik, Jakov 345
Malluk, Malika Ait 42
Malycha, Andreas 402
Malzahn, Claus-Christian 456
Mandt, Hella 17
Mann, Heinrich 272
Mann, Klaus 159, 164
Mann, Michael 456
Mann, Thomas 272, 362, 364 f.
Mao Zedong 342-346, 370, 406 f.
March, Luke 220, 236
Marcos, Subcomandante 323, 392
Marcus, Judith 456
Marcuse, Herbert 147
Marrus, Michael R. 459
Marschall, Stefan 58
Marx, Karl 31, 89, 99, 133, 149, 298, 320, 332, 429 f.
Mascolo, Georg 200, 204
Mathyl, Markus 220, 236
Matussek, Matthias 204
Matz, Ulrich 23, 61
Maurer, Marcus 453
Maurer, Ulrich 174, 185
Maurras, Charles 334 f.
Mayer, Stefan 8, 154
Mayer, Tilman 428
Mazzacane, Aldo 456
McGhee, Derek 456
Meckel, Markus 280
Meggle, Georg 456
Meier, Horst 210, 386
Meineke, Stefan 65
Meinhof, Ulrike 291 f., 426
- Meiser, Hans 239, 245, 247-250
Meißner, Otto 298
Mejides, Miguel 456
Melanchton, Philipp 15
Melville, Herman 406
Menger, Carl 98
Mény, Yves 446
Merkel, Angela 124, 307, 435
Merkel, Wolfgang 21
Merkel, Peter H. 235
Mertens, Lothar 411
Messerschmidt, Manfred 423, 456
Mestiri, Omar 284, 287
Mettenheim, Kurt von 55
Meuche-Mäker, Meinhard 178
Meyer, Ahrich 415
Meyer, Gerd 226
Meyer, Hajo G. 456
Meyer, Walter 232
Michael, Lothar 329
Michajlovskaja, Ekatarina 237
Michel, Quentin 457
Mielke, Gerd 226
Miliopoulos, Lazaros 127, 215, 427
Miller, Susanne 457
Mills, Greg 457
Milton-Edward, Beverly 457
Min, Pyong Gap 457
Minkenberg, Michael 334
Mises, Ludwig von 83, 98
Mitchel, Richard P. 190
Moallem, Minoo 457
Möckli, Silvano 76
Modood, Tariq 457
Modrow, Hans 407
Moeller van den Bruck, Arthur 146, 151, 334
Mohammed, Amin 203
Mohler, Armin 457
Mohr, Reinhard 457
Molau, Andreas 124, 146, 239-241, 244-247, 250 f., 254 f.
Molina, Esteban 457
Moll, Helmut 424
Möll, Marc-Pierre 92
Möllemann, Jürgen 410, 411
Möllers, Christoph 425
Möllers, Martin H. W. 203, 426
Molonoey, Ed 290
Momper, Walter 418
Mönch, Bernd 15
Montherlant, Henry de 146, 152
Moreau, Patrick 10, 31, 319, 392, 413
Morgan, Kevin 457
Moro, Aldo 321
Moser, Robert G. 443

Personenverzeichnis

- Mosler, Volkhard 184
 Mostl, Markus 329
 Motzkuhn, Robert 457
 Moulrier, Yann 319
 Msihal, Shaul 193
 Mueller, Carol 447
 Mühsam, Erich 331
 Müller, Herbert Landolin 191, 201
 Müller, Michael 451
 Müller, Uwe 260
 Müller, Werner 419
 Müller-Enbergs, Helmut 474
 Müller-Hilmer, Rita 120
 Münkler, Herfried 285, 374-376
 Müntefering, Franz 113, 129
 Müri, Walter 13
 Murswieck, Dietrich 445
 Musallam, Adnan A. 457
 Mußgnug, Martin 208, 214
 Mussolini, Benito 91 f., 95, 97, 335
- Nagler, Franz 89
 Naimark, Norman M. 265
 Nairn, Tom 457
 Nanninga, Hauke 243, 247, 250
 Napoleon III. 96
 Napoleoni, Loretta 457
 Naumann, Friedrich 90
 Naumann, Klaus 278
 Nedela, Norbert 409
 Neef, Christian 232
 Negretto, Gabriel L. 56
 Negri, Antonio 10, 31, 319-323, 392
 Neidhart, Leonhart 69, 72
 Neisser, Heinrich 453
 Neitzel, Sönke 261, 397 f.
 Nelson, Leonard 331
 Nettesheim, Martin 327, 328
 Neu, Viola 120, 126 f., 215
 Neubauer, Harald 122
 Neubert, Ehrhart 434, 458, 474
 Neuhaus, Helmut 458
 Neumaier, Arnulf 246
 Neumann, Siegfried 337
 Neuneck, Götz 285
 Neurath, Otto 90 f.
 Newton, James 98
 Nickel, Gunther 414
 Niclaß, Karlheinz 66
 Niedermayer, Oskar 435
 Niekisch, Ernst 372
 Niemöller, Martin 433
 Niethammer, Lutz 367
 Nietzsche, Friedrich 153
 Nippel, Wilfried 14
- Nixon, Richard 406
 Nohlen, Dieter 46
 Nolte, Detlef 56
 Nolte, Ernst 92, 324, 334, 362 f., 365, 384, 412
 Nonninger, Markus 159, 170
 Nora, Pierre 15
 Nordbruch, Claus 242 f.
 Norden, Günther van 268 f.
 Norris, Pippa 408
 Nurriel, Sasson 143
 Nüsse, Andrea 193
 Nutzinger, Hans 430
- O'Brien, Paul 458
 O'Donnell, Thérèse 448
 O'Neill, John 84
 O'Neill, Patrick 36
 Oberlercher, Reinhold 387
 Oberndörfer, Dieter 458
 Oepke, Maren 458
 Offe, Claus 69
 Onno, Jérôme 458
 Ooyen, Robert Chr. van 203, 426
 Opp, Karl 84
 Orlov, Boris 231, 235
 Ortiz, Paul 458
 Ortung, Robert W. 235
 Oschlies, Wolf 220, 235
 Ossietzky, Carl von 331
 Ostrogorski, Wladimir 220, 225, 236
 Ottmann, Henning 19
 Otto, Frank 289
 Overbeck, Georg 458
 Overy, Richard 427
- Painter, Anthony 435
 Panella, Carlo 458
 Papen, Franz von 394 f.
 Papp, Anatolij 237
 Paquet, Alfons 363-365
 Parland, Thomas 220, 236, 458
 Passarini, Luisa 458
 Pastouna, James 458
 Pätzolt, Harald 116
 Pau, Petra 122
 Paulus, Petra 78
 Pause, Hans 251
 Paye, Jean-Claude 458
 Payk, Marcus M. 444
 Payne, J. Mark 56, 334
 Pedahzur, Ami 32
 Pekelder, Jacco 459
 Penslar, Derek J. 459
 Pereira, Anthony W. 459
 Pešek, Jiří 443

Personenverzeichnis

- Peters, Michael A. 459
Petersen, Thomas 428
Petrow, Nikita 380, 382
Pevehouse, Jon C. 459
Pfahl-Traughber, Armin 9 f., 141, 189, 203, 210, 216, 315 f., 427
Pfeifer, Jörg 431
Pfeifer, Thomas 411
Pflüger, Tobias 418
Pfordten, Dietmar von der 87
Pichel-Milanović, Nataša 451
Pies, Ingo 429
Pingel, Konrad 249
Piper, Ernst 377-379
Piscator, Erwin 364
Platen, Heide 203
Plato, Alexander von 367
Platon 7, 13-15, 17 f., 23, 95
Plenzdorf, Ulrich 459
Poguntke, Thomas 55, 435
Pohlmann, Friedrich 465
Pol Pot 352
Polgar, Alfred 414
Politovskaja, Anna 459
Pope, Chris 450
Popper, Karl R. 22, 298
Posener, Richard A. 459
Post, Walter 243, 249
Postone, Moishe 459
Potter, William C. 449
Prantl, Heribert 304
Preradovich, Nikolaus von 240 f., 243, 245, 248
Pribylovskij, Vladimir 237
Prinz, Michael 367
Prollius, Michael von 81
Prothero, Iowert 459
Prütz, Michael 177
Purohit, Preeti 459
Putin, Vladimir 220, 223, 225, 229, 234

Qutb, Sayyid 32, 296

Radek, Karl 364 f.
Radke, Björn 177, 180, 185-187
Rainer, János M. 474
Rajkumar, Miriam 446
Ramelow, Bodo 116, 132, 179
Rammelsberger, Annette 147
Ranney, Austin 57
Ranstorp, Magnus 195
Rath, Christian 200
Rathenau, Walther 90, 362
Rattinger, Hans 126
Rauch, Georg von 292
Rauschnig, Hermann 459

Reagan, Ronald 407
Rebenstorf, Hilke 434
Redler, Lucy 175
Redmer, Hartmut 450
Reemtsma, Jan Philipp 291 f., 406, 448, 459
Rehman, Javaid 460
Reich, Franziska 245
Reichenbach, Klaus 431
Reich-Ranicki, Marcel 311-313
Reid, Richard 206
Reinares, Fernando 460
Reinhardt, Max 414
Reinisch, Leonhard 23
Reis, Jack 22
Reißig, Rolf 177
Rentmeister, Hans 260
Reuter, Elke 453
Reynouard, Vincent 249
Rhodes, Jacqueline 460
Riccio, Barry D. 93
Richter, Horst Eberhard 291
Richter, Karl 146, 240, 242, 244, 246, 254 f.
Richter, Melvin 18
Richter, Michael 430 f.
Riefenstahl, Leni 247
Rieger, Jürgen 122
Riesebrot, Martin 27
Riezler, Kurt 363, 365
Riggs, Fred W. 44
Riklin, Alois 14, 23
Robespierre, Maximilien de 298
Robinson, Joan 430
Rochow, Stefan 136
Röcke, Anja 432
Rode, Franz Egon 120
Rodriguez, Juan Carlos 456
Roginskij, Arsenij 380 f.
Rogler, Christian 251
Rogosin, Dmitri Olegowitsch 228 f.
Röhl, Klaus Rainer 412
Rohrwasser, Michael 315
Rojas, Marta 456
Rommel, Erwin 240 f.
Roosevelt, Franklin D. 93, 243
Röpke, Wilhelm 9, 82, 93, 97, 101-106, 391
Rose, Olaf 242 f., 245, 247-249
Rosenberg, Alfred 27, 377-379
Rosenbloom, David H. 36
Rosenfeld, Kurt 330
Röbler, Matthias 9, 306
Roth, Fritz 416
Rougier, Louis 97
Rousseau, Jean-Jacques 70, 98
Rshewskaja, Jelena 259, 273 f.
Rüb, Friedbert W. 31

Personenverzeichnis

- Ruchniewicz, Małgorzata 474
 Rüddenklau, Wolfgang 357
 Rudolf, Katrin 460
 Rudolph, Jörg 380 f.
 Rudzio, Wolfgang 171, 347
 Ruf, Werner 192
 Rühle, Hans 206
 Rusinek, Bernd-A. 259, 265, 277
 Rusk, Dean 345
 Rütter, Günther 59
 Rüttgers, Jürgen 116
 Ruzicka, Thomas 443
 Rydgren, Jens 399, 465

 Saad, Mohammed 456
 Saad-Ghorayeb, Amal 195
 Saage, Richard 432
 Sáez, Lawrence 443
 Sahl, Hans 268
 Saint-Simon, Henri de 89, 98
 Salamun, Kurt 22
 Salewski, Michael 460
 Salter, Mark B. 463
 Santaolalla, Isabel 460
 Santen, Heinrich 247
 Sarat, Austin 460
 Saretzki, Thomas 114
 Sarney, José 43
 Sartre, Jean-Paul 460
 Saunders, Frances Stonor 318
 Sawka, Richard 220, 223, 226, 228, 234, 236
 Schacht, Ulrich 412
 Schäfer, Julia 460
 Schäfer, Paul 119
 Schäffer, Albert 203
 Schatz, Carsten 181
 Scherb, Armin 433
 Schickedanz, Arno 379
 Schiffauer, Werner 142
 Schiffers, Reinhard 65
 Schilling, Harald 14
 Schily, Otto 306, 388
 Schimmelpfennig, Monika 460
 Schirach, Baldur von 392
 Schirach, Richard von 392 f.
 Schirinowski, Wladimir 220
 Schlaak, Susanne 93
 Schlageter, Leo 363
 Schleicher, Kurt von 394
 Schlieben, Michael 449
 Schlierer, Rolf 119, 124, 163
 Schlingensiepen, Ferdinand 433
 Schluchter, Wolfgang 286
 Schmaltz, Florian 423
 Schmalzbauer, Fritz 177

 Schmeitzner, Mike 8, 259
 Schmid, Bernhard 192
 Schmid, Josef 434
 Schmidt, Manfred G. 41 f., 52, 69, 327
 Schmidt, Mirko 137
 Schmidt, Peter 409
 Schmidt, Volker 434
 Schmitt, Harry 474
 Schmitz, Heinz-Gerd 460
 Schmolka, Susanne 313
 Schmoller, Gustav von 99
 Schneckenberger, Ulrich 141
 Schneider, Eberhard 222 f., 226, 231, 235
 Schneider, Horst 272
 Schneider, Hubertus 259
 Schneider, Reinhold 393
 Schnibben, Cordt 201, 304
 Schoen, Harald 172, 448, 465
 Scholl-Latour, Peter 285, 460
 Scholz, Roswitha 460
 Schön, Jürgen 137
 Schönbohm, Jörg 164, 260
 Schönherr, Albrecht 280
 Schönherr-Mann, Hans Martin 460
 Schönhoven, Klaus 330
 Schönhuber, Franz 122, 461
 Schottmann, Christian 16
 Schreyer, Bernhard 40 f., 44, 56
 Schröder, Gerhard 113, 116, 120, 124, 126, 129 f.,
 172, 180, 260, 383, 435
 Schröder, Richard 282, 307
 Schröm, Oliver 197, 461
 Schröter, Ronny 159
 Schrötter, Dieter von 226
 Schubert, Claudia 461
 Schuldt, Sigmar-Peter 122, 159, 162
 Schuller, Wolfgang 403, 418
 Schulze, Jan-Andreas 436 f.
 Schulze, Norbert 159
 Schumacher, Kurt 271
 Schützinger, Jürgen 208, 213
 Schwartz, Michael 452
 Schwarz, Hans-Peter 104, 461
 Schwarzmeier, Manfred 40 f., 44, 56, 437
 Schwegel, Andreas 423
 Schwendemann, Heinrich 265, 266
 Schwieger, Christopher 461
 Schwilk, Heimo 412
 Sebag Montifiore, Simon 427 f.
 Seebacher, Brigitte 6, 350, 407
 Seeberg, Reinhold 433
 Sefa Dei, George J. 461
 Seichter, Dorit 404
 Seiffert, Wolfgang 448
 Šejenis, Viktor 223

Personenverzeichnis

- Sela, Avraham 193
Selby, Nick 461
Sendbühler, Karl-Heinz 209
Setälä, Maija 57
Seubert, Rolf 447
Seydewitz, Max 330
Shaoqui, Liu 345
Shay, Shaul 461
Sheehan, Sean 461
Shenfield, Stephen D. 220, 236
Shepard, William E. 296
Shirayev, Eric 461
Shlapentokh, Vladimir 461
Shore, Cris 451
Shugart, Matthew 37, 46 f.
Sichelschmidt, Gustav 240 f., 242, 245, 247, 250-253
Sickinger, Hubert 435
Sieberer, Hannes 461
Siepmann, Ina 292
Sieyès, Abbé 71
Silone, Ignazio 315 f., 318
Simonis, Heide 114
Singer, Beth J. 454
Sjoganow, Gennadij 220, 223, 225
Skach, Cindy 34, 45
Smith, Gordon 327
Smyrek, Steven 196
Snow, Edgar 343
Söder, Stefan 400
Sokrates 298
Sombart, Werner 99
Somma, Alessandro 456
Sommermann, Karl-Peter 327, 328
Sontheimer, Kurt 330
Sorel, Georges 335
Sotschek, Ralf 204
Speer, Albert 377
Speit, Andreas 461
Spender, Stephen 315, 317 f.
Spengler, Oswald 364
Spilker, Rainer 185
Spinoza, Baruch de 320-322
Stadler, Wolfgang 227
Stadtler, Eduard 362 f., 365
Staël-Holstein, Madame de 16
Stalin, Josef W. 97, 246, 248, 264, 266, 274, 342-345, 352, 370, 381 f., 403 f., 427 f.
Stanicic, Sascha 177
Starzinger, Vincent E. 15
Staud, Toralf 214, 219, 383-385
Stawitz, Ingo 115
Steel, Ronald 93
Steeley, Sharon 453
Steffani, Winfried 35, 37, 42
Steffen, Michael 370
Steglich, Henrik 137, 409, 435 f.
Stehr, Heinz 133
Stein, Dieter 411 f.
Steinbach, Erika 396
Steinberg, Guido 191 f., 202, 204
Steinborn, Eva 31
Steinbrecher, Gerhard 250, 254
Stenner, Karen 461
Stepanians, Marietta 453
Stephan, Alfred 34, 45, 338
Sternberger, Dolf 7, 14, 17, 23, 60, 64
Sternhell, Zeev 334
Stoiber, Friedrich 424
Stokklosa, Katarzyna 127
Stolleis, Michael 456
Stolz, Rolf 448
Stöss, Richard 438
Straßner, Alexander 9, 284, 291, 384
Straubhaar, Thomas 69
Strauß, Botho 406
Strauss, Richard 240
Strauss, Wolfgang 247 f.
Ströbel, Heinrich 330
Strohmeier, Gerd 462
Strohschneider, Tom 176
Struck, Peter 214, 376
Struve, Gustav 298
Sturm, Roland 120, 123, 126, 327
Sudholt, Gerd 238 f., 241, 243-246, 249, 251-255
Suhm, Christian 406
Suku, Markku 57
Sündermann, Helmut 238, 244, 255
Sünker, Heinz 448
Süß, Peter 259, 268 f.
Susser, Bernd 36
Sutor, Bernhard 19, 436 f.
Syring, Enrico 24, 416
Taagepera, Rein 43
Taheri, Rouzbeh 177
Taler, Conrad 462
Tarr, Zoltán 456
Taubes, Jacob 22
Tenfelde, Klaus 366
Tertrais, Bruno 462
Tessitore, Giovanni 462
Tewes, Henning 446
Thadden, Adolf von 214, 246, 254
Thaler, Thorsten 253
Thälmann, Ernst 330
Thamm, Berndt Georg 189, 199, 204 f.
Thatcher, Margaret 55, 407
Theveßen, Elmar 189, 201, 205, 285
Thibaut, Bernhard 50, 77
Thieme, Tom 9, 220

Personenverzeichnis

- Thomas, Sven 462
 Thompson, Peter 412 f.
 Thumann, Michael 205
 Tibi, Bassam 32, 191
 Tillich, Ernst 272
 Tillich, Paul 272
 Tils, Ralf 114
 Timmermann, Heiner 463
 Timmermann, Heinz 220, 222, 236
 Tobler, Hans Werner 453
 Tocqueville, Alexis de 88
 Tolbert, Caroline 69
 Toller, Ernst 331
 Tolz, Vera 235
 Tophoven, Rolf 199
 Townshend, Charles 462
 Traven, B. 331
 Trenin, Dmitri 462
 Triandis, Harry C. 84
 Troost, Axel 180
 Trotzki, Lew Dawidowitsch 316
 Tsebelis, George 42, 44 f.
 Tucholsky, Kurt 298, 331
 Tullock, Gordon 84
 Turchetti, Mario 17
- Uhl, Matthias 403 f.
 Ulbricht, Walter 263, 271
 Ulevi, Pier Vincenzo 57
 Umland, Andreas 220, 226, 231 f., 236
- Valenzuela, Arturo 34, 45, 51
 Valli, Luigi 334
 Valois, Georges 335
 Vanberg, Viktor 84
 Verchovskij, Aleksandr 237
 Verheugen, Günter 437 f.
 Veszelits, Thomas 462
 Victor, Barbara 462
 Vieregge, Elmar 8, 238
 Vignali, Mariano Alberto 462
 Villalón, Pedro Cruz 327
 Visser, Judith 462
 Vitoria, Francisco de 437
 Vogel, Wolfram 74
 Voigt, Udo 8, 123 f., 136, 161, 164, 207-219, 255, 347, 383 f.
 Volkmann, Hans-Erich 363
 Voltaire, François-Marie Arouet 98
 Vorländer, Hans 462
- Wagenknecht, Sahra 182 f.
 Wagner, Bernd 238
 Wagner, Helmut 463
 Wagner, Peter M. 208
- Wagner, Richard 242
 Wagschal, Uwe 69
 Waldmann, Peter 200, 284, 286, 438 f., 453
 Waldstetter, Robert 255
 Walser, Martin 310-314, 411
 Walter, Bernhard 248
 Walther, Bernhard 132
 Ward, Colin 32
 Wawzyniak, Halina 181
 Webb, Paul 55
 Weber, Hermann 426, 474
 Weber, Max 334, 337
 Wehner, Markus 197, 206
 Wehrli, Fritz 13 f.
 Weibler, Jürgen 435
 Weigel, Alexander 414
 Weill, Francis 463
 Weinberg, Leonard 32, 235, 463
 Weinert, Erich 331
 Weiß, Volker 427
 Weißmann, Karlheinz 259, 269-272, 281, 412, 457
 Weizsäcker, Richard von 259, 262, 264, 266, 270, 277, 279-282, 287
 Welan, Manfred 37
 Welcker, Karl Theodor 298
 Wenck, Walther 263
 Wendt, Bernd Jürgen 377
 Wendt, Karin 406
 Werth, Nikolas 474
 Weßels, Bernhard 448
 Westphalen, Raban Graf von 400
 Weyr, Thomas 463
 Wiechert, Ernst 393
 Wieck, Michael 261-263
 Wieczorek, Judith 439 f.
 Wiegand, Herbert Ernst 18
 Wiegrefe, Klaus 397
 Wieland, Karin 291, 394
 Wieviorka, Michel 463
 Wildt, Michael 393
 Wilhelm I. 241 f.
 Wilke, Manfred 474
 Willer, Stefan 406
 Williams, Paul L. 197
 Willis, Alan Scot 463
 Wilson, Charles E., Jr. 463
 Wilting, Bernd 278
 Winckler, Stefan 411 f.
 Winkelsett, Ursula 119, 138 f.
 Winkler, Heinrich August 359
 Wippermann, Wolfgang 463
 Wittfogel, Karl 92
 Woche, Klaus-R. 247
 Wöhrle, Georg 14
 Wolf, Udo 181

Personenverzeichnis

Wolfram, Klaus 357
Wolfrum, Edgar 359
Wolfsthal, Jon B. 446
Wolle, Stefan 403
Woods, Joshua 461
Woolf, Alex 463
Woop, Gerry 175, 178
Wright, Richard 315 f.
Württemberg, Thomas 59
Wynne, Joan T. 447

Yassin, Ahmed 194
Young, Iris Marion 432
Yugov, Sergey 228

Zaptcioglu, Dilek 428 f.
Zayas, Alfred de 269
Zehetmair, Hans 463
Zehnpfennig, Barbara 24, 46
Zehrau, Ulrike 186
Zehrer, Hans 146, 150
Zeidler, Manfred 261, 265 f.
Zhud, Leonid 14
Zimmermann, Joseph F. 69
Zimmermann, Joshua D. 463
Zimmermann, Klaus 441
Zimmermann, Moshe 410 f., 463
Zimmermann, Sylvia 159
Žirinovski, Vladimir 220, 226-228, 236
Zisk, Betty H. 70
Zitlmann, Rainer 24, 412
Zolleis, Udo 434
Zuckermann, Moshe 426
Zureik, Elia 463

Autorenverzeichnis

- Dr. Ralf Altenhof, Annaberger Str., 09599 Freiberg.
Herbert Ammon, Björnsonstraße 15, 12163 Berlin.
Dr. Uwe Backes, Prof., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden, 01602 Dresden.
Dr. Udo Baron, Bergfelder Weg 10, 13465 Berlin.
Dr. Bernd Bonwetsch, Prof., Direktor, Deutsches Historisches Institut Moskau, c/o APK Worldwide Courier GmbH, Desenißstr. 54, 22083 Hamburg.
Dr. Wilfried von Bredow, Prof., Universität Marburg, Politikwissenschaft, Wilhelm-Röpke-Straße 6, Block G, 35032 Marburg.
Dr. Hans-Jörg Bücking, Prof., Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abt. Bielefeld, Kurt-Schumacher-Str. 6, 33615 Bielefeld.
Dr. Frank Decker, Prof., Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstr. 27, 53113 Bonn.
Sebastian Dittrich, Diplom-Politologe, Askaniering 52A, 13585 Berlin.
Dr. Dettmar Doering, Friedrich-Naumann-Stiftung, Karl-Marx-Straße 2, 14482 Potsdam.
Dr. Peter Dudek, Prof., Universität Frankfurt, Pädagogik, Senckenberganlage 15, 60054 Frankfurt a.M.
Dr. Rainer Eckert, PD, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Straße 6, 04109 Leipzig.
Dr. Rainer Erb, PD, Sentastraße 1, 12159 Berlin.
Dr. Hans Fenske, Prof. i.R., Universität Freiburg, Geschichtswissenschaft, 79085 Freiburg.
Dr. Iring Fetscher, Prof. em., Universität Frankfurt a.M., Politikwissenschaft, Ganghofer Straße 20, 60320 Frankfurt a.M.
PD Dr. Karsten Fischer, Kärtener Str. 25, 10827 Berlin.
Dr. Lars Flemming, Poetenweg 7, 08056 Zwickau.
Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke, Publizist, Dransdorfer Straße 32, 50968 Köln.
Dr. Lothar Fritze, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismus-Forschung e.V. an der TU Dresden, 01602 Dresden.
Dr. Manfred Funke, Prof. em., Universität Bonn, Politikwissenschaft, Im Ahlefeld 10, 53819 Neunkirchen-Seelerscheid.
Dr. Alexander Gallus, Juniorprofessor, Universität Rostock, Geschichtswissenschaft, August-Bebel-Str. 28, 18051 Rostock.
Dr. Joachim Glaubitz, Prof. i.R., Eibenring 20, 09128 Euba.
Dr. Thomas Großbölting, PD, Leiter der Abteilung Bildung und Forschung, BStU, Otto-Braun-Straße 70-72, 10178 Berlin.
Claudia Günther, M.A., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.
Dr. Reimund Haas, Prof., Philosophisch-Theologische Hochschule Münster, Johannesweg 5a, 51061 Köln.
PD Dr. Hans Jörg Hennecke, Am Wehrhahn 21, 40211 Düsseldorf.
Dr. Eike Hennig, Prof., Universität Kassel, Gesellschaftswissenschaften, Postfach 101380, 34109 Kassel.
Dr. Burkhard Hirsch, Bundestagsabgeordneter, ehemaliger Rechtsanwalt, Rheinallee 120, 40545 Düsseldorf.
Dr. Gerhard Hirscher, Hanns-Seidel-Stiftung, Lazarettstraße 33, 80636 München.
Dr. Roland Höhne, Prof., Universität Kassel, Georg-Forster-Str. 3, 34125 Kassel.
Dr. Hannelore Horn, Prof. em., Universität Kassel, Politikwissenschaft, Wachtelstraße 164, 14195 Berlin.
Dr. Hans-Adolf Jacobsen, Prof. em., Universität Bonn, Politikwissenschaft, Klosterweg 26, 53117 Bonn.
Dr. Hans-Gerd Jaschke, Prof., Polizei-Führungsakademie, Postfach 48 03 53, 48080 Münster.
Dr. Eckhard Jesse, Prof., TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz
PD Dr. Steffen Kailitz, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.
Dr. Peter Graf Kielmansegg, Prof. em., Universität Mannheim, Politikwissenschaft, Seminargebäude A5, 68131 Mannheim.
Dr. Helmut Kiesel, Prof., Universität Heidelberg, Germanistik, Hauptstraße 207-209, 69117 Heidelberg.
Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, BStU, Lychener Str. 51, 10437 Berlin.

Autorenverzeichnis

- Dr. Wolfgang Kraushaar, Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg.
Dr. Volker Kronenberg, PD, Universität Bonn, Politikwissenschaft, Lennéstraße 25, 53113 Bonn.
Dr. Jürgen Lang, Kolumbusstr. 1, 81543 München.
Dr. Konrad Löw, Prof. em., Universität Bayreuth, Politikwissenschaft, Kirchenstraße 17, 82065 Baierbrunn.
Stefan, Mayer, M.A., Giesenacher Str. 50, 10823 Berlin.
Dr. Lothar Mertens, PD, Ruhr-Universität Bochum, Sozialwissenschaft, Belßstraße 27, 12277 Berlin.
Dr. Michael Minkenberg, Prof., Europa Universität Viadrina, Politikwissenschaft, Große Scharrnstr. 59, 15230 Frankfurt a.O..
Dr. Patrick Moreau, Prof., 7, rue Vaneau, 75007 Paris.
Dr. Werner Müller, Prof., Universität Rostock, Geschichtswissenschaft, August-Bebel-Str. 28, 18051 Rostock.
Dr. Ehrhart Neubert, Publizist, Wilhelm Külz-Str. 15, 99084 Erfurt.
Dr. Oskar Niedermayer, Prof., Freie Universität Berlin, Politikwissenschaft, Ihnestr. 21, 14195 Berlin.
Dr. Ernst Nolte, Prof. em., Freie Universität Berlin, Geschichtswissenschaft, Bamberger Str. 32, 10779 Berlin.
Dr. Armin Pfahl-Traughber, Prof., Fachhochschule des Bundes, Fachbereich Öffentliche Sicherheit, Gabrielweg 4, 53913 Swisttal.
Jörg Pfeifer, M.A., Wolkensteiner Str. 21, 09120 Chemnitz
Dr. Matthias Rößler, Staatsminister a.D., sächsischer Landtagsabgeordneter, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Dr. Wolfgang Rudzio, Prof. i.R., Universität Oldenburg, Politikwissenschaft, Kuckucksweg 57, 26131 Oldenburg.
Dr. Armin Scherb, Akademischer Direktor, Universität Erlangen-Nürnberg, Am Haaggarten 4, 91722 Arberg.
Dr. Mike Schmeitzner, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.
Dr. Klaus Schönhoven, Prof. i.R., Universität Mannheim, Politikwissenschaft, A 5, 68131 Mannheim.
Dr. Wolfgang Schuller, Prof., Universität Konstanz, Geschichtswissenschaft, 78457 Konstanz.
Dr. Manfred Schwarzmeier, Wissenschaftlicher Assistent und Persönlicher Referent des Direktors, Akademie für Politische Bildung, Buchensee 1, 82323 Tutzing.
Dr. Brigitte Seebacher, Publizistin, Himburg 9, 56459 Rothenbach.
Dorit Seichter, Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Lassallestraße 1, 08058 Zwickau.
Henrik Steglich, M.A., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.
Dr. Richard Stöss, Prof., Freie Universität Berlin, Politikwissenschaft, Otto-Stammer-Zentrum, Ihnestr. 26, 14195 Berlin.
Dr. Alexander Straßner, Akademischer Rat, Universität Regensburg, Politikwissenschaft, Thurmayerstr. 17, 93049 Regensburg.
Dr. Roland Sturm, Prof., Universität Erlangen-Nürnberg, Politikwissenschaft, Kochstraße 4, 91054 Erlangen.
Dr. Enrico Syring, Historiker, Allendorfer Straße 8, 35469 Allendorf/Climbach.
Elmar Vieregge, Pionierstr. 23, 50735 Köln.
Tom Thieme, M.A., Urbanstr.83, 10967 Berlin.
Dr. Bernd Jürgen Wendt, Prof. em., Universität Hamburg, Geschichtswissenschaft, von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg.
Dr. Raban Graf von Westphalen, Prof., Schloßplatz 1, 37345 Großbodungen.
Dr. Karin Wieland, Publizistin, Adalbertstr. 74, 10997 Berlin.

Inhalt Band 16/2004

Editorial

Analysen

Backes/Jesse, Extremismen im Vergleich

Armin Pfahl-Traughber, Klassische Totalitarismuskonzepte auf dem Prüfstand

Patrick Horst, Das amerikanische Notstandsregime nach dem 11. September 2001
Susanne Kailitz, Frankfurter Schule, Studentenbewegung, Terrorismus

Daten, Dokumente, Dossiers

Eckhard Jesse, Wahlen 2003

Uwe Backes, Organisationen 2003

Uwe Backes, Dokumentation 2003

Lars Flemming, Die NPD nach dem gescheiterten Verbotsverfahren

Viola Neu, Das neue Parteiprogramm der PDS

Johannes Urban, Innere Sicherheit

André Gottschling, Biographisches Porträt: Andreas Baader

Lukáš Novotný, Länderporträt: Tschechien

Sebastian Dittrich, Zeitschriftenporträt: BAHAMAS

Literatur

Literaturbericht:

Thomas Meyer, Fundamentalismus, Islamismus, Terrorismus

Sammelrezension:

Eckhard Jesse, Der 17. Juni nach 50 Jahren

„Kontrovers besprochen“: Udo Ulfkotte, Der Krieg in unseren Städten (Hans-Gerd Jaschke, Peter Schütt, Rudolf Wassermann)

Rezensionssessay:

Klaus Schroeder, Jugendgewalt und Rechtsextremismus (Kai Arzheimer)

„Wieder gelesen“:

Wilhelm Hennis, Meinungsforschung und Demokratie (Alexander Gallus)

Literatur aus der „Szene“:

A.G. Grauwacke, Autonome in Bewegung (Armin Pfahl-Traughber)

Hauptbesprechungen:

Uwe Backes (Hrsg.), Rechtsextreme Ideologien (Wolfgang Gessenharter)

Rudi Beckert, Max Fechner (Karl Wilhelm Fricke)

Nicolas Berg, Holocaust und Historiker (Peter Pulzer)

Norman Birnbaum, Nach dem Fortschritt (Gerhard Besier)

Christopher Browning, Entfesselung der „Endlösung“ (Bernd Jürgen Wendt)

Fuchs/Lamneck/Wiederer, Querschläger (Max Kaase)

Friedrich A. Hayek, Der Weg zur Knechtschaft (Manfred Funke)

Piero Ignazi, Extreme Right Parties (Michael Minkenberg)

Andreas Klump, Neuer politischer Extremismus (Stefan Braun)

Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader (Wolfgang Kraushaar)

Jürgen P. Lang, Ist die PDS eine demokratische Partei (Hubertus Knabe)

Hans Maier (Hrsg.), Totalitarismus und politische Religionen (Buchstein/Fietz)

Marc-Dietrich Ohse, Jugend nach dem Mauerbau (Eckhard Jesse)

Alexander Straßner, Die dritte Generation der RAF (Tobias Wunschik)

William A. Schabas, Genozid im Völkerrecht (Immanuel Geiss)

Verfassungsschutzbericht 2002 (Alexander Straßner)

Weber/Bayerlein, Der Thälmann-Skandal (Ilko-Sascha Kowalczyk)

Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (Iring Fetscher)

Massimo F. Zumbini, Die Wurzeln des Bösen (Klaus-Georg Riegel)

Kurzbesprechungen

Kommentierte Bibliographie

Zeitschriftenauslese

Verzeichnis der besprochenen Bücher

Mitteilungen und Hinweise

Namensverzeichnis

Autorenverzeichnis

Inhalt Band 17/2005

Editorial

Analysen

Backes/Jesse, Sind „dritte Wege“ demokratische Wege?

Frank Decker, Parlamentarisches Regieren, Entscheidungsblockaden und populistische Reaktion

Tom Thieme, Extremismus zwischen Fundamentalismus, Rechts- und Linksextremismus Andreas Kühn, „Neue Revisionisten und Sozialimperialisten“

Daten, Dokumente, Dossiers

Eckhard Jesse, Wahlen 2004

Uwe Backes, Organisationen 2004

Uwe Backes, Dokumentation 2004

Henrik Steglich, Die sächsische NPD

Udo Baron, Das globalisierungskritische Netzwerk „Attac“

Doll/Homoth-Kuhs, „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“

Alexander Straßner, Biographisches Porträt: Wolfgang Grams

Sophie Guggenberger, Länderporträt: Schweiz

Florian Hartleb, Zeitschriftenporträt: Deutsche Stimme

Literatur

Literaturbericht:

Johannes Urban, Islamistischer Terrorismus versus liberale Demokratie

Sammelrezension:

Andre Gottschling, RAF - und kein Ende?!

„*Kontrovers besprochen*“:

Reinhard Müller, Herbert Wehner-Moskau 1937 (Stephan Hilsberg, Christoph Meyer, Brigitte Seebacher)

Rezensionssessay:

Klaus Schönhoven, Wendejahre (Peter März)

„*Wieder gelesen*“:

Sigmund Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik (Hanka Kliese)

Literatur aus der „Szene“:

Europa gegen Amerika (Eckhard Jesse)

Hauptbesprechungen:

BMI (Hrsg.), Extremismus in Deutschland (Jürgen P. Lang)

Philippe Burrin, Warum die Deutschen? (Iring Fetscher)

Stephane Courtois u.a., Schwarzbuch des Kommunismus 2 (Ehrhart Neubert)

Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus (Florian Hartleb)

Eisenfeld/Kowalczyk/Neubert, Die verdrängte Revolution (Karl Wilhelm Fricke)

John Gray, Geburt al-Qaidas aus dem Geist der Moderne (Wilfried von Bredow)

Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus (Lazaros Miliopoulos)

Jörg Jacobs, Tücken der Demokratie (Max Kaase)

Konrad Jarausch, Die Umkehr (Jost Dülffer)

Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in Deutschland (Hans-Gerd Jaschke)

Paul Kirchhof, Der Staat als Garant und Gegner der Freiheit (Hans Fenske)

Hans-Joachim Lang, Die Namen der Nummern (Immanuel Geiss)

Viola Neu, Das Janusgesicht der PDS (Ulrich Eith)

Lars Rensmann, Demokratie und Judenbild (Werner Bergmann)

Jeremy Varon, Bringing the War Home (Ingo Juchler)

Verfassungsschutzbericht 2003 (Helmut Müller-Enbergs)

Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten (Stefan Wolle)

Uwe Wesel, Der Gang nach Karlsruhe (Ernst Benda)

Bernhard C. Wintzek (Hrsg.), Denkfälle Zeitgeist (Rainer Eckert)

Kurzbesprechungen

Kommentierte Bibliographie

Zeitschriftenauslese

Verzeichnis der besprochenen Bücher

Mitteilungen und Hinweise

Personenverzeichnis

Autorenverzeichnis